

UC-NRLF



B 4 079 019

University of  
California

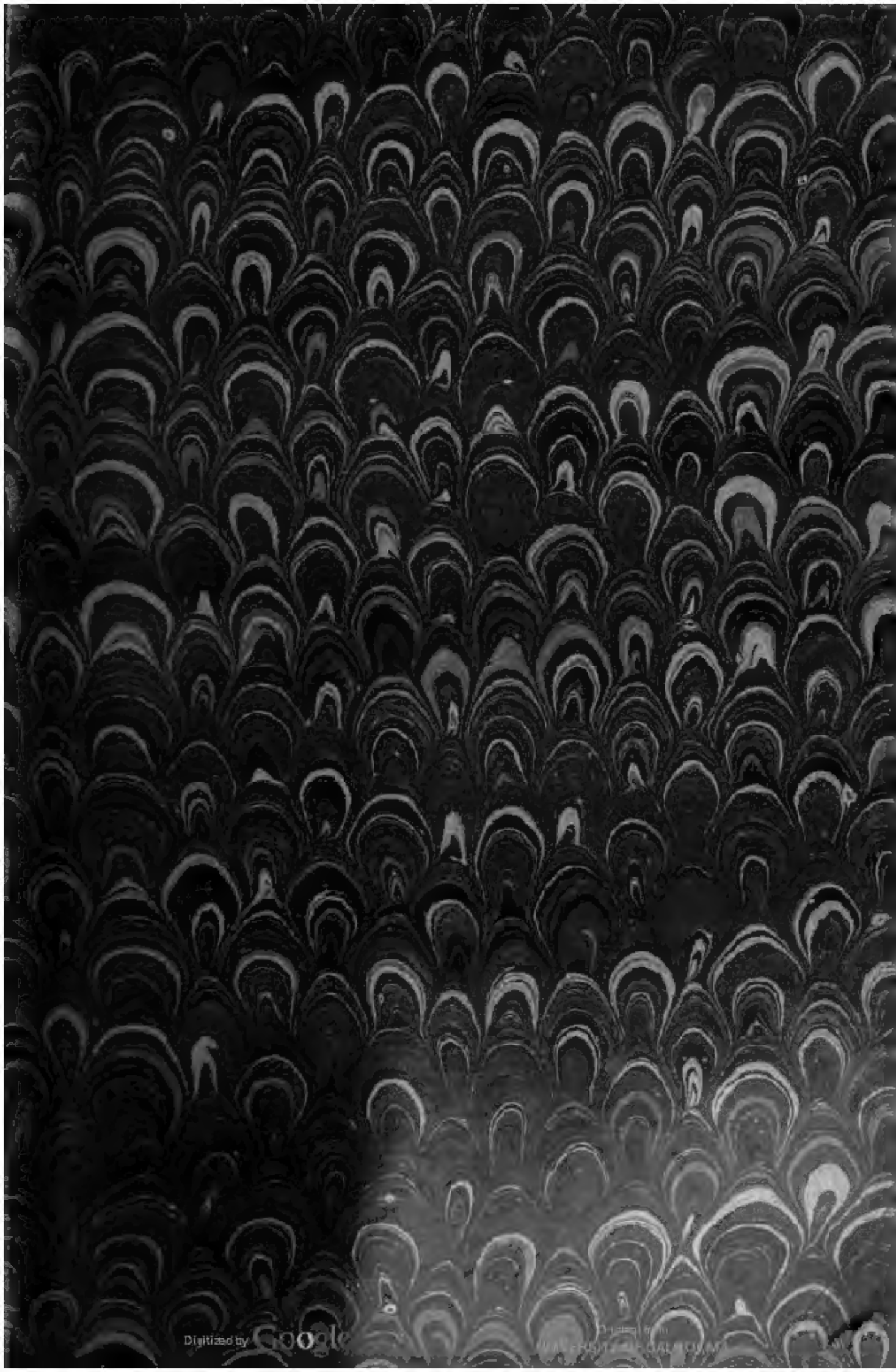


*Lux ex Tenebris.*



Claus Spreckels Fund.



















Albrecht von Wallenstein, Herzog von Friedland.

Nach dem Kupferstich in Gualdo-  
Primate, historia della vita di  
Wallenstein etc. Lyon 1694.





Johann Tserclaes Freiherr, von 1622 an Graf von Tilly.

Lucas Kilian sculpsit  
et excudit: 1621.





# Der dreißigjährige Krieg

bis zum

Tode Gustav Adolfs 1632.

Zweite Ausgabe des Werkes.

Gef. im dreißigjährigen Kriege,

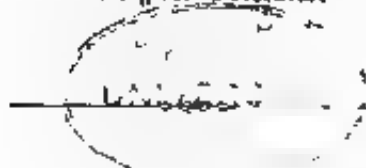
von

Onno Klopp.

Dritter Band. Erster Theil:

Die Jahre 1628 bis Ende 1630.

Mit zwei Portraits.



Baderborn.

Druck und Verlag von Ferdinand Schöningh.

1895

Zweigniederlassungen in Münster i. W., Osnabrück u. Paderb.

- 258  
Kp  
1.1.1

Mit Vorbehalt aller Rechte.

## Vorwort.

---

Das Werk war ursprünglich auf drei Bände berechnet. Aber die Fülle des Stoffes, namentlich für die drei Jahre 1630 bis 1632, ließ das Zusammen-Drängen desselben in Einen Band nicht zu. Dies um so weniger, weil bei der Verschiedenheit der Meinungen über jene Zeit den Beweisen für das Vorgetragene, also dem Vortraute der Quellen, ein nach Anlage des Ganzen möglichst freier Raum belassen werden mußte. In besonderem Maße war dies der Fall in Betreff der Stadt Magdeburg. Denn wie das Verderben derselben im Jahre 1631 den Höhepunkt des Jammers der traurigen Zeit darstellt: so ist auch die richtige Erkenntnis der Verkettung der Umstände, welche dieses Unglück herbeiführten, gleich wie ein Schlüssel zu der Erkenntnis des Krieges überhaupt, den der Schwedenkönig Gustav Adolf über Deutschland brachte.

In Folge alles dessen hat der dritte Band in zwei Abtheilungen zerlegt werden müssen, deren erste die drei Jahre von 1628 bis Ende 1630, die zweite die Jahre 1631 und 1632 umfaßt. Auch diese zweite Abtheilung, bereits im Drucke, wird im Laufe dieses Jahres ausgegeben werden. Sie wird das Verzeichniß der für beide Abtheilungen benutzten Quellen, so wie das Namen- und Sachregister für dieselben enthalten.

Wien/Venzing, im Juni 1895.

Onno Klopp.





# Inhalt.

Die Zeit des dänischen Krieges. 1625 bis 1629.

## Zwölftes Buch.

Von der Übertragung Mecklenburgs an Wallenstein zu  
Anfang 1628, bis zum Frieden von Lübeck, Juni 1629.

1. Einigung der Könige Gustav Adolf und Christian IV., Ende 1627  
und Anfang 1628.

Unzufriedenheit der dänischen Stände mit Christian IV. 1. — Vermeyntliche Aussicht  
Wallensteins 3. — Der Umschlag bei Gustav Adolf 4. — Plan des Religions-  
krieges 5. — Beschluß des Ausschusses der Stände 5. — Versuch der Holländer  
bei Christian IV. 7. — Durch Gustav Adolf ermutigt will Christian IV. den  
Krieg fortsetzen 8.

2. Gegensatz Wallensteins und der Kurfürsten in den ersten  
Monaten 1628.

Der spanische Gesandte Nytoma über Wallenstein 8. — Die Frage der Contentierung  
der Armee 9. — Pappus über den Kriegesdruck 9. — Beschwerden des Kur-  
fürsten Johann Georg 11. — Vorstellungen des Kurfürsten von Mainz 12. —  
Verhältnis des Kaisers und des Kurfürsten Maximilian. Rückgabe Ober-Oester-  
reichs 13. — Maximilian von Bayern und der „unvorgreifliche Discurs“ 14. —  
Der Kurfürst von Mainz über Ferdinand II. persönlich 16. — Beschwerde Maxi-  
milians bei dem Kaiser ohne Erfolg 17.

3. Die Relationen des Kapuziners Alexander von Sales.

Anlaß dieser Relationen 17. — Charakteristik Wallensteins 18. — Sein Verfahren 21.  
Seine Entwürfe 24. — Erregung des Kurfürsten Maximilian 25. — Aber-  
maltiger Bericht über die Entwürfe Wallensteins 26. — Gleichzeitiger Bericht  
des Spaniers Nytoma 26. — Erörterung der Mittel zur Abwehr 27. — Mit-  
theilung Nytomas und Erwägungen Maximilians 29.

## 4. Der Tagstag zu Bruggen, im Juni 1620.

Tagh. nach Bruggen geladen, schreibt an den Kaiser 30. — Verhandlung des Kaiser mit Colalto, und Dukat des Kaisers, 30. Juni 31. — Verhalten des kaiserlichen Regiments gegenüber Colalto 34. — Verhalten Georg Friedrich von Wallp. 36. — Verhandlungen in Bruggen, vom 26. Juni an, 34. — Bemerkungen zu dem Urtheile gegen Wallenstein 37.

## 5. Beginn der Bernsfeld gegen Strassburg.

Frage der Einquartierung in Strassburg 38. — Entscheidungen der Stadt mit Bezug 39. — Meinung Wallenstein 39. — Reich und Bürgerchaft der Stadt 40. — Verschiedenheit der Meinungen von beiden Seiten, der Stadt und Kaiser 41. — Verhandlungen Kaiser mit der Stadt, im Januar, 42. — Befestigung des Dändelins, im Februar, und Erweiterung desselben 42. — Besuche der Garnison, und Vertrag von Gerstweiler 44. — Wallenstein's Schreiben vom 27. Februar 44. — Vermittelungsversuche Bogislav 47. — Der Reich von Strassburg hat eine Verbindung mit einer fremden Macht 48. — Abzug vom Dändelins. Einigung des Rathes und der Bürgerchaft 50.

## 6. Die Hansstädte und der spanisch-kaiserliche Grenzland.

Verhalten der Hansstädte zu den kaiserlichen Parteien 51. — Bericht auf den Plan der Reichs-Kommunikation 52. — Schwarzenberg und Wallenstein 54. — Kaiser'sche Erklärung über die Befestigung von Schellen 55. — Schwarzenberg's Bericht 57. — Das Gutessein der L. Mächte darüber 57. — Schwarzenberg und der Kaiser in Elbing 58. — Bericht Wapels vom 11. Mai über die Rede vom Reichsentscheid in Hamburg 60. — Kaiser und Schmiedel 60. — Bericht des Kaisers darüber an Wallenstein. P. Zimmermann selbst 61. — Der Kaiser der Mächte vor dem spanisch-kaiserlichen Grenzland 62.

## 7. Forderung für Wallenstein in Mecklenburg und Schweden des Grenzlandes.

Wallenstein an Krumm über Forderung und Mecklenburg 63. — Forderung bei dem Kaiser für den Frieden 65. — Die Forderung in Mecklenburg 64. — Kaiser'scher Plan für die Unterhandlung mit Christian IV. 65. — Kaiser'scher Bericht über ein Abkommen Wallenstein mit Christian IV. 66. — Bericht über die Niederlegung Schwarzenberg's 67. — Dank der Generalstaaten an Wallenstein 68.

Kaiser Ferdinand II. über die Generalstaaten 69. — Christian IV. an Wallenstein 70. — Überwindung des Verlaufs des Grenzlandes 71. — Antwort des Kaisers an die Forderung 71. — Wegnahme der spanischen Silberflotte durch den Admiral Juan 72. — Aufbruch Wallenstein von Prag, im Juni, 73.

## 8. Beginn der Belagerung von Strassburg.

Die Stadt nimmt Kriegsbefehl von Christian IV. an 74. — Eine Kriegsbefehl Strassburg 75. — Tagh nimmt die Stadt Strassburg ein 76. — Der Kaiser'sche Rath bei Wallenstein 78. — Seine Eingabe an den Kaiser 79. — Entschluß des Reichshofrathes über Strassburg 79.



### 9. Antrag des schwedischen Einmischung im Straßland.

Bittre vom Straßland an Herzog von Lothar 80. — Briefe Gustav Adolf 81 in Straßland eingebracht 81. — Der erste Schritt und der weitere Plan 82. — Bedenken des Rathes von Straßland 83. — Instruction der Gesandten an den Schwedenkönig 84.

### 10. Fortgang der Belagerung. Dänische Hilfe. Verhandlungen.

Fortgang der Belagerung 85. — Dänische Hilfe 86. — Abweisung der herzoglichen Hilfe und der Verbündeten an Straßland 86. — Eingreifen des Obersten Hatz 87. — Einwirkung dessen auf die Haltung der Bürgerchaft 87. — Die Bürgermeißer Strunwig und Krauthof 88. — Erklärung des Rathes und der Bürgerchaft, vom 10/20. Juni, 89.

### 11. Die Sache vom Straßland bei dem Kaiser und bei Wallenstein vor dessen Ankunft.

Befehl des Kaisers vom 14. Juni 90. — Wallenstein gegen Straßland nicht immer mit der gleichen Farbe 91. — Wallenstein in Frankfurt a/O. Weitere Äußerungen Wallensteins über Straßland 91. — Nicht ein großer Plan, sondern Concordat mit dem Schwedenkönig 92. — Der Kaiser über Straßland an Wallenstein, 20. Juni, 93. — Wallenstein nach Kufstein am 1. Juli, 94.

### 12. Gustav Adolf und Straßland, im Juni 1628.

Gustav Adolf an Straßland, 2/12. Juni, 95. — An den schwedischen Reichsrath 97. — In Pilsen 98. — Allianz-Vertrag von Straßland mit den Schwedenkönig 99. — Antwort des Rathes an die Hilfe des Herzogs 100. — Unklarheit des Rathes über die Sachlage 101.

### 13. Wallenstein vor Straßland, im Juli.

Nach abgeschlagenem Sturm großer Wallenstein Unterhandlung 102. — Die strassandischen Deputierten vor Wallenstein 102. — Haltung der Bürgerchaft. Übermüßige Verhandlung 103. — Abgeordnete von Straßland verhandeln mit Ritten des Herzogs 104. — Übermüßige Verhandlung am 8/13. Juli 105. — Die Punctation der Stadt, vom 4/14. Juli, 106. — Wallenstein über diese Schrift und Antwort des Kaisers 106. — Stimmung in den Gemüthern 107. — Die Punctation von der Bürgerchaft nicht genehmigt 107. — Ungünstige Wendung der Dinge 108. — Weitere Verhandlungen der Commisarien mit der Stadt. Schreiben Hunsd 109. — Verhandlung in der Stadt, am 14/24. Juli, 110.

### 14. Wallenstein und der Herzog Bogislaw von Pommern, im August.

Verbleiben und Abzug des Heereslagers von Straßland 111. — Schreiben Wallensteins an und über den Herzog Bogislaw 112. — Bogislaw Vorlegung des Schutzbüchels vor dem Kaiser 114. — Wallenstein Bericht im entgegen gesetzten Sinne 116. — Änderung des Dänischen und Wallensteins Bericht darüber 118. — Das Treffen bei Wilsack, 22. August, 119. — Letzte Handhabe für die Vertheidigung Wallensteins nach Pommern 120.

### 16. Weitere Bemühungen des Herzogs Bogislav um die Abführung der fremden Truppen.

Bogislav tritt an Gulian Wolff und dessen Antwort, im August, 120. — Seine ähnliche Vorkehrungen gegenüber Straßburg 121. — Ordnungen in Straßburg 122. — Verhalten Wallenstein in Bezug der Schweden 123. — Wallenstein's Antworten an die Pfanden Bogislav 124. — Angebliches Urtheil Gustav Adolf über Wallenstein 125. — Erneute Vorstellungen Bogislav an den Kaiser 126. — Bogislav's Aufforderung an Straßburg und die Antwort der Stadt 127. — Besuche der Stadt über Wallenstein an den Kaiser 128. — Warnung des Kaiser an Wallenstein und dessen Antwort 129. — Protest der Stände von Pommern an Bogislav gegen die Einquartierung 130. — Wallenstein gründet eine Triclaration 131. — Sein Bitten in Neuchâtel 132.

### 17. Tilly und die Stadt Osnabrück.

Die Stadt Osnabrück und der Fürstbischof Franz Wilhelm 133. — Tilly legt eine Belagerung in die Stadt, Januar, 134. — Franz Wilhelm verläßt sein laubestückisches Reformationsrecht 135. — Die Stadt wendet sich gegen die Forderung der Einquartierung an Tilly 136. — Tilly in Osnabrück 137. — Schriftwechsel zwischen Tilly und Franz Wilhelm 138.

### 18. Die Angelegenheit der Reduction der Truppen.

Erklärung der Bischöfe von Mainz und Trier und Genehmigung durch die Schwäbische Union 139. — Wallenstein an den Kaiser und an Colalto 140. — Werbung Tillys und Colalto's in Südburg 141. — Neue Vorstellungen des Fürstlichen Georg Friedrich an den Kaiser 142. — Wallenstein unter Befehl an Colalto, und Tilly's Urtheil über denselben 143. — Maximilian beunruhigt sich für die Bitte um Entlassung Wallenstein's 144. — Fortschritt der Verhandlung durch Darnberg an Wallenstein 145. — Wien so eigenhändig an Colalto 146. — Journal an der Ausführung: gebrüder Stimmung Tilly's 147. — Der Kaiser wünscht die Reduction der Truppen 148. — Kaiser Wallenstein und die Genossen 149. — Die Reduction gerät in Stocken 150.

### 19. Der Fall der Stadt La Rochelle.

Entwicklung der Spannung zwischen England und Frankreich 151. — Belagerung der Stadt La Rochelle 152. — Nach der Niederlage von Badingham's verließen Richelieu und Ludwig XIII. ihre Hofe gegen die Stadt 153. — Verhalten der anderen Mächte dazu 154. — La Rochelle und England 155. — Die Stadt ergiebt sich kampflos, 26. October, 156. — Vergleich zwischen den Belagerungen von Straßburg und La Rochelle 157.

### 20. Beginn des spanisch-französischen Erbfolgekrieges.

Spanische Politik der Ausdrücklichkeit in Mantua und Montfermeil 158. — Der Kaiser will die Ränder in Spanien nehmen 159. — Urtheile darüber 160. — Verhalten des Herzogs Carl von Flandern 161. — Die Frage der Nachfolge in Spanien 162. — Die Stellung Castels der Spanier der Frage zwischen Spanien und Frankreich 163. — Meinung des Cardinals Richelieu an Ludwig XIII. zur Hilfe für Castels 164.

## 20. Friedenshandlung mit Christian IV.

Die letzten Kriegesthaten 1628, 169. — Wallenstein und Tilly kaiserliche Friedens-  
bevollmächtigte 170. — Die Sache zieht sich hin. Behauptungen Wallensteins  
vom Türkenkriege 171. — Auf das Hinzubringen des Kaisers tritt Wallenstein  
nachdrücklicher für die Friedenssache ein 172. — Bedingungen von kaiserlicher  
Seite 173. — Gutachten Wallensteins über Magdeburg und Halberstadt 174. —  
Frigatag in Heidelberg, im Februar, 176. — Friedensforderungen in Lübeck und  
Verhalten Wallensteins 177. — Er bringt nach Wien hin auf völlige Rückgabe  
an Christian IV. 178. — Gustav Adolf will an der Friedenshandlung Theil  
nehmen 180.

## 21. Entwürfe des Schwedenkönigs Gustav Adolf.

Oxenstierna's Bericht an den Reichsrath, 30. November 1628, 181. — Gustav Adolf  
an den Reichsrath, 16. December, und Antwort 182. — Gustav Adolf schreibt  
an Oxenstierna die Gründe für die Offensive in Deutschland 183. — Zusammen-  
kunft von Gustav Adolf und Christian IV. 183. — Gustav Adolf an Oxen-  
stierna abermals für die Offensive in Deutschland 184. — Seine Forderung,  
den Friedenscongreß in Lübeck zu beschicken, wird abgelehnt 187. — Wallenstein  
entziehender Armee nach Polnisch-Preußen 189. — Gustav Adolf an die Kurfürsten  
und an Tilly 189.

## 22. Der Friedensschluß zu Lübeck, 27. Mai, 6. Juni 1629.

Wallenstein bringt auf die Rückgabe der besetzten Länder an Christian IV. 191. —  
Er gewinnt Tilly zu einem gemeinschaftlichen Gutachten 192. — Eggenberg und  
Colalto für den Plan Wallensteins bei dem Kaiser 193. — Der Abt Anton  
von Kremsmünster an Maximilian 194. — Urtheile von Seiten der Liga 195. —  
Versuch der Stadt Stralsund und der Hanse für sie bei den kaiserlichen Dele-  
gationen 196. — Der Friedensschluß zu Lübeck, 27. Mai/6. Juni, 196.

## Dreizehntes Buch.

## Weiterer Verlauf des Jahres 1629.

## 1. Der Erlaß des Restitutions-Edictes, 6. März 1629

Rückblick auf den Augsburger Religionsfrieden und dessen Consequenzen 203. — Das  
Restitutions-Edict die rechte Frucht des Verlaufes des Krieges 206. — Ver-  
schiedenheit der Interessen auf katholischer Seite 207. — Eingehet in anderen  
Betrachtungen 210. — Gutachten Colalto's 210. — Einleitung zum Restitutions-  
Edict 211. — Urtheil Caspars von Schönbach 212.

## 2. Kurfürst Johann Georg gegen das Restitutions-Edict.

Johann Georg wünscht als lutherischer Reichsfürst eine eigene bewaffnete Macht zu  
haben 212. — Das Domcapitel von Magdeburg wählt den Prinzen August 214.  
— Die Frage des Reformationsrechtes in der Reichsstadt Augsburg 214. —

Die Schrift „Nothwendige Hartbedingung des mangelhaften Angebots“ 216. — Johann Georg an den Kaiser gegen das Replikations-Gesetz 216. — Erweiterung des Reiches 217. — Frage, ob das Replikations-Gesetz der Anleihe zur Fortdauer des Krieges 218.

### 3. Wallenstein und die Liga zur Zeit des Eilbachers Friedens.

Der Stadt Straßburg noch einmal an den Kaiser, 30. Mai/8. Jun., 219. — Die Forderung der Schweden in Straßburg dieselbe für die Zwecke Wallensteins 220. — Weitere Schritte in dieser Richtung an Gotha 221. — Verhalten der Liga zu dem letzten Wallenstein 222. — Die Liga nicht gegen den Kaiser 223. — Wallenstein sucht das Geseh der Liga zu zerbrechen 224. — Die Schweden der Liga in Wien, im Wien, 225. — Befehlungen des Kaisers für die Liga nicht beirückigend, bittet von Maximilian 226. — Entsprechung der Kaiserin von Maria 227.

### 4. Die Frage des Fürstenthums Galienberg für Tilly.

Häufiger Berichtwechsel des Oberbefehlshabers 228. — Wallenstein rechnet auf die Habsburger kaiserliche Offiziere 230. — Tilly wünscht einen Grundbesitz 231. — Wallenstein erhebt für Tilly ein Reichthumstheorem, Lauenburg, 232. — Der Herzog Friedrich Ulrich und seine Kränkung 234. — Sein Verhalten in und nach 1636, 236. — Papstentwurf des Reiches 238. — Verhalten der Mitglieder des westlichen Bundes 240. — Sie wenden sich an Wallenstein, an Tilly 241. — Wallenstein und Tilly geschlossen 242. — Tillys Verwendung für Friedrich Ulrich bei dem Kaiser 243. — Einmüthigkeit des Kaisers Maximilian 244. — Wallenstein lehnt von dem Kaiserplan ab 245. — Die Verweigerung der 400,000 Reich. an Tilly 246. — Definitive Erklärung Wallensteins mit Wallenstein 247.

### 5. Magdeburg und Wallenstein, bis zum Januar 1639.

Januar Zustände der Stadt Magdeburg, kaiserlich und kaiserlich 248. — Kurfürstlicher Herrscher Wilhelm, Kurfürst und der Rath von Magdeburg 249. — Vertrag zwischen dem Rath und Wallenstein über die Fortdauer, 1638, 250. — Die Stimmung in der Bürgerschaft. Schwandwein, Verfall, die Trughaftigkeit 252. — Der Rath läßt dem Kaiser die Reliquien des k. Reichthums annehmen 254. — Das Reichthumstheorem den Trughaftigkeiten zurückgegeben 256. — Die Verweigerung zwischen Rath und Bürgerschaft im Wochen 258.

### 6. Die Einmüthigkeit von Magdeburg, 1639.

Wallenstein Forderung einer Befestigung in Magdeburg, im Januar 257. — Auf die Wagerung des Rathes die Klatsche, vom 12. März an, 258. — Wegnahme von kaiserlichen Wallenstein und weitere Befestigung, im Juni, 259. — Wallenstein Antwort gegen Magdeburg und gegen die Hanse 260. — Reichthum solcher Intentionen bei ihm 261. — Der Kaiser lehnt den Wagerungen ab, im Juni, 262. — Fortgang der Differenz mit Magdeburg. Kaiserliche Schreiben und Antwort des Rathes, im Juni und Juli, 263. — Verwendung der Trughaftigkeiten für den Rath, 18. Juli, 264. — Sonstige Lage des Rathes. Der Reichthum der Hanse 265. — Der Reichthum der Wallenstein 266. — Der

Rath lehnt ebenfalls die Befehung ab. Entsetzen des Reichshofrathes 268. — Fortdauer des kleinen Krieges um die Stadt, und der Unruhmilität in derselben 269. — Neue Verhandlungen, und andere Einwirkungen auf Kaiserthum 270. — Bericht Walsenrodes über seine Sendung an Christian IV. 271. — Uebermalige Gesandtschaft von Magdeburg vor Kaiserthum 272. — Der Friede für Magdeburg noch außer dem Reich der Demagogie in der Stadt jugend 274.

#### 7 Frage der Bedeutung des Neutralitäts-Edictes für die Fortdauer des Krieges.

Kaiserthum's Bedenken und ein kaiserliches Schreiben an die Hansestädte, vom 20. October, 275. — Vermuthungen Kaiserthum's und Thatsachen, 276. — Die hauptsächlichste Gefahr 277. — Schreiben des Kurfürsten Ferdinand von Köln 277. — Auf Seite der neutralitätlichen Reichstheile keine Einigung 278. — Das Reichthum nicht der Kaiser für die Fortdauer des Krieges 279.

#### 8. Die Gefahr des Reiches vor den Holländern im Jahre 1629.

Die Generalstaaten nicht für den niederländischen Frieden 280. — Spanien geneigt zum Frieden, nicht die Republik 281. — Die von Philipp IV. beim Kaiser und der Liga gesuchte Hilfe von der letzteren abgelehnt 282. — Angriff der Holländer auf Friesland. Die Spanier in der Schanze 284. — Die Holländer nehmen Weert und Hertogenbosch 284. — Rückzug der Spanier aus der Dünne und Vorbringen der Holländer über den Rhein 285.

#### 9. Der Streit um das Mexikanische Erbe, im Jahre 1629.

Der Cardinal Richelieu und Ludwig XIII. in Genua, im März, 286. — Kaiser Ferdinand II. an Philipp IV., am Mai, 286. — Der Kaiser, zum Kriege geneigt, an die Kurfürsten, und deren Antworten 287. — Übergang Propos über die kaiserlichen Truppen 288. — P. Ramonmel und der Kaiser Otto von 289. — Die französischen Gesandten, Bontin in Madrid, Sotom in Wien 290. — Beginn des Krieges in Italien, im September 1629, 291. — Papst Urban VIII. sendet P. Ramonmel nach Wien 292. — P. Ramonmel S. J. 293. — Schreiben des Papstes an P. Suffren S. J. 294. — Der Kaiser kauft dieses Schreiben. Dagegen die Meinung Ludwigs XIII. und seines Ministers Richelieu 295. — Richelieu als alter ego Ludwigs XIII. will den Krieg 296.

#### 10. Bemühen des Ministers Richelieu um die Liga.

Richelieu ertheilt Almonacé an den Fürsten der Liga 300. — Darauf Mercurio, auch an den Kurfürsten Johann Georg 301. — Meinung Richelieu's von dem Erfolg 302. — Bericht des spanischen Botschafters, vom 20. September, 303. — Erwiderung dieses Berichtes 307.

#### 11. Der Schwedenkönig im Jahre 1629.

Waffen Ruffs Bemühungen um Schweden im Haag, vergeblich 307. — Falkenberg weicht für Gustav Adolf in Genua 308. — Plan des Fortbruchs von Ostpreußen aus 310. — Gustav Adolf gegen Sigismund III. in Polen 310. — Tödtung des Almonacé bei Christian IV. 311. — Richelieu damals über Gustav



Koll 313. — Charnacé und Nor vermitteln den Frieden von Senlis, 18. September 1630, 313. — Beschluß des schwedischen Reichstages, im Juni, 313. — Vorbereitungen Gustav Adolfs 314. — Seine Verhandlung mit seinen Geheimräthen, im October zu Upsala 314. — Betrachtung über das ganze Verhältniß des Schwedenkönigs bis dahin 317. — Sein Plan gegenüber dem Deutschen 319. — Verhandlungen mit Charnacé über die Mittel zum Kriege 322. — Instruction für Camerac zur Unterhandlung mit Frankreich 323.

12. Wallenstein in Halberstadt, im Herbst 1630.

Wallenstein Reißberg in Halberstadt und die Fuß des Pfälzischen Bundes 326. — Wechsel in den Neben Wallenstein 326. — Er wird durch Remonstranz von dem Kriege in Italien ab 327. — Verschiedene Lehrrungen zu Colaten, auch über Frankreich 328. — Wallenstein's Verhalten in Betreff der Stadt Straßburg 329. — Wallenstein über die Wahl eines Lagers 330. — Beigeworte Maximilian's für die Fige und Antwort des Kaisers 331. — Wallenstein und Tilly zusammen in Halberstadt 332. — Frage der Vertheilung der Schatz vor dem Schweden 332. — Frage einer Unterhandlung zwischen Wallenstein und Gustav Adolf 333. — Wallenstein kauft Lönquists Condit nach Bremen. Er kauft nach Odiumen. Tod des Reichs Rathes 334.

## Vierzehntes Buch.

Das Jahr 1630.

1. Vorbereitung des Collegialtages von Regensburg.

Frucht und Abstimmung unter dem Druck der Wallenstein's 337. — Maximilian erwartet Heil nur von einem Collegialtage 338. — Der Fingtag in Regensburg 339. — Der Kaiser der Fige gegen Wallenstein 340. — Kaiserliche Verordnungen, vom 7. Februar, der Kurfürsten von Mainz und Bayern an den Kaiser 341. — Kaiserin Katharina schreibt den Collegialtag aus auf den 3. Juni 342.

Verhandlungen des Kaisers mit Georg Wilhelm und Johann Georg 342. — Weitere Correspondenz der Kurfürsten von Mainz und Bayern mit dem Kaiser 343. — Der Kurfürst zu der Frage der Wahl des künftigen Heerführers zum rheinischen Abte 344. — Neue Verhandlungen der kaiserlichen Kurfürsten bei dem Kaiser 345. — Der Kaiser und Wallenstein über Georg Wilhelm 346. — Der Kaiser und Kaiserin Katharina, im April, 347. — Correspondenz über die Einlagerung Johanns von Nassau in Rüttich 347. — Das Aufbruchkommen des Collegialtages im April noch nicht gesichert 348. — Entschluß des Reichshofrathes für den Collegialtag steht die Frage der Auflösung Wallenstein's 349. — Ehemalige Verhandlungen über das Kommen der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, im Mai, 351. — Antwort Wallenstein's an den Kaiser, vom 20. Mai, 352. Die Frage des Herzogs Bogislav, 17. Mai, vom Kaiser an Wallenstein übergeben 353. — Vergleich der Propositionen für den Collegialtag 355.

2. Wahl eines neuen Rathes in Regensburg, im Februar 1630.

Maximilian Ungestundenes im Innern der Stadt Regensburg 354. — Einwirkung der Wallenstein's 355. — Die Schwedenspartei geht zu Handlungen vor. Haltung

einiger Fürsten 354. — Beschlüsse der Tagfahrt der Fürste zu Eßes, im December 1639, 357. — Deputation der Fürste zu Magdeburg, nach Wahl eines neuen Rathes 357. — Johann Hermann über die Gewählten. Protection des alten Rathes 360. — Die Deputation hält sich, und der alte Rath sitzt sich dem Besuche 361. — Der alte Rath vernimmt die öffentliche Übergabe und genehmigt 362. — In dem neuen Rathe einige Mitglieder schwach gekant 363.

### 3. Der erste Versuch der Partei des Marquisen Christian Wilhelm in Magdeburg.

Der Magdeburger Bischoff Otto Guericke 363. — Seine Wünsche über den Ursprung des Planes der Aufhebung mit Christian Wilhelm 364. — Johann Christian Wilhelm 365 in Februar 1639 365. — Wöpping im Auftrage Guericke's zu Christian Wilhelm 366. — Aufhebung Christian Wilhelm mit einer Magdeburger Deputation 367. — Wöpping als Agent Christian Wilhelm in Magdeburg, vom Rathe zugelassen 368. — Beratungen über seine Anträge 369. — Das Gutachten von Jacob Hermann entscheidend für die Ablehnung 370.

### 4. Die Generalstaaten, Lüttich, Wallenstein.

Der Fortschritt der Centralität der Generalstaaten zu Lüttich und Wallenstein 370. — Wiperna bei Lüttich 372. — Wallenstein an die Infantin Isabella über die Generalstaaten 372. — Wiperna und Wallenstein 373. — Instruction Isabella 374. — Scheitern der Beziehung Wallenstein's zu den Generalstaaten 375. — Fortschritt Unterhandlung Wiperna mit Wallenstein 377. — Der Kaiser über die Holländer 378. — Verjagung der Generalstaaten von Lüttich 378. Die Infantin wünscht Lüttich als ihren General 380. — Antwort Lüttich, und Ablehnung Wallenstein's 380.

### 5. Ablehnung der spanischen Anträge in der Republik der Niederlande, und Bündnis mit Frankreich.

Der Kriegszustand in der Republik leichter als in Deutschland 381. — Neue Capellen gegen die spanischen Anträge 381. — Die westindische Compagnie gegen den Frieden 383. — Die calvinischen Prediger 384. — Nach vergeblichen Schwärmen in der Provinz Holland die Mehrheit für den Krieg 385. — Subsidien-Vertrag mit Frankreich auf sieben Jahre 386. — Votum des Cardinals Richelieu in Betreff der Republik 387.

### 6. Der Streit um das Mantuanische Erbe in den ersten Monaten des Jahres 1630.

Verschiedene Bemerkungen um den Frieden 388. — Der Cardinal Vater Dominiwus 389. — Kaiser Ferdinand II. über die Möglichkeit des Friedens in Italien 390. — Schwere Bedingungen Richelieu's; dennoch zieht er hin 392. Der Kaiser hält fest an der Hoffnung eines allgemeinen Friedens 392. — Richelieu's Angriff auf den Herzog von Savoyen 393. — Der Kaiser darüber an Wallenstein, an Colalto, an die Kurfürsten, an den Papst Urban VIII. 394. — Urban VIII., nach die Kurfürsten stimmen zu 395. — Richelieu's Bemerkungen bei Heusling über den Einbruch des Schwedenkriegs 396.

## 7. Schwedische Verhandlungen in der ersten Hälfte des Jahres 1690

Kaiserin Katharina XII. für Chornack, Ende 1689, 307. — Verhandlung des Chornack mit Schweden 308. — Gustav Adolf an Oymyertens über die Gefinde des Kibombed 401. — Verhandlungen über Samfund 400. — Dänischer Vorschlag der Vermählung in Danzig 402. — Vollmacht und Instruction des Kaiser für Bohma 403. — In Wien keine eigentliche Kunde des schwedischen Plans 400. — Des Verbalen Wollensfund 404. — Bohma in Danzig. Unterbreiten schwedischer Vorschlag der Schweden auf Rügen 404. — Gustav Adolf an die Fürstlichen, 7. 17 April, 405. — Gustav Adolf an Oymyertens über einen Plan 406. — Kaiserin an seine Agenten in Deutschland, eine Einladung an ihn zu erscheinen 407. — Bohma in Danzig eingehalten 408.

## 8. Schwedische Veranlassungen zum Eintritte in Deutschland.

Kaisersendung der Truppen 409. — Wie Gustav Adolf zu den schwedischen Reichsfürsten 409. — Noch im Lande Schweden 410. — Ein schwedische Schenkung in Eilschanden abgeworfen 410. — Schweden Gustav Adolf 411. — Die Geländem zur Friedenshandlung 412. — Verhalten Bohma. Warnung des Kaiser 412. — Gustav Adolf an das schwedische Volk 412. — Wünsche und Mangel an Lebensmitteln 414. — Der Reichsfürst des Schweden erhalten nicht den Religionskrieg 414. — Urtheil des Königs Friedrich II. von Preußen über diesen schwedischen Krieg 415. — Frage, ob der Schwedenkrieg nicht katholischen Deutschen willkommen 416.

## 9. Ausführung des Replikations-Edictes.

Die kaiserlichen Commissionen für Mecklen und Pommern 420. — Instruction und Befehl darüber mit dem Kaiser 417. — Wunsch des Kaiser in Betreff der Schulen und Antwort Wollensfund 419. — Beginn der Thätigkeit der Commissionen in Bremen und Verden 419. — Das Collegiatat St. Augustin in Bremen 421. — Die Äbte in Bremen 422. — Die Institution in Stade 423. — Die Commission über Magdeburg 424. — Die Kinder der weltlichen Herrscher 426. — Antwort des Fürstbischöflichen Hrn. Wollensfund 425. — Bericht über die Vorschläge 426. — Schwedische Forderungen darüber 426. — Befehle über diese Angelegenheiten 427. — Besondere Commission für die Institution von Magdeburg 428. — Der Reichsrath schlägt Rath als Gutachten für Bremen vor 429. — Die Fürstbischöflichen Rinder und Regierung 434. — Antwort des Kaiser im Jahr 1690 über die kaiserlichen Forderungen 435. — Herren-Gesell und Württemberg 436.

## 10. Haltung des Kurfürsten Johann Georg in Betreff der Religionsache, bis in das Jahr 1690.

Handlungen Johann Georgs in Betreff des Reformationsrechts in Magdeburg 436. — Der Kurfürst befragt bei dem kaiserlichen Komte der Theologen 437. — Er lehnt Aufforderungen zum Kriege ab 438. — Die Schularten der Übergabe der Augsburgerischen Communion 440. — Nicht das Replikations-Edict der Kaiser der Fortdauer des Krieges, sondern der Widerruf des Schwerecktrags 441. — Graf Johann Ludwig von Nassau wendet das Reformationsrecht an 442. — Rücksicht auf die allgemeinen kirchlichen Zustände in Deutschland 442.

### 11. Der Collegialtag in Regensburg bis zum kaiserlichen Versprechen der Entlassung Wallenstein's, 13. August.

Wallenstein nach Remmingen in Schwaben 443. Der Kaiser Ferdinand II. nach Regensburg, Ende Mai, 445. — Johann Georg und Georg Wilhelm senden Gesandte 446. — Kaiserliche Propositionen in Regensburg, vom 3. Juli, 448. — Haltung der Kurfürsten 448. — Ihre Antwort auf die kaiserliche Proposition über den Kriegszustand, vom 10. Juli, 449. — Die Schrift: Dreißährige Demogravie des Herzogthums Pommern 451. — Antwort der Kurfürsten, vom 19. Juli, auf alle Punkte der 1. Proposition 453. — Kaiserliche Repart vom 20. Juli auf die erste Schrift, vom 18. Juli, 455. — Duplik der Kurfürsten, vom 23. Juli, 456. — Ingegend die Erklärungen der Kurfürsten über das Fortbestehen des Fighertrichs 462. — Principelle Verschiedenheit in der Vernehmung des Fighertrichs 466. — Die Fighertruppen in Cöthen und Ostfriedland 469. — Die Duplik verlangt die Entlassung Wallenstein's 462. — Entschieden der 1. Wechmische 468. — Stillerer Scherzwechsel des Kaisers und der Kurfürsten 468. — Erklärungen Wallenstein's 467. — Freilegung der kaiserlichen Gesandten 468. — Einwirkung der spanischen Gesandten 469. — Doria, Eggenberg, Kemermin 469. — Der Kaiser, mit Bedenkungen, gibt nach, 13. August, 470. — Erklärung der ständischen Kurfürsten gegen den Antrag des Schwedenkönigs, 13. August, 470.

### 12. Die ersten Erfolge des Schwedenkönigs in Pommern.

Landung des Schwedenkönigs ohne Hindernis 471. — Verhalten der Herzöge von Mecklenburg 472. — Gustav Adolf geht auf Stettin 473. — Verhandlung und Vertrag mit dem Herzog Bogislaus 474. — Bogislaus Bericht an den Kaiser, vom 14./24. Juli, 476. — Der brandenburgische Gesandte Ulmerdorff vor Gustav Adolf 477. — Der schwedische Religionskrieg und die Verion Gustav Adolf's 481. — Weitere Erfolge in Pommern 483. — Uebermaliger Versuch des Hartmann 484. — Verhalten der Generalfürsten 484.

### 13. Dinge des Verhältnisses von Wallenstein.

Bewunderung Unbefähigter über die geringe Gegenwehr 486. — Überblick der Schritte Wallenstein's und seiner Verichte bis zum Tode des Schweden 486. — Seine Wirkungen und Rathlagen nach dem Tode 486. — Der Kaiser über die Entsendung von Truppen nach Italien statt nach Vommern 487. — Johann Georg über die geringe Gegenwehr. Die Beschwerde Bogislaus 489. — Bogislaus erhebt keine directe Anfrage. Diese erst 1634 490. — Erklärung derselben 491.

### 14. Christian Wilhelm in Magdeburg, im Juli und August.

Seine Erbkönig Wilhelm, im Mai, 493. — Nachschickte Gustav Adolf's 495. — Stadtmann vermittelt den Beschluß des Rathes von Magdeburg, zu Gunsten zu betragen 494. — Fortsetzung der Commission zur Ausführung des Institutionen-Vertrags 495. — Marggraf Christian Wilhelm kommt nach Magdeburg 496. — Stadtmann währende Thätigkeit vor der Hand der Anwesenheit Christian Wilhelm's 497. — Vorgänge am Sonntag, dem 1. August (N. St.) 500. — Gekörte Urtheile über diese Vorgänge 506.

15. Stand der Dinge in Magdeburg bis zum schriftlichen Vertrage vom 27. September.

Der Rath nicht mäßig für Christian Wilhelm, dagegen die Bürgerlichkeit 507. — Johann Seidenhage Christian Wilhelm 507. — Berichte an Osnabrück und seine Ausdeutung an Cressmeyer 508. — Verschwendung des Pflanzes des Schwedenkönigs in Betreff Magdeburgs von der Herzogin 510. — Die hohe Christian Wilhelm in Magdeburg im Aufzuge 510. — Christian Wilhelm und Swallow bringen auf schriftlichen Vertrag 512. — Der Druck mündlich die Forderung Schwedenkönig an den Rath 512. — Vertrag der Stadt mit Osnabrück 513. — Vertrag der Stadt mit Christian Wilhelm 514. — Schreiben des Schwedenkönigs an Christian Wilhelm, 10. September K. St. 514. — Beschlüssen an den Rath von Magdeburg 517. — Aufbruch des Markgrafen Christian Wilhelm 518. — Seine Schenkungsurkunde an Schweden, 27. September K. St., 518. — Meinung der Magdeburger und Plan des Königs 519.

16. Weitere Verhandlungen des Kaisers und der katholischen Fürsten in Regensburg, bis zur Entlassung Wallenstein.

Verhandlung über den Modus der Entlassung Wallenstein 520. — Die kaiserlichen Räte über den Vorschlag Maximilian zum Commando 521. — Generalstabs stellt die Gründe vor und für zulässig 522. — Contravenen der beiderseitigen Räte, und spanische Intervention 523. — Die Kaiserliche verlangen die Vereinigung der zwei Parteien zu einem, die Herstellung des *us armorum* für den Kaiser 524. — Die Erinnerung an Wallenstein steht ausgehen 525. — Erlaube der Pige für die Behauptung ihres Sonderrechtes 526. — Frage der Entlassung 528 zum Heere 528. — Die Räte Cuckenberg und Weidenberg an Wallenstein und sein Verhalten 529. — Antwort der Fürsten auf den Bericht 530. — Kaiserlich Wallenstein. Zugabe einer Comandery Osnabrück 530.

17. Uebermalt die rechtliche Frage des *us armorum*.

Der Kaiser will ein eindeutiges Kriegsgesetz des Reichs 530. — Übersicht des bisherigen Verhaltens der Fürsten von Sachsen und Brandenburg 530. — Sie beschließen sich an der Erklärung, vom 13. August gegen den Schweden 532. — Schreiben Johann Georgs, vom 24. August, 3. September, an den Kaiser 532. — Erklärung des eiden 533. — Johann Georg denkt sich ein des Aufzuges der Pige 535. — Antwort des Kaisers an Johann Georg, nach einer Erklärung an die Pige 535. — Auch die Pige hat keine Kunde von den Generalen Osnabrück 537. — Dazu kommt die Intervention des G. Ruchens 537. — Aber 538.

18. Der Regensburger Friedensschluß mit Frankreich, 13. October 1620

Wiederanbruch des Kriegs in Italien durch Richelieu, im Frühling 539. — Französische Gesandtschaft nach Regensburg 540. — Montau erfährt und gesteht, 10. Juli, 540. — Calais 540 sich 541. — Der Kaiser geneigt für den Friedensantrag 541. — Er verlangt einen allgemeinen Frieden. Frage der Vollmacht

der Franzosen 542. — Der Kaiser legt seine Aufsicht dem K. F. Soltau dar 543. — Schreiben des E. Reichens an seine Gesandten 544. — Theatrbund zwischen Kurfürst Rudolf und Witten, im August, 545. — Die verschiedenen Standpunkte zu der Friedenshandlung in Regensburg 546. — Der Kaiser bewilligt Stillstand im Jahre 547. — Der erste Akt des Regensburger Friedens und der völlige Abschluß 547. — Die Kurfürsten an Rudolf XII., der Kaiser an Philipp IV. über den Frieden 549. — Aufnahme desselben auf französischer Seite. Umriss des Friedens 549. — Wie Friedrich von dem Vertrage losgerissen wird 551. — Angebliches Urtheil des Kaisers über Witten. Die Wahrheit und trauriges Ende 553.

#### 19. Verhandlungen in Regensburg über das Westfälisch-Üblich.

Johann Georg folgt nicht der Einladung des Kaisers nach Regensburg 554. — Landgraf Georg sucht zu vermitteln durch eine Denkschrift 555. — Die Schrift bezieht sich auf den Kurfürsten Johann Georg 556. — Die Antwort von Seiten der Liga geht auf den Plan des Landgrafen nicht ein 557. — Die Liga schlägt eine Tagfahrt in Frankfurt vor auf den 1. Februar 558. — Denkschrift einiger Gesandten nicht-katholischer Fürsten 559. — Erwiderung derselben 561. — Antwort der vier Kurfürsten 562.

#### 20. Schluß des Collegialtages zu Regensburg

Überwind des Kaisers in Gengen 562. — Die Angelegenheit des Pfalzgrafen Friedrich V. 563. — Die Generalstaaten und Carl I. in Betreff des Vertrages von Courtrai 564. — Die Liga zieht jeglichen Frieden mit den Generalstaaten vom Kriege vor 565. — Wolfgang Wilhelm muß Türe an Markgrafenburg geben. Die Truppen bleiben 566. — Missstimmung gegen die kaiserlichen Minister in Betreff der Konfessionen 567. — Die Frage der römischen Kriegsmacht 568. — Erwiderungen über die gegen den Schweden zu entsendende Kriegsmacht 570. — Tilly übernimmt den Oberbefehl 570. — Abschluß des Collegialtages 571.

#### 21. Kaiser Rudolf's Kriegsplan im Herbst 1630.

Kurfürst Rudolf wendet sich nach Regensburg 572. — Die Gesandten von Venedig 572. — Kurfürst Rudolf an die Stände und Unterthanen von Wittenburg, vergeblich 573. — Kurfürst Rudolf über das kaiserliche Schreiben und seine Antwort an Osnabrück und den Reichsrath 574. — Antwort des Kurfürsten Osnabrück, vom 2. 12. November, 575. — Antworten des Schwedenkönigs an den Kaiser und an die Kurfürsten 576.

#### 22. Mittel und Bundesgenossen für den Schwedenkönig im Herbst 1630.

Bericht des Generals Grubbe über Arbeit und Debet Kurfürst Rudolf 579. — Dietrich von Hallenberg, Regent des Königs 580. — Hallenberg und der Hofe Herrmann Wolf, Bernhard von Weimar, Landgraf Wilhelm 581. — Hermann Wolf bei Kurfürst Rudolf in Gengen 581. — Herzog Georg zu Braunschweig und Lüneburg 587. — Herzog Franz Carl zu Sachsen-Lauenburg 588. — Hallenberg nach verschiedenen Weisungen nach Magdeburg 589. — Gabriel Osnabrück

über den Zustand in Schweden 589. — Gustav Adolf unter dem Drucke des Geldmangels. Darüber der Hesse Wolf, und Baudiffen 590. — Gustav Adolf des französischen, dann auch holländischen Geldes sicher 591. — Er sinnt auf einen Angriff auf Warz. Bericht Schaumburgs 592. — Seine Mahnung an seine Obersten in Stralsund 593. — Sein vertrauliches Schreiben an den Kanzler Orynsterns, 4/14. December, 594. — Bemerkungen zu diesem Schreiben 596.

### 23. Falkenberg und Magdeburg im November 1630.

Zustand in Magdeburg bei der Ankunft Falkenbergs 597. — Mahnung des Kaisers an die Stadt 599. Falkenbergs erste Berichte. Nochmaliger Überlauf 600. — Falkenberg bestätigt den vom Stallman mit der Stadt geschlossenen Vertrag 602. — Verhalten der drei Männer, Stallman, Falkenberg, Gustav Adolf, gegenüber Magdeburg 603. — Verhalten Christian Wilhelms 605. — Der Rath von Magdeburg an den Kaiser, 10, 20 November, 606. — Weiteres Auftreten Falkenbergs 607. — Er durchkreuzt die Hoffnungen auf ein gütliches Abkommen 608.

### 24. Falkenberg und Magdeburg im December 1630.

Der Sturm vom 26. November 609. — Lützow Kriegsrath in Hameln 610. — Pappenheim nimmt Neubrandenb. Verhalten Schneldeweins 611. Falkenberg erwirkt für die Soldaten Quartiere in der Altstadt 612. — Magdeburg und Christian Wilhelm, 29. December, 613. Christian Wilhelm beschafft sich Geld im Dome 614. — Falkenberg und der Vater Synklus 615. — Bemerkungen dazu und Falkenbergs Bericht 618. — Die Stimmung in Magdeburg zu Ende 1630 619.

### 25. Der Kaiserst Johann Georg in den letzten Monaten des Jahres 1630

Schwankende Äußerungen Johann Georgs 620. — Sendung Wilhelms von Weimar an ihn 623. — Berufung der holländischen Landstände nach Lergau 623. — Einwirkung des Landgrafen Georg, und Entschien der Räte 624. — Zusammenkunft mit Georg Wilhelm in Annaburg. Rede des br. Kanzlers Göpke 626. — Wirkung derselben auf Johann Georg 627. — Berufung des Conventes auf den 6. Februar, und Johann Georgs Bericht an den Kaiser 627.



## **Der dänische Krieg von 1625 bis 1629.**

### **Zwölftes Buch.**

**Von der Übertragung Mecklenburgs an Wallenstein  
bis zum Lübecker Frieden, 27. Mai/6. Juni 1629.**









# 1. Einigung der Könige Gustav Adolf und Christian IV., Ende 1627 und Anfang 1628.

Der Kaiser Ferdinand II. hatte sich bewegen lassen, gemäß dem Gutachten der Richtigkeit seiner Räte dem General Wallenstein das Herzogthum Mecklenburg zuzusprechen, vorläufig als Pfand für das Guthaben desselben. Nach eigenen Worten Wallensteins scheint es, als hätte er damals noch höher hinauszugehende Entwürfe fassen dürfen. Die Unzufriedenheit der dänischen Landstände mit dem Könige Christian IV. war hoch gestiegen. „Die Stände wissen,“ berichtet<sup>1</sup> der Kurfürst Maximilian dem Kaiser, „daß der König sich ohne einige gegebene Ursache unthwilliger Weise in diese Kriegswirung eingemischt, und aus launlicher Begierde fremde Lande und Leute zu bekommen, sein Königreich und Erbland in den gegenwärtigen Jammers und Elend gestürzt, und alle gute Rathschläge und Warnungen, welche Sie, die Stände, ihm treulich gegeben, verächtlich hantangeht hat. Weil Sie daher nicht ungerath besorgen, er werde auch künftig nicht friedlichen Rathschlägen statt geben, sondern auch mit des Königreichs Dänemark fernere Gefahr und äußerstem Verderben die Hand an die Hand nehmen und suchen wollen: so möchte zu erhalten sein, daß die Stände von dem Könige und seinem Erben, wie zuvor mehrmals geschehen, die Krone hinwegnehmen und anderswohin übertragen.“

Auf den Vortrag dessen antwortet<sup>2</sup> der Kaiser dem Gesandten Freising am 18. December: er werde die vertraulichen Raths wegen der guten Affection der dänischen Landstände nicht außer Acht lassen, sondern sich derselben bedienen.

Schon vorher hatte auch der Graf Schwarzenberg aus Lübeck in ähnlicher Weise berichtet.<sup>3</sup> Darauf beauftragte Wallenstein, bereits am 13. December, den D. Krain, im Vereine mit Schwarzenberg dahin

<sup>1</sup> Krain, Copien nro. 291. Die gegenwärtige Nachricht bei Nos 756 ff. aus dem Haag.

<sup>2</sup> Krain, Copien nro. 293.     <sup>3</sup> Götzler I, 102, 103

zu wirken, daß die Dänen den Kaiser zu ihrem Könige wählten. In diesem Falle verbürge er mit seinem Worte ihnen ihre Freiheiten und ihre Religionsübung. Er wiederholt am 3. Januar diese Mahnung mit den weiteren Worten<sup>1</sup>: „Man hätte es mir beim Hofe wohl vergönnt, und I. M. selbst; aber ich habe mich gar schön bedankt; denn ich könnte mich damit nicht manimentieren. Ich will unterdessen mit dem Andern vorlieb nehmen; denn das ist sicherer.“ Für diese Angabe Wallensteins liegt bisher kein anderes Zeugnis vor.

Recht und gerechter ist, daß eben damals die Aussicht auf das schwedische Bündnis sich verdunkelte. Am 13. December eröffnete<sup>2</sup> der Fürst Eggenberg in Prag dem bayerischen Gesandten Presting: der Schwedenkönig habe Hülfe gegen den Dänen angeboten, unter der Bedingung, daß er vom Könige von Polen die Zusicherung seines Besizes erlange, und ihm der Theil Dänemarks belassen werde, den er nehmen könne. Dies also war der Grundzug des zu schließenden Bündnisses im Allgemeinen. Am selben 13. December spricht Wallenstein von Bistta aus dem Kinn seinem Wunsch aus, die schwedischen Bedingungen des Bündnisses mit ihm aufs ehefte zu haben.<sup>3</sup> Es erfolgt keine Antwort. Am 7. Januar 1628 dämmert in ihm die Ahnung auf, daß der Schwede ein doppeltes Spiel treibe. Die Herzogin Anna Sophia, Schwester Georg Wilhelms, hat ihm aus Berlin gemeldet, daß ganz sicher der Schwede sich mit dem Dänen einigen werde.<sup>4</sup> „Alle beschreiben mir ihn,“ sagt Wallenstein einige Tage später, „daß er Treue und Glauben hält, so lange es ihm gelegen. Bitt deswegen der Herr sehr, wie vor ihr Schiffe in Rauch aufgehen lassen.“<sup>5</sup>

Den Wunsch die dänische Beute mit dem Kaiser zu theilen und zu diesem Zweck ein Bündnis mit Wallenstein zu schließen, hat, aller Wahrscheinlichkeit nach, Gustav Adolf von dem Tage an aufgegeben, wo die erste Kunde von dem feindseligen Vorgehen Wallensteins gegen die Dieffenburger Herzöge an ihn gelangte. Denn von diesem Augenblicke an eröffnete sich ihm die Aussicht, unter einem plausiblen Vorwande sich in den Krieg in Deutschland einzumengen.

Die erste öffentliche Andeutung dieser Absicht liegt vor noch im November 1627. Bereits am 12./22. November läßt Gustav Adolf

<sup>1</sup> H. a. O. 268.

<sup>2</sup> Merun, Bayern z'w. Urk. 261.

<sup>3</sup> Jöcher I, 162.

<sup>4</sup> H. a. O. 266.

<sup>5</sup> H. a. O. 267.

ein Aus Schreiben durch Deutschland ergehen. Es eröffnet das Königtum Schweden als die Zuflucht für alle diejenigen, welche „theils wegen ihrer Beständigkeit in der wahren christlichen Religion Augsbургischer Confession, theils wegen eingerückter Kriegesmacht von Haus und Hof und allem Ihrigen weichen müssen.“<sup>1</sup> — Ungesehen also, daß man seit zehn Jahren von Wien und von München aus sorgfältig bemüht gewesen war, jeglichen Schein eines Religionskrieges zu vermeiden, sehen wir nunmehr den Schweden abermals dasselbe Schlagwort vordrängen, welches den böhmischen Rebellen, dem Pfalzgrafen, dem Mansfeld, dem Herzoge Christian, dem Dänenkönige als die Fahne ihrer Aggression gedient hatte. Das Patent deutet den Plan Gustav Adolfs bereits im Umrisse an die Feinde, welche Wallenstein und seiner Obersten maßlose Habgier und Herrschsucht über die Deutschen gebracht haben und fernher bringen, sollen den Völkern dargelegt werden als Bedrückungen um der Religion willen. Der Plan des Schweden ist jedoch umfassender als vor ihm derjenige des Dänen, Christian IV., um deutsche Fürstenthümer für sich und seine Söhne zu erobern, hatte nur den Deutschen den Religionskrieg gepredigt. Seine dänischen Unterthanen meinten, mit seinem Kriege nichts zu thun zu haben. Anders der Schwede. Seine Predigt des Religionskrieges erging zuerst an seine eigenen Unterthanen.

Er bewirkte den Abloß einer Bitte Christians IV. am 15. im December 1627. Es ward ein engerer Ausschuß der Stände niedergesetzt, dem Gustav Adolf seine Propositionen vorlegte. Der Beschluß dieses Ausschusses, vom 12/22 Januar 1628, beginnt wie folgt:<sup>2</sup>

„Zuerst hat E. R. M. uns wissen lassen, in welchen gefährlichen Zustand alle unsere Religions-Verwandte in Deutschland gerathen sind, wie der Kaiser und die päpstliche Liga einen Fürsten und eine Stadt nach der andern unterdrückt und bezwungen haben, wie dies Unglück auch über die an die Ostsee grenzenden Fürstenthümer gekommen, und nun den König von Dänemark, unseren nächsten Nachbar, bedroht, so daß, wenn der höchste Gott, aus besonderer Gnade, die Gefahr nicht abwendet, auch wir nichts Anderes zu erwarten haben als des Reiches ansehnliches Verderben, oder auch langwierigen und beschwerlichen Krieg.“

Es muß hier bemerkt werden, daß in den Urtheilen Wallensteins an seinen Vertrauten Armin sich keine Äußerung findet, welche als die

<sup>1</sup> Theatrum E 1148. <sup>2</sup> Archiv 1, B.

Abficht eines Angriffes auf das Land Schweden ausgelegt werden könnte. Dem ersten Befehl die schwedischen Schiffe zu verdrängen, am 2. November, theilte Wallenstein in die Worte: „Was die schwedischen Schiffe anbelangt, daß, der Herr wolle seine Zeit verfließen, sondern dieselben sofort abdrängen lassen; denn bis dato haben wir noch kein Bündniß mit ihm gemacht, und münchlich sagt, daß er die Rente gern bei der Rufe heraus führt. Nun bedarf er keiner Schiffe, wenn er allein sein Königreich defendieren will. Will er aber zu uns, deswegen sollen sie ihm abgebrannt werden; denn wir bedürfen seiner bei uns nicht.“

Jener Eingang bahnt den Weg zu der Frage „Ob wir S. M. W. rathe wollen, hier still zu sitzen und den Krieg innerhalb der Grenzen des Vaterlandes zu erwarten, oder ob es nicht ratsamer und besser, daß man den Krieg und dessen Wurde auf die Länder wälze, die dem Kaiser und den Papstien zu Willen sind?“

Mit der Bejahung dieser Frage war das Princip ausgesprochen: der Angriffskrieg, den Gustav Adolf plante, sollte den Schweden als ein Vertheidigungskrieg erscheinen. Der Ausschuß der Stände faßt jedoch die Sache auch positiv: der König möge trachten, den Krieg „an einen Ort zu übertragen, der den Feinden untermüde, auf daß die Grenzen des Vaterlandes, so lange wie möglich, von Kriegsbeschwerden verschont und dessen Einwohner in Wohlstand bleiben. Und wenn es geschehe, daß nach Gottes Willen daraus sich ein Krieg entwickele: so geloben wir auf unsern und unserer Väter Brüder Namen, daß wir bei S. M. W. und unserem Vaterlande stehen und handeln wollen, wie es rechtschönen Männern gebührt.“

Die Ermächtigung des ständischen Ausschusses für Gustav Adolf zum Kriege gegen den Kaiser war demnach so vollständig, als hätte er selber sie dictirt. Die Ermächtigung ist wie das Wetterlauchten des schwedischen Entschlusses in Deutschland. Nur noch nicht öffentlich. Denn der ständische Ausschuß fügt die Beschränkung hinzu: „Wer befinde diese Sachen von solcher Wichtigkeit, daß sie nicht mit irgend welchem Nutzen für das Vaterland dem gemeinen Manne kund gethan werden können.“

Die nächste Bitte des Ausschusses an Gustav Adolf war, sich zu bemühen: „daß unser Nachbar, der König von Dänemark, in Trübsal erhalten werde, denn eine Veränderung im Regimente dort, der Verlust

\* Hübner I, 125

des Bundes, der dänischen Kriegsschiffe und der Festungen würde für Schweden zu schwerem Nachtheile gereichen.“

Demnach standen auch nach dem Urtheile der schwedischen Rathsstände die Dinge in Dänemark für Christian IV. gefährlich. Wir haben darüber die Worte des Kurfürsten Maximilian, so wie diejenigen Wallensteins gemäß den Berichten Schwarzenbergs aus Lübeck vernommen. Auch Tilly erhielt aus Hamburg ähnliche Berichte, die von einem Plane der Abziehung Christian IV. und Gefängnisses für ihn, der Verbannung seiner Söhne und der Erhebung des Herzogs Albrecht redeten.<sup>1</sup>

Nicht bloß die Feinde der Dänen, sondern auch noch andere Freunde als der Schwede, hatten damals, im Spätherbste 1627, ermogen, welcher Nutzen ihnen aus dem dänischen Unglücke zuwachsen könnte. Es war die Republ. der Niederlande. Die Generalstaaten ließen dem Könige Christian IV. durch ihren Gesandten Laurentius Kiesel ihr herzliches Beileid über sein Kriegsglück aussprechen.<sup>2</sup> Der Gesandte meldete weiter, wie die Generalstaaten für die ausdrückende Vereyventantierung von Glückstadt Sorge getragen, welche Dienste sie dem Könige durch ihre Verwendung bei Frankreich und England erwiesen. Er legte dar, welche allgemeine Gefahr erwachse aus dem Bemühen Spaniens und des Kaisers, auf der Ostsee stark zu werden, wohl gar sich der Verbindung beider Mächte, des Bundes, zu bemächtigen. Weiter ging sein Auftrag dahin, noch und noch anzudeuten, daß die Hochmögenden, ungeachtet der eignen schweren Kriegslast, erbötig sein würden, 1600 oder bis zu 2000 Mann zur Vertheidigung von Kronenburg oder Delsingör zu senden. — Namentlich die Provinz Holland ließ sich diese Sache äußerst angelegen sein. Sie wäre erbötig gewesen, allein die Kosten zu tragen.<sup>3</sup>

In diesem besondern Falle war freilich der Plan der Holländer ziemlich durchsichtig. Was sie mit dem großmüthigen Erbieten ihrer Hülfsleistung für den Dänenkönig bezweckten, das wußte man in Madrid, wie in München und in Prag.<sup>4</sup> Was der Herzog Friedrich von Holstein-Gottorp schon in Kopenhagen zu Tilly und Wallensten über die Absichten der Hochmögenden auf Dänemark geäußert, muß als eben so wohl auch dem Könige Christian bekannt vorausgesetzt werden. Er lehnte das großmüthige Erbieten ab.

<sup>1</sup> Kriegsbarn J. 79.

<sup>2</sup> Actaena II, 495.

<sup>3</sup> \* a. C. 497

<sup>4</sup> Krcia, Bayern usw. III. 200, 204

Nachdem Gustav Adolf den Plan der Theilung Dänemarks auf gegeben, lag es in seinem Interesse, gemäß dem Gutachten seines ständischen Ausschusses den König Christian aufrecht zu halten. Es geschah. Die Aussicht auf ein Einschreiten Gustav Adolfs stellte die Dinge in Dänemark her.<sup>1</sup>

Bereits am 7./17. Februar schrieb Christian IV. sich wieder so sicher, daß er an seinen Agenten in Hamburg schrieb: „Ihr habt schon meine Resolution, daß ich nec per directum, nec per indirectum gebende Frieden zu begehren: es mag mir auch gehen, wie es dem lieben Gott gefällig. Will der König von Spanien oder ein Anderer sich auch freien Stücken bemühen, Frieden zu machen. So achte ich es billig für eine große Freundschaft: sonsten sehe ich gern, daß es verbleibe wie es ist.“<sup>2</sup>

## 2. Gegensatz Wallensteins und der Kurfürsten in den ersten Monaten des Jahres 1628.

Wie der ständische Ausschuss in Stockholm über seine wichtigen Beschlüsse vom 12./22. Januar vor dem schwedischen Volke Schweigen bewahrte, so liegt auch keine Andeutung vor, daß irgend eine Kunde derselben damals nach Wien gelangt sei. Dennoch spricht im Allgemeinen der spanische Gesandte Aytona seinem Könige über die Verleihung von Mecklenburg an Wallenstein schwere Besorgnisse aus. „Der Kaiser,“ schreibt er, am 12. Februar, „hat das Herzogthum Mecklenburg den Fürsten dort den letzten ihres Stammes, weil sie dem Dänenkönige angehangen, genommen und dem Herzog von Friedland verhehen. Obwohl der Herzog behauptet, daß er den Frieden in der Hand hat, so weiß ich doch nicht, ob dieser nicht dadurch eher unmöglich wird. Der Herzog ist so mächtig, daß man ihm fast Dank dafür wissen muß, daß er sich begnügt mit einem solchen, obwohl großen und wichtigen Lande. Der Kaiser in seiner Güte hat, ohne daß die Warnungen von vielen Seiten etwas dagegen auszurichten vermochten, dem Herzoge eine solche Macht eingeräumt, daß man die Besorgnis darüber nicht verwunden kann, denn zur Stunde ist der Herzog der Herr über Alles, ohne dem Kaiser etwas Anderes zu belassen als den Namen. Der Herzog behauptet dem ganzen Hause Gr. W. sehr getreu zu sein. Er ist es, unter der Voraussetzung,

<sup>1</sup> Krieglacten B. 79. Berichte aus Hamburg an Lilla, im Februar.

<sup>2</sup> H. u. O. B. 80.

<sup>3</sup> Der Bericht bei Windisch, Wallstein I, 268. Aus dem Archive von Stransky.

daß man ihn über das Ganze mit der absoluten Macht walten läßt, die er zur Zeit in Händen hat. Allein bei dem geringsten Widerspruche gegen seine Entwürfe wird man keine Sicherheit haben; denn er ist von Natur so heftig und unbeständig, daß er seiner selbst nicht Herr zu bleiben weiß."

Nach diesen Worten Antonas, vom 12 Februar, sollte man meinen, daß an der Ausföhrung mit Macht für Wallenstein nichts mehr fehle. Und doch erlangte er vier Tage später, am 16. Februar, ein kaiserliches Decret von unabsehbarer Tragweite: Es sprach den Entschluß des Kaisers aus, daß Confiscationen an liegenden und fahrenden Gütern derjenigen, die sich der Rebellion im Reiche theilhaftig gemacht, durch eigene vom Kaiser dazu ernannte Commissionen vorgenommen, und daß diese Güter einzog und allein zur Contentierung der kaiserlichen Kriegsarmede verwendet werden sollen. Ferner versprach darin der Kaiser seinen Delinquenten ob hohen ob niederen Standes, pardoniren zu wollen, „es sei denn der Herzog von Friedland zuvor darüber angehört und vernommen".

In Betreff dieser Contentierung, wie es hier heißt, ist festzuhalten, daß die kaiserlichen Officiere dasjenige, was sie nahmen, nur als ihren Unterhalt ansehn, nicht auch als ihre Besoldung. Der brandenburgische Gesandte Götz in Wien schreibt darüber: „Was die Officiere im Reiche erzwingen, das alles wird für gute Beute angesehen, die ihnen gehört und die sie sich von ihrem Golde nicht abrechnen lassen wollen." \*

Das kaiserliche Decret über die Confiscationen war so folgenschwer, daß der Zeitgenosse Pappus, im Anschauen des unsäglichen Jammers, erst vom Beginne des Jahres 1628 an den Höhepunkt desselben datirt.<sup>1</sup> „Wallenstein," berichtet er, „trunken von dem Erfolge und seinem Glücke, ließ dann alle Zügel los, so daß, wo er alles hatte, nichts übrig war, was er nicht begehrte. Thatsächlich, wenn auch nicht mit dem Namen, trat er auf als der Dictator des Reiches, nicht mit der Vollmacht des Kaisers, allein in der Gewisheit, daß der Kaiser ihn nicht hindern werde, nahm er das Geschehen-Kassen für Befehl. Er zog alles an sich, machte alle Kriegesgewalt sich dienstbar, indem er für Lissa als Winterquartier nur den Winkel Ostfriesland übrig ließ. Dort, obwohl von den Holländern nicht ungracirt, konnte Lissa fortan auf seinen Vorhern

<sup>1</sup> H. a. D. 370.

<sup>2</sup> H. a. D. 332. Bg. der G. 338.

<sup>3</sup> Pappus 34.



ruhen und juchauen, wie alles sich dem Glück des Importbrunnings beugte, dem allem es gestarret war, die Vortheile so großer Siege für sich einzubeißen. Er hatte so viele Regimenter unter den Fahnen, daß sie dem ganzen gemaffneten Deutschland gemachten jezt konnten. Es schien ihm nicht genug, er warb neue dazu. Und dann erst begann sich die Zahl der Obersten, der Hauptleute, der Officiere überhaupt zu vermehren, welches Adel seitdem nicht nachgelassen hat, so daß man ganze Regimenter aus Officieren bilden könnte. Und damit der Unterhalt nicht fehle, wurde zur Zahlung des Soldes ganz Deutschland hell gebeten und verheigert, Sieger und Besiegte, Bundesgenossen und Feinde, nach dem Verfahren, daß der Soldat erst nach Belieben nahm, dann raubte, dann auspreßte. Dem Soldaten ist an sich selber eine Reizung zum Übergriffen eingegeben: damals aber, wo ein jeder nach eigenem Ermessen Lohn in Anspruch nahm, erschien, bei der Verhütung des Raubes nichts, was wie ein Gewinn ansah, für unerlaubt. Die Haupter selber, die Officiere, welche hatten zugehn sollen, gingen mit ihrem Beispiele voran, in solchem Aufwande und solcher Procht, daß ihnen gegenüber die geborenen Fürsten wie ärmlich erschienen. Und doch wollten sie, bei aller maßlosen Vergeudung, auch noch haben und besitzen. Sie wollten nicht bloß reich sein, sondern auch bleiben. Während sie also von den Contributionen, den Entzehlungen und allem Gewinne überhaupt den Stachel für sich abschöpften, ließen sie dem Soldaten nur das übrig, was mit Gewalt herauszudrücken war. So begann man nach und nach das Leben der Landbewohner selbst dem Golde beizumessen, in so weit daß es von der Grausamkeit des Soldaten, dessen Kopf erfindertisch war, neue Qualen zum Zweck des Gewinns zu erfinden, mit Geld freigekauft werden mußte. Daher entstanden täglich neue Listen und neue Worte für das Reden. Wahrlich es war ein leuchtendes Bild des Kriegsbauens, wo die Commissarien, die das Geschick, das Leben, das Vermögen aller in ihrer Hand hatten, gleich als wäre es ihr Recht, sowohl dem Soldaten als den Landmann anraubten und dabei ihrer Zügellosigkeit den Strumpf der Autorität ausdrückten. Das war ein allgemeines, ihnen verflottetes Morden war, nannten sie den Dienst des Krieges, den Nutzen des Vaterlandes, des Gemeinwohl! — Mit solchen Wallensteinischen Plänen begann dies neue Jahr — o wäre doch das daß Beispiel nicht über das'elbe hinaus gekommen! — daß es vor Augen lag, er erstrebe entweder für den Kaiser oder für sich ein Imperium von solcher Art, daß er über mehr Städte als Menschen

herrsche. Wer hätte es nicht vorher für ein Wunder gehalten, daß in Deutschland jemals so etwas erblickt werden könnte! Nunmehr, wo wir es fünfzehn Jahre<sup>1</sup> lang ertragen, ist es nicht mehr ein Wunder: vielmehr grenzt näher an das Wunder die Hoffnung, daß dies einmal wieder aufhören könne.“

Der Schilderung des Leonhard Pappus entsprachen die Klagen des Kurfürsten, unter denen im Beginn des Jahres 1628 Johann Georg von Sachsen vorantritt. Denn Wallenstein hatte ihm einige Regimenter Provanen in die Faust gelegt und andere Regimenter durchmarchieren lassen. Johann Georg brachte darüber seine Klagen vor bei Mainz und Bayern. Er sagte, daß es nach dem Mühlhauser Convente und dem damaligen Gutachten der Kurfürsten mit den Einquartierungen und Durchmärschen schlimmer geworden sei als zuvor. „Und wir stehen in dem Gedanken, daß, wenn jenes Gutachten nicht erfolgt wäre, es um H. M. Reichs erträglicher sein würde.“<sup>2</sup>

Dazu vernehmen wir von Johann Georg andere anfließende Worte. „Im römischen Reiche und um die Reichsstädte ist alles voller Volk und allbereit über 40000 Mann vorhanden. Man hat keinen Feind, dem Widerstand zu thun. Aller Provan wird aufgezehrt. Große Summen Geldes werden von den Städten und andern erpreßt. Dabei, weil keine Disciplin, kein Geld, kein Provan, kein Gehorsam, kein Respekt vorhanden, hört man solche Discurse, daß sich darüber zu verwundern. Man weiß ganz und gar nicht, worauf es abgesehen. Es geht die gemeine Sage, es solle nicht mehr ein Krieg um die Neglen, sondern ein Religionskrieg werden, und die bisherige Defension solle sich wandeln in eine Offension. Der allmächtige Gott wolle das gnädiglich verhüten!“<sup>3</sup>

Daß Johann Georg selber sich in diesem Gedankenkreise bewegte, hatte er dem Kurfürsten Maximilian schon vorher angedeutet mit den Worten: „Es gewinkt fast den Kaiser, man hatte geschworen und sich fest vorgenommen unser Kurfürstenthum und Lande zu raubern und dadurch die Worte der Calvinisten wahr zu machen, unser trauer Gehorsam würde keine andere Becondung erlangen als das beneficium

<sup>1</sup> Die erste Abtheilung der Epistole von Pappus schließt mit dem Jahr 1648.

<sup>2</sup> Gieseler, Wallenstein I, 207. Aus dem Durlacher Briefe.

<sup>3</sup> E. u. O.

ordinis: endlich würden wir doch auch ruiniert und ganz gestossen werden. Welches dann, daß es geschehen möchte, das jetzige Procedere fast beweist.“<sup>1</sup>

In Wahrheit mochte sich hinter diese Aeden des Kurfürsten Johann Georg derselbe Gedanke verbergen, dem er bereits vorher in Mülhausen Ausdruck gegeben. Der einzige Fürst des Reiches, dessen Land die Wallensteiner nicht betraten, war der Kurfürst Maximilian von Bayern. Aber sie hielten sich, wie die anderen zahlreichen Beispiele zeigten, nicht darum davon zurück, weil Maximilian katholisch war, sondern weil er über das Meer der Figo gebot. Nur eine eigene bewaffnete Macht konnte einen Schutz gewähren gegen Wallenstein. Johann Georg wünschte eine solche zu schaffen. Aber es fehlte ihm ein Grund oder Vornand. Er suchte einen solchen. Er ging darauf aus ihn zu finden in der Religion, in der Behauptung, daß um der Religion willen sein Land heimgesucht werde.<sup>2</sup>

Jene Klagen Johann Georgs fanden wie in München, so auch in Mainz willige Ohren. Der Kurfürst Georg Friedrich sandte sie dem Kaiser an, zusammen mit den eigenen, schwer und scharf, und dennoch mit aller Ehrerbietung, am 22. Februar.<sup>3</sup> In seinem Schreiben sagt er: „Weil die Befehle Ew. R. M. so gar keinen Respekt finden, sehe und spüre ich täglich mit bestimmtem Verzen, daß die Affection, die Liebe, das Vertrauen, welches die getreuen Stände und ihre armen Leute zu Ew. R. M. und dero hochloblichem Haus getragen, sich in große Abneigung verwandelt. Darob frohloden Ew. R. M. Widerwärtige in und außer dem Reiche. Ja, die Säulen des Reiches, welche für Ew. R. M. Leib, Gut und Blut aufgesetzt und in der Noth Ew. R. M. unter die Arme greifen sollen, erzeugen ein großes Mißtrauen, wie Ew. R. M. aus dem beiliegenden Schreiben des Kurfürsten von Sachsen an mich ersehen wollen. Aus welchem Allen nichts als anstatt des verhofften Friedens neuer Jammer und vielleicht die endliche Zerrüttung des Reiches zu erwarten.“

Demgemäß hält der Kurfürst Georg Friedrich es für seine Pflicht, „aus getreuem Verzen, beständiger Liebe und Affection, die zu Ew. R. M. ich bis in meine Grube tragen werde, Sie in tiefster Demuth ganz gehorsamlich zu bitten, daß Sie doch dies alles ganz völlerlich erwägen wollen.“ Der rechte Nachdruck liegt auf dem Schlusse, daß der

<sup>1</sup> H. a. D. 396.    <sup>2</sup> Bgl. Artin, Wallenstein. II. B. 12.    <sup>3</sup> H. a. D. 399.

Kaiser „denen, die aus Privatursachen Ibro ein Anderes vorbilden, keinen Glauben geben, sondern Ihr Fundament, wie bisher, nächst Gott auf Ihre und des Reiches Für- und Fürsten setzen, deren Treue und Vermögen Sie in Ihren höchsten Räten empfunden, -- daß Sie Derselben gutberzigem Rathe folgen und nicht zweifeln wollen, daß der allmächtige Gott Sie und Ihr Haus dabei reichlich segnen und erhalten werde.“

Es kommt also auf das Verhalten des Kurfürsten Maximilian von Bayern an. Bemerten wir zuerst, daß eben damals das Verhältnis dieses Kurfürsten zu dem Kaiser neu geordnet war. Maximilian war bis dahin noch immer im Besitze von Ober-Osterreich, welches ihm der Kaiser als Pfand für die Kriegskosten vom Jahre 1620 eingeräumt hatte. Maximilian selbst äußerte sich darüber im Jahre 1627 zu dem Grafen Rhevenbiller bei dessen Durchreise durch München<sup>1</sup>: er wolle gern, daß dieser Stein des Anstoßes, wie er es nannte, der alle seine Handlungen bei dem Kaiser verdankte, aus dem Wege geräumt werde.

Wenige Monate später kam diese Angelegenheit zur Sprache. Im December 1627 entbande Maximilian den Herrn von Preising nach Prag, hauptsächlich, um auf Grund der Beschlüsse des Kurfürstentages von Mühlhausen, nach welchen sich die Verwirrung der pfälzischen Kurwürde auf das ganze Haus Friedrich V. erstrecken sollte, um die Verlehnung für die ganze Wilhelminische Linie zu bitten.<sup>2</sup> Preising fand williges Gehör, zugleich aber auch die Andeutung, daß gemäß den Beschlüssen von Mühlhausen, daß Friedrich V. schuldig sei, die Kriegskosten zu tragen, nunmehr der Kaiser durch die definitive Überweisung der Oberpfalz an den Kurfürsten Maximilian das Pfand Ober-Osterreich einlösen könne. Der Forderung war nicht auszuweichen. Der Graf Trautmannsdorf erschien als kaiserlicher Gesandter in München. Am 22 Februar wurde dort ein Vertrag unterzeichnet,<sup>3</sup> kraft dessen der Kaiser dem Kurfürsten die Oberpfalz nebst den diesseit des Rheines gelegenen Ämtern der Unter-Pfalz überwies, und zwar als Entschädigung für die dreizehn Millionen aufgewendeter Kriegskosten des Jahres 1620, der Kurfürst dagegen dem Kaiser das bisher pfandweise inne gehabte

<sup>1</sup> Rhevenbiller X, 1407.

<sup>2</sup> Instruction und Tagebuch Preisings bei Kenna, Bayern usw. III. 271

<sup>3</sup> Artin, Bayern usw. 279.

Ober-Oesterreich zurückgab. — Demnach war, wie Maximilian selber sich ausgedrückt, dieser Streich des Kaiserthums aus dem Wege geräumt.

Im März erhielt der bayerische Gesandte in Prag, Ruz von Senftenau, von „treu meinenden kaiserlichen Dienern“, die sich nicht der Wallensteinischen Partei angeschlossen, den Rath: „Um die Sachen zu einem guten und glücklichen Stand zu bringen, dem Reiche einen vollständigen Frieden zu erwerben und allen androhenden Ungelegenheiten zu begegnen, gebe es kein anderes Mittel, als daß sich die kaiserlichen Kurfürsten in Person zu dem Kaiser verfügen.“<sup>1</sup>

Der Kurfürst Maximilian brachte diesen Vorschlag an Georg Friedrich von Dalm. Er hob hervor, daß Wallenstein fortwähre solche Reden zu führen wie: „Er wolle die Kurfürsten mores lehren: sie müßten von dem Kaiser und nicht der Kaiser von ihnen abhängen. Es gebühre dem Sohne des Kaisers die Succession am Reiche, und es bedürfte der Wahl nicht.“

Diese letzten Worte Maximilians, vom 21. März, stimmen so genau zu denjenigen einer Denkschrift, die damals unter dem Namen eines „unvorgereiften Discurses“ die harte friedländische Kriegsverfassung besprach, daß derselbe als der Ausdruck der Meinungen am Münchener Hofe betrachtet werden darf.

Die kaiserlichen Minister, sagt dieser Discurs, machen geltend, die Kriegsverfassung sei gerichtet gegen den Dänenkönig und gegen Bethlen Gaber. Aber man hat neu geworden, als der Däne ganz geschlagen war. Von irgend welcher Mäßigung des Bethlen verlautet nichts. — Ist die Kriegsverfassung also gegen die Generalstaaten? Aber das Heer Wallensteins liegt weit von da, und es wärh zur Bedröge, daß diejenigen Mittel, durch die er ohne Geld bisher sein Kriegsvolk am Reiche aufgebracht und erhalten, sich in den Niederlanden nicht anwenden lassen. Und ferner wärh er, daß es ihm unmöglich sein würde, mit seiner Armee eine Belagerung, wie dort geschehen muß, auch nur auf einige Monate zu unternehmen. — Oder ist es gegen Frankreich? Der Kaiser hat keinen Krieg mit Frankreich und wird billiger Werke dabei bedacht sein, seinen anderen Krieg anzulangen, ehe und bevor er mit Dänemark Frieden geschlossen. — Oder stant man auf Krieg in Italien? Was in Bezug

<sup>1</sup> N. a. D. 377. Bericht vom 4. März aus dem Münchener H. Arch.

<sup>2</sup> N. a. 378. \* Abgedruckt bei Kretz, Wallenstein. II. B. S. 1. 36. Zeilangs den Inhalt zusammen.

auf Frankreich gesagt ist, gilt auch in Bezug auf Italien. — Oder ist endlich die Rüstung gegen die Türken gerichtet? Der Friede mit den Türken ist geschlossen, und der türkische Botschafter mit der Bestätigung desselben wird täglich erwartet.

Demnach, sagt weiter der Discurs, bezweckt die harte freubländische Kriegsverfassung weder die Vertheidigung noch den Angriff noch ausen. Es folgt daraus nothwendig, daß sie nach innen gerichtet ist, gegen alle Reichsstände oder einen Theil derselben. Da könnte man nun meinen, daß, wie Kurpfalzern argwöhnt, es auf die nicht-katholischen Reichsstände abgesehen, man also einen Religionskrieg anfangen wolle.

Gegen diese Vermuthung, sagt der Discurs, spricht der Umstand, daß man einen solchen Plan doch künftiger Weise zuerst dem katholischen Reichsständen mittheilen, und dabei nicht trachten würde, direct wie indirect, die Armee des katholischen Bundes zu Grunde zu richten. — Ferner aber, wenn dies die Absicht wäre, so sollte man aller Vermuthung nach erwarten, daß sie zur Zeit ausgeführt würde, wo die nicht-katholischen Reichsstände sich gegen die Übermacht nicht zu wehren vermögen und von außen her keine Hilfe zu erwarten haben. Statt dessen aber liegt vor Augen, daß nicht-katholische Reichsstände, wie Brandenburg, Palatinat und Württemberg, mehr als katholische Reichsstände gehandelt werden. Daher kann ein Religionskrieg nicht die Absicht sein.

Und ferner, heißt es, kann dies nicht sein weil Roßenstein so viele nicht-katholische Obersten bestellt und mit wichtigen Aufträgen betraut, wie den Herzog Georg von Vinsburg in Niederösterreich, den Obersten Arnim in Pommern, ferner zwei Herzöge von Sachsen-Kauenburg, einen Markgrafen von Brandenburg, einen Herzog von Holstein, und andere mehr. Diese Alle befanden sich an Orten, wo sie, wenn die Intention eines Religionskrieges von kaiserlicher Seite ihren Ausgang würde, dieselbe sehr leicht vereiteln und sich zur Gegenpartei schlagen könnten.

Demnach, sagt der Discurs, muß die hauptsächlichste Intention dieser Kriegsverfassung eine andere sein. Der Kaiser hat ein ziemliches Alter erreicht, ist Krankheiten ausgesetzt: er wünscht daher die Wahl seines Sohnes, des Königs von Ungarn und Böhmen, zum römischen Könige. Nun kann sich der Kaiser, und dergleichen seine Minister, bei dem jetzigen Stande der Dinge wohl versichert halten, daß die Wahl auf keinen Andern fallen würde, und daß es zu diesem Zweck einer so starken Kriegsverfassung nicht bedürfte. Allein es ist hergebracht, daß bei solchen Wahlen dem Successor Capitulationen auferlegt werden.



die er beschwören muß. Daher kommt der Verdacht auf, daß solche Bedingungen abgewehrt, die Privilegien des Hauses Oesterreich dagegen vermehrt werden sollen. Es regt sich sogar die Meinung: die Intention gehe noch weiter und zwar dahin, daß das römische Reich bei dem Hause Oesterreich auf gewisse Weise erblich verbleiben, der österreichische Dominatus eingeführt, und daß kurz, die ganze Verfassung des Reiches völlig umgekehrt werden solle. — Daß jedenfalls die Absicht auf die Abschaffung der Wahlcapitulationen und der Vorrechte der Kurfürsten gerichtet, ist sowohl aus den Reden des Kaisers zu entnehmen, wie z. B.: die Kurfürsten haben bisher zu große Autorität im Riche gehabt, der Kaiser müsse fast von ihnen abhängen — als auch demjenigen Friedlande: man müsse die Kurfürsten mores lehren und ihnen zeigen, daß sie von dem Kaiser, nicht der Kaiser von ihnen abhängt.

Derartige Reden, wie sie hier Wallenstein beigelegt werden, stimmen zu denen, welche, und zwar stärker noch, das Minoritäts-Votum gegen die Übertragung von Mecklenburg getrad gemacht hatte. Aber diese hatten damals auf den Kaiser keine Wirkung geübt. Dagegen hatte er dem Kurfürsten Georg Friedrich sowohl mündlich durch dessen Gesandten Metternich, als auch durch ein eigenes Handbriefflein die Zusicherung gegeben: „So wahr als J. R. M. das Angesicht Gottes zu schauen begehren, sei Ihre Intention, Wille und Meinung niemals gewesen und auch noch nicht, die hergebrachte Libertät und die Freiheiten der Kurfürsten und Stände des R. Reiches, wie Güter ausgehen, zu schwächen oder in etwas zu verringern. Auch, wenn J. M. wüßten, daß einer Ihrer Diener mit einem solchen Vorhaben umginge, wollten Sie demselben den Kopf nehmen lassen.“<sup>1</sup>

„Das sind,“ fügt der Kurfürst von Mainz seiner Antwort an Maximilian hinzu, „so hohe, theuere und ernstliche Worte, daß man nicht Ursache hat, bevorab in Betracht der bekannten Frömmigkeit und Gottesfurcht Ihrer R. M., ein Mißtrauen und Zweifel in dieselbe zu setzen.“

Darum war Georg Friedrich nicht geneigt zu einem Collectivschritte der Kurfürsten persönlich bei dem Kaiser, zumal da der Kurfürst Johann Georg sich entschieden weigerte, während der Einquartierung des „gottlosen und undisciplinirten Volkes“, das er auf 12000 Mann ansehung, sein Land zu verlassen.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> M. a. C. 394. Aus dem Münchener St. Archiv.      <sup>2</sup> M. a. C. 401

In der That aber wünschte der Kaiser die Wahl seines Sohnes zum römischen Könige, und ließ Georg Friedrich ersuchen dieselbe zu befördern. Der Kurfürst antwortete: er besorge, daß die Kurfürsten zu seiner Wahl, noch auch nur zu einer Zusammenkunft sich verstehen würden, bevor sie nicht von dem Kaiser die Versicherung erhalten, daß er in eigener Person sich einfinden und nicht bloß von der Königsstuhl, sondern auch von dem Kriegsthrone mit ihnen handeln würde.<sup>1</sup>

In demselben Tagen, im April, trat auch sogar an den Kurfürsten Maximilian, dessen Land bis dahin die Wallensteiner nicht betreten, die Besorgnis heran, daß dies dennoch geschehen könne. Im März waren Wallensteinische Regimenter in Franken und Schwaben eingerückt. Zugleich ließ der Kaiser die Abführung der zwei Regimenter der Eiga, Schönberg und Kronberg, welche Tilly — mit der Zustimmung Maximilians — dahin gelegt hatte, in München verlangen. Als Grund für die Verlagerung in Schwaben gab Wallenstein an, daß der niederländische Kreis erleichtert werden müsse. Dagegen lag die Frage nahe, warum man das Kriegsgeld so weit zurückführe in der Jahreszeit, wo der Feldzug beginnen sollte.<sup>2</sup> Der Kurfürst Maximilian sandte, im April, den Obersten Herlberg nach Prag. Die Instruction desselben ermächtigte ihn zu sagen, daß, wenn der Kaiser auf der Abführung jener Truppen der Eiga bestünde, ohne ihnen andere Quartiere anzuweisen, dies die Vermuthung erzeuge, daß es auf die Auflösung des Eigaheeres abgesehen sei. Wenn Wallenstein den 4600 Reitern, die er bereits nach Schwaben geschickt, noch 2000 neu zuwerbende, was es seine Absicht, nachsenden wolle: so müsse unter dieser Überlast der Kreis zu Grunde gehen.<sup>3</sup>

Die Antworten, die Herlberg in Prag erhielt, lauteten nicht befriedigend. Sowohl Wallenstein, als auch der Kaiser selbst beharrten bei der Forderung des Abzuges der Eigaisten aus Schwaben und Franken.<sup>4</sup>

### 3. Die Relationen des Kapuziners Alexander von Paleß.

Während im Monate April die Dinge so lagen, ließ eine hoch stehende Persönlichkeit am kaiserlichen Hofe dem Kurfürsten Maximilian die Aufforderung zugehen, ihm zur Übermittlung von Nachrichten, die man dem Papste nicht anvertrauen dürfe, einen sicheren Mann zu senden. Maximilian schickte den Kapuziner Alexander von Paleß, der

<sup>1</sup> E. a. O. 394.    <sup>2</sup> Kurts, Wallenstein. II. 2. 14.

<sup>3</sup> Winkler, Wallstein I. 395.    <sup>4</sup> E. a. O.

Einb., 1744. 117

unter dem Namen Francesco Della Roma ihm auch früher in der päpstlichen Sache gedient hatte. Der Name der hochstehenden Persönlichkeit ist nicht überliefert. Die Wahrscheinlichkeit spricht für den Fürsten Jodan von Koblomitz, Großkanzler von Böhmen.<sup>1</sup> Die Ansichten, die der Fürst dem Vater mündlich aussprach, brachte dieser sofort nach seiner Ankunft in München zu Papier.<sup>2</sup>

„Nachdem die hochstehende Person seit langer Zeit das Verhalten Friedlands beobachtet hat, und zur Zeit sieht, wie er so große Fürsten, die nichts verbrochen haben, bedrängt, dagegen mit Nicht-Katholiken und gar mit Rebellen wider den Kaiser glimpflich verfährt, gibt sie sich der starken Vermuthung hin, daß dieser Mann einmal ein großes Unheil anrichten wird, nicht bloß für Deutschland, sondern für ganz Europa. Dafür spricht eine Reihe von Anzeichen, die sich aus verschiedenen Ereignissen und Handlungen Friedlands ergeben. Demgemäß stellt sie im tiefsten Geheim dem Freunde — d. h. dem Kapuziner Alexander — zur Ermüdung drei Dinge anheim, die am kaiserlichen Hofe nicht erkannt, geschweige denn geprüft werden, nämlich den Charakter Friedlands, sein Verfahren, seine Entwürfe.“

„Friedland besitzt eine ungemessene Arglist und Verschlagenheit, ja man dürfte sagen über allen menschlichen Maßen hinaus. Die rauhe Stube seines barischen Auftretens, das doch oftmals eher gemacht als natürlich ist, legt und verbirgt weit ausschauende Entwürfe. Wie Andere häufig sich als ungeschickt und unwissend aufspielen, um ihre Arglist zu verbergen, so gibt sich Friedland als launisch, tyrannisch, unerröthlich, um von den Guten gefürchtet, von Anderen, namentlich von dem Kaiser als unbeforschen, als zu weit ausschenden Entwürfen nicht geschickt gehalten zu werden. Anderen wieder gegenüber bewirkt er sich freigebig, um sie an sich zu locken. Ja gegen hervorragende Oberste, auch Soldaten, überhaupt gegen die, welche auf sein Wesen eingehen, thut er dies im höchsten Maße. Außer der Freiheit, die er ihnen gestattet, ließ er z. B. vor aus Kaurz einem Obersten viele tausend Thaler zukommen. Einige

<sup>1</sup> So Gindels, Wallstein II, 21. Die dort angeführten Gründe erscheinen mir durchschlagend. Die H. H. v. Ermitz und v. Fuchter vermuthen den Grafen Slavata, ohne eingehende Beweisführung. Ähnlich Schöberl 60 u. f., behauptend, nicht beweisend.

<sup>2</sup> Das italienische Original bei Ermitz, Wallstein II. B. 16 Nr. 11. Ich übersehe es mit einigen wenigen Ergänzungen.

aus seiner Umgebung haben sich in unglaublicher Weise bereichert. Anderen wieder ist sehr viel versprochen. Dabei gilt er als Mann von Wort. Die Gunstbezeugungen, die er gewährt, und wären sie die geringsten, schlägt er selber hoch an. In Folge alles dessen wird er in besonderer Weise sowohl gefürchtet wie respectirt, so sehr, daß, nachdem er sich im kaiserlichen Rathe zum absoluten Herrn gemacht hat, keiner, auch selbst der Kaiser nicht, wagt ihm zu widersprechen."

"Der Czar durchdringt seine Gedanken; ein Anderer kann nur vermuthen, und auch dies nur auf Grund langer Erfahrung. Denn Niemand ist mit ihm so vertraut, selbst nicht die eigene Frau, daß er es nicht für nöthig fände, mit dem Aristoladium die Punkte des Mondes zu beobachten, um danach sein Verhalten zu bestimmen. Dann ist dasselbe sowohl den kaiserlichen Ministern und den Gesandten als dem Kaiser selber gegenüber so vielfach regellos, wider die Höflichkeit, den Respect, den Anstand, daß man nicht weiß, wie man mit ihm umgehen solle. Das Alles ist künstlich angelegt, nicht so sehr um sich frei zu halten von Belästigungen durch diejenigen, welche etwas von ihm wünschen würden, als um in dem Klischee zu stehen, daß Niemand wagen dürfte bei ihm anzustoßen."

"Er besitzt eine große Kenntnis in geschichtlichen Dingen, so wie eine entsprechende Erfahrung in den politischen und militärischen Ereignissen in Anlaß der Unruhen der letzten Jahre in Deutschland, und besonders in Böhmen, wo er den Übergang des Landes von einem Herrn zu dem anderen mit durchgemacht hat. Er hat ein sehr sicheres Urtheil und festen Willen in seinem Entschlusse, ohne sich im mindesten darum zu kümmern, ob, wenn er nur seine Absicht erreicht, er Jemanden sonst irgendwie beleidigt oder schädigt. Dies liegt offen vor in der Art, wie er sich einen umfassenden Landbesitz mit fast königlichen Einkünften zusammen getracht, ohne jegliche Rücksicht weder auf den Dienst seines Souveräns, noch auf sein eigenes Gewissen, noch auf die Liebe des Nächsten, noch auf den großen Haß, den er dadurch bei Vielen sich zugezogen. Mit sorgloser Verwendung von Geld hat er verstanden, jegliche Schwierigkeit zu überwinden, so sehr, daß zur Zeit die Einkünfte Friedlands nur in Böhmen höher sind als diejenigen des Kaisers. Dazu ist er sehr häuslicherisch."

"Die feste Entschlossenheit Friedlands ergibt sich ferner daraus, wie er seine Armee lediglich durch das Einkommen der Quartiere unterhält, ohne irgendwie sich darum zu kümmern, so großen Schäden zu

nahe zu treten, so dem Kaiser selbst, der es niemals hat erreichen können, daß die Querkere in Föhnen und Mähren bei dem so schweren Schaden der Grundherren ermäßigt wurden. Diefes seine Entschlossenheit ergiebt sich ferner in seinem Verfahren kraft eigener Autorität, ohne jegliche Jurisdiction, mit Verpöthung der schweren Klagen der Reichsfürsten. Besonders hat sich dies gezeigt bei der Einlagerung der drei Regimenter in die Lausitz. Dermal ließ ihm der Kaiser sagen: so sehr auch er, der Kaiser, ihm für die geleisteten Dienste verpflichtet sei, so würde er noch dankbarer sein, wenn Wallenstein nicht dem Kurfürsten von Sachsen Anstoß gebe, vielmehr abstehe von dem Entschlusse. Als drei Male gab Friedland zur Antwort: es kann nicht sein. Bei ihm gelten keine Verwendungen vielmehr ist er abgeneigt, auf eine Verwendung hin Gunst oder Dienst zu erweisen. Er hat Jemandem, der mit Empfehlung des Woiwoderzogs von Lottana um die Verleihung einer Compagnie bat, das Gesuch abgelehnt. Ähnlich gegenüber dem Fürsten Eggenberg und in vielen anderen Fällen, wie sie täglich vorkommen."

"Friedland ist von Natur zur absoluten Herrschaft geneigt. Derer ist ihm nichts so sehr zuwider als sich dem Willen eines Anderen zu fügen, oder davon abzuweichen. Wird dieser sein Unabhängigkeitsfinn nur im geringsten berührt, so bringt ihn das in unglaublicher Weise auf. Bei seiner Rückkehr aus Ungarn gab er offen seinen Zorn darüber zu erkennen, daß der Kaiser sich die Mühe genommen Andere zu fragen, ob es wehre, daß Wallenstein, indem er mit Petölen Obodor nicht geschloßen, wider die Krugsreihen gehandelt habe. — Er macht täglich Übergriffe. Dazu hat er, um nicht seines Gleichen zu haben, einen Postant mit formidablen Titeln ausgerüstet. Er liegt dem Kaiser mit der Bitte an, daß im Falle der Rebellion seine Güter nicht dem Fiskus anheim fallen sollen, sondern seinen nächsten Erben. Der Gehalt seines Posthaltes würde ausreichen für jeden großen Fürsten. Er beansprucht jetzt den Titel der Hebräer — Er hat eine sehr große Abneigung gegen den Sohn des Kaisers, den König von Ungarn, weil er ihn kennt als weder verschwenderisch, noch furchtsam, und als einen Fürsten, der pünktlichen Gehorsam fordert. Und wenn der Kaiser stirbt, so würde man in dem österreichischen Erblande wahrlich viele Wirrthale erleben. Vor Allen aber haßt Friedland den Papstfürsten, und dieser allem unter den anderen gleiches Ranges erscheint ihm als derjenige, der ihn an seinen Antworten hindern könnte. Dies darf als unabweisbar angesehen werden."

„Friedland ist in hohem Maße cholerisch, und daher von Natur geneigt zur Irrthum. Diese bricht bei sehr geringen Anlässen hervor, wie es z. B. dem Cardinal Harrach<sup>1</sup> gegenüber geschah. Als er dem Friedland einen geringen Anstoß gegeben, schickte dieser, ungeachtet der kaiserlichen Zusicherung für den Cardinal, daß er mit Quartieren nicht belästigt werden solle, ihm so viele Soldaten auf seine Güter, daß sie ihm völlig zu Grunde richteten. Weder die Verwendung Eggenbergs, noch weniger die wiederholten Befehle des Kaisers fruchteten etwas dagegen. Dieser Gang zum Horne der in tyrannischer Weise täglich gegen Biele ausbricht, ist so beschaffen, daß er auch gegen diejenigen sich bedrückt, welche, obwohl sie Friedland nicht beleidigen, durch natürliche Mängel seine Abneigung erregen.“ Er gesteht ganz offen, diesen Gang zum Horne nicht bändigen zu können, viel weniger halten ihn Gewissen und Religion zurück. Von dieser sieht man bei Friedland keine andere Umgebung als eine gehobelte, ungeachtet der vielen Almosen, die er offenbar aus anderen Betrugslüden gibt als denen der Religion. Von anderen Fehlern, welche der Herrschsucht und dem Horne verwandt sind, wie der Reiz usw., darf man schweigen. Sie sind bei Friedland notorisch.“

„So ist der Charakter Friedlands beschaffen, ähnlich demjenigen der geschichtlich bekannten Persönlichkeiten, wie Arila, Theoderich, Berengar, Desiderius, welche von Hause aus Herzöge, durch die Verleihung anderer Könige auch selber Königröiche erwarben und Kaiserreiche erstrebten.“

„Es handelt sich also um sein Verfahren. Dasselbe ist im ganzen Reich zur Genüge bekannt. Von der Erkenntnis aus, daß die Waffen wirksame Mittel für hohe Ziele sind, erstrebt er vom Beginne an, in Waffen mächtig im Reich dazustehen. Mit dem Aufwande vieler Kist gelang es ihm, zum Beginne sich einzuführen wie zur Hülfe für Tilly, dann ein freies und unabhängiges Commande für sich durchzusetzen, endlich die Stellung eines Generalissimus mit erschreckender Autorität zu erlangen. Weiter hat er nicht geruht seine Vollmacht im Reich bis dahin auszudehnen, daß der Kaiser kein Werbepatent mehr verleihen kann, ohne bei Friedland anzustoßen, der auf seine Person allein die Entscheidung über alle Waffen im Reich beschränkt hat. Ferner hat er

<sup>1</sup> So im Texte Mähls, daß hier eine Verwechslung mit Tietmölchs vorliegt. <sup>2</sup> 24. Band II, 556.



die kaiserlichen Wunster, damit für die Autorität seines Amtes anerkannt mit Geld versehen. In arglistigster Weise hat er den Bischof von (P. Vornmann S. J.) des Kaisers sich dienstbar gemacht. Zuerst hat er ihm eine Kirche erwirkt, St. Nikolai in Prag; dann hat er ihm 10 000 Thaler baar gezahlt endlich hat er ihm angeboten und bietet zur Zeit ihm an eine lange Reihe von Collegien, Alumnaten und Seminarien im Reich für die Gesellschaft. Der Bischof, der bei seiner geringen Bekanntschaft mit Friedland den Charakter desselben durchaus nicht durchschaut, hat sich durch jene für den Augenschein guten Worte und durch die falschen Reden des Friedland täuschen lassen, und hat demgemäß dem Kaiser in solcher Art über den guten Willen und die zuverlässige Treue des Friedland berichtet, daß der Kaiser sich völlig darauf verläßt, was Friedland ihm anrath, in solchen Maße, daß der Kaiser die Worte gesprochen hat: „Ich weiß, daß ich von diesem Manne nicht betrogen werde.“ — Es ist es geschehen, daß Friedland sich nach und nach zum absoluten Herrn des Kaisers und seines Rathes gemacht hat. Er selber hat wiederholt sich ausgesprochen: er achte ein oder zwei Fürstenthümer nicht so hoch wie das Verdienen in den Waffen.“

„Die Kunstgriffe, deren er sich bedient, erregen mancherlei Verdacht. Am kaiserlichen Hofe hält er die Meinung aufrecht, daß er nur wider Willen sein Amt annehme. Und unter der Hand wendet er verschiedene Mittel an um Befehl zu bleiben. Bei seiner Mühseligkeit und Ungern drohte er es niederzulegen, allein sobald er erkannte, daß man auf einen Nachfolger bedacht war, arbeitete er sogleich bei Uggendberg mit großem Eifer dahin, daß man damit nicht halten solle. — Er trachtet den Glauben zu erwecken, daß er wegen seines rauhen Wesens die Zurechtung der Soldaten nicht besitze; in der That dagegen wach man, was er thut, um sie zu bereichern, namentlich einige vornehme Officiere, und wie er ihren Gewaltthatigkeiten das ganze Reich preis gibt. Und wirklich will er mit jedem Vorgeben irgend ein besonderes Sybil verbinden, das er im Reich anzurichten gedenkt. Er trachtet mit unerträglichen Quälereien alle diejenigen zu Grunde zu richten, die nicht von ihm abhängen. In dem ganzen Verzeichnisse seiner Regimenter sind nicht zwei oder drei Oberste, auf die der Kaiser sich verlassen dürfte, weil sie Alle entweder Nicht-Katholiken oder Ausländer sind, die keine andere Absicht haben als ihr Glück zu machen, und nach bekannter Art im Trüben zu fischen.“

„Ferner ist sehr verdächtig das Verfahren, nach welchem Protestanten die Nicht-Katholiken milder behandelt als die unschuldigen Katholiken.

Dann liegt vor, daß er (in den ersten zwei Jahren) niemals zum Kampfe mit dem Töwen gekommen ist, zu demjenigen mit Ransfeld nur gezwungen, daß er darauf diesen nach Schlesien hat entweichen lassen, und sehr langsam ihm gefolgt ist, so daß Ransfeld in Schlesien Fuß faßte, und damit auch für Wallenstein die Gelegenheit gab, dort eine Truppenmacht zu unterhalten. Vermittelt derselben zog er alle kaiserlichen Streustrasie dort an sich, und entnahm mit unglaublichem Eifer den Erbländern das Geld, nicht um die Soldaten zu bezahlen, sondern andere Kriegsbedürfnisse anzuschaffen, Fuhrwerk und Munition. Auf diese Weise legte er dem Hause Oesterreich einen Jügel an, weil zur Zeit er in allen Ländern desselben der Herr ist, ausgenommen Wien, Ungarn, Kärnten, Steier. Ähnlich ist es es fast durch das gesamte Reich. Dazu hat Friedland von dem Kaiser die uneingeschränkte Vollmacht, Werbepatente nach seinem Ermessen auszugeben und die Officier-Stellen zu besetzen. Das Verfahren, die Soldaten durch die Erweiterung der Quartiere zu befriedigen, hängt völlig von seinen Willen ab, so daß der Kaiser über die Arme des Friedland keine andere Autorität hat als welche dieser will und zugesieht. Daraus auch hütet sich Friedland sehr vor Allen, was das Herr von einem Anderen als von ihm abhängig machen könnte. Er verlangt von dem Kaiser nicht etwa Geld, um die Soldaten, sondern, wie gesagt, Kriegsbedürfnisse zu bezahlen. Er sucht alles Geld nicht bloß aus den Erbländern, sondern auch aus dem ganzen Reiche heraus zu saugen. Daraus hört er nicht auf andere Vorschläge. Wie der spanische Botschafter mir gesagt, hat seine Regierung um der eigenen Interessen im Reiche willen dem Kaiser 800 000 Thaler jährlich für den Unterhalt des Heeres angeboten. Als der Kaiser dies dem Friedland mittheilte, nahm er es sehr übel und wollte nichts davon wissen, mit der Behauptung, daß er Mittel finden werde, das Herr zu unterhalten. Zu anderer Zeit hat er sich geäußert, daß er das Heer noch fünfzigzwanzig Jahre lang erhalten und in jedem beliebigen Theil Europas führen werde."

„Zu allem diesem kommt noch die wenige Achtung, die er dem ganzen kaiserlichen Hofe beweist. Er behandelt alle Minister geringschätzig, überwirft sich offen mit ihnen. Mit dem Kaiser geht er um, als wäre er der Kaiser. Er hat nach und nach den ganzen kaiserlichen Hof in seine Gewalt gebracht, durch Schenkungen an die Vornehmsten, durch Bedrohen der Andern. Es ist nicht einer der vornehmsten Minister, dem er nicht Geld geschenkt hätte, denn dieser Hof ist sehr

käuflich. Dem Eggenberg allein hat er 200 000 Thaler geschenkt. Die Folge ist, daß der ganze Staats- und Kriegsrath sich auf die Person Friedlands reducirt.“

„Er befehlt die vornehmsten Fürsten durch. In Gegenwart des spanischen Botschafters hat er dem katholischen König einen Troß genannt. Eben so dem König von Polen. Vom Papste hat er mit Rücksicht gesprochen, und weiter gesagt: es seien fünfundsamzig Cardinäle, die man auf die Galerien schmeißen sollte.“

Am selben Tage, wo der Kapuziner von der hohen Persönlichkeit Abschied nahm, sagte Eggenberg zu der letzteren: „Wahrlich, dieser Friedland ist eine Geißel Gottes, eine wirkliche Geißel. Denn wächst ihm die Kraft, so wird er bald sie erproben, indem er sich auf einen Anderen wirft, wie es scheint, daß er jetzt mit Sachsen thun will.“

Es handelt sich also um den dritten Punct: die Entwürfe Wallensteins. Zur Darlegung derselben zog die hohe Persönlichkeit aus dem Charakter Wallensteins und seinem Verfahren eine Reihe von Schlüssen. Da diese Schlüsse nicht etwas Gegebenes berichten, sondern nur Meinungen und Vermuthungen vom April 1628 aussprechen: so ist davon nur derjenige hervorzuhoben, der mit den bereits gezeigten Thatfachen im Einklange steht.

„Voran unter den Entwürfen Friedlands steht die Absicht die katholische Liga zu Grunde zu richten. Es ist gewis, daß er alles ihm Mögliche thun wird, um dies zu vollbringen und allein bewaffnet als absoluter Herr im Reiche dazustehen. Nach wohl vorbedachtem Plane trachtet er alle Quartiere mit seinen Soldaten zu besetzen, damit diejenigen der Liga sich entweder verlieren oder zu ihm übergehen, wie es scheint, daß Pappenheim thun will, der zu diesem Zwecke sich in Prag aufhält.“

Auf diese Darlegungen der hohen Persönlichkeit stellte der Kapuziner zunächst die Frage: „Wissen der Kaiser und seine Minister, oder vermuthen sie diese Dinge von Friedland, und wie verhalten sie sich dazu? —“ Die Persönlichkeit antwortete: „In Betreff des Kaisers ist diese Frage zu verneinen. Er ist von dem Beichtvater anders informiert und darauf verläßt er sich. Unter den Räthen sind nur Eggenberg und Colalto, welche die Sache vermuthen, mehr jedoch dieser als jener, weil Eggenberg, der sich nicht völlig und nicht mit dem Eifer, wie es sich gebührte, den Geschäften widmet, erst dann an ein Heilmittel denken würde, wenn das

Ubel anseht. Indem er zur Zeit aber nicht eine offenbare Untreue an Friedland erblickt, nimmt er sich die Sache nicht zu Herzen. Unter denen, welche alles rechtlicher erwägen und Friedland fürchten, befindet sich namentlich der spanische Botschafter. Er hat auch versucht dem Kaiser die Gefahr eindringlich vorzustellen, mit den Worten, daß Friedland äußerlich dem Hause Oesterreich verderblich sein werde. Als auf die Verneinung des Kaisers, auf seine Versicherung, daß nichts zu fürchten sei, der Botschafter mit Lebhaftigkeit seine Gründe nochmals geltend zu machen suchte, brach der Kaiser ab mit den Worten: Wir gehen zu weit. — Darauf hin berichtete der Spanier heim: Friedland habe dem Kaiser so sehr alles genommen, daß diesem nur noch der Name bleibe.“

Zwei Dinge stellte endlich die hohe Persönlichkeit noch besonders zur Erwägung. „Ungeachtet alles des hier bevor über Friedland Gehörten ist doch sein Naturell dem gegenüber welche ihm die Zähne zeigen, sehr furchtsam. Auf dieses Fundament kann man sicher bauen, namentlich wenn er nicht so völlig absoluter Herr ist, daß ihm noch ein Anlaß zu fürchten bleibt, und so lange er sich des Gehörten seiner Entwürfe noch nicht sicher fühlt. Vor Allem aber ist es nothig, daß im Geheimen Tilly genau verständigt werde. Denn von dessen Gemüthsart versprach sich Friedland viel, und es könnte geschehen, daß wenn Friedland nur mit ihm allein zu verhandeln hätte, und nicht zugleich mit dem Kurfürsten, er Tilly betrüge und zu Grunde richte.“

Dieser Bericht des Kapuziners machte auf den Kurfürsten Maximilian einen solchen Eindruck, daß er bereits am nächsten Tage, dem 27. April, einen Eilboten an den General-Commissär Buspo entsandte, um ihn aus dem Feldlager nach München zu befehlen und dann durch ihn Tilly mündlich zu informieren.<sup>1</sup> Zugleich erging mit höchster Vorsicht für das Geheimnis die Mittheilung an den Kurfürsten von Mainz, und von diesem aus nach Trier, Köln und Dresden.<sup>2</sup> Maximilian verlangte die Berufung eines Conventes der Kurfürsten. Der König ging noch nicht darauf ein, aus Besorgnis, daß Wallenstein dann die Kurfürsten um so härter bedrängen würde.<sup>3</sup>

Maximilian schickte daher zum zweiten Male den Kapuziner Alexander nach Prag, im Rai. Dies Rai legte die hohe Persönlichkeit

<sup>1</sup> Wren, Wallenstein II S 23.

<sup>2</sup> Herx, Wallenstein 213.

<sup>3</sup> N a C.

ihm zwei eigenhändig verfaßte Aufsätze vor, von denen der Vater Abschriften nahm. Der eine führte den Titel: „Discurs über die Absicht, welche Friedland mit dem kaiserlichen Heere zu erreichen sucht“; der andere: „Unterweisung, wie dem Entwürfen Friedlands entgegen zu treten, wenn er die österreichische Verfassung Deutschlands in eine absolute Monarchie verändern wollte.“<sup>1</sup>

Die erste Abhandlung sucht aus dem Charakter und aus den Handlungen Wallensteins darzuthun, daß er kein anderes Ziel als das Höchste der Herrschaft im Auge haben könne. „Er wird nicht die Ehre begehren, dem Kaiser bei Verzeiten seine Rechte entreißen zu wollen; aber Ferdinand ist römischer Kaiser, König von Deutschland, König von Italien — nur durch die Wahl, deren Recht bei den Kurfürsten steht. Stirbt der Kaiser, was geschehen kann durch Natur oder Kunst, so verbleibt das ganze kaiserliche Heer nur dem Herzog von Friedland und dem kaiserlichen Kaiser mit Eiden verpflichtet. Dagegen, weil Friedland General des Kaisers und nicht eines andern Fürsten ist, hat dieses Heer nicht die geringste Verpflichtung für den jetzigen König von Ungarn und Böhmen, noch für einen andern Fürsten aus dem Hause Oesterreich. Im solchen Falle ist daher als unzweifelhaft anzunehmen, daß Friedland, nachdem er die Kurfürsten zur Armuth hinab gebracht haben wird — was ja nach und nach durch die Verwahrloseten und Begehrtsucht der Soldaten erfolgen muß — sich zuerst von dem Heere und dann von ganz Deutschland als erblichen König annehmen lassen wird.“

Zur Vergleichung mit dieser Ansicht der hohen Persönlichkeit, welche am 21 Mai 1624 niedergeschrieben wurde, bietet sich ein Bericht des Spaniers Auton, der um einige Tage später abgefaßt ist. Auton meldet dem Könige Philipp IV., daß Wallenstein gerade dann, als die Vernehmung der Kurfürsten zum Wahltag in Regensburg bereits in Aussicht stand, dem Kurfürsten von Sachsen drei Regimenter in die Lausitz gelegt und durch den Hohn des Kurfürsten darüber ihm den Anlaß zur Wengierung gegeben habe.<sup>2</sup> „Ich habe,“ fährt dann Auton fort, „Gelegenheit genommen, mit dem Herzoge von Friedland über diese Sache zu reden, und ihm die Gefahr vorzustellen, in welche er den Kaiser und den König von Ungarn bringe, die Wahl zu verlieren. Darauf

<sup>1</sup> Kretz, Wallenstein. II. B. 22. Nr. 12.

<sup>2</sup> Auton, Sachsen II, 10. Vom 27. Mai. Aus dem Buche von Eismarck.

antwortete er nur. das Wichtigste sei, daß der Kaiser bewaffnet bleibe. Er wisse nicht, warum der Kaiser wünschen solle, über die Königswahl zu verhandeln, und nicht vielmehr abwarten, bis das Reich mehr niedergedrückt und E. K. M. mehr absolut sei — Daraus hatte ich zu ersehen, daß die Besorgnisse der Kurfürsten von Bayern und Sachsen nicht grundlos sind, und daß der Herzog von Friedland Allen den Vorwand zu machen sucht.“ — Jedenfalls ergibt sich aus diesen eigenen Worten Wallensteins, daß die Niederdrückung des Reiches nicht bloß thatsächlich die Consequenz seines Kriegesystems war, sondern auch als solche von ihm erkannt wurde.

Zu diesem Gedankengange stimmt, daß, nach der Mittheilung dieses Botschafters an die hohe Persönlichkeit, Wallenstein ihm schon früher gesagt: wenn er, zur Zeit des Conventes von Wühhausen, nicht anderswo mit dem Heere verwickelt gewesen wäre, so hätte es einen solchen Convent nicht gegeben. „Da nun,“ folgert weiter die hohe Persönlichkeit, „der Kaiser die Wahl seines Sohnes nur durch einen Convent der Kurfürsten erlangen kann, so sieht man, daß Friedland wie nicht den Convent, so auch die Wahl nicht will. Und dadurch gibt er den offenkundigen Beweis, welches hohe Ziel er erstrebt, nämlich Veränderung der Regierung in Deutschland.“<sup>1</sup>

Es fragt sich um den zweiten Ausfluß der hohen Persönlichkeit, um die Frage, wie den Entwürfen Friedlands auf die Umwandlung Deutschlands in eine absolute Monarchie entgegen zu treten sei. „Als festes Fundament darf man setzen,“ lautet die Antwort, „daß Friedland spotten wird über jedes Bollwerk, das man seinen Entwürfen entgegen stellen wollte. es wäre denn ein mächtiges Heer, welches, wenn nicht stärker als das seinige, doch jedenfalls so beschaffen wäre, daß er es vernünftiger Weise fürchten müßte. Denn Friedland wird es niemals auf die Entscheidung der Waffen antommen lassen. Vielmehr ist es gewis, wie seine Handlungen bezeugen, daß er, wo er keine Kräfte als geringer oder als gleich ansieht, eben so feige ist, wie kühn bei offenkundiger Uebermacht. Ferner muß man auch in Anschlag bringen, daß Friedland niemals von seinen Entwürfen abstecken wird, auch wenn ihm ein solches Heer, wie zur Zeit dasjenige der Liga, das Gegengewicht hält. Denn von dem Vagabunde fürchtet Wallenstein keine Feindseligkeit.

wenn nur er gegen dasselbe keine Gewalt übt. Vielmehr, wenn das Eigenthum auch dreimal mehr Mannschaften hätte als das feindliche, und nur nicht geradezu Feindschaft ausbräche, hofft er doch mit der Zeit das erstere aufzulösen. Denn er setzt voraus, daß die freundliche Bestimmung des Kurfürsten von Bayern und Tillys, wie es ja die Erfahrung bisher bewies, aus sich niemals zu den Abhängigkeiten kommen wird, zu welchen doch er selber endlich greifen muß. Allerdings ist es richtig, daß Friedland, wenn er die Schwierigkeiten für seine Entwürfe als unüberwindlich ansieht, ablassen wird. Aber immer hat er dann als Rückzug einen guten Frieden, und dennoch so, daß er für jegliche sich darbietende Gelegenheit immer die Waffen in seiner Macht hat, sowohl für seine Sicherheit als für seine Größe. Und man möge es Mir gewis halten, daß der Kaiser diesen Mann niemals anders als mit Gewalt einzuweisen kann. Weder ein Befehl des Kaisers, noch Proteste der Reichsfürsten, noch Drohungen der Kurfürsten, noch irgend etwas Anderes wird Wallenstein von seinen Plänen abbringen, sondern nur eine bewaffnete Macht. Drohungen könnten sogar ihn antreiben dasjenige zu beschleunigen, was er im anderen Falle weniger gewaltsam unternehmen würde. Der Würfel ist geworfen."

Bestimmt ging dann der Rath der hohen Persönlichkeit dahin: „Das Heilmittel wurde bestehen in einem guten Heere unter der Führung eines entschlossenen, vor der Anwendung von Gewalt sich nicht scheuenden Fürsten. Stünde ein solches Heer bereit, so würden die Kurfürsten eine schon sichere Persönlichkeit, wohl ausgestattet mit Creditoren in besserer Form, an den Kaiser entsenden, mit dem Befehle nur wenige Worte zu sprechen, nämlich die Kurfürsten, indem sie sehen, daß nicht der Kaiser der Herr seiner Armee ist, sondern Friedland, den sie für ihren Feind oder für verdächtig halten, erlauben, daß diesem Mann, von welchem wie es scheint der Kaiser und seine Räte abhängen, die Autorität genommen werde. Im anderen Falle werden sie gezwungen sein usw. — Es ist anzunehmen, daß dies Wirkung thue und der Kaiser mäßig zum Entschlusse kommen könnte."

Auf die weiteren Fragen des Kavaliere Alexander antwortete die hohe Persönlichkeit: der Kaiser fühle sich gebrüht, weniger wegen des gegen Wallenstein erhobenen Verdachtes, als weil dieser Verdacht ihn aus seiner Ruhe und Beschäftigung aufschrecke. Da jedoch von Seiten Wallenstein kein Anzeichen einer offenbaren Untreue vorliege, so werde der Kaiser in seiner gewohnten Unschlüssigkeit beharren. — Zum Schluß



machte die hohe Persönlichkeit noch einmal: man möge zuvorkommen. — Wenn, wie wahrscheinlich, wir diese hohe Persönlichkeit in dem böhmischen Rangler Ecklowitz zu finden haben: so war diese Wohnung einer der letzten Aste seines Lebens. Er starb im Juni 1628.

Der Kapuziner Alexander brachte nach München noch eine Mitteilung mit, die er vom spanischen Botschafter Koluma erhalten hatte. Der Kurfürst Maximilian meldete sie sogleich, am 30. Mai, nach Mainz mit folgenden Worten: „Jetzt ist uns ferner vom vertrauten Orte berichtet, daß Friedland, bevor er kühn von Prag aufgedrungen, dem spanischen Botschafter zu vernahmen gegeben, daß auf zeitliches Ableben Ihrer M. M. und Dero Herrn Sohnes er gesonnen sei, das M. Reich dem Könige von Spanien in die Hand zu geben. Aller Vermuthung nach hat er dies darum gethan, damit er unter solchem Schirme seine längst mitgetheilten weltweisenden Anschläge desto mehr verdecken, dem spanischen Hofe einen Fumum vor die Augen machen und den Verdacht, als wenn er die römische Krone und das Kaiserthum ambiren, denehmen möchte. Daher erfordert es um so mehr die Nothdurft, dieser verdeckten gefährlichen Intention zuvorkommen und die Abwehr zu beschleunigen.“

Auf die Antwort Karsbachens ist nicht länger zu warten, weil der Kurfürst bereits rath erklärt hat, einem Convente nicht beizuwohnen zu können, so lange nicht das kaiserliche Volk (aus seinem Lande) abgeführt, das Reich vor aller inländischen Gefahr versichert sei.“

Diese Worte des Kurfürsten Maximilian ergeben, daß er durchaus an die Unaufrichtigkeit glaubte, welche die hohe Persönlichkeit am kaiserlichen Hofe dem Wallenstein beimaß. Es lag ihm noch dazu die Mittheilung vor: einer der vornehmsten Officiere unter Wallenstein habe sich geäußert: wenn die Kurfürsten nur noch zehn Wochen hindurch dem Herzog also zuflühen und nicht anders zur Sache thäten, so sei es um sie geschehen.“

Um so mehr drang von diesem Glauben aus Maximilian, in seinem Schreiben vom 30. Mai, bei dem Kurfürsten von Mainz auf eine schlaunige Besprechung der Hauptur der Dinge, um „zeitlich in Bedacht zu nehmen, durch welche ersprieglische Mittel die periculierende gemeine Wohlfahrt des Reiches zu retten sein werde.“<sup>a</sup> Es kam also

<sup>a</sup> Das Karstfeld bei Gutter, Wallenstein 221.      \* H. a. C. 212.

<sup>b</sup> H. a. C. 220.

darauf an, in welcher Weise man das Bundesheer zu verwenden habe — Hier liegt ein besonderer Grund vor Augen, weshalb gerade damals Maximilian dem Kaiser abschlag, Lüttich sich mit den Holländern zu entwickeln zu lassen.<sup>1</sup>

#### 4. Der Sigetog zu Blagen im Juni 1628.

Dass der Kurfürst von Mainz durchaus die Befehle Maximilians theilte, ergibt sich aus der Rücksicht seines Cardinals. Die Aufforderung Maximilians ist datirt vom 30. Mai. Am 2. Juni setzte der Kurfürst von Mainz die Tagfahrt der Liga auf den 25. Juni nach Pingen an, und lud dazu, mit der Mittheilung der Nachrichten aus München, die Kurfürsten von Köln und Trier ein.<sup>2</sup>

Außerdem ward auch Lüttich dahin geladen. Auf der Reise sagte er den Entschluß, als General des Ligaherces sich direct an den Kaiser mit einer Bitte zu wenden, deren Beantwortung die Sachlage jedenfalls in etwas klären mußte. Von Kienstadt in Hessen aus mahnte er, am 12. Juni, den Kaiser zunächst an die Forderung, ihm die Quartiere nicht zu verringern, vielmehr der hohen Nothdurft nach erweitern zu lassen.<sup>3</sup> Dann heißt es weiter „Jum tird kommen mir von meinen untergebenen Obersten und Officieren sögl. vielfältige Klagen und Beschwörden ein, daß Ew. K. M. anderweitiges Kriegswelt unter des Durchl. Herzogs zu Friedland Commando he allenthalben mit Gewalt aus den Quartieren vertriebe, und dadurch zur Unruhen zwischen beiden Armaden und vielen beschwerlichen Consequenzen Ursache gebe. Zu geschweigen der verderblichen mannigfaltigen Durchzüge, deren jenes Kriegswelt zu Noß und Fuß durch die mir assignierten Quartiere hin und her und übergerg sich unanachlässig gebraucht, wie denn dessen die auf die gegenwärtige Stunde kein Aufhören noch Ende erscheinen will, und dadurch vieler Soldatesca alle Lebensmittel durchaus benommen werden.“

„Da nun aber die katholischen Kurf. und Fürsten des H. R. Reiches zum Besten Ew. K. M. sich vertraulich zusammen gethan und zu Dero Augen in diese Kriegsverfassung gestellt, nunmehr auch die beschwerdigen von Gott verheissenen Sactoren und tapferen Thaten selbst reden, was Ew. K. M. dieser mein exercitus von Anfang her der entstandenen verfluchten Vebelthun für ersprießliche getreueste Dienste in allen verjungen Occasionen geleistet und zur commodis erworden.“

<sup>1</sup> H. a. D. 221.

<sup>2</sup> H. a. D.

<sup>3</sup> Stringboten S. 61.

So will mein allerunterthänigstes Vertrauen zu Ew. R. M. ich noch nicht sinken lassen, daß Sie dieselben merita kaiserlich beherzigen werden. Insbesondere aber, weil die übermäßige Weiteret diese Klage und was daraus für Uneinigkeit zwischen beiden Armaden endlich entstehen müsse, verurtheilt: Als hat meine Schuldigkeit erfordert, bei Ew. R. M. diese allerunterthänigste Erinnerung einzubringen, damit durch Ew. kaiserliches Einsehen eine gute Moderation gegen die überflüssige Reiteret vorgenommen und den belorgenden gefährlichen consequentiis, dadurch alle bisher erworbene gute Sachen zu sonderbarem Frohlocken der Feinde über einen Haufen geworfen, und die letzten Dinge ärger würden als die ersten jemals gewesen, vorgehauet werden möge."

Bericht am 14. Juni hatte der Kaiser an Kurmainz gemeldet, daß er Colalto entsenden und durch ihn sturge tausend Reiter entslassen wolle.<sup>1</sup> Dem Datum gemäß scheint jedoch erst das Schreiben Lillys vom 13. Juni, bei dem Kaiser den Ausschlag gegeben zu haben. Denn am 26. Juni beschied er auf der Rückkehr nach Wien, in Graz, Colalto als den Präsidenten des Hofkriegsrathes zu sich, um mit diesem keine Beschlüsse zu fassen.<sup>2</sup> Colalto wußte allerdings über eine der hauptsächlichsten Klagen genau Bescheid; denn gerade ihm hatte Wallenstein einige Monate zuvor vertraulich jene Worte geschrieben: „Ich habe fünfmal mehr Cavallerie als von nöthen ist.“<sup>3</sup> Andererseits aber erregt gerade diese Vertraulichkeit den Zweifel, ob Colalto der geeignete Mann war, dem Wallenstein entgegen zu treten.

Die Motive und Beschlüsse des Kaisers sind zusammen gedrängt in ein fortlaufendes Actenstück, das um so wichtiger ist, weil es, wenn auch Colalto die Feder geführt haben mag, nur von dem Kaiser unterzeichnet, seine Persönlichkeit allein wieder spiegelt. Es lautet wie folgt.

„Die Kurfürsten und die anderen Reichsstände beschwerten sich über die zu große Menge der Soldaten, namentlich der Cavallerie, ferner über die Gresse und das Mauthen des Heeres. Sie klagen, daß über ihre Beschwerden keine Entscheidung erfolgt, daß der Herzog von Friedland das Reich gewaltthätig behandelt, daß er der Succession (am Reich) entgegen arbeitet, und Anderen darauf Versprechungen gibt. Sie klagen

<sup>1</sup> Glöckel, Wallstein II, 48.    <sup>2</sup> Glöckel 207. Die Abfassung der Beschlüsse ist in lateinischer Sprache, deren sich der Kaiser in den Beziehungen mit Colalto durchweg bedient.    <sup>3</sup> H. a. O. 43

darauf an, in welcher Weise man das Bundesheer zu verwenden habe. Hier liegt ein besonderer Grund vor Augen, weshalb gerade damals Maximilian dem Kaiser abhiel, sich mit den Holländern verwickeln zu lassen.<sup>1</sup>

#### 4. Der Abgang zu Bingen im Juni 1628.

Dass der Kurfürst von Mainz durchaus die Befehle Maximilians befolgte, ergibt sich aus der Natur des letzteren. Die Aufforderung Maximilians ist datirt vom 30. Mai. Am 2. Juni setzte der Kurfürst von Mainz die Toga der Liga auf den 25. Juni nach Bingen an, und lud dazu, mit der Mittheilung der Nachrichten aus München, die Kurfürsten von Köln und Trier ein.<sup>2</sup>

Hinzukommt noch auch Tilly darin geladen. Auf der Stelle sagte er den Entschluß, als General des Ligaheers sich direct an den Kaiser mit einer Bitte zu wenden, deren Bewilligung die Sache jedenfalls in etwas klären würde. Von Krefeld in Hessen aus mahnte er, am 13. Juni den Kaiser zunächst an die Forderung, ihm die Quartiere nicht zu verweigern, vielmehr der hohen Nothdurft nach erweitern zu lassen.<sup>3</sup> Darnach heisst es weiter: „Inmittels kommen mir von meinen untergeordneten Obersten und Officieren täglich vielfältige Klagen und Beschwerden ein, daß Ew. K. M. anderntheils Kriegsvolk unter des Durchl. Herzogs zu Friedland Commando wie allenthalben mit Gewalt aus den Quartieren vertriebe, und dadurch zur Unmöglichkeit zwischen beiden Armeen und vielen beschwerlichen Consequenzen Ursache gebe. Zu geschweigen der verderblichen mannigfaltigen Durchzüge, deren jenes Kriegsvolk so Noth und Noth durch die mir assignirten Quartiere hin und her und über-  
 zweg sich unnachlässig gebraucht, wie denn dessen Ein- und Aus-  
 gänge schon dem Aussehen nach Ende erscheinen will, und dadurch vieler Soldatesca alle Lebensmittel durchaus verkommen werden.“

„Da nun aber die katholischen Kur- und Fürsten des H. R. Reiches zum Besten Ew. K. M. sich vertraulich zusammen gethan und zu Dero Klagen in diese Kriegsverfassung gestellt, nunmehr auch die bewährten von Gott verliehenen Victorien und tapferen Thaten selbst reden, und Ew. K. M. dieser mein exercitus von Anfang her der existirenden verfluchten Rebellion für christliche gerechte Dienste in allen ver-  
 gangenen Decadenen gienget und für commoda erworben.“

<sup>1</sup> H. a. O. 221.

<sup>2</sup> H. a. O.

<sup>3</sup> Kriegsdienste S. 61

Es will mein allerunterthänigstes Vertrauen zu Ew. K. M. ich noch nicht sinken lassen, daß Sie dieselben merita kaiserlich beherzigen werden. Insbesondere aber, weil die übermüthige Meisterei diese Klage und was daraus für Uneinigkeit zwischen beiden Armeen endlich entstehen müsse, veranlaßt: Als hat meine Schuldigkeit erfordert, bei Ew. K. M. diese allerunterthänigste Erinnerung einzubringen, damit durch Ew. kaiserliches Einsehen eine gute Moderation gegen die überstüssige Meisterei vorgenommen und den besorgenden gefährlichen consequentiis, dadurch alle bisher erworbene gute Sachen zu sonderbarem Frohlocken der Feinde über einen Haufen geworfen, und die letzten Dinge ärgre würden als die ersten jemals gewesen vorgebaut werden möge.“

Bereits am 14. Juni hatte der Kaiser an Kurmainz geschrieben, daß er Colalto entlassen und durch ihn einige tausend Reiter entlassen wolle.<sup>1</sup> Den Daten gemäß scheint jedoch erst das Schreiben Lillys, vom 18. Juni, bei dem Kaiser den Ausschlag gegeben zu haben. Denn am 26. Juni beschied er auf der Rückkehr nach Wien, in Innsbruck, Colalto als den Präsidenten des Hofkriegsrathes zu sich, um mit diesem seine Beschlüsse zu fassen.<sup>2</sup> Colalto wußte allerdings über eine der hauptsächlichsten Klagen genau Bescheid, denn gerade ihm hatte Wallenstein einige Monate zuvor vertraulich jene Worte geschrieben: „Ich habe fünfmal mehr Cavallerie als von nöthen ist.“<sup>3</sup> Andererseits aber erregt gerade diese Vertraulichkeit den Zweifel, ob Colalto der geeignete Mann war, dem Wallenstein entgegen zu treten.

Die Motive und Beschlüsse des Kaisers sind zusammen gedrängt in ein fortlaufendes Actenstück, das um so wichtiger ist, weil es, wenn auch Colalto die Feder geführt haben mag, nur von dem Kaiser unterschrieben, seine Persönlichkeit allem wieder spiegelt. Es lautet wie folgt.

„Die Kurfürsten und die anderen Reichsstände beschwerten sich über die zu große Menge der Soldaten namentlich der Cavallerie, ferner über die Excese und das Rauben des Heeres. Sie klagen, daß über ihre Beschwerden keine Entscheidung erfolgt, daß der Herzog von Friedland das Reich gewaltthätig behandelt, daß er der Succession (am Reich) entgegen arbeitet, und Andern darauf Versprechungen gibt. Sie klagen

<sup>1</sup> Gabelts, Wallstein II, 42.    <sup>2</sup> Ebend. 267. Die Klaffung der Beschlüsse ist in italienischer Sprache, denn sich der Kaiser in den Besprechungen mit Colalto durchweg bedient.    <sup>3</sup> V. a. O. 63.

ferner, daß die Minister am kaiserlichen Hofe faulisch sind, und daß die nicht-katholischen Fürsten, wie Württemberg und Palmbach und Andere, besser behandelt werden als die katholischen."

"Die Kurfürsten und Reichsstände drohen, daß sie diese Ungerechtigkeiten nicht länger dulden, sondern zu eigener Vertheidigung ihre Truppen von den Reichsgrenzen heim berufen wollen. Weiter drohen sie, daß sie noch mehr Truppen anwerben, daß sie sich selber Recht verschaffen und nicht mehr ihre Zuflucht zu dem Kaiser nehmen wollen, weil er dem Herzog von Friedland alles zur Entscheidung überweist. Sie beklagen sich endlich, daß dem Kurfürsten von Bayern die Hände gebunden seien."

"Darauf erfolgt der Entschluß: der Kaiser will allen berechtigten Klagen in Betreff des Gemeinwesens abhelfen, besonders denen der katholischen Reichsstände."

Das vom Kaiser unterzeichnete Actenstück erörtert dann in raschem Überblick den Stand des Reiches. „Dänemark, England, Schweden, die Generalstaaten und andere mit ihnen Verbündete bringen von allen Seiten Truppen zusammen, um die katholischen und gehoramen Reichsstände zu Grunde zu richten, und werden dann das Äußerste versuchen. Der Friede mit den Türken ist noch nicht völlig ausgemacht. Vethlen ist unzuverlässig, zur Unruhe geneigt, wird von den Reichsfeinden zu neuen Versuchen angestachelt, unterhält zu diesem Zwecke Einverständnis mit den Tartaren. Zum Bruch der Erledigung der Beschwerden ist eine bewaffnete Macht für die Ausführung erforderlich. Bei diesem Stande der Dinge will der Kaiser in folgender Weise abhelfen."

"Zuerst in Betreff des Militärischen. Der Graf Colloalto soll ins Reich gehen, 4000 Mann Cavallerie abankern, 2000 dem Polen, 2000 der Infantin zuwenden.<sup>1</sup> Der Effectivstand soll beibehalten, ein mäßiger Sold nach dem Verhältnisse der Preise soll festgestellt werden. Alles Auslaufen und Rauben soll verboten werden. Die Länder der katholischen Reichsstände (die zur Pflanz beitragen) sollen von Quartierungen und Contributionen frei sein. Der Graf soll dem Kaiser und dem General über den Stand des Reiches und die Möglichkeit der Tragung der Last berichten. — Dies Alles soll sofort geschehen. Befestigt sich der Friede mit den Türken, so wird der Kaiser mehr Truppen

<sup>1</sup> W. a. D. 268. Der Ausdruck ist nicht ganz klar. Der Vergleich, jedoch mit den Aufzeichnungen Richelieus bei Girardin II, 44 zeigt, daß die Gesamtzahl 8000 betragen sollte.

entlassen, und nach allem Vermögen für die Erhaltung des Reiches Sorge tragen.“

„In politischen Dingen erklärt sich der Kaiser bereit alle schon eingegangenen Beschwerden zu erledigen, und verlangt, daß in Betreff der neuen die Betheiligten ihre Gesuche einbringen. Er will, daß man ihm die bestochenen Minister nenne, und sichere Thatfachen angebe, auf Grund deren er sie zur Strafe ziehen könne. Er erklärt, daß er die Succession am Reiche nur auf dem gesetzlichen und herkömmlichen Wege erstrebt.“

„In Betreff des Herzogs von Friedland erkennt der Kaiser an, daß dessen Auftreten ihm mißfallen muß. Allein weil er sich um die Christenheit wohl verdient gemacht, so muß man über etwas hinweg sehen. Bei allem dem wird der Kaiser ihm mahnen, daß er sich in Zukunft mit mehr Bescheidenheit und Discretion verhalte. — Auf seine Handlungen soll genau Acht gegeben werden, und wenn es sich erkläre, daß er Maßloses<sup>1</sup> erstrebt, oder Andern dergleichen versprochen hätte, so wird zur rechten Zeit ein wirksames zweckmäßiges Heilmittel dagegen angewendet werden. Der Kaiser ist der Ansicht, daß, um diesen Verdacht und die entsprechenden Mieden zum Schweigen zu bringen, es gut wäre, wenn die Kurfürsten mit dem Kaiser zusammen kämen, um einen römischen König zu erwählen.“

Diese zwei letzten Sätze thun dar, daß auch dem Kaiser der hauptsächlichste Verdacht, welchen jene hohe Persönlichkeit an seinem Hofe den Kurfürsten lud, gethan, kein Geheimnis war.

Es folgen noch die besonderen Aufträge für Colalto an den Kurfürsten von Bayern. Colalto soll diesem alle Erwägungen des Kaisers mittheilen, alle Gründe entwickeln. Er soll den Kurfürsten bitten, daß auch dieser wie bisher alles was vorkomme, dem Kaiser berichte und sein Urtheil hinzufüge. Der Kurfürst möge nicht gestatten, daß die Truppen der Liga ihre Posten gegen den Feind verlassen. Er möge die katholischen Fürsten mahnen, daß die gemeinsamen Feinde hauptsächlich das Ziel verfolgen. Freundschaft zwischen dem Kaiser und den gehorhanten Fürsten auszuweisen. „S. M. hat wiederholt Weisungen gehabt, mit dem Pfälzer und dessen Anhängern zum Frieden zu kommen; bei allem dem hat er sie fahren lassen, um das gegebene und empfangene Wort zu halten.“ — „Der Kaiser will die gehorsamen Stände des

<sup>1</sup> Cose esorbitanti

Elap. 10. 111



Reichen bei ihrem Rechten schätzen. Er verlangt durchaus nichts gegen die beschworene Wahlcapitulation. Dagegen setzt er sein festes Vertrauen in die Reichsfürsten."

Dass zu diesem Entschlusse des Kaisers jenes Schreiben von Tilly mitgewirkt, ergibt sich aus dem Schreiben, das der Kaiser einige Tage später, am 28. Juni, an ihn richtete.<sup>1</sup> „Wie wir auch vorher" heißt es darin, „auf Niemand immer bedacht gewesen: also nehmen wir auch diese Deine wohlgemeinte gutherzige Erinnerung von Dir wohl und zu dankeschweriger Günst und Wohlgefallen an und auf, haben daraus auch Deine beständig zu uns und des allgemeinen Wesens Wohlstand beharrlich tragende, auch bei allen bisher vorgefallenen Occasionen jederzeit im Werk erwiesene allerunterthänigste Traue mehr und mehr zu verspüren und uns darauf zu verlassen." Dann meldet der Kaiser die Abwendung von Colalto.

Colalto richtete seinen Auftrag in München aus. Die Antwort Maximilians, wie Colalto sie am 5. Juli verzeichnet,<sup>2</sup> ist weniger entschieden und scharf als man sie nach den vorangegangenen Schritten erwarten sollte. Er sagte, daß er von den Entwürfen Wallensteins gar nichts wisse, daß aber andere Fürsten davon redeten. Es scheine ihnen, daß der Herzog von Friedland dadurch daß er der Liga ihre Quartiere einschränke, die Absicht habe sie zu Grunde zu richten, und daß, indem er eine so große Anzahl nicht nothwendigen Kriegsvolkes um Herde einquartiert und sich aller Pässe bemächtige, indem ferner seine Obersten bei der Tafel in Gegenwart der Kurfürsten unvorsichtiger Weise verschiedene Gespräche führten — Friedland selber sich mit maßlosen Entwürfen trage. — Nach demselben Berichte Colaltos ging der Kurfürst Maximilian so weit zu sagen,<sup>3</sup> daß, wenn in Zukunft vom kurfürstlichen Collegium ein Schreiben mit seiner Unterschrift an den Kaiser gelange, derselbe überzeugt sein möge, daß dieses nur um des kaiserlichen Dienstes

<sup>1</sup> Kriegsboden S. 81.    <sup>2</sup> Bericht Colaltos in Kriegsboden S. 81. In Uebersetzung bei Gindley, Wallstein II, 48.

<sup>3</sup> M. a. D. (In Biffau). che se ull' avvenire fosse scritto qualche lettera dal Collegio dell' Elettori, dove egli fosse sottoscritto, sarà V. M. che non haverà altro fine che del suo servizio, per non perdere la confidenza ed opinione che tiene con li altri Elettori, con la quale può tanto meglio servire a V. M., e non perche egli concorrà con loro in cosa minima contro il gusto e servizio suo.

willen geschehe, und damit er, der Kurfürst Maximilian, nicht das Vertrauen und die gute Meinung der anderen Kurfürsten verliere, und somit dem Kaiser besser dienen könne, nicht jedoch daß er auch nur in den unbedeutendsten Angelegenheiten sich mit ihnen gegen den Willen und den Dienst des Kaisers verbunden wolle.

Diese Antwort Maximilians durch Collalto an den Kaiser stand mit seinen Rundgebungen an die anderen Kurfürsten augenscheinlich nicht im Einklange. Wir erfahren den Eindruck des Berichtes von Collalto auch auf Wallenstein aus seinen Worten,<sup>1</sup> vom 28. Juli, aus Wülfrow an Arnim: „Jetzt gleich empfangen ich ein Schreiben vom Grafen Collalto. Die Sache mit Bayern ist ganz und gar in ein gutes Einvernehmen wieder gebracht worden. In Summa, sie haben besorgt, daß der Kaiser das Reich erblich machen wolle.“

Offener und entschiedener als Maximilian trat der Kurfürst Georg Friedrich von Mainz auf. Er hatte auf die Mittheilungen aus München, zu Ende Mai, am 5. Juni geantwortet: „Das Wort Recht legt Friedland so aus: wer dem ersten Unrechte sich fügt, der ruft dadurch das zweite herbei. Hätte man ihm im ersten Anfange nicht so viel nachgesehen, so wäre es nicht so weit gekommen. Dem Übel aber jetzt seinen Lauf zu lassen, wäre vor Gott und der Nachwelt nicht zu verantworten. Jetzt, wo S. R. M., wenn Sie schon gern wollten, das Reich im Stande zu halten nicht vermögen, liegt dieses den Kurfürsten kraft ihres Amtes ob.“<sup>2</sup>

In diesem Sinne handelte Georg Friedrich. Er gab dem Kurfürsten Johann Georg Nachricht von der Berufung des Conventes nach Bingen, mit dem Versprechen, die dort zu fassenden Beschlüsse mitzutheilen, und der Bitte, diese dann mit dem Kurfürsten Georg Wilhelm zu berathen.

Am 25. Juni traten der Ladung gemäß eine Reihe von Gesandten der vier katholischen Kurfürsten zusammen.<sup>3</sup> Wie von Mainz die Berufung ausgegangen war, so legte auch der mainzische Kanzler, Johann Meinhard von Metternich, die Vorschläge der Berathung vor. Zur guten Stunde traf noch vorher das kaiserliche Schreiben ein, welches die

<sup>1</sup> Hoyer 1, 378.    <sup>2</sup> Hurter, Wallenstein 222.

<sup>3</sup> Hurter, Wallenstein 225. Aus dem englischen Archive.

Aussendung Collettos ankündigte. Indem Metternich es den Berathmählten zur Kenntniß brachte, sagte er hinzu, daß der Inhalt dieses Schreibens die Verhandlung nicht wenig erleichtern werde. In jedem Falle ward dadurch die Felschwerde hinweggenommen, daß der Kaiser auf das Schreiben von Wühlhausen, acht Monate zuvor, gar nicht geantwortet. Aber der Unmuth regte sich darum doch laut genug. Man nannte Anfangs den Namen Kalkstein nicht. Man sprach von der demüthigten Person, welche darauf ausgeht das Reich anzuleiten, welche zu diesem Zwecke unendliche Härte Overhaufen auf Kosten des Reichs werbe und unterhalte. Man unterschied jedoch scharf zwischen dem Reichsherrn und dem Kaiser. Nur der Wille des Einen Mannes, der bisher des Dominates im Reiche ohne einigen Respekt sich angemacht, müsse gebrochen werden. Die Fürstlichen wiederholen die Klagen die sie ein halbes Jahr zuvor zu Wühlhausen ausgesprochen. Sie erinnern daran, daß keine Abhilfe erfolgt sei. Sie legen keinen Zweifel in das friedfertige Gemüth des Kaisers; aber sie misstrauen einigen Räten desselben. Sie weisen darauf hin, wie verachtlich bisher unsere kaiserliche Verthe von den Kriegsobersten gehalten seien. Über 200 Compagnien Reiter liegen müßig im Reiche und fordern Contribution. Deshalb haben die Fürstlichen, nicht aus Misträuen gegen den Kaiser, sondern nur der begründeten Besorgnis wegen sich verglichen, daß wenn die bisherige Vertheilung länger fortdauere, zur Abwehr derselben das Bundesheer zu verwenden sei. — Tilly war in Bingen anwesend. Es wurden ihm für den Fall der Verwundung eine Reihe von Fragen vorgelegt.

Solchen Erörterungen entsprechend heißt es in dem Abschnide des Tages von Bingen: „Vorsätzlich und ohne einigen Nutzen für Kaiser und Reich, vielmehr zu Beider höchstem Schaden, wird das Vaterland durch die Armada, die in J. A. W. Namen gegen Dänemark und den niederländischen Kreis aufgebracht worden ist, durch allartige Pressuren verwüstet und blutverletzt. Man hat mit der ansehnlichen, zur Verfügung stehenden kriegsfähigen Bundesarmee sich nicht begnügen lassen, sondern sich von Tag zu Tag, ohne einige Noth, über alles Hiel und Maß, gestreckt, neue Werbepatente eins über das andere ausgeheilt, die Soldaten mit Kauf-, Sammel- und Musterrollen auf die Stände vermaehen und die Unterthanen mit unerschwinglichen Contributionen belegt so daß das Reich fast aller Orten verheert, die Stände um Ubre und Freiheit

gebracht, und noch des Herzogs von Friedland gefährlichen, nunmehr guten Theils ausgebrochenen Anschlägen, ein neuer, nicht berrömmlicher Dominat zu milderer Exerzion der uralten Verfassung soll eingeführt werden. Schreiben, Schidungen sind bisher erfolglos, Bertröstungen wirkungslos geblieben nur um so eifriger ist Friedland mit seinen Kriegsbereitschaften verfahren, und es ergibt sich klar, daß der Kaiser dem Unwesen zu steuern nicht mehr mächtig ist. Zwar in Folge des kaiserlichen Schreibens an Kurmainz haben die Gesandten es fast für überflüssig erachtet hörten, sich mit der Berathschlagung der Mittel zu bemühen, die zu des Reiches und der gehorsamen Stände Erledigung gehörig. Im Verrath jedoch, daß vergleichen kaiserliche Bertröstungen schon mehrmals erfolgt, aber von friedhässigen, dem eigenen Vortheile ergebenden Betitionen hintertrieben worden sind, hat man, damit solches nicht abermals geschehe, für gut behunden, für den Fall daß das Voll nicht der ertheilten Zusage gemäß, abgeführt werden sollte, die erforderlichen Defensionsmittel an die Hand zu nehmen und hierzu das Bundesheer zu gebrauchen — nicht um Ihrer R. M. sich zu widersetzen oder schuldigen Respekt und Gehorsam aus den Augen zu lassen. Dies soll durch eine Gesandtschaft J. R. M. vorgetragen, auch der päpstlichen Heiligkeit und der Infantin mitgetheilt, das Wie der Defension dagegen der Bundesdirection überlassen werden. Dieser Beschluß ist ferner an Kurfürsten und Kurbrandenburg mitzutheilen.“

So die Beschlüsse der Bevollmächtigten der Liga, am 7. Juli 1624. Die Kritik der Wallensteinischen Kriegsführung darin ist scharf. Der Verdacht gegen seine revolutionären Entwürfe ist stark und allgemein. Dennoch hat dieser allgemeine Verdacht eben so wenig, wie die Anklagen von Seiten der hohen Persönlichkeit am kaiserlichen Hofe, die Kraft eines durchschlagenden Beweises. Die Geschichtschreibung hat sich zu begnügen mit der Thatfache des starken und allgemeinen Verdachtes.

Andererseits wird jedoch Wallenstein von diesem Verdachte nicht dadurch entlastet, daß die Besorgnisse, die im April und Mai die hohe Persönlichkeit in Prag als unmittelbar bringend aussprach, sich nicht verwirklicht haben. Denn inzwischen ward seiner freien Bewegung eine starke Fessel angelegt durch die Veranlassung, in welche er mit der Stadt Stralsund und dem Lande Pommern gerieth.

### 5. Beginn der Feindseligkeiten des Obersten Arnim gegen die Stadt Stralsund.

Die Einquartierung des Wallenstein'schen Heeres in Pommern war geregelt, oder sollte doch geregelt sein durch die Capitulation von Franzburg am 10/20. November. In diesem Vertrage waren von der Einnahme von Besatzungen ausdrücklich ausgeschlossen nur die Städte Stettin, Wolgast, Rügen. Dana jedoch willigte Arnim ein, dem Herzog Bogislaw die ganze Direction der Einquartierung in Pommern und benanntlich in Stralsund zu überlassen,<sup>1</sup> so daß es bei dem Herzoge stand, die Stadt mit Einquartierung zu verschonen oder zu beschweren. Die Vertreter der Stadt dagegen verpflichteten sich, die auf sie entfallende Quote der Landeslast zu entrichten. Demgemäß verzögerten die Vertreter der Stadt auf dem Landtage zu Wolgast, Ende November, jegliche Einquartierung. Nicht so meinten es Andere. Es fielen harte Worte gegen die Stadt. Stralsund sei nicht so frei, wie sie glaube. Sie werde befinden, daß man ihr bald eine Brille auf die Nase setze.<sup>2</sup>

Am wenigsten sahte der Oberst Arnim so die Sache auf. Nachdem schon verschiedene kleinere Versuche des Drucks auf die Stadt gemacht waren, schickte er am 14/24. December den Obersten Sperre mit Befehl in die Stadt. Dieser überreichte ein Schreiben Arnims, lautend: „Ich erinnere mich zwar, daß auf inständiges Begehren Jhrer F. Gn. des Herzogs ich mich (zu Franzburg) gegen die Abgesandten der Herren erklärt: es könne gar wohl geschehen lassen, daß die Herren zur Landessteuer mitzutragen helfen. Ich halte aber auch dafür: den Abgesandten der Herren werde unenthalten sein, daß ich mir ausdrücklich vorbehalten habe die Contribution, so J. F. W. der Herr General absonderlich von ihnen begehren würde, oder im Falle der Verweigerung derselben die Einquartierung.“ -- Arnim forderte von der Stadt Stralsund nach dem Verpunkte von Rostock die Summe von 150 000 Mark, davon ein Drittel baar. Im anderen Falle seien 5000 Mann im Anzuge zur Einquartierung.

Die Stadt Stralsund wandte sich wie das ähnlich bedrohte Stettin und Andere fliegend an den Herzog Bogislaw. Dieser sprach dem O. Arnim aus,<sup>3</sup> daß ein solches Verfahren der von ihm mit Hand und Siegel bekräftigten Capitulation schnurstracks zuwider laufe. Der

<sup>1</sup> Hecker 184 Nr. 6. Bgl. Schmalzer ufm. Bericht 20.

<sup>2</sup> A. o. C. 27

<sup>3</sup> Hecker 30.

<sup>4</sup> Grünthaler ufm. Bericht. Hecker F

Herzog habe sich eher des Dummis Fall als ein solches Anstehen von Krain her versehen, und erfahre nunmehr, daß alles auf des Landes gänzlichen Untergang abziele. Aber er hoffe noch auf die gütigen Zusicherungen des Kaisers, dessen Ungnade, im Falle des Beharrens, Krain sich zuziehen werde.

Der Rath von Straßburg erkannte jedoch, daß er mit Worten nicht frei komme. Er erbot sich, 30 000 Rthlr. zu zahlen. Er schickte Abgeordnete nach Preßlau, wo Krain sich befand, mit der Instruction: noch mehr zu bitten, in Allem bis zu 80 000 Rthlr., wenn dafür Sicherheit gegen Einquartierung gegeben werde. So am 19/29. December. Krain antwortete ihnen und dem Herzoge Bogdan: „Daß ich den Städten Straßburg und Stettin zugleich mit der Einquartierung auch die Contribution erlassen sollte, steht nicht bei mir, sondern, weil ich darin ausdrücklichen Befehl habe, von Sr. J. W. dem Herrn General auch schon die Verordnung gemacht ist, wohin das Geld verwendet werden soll, werden J. J. W. der Herzog mich gnädigst entschuldigt halten, daß ich davon nicht absehen kann.“ — So der Stand der Dinge am Ende des Jahres 1827.

Die Berufung des O. Krain auf die Befehle Wallensteins legt uns auf den Vud auf diesen zu wenden. Die Correspondenz Wallsteins mit Krain ist damals ungemein lebhaft: wiederholt erfolgen von Wallstein mehrere Briefe an einem Tage. Sie betreffen namentlich den Plan der Gründung einer Flotte, sowohl die Anschaffung von Schiffen, als die Befestigung von Meerhäfen. Die letztere Seite des Planes fällt hier zunächst ins Gewicht. „Es wird mir berichtet,“ schreibt Wallstein am 24. November, „daß 28 Meerhäfen in Pommern sein sollen. Nun ist das ziemlich viel, aber sei es wie es will: so müssen sie alle besetzt und fortificirt werden. Bitte deswegen, der Herr sehe alles zu besorgen.“ Und weiter schreibt Wallstein am 28. November: „Der Herr verleihe seines Ortes, an welchem etwas gelegen ist, präsidire und fortificire sie wohl, insonderheit aber alle die Meerhäfen, trinn ausgenommen.“

Am 2. December kommt in dieser Correspondenz die Stadt Straßburg namentlich zur Sprache. „Ich vernehme auch, daß die von Straßburg

• Rauber 180. Nr. 2. • H. a. O. 32. • Göthe I. 155.  
• H. a. O. 156. • H. a. O. 101.

haben angefangen ihre Stadt zu besetzen: das muß man ihnen auf alle Weise einstellen, wie auch denen von Hestod; anstatt der Fortification um die Stadt oder wollen wir eine Citadelle bauen, das wird viel besser sein.“ Dieſe letzten Worte betrafen namentlich Hestod; denn von Stralsund iſt dann bei Wallenſtein für Wochen lang nicht die Rede. Dennoch rührt auch die Forderung der 150 000 Rthlr., am 14/24. December, ſo viel dieſe täglichen Briefe Wallenſteins ergeben, nicht von Wallenſtein her, ſondern von Arnim. Nicht im erſten Kriege um Wehl, ſondern zur einer Beſatzung in Stralsund war es Wallenſtein zu thun.

Zudem wider der Herzog Bogislaus noch der Rath von Stralsund die Anguſt des D. Arnim völlig durchschauend, ſuchte der Rath durch jenes Erbieten von der Forderung der Einquartierung gütlich freizukommen. Denn der Gedanke eines bewaffneten Widerſtandes ſah im Beginne bei dem Rathe nicht an. Alle Nachrichten<sup>1</sup> thun unzweifelhaft dar, daß die Bürgermeiſter, die Mitglieder des Rathes und die angeſehenſten Bürger ſich anfangs nur mit dem Gedanken beſchäftigten, durch eine Übereinkunft, durch Zahlung einer Geldſumme ſich mit dem kaiserlichen Feldherrn gütlich abzufinden. Dabei ſtellten faſt alle Vorträge im Rathe dahin ab, der Bürgerſchaft die große Gefahr vorzuſtellen, welcher man im Falle des Widerſtandes ſich ausſetzen würde. Anders dagegen der große Haufe in der Bürgerſchaft. Der gemeine Mann verlangte eine tapfere Vertheidigung. Er war erbötig Gut, Blut und Leben daran zu ſetzen, wogegen er, wenn es darauf ankam, Geld für die Abtragung der Einquartierungslast im Hande beizubringen, allezeit ſchwierig war.

Dabei iſt hervorzuheben, daß die ſtädtiſche Verfaſſung von Stralsund ſehr demokratiſch war. Gemäß derſelben mußte bei wichtigen Angelegenheiten die geſammte Bürgerſchaft beſamt werden und ihren Conſens geben.<sup>2</sup> Dies Verhältniß iſt für den Verlauf der Dinge in Stralsund von Anfang bis zum ſchwediſchen Ende annähernd außer Acht zu laſſen. Der moraliſche Druck, den daſſelbe auf den Rath übte, gibt ſich zu erkennen in den Worten eines Protocolles beſtritten<sup>3</sup>: „Da senatus in großem Verdachte ſteht, daß er es mit den kaiserlichen Befehlshabern halte“ uſw.

<sup>1</sup> Vgl. die Worte Hainrich III. <sup>2</sup> Bericht des Stellvertreters Simon über  
Berathung des Rathes 1620: In swazere saken heeft de gansche burgersy gesach  
ende moet in deselve consentieren. <sup>3</sup> Rath 156.



Bis in den Monat September 1627 hinein hatte die Stadt Stralsund nur 150 geworbene Soldaten im Dienste, welche gemeinsam mit den Bürgern die Wachen bezogen.<sup>1</sup> Von October an, als die Verträge aus Mecklenburg das Zurückziehen der Wallensteiner in Pommern verhinderten, ward an der Verstärkung der Festungswerke gearbeitet. Zum ersten Male, wie wir gesehen, gebot Wallenstein am 2. December dem D. Arnim diese Arbeiten nicht zu gestatten. Nachdrücklicher schreibt er am 22. December:<sup>2</sup> „Ich vernehme, daß die von Stralsund anfangen sich zu fortificieren. Solches muß man ihnen von Stund an einstellen, und sie mit forti schließen, auf daß sie sich des Feindes Assistance nicht prevalieren können.“ Wallenstein geht also von einer Voraussetzung aus, für die er keinen Anhaltspunct angibt.

Inzwischen stellte Arnim jene Forderung von 150 000 Rthlrn., auf welche der Rath antwortete mit dem Erbieten 30 000 Rthlr. sofort zu geben und weiter bis zu 80 000 Rthlr. im Ganzen zu steigen. Zu einem Vertrage darüber kam es nicht. Auf Arnims Bericht antwortete<sup>3</sup> Wallenstein, am 6. Januar 1628: „Ich contentiere mich damit, daß der Herr vermeint, daß die von Stralsund und von Stettin (eben) das geben werden, wie die von Kistof; aber der Herr sehe, daß es nur bald geschieht.“ Am selben Tage jedoch schreibt Wallenstein an Arnim noch vier andere Briefe. Nachdem er in dem einen derselben die Befestigung von Warnemünde anbefiehlt, heißt es weiter:<sup>4</sup> „Die andern Hafen lasse der Herr auch überall fortificieren, auf daß uns der Feind den Fuß nicht hinein setzt.“

Hier liegt die Verschiedenheit klar zu Tage. Die Stadt Stralsund meint sich durch eine Geldzahlung von der Forderung der Einquartierung loszulassen, und wird in dieser Meinung von Arnim gehalten. Wallenstein will das Geld annehmen, aber zugleich festhalten an der Forderung einer Besatzung in der Stadt.

In der Stadt dagegen wuchs im December und Januar, bei der Unzuverlässigkeit der Worte Arnims, die Reizung zum Widerstande. Der Vorhalter der Bürgerschaft, Josuam von Golen, drang in fast täglicher Versammlung auf die stärkere Befestigung der Stadt und die Anlegung neuer Werke.<sup>5</sup> Der Rath war bereitwillig. Er nahm Soldner an bis zu 300, die aus dänischen Diensten herüber liefen.

<sup>1</sup> Arnim: 23.<sup>2</sup> Förster I, 174.<sup>3</sup> H. a. C. 262.<sup>4</sup> H. a. C. 264.<sup>5</sup> Heubner 41.

Im Angesichte dessen stimmte Arnim seine Forderungen etwas herunter. Am 23. Januar / 2. Februar erschien in seinem Namen der Oberst Sparre in der Stadt.<sup>1</sup> Er forderte Entlassung der Soldaten, Einstellung der Festungsarbeiten, und ferner, weil „kaiserliche Majestät Geldes benöthigt sei,“ auf den folgenden Tag 60 000 Rthlr. Dazu reichte Sparre eine Nebenforderung ein, enthaltend ein langes Verzeichnis von Gold- und Silberzeug, von Atlas und von Scherlach, u. A. Im Falle der Nichterfüllung drohte Sparre mit der Ungnade des Kaisers. — Der Unmuth der Bürger wurde laut. Sie verlangten das kaiserliche Mandat zu sehen, welches den O. Arnim ermächtigte, von der Stadt 60 000 Rthlr. zu fordern. Wie der Rath schon früher sich bereit erklärt hatte, die Hälfte zu zahlen, so war er auch dies Mal geneigt. Nicht so die Bürgerchaft. Sie würde dies nur bewilligen, erklärte sie, wenn sie dafür sicher gestellt würde gegen alle Anforderungen jeglicher Art. Der Oberst Sparre schickte mit einem höflichen Schreiben<sup>2</sup> des Rathes zurück.

Am 6. Februar entsandte Wallenstein aus Prag einen Courier an Arnim, mit der Meldung<sup>3</sup>: „Ist es möglich, eine Garnison in Stralsund einzubringen, so verliere der Herr keine Zeit, wie auch mit Wolgast. Aber ich remittiere solches alles dem Herrn.“

Eine Besatzung in Stralsund einzubringen, ohne und wider den Willen der Stadt, war unmöglich. Arnim ersand einen andern Plan. Vor der Einfahrt in den Hafen von Stralsund lag eine kleine Insel, Dänholm genannt, kaum bewohnt, die jedoch, wenn sie besetzt wurde, die Schifffahrt nach und von der Stadt, ja diese selbst beherrschen konnte. Am 3/13. Februar erfuhrt der Rath von Stralsund,<sup>4</sup> daß die drei Obersten Arnim, Sparre, Böge eine Anzahl Jünglinge zusammen bringen ließen, um nach dem Dänholm überzusehen. Am nächsten Tage überreichte ein höherer Officier dem Rathe ein Schreiben Arnims.<sup>5</sup> Darin eröffnete dieser geradezu, daß Wallensteins Befehle an ihn auf Besatzung in der Stadt lauten, er dagegen aus guter Reigung für die Stadt seine Instruction überschritten, indem er wegen einer Summe Geldes sich in Unterhandlung eingelassen habe. Darum habe er Willfährigkeit, Erfüllung der bereits geleisteten Zusage erwartet, statt des bewiesenen

<sup>1</sup> Heubur 39.<sup>2</sup> N. u. O. 197 Nr. 13.<sup>3</sup> Höfner I, 286.<sup>4</sup> Heubur 41.<sup>5</sup> N. u. C. 47.

Trotzdem. Dennoch sollte auch so noch dieser Troß der Stadt nicht nachtheilig sein, wenn sie nur dem Kaiser sich zur Schuldigkeit erbieth und sofort zähle. Dann fügte er die auffallenden Worte hinzu, daß die höchste Nothwendigkeit ihn zwingt, einige neue Schanzen anzulegen. Er zeigte dies an, damit man sich davon keine Gefährlichkeit einbilde. Vielmehr möge der Rath einige Mitglieder an ihn absenden, um vorher die Sache zu besprechen.<sup>1</sup>

Die mündlichen Aufträge des Überbringers gingen weiter. Er forderte Abhaltung der Soldaten, Einstellung aller Arbeit an den Werken, sofortige Zahlung der versprochenen 30.000 Rthlr u. s. w.

Während noch der Rath die dunklen Worte von der Anlage neuer Schanzen erwog, kam die bedeutungsvolle Nachricht ein, daß Kunin den Dänholm besetzt habe. Die möglichen und wahrscheinlichen Konsequenzen dieses Schrittes lagen Jedermanns vor Augen. Durch denselben warf Kunin der Stadt den Fehdehandschuh hin. Sie nahm ihn auf.

Wie gesehn der deutsche Krieg durch diesen verwegenen Schritt des Obersten Kunin einen anderen Charakter! Bis dahin hatten sich an dem Kriege nur solche deutsche Städte theilgenommen, oder vielmehr nur solche waren in denselben hinein gerissen worden, welche halb gezwungen, halb freiwillig reichsfeindliche Besatzungen in sich aufgenommen. Die Bürger hatten hier und da in solchem Falle mitgekämpft, um das Uebel der Plünderung oder der Zerstörung von ihrem Haupte abzuwenden. Wo eine Stadt nicht eine solche dem Kaiser und dem Reiche feindliche Besatzung hatte, da war namentlich Lütz friedlich und freundlich an ihr vorübergezogen, nur daß er etwas Brod für seine Soldaten verlangte. Wie anders war hier die Sache in Stralsund! Die Stadt lag in einem Kreise des Reiches, der mit dem Kriege nichts zu schaffen hatte. Sie war einem Fürsten unterthan, der seinen Stolz darauf setzte gut kaiserlich zu sein, der sich an einem Schreiben des Kaisers so sehr erfreute, nur deshalb weil es eigenhändig vom Kaiser, von der höchsten Obrigkeit des Reiches kam, daß er es eben darum seinen Rathsherrn vorlesen ließ.<sup>2</sup> Die Stadt selbst hatte mit den Reichsfürsten nichts zu schaffen. Schon 1625 hatte Gustav Adolf der Stadt sagen lassen: wenn sie in Noth käme, so sei er zu ihrer Hülfe bereit.<sup>3</sup> Der Rath von Stralsund dankte es nicht. Er war getreu für Kaiser und Reich. Aber diese Treue besaßte für die Stralsunder nicht in sich die Zugkraft unter

<sup>1</sup> Hecker 16.<sup>2</sup> Hecker IX, 608. Not 117.<sup>3</sup> Hecker III, 146.

dem Eigenthum eines Fehdherren, der, ausgestattet mit dem kaiserlichen Namen, nicht den kaiserlichen Intentionen gemäß handelte, sondern dem eigenen Interesse. Was seit zwei Jahren eine Reihe von Reichstünden dem Kaiser klagend und mahnend vorausgesagt: es werde auf die Dauer ihnen nicht möglich sein, ihre Unterthanen vom offenen Aufstande gegen das Heer zurückzuhalten, das unter dem Namen des Kaisers sie bedrückte und bedränge, ging nunmehr an Stralsund in Erfüllung. Nicht freilich so, als hätte der Rath dieser Stadt den Krieg gewollt; aber die That-  
sache war da.

Dem mit der Besetzung des Dänholms begonnen die offenen Feindseligkeiten. Obwohl noch der Rath von Stralsund die Unterhandlungen fortsetzte, wollten die Bürger die Soldaten dort nicht dulden. Sie eröffneten den Angriff. Ihre Schiffe umschloren die Insel und ihr unaufhörliches Feuer ließ den Soldaten keine Ruhe.

Die Sache ward bedrohlich für das ganze Land. Die Ritterschaft bot ihre Vermittelung an. Man suchte Armin auf und zwar nicht ohne Geschenke,<sup>1</sup> während die Schiffer mit oder wider Willen des Rathes die Feindseligkeiten gegen die Mannschaft auf dem Dänholm fortsetzten. Der Bürgermeister Steinwig stellte als seine erste und hauptsächlichste Forderung voran: die Räumung des Dänholms. Aber Arnims militärische Ehre lag dort verpfändet. Er hatte die Übereilung begangen diese Insel zu besetzen, ohne zur Zeit noch gewichtigen Nachdruck durch Verstärkung, durch Überbringung von Geschützen dahin geben zu können. Er konnte gewiss ohne Schande nicht von da zurück, und wiederum hielten die Stralsunder sorgfältige Wacht, daß dieser Anfang nicht weiter gehe. Um sich mit einem Scheine des Rechtes zu umhüllen, sagte Armin, der Rath habe es vorher gemußt, und berief sich dafür auf den Brief, in welchem er am selben Tage der Besetzung des Dänholms von der Anlage neuer Schanzen geredet.

Diese Verdrehung der Wahrheit lag offen vor Augen. Dennoch war auch dem Rathe der Stadt sorglich und hänglich zu Muth. Es waren gährende Elemente in der Stadt und drängten vorwärts. Der Rath war nicht sicher vor einer Oligarchie. Wohl oder übel, er mußte vorantreten, um das Steuerruder in Händen zu behalten. Vier Tage nach der Besetzung des Dänholms am 4/18. Februar, trat der Bort-

<sup>1</sup> Rentur 81

führt der Bürger, Johann Josasius von Gosen, vor den Rath.<sup>1</sup> Es  
 sei allerlei Mißtrauen zwischen dem Rathe und den Bürgern, sagte er,  
 und die Sache lasse sich gefährlicher an von Tag zu Tag. Darum  
 verlangt die Bürgerchaft des Rathes endlichen Entschluß, ob derselbe  
 anders als in der höchsten Noth und Nothwendigkeit, ehe man mit Ge-  
 walt dazu gezwungen sei, sich zur Einnahme einer Besatzung verstehen  
 würde. Die Bürger verlangen diese Antwort, damit sie sich danach zu  
 richten wissen.

Der Rath entgegnete offen und entschieden: er werde nie die Ein-  
 quartierung gestatten, noch weniger sie in der Wuth bewilligen. In  
 Falle der Gewalt gegen die Stadt wolle man Gott um Hülfe anrufen  
 und sich thätlich so bezeigen, wie es recht und billig sei. Nur mögen  
 die Bürger sich mäßigen und dem Rathe vertrauen. Niemand  
 anders, den wolle man für einen Schelm und Verräther halten.

Eine solche Erklärung schien die geringere Bürgerchaft befriedigen  
 zu müssen. In Wahrheit jedoch stand darum die Sache nicht besser.  
 Die Schiffe und viele andere geringere Bürger nesten und reuten die  
 kaiserlichen Truppen. Indem die Abgeordneten des Herzogs Bogislaw  
 den Frieden zu vermitteln suchten,<sup>2</sup> riefen sie warnend und mahnend  
 der Stadt zu: Gott halte allemweg über seine Ordnung und habe den  
 kaiserlichen Truppen allenthalben Sieg gegeben. — Der Rath der Stadt  
 zeigte sich derselben Ansicht zu: er ließ die Vorschläge einiger Mitglieder  
 der Mitterchaft zur Ausgleichung willkommen. Am 11/21 Februar  
 ward zu Greifswalde ein Vertrag abgeschlossen. Die Stadt versprach  
 erst 80 000 Thaler, hernach noch 50 000 zu zahlen, und zwei Kanonen  
 anzuliefern, die Armin von einem Adligen in der Stadt gekauft hatte.  
 Die Besatzung auf dem Dänholm sollte verbleiben bis auf Wallensköns  
 Befehl. Der Rath selber wandte sich an Wallensköns, am 13/23. Fe-  
 bruar, berichtete die Lage der Dinge, und bat den General sich mit  
 80 000 Rthlr. zu begnügen und dafür von aller Besatzung abzusiehen.<sup>3</sup>

Damit schien die Sache beendet. Es war es nicht. Als die  
 zwei Kanonen ausgeliefert werden sollten, widersetzte sich ein Volkshauf,  
 schlug auf die Bedeckung derselben ein, warf die Geschütze in den Roth.  
 Es war die allgemeine Meinung, daß der Böbel von Stralsund dadurch  
 den Vertrag gebrochen, daß er an allem weiteren Unheile schuld sei.  
 Also gab es der Rath selber der Bürgerchaft zu erkennen. „Nämlich

<sup>1</sup> Reubar 46      <sup>2</sup> L. a. C. 207. Nr. 22.      <sup>3</sup> Die Schriftstücke im Gmünd-  
 lichen und Reichs unter N. und O., und bei Reubar Nr. 24 und 25.

hilt dafür," sagt er, „daß wir in Verweigerung der Stände Ursache gegeben."¹ Er mahnte ab von Schmähreden gegen die kaiserlichen Officiere und drohte mit Strafen. „Denn es ist der Kaiser das ordentliche Oberhaupt der Christenheit, und von Gottes und Rechtswegen unsere Obrigkeit."² Heinger redete der Herzog Bogislaw: „Bei den Weichlingen hat man verjapset, daß Senatus des Pöbels nicht mächtig ist. Gegen Herrn Dammes ist der Verdacht der Rebellion und nicht gegen den Rath und andere ehrliche Leute. Der Pöbel steht nicht auf die Freiheit des Vaterlandes, sondern nur wie er rauben kann."³

Allem nur einen Augenblick hatte der Pöbel die Oberhand gehabt. Der Rath versammelte die Bürger nach den vier Kirchspielen der Stadt, ein jedes in seiner Kirche. Sie genehmigten sämmtlich die Erfüllung des Vertrages, die Ablieferung der Stände. Aber sie verlangten zugleich nachdrückliche Maßregeln zur Vertheidigung der Stadt.

Wallenstein selber hatte durch seinen Befehl vom 6. Februar dem O. Arnim den Anlaß zu dem Handstreich auf den Dänholm gegeben. Nun meldete ihm der Bericht Arnims den Verlauf der Dinge. Die Antwort Wallensteins, aus Gitschin, vom 27. Februar, lautet in Betreff dieser Sache wie folgt⁴: „Aus des Herrn Schreiben vernehme ich, wie sich die von Stralsund widerwärtig und rebellisch erzeigen. Der Herr muß sehen, die von Stralsund mit Ernst anzugreifen und nicht eher wegziehen, bis sie eine starke Garnison eingenommen haben. Denn ich will es nicht dahin kommen lassen, daß sie etwas wider uns erhalten und dadurch sie und Andere ihres Gleichen Herz fassen und Ungehörlichkeiten anfangen. Derwegen muß der Herr mit Ernst dazu thun und auf alle Weise sich der bemeldeten Stadt bemächtigen. Kriegt sie der Herr mit Accord, so muß sie einige Tonnern Geldes für die Armer geben." — Nach der Angabe einiger Einzelheiten bespricht Wallenstein weiter sein Verfahren in Pommern. „Werden die Pommern sich nicht gutwillig dazu verstehen, so muß man sie mit Gewalt dazu bringen. Denn ich habe auch auf solche Weise alles thun müssen. Gutwillig etwas zu thun sind ihrer wenige. Bitte der Herr wolle auch ein wachendes Auge auf die Herren von Moskau und Bismar haben. Denn die von Bismar haben eine gar zu schwache Garnison. Es werden zum

¹ Reubtr. 215.      \* Jahrb. 18. Die Schrift hat Dinges, was wohl auch bei Weisheit.      † Reubtr. 69.

¹ Jahrb. I, 208. Ähnlich III. an Collette bei Schwabach 69.

allerwenigsten 3000 M. zu Fuß und ein Paar Compagnien Reiter darin sein, wie auch zu Rostock so viel oder mehr, und jedem der Hafen bei Bornemünde geschlossen mit guten forti und in beiden Städten die Bürger disarmiert. Bei Stralsund müssen auch auf alle Weise die forti geschlagen werden, auf daß keine Schiffe aus dem Meere einfahren können, und also das Commercium mit dem Könige (von Dänemark) abgeschnitten werde. Auf den Schweden muß der Herr auch ein wachendes Auge haben; denn er wird gerne sich befeßen, und in etwas zu überrumpeln. Im Ubrigen remittiere ich alles in des Herrn Discretion."

Nachdem Wallenstein in einem langen Schreiben diese Meinungen entwickelt, fügt er noch eine Nachschrift hinzu: „Wenn der Herr jetzt von Stralsund abziehen thäte, so würden sie nicht allein Hertz lassen zu bauen, sondern alle anderen Städte würden ihnen nachfolgen und verzeihen: wie es diesen hingegangen, so würden sie auch Recht daran thun sich zur Wehr zu stellen. Daher denn ich bitte, der Herr sehe, daß sie wohl, wie sie es denn meritieren, gestraft werden.“ Am selben Tage ergingen Befehle<sup>1</sup> Wallensteins an die Obersten Jährensboch, Albrungen, Schaumburg, dem O. Arnim vor Stralsund Verstärkungen zuzuschicken.

Die Worte Wallensteins in Betreff des Schweden waren richtig. Ein Bürger aus Stralsund theilte einem Schweden brieflich die dortigen Vorgänge mit, und dieser sie dem Könige. Gustav Adolf beauftragte den Schweden, am 8/18. Februar, zur Antwort seine Bereitwilligkeit zu bezeugen, der Stadt zu Hülfe zu kommen.<sup>2</sup> Von Stralsund aus liegt keine Randgebung darauf vor. Demnach ließ der Rath das Erbotien unbrachtet. — Wallenstein dagegen vergaß, wie vom Beginne an, so abermals bei jener Mahnung an Arnim, daß weder dieser noch er selber ein Mittel besaß zu hindern, wenn etwa die Stadt Stralsund, aus Furcht vor ihrem Drohen, den Schweden einlassen wollte.

Mit schwerem Herzen sah der Herzog Bogislaw die Lage der Dinge.<sup>3</sup> Es erschien ihm als das einzige Mittel, daß der Rath und die Bürger von Stralsund ihre gewordenen Soldaten ihm selber schwören ließen. Er versicherte, daß er damit nichts bezwecke als das Beste des Kaisers und des Reiches, seines eigenen Landes und die Sicherheit der

<sup>1</sup> Hölzer I, 312 ff.      <sup>2</sup> Geijer III, 146.

<sup>3</sup> Meibum 220. Nr. 27 und 28.



Stadt Stralsund. Seine Commissarien hielten dem Rathe vor, daß es Wallensteins feste Absicht sei, Besatzung in Stralsund zu legen, daß es nur unter der Bedingung davon abstehe, wenn die Stadt das geworbene Foll dem Herzoge selber schwören lasse. Darauf trügten die Commissarien ihre Forderung. Allein eben diese Bedingung erweckte das Mißtrauen. Wenn es danach, wie es schien, für Wallenstein einerlei war, ob seine eigenen Truppen die Stadt besetzten, oder ob die Söldner dem Herzoge schwören: so schien das letztere als eine Vorstufe zum ersteren betrachtet werden zu müssen. Und auf jeden Fall, auch wenn dies nicht geschah, drohte auch eine herzogliche Besatzung Gefahr für die Privilegien der Stadt. Frühere angünstige Worte des Herzogs gegen diese Privilegien waren nicht ungehört verflungen. Dazu konnte man die Stimmung der Ritter- und Landschaft gegen diese Stadt. Und selbst, wenn der Herzog Bogislaw keinen bösen Willen hatte: so wußte man daß er ein schwacher Mann war, fremden Einflüssen, fremder Zuspülterung offen. So dachte die Bürgerschaft: Sie sah bei einem Schwure der Stadtrichter für den Herzog kein Heil, sondern neue Gefahren. Sie drängte den Rath nicht zu willfahren. Der Rath entschloß sich zu den Bürgern zu stehen. Er berief sich auf die Unterhandlungen, die Verhandlungen bei Wallenstein. Er berief sich darauf, daß die Stadt dem Herzoge auch so mit theuren Eiden verbunden und die Soldaten wiederum der Stadt geschworen hätten. Rath und Ausschuß der Stadt Stralsund lebten am 2/12 März 1628 die Vorschläge des Herzogs ab.

Dagegen verwahrte sich der Rath hoch und theuer gegen jeglichen Verdacht eines Zusammenhaltens mit einer fremden Macht.<sup>1</sup> Er berief sich auf die Geschichte der Stadt. Niemals, erklärte der Rath, war noch auch öfters die Gefahr gewesen, hat die Stadt die Hülfe auswärtiger Potentaten gebraucht, sondern sie hat vielmehr gegen dieselben bei aller Gelegenheit öffentlich Krieg geführt. „Wir sind je und allewege bekändigte Mörder und Untertanen des heiligen Reiches gewesen, und wollen es bleiben bis in die Ewigkeit.“

Der Gedanke, die Möglichkeit des Verdachtes, daß er mit fremden Potentaten zuhalten solle, bewegt den Rath heftig. Als schon die Commissarien des Herzogs geschieden sind, tritt der Rath abermals zusammen

<sup>1</sup> M. a. C. 75.

<sup>2</sup> M. a. C. 224.

und sendet ihnen ein Schreiben nach<sup>1)</sup>: „Wir sind erdörig dem Eide der Soldaten ausdrücklich einzuverleihen, daß sie von der Correspondenz mit fremden Potentaten durchaus frei sind, auch ferner, so lange sie in Diensten der Stadt stehen, sich darin nicht gebrauchen lassen wollen.“

Auf gleiche Weise jedoch erkannte auch Bogislaw das Mißtrauen gegen ihn selbst. Er ließ die Unterhandlungen fortführen.<sup>2)</sup> Er gab der Stadt die kündigste Versicherung, daß er die Soldner der Stadt, wenn sie ihm geschworen, nicht an Officiere Wallensteins übergeben, oder mit Eidspflicht an dieselben verweisen wolle. Er betheuerte, daß der Befehl über die Soldner dem Rathe und der Bürgerchaft verbleiben, daß er für sich nur durch diese das Commando führen wolle. Dagegen forderte der Herzog Abberufung der Stralsunder Schiffe von der Insel Dänholm.

Dies eben war der Streich des Anstoches. Arnims Befagung lag auf der Insel Dänholm. ließ man ihr dort freie Hand, so holte sie Geschütze herüber, und dann war es um den Hafen und die Stadt geschehen. Deshalb forderte die Bürgerchaft von dem Rathe, daß er die Schiffe nicht abberufe, daß er dort sie belasse zur Sicherheit. Arnim vermauerte sich hoch, daß er keine Geschütze hinüber bringen lasse. Aber er hatte bei der Stadt alles Vertrauen längst vernichtet. Die Commissionen des Herzogs warfen am 27 März auf die Stadt die schwere Auflage, daß sie alle guten Mittel in den Wund schlägt. Sie wollten es dem gerechten Gott anheimstellen, ob das Verfahren der Stadt den Frieden befördere. Sie hatten mehr als einmal hervorgehoben, daß noch Wallenstein's drohenden Briefen nur die Stadt Stralsund den Frieden mit Dänemark, die Verhütung des Krieges hindere. Die Commissionen des Herzogs mochten unmerklich es so urtheilen, daß dieser schwere Vorwurf den Stralsundern zur Last fiel. Sie bewogen dadurch nicht die Stralsunder, ihr Geschick dem guten Willen oder der Ehrlichkeit Arnims anheim zu stellen.

Die Absicht eines Verrathes an Dänemark oder Schweden lag nicht bloß in Worten, sondern auch in der That dem Rathe fern. Er hatte die unter der Hand gemachte schwedische Andeutung vom 8. Februar unbeachtet gelassen. Am 5. März sah man einen Abgesandten des Dänenkönigs in der Stadt. Er brachte, wie zu erwarten, die alte Rede des Dänenkönigs vor, daß Wallenstein's gänzliche Unterdrückung der Religion

<sup>1)</sup> H. u. D. 225 Nr. 20.

<sup>2)</sup> H. u. D. 225.

und Freiheit beabsichtige.<sup>1</sup> Das letztere war glaubhaft, das erstere war lächerlich. Er bot Hilfe an. Wo sie nicht angenommen werde, setzte der Dänenkönig hinzu, werde er die Stadt für feind halten. Der Rath dankte für die gute Gesinnung und setzte hinzu, daß er und die Stadt sich von Seiten des Kaisers auf den hochbetheuerten Religionsfrieden verlasse, und von der kaiserlichen Inquartierung in Bornum, die mit Bewilligung des Herzogs Bogislaw geschehen sei, nichts befürchte. Die Einmischung des Dänenkönigs war damit abgelehnt. Der Gesandte kehrte wieder um.

Nicht diesen fremden Mächten wollte der Rath die Rettung der Stadt verdanken, sondern dem Kaiser. Deshalb wurde am 30. März der Protonotar Bahl entsendet, um dem Kaiser, dem Kurfürsten von Sachsen als Kreisobersten, und dem Feldhern Wallenstein die Lage der Dinge vorzustellen.

Bogislaw indessen beharrte bei den Versuchen der Vermittelung.<sup>2</sup> Allein die Stadt war sichtlich im Vorthelle. Ihre Schiffe schnitten der Besatzung Arnims auf der Insel Dänholm jeglichen Verkehr mit dem festen Lande ab. Es war unverkennbar, daß der Hunger die Schoar dort bald bezwingen müsse. Wenn auch der Rath sich zu Unterhandlungen immer geneigt erwie: die eifrige Partei in der Bürgerschaft wollte diese Vorthelle nicht aus den Händen geben. Dazu vernahm der Rath in den ersten Tagen des Aprilmonats, daß Arnim weitgreifende Anstalten zu einer Belagerung treffe.<sup>3</sup> In solcher Lage der Dinge war den friedlichen Versicherungen der Commissarien des Herzogs nicht zu trauen. Man beharrte. Der Hunger rückte der kleinen Schoar auf dem Dänholme näher. Am 5. April bot man ihr den Abzug an. Es war keine Wahl. Der Abzug geschah mit Bewilligung der löblichen Kriegsheeren.

Und nun erst war Alles zu fürchten. Arnim persönlich und das ganze Wallensteinische Heer hatten durch die Ausshungerung ihrer Besatzung auf dem Dänholme einen Schumpf erlitten, den sie nicht vergessen würden. Das lag klar vor Augen. Die Belagerung stand in gewisser Aussicht. Um so mehr that Gungelst in der Stadt Noth. Es darf mit Gewisheit angenommen werden, daß nach der Ansicht mancher Mitglieder des Rathes und des wohlhabenden Theils der Bürgerschaft

<sup>1</sup> H. a. O. 72<sup>2</sup> H. a. O. 227 Nr. 39.<sup>3</sup> H. a. O. 86

men längſt zu weit gegangen, daß man gegen die Erbſetzungen des Herzogs Bogislaw allzu mißtrauiſch gewesen war. Aber man konnte nun nicht mehr zurück. Man mußte vorwärts. Darum einigen ſich Rath und Bürgerſchaft am 9 April durch einen gemeinſamen Eid feſt zuſammen zu ſehen.<sup>1</sup> Sie verpflichteten ſich für ihre Religion, ihre Privilegien, ihr Recht und ihre Wohlſicht bis auf den letzten Blutstropfen zu ſtreiten und zu ſechen. Aber ſie ſuchten keine Verbindung mit dem Fremden. „Wie wir biſſlang herrſcht haben, als ein ungeweiſelhaftes untrennbares Glied des Reiches, demſelben treu und zugethan bis in den Tod: alſo wollen wir auch ſerner thun, ſo weit es vor Gott, vor der Nachwelt und unſeren zu der Stadt Beſtand geſchworenen heiligen Eiden veranlaßt iſt. Deßhalb haben wir uns feſt vereinigt und verbunden, innerhalb unſerer Thurmmauern und Thürſchwelgen keine Belagerung noch Einquartierung aufzunehmen, ſie werde angemaßt, von wem ſie wolle, Niemand einzuſchließen, ſondern wir wollen dieſelbe mit allen möglichen Kräften, Mitteln und Wegen, und wo nöthig, mit Vergießung unſeres Blutes und mit äußerſter Gegenwehr durch göttlichen Beifand abwehren.“

Der Eid war trefflich, wo es darauf ankam der unverhüllten gewaltthätigen Habgier Arnims und Wallenſteins entgegen zu treten. Es war die Frage, ob er ſich auch bewähren würde gegen die freundliche, heuchleriſch hülfreiche Larve fremder Liſt, die noch demſelben Ziele ſtrebt.

## 6. Die Danieſtädte und der päntiſch-kaiſerliche Serplan.

Die Danieſtädte hatten, im November und December 1627, durch ihre Zuſagen den Dänenkönig ſicher geſtellt, daß ſie den kaiſerlichen Truppen keine Schiffe darleihen würden. Sie hatten weiter bemerkt, daß, was etwa die Stadt Wismar darin thun würde, nur aus Zwang geſchähe. Es lagen ihnen die Briefe nicht vor, in denen Wallenſtein unablässig den Armin drängte, den Städten Wismar und Koſtock, zwei große Städte ohne Citadellen nichts werth, durch die Erbauung von ſolchen einen Zaun ins Maul zu legen; aber die Thatſachen des Verhaltens der Wallenſteiner gegen dieſe zwei Städte, ſo wie Arnims gegen Stralsund, bereits im December 1627 und im Januar 1628, zeigten zur Genüge, weſſen ſich die biſher ſeltſtändigen Danieſtädte vor der Militär-Dictatur zu verſehen. Auch ſogar die großen Städte begannen ſich zu fürchten. Am 18. Januar meldete Lübeck am Buxtehude als

<sup>1</sup> M. a. D. 240. Nr. 30.

sicher die Nachricht, daß am Tage zuvor auf Betrieb des holländischen Residenten Joppe van Nijema und des englischen, Anstreuer, der ganze Rath in Hamburg sich versammelt und einen Ausbruch erwöhlt habe, dessen Aufgabe es sei, durch holländische Ingenieure die Befestigungen der Stadt zu verstärken. Dazu werde man 1000 Mann. Tilly gibt den Rath, daß namentlich Nijema von dem Reiches Boden ausgewiesen werde.<sup>1</sup>

Das Schlagwort der Hansestädte war die Neutralität. Dem Worte entsprechend suchten sie die Klippen auf beiden Seiten mit köstlichen und freundlichen Worten zu umschiffen. Christian IV. ließ durch seinen Gesandten Joachim Krag der Stadt Hamburg vorwerfen, daß sie ihn nicht unterstützte, daß seine Officiere bei ihnen nicht sicher. Er verlangte, daß die Stadt „tren bei ihm und dem gemeinen Christlichen Wesen ausharre“. Zur Antwort wünschte der Rath dem Könige „langes Leben, glückliche Expedition seines vorhabenden Kriegszwecks und dann Frieden“. — „Die Stadt,“ heißt es weiter, „hat zur Declination der ihr gestellten Forderungen sich äußerst beflissen. Ungeachtet der hohen wädrigen Belastungen haben wir uns also gubernirt, daß wir jezo und inständig es zu verantworten getrauen.“ Sie berichten dann, in welchen Fällen sie, um den kaiserlichen Befehlen zu willfahren, Personen in Haft genommen. Aber sie liefern weder Personen noch Güter aus. Die Stadt, bedrängt und bedroht, bittet Krag, günstig über sie zu berichten, und verspricht, daß sie mit Willen zu der geringsten Offense nicht Ursache geben wolle. „Sie wären in ihrem Herzen und Gemüthern Ew. M. getreue Diener und Derselben allergernechte Dienste zu leisten bereit, wünschen auch von Herzen, daß Sie Ihr angefangenes Kriegszwecken zu glücklichem Ende führen.“<sup>2</sup>

So berichtete Krag dem Könige. Zugleich theilte er dem kaiserlichen Residenten Wenzel, der ihn für Tilly gewonnen, die Abschrift mit. Tilly wußte also ziemlich genau, wie er das Verhalten der Hamburger zu nehmen hatte. Auf seinen Bericht über Krag erhielt er die ausdrückliche Zustimmung des Kaisers, vom 28. Februar.<sup>3</sup>

Überhaupt meinte Tilly die großen Hansestädte als durchaus vernünftig. Der Hamburger Syndikus ward nach Prag entsendet, um die Genehmigung des Kaisers für die Neutralität zu erlangen. „Erfolgt die Genehmigung nicht,“ sagte ein Mitglied des Rathes, „so tritt Ham-

<sup>1</sup> Regesten S. 70.

<sup>2</sup> H. A. D.

<sup>3</sup> H. A. D.

burg zu der (Haager) Allianz, mit deren Hilfe sie der See und des Elbstromes sicher ist.“<sup>1</sup>

Nach Lübeck und Bremen wurden Truppen. Von der letzteren Stadt hieß es, daß sie sich auch darin fügen würde, spanische Besatzung einzunehmen, wenn, wie sie fürchte, eine Belagerung ihr drohe.<sup>2</sup>

In dieser der Sache des Kaisers wenig günstigen Stimmung entsandten, zu Ende Februar, die Hansestädte ihre Abgeordneten nach Lübeck, um dort die Ratsräthe des Gesandten Grafen Georg Ludwig von Schwarzemberg zu vernehmen. Die Kenntnis dieses Namens gibt den Anlaß, den Plan einer Reichsadmiration nochmals<sup>3</sup> in kurzen Zügen zu überblicken.

Der Plan, angeregt bereits auf dem Reichstage zu Speier im Jahre 1570, fand später, im Jahre 1601, seinen ersten Vertreter in dem Grafen Euno III. von Ostfriesland, der im Besitze seiner Stadt Emden, deren Mauern damals der mächtige Strom der Ems bespülte, ihn zu verwirklichen hoffte. Der Kaiser Rudolf II. war geneigt. Aber auch die Generalfürsten mußten um den Plan und sahen klar voraus, daß die Ausführung desselben sich im Interesse des Königs von Spanien wider sie wenden werde. So kamen zuvor. Sie nahmen sich der österreichischen Landstände wider den Grafen an, und zwangen ihn mit List und mit Gewalt, in seine Festungen Emden und Leerort holländische Besatzungen einzunehmen. Fortan beherrschten sie den Strom der Ems. Um den Grafen Euno III. völlig machtlos zu machen, schickten sie ihm 1622 den Berberber Windfeld ins Land. Und selbst dieser erzwang dann den Grafen, mit der Infantin Isabella in Brüssel seinen Frieden zu machen durch die Auslieferung von Emden. Aber die Holländer waren auf ihrer Hut.

Der Wunsch jedoch in Brüssel und in Madrid erstarkte nicht. Bereits 1625 gestattete ihn der spanische Minister Olivarez zu dem Plane aus, den Handel und die Fahrt nach Spanien und dessen Colonien nur deutschen Schiffen zuzuwenden, um die deutschen, „sonderlich aber die Hansestädte, welche ohne dies kein anderes Interesse als ihren eignen Gewinn suchen, von den Holländern zu trennen.“<sup>4</sup> Olivarez fand für seine Entwürfe ein williges Ohr bei dem damals in Madrid weilenden Grafen Georg Ludwig von Schwarzemberg. Dieser legte, im April

<sup>1</sup> H. a. C. Bericht Lübeck vom 8. März.    <sup>2</sup> H. a. C. Lübeck Bericht vom 10. März.    <sup>3</sup> Vgl. Bd. II, 517 u.    <sup>4</sup> Dräger 190.

1623, dem Kaiser die Sache dar, und empfahl zum Beginne zwei Seebüßen in Ostfriesland zu besetzen, Norden und Grethel. Dies zu unternehmen sei erdönig der Graf Johann von Ostfriesland-Nietberg, Bruder des verstorbenen Enno III. Sobald dies geschehen, möge, wie der König von Spanien wünsche, der Kaiser die Generalstaaten aufordern, ihre Besatzungen aus den Festungen Emden und Leerort auf des Reichs Boden zurückzugeben.<sup>1</sup> Der König Philipp IV. hoffte dabei auf die Mitwirkung der Liga.

War auch immer diese Hoffnung nur in Betreff der Person Tillot begründet, nicht seiner Kriegsherrn, so fand doch der spanische Plan, wie Schwarzenberg ihn vorgetragen, die volle Zustimmung des ersten kaiserlichen Ministers, des Fürsten Eggenberg. Er nannte, im Mai 1623, den Plan „rühmlich, möglich, ja nothwendig, und, wie ich cum pia submissione dafür halte, von Gott eingegeben.“<sup>2</sup>

Dies war vor dem Ausbruche des dänischen Krieges. Der Verlauf desselben steigerte die Hoffnungen wie in Wien, so noch mehr in Madrid, so jedoch, daß nunmehr die Entwürfe sich auf die Ostsee richteten. (Vgl. Bd. II, 815 ff.) Philipp IV. war bereitwillig, auch dem Vollenbringer Sigismund III. in seinem Kampfe gegen den Schwedenkönig mit Schiffen und mit Geld beizustehen.<sup>3</sup> Namentlich aber war es dort um die Gewinnung der Hansestadt Danzig zu demüthen des Reiches zu thun.

Unter den eifrigen Vertretern des spanisch-kaiserlichen Seeplandes stand nach wie vor voran der Graf Georg Ludwig von Schwarzenberg, den der Kaiser im Herbst 1627 zur Ausführung des Planes nach Klabes entsandte. Auf der Reise dahin traf er mit Wallenstein zusammen, der ihm versicherte, daß er die Mission Schwarzenbergs in jeglicher Weise wie seine eigene Angelegenheit fördern werde.<sup>4</sup> Beide waren darin einverstanden, daß Spanien auf das Commando der zu errichtenden Kriegesflotte keinen Einfluß üben, sondern dem Kaiser allein dies zustehen sollte, damit die den Hansestädten vorzuschlagende Verbindung nicht von vorn herein unpopulär werde. Nach diesen Beredungen erging sich Schwarzenberg in hohen Lobeserhebungen für Wallenstein. „Man möge Vertrauen haben,“ schrieb<sup>5</sup> er dem Grafen Rhevenhiller, „zu dem Herzoge von Friedland, dessen Eifer, Ihrer M. Hoheit Nutzen und Aufnehmen zu fördern, größer ist als Ihr Herren Euch einbilden thut.“

<sup>1</sup> E. a. O. 192.    <sup>2</sup> E. a. O. 193.    <sup>3</sup> Sieteh, die martinen VI. ult. 8 ul.

<sup>4</sup> E. a. O. 16.    <sup>5</sup> Eher mit der Westlant der Schenke.    <sup>6</sup> E. a. O.

Es kommen für den großen Plan einer Kriegesflotte noch eine Reihe anderer Verhältnisse in Betracht. Wallenstein und Schwarzenberg jedoch stehen in erster Linie: an diesem zweien hängt der Plan Ihrer Thätigkeit also haben wir nachzugehen.

Wir haben vernommen, daß vom November 1627 an Wallenstein in rascher Folge eine Reihe von Befehlen an Kenion erließ, die Seehäfen von Dommern zu besetzen und zu besetzen. Mit gleichem Eifer drängte er in ihn, Schiffe zu beschaffen. Am 6. November schreibt er<sup>1</sup>: „Bitte der Herr sehe auf alle Weise, daß die Contribution, welche der von Stralsund und Stettin geben sollen, zur General-Contribution geschehen wird, welche der Herr zur Ausrüstung eiliger Schiffe zu gebrauchen thut. Die Städte aber müssen auch für sich selber Vorlogschiffe ausrüsten; denn ich willens gern aufs Jahr statt auf der See mich befinden.“ — Am 24. erfolgt der Befehl<sup>2</sup>: „Der Herr halte alle Schiffe an; den einen Theil wollen wir armieren, und einen Theil zum Überseeen gebrauchen.“ — „Was die Armierung der Schiffe anbelangt,“ schreibt<sup>3</sup> Wallenstein am 13. December, „bitte der Herr thue das Äußerste dabei, und halte deswegen mit dem Grafen von Schwarzenberg gute Correspondenz, denn er sieht, daß wir uns sehr werden müssen zu Rette machen.“ Am 20. December erneuert Wallenstein diesen Befehl mit nachdrücklichen Worten.<sup>4</sup> Nebenbei gehen die bereits erwähnten Befehle, an die dänischen und schwedischen Schiffe Feuer legen zu lassen. „Wegen der Schiffe hat mich der Herr hochlich erfreut,“ schreibt<sup>5</sup> Wallenstein am 3. Januar, „daß er hofft, daß allbereits einige in Rauch aufgegangen sind. Wolke Gott, daß es mit allen geschehen könnte!“ — Die Befestigung der Verhöfen jedoch steht bei ihm in erster Linie. „Wegen des Unterhalts,“ schreibt<sup>6</sup> Wallenstein am 7. Januar, „werde ich einen Theil des Volkes weg'senden müssen. Nun wird der Feind leicht etwa an einem Orte ansetzen und postea nehmen können, was uns nachher nicht wenig travaglio gäbe ihn von dannen zu bringen. Bitte deswegen, der Herr wolle ihm dieses Fleiß angelegen sein lassen. Und alsdann, wenn wir uns zuvor dahin versichert haben, wollen wir zu weiteren Impreisen anfangen zu Rette zu rüsten.“

Damals gerade ward Wallenstein kund, daß der Schwede sich von seinem Auftrage eines Bündnisses gegen Dänemark zurückziehe und mit

<sup>1</sup> Böcher I. 120.<sup>2</sup> H. a. D. 166.<sup>3</sup> H. a. D. 168.<sup>4</sup> H. a. D. 169.<sup>5</sup> H. a. D. 268.<sup>6</sup> H. a. D. 266.



Dänemark prattigerte. „Bitte heromegen,“ schreibt<sup>1</sup> er aus Prag am 11. Januar, „der Herr sehe, wie wir ihre Schiffe werden in Rausch an'gehen lassen. Sonsten berichtet man mir, daß sie eine Juxtreise auf Wismar vorhaben. Bitt der Herr laß selbigen Ort wohl im Acht nehmen und den Hafen daselbst stark fortificieren, wie auch zu Rostock und anderswo. Der König von Spanien remittiert jetzt 200 000 Kronen herein, auf daß 25 Vorlagkuffe davon unterhalten werden. Sonsten befehle ich Allen, die eine Anzahl Volkes commandieren: sie sollen in Allem dem Grafen von Schwarzenberg zu der Navigation assistieren; denn der Kaiser begreift es gar stark. Bitt der Herr thue das Seinige auch dazu. Ich verhoffe, daß wir sie noch in ihren Inseln fuchen werden, denn vor dem Schweden graust mir gar nicht.“ Mit diesem eigenhändigen Schreiben in dieser Sache begnügt Wallenstein sich nicht. Am nächsten Tage erläßt<sup>2</sup> er an Arnim in officieller Form im Namen des Kaisers den Befehl, dem Grafen Schwarzenberg in allem, was menschlich und möglich, für den Plan der Beschaffung von Schiffen Beistand zu leisten.

Die Mittel, welche Wallenstein für die Beschaffung von Schiffen verwenden will, gibt er am 9. Februar noch bestimmter als zuvor an mit den Worten<sup>3</sup>: „Und diemeist Rostock, Wismar, auch andere Häfen und Festungen, wie auch die Schanzen, so man aufs neue anzuweisen wird, stark mit Volk besetzt werden müssen: als bitte ich, der Herr wolle zur Unterhaltung desselbigen Volkes von anderwärts contribuieren machen, wie auch die Contribution von Stralsund und Stettin dazu gebrauchen; denn ich will, daß das was das Land contribuiert wird, zu der Schiffe Armada angewendet werden soll, und kein Heller (davon) zum Unterhalte der Besatzungen.“

Am kaiserlichen Hofe scheint an dem Gelingen des Flottesplanes damals kaum ein Zweifel geherrscht zu haben. Am 20. Februar setzt Wallenstein einem officiellen Schreiben<sup>4</sup> an Arnim den Titel vor: „Albrecht v. S. G. Herzog zu Friedland und Sagan, der H. R. M. Generaloberster Feldhauptmann, wie auch des oceanischen und baltischen Meeres General.“ – Die Ausfertigung des Diplomes in noch volleren Töne erfolgte am 21. April.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> H. a. D. 267.      <sup>2</sup> H. a. D. 271.

<sup>3</sup> H. a. D. 291.      <sup>4</sup> H. a. D. 304.

<sup>5</sup> Gindely, Bd. I, 271.

Wie dagegen schon aus den Antworten der Hansestädte an den Dänenkönig zu vermuthen, legen die Verichte Schwarzenbergs über seine verschiedenen Verhandlungen, bevor die angelegte Zusammenkunft in Lübeck statt fand, nicht Zeugnis ab von einer großen Willfährigkeit der Städte.<sup>1</sup> „Der Rath von Lübeck,“ meldet er, „woll für die Armierung zur See weder selbst Schiffe hergeben, noch der Bürgerschaft es verstaten, noch auch nur einigen Verichub thun, daß ich zwei Jachten bauen lasse. Daraus ergibt sich, daß der Rath dem Dänenkönige mehr versprochen hat, als zu halten gebühet.“ Nach Schwarzenbergs Ansicht hatte der Kaiser das Recht, von den Städten Schiffe zu begehren oder sogar zu nehmen. „Das thut,“ meint er, „der geringste Fürst des Reichs in seinem Lande, dergleichen thun bei aller vorfallenden Noth Spanien, England, Frankreich, Holland, Dänemark, Schweden.“ Er verlangt daher Zwangsmassregeln. Es müssen sechs Compagnien nach Travemünde gelegt, die Insel Rautsand besetzt werden. Durch den Druck auf Lübeck und Hamburg würden auch die anderen Hansestädte bewogen werden.

Der Kaiser legte diese Verichte Schwarzenbergs einigen dazu deputierten Raths her. In dem Gutachten derselben,<sup>2</sup> vom 28. März, heist es: „Die Vorschläge des Rathen Schwarzenberg sind hauptsächlich dahin gerichtet, wie und welcher Gestalt vermittelst einer Armada zu Meer der Sund in Dänemark einzunehmen und dadurch das vorhabende Admiralat zu begründen sei. Zu diesem Zwecke rath und bittet er inständig, den Städten Lübeck und Hamburg ernste Befehle zu ertheilen, daß sie selber zu dieser Armatur ihre Schiffe hergeben und die anderen Hansestädte dazu bestimmen. Da man aber dies vornemlich davon abhängt, ob Sw. R. M. zu einem Seerriege entschlossen, auch ob und welche Mittel dazu vorhanden oder zuwege gebracht werden mögen, und die deputierten Raths davon keine Nachricht oder Wissenschaft haben, so können sie in einer so schweren politischen Sache, ohne mehreres und gewissen Grund, keinen besondern Rath noch Gutachten geben, außer diesem allein: im Falle Sw. R. M. zu einem solchen Kriege zu Wasser nicht entschlossen, noch auch die Mittel zu durchzuführen vorhanden, so können die Deputierten es gar nicht für rathsam befinden, ohne Ursache und den angebotenen vom dem Rathen vorgeschlagenen Executionsmitteln

<sup>1</sup> Kriegsbuch S. 79. Verichte vom 22. Februar, 2. und 3. März.

<sup>2</sup> H. u. O. S. 80.

gegen die fünf Städte zu verfahren, weil davon mehr Ungelegenheit, besonders aber eine engere Verbindung derselben mit den Holländern zu besorgen sein würde."

Unterdessen fand zu Radeb um März die dahin berufene Versammlung der Vertreter der Hanse statt. Im Namen des Kaisers redete zu derselben der Graf Schwerzenberg wie folgt:

"Es ist aller Welt bekannt, wie blühend einst der Handel und die Schifffahrt der Hanse gewesen ist. Sie würden es noch sein, wenn nicht die gewaltsamen Eingriffe der Hochherren und umher es ver- hinderten. Als ich zur Regierung kam, habe ich die Kanzleien angefüllt gefunden mit Klageschriften über Bedrückungen aller Art. Damals kostete ich den Entschluß dem abzuwehren; aber die verhasste Rebellion im Reiche hat mich daran gehindert und die Dinge stehen wie damals. Ja es ist so weit gekommen, daß eine so ansehnliche, vollstreckte, streichbare, mächtige Nation, wie die deutsche, sich von andern Völkern, die in keiner Weise sich mit ihr vergleichen können, auf ihren eigenen Meeren und Flüssen Gerecht und Rechte muß vorfahren lassen. Das ist ein Schimpf und Spott für uns Deutsche. Ungland hat die Hansestädte der mit Gut und Blut theuer erworbenen Privilegien beraubt, und hat dies gethan auf eine für Deutschland ehrenrührige Weise. Es hat die Deutschen behandelt wie wehrlose Kinder. Dänemark erhebt den Zoll im Sund wie einen Tribut von Deutschland, und läßt sich verlauten: das sei der rechte Raum, den man den Hansestädten anlegen müsse. Es ist meine laienliche Pflicht als Haupt des Reiches zu solchen Anordnungen nicht zu scheitern; denn wenn ich es thäte, so würde mir das bei der Mit- welt nicht zur Ehre, bei der Nachwelt unverantwortlich sein."

Den eigentlichen Zweck von Seiten Spaniens drängt Rhevenhiller zusammen in die Worte: „Durch dieses Mittel gedachte der König von Spanien allen Handel auf dem Meere an sich zu ziehen, und die Hanse- städte, die auf der Ostsee viel vermögen und an Volk und Schiffen sehr mächtig sind, zu seiner Devotion zu bringen. Dadurch würden die Holländer und Seeländer sehr geschwächt und ihnen der Handel auf dem Meere zum guten Theile entzogen werden. So hatte der Kaiser an der Ostsee schon etliche wohl gelegene Häfen, unter anderen Weimar,

\* Paderb III, 1004. Theatrum E. I, 1107. Rhevenhiller XI, 120. Und sonst oft.

in seiner Gewalt, und war allbereits der Herzog von Friedland zum Admiral über die Ostsee verordnet, welcher durch die Hülsen der Hansestädte und der Schiffe, die er aus Spanien und Flandern erwartete, den Sund einzunehmen vernahmte.“<sup>1</sup>

Nach jenen Worten entwickelte Schwarzenberg die Vorschläge des Kaisers. Die Bedenken der Abgeordneten jedoch überwogen die etwaigen Neigungen, auf die Sache einzugehen. Nach langer Berathung lauden sie, erst am 31. März, die schließliche Antwort: „In den Vorschlägen von kaiserlicher Seite ist alles auf eine sonderbare neue Art des Commerciums gestellt, die in den Hansestädten bis daher ganz unbekannt und nie practiziert worden. Die ehrbaren Hansestädte wollen, mit Hinzuziehung wohlgelehrter Kauf- und Handelsleute, dieses hochwichtige Werk consultiren und berathschlagen. Sie müssen das ganze Werk auf getreue und fleißige Relation stellen. Sie wollen sich daher fürderlichst am 1. September wieder versammeln.“ — Bis dahin konnte noch viel geschehen.

Außer der Aussicht auf die Gefahren, welche den Hansestädten bei einem Eingehen auf die kaiserlichen Einwürfe von allen fernschüssigen Nationen droheten, war noch ein besonderer Factor bei ihnen gegen den Kaiser wirksam: der dänische Haß des Religionskrieges. Die Fürsten und Landstände in Niedersachsen hatten nach eigener Erfahrung diesen Haß zurückerwiesen: in den Hansestädten hielten die Organe Christians IV. ihn erge. Die Sachlage ergibt sich aus den Berichten des kaiserlichen Residenten Menzel in Hamburg an den Gesandten Walmerode in Mecklenburg.<sup>2</sup> Am 11. Mai zählt er eine Reihe von Personen dort auf, die mit ihm „einem Jeden sonnenklar demonstrieren, daß der König von Dänemark das sogenannte evangelische Defensionswesen zu keiner andern Intention ausgerichtet, als den gedächeten Pfalzgrafen wider die Reichsverfassung in das mit Recht ihm genommene Land herzustellen, die Calvinisten zu erhöhen, die Katholiken aus ihrem noch habenden Besitz zu vertreiben und folgerich auch die Lutheraner zu unterdrücken. Dies hat bei Bürgermeistern und Rath in Hamburg ihre aus der gefassten Diffidenz verdunkelten Augen nicht wenig geöffnet, so daß sie allgemach anfangen, die Gerechtigkeit der kaiserlichen Sache zu erfassen. Dies namentlich, nachdem ihnen die Grundlage ihrer Diffidenz vor Augen gestellt, woher sie entsprungen und genährt. Nämlich (der dänische

<sup>1</sup> Chronikler XI, 142.<sup>2</sup> Briefwechsel S. 80.<sup>3</sup> Briefwechsel S. 80.

Agent) Dr. Stenberg hat vor den Vierteljahren von seinem Könige in Commission gehabt, die Präbiliten in Hamburg wie auch die Principalen von den Oberalten und auch Häupten der Bürger zu corrumptieren. Dies hat er ausgeführt und seine ungöttliche Intention so weit verfolgt, daß die Präbiliten auf allen Kanzeln den Gemeinden von nichts Anderem als der gänzlichen Ausrottung ihrer Religion gepredigt, und mit dergleichen Calumnien weder die M. R. Majestät Jedermann zur Vertheidigung derselben ad arma gerufen. Wenn dies nicht anjehs in Erfahrung gebracht und dadurch dergleichen Calumnianten in Wrecredit gesetzt wären, so wäre das zum großen Vortheile für sie ausgefallen. Welches Vorkaufs bei anderen Städten gleichermassen vorgelaufen sein soll.“ — Wenzel spricht dann die Hoffnung aus, daß Walmersode die Sache zum Vortheile des Kaisers wenden, und daß „auf die Eröffnung des Vorkaufs solche Consequenzen erfolgen werden, welche für die Sache Christi IV. einen unschätzbaren Nutzen mit sich bringen sollen.“

Die Hoffnung Wenzels erwieß sich ihm sehr bald als nicht begründet. Am 20 Mai berichtet er: „Der Irrthum des Religionskrieges ist bei den Menschen hier so stark bewurzelt, daß er ihnen schwerlich beseitigt werden kann. Denn in diesem demokratischen Staatwesen sind die Präbiliten, die vornehmsten Bürger in den Häupten, so wie auch etliche im Rathe, mit Gold corrumptiert.“

Die Thätigkeit der dänischen Agenten und ihrer Helfer in Hamburg für den Ruf des Religionskrieges beschränkte sich nicht auf die Stadt. Im Mai ward eine Flugschrift verbreitet, unter dem Titel: „Schreiben von des Kaisers Buchhalter an einen Jesuiten in Pilsnesheim, aus Prag, den 8. April 1628.“ Als der Urheber und Verbreiter derselben nennt ein Bericht aus Hamburg dem Kaiser den Engländer Austruther, den Holländer Joppe van Aljema, die dänischen Commissarien Detler von Ranzau, Ahlefeld, Martin von Wiedem. „Sie haben,“ meldet der Bericht, „die Schrift bei den Fürst- und Landstädten durch ihre allda habenden Freunde spargieren lassen, um mittels derselben bei den Städten einen allgemeinen Aufstand hervorzurufen.“ — Die Verbreitung der Schrift ist jedenfalls in so weit gelungen, daß man eine Reihe verschiedener Abdrücke zählt. Die Schrift an sich selber ist minder geschickt angelegt, eher plump zu nennen. Allein der Mangel an Geschick

in der Anlegung der Fäße selber wird ersetzt durch den beigefügten Röber, den Namen der Jesuiten. Dieser Röber ist seit dreihundert Jahren für den großen Danken so verlodend und so blendend, daß auch in unserm Tagen noch bei der Betrachtung jenes Briefes mehr als ein Geschichtsprofessor darüber die Unterscheidungsgabe verloren hat und in die Fäße eingegangen ist.<sup>1</sup> — Um so eher darf angenommen werden, daß damals, in der Erregung der Kriegeszeit, die Fäße dieser Schrift ihren eigentlichen Zweck, den der Verhütung der Gemüther zu Gunsten der Aggressiv-Mächte, bei Vielen erreicht habe.

Demgemäß fand sich auch der Kaiser bewogen dagegen einzuschreiten. Am 29. August erließ er an Wallenstein ein Schreiben<sup>2</sup> wie folgt. „D. L. haben aus bewahrter Mischrift zu vernehmen, was für ein falsch Gedicht und Basquill an vielen Orten hin und wieder spargt worden und herumgetragen werde. Biewohl zum der Inhalt solchen Gedichtes also beschaffen, daß ein Verständiger daraus die Bosheit der Schriftsteller leichtlich zu erkennen, also die Wahrheit dabei zu befinden haben wird: jedoch aber, damit gleichwohl gemeine und einfältige Leute, welchen dergleichen Basquill unter Donden kommt, und (welche) ohndies mehrers zur Unruhe als zum Guten geneigt zu sein pflegen, den Uagrud erreichen mögen, wie denn angeregtes Basquill von denen sich noch zu Demburg verhaltenden englischen und holländischen Gesandten und Residenten vermutlich zusammen getragen sein und herrühren soll:

So ist unser gnädigster Befehl hiermit: D. L. wollen derentwegen fleißig inquiriren und dagegen eine solche Remonstration thun lassen, auf daß heraus mahniglich zu verspüren haben möge, daß der Begriff solchen Gedichtes die pur launere Unwahrheit sei, und wir hieran ein besonders ungnädiges Misfallen tragen. Wie D. L. der Sache recht zu thun wissen.“ — In welcher Weise Wallenstein den Auftrag ausgeführt, liegt nicht vor.

Diese Art von Kriegeslist, Briefe des kaiserlichen Reichstreich, P. Samsonius S. J., zu erdichten und gedruckt in die Welt zu schleudern, scheint nicht bloß das Eine Mal angewendet zu sein. Denn im nächsten Jahre verantwortet er selber sich durch den kaiserlichen Gesandten Rhodmiller bei dem König Philipp IV. von Spanien gegen den Vorwurf,

<sup>1</sup> Man sehe Bd. III, 263. S. Dresden I, 208. Kettner, Beiträge zur Opt. II, 647. Bei Grünbaum 82 hat die flammende Beweiskraft einigen Jandru nachgewiesen. <sup>2</sup> Kriegsdecten 3. 81

daß er in der Angelegenheit der Manthausischen Erbfolge Briefe geschrieben. „Ich habe,“ sagt er, „in dieser Materie weder geschrieben, noch dictiert, noch einiges Concept verfaßt. Und es wird kein Mensch sagen können, daß er dergleichen gesehen: es wären denn Schreiben — weil es nichts Neues und dergleichen im Drucke viel spargiert worden — von Nicht-Katholiken oder Anderen, der christlichen Liebe zuwider, fälschlich erfunden.“<sup>1</sup> Die Worte treffen genau jenes von Hamburg aus im Mai 1628 verbreitete Machwerk.

Das Ausbieten solcher Mittel deutet an, daß den betreffenden Mächten der kaiserliche Seepfan, bei allen Schwierigkeiten, dennoch nicht unausführbar erschien. Dazu vernehmen wir andere Kundgebungen ihrer Besorgnisse. „Der Plan,“ sagten die Holländer, „greift uns an die Seele unseres Lebens.“<sup>2</sup> Der König Carl I. von England forderte und erhielt von seinem Parlamente außerordentliche Bewilligungen, um die Mündungen der deutschen Ströme zu überwachen.<sup>3</sup> In der Nebenweise dieser fremden Länder nannte man das Befahren der deutschen Strommündungen mit ihren Kriegsschiffen die Sorgfalt für die Freiheit derselben. In Schweden war man doch von der Besorgnis nicht frei, daß die Städte die kaiserlichen Vorschläge annehmen möchten. „Gebet Gott,“ hieß es dort, „daß sie es nicht thun!“<sup>4</sup>

Die Antworten der Abgeordneten der Hanse an Schwarzenberg, im März 1628, entsprachen ziemlich dieser Hoffnung. Aber Schwarzenberg war unermüdlich. Nur freilich, so lange er es noch vermochte. Um auf den Anlaß seiner Abberufung zu kommen, wie ein hundertjähriger Zeitgenosse denselben berichtet, haben wir zuvor die Einführung Wallensteins in seine neue Herrschaft Mecklenburg ins Auge zu fassen.

## 7. Huldigung für Wallenstein in Mecklenburg und Scheitern des Flottenplanes.

In den ersten Tagen nach der Verleihung Mecklenburgs als Pfand scheint sich bei Wallenstein der Gedanke an diesen Besitz mit dem Flottenplane eng verwoben zu haben, und zwar in der Hoffnung auf einen Frieden mit Christian IV. von Dänemark. Am 22. Januar meldet<sup>5</sup> er an Arnim, daß die dänischen Reichsräthe sich bemühen, wie sie Frieden

<sup>1</sup> Hebenstiller XI, 597.

<sup>2</sup> Antezema II, 489 u.

<sup>3</sup> Hebenstiller XI, 382.

<sup>4</sup> Rofer, neues p. II I. 79.

<sup>5</sup> Rörker I. 280.

machen können. Der Kurfürst von Sachsen lasse sich die Sache angelegen sein, und der Kaiser und die Ministern seien nicht abgeneigt, weil sie nachher die Waffen gern gegen die Türken wenden wollen. Diese letztere Behauptung kommt bei Wallenstein in dieser Zeit wiederholt vor, namentlich dem Arnim gegenüber.<sup>1</sup> Ob hier sie begründet, ergibt sich aus den eigenen Worten des Kaisers, die (S. 32) wir vernommen haben. Aber Wallenstein zieht aus dieser nicht richtigen Behauptung vor Arnim den Schluß: „Deshwegen habe ich nicht unterlassen wollen, dem Herrn dies alles zu melden. Ich vermute, daß, wenn wir uns der Häfen und Ströme wohl werden versichert haben, der Feind viel leidlichere Conditonen eingehen wird, insonderheit wenn wir werden anfangen zur See zu armiren. Das wird ihnen cervell a partito (sic zur Vermunft) bringen. Ich will zum Frieden gewis mit Hand und Mund helfen; allein Mecklenburg muß ich behalten und dabei bleiben, denn im Widerigen begehre ich keinen Frieden. Ich vermute, daß sich im Reiche wenige werden dieser Herren (von Mecklenburg) anschauen.“

Wemöge diesen Worten Wallenstein ist für ihn sein Besitz von Mecklenburg entscheidend für Krieg oder Frieden. Die Errichtung einer Flotte soll ihm dienen zum Zweck des Druckes auf Christian IV. für einen Frieden mit der Bedingung Wallenstein's.

Der Gedanke des Friedens mit Christian IV. ward in den ersten Monaten des Jahres 1628 in Prag lebhaft erwogen. Wallenstein, ausgehend von der Gegenwart Straßburgs, schreibt<sup>2</sup> aus Eitschin, 27. Februar, an Arnim. „Die schlimmen Werke mögen Ursache geben, daß kein Friede erfolgt und ich nicht, wie ich Wallens bis, den Krieg gegen den Türken werde transferieren können. Denn an unserer Seite auch nicht Leute mangeln, die gern den Krieg im Reiche in die Fänge ziehen thäten. Aber ich bin ihnen mit Gottes Hilfe durch den Sinn gefahren, und habe J. M. dahin gebracht, daß Sie dorein gewilligt. Auch habe ich deswegen dem Herzog (Friedrich von Holstein-) Gottorp zugeschrieben, und daß die Tractation, sobald ich im Lande Holstein anlangen werde, Ende April, soll angefangen werden. Dieses alles aber melde ich dem Herrn im Vertrauen. Der Herr sehe solches bei ihm zu behalten; denn bei meiner Ankunft wollen wir von allem weitläufiger reden.“

Arnim scheint dann gegen einen Türkenkrieg Anwendungen erhoben

<sup>1</sup> H. a. D. 208, 220.      <sup>2</sup> H. a. D. 206.



zu haben. Wallenstein antwortet, am 20. März. „Aus des Herrn Schreiben erreichte ich, was er mir wegen des Friedens im Reich und des Kirchentrieges wider den Türken schreiben thut. Man versichere ich dem Herrn, daß ich mir dies Wort so hoch angelegen sein lasse als einige Sache in der Welt. Und ob zwar nicht Alle bei Hofe solches gern gesehen, so bin ich doch mit Gottes Hülfe spunnert (dabın gelangt), und habe J. M.<sup>1</sup> und alle Minister dabın gebracht, daß sie meinen Vorschlag nicht allein ihnen gefallen lassen, sondern auch mit allen Kräften secundieren. Durs aber muß ich dabı considerieren, daß der König von Dänemark sich schwerlich accomodieren wird, wie sich's gebührt, denn auf Holstein und Schleswig muß er nicht gedenken, daß er es wiederum bekomme, und Jütland, wird er es wollen haben, so wird er es mit etlichen Milthonen lösen müssen usw. Zudem wird England, Schweden, Holland mit Händen und Füßen wehren, daß kein Friede wird bei uns. Spanien wird auch den Frieden hindern, so viel ihm möglich ist. Aber ich hoffe zu Gott, daß, wenn die obbesagten Conditionen vom Abırge angenommen werden, daß ich den Frieden mit getraut zu schließen. In Ermangelung dessen halte ich es für unmöglich. Bitte deswegen, der Herr wolle dies im höchsten Geheim halten; denn das Wort ist noch bei lebendiger Mensch, der Wissenschaft dabın hat.“

Unterdessen wurde die Huldigung von Mecklenburg für Wallenstein vorbereitet. Bereits im Beginn des Monats Februar hatten einerseits der Kaiser, andererseits Wallenstein die betreffenden Patente erlassen.<sup>2</sup>

Der kaiserliche Gesandte in Niedersachsen, Walmerode, und der Oberst Wdringen, erhielten vom Kaiser den Auftrag, für Wallenstein die Huldigung in Mecklenburg entgegen zu nehmen, und Arum von Seiten Wallensteins den Befehl, mit seinen Truppen dabı zur Seite zu stehen. „Nach geschickter Huldigung,“ befiehlt weiter Wallenstein, „muß das meiste Volk aus dem Lande abgeführt werden, die Reiter: nach Ulm in Schwaben, das Fußvolk theils auf die Dörfer der Stadt Lübeck und ins Stift Ratzeburg, ungeachtet daß sie Salvogarde von mir haben, und der Rest nach Pommern.“<sup>3</sup> Wallenstein befehlt also ausdrücklich, seines Wortes und seiner Unterchrift, die doch nach der Weise der Zeit nicht unentgeltlich gegeben waren, nicht zu achten.

<sup>1</sup> Vgl. hier abmald die Worte des Kaisers S. 39, vom 26. Jan.

<sup>2</sup> Vgl. Hoyer I, 291 ff.

<sup>3</sup> H. u. O. 294. Vom 9. Februar.

Armin spricht seine Meinung aus, daß bei der Huldigung in Mecklenburg es Schwierigkeiten geben könne. „Das," antwortet Wallenstein, „würde ich von Grund meines Herzens gern sehen; denn dadurch verlieren sie alle ihre Privilegien. Deswegen wolle der Herr, sobald so etwas geschieht, viel Volk ins Land rücken lassen, dann dem St. Julian befehlen, allen denen, die sich widerlegen, ihre Güter einzuziehen, wie auch, nach Beschaffenheit der Sache, auf ihre Personen zu greifen und sie in Haft zu nehmen. Die Herzöge müssen auf alle Weise in continenti aus dem Lande geschafft werden. Zu Rostock und Wismar muß ohne allen Zeitverlust mit dem Baue der Citadellen angefangen werden. Ich verlasse mich gänzlich darauf, daß der Herr dies alldald in Effect bringen wird, ehe denn ich ins Land komme." Ein anderes Mal drückt er sich etwas bestimmter aus mit den Worten: „Auf daß nicht die Städte vor der Huldigung ein Ruhestück begehren."<sup>1</sup>

So am 1. April. Die Hoffnung Wallensteins auch die Güter der Ritterschaft mit einem Scheine oder Vorwande des Rechtes an sich zu bringen, oder ihnen ihre Privilegien zu nehmen, ging nicht in Erfüllung. Auf die drohende Forderung stellten sich die Landstände, am 3. April, in Wismar zum Landtage. Die zwei Herzöge ließen um Aufschub von einigen Monaten bitten, ferner um die Rundgebung der Pfandsumme, mit dem Erbieten, in Allem dem Kaiser zu Willen zu sein. Die Landstände erklärten sich bereit die Pfandsumme aufzubringen. Es war vergänglich. Die Landstände bateten um Frist. Sie ward ihnen auf einige Wochen gewährt. Am 27. kamen sie wieder und bateten abermals um Frist. Diese war abgelaufen. Wohl oder übel mußten die Stände von Mecklenburg am 30. April dem Obersten St. Julian als dem Stellvertreter des aufgedrungenen Landesherren schmeicheln.<sup>2</sup>

Noch bevor Wallenstein die Kunde erhielt, schrieb er von Witßschin aus, am 5. Mai, an Armin:<sup>3</sup> „Wenn ich ins Land Pommern anlangen werde und der König es begehrt, so habe ich vom Kaiser den Auftrag den Frieden zu tractieren, welchen ich auch hoffe, wenn der Gegner nicht allzu anmaßend ist, zu gutem Ende zu bringen und alsdann die Waffen gegen die Türken zu wenden. Jetzt aber wollte ich mich gern im Lande zu Mecklenburg stabilisiren, auf daß, wenn ich nachher mich anderswohin bewende, nicht ein Anderer das Nest occupirt.“

<sup>1</sup> M. a. O. 325.    <sup>2</sup> M. a. O. 318. Bgl. die Befehle an St. Julian, bei Freitag 90.    <sup>3</sup> Schulenburg XXV, 461.    <sup>4</sup> Hoyer 1, 236.

zu haben. Wallenstein antwortet, am 20. März: „Aus des Herrn Schreiben vernehme ich, was er mir wegen des Friedens im Reiche und des Vordrucks wider den Türken schreiben thut. Nun versichere ich dem Herrn, daß ich mir dies Werk so hoch anlegen sein lasse als einige Sache in der Welt. Und ob zwar nicht Alle bei Hofe solches gern gesehen, so bin ich doch mit Gottes Hülfe punktiert (dahin gelangt) und habe J. M.<sup>t</sup> und alle Minister dahin gebracht, daß sie meinen Vorschlag nicht allein ihnen gefallen lassen, sondern auch mit allen Kräften secundieren. Dies aber muß ich dabei considerieren, daß der König von Dänemark sich schwerlich accommodieren wird, wie sich's gebührt; denn auf Helgeln und Schleswig auch er nicht gedenken, daß er es wiederum bekomme, und Jütland, wird er es wollen haben, so wird er es mit etlichen Millionen lösen müssen uhn. Zudem wird England, Schweden, Holland mit Händen und Füßen wehren, daß kein Friede wird bei uns. Spanien wird auch den Frieden hindern, so viel ihm möglich ist. Aber ich hoffe zu Gott, daß, wenn die obbesagten Conditionen vom Könige angenommen werden, daß ich den Frieden mit getraue zu schließen. In Ermangelung dessen halte ich es für unmöglich. Bitte verzeihen, der Herr wolle dies im höchsten Geheim halten; denn die Dats ist noch kein lebendiger Mensch, der Wissenschaft darum hat.“

Unterdessen wurde die Fuldigung von Regensburg für Wallenstein vorbereitet. Bereits im Beginn des Monats Februar hatten einerseits der Kaiser, andererseits Wallenstein die betreffenden Patente erlassen.<sup>1</sup>

Der kaiserliche Gesandte in Niederösterreich, Balmerode, und der Oberst Aldringen, erhielten vom Kaiser den Auftrag, für Wallenstein die Fuldigung in Regensburg entgegen zu nehmen, und Armin von Seiten Wallenstein's den Befehl mit seinen Truppen dabei zur Seite zu stehen. „Nach geschickener Fuldigung,“ befiehlt weiter Wallenstein, „muß das meiste Volk aus dem Lande abgeführt werden, die Reiterei nach Alm in Schwaben, das Fußvolk theils auf die Dörfer der Stadt Eßels und ins Städt Regensburg, ungeachtet daß sie Salvogarde von mir haben, und der Rest nach Pommern.“<sup>2</sup> Wallenstein befiehlt also ausdrücklich, seines Wortes und keiner Unterstützung, die doch nach der Weise der Zeit nicht unentgeltlich gegeben waren, nicht zu achten.

<sup>1</sup> Vgl. hier ebenfalls die Worte des Kaisers S. 32, vom 22. Juni.

<sup>2</sup> Vgl. Fischer I, 291 ff.

W. a. O. 206 Rom 9. Februar.

Arnim spricht seine Meinung aus, daß bei der Huldigung in Mecklenburg es Schwierigkeiten geben könnte. „Darauf“ antwortet Wallenstein: „würde ich von Grund meines Herzens gern sehen; denn dadurch verlieren sie alle ihre Privilegien. Deswegen wolle der Herr, sobald so etwas geschieht, uns Rath und Hand rücken lassen, dann dem St. Julian befehlen, allen denen, die sich widerlegen, ihre Güter einzuziehen, wie auch noch Beschaffenheit der Sache, auf ihre Personen zu greifen und sie in Haft zu nehmen. Die Herzöge müssen auf alle Weise in continenti aus dem Lande geschafft werden. Zu Rostock und Wismar muß ohne allen Zittern mit dem Vize der Citadellen angefangen werden. Ich verlasse mich gänzlich darauf, daß der Herr dies alldahin in Effect bringen wird, ehe denn ich ins Land komme.“ Ein anderes Mal bricht er sich etwas bestimmter aus mit den Worten: „Auf daß nicht die Städte vor der Huldigung ein Zubrusch begehen.“<sup>1</sup>

So am 1. April. Die Hoffnung Wallenstein auch die Güter der Ritterschaft mit einem Scherz oder Vorwande des Rechtes an sich zu bringen, oder ihnen ihre Privilegien zu nehmen, ging nicht in Erfüllung. Auf die drohende Forderung stellten sich die Landstände, am 3. April, in Wismar zum Landtage. Die zwei Herzöge ließen am Aufschub von einigen Monaten bitten, fernrr um die Rundgebung der Pfandkammer, mit dem Erbieten, in Allem dem Kaiser zu Willen zu sein. Die Landstände erklärten sich bereit des Pfandkammer aufzubringen. Es war versprochen. Die Landstände boten um Frist. Sie ward ihnen auf einige Wochen gewährt. Am 27. kamen sie wieder und boten abermals um Frist. Diese war abgelaufen. Wohl oder übel mußten die Stände von Mecklenburg am 30. April dem Obersten St. Julian als dem Stellvertreter des aufgedrungenen Landesherren schreiben:<sup>2</sup>

Noch bevor Wallenstein die Kunde erhielt, schrieb er von Wittichen am 5. Mai, an Arnim: „Wenn ich im Lande kommen anlangen werde und der König es begehrt, so habe ich vom Kaiser den Auftrag den Frieden zu tractiren, welchen ich auch hoffe, wenn der Gegner nicht allzu anmaßend ist, zu gutem Ende zu bringen und alsdann die Waffen gegen die Türken zu wenden. Jetzt aber wollte ich mich gern im Lande zu Mecklenburg habilitiren, auf daß, wenn ich nachher mich anderswohin bewende, nicht ein Anderer das Rest occupirt.“

<sup>1</sup> H. A. O. 373.    <sup>2</sup> H. A. O. 310. Vgl. die Befehle an St. Julian, d. d. d. 30.    \* Gersdorf XXV, 631.    \* Jäger I, 234

Es ist kaum denkbar, daß Wallenstein, der vom Kaiser Vollmacht zum Unterhandeln mit Christian IV. hatte, am 5. Mai noch seine Kunde von der Erklärung gehabt habe, die Christian IV. durch ein Schreiben vom 17. Februar an seinen Agenten Ruy in Kütbed hatte gelangen lassen, daß, wie er sagt: „Ich nec per directum, nec per indirectum gebente Frieden zu begehren, es mag mir auch ergehen, wie es dem lieben Gott gefällig.“

Obwohl also Wallenstein dem Krumm gegenüber sehr heftig an seiner nicht begründeten Behauptung von einem Türkenkriege, um dessen willen er einen Frieden mit Christian IV. wünschte: so sehen wir abermals, daß ihm voran stand die Sicherung seines Besizes von Mecklenburg. Wenn Christian IV. den Frieden wollte, so war es Wallensteins Absicht gewesen, seinen Besiz von Mecklenburg zur Bedingung zu machen. Aber Wallenstein mußte nun, daß Christian IV. nicht den Frieden wünschte, daß auch der Druck der Aussicht auf eine werdende Kriegsslotte des Kaisers ihn darin nicht willfähriger machte. Wenn daher Wallenstein auch bei noch währendem Kriege in dem Besitze von Mecklenburg, den nicht ein Reichsfürst, sondern nur Christian IV. führen konnte, von diesem Könige unbehelligt bleiben wollte: so mußte er dafür nach einem andern Mittel sich umsehen, irgend einem Äquivalente für Christian IV. Er hatte vom Kaiser die Vollmacht zur Unterhandlung mit Christian IV.

Über den Gegenstand dieser Unterhandlung berichtet der Graf Neebushiller, damals kaiserlicher Gesandter in Madrid, mit den folgenden Worten.<sup>1</sup>

„Nachdem der Herzog von Friedland sein ganzes Trachten darauf gesetzt, das Herzogthum Mecklenburg für sich zu behaupten, und kein besseres Mittel dazu gesucht, als daß er auf irgend eine Weise mit dem Könige von Dänemark dahin abschloß, daß dieser sich seiner Verwandten und Bundesgenossen, der Herzöge von Mecklenburg, nicht annehmen möchte — hingegen die Ausführung der spanisch-kaiserlichen Bepläne dem Könige von Dänemark dem größten Abbruch verurtheilt hätte, so hat der König mit dem Herzoge von Friedland die Aufhebung der Verhandlungen darüber in der Stille tractieren lassen. Daraus ist der Herzog, obwohl er bis dahin diese Unterhandlung mächtig begünstigt, zu einem Augenblicke davon gefallen, und denselben so zuwider geworden.

<sup>1</sup> Neebushiller XI, 148

daß er sich unterstanden, dem Kaiser ausdrücklich zu schreiben: wenn J. R. W. den Grafen Schwarzenberg welcher ihm allort bei seinen heimlichen Praktiken in die Karte gesehen und damider geredet — nicht abhald von der Tractation abforderet, er kutschwegs zu der Armada abgehen wollte. — Nachdem man nun damals bei Hofe dem Herzoge von Friedland in Allem das Placet gefunden, so hat man ihn auch darin befriedigen wollen, und der Kaiser hat den Grafen von Schwarzenberg, unter dem Vorwande sich jener bei Hofe zu bedienen, abgefordert. Damit ist alle die Mühe, Arbeit, Fleiß und Unkosten, welche der Kaiser und der König von Spanien auf diese müßbare Tractation gewendet, eben zu der Zeit und Conjunktur, wo sie am besten eingeleitet gewesen, gesunken und, mit großer Verwunderung der Hansestädte selbst, zu Grunde gegangen.“

In diesem Berichte faßt Rhevenhiller den ganzen Verlauf zusammen. In einem der betreffenden Briefe, in welchen Wallenstein die Abberufung Schwarzenbergs verlangt, an Colalto,<sup>1</sup> heißt es: „Er hat die Hansestädte allbereit in eine ziemliche Desperation und, so zu sagen, zur öffentlichen Rebellion gebracht. Ich kann seinen Schmären nicht secundieren. Denn thue ich es, so kann ich es nicht ausführen, und bringe dadurch den Kaiser in das größte Labrynth. Thue ich es nicht — jeme Malitia ist so groß und giftig, daß er mit seinen Delationen möchte zu verstehen geben, als wenn auch ich etwa ein Hebel wäre, wie er es bei Andern gethan hat. Darum bitte ich, man removiere ihn von dannen. Denn nicht allein wird er mit seinen narrischen Vorschlägen nichts ausrichten, sondern wird durch seine Vöthelichkeiten unsere gute Sache zu einem schlechten Ausgange bringen. Der Herr Bruder kann viel dabei thun, ist Herr W. vornehmer Minister: an diesem Werke liegt Ihrer W. mehr als zu viel. Ich bitte, er mache, daß jener bald abgefordert wird, denn daß ich eher hinreisen sollte, leidet der Dienst Ihrer W. und das Gemeinwohl nicht.“

Die Anklagen Wallensteins gegen Schwarzenberg, wie sie sich aus diesen seinen Briefen ergeben, sind allgemeiner Art. Eine bestimmte greifbare Thatfache kommt nicht zur Sprache. Schwarzenberg selber spricht

<sup>1</sup> Ehemals 71. Vom 2 Junl. Fürst, Wallenstein 180, citirt ein Schreiben Wallusteins an den Kaiser, mit ähnlichen Ausdrücken, vom 30 März (vielleicht Mai?) — Das Schreiben bei Götz 1, 333, an Arnim, dieselbe Sachlage betreffend, hat das Datum des 2. Mai.

sich darüber aus in einem Briefe' an Heyendorffler, vom 6. Juni. „Ich kann nicht wissen, was Ursach der Herzog von Friesland gegen mich gefunden, indem anstatt des Dankes, welchen er mir vor Gott wegen so vieler geleisteten Dienste schuldig, er sich gegen J. R. W. erklärt, daß, je J. W. auch nicht alsbald von der Negotiation würde abfordern, er keinen Gedanken haben würde, zu der Armer zu kommen, und J. R. W. als welcher doch keinen Menschen zu offenbaren wissen, außer diesen, so ihnen etwas zu Hüfen gelegen und liegen werden, haben alsdald dem Fürsten von Wallenstein zu Gefallen sein wollen, und auch jener unter anderem Prädigte, von den Orten abgefordert, und, weil diese Erwörung mich bei der ganzen Welt höchlich incriminirt, und Ihre M. sowohl (als) auch die HH. geheumen Rärhe selbst bekennen, daß mir Unrecht geschehen, weis ich doch kein anderes Remedium zu finden, als Gott die Dinge zu geben, der Herr die Eröffnung meiner treuen Dienste zu befehlen und mir Verlast von 329,000 fl. richtig bekannter Schulden und noch größerer Patienz nach Meran und dann nach Schwerzenberg zu ziehen.“

Nach der Ansicht von Heyendorffler hat also Wallenstein für die Sicherung seines Besitzes von Meßlenburg nicht bloß das amtliche Wirken des Grafen Schwarzenberg, sondern eben damit die Sache des spanisch-kaiserlichen Bevolmächte selber zum Opfer gebracht. Es war wohl erkennbar, daß, wie mit der Abberufung Schwarzenbergs als des eigentlichen Trägers des Bevolmächtes auch der Opfer seiner bisherigen Wirksamkeit erlahmt, so auch die Belorgnis der anderen Gemächte vor diesem Plane sich legte.<sup>1</sup>

Nach dieser Richtung hin erhält der Bericht Heyendorfflers eine mittelbare Bestätigung durch die späteren Beziehungen Wallensteins zu den Generalstaaten. Die sichere Nachricht darüber stammt erst vom März 1630, und kann daher erst dann bei der damaligen Sachlage eingehend zur Sprache kommen. Aber die Thatsache selber gehört dem Frühlinge 1628 an, und muß daher wegen ihrer Wichtigkeit an sich und ihrer Consequenzen schon hier angegeben werden. Wir gelangen somit an eine schwer wiegende Enthüllung.

Gegen das Ende des Jahres 1628 traf Wallenstein mit dem holländischen Residenten Joppe van Nijema in Hamburg an, um für die Schiffe der Meßlenburger Städte bei den Generalstaaten die Neutralität

<sup>1</sup> Budek, die maritimen wim. 22. n. 2.

<sup>2</sup> Bgl. Reichard 128.

zu sichern.<sup>1</sup> Auf Wallensteins Ersuchen reiste Nigema noch dem Haag. Dort gab er im Namen Wallensteins vor den Generalstaaten die Erklärung ab, daß „E. J. G. keine Gemeinschaft in der Dittre begehre mit dem Könige von Spanien. Daher werde E. J. G. nicht gestatten, daß in den Ländern unter seinem Befehle zum Abbruche und zur Verhinderung des Handels der Republik von dem Könige von Spanien oder dessen Anhängern eine Admiralität errichtet, oder Schiffe ausgerüstet werden, welche die Ofter oder andere Gewässer zum Nachtheile des besagten Handels beunruhigen könnten.“ Den Generalstaaten war das gar lieb. Indem sie das Erbieten mit Dank entgegennahmen, ließen sie durch Nigema dem Wallenstein ferner sagen: „Die Hochmögenden haben in dieser Begehung sehr gern vernommen, welche Dextertität er angewendet, um die Admiralität aufzulösen, welche der König von Spanien allein zum Ruine der osterreichischen Fahrt dieser Länder angefangen hatte.“<sup>2</sup>

Beim ersten Lesen dieser Worte traut man kaum seinen Augen. Die Generalstaaten sprechen dem Wallenstein, den der Kaiser ausgestattet hatte mit dem pomphaftesten Titel eines Generals des baltischen und des oceanischen Meeres, ihre Anerkennung aus für die Geschicklichkeit, mit welcher er, der Träger des Namens dieser Admiralität, sie zu nichte gemacht habe.

Diesen Worten gemäß sahen also die Generalstaaten dieses Verhalten Wallensteins an als einen ihnen geleisteten Dienst. Dies schließt nicht aus, daß, wie Hebenstreiter meldet, die eigentliche Ueberrastung zwischen Christian IV. und Wallenstein getroffen war, und daß daher der reelle Lohn für Wallenstein bestand in dem Verzicht des Dänenkönigs auf seine Ehrenpflicht, sich der Herzöge von Mecklenburg anzunehmen, die er ins Verderben gelockt hatte. Die Vereitelung des Planes der spanisch-kaiserlichen Admiralität kam wie dem Dänen, so auch den Generalstaaten zugute. Daher die Anerkennung.

Zum Vergleiche mit diesem Danke der Generalstaaten für den Mann, auf den der Kaiser damals und noch für Jahre lang sein volles

<sup>1</sup> Alkema III, 701. — Berner: Instructie by de Heeren Staten-Generael ma. aan den H. Resident F. v. Alzeima, bij Vreemde, Inleiding I. Byl. 97.

<sup>2</sup> II a C: Ende dat Gescrengende haere H. M. ende S. Furst Gen. seer geerne hebben vernomen de dexterteyt, die hy gebruikt heeft in het dissolve en van de Admiralteyt, tot ruac alleenlik van deser landes traffycken in de voors. Oostzee by den Coninck van Spaignen aengevangen.



Vertrauen setzte, bietet sich dar das eigene Urtheil des Kaisers von dieser Republik, welches er, am 19. December 1628, dem Kurfürsten Maximilian aussprach mit den folgenden Worten.<sup>1</sup> „Es ist nun einmal weltkundig, und wird durch die tägliche Erfahrung bezeugt, daß die Generalstaaten aller Rebellion, Aufruhrs, Krieges und Übels, so unserem geliebten Vaterlande, dem H. R. Reiche, seit zehn Jahren her widerfahren, auch noch künftige zu besorgen, die vornehmsten Urheber, Aufwiegler und Beförderer sind.“

Die Worte ergeben, daß dem Kaiser keine Ahnung aufflieg, welchen Anspruch auf Anerkennung bei diesen Holländern sich der Mann seines Vertrauens in derselben Zeit erworben hatte.

Und ähnlich in dieser Beziehung stand es mit dem Könige Philipp IV. von Spanien. Er überlieferte im selben Jahre für Wallenstein den damals in der christlichen Welt höchsten Orden des goldenen Vlieses, welchen der Kaiser mit einem Handschreiben dem Generale aufstellte.<sup>2</sup> Im October erließ Philipp IV. selber ein Handschreiben an Wallenstein, lautet es:  
„Illustre Herzog von Friedland, Better! Ich habe durch Briefe des Grafen Sforza und Gabriels von Ron die gute Befinnung vernommen, welche Sie wegen des Bruches mit den Holländern bezeigt und noch haben. Und da Sie die großen Vortheile, welche daraus entstehen können, und die große Wichtigkeit diesen Rebellen in ihren dem Gemeinwohl so nachtheiligen Absichten Einhalt zu thun, wohl kennen: so ist Ihnen darüber nichts weiter zu sagen, als Ihnen, wie ich es hiermit thue, für den guten Willen, mit welchem Sie die Sache behandeln, und dem ich schätze wie es recht ist, zu danken. Und ich bin gewis, daß Sie keine Gelegenheit zur Ausführung einer so wichtigen Sache verabsäumen werden, wie Sie sich meiner Affection für alles was Sie angeht und zu Ihrer Zufriedenheit geruht, versichert halten und dessen gewis sein können. St. Laurent, den 24. October 1628. Ich der König. D. Juan de Villala.“

Diese Äußerungen des Kaisers Ferdinand II. und des Königs Philipp IV. von Spanien ergeben, daß die Tragweite dessen, was aus der Abberufung Schwarzenbergs aus Klabes folgen mußte, ihnen nicht aufging. Auch ist gewis, daß nicht mit Einem Schlage die Sache abgeschnitten, daß vielmehr noch diese oder jene Versuche gemacht wurden,

<sup>1</sup> Osnabrück. T. E. Nr. 10.      <sup>2</sup> S. 134.

<sup>3</sup> Das Schreiben bei S. 135.

so wie das Wallenstein selber es zu einigen Schiffen brachte, allein die rechte Triebkraft fehlte, und demgemäß wuchs um so höher das Misstrauen dorthin empor, die zur Vetheiligung aufgefordert waren. Lassen wir daher die Sache nochmals kurz zusammen.

Der Plan der spanisch-kaiserlichen Admiralität war der wichtigste, weitest ausschließende, den bis dahin die Häupter in Madrid erdacht, um die rebellischen Niederlande wieder zum Gehorsame unter den rechtmäßigen Erbprinzen zu bringen. Der Kaiser hatte dem spanischen Plane zugestimmt, in der Hoffnung, dem Gesandten des Reiches, voran der Danse, seine kaiserliche Gutsortge zu beweisen und dadurch sie wieder fester mit dem Reiche zu verbinden und zu einigen. Der König von Spanien und der Kaiser setzten für die Durchführung des Planes beide ihr Vertrauen auf Wallenstein, und der Kaiser begabte ihn zu diesem Zweck mit einem Titel, dessen Wortschwall das Gestränge Wallensteins trug. Und dann setzen wir sofort diesen Mann darauf aus, die Realität, welche diesem Titel inne wohnen konnte, in seinem Privatinteresse zu verhandeln, sich den Besitz von Rastenburg dadurch zu sichern, daß er, wie die Holländer es begriffen, „den Plan der Admiralität und Dexterität dissolvierte“.

Von anderen Anlagen, welche wir bisher von den Zeitgenossen gegen Wallenstein vernommen haben, kann hier und da ein Zweifel erhoben werden, ob sie in solchem Maße begründet waren. In dem hier vorliegenden Falle hört jeder Zweifel auf. Die offiziell getriebene Anerkennung der Generalstaaten für Wallenstein ist der bundige Beweis seines Verrathes in dieser Sache an Kaiser und Reich.

Tagegen ist festzuhalten, daß dieser Vorgang der Sache damals selbst nur wenigen Engenachern kund wurde, und daß auch die Konsequenzen erst langsam zu Tage traten. Vor allen Dingen führte Wallenstein seinen neuen gewaltigen Titel fort, und gab dadurch dem Schwedenkönige die Gelegenheit, bei seinem unthunigen Untertanen diesen Titel als eine Bedrohung der Rechte Schwedens in der Ostsee geltend zu machen. Auch wurde, ungeachtet der Abberufung Schwarzenbergs aus Lübeck, der Faden der Unterhandlung des Kaisers mit der Danse dort nicht auf einmal abgerissen. Auch die Danse hatte Deputirte nach Prag geschickt. Der Inhalt ihres Vortrages dort war dem Wesen nach die Bitte um Abschluß eines Friedens. Der Kaiser erwiderte am 3. Juni, nicht an ihm liege es, daß nicht ein Friede zu Stande komme. „Es sind ja die Original-

(Schreiben des Königs (Christian IV.) da, daß er weder per directum noch per indirectum einen Frieden zu suchen begehre. Der Kaiser kann nicht ultro einen Frieden entgegen tragen. Das einzige Mittel ist die Beförderung der Sache. Weil man des Friedens nicht sicher, sondern der Gegner alles auf die Waffen stellt, so wird es von Nothen sein, daß die Hansestädte mehr als bisher geschehen, zur Beförderung ihres eigenen Nutzens dem Kaiser unter die Arme greifen, von den Rathschlägen der Neutralität, als welche Reichsunterthanen gegen ihre höchste Obrigkeit ohne dies nicht gehorcht, ablassen und, da sie die Frucht genießen wollen, auch die Gefahren mit J. M. theilen." <sup>1</sup>

Man sieht, eine Treibung liegt nicht in dieser Antwort, sondern der Ausdruck des Wunsches, die Hansestädte freundlich zur Verschöpfung zu gewinnen. Dazu waren sie nicht geneigt, sondern hielten sich für sicherer bei ihrer Neutralität. Auch ist es sehr wohl möglich, daß wenigstens die Häupter, ja es von dänischer Seite, ja es durch Fäpse von Kopenhagen eingewirkt waren in das Beharren der Abberufung Schwarzenbergs. Dazu sehen wir Wallenstiens Verfahren gegen Stralund vor Augen.

Die Vereitelung des spanisch-kaiserlichen Planes der Admiralität ist für die Macht Spaniens geradezu einer schweren Niederlage gleich zu achten. Dazu noch traf sie im Laufe des Sommers 1628 ein sehr empfindlicher Schlag. Die westindische Compagnie in Holland rüstete eine ungewöhnlich starke Flottille von einunddreißig Schiffen zu dem Zweck, die alljährlich von Westindien heimkehrende spanische Silberflotte abzufangen.<sup>2</sup> Das Commando derselben erhielt Piet Hein, der vom Matrosen zum Admiral empor gekommen war. Im Mai lief diese Flotte aus und befand sich gegen Ende August in der Nähe der Havanna. Es ist merkwürdig, daß man dort von dem holländischen Plane nicht eher eine Kunde hatte, als bis man von dem Kastell Morro über Havanna aus die holländischen Segel gemahrte.<sup>3</sup> Eine Warnung also an die von Veracruz her anzielenden Holländer war nicht mehr möglich. Sie wurden von den Holländern in der Bai von Matanzas gedrängt und dort genommen. Die besondere Vorsicht des Admirals verhütete jeglichen Brand. Die gesammte Beute gelangte unverletzt nach Holland. Dort schätzte man den Betrag derselben an edlen Metallen, ohne die anderen kostbaren Waaren, auf trocklich ist und eine halbe Million Gulden. Es war der

<sup>1</sup> Freytag'sche Z. 81.

<sup>2</sup> Vgl. folgt Anzeiger II, 267.

<sup>3</sup> V. a. O. 511

schwerste Streich dieser Art, den bis dahin die Holländer den Spaniern zugefügt.

Rechnen wir zurück zu Wallenstein.

Nachdem er mit der Ausrufung Schwarzenbergs seinen Willen durchgesetzt, brach er im Juni von Prag aus auf zum Herrn. Wie er sich bereits am 20. Februar den langen Admirals-Titel beigelegt, so auch den anderen: „Der R. R. Majestät General-Oberster-Feldhauptmann“. <sup>1</sup> Weniger freilich als diese Titel mochte seinen Wünschen der Gang der Dinge dort entsprechen, wo Arnim, für den er inzwischen den Feldmarschalls-Titel erbeten, <sup>2</sup> in seinem Auftrage einen neuen Krieg heraufbeschworen hatte: vor den Wällen von Stralsund.

### 8. Beginn der Belagerung von Stralsund.

Nachdem die Bürger von Stralsund die Truppen Arnims zum Abzuge vom Dänholm gezwungen, traf er die Vorkehrungen zur Belagerung. <sup>3</sup> Die Aufgabe war nicht leicht; denn die Stadt, fast völlig vom Wasser umgeben, war durch diese Lage eine natürliche Festung. Auf den Bericht seines Vorgehens erhielt Arnim von Wallenstein die Antwort <sup>4</sup>: „Aus des Herrn Schreiben vernehme ich besser von Stralsund Exortuation, und sehe, daß der Herr sehr wohl daran gethan hat, daß er davon gezogen ist. Ich bitte deswegen, der Herr sehe auf alle Weise eine Garnison hinein zu bringen. Wollen sie dieselbe nicht in Gutem einnehmen, so habe der Herr nur an, in Gottes Namen die Approchen zu machen; denn ich sehe, daß nichts Anderes thun wird. Ich verhoffe in Kurzem dahin aufzubrechen und mich nach dem Lande Mecklenburg zu begeben.“ — „Witz allein, der Herr lasse von Stralsund ruht ab, bis er die Garnison hinein bringen wird.“

Inzwischen gingen Unterhandlungen fort, die erfolglos blieben mußten, weil auch der Herzog Bogislaw und andere Vermittler von der Stadt die Rückgabe des Dänholms an Arnim forderten. Uebermuth dachte der Dännekönig diese Lage der Dinge zu nutzen. Er schickte am 28. April/3. Mai mehrere Schiffe mit Kriegsbedarf. <sup>5</sup> Das erklärte

<sup>1</sup> Förster I, 304. Nr. 160.

<sup>2</sup> Die Bezeichnung vom 30. April abger. bei Förster I, 329.

<sup>3</sup> Man sehe den Plan der Stadt bei Foss, am Ende des Buches.

<sup>4</sup> Förster I, 328. Das Datum offenbar irrig, die Hinzufügung des Striches richtig.

<sup>5</sup> Neubat 104.

der Gesandte, sei nur der Anfang der künftigen Hülfe. Christian IV. werde bald mit noch mehr Dingen sich bereit finden lassen. Wenn die Stadt nicht annehme, drohte der König abermals, wie sieben Wochen zuvor: so wolle er ihr Feind sein. Was war zu thun? Annehmen sowohl wie Ablehnen war gefährlich, der Kriegsbedarf dagegen sehr willkommen. Der Rath beschloß sich für die Annahme und gab dem Gesandten Dr. Steinberg mündlichen Bescheid, daß die Stadt sich wegen des Friedens in kirchlichen und weltlichen Dingen auf den Kaiser verlasse, in dessen Devotion sie stehe. Das war dem Gesandten nicht genug. Er fragte, ob die Stadt die Kaiserlichen auch ferner abwehren, den Dänkeln gegen sie vertheidigen wolle. Der Rath bejahte. Steinberg meinte, ein Bruchlein zu mehrerer Versicherung seines Königs wäre gut. Der Rath fand das bedenklich. Und weiter dann beschloß er die Sache im Geheim zu behalten und besonnen damit umzugehen. In der That ward das Geschehene nicht einmal ruchbar.

Der dänische Gesandte blieb in der Stadt. Er hoffte, daß die Umstände sich nach dem Wunsche seines Königs ändern würden. Diesem Wunsche entsprach es nicht, daß der Rath auch da noch immer stets bereit war, wo nur immer ein neuer Hoffnungsschwimmer der Vermittelung aufging. Bald war es die alte Herzogin, die Mutter des Bogeslän, welche mehr mit herzoglicher Theilnahme als mit Wohlwollen ihr Wort geltend machte, bald die Abgeordneten der Hansciadt, bald wieder die Commissionen des Herzogs selbst. Keine dieser Vermittelungen brachte ein Ergebnis, dennoch wurde es dem Dänen Steinberg zu lang. Er warnte am 12. Mai die Stadt vor aller Vermittelung. Er bat sich endlich eine kategorische Antwort aus, damit er nicht länger zur Beschimpfung der Majestät seines Königs dort vergeblich aufwarte.<sup>1</sup> Der Rath entgegnete: da der König der Stadt so gewogen sei, so thue es ihm nicht zuwider sein, wenn die Stadt in der Gnade des Kaisers und in Devotion für ihn zu verharren suche, und deshalb keinerlei Unterhandlung ausschlage. Vielmehr seien sie als des Kaisers und Reiches allergehorsamste Unterthanen schuldig, das alles nach ganzem Vermögen zu befördern. Nur das sei immer ihre Absicht gewesen, und nur das zeugten ihre Antworten. Allerdings betränge das kaiserliche Duer die Stadt, allein die Straßburger hoffen, daß der Kaiser das abstellen und ändern werde.

<sup>1</sup> N. u. O. 269 Nr. 44. 45.

Also antwortete der Rath am 14/24. Mai dem Gesandten eines fremden Königs, der Schutz und Hülfe anbot. Von einer Geringigkeit des Rathes zum Ulnadusse mit einer fremden Macht, oder gar zur Unterwerfung unter eine solche ist darin keine Spur. Der Rath von Stralsund war kaiserlich gesinnt.

Am Tage zuvor, dem 13/23. Mai, war Krimm mit 8000 Mann in das Painholz nahe vor der Stadt gerückt. Dort begann er sich zu verschanzen. Es war der Anfang der eigentlichen Belagerung.

Der Briefwechsel Krimms während dieser Zeit mit Wallenstein ist sehr lebhaft. Der Oberfeldherr billigt die Maßregeln des Feldmarschalls, und zwar ist ein Schreiben vom 20. Mai hier besonders wichtig. Wallenstein schreibt aus Regis: „Ich habe vernommen, wie der Herr mit denen von Stralsund accordirt, auch wie er vermeint durch die Mittel, die er gebraucht, eine Garnison in die Stadt zu bringen. Daraus ersieht des Herrn Fleiß und Dextertid, welches ich bei kaiserlicher Majestät nicht unterlassen werde zu rühmen. Ich bitte nur, der Herr wolle allen Fleiß anwenden, auf daß die Garnison hinein gebracht wird; denn ich traue den Städten so ganz und gar nicht.“<sup>1</sup> Es ist die Frage, was dies Accordieren und diese Mittel Krimms, die Wallenstein hier lobt, zu bedeuten hatten.

Auf die Bitten der Abgeordneten der Hanse legte Krimm von seinem Lager im Painholze aus die Bedingungen vor, unter denen er Frieden machen wollte. Es waren zehn Punkte, hoch und schwer, die alles überstiegen, was er je gefordert, die mit Aussicht auf Erfolg nur dann hätten gefordert werden können,<sup>2</sup> wenn es nur noch eines Sturmes bedurft. Für die Erfüllung aller dieser Punkte sollten der Herzog und die Landstände der Bürgerschaft übernehmen. „Denn ich“ schreibt<sup>3</sup> Krimm, „bin anderer Gestalt zu tractieren nicht gemeint.“

Die Stadt lehnte mit kühniger Beharrlichkeit die Forderungen ab. Im Zorne darüber wollte Krimm erst alle Unterhandlung abbrechen; dann jedoch ließ er „auf fleißiges Bitten der fürstlichen Räte“, wie es heißt, sich zu mildernden Gedanken bewegen. Am Abende des 16/26. Mai überbrachten die hansischen Abgeordneten in die Stadt andere Vorschläge Krimms, welche dem Rathe und der Bürgerschaft so gemüthigt, so gnädig erschienen, daß man bereits anfang, für die Herstellung des Friedens

<sup>1</sup> Röcher I. 337 Nr. 194<sup>2</sup> Warbur 116<sup>3</sup> R. a. C. 116

und der Ruhe die besten Hoffnungen zu schöpfen.<sup>1</sup> In dieser guten Meinung gingen die Bürger von Stralsund am Abende des 16./26. Mai zur Ruhe.

Anders meinte es Arnim. Er hatte Vorschläge gemacht, jedoch nicht einen Stillstand mit der Stadt abgeschlossen. In der folgenden Nacht um elf Uhr rüdten seine Panzer heran. Sie erstürmten die Außenwerke vor dem Rineperthore, die Schanze vor dem Frankenthore. Über zugleich durchhallt der Kriegeslärm die friedlich stille Stadt. Die wehrbaren Männer eilen zur Stelle, und in dem nächtlichen Kampfe behalten die ortskundigen Bürger die Oberhand. Die aufgehende Sonne beleuchtet die Schanzen als das wieder erungene Eigenthum der Stadt Stralsund. Arnims Kriegeslist ist mißlungen.

Es ist möglich, daß für Arnim ein besonderer Antrieß zu seinem Versuche in der Thatfache lag, daß wenige Tage zuvor Tilly die Stadt Stralsund eingenommen. Es liegt nahe, die eine That mit der anderen zu vergleichen.

Den Winter über hatte Tilly zur großen Noth und schweren Plage seiner Krieger in dem durchweichten Marschlande die Festung blockirt gehalten: im Frühlinge schloß er sie eng ein. Sie ward vertheidigt durch den englischen General Morgan mit 44 Compagnien im Dienste des Dänenkönigs. Über die Gesinnung der Bürger liegt ein Bericht Morgans vor, vom 10. 20. März. Der Dänenkönig hatte ihm einen ermutigenden Brief geschrieben, mit der Versicherung, daß er alles wieder erlangen wolle. Morgan legte dem Rathe der Stadt den Brief vor. „Seitdem,“ meldet er, „sind sie sehr demüthig. Zuvor waren die Worte nur kaiserlich und Tilly'sch. Ich weiß aber nicht, was sie im Herzen tragen.“<sup>2</sup>

Seiner Gewohnheit gemäß bot Tilly Accord an. Morgan verweigerte jegliche Unterhandlung, denn der Dänenkönig mahnte ihn wiederholt, mit dem Versprechen des Entsatzes, sich auf das äußerste zu halten.<sup>3</sup> Tilly zog mehr Truppen heran, aus dem Stifte Danabrick, aus dem Braunschweigischen, den Grafschaften Schaumburg und Ravensberg. Seine Laufgräben reichten bis an den Stadtgraben. Seine Krieger standen bereits unter den Kanonen, und errichteten dort drei Batterien, um einen Wallbruch zu legen. Die Besatzung ward heimgesucht vom

<sup>1</sup> M. a. C. 117.

<sup>2</sup> Kriegesacten 7. 80.

<sup>3</sup> Rhevenhiller XI, 207.

Krantheit. Da erblühte man dreizehn dänische Segel vor der Mündung der Schwinge. Sie laßen den so oft versprochenen Anmarsch zu bringen. Aber die Verhinderungen der Tilly'schen gestatteten keine Landung. Man sah die dänischen Segel wieder verschwinden. Es bedurfte nur noch eines Sturmes, und die Stadt war in den Händen des Siegers.

Nicht das war Tillys Waise. Er hatte noch niemals einen Sturm befohlen, als die alle und jede Aussicht auf gütliche Verlegung geschwunden war. Und das war hier nicht der Fall. Der Rath der Stadt Bremen erbot sich zur Vermittelung und fand sofort bei Tilly das gewünschte Gehör. Die Capitulation war für den General Morgan so völlig ehrenvoll, als wenn er und seine Truppen da ständen in ungeschwächter Kraft. Der betreffende Artikel sagt: „Der Abzug ist in der Form und Kriegsordnung bewilligt, wie solcher vom General Morgan mag gut befunden werden: als nämlich mit schlagendem Spiels, fliegenden Fäusteln, vollen Ober- und Untergewehr, brennenden Funten, gefülltem Handbret, Kugeln im Munde, wie es Kriegesgebrauch und Soldaten anseht und gebührt.“<sup>1</sup>

Am Morgen des 7. Mai zog Morgan aus mit noch 2500 Mann Gefolgte unter 64 Fahnen. Tilly hielt auf einer kleinen Anhöhe. Während die Fahnen der Abziehenden sich vor ihm senkten, „hat Graf Tilly den Morgan ehrlich empfangen und gehalten, also daß sich dieser wegen solcher Courtoisie sehr bedankt hat“<sup>2</sup>.

Den Bürgern sicherte die Capitulation zu: Stadt und Bürgerchaft sollen zu verpfänden haben, daß man ihres Ruins und Unterganges nicht begehrt. Tilly legte nur 1200 Soldaten in die Stadt. Damit aber auch nicht der Schein aufstehe, als sei nach dem Gewinne der Stadt den Soldaten irgend etwas dessen erlaubt, was im Falle der Eroberung durch Sturm ihr Kriegerecht gewesen wäre, wurden sie am ersten Tage nicht einquartiert, sondern sofort auf die Wachen gelegt. Man fand die Stadt von dem englischen Kriegsvolke sehr verunstaltet, die Häuser sehr unsauber. Tilly ließ zuerst die Häuser und Gassen reinigen und zog dann am dritten Tage in die Stadt.

Die Übergabe von Stade geschah am 7. Mai; in der Nacht vom 16/17. Mai stürmte Arnim gegen Stralsund. Daher liegt es nahe zu vermuthen, daß Arnim das Beispiel Tillys habe nachahmen wollen. Aber Tilly überwand in Stade die Soldaten des Reichsfeindes, Arnim

<sup>1</sup> W. a. O. 200.<sup>2</sup> W. a. O. 210.



wurde zurückgeschlagen von den Bürgern von Stralsund, die nicht Völkische waren.

Widmehrer schenkte der Rath von Stralsund schüchtern auf Nachricht von dem Kaiser und von Wallenstein. Wir haben gesehen, wie der Rath der dänischen Belagerung gegenüber sich auf seine Arme gegen Kaiser und Reich berief auf seine Hoffnung, daß das Wort des Kaisers, der nicht willentlich eine getruete Stadt so bedrängen lassen würde, bald dem Drohen Memms ein Ziel setzen müsse. Auch selbst auf Wallenstein hoffte man. Auch dieser Feldherr, meinte der Rath, werde die Schritte Memms nicht billigen. Darum war die Mission des Protonotars Wahl als Gesandten des Rathes auch an Wallenstein gerichtet. Dieser befand sich auf seinen Gütern in Böhmen. Dort suchte Wahl ihn auf, am 16/26. April und erhielt nach zehn Tagen Hartens Audienz. Auf die Bitte der bedrängten Stadt um Verschonung entgegen der Gewaltige: er habe bereits Befehl gegeben, daß noch 15 Regimenter vor Stralsund rücken sollten. Er selbst werde sich dahin begeben und nicht eher wachen, bis Stralsund kaiserliche Belagerung eingenommen. Er werde es mit der Stadt so machen, laßt der Zornige fort, indem er mit der Hand über den Tisch strich. Wenn auch 100 000 Mann davor fallen oder er selbst das Leben dabei lassen müsse: so solle nichts von ihr übrig bleiben.<sup>1</sup>

Wahl wandte sich noch Froh zu dem Kaiser. Dort lag auch die Verwendung des Kurfürsten Johann Georg vor, vom 24 April/14. Mai, so wie diejenige der Deputation der Hansestädte Lübeck, Hamburg, Bremen, Braunschweig, vom 8/18. Mai. Die Erfahrung bezeuge, sagten diese, daß der Kaiser durch Besetzung oder Einquartierung in Städten, die selber fähig und Willens sich wider auswärtige Feinde zu vertheidigen, nichts gewinne. Das Unterlassen der Einquartierung oder Belagerung von Stralsund würden die sämtlichen Hansestädte mit allerunterthänigster Dankagung hoch erfreulich rühmen.<sup>2</sup>

Die Eingabe Wahl's begann mit einer Übersicht des ganzen Vorganges.<sup>3</sup> „Wir haben,“ heißt es dann, „obwohl Ew. R. M. Kriegsvoll die Capitulation von Franzburg nicht beobachtet, dennoch im allerunterthänigsten Respecte für Ew. R. M. alles ertragen. Die Stadt

<sup>1</sup> Jöcher 17, 163. Vgl. Jöcher 106.

<sup>2</sup> Kriegsbarn. 7. 80.

<sup>3</sup> H. a. C.

Stralsund hat versprochen 80 000 Thaler herzugeben, und davon 30 000 dem K. R. Krumm schon wirklich bezahlt. Dennoch ist nun die Stadt mit vielen Regimentern umgeben. Nachdem aber notorisch und nachkundig ist, daß gleich wie unser Herzog und Landesfürst und die Vandalen in Pommern, also auch speciell die Stadt Stralsund von Anfang dieses unseligen Kriegswesens im Reiche bis heute wider Em. K. M. nichts gehandelt, umahen dessen neben der Notorietät kaiserliche Durchlaucht zu Sachsen und die löblichen Hansestädte in ihren Schreiben ohne Zweifel Zeugnis geben: so kann ich keine Ursache erfinden, wodurch die Stadt Stralsund in Em. K. M. Unhold sollte gefallen sein, und wenn gleich sie von Jemandem ausgehen würde, so trage dennoch zu Em. K. M. ich das allerunterthänigste feste Vertrauen, Sie werden Ihre hochberühmten Güte und Gerechtigkeiten nach ihr vorher, wenn sie beschuldigt werde, anzeigen, sie darüber hören und erst erkennen, ob sie etwas Strafwürdiges begangen, bevor wider sie mit solchen sehr harten Proceduren verfahren werde. Es ist um so weniger nöthig, die Stadt mit Einquartierung zu beschweren, weil sie durch göttlichen Verstand und ihre getreue Bürgerschaft, auch geworbene Soldaten, sich gar wohl getraut, sich wider auswärtige Potentaten zu defendieren.“

Der Kaiser legte die Angebots Wahl dem Reichshofrath zur Begutachtung vor.<sup>1</sup> Der Antwort, vom 30. Mai, lautete: „Der Reichshofrath weiß vom Kriegswesen nichts, kann nur Allgemeines vorschlagen. Aber damit die Gemüther nicht entfremdet werden, ist der Reichshofrath der Ansicht, daß es sehr vortheilhaft sein würde, die Sache mit der Stadt Stralsund zu accommodiren. Denn im andern Falle ist zu besorgen, daß die Gemüther in ihrer Verblendung widerwärtige Consilia ergreifen, daß sie andere Reichsstädte an sich ziehen, und daß die besagte Stadt Stralsund ex desperatione sich an Dänemark und Schweden hänge, weil diesen Mächten der Vortrud nicht gesperrt werden kann, und also berührte Stadt vom Reiche gerissen, die Feinde Em. K. M. gefährlich. Sie selber durch solchen zu besorgenden Abfall nicht wenig geschwächt werden. Vornehmlich aber hat der Reichshofrath als ein Rathsrath vor allen Dingen zu erwägen, daß, was den den Hansestädten, so auch sonst allgemein von dieser Sache discutirt wird, keine justa causa dieser Belagerung vorliegt, daß dagegen die Stadt

<sup>1</sup> H. A. C.

Stralsund, wie die ganze Landschaft des Herzogthums Vommern, in Ew. R. M. Dienst sich jederzeit standhaftig erzeigt, auch nicht eine geringe Geldsumme allbereits contribuiert und zu noch mehr sich erboten, von der Einnahme einer Besatzung dagegen durch das Exempel der Städte Bismar und Rostock abgeschreckt wird.“

Am Rande dieses Gutachtens steht geschrieben: »Dixit S. M., weil die Stadt Stralsund ihren eigenen Gesandten hure hat, soll dies bei der Berathschelung denselben in Acht genommen werden.“

## 2. Umlag der schwedischen Einmischung in Stralsund.

Bereits im April, bevor noch Krümm eine eigentliche Belagerung der Stadt unternommen, beschränkte der Rath Mangel an Pulver. Er entsandte ein Schiff an die befreundete Hansestadt Danzig, um dort Pulver zu erbitten. Danzig selber war blockirt durch die Flotte des Schwedenkönigs. Weil Danzig, dem Könige von Polen getreu, nichts wissen wollte von dem Schweden, dessen eigentliche Absicht seit zwei Jahren dahin gerichtet war, diese Stadt zum Eingangsthor eines Einbruchs in Deutschland zu machen, ließ der Schwedenkönig an alle seefahrenden Nationen ein Rundschreiben zur Rechtfertigung seines Angriffes ausgehen. Ungeachtet aller seiner Freundschaft und Wohlde gegen diese Stadt, der er nie etwas zu Leide gethan, sagt Gustav Adolf, habe sie doch nicht allein seine Unterthanen, sondern auch andere Kaufleute verfolgt, ja das Meer selbst mit ihren Raubschiffen erfüllt. Er fügt mehr Worte desselben Inhaltes zu, die auf den ersten Blick sich widerlegen durch die Natur der Sache. Aber es blieb nicht bei Worten. Er setzte der Stadt festig zu. Darum konnte Danzig auch bei gutem Willen der bittenden Schwesterstadt nicht willfahren. Das Gesuch um Überlassung von Pulver mußte, auch dem Befehle des Königs von Polen gemäß, abgeschlagen werden. Das Stralsunder Schiff bereitete sich zur Heimkehr.

Aber die Schweden hielten die Khebe von Danzig besetzt. Es konnte dort nicht aus noch ein ohne ihr Verwissen. Der Admiral Wydenhielm erfuhr von dem Stralsunder Capitän die Ursache des Vorfalles. Er schickte Abschriften der Briefe von Stralsund und Danzig an den König Gustav Adolf, der auf der Flotte bei Landsort weilte. Selten mag diesem Könige eine Nachricht so willkommen gewesen sein wie diese.

Die erste Andeutung, im Februar, seiner Bereitwilligkeit zur Einmischung hatte in Stralsund keinen Anklang gefunden. Aber die Briefe des Königs an Oxenstierna zeigen, daß ihn der Gedanke unablässig beschäftigte. Stralsund, meint er, dürfe nicht in die Hände des Ritters fallen. Allein gelassen jedoch vermöge er nicht es zu hindern. Eben damals war der Graf Philipp Remhard von Solms aus dem dänischen Dienste in den seinigen übergetreten.<sup>1</sup> Gustav Adolf schickte ihn an Christian IV., um diesen zu gemeinsamen Handeln aufzufordern, 31. März.<sup>2</sup> In der Unsicherheit darüber kam bei ihm, nach seiner Erfahrung vom Februar, noch ein besonderer Zweifel. „Ungewis ist ebenfalls, ob die Städte darauf eingehen wollen, daß ein fremder Herr ihnen zum Entsatz komme, besonders da Niemand dies von uns begehrt. Deher haben wir als das Beste betrachtet den Eichen noch Zeit zu lassen. Inzwischen kann viel geschehen. Hamburg, Lübeck, Bremen sind mit aller Nothdurft wohl versehen und werden Boll. Wenn aber die geringeren Städte unter der kaiserlichen Übermacht Noth leiden, so können sie aus sich selber von uns Hülfe und Entsatz begehren. Dann ist es noch Zeit genug, und wir bekommen desto besseren Grund, die Sache anzugreifen.“ Beruas jedoch am nächsten Tage, dem 1/11. April, erteilt wieder ein langer Brief an Oxenstierna.<sup>3</sup> „Die Dinge sind so weit gekommen,“ sagt darin Gustav Adolf, „daß alle Kriege, die in Europa geführt werden, sich in einander vermengen und zu Einem geworden sind.“ In der Wirklichkeit war dies weniger eine Thatfache als der Wunsch Gustav Adolfs, indem er dabei sich Europa als in zwei Parteien getheilt dachte, eine katholische und eine nicht-katholische, mit dem Ansprache auf die Führung der letzteren durch ihn. Er behauptet zum Schluß besorgen zu müssen, daß Wallenstein sich auch in Preußen festsetze wie in Böhmen, und dann durch die Einquartierung, „wie Hochländerung sehr genannt wird“, die Mittel erlange seine Armee eine gute Zeit zu unterhalten.

Während die Seele Gustav Adolfs erfüllt war von den Erwägungen, wie es ihm möglich sein würde sich in einen Krieg einzumischen, zu welchem Zeitpunkt ihn anlud, gelangte an ihn jener Bericht seines Admirals vor Danzig über die Sendung des Stralsunder Schiffes.

<sup>1</sup> Oxenstierna I<sup>1</sup>, 386.

<sup>2</sup> H. u. O. Vol. XCVI, 146 datirt als vom 29. März.

<sup>3</sup> Styffe 516. Oxenstierna I<sup>1</sup>, 396.

<sup>4</sup> Som utplunderade nu kallas

Und damit eröffnete sich ihm eine Aussicht auf die Erfüllung seines schärfsten Wunsches.

Es kam für den Schwedenkönig darauf an, diese sich darbietende Gelegenheit auszunutzen. Er ließ eine Last (40 Centner) Pulver, nicht mehr, in das Stralsunder Schiff hüber laden. Er gab einen Brief mit an den Rath, freundlich, gerührend.<sup>1</sup> Er trage herzlichem Mitleiden mit der bedrängten Stadt, meldete er, die in Gefahr stehe um ihre Religion und Freiheit. Doch wundere er sich, daß sie in solcher Lage nicht dem allgemeinen menschlichen und heilsamen Drange folge, guten Freunden ihre Noth zu klagen. Er wenigstens wisse nicht, daß bisher sie das gethan. Darum aber wolle er doch ihnen seine Freundschaft beweisen, und schicke ihnen als Beihilfe für die Vertheidigung ihrer Religion und Freiheit etwas Pulver. Er ermähnte sie zum mannhaften Ausstehen für die evangelische Religion, denn Gott sei mit der reinen Ahrcht. Und dann endlich folgt die Andeutung: „Wenn ich Euch mit Rath und That eine Hand erweisen kann: so habt Ihr nur auf geeignete Weise zu bitten.“ Also ließ der König schreiben. Mühselig durfte er einen Schritt weiter gehen. Er schickte einen Gesandten mit Porzellan, aber vorsichtig. Derselbe durfte seine Instruction nur durchlesen, dann mußte er sie dem Könige zurücklassen.<sup>2</sup> Wenn er von den Kaiserlichen ergriffen würde, solle er protestiren: der König denke nicht an Feindseligkeiten gegen den Kaiser. Noch war ja der Krieg mit Polen drohend im Wange: es war Gefahr, daß die ganze Wallenstemische Macht sich dahin wende, zumal da der Kaiser von dem Dänen zu Lande nichts mehr zu befürchten hatte.

Der Plan des Schweden liegt also wohl erkennbar vor Augen. Von einer an sich unheimbaren Hülfsleistung aus, die doch den Umständen nach der Stadt Stralsund vollkommen sein mußte, wollte er sich den Weg weiter bahnen, bis die deutsche Stadt bei aller Absicht der Arme für Kaiser und Reich ihm völlig in die Hände gerieth, und ihm die Thore eröffnete zu dem längst ersehnten Kriege in Deutschland, dem Zweck seines Dachtens und Trachtens von Jugend auf. Jeder seiner Schritte in dieser Sache mit Stralsund ist wohl durchdacht und berechnet, nicht freilich ja ein Act der Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern

<sup>1</sup> Heider 255 Nr. 46. Auch sonst oft abgedruckt.

<sup>2</sup> Geier III, 147

eher des Gegenheils, und doch, im Vergleiche mit dem kühnlichen Geschehen des Wallenstein und des Arnim, in seiner Art ein Meisterstück.

Auch die Umstände lagen günstig. Das Schiff mit dem geschenkten Pulver und dem Schweden Vordard an Bord traf in Stralsund ein am 18./28. Mai, also am Tage nach dem Sturme, den Arnim während der Zeit der Verhandlungen in der Nacht unternommen. Um so günstiger für den Schweden konnten das Geschenk und die glatten Worte des Gesandten wirken.

Dennoch stand der Schritt, zu welchem der Schwede aufforderte, mit allen Bedenken, die daran sich knüpften, dem Rathe schwer vor Augen. Es war ja doch weit ein Anderes, ob man mit eigener Kraft die unberechtigte Forderung eines Generals abwehrte, der die vom Kaiser ihm verliehene Gewalt mißbrauchte, oder ob man zu diesem Zwecke mit Wissen und mit Wollen die Hilfe einer fremden Macht annahm. Konnte auch die höchste Noth den Treubruch an Kaiser und Reich entschuldigen? Und selbst, wenn er es konnte: welche Folgen zog ein solcher Treubruch nach sich, nicht bloß für das Reich, für das Land Pommern, sondern auch namentlich und zuerst für die Stadt Stralsund selber? Sie war eine Hansestadt, thatsächlich fast autonom: durften ihre Berather sie der Gefahr aussetzen, eine schwedische Festung zu werden? — Derartige Fragen, über welche man später, als die Erinnerung an die Trenne der Vorfahren für Kaiser und Reich verblaßt war, oft gar leicht hinweggegangen ist — diese Fragen waren für den Rath von Stralsund im Mai 1628 hart und schwer. Er hoffte noch immer durch Unterhandlung frei zu kommen. Der schwedische Gesandte dagegen drängte. Draußen vor der Stadt betrug sich Arnim, als sei es seine Aufgabe, die Stadt durch Schießen und Stürmen dahin zu treiben, wohin sie aus sich selber nicht wollte, in der Wirklichkeit in das aufgespannte Netz des Schweden. Die Hansestädte schickten Gesandte zur Vermittelung. Arnim hielt sie an. Die That wirkte entscheidend.

Ein Tagebuch aus der Stadt Stralsund sagt den Verlauf zusammen wie folgt: „Es hat E. E. Rath den 1. schwedischen Abgesandten lange aufgehalten und die angebotene Hilfe nicht annehmen wollen, bis daß sie gesehen, daß der v. Arnim der Hansestädte Gesandte aufgehalten, daß keine Hilfe von den Städten konnte gesandt werden.

1 Theatrum E. I. 1216 n. Das in Hamburg Werk abgedruckte Tagebuch 10.

er sich aber gefährdet und ihnen heftig zugesetzt. Da haben sie aus dringender Noth, weil sie allein zu schwach waren, die Hülfe zu großem Danke angenommen, jedoch ohne Präjudiz der Kaiserlichen R. und Sr. J. Gnaden, des Herzogs von Vommern."

Des Ertricten des Schwedenkönigs ward nicht im vollen Rathe verhandelt, sondern von einer Deputation bestehend aus den Bürgermeistern Steinwig und Quilon, dem Syndikus Casert und noch einem Rathsherrn, dem Altermann der vornehmsten Kunst des Gewandhauers, und dem Vorsitzrer der Bürgerschaft, Johans Josquin. Zur Entsendung an den König wurden zwei Deputirte erwählt, der Syndikus Casert und ein Mitglied des Rathes. Die Instruction<sup>1</sup> für dieselben, vom 20./30. Mar, enthält nicht, wie der Schwedenkönig nach seinem Bruche es gewünscht haben mochte, ein Wort von einer Befreiung für die Religion. Sie betrachtet, daß „gegen die R. R. W. unseren allergnädigsten Herrn, das heilige Reich und unseren gnädigsten Landesfürsten und Herrn, wir uns allerunterthänigster und unterthänigster Gehör verhalten, gleichwohl aber ohne einmal vorhergegangenen Befehl Ihres R. Majestät das größten Vressuren uns ausgedrückt worden." Der Rath dankt für das geschenkte Pulver, so wie für das Ertricten von noch mehr. Aber Pulver allein reiche nicht aus. Vielmehr sei der König „unterthänigst zu ersuchen und zu bitten. Diefelben wollen solches alles, und darunter auch vornehmlich Ihrer Kön. M. selbstgezeuges Interesse, und dabei unsere größere Noth betrachten, und auf die Mittel gnädigst gedenken, wie das feindselige Kriegsvolk von dieser Stadt abgetrieben werden möge."

Der Vorschlag des Rathes ging bestimmter dahin, daß der König schicken möge „500 oder 600 Mann, welche wir zu befehlen und alhirt unter unsere Compagnien auszuheilen haben." Ferner einige Vorschläge von geringerer Bedeutung.

Aber es war auf eine Bitte um Hülfe auch die Frage einer Gegenleistung voranzusehen. Darüber legt die Instruction „Im Falle auch über Hoffnung und Zuversicht J. Kön. M. erinnert werden, daß von dieser Stadt in etlichen Punkten wegen Deroselben Gegenverhaftung Zusage geschehen möchte, und etwa J. Kön. M. zum Schutzern anzunehmen" so haben auf diesen Fall unsere Abgeordneten zu vermeiden, erstens daß hierunter Ihrer Kön. M. selbstgezeuges Interesse mit versiere,

<sup>1</sup> Reuber 269. Nr. 49.

weitens daß zu Ihrer Kon. M. Präjudiz nicht nur allhier, sondern auch an mehreren Orten dieser Seelants Kriegsvolk gelegt sei und sich befestige; dreitens daß unsere Gesandten desfalls nicht instruiert seien; und viertens, daß darin hierdurch mit Mehreren tractiert werden könne, diemeil jezo periculum in mora vorhanden. Jedoch und im Falle der Vorschlag wegen eines Schutzh- und Schutzherrn beharrlich getrieben würde, haben unsere Gesandten den Mangel Ihrer Instruction anzuzeigen, und zu bitten, daß gewisse Vorschläge geschehen mögen, auf welche Jahre und welcher Gestalt die Schutzherrschaft geminnt sei, und zu befördern, daß unsere Erklärung ferner nicht abgewartet, sondern eifrigst zur Sache gethan werden möge."

Die Stadt Stralsund wünscht also die Hülfe; aber sie trachtet zugleich sich zu verwahren gegen die etwaige Anforderung schwedisch zu werden. Die Instruction trägt das Datum des 20/30. Mai, also desselben Tages, an welchem der Reichshofrath jenes warnende Gutachten absetzte, daß zur Belagerung von Stralsund keine rechtmäßige Ursache vorliege, und weiter die Besorgnis aussprach, daß aus Desperation die Stadt fremde Hülfe annehmen könnte.

#### 10. Fortgang der Belagerung. Dänische Hülfe. Verhandlungen.

Unterdessen gingen auch die Unterhandlungen des Herzogs Bogislaw und der Landstände mit dem Rathe der Stadt Stralsund über die Forderungen Arminis fort und fort. Es ist unverkennbar, daß der Herzog und die Landstände irgend welches gütliche Abkommen lieber gesehen hätten als die Fortsetzung des Kampfes, und zu diesem Ende auf den schwächeren Theil, die Stadt, einzuwirken suchten. Inzwischen setzte Armin mit Nachdruck seine Angriffe fort, nicht ohne Erfolg. Es kam dahin, daß am Morgen des 23. Mai/2. Juni nach einem abgeschlagenen Sturm auf eins der Bollwerke die Belagerten zahlreiche Sturmlaternen und andere Werkzeuge fanden, aus denen sich ergab, daß, im Falle des Gelingens, es nicht bloß der Schanze sondern den Stadtmauern selber gegolten hätte.<sup>1</sup>

In denselben Tagen jedoch bot sich eine andere Hülfe dar, die dänische. Im März war der Rath auf den Vorschlag des Danen Steinberg, den König Christian IV. um Hülfe zu bitten, nicht ein-

<sup>1</sup> Das Tapferkei bei Rader 10.



gegangen. Aber Strizberg war wieder da zu Anfang Mai. Er warnte die Stadt, sich in Tractaten einzulassen, und verlangte Gewissheit darüber für den König.<sup>1</sup> Die Stadt erwiderte,<sup>2</sup> daß sie „als der Kaiserlichen M. und des heiligen Reiches allergehorsamste Unterthanen schuldig seien, Erwähntes alles (d. h. die Tractaten) nach ganzem Vermögen zu befördern.“ So am 14./24. Mai. Dennoch erkannte Christian IV. bei dem beiderseitigen Verhellen, daß auf einem friedlichen Ausgange geringe Aussicht. Er ließ einige Truppen einschiffen. Am 23. Mai/2. Juni sandte er in Kopenhagen ein Schreiben<sup>3</sup> an die Stadt, daß er 1000 Mann unter dem Obersten Doll absende, nicht verpflichtet: „es werden dieselben von Euch gern aufgenommen werden.“ Bereits am nächsten Tage, dem 24. Mai/3. Juni, gab der dänische Gesandte Strizberg von der dänischen Flotte aus, „in der Schiffe auf dem Jællø“, dem Rathe Kunde,<sup>4</sup> daß der König 1000 Mann unverlangt der Stadt zu Hilfe sende.

Und wiederum fügte es sich, daß die Umstände in der Stadt dem Anerbieten günstig waren. Am 25. Mai/4. Juni, einem Sonntag-Morgen, ließ Arnim einen Überfall versuchen, anfangs nicht ohne Aussicht auf ein Gelingen.<sup>5</sup> Am selben Tage noch machte der Bürgermeister Krauthof der Bürgerchaft den Vorschlag, Frauen, Mädchen und Kinder zur See hanteguszenden.<sup>6</sup> Der Vorschlag fand Zustimmung.

Unterdessen war der dänische Succurs bei der Stadt angelangt. Am 26. Mai/5. Juni that der Rath der Stadt dem Herzog Bogislaw und dem J. M. Arnim kund:<sup>7</sup> „daß man nach aller Möglichkeit sich zum Frieden bequemen wolle; wo man aber dessen nicht genügen könne, so würden der Stadt alle möglichen Defensionsmittel nicht verargt werden können.“ Diese Worte bargen in sich die Aufnahme der dänischen Truppen. Der Rath stellte zugleich dem Obersten Doll die Bedingung und verlangte dafür einen schriftlichen Revers, daß er, im Falle der goldene Friede erlangt werde, denselben keineswegs hindern wolle.<sup>8</sup> Doll zog die Ausstellung des Reverses hinaus. Dagegen benahm er sich selbst als Herr der Stadt. Er nahm an an die Stadt gerichtete Schreiben der herzoglichen Räthe an sich,<sup>9</sup> und gab es erst heraus, nachdem er es gelesen, am 28. Mai/7. Juni.

<sup>1</sup> Urubaz 262. Reichslib 44. <sup>2</sup> H. a. O. 264. Mai 45.

<sup>3</sup> H. a. O. 265. Mai 51. <sup>4</sup> H. a. O. 269. Nr. 50. <sup>5</sup> H. a. O. 124.

<sup>6</sup> H. a. O. 126. <sup>7</sup> H. a. O. 127. <sup>8</sup> H. a. O. 130.

<sup>9</sup> H. a. O. 131.

Um so lebhafter mußte in dem Herzoge Bogislaw der Wunsch nach einer gütlichen Beilegung sich regen. Es gelangten an den Rath von den herzoglichen Commissarien und Landständen, die zu Frankenburg sich versammelt hatten, am 30. Mai/9. Juni neue Vorschläge zum Ausgleich mit Arnim, und zugleich schwere Vorwürfe über die Annahme fremder Truppen.<sup>1</sup> „Hescht aber auch,“ heißt es darin, „Ihr thätet Euch mit fremder Hülfe schützen, so müßt Ihr Euch dennoch besinnen, daß perpetua belli sedes dadurch in diese Länder gebracht werde, Ihr auch mit vielen Königreichen und Ländern die Praxis des

*Turpius ejicitur quam non admittitur hospes* erfahren, oder auch wohl, wenn die Kriegskosten nicht erstattet werden könnten, Euch in eine unendliche Servitut stürzen dürft“ usw.

Immerhin mag es sein, wie damals und später oft gesagt worden ist, daß unter den Mäßen des Herzogs Bogislaw und den Landständen mehr als Einer der Stadt Stralund nicht wohl wollte. Jene ihre Mahnung war in dem Thatfachen begründet. Die gemachten Vorschläge jedoch erschienen dem Rathe der Stadt zu hart. Er schlug eine Besprechung vor für den 3/18. Juni. Bevor dieselbe statt fand, griff der dänische Oberst Holf ein.

Er erließ, am 2/12 Juni, eine eindringliche Mahnung gegen diejenigen, welche anstatt den Succurs seines Königs mit schuldiger Dankagung aufzunehmen, „es für besser, erträglicher und verantwortlicher halten, die vorgeschlagenen höchstgefährlichen vermeinten Friedensmittel empfangen.“ „Die Intention derselben Leute ist nirgends andershin gerichtet, denn einen ehrbaren Rath und die Bürgerschaft dahin zu verleiten, daß sie ihrer hoch nothwendigen Defension, der christlichen Religion, der Freiheit, Privilegien, zeitlichen und ewigen Wohlfahrt vergessen und nur die Augen ganz und gar auf gebachte gefährliche Friedenstractaten wenden und richten mögen.“ Zum Schlusse erklärt Holf, nicht anders befinden zu können, als daß der Rath und die Bürgerschaft annoch schwache, keine beständige Resolution genommen habe. Eine solche aber, in Schriften klar und deutlich gestellt, müsse er verlangen.

Das Schriftstück, welches Holf nicht bloß dem Rathe einreichte, sondern auch unter die Bürgerschaft vertheilen ließ,<sup>2</sup> verläubete klar

<sup>1</sup> H. a. O. 271 Nr. 84 und 85.    <sup>2</sup> H. a. O. 142.

genug, daß er, anstatt der bei der Aufnahme ihm gestellten Forderung des Rathes zu genügen, jedem Versuche eines Ausgleiches entgegen treten würde. Es geschah mit Erfolg.

In der Konferenz vom 3./13. Juni wurden jene Punkte vom 30. Mai/9 Juni erörtert. Dazu jedoch brachten die Deputierten der Stadt die dänische Forderung ein, daß die ganze kaiserliche Einquartierung aus dem Lande geschafft werden müsse.<sup>1</sup> Sie machten dies zur Hauptsache, und baten die Räte, den Herzog Bogislaw dahin zu bringen, daß er gemeinschaftlich mit der Stadt diese Forderung stelle. Die Konferenz verlief fruchtlos.

Man kam abermals zusammen am 5./15. Juni.<sup>2</sup> Dies Mal trat man einander näher. Die Stadt sollte sich verpflichten, dem Kaiser Abhilfe zu leisten, die Unterthanen feindlicher Mächte aus der Stadt zu schaffen, eine schwere Summe Geldes zu zahlen u. d. Dafür wolle sich der F.R. Armin verpflichten die Belagerung aufzuheben und die kaiserlichen Truppen von allen Befestigungen der Stadt abzuführen.

Fast war der Rath entschlossen, diese Bedingungen anzunehmen. Der Bürgermeister Steinwig selber war dazu geneigt. Es gelangte zugleich an ihn ein neues Schreiben<sup>3</sup> der herzoglichen Räte, vom 6./16. Juni, in welchem diese anzeigten, daß Wallenstein am nächsten Tage in Breslau anlangen, und von dort ohne Zweifel sich vor Stralsund begeben werde. Daher baten sie, „am Gottes, auch vieler Christen Seelen- und Leibes-Wohlfahrt willen, diese Sachen recht ernstlich zu nehmen und sich so zu erklären, daß man zu dem gewünschten Friedensschlusse gelangt.“

Es kam also auf die Bürgerschaft an. Steinwig legte derselben die vor Augen schwebende große Gefahr der Stadt dar. Was ferner den allgemeinen Abzug der Kaiserlichen aus dem Lande betreffe, so konnte es der Stadt nicht zu, solche Bedingungen vorzuschreiben. Der kaiserliche General werde es sehr übel nehmen, wenn die Stadt Stralsund ihn heißen wolle, das Land zu räumen. Auf fremde Hülfen könne man sich auch nicht sicher verlassen. Die Könige von Dänemark und von Schweden vermögen wohl einen Haufen Volkes in die Stadt zu schicken.

<sup>1</sup> H. a. D. 142      <sup>2</sup> H. a. D.

<sup>3</sup> Joha. 163.

allem ob sie außerhalb derselben etwas Beträchtliches würden ausdrücken können, das sei eine ganz andere Frage.

„Allein“ der gemeine Mann und der große Haufe waren mit dieser Vorlegung nicht einverstanden. Sie hielten alle diese Unterhandlungen und Vorschläge für bloßes Spiegelschelden, in welcher Meinung sie noch mehr bekräftigt wurden durch die Weigerung des J. R. Krumm seine Truppen aus Mägen abzuführen.“ Am selben Tage, dem 6/16. Juni trafen abermals 200 Dänen ein.

Der Rath gab die Hoffnung nicht auf. Er berief am 8/18. Juni die Älter- und Hundertwärter, nicht, wie es scheint, die ganze Bürgerschaft.“ Zuerst redete der Bürgermeister Krautzel mit eindringlichem Worten. So oft, sagte er, habe man zu Gott um den Frieden gebetet, um möge ein Jeder bei sich selbst erwägen, wie es vor diesem Gotte des Friedens zu verantworten, wenn man jetzt nicht annehmen wolle, was man worden um des Blutes Christi willen erbeten habe. Er bat sich nicht auf auswärtige, von Wind und Wetter abhängige Hilfe zu verlassen. Wenn durch längeren Widerstand die Stadt den Hohn des Kaisers und die Reichsacht auf sich ziehe, so werde es übel um sie stehen.

Dann stellte Stieming nachdrücklich vor, wie sehr der Stadt daran gelegen sei die Unterhandlungen fortzuführen und nicht zu sagen: „Wir wollen nicht.“ Auch er warnte vor dem Vertrauen auf fremde Mächte.

Es erhob sich kein Widerspruch. Und doch war der Weg damit nicht gebahnt, fand vielmehr noch immer ein schweres Hindernis entgegen. Es war die Wirkung der Anwesenheit der dänischen Truppen.“ So oft der Rath und die Stadt vom dem Obersten Holt den Abmarsch forderten, den er bei seiner Ankunft versprochen, daß er auf den Holt, daß der Friede zu Stande komme, mit seinem Volke abziehen wolle, fügte er jederzeit die Bedingung hinzu: wenn die Kaiserlichen ganz Pommern verlassen hätten. unter dem scheinbaren Vorwande, daß sonst kein sicherer Friede für Stralsund zu erwarten stehe. Dieser Zirkelschluß wurde zum Gemelagere der Bürgerschaft. Sie wollte kein Geld hergeben, bis die ganze Einquartierung aus dem Lande geschafft wäre.

Diese Meinung sprach sie am 9/19. Juni dem Rathe schriftlich aus, und auf dieselbe gründete sich die am folgenden Tage den herzoglichen Mägen am Traberischen Thore mitgetheilte Erklärung des gesammten

\* Anhang 143.      \* Anhang 146.      Folio 166.

\* Anhang 150.      Folio 171.

Rathes, der Älter- und Hundertmänner, und des Ausschusses der Bürgerschaft.

Auf diesem Fuße blieb der Stand der Dinge für eine Reihe von Tagen, während deren, wie bisher, die Feindseligkeiten nicht aufhörten. Unterdessen näherte sich von der einen Seite eine schwedische Hülfe für Stralsund, vom Süden her Wallenstein. Zunächst auf diesen haben wir unsere Blicke zu richten.

## 11. Die Einge von Stralsund bei dem Kaiser und bei Wallenstein vor dessen Ankunft.

Auf das Gutachten des Reichshofrathes vom 30. Mai erfolgte am 14. Juni der kaiserliche Bescheid für den Stralsunder Gesandten Bahl Er lautet wie folgt:<sup>1</sup> „Der H. R. M. ist umständlich referiert, was der Gesandte Bahl in seiner Oberen Namen über den jetzigen besümmterlichen Zustand und die Bedrängnis der Stadt Stralsund und das von daher drohende Unheil vorgebracht. Wie nun J. R. M. besagte Stadt Stralsund wider die Willigkeit und angehörtter Sachen beschweren und quovis modo bedrängen zu lassen keineswegs gemeint, noch dergleichen zulassen oder Jemandem gestatten kann: Also haben Dieselben Dero G. Feldhauptmann von der Kriegsexpedition aus bereits alle Nothdurft zuschreiben und anbefehlen lassen, daß zur Verhütung allerseits zu besorgender weiterer Inconvenienzen aller bisher hinc inde erweilter Mißverständnis in der Güte aufgehoben, und die Stadt Stralsund dergestalt mit der (zu) besorgenden Einlagerung versehen (werde) und also in Jhrer R. M. Erue und Devotion immer zu bleiben Ursache habe.“

Der kaiserliche Bescheid an Stralsund sagt also mit bestimmten Worten, daß dem General „von der Kriegsexpedition aus bereits alle Nothdurft geschrieben“ sei. Demnach ist eine Unkenntnis des Bescheides bei Wallenstein nicht denkbar.<sup>2</sup> Ob der Kaiser seinen Willen auch in der Form eines kategorischen Befehles an Wallenstein ausgesprochen, liegt nicht vor.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Kriegsdacten J. 81. Abgedruckt bei Hof 490. Weniger genau bei Zandorp III, 1016. Theatrum E. I, 1217. Rheinischer XI, 197.

<sup>2</sup> Vgl. dagegen Hof 188.

<sup>3</sup> Folter IX, 598 gibt für seinen Nachzug kein Datum an. Sein Nachzug kann sich dem Wortlaut nach auch auf das von Hof 492 mitgetheilte Schreiben vom 28. Juni beziehen.

Jedoch äußert sich Wallenstein über die Sache von Stralsund nicht immer mit derselben Schärfe, wie im Beginne. Am 30. Mai schreibt er aus Wittschin: „Wenn sich die von Stralsund accommodieren wollen, und der Herzog und die Stände dafür gut sein werden, daß sie in Ihrer R. M. Devotion Handhaft (verbleiben), auch allen Vorschub zu Dero Diensten leisten werden, so soll der Herr mehr Gnade als Schärfe gegen sie gebrauchen. Jedoch remittiere ich solches alles in des Herrn Discretion. Wenn er vermeint, daß ihnen nicht zu trauen ist, insofern sie abermals recidiv gewesen sind, und er sich der Stadt inpadronieren kann: so remittire ich es ihm ganz und gar. In welchem Ende ich ihm noch mehr Volf zuschicken thue.“

Am 1. Juni meldet Wallenstein von Sagan aus an Arnim: „Des Herrn Schreiben habe ich heute empfangen und daraus den glücklichen Success vernommen. Und insofern die von Stralsund ziemlich in der Klippe sind, so bitte ich, der Herr mache einen Accord, auf daß, wenn sie wiederum wollten böse Buben werden, es nicht könnten.“ Er meldet, daß er weiter auf Frankfurt a./O. ziehe.

Von Frankfurt aus schreibt er, am 17. Juni, an Arnim: „Ich ersuche den Herrn, er wolle sehen, daß die von Stralsund mit dem ehesten zum schuldigen Gehorsame gebracht werden.“ Und abermals am selben Tage: „Ich sehe auch wohl, daß die von Stralsund in ihrer Halsstarrigkeit verharren: daher ich denn resolvirt bin, sie mit Ernst angreifen, habe auch befohlen, daß der D. Jahresbuch in continenti zu dem Herrn marschieren solle.“ In diesem Tage sitzt Wallenstein an dem Hübel, welches man seinen Schiefer nannte. Darüber berichtet der dort anwesende brandenburgische Minister Graf Adam von Schwarzenberg dem Kurfürsten: „Nach dem Essen schickte ich zu Sr. Gn. den Curt Bertram von Pfuel um die Bestimmung der Zeit, wann ich mich zur Audienz einstellen solle. Aber der v. Pfuel kam wieder mit Bericht: es gebe diesen Tag keine Gelegenheit: der Herr General habe seinen Schiefer. Er habe Secretarien, Kammerdiener und Edelknechte abgeschminkt, das Glockenläuten verboten — dies ist aber nicht ins Werk gesetzt — und befohlen, daß man alle Hunde von den Gassen abschaffen solle.“ — Dennoch ließ dann am selben Abend Wallenstein den Grafen zur Audienz laden.

<sup>1</sup> Bdcher I, 342.

<sup>2</sup> H. a. O. 345.

<sup>3</sup> H. a. O. 346.

<sup>4</sup> H. a. O. 347.

<sup>5</sup> Abgedruckt bei Gundel, Wallstein II, 76.

In der Audienz kam die Rede auf die Kämpfe in Preußen. Wallenstein sagte, er werde seine Truppen dahin schicken, so lange die Polen dem Schweden gewechselt wären. „Daß er aber den Schweden allda küssen solle, das könnte nicht sein. Der Schwede wäre ein solcher, bei dem man mehr auf die Häute als auf das Maul Achtung geben müsse. Würde der Schwede allda lange zubringen und prosperieren, so wolle S. M. dahin und ihn mit Gottes Hilfe vertreiben, und wenn die Polen es nicht zulassen wollten, so würde er mit 100,000 Mann kommen, so daß er sein Intent doch wohl erreichen würde. Mit Polen hätte der Kaiser in ungutem nichts zu schaffen, aber einmal für alles könnte der Kaiser den Schweden zum Nachbar nicht leiden.“

Am 10/20. Juni schickte Wallenstein seinen Wagen, um den Grafen Schwarzenberg zur Tafel zu holen. „Als ich hinkam und man mich in das Gemach führte, fand ich dort die pommerischen Gesandten, denen S. M. eben zuvor Audienz gegeben hatte. Ihr Anbringen war, daß aus Pommern das Volk möchte abgeführt und Stralsund nicht belagert werden. Auf das erste ist die Antwort gewesen, aus Pommern könne kein Volk abgeführt werden: man müsse mehr hinein legen, denn vor Stralsund wäre es nötig. Auf den anderen Punkt war die Antwort: Stralsund müsse Volk einnehmen; denn der Kaiser wäre der Stralsunder nicht versichert. Sie wären so muthwillig, hätten sich ihren Herren allzeit ungehorsam erwieien: er wolle sie jetzt aus der bösen Gewohnheit bringen.“

Während der Tafel „sang der erste Gesandte, Statinischer Rangler, an und sagte: der Schwede hatte an die von Stralsund geschrieben und ihnen Succurs angedoten. Das Original des Schreibens habe der Herzog dem J. M. Armin zugesandt. Stralsund wäre eine feste und Danzstadt: sie würde nicht so bald zu gewinnen sein. Der General sagte bloß: Ich bin kein Polak: ich fürchte mich vor dem Schweden nicht.“ Nach dem Essen redete er von den Schiffen, die Erer kurz d. Geschäfte<sup>1</sup> wegführen sollten (vor Stralsund). Und als ich ihm berichtete, daß die Rüstungsschiffe nicht weiter gehen könnten als auf Stettin, redeten S. M. mit den pommerischen Gesandten und Bekehrten: man solle Schiffe schaffen, die es ferner hinaufahren könnten. Sie schlugen es aber platt und plump ab. Darüber ward der General sehr launisch und kam zu mir und erzählte, was sie proponiert hatten und wie er so

<sup>1</sup> Vgl. Förster I, 249.

schiefertig gemorden wäre, da sie es so lang und vertrießlich gemacht hätten. Er hätte sich aber so fest vorgenommen, daß er nicht wollte schiefertig werden. So hätte er von ihnen weggehen müssen. Er möchte wünschen, der Herzog hätte andere Leute, die er zu ihm schickte.\*

Wallenstein theilte weiter dem Brandenburgischen Minister mit: er wolle dem Herzoge und den Ständen von Pommern die Hölle heiß machen, damit der Herzog dem Kurfürsten die Regierung abtrete — Dem Berichte gemäß scheint Schwarzenberg dies gern vernommen zu haben, ohne zu erwägen, ob nicht Wallenstein, wenn ihm die Absicht der Verdrängung Bogislavs gelang, lieber die Leute für sich selber nehmen würde. In der Wirklichkeit liegt hier die erste Andeutung einer Begehrlichkeit Wallensteins nach dem Besitze von Pommern vor.

Auch Wallenstein berichtet über seine Unterredung mit Schwarzenberg an Arnim am 18. Juni.<sup>1</sup> Er sagt, daß Schwarzenberg ihm zur Belagerung von Stralsund Gefolge aus den brandenburgischen Zeughäusern versprochen habe. „Derwegen schickte der Herr mir ein Verzeichniß dessen, was wir bedürften. Nichts desto weniger aber sollicitirte er stark bei dem Herzoge von Pommern, daß auch er uns eine Anzahl leihe; denn, wo man vor einem Plage Stüdt noch Nothdurft hat, so kann man etwas ruhen. Ich bin resoluirt, daß ich nicht will mit ihnen keinen einzigen Record eingehen, bis sie Ihret M. Volk einnehmen; denn den losen Büden ist nicht zu trauen.“

Während der Weiterfahrt gelangten an Wallenstein bestimmtere Nachrichten über Stralsund. Am 25. Juni schreibt er aus Neustadt-Aderswalde an Arnim:<sup>2</sup> „Aus des Herrn Schreiben vernahme ich, daß die von Stralsund den Holf mit 5 Jährlein in die Stadt bekommen haben. Das ist mir nicht lieb; denn ich besorge, daß die Volschwärter von Tag zu Tag mehr Succurs bekommen werden. Nun habe ich durch den Herzog Franz Albrecht (von Sachsen-Weimburg) dem Herzoge in Pommern entbieten lassen: wenn sie (Stralsund) eine Garnison einnehmen wollen, die dem Kaiser, dem Herzoge und der Stadt schwören, so werde ich von der Belagerung absehen. Aber ich besorge, daß nichts mit ihnen zu richten sein wird. Daher wolle denn der Herr in Gottes Namen seine Zeit verlieren und sehen, wie wir sie weiter werden zwingen

<sup>1</sup> Bericht Arnim. bei Girbert II, 123.

<sup>2</sup> Girbert I, 349.     <sup>3</sup> M. a. O. 360.



können. Von Rüstren kommen 6 Stücke und 100 Centner Pulver. Das übrige, bitte ich, begehre der Herr von dem Herzoge in Pommern."

Erst am nächsten Tage, dem 26. Juni, erhielt Wallenstein in Angermünde ein Schreiben der Stadt Stralsund vom 20./30. Mai,<sup>1</sup> in welchem sie das, mit Versicherung ihrer gehorsamsten Devotion für den Kaiser, daß der General nicht mit der Schärfe, sondern in Gnaden gegen sie verfahren wolle. In seiner Antwort hielt er ihnen vor, daß sie sich unterziehen dürfen, von dem Reichsfürsten, dem Dänen, Succurs zu begehren und dadurch sich wider den Kaiser hochlich vergreifen haben. „Allerweil Ihr aber in Euerem Schreiben um Gnade ansehet und in Ihrer K. M. Devotion zu verharrn anerbietet und wir in kurzem der Orten anlangen werden: so werdet Ihr uns zu unserer Ankunft durch Eure Abgeordnete die weitere Nothdurft vorbringen lassen können. Alsdann, wenn wir sehen, daß Ihr wider Euer begangene That Reue habt und Ihrer K. M. getreu verbleiben werdet, wollen wir uns nach Verschaffenheit der Sachen gewahrlich vernehmen lassen."

Drei Tage später, am 29. Juni, schrieb Wallenstein aus Prenglau an Arnim:<sup>2</sup> „Mit denen von Stralsund wollen wir tractiren; aber, können wir ihnen einen Streich versetzen, so müssen wir es nicht unterlassen; denn sie sind Schelme." Es wird ferner von Wallenstein das Wort berichtet, das er zu Prenglau gesprochen haben soll: „Und wäre Stralsund mit Ketten an den Himmel gebunden: es müßte herunter." Obwohl sich weder der Ort, wo, noch die Persönlichkeit, zu welcher diese Worte gesprochen sein sollen, mit Sicherheit nachweisen lassen<sup>3</sup>, so werden sie doch von verschiedenen Seiten her angeführt. Immerhin auch ist es möglich, daß in jener Zeit des Soldnerthumes, wo der eine Brumardas den anderen durch berattene himmelfürmende Redensarten zu überbieten suchte, solche Worte gäh und gade waren. Die geschichtliche Betrachtung hat sich zu halten an das, was Wallenstein wirklich und unpreiselhaft gesagt hat.

Am 2. Juli finden wir ihn in Ulrmünde. Von dort aus schreibt er an Arnim:<sup>4</sup> „Der Herr kann mit denen von Stralsund immer tractiren, doch nicht schärfen, viel weniger mit der Arbeit anhalten. Denn sie sind lose Buben und müssen gestraft werden. Aber daß ich etwas glimpflich mit ihnen umgehen thue, geschieht (daraus), daß ich sie will soldfrager machen; aber das Uble, das sie gethan haben, will ich ihnen gewis nicht schenken."

<sup>1</sup> N. u. O. 251.      <sup>2</sup> U. u. O. 152.

<sup>3</sup> Man vgl. Hoff 263.      <sup>4</sup> Hoyer I. 365.

Alle diese Äußerungen Wallensteins beweisen, daß kräftig, bald schwächer, Zorn und Grimm gegen die Stadt Straßburg, die es wagte sich nicht seinem Willen zu fügen. Sie lassen nicht einen Plan erkennen, für dessen Durchführung der Befehl von Straßburg ihm wünschenswert oder notwendig gewesen wäre. Von dem Plane einer Flotte, der im Spätherbste 1627 die Brücke an Armin erfüllte, ist im Sommer 1628 denn nicht mehr die Rede. Das Räthsel dieses Umschlagens liegt zum Späteren gelöst vor in jener Anerkennung der Generalflooten für die Degerickts Wallensteins. Sein ganzes Thun und Trachten gegen Straßburg faßt sich zusammen in die Worte, die er dem Beginne der Belagerung selber gesprochen: „Denn ich will es nicht dazu kommen lassen, daß sie etwas wider uns erhalten und daß dadurch sie und Andere ihres Glücken ein Herz fassen und Ungehörlichkeiten anfangen.“

Auch stand Wallenstein mit diesem Gedanken, in welchem das souveräne Söldnerthum sich ausdrückt, nicht allein. Colalto, der Präsident des Hofkriegsrathes, den der Kaiser als seinen Freund behandelte, fügte einem Schreiben an Wallenstein, vom 25. Juni, als seine persönliche Meinung die Rücksicht hinzu: „Mit Straßburg ist nicht nöthig zu scherzen. Bequemen Sie sich zeitig, so sind Sie mit Mühe zu behandeln. Wollen Sie bis zum Ende aushalten, so ist Ihnen ein Denzettel zu geben, der für die Anderen dient.“

In den nächsten Tagen besand sich Colalto mit dem Kaiser zusammen in Jnaum. Von dort aus richtete der Kaiser, am 28. Juni, an Wallenstein ein Schreiben,<sup>1</sup> welches nicht sowohl den Befehl ausdrückt, von der Belagerung von Straßburg abzulassen, als auf die Gefahren hinweist, welche bei der Erregung der Gemüther darüber entstehen würden, so sehr daß eine General-Revolution erfolgen könne. Der Kaiser verlangt daher: Wallenstein werde „der Sache ihrer hohen Wichtigkeit und Wichtigkeit halber reiflich nachdenken, und uns nicht allein, neben Ihrem vernünftigen Gutbedenken, zu berichten, wie der angedeuteten Gefahr vorzubeugen sein möchte, sondern hierbei auch zu verordnen wissen, was uns und dem gemeinen Wesen zur Verhütung des angedeuteten Unheiles gut und dienlich ist.“ — Dadurch ward also, ungeachtet des kaiserlichen Bescheides vom 14. Juni, die schwere Sache völlig in die Hand Wallensteins gelegt.

<sup>1</sup> *Almanach* 311. Die Jahreszahl dort richtig 1626 nur 1628.

<sup>2</sup> Abgedruckt bei *Geil* 492. Original in *Kriegsacten* II. 81

Am 3. Juli war er in Anklam, und lud von dort aus den Arnim auf den 5. nach Greifswalde zur Besprechung.<sup>1</sup> „Von dannen will ich mich auch alsbald nach Stralsund begeben. Ich lasse noch drei Regimenter aus Pommern auf Stralsund marchieren, schreibe auch wegen drei anderer Regimenter dem Herrn Lilla. Obwohl er nichts zu thun hat, bin ich der gütlichen Meinung, daß er mir sie wohl zuschicken. Verhoffe, daß wir mit Gottes Hilfe die Canaglia bald zum Gehorsame bringen werden.“

Dagegen weicht Wallenstein am nächsten Tage, noch in Anklam, einer Anfrage des Arnim über die Verwendung des Regimentes Jährensbach für die Schließung der Belagerungsstelle aus.<sup>2</sup> „Ich kann von hier dem Herrn keine eigentliche Ordinance geben; denn mir ist die Gelegenheit, auch der Belagerten Beschaffenheit nicht kund. Der Herr ist ein Soldat, weis, was er thun soll: ich remittire es ihm ganz und gar.“ Die Antwort, welche hier Wallenstein für die äußere Lage von Stralsund offen entbietet, waltete vielleicht in noch höherem Maße bei ihm ob im Betreff der inneren Beschaffenheit in Stralsund, namentlich dessen, was sich in den letzten Tagen dort zugetragen hatte.

## 12. Gustav Adolf und Stralsund im Juni.

Die am 20./30. Mai entsandten Abgeordneten von Stralsund trafen nach einer zehntägigen Reise bei dem Schwedenkönig zu Marienburg an der Weichsel ein. Ihre Instruction hat uns gezeigt, mit welchem Elan die Rath von Stralsund seine Bitte um Hilfe umgeben hatte, damit nur nicht eine Unterwerfung der Stadt unter Schweden voraus erfolge. Der Schwedenkönig wußte die Vorsicht des Rathes von Stralsund durch die seinige zu überbieten. Nachdem er in seiner Antwort,<sup>3</sup> vom 2./12. Juni, zuerst sein Belieben über die Gefahr der Stadt ausgesprochen, fährt er fort: „Es liegt uns nichts mehr am Herzen als Eueren Wünschen und Eurer Bitte gnädig zu willfahren. Allein da dies eine wichtige Sache, die mit reifer Überlegung unternommen werden muß, die Zeit dagegen nicht verströhet, daß wir Euer Abgeordneten hier länger aufhalten: so entlassen wir sie auf das schnellste zu Euch zurück, damit sie von unserem Wohlwollen für Euch Zeugnis ablegen und Euch unserer Gnade versichern. Um Zeit zu gewinnen, entsenden wir dagegen zugleich mit ihnen unseren Secretär (Philipp Sadler), der alles was

<sup>1</sup> Götzler I, 256.

<sup>2</sup> H. u. O. 257.

<sup>3</sup> Reuber 292 Nr. 64.

zur festeren Klarstellung nothwendig, erliehigen wird“ — Mit anderen Worten Gustav Adolf wollte den Vertrag über die Hülfe erst dann schließen, wenn eine Mannschafft im Angesichte von Stralsund war. Diese Mannschafft zum Betrage von 600 Mann, wie Stralsund verlangt hatte, ging mit dem Gesandten ab.

Auch dem schwedischen Reichsrathe gab Gustav Adolf sofort von der Höhe Nachricht, nur in etwas anderer Weise als der Stadt Stralsund.<sup>1</sup> „Die Abgeordneten von Stralsund haben uns Klagen zu erkennen gegeben, wie sie diesen Winter von den Kaiserlichen tractirt worden, da wir Kist und Drohung versucht haben, sich der Stadt und des Hafens zu bemächtigen, um sodann mit einer dort errichteten Schiffsarmada die ganze Ostsee zu brandstücken, die anzuwendenden Kräfte und Gelder unter die päpstliche Anwartschaft zu zwingen und hier alte Kriegen durch solche Tractate zu verdrängen. Darin ist es so weit gekommen, daß der Oberst Krümm, ohne irgend Gehör zu verstaten, die Stadt von allen Seiten belagert und, ungeachtet der Verwendung des Herzogs von Pommeren, so wie der Städte Danzig und Lübeck, solche Bedingungen vorgeschlagen hat, die ärger sind als der Tod. In dieser großen Gefahr hat Stralsund uns aufgesucht, die wir in Zweifel waren was zu erwirken, indem wir einerseits die Gefahr voraussehen, wenn die Engländer einen solchen Hafen an der Ostsee occupieren würden, so wie den gewissen Krieg, welcher nach dem Übergange von Stralsund für Schweden bevorsteht — andererseits aber den polnischen Krieg in Betracht nehmen, so wie die dabei vorhandenen Schwierigkeiten. Zuletzt haben wir von zwei Uebeln das kleinere gewählt. Wir wollen Stralsund nicht in die Hände des Kaisers gerathen lassen, wenn wir dem zuvorkommen können. (Denn) damit wäre Dänemark und der Sund verloren, und dann käme die Reihe an Schweden, wenn auch die Gefahr noch für einige Zeit abgewendet werden könnte. (Aber) wie vermöchte dann unsere Flotte auszureichen, um die Küsten von Schweden, Friesland, England frei zu halten? Ueberdies hat der Kaiser schon im vorigen Jahre den König von Polen wider uns verstimmt, Frieden und Waffenstillstand verhindert, und sucht jetzt alle Mittel an, um von sich den Krieg abzuwenden, und denjenigen Theil in Polen im Ganzen zu erhalten. Wir haben deshalb nach Stralsund zum Entsche 600 Mann zu Fuß geschickt, unter dem Obersten Joch Modladin.

<sup>1</sup> Ges. et III, 147 Vom 12. Juni

weil wir vernehmen, daß sie Mangel an tüchtigen Leuten und Capitänen haben, wie auch den Viceadmiral Fleming. Sie werden mit dem Rathe und der Bürgerschaft von Stralsund einen Vertrag abschließen."

Die Abweichungen von der Wahrheit in diesem Schreiben liegen vor Augen. Nicht Stralsund zuerst hatte den Schwedenkönig aufgesucht, sondern dieser sich der Stadt angeboten. Von einer Gefahr einer päpstlichen Anwartschaft enthielt die Instruction der Stralsunder Abgeordneten kein Wort, und eben so wenig von der Bedrohung der Ostsee durch eine kaiserliche Flotte, oder gar der Pisten. Diese Fictionen dienten dem Könige zu dem Zwecke, um den Krieg, den er plante, für die Schweden als einen Verteidigungs- und Religionskrieg erscheinen zu lassen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Schweden die Worte ihres Königs in Zweifel gezogen haben.

Die Hoffnungen Gustav Adolfs mußten hoch empor. In ähnlicher Weise wie nach Schweden, schrieb er über seine Hülfsleistung für Stralsund auch an die Stadt Lübeck.<sup>1</sup> „Es ist dahin gekommen, daß, wenn nicht diejenigen, welche in Religions- und staatlichen Angelegenheiten dasselbe Interesse haben, auch mit vereinten Kräften sich verteidigen wollen, sie vereinzelt nothwendig in die Gefahr des Unterganges gerathen." Der Zweck des Schreibens ist, für seinen Kriegsplan gegen den Kaiser den ganzen Hansabund mit sich zu nehmen. Ein Erfolg dieser Aufforderung ist nicht ersichtlich. Gustav Adolf hatte zunächst sich zu begnügen mit der Stadt Stralsund.

Dort aber war Glück und Weisheit mit ihm. Der Däne Holl ließ sich endlich bewegen, am 18/28. Juni den Brevet<sup>2</sup> auszustellen, welchen der Rath vom Beginne an von ihm verlangt. Darin bezeugte er: „Rath und Bürgerschaft haben sich ausdrücklich vorbehalten, daß sie und diese gemeine Stadt in allerunterthänigster und unterthänigster Devotion und Verwandtschaft der Römisch R. M. und des H. Reiches, so wie der landesfürstlichen Obrigkeit vermittelst habender und löblich hergebrachter Privilegien, Freiheiten und Gewohnheiten nach wie vor unverrückt verbleiben wollen," u. s. w. Dann reiste Holl, ausgestattet mit einem reichen Geschenke des Rathes, ab nach Dänemark, um Hochzeit zu halten.

<sup>1</sup> Das Schreiben bei Reubur 280, vom 17/27. Jan.

<sup>2</sup> Abgedruckt bei Reubur 264.

Dagegen trafen am 30./30. Juni die schwedischen Schiffe mit den Geleuten und der Pulsmannschaft vor Stralsund ein. Die Geleuten ließen aus, die Mannschaft blieb an Bord. Der schwedische Secretär Sadler überreichte dem Rathe jenes Schreiben des Königs, vom 2./12 Juni. Er überreichte aber auch die Artikel zu einer Allianz der Stadt mit dem Schwedenkönige<sup>1</sup>. Der Abschluß einer solchen Allianz war der Bedingung für die Ausrüstung der Mannschaft. Die Artikel standen sehr wenig im Einklange mit denen, welche zuvor der Rath seinen Geleuten nach Marienburg mitgegeben, um sich gegen den Anspruch schwedischer Herrschaft zu sichern. Von Kaiser und Reich war in den schwedischen Artikeln nicht die Rede. Vielmehr sagte der dritte derselben: „Die Stadt Stralsund soll hiñfürs beständig bei Ihrer Königl. M. und der Krone Schweden verbleiben, zu ihrer eignen Erledigung und zur Ausföhrung des Krieges, der daraus entstehen möchte, allen möglichen Vorstuh, Hülfe und Affistenz thun, und von Ihrer Kön. M. und der Krone Schweden keineswegs abtreten, oder sich in einige Tractaten oder Accord mit dem Feinde einklassen, es geschehe denn mit Ihrer K. M. Consens und Bewilligung, und daß J. K. M. und die Krone Schweden mit darin begriffen seien, und also dieses Euerces halber keinen Nachtheil oder Präjudiz haben.“

In der Verhandlung darüber gelang es dem Rathe von Stralsund, die durch den Druck hervorgehobenen Worte im Beginne des Artikels zu streichen. Dagegen wurden sie im Fortgange desselben nach dem Worte Abtreten wieder eingeföhrt, in der Fassung „sondern beständig bei uns verbleiben“.

Es gelang dem Rathe von Stralsund ferner, in den ersten Artikel „Es soll eine beständige und ewig wödhrende Allianz und Bündnis zwischen der Kön. M. und der Krone Schweden an einem und der Stadt Stralsund an anderen getroffen und aufgerichtet werden“ — diese Ungleichheit zu beschränken auf zwanzig Jahre. — Es gelang ihm ferner, in den Vertrag den Artikel einzubringen: „Diese Allianz soll nicht präjudicieren der unterthänigsten und unterthänigen Vermandtnis, in welcher die Stadt Stralsund in des Kaisers und des R. Reichs, auch ihrer unmittelbaren landesfürstlichen Obrigkeit, Schutz, Schirm, Vermandnis und Gehorsam sich befindet.“ Der Schwede Sadler ließ die Worte zu, weil es Worte waren.

Der Rath von Stralsund wollte nur die Sicherheit der Stadt,

<sup>1</sup> A. u. D. 281 Nr. 59.

nichts weiter, am wenigsten eine Übernahme an einem Kriegsstruge. Daher schlug er einen ausführlichen Artikel vor, daß die Allianz dienen sollte „zur Defension der Stadt Stralsund und ihres Seehorsts, und consequentiß zur Sicherheit der Ostsee, mit nichts aber zu einiger Offension.“ Der Schwede Sadler ließ passiren, nur mit dem Zusatz freuentend „Es sei denn, daß der Krieg, der entstehen möchte, solches erforderte.“ Der Zusatz durchlöcherie offenbar den ganzen Artikel.

Die mit dem Gefandten Sadler angelommene schwedische Fußmannschaft bestand, wie die Stadt Stralsund gebeten hatte, aus 600 Mann. In dem Vertrage findet sich kein Artikel, der eine Zahl bestimmte. Der Rath von Stralsund mechte sich denken, daß der Schwedenkönig in der Lage, in welcher er sich befand, nicht mehr Truppen senden könne. Sadler dagegen wahrte durch das Stillschweigen des Vertrages über diesen Punkt seinem Könige das Recht, Truppen zu senden nach seinem Ermessen.

Am 24. Juni / 3. Juli ward der Vertrag abgeschlossen, und dann erst die schwedischen Truppen ausgeschickt.

Das ganze Verhalten des Rathes von Stralsund that dar, daß er zur Sicherung der Stadt gegen die reale schwedische Herrschaft in Worten aufgebliesen hatte, was er vermochte. Darum auch gab er auf eine Mahnung der herzoglichen Räte, am 24. Juni / 4. Juli, die Antwort: die Stadt konnte alle ihr bisher aufgetragene untragbare Friedensbedingungen unmöglich bewilligen, in Betracht daß die beiden benachbarten Potentaten, und zwar ohne alles Bitten und Erinnern der Stadt, nunmehr öffentlich ihr eigenes Interesse dabei geltend machten, und dergleichen Unwohl und Neuerungen im Lande Pommern und bei der Stadt Stralsund nicht mehr gedulden, sondern vielmehr diese selbst, wenn sie solche Bedingungen bewillige, feindlich verfolgen würden. Zugleich versicherte die Stadt, daß, wenn die lauterliche Inquartierung aus Pommern abgetrieben und die Belagerung aufgehoben würde, die benachbarten Potentaten nicht das Geringsste gegen das Herzogthum Pommern unternehmen wollten. Dessen hatten diese sich erkoren, und sowohl der Herzog von Pommern als die Verbündete konnten dessen die völlige Versicherung erhalten.

Wem Zweifel auf die Thatfachen der Folgezeit konnte sich ein Zweifel erheben, ob diese Antwort des Rathes ausdrücklich gemeint war

Und doch wohl kaum mit Recht. Der Rath von Stralsund sah vor Augen, daß der Schwede in den Krieg mit Polen verwickelt war. Von den weit ausschließenden Einwirkungen des Schweden zum Einbruche in das Reich, die noch das Geheimnis nur weniger Personen waren, hatte der Rath höchlich keine Kunde. In dieser Unkenntnis und der eigenen Bedrängnis hatte er die dargebotene helfende Hand ergriffen, die Schmeicheleien für Wahrheit genommen, und dennoch auch gegen alle Konsequenzen sich zu verwahren gemeint. Daß bei allem dem er mit seiner Stadt Stralsund durch den Vertrag mit Schweden in ein Netz eingegangen, aus welchem schwer wieder zu entkommen war, diese Ahnung stieg dem Rathe von Stralsund im Juni 1628 noch nicht auf.

Und doch fühlte sich seinerseits der Schwedenkönig des Gelingens völlig sicher. Ohne noch zu wissen, welchen Ausgang die Mission seines Secretärs Sabler nach Stralsund genommen, sah er sie an als vollbracht nach seinem Wunsche. Er schrieb darüber aus Dirschau, am 30. Juni/10. Juli an den schwedischen Reichsrath: „Wir haben abermals die Stralsunder Sache erwogen und resolved, sofern die Stadt unseres Entjages bedarf, mit neun Regimentern schwedischer Mannschafft dahin zu gehen, wo man, nach Aufhebung der Belagerung, dann nach Gelegenheit beschließen kann, ob irgend eine größere Armada dressirt werden, oder ob, nachdem für die Vertheidigung der Stadt und des Hafens gesorgt ist, man für den Winter mit der übrigen Mannschafft nach Schweden oder Preußen gehen soll.“

Der Vollzug dieses Entschlusses würde schon damals, noch im Sommer 1628, für Stralsund eine überraschende Klarheit der Sachlage gebracht haben. Es kam nicht dazu. Unterdessen entwickelten sich in und um Stralsund die Dinge in anderer Weise.

### 18. Wallenstein vor Stralsund.

Am 26. Juni/6. Juli<sup>1</sup> traf Wallenstein vor Stralsund ein. Noch am selben Abende ließ er seine Anwesenheit durch einen heftigen Anlauf auf die Stadt kund thun. Am nächsten Tage ward der Angriff erneuert, des in die Nacht, und wiederum am dritten Tage. Der Verlust an Menschen auf Wallensteinscher Seite war größer: die Stadt dagegen büßte wichtige Außenwerke ein, namentlich die Schanze vor dem Frankenthore. Der nächste Sturm konnte den Wällen der Stadt selber gelten.

<sup>1</sup> Mejer III, 148, n. 4

<sup>2</sup> Man vgl. Hof 262



In Folge dessen nahmen in Stralsund Furcht und Sorge überhand. Am 29. Juni/9. Juli führten abermals Schiffe mit Frauen und Töchtern der Bürger über das Meer. Die Voraussicht dessen, was einer mit Sturm genommenen Stadt bevorstand, bewog den Rath nochmals bei Wallenstein einen Versuch zu einem gütlichen Abgleiche zu machen. In einem Schreiben<sup>1</sup> an den General betheuerte der Rath: „Daß nächst Gottes Ehre uns nichts höher und mehr angelegen als in der Kaiserlichen M. allerunterthänigster Devotion beständig zu verbleiben, wie wir auch zu Ew. F. Gn. hochwürdtigen Regalität und Gerechtigkeit ein unterthäniges Vertrauen stellen.“ Sie bitten also um Stillstand auf geraume Zeit und um „Ew. F. Gn. gnädige Remung“.

Es ist möglich, daß bei Wallenstein als Ratio zu Gunsten der Gewährung der Bitte mit in die Waage fiel die Wahrnehmung, daß bei seinen Truppen sich geringe Willigkeit zum Stürmen fand. Es war bei ihnen, wie die Stralsunder erzählten,<sup>2</sup> fast zum Sprichworte geworden, daß man vor Stralsund keinen Rest sich hole, und es hieß weiter, daß bei den nächsten Stürmen der Tage zuvor die Officiere mit Schwertern und Partisanen die Mannschaft zum Sturme getrieben wie die Schafe zur Schlachtbank.

Wie immer dem sei, Wallenstein antwortete<sup>3</sup> am selben Tage, daß Abgeordnete der Stadt sicher zu ihm heraus kommen und zurück kehren dürften, „und wenn wir vernehmen, daß Ihre K. M. Euerhalten versichert sein werden, so wollen wir alsdann mehr mit Gnade als mit Schärfe procediren“. Über einen Stillstand erklärte er sich nicht, gebot vielmehr Armin, „den ganzen Tag fleiß auf ihre Batterien spielen zu lassen, um, wo möglich, ihre Stüke zu demontiren“.

Die Antwort schien für die Stadt die Aussicht zu eröffnen, daß noch alles sich friedlich wenden konnte. Der Rath gebot vor der Absendung seiner Deputierten eine kirchliche Feier und Ordon um gütlichen Ausgang. Dann begaben sich die Abgeordneten an das Thor, wo der Wallenstein'sche Oberst Jahrensbach mit einem Wagen ihrer wartete. Der schwedische und der dänische Oberst, die bis dahin „mitgezogen, absonnerten sich“.<sup>4</sup> Die städtischen Abgeordneten wagten sich hinaus auf das bloße Wort Jahrensbachs. Sie traten vor den General, bei welchem

<sup>1</sup> Das Schreiben bei Höpfer I, 360.

<sup>2</sup> Tagebuch bei Neubert 20.      <sup>3</sup> Höpfer I, 361.

<sup>4</sup> So der Briefe Steinwegs bei Höpfer I, 363.

sich auch brandenburgische und pommerische Gesandte befanden.<sup>1</sup> Wallenstein ließ den Abgeordneten Stühle setzen. „Die Unseren haben gedankt und zu erkennen gegeben, daß wir in der Stadt keine andere Meinung gehabt und auch noch hätten als in kaiserlicher Devotion zu bleiben, und gebeten die Gewalt abzustellen.“

„Der Herr General (antwoertet): Die Herren sollen Generalpardon haben, sollen den Dänholm behalten. Voss will ich auch in der Stadt nicht legen. Ihr sollt aber Voss in der Stadt behalten, zu des Kaisers, Kurbrandenburgs, Pommerns und der Stadt Befehl. Dabei ermahnte er den Frieden anzunehmen, mit den Worten:

*Fronte capillata est, posthac occasio calva.*

Die pommerischen Gesandten haben auch den Frieden anzunehmen gerathen. Die Stadt solle gesichert sein, daß man sie mit Änderungen in der Religion nicht beschweren wolle. Würde man dieses aber nicht annehmen, so habe der General schon beschlossen, was er feruer gegen die Stadt vornehmen wolle.“

Nach der Rückkehr der Abgeordneten in die Stadt ließ der Rath durch den Bürgermeister Steinwig der Bürgerschaft Bericht erstatten,<sup>2</sup> mit dem Ausdruck seiner Meinung: „Man habe Gott dem Herrn und dem Herzoge von Friedland für eine so gütliche Erklärung zu danken und alle vorgeschlagenen Mittel und Bedingungen zu bewilligen.“

Die Bürgerschaft stimmte im Allgemeinen zu;<sup>3</sup> jedoch wurden einige Bedenken erhoben. Nachdem sie in ihren Quartieren dieselben berathen, legte ihr Borthalter dem Rathe einige Fragen vor. Man müsse wissen, sagte er, wie stark die Besatzung sein, wer sie bezahlen, wer das Commando haben solle. Zugleich ward der Einwand erhoben, daß zur Vermeidung einer künftigen Gefahr diese Tractaten nur mit Vorwissen der Könige von Schweden und Dänemark abgeschlossen werden dürften. — Dennoch liegt hier die Einwirkung der Dänen und der Schweden, die von ihren Königen nicht um des Friedens willen in die Stadt geschickt waren, unverkennbar vor Augen.

Im Auftrage des Rathes verfaßte der Bürgermeister Steinwig eine Instruction für die Verhandlung im Einzelnen. Mit derselben traten die Abgeordneten am nächsten Tage<sup>4</sup> abermals vor Wallenstein. Sie fanden ihn mißlicher günstig gestimmt als am Tage zuvor. Die Reden

<sup>1</sup> H. d. C.

<sup>2</sup> Reubur 162

<sup>3</sup> H. d. D. 163

<sup>4</sup> Bgl. Bod 266.

gingen hin und wieder, mitunter scharf und hart. „Schließlich erklärte Wallenstein sich dahin, daß, wenn der Herzog von Pommern für die Stadt Bürgschaft leisten wolle, sich auch über eine geringere Zahl der anzunehmenden Belagerung verhandeln lasse“<sup>1</sup>.

Diese Äußerung ist sehr gewichtig. In der Form, wie Wallenstein sie aus sprach, erscheint sie wie eine Concession: in der Wirklichkeit gestaltete sie sich, wie später die eigenen Worte des Herzogs Bogislav ergeben werden, zu einer Forderung an diesen. Wallenstein hatte darin das Mittel gefunden, durch welches er hoffte, von dieser ihm bereits lästigen Belagerung Stralsunds loszukommen.

Es handelte sich also um eine Vereinbarung zwischen dem Herzoge Bogislav und der Stadt Stralsund auf der Grundlage jenes Vorschlages. Noch am selben Tage traten die Räte des Herzogs, Putbus, Dorn, Gischstädt und Schleiß, mit den Abgeordneten von Stralsund zusammen. Jene minderten die Zahl der Besatzung auf 1500 herab. Sie forderten dagegen zur Sicherung des Herzogs die Anwesenheit eines oder zweier landesherrlichen Commissäre in der Stadt, und die Zuziehung derselben zu wichtigen Angelegenheiten, namentlich bei der Aufnahme fremder Gesandten. Demnach wollte der Herzog Bogislav für die Bürgschaft, die Wallenstein von ihm für Stralsund verlangte, fortan in der Stadt mitzurufen haben.

Es schwer diese Forderung dem Rathe der bisher fast autonomen Stadt fiel: die Mehrheit desselben erklärte sich am Morgen des 2/12. Juli für die Annahme. Demgemäß entsandte der Rath seine Deputierten ins Lager. Sie hatten das Trißner Thor zu passieren, welches von den Dänen besetzt war. Als die Deputierten hinaus schreiten wollten, feuerten die Dänen auf die Arbeiten der Belagerer. Diese antworteten. Die Deputierten wagten nicht den Weg fortzusetzen. Sie kehrten um.<sup>2</sup>

Mit der Fröhe des nächsten Morgens, des 3/13. Juli, begann von Wallensteins Lager aus ein heftiges, für damalige Zeiten unerhörtes Feuer aus den schwersten Geschützen. Dasselbe richtete sich namentlich gegen das Frankenthor. Unterdeß konnte vor dem Trißner Thore eine Besprechung der Abgeordneten von Stralsund mit den pommernischen und brandenburgischen Räten stattfinden. Diese schüßerten den Horn

<sup>1</sup> 2 a C      <sup>2</sup> Archiv 164.

Wallenstein.<sup>1</sup> Wenn man nicht ungekündet, habe er gesagt, die vorgeschlagenen Bedingungen annehme, so wolle er die Stadt mit noch größerem Ernste angreifen, und nicht nachlassen, bevor er ihrer mächtig werde, sollte er auch davon geschunden werden. Wenn er dagegen der Stadt mächtig werde, wolle er nicht eines Kindes im Wutartleide verschonen, so es solle nicht Eine lebendige Seele darin verbleiben. Einer der städtischen Abgeordneten antwortete: nicht ohne Gottes Willen seien sie in die Welt gekommen, würden also auch nicht abgehen ohne ihn. Wenn auf Erden kein Raum für sie, so werde er im Himmel zu finden sein.

Darauf jedoch erwiderte man sich zu Unterhandlungen. Vocan stand die Forderung Wallensteins: der Landesfürst und die Stände müßten bürgen für die Stadt; denn jene hätten Land und Leute, an welchen man sich auf allen Fall erhalten könnte. Dafür erbot der Herzog Bogislaw an die Stadt die Forderung der Minderbürgerschaft, welche durch erbliche Hereditäten alle der Stadt gemeine und ihrer Einwohner Privatgüter dem Landesfürsten hafter machte. Daran einigte sich endlich über acht Punkte.

Auf den Bericht der Abgeordneten fand der Rath diese Punkte hart und schwer. Der schwedische Oberst reichte einen Protest ein wider alle Tractaten, die ohne Vorwissen seines Königs angefangen und geschlossen würden. Da Wallenstein das ganze Land in seiner Macht habe, so werde auch eine herzogliche Besatzung in der Stadt im Grunde diejenige Wallensteins sein. Der Bürgermeister Quilon legte alle Gründe für und wider dem Rathe dar. Dazu sollte unablässig der Donner der Kanonenschiffe, deren man 1564 gezählt haben wollte, freuch mit mehrärm als Wirkung.<sup>2</sup> Der Rath kam zu dem Beschlusse,<sup>3</sup> daß, weil kein Wech, kein Pulver, keine Mannschaft vorhanden, man auf jede Bedingung hin Frieden schließen müsse. Davon sei den Königen von Dänemark und von Schweden Kunde zu geben.

Das Schreiben an den letzteren, vom 3, 14. Juli, liegt vor.<sup>4</sup> Es enthält einen kurzen Überblick des Verlaufes der Dinge. Wenn auch nunmehr die Stadt von der Belagerung befreit werde, so wolle doch Wallenstein über die Abführung des Kriegsvolkes noch zur Zeit sich zu nichts Verlassen erklären. Dem Danke für die geleistete Hülfe fügt der Rath hinzu: „Wer bitten und vertrauen auch, Gott werde ferner gnädiglich helfen, und Ihn. M. werden gnädigsten Rath und wirkliche Hülfe ehestens befördern.“

<sup>1</sup> Tagebuch von Neubur 22.

<sup>2</sup> Vgl. Hof 209.

<sup>3</sup> Neubur 166.

<sup>4</sup> H. a. O. 288 Nr. 60.

Am folgenden Tage, dem 4/14. Juli, ließ der Rath von Straßburg dem General Wallenstein ein Schriftstück überreichen, genannt Punctation.<sup>1</sup> Dasselbe geht davon aus, daß der Herzog und die Landstände dem General die hochverwandliche Affecuration ausgestellt haben, durch welche sie ihm für die Stadt Straßburg haften, und daß es darum sich nicht anders gebühre, als daß die Stadt sie gegen alle Gefahr und allen Schaden sichere. Es folgen die mit den herzoglichen Räten vereinbarten Puncte. Die Stadt erklärt sich willig, eine dem Herzoge Bogislaus verordnete Besatzung bis zu 2000 Mann einzunehmen, u. s. w. Die Stadt will keine Correspondenz pflegen mit Feinden von Kaiser und Reich. „Sie will auch nicht gestatten, daß der R. M. und des Reiches Widerwärtige gefährlicher Gestalt einen Fuß in die Stadt setzen, sondern vielmehr verpflichtet sein, wider alle Ihrer R. M. und des R. Reiches, sowohl als des Landesfürsten so wie dieser Lande Feinde mit allen äußersten Kräften und Vermögen diese Stadt zu defendieren.“ Wie man aber der bereits in der Stadt anwesenden Reichsarmee ledig werden wolle oder könnte, darüber sagt das Schriftstück kein Wort.

Wallenstein gab seinem Verdrusse darüber Ausdruck an Arnim mit den Worten:<sup>2</sup> „Aus des Herrn Schreiben vernehme ich, daß mit den Straßburgern alles zur Wichtigkeit gebracht ist. Nun steht der Herr, was die Beschwörer nur schreiben. Ich habe ihnen keine Antwort gegeben; denn ich halte mich an die Commissionen (des Herzogs).“

Dies war am 18. Juli. Anders jedoch hatte Wallenstein drei Tage zuvor, am 15. Juli, dem Kaiser berichtet. Aus der Antwort<sup>3</sup> desselben, vom 1. August, longelt sich der Bericht Wallensteins wieder. Darin heißt es: „Wir haben aus Dr. Pbd. Handschreiben vom 15. Juli gütigst verstanden, daß Dieselben die Festung Straßburg vermittelst eines gewissen ansehnlichen Accordes zu unserem Gehorsam gebracht haben. Die wir uns nun den also getroffenen Schluß und zumal Dr. Pbd. dabei gebrauchte Moderation in Gnaden wohl gefallen lassen, namentlich der Hansestädte wegen, denen nun die nöthige Impression ziemlicher Maßen benommen so sehen wir den ferneren Verrichtungen entgegen.“

Mit Recht durfte der Kaiser auf die Stimmung in den Hansestädten über das Verfahren gegen Straßburg hinweisen. Die Berichte<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Abgedruckt bei Römber 236 Nr. 61, und bei Hoyer I, 208.

<sup>2</sup> Hoyer I, 364.    <sup>3</sup> Krieglachter S. 81.    <sup>4</sup> N. a. C. Vom 6. August

Wallerstedt von dort selbst, daß wegen der Behandlung von Stralsund „die Gemüther in Hamburg, Lübeck und den anderen Hansestädten ziemlich alienirt seien, nicht allein bei dem gemeinen Manne, sondern wohl auch in den Magistraten.“ Zu der Wahrheit der Thatfachen an Stralsund gesellte sich die Fügung der Segner. Jener erdichtete Brief des P. Ramorimont war durch Norddeutschland in einer Reihe verschiedener Auflagen verbreitet.<sup>1</sup> Dazu kamen im Laufe des Jahres noch zwei andere Schriften „Hansischer Weder“, und „Rochlung des hantischen Weders“, beide verfaßt von Ludwig Rasch,<sup>2</sup> einem geborenen Magdeburger, damals im Dienste des Schwedenkönigs. Beide Schriften sind, wie nach dem Auftraggeber zu erwarten, auf die Fiction des Religionskrieges berechnet. Wallenstein nannte den Rasch einen Pasquillmacher.<sup>3</sup> So richtig das sein mag, so hat mit Sicherheit angenommen werden, daß Rasch, der mit erschaunder Verwandtheit der Jeder das Wahre mit dem Falschen mischte, dem Schwedenkönige sehr nützlich vorgearbeitet hat.

Wie dem Kaiser die Nachricht über den vermeintlichen Ausgleich mit Stralsund an sich willkommen war, so mußte sie ihm um so mehr lieb sein, weil dadurch, wie es scheinen konnte, seine Resolution vom 14. Juni durch Wallenstein ihre Erfüllung gefunden hatte.

Und doch waren diese Hoffnungen, die Wallenstein durch seinen Bericht vom 13. Juli bei dem Kaiser erregt hatte, noch mehr als nur einer Seite hin trügerisch. Die Sache mit Stralsund war nicht zu Ende. Wie die Punctation, welche der Rath von Stralsund am 4./14. Juli überraicht hatte, in den Augen Wallensteins und des Herzogs Bogislaw durch das Schwanken über die dänischen und schwedischen Truppen zu wenig anhielt: so in den Augen vieler Bürger zu viel. Der Rath hatte seine Autorität überschätzt. Als die Punctation den einzelnen Bürgern der Bürgerschaft vorgelegt wurde, erwiderte in jedem derselben die Mehrheit der schwedische und der dänische Oberst müßten die Tractaten vorher zerhacken. Man müsse Gesandtschaften an beide Könige schicken.<sup>4</sup>

Demnach lag vor Augen, daß es schon nicht mehr in Wallensteins Macht stand, den Frieden zu geben, auch wenn er gern wollte. Die Mehrheit der Bürger von Stralsund machte die Annahme seiner Zugeständnisse abhängig von dem Willen fremder Mächte. Er hatte ihnen

<sup>1</sup> Schönbach 80.<sup>2</sup> Die Schrift Rasch's bei G. Dreyer I, 290.<sup>3</sup> Höpfer I, 407.<sup>4</sup> Krüger 169.

augerufen, daß nur an der Stirn die Gelegenheit zu fassen sei, von hinten sei sie loth: das Wort konnte zurückwendet werden auf ihn selber.

Die Dinge wandten sich ungünstiger. Wallenstein hatte Tilly, dessen Truppen nicht beschäftigt waren, dringend um drei Regimenter zur Unterstützung gebeten, und zwar dreimal, mit so freundlichen Worten, wie es sonst nicht seine Weise war.<sup>1</sup> Tilly wie seine Kriegsherren gewährten nicht. Die Einbuße an Mannschaft vor Stralsund war schon sehr groß. Dazu trat nun die Ungunst des Himmels. Vom 5/15. bis 7/17. Juli gossen die Wolken in dichten Schauern ihren Regen nieder. Das Feuer der Wallensteiner schwieg. Ihr Lager ward zum Moraste, zum See. Die Stimmung der Soldaten war tief gedrückt. Sie waren halb verkommen in Nässe und Kälte. Sie sagten, die Pfaffen in Stralsund hätten ihnen dies Wetter und den gewaltigen Regen auf den Hals gebetet.<sup>2</sup>

Wallenstein war ungrünung gegen die, wie er sie nannte,<sup>3</sup> bösen Raben von Stralsund. Er erwog, am 18. Juli die Anlage neuer Schanzen, neuer Batterien, „um sie nicht zu zwingen und zum Ueberflusse zu bringen“. Der Stadt dagegen kamen am 9/19. dänische Segel in Sicht mit neuer Hülfsmannschaft.<sup>4</sup> Da sehe man nun augenscheinlich, wie es bei den Bürgern, daß Gott ihnen beistehe. Ein Bericht des Schweden Sadler<sup>5</sup> sagt sogar, daß erst diese Ankunft neuer dänischer Truppen, gegen den Willen des Kaisers, für die Partei der Opposition entscheidend gewirkt habe.

Audere Entwürfen finden wir am selben Tage bei Wallenstein. Bevor, schreibt<sup>6</sup> er an Arnim, die Commissarien des Herzogs sich in die Stadt begeben, solle Arnim in Conversation mit ihnen vorbringen, daß ihm Wallenstein an einer Belagerung von 1500 Mann in der volltrocknen Stadt wenig gelegen. „Die Commissarien mögen es mit ihnen anstellen, wie sie wollen, auf eine kleinere Anzahl, oder wie es ihnen am besten gefällt.“ Und dann folgen die gewichtigen Worte: „Denn ich halte mich an das Versprechen des Herzogs und der Stände. Was den Abzug betrifft, so will ich auch nicht difficultiren, wenn mir der Herzog verspricht, daß die Stadt nachher das Volk (d. h. der fremden Hülfsarmee) ausschaffen wird. Aber wenn der Campo, d. h. Wallenstein'sche Herr;

<sup>1</sup> Gunter, Wallenstein 270.    <sup>2</sup> Tagebuch bei Neubur 22.

<sup>3</sup> Förster I, 200.    <sup>4</sup> Tagebuch bei Neubur 20.

<sup>5</sup> Abgetrennt bei J Marx, Arnim 90.    <sup>6</sup> Förster I, 270.

da ist, so vermute ich, daß sie eher fort (gehen) werden, als wenn der Campo weg ist. Bitte, der Herr disponiere auf solche Weise mit ihnen, auf daß wir mit Ehren bestehen und bald abziehen können." Wallenstein scheint sich also hinweg von Stralsund aber so daß er, dem nur noch nicht beiegelten Vertrage gemäß, für alles Folgende den Herzog Bogislaw und die Landstände verantwortlich machen will.

Die Mahnungen der herzoglichen Räte an die Stadt Stralsund, eine mehr bindende Erklärung abzugeben als jene Punctation vom 4./14., hatten bis dahin keinen Erfolg gehabt. Deshalb begaben sie sich am 10./20. in die Stadt. Bogislaw seniorius ging in das Wallensteinische Hauptquartier, und unterzeichnete und siegelte dort, am 11./21. Juli,<sup>1</sup> jenen bereits vereinbarten Vertrag, durch welchen er und die Landstände sich für die Stadt Stralsund verbürgten. Dagegen kamen die Commissionen in der Stadt nicht vorwärts. Der geforderten Erklärung des Rathes, am 11./21., war die Clausel beigefügt: „Es verbitten aber unsere Wittlürger, daß durch Verriegelung der Caution eher nichts vollzogen werde, bis die anwesende fremde Hülfe sich gutwillig zum Abzuge erklärt.“

Demnach verneinten diese Bürger von Stralsund, daß ihnen zu Liebe und um ihnen eine Wohlthat zu erweisen, die fremden Könige ihre Truppen geschickt hätten.

Zur Beförderung der Sache richtete Arnim an die pommerischen Räte ein Schreiben,<sup>2</sup> welches fast die Form eines Gutachtens für Stralsund annimmt. Er verspricht darin, nochmals seinen besten Fleiß anzuwenden, ob die Sache in Güte möchte zu heben sein; denn je mehr er sie erwäge, desto mehr Ungelegenheiten und Unheil sehe er davon für die Stadt und für das ganze Land voraus. Er erörtert die Frage, warum doch Stralsund sich widerlegt habe. Sie hat sich, meint er, vor einer Besatzung und dem Verluste ihres Handels gefürchtet. „Denn von der Religion mag ich nichts erinnern, weil doch den verständigen und erfahrenen Leuten kundbar genug, wie in diesen unrechtmäßigen Sachen die liebe Religion zum Vorwande gebraucht wird, damit dies Wort bei den gemeinen Leuten, ja auch wohl den sonst Verständigen Haß und Verbitterung erweckt, auch großen Herren zu ihren Handeln als Deckmantel diene.“ — Nachdem dann Arnim wegen der Aufnahme fremder Truppen

<sup>1</sup> Über das Datum vgl. Hof 278.    <sup>2</sup> Reubur 289. Nr. 82.

<sup>3</sup> Bei Hefner I, 371



schwere Vorwürfe gegen die Stadt erhoben, fährt er fort: „Küße es nach ihrem Belieben besser ab, so sind sie nicht versichert, daß, wenn die Potentaten ihnen, unter dem Scheine der Mithtern, einen starken Succurs aufstücken, sie dessen so bald wiederum ledig werden könnten. Wären ihnen eben so wohl wie mir etliche Confilia bekannt, von denen vor vielen Jahren schon geredet worden: so zweifelte ich nicht, daß sie darin mit größerer Vorsicht verfahren würden. Doch halte ich dafür, sie werden hierin die Rathschläge von Politicern in Acht zu nehmen wissen.“

Was Armin bis dahin gesagt, war alles richtig. Da er mehrere Jahre als Oberst in schwedischen Diensten gestanden, so mochte er auch von den Entwürfen Gustav Adolfs eine äußere Kunde erlangt haben. Aber für die Stralsunder kam weniger die noch ferne Zukunft in Frage, als der Druck der Gegenwart. Und hier nun den wahren Grund des Widerstandes der Stadt und der unglücklichen Consequenzen in seinem eigenen Unrechte wider sie und demjenigen seines Meisters zu finden – das war nicht Armins Sache. Er zog es vor, der Stadt Stralsund für den Fall fernerer Halsstarrigkeit das Christenblut, welches dann vergossen würde, ins Gewissen zu schieben, im Predigertone sie zu ermahnen, daß sie erfahren werde, was es heiße: Drines Bruders Blut schreit zu Dir von der Erde.

Wen das Schreiben Armins vor die Augen der Bürgerchaft von Stralsund gekommen ist, so übte es auf dieselbe keine wahrnehmbare Wirkung. Am 14. 24. Juli befanden sich wieder acht herzogliche Commissarien in der Stadt. Sie legten den Entwurf eines Reverses vor, den der Rath im Namen der Stadt zu unterzeichnen habe. Der Rath änderte den Revers. Er nahm die Rathsburgschaft für den Herzog auf wie verlangt wurde.<sup>1</sup> In Bezug der fremden Truppen sagte der genannte Revers: „Wir geloben, so viel an uns ist, befördern zu wollen, daß fremde Kriegsofficiere und Soldaten von dieser Stadt abziehen mögen, gestalt wir auch benachbarte Potentaten ersuchen wollen, daß dieselben dieses ratificirten, und mit von demselben oder ihrem Kriegsvolke nicht beschwert werden mögen. Urkundlich mit unser gemeiner Stadt und der vier Gewerte Insigeln besiegelt und gegeben am 14. Julius.“

Die acht herzoglichen Commissarien erwiderten sofort, daß der ungenüchte Revers ihnen nicht genüge, daß sie ihn nur zum Berichte an

<sup>1</sup> Hecker 200 Nr. 62.

sich nehmen, dagegen eine runde Erklärung verlangen. „Darüber soll es im Rathe zu starkem Bernachsd.<sup>1</sup>“ Allein bei der Stimmung der Bürgerchaft ward der Forderung der herzoglichen Räte nicht willfahrt.

Von Seiten der Stadt vergaß man abermals dabei, daß die Ausführung dessen, was der Rath und die Bürgerchaft von Stralsund ihrem Herzoge gelobt, nicht abhing von ihrem eigenen guten Willen, sondern von demjenigen zweier fremder Könige. Drei Tage später, am 17./27. Juli, landeten 1500 Schweden unter dem Obersten Kellu, und abermals am nächsten Tage ein Regiment.<sup>2</sup> Langsam und allmählich rückte von da an vor dem Rathe und der Bürgerchaft von Stralsund die Frage auf: „Wer fortan Herr sein würde in ihrer Stadt.“

#### 14. Wallenstein und der Herzog Bogislaw von Pommern.

Einige Tage nachdem der Vertrag zwischen Wallenstein und dem Herzoge besiegelt war, brach auch Wallenstein aus dem Lager vor Stralsund auf, um in Włostrow zu residieren. Das Lager blieb, und von demselben aus wurden, ungeachtet des getroffenen Einverständnisses, am 16./26. Juli, seine Feindseligkeiten gegen die Stadt verübt.<sup>3</sup> Unterdeß gelangten nach Włostrow an Wallenstein beruhigende Nachrichten. Es hieß, daß der Schwedenkönig einen Anschlag auf Kolberg habe.<sup>4</sup> Er erfuhr weiter, daß der Dänekönig mit vierzehn Kriegsschiffen sich in See befinde. Dazu noch meldete Arnim, daß die Sache mit Stralsund nicht geschlichtet sei. „Bitte,“ antwortete Wallenstein, „der Herr bemühe sich aufs äußerste, daß die Sache möge accommodirt werden.“ Wallenstein meint: „Es wäre nicht böse, wenn die pommernischen Räte sich bei der Bürgerchaft über die Impertinenzen des Felt beschwerten würden.“ Weiter meldete Arnim, daß dem Vertrage gemäß der Herzog von Pommern den Abzug der Armee von Stralsund verlange. Wallenstein erwägt das, am 29. Juli.<sup>5</sup> „Nun setze ich sehr an,“ schreibt er an Arnim, „wessen ich mich in diesem Punkte resolvieren soll. Denn gehe ich ab, so besorge ich, daß der Feind die Außenwerke wiederum besetzen und dadurch das Land und die Armee mehr belästigen wird. Ziehe ich nicht ab, so begeben sich mich meines Accordes.“ Nach weiteren Erwägungen kommt er zu dem Ergebnisse, daß der Abzug vorzuziehen. „Dabei denn ich solches in des Herrn Discretion stelle, er soll dem Herzog secundieren in allem,

<sup>1</sup> H. a. O. 171.    <sup>2</sup> Tagebuch bei Reuber 27.

<sup>3</sup> H. a. O.    <sup>4</sup> Die Schreiben bei Jöcher I, 275 ff.    <sup>5</sup> H. a. O. 180.

was nur möglich.“ Diese Meinung befestigt sich, nicht jedoch in der Richtung zu Gunsten des Herzogs Bogislaw. Auf die Nachricht, daß dänische Schiffe vor Warnemünde sichtbar wurden, am 31. Juli, schreibt Wallenstein an Arnim: „Der Herr sehe auf alle Weise von Stralsund abzugehen, doch alles das unter dem Prätexte, daß es geschieht auf des Herzogs in Pommerns Begehren.“ Noch am selben Tage wiederholt Wallenstein den Befehl,<sup>1</sup> „ohne einiger Minuten Dilation auf Tribschen zu maršchieren.“

Inzwischen gelangte an Wallenstein selber eine neue Beschwerde des Herzogs Bogislaw über den Nicht-Ausbruch des Lagers vor Stralsund und die Erneuerung der Fehndfeindigkeiten dort. Die Antwort Wallensteins, vom 4. August, ist in besonderer Weise charakteristisch für sein Thun und Trachten. Sie lautet, wie folgt.<sup>2</sup>

„Unsern usw.

„Hochgeborner Fürst usw. Was Ew. Edd. uns vom 22. Juli 1. August überliefert haben wir, sammt der Abschrift des Stralsundischen Schreibens, empfangen, und nicht ohne Verwunderung, auch empfindlich, daraus vernommen, daß uns oder anderen kaiserlichen Officieren zugemessen werden will, als wäre den Stralsundischen von neuem zur Defension Urfache gegeben. Nun hatten wir uns nimmer einbilden können, daß Ew. Edd. sich zu dergleichen Gedanken, wollen geschweigen zu solcher Unbedachtsamkeit, würden verleiten noch bewegen lassen, indem Deroselben die Leichtfertigkeit der Stralsunder, auch wie falsch, betrüglisch und unehrbar sie sich in den vorgegangenen Tractaten erzeigt, mehr als genugsam bekannt. Wie denn Ew. Edd. Räte und Abgeordnete selbst der Stralsundischen Treue und Leichtfertigkeit zum öfteren gedacht und angezogen, jezo aber solche justificieren, beschönen, und den Kaiserlichen die Schuld des vorgegangenen Verlaufs beimeffen wollen. Woraus wir nicht anderes schließen können, als daß sie auch amoc und unter wählender Tractation mit denselben unter der Decke gelegen. Und sind wir des so ehrlichen Gemüthes, auch solche wahrhaft ehrliche Cavallieri in der kaiserlichen Armee zu finden, welche ihr Wort jederzeit halten und was sie versprochen, mit den Werken manutenern werden. So wissen Ew. Edd., daß der Abzug allein Jhretwillen sich veranlaßt, auch sobald Sie uns verschünener Tage denselben fortzustellen durch Schreiben ersucht, haben

<sup>1</sup> H. a. D. 381

<sup>2</sup> H. a. D. 385

wir dem f. J. W. Herrn Hans Georg von Arnim befehlen damit zu verfahren, und von der Belagerung der Stadt Stralsund abzulassen. Inwiefern der Abzug auch schon geschehen sein wird. Doch (es) aber damit etliche Stunden sich wird verweilt haben, werden Ew. Kdd. wohl dem zumeisten, daß man die Städte zuvor aus den Batterien und Trencben gewinnen und etwad Zeit damit zubringen müssen. Wie denn eine Belagerung aufzuheben und eine Armee zu movieren, mehr Mühe und Zeit erfordert als man bloß einen Aufschwingen anspannen und spazieren fahren wollte."

"Dannenhervo uns und allen kaiserlichen Officieren zu viel und unzulisch geschehen, auch daß uns die Schuld zugemessen werden will, (wir) nicht unbillig empfinden, und halten wir Ew. Kdd. gleichwohl viel ehrlicher und wichtiger als daß Sie Ihren fürstlichen Worten, auch messen Sie sich rewersiert, verbunden, schrift- und mündlich zugesagt, vergessen sollten. So sind Dieselben nicht weniger mit einem solchen Verstande begabt, daß Sie wohl erwägen und wissen werden, daß, im volbrügten Falle, wir Mittel genug (haben), und bedürfen an Denselben zu erholen."

Einige Tage später, am 8. August, verlangt<sup>1</sup> Wallenstein von Arnim Nachricht. „was der Herzog von Pommern nach dem Fylz sagt, den ich ihm dieser Tage zugeschrieben habe." Inzwischen hatte Bogislav einen Landtag berufen. Darüber spricht sich Wallenstein zu Arnim aus, am 11. August, mit den Worten:<sup>2</sup> „Daß der Herzog von Pommern einen Landtag ausgeschrieben, (das) vernehme ich, daß es wegen derer von Stralsund ist. Denn er wird, ob Gott will, nicht wollen einen Krieg mit uns anfangen. Ich wollte, daß ihn die Lust anlände, so stünde Pommern Medlenburg gewaltig glatt an."

Wir sehen also die Bethätigung der Worte, die Wallenstein einige Wochen zuvor in Frankfurt a/O. zu dem Brandenburgischen Schwarzenberg gesprochen: er wolle dem Herzog Bogislav und den Ständen von Pommern die Hölle heiß machen. Und zwar tritt die Absicht bereits klarer hervor: Wallenstein will den Herzog provocieren, irgend etwas zu thun, was für Wallenstein die Handhabe bieten würde, ihn zu behandeln gleich den Herzögen von Medlenburg.

Auch diese selbst lernten erst damals zur vollen Genüge wie sie mit ihm daran waren. Vor Wallenstein in Büßrow erschienen in denselben Tagen als Gesandter des einen Herzogs, der damals in Magdeburg

<sup>1</sup> H. a. O. 390      <sup>2</sup> H. a. O. 391.

meiste, der Rath Rothmann mit dem Erbieten für Mecklenburg jegliche Pflanzsumme zu entnehmen, wenn Wallenstein sich bei dem Kaiser für ihn verwenden wolle. Der Bevollmächtigte fuhr darauf: „Der Kaiser hat mich hergeschickt, um Rebellen zu verfolgen, nicht um mit Intrigensmann mich abzugeben. Kommt Ihr nochmals mit solcher Potshoft, so lasse ich Euch den Kopf vor die Füße legen.“<sup>1</sup>

Auch der Herzog Bogislaw und seine Räte mochten aus dem jungen Verhalten Wallensteins seine Absicht auch auf Vommern durchgesehen oder auch geradezu erkannt haben. Denn noch am Tage des Eintreffens jenes Briefes, dem 3. August, wendet der Herzog sich mit einer Darlegung des Sachverhaltes von Stralsund an den Kaiser.<sup>2</sup> Er erzählt zuerst, wie sehr er sich bemüht, in der Voraussicht der Gefahren, die aus dem Stralsundischen Unwesen kommen könnten, dasselbe beizulegen. Leider seien diese Gefahren angezogen. „Denn wie die Stadt Stralsund mit wiederholten harten Schritten zum äußersten angegriffen und dadurch in Desperation gestürzt ist, haben die Bürger in solcher ihrer höchsten Noth und Drangsal, wider mein Wissen und Willen, den Succurs, welcher sich ihnen aus Schweden und Dänemark präsentirt haben soll, eingenommen und sich defendirt, so gut wie sie es wider eine solche große Macht vermochten.“

„Da man leicht anzunehmen, daß dies ein weites Aussehen genommen und hiernächst dem ganzen Römischen Reiche daraus die höchste Ungelegenheit und Gefahr bevorab am baltischen Meere, entstehen, auch mit und meinem Lande so ganz unverschuldeter Noth ein langwieriger blutiger Krieg über den Hals geführt werden mochte, habe ich mich nochmals äußerst bemüht, bei dem Herrn General Herzogs von Friedland Edd. die Sache in Güte zu heben. Wie denn auch letztlich durch Gottes gnädigste Verleihung ein Accord getroffen worden. Und weil der General sich dazu keineswegs sonst verstehen wollen, es sei denn daß ich und meine Landtschaft caviert, wofern die Stralsunder solchem Accorde nicht nützlich gewesen, und Euer K. M. daraus Ungelegenheiten entstehen würden, daß Ew. K. M. deswegen sich an mich und meiner Landtschaft zu erholen ermächtigt sein sollten —“ So habe ich solche Caution auf mich genommen, und keiner anderen Ursache und Intention als bloß allein zu hehem Weipact Euer K. M. und Armee, sodann (um) die Stadt Stralsund

<sup>1</sup> Juvul. VIII, 66. Medl. Hologr. Anlage CCLVII

<sup>2</sup> Kriegstact. B. 91

den zwei Königen und den Händen zu stehen und das Übel gering abzumenden, welches wofern diese unglückliche Streitsache nicht bald beigelegt würde, dem R. Reiche und Ew. R. M. ohne Zweifel erwachsen mögen. Ich habe auch zu Wien gehofft, weil die Strahlunder sich zu solchem Accord verstanden und mir eine Real-Affirmation darüber ausgestellt, daß sie mich und mein Land darunter noch und schadlos halten wollten, daß dies betrübte Unwesen alsbald im Grunde wäre accordirt worden, bevorab wenn vermöge dieses Accordes die kaiserliche Armee alsbald und ohne ferneren Aufenthalt und Schaden des Landes wäre von der Stadt ab und aus meinem Lande geführt, zumal da ich bis zum 12/22. Juli allen Puncten des Accordes völlig Genüge geleistet. Es ist aber über alles Verhoffen Ew. R. M. Armee noch am 23. Juli 2. August vor der Stadt Stralund gelegen. Dadurch und daß der Ausbruch nicht alsbald geschehen, abermals die Stadt Stralund in Disfidenz und hochschädliches Mißtrauen gesetzt worden, so sehr daß sie auch an ihrer Betheilung gezweifelt und mich beschuldigt, als hätte ich sie darin irre geführt, daß der Ausbruch der Armee sofort erfolgen solle. So wie auch dem Verlaufe zu muthmaßen, mögen auch die zwei Könige dadurch in mißtraurche Gedanken gerathen sein, weil sie einige Tage nach dem aufgerichteten Accorde einen größeren Succurs überschickt, auch zugleich mit vielen Schiffen meine Insel und Fürstenthum Königs besetzen lassen.“

„Obwohl ich nun hoffe, daß, weil ich in Allem christlich und ehrbar gehandelt, der Herr General wegen der geleisteten Caution wider mich nichts vornehmen werde: so werden doch in der kaiserlichen Armee von hohen und niederen Officieren, wie auch der gemeinen Soldaten, allerbald weit aussehende Törcere geführt und mir und meinem Lande ein Partes angedroht, worüber ich denn nicht wenig bestürzt, und wegen der Erbitterung, die ich auch so schon über den vor Augen stehenden Muth meines Landes empfinde, hochlich betrübt bin.“

„Dessen nach haben Ew. R. M. aus allen Umständen zu entnehmen, daß dies Stralundische Unwesen, wie auch die Plöherung der Insel Königs, und was sonst dem R. R. Reiche, so auch Ew. R. M. und meinem Lande für Gefahr, Ungelegenheit und unabwehrunglicher Schade ferne zuwachsen möchte, einzig und allem daher entspringen und geflossen, daß Ew. R. M. Armee guten Theils in mein Land einquartirt werden. Zumalen ich dies vorher befürchtet, es vorher Ew. R. M. meiner schuldigen Pflicht nach allerunterthänigst zu erkennen gegeben und gehersamst gebeten, mich und mein Land mit solcher hochbedauerlichen

und allerhand Übel nach sich ziehenden Einquartierung zu verschonen, damit ich also meiner getreuesten standhaften Devotion in etwas zu genießen hätte und nicht, gleich Ew. R. M. Feinden und Widerwärtigen, ruiniert würde.“

„Daher bitte ich nunmehr um völligen Abzug der Arme, zumal ich unzweifelhaft hoffe, daß wenn dies geschehen, die auswärtigen Könige in und durch mein Land gegen Ew. R. M. nichts unternehmen werden. Inwiefern ich denn auch, nächst göttlicher Verleihung, solche gute Mittel dawider vornehmen und gebrauchen will, daß solches nicht geschehen sollte.“

Nachdrücklicher noch stellt Bogislaw seine Bitte in einem anderen Schreiben.<sup>1</sup> Nach einem Überblick des eigenen Verhaltens und desjenigen seiner Vorfahren sagt er weiter: „Derwegen dann ich in dem Gedanken bin, daß nach dem rühmlichen Exempel meiner hochgeehrten Voreltern mir die Defension dieser Lande, ohne solche und dergleichen hochbeschwerliche Präsidia als jetzt im Lande, nach wie vor noch wohl anzuvertrauen.“

„Und obwohl Ew. R. M. deswegen in mich einen Zweifel setzen und es nicht dafür achten möchten, daß Pommeren zu solchem Werte sufficient oder bastant sei, so bezeugen es dennoch die uralten bei bewährten Historien-schreibern befindlichen Geschichten, wie sie durch Gottes Gnade auch bei schweren Kriegsanfällen pro aris et focis das Ihrige vermehren prästiert, daß sie ihren statum fort und fort beibehalten und durch keine Hostilität davon abgedrungen, auch deswegen noch niemals so weit als leider durch diese betrübte Einquartierung geschehen, ernuert worden.“

In voller Anerkennung also des kaiserlichen Rechtes der Waffen durch das Reich bittet der Herzog Bogislaw um die kaiserliche Gestattung, selber sein Land zu verteidigen. Einen anderen Schluß als Bogislaw zog aus den bisherigen Vorgängen Wollenstein.

Auch Wollenstein berichtete dem Kaiser über den Herzog Bogislaw und die Stadt Stralsund, am 11. August.<sup>2</sup> Darin heißt es: „Wie nun aber diese Stadt jederzeit mehr Diffidenz in des Herzogs zu Pommeren Edd. als in Ew. R. M. gesetzt, und besorgt hat, daß, wenn sie das eigene Volk abbandte und eine Besatzung des Herzogs einnähme, derselbe sie endlich unterdrücken möchte so hat sie deshalb gesucht die Vollziehung

<sup>1</sup> Ansgästen 3. 81.

<sup>2</sup> N. a. O. Abgedruckt bei Gindels, Waldeck II, 83.

dessen, wozu sie kraft des geschlossenen Accordes verpflichtet war, so lange hinausgeschoben, bis sie endlich von dem Dänenkönige mit mehr Kriegsvolk versehen worden. Gleichwohl hat der Herzog von Pommern mich auch dann noch der beharrlichen Treue und Devotion der Stadt Stralsund versichert, so wie, daß sie allem was im Accord verglichen worden, fleißig nachkommen werde. Weil ich nun mit ihm und nicht mit der Stadt accordiert, so habe ich es bei solcher Versicherung verbleiben und auf hartes Anhalten des Herzogs zu Pommern die Belagerung aufheben und die Armee abführen lassen.“

Man sieht, in welcher verschiedenen Weise einerseits Bogislav, andererseits Wallenstein den Vertrag vom 11/21. Juli vor dem Kaiser geltend machen. Insofern erreichte Wallenstein seinen Zweck, daß sein Abzug nicht wie eine Niederlage erschien. Zugleich bahnte er sich für das voranschickliche Beharren Stralsunds in der Opposition den Weg zu einer Anklage Bogislavs. Zunächst aber handelte es sich um das Verbleiben der Armee in Pommern. Wallenstein begründet dies wie folgt:

„Dabei mir dann dies zu bedenken eingefallen, daß ich gleichsam lauter neue Regimenter vor Stralsund gehabt, und mich der alten, welche auf viele Meilen Weges durch Pommern und Hinterpommern, zur Verwahrung der Seeflüßen mitgetheilt, nicht gebrauchen können, also daß die Meinigen von Tag zu Tag abgenommen, sich consumirt, und hingegen zu Stralsunder stets mit frischem Volke zugenommen haben. Wie denn der Feind sich mit seiner meisten Macht zu Weier nächst Stralsund gezeigt. Deswegen habe ich die Besorgz gefaßt, daß der Feind beabsichtigt, mich so impegnirt zu halten, daß darüber die Armee sich consumirt, um unterdessen an einem anderen Orte etwas zu versuchen. Um dem zu begegnen, seine Absichten zu durchkreuzen und die Armee beweglicher zu machen, damit ich mich derselben jedes Mal gebrauchen und an den Ort, wo es von nöthen, wenden könne, habe ich, wie berichtet, zumal auf die starke Versicherung und das inständige Anhalten des Herzogs von Pommern, die Armee von Stralsund abführen lassen. Dies wird anders keinen Schaden bringen, als daß man das Fürstenthum Pommern, sonderlich aber die an Stralsund grenzenden Orte, zur Verhütung von allerley Ungelegenheiten, etwas stärker wird besetzen müssen.“

Mit dieser überraschenden Schlusswendung kommt also Wallenstein zum Gegentheile des Ergebnisses, welches Bogislav aus dem Thatsachen gezogen. Dieser verlangt die Abführung aller Truppen: jener kündigt eine stärkere Anhäufung an.



Das angeführte Schreiben Wallensteins an den Kaiser ist vom selben Tage, dem 11. August, an welchem er, ebenfalls eigenhändig, seinem Vertrauten Armin schreibt, daß im Falle eines Widerstandes des Herzogs Bogislaw und der Pommern wider ihn „das Herzogthum Pommern dem Herzogthume Mecklenburg gewaltig glatt ansetzen würde“. Das Schreiben ist also aus derselben Gesinnung geflossen, aus welcher er, um eine Sache an Bogislaw zu haben, einen Widerstand zu provocieren wünschte.

Zugleich ergibt sich daraus, daß bis dahin, bis zum 11. August, für Wallenstein ein Anlaß zu einer bestimmten Klage gegen Bogislaw und die Pommern nicht vorlag. Aber man mußte gefast sein auf eine feindliche Landung. Bereits am 7. August meldet<sup>1</sup> Wallenstein aus Wüstrom an Armin: „Der D. Jahrensdach berichtet, daß der Schwedenkönig mit sieben Regimentern zu Schiff gegangen ist. Nun weiß ich wohl, daß in allem der schwedischen Canaglia nicht über 3000 Mann sind. Habe aber dennoch den Herrn avisieren wollen, daß er in Hinterpommern besiehlert alert zu sein.“ Dann kommt Wallenstein auf Bogislaw. „Will der Herzog von Pommern nicht sedem bellu in sein Land einführen, so müssen sie auch das Ibrige thun.“ Und weiter gibt er für sich selber die Versicherung: „Ich bin resolviert: sobald etwas der Feind an einem Orte landen wird, so will ich ihn auf die Haube ziehen. Der Herr habe die Armer nur fertig zum Marschieren, auf daß wir uns wenden können, wohin es uns gefallen wird.“

Das Gerücht über den Schwedenkönig erwies sich als ein blinder Wurm. Der Dänenkönig dagegen, dem Bogislaw vergeblich eine Abmahnung zugesandt,<sup>2</sup> landete am 1./11. August an Usedom. Er nahm die Schanze bei Bernemünde, rückte dann auf Wolgast vor, am 3./13. August. Der dort versammelte Landtag war ihm keineswegs geneigt. „Die“ herzoglichen Rathe und Landstände faßten die heroische Resolution, Leib und Leben zur Vertheidigung des Platzes einzusetzen, und auch der Rath von Wolgast lehnte die Annuthung des Königs ab.“ Anders die herzoglichen Soldaten in Stadt und Schloß. Sie murrten zu Gunsten des Dänenkönigs. Der Commandant, von Herden, sah sich gezwungen, bedingungslos das Schloß zu übergeben,<sup>4</sup> am 4./14. August.

Armin und Wallenstein sahen die Sache anders an. Am 15. August

<sup>1</sup> Hörtner I., 387.

<sup>2</sup> Jod. 295.

<sup>3</sup> H. a. L. wörtlich.

<sup>4</sup> H. a. L. 236.

schrieb<sup>1</sup> Wallenstein an Colalto: „Arnim meldet, daß sich die Pommern schon öffentlich auf des Feindes Seite erklären. Vor einigen Tagen haben sie die Schanze bei Pommernmünde, die mit herzoglichem Volke besetzt war, den Dänen eingeräumt, und eben so gestern das Schloß Wolgast in welchem 800 Mann des Herzogs gelegen, ohne einen einzigen Schuß auf den Feind zu thun. Man muß ich gewachsam gehen, und mehr Truppen aus Ostpreußen und Jütland kommen lassen.“

Nach noch als gegen Colalto spricht Wallenstein sich am selben Tage gegen Arnim aus.<sup>2</sup> „Aus des Herrn Schreiben vernahm ich, wie mißvergnügt man Wolgast behandelt, auch wie ehrbar man mit den Unserigen zu Barth gehandelt. Haben es nur die Herren Pommern gut gemacht so werden sie es gut haben. Ich lasse von allen Orten Vorrath zusammenziehen und solchen will ich alles herren gebrauchen.“ Aus dieser Anweisung von Truppen in Pommern ergab sich dann noch eine weitere Consequenz. Am 17. August schreibt<sup>3</sup> Wallenstein wieder an Colalto: „Der Herr Bruder kann jetzt mit solchen Reformen zureden halten, bis wir sehen, wohin das Werk sich wollen, denn wir machen der Feind nicht so viel Nachdenkens als daß ich Besorgnis trage vor der Untreue dieser Länder. Der König hält sich noch alles in den Inseln, daher ich ihm nicht beikommen kann. Er laßt sich aber alle Tage voll. Ich verhoffe zu Gott, daß er einmal im Mäusche etwas wagen wird. Trachtet er hervor aus den wässrigen Örtern, so ist er gewis unser“ – Weiter schreibt<sup>4</sup> Wallenstein am nächsten Tage, dem 18. August, an Colalto: „Ich besorge, daß die Pommern mit einem Scheiterschuß umgehen und zum Feinde fallen wollen.“ Für diese Besorgnis beruft er sich darauf, daß die gemeine Rede so gehe. — Es erfolgte dann das Treffen bei Wolgast.

Wallenstein's offizieller Bericht gibt an, daß die Dänen mit 6 Regimentern zu Fuß und 15 Compagnien bei Wolgast gelandet seien.<sup>5</sup> Dänische Berichte beschränken die Zahl auf 22 Bataillone zu Fuß und 2 Compagnien Reiter.<sup>6</sup> Jedenfalls konnte Wallenstein eine überlegene Macht zusammen ziehen, bei Greifswalde. Am 23. August wurden die dänischen Truppen zerstreut, Stadt und Schloß Wolgast wieder genommen, jedoch schmachlich geplündert.<sup>7</sup> Der Dänenkönig rettete sich auf seine Schiffe.

<sup>1</sup> Schwanitz 77.    <sup>2</sup> Jäger I, 304.    <sup>3</sup> Schwanitz 78.    <sup>4</sup> W. a. D.  
<sup>5</sup> Schwanitz XI, 216.    <sup>6</sup> Jäger IX, 698.    <sup>7</sup> Jäger 299.

Auf den Antrag Wallensterns erhielt Maxim von dem Kaiser ein besonderes Belohnungsschreiben<sup>1</sup> für die bei Wolgast bewiesene Tapferkeit, welche „Dir bei uns und müniglich zu unsterblichem Ebre und ewigem Ruhme getreicht“.

Wallenstern scheint geglaubt zu haben, daß sein eigentlicher Plan, durch seine Provokationen, namentlich durch die Anhäufung von Truppen im Lande, einen Act des Widerstandes hervorzuwirken, der ihm zum Vorwande des Weiterzuges dienen würde, nicht fehl schlagen werde. Sein oft erprobtes Werkzeug, der Kriegsrath Quesenberg, ließ sich in Wien bereits verlauten, daß Wallenstern ihm geschrieben: der Herzog von Pommern sei mit Land und Feuten, und die Städte mit Hab und Gut der Kaiserlichen Majestät verfallen<sup>2</sup>. — Bei diesem Schreiben Wallensterns an Quesenberg hatte jedoch mehr seine Begehrlichkeit die Feder geführt, als die Erwägung der Thatfachen. Weder der Herzog Bogislaw noch die Landstände von Pommern gaben dem gefürchteten Kriegshaupten eine Handhabe, seine begedrungenen Wünsche in Erfüllung zu bringen.

### 15. Weitere Bemühungen des Herzogs Bogislaw um die Abführung der fremden Truppen.

Went entfernt sich mit dem Dänen oder den Schweden einzulassen, war der Herzog Bogislaw nur beflissen, bei beiden Königen die Abberufung ihrer Truppen aus Stralsund zu erwirken. An den Schwedenkönig, der sich zu Marienburg an der Pogat befand, schickte er den Stiftsvoigt Vomer, und ließ bitten, daß nunmehr, nachdem die Belagerung aufgehoben, auch die schwedischen Truppen aus Stralsund abgehen möchten. Denn die Kaiserlichen sprächen die Besorgnis aus, daß der Schwedenkönig von Stralsund aus durch Pommern ins Reich vordringen werde, und beriefen sich auf diese Besorgnis, um ihre Besatzungen in Pommern zu belassen. Daher ersucht Bogislaw zugleich den König, die Versicherung zu geben, daß er von Stralsund aus zum Nachtheile des Reiches nichts unternehmen wolle. — Das Ersuchen traf den Kern der Sache.

Gustav Adolf jedoch mußte antworten. Die Bitte, erwiderte er, am 7/17 August, sei ihm sehr befreundlich.<sup>3</sup> Es liegt öffentlich zu

<sup>1</sup> Weber I. 391.

<sup>2</sup> Schwarzenbergs Bericht vom 2. 12. September, abgedruckt bei Gieseler, Geschicht II, 122.

<sup>3</sup> Kriegsdienste II. 81. Aug. berührt bei Garter, Wallenstein 271.

Tage und Jedermann wisse, daß er sich nur als einen Feind des römischen Reiches erzeigt, viel weniger sich in das deutsche Kriegswesen eingemischt, weder in Absicht, noch mit der That. Darum sei der Argwohn der Kaiserlichen unbegründet, ersehen nur zu dem Zweck ihn verhasst zu machen. Aber darum auch erachte er sich nicht für verbunden, auf das unbefugte Urtheil eines solchen Argwohnes sich mit einer Versicherung einzulassen. Anders liege die Sache. Er habe sich der befreundeten Stadt Stralsund, die wider des Reiches Ordnung und Frieden, ja wider die ausdrücklichen Decrete des Kaisers, von den Kriegsobersten bedrängt worden, auf die Bitte der Stadt mit Güte angenommen. Obwohl nun ein Friede abgehandelt, so könne doch er, weil auch ihm die Sache mit angehe, die Belagung nicht eher abrufen, als bis er selber der Dinge sich besser erkundigt, und sehe, daß die Stadt in ihren alten ruhigen Wohlstand gesetzt sei. Am besten grüße eine solche Erkundigung an Ort und Stelle, und darum werde er nach Stralsund einen Gesandten schicken, der, „was das einzig und allein und nichts Anderes der König beabsichtigt,“ alle seine Gedanken dahin richten solle, wie diese Stadt in der hergebrachten und bisher ungeführten Freiheit erhalten bleibe.“  
 Er sehe also die Weisheit des Schweden, seine wahre Absicht hinter die Behauptung des Gegentheiles zu verhehlen.

Mit ähnlicher Vorsicht umahm er sich gegen die Stadt Stralsund. Diese entsandte an ihn, im August, den Bürgermeister Strunwig und den Advokaten Johann Josquin von Goyen.<sup>1</sup> Es handelte sich für den Schwedenkönig darum, daß er für den Verbleib seiner Truppen in Stralsund den guten Willen des Rathes und der Bürgerschaft beziele. Darum bezeugte er sich den Gesandten sehr gütig. Er erließ der Stadt die Verstattung der für sie aufgewandten Kosten.<sup>2</sup> Es ward vernahmt, daß der Commandant der Truppen neben dem Könige auch dem Rathe schwören solle. „In Summa,“ heisst es am Schluß, „soll allerseits dahin gearbeitet werden, daß die Stadt wider äußerliche Feindes Ueberfall gesichert, und vor innerlicher Zwietracht und Tumulten gesichert bleibe.“<sup>3</sup>

Es geschah jedoch einmal, daß der schwedische Rath Solbins dem Herrn der Sache näher trat. Er fragte, mittel Strunwig,<sup>4</sup> „Ob wir nicht homagium schwören wollten, und dasjenige, was J. J. G. zugesprochen, der Königl. Majestät zu leisten? Ego excusavi. — Ille:

<sup>1</sup> Quod S. R. M. solum atque unice nec quicquam aliud intendit

<sup>2</sup> Hof 521      <sup>3</sup> H. a. D. 522.      <sup>4</sup> H. a. D. 523.

Ob wir dann J. J. Gn. würden lusten debita? — Ego: Ja, salvis privilegiis.“ — Die Unterredung ging weiter im selben Sinne. Demnach hielt sich Steinwig noch für einen getreuen Unterthan des Herzogs Bogislaw. Dies war am 26. August/5. September. Sechs Tage später schrieb Salvius<sup>1</sup>: „Der ganze Handel beruht darauf, daß der König mit einer Armee herkomme, dann huldigt wohl realiter die Stadt Sr Majestät.“ — So lie Schweben unter sich, noch nicht gegenüber der Stadt Stralsund.

Dahin sandte Gustav Adolf noch im Laufe des Monats August seinen Kanzler Oxenstierna mit der Ratification des Vertrages vom 28. Juni/3. Juli. Ferner brachte Oxenstierna Verheißungen und Geschenke, so wie Mahnungen zur Befestigung der Stadt. Eine hauptsächlichste Aufgabe seiner Sendung sowohl an die Stadt als an Christian IV. war, die dänische Belagerung in Stralsund mit höflichen Worten hinaus zu complimentieren.<sup>2</sup> Der Däne dort hatte, ohne sich darüber Klar zu werden, gearbeitet für den schlauerem Schweden.

Inzwischen gab Oxenstierna von Stralsund aus dem Herzoge Bogislaw in Betreff der Räumung der Stadt eine Antwort, die derjenigen Gustav Adolfs vom 7./17. August aus Marienburg entsprach. Er trage, sagte er, mit dem Herzoge und dessen Lande ein tiefes Mitleiden, wolle ihnen gern Ruhe, Frieden und Sicherheit gönnen. Auch sei es durchaus nicht der Wille und die Meinung seines Königs, durch den Stralsundischen Succurs sich in den deutschen Krieg einzumischen, sondern bloß auf die eigenen Interessen an den Meerporten ein wachendes Auge zu haben, und die Stadt Stralsund in ihrem Stande und ihrer Freiheit zu erhalten. Darum lobe der König und werde so viel an ihm, gern befördern, daß durch Errichtung eines beständigen Friedens dies erreicht werde. Nach Erkundigung aller Umstände aber befinde der Gesandte die Dinge so, daß keine Real-Securität vorhanden, und auf Worte sei nicht zu bauen. Der Gesandte halte dafür, daß, wenn Wallenstein völlig abzöge, der König seine Besatzung in Stralsund auch nicht Eine Stunde mehr belassen würde. Im anderen Falle aber werde er sie noch verstärken müssen.

Die wohl berechnete Antwort verwies also abermals den Herzog Bogislaw an Wallenstein. Wir haben daher zunächst das Verhalten dieses letzteren zu dem Schweden ins Auge zu fassen.

<sup>1</sup> Oeder III, 149. Nr. 1.

<sup>2</sup> Oxenstierna B, 412, 417, 419.

Die wiederholten Befehle Wallensteins an Arnim, die schwedischen Schiffe in Rausch aufgehen zu lassen, vom Herbst 1627 an, wo doch Gustav Adolf eine Zeitlang darauf auszugehen schien, die dänische Bräute mit Wallenstein zu ehelichen, haben uns gezeigt, daß Wallenstein sich bei dem Gedanken an den Schweden nicht sicher fühlte, auch wenn dieser Freund wäre. Vom Frühlinge 1628 an, wo ihm die freundliche Verfassung des Schweden nicht mehr zweifelhaft sein konnte, bemühte sich Wallenstein, in Worten an Arnim ihn zu unterstützen. Dennoch stand der Schwede wie eine schwarze Wolke an Wallensteins Horizonte. In denselben Tagen, als, damals noch ohne Wissen Wallensteins, die Hülfserbietungen des Schwedenkönigs an die Stadt Stralsund gelangten, ließ Wallenstein Urkundungen einziehen nach dem Geburtsorte des Schweden, so wie dem Geburtsorte, weil dessen Polhöhe erforderlich sei, und anderen Dingen, die dienen sollten, dem Schweden die Nationen zu stellen.<sup>1</sup> Da das Ergebnis solcher astrologischen Forschungen von der Subjectivität des Astrologen nicht unabhängig zu sein pflegen, so ist kaum anzunehmen, daß Wallensteins Vertrauen zu Gustav Adolf dadurch befestigt worden sei. Am hatte neuerdings der Schwede durch die Hülfen für Stralsund den Plan Wallensteins mit dieser Stadt durchkreuzt. Dazu beklagte er sich, daß Oranienburg es vermende, ihm keinen Admiralstitel zu geben.<sup>2</sup> Wallenstein gebot die Orte, wo man schwedische Besatzung fände, härter zu verfolgen als diejenigen mit dänischer.

Dazu hatte er gegen den Schweden noch etwas Anderes im Sinne, was er schriftlich bei Arnim nur als die schwedische Boche und ähnlich andeutet. Da heißt es, im Anfang September:<sup>3</sup> „Bitte, der Herr bemühe sich, auf daß wir an Schweden Jemanden schicken, der das verrichten wird.“ -- Und weiter einige Tage später:<sup>4</sup> „Der so in Schweden wird sollen, der muß sich bald aufmachen, ehe denn der Winter kommt.“ Abermals am 15. September:<sup>5</sup> „Mit dem Schweden will ich mich in keine Tractation einlassen, denn seine Sachen sind alle auf Betrug angehen. Bitte deswegen den Herrn ganz fleißig: er wolle sehen, daß wir bald Jemanden hinschicken, der das verrichten wird. Denn es ist schon Zeit, daß er hurtigst ehe denn der Winter kommt. Wenn ihn der Herr wird bekommen, so schick er ihn nur zu mir, auf daß ich ihm das erlege, was der Herr mit ihm wird accordirt haben.“ -- Und wiederum am 21. September:<sup>6</sup> „Der Kaufmann ist bei mir gewesen,

<sup>1</sup> Hoyer I, 338.<sup>2</sup> H. a. D. 307.<sup>3</sup> H. a. D. 307.<sup>4</sup> H. a. D. 309.<sup>5</sup> H. a. C. 306.<sup>6</sup> H. a. C. 308.

welchem ich die 5000 Rthlr alsbald habe erlegen lassen, und versprochen, wenn das Werk seinen Fortgang gewinnen wird, daß ich ihm zu den von dem Herrn versprochenen 15 000 Rthlrn noch andere 15 000 Rthlr geben will, und also hätte er, wenn es wohl reussiert, noch 30 000 Rthlr zu empfangen. Bitte, der Herr gebe ihm alle Anleitung, auf daß alles wohl angestellt wird, und er sich und seine Leute un verzüglich dahin ancaminiere."

Mit diesen dunkeln Worten der Verheißung eines Lohnes von 30 000 Rthlrn drückt unsere Kunde der Sache ab.

Am 2/12. September erschien vor Wallenstein im Namen des Herzogs Bogislav seine Gesandtschaft, unter der Führung des Stadtvogtes Bonin, mit jener Katholik Ozensternos. Auf den Bericht fuhr Wallenstein heraus: "Ich will so wenig den Euren als den Andern in Straßburg leiden, sondern sie alle mit einander darin ruinieren. Oder, wenn Einer darin bleiben sollte, so wollte ich lieber den Dänen darin wissen als den Schweden, denn der Däne ist noch ein Fürst des Reichs, der Schwede aber nicht, und ich habe denselben lieber für einen declarirten Feind als einen simulirten Freund, begehre auch seiner Interposition gar nicht. Das Hl. Reich kann wohl ohne ihn seine Kriege schlichten und der Friedenshandlung beßen. Er bleibe nur in seinem Königreiche und lasse mich alldier machen. Ich frage nach ihm nichts" — mit einer Weberbe der Geringschätzung. "Ich habe mit seiner Einmischung und vorge schlagenen Bedingungen nichts zu schaffen, sondern er muß ohne alle Bedingung abziehen. Ich will ihm sonst mit 140 000 Mann entgegen rücken. Haben die Straßburger mit ihm eine Allianz zur Defension, so ist das der alte Deckmantel ihres Vadenfudes; denn unter der Defension will sich der Schelm allezeit verbergen."

Die Gesandten berichteten weiter über das Verhalten der Stadt Straßburg. Sie beruhte sich darauf, daß die kaiserliche Armee nicht zur bestimmten Zeit abgezogen sei, auch keine Ordnung gehalten habe, sondern mit Raub und Brand noch täglich alle Feindseligkeiten verübe. Darauf Wallenstein: "Die Straßburger sind Schelme. Man möge nur die Tractaten mit ihnen einstellen: ich will sie schon zurecht bringen. Dem Herzoge von Bommern begehre ich nicht der geleisteten Caution halber molest zu sein, noch damit zu putzen, oder ihn daraus zu belangen."

<sup>1</sup> Kriegssachen 7. 52. Bericht vom 2. 12. September. Vgl. etw. anders, endo

Solches ist mir fern.“ Er wiederholte das mehrmals. Der Gesandte Bonin acceptierte das mit hohem Danke. Der Herzog Bogislaw, sagte er, werde darin eine besondere Kunst erkennen.

Dem Herzog Bogislaw gegenüber zieht also Wallenstein etwas zurück, und zwar mit gutem Grunde. Denn seine hochfahrenden Reden gegen den Schwedenkönig änderten nichts an der Thatsache, daß eine starke Besatzung desselben in Stralsund lag und von da aus auch verwendet werden konnte. Diese Thatsache allein schon machte für Wallenstein einen Gewaltstreich gegen den Herzog, wie, nach seinen Äußerungen zu Arnim und bei der Anhäufung seiner Truppen in Pommern, im August ihm vorgeschwebt haben mag, nicht mehr rathsam. Der Verlauf der Dinge von Stralsund konnte in härterem Maße sich wiederholen.

Die verschiedenen Reden Wallensteins über Gustav Adolf, die wir vernommen, regen die Frage an, ob auch seinerseits der Schwede sich über Wallenstein geäußert habe. Einer der Biographen Gustav Adolfs, der Engländer Carte, berichtet: „Es viel ist gewis, daß Gustav Adolf den Wallenstein allezeit als einen Mann betrachtete, der seinen Verstand nicht völlig in der Gewalt habe.“<sup>1</sup> Er führt für eine solche Äußerung des Schwedenkönigs keinen bestimmten Nachweis an. Wenn jedoch diese Angabe sich auf wirkliche Äußerungen Gustav Adolfs stützt, so würde darum voranstehen müssen eine solche über den Angriff Wallensteins auf Stralsund und die Fortnächigkeit im Festhalten daran. Denn es mochte doch noch und noch auch schon damals, im Jahre 1628, gar Manchem eine Klarheit darüber aufgeben, daß das Thun Wallensteins in Pommern weniger dem Interesse des Kaisers und des Reiches entsprach, als der Absicht nach, der Begehrlichkeit Wallensteins, in der Wirklichkeit aber den Wünschen des Schweden.

Unter denen, welchen damals diese Klarheit noch nicht aufging, befand sich der Herzog Bogislaw. Bei ihm, bei dem das herrliche, drohende Auftreten Wallensteins tief eingeschüchtert, fanden die glatten Reden des Schweden am so leichteren Eingang. Bogislaw sah nur die Bedrohung durch Wallenstein. Der Kaiser stellte ihm, am 2. September, die Frage, auf welchen Grund hin, bei der Unzufriedenheit der Stadt Stralsund, Bogislaw glaube, daß die Abführung der Wallensteinischen Armee ihm

<sup>1</sup> Carte II, 78. Vgl. Meusel VIII, 187. Auch der Letztere geht keinen Nachweis an.



Sicherheits bringen werde.' Die Antwort Bogislav's greift bereits weiter als früher. Zuerst spricht er abermals die Klage aus, daß der Kaiser nicht ihm selber die Verteidigung seines Landes überlassen habe. Dann meint er: es sei ja der Vernunft nach zu wünschen, daß der König von Schweden, weil bereits mit einem schweren Kriege gegen Polen beladen, sich nicht so leicht in einen anderen und gefährlichen Krieg stürzen werde. Jedoch sei zu wünschen, daß beide Könige Versicherungen des Friedens ausstellen. „Dieses Vorschlagen," sagt Bogislav, „getröste ich mich um so viel mehr, weil auf meine bewegliche Erinnerung die königliche Würde in Schweden sich nicht allein bereits erklärt, sondern auch gute Hoffnung gemacht, die königliche Würde von Dänemark dahin zu stimmen." Die Abführung der Truppen Wallenstein's, meint Bogislav, würde das rechte Mittel sein. Wenn dann auch die zwei Könige ihre Truppen abziehen, so werde er, Bogislav, die Städte besetzen, und zu ihrer Verwahrung Hülfen an Brandenburg und Kurlandien haben.

Die Antwort läßt abermals erkennen, wie nach und nach bei den einzelnen Reichsfürsten, als die Auswirkung der möglichsten Ausbeutung des kaiserlichen *jus armorum* im Reiche durch Wallenstein, immer stärker der Wunsch sich regt, selber in Waffen zu stehen.

Die Gesandten Bogislav's in Wien legten weiter dem Kaiser ein *Requis* Christiand IV. vor, vom 30. Juli/9. August, daß, wie es ja auch notorisch, ohne irgend einen Anlaß von dänischer Seite die kaiserliche Armee in Pommern eingerückt sei. Bogislav selber erneuerte seine Versicherung, daß er mit eigener Kraft sein Land zu verteidigen vermöge. Die Gesandten hatten, daß der Kaiser, weil einz. und allein bei der *R. Majestät* die Entscheidung stehe, *ex plenitudine potestatis*, ohne ein weiteres Gutachten des Generals abzuwarten, den Abzug der Truppen aus Pommern befehlen möge.<sup>1</sup>

Nicht das war die Weise des Kaisers. Er meldete, am 20. October, seinem General, daß er von dem Herzoge Bogislav abermals nachdrückliche und flehentliche Klagen empfangen. Gemäß der Capitulation von Franzburg sei doch die Inquartierung nur auf eine bestimmte Zeit und Zahl angesetzt. Dann habe die Belagerung von Stralsund so große Truppenmassen ins Land gezogen. Aber an der Aufrichtigkeit und beständigen Treue des Herzogs Bogislav habe der Kaiser nie gezwankt. Darum wünsche der Kaiser, daß der Herzog von den Kriegsverderben so viel

<sup>1</sup> Kriegssachen A. 82<sup>2</sup> M. u. C. 3. 82

möglich befreit werde. Er verlangt darüber das Galacten-Ballenstern, mit Wiederholung der Worte: „Möglichste Ausführung, jedoch so viel die ratio belli leiden mag.“ Wiederum also stand die Entscheidung bei Ballenstein.

Ingleich befanden sich Abgeordnete des Herzogs Boguslaw in Stralsund, Egeard von Uedom und Matthias Kluft. Bei ihrer Ankunft legte der dänische Oberst Holf sie in Haft, und ließ sie erst nach 11 Tagen wieder frei, am 11/21 October. Zu ihnen stellte sich Claus von Ahnen, Gesandter Boguslavs an Christian IV., mit der Meldung, daß er von diesem das Versprechen erlangt, Holf abzurufen, sobald die Stadt gegen fernere Feindlichkeiten gesichert, also das kaiserliche Heer abgezogen sei. Noch am selben Tage traten die drei Gesandten zusammen mit einem Ausschusse von Bürgermeister und Rath und den Hundert-Mann der gemeinen Bürgerschaft. Die letzteren hielten die Besorgnis entgegen, daß sie durch die Eile zum Abzug, bevor die kaiserlichen abgeführt, die löblichen zwei Potentaten offenbaren würden.\*

Die Gesandten Boguslavs begnügten sich nicht mit dieser Antwort. Sie drängten stärker. Endlich erlangten sie am 13/25. October, eine bestimmtere Erklärung. Diese überblickt noch einmal den ganzen Verlauf der Dinge, daß die Stadt, unverschuldeter Weise aufs höchste bedrängt, in dieser äußersten Noth die noch vor sich dargebotene Hülfe ohne welche auf die Dauer der Widerstand aussichtslos, angenommen habe. „Wir leben der ungewissenhaften Hoffnung,“ heißt es dann, „daß die Könige, wenn das kaiserliche Kriegsvolk diese zur Stadt nicht anzugreifen und das Herzogthum verlassen hätte, diesem Orte den edelen Frieden gern gezögert haben, und auch noch, auf die erfolgte Abführung der kaiserlichen Armeen, ihn gönnen würden.“ Die Schrift sagt weiter, daß der Dänenkönig seine Truppen zum Theile bereits wirklich abgefordert und die anderen demnachst abfordern werde.

Über dann handelt es sich um die Schreiben. Darüber lautet die Erklärung von Bürgermeister und Rath: „Das schwedische Volk, das zur Defension der Stadt gebraucht wird, kommt auch in der Stadt schlafend, und der schwedische Oberst, der über das Volk commandirt, macht sich deswegen auch der Stadt mit Eid und Pflicht verwardt. Wir behalten also kein Volk als was zur Defension der Stadt im rechten

Verhältnisse vorhanden. Und sobald das Land von den Kaiserlichen quittiert, soll es auch abgeschafft werden.“<sup>1</sup>

Es ist möglich und wahrscheinlich, daß Bürgermeister und Rath von Straßburg das glaubten. Doch sie dahn gebracht waren, das zu glauben und zu sagen, war abermals ein Weiterzug des Schweden.

Eben darum aber auch, weil Bürgermeister und Rath von Straßburg noch nicht erkannten, zu welchem Zwecke der Schwede sich ihre Stadt bedunnen wollte, hielten sie nicht ab, sich bei dem Kaiser über die erhaltene Behandlung zu beklagen. Sie legen dar, daß die Stadt immer in getruer Desolation verharret. Sie berufen sich auf den obersächsischen Kreis und die Hansestädte als Zeugen. „Wer hat,“ sagen sie, „bei zur Stunde des Uebertritts weder vor dem Reichshofrathe noch vor dem Kammergerichte angeklagt, geschweige denn übermessen und verurtheilt Was vorgegangen, das ist, mit Hintansetzung der natürlichen und bürgerlichen Gerechtigkeit, thaufschlich gegen uns attentirt. Und dazegen haben wir uns zur Wehr geehrt.“ Sie berufen sich weiter auf die kaiserliche Resolution vom 14. Jun, auf die Reichskonstitutionen, auf den Landfrieden. „Dem Allen wird keine Folge geleistet. Das Kriegsgewalt wird nicht abgeführt. Es plündert und raubt auf den Straßen, heilt das Vord ab vor unseren Schlagbäumen, blüht täglich Unruhe und Schaden. Dazu noch kommt das unchristliche Veranzen.“ — „Dieweil denn,“ schreiben sie, „wir nichts Anderes suchen, als was für sich selber Rechtens ist, so wollen wir, in Erwägung aller angeführten Motive und der höchsten Billigkeit, in Ew. R. Majestät das allergnädigste Vertrauen setzen und höchsten Fleißes gebeten haben, daß alle geflagte Gewalt gänzlich abgestellt, vor bei Frieden und Recht geschlicht, dieselben nachdrücklich versichert, der mit Unruhe und zugefügte unüberbringliche Schade repariert, und diese Ew. R. M. allergnädigste getreue Gemeinde bei ihrer höchsten Unschuld nicht je klammerlich zu Grunde gerichtet werde. Dersider wir Ew. R. M. als des Oberhauptes der Christenheit hohes Kaiserliches Amt demüthigsten Fleißes anflehen.“

Am 4 November erließ der Kaiser, auf die Klagen nicht bloß der Stadt Straßburg, sondern der Städte von Pommern überkandt, abermals ein Schreiben an Wollenstein.<sup>2</sup> „Wie wir nun,“ heist es da, „an

<sup>1</sup> N. a. O.      <sup>2</sup> N. a. O.

der Landstände beständigen Devotion und Treue — machen und dann von ihnen niemals etwas Widriges fürkommen — gar nicht vorzeln also wollten wir höchst gern sehen, daß derselben, so viel möglich und außer unserer und des Reichs Gefahr, der gegenwärtigen Verhoffenheit nach, geschehen kann, verschont werden möchten.“

Darauf erfolgte ein Bericht Wallenstein, aus Heiligenstadt, vom 11. November: „Ew. R. M.“ schreibt er, „berichte ich gehorsamst, daß ich gewisse Nachricht erlangt, daß die dänische Besatzung aus der Stadt Stralsund abgeführt werden, und das schwebische Volk allein darin verbleiben soll, unter dem Vorwande, daß dasselbe von dem Schweden entlassen, den Landes und in der Stadt Dienst und Pflicht auf- und angenommen worden sei. Dadurch gedenken die von Stralsund ihre verkehrten kühnen Gemüther nur zu beschützen und ihre verübte Untreue mit einer erdichteten Devotion zu pariren. Da man mir bewußt, wie unehrerbar sie bei den vergangenen Tractaten sich erzeigt und daß den Feinden weder zu trauen noch einziger Glaube beizumessen, zudem handgreiflich zu verspüren und abzunehmen, was für gefährliche Praktiken der Schwede eine Zeit her im H. R. Riche und sonderlich bei den Hansestädten geführt, auch gewislich sein Gemüth dahin gerichtet hat, vermußt ich der Stadt Stralsund solche je länger, je mehr fortzusetzen: so bin ich nochmals der Meinung und vertheile dabei, wie ich mich dessen auch gegen die Hansestädte hierbevor habe vernehmen lassen, daß diejenigen Orte, welche mit Schweden sich so weit vertheilt und von demselben her Ringewall zur Besatzung auf- und eingenommen, oder noch annehmen würden, billig für Ew. R. M. und des H. R. Riches Feinde gehalten und als solche verfolgt werden sollen.“

„Wir hat gebühren wollen, Ew. R. M. ein Solches zu Derorellen allergnädigstem Hochhauem unterthänigst zu berichten, damit denen von Stralsund auf ihr künftigen Angeben kein Scher ertheilt, sondern vielmehr sie als treulose Leute, welche mit Ew. R. M. Feinden sich verbündet, abgewiesen werden. Dabei ist beionders zu erwägen und in Acht zu nehmen, daß, wenn derselben Gehor gegeben und auf ihr falsches Anbringen Glauben beigemessen werden sollte, dann andern ohnedies etwas übel Schante deren Vertheidiger folgen, und sich dergleichen gefährlichen Leuten und deren Praktiken ganz unterwerfen und anhängig machen möchten. Auch würden Ew. R. M. sich dessen, wozu der Herzog von Pommern

sich durch den von ihm gegebenen Meeres verbunden, gleichsam begeben.“

Wallenstein erreichte seinen Zweck. Der Kaiser griff nicht durch, und Wallenstein handelte nach dem Principe, welches er vor dem Kaiser entwickelte in das Wort der *ratio belli*, welches er dagegen seinem Vertrauten Krumpholtz zu verstehen gegeben hatte mit den Worten: „Haben die Herren Pommeren es gut gemacht, so werden wir es gut haben.“ Die Liste der Truppen, die theils schon in Pommern lagen, theils noch im Herbst 1621 zum Zwecke der Winterquartiere einrückten, weist auf: 12 Regimenter zu Fuß von 105 Compagnien und 11 Bataillen, 19 Regimenter zu Ross von 163 Cornetten und 18 Bataillen. Der Soldstand dieser Truppen betrug 31 600 zu Fuß und 7540 zu Pferd.<sup>1</sup>

Die Stände von Pommern reichten am 22. November/2. December ihrem Herzoge einen nachdrücklichen Protest gegen diese Einquartierung ein.<sup>2</sup> „Es ist dafür,“ sagen sie, „gar kein Grund vorhanden. Wir haben niemals mit den Feinden von Kaiser und Reich irgend eine Gemeinschaft gehabt. Auch Stralsund darf nicht dagegen angeführt werden, weil weltkundig, daß eben das Stralsundische Unwesen wie eine Wirkung aus der Ursache der Einquartierung ursprünglich hergekommen, und, wenn diese unterblieben, auch zu jenem ganz und gar kein Anlaß gegeben wäre. Dazu haben G. F. W. erlängte heilsame Blege der Abhilfe vorgelegt. Auch mit dem, was im August bei Wolgast geschehen, ist die Einquartierung nicht zu vertheidigen, zumal der Dänenkönig als seine Entschuldigung immer vorgewandt, daß bei Wolgast und bei Dören feindliche Besatzung gelegen und er daher das Recht gehabt, seinen Feind zu verfolgen, wo er angetroffen. Die Einquartierung ist darum an Allem schuld. Sie hat den Kriegsschwall aus dem niederländischen Kreis in den oberländischen gezogen, der damit nichts zu thun hatte.“ Dann kommt die Beschwerde der Stände von Pommern auf den Zustand des Landes, also etwa ein Jahr nach dem Beginn der Einquartierung.

„Unsere Kirchen und Gotteshäuser, adeliche Sitze, Burwerke und Dörfer stehen zu gutem Theile öde und wüste. Die Grafen, von denen Professoren, Kirchen- und Schuldiener, ferner arme und gedrückte Leute in Hospitälern, neben Wunden und Waisen, sollten unterhalten werden, sind dahin. Der Ackerbau bleibt unbesetzt. In Städten, Flecken, Dörfern

<sup>1</sup> H. a. O.    <sup>2</sup> H. a. O. Ich bringe das Schriftstück etwas zusammen. Man vgl. dazu Hof 209 aus den pommernischen Acten.

sind von hundert Einwohnern nicht zehn übrig. Einige Städte und viele Dörfer sind gänzlich eingeäschert. Ein großer Theil des Landes, so über dreißig deutsche Meilen im Umkreis begreift, ist ganz verwüstet. Viele Einwohner von Adel, Bürger und Bauern sind mit Weib und Kind ungeschützter Weise ins Elend verjagt. Viele, weil ihnen alles genommen, alle Mittel zu leben entzogen, sind in Verzweiflung gerathen und haben an sich selber die Hand gelegt. Viele sind Hungers gestorben und die Wenigen, so noch im Land, müssen wegen täglicher Beschwerden und Insolenz in ganz kurzer Zeit auch mit Weib und Kind davon gehen und das bittere Elend kennen, so Gott im Himmel geslagt sei.“

„Nun zweifeln wir nicht, Ew. J. M. werden es an Ihrer landesherrlichen Fürsorge und Bemühungen nicht erwinden lassen, damit wir aus dieser schweren Drangsal und sonderlich derjenigen, die uns noch zuletzt durch die einquartierte große Menge Volkes über den Hals geführt, mögen errettet werden.“ — „Der Troß und die Bagage beträgt beinahe nicht weniger als die Soldaten.“ — Die Schrift schließt mit den nachdrücklichen Worten: „Die Einquartierung ist den Reichsconstitutionen e diametro zuwider.“

Der Herzog Bogislaw schickte die Beschwerdebeschrift dem Kaiser ein, 5/15 December. Er fügte hinzu: „Was ich bisher hergegeben, könnte ich auf fünfzigmal hunderttausend Thaler liquidieren. Dazu kommt der Schaden, den die Belagerung von Stralsund verursacht hat. Ich hätte gehofft der Winterquartiere enthoben zu sein. Die Nahrung und die Wohlfahrt meines Landes dependirt bloß von der Bichjucht. Wenn diese fehlt, wie bereits zum großen Theile, so liegt auch der Ackerbau.“ Der Herzog bittet nochmals dringend um die Abführung der Truppen.

Eine Abführung oder auch nur Verringerung der Truppen in Pommern erfolgte nicht. Auf Vorschläge der Commissare, die der Herzog Bogislaw zur Regelung der Quartiere ernannt hatte, ließ Wallenstein sich nicht an. „Ich bitte,“ schreibt er an Arnim, „der Herr lasse einem jeden Regimente das Territorium, welches ihm den Unterhalt zu reichen hat, alsbald anweisen, denn auf die pommerschen Commissare dürfen wir uns durchaus nicht verlassen. Der Herr weiß, wie sie es zuvor gemacht haben. Er wird sehen müssen, selber die Austheilung zu machen.“<sup>1</sup> — Es scheint, daß Arnim angedeutet hat, auch einige Truppen nach Medlenburg

<sup>1</sup> Jäger I, 410, 411

zu legen; denn Wallenstein, in einer Erörterung der Quatriere, schneidet kurz ab mit den Worten: „Mit dem Lande zu Mecklenburg muß man nur nicht umgeben; denn es ist in guten Händen.“<sup>1</sup>

Dort war Wallenstein völlig der Herr, wie norden die Herzöge, und trachtete nach mehr. „Ich vernehme,“ schrieb er seinem Statthalter Bengersdt, „was für Impertinenz und Prolongationen die Stände begehren. Mich das sage ich, sollen sie nicht in ähnlicher Weise tractieren, wie sie die vorigen Herzöge tractiert haben. Das werde ich gewiß nicht leiden, sondern erst nach den Gütern, dann auch nach den Personen greifen. Mit mir mögen sie nicht scherzen. Der Herr weise ihnen nur das Schreiben vor, mit der Warnung: sie sollen die Impertinenzen einstellen: es werde ihnen daraus nichts Gutes erwachsen.“<sup>2</sup>

Die Hansestadt Rostock, welche eben so wie Wismar, zu den Mecklenburger Herzögen in gleichem Verhältnisse gestanden, wie Stralsund zu Pommern, besaß nicht die Kraft des nachhaltigen Widerstandes. Als Wallenstein selber vor den Mauern von Rostock erschien, nahm es Besatzung ein.

### 16. Tilly und die Stadt Donauwörth.

Wir haben Wallenstein begleitet bei seinem Thum gegen eine deutsche Stadt, deren Häupter im Beginne der Sache an eine Auflehnung gegen den Kaiser nicht dachten. Wir haben gesehen, wie er, unbekümmert um die Rechte anderer Menschen, als die Rücksicht nur seines Handelns aufstellt das imperatorische: Ich will, und ich will nicht — und wie er durch Zwang und Drang die im Beginne getrene Stadt dem lauernden fremden Eroberer in die Arme schenkt. Es bietet sich uns der Vergleich dar, wie in derselben Zeit der andere Feldherr, Tilly, sich gegen eine deutsche Stadt vernahm, nicht etwa, weil dieß Benehmen ähnliche für die Geschichte der deutschen Nation tief eingreifende und weit reichende Folgen gehabt hätte, wie Wallensteins Benehmen gegen Stralsund. Das Verhältniß des Generals Tilly zu der Stadt Donauwörth ist für das Ganze ein so wenig bedeutendes, daß keiner der Zeitgenossen in den größeren Sammelwerken desselben auch nur erwähnt, daß es auch in der Localgeschichte der Stadt nur eben gestreift zu werden pflegt. Und doch sind diese Thatfachen, obwohl nicht folgenreich für die Gesamtheit, dennoch

<sup>1</sup> M. a. O. 414.

<sup>2</sup> Genw XIII, 68.

ren hoher Bedeutung zur Charakteristik der Zeit und der handelnden Personen. Darum verdienen sie unsere Aufmerksamkeit.

In Osnabrück war Fürstbischof Franz Wilhelm, ein Vetter des Kurfürsten Maximilian von Bayern, aus dem Geschlechte der Grafen von Wartenberg, ein eifriger Mann, jäh und beharrlich in seinem Streben für die Herstellung der Kirche. Sein Bildnis in Ordinalkleidung auf dem Rathhause zu Osnabrück zeigt die Furchen, welche ein Leben voll Kampf, voll wechselnder Glückfälle in das menschliche Angesicht zu graben pflegt. Es verkündigt und den Mann des letzten Katharsis, weniger den des Wohlwollens als der Ernüchterung. Franz Wilhelm fand das Fürstbisthum in einem eigenthümlichen Zustande vor. Von den früheren Fürstbischöfen hatten einige sich dem Protestantismus zugewandt, hatten den Stadtrathen nach der uralten Weise zu reformieren gestattet. So hatte namentlich der schwache, unselbständige Franz von Waldeck gethan, dessen mannigfache Fehltritte dem wilden Umanne der Wiedertäufer in Münster die Bahn eröffneten zu dem Brand der Verwüstung dieser Stadt. Dem Rathe von Osnabrück gestattete Franz von Waldeck im Jahre 1542 die Ausbildung des Reformationstheiles. Also blieb es lortan. Die folgenden Fürstbischöfe griffen nach seiner Seite hin energisch durch. Es bildeten sich der Zustand aus, daß man Katholiken und Protestanten durch einander wohnen sah, ohne Abneigung, ohne Feindschaft. Aber der Rath von Osnabrück hielt auf sein Territorial Kirchenhum. Eine Bewökung von siebenzig Jahren schien dasselbe festzuhalten, und die Reformma, daß das Territorial-Kirchenhum der Stadt Osnabrück nicht auf dem letzten Boden der Nechägriffe stehe, sondern auf dem unflachen der Vergünstigung durch einen Fürstbischof, verlor sich durch diese Bewökung.

Anders dachte der Fürstbischof Franz Wilhelm. Osnabrück war nicht eine freie Reichsstadt, sondern ihm als dem Landesfürsten unterthan. Daher stand, gemach dem Augsburger Religionsfrieden, nach dem Rathe der Stadt das Reformationstheil zu, sondern ihm als dem Landesherren. Noch seiner Anschauung verbunden sich für ihn Recht und Pflicht, die Stadt Osnabrück wieder katholisch zu machen.<sup>1</sup>

Doch wer nicht leucht, zumal da die Stadt dem neuen Fürstbischofe Franz Wilhelm noch nicht gehuldigt. Er versah in der Stadt Osnabrück noch keine Macht. Er mußte die's erst hancungsbekräftigen suchen. Auch

<sup>1</sup> Das Folgende nach den Akten im ehem. Domkapitel-Archiv in Osnabrück. In welchem namentlich die Correspondenz des Fürstbischofs Franz Wilhelm sehr reichhaltig.



dazu boten sich die Mittel. Franz Wilhelm war Mitglied der Liga, mithin einer der Kriegsherrn Tillys. Der General von Wallenstein in seinen Quartieren mehr und mehr beeengt, war in Verlegenheit seine Truppen unterzubringen. Franz Wilhelm schlug dem Kaiser vor, eine Garnison ligistischer Truppen in Donauwörth aufzunehmen. Er entwickelte zugleich seinen Plan der Anwendung des Requisitionsrechtes. Der Kaiser genehmigte beides. Man sieht, es ist das nicht eine Willkür, sondern der Kaiser und Franz Wilhelm stützen sich auf das positive Recht des Religionsfriedens von Augsburg. An Tilly ergingen die Befehle zur Einquartierung.

Der Rath der Stadt erkannte, was im Werke sei. Er wandte sich an Johann Georg von Rursach'en. Von dem Kurfürstentage zu Rasthausen aus im Herbst 1627 gab Johann Georg dem Rathe von Donauwörth bei dem Kaiser das Zeugnis, daß die Stadt in ihrer Devotion zu dem Kaiser standhaft verharrt habe.<sup>1</sup> Er bat sie nicht mit Kriegeswoll zu belegen. Das hemmte die Sache nicht mehr. Im November 1627 verlangte Tilly gemäß seinen Instruktionen, daß die Stadt ein Regiment Soldaten aufnehme.<sup>2</sup> Er ermahnte sie an ihre Pflicht für Kaiser und Reich. Ein Befehl des Kaisers kam hinzu. Der Rath war sehr bestürzt. Er erinnerte den Pfalzgrafen klagend und flehend, daß wenige Jahre zuvor, 1613, ein heftiger Brand ein Drittel der Stadt zerstört. Er bat nicht das über sie zu verhängen. Franz Wilhelm beharrte. Der Rath mußte nachgeben. Nicht ein volles Regiment, aber sechs Compagnien zum Belaufe von 1600 Mann, mit Weibern und Kindern, hielten im Januar 1628 ihren Einzug. Schweigend nahmen die Bürger sie auf. Die Verpflegung fiel allein der Stadt zur Last mit monatlich 16 000 Thlr. Für diesen Sold hatten die Soldaten ihre Bedürfnisse sich selber zu kaufen. Es war die einzige bedeutende Stadt, welche Tilly besetzt hielt. Die Verpflegungsordnung, die er damals ausgehen ließ, schärfte den Obersten Rücksicht ein gegen das arme Volk. Man sollte die Contributionen nicht allzu genau und ohne allen Nachlaß fordern, sondern mitleidig und barmherzig verfahren.<sup>3</sup> Er machte dies insbesondere dem Obersten Albers zur Pflicht.<sup>4</sup> Darin soll unschätzbare Vorlesung treffen, daß der Stadt, wenn sie mit dem Unterhalte für

<sup>1</sup> Donauwörth. Schreiben vom 22. October 1627.

<sup>2</sup> L. u. O. Schreiben Tillys an die Stadt Donauwörth vom 27. November 1627.

<sup>3</sup> Beläge XXXVIII zur ersten Ausgabe.

<sup>4</sup> Donauwörth. Schreiben Albers im Belaufe der Stadt.

die eingelegten Truppen nicht auf die bestimmte Zeit aufkommen könnte, sondern im Rückstande verbleibe, keineswegs mit ungestimmten Prozeduren und Unachtsamkeit ausgelegt, sondern daß Geduld mit ihr getragen werde. Tilly verbietet das Marktschreien in der Stadt. Nur von den Bürgern sollten die Soldaten ihre Bedürfnisse kaufen, und zwar damit nicht die städtischen Abgaben umgangen würden.

Drückungsarbeit war die Last erdrückend schwer Und dann erst kam noch das Andere

Sobald die Truppen in der Stadt waren, kündigte Franz Wilhelm seinen Entschluß an, die Fuldigung dort einzunehmen, und die Stadt zu reformieren. Also fordert er sein bischöfliches, landesfürstliches Amt und Gewissen, also sei er bezeugt vermöge der Constitutionen des Reiches.<sup>1</sup> Der Kaiser bestätigte. Die Stadt Osnabrück, erniederte er auf die Bitte derselben, habe den Fürstbischof Franz Wilhelm anzusehen als ihren rechten Herrn in allen geistlichen und weltlichen Sachen, in allen billigen Dingen ihm Gehorsam zu leisten, auch in dem Reformationswesen ihm zu folgen. Franz Wilhelm zog ein. Der Rath, die Ritterschaft, einzelne Bürger mochten es bei der Formel des Fuldigungseides die Worte geltend zu machen: mit Vorbehalt der Religion. Sie wurden abgewiesen, und leisteten den Eid auch so. Es gab außer dem Dome in der Stadt drei Pfarrkirchen, eine katholische, zwei protestantische. In feierlicher Procession wurden am 15. März 1638 zuerst die herrliche Marienkirche, einige Tage später die Katharinenkirche den Nicht-Katholiken genommen.

Dieses Vorgehen meldet der Fürstbischof Franz Wilhelm seinem Vetter Maximilian mit den weiteren Worten<sup>2</sup>: „Es ist zum Erharmen, daß man so gar keine Leute haben kann. Präbisten und Schulmeister sind abgeschafft, sed substituendi non inveniuntur.“ In diesen Worten zeichnet Franz Wilhelm ohne es zu beabsichtigen, einen hauptsächlichst Mißgriff seines Thuns. Er will sein Reformationsrecht geltend machen, ohne vorher sich die ausreichenden geistigen Kräfte zur Durchführung gesichert zu haben. Über ein Collegiatstift in Osnabrück, welches zwölf Stiftsherren und acht Vikare zählte, bemerkt er in Betreff der Mehrheit selber. Sont concubinari, simoniaci, haeretici. Überhaupt meint er: Multi sunt multandi et castigandi

Dennoch standen ihm für die Durchführung seines formellen Rechtes

<sup>1</sup> Briefe XXXIX der ersten Ausgabe

<sup>2</sup> Osnabrücker D. G. Archiv

im Anfange wenige andere Mittel zur Verfügung als sein Nachgebot. Aber sein Wille war stark und fest. Es erging an die Bürger sein Befehl, hülfriche Hand mitanzulegen zum Bane der Citadelle Petersburg. In derselben sollten sie die eigene Zwungsburg richten.

Der Rath von Danabrück wandte sich um Hülfe bittend an eine Reihe von lutherischen Fürsten des Reiches: an den Herzog Christian zu Celle, abermals an den Kurfürsten Johann Georg von Sachsen. Er wisse, sagte er, sich in dem Punkte der Religion nicht zu raten, viel weniger zu retten, noch zu trösten. Wussten es diese Fürsten? Das formelle Recht des Fürstbischofs Franz Wilhelm auf Grund des Religionsfriedens von Augsburg war unzweifelhaft. Herzog Christian bat bei dem Kaiser daß die Bürger gegen Vezierung ihres schuldigen Gehorsams in der Stadt verbleiben, ihr Bekenntniß behalten, in ihren Häusern evangelische Pächter lesen, und wider ihr Gewissen von der im Reiche zugelassenen Confession von Augsburg nicht verdrängt werden möchten.<sup>1</sup> Im selben Sinne sprach Johann Georg.<sup>2</sup> Dem Rathe der Stadt Danabrück genügte das nicht. Er wendete sich sogar an den Kurfürsten von Trier. Dieser antwortete, er könne der Stadt nur raten in allen Dingen sich dem Bischofe Franz Wilhelm zu unterwerfen, in geschehen, wie in wohlthun.<sup>3</sup> Es ist kaum ein deutscher Fürstenhof, an welchem im Jahre 1628 diese Danabrücker Angelegenheit nicht erörtert wurde. Die Agenten des Rathes berichten: man spreche von der Stadt mit Bedauern, aber helfen könne man nicht.

Die Stadt Danabrück hatte nur noch eine Zuflucht. Diese Zuflucht war Lillp.

Er mochte anfänglich die Verhältnisse der Stadt nicht gekannt haben; denn seine erste Forderung verlangte die Aufnahme eines Regiments. Ein solches betrug nominell 3000 Mann. Er hatte sich dann mit 1600 Mann begnügt. Die Berichte der Stadt, ihre Deputationen zeigten ihm, daß auch diese Last zu schwer sei. Im April 1628 begannen seine Fürbitten an den Fürstbischof Franz Wilhelm für die Stadt. Es ist dabei das Verhältnis im Auge zu behalten, daß Franz Wilhelm einer der eifrigsten und werthsamsten Mitglieder der Liga, nämlich Lillps Kriegsherr war, daß ferner Franz Wilhelm seine Verträge für das Heer der Liga immer pünktlich bezahlte, daß Lillp von ihm eine hohe Meinung

<sup>1</sup> Schreiben vom 24. April. Archiv im O. D. L. Archiv.

<sup>2</sup> Drogischen vom 3. Mai. "N. u. C."

hatte und dieselbe, wie wir später sehen werden, mehr als einmal be-  
stänzte. Das waren Beweggründe für Tilly den Bischof schelten und  
wollen zu lassen nach eigenem Belieben. Aber sollte nun darum der  
Feldherr seine Truppen gebrauchen lassen, wie er selber sie nicht ge-  
brauche? Als Tilly erste Bitten nicht fruchteten, drängte er nachdrück-  
licher. Im Juni meldete er dem Bischof: er wisse gewiss, daß die Last  
der Garnison für die Stadt allein zu tragen sehr beschwerlich und un-  
möglich falle. Deshalb wolle der Fürstbischof die Garnison lindern,  
damit die Stadt unter der Last nicht gar vergehe, sondern erhalten bleibe.  
Wie ja erheuche es das eigentl. Interesse des Landesherren.<sup>1</sup>

Es ist zu bemerken, daß Tilly doch auch hier wieder gegen jede  
Anwendung des Bischofs sich den Rücken gedeckt hatte durch einen höhern  
Herrn. Bereits am 15. April hatte auf die Klagen der Bürger von  
Osnabrück der Kaiser den Feldherrn ermächtigt: „Wir haben solche Bitte  
an Dich weisen wollen: beschreibe Du in der Sache recht zu thun wissen  
werst.“<sup>2</sup>

Der Rath erkannte sofort die Aussicht, die hier sich bot. Er be-  
mühte sie. Deputationen und Briefe folgten rasch auf einander nach  
Stade, nach Buxtehude, wo Tilly weilte. Sie berufen sich auf die in  
aller Welt bekannte hochrühmliche Milde und Güte des Generals. Im  
Juni 1628 reiste Tilly zu dem Tage der Paga nach Fungen. Auch dahin  
eilen die Boten der Stadt zu ihm: er möge Milde zeigen bewirken. Tilly  
nennt am 20. Juli aus Mangel des Besuch der Stadt Osnabrück ein  
bittig wärges. Der Agent der Stadt vertraute sie daß noch nicht eine  
Ermäßigung eingetreten sei, müsse seinen Grund haben in der kranken  
Unmöglichkeit andere Quartiere zu beschaffen. Denn der General werde  
sich mit ähnlichen Bitten von allen Seiten umdrängt.

Es gab allerdings eine Möglichkeit. Tilly hatte, wie es scheint,  
von Anfang an bei der Belagerung das ganze Fürstenthum im Auge  
gehabt. Die Last sollte mit gleichen Schultern von Stadt und Land  
getragen werden. Nicht so meinte es Franz Wilhelm. Das Land umher  
hatte sich seiner Forderung der Katholisierung sofort gefügt. Die Stadt  
dagegen, obwohl auch dort die Übertritte rasch sich mehrien, sperrte sich  
noch. Sie sollte katholisch werden unter dem Druck der Soldaten. Das  
Land sollte um seines Gehorsams willen geschont werden. Das war der

<sup>1</sup> H. a. O. Mit daß fr. davon H. B. W. als Landesherren ausdrücklich ver-  
setzt, noch immer in esse und conservation erhalten bleibt.

<sup>2</sup> H. a. C.

Punct, an welchem Fürst und Feldherr auseinander gingen. Tilly verlangte die Verlegung eines Theils der Truppen auf das Land. Franz Wilhelm weigerte sie. Die Verschiedenheit dieser Meinungen barg offenbar in sich einen principiellen Unterschied. Wir werden denselben bald noch näher erkennen.

Im August lebte Tilly ruhig in seiner Quartiere zwischen Weser und Elbe. Der Rath von Osnabrück vernahm es, und benutzte sich dieses günstigen Zeitpunct zu denagen. Als Tilly durch Minden kam, trat eine Deputation der Stadt Osnabrück vor ihn. Sie betheuerte, daß ihre Stadt je und allwege kaiserlich treu gesinnt gewesen sei, sich niemals mit dem Dänen eingelassen, und dennoch, gleich als habe sie etwas verbrochen, liege unter der unerträglichsten Last der Contribution für diese Besatzung. Sie bat den Feldherrn sich persönlich davon zu überzeugen. Tilly gewährte die Bitten. Am 20. August 1628 war er auf dem Wege von Minden nach Osnabrück.

Der Bischof Franz Wilhelm war fern in München. Er setzte am selben Tage sich nieder, um Tillys letzte dringende Forderung für die Stadt zu beantworten. Statt einer Gewährung meldete Franz Wilhelm einem Vorwurf. „Sei viel nun,“ schreibt er, „beide Puncte betreffend thut — Entlastung von Osnabrück und Belagung der andern Stadt des Fürstbisthums, Bielefeld — habe ich selbst mit dem H. Grafen abgeredet, wobei es zwar auch sein Verwenden hätte, wenn nicht Bürgermeister und Rath der Stadt Osnabrück sich auf dieses des Herrn Grafen Schreiben lehnten, halbstarrig erzeigten, und alles mir imputierten wollten.“ Der Fürstbischof ahnte nicht, daß in derselben Stunde Tilly mehr that als bloß bitten.

Mit großem Erstaunen vernahmten Ranzler und Räte die unvermuthete Ankunft des Feldherrn. Sie gingen ihm zur Begrüßung entgegen. Tilly erwiderte: er sei gekommen, um auf die Klage der Stadt die Lage der Dinge zu besichtigen. Am andern Morgen waren Ranzler und Räte zeitig wieder da. Sie wußten nicht, sagten sie. Se. Excellenz werde von der Stadt mit Klagen und Beschwerden vielfältig bereits ange laufen sein, werde auch ferner noch bei dieser Anwesenheit damit beehelligt werden. Sie hofften aber das Land werde nicht beschwert werden. Das eben war der Kern der Sache. Tilly ließ ihnen durch seinen ersten Secretär Wierator antworten, die Weisklänen mochten ihre Schultigkeit thun, die Stadt dagegen solle gebührenden

Schorfjam leisten. Aber die Last müsse gemeinsam sein für Land und Stadt, damit nicht diese vergehe. — Der Rathe nickten nur. Tilly überreichte ihnen die Beschwerden der Bürger mit der Bemerkung nachzudenken, wie man die Stadt erleichtere. Der Kanzler entgegnete: es stünde ihm nicht zu sich darüber auszulassen.

Dann stieg Tilly mit dem Kanzler und den Rätben auf den Gertrundenberg an der Stadt, um alle Punkte derselben in Augenschein zu nehmen. Dort trat eine Deputation der Bürger vor ihn, und überreichte ihm eine neue Petition. Tilly las sie sofort.<sup>1</sup> Kanzler und Rathe erkundeten, was in ihm vorgehe. Auch verhehlte er seine Meinung nicht. „Ich kann mich nicht genug verwundern,“ sagte er, „daß man in einer solchen Sache sich nicht zu ratben, noch zu helfen weis. Die Nothwendigkeit ist da: die Stadt muß erleuchtet werden. Ich muß thun, was ich verantworten kann: daß die Stadt in solcher Weise mit Gewalt unterdrückt wird, gereicht weder dem Bischofe selbst, noch der Bevölkerung, noch dem Werke der Conversion zum Nutzen. Entweder muß das Land in die Stadt contribuieren, oder ich lege einige Compagnien aus der Stadt auf das Land.“ Kanzler und Rathe machten Einwendungen. Jedes ihrer Worte rief dem Unwillen des Feldherrn um so heftiger hervor.<sup>2</sup> Sie schwiegen.

Man steht den Cardinalpunkt der Sache. Franz Wilhelm will durch Zwang und Drang die Stadt katholisch machen. Tilly ist für seine Person nicht minder eifrig katholisch, als Franz Wilhelm. Und doch durchkreuzt er mittelbar die Pläne des Fürstbischofs, weil dieselben unvereinbar sind mit der Gerechtigkeit. Es steht nach dem Reichsgefesse dem Fürstbischofe zu von seinen Unterthanen zu verlangen, daß sie katholisch werden. Das erkennt Tilly an. Auch wünscht er, daß es geschehe. Aber es steht nicht dem Fürstbischofe zu, es ist weder billig, noch menschlich, einer solchen Sache zu dienen mit Zwang und Drang. Tilly will es nicht, und auch seine Truppen sollen es nicht. Die Last derselben ist gemeinsam. Katholiken und Protestanten, Stadt und Land sollen sie tragen ohne Unterschied.

Um so mehr dacht Tilly ein Recht zum Einschreiten, da in der Erwiderung der Rathe selbst eine gewisse Anerkennung des Unrechtes lag. Wir erblicken das aus dem nachherigen Verwurfe des Bischofs an sie.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Beilage XL zur ersten Ausgabe.

<sup>2</sup> Die Erklärung fand gar an cholera oft die städt. geringen Bediensteten. Bericht des Rathes Genéve. — N. a. C.

„Ranzler und Rätthe hätten billig besser widersprechen sollen,“ sagte er. Aber sie hatten mehr gethan, als bloß nicht genug widersprochen. Franz Wilhelm erfuhr, daß sie selber die Last unerträglich genannt. „Ihr hättet wohl unterlassen können,“ zürnte er, „dem von Tilly das zu sagen.“

Tilly ging in den Dom. Als er wieder hervortrat, sah er eine Menge Volkes davor auf den Knien liegen. Sie hoben weinend und flehend die Hände zu ihm empor und sagten: sie vermöchten nicht mehr die schwere Bürde zu tragen. Tilly gab ihnen und dem Rathe der Stadt sein Wort, daß binnen vierzehn Tagen eine Erleichterung eintreten solle.

Im Übrigen handelte er nach seiner gewohnten Weise. Die Stadt bot ihm zu Ehren ein Festmahl dar. Es war nur für Tillys mitgebrachte Officiere. Er selbst speiste still und allein seine einfach mäßige Kost. Bei jedem anderen Generale jener Zeit wäre unter solchen Umständen das Annehmen eines Geisens von Seiten der Stadt rathsam gewesen. Der Rath von Osnabrück hütete sich mit dergleichen Dingen diesem Manne zu kommen.

Alsdann brach Tilly auf nach Berden, und erstattete sofort von da aus Bericht an den Fürstbischof Franz Wilhelm über das was er gethan. Es war das doch nicht so sehr leicht. Denn wir haben dabei nicht außer Acht zu lassen, daß der Bischof Franz Wilhelm einer der Kriegsherrn Tillys war, daß er in München weilte bei seinem Vetter, dem Kurfürsten Max selbst, dem Haupte der Liga, der schon einmal im Jahre 1622 die Nothsicht Tillys in Heißenberg gegen calvinische Heißenberger mittelbar mißbilligt hatte. Es konnte kein Zweifel sein, daß die Folge von Tillys Verfahren in Osnabrück auf jeden Fall eine Ermuthigung der Bürgerschaft zum Widerstande gegen die Pläne des Bischofs nach sich zog. Tilly mußte, wenn auch nicht geradezu, doch mittelbar diesen Punkt berühren.

Er berichtet dem Bischofe, daß verschiedene Briefe und dann eine Deputation zu Minden ihn gebeten die Augen in die große Noth der Stadt zu schlagen.<sup>1</sup> Deshalb habe er dahin einen Absprung gemacht. „Dort habe ich mit augenscheinlicher Besichtigung nicht allein das große Unvermögen der Stadt befunden, sondern auch selbst angehört, wie thätig, willig und hingebend die ganze Bürgerschaft von Osnabrück mit Weib und Kind sich zu aller Treue, Devotion und Gehorsam gegen Eure

<sup>1</sup> Beilage XLI zur ersten Ausgabe.

Hürkische Gnaden als ihre von Gott vorgelegte Obrigkeit erdient. Also haben sie sich erklart mit süßlichen Bitten, mit heißen Thränen. Das werden Domcapitel, Ranzler und Kätze bezeugen. Bei solcher Lage der Dinge werd ich beängstigt und gab ihnen mein Wort binnen vierzehn Tagen ihnen zwei Compagnien, ein Drittel der Last, abzunehmen. Ich wollte dieselben nach Hersfeld legen; allein Colliata, der mir die Meinung dieser Stadt zugesagt, hat nicht Wort gehalten. Deshalb zwingt mich die Noth sie im Eilte selbst auf das Band zu verlegen." Er bittet unterthänig, der Fürst wolle dies Verahren von ihm im Besien aufnehmen.

Die Antwort auf die früheren Bitten Tillys hatte Franz Wilhelm lange hinausgeschoben. Diesmal war er eiliger. Seine Antwort trägt das Gepräge des Verdrußes, daß dies Benehmen Tillys ihm einen argen Strich durch seinen Plan gemacht. Er wirft Tilly vor, daß er sich habe täuschen lassen durch unwahre Vorspiegelung. Tilly selbst werde noch wohl einmal erfahren, welch geringen Respect die Stadt auch ihm beweiße. Dann fährt Franz Wilhelm fort: „Es ist mir zwar, wie der Herr General bemerkt, zuht geholfen, wenn die Stadt ganz herunter gebracht wird, was ich doch jederzeit verhüten habe; allein ich ermüde auch, daß weder mir, noch dem Herrn General, noch dem gemeinen Wesen damit geholfen wird, wenn die Unterthanen auf dem platten Lande, die bisher viele Hunderttausende für das Herr der Liga bezogen, von Haus und Hof verjagt werden sollten. In solchem Falle würde diese Art von Abhilfe von allen Seiten schädlich, durchaus nicht reputierlich und nur der Stadt nützlich sein." Das geht dem Fürstbischof sehr zu Gemüthe. Er begehrt inständig, daß Tilly die Eoche dieser beherzige. Die zwei Compagnien aus Conabrid müssen überhaupt aus dem Eilte abgeführt werden, denn er habe das nicht um die Liga verdient, daß man seine gehorhamen Unterthanen beschweren wolle. Auch wolle er den guten Rath Tillys beherzigen und in sein Eilte heimkehren, fügt endlich der Bischof hinzu: es sei denn daß er um solcher Einquartierung willen lieber fern bleibe und alles preis gebe.

Tilly verantwortet sich abermals. „Ich habe durch eigene Verschuldung," sagt er, „den jammerdollen Zustand der Bürgerchaft der Stadt erkannt. Sie haben mir gesagt, daß sie ungesammt mit ihren armen Weibern und kleinen Kindern sich aufmachen wollten, um sich dem Kaiser zu Füßen zu werfen und ihn um Abhilfe zu bitten. Damit nicht die Bürger zur Verzweiflung kommen, habe ich sie erleichtern



müssen. Im Uebrigen ermahne ich Sie zum Gehorsam." <sup>1</sup> Franz Wilhelm war indeß damit noch lange nicht befriedigt. Der Briefwechsel geht noch Monate fort in dieser Weise, für die Stadt Osnabrück nicht zum Nachtheile. Im Beginne des folgenden Jahres nahm Tilly abermals zwei Fähnlein aus der Stadt.

Also handelte Tilly gegen die deutschen Städte, gegen die eine, wie gegen die andere je nach Lage der Dinge. Wir sehen ihn fort und fort bei jeder Gelegenheit seine Stimme erheben für die Selbständigkeit der Gemeinden, für die Selbstregierung, die einst eine so feste Säule und ein so herrlicher Schmuck des alten Reiches war. Mit den Gedanken der Wallensteiner ist ein selbständiges Bürgerthum, die Autonomie der Städte unvereinbar. Man muß sie brechen, sagt Wallenstein, durch Besatzungen, man muß ihnen ein Geheiß einlegen durch Citabellen. Tilly buhlt, mahnt und warnt die deutschen Städte sich nicht einzulassen mit den Fremden, mit den Verwüstern, und zwar mahnt er sie, damit sie bleiben in ihrer Freiheit und Unabhängigkeit. Wallenstein treibt durch Gewalt und Unrecht die deutsche Stadt Stralsund wider den Willen des Rathes dem fremden Könige in das aufgespannte Netz.

### 17. Die Angelegenheit der Reduction der Truppen.

Wir haben zurückzukehren zu den Beschlüssen des Sigatages in Bingen, im Anfange Juli 1628.

Die in den Frühlingsmonaten immer lauter anschwellenden Klagen der Kurfürsten und Stände des Reiches hatten auf den Kaiser die Wirkung geübt, daß er am 23. Juni, zusammen mit Colalto, dem Präsidenten des Hofkriegsrathes, den Stand seiner Angelegenheiten in einem eigenen Schriftstücke, wie oben dargelegt, sich klar zu machen suchte. Er faßte zugleich den Entschluß, Colalto durch das Reich zu entsenden, mit dem Auftrage eine starke Anzahl Cavallerie abzubanken. Colalto fand, zu Ende Juni, in München bei dem Kurfürsten Maximilian ein auffallend williges Ohr. Weniger günstig lauteten, im Beginne des Monats Juli, die Beschlüsse des Sigatages in Bingen. Sie stellen, wenn nicht den Klagen abgeholfen werde, bewaffnete Abwehr durch die Bundesarmee in Aussicht. Man wollte die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg zur Betheiligung auffordern.

Diesem Beschlusse gemäß ließ Georg Friedrich von Meining die Mittheilung an Johann Georg in Dresden ergehen. Als der brandenburgische Geheimrath Schwerzenberg auf einer Sendung nach Wien in Dresden antrat, brachte der sächsische Präsident Casper von Schönberg die Sache bei ihm zur Sprache, am 21. Juli / 1. August.<sup>1</sup> Schönberg äußerte seine Verwunderung über das, wie er sagte, „narrische Stüd“ Wallenstein, daß er die katholischen Reichsstände so hoch angreife und offendiere. „Bleibe er bei den evangelischen Reichsständen und lasse die katholischen in Ruhe: so würde er leichteres Spiel haben. Nun aber habe er die letzteren eben so sehr und mehr noch offendiert als die evangelischen, so daß jene selber kommen und diesen die Bundesarmee und Verrückung der Kräfte anböten. Wenn der Kurfürst Johann Georg in früherer Zeit gesagt hätte, er wolle sich bemühen zu erlangen, daß die Evangelischen nicht bloß vor der Bundesarmee sicher seien, sondern auch, daß diese den zwei Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg mit vertheidigt werden sollte: so würde man ihn ausgelacht haben. Nun aber, wo es dahin gekommen, daß die Liga anbiete, da dürfe man sich nicht lange bedenken.“

Schönberg hatte dabei eben so wenig, wie die Häupter der Liga, eine Feindseligkeit gegen den Kaiser im Sinne. Das Fundament, meinte er, müsse bleiben: „die Treue für den gewählten Kaiser. Erst dann nehme Treue, Pflicht und Eid ein Ende, wenn danach getrachtet würde, das Wahl-Kaiserthum in ein Erb-Kaiserthum zu verwandeln. Aber jenes Schreiben des Kaisers an Ruzmaitz, daß dergleichen Gedanken ihm nie ins Herz gekommen, sei eine Bürgschaft dagegen. Dabei könne die Abwehr nur gegen diejenigen gerichtet sein, welche allzu große Ueberwall haben und dieselbe missbrauchen. Wie sich aus den unbesonnenen Reden des Friedländers ergebe, sei er und sein Haufe zu einem gefährlichen Unternehmen nicht zu gut. Aber seine Macht sei in der Wirklichkeit nicht so groß. Mit Einem Worte könne der Kaiser ihn dämpfen, mit der einfachen Erklärung: Wallenstein sei sein Diener nicht mehr. Wenn dann die Kurfürsten zusammen hielten, und ein Jeder seine Unterthanen mit scharfer Bedrohung abforderte: so würde Wallenstein's Haufe bald klein werden. Stürbe der Kaiser, so höre damit alle Pflicht auf, sowohl der Stände im Reiche als der Officiere und Soldaten. Wallenstein wäre dann sein Selbsthauptmann mehr. Die Kurfürsten von Sachsen

<sup>1</sup> Simsch, Wallstein II, 120. Schwerzenberg's Bericht.

und Bapern als Reichercare würden ihr Recht geltend machen, würden die Truppen Wallensteins als herrschaftliches Gefinde aus allen Kreisen des Reichs ausbieten und nach Böhmen verweisen, wo sie auf den Würrn Wallensteins sich bezahlt machen könnten.“

Die Erörterung hat den geistlichen Werth daß sie die damalige Auffassung der hauptsächlichsten Persönlichkeit in der Umgebung des kaiserlichen Kurfürsten wieder spiegelt. Der Brandenburger Schwartzenberg hatte nicht die Befähigung darauf einzugehen, sondern nur den Auftrag sich in Wien über den Druck des Wallensteiners zu beklagen. Das Walten derselben in der Mark Brandenburg entsprach demjenigen in Pommern.<sup>1</sup>

Die Beschlüsse des Regiments zu Bingen, im Juli 1628, waren jedoch nur erst eventuell gefaßt. Es fragte sich zuvor, welche Frucht die Aushebung Colalto's durch das Reich schaffen würde. Zunächst also handelt es sich dabei um das Verhalten des Hauptes, Wallsteins selber.

Auf die Nachricht, die der Kaiser ihm von der Aushebung Colalto's gab, antwortete Wallstein am 15. Juli: „Ich habe verstanden, was gestalt Ew. R. W. auf meinen von Reichenberg aus gethanen Bericht den Grafen Colalto und R. Reich geschickt haben, um die Con'stionen abzuschaffen, bessere Ordnung anzurichten und die Cavallerie zu reformieren, was ich denn für hochnützlich erachte. Ich habe darnach auch dieser Orten allbereit einen Anfang gemacht und in die 11 Cornette reformiert. Dabei thue ich aber Ew. R. W. gehorsamst berichten, daß es von nothen sein wird, was man an Reitern abdonk, oder so viel wider an Fußvolk zu werben. Dieweil im Reich kein Fußvolk ist, und, da ich lange etwas vorfiele, daß man anderswohin ein Corpo senden müßte, der Orten allhier keine zu erathen wäre, indem ich die Eckarte bis in die 40 oder 50 Meilen in Acht nehmen muß.“<sup>2</sup>

Bereits einige Tage vorher, am 10. Juli, hatte Wallstein aus dem Feldlager vor Ertal' und dem Colalto eine bestimmtere, bei aller Kürze inhaltsreiche Instruction gegeben. „Bitte, der Herr Bruder reformiere etwas mehr von der Cavallerie als die 4000 Mann, wie wir zu Reichenberg verabredet haben, und werbe dafür mehr Fußvolk. Insbesondere aber laß er für sich ein anderes Regiment formiren, von wie vielen Fähnlein er will.“<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Ausführlich über Brandenburg vgl. v. G. v. G. I., S. 23 u. f.

<sup>2</sup> Schmidt 76.

In demselben Augenblicke also, wo dieser Präsident des Hofkriegsrathes im Namen des Kaisers ausgehen soll, um die übermäßig zahlreiche Cavallerie Wallensteins durch Abänkungen zu beschränken, beschenkt ihn als seinen Untergebenen der Obergeneral Wallenstein, ohne Wissen und Zustimmung des Kaisers, mit den Einkünften oder, richtiger, der Beute eines Obersten für ein Regiment, bei welchem die Anzahl der Jährlinge, also diejenige der Mannschaft überhaupt mit dem Drucke derselben auf die Bevölkerung, in dem Belieben Collaltos stehen soll.

Im Auftrage der Häupter der Liga, namentlich des Kurfürsten von Mainz, trat, am Anfange des Monats August, Tilly mit Collalto in Würzburg zusammen. Die Reden des letzteren klangen für Tilly nicht befriedigend. Collalto erklärte, daß seine Befehle auf die Abankung von nur 3000 Mann Cavallerie lauten. Er verlangte dagegen die Abführung von drei Regimentern der Liga aus Franken und Schwaben. Die zwei Generale einigten sich nicht. Tilly meldete dem Kurfürsten Maximilian, daß die Zusammenkunft unfruchtbar verlaufen sei.<sup>1</sup>

Der Kurfürst Georg Friedrich erneuerte seine Mahnungen bei dem Kaiser, am 7. August.<sup>2</sup> Er versicherte, daß er nicht unterlasse, die Güte und die Aufrichtigkeit des Kaisers zu betonen und die erbitterten Bemühungen zu beschäftigen. Aber leider müsse er beklagen, daß, wenn nicht bald anders zur Sache gethan werde, alles so verlaufen möchte, daß die Abhilfe nicht mehr in des Kaisers Macht und Gewalt stehen werde. Er sei schuldig dies zu sagen, damit der Rat her auf den Grund der Sache komme, er selber sein Gewissen sicher stelle. Mit der Entlassung einiger Compagnen Reiter sei nicht geholfen. Das im Reiche mächtig umherliegende Kriegsvolk erwecke Verdacht auch im Ausland. — Georg Friedrich führte einzelne Fürsten an, die sich bei ihm beschwerten, namentlich die sächsischen. Johann Georg hatte gemeldet, daß seine Beamten auf ihre Anfrage bei Collalto die Antwort erhalten: er müsse erst Befehl von Wallenstein abwarten.

Der Befehl Wallensteins, vom 15. August aus Ertbsen, an Collalto lautete abermals: „Meine Meinung ist, der Herr Bruder rühe gar nicht

<sup>1</sup> Huter, Wallenstein 252. Aus dem originalen Reichs Archive.

<sup>2</sup> X. u. O. 264.

zu sehr mit der Abdonkung, and, da er etwas von der Mutter wird abdonken, so sehr er (eben) so viel Fußvolk an deren Stelle zu werden.“<sup>1</sup>

Wie gering die Hoffnung, welche namentlich Lütz in den Auftrag Wallsteins setzte, erfahren wir bestimmter als aus jener ersten Meldung von ihm aus einem Schreiben, welches er nach seiner Rückkehr in sein Hauptquartier zu Stadt an den Kurfürsten von Bamberg richtete.<sup>2</sup> „Die hochdringende Noth.“ sagt er, „zwingt mich zu melden, was der tägliche Augenblick leider schon mehr als zu viel zu Tage legt. Alle und jede meine Quartiere, besonders aber diese in Niedersachsen sind so überlastet, daß die armen Leute bis auf den äußersten Grad erschöpft und ausgezehrt sind. Bei meiner Ankunft hier traten Soldaten und Unterthanen mir freudig und wohlwollend entgegen, daß sie vor Hunger und Kummer, vor Pestilenz und Ungemach gänzlich zu Grunde gehen, sterben und verderben müßten. Darum, wenn man auch länger in solcher Weise hier sitzen und hüllos lebt: so weiß ich in höchster Wahrheit keine Mittel noch Wege, um die trostlose Soldatesca, die doch dem gemeinen Wesen so vielfältige getreue und tapfere Dienste erweisen, vom Untergang zu retten und zu erhalten. Deshalb bin ich genöthigt, nicht allein dem Kurfürsten von Bayern dies zu klagen, sondern auch zu Eurer Fürstlichen Gnaden meine Zusucht zu nehmen, weil Sie sich um die Erhaltung des Herrns immer bemüht haben. Ich sehe also und bitte, daß man den kläglichen Zustand meines Herrns und den daraus unfehlbar erfolgenden völligen Untergang desselben mit mildem Gemüthe und Herzen gnädig ermäge, und daß Ew. Fürstliche Gnaden mir entweder Luerneer im Stifte Bamberg anweisen, oder den Unterhalt von dort herher schaffen. Ich bezweife vor Gott, daß ich kein anderes Mittel weiß, wie sehr auch ich mich darnach umhau. Graf Wallsteins hat mir nichts Gewisses versprochen, und ich meines Theils habe Grund zum Vertrauen. Er hat den Befehl einigen Kriegsvolk abzugeben; aber diese Abdonkung geschieht sehr langsam, und unterdessen sterben und verderben meine Soldaten häufig hungrig.“

Dennoch schienen gerade damals sich die Dinge zum Besseren zu wenden. Der Kurfürst Maximilian drängte durch seinen Gesandten Wolfenstein an den Kaiser. Und zwar das Mal mit Erfolg. Am 11. August konnte Wolfenstein berichten. „Der Hauptpunct meiner

<sup>1</sup> Epistemoß 77.

<sup>2</sup> Abschrift im Kell. Archiv.

Instruction ist allbereit so weit gediehen, daß sowohl von dem Kaiser als den anwesenden geheimen Råthen die Gefahr genugsam begriffen, und beschlossen ist, die nothwendige Måhålle zur Hand zu nehmen.<sup>1</sup>

Während dies nicht offenkundig war, erging von Kurmainz an Maximilian von Bapern die Antrage: ob nunmehr die Zeit gekommen, dem Kaiser um die Entlassung Wallensteins anzufragen, also die Beschlüsse von Bingen ins Werk zu setzen. Maximilian vermute, am 10. September. Eben jetzt, schrieb er, sei die Kunst am kaiserlichen Hofe für Wallenstein durch den Erfolg von Wolgast neu befestigt. Es sei nicht anzunehmen, daß der Kaiser einen Mann sofort entlassen werde, auf welchen er fast seine Macht übertragen und dessen er allein nicht mehr mächtig sei. Besser sei es zur Zeit noch die Bitte nicht zu stellen.<sup>2</sup>

Bei dieser Antwort mochte Maximilian darauf vertrauen, daß die kaiserliche Mahnung an Wallenstein, deren Beworfsuchen sein Gesandter Wallenstein ihm angekündigt, Frucht schaffen werde.

Die kaiserliche Mahnung erfolgte in der Form einer Instruction für den Kriegsrath Luefsteinberg als Gesandten an Wallenstein, am 5. September.<sup>3</sup>

Das Schreiben erinnert zuerst an die früheren Vorfälle in diesem Sinne, an die Aufträge für Callalto. Zwar sind dreißig Compagnien zu Hoff abgedankt worden; aber die Reichsstände werden ein, daß in Betracht der großen Zahl dies unzulänglich, zumal da die Abgedankten sogleich wieder bei einem anderen Regimente eintreten, so daß in der Wirklichkeit nur die Zahl der Compagnien, nicht diejenige der Reiter verringert wird. Daraus erfolgt, daß auch die Reichsstände, welche immer getreu geblieben sind, genzlich ruinirt werden. Die Gefahr eines allgemeinen Aufstandes wächst drohend heran. Ein Kampf zwischen dem Kriegsvolke und den Unterthanen ist mit allen seinen Greueln zu fürchten. Das väterliche und barmherzige Gemüth des Kaisers kann die Klagen nicht länger ertragen. Sein Gewissen, sein Beruf gemäß seiner Pflicht fordert von ihm, die unrechtmäßig Bedrängten in Schutz zu nehmen. Das weiß der Herzog von Friedland und wird es erkennen. Die übermäßige Kriegsverfassung fördert nicht den Frieden, erhöht nicht das löcherliche Ansehen, macht ihm nur alles schwer, namentlich die Aussicht auf die Nachfolge am Riche für seinen Sohn. Die Zeit ist günstig

<sup>1</sup> Hartner Wallenstein 256.    <sup>2</sup> H. u. D. 281

<sup>3</sup> Kretin, Wallenstein. II. B. 31. Nr. 13

zum Frieden für das Reich. England und Frankreich, Schweden und Polen sind im Kriege begriffen, Dänemark ist geschwächt und darum genügt zum Frieden. Alsdann werden 5000 Mann zu Fuß und 3000 zu Ross hinreichen. Bei dieser Zahl bringt der Kaiser die Religionsache, d. h. das Reimundts-Edict, mit welchem er damals umging, mit in Anschlag. Wenn das Wallenstein'sche Heer so weit verringert ist, wird der Kaiser auf gleichmäßige Abdonkung der Liga dringen.

Wir haben dabei uns gegenwärtig zu halten, daß nicht wegen des äußeren Feindes die Liga vom Jahre 1627 an so stark in Waffen stand, sondern aus Besorgniß vor den Übergriffen Wallenstein. Die Anhaufung von nicht verwendeten Truppen durch Wallenstein hatte also zur Folge gehabt, daß auch die Last des Ligarbittes für die deutschen Länder drückender wurde. Zudem nun der Kaiser seinen Entschluß verkenntete, zuerst zu ent Waffen und dann auf die Abdonkung des Heeres der Liga zu dringen, liegt darin die Anerkennung des Abwickelstandes, nämlich daß der Reich zu Besorgnissen nicht von Seiten der Bundesfürsten und ihres Heeres gegeben sei, sondern von Seiten Wallenstein.

Positiv war für den Kaiser der hauptsächlichste Zweck, bei den Kurfürsten die Wahl seines Sohnes Ferdinand zum römischen Könige zu erlangen. Es ist von besonderer Wichtigkeit dieses klar zu stellen. Denn ungeachtet aller Thatfachen, die das Gegentheil beweisen, ward immer wieder aufs neue das Gerücht ausgebreitet, daß der Kaiser beabsichtige, das Reich in eine erbliche Monarchie für sich und sein Haus zu verwandeln. Dies ward später oft wiederholt, namentlich von den Fremden her, die auf die Schicksale unserer Nation sowohl wie auf die Grundsatzentscheidung einen so betrübenden Einfluß gehabt haben. Der Kaiser Ferdinand II. hatte nicht diesen Willen, verfolgte nicht diesen Plan. Daß er ihn nicht hatte, sprach er scharf und nachdrücklich gerade derjenigen Persönlichkeit aus, welche seine Gegner als das Werkzeug für diesen Plan betrachteten. In einer Neben-Instruction<sup>1</sup> für Quisenberg an Wallenstein heißt es: „Kerna's ist es dem Kaiser in den Sinn gekommen, die Succession am Reiche, oder was sonst seinem Hause nützlich, anders zu erwidern als dem Personum nach und wie er es in der Wahlkapitulation beschworen. Die große Armut aber ruft Mißtrauen hervor bei Freunden wie bei Feinden: deshalb muß sie beschwänkt werden. Wallenstein wird sich erinnern, wie der Kaiser den dringenden Bitten

<sup>1</sup> Das Urkund bei Huter, Wallenstein 269.

um Abhandlung die Unsicherheit des Friedens mit den Türken entgegen gehalten. Aber nunmehr ist dieser Friede bestätigt, die Auswechslung der Ratificationen täglich zu erwarten. Eine Verzögerung der Abhandlung würde daher den Verdacht erwecken, daß jener Hinweis auf die Türken ein bloßer Vorwand gewesen sei. Ferner ist nicht außer Acht zu lassen, daß in vielen Gegenden des Reiches bei unterlassenen Ackerbau Mangel herrscht, und daß am Ende des Kriegsvoll, zu größter Freude der Widersacher des Kaisers, sich auf seine Unterthanen werfen wird. Das am Rheine und in Schwaben liegende Kriegsvoll erregt Argwohn bei den Schweizern und in Frankreich. Leicht möchte der König dort veranlaßt werden, eine Ursache gegen das Reich zu suchen, und dann kann es geschehen, daß aus Verwerfung viele katholische Reichsstände sich zu ihm schlagen.“

Zum ersten Male wird hier diese Saite berührt, die fortan immer stärker erklingt. Aber das Beispiel von Stralsund lag nahe. Wie dieses in seiner Bedrängnis die schwedische Hülfe nicht mehr abgelehnt: so konnte es, nach dieser Meinung des Kaisers, auch dahin kommen, daß katholische Reichsstände die Hülfe Frankreichs nicht ablehnen.

Der Kaiser begnügte sich nicht mit der Instruction Cuesenbergs an Wallenstein. Er bestätigte sie durch ein eigenes Handschreiben.<sup>1</sup> „Es ist Dr. Edd. bekannt,“ heißt es darin, „daß ich nicht Willens bin, mein Land durch Eigenmacht und durch andere Mittel zu befestigen, als welche die Reichsverfassung und die von mir beschworenen Wahlcapitulationen mit sich bringen. Darum will ich mich zu Dr. Edd. gänzlich und unfehlbar getreuen, daß Sie mit der Abhandlung des Kriegsvolles meinem Gebote also nachkommen und Folge leisten werden, wie es der Gesandte Cuesenberg aus höchstnützlichen und höchwichtigen Ursachen darthun wird.“

Wie also der Kaiser nicht den Wallenstein durchschaute, so auch nicht diesen Kriegsrath Cuesenberg, der mehr Diener Wallensteins als des Kaisers war. Und doch wieder scheint der Kaiser durchgeföhrt zu haben, daß es in seinem Dienste Persönlichkeiten gebe, auf welche ein Befehl Wallensteins stärkere Wirkung übe als der seinige. Dies ergibt sich aus seinen Worten zu Collalto. Indem er nämlich zugleich diesem mit der Reduction der Arme beauftragten Präsidenten des Hofkriegs-

<sup>1</sup> M. o. C. 259.



rathees Abschriften der Verfügungen gegeben ließ, verstärkte er seine Befehle, am 7 September 1628, durch einen eigenhändigen vertraulichen Brief. „Da das mein wahrer Sinn und mein Wille ist.“ sagt der Kaiser, „so lege ich zu Euch das Vertrauen, daß Ihr diesen meinen Entschluß ausführen werdet, auch selbst dann, wenn Ihr von dem General andere Befehle haben solltet.“<sup>1</sup> Der Brief ist ein so durchaus vertraulicher, daß, nachdem der Kaiser diese wichtige Sache dem Colalto dringend anbefohlen, er ihm von dem jetzt erlegten Dirsche erzählt.

Die Befehle des Kaisers wurden vielfach im Reich mit hoher Freude vernommen. Nun endlich schien eine Hoffnung auf das Ende des schweren Trudels, der unsäglichen Mühsal aufzugehen. Aber war man dessen so sicher? So sehr auch Maximilian von Bayern Theil nahm an der allgemeinen Freude, so vernahmen wir doch von ihm das abmahnende Wort bei Wallensteins Eigenthümlichkeit lasse auf nichts sich eine sichere Rechnung bauen: man sehe es denn im Werke und in der That.<sup>2</sup>

Die geringe Bereitwilligkeit, welche Wallenstein auf derartige Befehle des Kaisers bewies, mag Anlaß gegeben haben zu der Ausrufung, die Gualdo Priorato erzählt.<sup>3</sup> Wallenstein habe Abgeordneten des Kaisers geantwortet: „Sagt Er. K. M., daß sie sich an der Jagd und der Musik erfreuen, und nicht mit Kriegsgedanken beschäftigen mögen. Soldaten bedürfen des Matthes der Poikente nicht, noch kann das Concert der Artillerie stimmen zu dem Tacte der Musik.“

Die geringste Hoffnung auf ein Besserwerden hatte vielleicht Tilly, denn die Verabredung mit Colalto allzu klar gezeigt, daß abermals nicht eine Erweiterung der Quartiere für seine wohlverdienten Truppen in dem Plane Wallensteins und Colaltos lag, sondern eine Verengerung. Tilly hatte geteilt, daß ihm Raum belassen werde, fünf Regimenter unterzubringen. Statt dessen wurde er zurückgedrängt, und fast so viele Quartiere ihm genommen. Er hatte das Fürstenthum Marburg, die Grafschaften Riene, Bensheim-Steinfurt, Rast und Ravensberg inne gehabt. Er mußte von dort weichen. In dieser Lage der Dinge faßte er den Entschluß, den er vermieden hatte, so lange wie es ging, er

<sup>1</sup> *Absimedy* 270: Essendo questo il mio vero animo e volontà, sono sicuro, ancor che haverete altro ordine del Generale, che eseguirà questa mia resolutione.

<sup>2</sup> *Huter*, Wallenstein 281.

<sup>3</sup> *Priorato* I. 34.

forderte sämtliche Fürsten der Liga auf nicht bloß wie bisher ihre Beiträge für das Heer zu entrichten, sondern einige Regimenter desselben in ihr Gebiet aufzunehmen.<sup>1</sup> Es geschah das einige Wochen später, als er aus der Stadt Osnabrück die zwei Compagnien genommen, um sie in das Stift zu verlegen. Witten fiel für den Bischof Jeanz Wilhelm auch der Grund der Klage hinweg, daß unter den Fürsten der Liga er allein diese Behandlung erfahre. Tilly antwortete ihm nichts mehr an, als allen anderen.

Des Gemüths des alten Feldherrn ward bekrüßt und schwer. Es ist hervorzuheben, daß er nicht bloß die Noth seiner Soldaten schildert, sondern mit gleichem Nachdruck den verarmten Zustand der Bewohner des Landes. „Man wolle bedenken,“ schreibt er am 4. October 1624, aus Stade, „daß diese Länder herrlich vorhin seit vier bis fünf Jahren von Feind und Freund, besonders von den Dänen vermahten trübet und verderbt sind, daß die wenigen noch verbliebenen armen Hausleuten ansehn nichts mehr übrig haben, als das bloße kümmerliche Leben.“<sup>2</sup> Er wiederholt diesen Gedanken in jedem seiner Berichte, die er damals allwöchentlich einreicht. Dann aber auch verschweigt er nicht seine persönliche Klage. „Es ist jederzeit,“ sagt er, „mein Entschluß und Wille gewesen bei diesem Kriege Leib, Ehr, Gut und Blut aufzulegen. Also ist es auch noch. Aber wo nicht bei Jenten ins Mittel geschritten wird, so kann es dahin kommen, was ich wagere von mir schreiben, daß ich nämlich weiß es Gott wider meinen Willen gezwungen würde, das Wort dem lieben Gotte zu befehlen, dasselbe ganz zu verlassen und davon zu gehen.“ Aber bevor es dahin komme, müsse und wolle er, der für sein Heer verantwortlich sei, seine Stimme erheben. Er erlaube dem Landgrafen Georg von Hessen-Darmstadt das Vob zu treu und fest an Kaiser und Reich gehangen zu haben, wie der Vater Ludwig. Er verheißt es nicht selber mit dem Landgrafen in bestem Vernehmen zu stehen, und sich der fürstlichen Gewogenheit desselben zu erfreuen. Aber die Pflicht der Sorge für sein Heer erheische von dem Feldherrn, daß er ein Regiment dahin lege. Für die anderen vier, die er nicht unterzubringen wisse, müßten seine Kriegsherrn sorgen.

<sup>1</sup> Surtz, Hülfsheft 292.

<sup>2</sup> Abschriften aller dieser Berichte an den Kurfürsten W. stehen an alle Bundesstände vertheilt zu sein. Das ob. D. u. Erzbis. in Osnabrück wenigstens enthält sie sämmtlich.

Maximilian kannte seinen Feldherrn. Wir finden in einem Briefe Tillys die Bitte: wenn er allzu eifrig geworden sei: so möge der Kurfürst seinem getreuen Sinne für die Sache es zu gute halten. Max war weit entfernt sein Drängen und Bitten ihm abel aufzunehmen. „Tilly ist dermaßen betrübt,“ äußert der Kurfürst im November 1628,<sup>1</sup> „daß er in schwere Melancholie verfallen ist.“ Der Kurfürst erzwang endlich die Befehl diesen Mann zu verlieren. „Welch ein Schade würde es sein,“ meint er, „wenn zu dieser Zeit, ehe Freude und Ruhe im Reich hergestellt ist, dem tapferen Helden etwas Menschliches begegnen sollte.“ Seines Gleichen, der in solchem Maße Erfahrung und Glück im Kriege besitzt, in solchem Maße des Respectives und der Liebe der Soldaten sich erfreut, würde nicht zu finden sein.“

Wie immer Wallenstein und Colalto sich gegen die Wünsche Tillys verhalten mochten, jedenfalls mußten sie auf eine besondere Forderung der Liga sich willkürlich beweisen. Es war der ausdrückliche Wille des Kaisers, daß die Länder der Fürsten der Liga, welche für das eigene Kriegesheer contribuierten, nicht noch mit Wallensteinern belegt werden sollten. Der Kaiser hob hervor, daß dies ohne Unterschied gelten sollte für katholische oder nicht-katholische Unterthanen der Bundesfürsten.<sup>2</sup> Erfurt, das unter dem Kurfürsten von Mainz stand, war zum größeren Theile nicht-katholisch. Es steuerte mit für die Liga, nicht weil dort etwa die Truppen der Liga das erzwangen, sondern weil die Stadt in Frieden und Einigkeit mit ihrem Kurfürsten lebte, weil in der gemischten Bevölkerung der Stadt der Gedanke eines Religionskrieges nicht aufkam. Wir werden später sehen, wie erst Gustav Adolf denselben erzwang. Die Wallensteiner überschritten auch das Gebiet von Erfurt. Der Kurfürst erhob nachdrückliche Vorstellungen. Colalto trof andere Maßregeln, aber eben diese Maßregeln verschlimmerten die Sache. „Deine Befehle,“ schrieb ihm der Kaiser, „setzen das Land vollends ins Verderben. Es ist billig und recht, daß Erfurt völlig verschont, und die Compagnien unverzüglich abgeführt werden.“ Auch Wallenstein bestätigte das. „Der Herr Bruder weiß, wie Ihre Majestät nicht gern etwas wider die Pfaffen thun. Deshalb mag man Erfurt verschonen.“<sup>3</sup>

Die Briefe des Kaisers an Colalto lassen keinen Zweifel übrig, daß der Plan oder doch der Wunsch des Kaisers eine fast völlige Ent-

<sup>1</sup> Juner, Wallenstein 287.      <sup>2</sup> Ebdemselb 271.

<sup>3</sup> A. u. C. 82 Vom 16. November.

waffung war. Es sollten im ganzen Reiche nur drei Regimenter zu Fuß und drei Regimenter zu Ross übrig bleiben, und zwar mit der bestimmt ausgesprochenen Absicht des Kaisers, auch diese Zahl je nach den Umständen noch zu verringern.<sup>1</sup> Einige Tage vorher hatte der Kaiser dem Kurfürsten Max gemeldet: es sei sein Wille gewesen bis auf 5000 Mann zu Fuß hinabzugehen; allein dies dürfe er wegen der Menge seiner Widersacher nicht wagen.<sup>2</sup> Der Sollstand von drei Regimentern zu Fuß war 9000 Mann. Der Kaiser gestattet dem Colalto auf seine Bitte an den Hof zu kommen, allein mit der ausdrücklichen Bedingung, daß dies rühmliche Werk der Reformation nicht darunter leide, sondern unverzüglich und vor seiner Abreise glücklich ausgeführt werde.<sup>3</sup>

Kaumtlich sollen aus Thüringen und der Kauffig alle Truppen abgeführt werden. Der Kaiser erinnert Colalto daran, wie hoch und viel ihm und seinem Hause an der Beförderung der Wahl seines Sohnes gelegen, und daß der dazu erforderliche kurfürstliche Consens bisher durch die Einquartierung des Kriegsvolkes, vornehmlich in der Kauffig und in Thüringen, verhindert worden sei. Es komme viel darauf an, den zwei Kurfürsten von Mainz und Sachsen alle nachtheiligen Eindrücke zu benehmen und sie bei guter Gesinnung zu erhalten.<sup>4</sup>

Wir sehen, es ist der Wille des Kaisers, seinem Versprechen nachzukommen. Jene dringende Mahnung in Verreß der Kurfürsten von Mainz und Sachsen sind von Mitte November. Es kommt darauf an, wie dagegen Wallenstein und Colalto sich verhielten.

Am 17. November schreibt<sup>5</sup> Colalto aus Schremsfurt an Wallenstein. „Katholische und nicht-katholische Reichsstände liegen mir an mit der Mahnung, daß das vom Kaiser Versprochene ins Werk gesetzt werden möge. Ich habe mir für alles dies etwa einen Monat Zeit genommen. Nach Ablauf dessen aber werden sie mit stärkerem Andränge wiederkehren, und wenn ich dann nicht die Befehle Ew. Hoheit habe, so weiß ich nicht wie mich zu verhalten. Wenn dagegen ich sie habe und wenn zugleich Ew. Hoheit mir sagen, wie weit ich in der Ausführung nachlassen kann, so werde ich wissen wie es anzustellen.“

<sup>1</sup> H. a. O. 272. Vom 16. November.

<sup>2</sup> Hader, Wallenstein 209. Vom 25. October.

<sup>3</sup> Ebend. 273.

<sup>4</sup> H. a. O. 274. Vom 14. November.

<sup>5</sup> H. a. O. 276.

Wir haben hier also mittelbar eine Antwort Schalltes auf jenes kaiserliche Handschreiben an ihn, vom 7. September.

Wie im sächsischen Kreise Schallte, so war im schwäbischen Kreise Rudolf von Eßa der kaiserliche Commissar für die Abkantung. Auf das Ansuchen der dortigen Unterthanen erwiderte Eßa: so lange nicht die Kurfürsten mit der Abkantung vorgehen, dürfe der Kaiser von seinem Heere nichts entlassen.<sup>1</sup>

Die Worte standen im Widerspruch mit jener Zusicherung des Kaisers, daß mit dem Wallensteinischen Heere die Abkantung beginnen solle. Aber Äußerungen aus jener Zeit bekunden, daß die Eifersucht zwischen den Officieren beider Heerförpser mächtig empor schwoll. Der Kurfürst Maximilian berichtete,<sup>2</sup> am 20. October, dem Kaiser: es laßen sich hohe Kriegeshäupter ausdrücklich vernehmen, daß man der Bundesarmee im Reich nichts als das bloße Obdach lassen werde, daß dagegen alle Contributionen dem kaiserlichen Kriegsvolke gehören. Die Fürsten der Liga hatten selber ihre Truppen mit Heiß, Proviant und anderer Nothdurft zu unterhalten.

Derartige Äußerungen zeigen, bis zu welchem Grade sich die Besscheidenheit, ja fast der Gegensatz entzündet hatte. Und zwar war ja dies geschehen in noch nicht vier Jahren. Denn wir haben uns dem Beginn dieses Wallensteinischen Heeres gegenwärtig zu halten, im April 1616, wo Tilly, weil er mit seiner Macht allein den zahlreichen Feinden nicht gewachsen, Unterstützung verlangt hatte. Was seitdem war vorber Aufschreibendes geleistet worden, das hatten wesentlich er und sein Heer vollbracht. Und nun mußte er und die Seinigen von denen, welche weniger geleistet als sie, derartige Vlehen vernehmen!

Wie in Allem, so ergoß sich auch darin der Geist Wallensteins durch sein Heer. Es ist ferner mit Sicherheit anzunehmen, daß auch Lützenberg bei seiner Wendung zu Wallenstein von diesem ausgehört war mit den Gedanken, welche er bei dem Kaiser geltend zu machen hatte.

Bereits am 17. October hatte der Kurfürst Maximilian an Georg Friedrich von Wenz geschrieben: „Man sieht, die Absicht der kaiserlichen Officiere ist dahin gerichtet, allen Unglück den Bundesständen aufzubürden, und die vom Kaiser beabsichtigte Reduction zu verhindern. Erfolgt aber diese nicht, so ist auch die Rüge des Bundesheeres nicht thöricht.“<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Furtw., Wallenstein 298.

<sup>2</sup> Schreiben aus dem Reichs Archiv des Bundes, Wallstein II, 144.

<sup>3</sup> Furtw., Wallenstein 298.

Und so geschah es. Die Reduction gerieth ins Stocken. Und nicht bloß dies. Als die Liga zur Berathung dieser Angelegenheit so wie der Sachlage überhaupt, im Anfange December 1628, einen Tag nach Heidelberg ausschrieb, gab auf die Meldung dessen der Kaiser dem Kurfürsten Maximilian zur Antwort: nachdem der Friede mit dem Sultan ratificirt und die Feinde von des Reiches Boden vertrieben, wäre es sein fester Wille gewesen, die Armee auf 5000 zu Fuß und 3000 zu Roß zu vermindern. Nun aber, wo seine Widersacher sich bemüheten, den Krieg aufs neue nach Deutschland zu verpflanzen, könne er sein Vorhaben nicht ausführen. Ja er werde sich gezwungen sehen, neue Verbündungen anzustellen, um für alle Fälle gerüstet zu sein.<sup>1</sup>

Das Schreiben prägt also abermals das völlige Übergewicht der Meinungen Wallensteins im Rathe des Kaisers aus. Und doch verblieben dem Kaiser selber und dem Reiche alle die Nachteile, welche das System Wallensteins mit sich führte, und welche der Kaiser wiederholt als solche anerkannt hatte.

Als die fremden Mächte, von denen her Gefahr drohte, standen voran Frankreich, Schweden, Holland.<sup>2</sup> Denn in dem ersteren Lande hatte eben damals sich ein Ereignis vollzogen, welches für die Aggressiv-Politik des französischen Ministers Richelieu gegen den Kaiser in ähnlicher Weise die Bahn eröffnete, wie für Gustav Adolf von Schweden die Besetzung von Stralsund. Es war die Annahme von La Rochelle, der Hochburg des Hugenottenthums.

## 18. Der Fall der Stadt La Rochelle.

Die Heirath Karls I. mit Ludwigs XIII. Schwester Henriette Marie hatte, wie herrlich erwähnt, nicht eine engere Freundschaft der Könige zur Folge gehabt. Carl I. und Buckingham hatten den Beitritt Ludwigs XIII. zu dem Haager Bündnisse vom December 1625 verlangt, aber Richelieu, so eifrig er den Dänenkönig zum Einbruche in Deutschland mit antrieb, um den Kaiser dort zu verwickeln, wollte nicht einen Schritt thun, der die deutsche Liga dem Könige von Spanien näher bringen könne. Von dem Abschlage dieser Forderung aus begann bei Carl I. und Buckingham

<sup>1</sup> Guizot, Wallenstein 209. Vgl. über dasselbe Schreiben vom 10. December, Winckler, Wallstein II, 146.

<sup>2</sup> H. a. O. bei Gudele nennt der Kaiser nicht Frankreich, sondern England. Dies kann, nach der Sachlage, nicht richtig sein.

die Abstammung. Indem ihnen von Frankreich her kein Erfolg ward für die Unpopulartät dieser Herrsch in England, suchten sie die Wuth des Volkes wieder zu gewinnen durch den Bruch des Heirathvertrages. Carl I. ließ die englischen Blutgesetze gegen die Katholiken wieder in Kraft treten. Er sandte den französischen Botschaft, welcher durch den Heirathvertrag der Königin zugesichert war, nach Frankreich zurück. Darüber erhob sich am französischen Hofe heftige Beschwerde. Richelieu schickte den Marschall Bassompierre als Botschafter nach England, zugleich um sich zu rechtfertigen und von Carl I. die Beobachtung der Verträge zu verlangen. Bassompierre ward in England mit großer Freundschaft empfangen und gehalten.

Dabei tritt wieder das persönliche Trachten des Günstlings Buckingham in den Vordergrund. Es erschien angemessen, daß die außerordentliche französische Botschaft durch eine außerordentliche englische ersetzt werde. Zu diesem Zwecke ersah Buckingham sich selber, und zwar abermals wie früher, mit der Absicht der Königin Anna von Frankreich ad hoc zu kommen. Dabei auch deuteten sundige Personen den Zweck des Aufwandes in England für Bassompierre, daß dadurch die Freundschaft für Buckingham in Frankreich angebahnt werden solle.<sup>1</sup> Allen dem französischen Hofe waren die persönlichen Absichten des Buckingham kein Geheimniß. Sofort nach der Rückkehr nach Paris, am 22. December 1626, durchschaute Bassompierre, daß ein Kommen des Buckingham dort nicht gerathen sein würde. Er erhielt von der Königin Anna ausdrücklich den Auftrag, dem Buckingham zu schreiben, daß er von dieser Absicht absehen möge.<sup>2</sup> — Die Schandern der Buckingham für die Königin Anna war so offenkundig, daß in Paris Spottlieder mit Drohungen gegen den eiteln Wesen gesungen wurden.<sup>3</sup> Wie vier Jahre zuvor gegen Spanien, so kann nunmehr Buckingham auf Noche an Frankreich.

Die Umstände lagen für sein Bestreben nicht ungünstig. Der Krieg mit Spanien währte fort; aber England konnte, Spanien wollte ihn nicht mit Nachdruck führen. Populärer erschien in England ein Krieg mit Frankreich zur Unterstützung der Huguenotten. Der Cardinal Richelieu wollte aus sich nicht den Krieg, weder mit England, noch mit den Hug-

<sup>1</sup> Randsall epistolae 64.

<sup>2</sup> Mémoires de Bassompierre III, 112.

<sup>3</sup> Randsall, consilia etc. 379: Sententia populi, ut pedisequa, stabulari et sic georui, famosi castigans et dictionis convicia et probis Buckinghamio occurrerunt, ejusque libidinem tecto et obliqua, sed valde pungentibus dictis perstruxerunt, minas additis, venaret modo, testacione amissam esse.

notten. Sein Plan gegen diese war sie zu schonen, bis man sie mit Einem Streiche vernichten konnte.<sup>1</sup> Dazu bedurfte er einer Seemacht, denn die feste Burg des Hugenottenthumes war die Feststadt La Rochelle um eine solche Macht zu schaffen, ernannte der König Ludwig XIII. den Cardinal und Minister zum Großmeister, Chef und General-Intendanten der Schifffahrt und des Handels in Frankreich.<sup>2</sup> Es geschah in demselben Jahre, wo Wallenstein seinen pomphaften Admiralsitel erhielt. Die Anwendung dagegen war unendlich verschieden. Wie Wallenstein seinen Titel benutzte, haben die Thatfachen uns gezeigt. Der Cardinal Michelen dagegen verschaffte sich durch sein neues Amt die Mittel, den weitgeschichtlichen Kampf des französischen Königthums gegen La Rochelle zu unternehmen.

Die neue Seemacht, welche Michelen zu schaffen begann, war jedoch erst noch im Werden, als bereits Buckingham, im Jahre 1627, der Krone Frankreich den Krieg ausbrach. Es handelte sich nicht vom Beginne an um La Rochelle; aber beide kriegsführenden Mächte, eine jede von ihrem Standpunkte aus, waren beflissen, die Stadt mit hinein zu verwickeln.

„La Rochelle.“ sagt einige Jahre früher, 1620, der scharfe Beobachter Ventuoglio,<sup>3</sup> „ist für die Hugenotten das werdende eingeildete Carthago von Frankreich, von wo aus sie hoffen oder vielmehr erstreben, mit einer gewaltigen Herrschaft über Land und Meer ihre zukünftige Republik zu errichten. In der Wirklichkeit ist die Stadt ihr hauptsächlichster Hof, wo sie gegen die Kirche und den König täglich tausend böse Praktiken ausüben, und wo sie, je mehr sie Unrecht thun, desto weniger zur Strafe fürchten.“ — „La Rochelle ist nicht einer der Sicherheitsplätze, und hat nicht einen vom Könige ernannten Gouverneur. Die Stadt regiert sich selber, in Form einer freien Republik. Sie erkennt daher kaum die königliche Autorität an, und, um sie noch weniger anzuerkennen und noch mehr Freiheit für sich zu erlangen, hat sie von Anfang an sich mit den Hugenotten verbunden und dieses Band nachher immer enger gezogen. Daher, obwohl La Rochelle kein Sicherheitsplatz ist, besteht doch in ihr eine der stärksten Stützen für die Hugenotten. Denn ihre Lage, von Natur fest zu Lande und zu Wasser, ist noch mehr verstärkt durch die Kunst. Und dazu ist sie reichlich versehen mit allem, was erforderlich ist für eine lange und nachdrückliche Verteidigung.“

<sup>1</sup> Mémoires II, 226.

<sup>2</sup> M. a. O. 266.

<sup>3</sup> Relazioni I, 245.



Wie England darauf ausging für den Plan einer Landung in Frankreich die Stadt La Rochelle zum Bündnisse zu gewinnen, so war es vom Beginn an der Plan des Cardinals Richelieu, im Falle der Abwehr des englischen Angriffes, die Stadt zu bezwingen. Zunächst jedoch suchte er sie darüber zu täuschen und irre zu führen.<sup>1</sup> Noch am 31. Mai 1627 erlachte er in einem Schreiben an seinen Bevollmächtigten in der Stadt die Fehalschuld ihres Verhaltens an, mit solchem Eifer, daß er dem ihm vorgelegten Entwurfe des Schreibens an die Stadt eigenhändig noch einige günstige Worte beifügte.<sup>2</sup> Aber bereits im Juli, bevor noch eine Landung der Engländer statt gefunden, traf Richelieu Anstalten, die Versorgung von La Rochelle zu hindern.<sup>3</sup>

Budingham landete an der Insel Ré. Es liegt unserer Aufgabe fern in die Einzelheiten dieser Kämpfe einzugehen. Es kommt nur darauf an, daß La Rochelle mit in die Verwirrung hinein gezogen wurde. Der Rath der Stadt trug Bedenken auf Budinghams Anträge zu hören; aber die Stimmung der Menge überwog. La Rochelle unterlag den Engländern. Von diesem Wendepunkte aus entwickelten sich die Dinge weiter.<sup>4</sup> Bereits am 22. September 1627 schrieb Richelieu dem Commandanten in Ré, Ithorras: „Der König begibt sich persönlich vor La Rochelle. Wie die Engländer uns mit Krieg überzogen haben, so wird der König dafür La Rochelle bedrängen und davon ruhe lassen.“<sup>5</sup>

Im Beginn des Monats November 1627 wurde Budingham zum Rückzuge mit schwerem Verluste aus Ré genöthigt.<sup>6</sup> Bis dahin hatte Richelieu seinen Plan gegen La Rochelle nicht offen ausgesprochen. Die Niederlage der Engländer setzte ihn in den Stand frei zu handeln. Aus dem Lager vor La Rochelle ließ Richelieu, am 15. November, seinen König an den General-Procurator Rolé schreiben: „Ich befinde mich kaum genesen von schwerer Krankheit, hier mitten im Winter, in beständigem Regen, selbst handelnd an allen Orten, ohne mich persönlich noch meine Gesundheit zu schonen, und das alles, um meine Unterthanen in La Rochelle zum Gehorsame zu bringen, und meinem Königreiche die Wurzel und die Saat aller der Unruhen und Verwirrungen auszutreiben, die seit sechzig Jahren es betrüben und zerstören.“ Er klagt über die Nicht-Erfolgung, das Widerstreben so Vieler, deren Pflicht es sei, ihm

<sup>1</sup> Avenel II, 341, 374, 397, 409.

<sup>2</sup> E. a. D. 487.

<sup>3</sup> E. a. D. 510.

<sup>4</sup> Avenel II, 406. Ruedorf 200.

<sup>5</sup> Avenel II, 620.

<sup>6</sup> E. a. D. 709.

<sup>7</sup> E. a. D. 719.

bei diesem Unternehmen hilfreich zur Seite zu stehen, und die doch zuvor es ihm unmöglich gemacht, die Landung der Engländer abzuwehren. Nun jedoch, wo diese hinausgeschlagen, vertraute er darauf, daß Gott auch ferner sein Unternehmen segnen und jeglichen Widerspruch zum Schweigen bringen werde, „auf daß meine Unterthanen und meine Angestellten lernen, daß ihre Wohlfahrt und ihre Ruhe bestehe in dem Gehorsam für mich“ — „Dies habe ich geschrieben,“ schließt er, „damit Sie dem Parlamentshofs zu erkennen geben, daß ich nichts mehr hören will von Einsprüchen gegen meine Autorität.“

Die Bezwingung von La Rochelle war also für Richelieu und Ludwig XIII. gleichbedeutend mit der Herstellung des Königthums in Frankreich, deren weitere Konsequenz der Absolutismus der Krone sein mußte.

Es handelte sich weniger um einen Kampf mit den Waffen, als um die Ausschungerung der Stadt vermöge einer Einschließung zu Lande und zu Wasser. Zu dem letzteren Zwecke stellte sich Richelieu als Intendant des gesamten Seewesens die Aufgabe, die Einfahrt in die Merresbucht, an welcher La Rochelle liegt, durch ein theils festes, theils schwimmendes Bollwerk undurchdringlich zu sperren. Er selber traf bis ins Einzelne alle Vorbereitungen für diesen Damm, mit dem Eifer als handelte es sich um sein Leben.<sup>1</sup> Es fragte sich um das Verhalten der anderen Mächte

Richelieu stellte dem Papste seine Unternehmung gegen La Rochelle als Religionskrieg dar, und verlangte einen Beitrag zu den Kosten.<sup>2</sup> Urban VIII. erkannte das Eine nicht an, und verweigerte das Andere. Aber er mahnte die Erzbischöfe, Bischöfe und Äbte von Frankreich bis zu einer Million in Gold beizutragen.<sup>3</sup> Der Bund mit Spanien war gegeben, weil der Kriegeszustand zwischen Spanien und England noch fort dauerte. Spanien leistete Hilfe gegen La Rochelle, jedoch weder den Wünschen, noch den Forderungen Richelieus entsprechend.<sup>4</sup> — Wenn man in Madrid vorausgesehen hätte, welche Tragweite einmal Richelieu seinen Worten geben würde: „Das wahre Heilmittel gegen alle Übel ist die Einnahme von La Rochelle“<sup>5</sup> —: so würde man dort in La Rochelle eher einen natürlichen Bundesgenossen gesehen haben, als einen zu bezwingenden Feind.

<sup>1</sup> Avenel II, 862.<sup>2</sup> H. u. O. 627.<sup>3</sup> H. u. O. 761.<sup>4</sup> H. u. O. 758, 768. III, 12 et suiv.<sup>5</sup> Mémoires III, 79, 88.

Die Republik der Niederlande mußte vertragsmäßig Frankreich unterstützen mit dem halben Äquivalent dessen, was sie von dort empfing.<sup>1</sup> Mithin mußte sie beim Worte. Die Hochmögenden erfüllten den Vertrag, suchten jedoch vor den Engländern sich auszureden. Der Gesandte Carleton fuhr darüber sie an mit den Worten: „Ihr liefert dem Könige von Frankreich nicht bloß Schiffe, Geschütz und allerlei Kriegsbedarf, sondern es besteht auch ein Drittel der Besatzung der französischen Schiffe, namentlich die Officiere, aus Holländern. — An Euch ist das Wort aus der Kirchengeschichte zur Wahrheit geworden: *Religio peperit divitias, et filia devoravit matrem.*“<sup>2</sup> — In ähnlicher Weise eiferten von den Ranzeln in Holland die Präbikanten.<sup>3</sup> Sie vergaßen, daß für die politischen Häupter ihre Predigten nicht in sich selber ein Gewicht hatten, sondern je nachdem sie stimmten zu den Absichten derselben. Die Jahre 1619 und 1628 lagen nicht weit aus einander; aber für die politischen Zwecke der Häupter eignete sich im Jahre 1628 nicht die Dogmatik von 1619. Die Predigten verhallten. Ähnliches galt von anderen Worten. Wie der Engländer Carleton im Haag redete von Religion und Freiheit, so der Franzose d'Espesses von Vertragstreue und Dankbarkeit.<sup>4</sup> Auch nannten sich ihm gegenüber die Generalstaaten: *les bons Alliés et très-affidés serviteurs du roi.*<sup>5</sup> — Allein weder um die Tugenden, die Carleton, noch diejenigen, die d'Espesses forderte, handelte es sich bei den Hochmögenden, sondern um das Interesse ihrer Politik. Und demgemäß halfen sie mit, die Fugakten von La Rochelle durch den Hunger zu bezwingen.

Die Aussicht auf diese Noth trieb die Häupter von La Rochelle weiter auf der Bahn der Rebellion. Im Beginne des Jahres 1628 erschienen ihre Deputirten um Hilfe bittend vor Carl I. in London. Sie willigten in Alles, was er forderte, in einen Vertrag, der sie zu seinen Unterthanen machte.<sup>6</sup> Demgemäß ward eine englische Flotte zur Verproviantirung von La Rochelle ausgerüstet. Am 11. Mai wurden ihrer Segel der Stadt La Rochelle sichtbar. Acht Tage lang wollten so die Schiffe, ohne einen Weg sich brechen zu kennen. Am 18. Mai läuteten sie die Anker zur Heimkehr.<sup>7</sup>

Noch am selben Tage geschickten die Häupter der Stadt eine Schrift

<sup>1</sup> Avenel III, 88.

<sup>2</sup> Actaena II, 580.

<sup>3</sup> Roa 752

<sup>4</sup> Actaena II, 560.

<sup>5</sup> H. a. C. 570.

<sup>6</sup> H. a. D. 520 der Vertrag.

<sup>7</sup> H. a. D. 523.

welche die Bemannung der englischen Flotte geradezu der Feigheit beschuldigt. „Wir schreiben unser Testament,“ schließen sie, „es dem Thron Ew. Majestät hinterlassend, zum Gedächtnisse für die Nachwelt.“<sup>1</sup>

Vom Juni an begann in La Rochelle die eigentliche Hungersnoth. Am 24. Juli gelang es, noch rascher ein Schreiben an Carl I. durchzubringen. Die Worte desselben lauten noch schärfer. „Die von Euligen vorgegebene Unmöglichkeit uns zu retten,“ heißt es darin, „besteht nur in ihrer Furcht, oder in ihrer geringen Reizung.“<sup>2</sup> — „Verstatten Sie nicht, Eire, daß unser unschuldiges Blut jurüßspritze auf Ihre Krone, für die kommenden Jahrhunderte hinaus sie beschmutze und schon jetzt vor Gott und den Menschen wider Ew. Majestät Zeugnis ablege.“<sup>3</sup>

In der Besorgniß, daß das Gerücht einer Unterhandlung die gesuchte englische Hülfe vereiteln würde, wiesen die Häupter der Stadt jeglichen Versuch einer Unterhandlung jurück.

Noch einmal, am 22. August, gelangte ein Bote aus La Rochelle an die Deputierten derselben in England. Die Meldung beschrieb das schwimmende Bollwerk in der Einfahrt als nicht so stark wie man meine. Aus Feuerschiffen sei es zu durchbrechen. „Aber um Gottes willen zaudert nicht, wir vergehen.“

Im September wurde wieder eine englische Flotte fertig. Bevor sie auslief, traf den Großadmiral von England, der sie führen sollte, Buckingham, den Urheber unglücklichen Unheiles nicht bloß für England, der Stahl eines Mörders. Dennoch lief am 17. September die Flotte von Blomonth aus. Zu Ende des Monats machte sie einige Versuche — vergeblich. Am 12., 13., 14. October war Springfluth. Die Engländer bemuhten sie nicht. Ihre Verwendung für die Stadt wiesen Richelieu und der König jurück. Die englische Flotte hielt unter Segel.

Während sie noch weilte, beschloß der Rath der Stadt, wie der König forderte, die bedingungslose Ergebung am 26. October. Dafür löbte der König volle Barmherzigkeit. Bei dem Einzuge der Truppen in die Stadt sah man die Soldaten im Parische ihr Escamotroi hervorziehen, um es den schattenhaften Gestalten der dem Hungertode nahen noch übrigen Bürger zuzuverken.<sup>4</sup>

Der Donner der Kanonen von den Wallen von La Rochelle verkündete das Geschehene der noch an der Insel Oléron weilenden englischen Flotte.

<sup>1</sup> M. a. C. 524    <sup>2</sup> M. a. C. 525    <sup>3</sup> M. a. C. 526    <sup>4</sup> M. a. C. 529

21 mgp., 20 mgp. 111

11

Erst am 4. November verloren sich ihre Segel dem Auge. Am 6. sprang ein Sturm auf und währte zwei Tage hindurch. Die hoch gehenden Wogen zerstreuten das schwimmende Vollaer vor der Einfahrt, und es gelangte ein Schiff mit Lebensmitteln an die Stadt. Man priest es als eine besondere Gnade von Gott für den König Ludwig XIII., daß dieser Sturm nicht einige Tage früher eingetreten war.<sup>1</sup>

„Der Sieg über La Rochelle,“ sagt der Cardinal Richelieu, „brachte mit sich eine allgemeine Entnathigung der Feinde des Königs, wie andererseits für seine Freunde eine große Hoffnung. Denn sie sahen die Annahme dieser Stadt an wie die Rettung Italiens, die Unterwerfung der Rebellen unter die rechtmäßige Herrschaft des Königs, endlich wie die allgemeine Befreiung des gesammten Europa von dem ungerechten Joche der Tyrannei des Hauses Oesterreich.“<sup>2</sup>

Dieser Meinung entsprechend äußerte sich der Prinz Friedrich Heinrich von Oranien, das damalige Haupt der Republik. Er ließ dem Könige Ludwig XIII. sagen, daß „er Gott bitte, ihn ferner zu segnen, ihm die Gnade zu verleihen, daß er auch unter andern Nationen den Ruhm vervielfältige, den er sich in seinem Königreiche erworben durch die Belagerung von La Rochelle.“<sup>3</sup>

So diese Vertreter der Aggressiv-Politik

Uns Anderen liegt es nahe, einen Vergleich zu ziehen zwischen den gleichzeitigen Belagerungen von Stralsund und von La Rochelle. Die erstere, wider auf Grund eines Rechtes, noch richtiger Überlegung unternommen, endete damit, daß sie eine Stadt des Reiches, wider den Willen ihrer Berather, einem fremden Eroberer dienstbar machte, wem in ihr das lang ererbte Eingangsthor ins Reich eröffnete. Die andere, unternommen mit sorgfältiger Berechnung und, nachdem sich die Stadt durch die Verlockung Buckingham's holtz verthoren lassen, auf Grund des Rechtes des Königs gegen Rebellen, gereichte durch das Belingen zur wesentlichen Stärkung des Königthumes von Frankreich. La Rochelle konnte zu einer ähnlichen Gefahr für Frankreich werden, wie Stralsund für Deutschland, wenn nicht vor allen Dingen der Unterschied statt fand, daß Carl I. von England und sein Buckingham mindere Qualitäten des Verstandes und des Willens besaßen als Gustav Adolf von Schweden und sein Kanzler

<sup>1</sup> M. a. D. 541.    <sup>2</sup> Memoires IV, 177.

<sup>3</sup> Groen van Prinsterer, II S. III, 26

Oxyasterna, der Cardinal Richelieu dagegen diesen zweien darum ebenbürtig war.

So verschieben jedoch der Beginn wie der Ausgang der zwei Belagerungen: der Erfolg der einen wie der anderen war in gleicher Weise unheilvoll für Deutschland. Stralsund eröffnete für dasselbe das Thor zu neuem Kriege. Der Fall von La Rochelle machte dem französischen Minister die Hände frei, um, wie er es nannte, das Joch des Hauses Oesterreich abzuwerfen, in der Wirklichkeit, um dem schwedischen Eroberer die fehlenden Geldmittel zum Einbruche in Deutschland zu zahlen. Vom Jahre 1628 an war der Schwedenkönig für seinen Plan des Einbruchs in Deutschland einer französischen Geldhilfe sicher, damals einer halben Million Livres auf zwei Jahre.<sup>1</sup> Doch kam es damals noch nicht zu einem Vertrage, weil Gustav Adolf noch nicht frei war von dem Kriege in Polen.

Dagegen konnte Richelieu sofort, wie er angekündigt, sich anschicken zum Kriege wider das Haus Oesterreich in Italien.

### 19. Beginn des Mantuanischen Erbfolgestreites.

In Mantua regierte bis im December 1627 der Herzog Vincenz Gonzaga, schnell und ohne Erbfolger. In der Erkenntniß, daß es mit ihm zu Ende ging, beflüßte er sich die rechtliche Erbfolge auch thatsächlich sicher zu stellen. Bei ihm befand sich der Herzog von Neapel, Sohn des nächsten Agnaten, des Herzogs Carl von Nevers. Der todkrankte Herzog Vincenz ließ in Rom um Dispensation nachsuchen für die Heirath dieses Prinzen mit der jungen Erbin Maria von Montferrat, die noch im Kloster zu Mantua weilte. Die Dispensation traf ein am 26. December um 2 Uhr Nachmittags. Um 4 Uhr ward am Sterbelager von Don Vincenz der junge Paar getraut. Um 8 Uhr Abends starb Don Vincenz in der Hoffnung, den Frieden seines Landes gesichert zu haben.<sup>2</sup>

Die Hoffnung ging nicht in Erfüllung. An der Angelegenheit der Erbfolge in Mantua und Montferrat entzündete sich ein neues Kriegesfeuer. Es wurden Ansprüche erhoben von Anderen, wie vom dem Herzoge von Guastalla und Carl Emmanuel von Savoyen; aber der Kern der Dinge war, daß der spanische Minister Olivarez nicht den französischen Unterthan Herzog Carl von Nevers als Herrn von Mantua und der Festung Casale leiden wollte. Es handelte sich in weiterer Consequenz um die Herrschaft in Oberitalien, ob des Königs von Spanien, der Vortand

<sup>1</sup> Avenel IV, 261. u. 1.

<sup>2</sup> Bericht des Augzeugs bei Roe 726

befehl, ob des Königs von Frankreich, der durch Revers dort festen Fuß fassen konnte.

Die Entscheidung über Mantua, weil ein Reichslehen, stand dem Kaiser zu. Er schickte dem Grafen Rheinhiller, der sich auf der Rückkehr nach Madrid befand, die Meldung nach, daß die Ansprüche geprüft werden sollten.<sup>1</sup> Rheinhiller fand in Mailand den spanischen Gouverneur Cordova beschäftigt mit dem Plane eines Angriffes auf die Festung Casale am Po. Die Stadt war den Spaniern ein Dorn im Auge, weil sie, auf den Rath des Königs Heinrich IV., von dem früheren Herzoge Vercenz I. zu dem Zwecke erbaut war, als Bollwerk gegen die spanische Herrschaft in Italien zu dienen.<sup>2</sup> Rheinhiller mahnte den Gouverneur Cordova mit eindringlichen Worten des Winkels, der Art, des günstigen Ausganges ab von dem Plane auf Casale. Er warnte vor der Gemeinheit mit Carl Emmanuel von Savoyen, dessen Rettungsverbindlichkeit um des Vortheiles willen die Erleichterung bewirke.<sup>3</sup> — Der wohl durchdachten Mahnung, die in aller Beziehung durch den Verlauf der Dinge gerechtfertigt worden ist, hatte Cordova nichts entgegen zu setzen als die Zweckmäßigkeit. Wenn nicht er die Festung Casale nehme, so werde Revers sie dem Könige von Frankreich geben. Wenn nur erst Casale in spanischem Besitze, so seien Mittel zu finden, dem Papste, dem Kaiser, dem Könige von Frankreich Satisfaction zu geben. Jetzt sei es Zeit, weil der letzte König, mit La Rochelle verwickelt, keine Hülfen zu bringen vermöge. Die Rheinhiller sagt, berichtete Cordova nach Madrid, daß er Casale ohne Schwertstreich nehmen werde.

Die Berichte Cordovas entsprechen den Wünschen des Ministers Olivarez in Madrid, der den Willen Philipps IV., bei aller Frömmigkeit desselben, in ähnlicher Weise zu leiten wußte,<sup>4</sup> wie der Fürst Eggenberg demjenigen des Kaisers Ferdinand Ernstwilen jedoch hielt man mit Rücksichten zurück. Als bis zum 19. März 1626 noch nichts Bestimmtes geschehen war, wuchs in Mantua, wo nun auch Carl von Revers selber sich eingeunden und die Belagerung empfangen hatte, so wie in Venedig, die Hoffnung empor, daß trotz aller Gerüchte dennoch der Friede erhalten bleibe.<sup>5</sup> Die Hoffnung war nicht begründet. Der Spanier Olivarez glaubte nur deshalb, weil er zuvor das eigene Gelüste der Zweckmäßigkeit<sup>6</sup> dessen wollte mit der Autorität des Kaisers.

<sup>1</sup> Rheinhiller XI, 26.

<sup>2</sup> Ros 705.

<sup>3</sup> Rheinhiller XI, 26.

<sup>4</sup> Mocenigo 380, 386.

<sup>5</sup> Ros 704.

<sup>6</sup> Bescheidens scharf gegen O. der

taufetlich gesinnte Ludwig Schoppa, bei Revers IV, 285.

Noch Mitte März trat ein spanischer Courier in Wien ein. Am 20. eröffnete einer der kaiserlichen Räte dem Gesandten des Herzogs Carl von Nevers, daß der Kaiser, in Betracht der vielen Prätendenten auf Mantua und Montserrat, für gut halte, dem Herzoge die gemüthete Belehrung nicht zu ertheilen, dagegen, um den umlaufenden Kriegsgeschichten zu steuern, es für alle Beteiligte nützlich und heilsam erachte, Mantua und Montserrat in Sequester zu nehmen, und zu diesem Zwecke bei zum Austrage des Streites einen Commissar zu entsenden.<sup>1</sup>

Auf die Frage über diese, wie der Venetianer Vice sich ausdrückt, Erklärung der Gewalt, entgegnete der Fürst Eggenberg: der Kaiser habe diesen Beschluß gefaßt, weil der Rath seiner Minister ihn als das einzige Mittel angesehen, Spanien und Savoyen zu hindern, um ihrer Ansprüche auf Montserrat willen mit Gewalt vorzugehen. Bereits sei auch ein Courier nach Spanien entsendet, mit der Bitte eines Verbotes von Feindseligkeiten für den Gouverneur in Mailand.<sup>2</sup>

Die Gesandten von Mantua und Venedig waren über die Tragweite des kaiserlichen Beschlusses anderer Meinung. Es stand ihnen fest, daß Carl von Nevers nach eingetragener Fuldigung, im Besitze des Landes und der festen Plätze, sich dem Sequester nicht fügen, daß er vielmehr, vertrauend auf den Schutz des Papstes Urban VIII. und des Königs von Frankreich, sich zur Wehr setzen, daß es dann unvermeidlich zum Kriege kommen, endlich daß die Spanier, nachdem sie die kaiserliche Autorität in die Sache verwickelt, auch den Kaiser zur Disposition von Truppen nach Italien bewegen würden. — Die Mehrzahl dieser kaiserlichen Räte, sagten die Gesandten, seien spanische Personäre.

Bestimmter noch gingen solche Reden in Mantua und namentlich in Venedig. „Der Kaiser,“ hieß es dort, „gibt nur den Namen her. Der Plan ist in Madrid gemacht, und zwar handelt es sich um die Herrschaft über Italien. Die Spanier können dazu nicht gelangen, wenn sie nicht zuvor sich Meister von Gafale machen und dadurch alle französische Hilfe ausschließen.“<sup>3</sup>

Der Maßstab in dem kaiserlichen Beschlusse über Mantua steht demjenigen in der Vergabung Weidenburgs an Wallenstein gleich oder übertrifft ihn. Durch diese Vergabung erwarb der Kaiser sich keinen

<sup>1</sup> Vices Bericht bei Jacobini-Süßnerst II Art. IX. S. 238.

<sup>2</sup> E. a. O. 240. Über Eggenberg vgl. Mocenigo 600.

<sup>3</sup> Ros 806. Bericht Wotke aus Venedig, 4/14. April.



Freund, es war denn Wallenstein selber, der durch die Last seines Kriegsherrn die Zunehmung und den Respekt der Deutschen vor dem Kaiser ertrug. Durch den Beschluß des Sequesters in der mantuanischen Sache bestätigte der Kaiser die Freundschaft mit Spanien, provocierte dagegen zugleich den König von Frankreich, der, sobald er es vermochte, den Herzog Carl nicht schußlos lassen würde. Vor allen Dingen aber gab der Kaiser dadurch Nahrung für die Anklage, welche seit Jahrzehnten die Aggressiv-Partei in Europa unablässig neu verbrütete, daß das Haus Oesterreich die Herrschaft über Alle anstrebe.

Der Zeitgenosse Pappus fasste sein Urtheil zusammen in die kurzen Worte. „Nichts war so fruchtbar an Verlehten wie dieser neu entstehende Krieg. Darum ist es schwer zu sagen, was in dieser mantuanischen Sache man hätte thun sollen; aber mit Sicherheit darf geurtheilt werden, daß dasjenige was geschah, das Verheerteste war.“<sup>1</sup>

Jenem Beschlusse des Kaisers gemäß erschien Graf Johann von Nassau als kaiserlicher Commissar in Mantua, mit der Aufforderung an Rovera sich in das Sequester zu fügen. Zugleich erhielt Rovera von der Kaiserin Leonora, gebornen Herzogin von Mantua, die Versicherung, der Kaiser mehrte es gut mit ihm, werde ihm kein Unrecht geschehen lassen.<sup>2</sup> Rovera antwortete: er setze in die Gerechtigkeit des Kaisers volles Vertrauen; aber Spanien habe böse Absichten wider ihn. Er wengerte sich dem Sequester Folge zu leisten.

Das Festhalten an dieser Weigerung ward ihm erleichtert dadurch, daß der spanische Gouverneur Cordova und der Herzog Carl Emmanuel sehr bald in Montferrat die Thätlichkeiten begannen. Dem Herzog war es darum zu thun, diesen Ort und jenen Ort sich anzuweihen: für Cordova handelte es sich um den Schlüssel des Landes, Casale.<sup>3</sup> Er hatte im Voraus nach Madrid verstanden, daß die Begnade leicht sein würde. Erst dann, als er mit unzulänglicher Macht Wochen und Monate vor Casale lag, ergab es sich, wie irrig seine Rechnung. Ob Casale sich halte oder nicht, ward nach und nach zu einem Kernpunkt der Angelegenheit, namentlich für Ludwig XIII. und den Cardinal Richelieu, so lange die Belagerung von La Rochelle sie dort in Anspruch nahm. Einstweilen sendeten sie ein Heer unter Crequi, dessen Untergang nicht von Bedeutung war.

<sup>1</sup> Pappus 41.<sup>2</sup> Revenhiller XI. 39.<sup>3</sup> N. a. C. 47 u.

Auf die wiederholte Weigerung des Herzogs von Nevers und Mantua sich in das Sequester zu fügen, beriet am 30. Juli der Reichshofrath die Frage der Reichsacht über ihn. Das Gutachten bejaht die Frage und schließt mit der Anheimgabe: es werde zweckmäßig sein, daß der Kaiser die Execution mit seinem eignen Kriegsvolke vollstrecke.<sup>1</sup> — Demgemäß erfolgte am 16. August an Carl von Nevers das formelle Vorsetzium mit allen den Erfordernissen, welche dem Ausspruche der Reichsacht vorherzugehen hatten, mit Ansetzung einer Frist von dreißig Tagen.<sup>2</sup>

Der Papst Urban VIII. war auch vorher mehr für Frankreich geneigt, als für Spanien, noch mehr er für die Freiheit Italiens fürchtete.<sup>3</sup> Namentlich aber war er vom Beginn an für die Sache des Herzogs von Nevers in Mantua.<sup>4</sup> Er fürchtete für den Frieden von Italien, und dies um so mehr als das Schreckbild des Vollzuges der Reichsacht entporete. In Deutschland hielt er, wie seine Vorgänger, besonders viel auf den Kurfürsten Maximilian. An diesen richtete er, am 11. September, die Bitte bei dem Kaiser vorzulegen, daß Italien vor dem Kriege bewahrt werde. „Denn wir müssen fürchten,“ schreibt er, „daß ein aus allerlei Nationen zusammen gekauftens Heer in der Raublosigkeit seines wilden Kriegesrießers der Gottlosigkeit den Eingang bahne. Denn der erbärmliche Zustand vieler Nationen legt zur Gewißheit dar, welchen schweren Nachtheil unter dem Geffehre der Waffen die Religion erleidet.“<sup>5</sup>

Indem Maximilian eine Abschrift dieses Breve dem Kaiser einschickte, am 21. September, fügte er hinzu, er wolle über die mantuanische Angelegenheit nicht urtheilen, spreche aber das Vertrauen aus, daß der Kaiser bedacht sein werde, auch ohne ferneres und großes Blutvergießen, wie es bei dem starken Anhang auf beiden Seiten unfehlbar in Aussicht stehe, die Sache durch andere rechtliche und gütliche Mittel der kaiserlichen Autorität zu entscheiden.

Nevers hatte sich, am 10. September, mit einer Dankagung für die ihm bewilligte Frist, zum Gehorsame bereit erklärt. Am 9. October meldete er weiter, daß, wie der Kaiser sich ausdrückt: „er mit Bezeugung der zu uns tragenden Treue gemäß dem Decrete vom 20. März das kaiserliche Banner und Johne in der Festung Gofale habe fliegen lassen.“<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Das Gutachten bei Zwiernier S. 242.      <sup>2</sup> Kriegstacten S. 82.

<sup>3</sup> Contarini 294.      <sup>4</sup> E. a. O. 284.      <sup>5</sup> Kriegstacten S. 82.

<sup>6</sup> Antiched. Schreiben an Eggenberg, vom 9. Januar 1620. In Kriegstacten S. 82.

Weiter erbot sich Roveré, das Herzogthum Montferrat in Sequester zu geben, sobald die anderen Prätendenten dasselbe thun würden, und für Mantua alles dasjenige zu leisten, was nach Urtheil und Noth ihm zuerkannt werde. — Dies war nicht eine völlige Portion, aber doch ausreichend, daß mit dem Ausspruche der Reichsacht nicht vorgegangen wurde.

Dagegen war mit Sicherheit vorauszusehen, daß der Herzog Carl Emmanuel von Savoyen das einmal Genommene in Montferrat nicht wieder herausgeben, so wie daß Cordova nicht ablassen werde von der Belagerung von Salak, vor welcher Stadt die Ehre der spanischen Waffen wie verpfändet lag. Im Beginne des Monates November verhandelten sich die Kurfürsten von Mainz, Köln, Trier, Bayern, Sachsen, jeder für sich aber gleichzeitig, bei dem Kaiser, für Carl von Roveré.<sup>1</sup> — Es wurden Verhandlungen gepflogen hin und her, und doch war Salak der Kernpunkt der Frage: für Spanien es zu nehmen, für Frankreich es zu lassen.

So lange die französische Macht vor La Rochelle verwickelt war, zeigte zwar der Minister Richelieu dem Könige Ludwig XIII. den Weg an, wie er demnachst in diese italienischen Angelegenheiten eingreifen habe, nämlich den Alpenpaß Pinerofo zu nehmen, und von da aus Salak herzustellen, aber er rieth zugleich zu dissimuliren, bis die Sache mit La Rochelle entschieden sei.<sup>2</sup> Als endlich die Übergabe erfolgte, richtete er an den König die Mahnung, „Nachdem durch die Einnahme von La Rochelle Ew. Majestät das für Sie ruhmvollste und für Ihren Staat nützlichste Unternehmen Ihres Lebens zu Ende geführt haben, erwartet nun das seit einem Jahre von den Waffen des Königs von Spanien und des Herzogs von Savoyen unterdrückte Italien von Ihrer siegreichen Armee die Erleichterung seiner Leiden. Ihre Reputation verlangt von Ihnen, daß Sie sich der Noth Ihrer ungerecht bedrängten Nachbarn und Freunde annehmen, und Ihr eigenes Interesse verpflichtet Sie, Ihre Augen dahin zu wenden.“<sup>3</sup> — Der Cardinal erörterte diese Gedanken zu wiederholten Malen. Die Bewingung von La Rochelle, sagte er, bahne dem Könige den Weg, sich zum mächtigsten Monarchen in der Welt und zum beliebtesten Fürsten daheim zu machen.<sup>4</sup> Rob

<sup>1</sup> *Gesammelte Schriften im Kriegsarchiv* B. 69.

<sup>2</sup> *Mémoires* IV, 97

*Avenel* III, 150.

<sup>4</sup> *Mémoires* IV, 217

waren habe er die Rebellion der Hugenotten völlig niedergeworfen, Castrol, Nîmes und Montauban, so wie alle noch übrigen Plätze in Languedoc und Guienne zu nehmen. Nach außen hin müsse es der feste Plan sein, immer und überall dem Fortschritte Spaniens hemmend in den Weg zu treten.

Nach beiden Richtungen hin kam es zu statten, daß Carl I. von England durch die Briefe seiner Frau an ihre Mutter Maria von Medicis um den Frieden bitten ließ.<sup>1</sup> Thatsächlich war bereits mit dem Falle von La Rochelle der Krieg zwischen den beiden Mächten zu Ende, wenn auch der Abschluß des Friedens noch einige Monate sich hinzog. Dagegen war bereits im Januar 1629 Ludwig XIII auf dem Wege nach der Dauphiné, um, wenn möglich, für Carole Hüfte zu bringen.<sup>2</sup>

Welchen Ausgang immer die Dinge in Mantua und Montferrat nahmen: auf Deutschland übte die Ungewißheit von dort her zu Ende 1628 und Anfang 1629 die Rückwirkung, daß die Reduction des kaiserlichen Herres ins Stocken gerieth. Dagegen hoffte man auf Erleichterung durch einen Frieden mit Dänemark.

## 20. Friedenshandlung mit Christian IV.

Das gewichtigste Kriegebetriebs des Jahres 1628 auf deutschem Boden war die Belagerung von Stralsund. Durch die dann erfolgende Verbündung der Wolgast, die für den Dänen bei der starken Überlegenheit Wallensteins geringe Aussichten auf Erfolg bot, verschaffte Christian IV. vielmehr dem Gegner nur die Gelegenheit, das Mislingen vor Stralsund durch den Ruf eines Sieges minder auffällig zu machen. Die dänischen Inseln dagegen waren für Wallenstein unnahbar. Der General des oceanischen und des baltischen Meeres schildert selber seine Flotte mit den Worten an Colalto: „Ich habe wohl bei dreizehn Schiffe, aber mit keinem kann ich auf die See; denn Gabriel de Rol hat die Rattrojen und Buchsenmeister entlassen.“<sup>3</sup> Gewichtiger als der Grund dieser Anklage, die nach Wien hin dem spanischen Gehülften Wallensteins die Schuld des Mislingens der Flotte beimißt, ist die (eben S. 69) besichtigte Thatsache der nicht ehrenvollen Anerkennung von Seiten der Generalstaaten für Wallenstein, daß er durch seine Dexterrität den spanischen Flottenplan zu nichte gemacht habe.

<sup>1</sup> N. a. L. 237.      <sup>2</sup> N. a. C. 240.

<sup>3</sup> Thunberg 115.

Das dänische Festland, die südliche Halbinsel, war fast völlig in den Händen Wallensteins. Es waren dort als Angriffsobjecte im Jahre 1628 nur noch übrig die zwei Städte Kremen und Glückstadt. Beide wurden belagert, die letztere mit sehr geringer Aussicht auf Erfolg, weil der Verkehr zur See nicht gesperrt werden konnte. Wallenstein selber kam heran. Er that vor Kremen sein Herannahen kund mit ähnlichen Worten, wie er sie wiederholt gegen Stralsund gebraucht. Des ungeachtet erlangte der Commandant Ahlefeld, den nur der Mangel zur Übergabe zwang, Abzug mit allen Ehren. Glückstadt dagegen widerstand. Das Heer vor dieser Festung war doppelt bedroht. Es nachte der Herbst mit seinen Stürmen, und das Lager der Wallensteiner war nicht sicher gegen die etwa höher anschwellende Merresfluth. Die Belagerung mußte aufgehoben werden.

Bei dieser Lage der Dinge ward an Henke der Ruf nach Frieden um so lauter und dringender. Die Bemühungen um die Herstellung desselben zwischen Kaiser und Reich einerseits und dem Dänemönige andererseits, hatten niemals völlig aufgehört.<sup>1</sup> Namentlich war, auf die Bitte der dänischen Reichsfürsten, der Herzog Friedrich von Holstein-Gottorp, wie im August 1627 zu Pauenburg, so auch nachher eifrig im Angebot seiner Vermittelung. Abermals drängte er von Gottorp aus, am 17. Mai 1628.<sup>2</sup> Damals ging Wallenstein, wie er selber wiederholt an Arnim gemeldet, mit der Vollmacht des Kaisers für eine Friedenshandlung zur Armer. Am 4. Juni schrieb er dem Kaiser: „Ob ich zwar wenige Apatenz zum Frieden sehe, so ist es doch aus vielen Ursachen gut, die Tractaten sofort anzufangen, auf daß die Welt sehen thue, daß Ew. M. wie, was zur Ruhe und Einigkeit der Christenheit gerichtet, ausschlagen.“<sup>3</sup>

Der Kaiser befragte über den Vorschlag Wallensteins den Kurfürsten Maximilian, und dieser die Liga. Am Namen derselben antwortete er, am 27. Juli: der Kaiser habe wohl gethan, auf den Wunsch der dänischen Reichsfürsten willähig zu antworten. Die Liga verstehe dies so, daß der Graf Tilly an der Friedenshandlung mit Dänemark nicht etwa als des Herzogs von Friedland Rath und Beigeordneter, sondern als ein kaiserlicher Mit-Commissar, ausgestattet mit gleicher

<sup>1</sup> Hgl. Christians IV. an Auswärtigen mit den Berlagen bei Loudorp III, 1025 ff. <sup>2</sup> Friedensacten S. 88.

<sup>3</sup> H. u. O.

Wemalt und Bollmacht, Theil zu nehmen habe, in der Form und Weise, wie es zu Braunschweig geschehen.<sup>1</sup>

Die Verschiebung der Stellungen ist augenfällig. Im Winter 1625/6 in Braunschweig hatte es sich für Tilly als den General nicht bloß der Liga, sondern auch des Kaisers darum gehandelt, als der Ersternannte sein Recht des Ranges vor Wallenstein zu behaupten. Er hatte darin nachgegeben. In den drei Jahren seitdem waren abermals wie zuvor die entscheidenden Streiche von Tillys Hand geführt. Und doch war Wallenstein in der Meinung des Kaiserhofes so empor gewachsen, daß sich die Häupter der Liga genöthigt sahen, für Tilly ausdrücklich die Gleichstellung mit Wallenstein zu verlangen.

Das Gutachten der kaiserlichen Räte auf diese Forderung lautete dahin, daß sie die Stellung der zwei Feldherren zu einander nicht anders auffaßten als wie in Braunschweig, also auch mit der Differenz, daß „wie der Herzog von Friedland Standes halber und als von Ew. R. M. unmittelbar abhängig dem Grafen von Tilly vorgeht, also des Herzogs von Friedland Delegierte vor den Tilly schon den Vortrang haben müssen.“<sup>2</sup> Das Gutachten der kaiserlichen Räte fügte hinzu: die Anwesenheit oder die Vertretung Tillys bei der Friedenshandlung gewähre die Bürgschaft, daß das Interesse der Liga nicht geschädigt werde. — Bedingungen wurden von kaiserlicher Seite noch nicht festgestellt: man wolle erst die Dänen hören.

Dies war am 27. Juli. Dennoch sehen wir dann für Wochen lang die Sache nicht weiter kommen. Es mochte Wallenstein nicht unbekannt sein, daß die Liga ihn im Verdachte hatte, den Frieden nicht zu wollen. Darüber schreibt er, am 9. September, an Arnim: „Ich weiß, daß J. M. Frieden haben wollen, und wenn es zur Tractation kommt, wird man sehen, wer eher wird zum Frieden greifen: ich oder der Graf Tilly. Denn so wahr ich begehre selig zu werden, so verlange ich den Frieden auch.“<sup>3</sup> Und zwar folgt dann die Begründung: „Denn ich wollte gern gegen die Türken ziehen, wozu ich den Papst, den Kaiser und alle kaiserlichen Minister disponiert habe.“

Es ist, wie wir gesehen, nicht zum ersten Male, daß Wallenstein dem Arnim gegenüber in Betreff der Türken eine solche Rede führt. Wiederholt spricht er davon die Beforgnis aus, daß der Schwede ihn in

<sup>1</sup> A. a. C.    <sup>2</sup> A. a. C.    <sup>3</sup> Hörter I. 296

dieser Absicht stören werde. So bereits im Februar.<sup>1</sup> Uebermals am 5. Mai.<sup>2</sup> „Der Herr kennt des Schweden Natur. Batt, der Herr denkt ihn noch, wenn wir die Waffen gegen die Türken transferieren werden, wie wir es versichern, daß er uns nicht ein Vubensüß raßt; denn auf seine Treue und Mauben ist sich wenig zu verlassen.“ — Und wiederum am 17. Mai:<sup>3</sup> „Der Herr wach meine Intention, daß ich gern den Krieg wider den Türken transferieren wollte, und habe allbereits den Kaiser und alle Minister, wiewohl etliche mit harter Mühe, dazu disponiert.“

Diese Worte entsprechen also jenen vom 9. September, nur daß diese auch noch den Papst mit hereinziehen. Dagegen unterzeichnete der Kaiser in denselben Tagen seine Instruction für Osterberg an Wallenstein, welche als einen Hauptgrund für die Reduction der Truppen geltend machte die Befähigung des Friedens mit den Türken. Demnach sind die Behauptungen Wallensteins von einem Disponiren, wie er sich ausdrückt, der betreffenden Personen mehr als zweifelhaft.

Die Friedenssache kam nicht vorwärts. Am 21. September drang der Kaiser in Wallenstein auf Beschleunigung.<sup>4</sup> Man konnte sich über den Ort der Friedenshandlung nicht einen. Dazu wollte Wallenstein nicht die Vermittelung des Herzogs Friedrich von Pommern. Am 15./25. November kam endlich dieser darüber zur Einsicht, und klagte Wallenstein bei dem Kaiser der Verzögerung an.<sup>5</sup>

Der Kaiser jedoch hatte nicht dem Herzoge Friedrich eine Vollmacht gegeben, sondern nur Wallenstein und Tilly. Wie der letztere sich dem Kaiser betruß im September von Stade aus erbot,“ kam er am 22. November mit Wallenstein in Bockenburg zusammen. Dort besprachen sich die beiden Feldherren zwei Tage hindurch ohne Zeugen bis tief in die Nacht.<sup>7</sup> Über das Ergebnis dieser Besprechung schweigt Wallenstein sowohl gegenüber Colliatto als Arnim. Erst später meldet er dem Kaiser, daß Tilly dort mit ihm überein gekommen: jede Vermittelung werde schädlich sein.<sup>8</sup>

Wallenstein begab sich nach Wästern. Dort traf bei ihm einige Tage später der Oberst Schaumburg ein, der, bei einem Ausfalle aus

<sup>1</sup> Götzter I, 303.    <sup>2</sup> N. a. D. 354.    <sup>3</sup> N. a. D. 355.

<sup>4</sup> Friedenskaten S. 64.    <sup>5</sup> N. a. D.    <sup>6</sup> N. a. D. Vom 22. Septbr.  
Eine Nachschicht im Geleit Friedrichs.

<sup>7</sup> Friedenskaten S. 64. Vom 27. Januar 1629.

Mücknabe, im September, von den Dänen gefangen, nun von Christian IV zu dieser Botschaft verwendet wurde. Schaumburg meldete, daß Christian IV die Stadt Lübeck als Ort des Congresses den Städten Hamburg oder Kiel vorgebe. In diesem Falle werde er selber sich auf die Insel Jemarn begeben. Christian IV. erbot sich dem Wallenstein ferner, den Obersten Schaumburg als Gefangenen frei zu lassen.<sup>1</sup> Es spinnt sich also hier eine directe Anknüpfung des Königs mit Wallenstein an. Sowohl das Ausschließen jeder Vermittelung, wie diese directe Anknüpfung deuten auf die Absicht Wallensteins: er allein will die Friedenssache in der Hand haben.

Bevor noch dieses Schreiben nach Wien gelangte, theilte der Kaiser, am 5. Januar 1629, dem Kurfürsten von Bayern seine Friedensbedingungen mit. Diese gingen sehr weit. Namentlich verlangte der Kaiser auch den Ersatz der Kriegskosten.<sup>2</sup> Mit dem Danke für die Wittthatung sprach Maximilian, am 19. Januar, die Erwartung aus, der Kaiser werde in gutem Angedenken haben, welche nützliche und erspriessliche Dienste die Bundesstände ihm und dem Reiche geleistet, und werde daher bei der Friedenshandlung die ausgelegten schweren Kosten und erlittenen Schäden der Bundesstände in fleißige Obacht nehmen. — Zu diesem Zweck ließ Maximilian in der Trugschulthei nochrechnen. Es ergab sich, daß von Mai 1625 an, wo Christian IV. die Feindseligkeiten begonnen, bis zu Ende 1628, die Paga für den Unterhalt ihrer Armee ausgelegt hatte reichlich vier Millionen Gulden.<sup>3</sup>

Diese Forderung war specificirt. Ungleich höher war der Betrag, den die Fürsten der geschädigten Länder berechneten, namentlich der Herzog Christian zu Pommern-Stettin, der von Anfang an sich kaiserlich treu gehalten hatte. Ähnlich aber rechnete auch Johann Friedrich von Bremen, mit der Behauptung, daß er vom Beginne an unter dem Druck der dänischen Waffen gestanden. „Vediglich der im Erzstifte Bremen erlittene Schaden ist nicht mit etlichen Millionen Goldes zu ersetzen.“<sup>4</sup>

Vom Beginne an hatten diese Einzelnforderungen, wie der Reich nach in solchen Fällen, geringe Aussicht auf Gewährung.

<sup>1</sup> Friedensedictum J. 8 A. Rom 16. December 1628.

<sup>2</sup> H. z. D.

<sup>3</sup> H. z. D. Ray an Tilly, 2. Februar 29.

<sup>4</sup> H. z. D. Rom 4. 14. Februar



Dagegen geht aus dem ganzen Verlaufe der Dinge augenscheinlich hervor, daß Wallenstein damals, aus welchen Motiven immer es sein mochte, den Frieden mit Dänemark eifrig und schnell zu wollen. Er hatte durch Kolalto und Eggenberg das Ohr des Kaisers. Es kam für ihn darauf an, durch diese zwei Personen den Kaiser zu einem Frieden mit solchen Bedingungen zu führen, die Wallenstein für geruht und ausreichend hielt.

Er begann, am 28. Januar, mit einem Gutachten über die Stifter Magdeburg und Halberstadt. Nachdem Christian Wilhelm sich durch seine Rebellion derselben verlustig gemacht, hatte das Domcapitel von Magdeburg den Prinzen August von Sachsen gewählt, der Papst jedoch den Erzbischof Leopold zum Erzbischofe ernannt. Auf die Anfrage des Kaisers gab nun Wallenstein sein Gutachten dahin, daß, wie er schon früher gerathen, der Kaiser beide Stifter als durch Kriegsrecht ihm zugefallen an sich nehmen, sie dem Erzbischof Leopold übertragen und für diesen die Poldigung entnehmen lassen möge.<sup>1</sup> Wenn die Jurisdiction in geistlichen Dingen anzuvertrauen, siehe bei dem Kaiser. „Wegen der Verwaltung aber in weltlichen Dingen,“ fährt Wallenstein fort, „werden Ew. Majestät aus meinen früheren vielfältigen Berichten vernommen haben, daß es nicht möglich ist, der Grafschaft der Stifter, wie auch der neuen diese drei Jahre auferlegten Contributionen (für das Herr) zu entrathen. Denn was für Mangel und Noth an allen Orten erscheint, (davon) wird der Graf Kolalto Ew. M. einen guten Bericht thun können. Dieses wird auch von Tag zu Tag größer werden. Denn die Länder, wo wir den Krieg führen, sind in Grund ruiniert, so daß die Soldaten in der That klagen überaus Hunger und Noth, die Bauern aus Noth und Verzweiflung sich ins Meer stürzen. Dahn wird es in wenigen Wochen auch in anderen Ländern kommen. Denn nicht allein ist in verfloffenen Jahre ein großer Miswachs gewesen, sondern man hat auch auf den Winter nichts angebaut,<sup>2</sup> so daß, wenn wir nicht von andernwärts Succurs erlangen, der Hunger und die Noth uns noch hartweg treffen werden. Dadurch wird dann der Feind nicht allein das Verloren ohne Schwerefschmerz wieder gewinnen, sondern auch wird die Soldatesca in Unzillen und Meuterei gerathen, diese Orte verlassen, sich nach Ew. M. Erbfeindreichen und Ländern wenden, und also die Uebelgesinneten, deren von Tag zu Tag mehr werden, gewonnenes

<sup>1</sup> Schumacher 24

<sup>2</sup> Oder Provinzialsteuern für angegeben.

Spieß haben. Soll nun in den Stiftern ein Gubernator sein, so wäre es nicht möglich, auch wenn es Sohn und Vater wären, daß der General und er zusammen stimmen. Denn der General würde das publicum, jener aber das privatum befördern, aus welchem Conflict alles Unheil entstehen würde. Auch thue ich für meine Person verhoffen, daß, da ich mich in Ew. M. Diensten so treu und ehrbar verhalten habe, Sie in meine Person Ihre Vertrauen setzen werden. Die Einkünfte und Contributionen des Erzstifts zum Theil für die Person des Gubernators zu verwenden, wäre nicht allein nicht ratsam, sondern auch nicht möglich, weil sie das beste und sicherste Einkommen ausmachen, und man damit sehr viel Gutes bei der Armada richten kann. Wenn es aber, wie ich hoffen thue, zu dem gewünschten Frieden kommen, und man der Stifter Intraden und Contributionen nicht mehr zu den Kriegsausgaben bedürfen wird, alsdann werden Ew. Majestät ohne Nachtheil darüber zu Dero Dienst und der Christenheit Wohlfahrt gnädigst zu verfügen wissen.“

Indem Wallenstein selber sich hier vor dem Kaiser das Lob der Treue und Ehrbarkeit zuerkenn, liegt es nahe zu vergleichen, wie er als General und Landesfürst zugleich sich verhält in einem solchen Falle, wo, wie er sich ausdrückt, das publicum und das privatum in Conflict gerathen. Wenige Wochen zuvor schreibt er an Colalto: „Der Merede einer Compagnien legierten im Lande Meissenberg, müssen aber von ihren Quartieren (in Schwaben) aus unterhalten werden. Denn man legt mir's onk, daß ich wenig Verstand habe, wenn ich sie selber unterhalten wollte.“ Der kaiserliche Commisſar Oberst Ofia in Schwaben verweigerte das. Auf die Beschwerde Meredes wandte sich Wallenstein an Colalto mit den Worten: „Der Merode schreibt mir, daß ihm der Ofia die Contribution für seine in Meissenberg liegenden Compagnien nicht gestatten will. Nun wünsche ich nicht, daß der Herr Bruder wird befohlen haben, daß er ihnen den Unterhalt reichen solle. Ist es nicht geschehen, so bitte ich, der Herr Bruder befehle es ihm bald. Das es aber der von Ofia aus hat selbst gethan, so obligiert er mich gar schlecht.“<sup>1</sup>

Jenes Schreiben Wallenſtein's, vom 26 Januar, an den Kaiser, scheint ferner auszuweisen, daß er aus Mitleid über den Jammer der Menschen unter der Kriegeslast den Frieden ersehne. Aber am 23 Januar schreibt der Kurfürst von Sachsen an den von Bayern: „Obwohl man

<sup>1</sup> B. a. C. che ho poca cervello. Den 28. November 1624.

<sup>2</sup> B. a. C. M.

mit der Abdonung der Truppen umgeht und einzelne Compagnien entlassen werden, so hört man doch dagegen nicht allein von neuer starker Werbung und wie auf acht Regimenter zu Fuß neue Patente ausgetheilt werden, sondern es sind auch vor ungefähr vierzehn Tagen drei Regimenter zu Fuß bei Erfurt gemustert und durch unsere Lande — mit welchem Schaden der Unterthanen, ist leicht zu erachten — geführt worden. So wird die Einquartierung im thüringischen Kreise aufs neue angeordnet, und befinden sich daselbst noch diejenigen Compagnien, so aus mehr länger als ein Jahr allda gelegen, daß also der Drangsale und Pressuren noch kein Aufhören, dagegen aber zu spüren, wie ein Reichthum nach dem andern ausgezogen und ausgezehret wird.“<sup>1</sup>

Seiner Oberst Eissa, dem im schwäbischen Kreise die Reduction der Truppen in gleicher Weise obliegen sollte, wie Colloalto im fränkischen, handelte durchweg im Sinne Wallensteins. Auf die Beschwerde der schwäbischen Mitterschaft und auf ihre Forderung, sie von der Einquartierungslast zu befreien, erwiderte er: so lange nicht die Liga mit der Abdonung voran gehe, könne auch der Kaiser von seinem Pette nichts entlassen.“ — Maximilian sah in dieser Antwort die Absicht der wallensteinischen Officiere, den Unmuth der Bevölkerung über die Kriegeslast den Häuptern der Liga aufzubürden. Dagegen war es der feste Entschluß derselben nicht sich wehrlos zu machen.

In dieser Stimmung des Unmuthes traten die Kurfürsten, im Februar 1629, zu einem Bundestage in Heidelberg zusammen. Die Ausdrücke waren, wie immer, respectvoll für den Kaiser, die Willfährigkeit in Thatsachen für seine Wünsche gering. Er beantragte, wie bereits mehrmals, das Wutemgreifen in den Krieg wider die Holländer zu Gunsten des Königs von Spanien. Die Liga lehnte ab. Der Kaiser ließ seinen liebsten Wunsch vorbringen: die Berufung eines Kurfürstentages zum Zweck der Wahl eines römischen Königs. Die Liga erwiderte, daß der Kurfürst von Sachsen sich an einem Convente nicht betheiligen werde, so lange nicht der Kaiser dem Kriegsrunde, welchen der Herzog von Friedland eigenen Metalls verdinge, durch Befehl ein Ende mache. Der Kaiser möge vor Allem den Kurfürsten von Sachsen beschwichtigen, ihn des Passauer Vertrages und des Religionsfriedens versichern, ihm den Frieden mit Christian IV. in Aussicht stellen. —

<sup>1</sup> Aus dem Dr. Archiv bei Hündel, Wallstein II, 140

<sup>2</sup> Gerst, Wallstein 298. Vom 12. Februar 1629.

Es wurde eine Gesandtschaft der vier katholischen Kurfürsten an den Kaiser beschloffen, um den ganzen Stand der Dinge in nachdrücklicher Weise darzulegen.<sup>1</sup> Die Hauptfoder zunächst war die nachdrückliche Mahnung an den Kaiser für den Frieden mit Christian IV.

Im Beginn des Monats Februar fanden sich in Lübeck die Bevollmächtigten ein: im Namen Tillys die Obersten Ruess und Bronsfeld, im Namen Wallenstraß Altringen, Dietrichstein, Walmerode, daneben der von Christian IV. aus der Gefangenenschaft entlassene Schaumburg. Der dänischen Gesandten war eine lange Reihe. Sie zuerst reichten ihre Forderungen ein. Diese klangen sehr auffallend. Christian IV. verlangte die sofortige Räumung seines Gebietes von den kaiserlichen Truppen. Er verlangte ferner Ertrag des angerichteten Schadens, und vergelten — als wäre er der Sieger.<sup>2</sup>

Wenig anders lauteten die Bedingungen, die der Kaiser, am 3. Januar, dem Kurfürsten Maximilian von Bayern mitgetheilt hatte. Der König von Dänemark, heisst es darin, soll versprechen, sich aller Reichshändel zu entschlagen. Er soll auf die deutschen Fürstenthümer verzichten. Er soll die Kriegskosten erlegen. Er soll eintreten für die Schuld des Kaisers an Kurachsen, für welche die Kauffg verpfändet ist. Er soll den Bund eröffnen für den Kaiser und die getreuen Stände des Reiches, die dem Kaiser in diesem Kriege so treulich beigefallen haben.

Dennoch standen die kaiserlichen und die dänischen Forderungen einander gegenüber wie durch eine unausschließbare Kluft getrennt.

Allen um diese kaiserlichen Bedingungen mußte auf deutscher Seite nur Wallenstein. Als ihm Schaumburg und Walmerode, am 16. Februar, die dänischen Forderungen nach Wistrow überbrachten, entsandte er sofort damit einen Courier nach Wien. Über den Gegenstand derselben zu den kaiserlichen Bedingungen sprach er.

Am 17. Februar sprach Tilly seinen Delegierten Ruess und Bronsfeld sein Lob dafür aus, daß sie bei den Delegierten Wallenstraß mit Nachdruck auf die Wirtbeibung der kaiserlichen Bedingungen gedrungen, als die Basis der Verhandlungen „wel und dieselben bis heute noch nicht angekommen sind“<sup>3</sup> — Von da an erwartete Tilly fast täglich diese Mahnung.

<sup>1</sup> E. a. O. 201. Vgl. Gudeg, Wallstein II, 146 u. f.

<sup>2</sup> Friedentafel S. 8. Ruess und Bronsfeld an Tilly. 17. Februar.

<sup>3</sup> E. a. O.

Wallenstein dagegen meinte, am 23. Februar,<sup>1</sup> an Colloalto, daß Tilly vorgeschlagen: es sei besser mit den kaiserlichen Reichsfürsten zu unterhandeln als mit dem Könige; denn dadurch werde man Uneinigkeit zwischen ihnen anrichten, und desto eher zum Ziele kommen. Wallenstein hält entgegen: der König, nicht die Reichsfürsten, habe die Commissionen noch Eifer geschickt. Daher gehe es sich, mit dem Könige und nicht mit den Reichsfürsten zu verhandeln. — „Aus diesem Vorschlage,“ fügt Wallenstein hinzu, „kann man leicht sehen, daß man,“ d. h. also Tilly im Namen Maximilian, „gern die Tractationen geschloßen sehe, damit die Waffen nicht nach Italien gerichtet werden können.“ Er fügt weiter hinzu, daß, wie es allerdings Thatsache war, Maximilian wohl mit Frankreich stehe. Er wiederholt dann nochmals ausdrücklich: „Ich übergebe deswegen keine Punkte, weil sie,“ d. h. Tilly und seine Deputirten, „sie gern haben wollen, um die Sache zu verwirren, auf daß es hernach leichter zum Bruche kommen könne. Zuvor muß ein Stillstand gemacht werden, zum Troste allen denen, die dem Hause Oesterreich übel wollen.“<sup>2</sup>

Wallenstein erhebt also hier gegen Tilly eine schwere Anklage, für die er einen Anhaltspunkt nicht beibringt. Indem er sie erhebt, behält er, ungeachtet der Gleichberechtigung Tillys, die Sache des Friedens mit Christian IV. allein in der Hand. — Indessen gegenüber dem Abbringen Tillys durch seine Deputirten mochte doch Wallenstein selber diesen Standpunkt der Ablehnung als unhaltbar erkennen. Am 25. Februar ließ er den Deputirten Tillys die kaiserlichen Bedingungen übergeben.<sup>3</sup> Aber Ruzpp und Wrangfeld beharren, ohne ihrer Absicht, selber für Wallenstein den Weg, die Friedenssache dennoch nach seinem Willen zu gestalten. Sie sprachen die Meinung aus: man solle mit der Übergabe dieser Artikel an die Dänen warten, bis der abgesandte Courier eine kaiserliche Resolution darüber zurückbringe. Die Wallensteiner stimmten zu.<sup>4</sup> Demnach war für sie Zeit gewonnen.

Bereits am nächsten Tage, dem 26. Februar, ergingen dringende Briefe Wallensteins an den Kaiser und an Colloalto.<sup>5</sup> Dem letzteren schreibt er: „Was I. M. an diesem Frieden gelegen ist, weiß der Herr Bruder besser als ich. Bitte, man gehe der Sache nicht auf die lange Bahn; denn es würde uns wenig Nutzen bringen.“ — Und dann entwickelt Wallenstein, ohne die vom Kaiser gestellten Bedingungen weiter

<sup>1</sup> Adamus 106.    <sup>2</sup> M. a. C. 105.    <sup>3</sup> Staudt, Wallstein II, 101.

<sup>4</sup> M. a. C.    <sup>5</sup> Adamus 105.

zu berühren, seine eigenen Vorschläge, die den Forderungen Christian IV. ungleich näher stehen, als den Bedingungen, die Wallenstein im Namen des Kaisers stellen sollte. „Meine Meinung ist,“ schreibt er, „daß man dem Könige sein Jütland, Schleswig und Holstein zurückgeben soll: der Geister und anderer Reichthümer wird er sich nicht annehmen. Geschieht dieses, so haben wir einen sicheren Frieden. Der König sammt seinen Nachkommen wird sich in die Hände des Hauses Oesterreich werfen und ihm treu verbleiben. Weisheit es nicht, so haben wir weder Frieden noch Stillstand. Was nun an dem Einen und dem Andern gelegen, das wissen die Herren gehornen Rathe gar wohl, weil sie die Hände im Spiele haben. Ich bitte nur, der Herr Bruder führe die Sachen dahin, daß die Zurückgabe bewilligt wird, und alsbald. Dann, geschieht es nicht, so laßt sich das andere unternehmen“ — doch wohl die Sache des Kaisers in Italien. „in Rausch auf.“ In einer Nachschrift folgt dann abermals die Klage wie zuvor: „Neue Mitcommissionen wollen von keinem Stillstande hören, viel weniger vom Frieden. Ich sehe, das kommt nicht von ihnen, sondern von ihrem Principalen“ also der Elza. „Bitte, der Herr Bruder lasse bei dem Fürsten (Eggenberg) die Resolution zur Rückgabe der Länder bald zuwege zu bringen; denn wir werden sie doch nicht halten können.“ Wallenstein wünscht, daß sein Schreiben an den Kaiser nicht im vollen gehornen Rathe gelesen werde. Eggenberg und Collalto also sollen die Sache durchführen.

Einen Fingerzeig zu dem Ursprunge dieses neuen Planes bei Wallenstein geben uns weniger seine nicht bewiesenen Klagen, daß die Elza es mit dem Frieden nicht ehrlich meine, als die Worte über Christian IV.: „der Geister und anderer Reichthümer wird er sich nicht annehmen.“ — Über Christian IV. war in Ähren verpflichtet, sich beim Friedensschlusse der Herzöge von Mecklenburg anzunehmen, die um fernestwillen ins Unglück gekommen waren. Indem also Wallenstein im vor- aus wußte und sagte, daß das nicht geschehen würde, liegt darin die Andeutung, daß der Handel zwischen ihm und Christian IV. bereits fertig war. Es war die Festsetzung seines Verhaltens bei dem spanisch- holländischen Plane der Admirals. Die Wallenstein dürfen zu makte gemacht, um den Anspruch Christian IV. gegen seinen Besitz von Mecklenburg abzuwenden: so war er, um diesen Besitz sicher zu stellen, auch fernest zu aller Gunst für Christian IV. erbödig.

\* Mament 104.

Bevor jedoch noch Wallenstein seinen Courier mit diesen Schriftstücken nach Wien abfertigte, am 24. Februar, gelangte an ihn eine Nachricht, die seinen Plan zu durchkreuzen drohte: der Schwedenkönig verlangte an der Friedenshandlung in Lübeck Theil zu nehmen. „Nun sehe ich,“ meldete Wallenstein darüber an Goltz, „daß die Schweden einschlachen wollen, um sich bei der Friedenshandlung zu befinden, und unter dem Vorwande, daß sie sich der Stralsunder annehmen, die anderen Schritte, welche alle ein Auge auf Schweden haben, an sich zu ziehen und den Frieden zu hindern. Die Tilly'schen wollen alle Gesandte zulassen, weil ja ihr Zweck ist, weder Frieden noch Stillstand zu machen. Nun bitte ich, der Herr Bruder bringe dies J. W. vor. Meine Meinung ist, daß man sie auf keine Weise zulassen soll; denn sie kommen nicht zu componieren, sondern zu turbieren. Bitte, der Herr Bruder schicke mir auf das eheste Ihrer M. Resolution.“<sup>1</sup>

Wallenstein hatte somit nach Wien hin sehr geeilt mit der Meldung, daß die Tilly'schen die Schweden zulassen wollten. In der Wirklichkeit wirkte er, als er die Anklage niederzeichnete, selber eben so wenig, wie die Delegierten Tillys, um dessen Ansicht. Denn wie nach Wien hin, so konnte er auch erst am selben Tage, dem 26. Februar, an Tilly über das schwedische Verlangen Nachricht geben.<sup>2</sup> Zu Verurteilung auf die bösen Untertriebe des schwedischen Gesandten Masch früher in Lübeck sprach er die Hoffnung aus, daß Tilly ihm bestimmen werde, schwedische Gesandten in Lübeck nicht zuzulassen. Bereits am nächsten Tage, dem 27. Februar, richtete Tilly an seine Delegation in Lübeck die Meldung: der Vollmacht des Kaisers laute auf Verhandlung mit dem Dänen, nicht mit dem Schweden. Er erklärte sich bereit zu einer Verständigung mit Wallenstein in Leuenburg.<sup>3</sup>

Jene wiederholten Anklagen Wallensteins nach Wien hin gegen Tilly und die Pläne auf Nicht-Willigkeit zum Frieden waren also auch in dieser Beziehung grundlos. Aber sie waren erhoben von dem Manne, dem der Kaiser als seinem treuen und ehrbaren Diener, wie Wallenstein selber sich nannte, mehr Vertrauen schenkte als der Eiga, und thaten darum, mit der Hochhilfe Goltzs und Tzgenbergs, ihre Wirkung als Saat des Mißtrauens und des Argwohnes.

Bündelst fordert unsere Aufmerksamkeit die Absicht des Schwedenkönigs bei diesem seinem Besuche in Lübeck.

<sup>1</sup> M. a. D. 107<sup>2</sup> Friedensacten S. 84.<sup>3</sup> M. a. D.



## 21. Entwürfe des Schwedenkönigs Gustav Adolf.

Von der Gesandtschaft nach Stralsund und Kopenhagen zurückgekehrt, sandte der Kanzler Oxenstierna von Elbing aus am 30. November 1624, dem schwedischen Reichsrathe Bericht ein über den Stand des Verhältnisses zu Polen und zu Deutschland.<sup>1</sup> Er spricht die Ansicht aus, daß für Schweden mit Polen zu einem Frieden oder auch mit einem Stillstande nicht zu gelangen. Dann erwähnt er Stralsund.<sup>2</sup> „Der Kaiser, Wallenstein und die Liga“ sagt Oxenstierna, „gehen darauf aus, alle deutschen Fürsten und Städte unter die absolute Herrschaft des Kaisers zu bringen, und zugleich hier mit Eile, dort mit Gewalt die römisch-katholische Religion einzuführen und alle Evangelische zu unterdrücken. Das ist des Kaisers und der katholischen Liga Plan von Anfang an gewesen und wird bestätigt durch ihre Erfolge. Wallensteins Forderungen und Vergrüß sind maßlos, und dazu wird er vom Kaiser so hoch gehalten und gefördert, daß er alle seine Forderungen für durchführbar hält. Nachdem sie Deutschland größtentheils unterworfen, legen ihnen die zwei Königreiche Schweden und Dänemark vor Augen. Sie legen daher ihre Verlangungen an die Kaiser der Offizier und suchen sich der Hansestädte zu bemächtigen, um deren Macht mit der ihrigen zu vereinigen. Wie soll da Schweden und Dänemark bestehen, wo unseren Vorfahren oft eine einzige dieser Städte zu schaffen gemacht? Möge ein Jeder prüfen, was besser sei, ob zuverloren zu gehen oder abzuweichen. Läßt man alle Seestädte übergeben, wo in doch das abgemattete Deutschland sich in Alles tügen muß, so weis ich nicht, wie wir uns vertheidigen können. Wer dürfen Stralsund und Deutschland nicht veräußern. Behaupten wir Stralsund, so halten wir dadurch den Feind in Dänemark fest.“

In diesem Bericht an den Reichsrath denkt sich also Oxenstierna, eben so wie wir das früher von Gustav Adolf selber vernommen, den Kaiser und die Liga wie eine einheitliche Macht, und zwar geneigt durch die Aggressionen zu Gunsten der Herrschaft des Kaisers und der Vertheilung der Kirche. Und dieser Faktion, ob freiwillig, ob unfreiwillig, zieht Oxenstierna die Konsequenz, daß dadurch auch Schweden bedroht werde, und darum zuverloren zu gehen. Über das Wie? — äußert er sich noch bestimmter einige Tage später, am 2. December 1624, zu Gustav Adolf selber.<sup>3</sup> Er geht aus von der Ansicht, daß der Krieg gegen Polen offensiv

<sup>1</sup> Archiv till upplysning etc. I 6.    <sup>2</sup> M. A. O. 10.    <sup>3</sup> M. A. O. 16.



weiter zu führen sei, derjenige in Deutschland defensiv, namentlich durch eine starke Besatzung in Straßburg.

Fürst Gustav Adolf dem Kanzler darauf antwortete, berief er auf den 13. December den schwebischen Reichsrath in das Schloß zu Stettin.<sup>1</sup> Der Eingang des Vortrags, den er dort halten ließ, entsprach jenem Schreiben des Kanzlers Ogenfurns an den Reichsrath. Dann jedoch steigerte sich die Rede. „Nachdem,“ heißt es, „dem Kaiser und den Fürsten der Rhod nur so hoch gewachsen ist, daß sie alle evangelischen Christen in ihren Hoffnungen dreuz verchlungen haben, und wir durch den Aufsat von Straßburg in so weit mit ihnen zusammentreffen sind, daß wir von ihnen nichts Anderes zu erwarten haben als offenen Krieg: so fragt der König die guten Herren, was sie für rathsammer und gerungeter halten, entweder durch zweckmäßige Mittel diesen Krieg zu vermeiden, oder ihm mit den Waffen entgegen zu gehen und zu erwarten, welches Ausgang Gott in seiner Gnade verhängt.“ Festumter lautete dann die Frage des Königs: wo der Krieg offensiv zu führen?

Die Antwort des Reichsrathes drängt sich zusammen wie folgt. „Es ist nicht zu duden, daß der Kaiser und die Päpstlichen sich der Seidte an der Offm bemächtigen. Der König möge dagegen wenig Zursorge tragen, wie ihm Dank gebühre für diejenige für Straßburg.“ — „Es ist klar und undisputierlich,“ heißt es weiter, „daß uns von dem Kaiser und den Päpstlichen nichts Anderes als Krieg bevorsteht. Es ist der ganzen Welt kund, daß es der Päpstlichen allgemeine Absicht, alle evangelische Christen auszureuten und zu verderben, was das auch aus allen ihren Rathschlagen und Handlungen in Deutschland genugsam zu vermerken ist. Auch wenn der Kaiser uns nicht durch einen Herold den Krieg anlagt, so mannt er doch uns und harret mit der Gelegenheit. So ist es auch augewisseheit, daß das Haus Oesterreich nach der allgemeinen Monarchie trachtet. Der Reichsrath findet es daher besser und rathsammer, die schwere Bürde, die der Krieg mit sich bringt, so weit aus möglich von unseren Grenzen ab und auf unsere Feinde zu walzen. Die Frage, wo der Krieg am zweckmäßigsten offensiv zu führen, obge der König entscheiden, aber als das rathsamste erscheint, daß man in Preußen defensiv gehe, und mit aller Macht, die Gott verleihten wird, den Kaiser und die Päpstlichen in Deutschland angreife.“

<sup>1</sup> N. u. O. 20.

Nachdem in solcher Weise Gustav Adolf von den schwedischen guten Herren das Echo seiner eigenen Faktionen vernommen, wandte er sich, am 26. December, gegen den Vorschlag eines Kanzlers.<sup>1</sup> Gustav Adolf erklärte sich für den Offensivkrieg in Deutschland, und führt dafür zwölf Gründe an. Als der wichtigste erscheint ihm derjenige, der Stralsund betrifft. „Vor allen Dingen,“ sagt er „ist das höchnötig für Stralsund. Denn die Stadt hat sich weder mit Eid und Pflicht nicht verbunden, sondern in der Allianz mit uns verhalten, sowohl unter ihre vorige mittelbare und unmittelbare Obrigkeit zu gehören, wie unter das römische Reich. Ferner sind die Bestimmungen sowohl bei der Bürgerschaft als bei den fremden Soldaten darin noch nicht so wie sie sein sollten, sondern bedürfen, wenn man sich darauf verlassen soll, vielfach der Leitung. Sonderlich aber ist unsere Besatzung dort nicht so stark, daß sie allein, wo entweder von außen oder von innen oder beiderseits zugleich ein Unheil entstehen sollte, der Dinge mächtig sein könnte. Dazu kommen noch viele andere Schwierigkeiten. Diesen Übelständen abzuhefen, gibt es kein besseres Mittel, als daß wir selber mit einer solchen Armee, wie erforderlich, uns hinbegeben. — So daß, wenn man nichts Anderes erreicht, als daß man auf solche Weise Stralsund versichert, mit der Expedition genug ausgerichtet wäre.“

Die Worte Gustav Adolfs enthalten ein ehrenvolles Zeugnis für die Stadt Stralsund. Aber sie zeigen zugleich, wie die wohl überlegte Absicht der Berater der Stadt sie sicher zu stellen und nicht zu einem Verzuge schwedischer Kriegslust werden zu lassen, dennoch von dem Schweden benutzt wurde.

Die Darlegung Gustav Adolfs stimmte dem Kanzler Oxenstierna nicht an. Er beharrte bei seiner Meinung gegen einen Offensivkrieg in Deutschland, namentlich weil die schwedischen Mittel dafür nicht reichten.

Während die Briefe darüber hin und wieder gingen, meinte Gustav Adolf sich nicht mehr dem Vorschlage einer Zusammenkunft mit Christian IV., die seit zwei Jahren geplant und durch den schwedischen Agenten Rask Kitzluf wieder angeregt war, entziehen zu dürfen. Darüber berichtet er selber an Oxenstierna: „Wir trafen zusammen, am 20. Februar, zu Wilsbüll im Barchhofe. Ich war Wirth und der König Gast.

<sup>1</sup> H. a. O. 25. Auch in Oxenstiernas Briefverlag I<sup>o</sup>, 445, unter dem 30. December.

<sup>2</sup> Oxenstierna I<sup>o</sup>, 464

Es wurde wenig gegessen, viel schlechter Wein getrunken, der zumal noch gestoren gewesen war. Von Seiten des Königs wurde kein anderer Vorschlag gemacht als ihm zwei oder drei Schiffe zu leihen, nicht um Bedarfs willen, sondern ad augendam samam. Ich brachte einige Punkte zur Sprache, erstens, daß wir über die Lübecker Friedenshandlung und zu Gunst Meinung verglichen, dann überhaupt uns über die Friedensmittel vereinigen müßten. Er erwiderte, daß er seine Bedingungen dem Kaiser eingesandt und davon nicht abgehen könne. Dann schlug ich ein Bündnis beider Königreiche vor. Er erwiderte, daß dazu die Zustimmung der Stände nöthig sei, und das erfordere Zeit. Als ich bemerkte, daß er sich mit Mangel an Mitteln ausredete, meinte ich etwas Besseres zu thun, indem ich ihn um Rath fragte, wie man den Krieg in Deutschland am besten führe. Er jedoch wollte nur nicht bloß seinen Rath geben, sondern fragte gar: was ich mit dem Kaiser zu thun hätte und warum ich mich in das deutsche Wesen mischen wolle. Als ich das vernahm, dankte ich Gott, daß ich schweigen durfte, und ließ ihn so wieder abtreten. Ich schloß daraus, daß er, als er dem Kaiser das Verdict gab, betrunken gewesen sein muß.“

Die affectirte Geringschätzung Gustav Adolfs gegen die letzte an ihn gerichtete Frage Christian IV. nimmt von dem Gemüthe der Wahrheit derselben nichts hinweg.

Auf der Heimkehr ging Gustav Adolf zu Homburg, am 5/15. März, näher auf die Bedenken Oxenstiernas gegen den Offensivkrieg in Deutschland ein.<sup>1</sup> Oxenstierna hatte gesagt, daß es sich mit Stralsund in Pommern verhalte, wie mit Åreval in Schweden, daß von dort aus keine Gefahr für Schweden drohe. Gustav Adolf verneint die Richtigkeit dieses Vergleiches. „Denn die Russen,“ sagt er, „haben nicht Ein Boot, noch Einen Menschen, der sich auf das Schwimmen versteht: dagegen haben unsere deutschen Gegner alle Gelegenheit. Was hilft es uns Stralsund zu behaupten, wenn der Feind dabei die See gewinnt? Auch ist es nicht möglich, daß wir mit unseren Schiffen diejenigen der Feinde in den Häfen vernichten. Denn ich vernehme von dem Dänenkönige, daß der Feind dort, wo seine Schiffe liegen, sich so befestigt hat, daß man ihm nicht beikommen kann. Deshalb, wenn man nicht zu Lande trachtet, dem Feinde die Häfen zu nehmen, sehe ich kein Mittel auf die Dauer das Königreich zu vertheiligen.“

<sup>1</sup> Das Schreiben in Arkiv I, 29, (so wie in Oxenstierna I<sup>o</sup>, 466.

Demnach scheint Gustav Adolf nicht gewußt zu haben, wie wichtig die Wallensteinische Admiralität von Beginn an gewesen war. Aber auch selbst wenn sie in Kraft bestand, so findet sich doch von einem Plane eines Angriffes auf das Land Schweden bei Wallenstein keine Spur.

Für Gustav Adolf dagegen ist dies die hauptsächlichste Fiktion, von der er ausgeht, um seinem Angriffsplane den Schein der Verteidigung zu geben. „Weil man sieht,“ sagt er, „daß wir unvermeidlich in den Krieg gerathen müssen, so wäre es gut den Sitz des Krieges anderswohin zu verlegen als in Schweden; denn wir sind nirgends schwächer als in Schweden.“ — „Das hat mich bewogen,“ fährt er fort, „eine Armee aufzurufen. Ihr haltet mir entgegen, daß der Feind über zwei starke Armeen verfüge. Aber Ihr müßt auch bedenken, daß diese Armeen belastet sind mit der Bewahrung einer langen Landstrecke, und vielen Besatzungen, welche sämtlich Mannschaften erfordern. Dazu besteht die Hache des Feindes sehr in Lärm, und wenn er die Herrschaft im Lande verliere, würde es um ihn ungünstig genug.“

Dem Ranzler gegenüber begnügt sich Gustav Adolf mit dieser kurzen Hinweis auf die Coalition der Wallensteinischen Krone. Vor dem schwedischen Reichsrathe führte er das später genauer aus, mit den Worten: „Es steht uns ein Feind gegenüber, der sich mit dem Raube von ganz Deutschland bereichert, und sein Lager mit allerhand Gütern zum Überflusse angefüllt hat. — Die Geldmittel haben die Kaiserlichen bisher allein durch die von den Officieren selbst angelegten und durch militärische Execution erzwungenen Contributionen erlangt. Weil aber diese unregelmäßig, maßlos, mit höchstem Betrug der Einwohner zugehen, so können sie auf die Dauer keinen Bestand haben. Dies zumal wenn eine fremde Kriegsmacht eindringt, und, wie mit Gewissheit zu vermuthen, dann innerliche Empörungen sich ereignen. In diesem Falle wird das große ungedeutete Corps, dem durch Abwendung jener Mittel aller Saft und Kraft entzogen würde, nothwendig verdorren und über den Haufen fallen.“

Wie ungleich klarer und schärfer durchschaute also der Kaiser das fernere Schwaben das Wallensteinische Wesen, als der wohlwollende Kaiser, dem doch in den zahlreichen und dringenden Beschwerden der Fürstlichen der Zustand vor Augen lag! Während der Kaiser auf Wallenstein und dessen Herrschaft den Schutz des Reiches vertraute, betrachtete



Es wurde wenig gegessen, viel schlechter Wein getrunken, der zumal noch getorren gewesen war. Von Seiten des Königs wurde kein anderer Vorschlag gemacht als ihm zwei oder drei Schiffe zu leihen, nicht um Bedarfs willen, sondern ad augendam samam. Ich brachte einige Punkte zur Sprache, erstens, daß wir über die Lübecker Friedenshandlung uns zu einer Meinung verglichen, dann überhaupt uns über die Friedensmittel vertragen müßten. Er erwiderte, daß er keine Bedingungen dem Kaiser eingeschickt und davon nicht abgehen könne. Dann schlug ich ein Bündnis beider Königreiche vor. Er erwiderte, daß dazu die Zustimmung der Stände nöthig sei, und das erforderliche Zeit. Als ich bemerkte, daß er sich mit Mangel an Mitteln ausrede, meinte ich etwas Besseres zu thun, indem ich ihn um Rath fragte, wie man den Krieg in Deutschland am besten führe. Er jedoch wollte mir nicht bloß seinen Rath geben, sondern fragte gar, was ich mit dem Kaiser zu thun hätte und warum ich mich in das deutsche Wesen mischen wollte. — Als ich das vernahm, dankte ich Gott, daß ich schweigen durfte, und ließ ihn so wieder abtreten. Ich schloß daraus, daß er, als er dem Kaiser das Creditiv gab, betrunken gewesen sein muß.“

Die affectirte Geringschätzung Gustav Adolfs gegen die letzte an ihn gerichtete Frage Christians IV. nimmt von dem Gewichte der Wahrheit derselben nichts hinweg.

Auf der Heimkehr ging Gustav Adolf zu Rönköpung, am 5/15. März, näher auf die Bedenken Oxensternas gegen den Offensivkrieg in Deutschland ein.<sup>1</sup> Oxensterna hatte gesagt, daß es sich mit Stralsund in Pommern verhalte, wie mit Reval in Livland, daß von dort aus keine Gefahr für Schweden drohe. Gustav Adolf verneint die Richtigkeit dieses Vergleiches. „Denn die Russen,“ sagt er, „haben nicht ein Boot, noch einen Menschen, der sich auf das Gewissen verstünde dagegen haben unsere deutschen Gegner alle Gelegenheit. Was hilft es uns Stralsund zu behaupten, wenn der Feind dabei die See gewinnt? Auch ist es nicht möglich, daß wir mit unseren Schiffen diejenigen der Feinde in den Häfen vernichten. Denn ich vernehme von dem Dänenkönige, daß der Feind dort, wo seine Schiffe liegen, sich so befestigt hat, daß man ihm nicht bekommen kann. Deshalb, wenn man nicht zu Lande trachtet, dem Feinde die Häfen zu nehmen, sehe ich kein Mittel auf die Dauer das Königreich zu vertheidigen.“

<sup>1</sup> Des Schriben in Archiv I, 29, u. wie in Oxensterna I<sup>o</sup>, 464.

Demnach scheint Gustav Adolph nicht gewohnt zu haben, vorzumarschiren die Wallensteinische Admiralität von Beginn an gewesen war. Aber auch selbst wenn sie in Kraft bestand, so findet sich doch von einem Plane eines Angriffes auf das Land Schweden bei Wallenstein keine Spur.

Für Gustav Adolph dagegen ist dies die hauptsächlichste Fiction, von der er ausgeht, um seinem Angriffsplane den Schein der Vertheidigung zu geben. „Weil man sieht,“ sagt er, „daß wir unvermeidlich in den Krieg gerathen müssen, so wäre es gut den Sitz des Krieges anderwärts zu verlegen als in Schweden; denn wir sind nirgends schwächer als in Schweden.“ — „Das hat mich bewogen,“ fährt er fort, „eine Armee aufzurichten. Ihr haltet mir entgegen, daß der Feind über zwei starke Armeen verfüge. Aber Ihr müßt auch bedenken, daß diese Armeen belastet sind mit der Bewachung einer langen Landstraße, und vielen Besatzungen, welche sämmtlich Mannschaften erfordern. Dazu besteht die Sache des Feindes sehr in Einnahme, und, wenn er die Herrschaft im Lande verliere, würde es um ihn ungesundig genug.“

Dem Kanzler gegenüber begnügt sich Gustav Adolph mit diesem kurzen Hinweis auf die Qualität der Wallensteinischen Armee. Vor dem schwedischen Reichsrathe führte er das später genauer aus, mit den Worten: „Es steht uns ein Feind gegenüber, der sich mit dem Raube von ganz Deutschland bereichert, und sein Lager mit allerhand Gütern zum Überflusse angefüllt hat. — Die Geldmittel haben die Kaiserlichen bisher allein durch die von den Officieren selbst angelegten und durch militärische Execution erzwungenen Contributionen erlangt. Weil aber diese unregelmäßig, maßlos, mit höchstem Bedruck der Einwohner gegeben, so können sie auf die Dauer keinen Bestand haben. Dies zumal, wenn eine fremde Kriegsmacht einbricht, und, wie mit Gewisheit zu vermuthen, dann innerliche Empörungen sich ereignen. In diesem Falle wird das große ungebauerte Corps, dem durch Abschneidung jener Mittel aller Nahrung und Kraft entzogen würde, nothwendig verhorren und über den Haufen fallen.“

Wie ungleich klarer und schärfer durchschaut also der Hohenblut den kaiserlichen Schweden das Wallensteinische Wesen als der wohlwollende Kaiser, dem doch in den zahlreichen und dringenden Beschwerden der Kurfürsten der Zustand vor Augen lag! Während der Kaiser auf Wallenstein und dessen Oerter für den Schutz des Reiches vertraute, betrachtete

der Schwede den Zustand der Auflösung, zu welchem Wallenstein und sein Heer das Reich hinunter brachten, wie eine Einladung für ihn.

„Aber auch Tilly mußte in Betracht gezogen werden. „Tilly,“ fährt der König zu Oxensterna fort, „liegt weit abseits, und in Varmern und der Oden kann das Reich gesteuert sein, bevor er sich bewegen lassen wird, Wallenstein zu Hilfe zu kommen.“

„Ihr haltet mir entgegen,“ sagt weiter Gustav Adolf, „daß in Deutschland keine Mittel zu hoffen. Ich kann das nicht durchaus verneinen, allein, wenn wir dort die Oberhand gewinnen, so glaube ich nicht, daß es so äbe sein werde, daß nicht einige Hülfsmittel aufzufinden wären, zumal da doch wesentlich das Land wohl bedaut ist.“ — „Ferner auch macht Spens mir Hoffnung, daß aus England etwas zu erwarten sein werde. Camerac meldet, daß die Generalsstaaten auf die Erneuerung unseres Bündnisses dringen. Die Hansestädte sind auch unentschieden. Wenn das Glück sich in etwas auf unsere Seite neigt, würden wir nicht ohne Hoffnung auf Hülfen von dort sein, wo wir, wenn wir in unserem Lande kriegen müßten, völlig ohne Hoffnung darauf wären.“

Wäre einer Feuersführung, die doch nichts Anderes bewies und beweisen konnte als daß er den Offensivkrieg wolle, laßt endlich Gustav Adolf alles zusammen in die Worte: „Was sonst ausgerichtet werden kann oder nicht, weiß Gott allein, der den Willen zum Beglücke, die Kraft zur Ausführung und das Glück zum guten Ende mündend vertheilt wird, wenn das zur Ehre seines heiligen Namens und unserer Seligkeit gereichen kann. Auch mögt Ihr im Disputieren eher die Bedenkslichkeiten vorkommen als ich die Möglichkeiten, weshalb ich, was ich ausgerichten vermag, lieber durch die That als vorher auf dem Papiere beweisen will.“

Gustav Adolf stimmt den Rongier nicht zu. Dieser erklärte lange Jahre später im schwedischen Rathe: „Hätte der König meinen Rath befolgt, so wäre er Herr des ganzen Nordens geworden.“<sup>1</sup> — Dem Entschlusse Gustav Adolfs dagegen zum Offensivkriege in Deutschland nannte Oxensterna ein *fatum*, eine *dispositio divina*, einen *impetus ingenu*.

Für die christliche Weltanschauung, welche das Halten der zehn Gebote Gottes von Allen fordert, von dem Könige wie von dem Untertanen, steht der Entschlusse Gustav Adolfs auf gleicher Stufe mit demjenigen Friedrichs von der Pfalz, der sich für prädestinirt hielt, fremde

<sup>1</sup> Oelzer III, 154.

Kronen zu nehmen. Der Unterschied bei beiden war die Überlegenheit des Schweden an Verstand, Kraft und Willen, und folgerecht die Consequenz des noch unendlich größeren Jammers, den sein kriegeloser Sinn über Millionen seiner Mitmenschen brachte.

Wie fest entschlossen er sich aber auch der Schwede zum Angriffs- kriege war: er merkte doch auch vor den Menschen eines Scheines zu bedürfen, der ihm ein Recht zum Kriege geben würde. Dies um so mehr gegenüber dem Kaiser, weil Gustav Adolf den Ruf des Religionskrieges, auf welchen er seine Schweden längst vorbereitet, wohl bei einem großen Theile der Deutschen, die der Wallenstein'sche Kriegedruck gegen den Kaiser irritirt hatte, ausgeben lassen konnte, nicht aber vor anderen Nationen, auf deren Wohl zum Kriege er hoffte, vor Franzosen, Venedigern usw. Vor diesen mußte er des Anstandes wegen irgend etwas Anderes aufzeigen können, irgend eine Beleidigung vom Kaiser. Wenige Tage zuvor noch hatte ihm der Däne Christian IV. offen gesagt, daß er, Gustav Adolf, mit dem Kaiser ja nichts zu thun habe. Es kam also für den Schweden darauf an, eine Beleidigung oder doch den Schein einer solchen zu erlangen. Und dies führt uns zurück zu der Friedens- handlung in Lübeck.

Gustav Adolf schickte, im Februar, den Gesandten, Sparre, Bonner und Salchow, auf den Weg nach Lübeck. Die Instruction derselben, namentlich diejenige des Secretärs Salchow, war mit Rücksicht auf alle Fälle berechnet.<sup>1</sup> Ob er angenommen, ob er abgewiesen wurde, eine Beleidigung mußte dabei herankommen. Rahm man zu Lübeck ihn an, so sollte er das vorschlagen, was Gustav Adolf billige Bedingungen nannte. Doch war die Forderung der Herstellung des Zustandes vor dem Kriege. Es war klar, daß auch die weitest ausschweifende Friedens- liebe von kaiserlicher Seite das nicht gewähren würde. Das eben war es: das Nichtgewähren wollte der König. Erwiedern sie hierauf schimpflich, lautete nämlich weiter die Instruction: so soll Salchow sich um so mehr in Disputieren mit ihnen erlassen, auf daß er eine solche Resolution erpressen möge, aus welcher der König sicher ersehen könne, ob sie Freunde oder Feinde sein wollen.

So hatte Gustav Adolf vorgeplant, um auch selbst in dem Falle, daß seine Gesandten in Lübeck zugelassen würden, für sich eine Beleidigung zu erwirken. Wahrscheinlicher indeß war die Nichtannahme. Diese

<sup>1</sup> Meyer III, 166 n. 1.



erfolgte. Wollenstein und Tilly ließen dem Voten, der um die erforderlichen Vöffe für die Schweden nachsuchte, zur Antwort geben, daß die Vollmacht des Kaisers auf die Friedenshandlung mit dem Könige von Dänemark laute nicht mit Schweden.<sup>1</sup>

Um diese Abweisung wußte Gustav Adolf schon in seinem Schreiben vom 5/13. März an Opensharma. „Weil wir,“ schreibt er, „von den Commissionarien in Kütub für Zerabe erklärt sind, so wurde es der Reputation unseres Reiches entsprechen, den Gegnern zu zeigen, daß man uns nicht ungestrukt zeigen darf.“<sup>2</sup> Aber die einmalige Abweisung genügte ihm doch noch nicht. Von Kangeland aus schickte Salorus wiederholt seinen Boten Leharsen nach Kütub. Die Delegirten dort richteten am 20. März ein gemeinsames Schreiben an Salorus: die Friedenshandlung betreffe den Kaiser und den König von Dänemark und nur darauf sei ihre Instruction gerichtet. Darin Salorus etwas vorzubringen, so möge er sich an den Kaiser wenden. — Am 20. März überreichte Leharsen abermals ein Schreiben, das Kai von Sporre unterzeichnet, enthaltend die Beschwerde, daß man dem Leharsen *contumeliosa verba* gegeben.<sup>3</sup> Derauf antworteten die Delegirten in Kütub. „Wir können nicht Umgang nehmen, dem Herrn zu berichten, wasmaßen uns die darin angezogenen *verba contumeliosa*, so gedachten Leharsen vor diesem von unsrerwegen gegeben sein sollen, uns ganz bestreulich vorzunehmen seind. Wir haben in den von unsren Secretarien gehaltenen Protokollen allegleich nachschlagen lassen und keineswegs befinden können, daß nach dem Inhalte derselben der mehrerwähnte Leharsen sich in der damals empfangenen, von unsren Secretarien auf unsren Befehl ihm angebotenen Resolution, über irgendwelche anstößliche, verlegliche oder unglumffliche Worte hat beschwerten können, maßen er auch Anderes nicht berichten, und Solches unabweislich nur aus einem Mißverstände herrühren wird.“ — Sie legten dann die frühere Antwort an Salorus bei, und fügten hinzu: „Wir haben unsere generelle und specielle Vollmacht, welche weiter auszudehnen uns keineswegs gebührt, nach verantwortlich sein will. Sofern aber eine Schrift an J. R. R. gerichtet wird, sind wir erbbig sie zu befördern.“ — Am 2. April machte dieser Leharsen noch einen Versuch bei dem Obersten Rucoq, in dessen Wohnung er mit drei Jungen einbrang, abermals vergeblich.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Friedensacten Z. 54.    <sup>2</sup> Arkw I, 31.    <sup>3</sup> Friedensacten Z. 55.

<sup>4</sup> Ich berichte nach Friedensacten Z. 56. Die Darstellungen bei Partz I, 191, und Buchold I, 6 n. 3 lauten etwas anders.

Die Absicht des Schweden, eine Belandigung zu erzwingen, war also mißglückt. Zugleich jedoch erfolgte eine militärische Bewegung der Wallenstein's, die in Wahrheit wider ihn gerichtet war.

Wallenstein hatte in den ersten Tagen des Monats April dem im Pommeren commandirenden Feldmarschall Arnim den Befehl erteilt, zu Neu-Stettin an der polnisch-preussischen Grenze Truppen zusammen zu ziehen und zum Einmarsche bereit zu halten.<sup>1</sup> Am 15. April erfolgt ein obermaliger dringender Befehl: da der König von Polen sofort vier Regimenter zu Fuß und 3000 Pferde zur Hülfe verlange, so soll Arnim ohne Zeitverlust mit diesen Truppen in das königliche Preußen einrücken.<sup>2</sup>

Auf die Kunde dieser Hülfe für Polen gegen Schweden hielt Gustav Adolf die Zeit für gekommen, nunmehr seine Beschwerden gegen den Kaiser vor den Kurfürsten des Reiches zur Sprache zu bringen. Besonders merkwürdig ist der Weg, den er dazu sich ersah. Er entsandte den Baron Buelke mit einem Handschreiben an Tilly.<sup>3</sup> Dasselbe lautet wie folgt.

„Vortrefflicher und besonders ausgezeichneter Graf, aufrichtig von uns Geliebter. Der Auf Ew. Tugenden, und die Freundschaft, welche wir uns nicht weniger von Ew. Excellenz, als Eurem Kriegsgeherrn und den Directoren der katholischen Liga versprechen, hat uns bewogen Ew. Excellenz zu begrüßen und zu versichern, daß wir etwas zu thun vermögen, was die Ehre und den Vortheil Ew. Excellenz befördern könnte, Ew. Excellenz dies zweifellos von unserem Wohlwollen sich versprechen dürfen, es sei eine Gelegenheit welche es wolle. Der Überbringer dieses Schreibens, der Baron Buelke, hat den Auftrag diese unsere Bestimmung gegen Ew. Excellenz ausführlicher darzuthun, und wir zweifeln nicht, daß Ew. Excellenz ihn daran sich wohl empfohlen sein lassen wollen. Wir sind Ew. Excellenz zu allen Erweisungen königlicher Günst immer erdötig, und befehlen Euch Gott. Also gegeben zu Stockholm am 22. April, 2. Mai 1629. Gustavus Adolphus.“

Der Abgeordnete Buelke, der von Stralsund aus dies Schreiben an Tilly einschickte, fügte einen langen Brief hinzu voll Klagen über Wallenstein, voll von Vertheidigungsgründen für den König. Er habe

<sup>1</sup> Jöcher II, 24.

<sup>2</sup> H. u. D. 29.

<sup>3</sup> Adremer 196

Stralsund unterföhzt und besetzt, ließ Gustav Adolf sagen, weil es von Wallenstein wider das Gebot des Kaisers und die Gesetze des Reiches belagert, weil dadurch die Gefahr entstanden sei, daß die Stadt dem Könige von Dänemark, damals also fügte Gustav Adolf hinzu — dem Feinde des Kaisers die Hand biete. Das aber würde für den Kaiser ein größeres Schade geworden sein, sagte Gustav Adolf, als seine freundschaftliche Gesinnung für den Kaiser habe zugeben können. Weiter redete das Schreiben in ähnlicher Weise, wie der Schwedenkönig persönlich zwei Jahre zuvor zu den Abgeordneten in Preußen. Es brachte ferner die Klage vor, daß auf dem Friedenscongresse zu Püß die Gesandten des Königs nicht zugelassen, daß seine Brücke an Vechtern Haber aufgefangen, die Herzöge von Weissenburg unterdrückt, Hälle gegen ihn nach Polen geschickt se, und Ähnliches von gleicher Art. Endlich enthielt es die Bitte Tilly wolle die Briefe des schwedischen Königs an die Kurfürsten des Reiches übermitteln. Tilly wolle mit dem Vandesherren nicht zum Kriege gegen den König helfen.

Tilly erwiderte in bezeichnenden Ausdrücken dem Könige schriftlich, daß er, wo nur immer er könne mit allen Kräften sich anzuzeigen sein lassen wolle, daß unter so vielen erleuchten Häuptern der christlichen Republik die alte Freundschaft und Freundschaft fest und sicher sein begründet werde. Auf das Schreiben Velles erwiderte er: die schwedischen Gesandten seien zum Friedenscongresse in Püß deshalb nicht zugelassen, weil die ganze Unterhandlung nur zwischen dem Kaiser und dem Könige von Dänemark statfände, und darum Niemand anders, auch nicht die Fürsten des Reiches, Zutritt dazu hätten. Über die Stadt Stralsund, über die Hälle nach Preußen werde Wallenstein, den das betreffe, sich näher erklären können.

Das Circular-Schreiben des Königs an die Kurfürsten, datiert zu Stockholm am 25 April/3. Mai,<sup>1</sup> welches demnach Tilly an die Kurfürsten befördern sollte, ist wesentlich desselben Inhaltes, wie dasjenige vom Velle an Tilly, wird also auch durch die Antwort des letzteren erledigt. Hervorzuheben ist nur, daß Gustav Adolf, obwohl sein Versuch, in Püß eine Forderung zu erzwingen, nicht gelungen war, dennoch vor den Kurfürsten des Reiches behauptete, seine Gesandten seien magna cum indignitate repulsi. — Im Ganzen scheint der auffallende Schritt des Schwedenkönigs darzutun, daß er die Spannung zwischen dem

<sup>1</sup> In schwedischer Sprache im Archiv I, 33. Entziffert in G. Drogan, Schriftschatz 1. Deutsch bei Ehrenhiller XI, 714

Kaiser und den Sigasürsten, deren Erstens ihm nicht unbekannt sein konnte, so wie die Kluft zwischen Wallenstein und Tilly, dennoch höher anschlug als sie wirklich war, und daher sie noch zu befördern gedachte. Die Antwort Tillys schnitt dies Trostren ab.

Jene Differenz der Meinungen aber war da, und betraf gerade damals die Friedenshandlung in Lübeck.

### Der Friedensschluß zu Lübeck, 27. Mai/6. Juni 1629.

Am 26. Februar hatte Wallenstein durch Collalto bei dem Kaiser die völlige Rückgabe der besetzten Länder an Christian IV. beantragt. Dieser erste Streich schlug in Wien noch nicht durch. Am 14. März schreibt Wallenstein wieder: „Die erhaltene Antwort will ich unseren Subdelegierten in Lübeck zuschicken, auf daß sie sich mit den königlichen Commissarien darüber ganken. Selber aber will ich im tiefsten Geheim durch den von Schaumburg erfragen, ob ein Mittel ist Frieden zu machen oder nicht. Gibt man, wie ich zuvor gesagt, alles ohne zu disputieren zurück, so hoffe ich, daß es zum Frieden kommen kann. Wo nicht, so wird ein langwieriger Krieg daraus; denn der König wird sich in neue Allianzen einlassen. Deswegen bitte ich ganz bürnstlich, der Herr Bruder rede mit dem Fürsten Eggenberg, auf daß man es bewilligt.“<sup>1</sup>

Dennoch sind die Verhandlungen in Lübeck selber von geringer Bedeutung im Verhältnisse zu der einen geheimen Verhandlung, die Wallenstein durch Schaumburg bei Christian IV. einerseits betreibt, so wie andererseits durch Collalto bei dem Kaiser. Wallenstein als der Vertreter der siegenden Partei will dem besiegten Christian IV. die Rückgabe alles Genommenen bieten. Und dennoch klagt die Aube Wallenstein's, als habe er zu besorgen: der Besiegte nehme es nicht an. Auch Collalto persönlich muß geneigt gemacht werden. Wallenstein mahnt ihn: „Der Herr Bruder möge bedenken, daß ohne den Frieden seine Möglichkeit ist unseren Dainen aufzuwarten.“<sup>2</sup> Wer sind diese Dainen? Wie sich aus dem weiteren Verlaufe dieser Briefe ergibt, sind die Dainen, die Wallenstein hier im Sinne hat, die Erwerbungen, die er gemacht, also zunächst Mecklenburg, so wie diejenigen, an die er ferner noch denken mochte. Wie er einige Monate zuvor gemeint, daß sich Pommern an Mecklenburg glatt anfügen werde: so war damals seine Begehrlichkeit

<sup>1</sup> Schumacher 109.

<sup>2</sup> M. A. D. 118.

auf das Erzstift Magdeburg gerichtet. „Denn dieselbige Dame liegt mir am meisten im Kopfe.“<sup>1</sup> Für seine Dame Medlenburg wünscht Wallenstein die Aufhebung der Pfandhaft, Verleihung von Rechten an ihn gleich denen der italienischen Fürsten, daß er nämlich Grafen und Markgrafen ernennen könne.<sup>2</sup> — Damals war noch alles Recht der Standeserhöhung im Reiche bei dem Kaiser als dem Brunnquell aller Gnaden.

Nach diesen vertraulichen Äußerungen Wallensteins zu Colalto ist es also sein persönliches Interesse, welches ihn den Frieden mit Dänemark wünschenswerth macht. Scheint es dennoch, als würde Wallenstein damals nur von dem Gelüste getrieben, in selbstzufriedener Isolation zu Güstrow im Frieden zu residieren: so laufen daneben her seine Reden vom Türkenkriege. Er vermochte sich vor Colalto, binnen drei Jahren dem Kaiser die oströmische Krone zu erringen.<sup>3</sup> Ob derartige Reden bei ihm jemals ernstlich gemeint waren, müssen wir dahin gestellt sein lassen; aber nach seinem eigenen Berichte hören sie ihm in einem besondern Falle sehr zu statten.

Es war für ihn von hoher Wichtigkeit, seinen Mitbewerbmächtigsten Tilly für den von ihm geplanten Frieden mit Christian IV. zu gewinnen. Auf die Einladung Wallensteins begab sich Tilly im Anfang April nach Güstrow. „Er ist zum Frieden im Geringsten nicht geneigt,“ schreibt<sup>4</sup> Wallenstein an Colalto. „Aber das kommt aus seines Herrn Rücke.“ — Unter dem Worte des Friedens schlechthin versteht hier Wallenstein den Frieden nach seinem Vorschlage; denn er drängt weiter in Colalto: man möge sich in Wien zum Frieden anschließen, bald und schnell. Sonst werde sich der Däne mit fremden Botmatten verbinden. — Dennoch gab es einen Punkt, an welchem Tilly faßbar war für die Entwürfe Wallensteins. Als Wallenstein mit anderen Gründen und Vorwänden nicht durchzuwringen vermochte, stellte er den Türkenkrieg in Aussicht. Das wirkte besser.<sup>5</sup> Auf den Schlachtfeldern Ungarns im Kampfe gegen den Erbfeind der Christenheit war Tilly emporgestiegen, dort hatte er die Thaten seiner Jugend und seines ersten Mannesalters vollbracht. Dobut zu ziehen ermahnte er oft die deutschen Fürstensöhne, welche die Hausflucht nicht dahinter ließ, dort sei ein würdigeres Ziel für ihren Ehrgeiz, als unter den Fahnen der Fremden gegen Kaiser und Reich. „Tilly ist gleich mit Händen und Füßen drein geplagt.“

<sup>1</sup> K. a. D. 123. Bom 1. Mel.      <sup>2</sup> K. a. D. 123, 126.

<sup>3</sup> K. a. D. 117.      <sup>4</sup> K. a. D. 113.      <sup>5</sup> K. a. D. 114.

berichtet Wallenstein, „und sagt, das wäre ein heiliger, räthlicher, leichter und nützlicher Angriff.“ Die beiden Feldherren erörtern den Gedanken nach allen Seiten. Wallenstein behauptet, daß Tilly ihm in aller Beziehung beigestimmt habe. Eben damals kommt Nachricht, daß die Türken den Frieden brechen wollen.<sup>1</sup> Das erfreut beide. Ihre Gründe zur Freude waren ja freilich sehr verschieden. Für Wallenstein winkte zunächst der ungestörte sichere Besitz seines Herzogthums Mecklenburg in Frieden und Freundschaft mit dem Dänenkönig, Tilly sah im Weiste das Army liegen über den Halbmorb.

Die zwei Feldherren einigten sich zu einem gemeinschaftlichen Gutachten für den Frieden auf Grund der Zurückgabe der besetzten Länder.<sup>2</sup> Das Gutachten legt das Hauptgewicht darauf, daß man, in Ermangelung einer Flotte, ein weiteres Druckmittel auf den Dänen nicht habe, daß dagegen er, vermöge seiner Flotte, unablässig bald hier, bald da die deutschen Küstengegenden feindlich anfallen könne. Es hebt ferner hervor, daß in Kopenhagen englische, französische, holländische, schwedische Gesandte zur Fortsetzung des Krieges antreiben. Es legt eine Reihe von Gefahren dar, in und außer dem Reich, die bei längerer Dauer des Krieges erwachsen würden. Es nennt auch den Schweden. Und dennoch ist es sehr merkwürdig, daß das Gutachten ihn als den eigentlichen, als den gefährlichsten, den unvermeidlichen Feind nicht erkennt.

Durch dies gemeinschaftliche Gutachten von Tilly und Wallenstein war für den Friedensplan des letztern, über welchen er durch den Vermittler Schaumburg sich mit Christian IV. verständigt, ein mächtiger Schritt vorwärts gethan.

Für die weitere Durchführung bei dem Kaiser vertraut Wallenstein auf Eggenberg und Colloalto. Wir vernahmen bei dieser Gelegenheit ausdrücklich von ihm selbst, daß diese beiden die Stützen sind, auf denen sein Ansehen bei dem Kaiser ruht, durch die er alles vermag. Er vernimmt eben damals, daß der Fürst Eggenberg in die Steiermark verweisen will.<sup>3</sup> „Das macht mich ganz perplex, daß ich nicht weiß, was ich dazu sagen soll, bitte um Gotteswillen, der Herr Bruder halte ihn davon ab.“ In gleicher Weise erhebt sich für ihn die Beforgnis,

<sup>1</sup> N. a. D.

<sup>2</sup> Faksimile bei Adlerstetter 181. Dort mit dem Datum des 6. Mai. Bei Kluncks 116 spricht W. von „unser beider Schriften“ (schon zum 18. April).

<sup>3</sup> Kluncks 130.

Klunck. Geschichte. III.

daß Collalto ins Reich versandt werde. „Dann möchten," sagt Wallenstein, „vom kaiserlichen Hofe, besonders wenn der Fürst Eggenberg abziehen sollte, solche Entscheidungen kommen, daß nicht allein im ganzen römischen Reiche alles über und unter ginge, sondern auch die Königs-ruhe und Erblande Sr. Majestät in die äußerste Noth gesetzt würden." Er bittet Collalto alles anzuwenden, daß der Dienst des Kaisers nicht leide. Es gäbe ein Auskunftsmittel, daß der Herr Werda, der nachherige Graf Werdenberg, die Mittelperson sei, durch welche der Kaiser an Eggenberg die wichtigsten Angelegenheiten gelangen lasse. Werda war ein Diener Wallensteins, wie Queftenberg. Allein auch dieses Auskunftsmittel genügt für Wallenstein nicht. Die Andern würden dem Werda bald das Facit machen.

Es hatte keine Gefahr. Eggenberg und Collalto, die das unbedingte Vertrauen des Kaisers genossen, blieben, und somit war auch Wallensteins Ansehen fest begründet, wie zuvor.

Am 23. April 1629 ließ der Kaiser dem Kurfürsten von Bayern ein Schreiben zustellen, daß es nach Wallensteins Berichte und Gutachten seine Absicht sei, mit Dänemark Frieden zu machen durch die Rückgabe aller Eroberungen. Das Schreiben,<sup>1</sup> im Namen des Kaisers von dem Abte Anton von Kremsmünster abgefaßt, spiegelt alle Gedanken wieder, die wir in den Briefen Wallensteins an Collalto lesen. Es sei nicht sein Wille gewesen, läßt weiter darin der Kaiser sagen, alles zurückzugeben; allein diejenigen, welche des Königs eigensinnigen und widerwärtigen Humor kennen, versichern, daß Christian IV. aus sich selber nie zum Frieden geneigt, nur den Witten der Räte und Stände nachgegeben, daß er ferner, wenn man ihm nicht alles vollständig zurückstelle, vor dem eigentlichen Schlusse weder anderer Meinung werden, alles umstoßen und zur Wiedererlangung des Verlorenen mit den Nachbarn sich wieder verbinden könne. Als bedenklich wird in diesem Berichte namentlich auch die naheliege Zusammenkunft der zwei nordischen Könige im Lande Schonen bezeichnet. Der eigene Bericht Gustav Adolfs hat uns gezeigt, wie es in der Wirklichkeit sich damit verhielt. Man fürchtete demgemäß in Wien dem Schweden, aber nicht in der richtigen Weise. Er werde, heißt es in diesem Schreiben, den König in Polen heftig bedrängen, auch auf Antrieb der Böswilligen den Fuß wohl gar in

<sup>1</sup> Besage XLIII in Bd. II, 548 der ersten Ausgabe.

Schlesien sehen. Daß der Schwede selbständig einen Angriffskrieg gegen den Kaiser plane, darum Stralsund zu seinem Waffenplatze und Eingangsthorre mache — dieser Gedanke kommt gar nicht auf. der Name Stralsund wird in dem Schreiben nicht genannt.

Während schon der Abt Anton mit dieser Darlegung sich auf dem Wege nach München befand, ertheilte ihm ein Courier mit einem neuen Schreiben des Kaisers.<sup>1</sup> Es meldete, daß der König von Frankreich nach der Einnahme von Gusa mit seiner ganzen Macht nach dem Herzogthume Montserrat aufgebrochen, ohne Zweifel, um sich gegen Mailand oder Vercina zu wenden. Beide Städte aber gehören dem H. St. Reich an, und darum muß der Kaiser sich ihrer annehmen. Er hoffe, daß auch der Kurfürst Maximilian ihm beitreten und die anderen Kurfürsten und Stände des Reiches zu aller möglichen Hülfe bestimmen werde. Um so dringender aber wird der Abschluß des Friedens mit dem Könige von Dänemark. Die Reputation für Kaiser und Reich wird gewahrt, wenn nur der dänische Prinz verzichtet auf die Stifter und Bisthümer, die er bisher genossen. In diesem Sinne möge Maximilian seine Bevollmächtigten instruiren.

Der Kurfürst erwiderte, daß es ihm allein ohne den Rath seiner Bundesgenossen zu schwer sei, sich darüber zu äußern. Wenn aber der Kaiser keine anderen Mittel habe, wenn die andringende Gefahr so groß sei: so könne er dem Kaiser nicht entgegen sein. Nur wolle er bitten, daß der dänische König sich verpflichte, den Pfalzgrafen Friedrich nicht mehr zu unterstützen und in die Händel Niedersachsens sich nicht weiter einzumengen.

Erstaunt und verwundert schauten die anderen Fürsten der Liga diesen Umschwung an.<sup>2</sup> Kaum sind einige Monate vergangen, sagen sie, als man so hohe Forderungen erhob, und nun auf einmal gibt man alles zurück! Wenn die Länder nicht ausreichten das Heer zu unterhalten: wie hat denn sich auf einmal jetzt urplötzlich diese Thatsache erschlossen? Konnte man das nicht auch damals schon erkennen oder ahnen? Und doch hat man fortgeworden gegen unsere getreue Erinnerung und derselben die Rathschläge Anderer vorgezogen, die mehr auf ihr Privatinteresse als des Reiches Wohlfahrt gesehen? Und doch wirbt man fort und fort auch noch heute? — Das Ganze liegt diesen Fürsten

<sup>1</sup> Fortsetzung des zuvor angezogenen Schreibens, dort nicht mit abgedruckt.

<sup>2</sup> Beilage XLIV. in Bd. II, 540 der ersten Ausgabe.



vor wie ein Räthsel. Sie meinen, ein solches Verfahren der Nachgiebigkeit werde dem Dänenkönig nur noch mehr freisetzen, er werde auch für die Mecklenburger Herzöge die Herrschaft begehren, dazu ferner dies und jenes andere.

Die Fürsten, die solche Besorgnisse, solche Fragen des Zweifels erhoben, beobachteten nicht, daß derselbe Kana, der früher so viel gefordert und diesmal alles nachgeben wollte, daß Wallenstein, der sichlich allein von deutscher Seite diesen Frieden machte, selber persönlich das größte Interesse dabei hatte, daß der Dänenkönig sich um die vertriebenen Herzöge von Mecklenburg nicht kümmerte, ihrer bei dem Frieden, den er schloß, nicht gedachte.

Obwohl Tilly im Allgemeinen den Vorschlägen Wallensteins in Güstrow endlich zugestimmt, so erschien doch er, oder seine Bevollmächtigten auf dem Congresse zu Lübeck als die minder Friedliebenden. Denn Tilly konnte sich schwer zu dem Gedanken herabstimmen, daß alle Siege, alle Erfolge dem Reiche und der Nation nun auch gar keine Frucht tragen sollten. Tilly, der immerdar das allgemein deutsche Interesse vertrat, suchte auch in Lübeck dasselbe festzuhalten, wie nur immer möglich. Er verlangte zu Gunsten des deutschen Seehandels die Aufhebung aller neuen Zölle im Sund. Er forderte, wenn nicht die Kriegskosten, doch Schadloshaltung für den unthätigen Frevel, den der Dänenkönig mit so wohl überdachter Grausamkeit und List im Herzogthum Lüneburg geübt.

Der Herzog Christian brachte die Belege dar, daß der Schaden, den seine Länder erlitten, sich belaufe für das Fürstenthum Lüneburg auf 4 Millionen, für die Grafschaften Hoya und Diepholz 2,580,000 Thlr., für das Fürstenthum Grubenhagen 700,000 Thlr., für das Stift Minden 650,000 Thlr.: in allem auf beinahe acht Millionen Rthlr.<sup>1</sup> Wallenstein bewog Tilly alle solche Forderungen fallen zu lassen. Man wolle ja, sagte er, mit christliche Bedingungen

Einen anderen wichtigen Punkt brachten die Abgeordneten der Hansestädte in Lübeck zur Sprache, besonders auf das Einbringen von Stralsund. Sie allesamt wollten sich sichern gegen erneuten Krieg. Wenn auch weder die Feldherren Wallenstein und Tilly bei ihren Verhandlungen in Güstrow, und noch weniger die kaiserlichen Räte in

<sup>1</sup> Keller Briefschw.

Wen erkannten, was von dem Schwedenkönige Gustav Adolf zu erwarten: so ist doch kaum denkbar, daß es den Hansestädten, und namentlich in Stralsund selbst, die Abzicht des Schweden nicht geahnt wurde. Aus seinem eigenen Schreiben, vom 5/15. März, aus Jontöping, an Oxenstierna, haben wir gesehen, daß er sich für seine Ansprüche der Stadt noch nicht sicher fühlte. Daß seine Anschauung richtig war, daß der Haß der Stadt unbesiegt erstreckte, sich seiner eiferern Unerbittung zu entziehen, ergibt sich aus den Schritten, welche die Stadt selber, und für sie die Hansestädte, in Lübeck thaten.<sup>1</sup> Am 24. Februar eröffneten dort die Vertreter der Hanse den Delegirten Wallenstern: „Die Gesandten der Stadt Stralsund haben sich im Namen ihrer Principale ausdrücklich dahin erklärt, bei der M. R. Majestät und dem Herrn Herzog von Pommern als ihrem gnädigsten Landesfürsten, in gehorsamer Devotion und schuldiger Treue unausgesetzt zu verbleiben.“ — Die Delegirten versetzten: sie sehen nicht ein, wie der Sache zu raten, so lange eine ausländische Besatzung in der Stadt. Darauf die Hanseischen: „Wenn man mit den Stralsundern darüber berathen wolle, so würde man ohne Zweifel von ihnen Vorschläge vernehmen, welche Mittel sie an die Hand zu geben wissen.“

So liegt keine Nachricht vor, daß eine solche Berathung statt gefunden habe, sondern nur noch ein Vortrag, den, am 24. April, die Deputirten der Hanse an die Delegirten Wallenstern in Lübeck richteten.<sup>2</sup> Darin heißt es: „Die Erbkönige von Stralsund haben oft und vielmals mit sehr hochbedeutlichen Worten gegen die ehrbaren Städte erklärt und beruhigen lassen, daß sie in der Kaiserlichen Majestät allermüthigster Devotion und unter der kaiserlichen Protection, Schutz und Erhaltung, wie auch in ihres Landesfürsten Treue und Gehorsam beständiglich zu verbleiben von Herzen genügt, und wäre allein daneben ihr Herzenswunsch und Begehren, daß sie in ihrem Stande, bei gleichem and rechtem Frieden, Ruhe und Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit, auch unbedingtem Gebrauche der Commereien, der M. R. Majestät und dem D. Rinde zum Besten, auch zu gemeiner, der ehrbaren Hansestädte Wohlfahrt, mächtiglich geschützt, unterstützt und erhalten werden möchten. So haben auch hiesel und nochmals wegen der uralten Verwandtschaft des ehrbaren Städte ihre kaiserliche Gunwendung mit höchstem Fleiße thun und erbringen sollen, damit ein solches vornehmtes Müg.

<sup>1</sup> Lübecknachrichten S. 8.      <sup>2</sup> S. 2. D

von dem Hanse-Kollegium nicht getrennt, sondern auch diese Stadt des seligen und so hoch erwünschten Friedens empfinden und genießen möge im Namen der gesammten Hansestädte."

Die Worte erklingen wie ein Rothschrei der Furcht von Stralsund vor dem Offensiv-Platz des fremden Königs, der die einst fast autonome Hansestadt zu einer schwedischen Festung umgestaltete. Aber der schwedische Vorne hatte seine Worte gesagt. Es fragte sich, ob auf sachlicher Seite bei denen, welche die Macht in Händen hatten, die Einsicht und der gute Wille sich fand, die begangene Thorheit wieder gut zu machen. Die Delegierten Wallenstiens erwiderten, am 5. Mai, den Deputierten der Hanse, nicht schriftlich, sondern mündlich: „Die Hansestädte werden gleich den anderen gehorsamen Fürsten und Ständen des Reiches in den Frieden generaliter eingeschlossen. In Betreff der Stadt Stralsund wollen die Delegierten sich in nichts resolviren, sondern alles an den General Wallenstien verweisen." Was immer darauf die Delegierten dem General Wallenstien berichtet haben mögen, die Stadt Stralsund ward in den Friedensbedingungen von Küber nicht ausdrücklich erwähnt. Erst nachher werden wir von Wallenstien selber zu vernehmen haben, wie er die Sache in dieser Stadt ansah.

Ungeachtet der großen Vortheile, welche in den Friedensvorschlägen von Küber dem Dänneukönige geboten wurden, regten sich, bei der Beschäftigung, welche die Agenten der westlichen Mächte in Kopenhagen entwickelten, dennoch hier und da Zweifel, ob Christian IV. eingehen würde. Nicht bei Wallenstien. „Wenn der Dänneukönig nicht aller seiner Gunne beraubt ist," schrieb er, „so wird er mit beiden Händen nach diesem Frieden greifen." In der That griff Christian IV. danach. Gemäß dem Berichte des Tilly'schen Delegierten, Obersten Kump, rief Christian IV. bei der Nachricht des Abschlusses aus: „Nun wahrlich, der Kaiser gibt mir mehr als ich begehrt." Der Abschluß erfolgte am 27. Mai/6. Juni 1629.

Christian IV. erhielt alle seine Länder zurück, und es ward ihm neue Würde angesetzt als die Einbuße an Ehre. Dies Opfer betraf jedoch nicht die Sache des Pfalzgrafen Friedrich. Was immer dieser selbst und sein Schwager von England sich bei der Haager Allianz vom December 1625 gedacht haben: Christian IV. war zwar sehr willig das

• N. a. D. • N. a. D. 132. • Tilly, Bayern u. d. Böhmen 264.

evangelische Welt zu nehmen, für welches hauptsächlich er damals seinen Eroberungskrieg zu führen gedachte, aber den geheimen Artikel jenes Vertrages zu Gunsten des Kaiserthums hatte er nicht geschrieben. In den Unterhandlungen zu Rübem ward des thörichten Flüchtlings um Haag nicht gedacht. Aber der dänische König hatte die inneren schwankenden und jagenden Herzöge von Mecklenburg in sein Geschick hinein verwickelt. Es wäre seine Pflicht gewesen als Fürsprecher für sie einzutreten. Er gedachte ihrer auch nicht mit einem Worte. Er hatte ferner verkündet, laut und öffentlich, daß er seinen Krieg unternehme für die evangelische Religion. Er hatte in dem ersten Jahre des Krieges seinen Zweck erreicht, einen großen Theil des armen unglücklichen Volkes in Nieder- sachsen mit dieser Fuge zu beihorn, und es hatte lange Zeit der Werrschagung und Wille Tillis bedurft, um die Menschen zurückzuführen von dieser Täuschung. Wir sehen die dänischen Gesandten zu Rübem noch einmal und zum letztenmal diesen Punkt berühren, daß die Fürsten und Stände von Niedersachsen bei dem Religionsfrieden zu schliessen seien. Mit solchen Worten war dem Anslande genug geschehen, daß man das, wofür man so lange den unglücklichen Haufen zu täuschen gesucht hatte, nicht ganz mit Stillschweigen überging. Die Kaiserlichen widerlegten diesen Punkt seiner Antwort, und die Dänen waren auch damit zufrieden. In dem Vertrage war von der Religion nicht die Rede, zum offenkundigen Beweise, daß der Däne selber kein Vergeden vom Religionskriege als eine nach geendeten Kriege überflüssige und unbrauchbare Fuge anerkannte. Das sollte Jagstündes ist um so wichtiger, weil beim Abschlusse des Friedens das Restitutions-Edict bereits erlassen und allbekannt war.

Christian von Dänemark hinterließ dies Mittel zur Bekämpfung der armen Deutschen einem glücklicheren Erben seiner Kriegeslust, der, gestützt auf die Erfolge seiner Waffen, es gewandter und geschickter zu handhaben wußte, nicht bloß für die Mittel, sondern zum bleibenden Schaden des inneren Friedens der deutschen Nation, auch für die Zukunft.





## **Dreizehntes Buch.**

**Weiterer Verlauf des Jahres 1629.**





## 1. Der Erlass des Restitutions-Edictes, 6. März 1629.

Noch vor dem Abschlusse des Friedens mit dem Könige von Dänemark war den Rathen des Kaisers ein Schlag gefallen, den seit Jahren die Gemüther je nach der Parteinahme mit Furcht und Bangen, oder mit Hoffnung und Freude erwartet hatten. Am 6. März hatte der Kaiser das Restitutions-Edict erlassen, das Gebot der Herstellung des kirchlich-politischen Bestandes gemäß den Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens von 1555.

Wie es überhaupt die Pflicht der geschichtlichen Betrachtung ist, nicht die Meinungen einer späteren Zeit in die Vergangenheit zurückzutragen, und nach einem solchen Maßstabe diese zu beurtheilen: so namentlich bei derartigen Vorgängen, deren Nachwirkungen sich durch die Jahrhunderte sichtbar hinab erstrecken bis in die Gegenwart. Lassen wir daher den Stand der Dinge in einem kurzen Überblick zusammen.

Der Kaiser Ferdinand II. hatte in seiner Wahlcapitulation von 1619 den Augsburger Religionsfrieden als eins der Grundgesetze des Reiches beschworen. Dieser Friedensschluß von 1555 war in den Hauptzügen das Verdict der siegenden Partei des Kurfürsten Wirtz von Sothen, unter dem Druck zugleich der Aggression der Türken und Franzosen. Dem Zusammen-Wirken dieser drei Factoren gegenüber hatte Ferdinand I. versuchen müssen auf das Recht und die Pflicht des Oberhauptes, die künftigen Unterthanen des Reiches bei der Kirche ihrer Väter zu halten. Nicht den Unterthanen wurde die Concession einer sogenannten Gewissensfreiheit gemacht, sondern den Reichsfürsten und Ständen wurde die Unterordnung des Kirchenwesens unter die weltliche Gewalt, das Territorial-Kirchenstamm, bewilligt. Das Princip desselben ist wohl erkennbar bereits in der Protestation von Speier 1529. Demgemäß heist es bei dem Friedenscongresse in Osnabrück 1648 in einer Schrift von katholischer Seite: „Und daher ist es gekommen, daß beim Reichskammergerichte zu Speier und anderen Rechtsgelehrten zu commune axioma



entstanden, quod cujus sit regio, eiusdem sit religio seu de religione disponio."<sup>1</sup> — „Es ist auch diese assertio affirmativa um so viel desto mehr zu behaupten, weil sonst der Punct von dem seit dem Religionsfrieden eingezogenen mittelbaren Christen wider die Papisten keineswegs defendiert werden kann, dessen Entscheidung bloß und allein auf dieser Assertion besteht. Und es ist ferner diese Opinion nicht allein der D. Schrift gemäß, sondern auch secundum rectam rationem an ihr selber vernünftig, insofern der hohen Obrigkeit obliegt, Gottes Ehre zu befördern und die reine Religion fortzuführen, auch Abgötterei und eingerissene Mißbräuche, so viel an ihr ist, abzutun, wie solches mit Sprüchen darzuthun wäre.“

Um hier bestimmte und von da an staatsrechtlich gültige Definitionen erhielt jedoch das jus reformandi erst im westfälischen Friedensschlusse.<sup>2</sup> Ein Zeitgenosse sagt darüber: quae facultas haud immerito pro magno regali aestimanda ac habenda est.<sup>3</sup>

Am dies Regal band sich jedoch im Augsburger Religionsfrieden eine sehr bestimmte Einschränkung. Nicht irgend ein beliebiges Territorial-Kirchentum ward gestattet, sondern ein solches nur auf Grund der Augsburgerischen Confession von 1530. Der Calvinismus also und überhaupt alle anderen Secten sollten ausgeschlossen sein.

Wie der römische König Ferdinand I. zu Augsburg 1555 das Princip des Territorial-Kirchentumes, welches er thatsächlich nicht mehr abwehren konnte, auch rechtlich zugestand, so verpflichteten er und die katholischen Reichsfürsten auf die von den nicht-katholischen Reichsfürsten bereits genommenen Kirchengüter. Dagegen gelang es der Festigkeit des Königs persönlich, den geistlichen Vorbehalt durchzusetzen, nach welchem das noch vorhandene kirchliche Eigenthum, ob rechtmittelbar, wie Fürstbischöfthümer und Äbteien, ob mittelbar, wie Collegiateniten und Klöster, der Kirche verbleiben sollten.

Mit dem erlangten Augsburger Religionsfrieden hörte die offene Aggression der Häupter des Territorial-Kirchentumes u. s. auf. Dennoch fuhrn sie fort Stifter und Klöster zu nehmen, die der geistliche Vorbehalt hätte schützen sollen. Gemäß der vorangeführten Auffassung des cujus regio, eius religio reformierten sie die innerhalb ihrer Terri-

<sup>1</sup> Meier II, 788.

<sup>2</sup> Vgl. Boad II, 241, und Instrumentum Pacis Osn. Art V XII. 30 so wie Meier IV, 648, 649.

<sup>3</sup> Kimp. u. Staatsrecht II 118

terien belegenem mittelbarem Einfluss und Stifter. Nicht-katholische Personen fürstlichen und adeligen Standes saßen in Domcapiteln, namentlich in den Kreisen Nieder- und Obersachsen, wurden zu Administratoren der Bisthümer und Erzbischöflicher gewöhlt, und gehaltenen sie allmählich zu Territorial-Archidiaconen um. Die Nachfolger Ferdinands I. ließen geschehen.

Schwerer noch ward der Religionsfriede von Augsburg geschädigt durch das Aufwachen des Calvinismus in den fürstlichen Ländern Pfalz, Hessen-Cassel, Anhalt, und Braunschweig. Aus dem Calvinismus entsprang, mit Hilfe und Rathen Heinrichs IV. und der Generalstaaten, die Union, die darauf ausging, den gesunkenen Rechtszustand des Reichs, nicht bloß mehr kirchlich, sondern auch weltlich, umzulehren, und zwar zu Gunsten der Päpste der Union. Der Druck dieser Union rief den Gegenruck der Liga hervor. Die Päpste der Union bezogen reichlich den Schellen in den Erbländern des Kaisers die Hand.

Indem es dem Kaiser Ferdinand II. dann gelang, mit der Hülfe der Liga diese Rebellion niederzuschlagen, kam nunmehr ihm das positive Recht des Religionsfriedens von Augsburg zu fließen. Die Päpste des Territorial-Archidiaconats hatten das jus reformandi geschaffen und in Augsburg 1555 die Anerkennung diktirt, damals nicht voraussetzend, daß das vermeinte Recht sich auch einmal gegen das Territorial-Archidiaconat wenden und zur Vertheilung der Kirche dienen könne. Bei dem Wider-Erfahren der Kirche hatten sie dann in kleinerem Maße in verschiedenen Territorien des Reichs diese Erfahrung machen müssen. In stärkerem Maße trat sie vor Augen, als der Erzherzog Ferdinand als Reichsfürst in Steier, Kärnten, Krum sein jus reformandi geltend machte, und am stärksten, als er nach der Bezwingung der Rebellion als König von Böhmen auch dort dasselbe Recht durchführte. Zwar ward der Kurfürst Johann Georg, der doch bei sich weder einen Katholiken noch einen Calvinisten dulde, ein wenig ungeschick, gemäß dem treffenden und daher zu wiederholenden Worte des Zeitgenossen Pappus<sup>1</sup> In se ipso, in aliis licentiam vocant —; allein der Unmuth durfte sich legen in Betracht dessen, daß der Kaiser die von Johann Georg in seinem Namen den Fürsten und Ständen in Schienen versprochene Aufrechterhaltung der Augsburgerischen Confession, oder richtiger der Territorial-Archidiaconen auf dieser Grundlage, unangestrichet ließ. In Schienen

<sup>1</sup> Pappus 23.

ließ daher das Luthertum erhalten, weil der Kaiser der Hälfte Johann Georgs nicht hatte entbehren können. Für die Herstellung der Kirche in Ungarn war das nur für die Länder des Reiches gültige Recht des Religionsfriedens nicht verwendbar.

Wie dem Kaiser dies aus reformirter als der Landeshoheit anhaftend für seine Erbkänder zu staten gekommen war, eben so achtete er es bei den Reichsfürsten. Wer haben darüber die Instruktionen Tillys und Wallensteins vernommen (Band II S. 472). Demgemäß hat weder der Kaiser, noch der Kurfürst von Bayern als Haupt der Liga, in irgend einem protestantischen Lande, das seinen anerkannten Erbkirchen hatte, die Herstellung der katholischen Religion gefordert. Wiederholt haben wir zu den Jahren 1626 und 1627 vernommen, daß die Kantonsräthe in Niederösterreich die dänische Lüge des Religionskrieges zurückwiesen, daß sie dem Fehdherren Tilly ihre Anerkennung seines Schutzes für ihr Kirchenthum darbrachten. Und eben so haben weder der Kaiser, noch die Fürsten der Liga jemals verlangt, daß die Hennauern, oder die Brandenburgier wieder katholisch würden. In Ostfriesland ereignete es sich, daß, als der General Rotholt von Jever aus zur Besorgung für die Katholiken unter den Soldaten einen Augustiner durch das Land sandte, und ein Hauptmann Rubell in Marienhove, aus Mangel eines anderen geeigneten Mannes, zu diesem Zwecke die Öffnung der Kirche des Ortes erbat, die Bitte von dem durchaus luthertreuen Landesherren, Grafen Ulrich, mit schergen Worten abge schlagen wurde.<sup>1</sup> — Wo das Territorial-Kirchentum auf Grund des Augsburger Religionsfriedens zu Rechte bestand, da war es des Schutzes durch den Kaiser sicher.

Aber in der zuvor erörterten Richtung des Besitzstandes entsprach das thatsächliche Verhältniß im Reiche längst nicht mehr den Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens. Nachdem daher die Waffen, welche die Liga ursprünglich nur zum Schutze des noch Bestehenden gegen die Aggression der Union ergriffen, überall siegreich gewesen waren, und durch ihre Erfolge auch dem Willen des kaiserlichen Generals den Weg gebahnt hatten, kam namentlich für die Liga die Forderung, daß der thatsächliche Bestand den Bestimmungen jenes Grundgesetzes des Reiches entsprechend hergestellt werden müsse, wie eine reife Frucht an der langen Kette der Ereignisse.

<sup>1</sup> Ruzsch. kaiserliche Correspondenz darüber im Mai und Juni 1629.

Nach begann das nicht erst mit dem Defutations-Edicte. Tilly war im besondern Auftrage des Kaisers schon 1623 in Halberstadt zu Wapfen einiger katholischen Domherren eingedrungen. Er hatte ferner im Auftrage des Kaisers 1628 zu Stade den Prämonstratensern das Kloster St. Georg zurückgegeben.<sup>1</sup> Derartige Thatfachen fielen weniger auf, weil in diesen Stiftern, Halberstadt und Bremen, das jus reformati bis dahin nicht principiell durchgeführt war und darum auch andere katholische Einrichtungen noch fortbestanden. Jedenfalls indessen blieben, im Verhältnisse zu dem Ganzen, Verfügungen solcher Art wie in Halberstadt und Stade, vereinzelte. Erst auf dem Kurfürstentage zu Mühlhausen 1627 sehen wir die Häupter der Liga in geschlossener Einheit mit dieser Forderung der Herstellung vor dem Kaiser treten. Wir haben dort sie kennen gelernt, so wie den Nachweis des positiven Rechtes.

Der Kaiser war im Principe der Rückforderung mit der Liga ganz einstimmt, nicht jedoch über die Verwendung der zahlreichen Fürstbischümer die zurückfallen sollten. An dieser Frage der Verwendung trafen die Meinungen auf einander. Ein Beispiel möge dies näher darthun.

Schon nach dem Tage von Mühlhausen, im Herbst 1627, erhebt sich eine rege Correspondenz der Brüder von Köln und Bayern über das Erzstift Bremen.<sup>2</sup> Es erhebt daraus, daß der lutherische Administrator, Johann Friedrich aus dem Hause Holferrn zu Mühlhausen hatte Wunke lassen lassen, daß er der Wahl eines Coadjutors nicht abgeneigt sein würde. Das kanonische Recht machte die Zulassung einer solchen Wahl abhängig von der freien Entscheidung des Inhabers. Die kurfürstlichen Brüder Ferdinand von Köln und Maximilian stimmten überein, daß die zum Coadjutor geeignete Persönlichkeit ihr Vetter sein würde, der Donabrücker Fürstbischof Franz Wilhelm. Es kam für sie darauf an, ob auch Tilly geneigt sein würde zur Mitwirkung.

Franz Wilhelm zog Tilly ins Vertrauen. Er sprach ihm offen aus, daß es seine Absicht sei, vermöge des landesherrlichen jus reformati die katholische Religion im Erzstifte Bremen herzustellen. Dies geschah im März 1628. Es ist merkwürdig, daß Tilly fünf Monate später, im August 1628, selber die Absichten des Fürstbischofs Franz Wilhelm auf die Melatholisierung der Stadt Donabruß durchkreuzt. Denn

<sup>1</sup> Coadjutor D. S. A.      <sup>2</sup> B. A. C.

unter den Mitteln, die dort Franz Wilhelm anwendet, sind Druck und Zwang, die Tilly nicht gut heist, die er als dem „Werke der Conversion nicht zum Nutzen gereichend“ begründet. Aber der Jurek sagt ihm zu. Er arbeitet für denselben, wenn die Mittel legal sind. Adm. Johann Friedrich als der Administrator des Erzstifts Weimar einen Coadjutor wünscht, wenn in Folge dessen das Domcapitel einen solchen erwählt: so ist dies Verfahren gesetzlich und rechtmäßig, und es verfaumt dann, gemäß dem Reichsrechte des Augsburger Religionsfriedens, auf Franz Wilhelm als Reichsfürsten das jus reformandi für das Erzstift Weimar Tilly unternehmen die Sache. Johann Friedrich zeigte sich abermals nicht abgeneigt. Allein ein sehr störendes Hindernis trat dazwischen. Tilly erhielt Bericht, daß der Kaiser durch Wolmerode an Johann Friedrich eben dasselbe Ansuchen für seinen Sohn, den jungen Erzhertzog Leopold Wilhelm, hatte gelangen lassen.<sup>1</sup>

Wichtig genug sehen wir den Kaiser auch an anderen Orten sich bemühen, die Nachfolge in erledigten Fürstenthümern für seinen Sohn Leopold Wilhelm zu erlangen. So in Halberstadt, in Regensburg, in der Abtei Hersfeld.

An der Frage also der Wüderbesetzung der Fürstenthümer knüpfen sich die kaiserlichen Interessen mit denen der Reichsfürsten, nicht bloß der nicht-katholischen, sondern auch der katholischen. Sie Alle, indem sie wie der Kaiser selbst die Kanne Wallenstein als eine solche ansahen, über welche der Kaiser verfüge, stützten die überwältigende Macht des Hauses Oesterreich. Dem Domcapitel von Weimar gehörte eine Reihe reichthümlicher Personen an. Diese waren, wie Franz Wilhelm vernahm, unter dem Druck jener Furcht und derjenigen der Verbindung mit Spanien eher geneigt, ihn zu erwählen als den Sohn des Kaisers.<sup>2</sup>

„Es hat ein seltsames Lachen,“ sagt Franz Wilhelm hinzu, „daß man diese Stifter alle haben will. Tilly ist selbst ädel damit zufrieden, und vermeint, es sei das Beste, wenn der Kurfürst von Bayern nach Rom schreibe: der Papst möge den Kaiser mahnen, daß diesen Stiftern ehestens andere Häupter vorgelegt würden, jedoch solche, welche durch ihre Gegenwart in den Stiftern den beabsichtigten Zweck zu erreichen suchen.“

Die beiderseitigen Bemühungen in Betreff des Erzstifts Weimar haben geschichtlich nur den Werth, die Verschiedenheit oder den Gegensatz derselben klar zu stellen. Bei den Häuptern der Eige trat dazu noch

<sup>1</sup> Bericht Tillys als Anlage LIII der ersten Ausgabe.

<sup>2</sup> Anlage LIV zur ersten Ausgabe, Bd. II, 486.

eine andere Besorgnis. Sie wollte die Fürstbischöflichkeit herstellen in den alten Stand, mit der Vereinigung der geistlichen und weltlichen Jurisdiction auf ein und dasselbe Haupt, also gemäß dem positiven Rechte der Jahrhunderte. Unter den Wallensteinern dagegen regte sich der Gedanke der Säkularisation der Stifter, und trat dort einmal auf eine sehr plumpe Weise zu Tage. Ein Commisar Wallensteins, Namens Wegger, warf dem Bischofe von Würzburg und andern Mitgliedern der Liga ins Gesicht: es werde nicht eher gut, bis man einmal einem Kurfürsten den Kopf vor die Füße lege, den Geistlichen alle weltliche Obrigkeit abnehme, und sie nur geistliche Dinge verwalten lasse gleich den Bischöfen Pastora. — Die Beschwerde des Fürstbischofs über diesen Wegger hatte keinen Erfolg. Demgemäß verbrachte sich das Wort: „Es steht ihnen,“ wieder Bapenheim an Wallenstein, „seht im Kopfe.“<sup>1</sup>

In Wahrheit hatte Wegger in roher Weise ausgesprochen, was Andere dachten, was namentlich dem Gedankengange Wallensteins selber entsprach. In dieser Beziehung haben wir sein Gutachten über Magdeburg und Halberstadt bereits vernommen. Auch ward dies Trostwort Wallensteins von der Liga sehr wohl erkannt. Franz Wilhelm berichtet darüber: „Es dat das Ausehen als wenn man das Concept, die Temporalia von den Episcopat zu trennen, gern ausführen wollte. Friedland practiciret es bereits mit Schwert, wo er einen schlichten, doch frommen Priester zum Bischof nominirt, ihm 5000 Rthlr. angewiesen, und den Rest mit der weltlichen Jurisdiction zum Herzogthume Mecklenburg gezogen hat.“<sup>2</sup>

Bei der geringen gegenwärtigen Reizung zwischen der Liga und dem spanischen Imperium mag ähnlicher Weise auch in Madrid geurtheilt worden sein. Darauf hat deuten die Worte, daß den geistlichen Herrn die Stöße zu lang geworden seien.

Demnach ergeben sich in Betreff der Verwendung der Fürstbischöflichkeit drei Richtungen. Wallenstein erstrebt die Säkularisation, wenn auch, wie er angibt, nur zeitweilig und zum Dienste des Kaisers. Dieser selbst will, wie die Liga, den Fortbestand geistlicher Fürsten zugleich mit weltlicher Herrschaft. Er weicht von der Liga darin ab, daß er zuerst das Interesse seines Hauses im Auge hat, daß dagegen die Liga das kaiserliche Interesse vertritt, daß sie die geistlichen Fürsten aus ihren Familien will, und nicht aus dem Kaiserthume, viel weniger

<sup>1</sup> Schumacher 190 vom 4. November 1629.

<sup>2</sup> Franz W. an den Kaiser von Jülich, 26. Dec. 1629, im Originaldruck D. G. 9.

denn eine Häufung vieler kirchlichen Herrschaften auf das Haupt eines Erzherzogs.

Dies betraf die reichsunmittelbaren Herrschaften.

Turchaus einzig dagegen waren der Kaiser und die Liga in Betreff der Rückforderung der mittelbaren, nach und wider den Religionsfrieden genommenen Stifter und Klöster, und eben so in Betreff des Calvismus. Man kam überein, daß des letzteren in dem Edicte keine ausdrückliche Meldung geschehen, jedoch die Zulassung der Religionen im Reich einzig und allein die alte katholische Religion und derjenige der Augsburgerischen Confession vom 25. Jun 1530 umfassen solle.<sup>1</sup> Maximilian berief sich für dies sein Bistum darauf, daß gegen den Calvinismus bereits der Reichsschluß von 1560 existierte, und fügt hinzu: „Wenn man (damals) durch die calvinischen heimlichen Brachten sich von der Execution nicht hätte abhalten lassen, so wäre solche bereits exstirpirt, auch aller Unrath (des) jezigen durch sie verursachtem leidigen Uebstandes verhütet geblieben, daher man desto mehr befugt ist, auf besagte Execution zu dringen. Und wird Kurbrandenburg desto weniger eine Offension zu schöpfen haben, diemeil er entweder dem Calvinismus — obwohl er ihm in seinen Klädern verstatet — nicht beigethan, oder da er ihm beigethan, sich doch zum selben unverhohlen zu bekennen selber schämen thut.“

Außer der Liga scheint der Kaiser vorher auch einige Kriegeshäupter um ihr Gutachten befragt zu haben. Dasjenige Wallensteins zunächst in Betreff der Stifter Magdeburg und Halberstadt haben wir vernommen, und auch nachher werden wir gelegentliche Urtheile von ihm erfahren. Ein Gutachten über die Sache im Allgemeinen liegt vor von Colalto. Der Kaiser, der mit Colalto wiederholt in vertraulicher Correspondenz stand, sprach, am 14. November 1628, ihm die Ansicht aus<sup>2</sup>: an dem Restitutions-Edicte hänge die ganze Frucht der ihm verliesenen Siege. Darauf antwortete<sup>3</sup> Colalto, am 14. December: „Aus dem mir zugegangenen Berichte habe ich so viel vernommen, daß die Urtheile allein in der Form eines Edictes, daß man restituiren solle, nach dem Passauerischen Vertrage wider den Religionsfrieden der Kirche entzogen werden, nachdrücklichst abgesetzt werden. Ob ich

<sup>1</sup> Maximilian an Stralendorf, 8. Januar 1629, in Copie eilich vernommen ufm. <sup>2</sup> Frey 84. <sup>3</sup> Ehrenhüller XI, 184.

war wohl kein Rechtsgelehrter, so hat er doch unterthäniger Pflicht nach geblühen wollen, Er. R. M. zu erinnern, daß dieses Edict zwar gut; aber auf Grund dessen zu requiriren, lasse Er. R. M. ich selber ermögen, ob nicht große Widerwärtigkeit, ja gar ein Religionskrieg sich daraus erregen könne. Denn Niemand wird zugestehen, daß solche Güter so wie das Edict lautet, von ihm entzogen worden, sondern viele Einwände darüber einzuwenden. Wenn man nun stark darauf requirierte, würde Jedermann klagen, man hätte ohne geurtheilte und genugsame Ursachen sie denjenigen entzogen, was sie vor dem Passauer Vertrage gehabt, und es ihnen mit Gewalt entzogen, wo sie doch allezeit erbödig gewesen wieder zu erhalten, was demselben und ihnen mit Recht nicht geblüht, oder was sie wider den Religionsfrieden nach dem Passauer Vertrage an sich gebracht: daß also im Grunde leicht ein Religionskrieg daraus entstehen möchte.“

Ähnlich wie Colalto urtheilten auch viele Andere von katholischer Seite.<sup>1</sup>

Augenscheinlich ist auf alle derartige Einwände bei der Abfassung des Restitutions-Edictes Rücksicht genommen. Denn dasselbe sucht in einer ausführlichen geschichtlichen Einleitung darzuthun, daß der Kaiser nicht bloß materiell, sondern auch formell zum Erlasse desselben berechtigt und verpflichtet sei. Schon 1559 hatte der Kaiser Ferdinand I. eine Spolienklage solcher Art an das Reichskammergericht verwiesen. Die Fürsten Augsburger Confection damals verlangten die Entscheidung von ihm selbst. Sie hoben hervor, daß die Klage allein aus den schlichten Worten des Religionsfriedens von Augsburg erledigt werden könne. Abermals hatte man 1594 eine solche Entscheidung nur vom Kaiser gefordert, abermals 1613, und zwar jedesmal die protestantische Partei, die damals sich mächtiger fühlte, die also eine Entscheidung in ihrem Sinne erwartete. Sollte den katholischen Reichsfürsten nun, da sie mächtiger waren, nicht auch dasselbe verstatet sein, sollten nun nicht ihrerseits auch sie die Erledigung ihrer Beschwerden nur durch das kaiserliche Wort fordern dürfen? — So erschien es der Liga, so auch dem Kaiser. Und wenn man durchaus die Zustimmung eines Fürstenrathes für nöthig hielt: so war ja eine solche durch die Forderung des Conventes von Mühlhausen bereits gegeben. Dort hatten, wenn man den Kaiser hinzurechnet, fünf von den sieben Kurfürsten eine Restitution

<sup>1</sup> H. L. D. 487.



gefordert. Und wenn auch diejenigen von Sachsen und Brandenburg der Forderung nicht beigetreten waren: so hatte man doch auch von einem Proteste ihrerseits damals gegen diese Forderung nichts vernommen. Gerade in jener Zeit hatte der Kurfürst Johann Georg dem Herzoge von Württemberg auf eine Beschwerde solcher Art geantwortet er könne dem Kaiser das Recht der Entscheidung in solchen Fällen nicht streitig machen. Der Religionsfriede sprache klar.

In der That auch finden wir dieselbe Rechtsansicht auch noch dem Erlasse des Restitutions-Edictes bei Caspar von Schönberg, dem Präsidenten des geheimen Rathes in Dresden, einer Persönlichkeit von großer Autorität bei dem Kurfürsten. Im Ende März traf dort der braun'schweigische Rath Ripius ein. Schönberg theilte ihm den Erlaß des Edictes mit, und fuhr dann fort: „Ich besitze alle Acten und Protokolle, die im Jahre 1555 bei Errichtung des Religionsfriedens beschlossen sind, und befinde das kaiserliche Edict den Rechten und der Billigkeit gemäß u. s. w.“ — „Darauf,“ fügt Ripius hinzu, „habe ich kein Wort gestanden, war darauf nicht instruiert, sondern nahm meinen gebührenden Abschied.“ Schönberg, bereits leidend, starb einige Wochen nachher.

## 2. Kurfürst Johann Georg von Sachsen gegen das Restitutions-Edict.

In dem Kurfürsten Johann Georg selber und seiner Umgebung war jedoch auch eine andere Strömung mächtig, wohl erkennbar bereits seit März 1625. Damals hatte er bei dem Kurfürsten Maximilian seiner Klage über den Militärbrand die eigenthümliche Wendung beigelegt: „Es geht die gemeine Sage so solle nicht mehr ein Religions-, sondern ein Religionskrieg und aus der bisher vorgehaltenen Defension eine Offension werden, was der allmächtige Gott gnädiglich verhüten wolle.“

Da zu einer solchen Begriffsveränderung Ballenstern damals wie überhaupt gar keinen Anlaß gab, so muß der Keim des sächsischen Kurfürsten ein anderes Wetz zu Grunde liegen. Wir haben uns zu erinnern, daß bereits in Mühlhausen, im November 1627, Johann Georg „eifrig hervorgebrochen“ war, mit den Worten: werde nicht abgeholfen, so müsse er mit Anderen sich verbinden und zu erkennen geben, daß, um gegen unbillige Gewalt sich zu schützen, im Nothfalle auch alle Mittel verloren seien.“

<sup>1</sup> Schütz, Hannover II. Völlgen S. 80.

<sup>2</sup> Das Schicksal bei Gumbach, Bodstein I. 397      <sup>3</sup> Jauer, Ballenstern 104.

Die Worte enthielten den Keim eines Gedankens, der erst später unter anderen Umständen sich entwickelte. Das jus armorum, das Recht der Waffen im Reich, gehörte dem Kaiser, den Fürsten nur auf die Bewilligung des Kaisers. Einst hatte der Druck der Offensive, den die Union der calvinischen Fürsten ausübte, die katholischen Fürsten, die den dem Kaiser keinen Schutz fanden, zu dem Defensiv-Bunde der Liga genöthigt. Beide Bünde hatten Pierre aufgestellt. Dem Kaiser Rudolph und Matthias war weder der eine Bund gewesen, noch der andre; aber maßlos wie sie waren, fügten sie sich in das Unvermeidliche. Dann hatte der Defensiv-Bund der Liga dem Kaiser Ferdinand die wichtigsten Dienste geleistet. Jahre lang war das Heer der Liga geradezu das kaiserliche Heer, nicht bloß thatsächlich, sondern auch kraft der Vollmachten für Maximilian und für Tilly. Mit dem Auftreten Wallensteins begann die Sache sich zu wenden. Es schien, als hätte der Kaiser durch Wallenstein das Recht der Waffen im Reich wieder an sich genommen, als würde das Heer der Liga daneben nur noch geduldet.

Die maßlose Ausbeutung jedoch des kaiserlichen Waffenrechtes im Reich durch Wallenstein rief auch in diesem Falle den Gegenruck hervor. Die Liga, die von den katholischen Reichsfürsten gegründet war, um sich der Offensive der calvinischen Häupter zu erwehren, blieb nach der Niederwerfung der Gegner in Waffen, um nicht der Willkür des kaiserlichen Feldherrn Wallenstein preis gegeben zu sein. Aber auch in dem lutherischen Kurfürsten Johann Georg stieg die Sehnsucht nach einem Schutze gegen diese Willkür empor. Er dachte darüber nach, wie er in Mühlhausen 1627 sagte, sich zu diesem Zwecke mit Andern zu verbinden. Demnach hätte es für ihn nahe gelegen, sich der Liga anzuschließen. Es ergibt sich nicht, daß er in dieser Richtung einen Schritt gethan. Unter den Andern, mit denen er sich zu verbinden gedachte, verstand er nicht die Liga. Demnach konnte er damit nur die nicht-katholischen Reichsfürsten meinen.

Derf man die Gedanken, die noch im embryonischen Zustande von 1627 an bei Johann Georg sich regten, bestimmter fassen. So sind es diese. Johann Georg wünscht eine Waffenmacht zu haben. Aber da bei dem Kaiser allein das Recht der Waffen oder die Verleihung dieses Rechtes steht, so würde Johann Georg durch eine Bewaffnung ohne Vorwissen und ohne Zustimmung des Kaisers dem Verdacht des'elben erwehen. Demnach gibt es eine andere Basis, von welcher aus er daran denken kann, eine Waffenmacht zu errichten, wozu es auch gegen den

Willen des Kaisers. Dies ist die Tradition seines Hauses als des Schützers und Vertheidigers der Augsburgerischen Confession. Aus der Verletzung solcher Gedanken entflammt bei Johann Georg schon 1624 jene Sage, wie er es nennt, daß es endlich doch auf einen Religionskrieg abgesehen sein könnte.

Eben damals ward der Wunsch Johann Georgs, seinen Worten auch einmal durch die Waffen Nachdruck geben zu können, durch einen besonderen Beweggrund verstärkt. Im Frühlinge des Jahres 1624 trat jener Wechsel in Magdeburg ein, daß das Capitul, um des der Helonie schuldigen Administrators Christian Wilhelm endgültig los zu werden, sich zu einer Neuwahl entschloß, und zwar des zweiten Sohnes von Johann Georg, des vierzehnjährigen Prinzen August. In seiner Abmahnung hob der Kaiser hervor, daß der erzbischöfliche Stuhl von Magdeburg fortan nur seiner ersten Fundation gemäß besetzt werden dürfe. Auf die Kunde dieser Abmahnung rief Johann Georg dem bei ihm weilenden Grafen Trautmannsdorf über Tafel zu: „Heute habt Ihr meinem Kinde Magdeburg genommen.“<sup>1</sup> — Dennoch erfolgte die Wahl des Prinzen, dann aber auch die Erklärung der Ungültigkeit durch Papst und Kaiser, und die päpstliche Ernennung des Erzherzogs Leopold Wilhelm. Dadurch die Abmahnung Johann Georgs sich gelegt, ist nicht anzunehmen.

Zur selben Zeit fand der Kurfürst Johann Georg einen besonderen Anlaß zur Bethätigung seiner Tradition seines Hauses in den Vorgängen in der Reichsstadt Augsburg, die, obwohl mit dem Restitutions-Erre nicht in einem casuellen Zusammenhange stehend, dennoch nochher thatsächlich als Consequenzen desselben erschienen.

Obwohl Augsburg als freie Reichsstadt nur Stand des Reiches war, mit dem Aussprache also auf das jus reformandi, so forderte doch der Fürstbischof Heinrich dasselbe für sich, und berief sich dafür auf einen Vertrag von 1544, in welchem die Stadt die geistliche Jurisdiction seines Vorgängers, des Cardinals Otto, auch über sie anerkannt habe.<sup>2</sup> Auf die Beschwerde des Fürstbischofs Heinrich ernannte der Kaiser, bereits am Januar 1624, als Commissare zur Untersuchung

<sup>1</sup> Gatter, Wallenstein 76 Relation vom 20. Juli 1623.

<sup>2</sup> Die Acten sämmtlich in der „Relation über des H. Reichs“ etc.

seinen Bruder, Erzbischof Propold, und den Fürstbischof von Eichstätt.<sup>1</sup> Die Delegierten derselben erklärten von den Stadtschreibern in Augsburg, Junhof und Nechtinger, beide lutherisch, die Antwort: von Ungelegenheiten zwischen den beiden Confessionen sei ihnen nichts bekannt.<sup>2</sup> Eben dasselbe ward von der Gegenseite mit starkem Nachdruck hervorgehoben. „In Augsburg“ sagt eine nicht-lutherische Flugschrift von 1629,<sup>3</sup> „haben beide Religionsverwandte bisher in Liebe, Frieden und Einigkeit also gelebt, daß sich fremde Leute und mehrere Standespersonen darob zum höchsten verwundert und (ist) gleichsam pro miraculo gehalten haben.“

Derartige Entgegnungen bewogen den Auftrag der Delegierten nicht. Sie stellten weitere Forschungen an. Sie befragten die meisten Prediger der Stadt über ihre Lehre nach der Augsburger Confession, so wie nach der Concordienformel. Die Prediger antworteten, im Juni 1628, daß sie auch die letztere nicht für eine Privatschrift, sondern für ein publicum liberum symbolicum Ecclesiae Evangelicae erkennen und danach lehren.<sup>4</sup> — Aus dem ganzen Verlaufe liegt vor Augen, wie sorgfältig diese Prediger bemüht waren, ihre Übereinstimmung mit Kurpfälzern darzuthun.

Denn von dort her, wohin sie ihre Klagen gerichtet, kam ihnen die gewünschte Ermuthigung durch den Hofprediger Hor von Doernegg.<sup>5</sup> Es war ihm nicht zweifelhaft, wie es schreibt, „daß insonderheit die Feinden mit ihrem Abhänger nichts Höheres wünschen, als daß aller Orten in der ganzen Christenheit und also auch in Augsburg unsere allein seligmachende göttliche ewangelische Lehre möchte ausgebreitet werden.“ In ähnlicher Weise fährt die Schrift fort. Hor mahnt die Prediger festzuhalten, mit dem Hinweis: „Im äußersten Falle schließlich, wenn den Herren unverträgliche Drangsal im Punkte der Religion begegnet, und sie der Kurf. T., meines gnädigsten Herrn, hochansehnlicher Intervention und Intercession bedürften, möge das ehrenwürdige Ministerium, sammt dem loblichen Magistrato oder dem D.D. Kirchenspiegeln, kübalich eine unterthönigste Supplication anhero schreiben. Alsdann will ich solche gern übergeben und wird an solcher Assistenz kein Mangel erscheinen.“ — Der eigentliche Kern der Differenz, ob dem Fürstbischöfe Heinrich, oder dem Rathe der Reichsstadt Augsburg das Informationsrecht zustehe, wird in der Schrift Does nicht verkehrt.

<sup>1</sup> H. a. D. 17.      <sup>2</sup> H. a. D. 22.

<sup>3</sup> Unparteiischer Discurs vsm. 1629, in der Relation.      <sup>4</sup> Relation 32.

<sup>5</sup> H. a. D. 168. Vom 27. Juni/7 Juli 1629.

Wenige Monate später ergab ein anderes Symptom, daß die Niederwerfe des Hofpredigers der Stimmung seines Herrn entsprach. In Leipzig erschien „auf sonderbarem gnädigen Befehl“ des Kurfürsten eine Schrift unter dem Titel: „Nothwendige Vertheidigung des evangelischen Augspfels, nämlich der wahren, reinen, ungeänderten Augsburgischen Confession, zur Ablehnung der hin und wieder ausgeprägten jesuitischen Eiferungen“ usw. Die Schrift war sorgfältig vorbereitet. Der Kurfürst hatte die vornehmsten Theologen nicht bloß des eigenen Landes, sondern auch der sächsischen Herzogthümer, aus Dresden, Leipzig, Wittenberg, Jena — in Allen dreizehn Doctoren der Theologie nach Dresden zusammen berufen.<sup>1</sup> Dort ward ihnen am 11. November 1628 die Schrift vorgelesen, von ihnen einstimmig gut geheißen und dann in die Druckerei geschickt.

In der Wirklichkeit jedoch trat der Kurfürst selber für die Schrift ein. Er berief sich darin auf seine vollzogenen Handlungen und Erklärungen zur öffentlichen Bezeugung, daß „wie seine Ader noch Blutestropfen in seinem Leibe sei, der Verleumdung und List trage zu der sogenannten katholischen oder päpstlichen Lehre, so bekenne er sich hingegen rund, öffentlich und bekändig zu der allein wahren evangelischen, lutherischen, in Gottes Wort gegründeten und in der Augsburgischen Confession begriffenen Lehre, gedanke auch durch Verleihung göttlicher Gnade dabei zu leben und zu sterben.“

Die Schrift, die, ungeachtet ihres Titels, weniger eine Vertheidigung als eine Herausforderung war, rief allgemeines Aufsehen hervor. Die Autoren berichteten später,<sup>2</sup> daß in wenigen Wochen 15000 Exemplare, deutsch und lateinisch, verbreitet worden seien. Demgemäß wuchsen auch die Gegenchriften hervor. Nicht jedoch dieser Streit als solcher nimmt das geschichtliche Interesse so sehr in Anspruch, als die Thatsache, daß der Kurfürst, ohne jeden äußeren Anlaß, noch vor dem Ausgehen des Restitutions-Edictes, in dieser nicht-comiliananten Weise auftrat.

Unterdessen lag dem Kaiser der Bericht der Commissäre über Augsburg, vom 26. Juli 1628, zur Entscheidung vor. Auf der eingezogenen Gutachten der Kurfürsten von Mainz und Bayern erfolgte am 8. März 1629 das Urtheil. Der wesentliche Inhalt desselben ist, daß der Kaiser den im Jahre 1548 zwischen dem Cardinal Otto und

<sup>1</sup> Technisch eine Hauptvertheidigung also 18 und 17.

<sup>2</sup> H. u. C. 3.

der Stadt aufgerichteten, und 1553 durch Kaiser Rudolf II. bestätigten Vertrag als zu Nichts bestehend anerkannte, demnach dem Fürstbischöfe Heinrich das jus reformand. in Augsburg zusprach. Die nächste Consequenz war die Herstellung des Reichsgutes in Augsburg nach dem Stande von 1548.<sup>1</sup>

Ungewissheit also mit dem Institutions-Edicte erging das Urtheil durch die Länder. Auf das erstere antwortete der Kurfürst Johann Georg das Mal nicht wie zwei Jahre zuvor, daß er dem Kaiser die Entscheidung in solchen Fällen nicht streitig machen könnte, und daß der Reichsunstufede klar sei. Er sandte dem Kaiser eine lange Gegenchrift em. Die geschichtlich wichtigste Stelle derselben ist der Hinweis auf die Gefahr, daß bei den Nicht-Katholiken die Klagen über den Mißbrauch und diejenigen über das Institutions-Edict in eins zusammen fließen würden.<sup>2</sup> „Ich halte es für ratsamer,“ schreibt Johann Georg, „durch einen allgemeinen Frieden das in den letzten Tagen liegende R. Reich zu erquicken, und nachtheiligen diese Beschwerden an ihrem Orte beruhen zu lassen. Es mögen Einige der Meinung sein, daß bei den noch wärenden Kriegeswitten mit der angetroffenen Execution am besten fortzukommen sein möge. Allein nicht das ist der ordentliche Weg: es sind etzel Extrema, die bei den evangelischen Völkern das Ansehen gewonnen, als werde dadurch eine völlige Ausrottung gesucht. Daraus wird noch größere Verbitterung, Widerwille und endlich die Zerrüttung des R. R. Reiches erfolgen, zum großen Troblosen der Auswärtigen, die darauf ihre Augen richten, ihre Absichten dabei haben, und aus Ambition nach fremden Kronen und Sceptren trachten.“ Mit diesen Worten ist, freilich in herablassender Haltung, die dem Erlasse des Institutions-Edictes anhaftende eigentliche und wesentliche Gefahr in bestimmter Weise geschildert.

Der Kaiser ließ erwidern: so gewichtig diese Gründe, so dürfte darum die Verantwortl. auf die er geschworen und zu deren Handhabung Gott ihm Scepter und Krone verleihe, nicht jurüd gestellt und der Ungerechtigkeith freier Lauf gelassen werden. Vielmehr sei es seine Pflicht, der Rechtsforderung der katholischen Reichsstände zu entsprechen. Niemals aber sei ihm der Gedank und Herz gekommen, die Nicht-Katholiken auszurotten. Um seiner Ehre, seines Amtes, seiner Pflicht, seines Gewissens willen könne der Kaiser nicht, wie der Kurfürst wünsche, das Edict

<sup>1</sup> U. a. D. 102, 118.

<sup>2</sup> Heydenhiller XI, 467. Ich lege die indirecte Rede in die directe um.

zurückziehen oder suspendieren, ersuche aber den Kurfürsten, der wie seine Vorfahren immer fest und treu an dem Religionsfrieden gehalten, daß er nun auch die Ausführung des Edictes gemäß demselben befördern wolle. Für den Kurfürsten persönlich gab der Kaiser die Erklärung: „daß so viel des Kurfürsten von Alters her inhabende Stifter anlangt, der Kaiser es bei der zu Mühlhausen im Jahre 1620 gegebenen Sinceration und Affecuration verbleiben lassen und dieselbe lauterlich halten wolle“. Diese Erklärung erscheint ziemlich gleichwiegend mit einer Versicherung des Bestandes der Stifter Meissen, Naumburg, Merseburg, die, weil erst nach 1555 erlangt, genau genommen unter das Restitutions-Edict fallen mußten. Endlich sprach der Kaiser die Hoffnung aus, daß der Kurfürst zu dem bereits in Aussicht genommenen Kurfürstentage, dem auch er beizuwohnen wolle, sich persönlich einstellen werde.<sup>1</sup>

Keinen besseren Erfolg hatte Johann Georg mit seiner Verwendung für die Augsburgerische Confession in der Stadt Augsburg.<sup>2</sup>

Es ist zu wiederholen, daß die eigentliche und wesentliche Gefahr, die dem Erlasse des Restitutions-Edictes anhaftete, sich in der vorangeführten Antwort Johann Georgs auf dasselbe angegeben findet. Man hat sich indessen in späteren Zeiten damit nicht begnügt. Vielmehr ist oft die Meinung ausgesprochen, daß das Restitutions-Edict als solches oder die Consequenzen desselben hauptsächlich zur Fortdauer des Kriegszustandes beigetragen haben. Diese Frage ist daher scharf ins Auge zu fassen, zunächst hier bei dem Erlasse des Edictes, weiter später bei der Ausführung, so wie überhaupt an den Thatfachen.

So stark die Widerstimmung des Kurfürsten Johann Georg mit auch noch anderer Fürsten, die durch das Restitutions-Edict schärfer betroffen wurden als er, gegen dasselbe sein mochte: sie beschränkten sich auf Worte und Rechtsdeductionen, die weniger das Princip des Edictes anfechten, als die Anwendbarkeit in diesem oder jenen bestimmten Falle. Von der Absicht eines activen Widerstandes, oder überhaupt der Aufstellung einer bewaffneten Macht, ist keine Rede.

Oben damals trat an Johann Georg sogar eine Forderung zum Truge heran. Nach der Weigerung Wallenstein, zur Friedenshandlung in Friburg einen schwedischen Gesandten zuzulassen, batte Gustav Adolf in einem Rundschreiben an alle Kurfürsten, eine Reihe von Beschwerden

<sup>1</sup> N. a. C. 474.

<sup>2</sup> Relation über das Jm. 1629.

gegen den Kaiser gehäuft. — Eine Woche später, am 1/11. Mai erfolgte von ihm ein besonderes Schreiben an den Kurfürsten Johann Georg, beginnend mit dem Lobe der Schrift: *Evangelischer Augapfel* nsm. Mit dem Lobe verband Gustav Adell sehr ansehnliche Worte wider die Jesuiten, aus deren Gegenschriften er die Bosanne der Verfolgung zu vernehmen behauptet.<sup>1</sup> Daher spricht er dem Kurfürsten seine Condolenz aus. Er fordert ihn auf zu gemeinsamen Rathschlägen ihrer beider „welche die göttliche Weisheit zu Rathrednern der wahren Kirche bestellt habe“. — Wiederum eine Woche später erfolgt ein neues Schreiben des Königs mit der Mittheilung der Bedingungen, die er dem Kaiser für den Frieden stellen würde, derartig, daß sie den Krieg in sich tragen.<sup>2</sup> Es scheint nicht, daß Johann Georg auf einen dieser Briefe etwas geantwortet habe. Denn der nächst folgende Brief des Schweden, vom 29. Juli,<sup>3</sup> nimmt auf eine Antwort nicht Bezug.

Der Kurfürst Johann Georg war unzufrieden mit dem Kaiser und gab seinen Unmuth kund durch Murren über das Restitutions-Edict, welches direct ihn nicht verührte, und auch indirect ihn nicht tief ergriffen konnte, weil der erste Jurist seines Landes, Gaspar von Schönberg, es als dem Religionsfrieden entsprechend bezeichnet hatte. Schwerer mochte ihm zu Herzen gehen, daß er für seinen Prinzen August das Erbkunst Wagzburg nicht erlangen sollte. Die wichtigste Ursache aber seines Unmuthes war dieselbe wie bei den Fürsten der Liga: das herrliche Walten des kaiserlichen Feldherrn Wallenstein.

### 3. Wallenstein und die Liga nach dem Lübecker Frieden.

Der Friedensschluß von Lübeck, den Wallenstein bei dem Kaiser wie bei der Liga ohne jeglichen Vortheil für das Reich durchgedrückt, sicherte ihm den von Christian IV. nicht angetroffenen Besitz des Herzogthums Mecklenburg. Darum jedoch war er nicht Willens, das Reich von dem Druck seiner Truppen zu entlasten. Sehr reich dafür ist besonders sein Verhalten gegenüber der Stadt Stralsund. Wir haben gesehen, wie die Berather dieser Stadt, nachdem ihnen die Abnung aufgegangen war, welches Schicksal von dem vermeintlichen Wohltäter her, dem Schweden, der Stadt bevorstand, bei den Deputirten Wallensteins in Lübeck dringend baten, daß ihre Stadt als getreu der Kaiser und Reich als ein Mitglied des Bundes in dem Friedensschlusse aus-

<sup>1</sup> v. Troizen, *Schriftstücke* nro 6.

<sup>2</sup> H. a. D. 6.

<sup>3</sup> H. a. D. 10.



drücklich mit benannt werde, und wie die Vertreter der Hanse zu gleichem Zwecke sich bemühen. Die Delegierten Wallenstein verwiesen die Sache an ihren Oberen, und weiter ward darüber nichts vernommen. Im dem Friedensschlusse von Lübeck ward die Stadt Stralsund nicht erwähnt.

Auf die sichere Kunde dessen wandte sich der Rath von Stralsund direct an den Kaiser. In einem ausführlichen Schreiben,<sup>1</sup> vom 30. Mai/9. Juni, gibt er einen nochmaligen Überblick des Verlaufes der Sache, mit starkem Nachdruck betonend, daß er nur zur Vertheidigung gezwungen zu den Waffen gegriffen habe. Die Stadt bitte, der Kaiser wolle ihre Sache nach allen Umständen erwägen. — Die dem angelangenen Schreiben beigefügten Randbemerkungen deuten nicht auf eine günstige Stimmung im Rathe des Kaisers. Erst am 4. September ward dies Schreiben im Reichshofrathe der Erwägung unterzogen. Das Gutachten schließt mit den Worten: „Well aber dem Reiche daran gelegen, daß dieser Vortruk, aus welchem das Reich in Gefahr werden kann, demselben nicht entzogen werde: so ist des Reichshofrathes gehorsamste Meinung, daß Ihm. R. M. dieses Anbringen an Wallenstein gelangen lasse, ob etwa noch ein gültliches Mittel vorhanden, durch welches das schwedische Kriegsvolk dort abgethan und die Stadt (von) der Belagerung befreit werden kann.“ — Die Worte legen nicht Zeugnis ab von einer gemauerten Kunde des Reichshofrathes in Betreff des Schwedenkönigs, noch Wallensteins.

Denn der Letztere hatte längst seine Entscheidung in einem andern Sinne getroffen. Die Thatfache der schwedischen Besatzung in Stralsund sollte ihm dienen für seine Zwecke. „Unter dem Prätexte derer von Stralsund,“ schreibt<sup>1</sup> er am 29. Mai, also noch fast am Tage des Friedensschlusses von Lübeck, an Gellert, „werden wir das Volk in Pommern und der Mark Brandenburg halten. Mit welchen (den Landesfürsten) man wegen der Accommodation wohl wird tractiren, aber nicht nachgeben. Denn, wenn der Schluß geschehen sollte, so würde dieser gute Prätext, Kriegsvolk dieser Orten zu halten, uns mangeln. Und J. M. müssen bei dieser Reform eine gute Anzahl Volles halten; denn sonst, wenn das nicht ist, so werden die Widerwärtigen die Waffen ergreifen und auf solche Weise, wie ich ihnen gehen, uns mit den Waffen operiren, daß wir nicht würden über sich (sic) kommen können.“

Diese Worte wiegen schwer. Anstatt also zu trachten, den an

<sup>1</sup> Originalen B. 83.

<sup>2</sup> R. u. L.

<sup>3</sup> Chronik 1628.

Strahlend begangenen rechtlichen und politischen Fehler in irgend einer Weise wieder gut zu machen, will Wallenstein die Consequenzen dieses Fehlers zum Vorwande gebrauchen, um abermals mit Zug und Trug den Kriegszustand für Pommeren und für Brandenburg auch im Frieden fort zu erhalten. Er will die Widerwärtigen erdrücken durch seine Krugelast. Aber diese Widerwärtigen bestanden damals nur erst in der Fiction Wallenstein. Er selber, sein Unrecht und seine Gewalt, rief die Widerwärtigen ins Leben. Und das Alles geschah unter dem Namen eines an sich selber glühigen, wohlwollenden Kaisers. In diesem selber aber, den die Diener Wallensteins umgaben, ging nicht die volle Erkenntnis auf, daß aller Frevel Wallensteins gegen das Recht und den Frieden der Unterthanen des Reichs zuletzt doch seinen Reflex warf auf das Oberhaupt, welches dem Verderber nicht wehrte.

Wallenstein ging weiter in dem Trachten sein persönliches Interesse mit dem Namen des Kaisers zu umkleiden. Er fügt dem Schreiben an Kollalto die Nachschrift hinzu: „Ich bitte, der Herr Bruder lasse mir aus der Krugexpedition, doch im Geheimen, nicht ein Handschreiben, sondern ein richtiges Schreiben mit großem Verschäfft zugehen, darin auch der Herr Bruder und ein Secretär unterzeichnen, in welchem J. M. mir befehlen: ich solle zu Rostock, Wismar, Kolberg, Wolgast und Barth, wie auch an allen Orten die Besatzungen wohl stärken; denn J. M. kommen in Erfahrung, daß etliche ausländische Potentaten einen Anschlag darauf haben. Und so will ich den Herren von Rostock das Facit machen.“ — Der letzte Satz ist durchschlagend: die Stadt Rostock sträubte sich gegen den Plan einer Citadelle, ohne welchen „Baum im Munde“, wie Wallenstein früher sich ausgedrückt, „große Städte nichts werth sind“.

Wallenstein gab dabei nicht an, daß der Schwede noch auf eine andere Stadt an der Ostsee Absichten habe, wie das auch damals in der Wirklichkeit nicht der Fall war. „Ich vernahme,“ schreibt Wallenstein, am 31. Mai, „daß der Schwede nur noch Pommeren will. Aber er kommt nur: er wird dort keine Polen finden.“<sup>1</sup> Wallenstein ging sogar so weit, nach außen hin sich seiner Ueberzahl an Truppen zu rühmen. Als er kurz zuvor, auf den Befehl des Kaisers, den H. M. Arnim mit einer starken Abtheilung dem Könige Sigismund III zur Hilfe gegen Gustav Adolf zugesandt hatte, erwiderte er auf die Beschwerde des kaiser-

<sup>1</sup> H. a. D. 133.    <sup>2</sup> H. a. D. 134.

nischen Grafen Sarno Pielte aus Straßburg. „Solches hätte dem Herrn doch nicht fremd vorkommen sollen, indem J. R. M. mit einer solchen Menge Volkes überhäuft, daß Sie dessen eine große Anzahl übrig. Dannenhero Sie dem Könige in Polen nicht unbillig mit dem Volke, so dem J. R. M. untergeben, willfahrt haben.“<sup>1</sup>

Jene Worte Wallensteins an Goltz, vom 29. Mai, über das Fortbestehen einer starken Truppenzahl in Pommern und Brandenburg sind in besonderer Weise charakteristisch für das Thun und Treiben des eigenwilligen Mannes.

Die Worte lagen den Häuptern der Liga nicht vor; aber diese redeten und handelten in dem Sinne, als hätten sie dieselben gekannt. So ergab es sich auf dem Ligatage in Heidelberg, bereits im Februar. Dort ward beschlossen, einige Truppen abzugeben, den Bestand der Infanterie jedoch auf 27 300 Mann zu erhalten.<sup>2</sup> Da die Liga nicht Willens war, zu Gustav Spemans an dem Kriege gegen die Holländer Theil zu nehmen, noch auch sich in den italienischen Krieg einzumischen, noch endlich auch für Polen gegen Schweden Hilfe zu leisten: so folgte, daß nur die Selbsterhaltung der Jure des Fortbestandes der Armee sein konnte. Die übermäßige Waffnung und Werbung Wallensteins hatte also abermals zur Folge, daß nur der Druck leines Heeres auf die Länder nicht aufhörte, so auch nicht derjenige des Heeres der Liga.

Diese zur Abwehr bereitete Stimmung der Häupter der Liga gab sich in Heidelberg in manchen scharfen Worten und Beschlüssen kund. Der Kaiser, von längerer Krankheit hergestellt, wünschte vor allem Dingen die Feststellung der Nachfolge am Rheine. Er ließ die Ligafürsten auffordern, daß zu diesem Zwecke ein Kurfürstentag angesetzt werde.<sup>3</sup> Die vier katholischen Kurfürsten waren nicht abgeneigt; aber sie wollten nicht handeln ohne Johann Georg von Sachsen. Von diesem Punkte aus redeten sie scharf und entschieden. Daß der Kurfürst von Sachsen sich weigerte, auf einem Kurfürstentage zu erscheinen, davon sei der Grund allein in den Durchzügen und Einquartierungen zu suchen, ferner in der Ertheilung neuer Berdipatente, in der Anweisung von Muster- und Sammelplätzen, die Wallenstein nach eigenem Gefallen anordne. Alle Stände des Reiches beschwerten sich darüber, sagten sie, und es sei ein gefährliches Ende zu erwarten. Sie bitteten, der Kaiser wolle nachdrücklich

<sup>1</sup> Kriegsbuch S. 83. Bonn 29 Jun.    <sup>2</sup> (Strauß) 241.

<sup>3</sup> Grotz, Walenstain III u. d. Stadt, Walden II, 146.

einzuweisen. Ihre Rede steigert sich. — Sie wissen wohl, erklären sie, daß darunter die Absicht verborgen liegt, die Rurfürsten ihrer Vorrrechte zu berauben, sobald, wenn erst die Frage der Nachfolge auf dem Kaiserthron erledigt, den Krieg fortzusetzen, neue Verbindungen mit ausländischen Potentaten oder im Reiche selbst anzuknüpfen.

Bei solchen heftigen Worten scheint man noch zu irren, daß die Fürsten der Liga den Kaiser selbst nennen. Und doch war nicht das ihre Absicht. Der Gedanke an einen Bruch mit dem Reichsoberhaupt lag ihnen fern. Nur gegen Wallenstein wendete sich ihr Horn. Sie wünschten einen Gesandtag der Rurfürsten mit persönlicher Anwesenheit des Kaisers. Sie boten zugleich alles auf, um den Rurfürsten von Sachsen, dessen heile Stimmung in den neuen polemischen Schriften seines Hoftheologen so deutlich zu verriethen war, mit sich und dem Kaiser in gutem Frieden zu erhalten. Darum baten sie den Kaiser er wolle durch eine eigene Gesandtschaft den Rurfürsten von Sachsen erinern, daß bei einem Rurfürstentage vor allem Dingen die Friedenschandlung vorgenommen werden solle. Der tiefer Sinn dieser Worte der Bundesfürsten, die nur in Wallenstein den Störer des Friedens erblickten, war der ganzen Sachlage nach nur der, daß sie auf einem solchen Tage in den Kaiser persönlich von Entlassung seines Feldherrn dringen wollten. Sie forderten ferner den Kaiser auf, er wolle Johann Georg von Sachsen versichern, daß man nichts vorhabe, was dem Passauer Vertrage zuwider laufe, daß es auch nicht darauf abgesehen sei, die Anhänger der Uebersession von Augsburg wider den Religionsfrieden zu beschweren. Am Schluß ihrer Sendung gaben sie noch einmal nachdrücklich ihre Ansicht zu erkennen. Sie deuteten an, daß die Rurfürsten in der Nothwendigkeit kommen könnten zur Festigung des Friedens im Reiche andere Mittel aufzuwenden.

Wie sie das verstanden, ergibt sich klar aus einem Besche an Tilly und die Obersten des Bundesheeres. Mehr als einmal waren den Truppen der Liga durch Wallenstein die Quartiere weggenommen. So geduldig Tilly war, so war doch wohl auch einmal in ihm der Anstoß so mächtig emporgestiegen, daß er bewaffneten Widerstand gebot, bis er dann doch wieder diesen Befehl auch vor der Ausführung zurücknahm. Also war es bereits einmal im Juni 1628 geschehen.<sup>1</sup> Zu Heidelberg trug man Sorge für eine feste Muthsman in solchen Fällen. Wenn

<sup>1</sup> Briefe LVII zur ersten Ausgabe, Ab II, 467

ferner ein solches Verordnungen beschließt werde, lautete die Befehlung, so solle man sich von dem Wallensteinischen Obersten einen schriftlichen Befehl des Kaisers vorzeigen lassen. In diesem Falle sei zu verfahren. Sei aber ein solcher schriftlicher Befehl des Kaisers nicht da: so müsse Gewalt der Gewalt entgegen gesetzt werden.<sup>1</sup>

Der Beschluß mochte noch einen anderen Zweck haben, der aus derselben Beforgnis stammte. Die Absicht Wallensteins das Herz der Liga mittheilbar zu Grunde zu richten, trat noch auf eine andere Weise zu Tage. Wallenstein suchte die Officiere der Liga an sich zu locken durch die Aussicht auf reiche Belohnungen. Diese Belohnungen bestanden außer den höheren Bezügen, denen die Officiere unter Wallenstein sich erfreuten in der Anweisung von confiscirten Gütern. Daß die Güter derjenigen Edelknechte, welche in den Kautzügen des Rensfeld, des Chytrian, im dänischen Kriege die Waffen gegen Kaiser und Reich getragen, verwirrt seien, war die Ansicht nicht bloß des Kaisers, sondern auch der Reichsfürsten. Aber wer hatte das Recht der Eingeziehung? Wallenstein und seine Partei, der Graf Collalto und der Fürst Sagenberg, behaupteten, daß nur der Kaiser das Recht habe, daß diese Güter das Mittel seien zur Belohnung für verdiente Officiere des kaiserlichen Heeres. Die Reichsfürsten nahmen doch Recht der Confiscation und Verwendung für sich in Anspruch. Wie konnte aus diesen unheiligen Verhältnissen abermals der Streit empor? Denn anzunehmen auch selbst, daß nur dem Kaiser und nicht den Reichsfürsten das Recht dieser Confiscationen und der Verwendung derselben zugesprochen hätte: wo waren die verdienten Krieger, welche das Reich gekämpft gegen jene Verderber, welche nunhin begründeten Anspruch hatten auf einen solchen Lohn? Der Vergleich der Verfügungen des Heeres der Liga von 1618 an mit denen der Wallensteinern, die doch erst von der Defenzer Brücke im Jahre 1626 an datierten, drängte immer aufs neue sich auf: Unter den später eingetretenen Wallensteinern gab es noch dazu gar Manche, die, wie der damalige Ausdruck lautete, noch niemals einen todtten Mann im Felde gesehen. Aber Wallenstein und seine Partei setzten auch dies bei dem Kaiser durch. Kaiserliche Commissionen durchzogen die deutschen Länder, confiscirten die Güter derer, welche aus der Pfalz und die Gabyer vertrieben, der Rertelcommissar des Mandfeld oder des Herzogs Christian zu folgen.<sup>2</sup> Es kam vor, daß die Commissionen sich nicht daran hielten,

<sup>1</sup> (Quint) 246      <sup>2</sup> Vgl. zu der hier gegebenen Beschreibung die Anlage LVIII zur ersten Ausgabe, Bd. II, 448.

ob die Reichsfürsten schon einmal dies Strafrecht ausübten, sondern abermals confiscierten. Denn ausdrücklich sprach Ferdinand II. aus, daß er dem General diese Güter angewiesen zur Befriedigung der Kriegsschäpfer.<sup>1</sup> Darle berechneten die Kosten ihrer Werbungen, so wie ihres Unterhalts. Demnach fordereten sie, und Wallenstein wies an. Bei diesen Kriegsverdiensten gingen die Officiere der Liga leer aus. So sollte es sein. Um desto eher ließen sie dann über, um etwas mit zu bekommen.

Ernstlichs in dieser Beziehung, andererseits wegen des Restitutions-Edictes beschloß die Liga zu Heidelberg, sich um Brüche der genommenen Plätze und Länder zu behaupten und sie nicht aus den Händen zu lassen, es möge auch verlangen, wer da wollte.<sup>2</sup>

Mit diesen Beschlüssen traten die Gesandten des Ligatages von Heidelberg zu Ende Mai in Wien ein. Sie trachten eine Reihe von Denkschriften ein.<sup>3</sup> Sie fanden dafür ein wenig bereitwilliges Gehör, vielmehr die Geltung Wallensteins unerschüttert. Demgemäß konnte die Stellung der Liga-Gesandten den Rathen des Kaisers gegenüber keine günstige sein. Denn, indem sie nicht ermächtigt waren, das Übel an der Wurzel anzugreifen, nämlich die Entlassung Wallensteins zu verlangen, kämpften sie an gegen eine Reihe von Symptomen des Übels, und erhielten auf ihre Beschwerden die Antworten von den Rathen des Kaisers, bei denen der Einfluß Wallsteins oder die Rücksicht auf ihn übermächtig war. Eine solche Beschwerde betraf z. B. die Verlockung ligistischer Officiere zum Übertritte zu den Wallensteinern. Die kaiserlichen Rätthe erwiderten, daß, da beide Armeen für dieselbe Sache kämpften, auch der Übertritt von der einen zur anderen frei stehen müsse. — Wie es sich in Wirklichkeit damit verhielt, wird der Verlauf uns zeigen. — Weiter beschwerte sich die Liga, daß man zu den Durchzügen und zur Einquartierung in ihren Ländern nicht-katholische, im Reiche nicht begüterte, wohl gar ausländische Commissarien und Officiere verwende, die, den Ratholden und insbesondere dem geistlichen Stande nicht geneigt, nur auf ihrem Privatvortheil und Gewinn ausgehen.<sup>4</sup> Die im Namen des Kaisers gegebene Antwort lautete es sei unmöglich bei einer so starken Armada mit lauter katholischen Befehlshabern aus dem Reiche aufzunehmen. Auch

<sup>1</sup> Stumpf 98 Nr. CXIX mit Urlegen. Vgl. Heynitzer XI, 496.

<sup>2</sup> (Stumpf) 249. Kretz, Bayern 285.

<sup>3</sup> Bei Gindely, Wallstein II, 148 u.

<sup>4</sup> N. u. D. 167.

siehe nicht zu bezweifeln, daß dergleichen nicht-katholische und fremdländische Officiere sich auch im Heere der Liga befinden würden.

Auf die Beschwerde über die noch dem Eüßer Frieden angestellten neuen Werbungen erwiderte Colalto, das Werkzeug Wallensteins: die Arme bestche nur noch aus 105,000 Mann.<sup>1</sup> Die Räte wiesen weiter darauf hin, daß zur Rettung der Katholiken in Polen und in den Niederlanden, ferner zur Erhaltung der kaiserlichen Hoheit und Jurisdiction in Italien, so wie endlich zur Versicherung der Erbkronen mehr Truppen erforderlich seien. Darum habe der Kaiser neue Werbungen vornehmen lassen müssen.

In so weit entsprach der Kaiser den Bitten der Liga, daß er noch während der Verhandlungen in Wien den Grafen Trautmannsdorf an den Kurfürsten von Sachsen sandte, mit der Aufforderung, daß Johann Georg sich nicht weigern wolle, den beabsichtigten Kurfürstentag zu besuchen.<sup>2</sup> Trautmannsdorf fand den Kurfürsten lieber gestimmt als je. Am Tage zuvor, meldete er, habe Wallenstein einen Officier geschickt, ohne die reichsblliche Anfrage und Bitte, mit der kurzen Meldung: Wallenstein werde in acht Tagen mit einigen tausend Mann in Giebelen eintreffen. Nicht also, sagte Johann Georg, sei es Brauch und Pertommen im Reiche. Unter solchen Umständen könne er einen Condott nicht besuchen. Er verlange Abichaffung dieses Bruchs.

Die endliche Resolution des Kaisers an die Gesandten der Liga, am 9 Juli, sagte sich dahin, der Kaiser könne sein Heer nicht verringern; aber er sende an seinen General einen eigenen Bevollmächtigten ab, um demselben bei Durchgängen die strengste Disciplin anzubefehlen.<sup>3</sup>

Ob diese Auflage bei der Liga etwas fruchten mochte, steht dahin. Wir haben uns des bereits angeführte Wort gegenwärtig zu halten, welches aus dem Wallenstein nach abgenutzter Historiker aus den nachfolgenden Zeiten ergöhlt. Wallenstein habe auf solche Befehle von Wien her gesagt: der Kaiser solle lieber bei seiner Jagd und seiner Musik bleiben, als sich um das zu kümmern, was den Krieg und die Soldaten angehe.<sup>4</sup>

Jedenfalls ergibt es sich, daß durch die Verhandlungen in Folge des Heidelberger Tages der Kaiser, der nun einmal festhielt an seinem Vertrauen in Wallenstein, und die Liga, welche diesem Manne das tiefste Mißtrauen entgegen trug, einander nicht näher gekommen waren. Die

<sup>1</sup> Hunter, Wallenstein 307. Aus dem originalen Archiv.

<sup>2</sup> W. a. O. 312

<sup>3</sup> W. a. O. 311

<sup>4</sup> Priorato I 24.



in Folge dessen die Bestimmungen der Liga sich anprägten, liegt vor in den vertraulichen Äußerungen der Häupter zu einander. Maximilian schrieb, am 19. Juni, an den Kurfürsten von Mainz<sup>1</sup>: „Aus den Berichten meines Gesandten ernehme ich, daß man am kaiserlichen Hof keine rechte Lust zur Abbanhung des Kriegsvolkes hat, sondern einen möglichen Krieg bald gegen Frankreich, bald gegen die Türken vorwundet, und die erforderlichen Mittel dazu aus den Reichsständen herauszupressen gedenkt. Man will sich nicht erklären, wie viel Volk denn bis zur Herstellung eines vollständigen Friedens im Reiche beisammen bleiben sollte. Auf die bestimmte Frage danach beschränkt man sich auf allgemein gehaltene Antworten. Dagegen ist allen Vorschlägen der kaiserlichen Minister zu entnehmen, daß sie nichts lieber sähen als die Abbanhung des Bundesvolkes, um dann ihre Entwürfe desto leichter ins Werk zu setzen. Läßt man aber diese Ansicht durchbluten, so deuten sie es als Mißtrauen gegen J. R. M. Versichert man sie dagegen: des Kaisers edliches Gemüth sei den Fürsten und Reichsständen zur Genüge bekannt; aber das Verfahren der Soldatesca gebe Anlaß zu allerlei Vermuthungen: so erweisen sie sich beleidigt, namentlich der Graf Collalto. Dennoch ist meinem Gesandten jüngst wieder befohlen worden, daß Friedland auf nichts Anderes ausgehe als die Liga entweder ganz oder doch demnächst zu entwasfen, wie er sich denn getraut: es sei sein Werk, daß die Liga bereits einen Theil ihres Rolles entlassen habe. Er habe durch sein Schreiben den Obersten Wallas von der Bundesarmee zu der seinigen gleichsam hinüber getrieben. Nur er, läßt er sich verlauten, dürfe im Reiche gerüßet stehen. Er werde die Stände deselben herunter zu bringen wissen. Dies müsse ihm gelingen; denn am kaiserlichen Hof sei gewissermaßen er der Herr.“ Der Kurfürst fügt dann hinzu: „Zwar kann ich für diese Nachrichten keine sichere Bürgschaft geben; allein das täglich vor Augen liegende Verfahren des kaiserlichen Kriegsvolkes verleiht ihnen die volle Glaubwürdigkeit.“

In seiner Antwort drängt der Mainzer Kurfürst sein Urtheil zusammen in die Worte<sup>2</sup>: „Wir sind jederzeit in der Besorgnis gestanden und sind es noch, daß, so lange dem jetzigen Director des Kriegswesens solche absolute Gewalt und Macht belassen wird, man zu dem vorgesehten

<sup>1</sup> Der Herr. Maximilian aus. Aus dem originalen Manuscript. Ich setze es in die letzte Reihe an.

<sup>2</sup> Winckel, Maximilian II, 161. Vom 20. Juni.



Zweck eines friedlichen und ruhigen Besess im H. Reiche schworlich, ja wohl gar nicht werde gelangen können. J. R. M., auch wenn Sie selber gern wollten, sind nicht mächtig genug, der Sache abzuheffen.“ — Georg Friedrich schlug daher vor, einen neuen Ligatag zu berufen und auch die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg dahin einzuladen. Es waren in dieser Angelegenheit die letzten Worte dieses Kurfürsten, der wenige Wochen darauf starb. Er erhielt Anselm Cosmar aus dem Hause Wambold von Umstadt zum Nachfolger, einen Mann von gleicher Gesinnung. Der neue Ligatag jedoch verzog sich um eine Reihe von Monaten. Inzwischen verblieb Wallenstein auf der Höhe seines Ansehens.

#### 4. Die Frage des Fürkenthumes Calenberg für Illu.

Eine besondere Beschwerde der Gesandten der Liga vor dem Kaiser, im Mai und Juni, betraf, wie erwähnt, die Verlockung ligistischer Officiere zum Übertritte zu den Wallensteinern. Man hatte dabei bestimmte Persönlichkeiten im Auge, namentlich den bisher ligistischen Obersten Wallas. Wer haben daher zunächst uns hüten zu denken in die Anschauungen jener Zeit von der militärischen Dienstpflicht.

Im siebenzehnten Jahrhunderte zeigt sich das militärische Pflicht- und Ehrgefühl nicht zu der hohen Erregbarkeit ausgebildet, wie in späteren Zeiten. Die Anschauung des Soldnerthumes waltet vor. Den Soldner bindet der Jahrsold, und mit dem Verluste des Jahne erlischt der Eid. Darum sehen wir so häufig noch einem verlorenen Treffen viele Soldaten, weniger die Officiere in die Dienste des bisherigen Gegners treten. Aber auch viele, und selbst die höchsten Officiere mochten oft gar auffallende Wandlungen durch. Eine Persönlichkeit wie der Bastard Ernst Mansfeld, der im Sommer 1622 bei vier verschiedenen Partien zugleich sich anbot, im folgenden Winter mindestens bei drei, würde in unserer Zeit, wenn eine solche Persönlichkeit überhaupt möglich wäre, unter der Last der allgemeinen Verachtung erdrückt werden. Es ist kaum anzunehmen, daß die Deutschen jener Zeit gegen ihn ein anderes Gefühl gehabt haben, es wäre denn, wie wir von Camerac zum Jahre 1624 vernommen haben, das zukommende des Hosses und des Abscheues; aber damals, im Jahre 1625, nannte der König von England dieses Individuum in einem officiellen Schreiben seinen lieben Oheim, der Cardinal Richelieu und die Republik Venedig zahlten ihm vieles Geld, und der Kaiserliche erkannte ihn an als seinen Musterkrieger und als selbständigen General neben sich

Nach andern Personen als Mansfeld sehen wir auffallende Phasen durchlaufen. Hans Georg von Arnim<sup>1</sup> ist zuerst wiederholt in schwedischen Diensten, dann in polnischen, wieder in schwedischen, dann in kaiserlichen unter Wallenstein, derenut Stralund und befehrt bei dieser Gelegenheit, daß das Vorgehen eines Religionskrieges erlogen sei. Er führt dann ein kaiserliches Heer zu den Polen gegen Gustav Adolf, vertritt zwei Jahre später die Bundesheer deutscher Fürsten mit Gustav Adolf, befehligt die Sachsen bei Breitenfeld gegen die Kaiserlichen, führt dann ein sächsisches Heer gegen den Kaiser in Böhmen, predigt bei dieser Gelegenheit den Religionskrieg, und bleibt dabei in fortwährenden Beziehungen mit Wallenstein. Der Däne Foll dagegen verteidigt Stralund gegen Arnim, und verhandelt der Burgerschaft von Stralund, daß es den Kampf gelte um die evangelische Religion. Drei Jahre später steht er jenem Arnim in Sachsen abermals gegenüber, nur mit verarmten Knechten. Arnim predigt den Religionskrieg gegen den Kaiser, Foll verneint ihn für den Kaiser. Arnim und Foll sind Lutheraner — Solcher Beispiele sind von Anfang des Krieges an unzählige.

Besonders hant in ihrem Wesen sich, wie bereits früher erwähnt, die Söhne des Fürstenhauses Weimar. Der jüngste von ihnen, Bernhard, später sehr bekannt, hatte sich von Beginn an bei allen Erhebungen wider den Kaiser betheiligt. Als die Dinge mit Christian IV. sich wandern, schiedet Bernhard, im Anfange 1628, dem kaiserlichen General: er wolle fortan in des Kaisers Diensten allegat getreu verharren und sich weder in Kriegsdiensten, noch sonst gegen den Kaiser gebrauchen lassen.<sup>2</sup> Eben so hatte auch früher sein Bruder Wilhelm für den erlangten Vorden gethan. Dann kam der Schwur. Sobald Gustav Adolf sich in Deutschland festgesetzt hatte, gelobten ihm die zwei Brüder ihr Erbe, Land und Leute mit ihm zu wagen. Ähnlich trieden es Andere.

Die hauptsächlichste Triebfeder dieses anerkennbaren Bedrückens ist mehr noch als die Neugier — die Habgier. Wie es der dominierende Gedanke des Mansfeld gewesen war, überall dort, wohin er seine Waffen trug, zu Völkern in Böhmen, zu Hagenau im Elsaß, dann in Ostpreußen, ein Fürstenthum für sich zu erlangen — wie in seinem Rathgeber Wallenstein alles Thun im Großen wie im Kleinen auf die Verwirklichung derselben Habgier und Herrschsucht berechnet war: so hatte dieser wie jener als die zwei großen Triebkräfte in der Kunst des Wertens mit

<sup>1</sup> Jauer, Arnim S. 10, 24, 30, 41.<sup>2</sup> Der Vertheilung des Adels I, 200.

Geschied die Befriedigung der Forderung als des Rodes für die Waffen ausgeworfen.

Dadurch war es dem Wallenstein gelungen, vom Beginn 1627 an in das Heer der Liga, wo die Leidenschaft vieler Orte nicht die gleiche Aussicht auf Befriedigung fand, kräfte klären zu brauchen. Die stetige Erinnerung dessen, was man im Wallensteinischen Heere vor Augen sah, wirkte zersetzend auf die Gesinnung einiger höheren Officiere auch im Heere der Liga. Im Beginn des Jahres 1629 sahen Wallenstein seinem Ziele der moralischen Desorganisation des Heeres der Liga um einen bedeutenden Schritt näher zu kommen.

Zuerst trat ein Oberst Bontemps de Blacé aus Ober. Wallenstein vernahm, daß auch der Oberst Wallas genügt sei, und bot ihm ein Patent als General-Wachmeister an. Im März forderte Wallas, dem Maximilian erst kurz vorher ein Regiment verlorben, trotzig seinen Abschied mit dem ausdrücklichen Bemerkten, daß er im Falle der Begehrung sich den Rathsel selber nehmen werde.<sup>1</sup> Der Kurfürst war wegen des hohen Verlusts sehr erzürnt. Aber Wallenstein und Wallas handelten rathsel. Am 3 April schrieb Wallenstein an Colalto: „Ich bitte, der Herr Bruder befördere die Expedition des Patentes für den Obersten Wallas als General-Wachmeister, und schick es mir mit eigenem Courier, bevor der Baper etwas darüber an den Hof gelangen läßt.“<sup>2</sup> — Maximilian dagegen entsandte am 15ten den Befehl, den Obersten Wallas im Arrest zu legen. Tilly wagte es nicht; denn Wallas, meinte er, habe das Patent als General-Wachmeister unter Wallenstein schon in Händen. Zugleich wandte sich Maximilian beschwerend an Wallenstein selbst, 7 April. Dieser ließ einige Zeit vergehen. Dann erwiderte er, am 31 Mai: Wallas sei ja nicht in fremde Dienste gegangen, sondern in diejenigen des Kaisers, von denen auch der Kurfürst Nutzen habe. Darum möge der Kurfürst dem Wallas das Pensamen bei der Entloftung verzeihen. Wallenstein setzte hinzu: wenn aus seiner Kemeer Officiere in den Dienst der Liga treten wollten, so werde er sie nicht hindern, sondern vielmehr Gefallen daran haben.<sup>3</sup>

Ähnlich war mit Wallas stand es mit Anderen. Der Graf Johann Jacob von Anholt, dessen Verdienste Tilly oft namentlich in der Schlacht bei Stadtlohn, rühmend anerkannt, hing in Jever und Oldenburg an,

<sup>1</sup> Österreich VIII, 100.<sup>2</sup> Ebdemselben 112.<sup>3</sup> E. a. O. 126.

nach der Weise Wallensteinischer Obersten zu fordern.<sup>1</sup> Auch früher schon waren er und seine Frau, die mit ihm umherzog, im Fürstenthume Osnabrück goldenen Ketten und silbernen Bechern nicht abhold gewesen.<sup>2</sup> Diesmal jedoch überschritt er alles Maß. Der scharfe Lobel des Kurfürsten Maximilian und des Feldherrn that ihm wehe. Zugleich vernahm er nun durch Wallas, wie wohlwollend Wallenstein gegen ihn gesinnt sei. Er war bereit in Wallensteinische Dienste überzugehen, mit denselben Ansichten und Hoffnungen wie beim Heere der Liga. Er wollte die dritte Person im Heere Wallensteins sein. Dieser versprach ihm dazu noch einen Landbesitz, gestattete ihm auch noch ein Regiment zu Fuß, ein anderes zu Fuß zu werden.<sup>3</sup> Das klang erquicklich. Anhold ließ über, und zog viele Officiere und Soldaten nach sich.<sup>4</sup> Pappenheim und Brons-feld schwankten in der Ermüdung des gleichen Entschlusses.

Nicht damit begnügte sich Wallenstein. Sein Plan ging höher hinaus. Einen anderen Mann wollte er gewinnen: auf Tilly selber war sein Absehen gerichtet. Diesen wollte er mit verstricken in seine Bahn. In seinem eigenen Sinne mochte Wallenstein Recht haben denn bis dahin waren ihm, wie es scheint, die Mittel solcher Art noch niemals fehl geschlagen.

Gemäß der Weise der Zeit hatte auch Tilly vom Beginne an als den Lohn eines kriegreichen Feldherrn sich einen Grundbesitz gewünscht. Bereits im Jahre 1621 hatte er um die Überweisung eines Meißelengutes in Böhmen gebeten. Nach dem Siege bei Höchst 1622 hatte der Kaiser ihm das Versprechen erneuert. Wiederholt sprach Tilly das Verlangen aus, die ihm noch übrigen Tage in Ruhe und Frieden zu verbringen, und namentlich lebhaft regte sich in ihm dieser Wunsch, als er im Jahre 1623 abermals den deutschen Boden geküßert hatte von den Verberbern, und wider seinen Willen Halt machen mußte an der Grenze des Landes, von woher nach seiner Überzeugung alles dies Urheil kam. Die Erfüllung ward ihm nicht vergönnt. Die Liga lachte nicht mit der Anerkennung der Verdienste ihres Feldherrn: weniger eifrig war sie in der Erfüllung jenes Wunsches. Sie hatte ihm auf dem Tage zu Augsburg ein Geschenk von 100,000 Thalern angewiesen, jedoch nur zum

<sup>1</sup> Bindsmann 190.

<sup>2</sup> Verschiedene Angaben dieser Art im Rathsanthone zu Osnabrück. Es ist einmal die Rede von einem Pokale 68 Roth schenke.

<sup>3</sup> Gfarnsch 149. Vom 10. Juni. <sup>4</sup> Decretenbuch VIII, 173.

Theile gezahlt. Tilly richtete am den Freitag in Heidelberg 1629 das Ersuchen, ihm für den Rest ein heungefallenes Leben oder die Unvorsichtigkeit darauf in einem Stifte oder Erzstifte zu überweisen. Die Geandten hatten dafür keine Vollmacht.<sup>1</sup>

Günstiger standen die Ausichten auf die Erfüllung der Wünsche Tillys bei dem Kaiser. Ferdinand II. hatte ihm schon früher ein Geschenk von 100,000 böhmischen Groschen zugewiesen. Bevor noch dies Geschenk ausbezahlt war, erhobte es der Kaiser, auf jenen Bericht Tillys über seinen entscheidenden Elbübergang, im August 1627, auf 400,000 fl. am 25 October 1627.<sup>2</sup> Tilly wünschte dafür die zum Stifte Paderborn gehörige Grafschaft Bormont, und berief sich für seinen Wunsch auf die Billigkeit des Kurfürsten Ferdinand von Köln als Fürstbischofs von Paderborn, und des Capitels.<sup>3</sup> Es kam nicht dazu. — Im Beginn des Jahres 1628 erhobte der Kaiser die Schenkung auf 400,000 Thaler. Seinem Danke dafür fügte Tilly abermals den Wunsch hinzu, dafür einen Landbesitz zu erhalten.<sup>4</sup>

Hier fand sich für Wallenstein der Punkt, von welchem aus er hoffte, Tilly in seine Bahn zu ziehen. Nicht bloß einen Landbesitz sollte Tilly erhalten, sondern ein Reichsfürstenthum, auch nicht so daß Tilly selber die Hand danach ausstreckte, sondern daß es ihm von dem Kaiser als ein fertiges Gnadengeschenk dargeboten wurde, welches Tilly nur nicht ablehnen hatte. Wallenstein ersah zu diesem Zwecke das Fürstenthum Calenberg.

Nicht Tilly allein jedoch sollte in dieser Weise bedacht werden, sondern mit ihm auch der Vortragscommandierende im Heere der Liga, Pappenheim. Er sollte das Fürstenthum Wolfenbüttel erhalten. Der Bereitwilligkeit Pappenheims war Wallenstein sicher. Wenn dazu auch Tilly sich bewegen ließ, so war der Gewinn für Wallenstein von sehr bedenklicher Art. Bisher stand er allein gegenüber den Reichsfürsten, deren gering verhehltes Grollen ihm ein aufsteigendes Unwetter in nahe Aussicht stellte. Anders lag die Sache, wenn Tilly und Pappenheim in der Hauptsache gegen diese Reichsfürsten eine gemeinsame Schuld auf sich luden. Denn das war die unvermeidliche Folge der Annahme eines dargebotenen Fürstenthumes: der Bruch mit dem ganzen Stande der Reichs-

<sup>1</sup> (Stumpf) 256.    <sup>2</sup> Hurter, Wallenstein 184

<sup>3</sup> H. u. O. 196. Aringolders F. 82. Rom 26. October 1626.

<sup>4</sup> Meißner III, 149.

stärken. Allein die drei ersten Kriegshäupter gerinigt durften immerhin den Sturm, der auf einen solchen Bruch erfolgen konnte, getrost und sicher erwarten: an der gemeinen Kraft der drei Feldherren, denen Niemand einen Gleichem entgegenzustellen hatte, mußte jeder Sturm zerbrechen. Die Reichsfürsten wurden genothigt sein, diese drei als völlig Gleichberechtigte anzusehen: sie würden sich beugen vor Wallenstein. Und eben dasselbe würde Tilly thun, wie Bappenheim es längst that. Denn indem Tilly eine Schenkung annahm aus der Hand von Wallenstein, ordnete jener sich diesem unter. Und wenn Tilly sich unterordnete: so ordnete auch das Bundesheer sich unter — so gehörte es fortan Wallenstein als dem Herrn im Felde. Das war, den Umständen nach, der Plan.

Die Verhältnisse zur Ausführung schienen nicht ungünstig zu liegen. Tilly sollte Kalenberg haben. Es kam zunächst darauf an, diesem Feldherren einen ähnlichen Reichsanspruch darauf zu verschaffen, wie Wallenstein auf Regensburg gehabt. Wir haben bereits vernommen, daß im Jahre zuvor der Kaiser sich bewogen gefunden, seine Schenkung an Tilly auf 400,000 Rthlr. zu bringen. Werthwürdiger Weise summirte diese Summe genau überein mit einem Capitale, welches der Herzog Friedrich Ulrich dem Dänenkönige schuldig war. Die Stände von Kalenberg hatten die Bürgschaft für 300,000 Rthlr. übernommen, für die anderen 100,000 Rthlr. hatte Friedrich Ulrich das Amt Solz zum Pfande gesetzt. Die Forderung bestand in voller Kraft.<sup>1</sup> Wallenstein bewirkte in seinen geheimen Unterhandlungen mit dem Dänenkönige, daß Christian die ganze Forderung von 400,000 Rthlr. in dem Frieden von Kubes dem Kaiser abtrat. Nichts war für den Kaiser die einfachste und leichteste Weise sein Versprechen an Tilly dadurch zu halten, daß er dem Feldherren diese Forderung übertrug. Tilly konnte und durfte nicht bloß, er mußte das annehmen.

Derz war unabweislich. Es blieb dann die andere Seite der Sache übrig. wie war es anzufangen, daß der Herzog Friedrich Ulrich seiner Länder verlustig erklärt wurde? Das war nicht so leicht wie bei den Regensburgern. Dort hatte derjenige, der den Vortheil davon hatte, daß sie ihrer Länder verlustig erklärt wurden, Wallenstein selber, die Anklagen vorgebracht und trotz allen entgegen stehenden Zeug-

<sup>1</sup> Indes der Kalenbergerischen Landschaft zu Hannover. Nach einem Schreiben Friedrich Ulrichs an die Landschaft, vom 20. November 1626, beträgt der Rückstand der Bürgen damals für 1626—28 die Summe von 72,000 Thlr. Ulrich kann von einer geschätzten Rickzahlung des Capitales in dieser Zeit gar nicht die Rede sein.

wissen mit Hälfte der ihm ergebenden Mehrheit der Ritters das Kaiserthum ausbreiten, weil er es so wollte. Wenn solchen Willen hatte Tilly nicht. So erwuchs für Wallenstein nach seinem Plane die Aufgabe, eine solche Anklage gegen den Herzog Friedrich Ulrich zu erheben, Beweise und Zeugnisse für diese Anklage zu bringen, die ein laienliches Urtheil erfolge, welches dann auch Tilly anerkennen würde.

Wallenstein hatte sich sein Opfer auch dies Mal trefflich ausgesucht. Aus dem Verlaufe der Dinge der letzten zehn Jahre lag klar vor Augen, daß die gestrigen Kräfte Friedrich Ulrichs, in ähnlicher Weise nur diejenigen der Westfälburger Herzöge, das gewöhnliche Mittelmaß der Menschen nicht erreichten. Die Laufbahn des Unglücklichen, dessen weiches nachgiebiger Sinn ein Werkzeug in der Hand härterer Willenskräfte war, zeigt eine Kette schließlicher Leiden für ihn selbst und für sein Land. Im Beginne der Kriegszeit ward dort wie mit seinem Wuthgehen von den ersten Beamten des Herzogthums, von Mitgliedern der Hinterschaft, das schamlose Gewerbe des Rupper- und Wupperwesens, die Königskönig, in einer Weise ausgeübt, wie kaum irgendwo sonst im Reiche. Friedrich Ulrich stand noch im jugendlichen Mannesalter, als schon die härtesten Lebenserfahrungen Schlag auf Schlag auf ihn niederfielen. Sein Weib, Anna Sophia von Brandenburg, war ihm untreu und entfloß vor den Vorwürfen ihrer Schuld. Sein Bruder Christian betrog ihn, eben so der Oheim von Danemarc, eben so die eigenen Räte, die in dänischen Gehele standen, und den Fürsten und das Land zu unheilbarem Verderben an den Kaiserkönig verriethen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der dänische Oheim auf den Vorschlag der 100,000 Rthlr. mit der Bürgschaft der Landstände seinen Plan gegen den Kaiser gebaut um diesen hinauszudrängen. Daß darauf bei die Absicht Christians IV. gerichtet war, hatte auch Gustav Adolf bereits im Beginne des dänischen Krieges, im Jahre 1625, ausgesprochen.<sup>1</sup> — Wallenstein konnte genau wissen, was damals bei Friedrich Ulrich vorgegangen war, weil der Herr von Elz, der frühere Kanzler in Braunschweig, dann oßen zu Christian IV. übergetreten, nun in Wallensteins Diensten stand. Es ist daher möglich und wahrscheinlich, daß von der Kunde der Absicht Christians IV. auch bei Wallenstein der erste Gedanke keines Plans entsprungen ist, nämlich der Gedanke, dasselbe Capital, welches Friedrich Ulrich ursprünglich dem

<sup>1</sup> Skjölde 419.

dänischen Oberne, durch die Cession desselben dann dem Kaiser, durch die Schenkung des Kaisers wiederum dem General Tilly schuldete — dieses Capital in derselben Weise für seinen Plan in Betreff Tillys zu nutzen, wie der Dänenkönig es für sich beabsichtigt hatte. Friedrich Ulrich tauschte nur den Gläubiger: im Ubrigen blieb für ihn die Sache dieselbe. Eben dieselben Rathe, die früher in der Umgebung Friedrich Ulrichs dem Dänenkönige zu Willen gewesen waren, die Friedrich Ulrich dann doch nicht entlassen hatte, wurden nun von Wallenstein und Bappenheim zu ihren Verfassungen gegen Friedrich Ulrich ersehen. — Überblicken wir den Verlauf.

Der Herzog Friedrich Ulrich hatte bis zum Tode seines jüngeren Bruders Christian, im Juni 1626, unter dem Drucke desselben und des dänischen Oberne, zu diesem gehalten. Dann bemühte er sich loszukommen. Noch mehrere Wochen vor der Schlacht bei Lutter knüpfte er Unterhandlungen mit Tilly an. Der Feldherr, der die Stimmung der Landstände kannte, war freundlich und bereitwillig darauf eingegangen, und hatte, obwohl anfangs in Wien die Stimmung für Friedrich Ulrich nicht günstig war, dennoch im Namen des Kaisers ihm Verzeihung für das Vergangene zugesichert. Die Verzeihung konnte sich nicht auf Christian erstrecken, der in offenkundiger Rebellion gestorben war. Die Besitzungen, welche demselben angehört hatten, die Grafschaften Hohen- und Reinstein waren verwerthet. Hohenstein fiel für 60,000 fl. an den Grafen Thun, Reinstein oder Regenstein für 50,000 fl. an den Grafen Max von Waldstein. Ähnlich erging es mit anderen Besitzungen. Auf die Wiedererlangung derselben hoffte Friedrich Ulrich vergebens. Es kam vielmehr für ihn darauf an, ob er seine eigenen Besitzungen behalten würde.

Denn diese wurden nunmehr bedroht durch die noch nicht offene, sondern erst noch geheime Anklage Wallensteins und Bappenheims, daß Friedrich Ulrich nach der kaiserlichen Verzeihung, die er im August 1626 durch Tilly erhalten, nicht freiwillig und ganz, sondern nur in öffentlichen Worten von dem Dänenkönige abgetreten, im Stillen dagegen mit dem Oberne noch wie vor im Bunde geblieben sei. Um für diese Anklage bestimmte Anhaltspunkte zu erlangen, nahm Bappenheim in Wolfenbüttel den Rath Hantenberg in Hofe, der als das Werkzeug gedient hatte, die dänische Besatzung in Wolfenbüttel einzubringen.

Damals mochte es den Herzog Friedrich Ulrich geteuer, nach der Schlacht von Lutter dem Begehren Tillys nicht vollständig entsprochen



zu haben. Vierzehn Tage nämlich nach der Schlacht, am 9. September 1626, hatte Tilly den Herzog ersucht: „Die unfehlbare gnädige und ernste Verfügung zu thun, daß die drei Personen Htz, Rautenberg, und noch ein Dritter, dem Commandanten der mitkommenenden Bedeckungs-Mannschaft vermahlich überliefert werden mögen.“<sup>1</sup> — Es war nicht geschehen.

Wappenheim führte den Rautenberg und noch einen anderen ehemaligen Rath, Osterwald, den er aus Braunschweig hervorgeholt, gelangen nach Güstrow zu Wallenstein. Dort wurden sie, wie vor einem Theater-Kuhle, verhört. Wappenheim führte den Vorfis, und erstattete allabendlich bei Wallenstein Bericht über die Auslagen.<sup>2</sup> Rautenberg äußerte sich in späterer Zeit: ihm sei so zugesetzt worden, daß er das Feuer in der Asche habe suchen müssen.<sup>3</sup>

Zugleich trug Wallenstein Fürsorge nach Wien h:n. Er gebot dem Colloalto, am 21. Februar, darüber zu machen, daß nicht Friedrich Ulrich vom Kaiser zu der schon erlangten Verzeihung noch eine neue Zusicherung bekomme. „Denn doch,“ schreibt er, „würde dem kaiserlichen Dienste und der Armee zum Nachtheile getrieben.“<sup>4</sup>

Dann machte Wappenheim sich mit seinen zwei Zeugen auf nach Wien. Die Anklage, die er dort vorzubringen hatte, lautete auf drei Punkte. Friedrich Ulrich habe dem Könige von Dänemark sich verpflichtet, ohne dessen Vorwissen nichts zu unternehmen; er habe vermöge eines vollzogenen Contractes seine Länder gegen eine Kompetenz in Dänemark abgetreten, und dadurch Majestät-Belädigung und Fehde begangen; endlich habe er im Sommer 1626 nur aus Furcht und Noth sich gefügt, dagegen an Christian IV. den Rautenberg mit der Instruction geschickt, daß er sich niemals von dem Könige trennen wolle.<sup>5</sup> — Rützer lasste Wallenstein die Forderung, die er in Wien erreichen ließ, es sei dem General Tilly für seine Protesktion von 400,000 Wählern, welche von den kaiserlichen Hofrätthen ein Gnadengeld genannt worden, das Fürstenthum Calenberg einzuräumen.<sup>6</sup>

So geheim die Sache gehalten wurde, so erhielt doch bereits im Februar der Herzog Georg von Lüneburg, Oberst in der Armee Wallen-

<sup>1</sup> Godemann II, 665 n. 2.      <sup>2</sup> W. d. Deden I, 278.

<sup>3</sup> Godemann II, 665 n. 2.      <sup>4</sup> Schwanck 108.

<sup>5</sup> Die Beilage XLV zur ersten Ausgabe, I, 561.      <sup>6</sup> Ehrenbiller XL, 771.

stern, von einem Agenten des Fürstenhauses in Wien, die erste Kunde dessen, was sich vorbereite.<sup>1</sup> Auch Friedrich Ulrich bedachte die Gefahr zunächst diesen Herzog Georg. Denn der Better Friedrich Ulrich hatte seinen Agnaten seiner Time, und die Gellische Time des Weßthausen hatte den Herzog Georg zum Stammbalter erwählt. Witten hatte Georg Aussicht auf das Erbe Friedrich Ulrichs. Er berichtete sofort an seine Brüder und Vettern: es sei der bestimmte Vorschlag Wallenstein's für die 400,000 Rthlr., die der Kaiser an Tilly versprochen, diesem General das Fürstenthum Salzburg anzuweisen. Dann gab er seinen Rath, worin dem entgegenzutreten sei. Und hier ist gleich sein erstes Wort von großer Wichtigkeit. Er bittet seine Verwandten sich an Tilly zu wenden. Ein Jahr zuvor, als Wallenstein der Weßthaurger Herzöge aus ihrem Besitz rief, hatten auch diese in gleicher Weise wie an die hauptsächlichsten Reichsfürsten sich Hülfe flehend an Tilly gewandt.<sup>2</sup> Immerhin konnten sie das thun wegen des allbekannten Charakters dieses Mannes. Sie konnten es ferner thun, weil Tilly sich beim Vortreten von Weßthaurger wohlgehumt gegen sie erwiesen. Allein für das Weßthausen lag die Sache wesentlich anders. Das befähigste Glied desselben forderte seine Verwandten auf, denselben Mann um Hülfe zu eruchen, dem die in Wien wählende Partei der Wallenstein's den hauptsächlichsten, augenfälligen Nutzen ihrer Umtriebe zugebracht hatte.

Indessen nicht bloß Georg, sondern auch der Ältere Christian konnte ja Tilly aus langer Erfahrung. Er stimmte dem Rathe des Bruders bei und führte sofort ihn aus.<sup>3</sup> Er schloßerte dem Feldherrn das Verlahren Pappenheim. Er sprach seine feste Zuversicht aus, daß Tilly dasselbe hochst mißbilligen, dagegen darüber wachen werde, daß die gegebenen Versprechen treu und unverbrüchlich blieben. Tilly entgegnete,<sup>4</sup> daß er von der ganzen Sache nichts wisse. Der Kaiser habe ihm eine Versicherung versprochen: wie und wann oder, und worin sie bestehe, sei ihm völlig unbekannt. — Auf die Klage über Pappenheim gebot Tilly denselben die Diener Friedrich Ulrichs unangestastet zu lassen, und meldete das Benehmen desselben dem kaiserlichen Rar. Es stellte sich heraus, daß Pappenheim bei Tilly um Urlaub nach Italien gebeten und diesen Urlaub bewußt hatte, die braunschweig'schen Rätze nach Wien zu bringen.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Bericht des Rathes Hogenmayer bei Dedek I, 200.

<sup>2</sup> Weßthaurgische Apologie Beilage XVIII.

<sup>3</sup> Beilage XLV. der ersten Ausgabe, I, 661.

<sup>4</sup> Beilage XLVII der ersten

Ausgabe <sup>5</sup> Bericht des kaiserlichen Rathes bei Dedek I, 200.

Unterdessen kamen mehr Nachrichten aus Wien. Die Sache ward drohender. Die Angehörigen des Welfenhauses schlossen sich enger zusammen und schifften nach allen Seiten. Sie wendeten sich an den Kurfürsten Max von Böhmen, daß er ihr Fürsprecher bei dem Kaiser sei, daß er dagegen dem Pappenheim Umbalt gebiete. Sie beschickten eine Deputation an den Kaiser. Aber sie erschreckten vor den Kosten derselben und rechneten den Anschlag von 15 000 Rthlr. auf 12,000 herunter. Auch diese Summe war schwer zu beschaffen. Zu einer Zeit, wo Wallenstein'sche Obersten monatlich für sich 8000 fl. fordern, meldet der Herzog Friedrich Ulrich, der Besitzer von mehr als einem fruchtbaren deutschen Fürstenthume, seinen Vettern:<sup>1</sup> „Unser Credit ist bei der Verräthung des Krieges dermaßen gefallen, daß wir ohne die Bürgschaft unserer Vettern nicht 3 oder 400 Thaler erlangen können, auch wenn wir ein Großes damit retten sollten.“

Näher lag zuerst eine Absendung an Wallenstein. Die welfischen Herzöge nennen den Mann, der mit dem Gedanken umging sie zu berauben, nach der Weise der Zeit ihren freundlichen lieben Herrn Oheim.<sup>2</sup> Sie schickten an ihn einen aus ihrer Mitte, den Herzog August von Dannenberg. Die zaghafte und schwächere Instruction beweißt, welche Stellung Wallenstein den Reichsfürsten gegenüber einnahm, wie sehr sie ihn fürchteten. Auch Ferdinand, sondern Wallenstein erscheint hier als der wirkliche Kaiser. Während alle Glieder des Welfenhauses wußten, daß Wallenstein die Liefeseder gegen sie war, soll ihr Better August von fern her leise um das Wohlwollen dieses Mannes werben. Jeder Schritt vom Allgemeinen zum Besonderen wird ihm vorgezeichnet, von den Versicherungen der Treue und Ergebenheit für den Kaiser bis zur Klage über die Boswichtigkeiten der Uebelgesinnten, welche nachtheilige Gerüchte über das kaiserliche Haus ausstreuen, bis zu der Bitte endlich um Rennung dieser Namen. Wallenstein hörte das alles geduldig an. Den Wunsch einer beständigen, vertraulichen, guten Correspondenz gewährte er sofort, weil ja das zur Worte waren. Auch sei er bereit, sagte Wallenstein, zu allen gefälligen Diensten, besonders zu solchen, welche für das Gedeihen des Welfenhauses erispriehlich sein möchten. Dann freilich kam etwas Anderes. Es thue ihm jedoch herzlich leid, fügte er hinzu, aus gewissen erheblichen Ursachen das Gesuch des Herzogs August nicht bereuilligen zu

<sup>1</sup> H. a. D.    <sup>2</sup> H. a. D.

können. — Dieser Herzog August war der gelehrteste Fürst seiner Zeit, der nachherige Begliedrer der Bibliothek zu Wolfenbüttel.

Zu selben Zeit wandten sich die Herzöge an Tilly. Sie schickten an diesen Mann, der im Lande Christians von Celle zu Hunsen an der Ruhr weilte, nicht ein Mitglied ihres Hauses mit stattlicher Begleitung. Bei Tilly galt das Weizen und nicht der Prunk der Form. Darum beauftragte der Herzog Christian von Celle seinen Rittmann zu Borsen, zu dem Feldherrn zu gehen und sich Audienz zu erbitten. Tilly gewährte das Gesuch, wie er zu ihm pflegte, sofort. Auch kam es hier nicht darauf an, sich der Hauptsache durch Umstände und im Gisdad zu nähern, wie durch die Laufgräben einer belagerten Festung. Der Rittmann Rahrstett hatte den ganz bestimmten Auftrag Tilly zu fragen, ob er eine Überweisung des Fürstenthums Calenberg annehmen werde. Tilly beantwortete die Frage, wie sie ihm gestellt ward. Er erwiderte, daß er sich zur Annahme der Überweisung des Fürstenthums Calenberg nicht verstehen werde.<sup>1</sup> Also am 8. April 1629.

In denselben Tagen reiste Tilly nach Güstrow zu Wallenstein, um mit diesem die Friedenssache von Kubes zu besprechen. Wallenstein machte bei Tilly persönlich einen Versuch, was von ihm zu erwarten sei. Tilly mußte damals noch nicht wissen Wallenstein und Pappenheim den Herzog Friedrich Ulrich anklagen. Also begann Wallenstein in Güstrow gesprächsweise zu ihm: „Der Graf Pappenheim ist bei mir gewesen, und hat berichtet, daß sich der Herzog Friedrich Ulrich in viele Wege gegen den Kaiser verlaufen. Wenn dem also, so wäre er wohl einer guten Strafe würdig.“ Tilly entgegnete das sei ihm fremd. Er that seine Ansicht über Friedrich Ulrich kund und sagte hinzu: „Ich habe nicht erfahren, daß er sich so böser Dinge unterstanden. Anfangs allerdings hat er nicht seiner Pflicht gemäß gehandelt; aber dann habe ich selbst im Namen des Kaisers ihm Verzeihung verheihen.“ Tilly verlangte zu wissen, was dann ferner geschehen sei. Wallenstein brach ab. Er ließ den Gegenstand fallen, und sprach von etwas Anderem. Damit indessen beruhigte Tilly sich nicht. Er zog bei Wallensteins Untergebenen Er-

<sup>1</sup> Die Worte im Texte stehen so in verschiedenen Urtheilen des Herzogs Christian, namentlich auf einem vom 20. April 1629. Die Worte dort lauten: „Tilly hat erklärt, daß er sich zu der besprochenen Affiguation des Fürstenthums Calenberg nicht verstehen werde.“

<sup>2</sup> Anlage XLVIII zur ersten Ausgabe, I, 552.

handlungen ein, ohne doch in dieser Sache zu einem Ergebnisse gelangen zu können. Um so fester stand seine Ansicht, daß ferner von Friedrich Ulrich nichts geschrieben sei, was Wallenstein zu solchen Worten berechtige.

Es konnte die Frage aufgeworfen werden, ob nicht doch im Stillen noch eine Verständigkeit zwischen Friedrich Ulrich und dem Obersten von Dänemark fortbestanden, eine Gemeinlichkeit etwa, die Tilly verborgen, dem schärferen Auge Wallensteins sich enthielte. Zur Beantwortung dieser Frage dient ein Vortrag, den Friedrich Ulrich ein Jahr früher, im April 1628, vor seinen Landständen halten ließ, um darin seine Stellung zu dem ganzen Kriegswesen darzulegen.<sup>1</sup> Friedrich Ulrich bemühte sich darin seinen Landständen darzutun, daß es niemals seine Absicht, sein Wille gewesen in irgend einer Weise feindlich gegen Kaiser und Reich aufzutreten. Er versichert sich bei Allem was hoch und heilig ist, daß er sich nicht gewillt auf dem weltkundigen Unglückstage von Koenigsberg im Frühlinge 1625 noch viel weniger denn nochher! Er versichert seinen Landständen mit den eindringlichsten Worten, daß der Kaiser ihn nach seiner Unterwerfung im Spätsommer 1626 anderen Reichsfürsten des Reiches zum Muster aufgestellt. Er beschwört, daß er selbst in das kaiserliche Wort das unerschütterlichste Vertrauen setze, daß er in dieser Armee nicht wieder monten werde. Er legt das alles seinen Landständen dar, weil er weiß, daß bei ihnen die gleiche Meinung herrscht, daß seine Worte Wiederhall finden bei ihnen. — Es ist nicht denkbar, daß ein Fürst, der so vor seinen Untertanen sich darstellt, freiwillig abermals Gedanken des Verrathes gegen den Kaiser gehegt haben könne. Zum wenigsten ist es nicht glaubhaft ohne zwingende Beweise. Und da diese zwingenden Beweise von Wallenstein nicht beigebracht wurden: so hatte Tilly das Recht, sein günstiges Zeugnis für Friedrich Ulrich auszusprechen.

Tilly kehrte von Wistrow nach Witten an der Eise zurück. Immerhin mochten die welfischen Herzöge nicht wissen, wie er dort gegen Wallenstein sich geäußert. Jedemfalls aber hatten sie sein Wort, daß er auf den Plan Wallsteins und Bappenheims nicht eingehen würde. Wenn nämlich Tilly auch dadurch schon offen andeutete, was er von der Rechtmdigkeit des Verfahrens gegen Friedrich Ulrich halte: so ließ sich auch die Hoffnung hegen, daß er mehr thue, daß er seine gerichtsvolle Stimme dagegen abgeben werde. Man durfte um so eher dieser Hoffnung

<sup>1</sup> Anlage XLIX zur ersten Ausgabe, I, 653.

sich hingeben, und Tilly selbst dem Herzoge Friedrich Ulrich, als dieser im Jahre 1626 zu seiner Pflicht gegen Kaiser und Reich zurückkehrte, die kaiserliche Verzeihung zugesichert hatte. Man durfte sich berufen auf dieses sein Wort, und Jedermann wußte, daß und wie dieser Herrscher Wort und Zusage halte. Denn es liegt darüber das Zeugnis der Verhandlungen von Calenberg vor, vom 22 December 1626, in ihren Worten an Friedrich Ulrich: „Herr General S. v. Tilly sind also gesamt und hochschuldig bekannt, daß S. E. ihrer Parthe wirklich nachsehen, und was Sie einmal gesagt, nicht allein haben, sondern auch geringen Standespersonen als ein hoch- und widerwärtiger kaiserer Kriegsheil anvertraulich thun lassen.“<sup>1</sup> — Dem Vertrauen der Herzoge entsprechend, gewährte Tilly auch diese neue Bitte. Er gewährte sie, obwohl Friedrich Ulrich zur selben Zeit dem Kaiser erlaubt hatte, zu befehlen, daß Tilly die Belagerung aus Wolfenbüttel abdrehe. Die vorausgesetzten, schlug Tilly in seinem Berichte an den Kaiser die letzte Bitte ab, weil ihm für die abziehenden Truppen kein anderes Quartier offen stand. Dagegen entsprach er der Bitte des Herzogs um Verwerdung gegen die Anschläge Wallenstein und Pappenheims in vollstem Maße, und zwar so sehr, daß Tilly die Bitte des Herzogs Friedrich Ulrich zu seiner eigenen machte. Den Anklagen, welche Wallenstein und Pappenheim mit den treulosen Märgen des Herzogs Friedrich Ulrich in Wien vorbrachten, stellte derselbe Mann, für welchen jene als Frucht des Verrathes ihrer Anklagen ein Fürstenthum zu erlangen trachteten, damit es ihm dargeboten würde, damit er es nur annehme — diesen Anklagen stellte derselbe Mann bei dem Kaiser sein gewichtiges und vollgültiges Zeugnis entgegen, daß Friedrich Ulrich nach der erlangten Verzeihung, nach seiner Umkehr zu Recht und Pflicht, in dieser Treue und diesem Gehorsam für den Kaiser wandellos sich bewährt habe. „Gehört demnach,“ schreibt er, „an E. K. M. meine allerunterthänigste und hochachtungsvolle Bitte: Sie geraden allgedachte S. J. Gn. kraft obangezogener bestätigter Accordaten der klagenden hohen Beschwerde allergnädigst wiederum zu erheben, damit sie sich ihrer bisher in der That rezenten klagenden Decehion und dieſer meinte wohlmeinlichen allerunterthänigsten Fürbitte fruchtbarlichen Genuß empfinden zu haben erlernen mögen. Solches wird S. J. Gn. in ihrer getreuesten Zuehrucht hoch anmerken und beſchänken, und bin es am E. K. M. ich meines Eides aufs höchste und angestrebt zu verdienen gütlichen willig und bereit.“<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Calenberg.<sup>2</sup> Heilage L. zur ersten Ausgabe, I, 567

So Tilly am 17. Mai. Unterdessen waren jedoch auch schon andere Kräfte nach Wien hin thätig. Die welfischen Herzöge hatten sich klagend an den Kurfürsten Maximilian gewendet, Tilly ihm über Pappenheim berichtet. Am 12. April erfolgte eine ungnädige Rohmung an diesen.<sup>1</sup> Der Kurfürst sagte die Sache so aus, als könnte Jemand glauben, daß er das Verfahren Pappenheims vorher gebilligt oder gar befohlen habe. Von diesem Standpunkte aus mußten seine Vorwürfe gegen Pappenheim um so schärfer werden. May gebot dem General sofort von dem erhaltenen Auftrage abzusteigen, derselbe möge kommen von wem er wolle — Mit dem Empfange dieses Schreibens jerrann für Pappenheim der Traum eines Fürstenthumes Wolkenbümel.

Am selben Tage, dem 12. April, gab Maximilian seinen Unmuth dem Kaiser kund.<sup>2</sup> Wer schon das formlose von Wallenstein und Pappenheim ausgeübte Verfahren verlegend für das Rechtsgefühl, so ward noch mehr das Standesinteresse des Kurfürsten Maximilian beleidigt durch die Gewalt, die hier abermals von dem glücklichen Emporkömmlinge einem seiner Mitfürsten angethan wurde. Maximilian schuldete dem Kaiser das ganze rechtlose Verfahren mit sehr nachdrücklichen Worten. „Ich stehe in guter Zuversicht und Hoffnung,“ sagt er, „E. K. M. werden auch aus sich nicht gemeint sein und verhoffen, daß dergleichen gefährliche Inquisition und Prozeß wider vorzunehmen, aus deutschem fürstlichem Geblute entprossene Stände des R. Reiches angestellt werde.“ Selbst wenn man in Wien vorher geneigt gewesen wäre, auf Wallenstein's Wünsche einzugehen, so mußte doch die Beschwerde des gewichtigsten Kurfürsten im Reiche, seine Entpöhlung der thätischen Anschläge gegen den armen Herzog Friedrich Ulrich, dessen tugendes Verbrechen seine Schwäche war, dem seine Landstände noch kurz zuvor ihre Unabhängigkeit in warmen Worten ausgesprochen,<sup>3</sup> zu reifer Erwägung dieser Angelegenheit nöthigen.

In denselben Tagen, im April, fand jener Besuch Tillys in Hüttrem statt, während dessen Wallenstein ihn bei Wege lang über seine Meinung von dem Herzoge Friedrich Ulrich und ein etwaiges Verfahren gegen denselben ausforschte. Die bestimmte Erklärung Tillys nicht zu wissen, daß nach dem durch ihn zugesicherten Parbon der Herzog Friedrich Ulrich sich dennoch wider den Kaiser verjangen, ließ Wallenstein erkennen, daß

<sup>1</sup> Abgedruckt bei v. d. Decken I, 361 Nr. 72.

<sup>2</sup> A. a. O. Nr. 71.

<sup>3</sup> Anlage LI zur ersten Ausgabe Bd I, 657.

der Plan in seiner vollen Schärfe nicht durchzuführen sein werde. Er ließ von der Hauptsache ab. Er entsandte, am 30. April, an den Bittlicher Dompropst Fleuron, den Tilly zur Betreibung seiner Gnaden-sache nach Wien geschickt, eine Instruction, wahrscheinlich für Colalto bestimmt, welche mit vielem Ede für Tilly dennoch nicht mehr die Ein-werfung Tillys in das Reichsfürstenthum Eutenberg als solches verlangt, sondern „uns die Commission zu ertheilen, daß wir ihm, Tilly, in dem Herzogthume Braunschweig, zusammen dem Eutenbergischen Districte, so viel als die ihm bewilligte Gnade anweist, wirklich einkommen lassen mögen.“<sup>1</sup> — Eine solche Commission hätte augenscheinlich Wallenstein zum Herrn der Dinge gemacht.

In Wien jedoch that auch die Rundgebung des Unmuthes von Maximilian ihre Wirkung. Der Oberst San Giuliano, der wiederholt als Wallensteins thätiges Werkzeug erscheint, meldet ihm am 31. Mai: „Die Briefe des Kurfürsten von Bayern haben großen Schaden gethan und vielen Ministern Furcht eingeflößt.“<sup>2</sup> — Dazu handelte es sich damals um die definitive Beilegung Wallensteins mit Mecklenburg. „Vielm.“ fügt San Giuliano hinzu, „erscheint es eine bedenkliche Sache, über Mecklenburg und Braunschweig zugleich zu entscheiden.“ Nachdem so die Dinge in Wien sich ungünstig gewandt, vernahm Wallenstein sehr gern den Ausbruch Pappenheims von dort. „Denn,“ fügt er hinzu, „also hat es auf dies Mal sein müssen.“<sup>3</sup>

Die Entscheidung des Reichshofrathes<sup>4</sup> entsprach der Lage der Dinge, wie sie sich durch Tillys eigene Härte für Friedrich Ulrich, durch die energische Verwendung des Kurfürsten Max, durch das Schreiten Wallensteins gestaltet hatte. Die Entscheidung war weder kalt noch warm. Der Reichshofrath erklärte zwar die Anklage gegen Friedrich Ulrich als begründet an. Er nannte diesen armen Herzog, der sein Lebenlang nur der Spielball fremder Tücke war, einen Hauptanführer und Urheber der Unruhe und Empörung im niederländischen Kreise. Aber alle diese Anklagen, die der Reichshofrath als begründet erklärte, bezogen sich auf die Zeit vor dem Vertrage Friedrich Ulrichs mit Tilly, vor der erlangten Verzeihung, und darüber ging keine hinaus. Dessen ungeachtet erklärte der Reichshofrath, daß der Kaiser an den Vertrag des Herzogs Friedrich Ulrich mit Tilly von Wechswegen nicht gebunden

<sup>1</sup> Glimmer 121.    <sup>2</sup> K. a. D. 152.    <sup>3</sup> K. a. D. 161.

<sup>4</sup> v. d. Dellen I, 281.



lei; aber es folgt unmittelbar darauf der Zusatz, daß der Kaiser es bei der Eingiehung der Grafschaften, und ferner bei der Anweisung von 400,000 Rthlrn. an Tilly bewenden lasse.

Übermals machten die weiffischen Herzöge einen Versuch bei Tilly selbst.<sup>1</sup> Er erwiderte wohlwollend und freundlich wie zuvor. Er schilderte offen den Hergang der Dinge, so viel er davon wußte. Er berichtete, welche Gespräche er mit Wallenstein über die Sache geführt, und ließ durchblicken, daß er die Pläne desselben zu Gunsten seiner selbst entschieden ausbilligte. Aber dann legte er eben so offen seine eignen Rechte dar. Der Kaiser habe ihm die Forderung des Dänenkönigs an Friedrich Ulrich abgetreten: er hoffe und bitte, daß man darin ihm keine Schwierigkeit machen werde.

Wir sehen, daß Verhältnisse ist ein völlig anderes. Tilly hatte von sich gewiesen, was nur durch ein Unrecht, wenn auch nicht von ihm ausgehend, zu erlangen war: das Fürstenthum Calenberg. Aber die Forderung der 400,000 Rthlr., das Verlangen dafür ein Unterpfand in Grundbesitz zu haben, war sein Recht. Tilly beharrte darauf.

Übermals wandte sich Friedrich Ulrich an Tilly selbst. Zu dem Unterpfande, welches Tilly verlangte, gehörte das Amt Gose, welches dem Dänenkönig für 100,000 Rthlr. verpfändet gewesen war. Der Kammern von dort erschien im Namen Friedrich Ulrich vor Tilly, und bot den Gang der Unterhandlungen am kaiserlichen Hofe abzuwarten.<sup>2</sup> Die dänische Forderung, behauptete dieser Kammern, sei wichtig, und Christian von Holstenstadt, dessen Güter man verlange, habe kein Erbkittel, sondern nur Schulden hinterlassen. Tilly war verlegt durch diese neue Zumuthung. Er habe, erwiderte er, dem römischen Reiche große Dienste gethan. Dabei habe er nicht seinen Erzenam, sondern das Beste des Reiches gesucht. Auch noch wolle er seinen Eigennutz. Doch war augenscheinlich; denn Tilly bestimmte das eben Erlangte für seine Neffen. Aber daß er selbst es erhielt, war eine Ehrenfache für den Feldherrn. Er fragte, wie man behaupten könne, daß der Herzog Christian kein Erbkittel hinterlassen. Christian habe dem Reiche großen Schaden gethan, sei ein Fürst und Erbe des Landes mit seinem Bruder gewesen, und habe die dargebotene Verzeihung niemals annehmen wollen. Er wies darauf hin, daß die kaiserliche Commission zur Execution bald eintreffen könne. Man möge sich nicht lange bedenken: er meine es gut. — Dennoch

<sup>1</sup> Beilage XLIX zur ersten Ausgabe, Bd. 1, 558.

<sup>2</sup> Beurlaubungs-Acte von Grotz und Schumacher, 1633 Bl. 2.

erklärte er sich auf die wiederholten Bitten bereit, die Executionskommissionen, die schon unterwegs seien, noch ein wenig aufzuhalten. Man möge, sagte er, wegen der Sache in Wollenstein zusammen kommen, jedoch auch den Herzog Christian von Celle zu Rathe ziehen; denn ohne diesen wolle er nicht handeln.

Wer haben dabei zu erwägen, daß die Sache Tillys zunächst allerdings nur Friedrich Ulrich, mittelbar jedoch das ganze Welfenhaus betrifft. In demselben zeigte sich schon damals das Bestreben auf die Wiedervereinigung aller weltlichen Besitzthümer hinzuzurufen. Aus diesem Grunde hatte die Pünaburger Linie, Christian von Celle und seine Brüder, nur den jüngsten, den Herzog Georg, zum Stammhalter erwählt. Christian war damals der Älteste. Indem Tilly erklärte, daß er in der Sache gegen das Welfenhaus nicht handeln, das ihm rechtmäßig Zuerkannt nicht in Besitz nehmen wolle ohne Verständigung mit dem Haupte dieses Hauses, bewies er dadurch einerseits sein volles Vertrauen in das Recht seiner Sache, andererseits das Bestreben in dem Durchführen seiner Forderung die größte Schonung walten zu lassen.

Er ging darin noch weiter. Die Execution, die der Kaiser an Wollenstein übertragen hatte, erfolgte nicht, weil Tilly sie nicht bloß nicht verlangte, sondern sie auch nicht dulden wollte.<sup>1</sup> Erst diese Weigerung vereitelte alle und jede Frucht, die Wollenstein von dem Plane noch hatte hoffen dürfen. Zu erörtern war im anderen Falle, demjenigen des Zusammenstehens von Wallenstein, Tilly und Pappenheim, hatte erfolgen können, ist nicht die Aufgabe der Geschichtsschreibung.

Wallenstein erhielt im Juni die definitive Zeichnung mit Mecklenburg. Das weltliche Haus und die Landstände von Calenberg und Wollenstein pflogen mit Tilly weitere Verhandlungen.<sup>2</sup> Es liegt noch vom October 1629 eine Äußerung Tillys vor, daß seine Wünsche wie zuvor auf den Erwerb der Grafschaft Bormen gerichtet waren.<sup>3</sup> Zu einem völligen Vergleiche kam es im Drange der Zeiten nicht. Auch mit Tillys Erben stand später die Sache unerledigt hin, bis sie 1648 zu Osnabrück durch die Vermählungen der Schweden zum Nachtheile der Erben Tillys abgethan wurde.<sup>4</sup>

Wenigstens mit dem Plane Tillys zu gewinnen verfolgte Wallenstein einen anderen, gerichtet auf die Stadt Magdeburg.

<sup>1</sup> v. d. Hagen I, 302.

<sup>2</sup> H. n. O. 208.

<sup>3</sup> Kriegsbuch S. 64.

<sup>4</sup> Heeren IV, 686. Instr. Pacis Osn. Art. XIII § 11.

### 5. Magdeburg und Wallenstein, bis zum Januar 1629.

Zwischen dem Rathe der Stadt Magdeburg und Wallenstein waltete die ersten Jahre des dänischen Krieges hindurch ein gutes Einvernehmen ob. Namentlich prägte bei dem Rathe die dänische Fliege des Religionskrieges ab an den wiederholten Zusicherungen des Kaisers, den Magdeburger Religionsfrieden aufrecht halten zu wollen. Eine andere Bestimmung dagegen zeigte sich bei vielen Mitgliedern der niederen Bürgerschaft, aus welcher sehr wenige dem Rathe angehörten, so wie bei mehreren der evangelisch<sup>1</sup> Prediger der Stadt. Mitwirkend für diese abgeneigte Bestimmung war die Tradition des geistlichen Standes in Magdeburg. Werfen wir also einen Blick zurück.

Die Stadt Magdeburg hatte frühzeitig sich von der Kirche losgelöst. Sie nahm Theil an dem Bunde von Schmalkaldeu, und zwar mit großem Eifer.

Als der Kaiser Carl V. 1547 drohend vor dem nahen Wittenberg stand und von da aus die Magdeburger zur Unterwerfung anforderte, gaben die Geistlichen der Stadt dem Rathe ihre Meinung kund, daß der Kaiser durch den Antichrist und andere große Tyrannen und Wüthker die grausliche und blutige Verfolgung wider Gott und das göttliche Wort zu Wege bringe, und das Kind des Verderbens, der Stamm der Sünde, habe seine Freude daran.<sup>2</sup> Diese Ausdrucksweise und der Sinn, aus welchem sie sprach, vertheilte unter den Predigern von Magdeburg.

Im Auftrage des Kaisers belagerte der neue Kurfürst Moritz die Stadt. Die Geistlichen predigten wider den Apostaten. Die Bürger wehrten sich mannhaft. Daß Moritz ihre Stadt gar nicht nehmen wollte, daß er die Belagerung nur benutzte zum Vordrängen seines weitreichenden Planes gegen den Kaiser: das ahnten die Magdeburger nicht. Indem sie täglich so viel und so viel Feinde erlegten, die Moritz dem Abentheuer seines Gehorsams für den kaiserlichen Befehl wider Magdeburg zum Opfer brachte, sahen die Magdeburger die himmlischen Heerschaaren in flammender Rüstung lebhaftig für sie streiten. Als endlich Moritz die Zeit der Ausführung seines Planes für gekommen erachtete, bot er der Stadt eine ehrenvolle Capitulation. Auch da noch und fernherin fanden die Geistlichen und Bürger von Magdeburg den Grund ihrer Rettung nicht dort, wo er verborgen lag, nicht in der Person ihres

<sup>1</sup> Statut 341.    <sup>2</sup> Sermones 13, 264.

Feindes, dem mit ihrer Verzwüngung oder gar ihrem Untergange nicht gedient war, sondern sie fanden ihn fort und fort in sich selber, in der eigenen Noth und der Hülfe himmlischer Mächte. Um so weniger dümmerte in ihnen oder in ihren Nachkommen der Gedanke auf, daß je nach der Politik der Mächte dieser Erde das Verhältnis sich einmal völlig umkehren könne, daß ebenso wie ein erklärter Feind zu eigenem Ruh und Frommen sie geschont hatte, ebenso auch ein erklärter Freund zu eigenem Ruh und Frommen sie dem Untergange weihen könne.

Magdeburg kam seitdem nicht wieder zu blühendem innerem Frieden. Unsere deutschen Städte sind um die Übergänge des sechzehnten und des siebenzehnten Jahrhunderts reich an inneren zermurchenden Kämpfen, selten ohne mitwirkende Theilnahme der Geistlichen, ob lutherisch, ob calvinisch. Durchweg stehen die Theologen auf Seiten der demokratischen Partei des Volkes, gegen die aristokratische des Klerus. Also lag es in der Natur der Sache.

Die Prediger gehörten durch Geburt und Erziehung höchstens den mittleren, häufiger den unteren Lebensständen an. Dort wurzelten sie, dort fühlten sie sich heimisch. In enger Verbindung damit stand ein Wagnis, das sich herschrieb vom den Zeiten der Kolonisation von der Kirche selbst. Von dem ehemals so reichen Kirchengute, welches damals die weltlichen Gewalten, hier mehr, dort minder, an sich nahmen, fiel auf deutschem Boden verhältnismäßig nur ein geringer Antheil den Vertheidigern der neuen Lehre zu. Die Obrigkeiten pflegten höchstens aus altkatholischer Zeit die Fundationen der eigentlichen Pfarren zu belassen, wie dieselben ausgestattet waren für den einzelnen Mann, und nicht für eine Familie mit ihm. Es ist bekannt, wie oft in allen Schriften Martin Luthers, in seinen Predigten, seinen Briefen, diese Klage wiederkehrt, daß man die Geistlichen darben lasse, sie mit ihren Familien dem Hungertode aussetze. Indem er in seinen letzten Lebensjahren den Studenten zu Wittenberg die fünf Bücher Moses erklärt, indem er redet von Abraham und Noah, von Jonael und Joseph, freigt in ihm immer wieder jener Gedanke empor und schlägt herdurch in allen seinen Reden: man läßt die Prediger darben.<sup>1</sup> Dürfen Klagen noch noch lange nicht abgehört. In Holland sagte man noch im hundertjährigen Jahrhundert, daß ein Prediger beinahe betteln müsse, um seine Familie zu erhalten.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Brief I. In diesem Briefe kann man kaum ein Paar Seiten lesen, ohne auf diese Klage zu stoßen. Ähnlich auch in den anderen Briefen.

<sup>2</sup> Auteurs II, 279

DemgemäÙ ging ein störrischer demokratischer Zug durch die holländische Gesellschaft. Ähnlich regte sich in den Städten des Reiches gar oft ein Gegenlag der Geistlichen gegen die bürgerliche Aristokratie.

Dazu kam, daß die Angehörigen der besser gestellten Lebensstände sehr häufig wunder kirchlich waren. Die Prediger dagegen hatten Ansehen und Gewicht bei den niederen Bürgern. Auf diese stützten sie sich. Im Vertrauen auf diese Stütze wagten einige unter ihnen Dinge, die fast unglaublich erscheinen. Als der Rath von Magdeburg dem heftigen Heshus die Kanzel verbot, sprach ein Gesinnungsgegenosse des Heshus von der Kanzel den Banfluch über den Rath und die Anhänger desselben. Er schrie: Sie ab, sagte er, als laute, stürzende Glieder von der Gemeinde Christi, schleiche ihnen den Dummel zu und die Hölle wird euch und übergebe sie dem indigen Teufel. — Der Rath versuchte mit Heshus gütlich zu unterhandeln. Heshus erwiderte, nach dem Banfluche sei der Rath seine Obrigkeit mehr ihm den fürchterlichen Demagogen aus der Stadt zu schaffen, bedurfte der Rath eines Aufgebotes von 500 getreuen, bewaffneten Bürgern.<sup>1</sup>

Unter der Vermittelung des Lützenzer Kanzlers Jacob Andrea, des Vaters der spätern Concordienformel, kam dann zwischen dem Rathe und dem Ministerium wie man die Prediger *collectis* zu benennen pflegte, im August 1662, ein Vertrag zu Stande, der durch die Regelung der Petitionen künftigen Streitigkeiten vordringen sollte.

Dies geschah also lange Jahrzehnte vor dem dreißigjährigen Kriege. So kam nicht wieder zu solchen Ausbrüchen. Aber der Zustand der Dinge, in welchem sie geschehen konnten, blieb derselbe, und mit ihm die Möglichkeit einer ähnlichen Grundrichtung, wie Heshus sie bewies.

Keinesweges aber darf man genügt sein dem Magistrate von Magdeburg, den angesehenen Familien, die dort an der Spitze des bürgerlichen Gemeinwezens standen, eine hohe sittliche Haltung zuzusprechen. Der moralische Zustand unserer deutschen Nation zum Beginn des unseligen Krieges tritt, wie schon wiederholt bemerkt, in manchen anderen Thatfachen so trostlos zu Tage, wie in dem Rippel- und Wipperwesen, in der Münzfälschung während der ersten Jahre des Krieges. In Magdeburg kam es im Jahre 1622 dahin, daß ein Thaler vollwichtigen Geldes gleich zehn Thalern des geprägten Kleingeldes stand.<sup>2</sup> Wie an vielen anderen Orten, so war auch in Magdeburg die Obrigkeit nicht

<sup>1</sup> Müllers II, 402 u. S. Jansen IV, 173 u.

<sup>2</sup> Gossmann III, 20

frei von Schuld, wenn nicht unmittelbar, so doch durch Geschehen-Lassen. Die Erbitterung des Volkes darüber führte zum bemessenen Aufstande, zu Kampf und Blutvergießen. Die Sache ward beigelegt; aber das Mißtrauen des Volkes gegen den Rath blieb.<sup>1</sup> — Auch die Geistlichen in Magdeburg hielten fort und fort. War es nicht mit dem Rathe, so probirten und schrieben sie wider einander.<sup>2</sup>

Au anderen Verwickelungen fehlte es nicht. Als die Verabingung von der Kirche den deutschen Fürstenthümern die Aussicht auf die Fürstbischömer als weltlichen Besitz eröffnete, wußte das Haus Hohenollern die Augen auf das Erzstift Magdeburg. Wegen das Ende des sechzehnten Jahrhunderts erschien das Erzstift fast wie ein Fadenort dieses Hauses. Im Jahre 1598 ward der bisherige Administrator Joachim Freydrich selber Kurfürst. Er bewog das Domcapitel, seinen damals einjährigen Sohn, Christian Wilhelm, zum Nachfolger zu erwählen. Im Namen des Knaben regierte das Domcapitel bis 1608. Dann trat Christian Wilhelm selber die Regierung an, aber mit den Fesseln schwerer Wohlbedingungen. Er hätte gern derselben sich entledigt; allein anstatt eine Botschaft zu erlangen, mußte er bei seiner Heirath mit einer Prinzessin von Braunschweig sich eine Verpfändung gefallen lassen. Die Interessen trauten sich. Der Rath von Magdeburg wünschte für die Stadt die vollige Reichsfreiheit. Darin standen ihm Administrator und Capitel hindernd entgegen. Wiedrum aber konnte Christian Wilhelm es nicht dahin bringen, daß er von dem Rathe zu Magdeburg die ersehnte Huldigung erhielt. Weder der Administrator noch das Capitel übten thatsächlich irgend welche Hoheitsrechte über den Rath von Magdeburg aus. Die drei Factoren standen fast wie unabhängig neben einander.

Einig jedoch waren sie am Beginn des großen Krieges in dem Bestreben, nicht mit Hunnir verwickelt zu werden. Christian Wilhelm brachte damals vor kaiserlichen Gesandten das Wohl des Reichs aus, mit den Worten: „Möge der Kaiser in Allem glücklich sein, besonders im Widergewinne seiner Länder! Möge der Teufel diejenigen holen, welche es ihm nicht gönnen!“<sup>3</sup> — Auch später noch dauerte diese Gesinnung Christian Wilhelms. Am Ende des Jahres 1622, als für Friedrich von der Pfalz alle Hoffnung eines Sieges verloren schien, betheuerte

<sup>1</sup> N. a. D. 21.

<sup>2</sup> N. a. D. 22.

<sup>3</sup> Gieseler VIII, 216.

Christian Wilhelm: der Kaiser habe ein friedliches Gemüth und von den katholischen Reichsfürsten sei dasselbe zu erwarten.<sup>1</sup>

Der Rath von Magdeburg beharrte in dieser Bestimmung. Nicht also Christian Wilhelm. Da der Kaiser ihm die Bestätigung als Administrator des Erzstums verweigerte, schlug er andere Wege ein. Er trat zu dem Dänenkönige. Er nahm Theil an den Beschlüssen von Rosenberg, an der Wahl des Königs zum Reichserbkönig. Weder das Domcapitel, noch die anderen Landstände des Erzstums, am wenigsten der Rath von Magdeburg billigten diese Schritte. Sie weigerten dem Christian Wilhelm jegliche Unterstützung zu seinem Kriege. Es ist im Erzstume Magdeburg dieselbe Anekdote der Landstände für Kaiser und Reich, wie in Hessen, in Braunschweig, in Gelnberg, in Lüneburg, in Mecklenburg, und wo immer sonst es sei.

Da Christian Wilhelm keinen Rückhalt in seinem Erzstume hatte, so brachte er dem Dänenkönige nichts als seine eigene Person. Der Eifer derselben ersetzte nicht den Mangel an Geld und an eigener Thätigkeit. Von einem Ruhme Christian Wilhelms in diesem Kriege hat Niemand etwas berichtet. Das reiche Erzstum hatte er verwirrt.

Wallenstein besetzte dasselbe im October 1625. Seine Obersten Schluß und Abdringen stellten mehrmals dem Rathe von Magdeburg die Forderung, eine Besatzung einzunehmen. Bei dem hundertfachen Wohlwollen des Kaisers für Magdeburg war für alle Städte der Hansa war es erkrankend, daß hinter der Forderung kein Nachdruck stehen würde. Dagegen ebnete sie für den Rath von Magdeburg die Bahn, einen lange gehegten Wunsch mannicht durchzusetzen. Es lehnten sich an Magdeburg zwei Vorstädte an, die Subenburg im Süden, die Neustadt im Norden, die beide nicht der Jurisdiction des Rathes von Magdeburg unterstanden, sondern der Regierung des Erzstums. Der Rath von Magdeburg behauptete, daß diese zwei Städte der Sicherheit der Altstadt gefährlich seien. Noch vor der Ankunft der Wallenstein'schen ließ er den Magistraten beider Vorstädte eröffnen, daß, in Folge verschiedener Anforderungen von Seiten des Kaisers, der Rath auf die Vertheidigung der Festung und des Elbstromes bedacht sein müsse, und daß daher diejenigen, deren Häuser der Festung schädlich, dieselben ganzwillig und mit Vortheil niederreißen mochten. Wenn sie nicht darauf eingingen, würden sie nur zu schlimmeren Maßregeln Anlaß geben.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Rommel VI, 215 u. 152.    <sup>2</sup> Neubaur D.

Ein Unbetheiligter gibt für dies Vorgehen gegen die Vorstädte noch einen anderen Grund an. Der Prediger Krause in Magdeburg meldet: „Weil der Administrator und das Capitel allerdings des Landes nicht mehr so mächtig wie zuvor, so haben die Herren zu Magdeburg solches wohl in Acht genommen, und — worauf sonderlich Brauer, Bäcker Knochenhauer, Kornjuden in der Altstadt lange Zeit von vielen Jahren her ein Auge gehabt, mit Vorwenden, die Altstädter würden viel bessere Handlung und Nahrung haben beim General Wallenstein unterschuldlich anhalten lassen um die Abtreibung und Entziehung der beiden Vorstädte Sudenburg und Neustadt. — — — Solches Muthieren ist bald ausgegangen, noch im selbigen Herbst 1625, unter Protest des Magistrates und der Bürgerschaft in beiden Vorstädten. Hat aber alles nichts geholfen.“ Ähnlich sagt ein anderer Augenzeuge: „Es hatte den Schein und Namen, als sollte die Stadt dem Kaiser zum besten versichert werden. Aber in der Wahrheit ward nichts Anderes darunter gesucht, als daß die (Bürger) in der Altstadt wegen ihres Eigenthums den Kornhandel möchten allein haben und das Monopol treiben von andern Sachen mehr, wie denn die Generalräthe in beide Vorstädte zuerst kamen und ihr Getreide verkauften. Es waren sehr wohlhabende Leute darin.“

Die Zerstörung begann also sofort im Herbst 1625, bevor Wallenstein sich geäußert hatte. Jedoch ließ er sich willig finden, nur freilich nicht umsonst. Er verlangte Geld. Nach längeren Verhandlungen kam der eigentliche Vertrag darüber erst 1627 zu Stande.<sup>1</sup> Darin gestattete Wallenstein dem Rathe, die Festungswerke der Stadt um 1000 Schritte hinaus zu legen, und alles was dabei im Wege sei, zu zerstören. Nach dem Rechte, mit welchem dieser General bei einer Stadt, in welcher er keine Besatzung hatte noch haben konnte, über das Eigenthum und die Habe von etwa 10,000 Menschen verfügt, scheint nicht gefragt worden zu sein. Ein Anderes war die Pauschale. Magdeburg sollte ihm dafür 188,000 Rthlr. bezahlen. Was der Rath vorgebracht haben mochte, um die Bewilligung zu erlangen, liegt in einem Hornesworte des kaiserlichen Generals Schluß deutlich ausgesprochen. Als der Magistrat bei der Abmessung sich beschwerte, daß die bewilligten 1000 Schritte nicht ganz gegeben würden, fiel Schluß entrüstet ein: „Er wolle, Ihr habt obneben mehr als Euch zuekennt. Sind des Kotten, Gärtenhäuser und Geroh-

<sup>1</sup> Krause 336.

<sup>2</sup> Knochenhauer 248.

<sup>3</sup> Neubauer 100.

<sup>4</sup> Hoffmann III, 48.



ließen? Wie habt Ihr berichtet?" — Es wurden widergerufen in beiden Städten die Noththuler, eine Reihe anderer Gebäude und 500 Wohnhäuser. Die Verwendungen des Domcapitels für die unglücklichen Vorstädte blieben fruchtlos. Doch ließ die Befürchtung des Kaisers den Nachsweg offen. Demgemäß erhob später das Domcapitel beim Friedenscongreß in Danabrück seine Klage.<sup>1</sup>

Wie dieser Vertrag zwischen dem Rathe der Stadt Magdeburg und Wallenstein an sich selber ein schweres Unrecht war: so wurde er eine hauptsächlichste Ursache des Unrechts der kommenden Zeiten. Es war zunächst der Furcht des Unrechts gegen die Vorstädter, daß eben daran der Haß zwischen Noth und Gemeinde von Magdeburg entsprang. Der Rath schied zur Abtragung des Geldes an Wallenstein den zehnten Pfennig aus. Die Bürgerchaft bewies sich säumig und ungehorsam. Sie wollte diesen verhassten Wallensteinern nichts zahlen.<sup>2</sup>

Denn, wenn auch im Anfange die Bürgerchaft nicht unmittelbar unter dem Kriegesdrucke der Wallensteinier lag, so erfuhr sie ihn aus der ganzen Umgebung der Stadt mittelbar genug. Dazu war, wie in der ersten Zeit an so vielen Orten, die Neigung der unteren Classen empfänglich für den böhmischen Haß des Religionskrieges. Im Vertrauen darauf durften Christian Wilhelm und Johann Ernst von Bismarck, wenige Tage nachdem der kaiserliche Herold mit den gebührenden Ehren in Magdeburg aufgenommen und angehört war, im Juni 1426, den Versuch machen, sich durch einen Handstreich der Stadt zu bemächtigen. Mit ihnen im Rande war der Lt. Schneidewein, dem der Noth das Commando der 800 Mann im Dienste der Stadt anvertraut.

Nachdem der Versuch fehl geschlagen und der ganze Plan bekannt geworden war, forderte der kaiserliche Oberst Altringen die Auslieferung des Schneideweins. Der Noth verweigerte sie, mit Berufung auf ein Privilegium des Kaisers Sigismund vom Jahre 1427.<sup>3</sup> Dagegen ergriff er den Schneidewein aus seinem Quartier in der goldenen Krone und setzte ihn in Haft in der alten Kammerlei auf dem Rathhause. Die Haft jedoch war leicht. Schneidewein empfing dort die Besuche eines früheren Wirthes, Varsch. Dieser Varsch glaubte auch für sich selber Grund zu haben, über die Wallensteinier zu klagen, weil sie ihm einen

<sup>1</sup> Warm II, 210.

<sup>2</sup> Hofmann-Gurke 6. Dienbauer 102. Strauß 240.

<sup>3</sup> Relation um. 419. Hofmann-Gurke 17. Nach der bekannten Angabe der Relation 424 dauerte die Haft Schneideweins bis in die Zeit des Sturms 1429.

wertvollen Wein-Transport weggenommen.<sup>1</sup> Die zwei Namen, Patsch und Schneidewein, sind bedeutungsvoll für den Fortgang der Dinge in Magdeburg. Patsch und seine Frau versorgten den Schneidewein reichlich mit Speisen und seinen Beinen. Auch Andere kamen dorthin.

Schon vorher hatte sich eine sonderliche Gesellschaft<sup>2</sup> in Magdeburg gebildet. Derselbe pflegte zu einem Wein- und Bierhaufe aus- und zum andern zuzugehen. Dort trug man zusammen, was zu den Angelegenheiten der Stadt vorkam, berührte und tadelte es, deutete alles zum Ärgsten aus und brachte es so unter die Bürgerchaft. Die Mitglieder selber dieser Gesellschaft, unter denen voranstand Heinrich Böpping, „behiessen sich der Pracht und der Hoffahrt, des Saufens, Spielens und Schandierens.“<sup>3</sup> Ihr Hauptquartier war zuerst in der Kardoschraße der Vorstadt Sudenburg, und von daher hielt der gemeine Mann diese Gesellschaft die Dingsbunt-Brüder. Nachdem Schneidewein in der alten Kämmerlei seine nicht schwer drückende Last gefunden, suchten jene Brüder nun die Zeit zu kürzen und er seinerseits sorgte dafür nicht mit den Weinen des Wirthes Patsch. Man vernahm von dort her allerlei Reden. Schneidewein sei ein unschuldig Gefangener. Nur der Meid und Haß des Rathes trage die Schuld, weil Schneidewein den Dänen mehr gewogen als den Kaiserlichen, durch jene die Befreiung geschafft habe von der Überlast und der Drangsal der Wallensteuer. Das Hoflocal des Schneidewein ward zum Berathungsorte der Unzufriedenen. Dort erschienen die eifrigsten Prediger Dr. Gilbert Kramer, Rohebur.<sup>4</sup> Sie lebten dort lustig und froh, auch die Frauen kamen dorthin. Aber neben den Gastmählern, die dort gefeiert wurden, entwickelte sich ein heftiger Ernst dieser Zusammenkünfte. Man vernahm die Rede, daß Schneidewein zu seiner Zeit für den erlittenen Schaden sich an den Urhebern erholen werde. Die Prediger, die zur Partei gehörten, forderten von der Kanzel aus mit ungeschämten<sup>5</sup> Reden die Freilassung dieses Mannes.

Dagegen blieb auch im Rathe des Kaisers die Verantwortlichkeit des Schneidewein nicht unbemerkt. Am 21 Februar 1628 ward ein Mandat an die Stadt Magdeburg beschloffen, den Schneidewein an den General Wallenstein auszuliefern, weil Schneidewein nicht bloß in Diensten der Wächtern des Reiches gestanden, sondern auch in anderer Wege sehr

<sup>1</sup> Reichenow 121.    <sup>2</sup> Hoffmann-Greiff 17. Haß wörtlich.

<sup>3</sup> Relation usw. 419.

<sup>4</sup> Hoffmann-Greiff 18: sehr importanterlich.

viel Böses gestiftet habe.<sup>1</sup> Ob dies Mandat nicht nach Magdeburg gelangt, oder dort mit derselben Vernichtung wie die frühere Forderung Aldringen's, abgelehnt sei, läßt sich nicht ermitteln; denn die Magdeburger Berichte<sup>2</sup> schweben von diesem Mandate. Wie immer dem sei, die Nicht-Auslieferung des Schneideweins gereichte der Stadt Magdeburg zum schmerzlichen Unheile.

Dem Schneidewein war die Seele der Opposition gegen den Rath, der Motor aller Unruhe. Zugleich ging das Trachten der Gesellschaft, die sich um ihn fand, über Magdeburg hinaus. „Sie“ haben auch besonders Consilia gemacht, dazu von den benachbarten Universitäten Bedenten der Theologen eingeholt und aufs heftigste dahin laborirend und sich bemühet, daß der Rath und die Stadt ad arma greifen solle, mit Vorzeichen, daß dieser Krieg auf die Reformation des Roms und anderer Kirchen angesehen wäre.“ Ob solche Gutachten von Theologen erfolgt sind, ist nach dem späteren Verhalten derjenigen von Wittenberg sehr fraglich. Dagegen erlangte der Rath das Gutachten zweier sächsischer Juristen-Jurakulten, daß das Verfahren gegen Schneidewein ein rechtmäßig begründetes sei.<sup>4</sup> Demgemäß blieb er in Haft. Aber der Prozeß rührte nicht vor. Auch machte der Rath den Zusammenkünften fern Ende: er ließ gehen.

Dagegen bewies der Rath, wo immer sonst die Gelegenheit sich bot, seine Ergebenheit für den Kaiser. Sofort nach dem Untretten Wallensteins im Erzstifte Magdeburg regte sich in Quesenberg, dem Abte des Prämonstratenser-Klosters Strahof in Prag, der Wunsch, die Reliquien des heiligen Norbert, des Stifters des Ordens, der als Erzbischof von Magdeburg gestorben und im dortigen Liebtraumkloster beigesetzt war, für sein Kloster zu erlangen. Der Kaiser, dem Wünsche zustimmend, ernannte den Kriegshaupten Wallenstein und Aldringen, für die Erfüllung bei dem Rathe von Magdeburg thätig zu sein. Der Abt Quesenberg begab sich selber hin. Die Mehrheit des Rathes wie des Domcapitels waren geneigt; dagegen ließ Christian Wilhelm dem lutherischen Propste des Liebtraumklosters die Auslieferung der Leichensache unterliegen.<sup>5</sup> So entsprach es der Gesinnung der Prediger und der Bürgerschaft. In der letzteren galt die Tradition, daß die Gebeine Norberts

<sup>1</sup> Kriegsdarfen B. 70.      <sup>2</sup> Quellk. und Relation.

<sup>3</sup> Relation 4.9.      <sup>4</sup> Gossmann-Smerik 18. Relation 418.

<sup>5</sup> Neubauer 82. Senkenberg XXV, 516.

der Stadt zum Heile gereichten, daß ihre Wegnahme Unglück nach sich ziehen würde.<sup>1</sup> Der erste Versuch Quesenberg's die Reliquien zu erlangen, schlug fehl. Eben so ein zweiter. Erst der dritte, im December 1626, mit thatkräftiger Unterstützung des Rathes, führte zum Ziele. Quesenberg fand in der Liebfrauenkirche die Grabesstelle, dann den Steinsarg. Nachdem die Platte abgehoben, erblickte man den sichtbar völlig unverfälschten Körper, der jedoch bei der ersten Berührung zerfiel. Quesenberg sammelte die Reliquien. Dann wurden sie in der Stille Abends noch dem Hause des Rathsherrn Johann Wemmann getragen. Am nächsten Abend brachen Quesenberg und seine Begleiter mit ihnen auf nach Böhmen.<sup>2</sup> „Über welche Translation der gemeine Mann sehr gestlagt und gelagt, daß man der Stadt Glück und Heil habe mit hinweggenommen.“ — „Es mußte kein still zugehen,“ sagt der Prediger Krause, „bis Norberts Riche und Weirne zur Stadt hinaus waren, toto ministerio contradicente prius et deinceps tam publice quam privatim.“<sup>3</sup>

Anderes als die Hinzuführung der Reliquien des H. Norbert aus Mogdeburg im Dunkel der Nacht, gestaltete sich im nächsten Jahre die Einführung derselben in Prag<sup>4</sup>, am 2. Mai 1627. Es war ein Triumphzug. Voran schritt der gesammte Clerus von Prag, Welt- und Ordenspriester, alle mit brennenden Wachslichtern. Ihnen folgten die Mönche von Strahof, sowie andere Prämonstratenser fast aus allen Gegenden Europas. Dann wurde eine Reihe von neunzehn prächtigen Fahren getragen. In die letzte derselben, die kaiserliche, schloffen sich zwölf Äbte des Cistercienser-Ordens. Dann erst kam der Reliquienkrein des hl. Norbert, getragen von vierzehn infulirten Prälaten des Prämonstratenser-Ordens, und wiederum dann, unter Vorantritt des Erzbischofs, ein unabhäbares Gefolge mit brennenden Fackeln.

In dem Abte Quesenberg hatte die genauere Kenntnis der Dinge im Liebfrauenkloster zu Mogdeburg noch viel weiter reichende Gedanken erweckt. Er ersuchte den Kaiser um die Rückgabe dieses längst nach dem Augsburger Religionsfrieden seinem Orden entzogenen Klosters. Der Kaiser willfahrte. Er gab dem Obersten Aldringen und dessen Unterbefehlshabern den Auftrag, die Prämonstratenser ins Kloster zu-

<sup>1</sup> Reichenau 93. Senkenberg XXV, 315. Sandhauer 249.

Carafa 276. Hoffmann III, 40.     <sup>2</sup> Sandhauer 249.

<sup>3</sup> Krause 343.     <sup>4</sup> Carafa 293.

zuweisen, und that dies zugleich dem Rathe der Stadt dank. Dieser suchte die Sache hinzuziehen. Er verlangte das Gutachten des Munsterraths. In welchem Sinne dasselbe ausfiel, läßt sich abnehmen aus den Worten des Predigers Strauß: „Als nun dieser heilige Norbertus erhoben, war der Teufel noch immer unverkämmt. Denn bald kam er wieder und begehrte: man solle doch recht catholicos fratres (scilicet) hinein nehmen, dazu in Rathe Schutz.“ — In dem Rathe überweg die Einsicht, daß mit hohen Worten hier nichts auszurichten sein werde. Am 20. Juli 1628 eröffnete der Rath der Bürgerschaft: „Weil das Kloster, obwohl es in unseren Ringmauern liegt, zu unserer Jurisdiction nicht gehört, und wir also nicht daran interessiert sind, auch diejenigen, deren Interesse es am meisten angeht, bei dieser Sache, wie wir vermessen, für sich nichts oder doch wenig gethan — weil wir deshalb keine erhebliche Ursache finden, wodurch man das Werk abweisen könnte — und da es sich endlich nicht gebührt, den Reichsconstitutionen entgegen zu handeln — darum haben wir die Institution für uns dahin und zu deren Verantwortung stellen müssen, die mehr dabei interessiert sind als wir.“

„Wiewohl es nun etwas schwer zugeht,“ erzählt jener Prediger Strauß weiter, „doch wurde den Papstern endlich hofiert und, unter Widerspruch des Munsterraths, nahm man sie in der Stille hinein.“

Die bisherigen Conventualen, die, so weit erkennbar, nicht nach einer festen Regel gelebt hatten, wurden leicht abgehoben, etwas schwieriger der Propst.<sup>1</sup> Die Prämonstratenser begannen Ordnung herzustellen, die Schulden ihrer Vorgänger zu bezahlen.<sup>2</sup> Die Zahl, anfangs gering, stieg im nächsten Jahre durch Ankömmlinge aus den Niederlanden, unter ihnen P. Johann Baptista Sylvaus, eine Person damals hoch angesehenen Persönlichkeit. Er ward zum Propste ernannt.<sup>3</sup>

Derartige Vorfälle steigerten die Misstimmung zwischen dem Rathe und einem großen Theile der Bürgerschaft, unter der Führung einer Reihe von Mitgliedern des Ratstertel und der Einwirkung der Diagebent-Brüder. Während der Rath sich befüß, den kaiserlichen Officieren willfährig zu sein, daßer auch namentlich die Anerkennung Lillo's, im Herbst 1627, sich erwarb — während er sich bemühte, die bei der Habgier und Wuth vieler kaiserlichen Officiere unvermeidlichen Differenzen

<sup>1</sup> Strauß 343.    <sup>2</sup> Des Schulden bei Mosaner 236.

<sup>3</sup> Sandhauer 260.    <sup>4</sup> T. u. O. 261. Sgl. Strauß 343.

<sup>5</sup> T. u. O. 264.

immer wieder auszugleichen — hätte jene Partei viel lieber das Kriegsgeld aus dem Erzkiste hinweg geschlagen. Es kam dahin, „daß ein gemeiner Mann, wenn er zu Jemandem aus dem Rathe oder einer anderen dergleichen Person Privatfeindschaft getragen, denselben entweder bei der Wacht, im Bierhause oder anderen Zusammenkünften stracks hinterücks als einen laienlichen Scheim und Verräther, dem man den Hals entgegen schlagen oder dessen Haus man stürmen solle, angelassen oder ausgeschrien, vernarrend, dadurch daß er so heftig auf Verräther schelte, sich selbst als einen beständigen Christen und Betruen des Vaterlandes zu bezeichnen und hervorzu thun.“<sup>1</sup>

Die schwierigste Angelegenheit nach beiden Seiten hin für den Rath war und blieb diejenige des Abbruchs der Vorstädte. Der Vertrag dafür lautete auf die Zahlung von 133,000 Thalern an Wallenstein. Die Auflage des zehnten Pfennigs zu diesem Zwecke hatte die Bürgerschaft heftig erregt, das Geld nicht vollständig gebracht. Bis zu Ende des Jahres 1628 waren von jenem Betrage wieder 15000 Thaler fällig. Der Rath hatte sie nicht. Er wandte sich um eine Anleihe bittend an den Rath der Stadt Bremen. Dieser schlug ab.<sup>2</sup> Der Rath von Magdeburg sah sich in die Nothwendigkeit gesetzt, durch eine Deputation bei Wallenstein um Frist anzuhalten, im Januar 1629. Sie ward sehr ungnädig empfangen. Wallenstein eröffnete ihr, daß er nunmehr die Aufnahme eines Regiments Soldaten als Besatzung in die Stadt verlange. Verstärkt kehrten die Deputierten heim.

## 6. Die Belade von Magdeburg 1629.

Die neue Forderung Wallensteins an die Stadt Magdeburg ging hervor aus dem Verlaufe der Angelegenheiten des Erzkistes im Jahre 1628. Wir haben vernommen, daß im Januar 1628 das Domcapitel, nachdem Christian Wilhelm durch seine Felonie des Erzkiste verurtheilt, den jungen Prinzen August von Sachsen gewählt, daß jedoch der Kaiser dieser kanonisch angerechtfertigten Wahl die Bestätigung verweigert, und, bei der Ungültigkeit der Wahl, der Papst Urban VIII. den Sohn des Kaisers, den Erzherzog Leopold Wilhelm ernannt hatte. Im Beginne des Jahres 1629 verlangte der Kaiser des Churfürsten Wallsteins, wie es mit der Besitzergreifung des Erzkistes für den Erzherzog Leopold

<sup>1</sup> Hoffmann-Grunitz S. 34. Bgl. Relation 419. <sup>2</sup> Neubauer 132

Walheim zu halten. In diesem bereits früher berührten Gutachten<sup>1</sup> sagt Wallenstein: „Run habe ich bereits vor einem Jahr E. M. meine unterthänigste Meinung eröffnet und für rathsam befunden, daß Sie beide Stifter, Magdeburg und Halberstadt, nach Kriegsrecht in Besitz nehmen, dem Erzherzog übertragen und dort ihren künftigen Laß nehmen. Dies halte ich auch noch für gut.“ Wallenstein entwickelt dann weiter, daß die Einkünfte der Stifter einzuweilen noch für den Krieg verwendet werden müssen. Welcher andere Gedanke Wallenstein hinter diesen Vorschlag sich verbirgt, deutet er bestimmter an in einem Schreiben an Colalto vom 1. Mai. Dort heißt es: „Ich verhoffe auch, daß durch Hilfe des Herrn Bruders der Erzherzog sich wird leiten lassen, denn dieselbige dama liegt mir am meisten im Kopfe.“ — Am 22. Juni jedoch, nachdem wieder von einer Verhandlung Colaltos mit dem Erzherzoge die Rede gewesen, sagt er weiter: „Ich gönne dem Erzherzog dies fruchtbare Land: ich contentiere mich mit der alten dama, der ich lang auf den Dienst gewartet habe.“ Damals also sah Wallenstein das Erzstift bereits als ihm unentziehbar an.

Dagegen ist zu beachten, daß Wallenstein in jenem Gutachten für den Kaiser, im Beginne des Jahres 1629, nicht ausspricht, daß er eben damals die Forderung einer Besatzung einzunehmen, an die Stadt Magdeburg bereits gestellt hatte.

Der Oberst Aldringen in Wallensteins Auftrage erneuerte diese Aufforderung schriftlich. Am 29. Januar traten in Kloster Berge der Oberhauptmann Besherr und einige andere Officiere mit Abgeordneten des Rathes zusammen. Sie hätten Befehl, sagten sie, auf die Resolution des Rathes unständig zu dringen.<sup>4</sup>

Auf die Meldung entsandte der Rath Darlegungen seines bisherigen kaisertreuen Verhaltens, seiner mannigfachen Leistungen für das Heer an Aldringen, an Wallenstein selbst, und bat um Erloß dieser neuen Forderung. Es fruchtete nicht. Wallenstein selber erwiderte am 31. Februar: „Die widerspenstige Weigerung der Stadt, ein einziges Regiment zu unterhalten, ist uns berichtet worden. Diese Hartnäckigkeit bestrubet uns. Bisher hat Magdeburg zu dem schweren Kriege nichts gesteuert weder dem Kaiser, noch dem gemeinen Wesen zum Besten

<sup>1</sup> M. M. 94. Vom 29. Januar.

<sup>2</sup> M. M. 128.     „M. s. O. 159.

<sup>4</sup> Theatrum E. II, 33.

Wir wollen die Stadt erinnert haben, in der Weigerung nicht zu verharrn; denn es könnte sie schwer gereuen.“<sup>1</sup>

Es ist nicht anzunehmen, daß für diese Forderung auch nur ein Mitglied des sonst so kaisertreuen Rathes geneigt gewesen wäre. Wallensteins Drohungen blieben fruchtlos. Demgemäß wollte er die Stadt zwingen. Am 12. März gebot er die Belagerung zu Wasser und zu Lande, damit das völlige Abschneiden der Zufuhr den Hunger als Bundesgenossen herauf beschwöre.

Die Belagerung ward ausgeübt, scharf und hart. Der gedrückteste Rath der Stadt wandte sich bittend Herhin, dorthin. Er schickte eine Deputation nach Wülfersburg, wo Wallenstein als Herzog residierte. Zugleich kamen dahin Abgeordnete des Hansabundes. Der herrschgewaltige Mann ließ sie nicht vor. Er verwies sie an den Obersten Aldringen. Die Deputation erklärte: die Aufnahme einer Besatzung würde den Stuhl der Stadt nach sich ziehen. Aldringen gab zu: das könne wohl sein. Bei einer zweiten Unterredung ließ er etwas nach. Die erste Forderung war diejenige des Unterhaltes eines Regiments gewesen. Aldringen ermäßigte sie auf den Unterhalt eines halben. Auch das erschien zu viel. Aldringen stimmte herunter und verlangte 100,000 Thaler auf einmal. Es war zu viel. Er verlangte 50,000 Thaler. Es war zu viel. Die Deputation bot 10,000 Thaler. Das war zu wenig.<sup>2</sup>

Es ist nicht anzunehmen, daß diese Kriegeshäupter gar keine Kunde gehabt haben sollten von den inneren Zuständen in Magdeburg, wo der wohlgeformte, nur nicht mit der erforderlichen Energie ausgerüstete Rath sich mühsam des Ansturmes des großen Haufens erwehrt. Wenn aber die Kriegeshäupter Kunde davon hatten, so mußten sie auch voraussetzen, daß sie die Lage dieses kaisertreuen Rathes, dem sie doch zunächst nicht helfen konnten, nicht erleichterten.

Die Belagerung ward verschärft. Jedoch sie hatte keine Ergebung zur Folge, sondern bewaffneten Widerstand und sogar den Angriff. Am 8. Juni schickte der Rath zwei Mitglieder an den Obersten Besherr, um sich wegen vorgangener Insolenzen zu entschuldigen.<sup>3</sup> Es blieb nicht dabei. Am Nachmittage des 9. Juni rotteten sich in Magdeburg Haufen von tausenden zu Roß und zu Fuß zusammen. Die Abmahnungen von Mitgliedern des Rathes fruchteten nicht. Sie selber waren

<sup>1</sup> H. u. O. 64. Geschichte I, 288.

<sup>2</sup> Theatrum E. II, 54.

<sup>3</sup> Besherrs Bericht bei Göttsche 149. Auch ist das Folgende



in Lebensgefahr. Die Hansen stürzten hinaus in die Neustadt und die Zudenburg, warfen sich mit dem Gelschren: „Schlagt die kaiserlichen Schelme nieder“ – auf die Soldaten dort, tödteten oder verletzten sie. Die Elbfischer von Magdeburg nahmen sieben, später noch zwei Schiffe mit Getreide für Wallenstein auf der Elbe. Hier jedoch schritt der Rath ein und ließ das Getreide verwahren.

Auf die Meldung dieser Vorfälle schrieb Wallenstein, am 13. Juni, aus Güstrow an Collalto: „Was die Magdeburger thun, ist sehr nach dem Herzen; denn jetzt habe ich causam legitimam sie zu belagern. Und also werden J. M. dieser Stadt sich recht bemühen und diesen vornehmen Pöhl halten können.“ Nach solchen Worten liegt bei der Belagerung die Absicht Wallensteins zu Grunde: die Magdeburger sollen so lange gequält werden, bis sie durch einen Aufstand ihrerseits der Gewalt gegen sie einen Schenck des Rechtes verleihen.

Jene erste That war geschehen am 9. Juni. Am Montage, dem 11., rottete sich der Pöhl vor dem Liebfrauenkloster zusammen, mit der Absicht es zu stürmen. Bevor es gelang, rüfften die von dem Rathe zum Schutze entsendeten 50 Musketiere heran. Nach der Abtreibung des Pöbels verblieb zur Sicherheit eine Wache von 10 Mann. Drei Tage später, am 14. Juni, begab sich von dort aus der Vater Regidius nach dem Kloster St. Agneus in der Neustadt, um dort die Fronleichnamsfeyer zu halten. Auf dem Heimwege ward er vom Pöhl ermordet.<sup>1</sup>

Und abermals meldete Wallenstein dem Collalto „Aus meinem vorigen Schreiben wird der Herr Bruder des Beginnen der Magdeburger vernommen haben. Dieses wird von Tag zu Tag größer zu ihrem völligen Ruin. Ich will bei 20 Fähnlein Anechts und 10 Compagnien Reiter dahin schicken und sie gänzlich belagern. Also wird unser Erzherzog Leopold ein rechter Bischof und Herr zu und nicht von Magdeburg sein.“<sup>2</sup> – Bereits jedoch beschränkt Wallenstein seinen Blick nicht mehr auf Magdeburg, sondern faßt die gesamte Hanse ins Auge. „Ich vermute, dieweil die Hansestädte des Reichs Holländer sind, als Maxanzler alles Übels und Ungehorsams, daß sie gar wohl von einander getrennt und ihr Bund aufgeißt werden könnte. Denn ich werde nicht wollen, daß Rostock und Wesmar in ihrem Bunde bleiben. So wird

<sup>1</sup> Elmsledt 147.

<sup>2</sup> Wendhausen 264. Elmsledt 150.

<sup>3</sup> Elmsledt 153.

der Erzherzog Leopold, wenn wir uns der Städte Magdeburg und Bremen bemächtigen, es für diese nicht gestatten. Bremen nämlich wird der Graf Tilly, auf Befehl des Kaisers, gern hohleren, unter dem Prätexte, daß sie alle Verbündeten der Feinde von Kaiser und Reich gestatten. Sind erst diese zwei Städte aus dem Bunde, so werden auch alle Fürsten des Reiches ihre Städte nicht mehr darin haben wollen, denn dadurch haben sie von ihnen keinen Gehorsam, und also wird der Hansestädte Bund leicht getrennt werden können.“ Colalto soll darüber mit dem Fürsten Eggenberg reden, und ihm dessen Aufsicht melden.

Sehen wir ab von den Angaben der Thatfachen, die, namentlich im Betreff Tillys und Bremens, doch fraglich erscheinen: so bleibt, daß die Absicht Wallensteins auf die Vernichtung des Hansabundes in geradem Gegensatz zu den Instruktionen steht, mit welchen vier Jahre zuvor der Kaiser ihn entsendet, und welche er damals den Städten verkündet hatte. Andererseits läßt sich aus den Befehlen Wallensteins, die doch noch der Natur der menschlichen Dinge den Häuptern der Hanse nicht völlig verborgen bleiben konnten, der Rückschlag sehen, von dem diese Häupter gegen ihn gesinnt waren.

Es ist merkwürdig zu sehen, wie in dem Kopfe dieses Mannes, an dessen Entschlüssen damals die Geschicke unzähliger Menschen hingen, die verschiedenartigsten Entwürfe rasch aufwachsen und eben so bald verwelken. Im April rüht er sich, durch den Furore auf die Zweckmäßigkeit eines Türkenkrieges Tilly für den Frieden mit Christian IV gewonnen zu haben.<sup>1</sup> Vierzehn Tage später meldet<sup>2</sup> er auch an Colalto, daß er lieber als nach Italien die Waffen gegen den Türken wenden, und in drei Jahren dem Kaiser die Krone von Ost-Rom gewinnen wolle. Von da an schweigt er vom den Türken. Im Juni will er den Hansabund brechen. Der Fortgang der Dinge wird zeigen, wie lange er daran festhält. Zugleich aber, am 17. Juni, entwickelt er dem Colalto seinen Plan, die Führung des Krieges in der Kommande zu übernehmen.<sup>3</sup> Dies entsprach nicht dem Sinne des Kaisers, der sehr wohl wünschte, aus der Verwickelung in Italien, in welche Spanien ihn hineingeführt, mit Ehren wieder herauszukommen. Daran war dies einer der wenigen Fälle, in denen der Kaiser, wenigstens mittelbar durch Colalto, dem Wallenstein seine Missbilligung zu erkennen gab. In einem vertraulichen

<sup>1</sup> W. a. O. 114.<sup>2</sup> W. a. O. 117.<sup>3</sup> W. a. O. 124.

Schreiben,<sup>1</sup> vom 29. Juni, heißt es: „Der General thäte besser, nachdem er sein Gutachten abgegeben, seine Entschlüsse abzuwarten, und nicht nach eigenem Kopfe zu handeln.“

Wallensteins Entwürfe mochten wechseln: als das Unabänderliche verblieb das Uebergewicht seines Herres auf dem unglücklichen deutschen Lande. Am 18. Juni gab er von Würzburg aus seine Verteilung der Truppen an wie folgt.<sup>2</sup> „Nach Polen habe ich 15000 Mann geschickt, in die Niederlande 17000. Nach Holland begehrt man 14000. Da hier in Pommern und der Mark Brandenburg muß ich wenigstens 12000 Mann lassen. Denn der Herr Bruder sei versichert, daß große Praestiken gehen unter Allen, und, wenn sie die geringste Gelegenheit sehen, werden sie revolütieren. Um Magdeburg muß ich 6000 Mann lassen. Im Reich eine gute Anzahl. Gegen Meh müssen wir, und nicht die Liga Front machen; denn sie (die Franzosen) wollen die Spanier gern aus der Pfalz haben.“ — Das Ergebnis ist — neue Werbungen. Am Tage zuvor hatte er diese neuen Werbungen bereits auf 10 bis 12000 Mann berechnet.<sup>3</sup>

Am selben Tage jedoch verfaßte im Namen des Kaisers Colalto den Befehl des Einhaltens.<sup>4</sup> „Ihr thut wohl,“ lautet der kaiserliche Auftrag vom 17. Juni, „dem General zu schreiben, und zwar sehr entschieden und bedingungslos, daß aus den von Euch angeführten Gründen in keiner Weise neue Werbungen angestellt werden sollen.“ So scharf die Worte lauten, sah sich der Kaiser denn doch genöthigt, übermals den Kriegsrath Questenberg zu entsenden, um mit Wallenstein über die neuen Werbungen zu verhandeln.<sup>5</sup>

Es fragt sich also zunächst darum, was Wallenstein gegen Magdeburg austrachtete.

Die Meldungen Balthers lauteten nicht befriedigend. Seine Macht reiche nicht, schrieb er. Die Magdeburger bemühen sich, das ganze Land rebellisch zu machen. Bereits fliegen die Junken des Aufstandes nach Halberstadt und steigen böse Nebel dort empor. Er meldet die Ermordung des Paters Agitator.<sup>6</sup> — Derartige Dinge gingen über Wallensteins Erwarten und Berechnen hinaus. Er meinte: die Magdeburger

<sup>1</sup> K. a. D. 280.

<sup>2</sup> K. a. D. 187.

<sup>3</sup> K. a. D. 155.

<sup>4</sup> K. a. D. 279.

<sup>5</sup> K. a. D. 165.

<sup>6</sup> K. a. D. 156.

müßten mürblich geworden oder mit Anderen im Bunde sein. Dann jedoch fand er eine andere Erklärung. Wenige Tage zuvor hatte er mit Freunden den Tumult begrüßt, der ihm den Anlaß bieten würde, die Freiheit der Stadt zu brechen — nun, wo die Wogen des Aufstandes höher gingen als er gedacht, meinte er: „Das (Restitutions-) Obut verurtheilt es: man hätte wohl eine kleine Schuld damit haben können.“<sup>1</sup> Aber an die Stadt Magdeburg trat im Sommer 1629 das Restitutions-Edict in der That gar nicht heran.

Der Fürst Christian von Anhalt suchte auszugleichen.<sup>2</sup> Der Rath von Magdeburg legte ihm in einer ausführlichen Denkschrift, vom 10/20. Juni, den Verlauf der Dinge dar. Er erklärte sich bereit zur Auslieferung des angehaltenen Getreides, bat dagegen um Aufhebung der Blockade. — Auf Wallenstein machte das geringen Eindruck. Er schrieb, am 25. Juni, „Die Magdeburger kriechen zu Krenz, schießen das begangene Subessfuß auf den Hölzel. Wir werden uns aber des Dets versichern müssen, auf daß es nicht mehr geschieht.“<sup>3</sup> — Die Feindseligkeiten dauerten fort, beiderseits in brutaler Weise.

Andero als der General urtheilte der Kaiser. Am 28. Juni: erließ er ein Mandat an die Stadtgemeinde Magdeburg.<sup>4</sup> „Die von Euch unternommenen Feindseligkeiten“ heißt es darin, „dauern auf offene Rebellion und Landfriedensbruch.“ Das Mandat warnt vor den unvermeidlichen Consequenzen. Zugleich erfolgte ein besonderes Schreiben an den Rath. Diesem sprach der Kaiser sein Lob aus für den Schutz der Prämonstratenser. „Obwohl auch Ihr,“ schließt er dann, „in unserem Mandate mit begriffen, so ist dies dahin gemeint, damit Ihr bei den eigenstänigen und jenen präsumirten Hölzel, für Euch selbst entschuldiget sein und desto mehr Euer obrigkeitliches Amt stravenden Eunt.“<sup>5</sup>

Der Rath antwortete, am 4/14. Juli, mit einer übermaligen Ausführung.<sup>6</sup> Die gewichtigste Stelle darin lautet: „Wir wollen aber auch uns allerunterthänigst versehen und gehorsamst bitten: Ew. R. W. wollen hohen und niederen Kriegsofficieren der Armee allergnädigst befehlen, daß von denselben wir als des H. Raths getreue und gehorsame Unterthanen hinwiederum tractiert werden.“ Der Rath erklärt weiter darin, daß er auf die Vermittelung der Papst hoffe, und bittet den Kaiser, die dahin Frift zu gestatten. — Dies ganze Schreiben war so gehalten, daß der Oberst Beckert sich damit zufrieden erklärte, und meinte:

<sup>1</sup> Ehemals 158. Vom 20. Juni.    <sup>2</sup> Theatrum E. II, 26.

<sup>3</sup> Ehemals 159.    <sup>4</sup> Theatrum E. II 37.    <sup>5</sup> S. a. O. 55.    <sup>6</sup> S. a. O.

in Folge dessen wurde der Kaiser sofort die Blolade aufheben lassen. Er erbot sich, das Schreiben dem Kaiser einzufenden. Der Rath konnte nicht. Er wollte einen eigenen Boten abschicken. Dessen verjagte der Oberst den Rath. — Demnach traf das Schreiben in Wien ein, wie auch das folgende

Jugendlich ähnlich wundte sich der Rath an die Prämonstratenser des Pictbrauentlosters um ihrer Verwendung. Sie erfolgte. Laß dem wüsten Kriegesgeheulen in und um Magdeburg erklänge diese Fürbitte wie ein requiemender Friedensruf, und darum möge sie ganz hier folgen!

„Allerburchwundigster und Der Rath von Magdeburg hat des Schwiden Ew. R. M. empfangen, in welchem erwähnt wird, daß Tungen von uns, die wir hier im Pictbrauentloster unter Ew. R. M. Schutze leben, Gewalt geschehen ist. Obwohl dies nicht unrichtig, so dürfen wir doch, damit nicht der Unrechte mit dem Schuldigen leide, und weil es auch unsere Pflicht ist, den Unschuldigen begünstigen, nicht unterlassen, auf die Bitten des Rathes Ew. R. M. mit aller Unterthänigkeit zu melden, daß der uns sehr wohl gestante Rath den Hohenhausen, der am 10. Juni, heutigens und nach dem heiligen Befehlen lüftern, in unser Kloster einzudringen suchte, durch eine bewaffnete Macht abgewehrt, und auch ferner durch eine Wache, die noch jetzt in unserem Kloster zur Vertheidigung verweilt, hoher Sorge getragen hat, daß nicht eines von blutdürstigen oder widerwärtigen Personen — wie ja solche in dergleichen Tumulten einer abgezerrten Religionspartei zuweilen sich finden — Hand an unser Leben oder unseren Besitz gelegt würde. Wahr ist es freilich allergnädigster Herr, und der Rath verneint es nicht, daß unser lieber Bruder Hegemann, nachdem er am Fronleichnamstage im Kloster St. Agnes das Hochamt celebrirt hatte, von einigen bis jetzt wie es heißt unbekanntem Händwillingen auf öffentlicher Straße nahe bei der Stadt sehr grausam gemordet worden ist. Laß ferner laugnen sie nicht, daß wie wir wiederholt vernahmen, zwei außerhalb der Stadt belegene Kloster, nach Abweisung alles Hinganges, erst ausgehungert, dann ausgebrandt und verwüstet sind. Aber der Rath sagt uns, daß diese Klöster nicht einem Schutze anvertraut gewesen sind, und verrietherte sehr glaubwürdige Personen berathen uns, daß ohne das Wissen und wider das Wollen des Rathes, einige Frechschänder dies Socrdilegium verübt haben.“

<sup>1</sup> Kriegsdien. J. 84. Vom 10. Juli. Das Original ist lateinisch.

„Nachdem also, allernüchternster Kaiser und Herr, die uns sehr wohlwollend gekannten Mitglieder des Rathes und die vornehmsten Bürger dieser Stadt den geleisteten Eid der Treue bisher nicht gebrochen haben, vielmehr dem Gehorsame für Ew. R. M. sich völlig zu widmen willig sind: so bitten wir<sup>1</sup> Ew. R. M. in schuldigster Demuth, Sie wollen in Ansehung dieses für Ew. R. M. pflichtvolligsten Rathes und um seiner Verdienste um uns willen dieser sehr herrlichen Stadt verzeihen, der Leidenschaft des geringen Volkes etwas zu gute halten, und, wenn Tugende zu strafen sind, mit Barmherzigkeit das Urtheil fällen. Ruhmvoller wird es Ew. R. M. sein, durch Barmherzigkeit als durch Schärfe über die Feinde zu triumphieren.“

„Wir aber, die Söhne des H. Norbert, sagen Ew. R. M. ob der gnädigsten Gefinnung für unseren heiligen Orden unseren tiefsten Dank, und unser lieber Rittersbruder Regidius, seines Heiles sicher durch den um Christi willen erlittenen Tod, wird im Himmel des von Ew. R. M. der Norbertinischen Familie geleisteten Schutzes gedenken, und auf Ew. R. M. und das ganze Reich den Segen Gottes herabflehen, daß er diejenigen, welche auf Krieg ausgehen, zerstreuen wolle. Das ist der Wunsch der demüthigen Söhne des heiligen Norbert im Liebfrauenkloster zu Magdeburg.“

Die in der Fürbitte der Prämonstratenser erwähnten, am 22. Juni ausgetrauten Kloster sind Kloster Berge am rechten Elbufer und St. Agneten in der Neustadt. Diese Plünderungszüge und Kämpfe dauerten fort mit gleicher Rohheit von beiden Seiten und wechselnden Erfolgen. Sie konnten genug des Unheils anrichten, die Sache nicht entscheiden. Dagegen ward bei dem andauernden Kriegszustande die Lage des Rathes immer beengter. Er mußte geschehen lassen, daß die Kriegspartei Gelegenheit nahm, den Schneidewan aus der Haft zu befreien, und fortan in der goldenen Krone seines Rathes pflanzte.<sup>2</sup>

Endlich, am 10/20. Juli, trafen in Magdeburg die vom Rathe sehulichst erwarteten Gesandten der Hansestädte ein, sieben an der Zahl,

<sup>1</sup> Augustus V. *Mitem omni qua par est, humilitate rogamus, ut intuitu deus Augustus V. obsequiosissimus, ob bona illius in nos merita, nobilis sumus hanc urbi parcat, furori plebeculae indulgeat, in misericordia, si qua plectendi, iudicium ferat. Hoc Augustus M. V. glorioius erit, miserando potius quam saeviendo de hostibus triumphare.*

<sup>2</sup> Relation nro. 421.

der den Frieden mit Wallenstein vermitteln sollten. Zunächst erfolgte ein neuer wichtiger Schritt innerhalb der Stadt. Der innere Zwiespalt zwischen Rath und Gemeinde lag den hanfischen Gesandten offen vor. Sie mahnten die Bürgerschaft zum Gehorsame und zum friedlichen Verhalten gegen den Rath. Diesen begegneten bewogen sie, neben den schon bestehenden achtzehn Viertelsherrn, noch die Wahl von achtzehn neuen Vertretern der Bürgerschaft zu gestatten, mit dem ausdrücklichen Verlage: „allein und bis so lange diese Plöcke und Kriegeslast wahren möchte.“<sup>1</sup> — Die Befugnisse dieser achtzehn neuen Vertreter gingen sehr weit.<sup>2</sup> „Sie sollten mit dem Rathe um alle Sachen der Stadt wissen, die Beschwerden der Bürgerschaft dem Rathe vertragen und also wegen ganzer Gemeinde neben dem Rathe bevollmächtigt sein und Plenipotenz haben, daß der Rath, Ausschuß und die Hundertmänner ohne deren Beifenshaft und Vollwort nichts schließen noch effectuieren dürfen oder mögen.“ Daraus entsprang für diese achtzehn neuen Vollstreckbaren der unglücklich klingende Name der Plenipotenzier. In dem Namen an sich selber lag nicht eine Vorbedeutung des inneren Friedens der Stadt.

Die Deputierten der Hanse hatten nach Magdeburg vier Forderungen Wallensteins mitgebracht und mit dem Rathe erzwogen. Die Forderungen redeten nicht von der Aufnahme einer Besatzung in die Stadt. Daher lauteten die Antworten des Rathes im Wesentlichen zustimmend. Wallenstein, der sein Hauptquartier nach Halberstadt legen wollte, trat auf dem Wege dahin im Anfange August in Wolmirstedt ein. Dahin begaben sich die Hanseaten.

Am 4. August traten sie vor Wallenstein.<sup>3</sup> Bevor sie ihre Rede beginnen konnten, fuhr er sie an mit den Worten: „Ihr Herren, Ihr müßt wissen, daß Ihr mit Herr R. W. General zu thun habt, und mich nicht für einen Narren halten. Es ist mir nicht um das Korn zu thun. Ich muß der Stadt versichert sein: es dürfen mir sonst alle meine Vindicatorn zu Schanden werden. der Rath ist der Bürgerschaft nicht mächtig.“ — Die Hanseaten bekämpften die Forderung der Besatzung. Wallenstein beharrte. „Ich kann es ihnen leicht machen,“ sagte er, „wie einer jeglichen Stadt. Sie werden mich nicht aushungern: ich kann sie aushungern. Man könnte die Einquartierung dadurch erleichtern, daß

<sup>1</sup> Hoffmann-Quaritz S.      <sup>2</sup> H. a. D.

<sup>3</sup> Der Bericht der Hanseaten bei Stedeh, Mecklen II, 174. Ein Auszug im Theatrum E. II, 61.

die Soldaten in der Stadt von dem erzstiftlichen Lande unterhalten würden. Sie könnten ihre Hüttlein auf den Wällen haben, damit die Bürger in den Häusern nicht beschwert werden.“ In ähnlicher Weise redeten der Kriegsrath Quesenberg und der Oberst Albringen. Die Hansaten hielten die Beforgnis der Magdeburger für ihre Religion entgegen. Jene verminten. Sie wiesen darauf hin, daß Wallenstein an seinem Hofe Persönlichkeiten verschiedener Religion habe und einen Jeden dabei belasse.

Wallenstein hatte geordert, daß außer den Hansaten auch Abgeordnete der Stadt Magdeburg vor ihm erscheinen. Es geschah am 1. August.<sup>1</sup> Sobald der Syndikus Denhardt seine Rede begann, fiel Wallenstein ihm ins Wort: „Wie habt Ihr Euch gehalten, Ihr Herren von Magdeburg? — Ist das nicht ein leichtfertig thörlisches Wesen, dessen sich Euer Böbel unterfungen und so rebelliert, wie es vorher niemals erhört, daß er dem Kaiser seine Leute erschlagen hat? Nun will ich dem Rathe Solches anheim geben: der mag sie strafen; denn ich halte denselben wohl entschuldigt und nicht für so unweise, daß er das sollte befehlen haben. Derwegen begehre ich solche Galgenstrafe nicht, sondern der Magistrat mag ihrer fünf oder sechs am Leben strafen, die übrigen bannisieren und ihre Güter confiscieren. Und ja noch eins, daß sie mir die beiden Kerle ausantworten, den Capitän, der bei dem ersten Ausfalle geweltet, und den andern, der nach der Rebellion sich in die Stadt begeben. Das ist meine Meinung, und daß sie sollen eine Garnison einnehmen.“

Der Syndikus Denhardt begann eine Antwort. Wallenstein fiel ihm wieder sogleich ins Wort mit heftiger Rede: „Ihr seid doch Verschwörer, und ich muß die Garnison darin haben, nicht meinerthalben, sondern des Kaisers. Er hat Eurer Stadt so viele Gnade erzeigt, wie keiner, und zwar durch mich: erstlich hat er Euch die beiden Städte gegeben, die doch dem Bischof gehören, zweitens die Besetzung gelassen. In Summa alle andere Städte: Augsburg, Nürnberg, Ulm, Eßling, Pannburg, Braunschweig, Hildesheim (kügen sich) dem Herrn Tilly, und Ihr wollet Euch dessen weigern? Ich lasse es dabei.“ Es bedarf kaum der Erwähnung, daß Tilly an jene Städte Anforderungen ähnlicher Art nicht stellte. Wallenstein wiederholte: „Ich muß die Garnison (darin) haben, denn ich komme doch hinein: das ist gewis. Und

<sup>1</sup> Bericht bei Windeck, Wallenstein II, 176.



weitend, daß ich die beiden Kerle heraus haben will, denen will ich lassen die Köpfe abschlagen, oder wo nicht, weil die Gnadenthür noch offen steht, soll es dann nicht heißen. ich bin unschuldig daran sondern es soll der Magistrat und die Anderen in gleicher Verdammnis stehen. Und so ich die beiden Köpfe nicht bekomme, soll es noch 2000 Köpfe kosten. Das ist meine Meinung.“ — Er winkte wiederholt mit der Hand zum Zeichen der Entlassung, und der anwesende Querstenberg bekräftigte es durch seine Geberden. „Damit,“ schließt der Bericht, „hatten wir unseren Weisheit, und gingen also nach gethoner Reuerenz zum Gemach wieder hinaus.“

Bei diesem Toben mag Wallenstein sich immerhin gedacht haben, daß er durch Einschüchterung seinen Zweck erreichen würde. In der Wirklichkeit legte er durch die Forderung einer Besatzung in der Stadt dem Rathe, der aus sich zu jedem gutlichen Ausgleich bereit gewesen wäre, den Zwang auf, mit der Kriegspartei zu gehen.

Der Rath und die Gemeinde lehnten die Forderung der Besatzung ab. Der Rath that dem General kund: er und die gesammte Bürgerschaft könnten es vor ihrem Gewissen und der Nachwelt nicht verantworten, in dieser schweren Zeit eine Besatzung einzunehmen, zumal da der Kaiser ihnen versprochen, sie nicht mit Einquartierung zu belegen. Die Stadt sei erbditig, nach dem Verhältnisse anderer Städte, Geld zu zahlen. Der Rath ersuchte um einen Paß zum Kaiser. Die Panseaten überbrachten dies Schreiben nach Halberstadt.<sup>1</sup>

Wallenstein ließ sie nicht vor. In seinem Namen antworteten Querstenberg und Albringen: es bleibe bei der Resolution. Zur Erklärung verstattete Wallenstein vier oder fünf Tage Frist. Die Bitte um einen Paß an den Kaiser sehe aus wie ein Zweifel an den Befehlen des Generals. Der Rath machte einen abermaligen Versuch in Halberstadt. Es war vergeblich. Er entschloß sich auch so sich abermals an den Kaiser zu wenden.

Dort war jedoch die Vertheidigungsschrift des Rathes vom 4. 14. Juli richtig eingetroffen und am 24. Juli im Reichshofrathe erwogen. Der Magistrat von Magdeburg hatte um eine Commission für den Kurfürsten Johann Georg ersucht. Dies erschien nicht thunlich wegen der Ansprüche des Prinzen August. Auch eine Commission vom Hofe aus war bedenklich

<sup>1</sup> Theatrum E. II, 152. Es sind dort zwei Relationen in einander vermischt, jedoch unterscheidbar. Vgl. Reubner 166

wegen Wallenstein. Der Reichshofrath<sup>1</sup> stellte daher dem Kaiser anheim, dem General „beweglich zuzuschreiben, ihm vor Augen zu stellen und zu repräsentieren, wie leichtlich hieraus ein neuer gefährlicher Krieg, eine Verbindung der Reichsstädte, welche sowohl der Religion als der Contributionen wegen exasperiert, mit ausländischen Potentaten, vornehmlich mit den Generalstaaten, so wie andere Ungelegenheiten entstehen könnten. Daher möge der Kaiser den General ermahnen, in dieser Sache gewahrlosam und behutsam zu verfahren, damit diese Inconvenienzen verhütet und dieses Werk ohne zu besorgende Weitläufigkeit gestillt, auch die Urheber und Anfänger dieser Unruhen zu gehöriger Bestrafung gezogen werden möchten.“

Mittelbar war doch wohl ein hauptsächlichlicher Urheber des Unheils Wallenstein selber. Obwohl das Gutachten des Reichshofrathes dies nicht sagt, so blüht aus dem Rathe der Mahnung an Wallenstein die Mithildigung deutlich hervor. Der Kaiser genehmigte das Gutachten, am 14 August, mit der Einschränkung jedoch, daß in der beizulegenden Abschrift der Eingabe des Rathes von Magdeburg „die harte Anzeige, durch welche der General offendiert werden dürfte, ausgelassen oder gemildert, und in dem Schreiben an ihn ausdrücklich gesagt würde: Ihre M. wollten gnädigst gern sehen, daß diese Sache in der Güte und ohne Waffen beigelegt würde.“<sup>2</sup>

Der kleine Krieg rund um Magdeburg ging unterdessen fort, trotz wiederholter Waffenstillstände. Die Wallensteiner erbauten bis zu 18 Schanzen. Dennoch kam es nicht zu einer Belagerung. Die Sache schien ernstester zu werden, als Pappenheim sich für einige Zeit in den Dienst Wallensteins stellte, mit dem Plane, der Elbe von Preßler aus ein neues Bett zu graben und sie dadurch von Magdeburg abzuleiten. Es blieb bei dem Versuche.<sup>3</sup>

Bedenklicher für die Stadt Magdeburg als dieser Kriegeszustand nach außen, war die wachsende Uneinigkeit nach innen. „Während“ der Zeit der Belagerung ist durch dergleichen Leute, welche sich als die beständigen Christen und Getreuen des Vaterlandes hervorzuthun suchten, der ganze Rath bei der Bürgerschaft so gehässig, verächtlich und verächtlich gemacht, daß sie auch des Rathes versiegelte Schreiben, die durch Trommelschläger hinaus an die kaiserlichen Officiere geschickt werden

<sup>1</sup> Das Gutachten in Kriegssachen S. 84. Abgedr. bei Gruber, *Wallstein* II, 171.

<sup>2</sup> *L. a. O.* 175.    <sup>3</sup> *L. a. O.* 178.    \* *Hoffmann-Gurtel* 3.

solten, zuvor in den Thoren erschrien, verlesen oder nicht mehr passieren lassen. Und weil der regierende Bürgermeister solches ihnen nicht verstaten oder annehmen wollen, ist die Suspicion der Bürger nicht allein mehr gehäuft, sondern auch stracks des folgenden Morgens durch den Capellan zu St. Ulrich, Dr. Gilbert, also in die öffentliche Predigt gebracht worden, daß man nämlich die Berräther, weil sie ihre Schreiben nicht wollen lesen lassen, erkennen und wissen könne, und was etwa dergleichen Worte mehr gewesen, durch welche nicht allein besagter Bürgermeister, sondern auch der ganze Rath heftig angegriffen und sich hochlich deroß beschimpft befunden. Und abgleich der Rath deswegen den Capellan vorfordern lassen, ihm Vorhaltung zu thun, hat sich doch das ganze Munsterium seinemwegen incompromitt und gebeten, daß man die Worte eines Predigers also böse nicht ausdeuten wolle, zumal dem Capellan nicht alles mehr bewußt, was zum selben Rath der heilige Geist — so lauten die Worte — „auf der Kanzel durch ihn geredet“. Er bezogte gleichwohl hiermit, daß er keinen des Rathes gekannt hätte ufm. Somit denn der Rath zufrieden sein und die Sache hinfegen müssen, so lange es wiederum etwas Hauch auf die Wahn gebracht und eine andere Berrätherei angegeben worden.“

Der Rath, in seinem Wunsche nach einem gütlichen Abkommen beharrend, fand eine geeignete Persönlichkeit zur Wiederannäherung mit Wallenstein in dem früheren Rathsherrn Johann Almann, der bei dem großen Haufen in Magdeburg in besonderer Weise als „kaiserlicher Schelm und Berräther“ galt, in der Wirklichkeit es ehrlich und treu mit seiner Vaterstadt meinte.<sup>1</sup> Auf Wallenstein mochte die kaiserliche Mahnung vom 14. August, oder auch der geringe Erfolg der bisherigen Maßregeln, nicht ohne Eindruck geblieben sein. Er gab neue Verhandlungen zu, an denen abermals die Hanseaten Theil nahmen. Diese Verhandlungen währten den Monat September hindurch. Nicht sie jedoch waren bestimmend für Wallenstein, sondern Einrichtungen anderer Art.

Auch ohne die Hölle Wallenstein waren doch die weiteren Eingaben des Rathes von Magdeburg nach Wien gelangt. Der Reichshofrath erwog sie am 20. August, und gab anheim, sie an Wallenstein zu überweisen.<sup>2</sup> Dessen Rath war inzwischen nicht im Steigen. Am 2. September meldet er aus Halberstadt an Colalto. „Ich habe Nachricht, daß der Schwede genau auf Stralsund und von dort aus den

<sup>1</sup> Vgl. hier Gerdt: Nothwendiger Vortrad ufm.

<sup>2</sup> Kriegsbuchh. S. 64

Krieg in Deutschland continuieren will. Die Hansestädte halten einen Tag, und der Schwede schickt seinen Gesandten auch dahin. Ich will jetzt sehen, wie die Sache mit den Magdeburgern wird können componiert werden.“<sup>1</sup> — Überhaupt athmen seine Briefe damals nicht den Ausdruck der Zuersticht. „Ich bitte,“ heißt es weiter, „der Herr sage dem Kaiser und den Ministern, daß sie von dem weltlichen Krieg ablassen, denn wir werden gewiß den Kitzgeren ziehen.“ Einige Tage später, am 8. September, schreibt er: „Von hier berichte ich, daß der Schwede und die Hansestädte über uns wollen. Ich muß eine gute Disposition hier verlassen;“ denn Alle warten auf ihn wie die Juden auf ihren Messias.“<sup>2</sup>

Die Worte stehen etwas in Widerspruch mit den hochfahrenden Aeußen Wallensteins einige Monate zuvor, wo er die Hanse zertrennen wollte. Sie waren übertrieben in dem einen Falle wie dem anderen. Wallenstein erkennt die von dem Schweden her drohende Gefahr: eine Verbindung desselben mit der Hanse jedoch bestand nicht. Nur die Furcht Wallensteins davor ist der geschichtliche Factor, der in Betracht kommt.

Am 4. September ward im kaiserlichen Rathe beschlossen, mit der Magdeburgischen Sache abzuwarten, bis Wallenstein sich weiter erkläre. Einige Tage später erstattete ihm der kaiserliche Rath Walmerode Bericht über seine Sendung an Christian IV., der sich in Strande befand, so wie über seine Wahrnehmungen bei den Hansestädten.<sup>3</sup> Der König hatte ihm gegenüber die Gefahr von dem Schweden her nicht hoch angeschlagen. Das schwedische Land sei wegen des zum Kriege angehobenen und daher schwer belasteten Landvolkes ganz verödet, die Armer ruiniert, und darum sei es nicht zu vermuthen, daß Gustav Adolf einen so mächtigen Feind wie den Kaiser angreifen werde.

Bevor Walmerode sich verabschiedete, trat der königliche Secretär Glinther vertraulich zu ihm. Er fragte, wozu die Werbungen im Reiche? — Walmerode nannte die äußeren Feinde. „Alle diese Differenzen,“ entgegnete Glinther, „würden leicht auszugleichen. Der größten Feind jedoch, dessen sich der Kaiser zu besorgen, nennen Sie nicht. Dieser Feind ist die allgemeine Unzufriedenheit im Reiche, die in der Holländer Glück und Fortschritt ihren Stützpunkt findet. Die Mehrheit der Eur-

<sup>1</sup> Glaucoch 171.    <sup>2</sup> Örtter. Provinzialismus für anordnen, einrichten, treffen.

<sup>3</sup> H. u. D. 172.    <sup>4</sup> Kraglacker F. 84. Vom 12. September.

fürsten und Bünde des Reiches ist mehr als jemals misvergnügt. Es mangelt ihnen Allen, am ihre Intentionen ins Werk zu setzen, nur an der Gelegenheit, die sich doch vielleicht eher als gut ist, darbieten möchte. Die Schuld davon tragen die harten Geldverdrübungen und die Reformationen.“

Damals hatte Kubes einen Hausatag ausgeschrieben, dessen, wie wir gesehen, auch Wallenstein gedacht hatte. Auf der Rückkehr in Hamburg vernahm Walmerode, daß in Kubes viel gehandelt werde von den Reformationen in Städten und auf dem Lande. Es gehe die Rede: der Kaiser wolle den Religionsfrieden nicht halten, sondern überall die lutherische Religion einführen. Er wolle sich der Städte bemächtigen und gleich, wie jetzt mit Magdeburg geschehe, alle, eine nach der andern, angreifen. Man habe, vernahm Walmerode weiter, in Kubes weder auf Krieg, noch auf Frieden geschlossen, sondern auf eine Deputation an den Kaiser, zunächst zu Gunsten der Stadt Magdeburg, damit die Belade aufgehoben werde. — Dann fügt Walmerode seine eigene Ansicht hinzu.

„Das Alles ist sehr gefährlich. Es ist zu erwägen, ob, wenn jede Stadt, die für sich ein Bollwerk ist, sich sovielartig erzeigen, Contributionen verweigern will — es dann möglich sein würde, vor jede Stadt eine Armee zu legen. Dem zuvorzukommen, gibt es kein besseres Mittel als daß K. J. W., weil Gefahr im Verzuge, den Städten diesen Rath, der wegen gänzlicher Aufhebung des Religionsfriedens, Unterwerfung aller Städte und was dergleichen mehr, von wichtigen Maschinen eingebildet wird, durch eine besondere Befehdung etwas beschleunigen thät. Es liegt viel am Gewinne der Zeit, daß man das ins Werk richte, antequam res apud plebem praecipitetur.“

„Demnach aber die Garnisonen den Städten sehr verächtlich und fast unentbehrlich, wie die Beispiele bisher beweisen, so wäre zu erwägen, ob nicht außerhalb dieses Extremes andere Mittel zu finden.“

„Man hat mir gesagt, daß allein in Hamburg in wenigen Stunden etliche Tonnen Goldes in Bereitschaft gebracht werden können. So begierig sei der gemeine Mann, in Folge der ihm gemachten Einbrüche alles das Seinige vorzuschicken.“

Das Schreiben Walmerodes gelangte auch nach Wien. Darauf ward im innerlichen Rathe beschlossen, daß Wallenstein mit den Städten, namentlich Stettin und Magdeburg, tractiren möge.<sup>1</sup>

Inzwischen waren jene Unterhandlungen vor sich gegangen, an denen im Namen Wallenstein's Pappenheim sich, so weit erkennbar, wohlwollend betheiligte. Zu Ende September trafen in Magdeburg hantische Deputirte ein. Es handelte sich abermals wie früher, um eine Gesandtschaft an Wallenstein persönlich, bestehend aus jenen Hansfeuten und einigen Magdeburgern. Diese wurden ermächtigt, im gegebenen Falle dem General eine bestimmte Summe Geldes anzubieten.<sup>1</sup>

Nachdem Pappenheim die erforderlichen Pässe überliefert, fuhr die Gesandtschaft am 5. October von Magdeburg ab, und trat am 7. in Halberstadt vor Wallenstein. Wieder nahm er zuerst das Wort, jedoch in anderer Weise als zwei Monate zuvor.<sup>2</sup> „Man wisse wohl,“ sagte er, „wie die Magdeburger sich an der R. Majestät vergrieffen, also daß dergleichen Exempel im R. Reich nicht erhört. Weil sie sich aber erkannten, auch die Abgeordneten der Hansstädte für sie so inständiglich anhielten, so wolle er, wie ihnen alldemals würde vermeldet worden sein, als Stellvertreter der R. M. ihnen alles erlassen und sie zu Gnaden auf- und angenommen haben. Sie sollen auch, neben den anderen Hansstädten, gleich den Reichsfürsten der Religion halber versichert werden. Der Rath werde die Schuldigen strafen, den Pöbel in gebührendem Zwange halten, die Regierung besser anstellen und verwalten, daß dergleichen nicht mehr geschehe.“

Im Namen der Stadt Magdeburg dankte darauf der Syndikus Denhardt „mit beweglichen Worten für solche hohe und fürstliche Gnade, und daß (damit) J. Fürstliche Gnaden ein sonderbares Werk Ihrer hochwürdl. Magnanimität erweisen, des Erbietens, wie die Stadt Magdeburg je und allezeit in der R. M. Devotion allunterthänigst verbleiben, daß sie darta nicht minder auch nochmals verbleiben wolle.“ Dann bot der General den Magdeburgern der Reihe nach die Hand, und ließ durch den Herrn von Walmerode die sämtlichen Gesandten theils zu seiner, theils zur Rittersakel laden.

Die Forderung einer Bräutigam in Magdeburg ward also mit Stillschweigen begraben, nicht dagegen diejenige einer Abfindung für die Contribution. Wallenstein erklärte, sich mit 50000 Thalern begnügen zu wollen.<sup>3</sup> In Betracht des schweren Schadens jedoch, den die Stadt erlitten, erließ er ihr auch diese Summe. Er verlangte nur noch die

<sup>1</sup> Meuselner 188.

<sup>2</sup> Wendt, Wallstein II, 174. Aus dem sächsischen St.-Archiv.

<sup>3</sup> Hoffmann III, 168.

Erstattung des genommenen Betrides. Die Summe betrug 10000 Thaler. Sie ward bezahlt und damit, nach einer Belade von 20 Bogen, im October der Friede geschlossen. Der fern Verkehr ward hergestellt.

Es ward Friede für Magdeburg. Die Glocken läuteten. Die Geistlichen hielten Dankpredigten. Die Geschütze donnerten, nicht mehr um zu tödten, sondern zum Gruß. Die Bürger begaben sich hinaus in das Lager der Wallensteinier, und wiederum die Soldaten in die Stadt. Man kaufte und verkaufte. Man bewies beiderseitige Freundschaft. Wie die Bürger im kaiserlichen Lager nicht merkten konnten, daß sie zuvor Feinde gewesen, eben so wenig die Soldaten in der Stadt. Es war Friede.

Und dennoch war es für die Stadt ein Friede nur nach außen. Ihr Vorführer hatte dem General den Dank der Stadt abgestattet für seine fürstliche Gnade in der Bewilligung des Friedens. In der Wirklichkeit lag in dem Vergleiche des Ausgangs mit dem Beginne die Thatsache vor Augen, daß nicht auf Wallensteins Seiten die Ehre des Sieges sich fand. Die fürstliche Gnade, die er bewies, war der vollendete Witzzug, geradezu einer Niederlage gleich. Der Sieg dagegen kam nicht dem Marke zu statten, welcher immer hatte unterhandeln wollen, sondern der Actionspartei, welche von Anfang an gefordert hatte, sich der Wallensteinier mit den Waffen zu erwehren. Indem diese Partei nicht wußte, welche andere Factoren auf Wallenstein zum Glückzuge eingewirkt, konnte es ihr scheinen, daß dieses Nachgeben die Frucht ihres Thuns sei, daß es vom Beginne an nur das entscheidende Auftreten bedurft hätte, um sich der kaiserlichen Truppen zu erwehren. Der gemeine Mann, der schwer unter der Erwerbslosigkeit litt, war leicht dahin zu überreden. Dieser Ansicht gemäß handelte der Rath offenbar zu furchtsam, zu bedenklieh. Er bedurfte des Sporns. Dieser Sporn fand sich in den Plenipotenzern als Vertretern der Bürgerschaft.

„Obwohl der Plenipotenzier nur und zwar nur für die Zeit der Belade angesehen gewesen: so hat doch nachmals der Rath sie zu cassiren und abzuweisen, vor dem gemeinen Manne sich nicht unterstehen dürfen, sondern sie haben ihre Zusammenkünfte in der Beierschule zur goldenen Krone und andern Häusern setzen gehalten.“<sup>1</sup>

Wallensteins Angriff auf Magdeburg hat im Beginne, Verlaufe und Ende eine starke Ähnlichkeit mit demjenigen auf Stralsund. In

<sup>1</sup> Hoffmann-Guthke S.

beiden Fällen entsprang der von dem Kaiser vorher nicht gut geheißene, ihm nicht einmal angemeldete, nicht berechtigte Angriff auf eine Stadt, deren Obrigkeit sich als laicirtes bewies, der persönlichen Habgier und Herrschsucht Wallensteins. In beiden Fällen hielt er auch dann noch an dem Unrechte und der Thorheit fest, als schon die Unwahrscheinlichkeit des Gelingens offen vorlag. In beiden Fällen mußte er endlich ruhmlos ablassen. In beiden Fällen hatte er direct gegen sich, und indirect gegen den Kaiser, dessen General er war, viele Gemüther aufs tiefste erbittert. Und endlich hatte er durch sein Unrecht und seine Thorheit die Stadt Straßund dem Schweden zugetrieben, in der Stadt Magdeburg mittelbar den Weg gebahnt für die Ochlokratie.

Diese war thatsächlich da. Sie erstrebte die Legalität. Das Banner welches sie empor hob, war, wie immer damals, das Wort der Religion. Bei Vielen mochte die Verkündigung des Restitutions-Edictes den Namen zu rechtfertigen scheinen. Auf die Bedeutung des Edictes also haben wir unsere Blicke zu richten.

## 7. Frage der Bedeutung des Restitutions-Edictes für die Fortdauer des Krieges.

Jener Bericht Walmerodes über den Hansetag in Lübeck, und namentlich über die Stimmung dort gegen das Restitutions-Edict, ließ eine Beschwichtigung als gerathen erscheinen. Deshalb richtete Wallenstein, bevor er jene Gesandten von Magdeburg und der gesammten Hanse entließ, zum Abschiede an sie die Worte<sup>1</sup>: „Wir sehen, daß das hiervor eingerissene und von Tag zu Tag zunehmende Mißtrauen vornehmlich daher rührt, daß man die Leute bereden will, es würde die evangelische Religion gänzlich ausgerottet werden. Damit nun solches gottlose Mißtrauen als der Ursprung alles Übels den Leuten aus den Herzen gerissen und das alte gute Vertrauen wieder gepflanzt werden möge: so wollen wir bei der R. M. uns äußerst bemühen, damit die sämmtlichen lutherischen Hansestädte dessen eine solche Affecuration erlangen mögen, mit welcher sie verhoffentlich ganz wohl zufrieden und uns dankbar sein werden.“

<sup>1</sup> So Schützlers Bericht bei Gindely, Wallstein II, 194. Nach Nachgabe dessen dürfte der andere Bericht dort S. 182, der seinen Gewährsmann aufweist, zu emendiren sein.



Das kaiserliche Schreiben an Küssel und die anderen Hansestädte erfolgte am 20. October! „Wie allezeit,“ heißt es darin, „so können und wollen wir auch noch Jedermänniglich versichern, daß uns niemals in den Gedanken gekommen, einigen hohen oder niederen Stand des Reiches gegen den Religions- oder Profanfrieden widerrechtlich zu beschweren, sondern daß wir vielmehr entschlossen sind, den davor Verlehtigten gleichmäßige Berücksichtigung widerfahren zu lassen, einen Jeden bei seinem wohl erlangten Rechte und hergebrachten Privilegien mit kaiserlicher Macht zu schützen und zu sichern, auch auf alle mögliche Mittel zu denken, wie die zwischen unserer kaiserlichen Armada und den Städten Stralsund und Rügenburg entstandenen Differenzen auf glühlichem Wege beigelegt werden können.“

Wallenstein selber versprach sich von diesen Zusicherungen geringen Erfolg. „Mit den Rügenburgern,“ schreibt er am 11. October an Colalto, „habe ich zwar die Sache accommodirt, aber daß ich die Hansestädte von der Devotion für den Schweden und für die Holländer sollte abwendig machen, das ist keine Möglichkeit. Das Alles verursacht die uneinige und scharfe Reformation, wie auch das kaiserliche Edict wegen der Restitution der geistlichen Güter und die Ausschaffung der Calvinisten. Die von Bremen sind in die äußerste Deveneration gerathen“ usw.

Es fragt sich, in wie weit diese Behauptungen Wallensteins den Thatfachen entsprachen.

Den gründerlichsten Mitgliedern des Hansebundes, Küssel und Hamburg, stand als ungewisselhaft freien Reichsstädten das sogenannte jus reformandi zu. Sie hatten es durchgeführt vor dem Vertrage von Passau und dem Religionsfrieden von Augsberg. Ihnen also brachte das Restitutions-Edict keine Gefahr. Da die Stadt Bremen, deren Reichsfreiheit nicht ungewisselhaft war, sich damals, im October 1629, in Desperation befand, wird der Verlauf der Dinge uns darthun.

In der Wirklichkeit fürchteten sich die Haupter dieser Städte weniger vor dem Restitutions-Edicte als vor der Gewalt Wallensteins. Er hatte Stralsund belagert, bevor das Edict erlassen wurde. Er hatte Rügenburg blockirt, bevor die Kunde des Edictes sich verbreitet hatte. Er hatte drohende Mepen gegen den Bestand der Hanse ausgestoßen. Den Eindruck alles dessen, die Bejergnis der Hansestädte für die eigene Sicher-

\* Kriegsbuch S. 24.

\* Schlusatz 179

heit konnten weder er, noch auch der Kaiser selber hinwegtügen durch beruhigende Versicherungen über die Tragweite des Edictes. Die Hansestädte, außer Stralsund, waren nicht im Bunde mit dem Schweden, aber sie waren und blieben auf ihrer Hut vor Wallenstein. Dabei lag es in ihrem Interesse, diese Gefahr in dasjenige Gewand zu kleiden, welchem damals die Popularität immer in sicherer Aussicht stand, dasjenige der Religion.

Und damit berühren wir abermals die hauptsächlichste Gefahr, die durch das Restitutions-Edict herauf beschworen war, nicht bloß in Betreff der Hansestädte, sondern überhaupt. Wir haben sie bereits vernommen aus der ersten Antzeigung des Kurfürsten von Sachsen auf den Erlaß des Edictes, nämlich die Gefahr, daß in den nicht-katholischen Ländern die Abneigung gegen das Edict und der Unmuth über den Militärdruck der Wallensteiners in einander fließen würden. Und zwar half Wallenstein selber mit dazu, indem er, nach dem Erscheinen des Edictes, wiederholt den Versuch machte, die Erbitterung gegen ihn und sein Kriegessystem dem Edicte beizumessen. Und doch hatte ja dieser Unmuth gegen ihn bereits auf dem Tage zu Mühlhausen, im October 1627, aus dem Munde sämtlicher Kurfürsten einen sehr berechneten Ausdruck gefunden. Dagegen lag es für die Opposition gegen das Edict nahe, die zwei verschiedenen Factoren der Abneigung in einander zu verweren. Wie Johann Georg diese Vermengung in Aussicht gestellt, so finden wir sie bereits in den ersten Beschwerden<sup>1</sup> des schwäbischen und des frankischen Kreises über das Restitutions-Edict. Das Bestreben dieser Vermengung ist fortan im Steigen. Die Furcht, ob wahr, ob eingebildet, vor der Durchführung des Edictes wächst mit der Abneigung und dem Haß der Menschen gegen Wallenstein und seine Schwaarm zu einem mächtigen Factor zusammen.

Wie bei dem Kaiser, so erregte auch bei einer gewichtigen Persönlichkeit der Liga jener Hansetag in Lübeck schwere Bedenken. In den Meldungen über jenen Tag hatte Lütz dem Kurfürsten Ferdinand von Köln gegenüber die Worte gebraucht: es scheint ihm, daß man in Lübeck darauf ausgehe, einen Religionskrieg zu erzwingen. Die Worte fanden Boden bei Ferdinand. Er meldet zu Anfang October, seinem Vetter

<sup>1</sup> Thesaurus E. II, 38.

Franz Wilhelm von Dänabrück seine Ansichten darüber.<sup>1</sup> Sie drängen sich zusammen wie folgt: „Der Tag zu Lübeck ist wenig erfreulich. Der Schwede hat dort mitgewirkt, hat zu Vändnissen und zum Widerstande gerathen. Zwischen ihm und Polen ist ein Stillstand der Waffen getroffen: er hat jetzt freie Hand. Der Herzog von Württemberg hat bereits einen Anfang zum Widerstande gemacht. der Kurfürst von Sachsen beharrt bei seiner Ansicht gegen das Edict. Die Macht der Holländer ist im Steigen. Bei den Spaniern ist alles sehr schlecht, sowohl daheim, wie in den Niederlanden. Der Kaiser hat sich zur Unzeit in den italienischen Krieg verwickeln lassen. Die Hülfsmittel, die Spanien etwa noch aufbringen kann, gehen dahin. Der dänische König hat auf deutsche Fürstenthümer für seine Söhne nicht verzichtet. Dagegen wissen wir, wie auf katholischer Seite die Sachen liegen. Wenn die Reichsstände die Contributionen verweigern, die bisher den kaiserlichen Herrn gereicht sind: so steht die Sache bedenklich. Darum wäre um des gemeinen Befens willen wohl zu erwägen, ob man bei Belligerung der kaiserlichen Commission mit beständigem Nachdrucke werde fortkommen können.“

So kurz die Andeutungen, so berühren sie, namentlich die Frage zum Schusse, doch alles was in Betracht kam. Die Ausführung des Refraktions-Edictes war, bei aller unumwandelhaft rechtlichen Grundlage, dennoch actual eine Frage der Macht. Die Macht zur Seite des Kaisers und der Liga war vorhanden. Der Kurfürst Ferdinand weist hin auf die vielfache Gefahr, daß auch auf Seiten der Gegner eine solche Macht sich erheben könne.

Einweilen jedoch war damals, im October 1629, eine solche Macht nicht da. Es fehlte der Parta der Reichsfürsten, die entgegen stand, die Einigung. Wir sehen den Herzog Julius Friedrich von Württemberg, vom Beginne des Monats September an, bei dem Kurfürsten Johann Georg auf die Verufung eines Conciltes zu diesem Zwecke dringen.<sup>2</sup> Denn ohne diesen mächtigsten Kurfürsten war keine Aussicht auf Widerstand. Mit Julius Friedrich vereinigte sich zu einer gemeinsamen Vorstellung bei Johann Georg der Markgraf Christian von Brandenburg. Die Antwort Johann Georgs<sup>3</sup> vom 9. November, ist sehr gewichtig.

„Wir zweifeln nicht,“ heißt es darin, „daß E. M. H. E. beiderseits alles dasjenige, was dagegen in bedächtige Consideration zu ziehen,

<sup>1</sup> Vom 9. October, ganz in Ziffern, im Dänabrücker D. C. Archiv.

<sup>2</sup> Zuph 128.    <sup>3</sup> Abschrift derselben im Regestbuch S. 87.

genugsam erwogen haben. Allein wir stehen dabei in dem fürsorglichen Bedanken, es dürfte das vorgesezte Ziel dadurch nicht allein nicht erreicht werden, sondern die L. Majestät vielmehr sich ebfirmieren, das publicirte Edict einen Weg als den andern in Kraft zu setzen. Denn weil Dero Erklärungen und Antworten bisher durchaus abschlägig gelautet, werden Sie im wenigsten davon abgehen. Ihrer Meinung gar nicht ändern, dazu eine Zusammenkunft aller evangelischen Stände ungnädigst vermerken, daraus allerhand Argwohn und Verdacht schöpfen, und sich eines Andern nicht versichern, als daß man evangelischen Theils intentionirt, per forza durchzubringen und J. R. M. gleichsam zu nöthigen, daß Sie wider Ihren Willen sich accommodieren sollen. Das ist rebus ita stantibus so wenig zu hoffen, als wenig die katholischen Stände, wegen der in Händen habenden Vortheile, Ihrer L. M. jemals ein Solches rathen werden. Eher wäre zu befahren, daß man daher Ursache nehmen möchte, noch nicht motus und Ursachen im Werke anzusetzen, und das ganze nach Inhalt der Augsburgerischen Confession auf Gottes eilten seligmachendes Wort gegründete evangelische Bekenntnis über einen Haufen zu werfen. Zumachen es dann leider bei solchen Occurrentien an frechhässigen Worten und Zerstückern aller Wort wohlgefügigen Harmonie nicht erangeln thut. Wie uns nun hochbedenklich fällt, unsere wahre christliche Religion dergestalt auf die Spitze des ungewissen sorglosen Occident zu legen: so werden wir G. K. für entschuldiget halten, daß wir Deroelben dinstalls nicht so, wie wir gern wollten, begegnen können."

Das Schreiben ist für die geschichtliche Entwicklung der Dinge von keinem Gewicht. Johann Georg lehnt nicht etwa eine Forderung ab, der Ausführung des Restitutions-Edictes mit bewaffneter Hand entgegen zu treten. Vielmehr lehnt er die Aufforderung ab, eine Zusammenkunft zu berufen, die den Schein einer solchen Absicht erwecken könnte. Nicht einmal den Schein einer solchen Absicht will das Haupt der lutherischen Reichsfürsten auf sich kommen lassen. Nicht also an das Restitutions-Edict als solches knüpft sich die Verlängerung des deutschen Kriegesamters. Es ist ungeschichtlich, fragen zu wollen, was geschehen wäre ohne den Einbruch des Schweden. Aber Thatsache ist, daß erst durch den Einbruch des Schweden der Krieg aufs neue begann, und Thatsache ist ferner, wie wir gesehen,<sup>1</sup> daß der Entschluß des Schweden zum Einbruche in das Reich, erst langen Jahren erwogen, erstand im December 1628, eine Reihe von Monaten vor dem Erlasse des Restitutions-Edictes.

<sup>1</sup> Oben S. 106 ff.

Damals, im Herbst 1629, war die Ausführung erst im Beginn. Wir werden sie also überschüßig erst später und vergegenwärtigen können, wo das neu auflodernde Kriegesfeuer Einhalt gebot. Zunächst fordern unsere Aufmerksamkeit für den Herbst 1629 die Gefahren des Reiches von außen her.

Der Kurfürst Ferdinand von Köln hatte in seinem Bedenken über die Ausführbarkeit des Restitutions-Edictes, im October, hingewiesen auf eine Reihe von auswärtigen Gefahren: auf die Republik der Niederlande, auf die Wirren in Italien um Mantua. Nicht genannt hatte er eine Gefahr von dem Schweden her. Wir haben das Verhalten aller drei Mächte noch einander ins Auge zu fassen.

### 8. Die Gefahr des Reiches vor den Holländern im Jahre 1629.

Die Generalstaaten hatten dem Dänenkönig Christian IV. die im Haag durch seine vom December 1625 versprochenen Subsidien immer richtig bezahlt. Dessen ungeachtet hatte der Däne den Gesandten derselben, Joppus von Rheims, im Frühlinge 1629, nicht in das Geheimnis seines Friedenshandels eingeweiht.<sup>1</sup> Indem jedoch die Holländer ahnten was vorging, suchten sie den Abschluß zu hintertreiben. Der schwedische Oberst Rorger unternahm einen Angriff während der Unterhandlungen. Wallenstein durchschaute die Gasse. „Das haben die schelmischen Holländer in Schuld,“ schrieb er, „denen Rorger mehr anhängt als dem Könige.“<sup>2</sup> — Im Haag lagen, auf Annahme auch Frankreichs, für Christian IV. die nötigen Subsidien bereit.<sup>3</sup> Dies Geld freilich hätte Christian IV. noch gern genommen. Noch am 18/28. Juni ersuchte sein Resident im Haag um Subsidien für die Flotte des Königs in der Ostsee.<sup>4</sup> Das ward mit Bestreben vernommen, und gut gefunden den Residenten in die Versammlung der Generalstaaten zu führen. Dort ward ihm eröffnet, daß die Hochwägenden erst zwei Tage zuvor Willens gewesen seien, einen Wechsel von 100,000 fl. für Christian IV. zu zeichnen, daß jedoch inzwischen Nachricht gekommen sei von Blodengeldern und Lancendonner zu Lubek wegen des geschlossenen Friedens. Erst dann sprach der Däne seinen Dank aus für die Mittheilung dieser bis dahin ihm unbekannten Nachricht.

<sup>1</sup> Capellen I, 510. Antezema II, 207. <sup>2</sup> Skiermes 134.

<sup>3</sup> Antezema II, 930. <sup>4</sup> B. u. O. 787.

Damals stand es in der Hand der Generalstaaten, auch ihrerseits Frieden zu machen, den Krieg gegen den angekommenen Erbherren, den König von Spanien, mit Vortheil zu beenden. Mehr als einmal hatte die Insanun zu Brüssel ihre Geneigtheit zum Frieden deutlich machen lassen. 1626 ging der Brugg von Lranien so weit darauf ein,<sup>1</sup> daß er von Privatleuten die Vorschläge eines Privatmannes von jener Seite entgegen nehmen ließ. Damals verlangte der König von den fliegenden Abteilen, eine Recognition jährlich aus den Domänen, Fülle mit einigen Schiffen, in den Hauptstädten für die Katholiken je eine Kirche, Gebrauch der Schiffe zum Handel und zur Schifffahrt für seine Unterthanen in den erzugeliebten Provinzen. — Solche Vorschläge, erklärten die Hochmögenden, sind ohne alle und jegliche Aussicht auf Annahme.

Die Spanier waren zur Abschwächung bereit. Im Jahre 1629 ward auf demselben Wege hand gethan, daß die Insanun vom Könige unbeschränkte Vollmacht habe.<sup>2</sup> Daraus ergab sich, daß sie die drei ersten Forderungen lassen ließ. Es handelte sich nur um die Oeffnung der Schiffe, und auch diese Forderung ward augenscheinlich nur erhoben, um die Reputation des Königs zu wahren. Der holländische Privatmann entgegnete: auch diese Forderung sei ohne alle Oeffnung einer Annahme. Der Spanier erwiderte, seine Regierung würde zufrieden sein, den vorigen Waffenstillstand zu erneuern. Das schien der Überlegung werth. Das Versprochene ward dem Bruggen überbracht, und dieser schickte den Unterhändler an die Generalstaaten. Die Ansicht des Bruggen Friedrich Heinrich war: wenn die Generalstaaten Frieden machen wollten, so könnte es mit mehr Nutzen und Vortheil nicht geschehen. Im anderen Falle müßte man den Krieg offener weiter führen. Die Generalstaaten erwoogen und beschloßen die einzelnen souveränen Provinzen zu befragen.

Der Auschub war, wenn auch verfassungsmäßig, doch bei der hochgehenden Stimmung der Gemüther, der Verbete der Ablehnung. Der Muth der Holländer war gehoben durch den reichen Fong, den im Jahre zuvor der Admiral Piet Hein im Angesichte der Flottenmacht an der spanischen Silberflotte gemacht. Die dadurch gewonnenen Mittel setzten sie in den Stand zu dem bisher nicht gewachten Unternehmen auf die Feste Portogembosch, die wie eine stachelichte Gabe ihnen ins Land regte. Umge worden nachher sogar der Meinung: das Friedensverbot sei nur geschehen, um diesem Angriff zuwerzulenommen.<sup>3</sup> In der Verflücht war

<sup>1</sup> S. a. O. 207. <sup>2</sup> S. a. O. 210. Capellen I, 207. Wagenaar I. XLI § 20.

<sup>3</sup> Capellen I, 207.

der Plan dieses Angriffs, der dann den Feldzug des Jahres 1629 ausfiel, bis auf die letzte Stunde ein Geheimnis des Prinzen Friedrich Heinrich.

Wie der König Philipp IV. gern durch einen Frieden, wie immer, von diesem verzehrenden Kriege gegen die Holländer losgekommen wäre: so rief er andererseits zu diesem Zwecke auch die Waffen an. Der Spanier Antonio legte vor seinem Schreiten aus Wien, gegen Ende 1628, nochmals die Bitte vor, der Kaiser möge gegen die Holländer als die ersten Urheber der ganzen Rebellion und aller Calamitäten im Reiche seine gesammten Streitkräfte und alle Macht verwenden<sup>1</sup>. — Der Kaiser erwiderte: er würde es gern thun, wenn nicht ringsum die Feinde ihn bedrohten: von Norden her der Däne und der Schwede, von Osten her Dießeln Waber, von Westen her Frankreich. Er ersuchte den Kurfürsten Maximilian, dem General der Liga, deren Truppen bis in Ostrieuoland standen, den Auftrag zum Vorgehen gegen die Holländer zu geben. Das sei um so mehr gerechtfertigt, schrieb der Kaiser, weil die Holländer die auf dem Reichsboden gelegenen Festungen Staden und Keerora, deren sie sich mit Gewalt und Arglist gegen den Landesherren bemächtigt, nach wie vor besetzt hielten.

Der Kurfürst Max legte diese Aufforderung des Kaisers dem Liga- tage in Heidelberg vor, im Februar 1629<sup>2</sup>. Der Beschluß desselben lautete: „In Betreff der Holländer sind die Bundesglieder der endlichen und einhelligen Meinung, daß diese wenigen katholischen Kurfürsten und Stände, welche sich zu dem Bunde bekennen, sich in einen solchen schweren Strug nicht einlassen dürfen. Daher auch das ganze römische Reich, unangelegen das der König von Spanien und das hochlobliche Haus Oesterreich bei verschiedenen Reichstagen oft und inständig gesucht und die vorigen Kaiser es eben so gern gesehen hätten, dennoch sich niemals dazu haben bereden lassen wollen, sondern jederzeit die Neutralität gehalten und vermoge der Reichsabschiede darauf geschlossen. Daher würde es der Liga nicht verantwortlich sein, wenn sie sich aus solchen allgemeinen Reichsabschlüssen schreiten und die Neutralität brechen wollte.“

<sup>1</sup> *Stragfaccen* S. 68. Der Kaiser an Maximilian: *et adversus Holandos, primos totius rebellionis, omniumque Imperii calamitatum auctores vires nostras bellicas et potentiam omnem convertere vellemus.*

<sup>2</sup> *Stragfaccen* S. 68.

Aber die Liga wollte auch nicht durch einen direkten Abschlag den König von Spanien erzürnen. „Dem zuvorzukommen,“ fuhr der Beschluß fort, „ist für rathsam erachtet und zu des Herrn Bundesobersten Discretion gestellt, daß, gleich wie J. R. D. bisher bei vielen Gelegenheiten indirect und mit solcher Verträmm und Manier, daß die Holländer keine öffentliche Feindschaft noch einen Bruch der Neutralität daraus haben erzwingen können, den Spaniern mit der Bundesarmee große Vortheile, auch wohl wirkliche Hülfen, wie vor Bergen op Zoom und Breida, geleistet hat — er eben so auch inskünftig indirect, so viel möglich und ohne Ruptur geschehen kann, auch Maßgabe der Umstände und Gelegenheit, jedoch allein auf des Reiches Boden und nur defensiv, nichts unterlassen werde.“

Die Fassung des Beschlusses der Liga zeigt, daß die Meinung, als läge der offene Bruch mit den Holländern im Interesse dieser Republik, beharrlich festgehalten wurde. An dieser Meinung waren alle Gegenvorstellungen Tillös, sein oft und gegebener Wunsch, den einen hauptsächlichsten Motor der Unruhe im Reiche aufzusuchen an seinem Ursprunge, beharrlich abgeprallt. Es kann daher, wie schon wiederholt bemerkt, kaum einen stärkeren Beweis für den nur defensiven Charakter der Liga geben als diese Meinung derselben.

Wichtiger rechneten die schlaueren Holländer. Gerade sie wollten nicht den offenen Bruch, weil sie unter der Maske der Neutralität, vermittelst ihres Geldes, den Krieg im Reiche strafflos führten. Dazu verletzten sie auch offen die Neutralität. Der schwache Kurfürst Georg Wilhelm fügte sich darin, daß sie unter seinem Namen in Jülich-Kleve ein Regiment hielten, geführt von dem Obersten Genn. Über die Mahnung und Drohung des Kaisers dagegen sprach sich ein holländischer Holländer aus mit den Worten: „Nicht dünkt, daß, für uns, wir um den Horn des Kaisers in dieser Sache uns wenig zu kümmern haben. Sein Entschluß uns den Krieg anzuthun wird dadurch wenig befördert, noch gehindert werden. Wäre es ihm damit Ernst, so hat er Grund und Vorwand genug, lediglich schon wegen der Subsidien, die wir dem Könige von Böhmen, den Häuptern der Union, dem Markgrafen, dem Herzog Christian, dem Könige von Dänemark gezahlt haben, dazu wegen unserer Bejahungen in den Städten des Reiches.“

1 Capellen I, 508. Im Mai 1629



Ungeachtet jener geheimen Berebungen über die spanischen Aufträge in der Republik ging der Krieg fort. Gegen Ende April versammelte der Prinz Friedrich Heinrich seine Truppen auf der Noorder Heide zu dem Anschläge auf Hertogenbosch. Wie fünf Jahre zuvor Spinola seinen Plan gegen Breda, so hatte auch der Oranier den seitigen gegen den Bosch so geheim gehalten, daß noch in denselben Tagen die Besatzung, nicht zu ihrem Vortheile, große Mengen Pulver nach Breda entsendete. Erst das Auftauchen der holländischen Cavallerie rund um die Stadt, am 30. April, deutete an was bevorstand. Die Besatzung, nur in der gewöhnlichen Zahl von 18 Compagnien, verlor sich auf die natürliche und die künstliche Stärke ihres Plazes.<sup>1</sup>

Von da an concentrirte sich, wie einst um Breda, so im Jahre 1629 der ganze Krieg in den Niederlanden um Hertogenbosch. Von holländischer Seite hatte man darauf gerechnet, daß man es nur mit der Stadt zu thun haben werde.<sup>2</sup> Die Meinung erwies sich nicht als richtig. Die Infantin vermochte ein Entsatzheer unter dem Grafen Heinrich von Berg aufzustellen. Wallenstein schickte unter Montecuculis Führung 15,000 Mann, deren Commando dann der Graf Johann von Rössen übernahm. Ein directer Entsatz der Stadt schien nicht möglich. Heinrich von Berg ging daher über den Rhein, und dann zogen die vereinigten Heere auf die Nijssel, im Juli. Sie fanden keine Gegenwehr.<sup>3</sup> Sie überschritten den Strom und ergossen sich über die Veluwe. Sie besetzten Amerfoort, unfern von Utrecht. Ein unsäglicher Schrecken ging durch Holland.<sup>4</sup>

Abermals jedoch wendeten sich die Dinge. Wie man von holländischer Seite in Geldern nichts that, um gegen einen Angriff von Osten her gesichert zu sein: so unterließen die Spanier, sich im Rücken den Plaz zu sichern, der ihre Magazine bewahrte. Den Holländern ward verkündschafft, daß die Stadt Wezel wie offen stehe. In der Nacht vom 18. auf den 19. August erschien vor der Stadt eine geringe Mannschaft, drang unter der Führung eines Bürgers durch eine Kluft der Bollwerke ein, und nahm, ohne eigenen Verlust, die feste Stadt.

Auf das Eintreffen der Nachricht im Haag, am 22. August, „geschah eine öffentliche Dankagung für den großen Sieg von Wezel.“<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Capellen I, 501

<sup>2</sup> Wagenaar b. XLI § 23

<sup>3</sup> Capellen I, 522

<sup>4</sup> N. a. O. 593

<sup>5</sup> N. a. O. 590.

In der That war der leicht errungene Sieg von großer Tragweite. Einige Wochen noch suchten die weit über die IJssel vorgeschobenen spanischen Truppen sich dort zu halten.<sup>1</sup> Dagegen capitulirte, am 14. September, nach rühmlicher Vertheidigung, Hertogenbosch aus Mangel an Pulver. Der Prinz Friedrich Heinrich gestand nachher ehrlich ein, daß, wenn er die Stärke der Festung vorher so gekannt, wie er nachher sie befunden, er die Belagerung nicht gewagt haben würde.<sup>2</sup> Aber der Erfolg war da, und hob ihn auf die gleiche Stufe des militärischen Ruhmes mit seinem Bruder Moritz.<sup>3</sup>

Auf die Meldung des Grafen Johann von Nassau über seine Lage in der Veluwe gestattete ihm die Infantin, abzugehen nach seinem Ermessen.<sup>4</sup> Ohne den Angriff der Holländer abzuwarten, zogen am 18. October die Spanier aus der Veluwe ab, mit stiller Trommel, unter dem Verbote des Brennens bei Todesstrafe.<sup>5</sup> Die Unternehmung war kläglich mißlungen.

Die Holländer drängten den Abziehenden nach. Sie überschritten den Rhein. Es tauchten sogar Gerüchte auf, bereits im October, daß die Holländer beabsichtigten, offenso gegen das Reich vorzubrechen, zunächst mit 45000 Mann den Rhein hinauf. Die Gerüchte traten so stark auf, daß auch selbst Tilly für eine Zeitlang geneigt war ihnen Glauben beizumessen.<sup>6</sup> Nicht das war die Weise der Holländer. Sie besetzten eine Reihe von Städten und Ortschaften im Bergischen und Märkischen, immer unter dem Vorwande, daß sie das Recht hätten, die spanischen Truppen und die kaiserlichen Hülfsvölker dahin zu verfolgen. Sie blühten sich, durch einen weiteren offensiven Vorstoß auf dem Boden des Reiches dem Kigahere den directen Anlaß zu bieten, ihnen entgegen zu treten.

Die Politik der Generalstaaten war, wie immer, darauf berechnet, den deutschen Brand zu schüren, jedoch nur mittelbar, ähnlich wie ihr Gesinnungsgenosse, der Cardinal Richelieu, in seiner Weise es that.

## 9. Der Streit um das Mantuanische Erbe, im Jahre 1629.

Die andere Macht, der es daran gelegen war, den Kriegsbrend im Reich zum Nachtheil des Kaisers zu schüren, war die französische

<sup>1</sup> Bericht des Grafen Johann von Nassau, vom 14. Sept., bei Clummedy 174.

<sup>2</sup> Capellen I, 546.    <sup>3</sup> Pappus ad a. 1629.    <sup>4</sup> Capellen I, 560.

<sup>5</sup> B. a. O. 551.    <sup>6</sup> Clummedy 188 ff.

Politik concentrirt in die Person des Ministers, des Cardinals Michel. Seine Worte nach der Bezwingung von La Rochelle haben uns gezeigt, wie weit er gegen beide Aeste des Hauses Habsburg sich sein Ziel gestellt. Damals hatten die Übergriffe der Spanier in Italien, ihre Abneigung den geborenen Franzosen Carl von Nevers als Herzog von Mantua und Montferrat zu dulden, ihre Begünstigung daher der Herzöge von Savoyen und Guastalla, endlich der Angriff des spanischen Statthalters von Mailand, Cordova, auf die Festung Casale, dem Könige Ludwig XIII. und Michel den willkommenen und plausiblestern Vorwand gegeben, sich zu Gunsten des geborenen Franzosen in Oberitalien einzumischen. Mittels im Winter überschritten sie mit einem überlegenen Heere die Berninischen Alpen, trieben den Herzog Carl Emmanuel in die Flucht und bemächtigten sich seiner Stadt Susa. Sie als Sieger dictirten ihm die Friedensbedingungen. Dann erst lernte Cordova erkennen, wie sehr er sich in seinem scheinbar so leichten Unternehmen auf das feste Casale getänzelt: nach langer fruchtloser Belagerung mußte er ermattet und eiligst abziehen, im März 1629.

Es ward ferner in Genua zwischen Frankreich und der Republik Venedig ein Bündnis zu Gunsten des Herzogs von Nevers geschlossen, so wie dem Kriege mit England, der thatsächlich mit dem Falle von La Rochelle aufgehört, durch einen Friedensschluß auch formell ein Ende gemocht. Befriedigt von solchen Erfolgen kehrte Ludwig XIII. von Susa wieder zurück, um in Südfrankreich die Huguenotten niederzujagen, die unter Richelieu, mit spanischem Gelde unterstützt, aufs neue sich erhoben hatten.

Der Kaiser hatte das Vorgehen Cordovas im Jahre zuvor gegen Casale nicht gebilligt. Wir haben damals die abmahnenden Worte seines Verwandten Rhevenhiller an Cordova vernommen. Der Unmuth über diesen dauerte bei Ferdinand II. noch fort. Er sagte, am 8. Mai, einem Schreiben an Rhevenhiller eigenhändig die Worte hinzu: „Guch ist wissend, wie sehr ich meinen Vetter, den König von Spanien, liebe, und daß ich nur dessen Wohlfahrt nicht weniger angelegen sein lasse als meine eigene. Aus dieser meiner besondern Liebe für den König habe ich für nöthig erachtet Guch anzudeuten, Ihr wollet von meinem E. K. annehmen, daß Sie Ihren Ministern den Raum nicht zu lang lassen.

<sup>1</sup> Rhevenhiller XI, 692

wie es eine Zeit her geschehen, besonders in diesem weissen Umweien durch Gonzales de Cordova; daß auch Vero gemessene Befehle besser in Acht genommen werden als durch den Duce d'Alba in der Bombenischen Sache geschehen, und daß übrigens den Ministern nicht gestattet werde, zu ihren Intentionen sich meines Namens zu gebrauchen, in Sachen, von denen ich keine einzige Wissenschaft habe, wie ebenfalls Cordova in jener Angelegenheit gethan. Wenn dieses geschieht, so versichere ich S. M., daß Vero Autorität geniesst, die gute Harmonie zwischen Sr. L. und mir erhalten, und nach gereiztem Bemühen alle unsere billige Intentionen das gewünschte Ende erreichen werden, ich auch dabei für S. L. das Meinige aufs äußerste besetzen, ja wenn es sich zuträge oder die Gelegenheit vorfiel, ganz gern für S. L. mein Blut vergießen würde."

Rechenhiller überlegte dies Schreiben genau ins Spanische, und rieth es dem Könige Philipp IV. dar. Er meldet, daß der König es mit Dank und Lob für den Kaiser allen seinen Rätthen mitgetheilt, und alle Wünsche des Kaisers treulich zu erfüllen versprochen habe.<sup>1</sup>

Allein die Dinge waren einmal im Rollen. Rudolph und Ludwig XIII. waren in Italien eingezogen, ohne dem Kaiser vorher eine Kunde davon zu geben. Sie hatten den spanischen Statthalter Cordova nicht bloß gezwungen, die Belagerung von Casale aufzugeben, sondern auch einen Vertrag zu zeichnen, nach welchem nicht bloß der König von Spanien, sondern auch der Kaiser sich in die Entscheidung zu fügen hatten, die der König von Frankreich in der Sache Mantua und Montferrat getroffen.<sup>2</sup> Aber Mantua und Montferrat waren Fehen des römischen Reiches, der Kaiser also der Oberlebensherr. Dennoch war dies der Kern des Anstoßes: der Eingriff des Königs von Frankreich in die Jurisdiction des römischen Kaisers. Weder der König von Spanien, noch der Kaiser genehmigten den Vertrag von Eufi. Dennoch suchte auch Carl Emmanuel von Savoyen in der ihm eigenen Weise von dem Vertrage wieder los zu kommen.<sup>3</sup>

Die Dinge wendeten sich zum Krug. Der Kaiser, der, wie ein Zeitgenosse bemerkt,<sup>4</sup> den Spaniern nichts verlagens zu können schien, beirrte sich zur Hülfe vor. Schon im April ließ er die Truppen an Elß und in Schwaben unter Gossalte in aller Stille südwärts ziehen.

<sup>1</sup> H. a. D. 603.      <sup>2</sup> H. a. D. 610.

<sup>3</sup> Rechenhiller XI, 801.      <sup>4</sup> Pappus 46.

Unversehens besetzten sie die Pässe der Graubündner Alpen, bereit nach Italien hinab zu steigen, wenn die Franzosen dort beharrten. Der Kaiser that den Kurfürsten kund, 26. April, daß er so hohe handeln müssen „zur Erhaltung unserer und des Reiches Hoheit, Autorität und Jurisdiction.“<sup>1</sup> — Derjenige von Mainz antwortete: es sei dem Kaiser nicht zu verdenken, daß er seine und des H. R. Reiches Autorität und Jurisdiction sorgfältig in Acht nehme.<sup>2</sup> „Was aber eine Hülfe dafür betrifft, so haben die Bundesstände geantwortet, daß sie Bedenken tragen, sich ohne Zuthun der übrigen Reichsstände dieses schwerwichtigen Werkes anzunehmen. Nur als Zuthun Aller könnte dies geschehen.“

Entsprechend lauteten die Antworten auch der Kurfürsten Maximilian und Johann Georg.<sup>3</sup> Sie lehnten ab in höflicher Form. Es war klar, daß ein etwaiger offener Krieg in Italien lediglich dem Kaiser und dem Könige von Spanien zur Last fallen, also von kaiserlicher Seite mit Wallenstein'scher Mannkraft geführt werden mußte.

Wie aber diese beschaffen war, vernehmen wir aus den Klagen des Erzherzogs Leopold, dessen Land Tirol damals von den nach Italien ziehenden Truppen betreten wurde. Er schreibt dem Kaiser, am 25. Mai:  
„Ew. R. W. können nicht glauben, wie das Kriegsvolk im Durchziehen hanset. Ich bin auch etliche Jahr dem Kriegswesen nachgezogen, versichere aber Ew. R. W., daß ich es (derartiges) nie gestattet habe, wie wohl es ohne Schaden nicht abgehen mag. Aber Brennen, Weiden, Schänden, die Leute wirt schlagen, Ohren und Nasen abschneiden, Fenster und Ofen einschlagen — will geschwungen anderer Mörter und Perübungen, die sie den armen Leuten antun — Das abzustellen ist den Officieren gar wohl möglich. Ich weiß wohl, daß man begehrt, Ew. R. W. dergleichen Sachen auszusprechen; aber ich versichere Ew. R. W., daß das was ich schreibe mehr als wahr ist; denn ich will es mit vielen ansehnlichen Kur- und Fürsten bezeugen. Es können Ew. R. W. mir als Dero getreuestem Bruder gewis so viel glauben als denen die interessiert sind, und aus der armen Leute Schwere und Blut ihre Beutel gefüllt haben. Ich wollte Ew. R. W. viele vornehm Officiere nennen, die vor weniger Zeit schlecht aufgezogen, jezo an drei oder viermal hunderttausend Gulden barren Geldes haben, nicht von dem Feinde bekommen, sondern das Meiste von der katholischen Kur- und Fürsten armen Leuten.

<sup>1</sup> Fringsdoerf S. 61.

<sup>2</sup> H. u. O. Vom 22. Juni

<sup>3</sup> Schenkeller XI, 860.

dem Mensch, der sonst verständig, mißt Herz. R. W. die geringste Schuld zu, wie ich denn Gott im Himmel weis ist aus aller Orten zum höchsten entschuldigen thue, aber die Ungebild hängt an also groß zu werden, daß ich in meinem Gewissen für gut gehalten habe, dieses Herz R. W. gehoramt zu berichten. Bedenken Herz R. W., wie sehr diese Leute in Italien haufen werden, wo sie alles vollaus finden, zumal da die meisten Soldaten, ja gar die meisten Officiere, catholisch und lutherisch sind. Bedenke Gott den armen Frauenkloster, die in so großer Anzahl sich aller Orten befinden! Eine gute Annahmung an den Herzog von Friedland wird nicht schaden können."

"Ich bitte Herz R. W. um Gottes Barmherzigkeit und um seiner heiligen fünf Wunden willen, Sie wollen dies mein Schreiben in seiner Ungnade aufnehmen. Was ich da geschrieben, dessen bin ich von vielen ansehnlichen Personen oft und vielfach erinnert worden. Ich habe es niemals thun wollen. Mirin endlich bin ich dazu gedrungen worden, diesmal ich gesehen, daß es nunmehr zum meisten auch selber betrifft."

Entsprechend schrieb der Erzherzog wiederholt an den Reichsrat des Kaisers, P. Lamormaini: "Eine solche Insolenz der Soldaten," meint er, "ist vom Anfang der Welt an nicht erhört." — "Es herrscht keine Ordnung, Alles geht in größter Verwirrung zu." Einige Tage später, am 5 Juni, meldet er: "Merode hat meine Unterthanen so mißgenommen, daß in einigen Jahren nichts von ihnen zu hoffen. Die Häupter versehen sich ihr Quartier in den Städten und scharren dort zusammen. Die armen Soldaten sollen der Hunger um. Noch meiner Meinung ist kein Aufbruch, noch Aufstand, der nicht ähnlich behandelt wird. Ich dagegen als Bruder des Kaisers gab mich der Hoffnung hin, etwas voraus zu haben: es ist nichts damit, und es bleibt mir als einziger Trost die Genossenschaft im Unglück. Der Kaiser kann nicht wissen, was da geschieht; denn sonst wäre das nicht geschehen."

Die Antwort\* des Kaisers auf die wiederholten Klageschreiben seines Bruders sah die Dinge nicht so hoch an, wie der Erzherzog sie geschildert. Jedoch erfolgten ernste Rahnungen an Wallenstein, wie an Colalto."

Unter denen, welche den Krieg in Italien abzuwenden suchten, steht in erster Linie der Reichsrat des Kaisers, Vater Lamormaini. Über sein Ver-

Dukl. Correspondenz nro 326.

\* Memoirs 282.

\* X. 8. C.

halten glaubte der König Philipp IV. durch den Minister Olivarez bei dem Besandten Rhevenhiller Klage führen zu müssen, als habe Camormain zu Gunsten des Herzogs von Nevers geredet.<sup>1</sup> In seiner Antwort an Rhevenhiller verneinte Camormain diese Anklage, legte dagegen mit wichtigem Freimuth sein ganzes, nur den Irthum ersirendes Verhalten dar.<sup>2</sup> Er fand damit seine Zustimmung bei dem Minister Olivarez. Vielmehr trägt die Antwort desselben<sup>3</sup> an Rhevenhiller das volle Gepräge des Hochmuthes, welchen die anderen Nationen damals der spanischen schuld gaben. „Der König von Spanien allein in Europa ist der katholische Fürst, der wider alle Recht Krieg führt und in seinen Königreichen und Ländern keine widrigen Gebräuche verstatet.“ — „Daher weiß ich nicht, wie es zu der Pöbel der Societät (der Jesuiten) kommt, daß sie einer Nation, die in Sachen des Glaubens sehr verdächtig, die Pforten nach Italien einantworten will.“ — Der spanische Minister Olivarez fand jedoch in Wien an dem dort ähnlich mächtigen Rathe des Kaisers, dem Fürsten Eggenberg, eine bereitwillige Stütze.

Von der anderen Seite schickte Richelieu nach Madrid und nach Wien Gesandte, Bontu und Sabran, deren Reden nicht darauf berechnet waren, dem geschehenen französischen Übergriffe in die Mächte des Kaisers eine mildere Deutung zu geben. Jener trat in Madrid betüthelt auf, daß der kaiserliche Gesandte Rhevenhiller dessen Reden verglich mit denjenigen des römischen Senators, der mit dem Stabe einen Krenn um den König Antiochos zog, mit der Forderung sich zu entscheiden, bevor er die Kreidlinie überschritte.<sup>4</sup>

In einer Unterredung des Bontu in Madrid mit dem Minister Olivarez, wie der Cardinal Richelieu sie berichtet, kam der Kern des Ganges in folgender Weise zur Sprache.<sup>5</sup> Auf die Beschwerde des Bontu antwortete Olivarez: man möge sich an den Kaiser wenden. Bontu erwiderte: „Der Kaiser ist in dieser Sache partiisch für das spanische Interesse. Sie haben ihn genöthigt sich in solcher Weise zu erklären. Sie haben die Gutwilligkeit dieses Fürsten dienstbar gemacht für Ihre Leidenschaften.“ — Darauf Olivarez: „Wir haben dem Kaiser Menschen und Geld geliefert: er gibt uns den Nechtstglaub.“ — „Unblich,“ versetzte Bontu, „hat die Wahrheit Sie zum Reden gebracht. Wir

<sup>1</sup> Rhevenhiller XI, 595.<sup>2</sup> E. a. D. 595.<sup>3</sup> E. a. D. 601<sup>4</sup> E. a. D. 620.<sup>5</sup> Mémoires IV, 220.

Andere wußten seit langem, daß Sr. katholischen Majestät der kaiserliche Abler dient wie dem Falkner der Falken.“

Sautru jedoch hatte eine starke Stütze. Die Schriftstücke der päpstlichen Nuntien in Madrid waren nur in den Worten höflicher. Urban VIII. wollte keine Bestätigung der kaiserlichen Rechte in Italien. Darum erklärten die päpstlichen Nuntien in Madrid: wenn die zwei Kronen von Frankreich und Spanien sich nicht einigten, so gebühre dem Papste die Entscheidung. „Ein Gangehen auf diese Forderung,“ sagte Rhevenhiller, „würde den Papst seiner Prätenſion gemäß zum Kaiser in Italien machen.“<sup>1</sup> — Das Gutachten Rhevenhillers wurde vom Könige Philipp IV. wie von dem Kaiser genehmigt.<sup>2</sup>

Ähnlich wie Sautru in Madrid, redete Sabran in Wien.<sup>3</sup> Alle Schuld liege an Spanien. Der Kaiser sei nicht zur Genüge informiert. Die Forderung aus Italien abzugiehen, könne der König von Frankreich nicht erfüllen, bevor nicht der Herzog von Nevers mit Mantua belehnt sei. Der Kaiser beharrte bei der Antwort: der König von Frankreich habe nicht das Recht in Länder einzurücken, die unter kaiserlicher Jurisdiction stehen. Noch einmal malte der Nuntius in Wien dem Kaiser im eindringlicher Rede die Gefahren eines solchen Krieges aus.<sup>4</sup> — Der Kaiser meinte nicht zurückziehen zu können. Eher wäre es bei dem Herzog Carl von Nevers geblieben, auch damals noch einzulenken. Es geschah nicht.

Am 14. September sprach der Cardinal Richelieu seine Meinung aus, daß nur die Macht der Waffen den Kaiser und den König von Spanien zur Vernunft bringen werde.<sup>5</sup> Vier Tage später, am 18. September, erließ dagegen der Kaiser ein Manifest für das Einrücken seiner Truppen in Italien, mit der Verheißung, denen, die Ansprüche an Mantua und Montferrat hätten, ihr Recht widerfahren zu lassen, nur mit der Bedingung, daß sie dort keine andere oberste Jurisdiction anerkennen als die kaiserliche.<sup>6</sup>

Die Truppen Colloalto überstiegen die Alpen und ergossen sich, einem Bergströme gleich,<sup>7</sup> über das Cremonesische Gebiet in das Mantuanische. Zugleich war von spanischer Seite Ambrosius Spinola, reich mit Gelde ausgestattet, als neuer Statthalter nach Mantua gekommen.

<sup>1</sup> N. a. C. 655.    <sup>2</sup> N. a. D. 621.    <sup>3</sup> N. a. D. 622.    <sup>4</sup> N. a. D. 629.

<sup>5</sup> Memoires V, 278.    <sup>6</sup> Rhevenhiller XI, 644.    <sup>7</sup> Pappus 47



Seine Absicht war nicht zunächst die des Krieges.<sup>1</sup> Er erwog, daß sein König in Italien nichts gewinnen, wohl aber viel verlieren könne. Für sich selber war er nicht geneigt, seinen in den Niederlanden erworbenen Ruhm aufs Spiel zu setzen. Daraus forderte er den Herzog von Nevers auf, seinen Truppen in Montfermeil gunstiges Quartier zu geben, und dadurch dem Kaiser die Obediens, dem Könige von Spanien Respekt zu erzeigen. Welche die, so verbürge sich Spinola, ihm bei dem Kaiser die Befehmung, bei dem Könige Schutz auszuwirken. Der Herzog antwortete, er müsse diesen Vorschlag zuvor am Frankreich und Venedig bringen, denn ohne deren Vorwissen und Einwilligung dürfe er nicht handeln.

Diese Antwort war der Krieg. Da Colalto als kaiserlicher Feldherr den höheren Rang über den älteren Spinola beanspruchte, konnten sie nicht beisammen bleiben. Colalto mit 15000 Mann wendte sich gegen Mantua, Spinola mit 20000 gegen Gasele in Montfermeil. Italien sollten die Venezuaner Hülfe bringen, diesem die Franzosen. Diese Hülfe war noch weit.

Die Truppen Colaltos hatten aus Deutschland ihre übeln Gewohnheiten mit sich getradt. Wo es ihnen frei stand zu wehnen, zogen sie vor zu rauben.<sup>2</sup> So geschah es, daß um Mantua der Mangel einrück, und man sie weiter zurück in die Winterquartiere legen mußte. Die Klagen über sie brangen an das Ohr des Kaisers. Er vernahm, daß verächtliche Sacrelegien begangen worden. Er schrieb an Colalto, eigenhändig.<sup>3</sup> „Mein lieber Graf, Ihr wißt, welche und wie große Gnaden in den vorigen Jahren ich von der Hand Gottes und durch die Fürbitte der allerseligsten Jungfrau, meiner Generalissims, gegen die Reich-Katholiken erhalten habe, wie sehr ich der göttlichen Majestät und der gelegenen Mutter des Heilandes verpflichtet bin, und wie leicht die Gnade sich in Züchtigung wenden könnte. Daraus befehle ich Euch auf das dringlichste und mit allem mir möglichen Eifer: Ihr sollt gegen die Übelthäter, wer immer es sei, solche Demonstration thun, daß daraus die ganze Welt erkenne, daß ich ein gerechter Fürst bin und daß ich Diener habe, welche die Gerechtigkeit lieben und meinem Befehle gehorchen. Ferner werdet Ihr verschaffen, daß die Pfarrer, Seelsorger, Priester und Ordensleute ihre Pflichten ohne jegliche Hinderung

<sup>1</sup> Heydenhaller XI, 302.    <sup>2</sup> Pappus 47.

<sup>3</sup> Münchh. 283. Vom 30. November.

verrichten. So werdet Ihr handeln als ein getreuer Diener, der die Gnade seines Herrn zu erhalten wüßte, welche ich Euch immer zu bewahren wünsche.“

Noch einmal erfolgte dann ein Versuch der Friedensstiftung, hervorgerufen durch eine merkwürdige Verkettung von Umständen. Der Kaiser Ferdinand II. hatte in Rom wiederholt die Bitte gestellt, ihm noch einmal den Carmeliter Vater Dominicus zu senden, dem er und sein Haus für die Mitwirkung zum Siege von Prag zu so hohem Danke verpflichtet waren.<sup>1</sup> Im Herbst 1624 willfahrte der Papst Urban VIII., mit dem besonderen Auftrage für den Vater Dominicus, bei dem Kaiser für die Herstellung des Friedens in Italien zu reden. Die Reihe des schlichten Mönches von Rom nach Wien gleich, bei der Bekehrung, die Höhe und Rühre ihm entgegen trugen, einem Triumphzuge.<sup>2</sup> Am 22. November traf er in Wien ein. Gemäß der Befehle des Papstes, jedem Wünsche des Kaisers zu willfahren, mußte P. Dominicus dann sofort aus seinem stillen Kloster in der Leopoldstadt in die Hofburg übersiedeln, wo der Kaiser täglich und stündlich mit ihm reden konnte.<sup>3</sup>

Es ist anzunehmen, daß Vater Dominicus nicht gezögert habe, seinen besonderen Auftrag hand zu thun. Dies führte zu einem merkwürdigen Schritte. Der P. Suffren S. J., Bevollmächtigter Ludwigs XIII., hatte eben damals ein vertrauliches Schreiben an P. Camormaini S. J., den Bevollmächtigten des Kaisers, eingeliefert. Am 24. November, also zwei Tage nach der Ankunft des P. Dominicus, versah P. Camormaini die Antwort. Bei dem Gewichte der Persönlichkeit Camormainis in dieser Rolle, wie in späteren, erfordert sie vorher unsere Aufmerksamkeit.

Wilhelm Camormaini war als der Sohn schlichter Landleute im Ruzemburgischen 1570 geboren.<sup>4</sup> Es fügte sich, daß ein Verwandter, der im Dienste des spanischen Gesandten San Clemente stand, die Aufmerksamkeit und die Gunst dieses reichen Mannes für den lernbegierigen Knaben zu gewinnen suchte. Mit dem Gesandten kam der junge Camormaini nach Prag, studierte dort und promovierte, neunzehnjährig, zum Doctor der Philosophie. Dann trat er in den Jesuitenorden ein.

<sup>1</sup> Peter des gottheiligen nro. 711.

<sup>2</sup> N. u. C. 714.

<sup>3</sup> N. u. C. 723.

<sup>4</sup> Tabell. Europaeorum nro. 228.

Seine Oberen bestimmten ihn für das Lehrfach. Eine Reihe von Jahren hindurch wirkte er als Professor der Theologie in Graz, zugleich mit seinem Alters- und Ordensgenossen Pazmany, dem späteren Primas von Ungarn. Die Persönlichkeit des P. Camormaini wird beschrieben als gewinnend, kurz und mit Nachdruck redend, bei höchsten Ehren, die ihm zu Theil wurden, immer bescheiden und demüthig, ein Vater der Armen und Verlassenen, besonders erfahren und glücklich in der Einführung von vornehmen Nicht-Katholiken zur Kirche.<sup>1</sup>

Von 1614 an war P. Camormaini für längere Jahre Rector des Collegiums in Graz, und kam dadurch in Verbindung mit dem Stifter desselben, dem Erzherzoge Ferdinand. Als im Jahre 1624 der kaiserliche Beichtvater Becanus starb, erbat sich Ferdinand II. bei dem Ordensgeneral Vitelleschi den P. Camormaini zum Nachfolger. Vitelleschi gewährte und schrieb dabei dem P. Camormaini: „In Betreff der Geschäfte empfehle ich Ewz. Hochwürden nur dies angelegentlich, daß Sie sich in keiner Weise einmischen, noch etwas auf sich nehmen anders als vom Kaiser befehlen, und auch dann mit der Bescheidenheit verfahren, welche in der Instruction angerathen wird.“<sup>2</sup>

In dieser seiner Stellung als Beichtvater des Kaisers Ferdinand II. war P. Camormaini vielen Anfeindungen ausgesetzt. Wir haben zum Mai 1628 gesehen, daß die Gesandten der Aggriessio-Mächte in Pomburg sich nicht scheuten, ein Falsum eines Briefes unter dem Namen des P. Camormaini zu verbreiten, um dadurch die Deutschen zur Erbitterung und, wäre es möglich, zur Rebellion gegen den Kaiser zu reizen. Die Briefe, welche Camormaini wirklich geschrieben, sind anderer Art.

Sein Schreiben an Suffren lautet wie folgt.<sup>3</sup> „Von keinem andern Menschen und wiederum von Ewz. Hochwürden über kein anderes Thema konnte ich einen so lieben Brief empfangen, als denjenigen Ewz. Hochwürden vom 14. September, der vor wenigen Tagen in meine Hände gelangt ist. Denn er betrifft ja den Frieden und die Eintracht der Häupter der Christenheit, und den Versuch, den wir zwei und mit uns alle Wohlgehinne zu machen haben, damit nicht dem Feinde des Friedens, dem Widersacher der Ehre Gottes, es verstatet werde, seine Saat des Unkrautes auszustreuen und diese frommen Fürsten mit

<sup>1</sup> N. a. D. 268.      <sup>2</sup> N. a. D. 298.

<sup>3</sup> Aus einem römischen Privatarhive mir freundlichst mitgetheilt.

einander zu verwickeln. Daher richten Ew. Hochwürden vermöge Ihres herrlichen Erbes an mich die Mahnung, daß, wenn ich meine etwas zu vermögen, um dies unglückliche Unheil abzuwenden und statt dessen den Frieden zu befestigen, ich alle meine Kraft dafür einsetzen möge. O hätte ich doch dieses Schreiben eher erhalten! Aber ich habe es erhalten. O wäre doch mein Schreiben, daß ich in dieser Sache bereits vor vier Jahren an Ew. Hochwürden gerichtet, richtig übergekommen! Aber, wie nunmehr leicht zu schließen, haben Ew. Hochwürden es nicht empfangen. Ich will also jetzt Ihrer Hochwürden meine Ansicht eröffnen."

"Der Kaiser, wie ich allith beschauern kann, ist von solcher Verfassung befaßt, daß wenn es in seiner Macht stünde, sein und seines Vaters Erbe oder Ruhm und Unerwartliche zu mehren, aber mit Unrecht gegen einen Andern, er es niemals thun würde. Niemals wird er den allerchristlichsten König oder einen anderen Fürsten an dessen Rechte im geringsten schädigen wollen. Seine Seele ist erfüllt von dem Gedanken, nicht blos in seinem Königreich und Erbländern die katholische Religion herzustellen, sondern auch, so weit ihm zur Zeit durch die Constitutionen des Reichs und die öffentlichen Verträge das gestattet ist,<sup>1</sup> — im ganzen römischen Reiche. Besonders für den allerchristlichsten König ist er so gesinnt, daß er wünscht ihn zum vertrautesten Freunde zu haben, heilige Bünde mit ihm einzugeben und zu vermittelu, daß auch der katholische König in diese Gemeinschaft eintrete."

"Dem Kaiser hat das Vorgehen der spanischen Minister in Italien, die unberechtigte Befragung von Montserrat, höchlich mißfallen (vgl. S. 164). Als sie seine Abmachungen unbeachtet ließen, würde er selbst sie von der Belagerung von Casale abgetrieben haben, wenn nicht seine Kriegsmacht im Norden verwickelt gewesen wäre. Zugleich jedoch hat dem Kaiser mißfallen, daß der Herzog von Savoy sich dem Erlasse des Sequesters nicht fügte, dessen eigentlicher Zweck war, dem Trachten der Spanier wider ihn Einhalt zu thun. Auch die Thatsache des Anmarsches des allerchristlichsten Königs zur Belagerung von Casale an sich selber hat nicht die Verurteilung des Kaisers erragt. Allein es hat den Kaiser getränkt, daß der allerchristlichste König weder vorher noch nachher den Kaiser als den Oberherrscher jener Länder darüber befragt, und daß er dann, ohne dem Kaiser eine Nachricht zu geben, über jene Reichs-länder Bestimmungen getroffen hat. Freilich ist nach Ablauf vieler

<sup>1</sup> Quantum licet hoc tempore per Imperii constitutiones et pacta publica.

Wenigstens ein französischer Edelmann (Sabron) gekommen, nicht jedoch direct vom kaiserlichen Hofe. Er ist dann hochladend und drohend hier aufgetreten, nämlich, daß wenn nicht sofort der Kaiser, gemäß den von ihm aufgestellten Kritzele, die Forderung mit Maxima und Montferrat ertheile und sein Heer aus den Alpenpässen abziehe, der allerschrecklichste König abermals mit einem starken Heere nach Italien kommen und die Kaiserlichen mit Gewalt hinaus schlagen werde. Die dem Könige von Frankreich Wohlgekommenen hier halten dafür, daß ein solches Auftreten nicht seinem Willen entspreche: jener Gesandte dagegen redete öffentlich im Namen des Königs.

„Eine solche Annahme und Hoffahrt, eine solche Ueberschätzung und Verachtung gegen den Kaiser hat hier kein gutes Blut gemacht. Derjenigen, welche dem Könige besonders zugethan sind, und welche daher wünschen, daß bei diesem Kalosse seine Bösartigkeit und Trübsinnigkeit dem Kaiser und dessen Hofe vollends thut werde, und welche andererseits hoffen, daß nunmehr alles sich friedlich und freundlich erledigen lasse. Stenden betroffen über das ungewöhnliche, eines Gesandten unmwürdige Gebahren. Sie suchen alle Schuld von dem Könige abzuwälzen und sie lediglich der Unbesonnenheit jenes soldatischen Mannes bezumessen, der, wie oft Soldaten zu thun pflegen, in böhschen Eitten munter erfahren, dem eigenen Fürsten nicht genug erhöhen zu können meint, wenn er nicht im Vergleich mit ihm alle anderen, auch sogar den Kaiser, herabsiezt.“

„Darüber habe ich mit dem Kaiser selber wiederholt geredet. Der Kaiser, der nicht leicht andere Könige persönlich anklagt, zeigte sich wohl geneigt, dem König zu entschuldigen, wenn nur der König mit Wort und That kund gebe, daß jener Edelmann nicht auf Befehl des Königs, sondern noch eigenem Willen und Meinung hier in solcher Weise aufgetreten sei. Indem der Kaiser hier voraussetzt, welches unfazliche Unheil für die Christenheit und besonders für die Religion aus solchen Wirren erfolgen muß, schreibt er davon zu rück. Wenn der Herzog von Kverch ein Verfahrn im Unterhängel und mit gebührendem Respekte vor dem Kaiser als seinem Oberlehnsherrn entschuldigt — wenn der allerschrecklichste König bei dem Kaiser ein Fürwort für den Herzog einlegt wie es damals bei der Ankunft jenes Edelmannes alle Bekannten erwarteten: so wird der Kaiser durch die That der ganzen Welt kund thun, wie viel bei ihm dies freundliche Fürwort des Königs für den Herzog gilt. Dies scheint mir der sicherste Weg, alle Übel zu vermeiden. Alle Wohlgefunne werden es mit hoher Freude vernehmen, wenn der all-

christlichste König durch ein Handschreiben oder — was ich in der That für besser halte — durch einen eigenen Abgesandten erklärt es sei nicht sein Will noch Auftrag gewesen, daß jener Edelmann den Kaiser kränke oder bedrohe: er ehre den Kaiser nach Gebühr und werde immer ihn ehren als Verwandten, als älteren Fürsten und als Träger der Würde, deren Verachtungs der König zu keiner Zeit verlegen wolle: er habe jenen Edelmann nur dahin beauftragt und bitte jetzt selber auch nur dies, daß der Kaiser den Verzug des Herzogs von Nevers sich zu unterwerfen, nicht allzu schwer annehme, sondern ihm die Verschuldung, wie immer sie sei, gnädigst verzeihe, und seine Rechte auf Montus und Montferrot anerkenne. Indem der König nicht zweifelte, daß das Recht für den Herzog von Nevers spreche, werde doch auch der König sich bemühen zu beweisen, daß der Kaiser sein Wohlwollen nicht einem Undankbaren erweisen habe."

"In dieser Weise," schreibt Ramorimani weiter, "kann — wie ich durchaus sicher weiß — alles zu alleiniger Zufriedenheit beigelegt werden. Der Kaiser wird dem allchristlichsten Könige nicht bloß noch Wunsch antworten, sondern wird auch in väterlicher Gesinnung für den König, in frommem Sinne für die Kirche, die Gelegenheit geben, daß der allchristlichste König und der katholische König wie Brüder unter einander und mit dem Kaiser ein unauflösliches Bündnis eingehen, nicht bloß damit der Eine nicht die Rechte des Andern verlege, sondern auch damit aller Ungerechtigkeit auf Erden ein Damm entgegen gestellt und das Reich Christi über die gesammte Welt ausgebreitet werde, allen denen zum hohen Lobe und Ruhme, welchen der Geschichtsbücher allen kommenden Zeiten verfallen werden. Endlich auch würde es gereichen zum zeitlichen Vortheile, weil die Könige, einzeln für sich, neue Königriche erwerben und besitzen werden. Möge es also geschehen!"

"Doch, Hochwürdiger Herr, ist meine Meinung, und das ist die Bestimmung des Kaisers. Auch an den Papst als den Vater und Herrn nicht allein der Könige, sondern aller Christen, ist darüber längst Bericht erstattet worden. Wenn Ew. Hochwürden vermögen bei dem Allchristlichsten Könige auszuwirken, was ich hier angedeutet, und was die Vernunft und die wahre Frommigkeit fordert: so werden Sie Gott ehren, die Engel erfreuen, die Kirche Christi kräftigen und sich und ihrem Könige die himmlische Krone erwerben."

Dann folgt Ramorimani als Handschrift noch hinzu: „Europa wird zu enge für so viele Völker, wenn nur nicht die von allen Seiten her

gesammelten Heere, die sich gewohnt haben an Müßiggang, ein Krieg und Raub, hinaus führen in die weiten Länder der Ungläubigen und dort den Glauben herstellen.“ —

Die ganze Haltung des Schreibens und selbst die bestimmten Einweisungen deuten an, daß wir es hier zu thun haben nicht bloß mit den Aufträgen des P. Komormann, sondern mit den Grundentscheidungen des Kaisers Ferdinand II. selbst, die in dem Vater ihren Niederschlag gefunden. Es kann kaum ein Zweifel sein, daß das Schriftstück dem Kaiser vorgelegt, daß er es gebilligt hat, und somit die Initiative zu denselben ihnen beiden, dem Vater wie dem Kaiser, in gleicher Weise angehört.

Eine andere Frage ist, ob die Gedanken desselben bei dem Könige Ludwig XIII. einschlugen und Wirkung thun konnten. Der Kaiser will einen engen Bund der drei Häupter, seiner selbst und der zwei Könige von Frankreich und von Spanien. Wer eine Freundschaft mit Philipp IV. von Spanien auch nur jemals der Wunsch und das Streben Ludwigs XIII. ? Man hat häufig angenommen, daß Ludwig XIII. nur ungern die Persönlichkeit seines Ministers Mithellen ertragen habe, dessen Überlegenheit ihm demnach unentbehrlich war. Jedenfalls jedoch hatten sie den einen Grundzug des politischen Charakters gemein: den Haß und das Hohn gegen das Haus Oesterreich, insbesondere gegen die spanische Linie. Die Blätter Marie von Medici hatte durch die spanische Doppelheirat ein Krisenstück des Friedens zu vollbringen gedacht. Es schlug fehl. Wie Ludwig XIII. schon als Kind der Tradition des väterlichen Hasses in ihm gegen Spanien oftmals Ausdruck gegeben,<sup>1</sup> so brachte auch seine Heirat mit der Infantin Erzherzogin Anna darin keine Änderung hervor. Darum auch dürften seine Arbeiten das Kaiserthum zur Vermittelung einer Freundschaft zwischen Ludwig XIII. und Philipp IV., wenn der P. Suffren es ja dem Loren Ludwigs XII. gebracht hat, auf sehr unfruchtbarem Boden gefallen sein. — Andererseits sind von Ludwig XIII. Äußerungen genug vorhanden, welche volles Vertrauen in Mithellen darthun.<sup>2</sup> Die Zustimmung Ludwigs XIII. zu der Politik seines Ministers kann danach kaum in Zweifel gezogen werden: die schärfste Strafe war das Eigenthum des Ministers. Das Streben desselben aber stand mit demjenigen des Kaisers, wie es P. Komormann in jenem Schreiben dargelegt hat, im 'Ameisenden Wogensatz'. Es bleibt dem Schreiben desselben der innere Werth, ein geschichtliches

<sup>1</sup> Kopie in der Einleitung zu vielen Stellen.

<sup>2</sup> V. a. O. 133, cf. 66.

Währendmal der Gesinnung des Kaisers Ferdinand zu sein: eine praktische Bedeutung erlangte es nicht.

Wenn auch vielleicht das Schreiben Kamermomins nicht in die Hände Richelieus gelangt, so wußte er doch aus den Berichten des Bischofs von Mantua, der als Gesandter für Nevers in Wien weilte, sehr wohl, wie es dort stand, und schrieb selber die Worte nieder: „Der Kaiser sucht nur einen Vorwand, um mit Ehren aus dieser Verwickelung herauszukommen.“<sup>1</sup> Aber Richelieu machte nicht jenem Gesandten Sabran einen Vorwurf, sondern fand die Antwort des Kaisers an Sabran *dérasonnable*.<sup>2</sup> Er nannte das Verhalten des Kaiserhofes dem Gesandten gegenüber rude et, s'il se peut dire ainsi, barbare.<sup>3</sup>

Ein wichtiges Motto für Richelieu zum Kriege lag, wie seine Orderrungen vorher,<sup>4</sup> und der spätere Verlauf der Dinge barthun, in seiner Verrechnung der wandelbaren Persönlichkeit, welche, je nach der Aussicht auf Gewinn, immer mit dem Stärkeren ging. Der Herzog Carl Emmanuel von Savoyen hatte bereits sich dem Könige Ludwig XIII. angeboten. Richelieu mahnte diesen vorzugehen, weil Carl Emmanuel demnach so lange jurist halten würde, bis er den König im Stande sähe ihn zu ruinieren.<sup>5</sup>

Es ward ein Heer von 35,000 Mann ausgerüstet. Ludwig XIII., der selber dahem blieb, ernannte den Cardinal am 24. December zu seinem alter ego.<sup>6</sup> Unter Richelieu als Generalkissimus dienten die Marschälle Uxqui, Schomberg, La Force.

Vor dem Schlusse des Jahres gaben der Kaiser und der König von Spanien dem Papste Urban VIII. ihre Absichten kund.<sup>7</sup> Der Eine wie der Andere warf alle Schuld des Kriegs auf die Hartnäckigkeit des Herzogs von Nevers. Der Kaiser ersuchte den Papst, den Herzog zu seiner Pflicht zu weisen, ihn an das Beispiel seiner Vorfahren zu mahnen.<sup>8</sup> Aber der Papst war von Anfang an in dieser Sache anders gesinnt gewesen als der Kaiser, und die nun ihm selber nahende Kriegsgefahr sumnte ihn nicht günstiger — Ludwig XIII. erließ ein offenes Ausschreiben an die Fürsten in Italien. Darin sagte er, daß er sich gezwungen sehe, die Waffen, welche er wider die Ungläubigen habe gebrauchen wollen, nun gegen die Verstörer der Christenheit zu wenden. — Er

<sup>1</sup> Mémoires V, 243.    <sup>2</sup> H. a. D. 244.    <sup>3</sup> H. a. D. 249.

<sup>4</sup> H. a. D. 335.    <sup>5</sup> H. a. D. 325.    <sup>6</sup> Avenel III, 490.

<sup>7</sup> Theatrum E. II, 106 uf.    <sup>8</sup> H. a. D. 107. Vom 24. December



wiederholte den alten Vorwurf aller Aggressor-Mächte jener Zeit, daß Spanien darauf ausgehe, unter dem Vorwande der Religion eine Welt-Monarchie zu schaffen, alle anderen rechtmäßigen Fürsten zu entthronen.

Die Politik der Aggressor des Ministers Richelieu galt jedoch dem ganzen Hause Oesterreich, nicht bloß der spanischen Linie desselben.

#### 10. Bemühen des Ministers Richelieu um die Liga.

Wie nach dem Falle von La Rochelle der Minister Richelieu sofort sich gegen die spanische Macht in Italien wandte, so faßte er zugleich eine Reihe anderer Entwürfe zur Erweiterung der Macht seines Königs ins Auge. „Wir müssen uns in Reg. befestigen,“ sagt er, „und, wenn möglich, bis Straßburg vordringen, um dadurch ein Eingangsthor in Deutschland zu erlangen.“<sup>1</sup> Eine Fülle des Jammers für beide Nationen birgt sich in diese wenigen Worte. Richelieu machte sich indessen über die Schwierigkeit der Ausführung dieses Planes kein Hehl. „Dies erfordert,“ fügt er hinzu, „viele Zeit, große Discretion, et une douce et couverte conduite.“

Zunächst und hauptsächlich ging, wie zuvor, der Cardinal Richelieu von dem Bestreben aus, die Liga mit dem Kaiser zu entwerren, sie von ihm loszureißen. Im Beginne des Jahres entsandte er den Freiherrn von Charnacé nach München. Es war kein Geheimniß mehr, wie sehr die Liga und namentlich Maximilian von Bayern mißgestimmt waren über Wallensteins herrisches Vollen. In diesem Anstusse suchte der Franzose den Kurfürsten zu fassen. Er hob hochladrende Reden Wallensteins hervor, namentlich, daß es nicht der Wahl eines römischen Königs bedurfe, sondern nur noch des kaiserlichen Befehles an die Kurfürsten, sich zur Krönung einzustellen. — Wenn Wallenstein derartige Reden geführt hat, so entsprechen sie, wie die Handschriften des Kaisers an Wallenstein selber dargethan haben, weder der Sachlage, noch dem Sinne des Kaisers. — Charnacé ging so weit für Maximilian selber die Kaiserkrone in Aussicht zu stellen.<sup>2</sup> — Zunächst wünschte Richelieu damals einen Sonderfrieden der Liga mit Christian IV. Darauf ging Maximilian nicht ein. Tagegen reden die Nachrichten Richelieus vom dem Entwurfe eines Vertrages damals zwischen dem Kurfürsten und Ludwig XIII., den dann der letztere bereits unterzeichnet habe. Wie immer dem sei.

<sup>1</sup> Richelieu, mémoires IV, 248.

<sup>2</sup> M. a. C. V, 112. Krahn, Bayern ufw. 262 u. f. hat kaum mehr als Richelieu.

obwohl das Vertrauen Maximilians nicht gleich mehr gegen Wallenstein, sondern auch gegen den Kaiser sichtbar ward, dem Entwurf jenes Vertrages unterzeichnet er nicht.<sup>1</sup> Und darum beschränkte sich Alles was Charnacé damals bei ihm erreichte, auf Worte.

Von München aus begab sich Charnacé nordwärts zu dem Königen von Dänemark und Schweden. Seine Betrachtungen dort werden wir später ins Auge zu fassen haben. Bei den Fürsten der Liga dagegen setzte Richelieu seine Bemühungen fort durch andere Boten. Im September entsandte er denselben Marschville, der zwei Jahre zuvor bei dem Kurfürstentage in Rühlhausen thätig gewesen war. Marschville begab sich zuerst nach Mainz zu Anselm Casimir.<sup>2</sup> Nachdem der König, sagte Marschville, in seinem Königreiche die Rebellen gedämpft und nun ein derartiges Mittel trage mit dem Jammer, den ein zehnjähriger Kriegeszustand über das Reich gebracht, erbieth er sich mit den Mitteln, welche die Kurfürsten selber für gerignet halten würden, ihnen nöthig beizustehen und sie bei allen ihren Rechten zu schützen. — Anselm Casimir (trotz seinem Willenswunsche und Danks für den König, dagegen aber auch seine Überzeugung an, daß es der Autorität des Kaisers mit dem Rathe der Kurfürsten gelingen werde, alles dahin zu richten, daß die Würde und die Freiheit des kurfürstlichen Collegs, so wie die Grundgesetze des Reiches in voller Kraft verbleiben. Endlich schloß Anselm Casimir, huyt er nach den Rundgebungen des Gesandten die Hoffnung, daß der König von Frankreich, nach dem Abschlusse des Friedens mit England, diesen König nicht gegen das Reich unterstützen werde. — Anselm Casimir schickte die Schriftstücke dem Kaiser an, und zugleich die Versicherung Philipp Christoph von Trier, daß er mit Anselm Casimir völlig einverstanden sei.<sup>3</sup>

Marschville begab sich nach Köln zu dem Kurfürsten Ferdinand. Dort redete er bestimmter.<sup>4</sup> Es wäre gut, ließ Richelieu durch Marschville sagen, wenn die Kurfürsten bei der Wahl einmal von dem Hause Oesterreich absehen und aus einem andern Hause ein Oberhaupt erwählen wollten. Er deutete an, daß Maximilian von Bayern die geeignete Persönlichkeit sein würde. Er stellte in Aussicht, daß der König zu dem nächsten Convente im Reiche eine stattliche Gesandtschaft abordnen werde. — Ferdinand von Köln versicherte, daß die Kurfürsten an dem Trage

<sup>1</sup> H. a. D. 116.

<sup>2</sup> Kriegsdienste S. 84. Vom 17. September.

<sup>3</sup> H. a. D.

<sup>4</sup> Vgl. Briefe LX A und B zur ersten Ausgabe II, 459.

in Italien völlig unbetheiligt, hat dagegen, Frankreich möge die Holländer, die Könige von England oder Schweden von einer Feindseligkeit gegen das Reich abmahnen. Dergleichen möge es die nicht-katholischen Kurfürsten zur Freundschaft mit den katholischen auffordern. Er versprach, daß die Kurfürsten sich nicht zur Wahl eines römischen Königs zwingen lassen, oder sonst ihren Rechten gegenüber etwas dulden würden. Im Falle einer überlegenen Gewalt gegen sie würden sie den König von Frankreich um Hülfe anrufen.

Die Antwort Ferdinands galt zugleich für seinen Bruder Maximilian. Dem zur Vermeidung eines jeglichen Verdachtes ward es für besser gehalten, daß Marschville sich nicht nach München begäbe. Dort war die Stimmung derartig, daß einer der bayerischen Räte sich verlaßen ließ: der Herr des Königs von Frankreich werde die wenig disciplinirten und an Raub gewöhnten Scharen der Wallensteiner gar bald erbrüden.<sup>1</sup>

Marschville begab sich nach Dresden. Auch dort richtete er seine Rede an, wie es nach seiner Meinung der Persönlichkeit Johann Georgs entsprach. „Der König“ sagte er<sup>2</sup> „kann nicht ohne tiefsten Schmerz vernehmen, daß Deutschland zu dem Jammer und der Noth hinab gebracht ist, der nur ein zehnjähriger Kriegszustand heraufbeschwören kann. Dazu hat es den Anschein, daß die Fortdauer desselben um so mehr zu befürchten, weil bei der Ausbreitung des zahlreichen Kriegsvolkes über die Länder die Herren Kurfürsten nicht vermögen, mit derjenigen Freiheit, welche die Reichsgesetze erfordern, diesen Kriegswesen ein Ende zu machen. Darum erbietet sich der König, sich mit den Mitteln, welche die Kurfürsten für geeignet halten, zu verwenden, um sie von Zwang und Drang zu befreien und in ihrer Autorität und ihrem Range nach dem Reichsgesetzen zu behaupten.“

Die Antwort<sup>3</sup> Johann Georgs spricht in sehr höflicher Weise seinen Glückwunsch aus, daß es dem Könige gelungen, durch die Verjüngung von La Rochelle den inneren Frieden seines Königreiches herzustellen. Sie dankt dem Könige für seine Theilnahme an den Eriden des Reichs. Der Kurfürst hofft jedoch, der Kaiser werde in seiner weltbekannten Güte und Gnade, in seiner warmen Liebe und bewunderungs-

<sup>1</sup> *Harzer, französische Z. 30.*

<sup>2</sup> *Wöchentlich im Osnabrücker D. G. 2.*

<sup>3</sup> *Kriegsboten Z. 64. Vom 6. October.*

würdiger Sorgfalt für sein Vaterland, das rechte Mittel zum Frieden finden, und darin werde der Kurfürst treulich ihm zur Seite stehen.

Es ist bemerkenswerth, daß der Kurfürst Ferdinand dem Könige von Frankreich den Titel der Majestät gab, welcher gemäß der Reichs-  
langen zur dem römischen Kaiser gehörte. Johann Georg hielt sich daran und gebrauchte die Bezeichnungen: Regia Dignitas und Serenitas.

Der Cardinal Richelieu schlug die Erfolge, die Marschvillé bei den Kurfürsten erlangt, etwas hoch an: Die vier katholischen Kurfürsten, erzählt er, hatten ein Schriftstück an den Kaiser vereinbart, mit der Ausdrucksweise: „Wir wollen, daß“ usw. — Ein solches Schriftstück, im Widerspruch stehend mit dem Respect vor dem kaiserlichen Namen, findet sich nicht. Der Kurfürst von Trier, erzählt Richelieu, habe sich geäußert, der Nachdruck einer Erklärung an den Kaiser könne so weit gehen, daß, wenn der Kaiser ihr nicht willfahre, sie Grund hätten zu dem Entschlusse ihn abzusetzen und einen neuen zu erwählen.<sup>1</sup>

Können wir solche Worte dahingestellt, so ist jedenfalls gewiß, daß aus den schriftlichen Antworten, welche die Kurfürsten dem Marschvillé gaben, so wie auch dem Kaiser mittheilten, ein getreues Bild ihrer Stimmung und ihres Verhaltens sich nicht gewinnen läßt. Zur selben Zeit, im September, befand sich in Mainz der spanische Gesandte Bruneau. Ihm erschien die Stimmung so bedenklich, daß er sich bewegen ließ, zum Dienste für seinen König und mittelbar den Kaiser einen eingehenden Bericht<sup>2</sup> abzustatten, am 26. September.

„Die erste Klage der Kurfürsten betrifft den Krieg in Italien. Nach den Reichsconstitutionen und dem Krönungsheide, sagen sie, sei der Kaiser verpflichtet, keinen auswärtigen Krieg ohne Befragung und Gutachten der Kurfürsten des Reichs als seiner ersten Räte zu unternehmen, und sie hien wiederum ihrem Votum gemäß gehalten, ihn zu unterstützen. Dies habe der Kaiser in dem italienischen Kriege nicht beobachtet, habe vielmehr seinen Entschluß gefaßt, ohne sie zu fragen. Ich habe darauf geantwortet, daß der Kaiser eine Rechtfertigung seines Verfahrens erlassen, und daß, als beunruhiget der König von Frankreich beharrlich Truppen hieselbst, die Ehre des Kaisers und Reichs nicht gestatte

<sup>1</sup> Mémoires V, 318.    <sup>2</sup> H. a. O. 319.

<sup>3</sup> Abgedruckt bei Winkelh, Walpola II, 220 u. 1.

habe, sich vom Könige von Frankreich ein Geſch vorſchreiben zu laſſen. Sie entgegeneten, daß, auch wenn ſie den Beginn des Krieges über welchen doch viel zu ſagen wäre, ganz bei Seite laſſen, auch anerkannten, daß durch jene kaiſerliche Erklärung der Krieg mehr gerechtfertigt ſei als zuvor, demnach durch die Richtmißbedingung an die Kurfürſten im Principe geſchit ſei.“

Weiter berichtet Bruneau die ſchweren Klagen der Kurfürſten über die Eigenmacht Wallenſteins nach allen Richtungen. „Die nicht-katholiſchen Fürſten und Stände, ſagten ſie ihm, haben unter dem Drucke des kaiſerlichen Dectes weniger zu leiden als die katholiſchen, ſo ſehr daß jene ſich über dieſe luſtig machen und ſagen, daß in ſolcher Weiſe die Miniſter des Hauſes Oſterreich getreue Diener beſolden, und daß die um Reiche erpreßten Contributionen nach dem Wohlgefallen Wallenſteins und ſeiner Officiere zu ihrer Bereicherung vertheilt werden. — Weiter wüßten ſie, daß Wallenſtein auf die Kunde der letzten Geſandſchaft der vier Kurfürſten nach Wien ſich geäußert: er werde wiſſen ſich zu rächen.“

„Der Kaiſer,“ berichtet Bruneau weiter die Klagen, „dürft über Reichsſachen nicht verfügen ohne die Zuſtimmung der Fürſten im Reichstage. Dennoch habe Wallenſtein durch ſeine Inopportunität die Verſöhnung mit Mecklenburg ohne eine ſolche Zuſtimmung erlangt. Daher drohe von dort ein Krieg, weil der Schwedenkönig zum Vornehme nehme, Stralsund zu Hilfe zu kommen, und die Herzöge von Mecklenburg herzuſtellen.“

„Es würde zu weit führen,“ fährt Bruneau fort, „alle Klagen über die gegenwärtige Regierung aufzuzählen. Obwohl die Fürſten von der Perſon des Kaiſers mit Reſpect und Beſcheidenheit reden, ſo machen ſie ihm doch wenigſtens das zum Vorwurfe, daß er dem Wallenſtein ſo freie Hand geſaſſen. Denn über dieſen reden ſie mit höchſter Abneigung. Sein Ehrgeiz, ſagen ſie, ſei unersättlich. Er fordere den Titel: Debit — benehme ſich hochfahrend gegen die Reichsfürſten. — Ich habe verſucht zu beſchwichen und einige Heublungen Wallenſteins mit der Nothwendigkeit entſchuldig, auch die Exceſſe entgegen gehalten, welche ſeit den letzten zwei Jahren von den Truppen der Liga verübt ſind; aber ich habe wenig ausgerichtet. Auf meine Frage nach Mitteln der Abhilfe hat man mir geantwortet: der Kaiſer müſſe ſich, wie das ſeine Pflicht, des Rathes der Kurfürſten bedienen. Es müſſe ein Kurfürſtentag berufen werden. Da bekanntlich der Kurfürſt von Sachſen erklärt habe, er werde zu einem ſolchen Tage nicht kommen, ſo lange er

Truppen innerhalb seiner Grenzen erlöste. So müsse zuvor der Stolz des Kastors hinweg genommen werden. Als diesen begriffen sie Wallenstein und Colloredo. Sie würden sich freuen, sagen sie, wenn dem Könige Ferdinand von Hagera, dem der Markgraf von Baden zur Seite stehen könnte, die Führung der Arme übergeben würde."

„Wenn der Kaiser sich des Rathes und des Gutachtens der Kurfürsten bedienen wolle, so bedürfte man keiner Eiga mehr, und alle würden sich eingen zum Dienste für Kaiser und Reich. In solchem Falle würden auch der Graf Tilly selber und alle Officiere und Soldaten, welche jetzt das Herr der Eiga ausmachen, in den Dienst des Kaisers übergehen. Man würde eine Verrechnung der Contributionen des Reiches aufzustellen haben, welche genügen, die als notwendig erscheinende Zahl der Infanterie und Cavallerie zu unterhalten, und dann würde man durch glückliche Fehlung des Soldes die Zügellosigkeit der Mannschaft leicht reformieren, gute Disciplin einführen, die Excesse bestrafen und dahin gelangen, Ackerbau und Handel in Deutschland wieder herzustellen."

„In einem solchen Convente würde man ferner die Schäden erwägen, welche die holländischen Rebellen verursacht, und die Nothwendigkeit, sie in Gütz oder mit Gewalt zur Vernunft zu bringen. Denn da sie die eigentlichen Urheber aller Rebellion, so könne erst dann ein fester und dauerhafter Friede im Reiche hergestellt werden. Wenn auch einige nicht-katholische Reichsfürsten und Stände solchen Schritten gegen die Holländer nicht beistimmen würden, so würden sie doch der katholischen Mehrheit sich fügen und mit derselben den Holländern vorschreiben, entweder auf laibliche Bedingungen sich dem Reiche wieder zu unterwerfen, oder gewärtig zu sein, daß die gesammte Macht des Reiches sich mit derjenigen des Königs wider sie vereinige."

„Die Kurfürsten des Rheines empfinden sehr die Unruhe, welche sie an ihren Rheingöden durch die Holländer erleiden, weil diese Gölle zu ihren besten Einkünften gehören. Darum wünschen sie den Frieden mit den Holländern. Dagegen klagen die Kurfürsten von Köln und Trier viel über die Diener Euer M. und ich höre, daß derjenige von Trier sich sehr französisch erzeigt. Es läme doch darauf an, ihn zu gewinnen."

„Diese Punkte und Punkte habe ich entnommen aus Unterredungen mit den Kurfürsten, ihren geheimen Räthen und anderen vertrauenswürdigen, dem Dienste Euer M. und des Gesamtkaufes geneigten Personen. Wenn der Kaiser einen solchen Fürstentag berufe, so

würden sich mehr Resultate ergeben. Versteht der Kaiser nicht einen solchen Tag, so werden diese Fürsten auch sich zusammen treten, um über das Ergebnis der letzten Gesandtschaft nach Wien zu berathschlagen. Man vermuthet, daß dann ihr Beschluß dahin gehen werde, dem Kaiser anzugeben, wenn nicht er für die Angelegenheiten des Reiches ein Deulmütel schafft, sie es suchen werden. Es lauchtet zur Genüge herdurch, daß dann ihr Absehen auf Frankreich gerichtet ist. Ich sage ihr Absehen, nicht ihre Neigung, denn ich kann nicht wahrnehmen, daß sie zu Frankreich haben. Auch die Herstellung des gedachten Bolognesen würde ihnen nicht genehm sein. Sie würden sich nur dann entschließen dieses Mittel zu ergreifen, wenn alle ihre Vorstellungen bei dem Kaiser ohne Erfolg einer Veränderung oder Besserung blieben. Da ich nun vernehme, daß die Fürsten der Liga bald eine Zusammenkunft haben werden: so wäre es, meines Urtheils, sehr zweckmäßig, wenn der Kaiser eine Persönlichkeit von Autorität, Umsicht und Eifer entsendete, die als Botschafter an den Verhandlungen sich theilnehmend die Felschlüsse ablesen oder mäßigen könnte. Den Klagen über die Unordnungen der Truppen Wallenstein's konnte er entgegen stellen, daß nunmehr seit zwei Jahren auch das Heer der Liga, ohne etwas zu kosten, auf Kosten des Reiches unterhalten werde. Obwohl der Kaiser geradezu die Auflösung des Ligabundes als nicht mehr nöthig fordern konnte, so würde mit doch diese Forderung zur Zeit bedenklich erscheinen, weil geeignet viele Fürsten in der Meinung zu befestigen, daß Wallenstein so jenem Willen unterwerfen und das Reich erklücheln wolle. In ürige gehen so weit zu meinen, daß der Ehrgeiz ihn dahin fortreißen könnte, dem Kaiser und seinem Hause einen Streich zu verlegen. Obwohl ich eine solche Bosheit bei ihm in keiner Weise vermuthete, so darf ich doch nicht unterlassen, zu berichten was ich vernehme."

„Nun, die Angelegenheiten des Reiches und der Liga haben sich in solcher Weise verwickelt, daß man baldigst eine glückliche Lösung wünschen muß. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß eine solche sich finden kann, und werde in Wien noch Kräften dafür arbeiten, denn im anderen Fall sehe ich unwiderbringlichen Schaden für das Haus Oesterreich wie für die Liga voraus. Es gibt zwei Wege, den Kaiser in seiner Würde zu erhalten, und für seinen Sohn die Nachfolge zu erlangen: den einen der Güte, den anderen der Gewalt. Der erstere ist sicherer und ehrenhafter. Es kommt darauf an, die Gemüther der Fürsten, der Reichsstände überhaupt und der Städte, sowohl der Katholiken als der Nicht-Katholiken

sich geneigt zu machen. Verzögert sich aber das Heilmittel, so steht es mir außer Zweifel, daß Frankreich und die Holländer sich einmischen werden. Marcelline hat hier in Mainz und Köln, und namentlich in Trier, nicht ohne Erfolg gearbeitet."

"Ich erlaube an," schließt Bruneau, „daß viele der hier angeregten Punkte den Kaiser näher betreffen als Sw. M. Allein da die Interessen gemeinsam, und es daher beiden Majestäten obliegt, über ein Heilmittel nachzudenken, so erschien es mir erforderlich so weit ins Einzelne zu gehen."

Der Bericht Bruneaus enthält kein Wort, aus welchem sich ergeben ließe, daß er, oder also die Spanier überhaupt, eine Kunde davon hatten, wer den kaiserlich-spanischen Flottenplan in der Ostsee zu Grunde gerichtet hatte. Um so mehr muß das Lob, welches die Generalstaaten dem Wallenstein für seine Dextérité in dieser Angelegenheit dardrochten, als begründet angesehen werden. Er hatte den Kaiser und den König von Spanien zugleich verrathen, ohne daß diese es auch nur ahnten, und bedeckte vor der Welt seinen Verrath zu, indem er den langathmigen Admiralsstiel fortführte.

Bruneau will nicht den Verdacht sich aneignen, daß Wallenstein fähig sein würde, gegen den Kaiser oder dessen Sohn einen Streich zu führen. Aber nicht die eigene Meinung des Gelaudten ist hier das geschichtlich wichtigste Moment, sondern die durch ihn constatirte Thatsache, daß eine solche Meinung vorhanden war, demgemäß auch der Einfluß, den die Meinung auf die Träger derselben ausübte.

Bruneau ist endlich der Ansicht, daß, in Folge der wesentlich durch Wallenstein hervorgerufenen Verwidelung zwischen dem Kaiser und den Kurfürsten, Frankreich und die Generalstaaten in die Angelegenheiten des Reiches eingreifen würden. Dem Auge des Spaniers blieb also verborgen, daß noch eine dritte Macht seit Jahren der günstigen Gelegenheit zu einem solchen Eingreifen harrete - der Schwedenkönig Gustav Adolf.

## 11. Der Schwedenkönig im Jahre 1629.

Wie der französische Minister Richelieu darauf ausging, die Liga von dem Kaiser loszureißen und für sich zu gewinnen: so versuchte der Schwedenkönig ein ähnliches Verfahren bei nicht-katholischen Reichsfürsten, namentlich bei Johann Georg von Sachsen. Dieser, wie wir gesehen haben, lehnte durch Schweigen ab. Seine Abmahnung an den Kaiser



gegen das Restitutions-Edict enthielt einen Hinweis auf die Auswärtigen, die über die Verwirrung des Reiches „trohienden und aus Ambition nach fremden Kronen und Sceptern trachten“ Der europäischen Völkernachdruck nach dem Johann Georg, nachdem der Dänenkönig niedergeworfen, in erster Linie damit nur den Schwedenkönig gemeint haben.

Auch waren ja die Entwürfe desselben bereits reifer, als man in Wien oder Dresden wissen mochte. Sein Gebietsaustausch mit Oprekterna in den letzten Monaten des Jahres 1628 hat uns gezeigt, daß der Grundriss in das Reich des ihm beschlossene Sache war. Dagegen wirkte es ihm an den wichtigsten Erfordernissen, nicht bloß an Geld, sondern auch an Mannschafft. Er selber hat in kurzen kräftigen Zügen entworfen, daß zu einem Kriege in seiner Art d. h. zum Angriffskriege, geworbene Mannschafft besser sei als ausgehobene.<sup>1</sup> Noch im Januar 1629 entsandte er den sehr gewandten Hofmarschall Dietrich von Falkenberg in die Republik der Niederlande, mit Aufträgen der Werbung bis zu sieben Regimentern.<sup>2</sup> Der Plan Gustav Adolfs dort ging weiter. Eben damals ließ er durch seinen Gesandten Comertz den Generalfürsten eröffnen, daß er „die Herstellung der verfallenen Sachen in Deutschland“<sup>3</sup> beabsichtige. Er verlange dafür von den Generalfürsten Subsidien von monatlich 150,000 fl., oder mindestens 120,000 fl. Dafür werde er eine Armee von 20,000 Mann Infanterie und 2000 Mann Cavallerie errichten und selber führen. Ein holländischer Zeitgenosse, der die Verträge etwas geringer angibt, urtheilt<sup>4</sup> in seinem Tagebuch über diese Anfrage: „Nach meiner Meinung kann der Schwedenkönig an solchen Vorschlägen nicht scheitern oder sie ausführen, es wäre denn, daß er starke Beziehungen bei den Reichsfürsten oder den Reichsstädten hätte.“ Die Republik aber, fährt er fort, sei zu hoch beschwert, als daß man ihr noch eine solche Last aufladen dürfe. Dazu auch lache ja dieser König mehr seine eigene Größe und seinen Vortheil, als daß es ihm darum zu thun sei, Jemandem in Deutschland aufzuhelfen.

Die Worte lassen die Misstimmung der Holländer wider den Schwedenkönig erkennen. Sie hielten sich ihr geschäftig sowohl durch seine Maßregeln, Geld zusammen zu bringen, als durch seine Werbungen von Soldaten. Im Bereiche seiner Waffen hatte er den Kupferhandel zu seinem Monopole gemacht und plante eben dasselbe in Betreff des Getreides. Er erhob in der Pilsen und vor der Weichsel schwere Zölle,

<sup>1</sup> Stylla 61. Ugl. Th. I, 502.      <sup>2</sup> Mittich, Falkenberg 20.

<sup>3</sup> U. a. D. 204.      <sup>4</sup> Capellen I, 504.

die zu nicht geringem Theile den Holländern zur Last seien. Nun kamen noch die neuen Anträge auf das Bestehen der Werbung hinzu, wo die Generalstaaten doch selber der Truppen zum Angriffe auf Dordrecht dringend bedurften.<sup>1</sup> Die Anträge Camerars und Falkenbergs wurden im Haag abgelehnt.

Gustav Adolf hatte jedoch auch für diesen Fall vorgesorgt. Er hatte dem Hofmarschall Falkenberg zugleich eine Empfehlung an den Rath der Stadt Gmünd mitgegeben, vom 16. 26. Januar 1629.<sup>2</sup> Demnach forderte der König in sehr gütigen Worten den Rath an, dem Falkenberg die Stadt nicht bloß als Werbeort, sondern auch als Sammelplatz der überhaupt angetroffenen Truppen zu verstatten. Der Rath gewährte, wie in gleicher Weise auch die ähnliche Forderung des Königs von England. Jedoch bedachte er sich, wozu, am 12. Februar, auch dem Kaiser eine Entschuldigung dieser Verwahrung einzusenden.<sup>3</sup> Die Entschuldigung, gehalten in der Weise der Holländer damaliger Zeit, beginnt mit einer schweren Anklage gegen die ligistischen Truppen. „Denn,“ sagt sie, „was anfänglich das Haupt dieser Grausamkeit anbelangt, wolant unseren gn. Wesen und regierenden Landesherren, hat man 3 W allsobald ganz mordthätlich auf Dero Amtshaus Verum liber Seite geräumt, dazu man hernach mit den verlassenen und armen Unterthanen unbehindert und desto wildlicher hanfen und umgehen konnte.“ – Die Anklage war unbegründet; denn in der Wirklichkeit hatte sich das Unglück zugegetragen, daß der junge Graf Rudolf Christian, nach reichlichem Weingebrauch eines Mittagsmahles, um heißen Sonnenhans eine vorgehaltene Degenspitze nicht gewahrte, sich derselbe ins Auge gerammt hatte.<sup>4</sup> Und eben so wenig war die andere Anklage aus der Bedrückung der Unterthanen durch die ligistische Einquartierung begründet. Vielmehr wird sich aus am Schlusse derselben, im Jahre 1630, das merkwürdige, vielleicht einzig dastehende Beispiel in dem langen Kriege ergeben, daß zwischen den Soldaten und den Bauern eine besondere Freundschaft obwaltete.

Dem Rathes von Gmünd beklunden also nur die eigene Wehrnung. Aber er hatte sich auch zu verantworten bei Tilly und bei dem Landesherren, Grafen Ulrich, denen er mit solchen Anklagen nicht kommen durfte. Naamentlich Tilly schickte, noch am 19. 29. Juni,

<sup>1</sup> Actum II 241, 242. Wittich, Falkenberg 21, 264.

<sup>2</sup> Collage LIX zur ersten Ausgabe, Nr. II, 403. <sup>3</sup> Regesten 3 63

<sup>4</sup> Der Vorfall ausführlich bei Mithras IV, 277.

der Stadt eine dringende Abmahnung zu. Der Rath vertbeidigte sich bei dem Einen wie bei dem Anderen mit der Ausrede: der Schwedenkönig sei ja nicht ein Feind des Kaisers. Dagegen müsse man die Werbungen gestatten, weil im anderen Falle die Handelschiffe der Stadt Gefahr laufen würden vor dem Kriegesfahrzeugen jener Könige.<sup>1</sup> — Auch die Generallstaaten waren nicht damit zufrieden, daß die Stadt, die tatsächlich ihrer Oberherrschaft unterstand, dennoch anders als sie zu verfahren wagte. Aber sie ließen geschehen.

Auf dem Boden also des Reiches ward Hallenberg die Truppen, die dem fremden Könige zum Einbruche in das Reich dienen sollten. Es gelang ihm, theils in Emden selbst, theils in dem am linken Ufer des Emsstromes gelegenen Kleiderlande mehrere tausende zusammen zu bringen. Andererseits hatte er Hoffnung auf mehrere durch Lord Spens in England geworbene Regimenter. Dabei entwickelte er vor Gustav Adolf den Plan eines selbständigen Vorbruchs von Ostfriesland aus in das Reich.<sup>2</sup> Gustav Adolf neigte sich bereits dahin, den Dodo von Knophausen, der erst mit Christian und Mansfeld die Länder durchzogen hatte, zu seinem Generallieutenant in Ostfriesland zu ernennen.<sup>3</sup> Dann jedoch mochte bei dem Schweden die Besorgnis vor dem Mißfallen der Generallstaaten überwiegen. Er ließ den Plan der Occupation von Ostfriesland fallen. Andererseits lauten die Werbungen Hallenbergs dennoch auch den Generallstaaten zu statten, weil viele Truppen mit verwendet wurden gegen die spanischen in der Behave.

Gustav Adolf selber führte den Feldzug gegen seinen Vetter Sigismund III. von Polen, den Wallenstein auf den Befehl des Kaisers den F.M. Arnim mit 15.000 Mann zu Hülfe schickte. Arnim ging zögernd und widerwillig, so daß es des wiederholten Annahmens von Wallenstein bedurfte.<sup>4</sup> Am 17 Jun kam es zu einem Treffen bei Stuhm, in welchem der Schwedenkönig, mit Verlust seines Hutes, mit Mühe der Gefangenahme entkam.<sup>5</sup> Das Treffen war nicht entscheidend, und auch ferne sahen eine Aussicht, daß durch das Zusammenwerfen der Wallensteinier und der Polen etwas ausgerichtet würde. Denn nur der König hatte

<sup>1</sup> Über die ganze Sache eine lebhafte Correspondenz in Emden.

<sup>2</sup> Hittich, Hallenberg 208 uf.     • H. a. D. 372.

<sup>3</sup> Förster II, 87 uf.     Schumacher 184.

<sup>4</sup> Meyer III, 184.     Jäger, Arnim 111.

jene Hilfe gewünscht, nicht die Polen. „Die Hilfe,“ sagt ein Zeitgenosse,<sup>1</sup> „ward vergeblich geleistet wegen des Hasses und der Eifersucht der beiden Nationen. Die Deutschen wollten nicht liegen zu Gunsten von Undankbaren: die Polen wollten nicht den Verhassten für eine Wohlthat verpflichtet sein.“ — Die Vertheile Arnims atmen von Anfang an Misstimmung über die Behandlung die er erfährt.<sup>2</sup> Immerhin mochte ein Verdruß Arnims gegen Wallenstein über die Erhebung selber mit unterlaufen, denn bereits am 27. Juni bat Armin um seine Entlassung, die er dann sofort erhielt.<sup>3</sup> Wallenstein ernannte den Herzog Julius Heinrich zu Sachsen zum Nachfolger.

Gustav Adolf verschonte sein Lager unter den Namen von Marienburg.<sup>4</sup> Seine Truppen wurden mitgenommen durch Krankheit, die Polen durch Goldmangel. Der König Sigismund begab sich mit seinen zwei ältesten Söhnen ins Lager. „Alles,“ meldet<sup>5</sup> Gustav Adolf, „er hat kein Geld mitgebracht, sondern nur das Versprechen eines dreimonatlichen Goldes, zahlbar im August, was für die Kaiserlichen allein über drei Tonnen Goldes ausmacht, die schwer aufzubringen scheinen. — Noch haben die Kaiserlichen nichts ausgerichtet, und, wie sie vom Könige und seiner Partei gegen das Wollen und Wissen der vornehmsten Stände heringebracht sind, so werden sie auch immer mehr verhaßt. — Jetzt gerade wo wir uns anschicken nach Schweden zu gehen, kommt der französische Gesandte Baron Charnacé zu uns ins Lager, seine Vermittelung zu einem Tractate mit dem Feinde anzubieten. Wir sind auf Unterhandlungen über einen Waffenstillstand eingegangen.“ — Folgen wir also den bisherigen Schritten dieses Charnacé.

Nachdem Charnacé im Frühlinge 1629 die Aufträge des Cardinals Richelieu bei dem kaiserlichen ausgerichtet, begab er sich weiter zu Christian IV. von Dänemark. Auch hier war der eigentliche Zweck des Auftrages die Spaltung zwischen dem Kaiser und der Liga.<sup>6</sup> Charnacé traf noch vor dem Frieden von Lübeck bei Christian IV. ein. Er rieth, der König möge zuerst mit der Liga, die ihm der gefährlichste Feind gewesen, den Frieden suchen. Indem er dadurch den Kaiser und die Liga von einander trenne, werde der Kaiser, in seiner Noth halb gekümmert, um so eher einen ehrenvollen Frieden bewilligen. Noch mehr,

<sup>1</sup> Pappus 43.    <sup>2</sup> Göttinger 140, 161.    <sup>3</sup> N. a. O. 162.

<sup>4</sup> Meißner III, 136.    <sup>5</sup> N. a. O.

<sup>6</sup> Memoires V, 117. Auch für das Folgende.

ließ Richelieu sagen, werde dadurch der König leiten. Er werde dadurch dem Hause Oesterreich die falsche Masse der Religion abreißen, durch welche es die Reinheit der Gemüther in der Christenheit für sich zu gewinnen suche, unter dem Vorgeben, daß es lediglich für die Religion den Krieg führe.

Der Irrthum, der sich in diesen Worten des Cardinals Richelieu über den Krieg in Deutschland fand, gibt, ist sehr auffällig und merkwürdig. Er mißt dem Kaiser das als Absicht bei, was dieser sorgfältig vermied, daß jemals sein Krieg als Religionskrieg angesehen werden könne. Auch wußte ja der Dänenkönig, an den die Worte gerichtet waren, an seinem eigenen Thun besser, auf wem die Worte poßten. — Dagegen sagte eben damals, im Hinblick auf den Fall von Monsieuban, einer Hauptburg der Hugenotten nach La Rochelle, der Cardinal Richelieu zu seinem Könige: „Man darf jetzt mit Wahrheit sagen, daß die Quellen der Härese und der Rebellion versiegt sind.“<sup>1</sup>

Die Werbungen des Charnacé bei Christian IV. brachten bei der Sachlage keine Frucht. Er begab sich weiter ins Feldlager in Braunschw. zu dem Schweden Gustav Adolf.

Betrachten wir über diesen König die Meinung Richelieus mit seinen Worten: „Dieser König war eine neue aufgehende Sonne. Er war noch jung, dennoch von großem Rufe. Er hatte alle seine Nachbarn, die Holländer, die Polen, die Dänen, zu Feinden gehabt, über sie beträchtliche Vortheile errungen, und bewahrte die Plünder derselben in mehreren Provinzen und Städten. Auch war er bereits mit dem Kaiser verfreundet, nicht wegen wirklicher Bekleidigungen, die er erfahren hätte, sondern weil der Kaiser sein Nachbar und allein derjenige war, dessen Provinzen reicher als die sonstigen, ihm Vortheile in Aussicht stellten, die zu seiner Befriedigung gereichen konnten.“

„Sowohl aus diesem Grunde als auch weil wohl zu vermuthen war, daß der Dänenkönig fortan die Ruhe vorziehen würde, warf Se. Majestät das Auge auf jenen jungen Fürsten, um zu versuchen sich seiner zu bedienen, damit allgemein die Macht des Kaisers abgeleckt und gehindert würde, in Italien und in Frankreich ungerechter Weise Krieg zu erregen, dagegen durch Schrecken und eigenen Verlust abgehalten würde von seinem Plane, die öffentliche Freiheit zu unterdrücken.“

<sup>1</sup> Avenel III, 410.

<sup>2</sup> Memoires V, 119.

Demgemäß weil Gustav Adolf damals im offenen Kriege mit dem Könige von Polen war, erhielt Charnacé den Auftrag, sie beide aufzusuchen, um, im Namen des Königs, zwischen ihnen einen Frieden oder einen Stillstand auf eine Reihe von Jahren zu vermitteln.

Der Franzose Charnacé begab sich, mit schweigender Zustimmung des Schweden, zuerst zu dem Polenkönige. Der Bericht darüber läßt das Mißtrauen Sigismunds III. deutlich erkennen.<sup>1</sup> Aber die vornehmen Polen ersuchten den Frieden. Sie drängten den widerwilligen König zum Eingehen. — Stattlicher dann als bei Sigismund III. war der Empfang des Franzosen bei Gustav Adolf in Marienburg, zu Ende Juli. Hier konnte Charnacé gleich mit dem eigentlichen Zwecke beginnen. Größere und ruhmvollere Unternehmungen als diejenigen in Polen, sagte er, riefen den König nach Deutschland, wo ein besserer Lohn seiner Mühen harte.<sup>2</sup> Gustav Adolf, sagt der Bericht weiter, antwortete sehr gnädig und höflich: er sei bereit für einen Stillstand in Polen in alle Bedingungen zu willigen, die nicht seiner Ehre zuwider. — Er wünschte dort frei zu werden.<sup>3</sup>

Die Bereitschaft zu einem Abkommen war beiderseitig da, und Charnacé ebnete den Weg. Dann kam auch der Engländer Sir Thomas Roe, von Carl I. zu dem gleichen Zwecke entsendet, den Schwedenkönig gegen den Kaiser verfügbar zu machen. Sofort wuchsen dann die in jener Zeit unvermeidlichen Fiangströmungen empor, und die Gesandten bekämpften einander mit geschichtlichen Abhandlungen. Dies verzögerte die Sache. Dennoch geschah am 15. September 1629 zu Stuhm der Stillstand zwischen den Königen von Polen und Schweden auf sechs Jahre zum Abschlusse.<sup>4</sup> Die Vortheile desselben waren wesentlich für den Schweden. Er behielt die Durchfahrt von Pillan mit dem Golle, den er dort von der Schifffahrt entnahm, so wie den Zoll auf der Weichsel vor Danzig.

Während noch Gustav Adolf in Preußen weilte, trat am 29. Juni N. St. der Reichstag in Stockholm zusammen.<sup>5</sup> In dem Beschlusse desselben heißt es: „Deutschland betreffend, haben wir nicht allein aus Ew. M. gnädiger Proposition, sondern auch aus dem Werke selbst diese Jahre hindurch genugsam gesehen und verspürt, von welchem Beginne

<sup>1</sup> Mémoires de Richelieu V, 126 et suiv.    <sup>2</sup> H. a. D. 126.

<sup>3</sup> Chroniq. 16.    <sup>4</sup> Inventarium 210.    <sup>5</sup> Arkiv I, 37

aus und zu welchem Ende die Päpstlichen den Krieg getrieben haben, nämlich zuerst die evangelischen Stände in Deutschland zu bezwingen, und dann, vermittelst deren Untergang weiter zu gehen, und, wenn es möglich wäre, alle evangelische Christen auszureuten.“ Dem Beginn entspricht der Fortgang, gemäß den Wünschen Gustav Adolfs. Das Gutachten schließt: „Demnach raten wir unterthänigst, Ew. M. wollen befehlen sich gefaßt machen zu Wasser und zu Lande, und den Krieg so weit wie möglich fern von den Grenzen Schwedens führen, indem Sie den Sieg desselben, bevor er an unser Königreich gelange, in das feindliche Land versetzen.“

Demgemäß suchte Gustav Adolf vorzubereiten. Er hatte Axel Oxenstierna als Statthalter zu Elbing in Preußen zurück gelassen. Von diesem verlangte er im October einen Nachweis, in wie weit er sich auf die Leistungen Preußens verlassen könne, so wie ein Gutachten über die Expedition nach Deutschland überhaupt.<sup>1</sup> Dann fährt er fort: „Welche Resolution Ihr auch fasset, so halten wir doch für nöthig, daß Ihr nach Eurer Discretion mit Manier ausbreitet, namentlich bei kurfürstlichen und anderen Ministern, daß wir unser Absichten nur darauf richten, unter welchen Bedingungen wir mit den Kaiserlichen zum Accorde gelangen können. Ein solches Verdict wird, nachdem sie einmal an die Rüste gekommen, dort sie in der Meinung stärken, vor uns sicher zu sein, und sie anregen desto eifriger den Krieg in Italien und die Befolgungen in Deutschland fortzusetzen, und demgemäß die Gemüther härten und stützen und uns den Weg bereiten. Ferner werden die Könige von Frankreich und von England, welche ernstlich trachten, uns in den deutschen Krieg zu bringen, um so bereitwilliger sein, uns zu diesem Zwecke Geld zu geben. Dies ist auch der Grund, weshalb ich dem Camerar unterlagt habe, im Haag noch weiter um Subsidien für uns anzuhalten, damit nicht jene Könige meinen, daß ich schon am des Bündnisses mit den Generalstaaten willen schuldig wäre, den Krieg zu unternehmen.“

Am 17. October d. St. berief Gustav Adolf in Upsala den geheimen Rath um sich, acht Personen.<sup>2</sup> Der Friede mit Polen sei geschlossen, sagte er, und er wolle davon das Beste hoffen. „Was man

<sup>1</sup> Oxenstiernas brevverusug 1°, 523.    <sup>2</sup> Arkiv I 42.

den neuen Krieg betrifft," fuhr er fort, „so wißt Ihr, daß ich immer vorher gesehen, der Kaiser werde über uns kommen. Das hat er nun in diesem Sommer gethan, so daß Ihr seht, daß ich richtig prophezeit habe. Und obwohl Ihr immer zum Kriege gerathen, so ist es dennoch gut, daß man das bedachte, damit im Falle des Zehlschlagens es nicht heiße: man habe unbedachtsam gehandelt. Ferner ist bekannt, daß, wenn man einmal darin ist, ein Krieg den anderen nach sich zieht: deshalb will ich, damit nachher Niemand gegen das Regiment murre, daß Ihr darüber berathschlagen sollt.“

Die wesentliche Frage war, ob es ratsam sei, den deutschen Krieg offensiv oder defensiv fortzusetzen. Die Erörterung ging hin und her. Erst im Laufe derselben kam zur Sprache, was denn die hauptsächlichste Ursache des Krieges sei. Die Antwort lautete: „Die principale Ursache des Krieges zwischen uns und dem Kaiser ist, daß er Schweden und das baltische Meer occupiren will. Das Übrige was bisher der Kaiser uns angethan, besteht in leeren Reden.“<sup>1</sup>

Es ist möglich, daß Gustav Adolf nicht um das Lob mußte, welches einige Monate später die Holländer dem Wallenstein ausdrücklich melden ließen, daß dieser General des oceanischen und baltischen Meeres den spanisch-kaiserlichen Flottenplan an der Ostsee mit Dextertät vereitelt habe. Dagegen ist es schwer zu glauben, daß dem scharfen Auge und Ohre des Schwedenkönigs verborgen geblieben sein sollte, welche Bewandniß es mit der thatsächlichen Ausführung des Flottenplanes hatte. Wallenstein selber schreibt, am 18. April, für Gollalto den Bestand mit den Worten:<sup>2</sup> „Ich habe wohl bei vierzehn Schiffe, aber mit keinem kann ich auf die See; denn der Gabriel de Kot hat die Matrosen und die Büchsenmeister licentiret.“ — Es darf der Zweifel erhoben werden, ob dieser General des oceanischen und baltischen Meeres überhaupt jemals das Schwanen eines Schiffsbodens unter seinen Füßen gespürt habe. Aber dem Schwedenkönige diente für jenen Zweck bei seinen Unterthanen der Bombast jenes Titels.

Als besondere Schwurigkeit gegen einen Offensivkrieg in Deutschland ward hervorgehoben, daß deutsches Kriegsvolk, besser man doch nicht entbehren könne, sich nicht gegen das eigene Vaterland und die eigene

<sup>1</sup> M. a. C. 60 Principalis causa belli inter nos et Caesarem est, quod is vult Sueciam et mare Balticum occupare. Reliqua, quae Caesar nobis hactenus intulit, sunt tantum paraphrasae.

<sup>2</sup> Olmanns 115.



Obrigkeit verwenden lasse. Die Antwort lautete: „Es gibt in Deutschland verschiedene Obrigkeiten, von denen die eine die andere haßt. Ferner gibt es verschiedene Religionen.“

Stotte, der einstige Lehrer Gustav Adolfs, der tiefer in dessen Seele blicken mochte, nahm seinen Einwand gegen den Offensivplan von dem Wesen der Monarchie: „Der Kaiser ist stark. Der Däne wie Andere haben sich an ihm gestoßen. Man kann nicht so leicht sie“ (die Monarchie) übermächtigen. Es wäre gegen Gott und Gewissen, auf den Umsturz der Monarchie auszugehen.“

Ihm entgegnete Gustav Adolf: „Alle Monarchien sind von einem Hause auf das andere übergegangen. Die gallische aus einem italienischen auf ein gallisches Haus, und von da auf ein französisches. Die römische Monarchie unter hundert Familien von der einen auf die andere. Nicht in den Personen, sondern in den Gesetzen besteht die Monarchie.“

Ein Anderer erwiderte: „Wenn der König siegreich, so werden sich ihm die Deutschen doch nicht anschließen; wenn er besiegt, so werden sie gegen ihn stehen.“ Gustav Adolf entgegnete: *Si rex victor, illi praeda erunt.*

Die wenigen Worte scheinen den Kern aller Gedanken des Schweden zu enthalten.

Am 5. November II St. kamen die acht Männer abermals zusammen im Schlosse von Upsala. Die abermalige Rede des Königs führte zu dem Schlusse: „Der Stein ist auf uns gelegt, nicht durch unsere Schuld, sondern diejenige des Kaisers, daß er uns so nahe auf den Hals gekommen ist. Entweder müssen wir unterliegen, oder den Stein von uns wälzen: entweder ihn erwarten in Calmar, oder ihm begegnen in Stralsund.“<sup>1</sup>

In denselben Tagen, am 31. October, antwortete der Kaiser Ferdinand II. auf eine Warnung des Kurfürsten Anselm Casimir von Gustav Adolf: er habe in Ungutem mit Schweden nichts zu thun, und sei daher keineswegs geneigt, die Commercien dahin zu sperren.<sup>2</sup>

Die acht schwedischen Räte hielten einer nach dem andern für den Offensivkrieg. Johann Stotte hatte mit erstaunlicher Ge-

<sup>1</sup> H. a. C. 48.

<sup>2</sup> H. a. C. Man kan intet så lättigen taga henne in. Esset contre Deum et conscientiam tentare subversionem Monarchiae. Geller III, 169 und Cronheim I, 168 übersezen die drei letzten Worte dahin, daß G. A. keine Monarchie auf's Spiel lege. Aber das Wort Monarchie ward damals für Königreiche noch nicht gebraucht. <sup>3</sup> H. a. C. 53. <sup>4</sup> Kriegstactik II. 64

lehtigsten dies Mal für sein Votum das Motiv gefunden: „Weil wir in anderer Weise unseren Zweck — nämlich den Frieden — nicht erreichen können.“

Nach dieser Abstimmung nahm Gustav Adolf wieder das Wort „Guere Vota,“ sagt er, „sind so fest begründet, daß, wer sie anzweifelt entweder die Dinge nicht versteht, oder keine Liebe zum Vaterlande hat. Die Ursache meiner Proposition war nicht ein Zweifel anwerfend, ob die Offensive das richtige, sondern mein Wunsch daß Ihr Freiheit haben solltet, zur Zeit Gegengründe vorzubringen, um hernach um so mildere Freiheit zu disputieren, ob ich recht oder unrecht gethan. Ich finde nichts dienlicher für unsern Eifer, Reputation und europäischen Frieden als daß man muthigen Muths den Feind angreife. Wie ich hoffe, daß dies dem Vaterlande zu gute komme, so hoffe ich auch, daß, im Falle es anders ginge, nichts mir beigemessen werde; denn ich habe dabei keine andere Intention als den Nutzen des Vaterlandes. Welches Uebel ich selber davon wegbedenke, sehe ich genugsam voraus. Es gibt Schwierigkeiten, daß man aus Mangel an Mitteln nicht allem Jedermann befriedigen kann, daher dann Unzufriedenheit, Uebelwollen, Verfall. Der Ausgang des Krieges ist unerselbst, daher hoffe ich nicht auf eitlen Ruhm, das Beispiel des Dänen schwebt mir vor Augen, wie die Widerwärtigkeiten, die daheim und auswärts ihn getroffen haben. Die Rathrede, die den Einen heet, den Andern da zu treffen weiß, verzettelt, daß kein Ruhm davon in Aussicht steht. Ich bin so satt des Ruhmes, daß ich nichts mehr davon erstrebe. Deshalb verleihe ich auch, daß Ihr mir nicht eine Ruhmgier, oder einen andern Beweggrund beimeht, sondern nur den des Ruhms und der Eulherheit des Vaterlandes. Ihr also auch alles lausen mag, deuter die Dinge zum Besten, Ihr Junge und Ihr Alte, damit alle Unterthanen der Sache geneigt verbleiben. Auch ermahne ich Euch, daß Ihr alles so betreibt, daß entweder Ihr oder hernach Eure Kinder einen guten Ausgang sehen, den uns Gott verleihe. Für mich selber sehe ich keine Ruhe mehr zu erwarten, es sei denn die ewige Ruhe.“

Es ist möglich, daß die Erregung des Reducers, die aus den bloßen Worten sichtbar wird, ihm selber und seinen Hörern hinüber gehoben habe über die weite Kluft, die zwischen dieser Rede und der Wahrheit der Thatfachen gähnt. Das Land Schweden bedurfte nicht der Vertheidigung gegen einen Angriff, der weder dem Kaiser, noch auch Wallen-

sten jemals in den Sinn gekommen war. Das arme Land, ausgegründet und entvölkert durch die Steuern an Blut und Geld, die der Eroberer für seine endlosen Kriege auspreßte, ersehnte den Frieden. Nicht um das Vaterlandes willen trachtete der Schwede nach neuen Kriegen, sondern um seiner Person, um seiner Gabsier, seiner Herrschaft willen. Er bedurfte dazu nicht, was Albrecht und Ludwig XIII. meinten, der französischen Anregung, um für ihr Geld und daher in ihrem Dienste das bereits zerrüttete Deutschland zum Nothwehr des Kaiserthums noch tiefer zu zerrütten: der Schwede, wenn auch noch so begierig das französische Geld für seine Zwecke zu nehmen, handelte dennoch anders. Er ging darauf aus den Plan auszuführen, der als das Erbtheil seines Vaters Carl IX. und dessen Bestimmung mit den bedeutungsvollen Worten: *il le faut* — auf ihn überkommen, in allen seinen Lebensphasen als seine eigentliche Lebensaufgabe ihm vorgeschwelpt hatte. Darnach hatte er sich bereit erklärt, der einigen Union beizutreten. Darnach hatte er gewünscht, von derselben und Reich gerufen zu werden. Darnach hatte er, selber ein Usurpator, die Usurpation des Pfälzers in Böhmen willkommen geheißen, hoffend daß dieser ihm die Mittel gewähren würde, selber mit einzugreifen und dadurch sich zum Herrn zu machen. Denn das Strafgefühls, welches er im October 1629 im Schlosse zu Upsala den vollen Ausdruck gab mit den Worten *Si rex victor, illi praeda erunt* — ist erkennbar in jeder Lebensregung des Schweden. Darnach auch hatte er dem Beginnen des Kampfs und des Christenmuths zugestimmt, immer aufsehend, ob für ihn eine Gelegenheit der Ertränkung auftauche. Und weiter hatte er, als auf die Verurteilung der englisch-spanischen Herrath der Kriegesruf gegen das Haus Oesterreich in London wie in Paris sich erhob, sich bereit, an beiden Orten seine Erbietungen entgegen zu tragen, nicht freilich nur als Söldnerhauptmann, sondern als König mit der absoluten Direction des Krieges. Der Däne ließ ihn durch Unterbieten den Rang ab, dennoch beharrte der Schwede bei seinem Angebote, bereit wenn man seiner bedürfte. Er suchte einen anderen Weg sich zu bahnen durch Preußen und Polen nach Schesien. Auch diesen Plan mußte er wieder aufgeben, weil sein Schwager Bethlen Gabor ihm die geforderte Unterstützung verweigerte. Im Jahre 1627 schienen für eine kurze Zeit die Dinge sich dahin zu wenden, daß der Schwede verzog, das Erreichbare zu nehmen und mit den Kaiserlichen die den Jahr Reute zu theilen. Dann jedoch that der kaiserliche Feldherr Wallenstein den Schritt, bei welchem es schwer ist zu entscheiden, ob das Unrecht größer war oder die Thorheit:

er bedrängte die Stadt Stralsund. Dies entschied. Die lang ersehnte Gelegenheit für den Schweden war gekommen.

Ginst hatte die von Heinrich IV. von Frankreich hervorgerufene Union von vorwiegend catholischen Fürsten getraunt, das alte Reich in Trümmer zu schlagen und diese in ein neues Modell zu gießen. Es waren bei ihnen der Beistand zu viele, der Willenskraft zu wenig. Tilly war über sie gekommen und hatte sie geschlagen. Damit war die Union untergegangen. Nicht jedoch auch die Ogehritschritten, deren Träger diese vielköpfige Union gewesen war. Sie alle vereinigte in sich der eine Mann, der dazu noch mit einer ungewöhnlichen Willenskraft eine kaum minder erstaunliche Verstandesarbeit verband — der Schwede Gustav Adolf. Er wartete nicht erst seinen Einbruch in das Reich ab, um dann sich auszudenken, was er wollen würde oder könnte, sondern entwarf vorher in aller Ruhe und Stille seinen Plan.<sup>1</sup>

„Das höchste und letzte Ziel der ganzen Sache ist ein neues evangelisches Haupt, das vorlehre eine neue Verfassung unter den evangelischen Ständen und solchem Haupt. Das Mittel dazu ist die allgemeine Rettung des Kriegs. Wer diese hat, ist Herr, wenn er anders der Zeit recht gebraucht. Die Rettung des Krieges bedingt alles.“

„Die Durchführung des Planes ist möglich durch die ausgedehntesten gegenseitigen Versprechungen. Der König verspricht, daß die Freiheit der evangelischen Stände erhalten, die letzten Bände ihnen zurückgegeben werden sollen u. m. a. Ferner muß hinzukommen die Errichtung eines besonderen gemeinschaftlichen Kriegsrathes, welcher dem Lager des Königs beständig und auf dem Fuße zu folgen hat.“

So der König Gustav Adolf. Die Vergleichung des zweiten Abjages mit dem ersten ergibt, daß die Bestimmungen des zweiten, nämlich die Versprechungen des Königs an deutsche Fürsten, nur Formen sein konnten, denen der erste Abjag, durch seine Worte über die Führung des Krieges den Inhalt vorweggenommen hatte. Uchsluh verhält es sich mit dem Kriegsrathe, der beständig dem Lager folgen soll. Dieser soll berathen. Der König soll ohne die Zustimmung desselben nichts beschließen. In Betreff der Ausführung jedoch mach er freie Hand haben. — Kürzer und bündiger liegt der Sinn des Wanges ausgesprochen vor in jenen Worten des Königs in Upsala: *Si rex victor, praeda erunt.*

<sup>1</sup> Böhl III, 274. Aus der Cameracensis Sammlung, wo es steht.

Unter der weiteren Bedenken ist ausgedrückt mit den Worten: „Die Absichten der Katholiken und der Evangelischen stehen so scharf einander gegenüber, daß es eine Thorheit ist nicht unweiskhaft zu erkennen und zu bekennen, daß ein Theil den anderen durch die Waffen zu Grunde richten muß, einer Verjährung oder anderen Mitteldingen aber auf keine Weise getraut werden darf.“

Hier zuerst tritt energisch, unerschöpflich, erbarmungslos das Manifest des principiellen Religionskrieges hervor. Ob Gustav Adolf anderwärts als in seinen Reden an Deutsche und an Schweden an diese Fahn seines Krieges selber glaubte — diese Frage wird sich uns später aufdrängen. Die Thatsache war die, daß Gustav Adolf den Muth, welcher das dahin nur in der calvinischen Partei und wenigen Lutheranern von halb holländischer oder dänischer Gefinnung erhoben war hier dem gesammten deutschen Protestantismus jenseit — daß Gustav Adolf das ganze Lutherthum, welches in seinen bedeutendsten Vertretern bis dahin steht und trenn an Kaiser und Reich und den Ordnungen desselben gehalten, tollkühnlich bestürmt zu machen beabsichtigte für seinen Plan der Ummählung und des völligen Umsturzes. Er schob den deutschen Lutheranern, die nicht in seinen Plan eines solchen Vernichtungskampfes eingingen, unvermerkt den Vorwurf der Thorheit zu. Aber es war nicht seine Absicht bei einem Vorwurfe zu beharren.

Jedem er Katholiken und Lutheraner als jenseit bis auf den Tod feindliche Parteien einander gegenüberstellt, hebt er die Nothwendigkeit der Einheit auf katholischer Seite hervor. „Der Feind ist unter einem Haupte eintig zur Führung des Krieges und dadurch stark. Was aber die Evangelischen bisher vorgenommen, ist völlig planlos, ohne bestimmtes Ziel, und es ist daher nichts gewisser, als daß der Feind, wenn er entschlossen darauf ausgeht, das Feuer mit derselben Leichtigkeit wieder dämpfen könnte, mit welcher es aufgeblasen worden.“

Oftenter war diese Einigkeit, welche Gustav Adolf der katholischen Partei zuschrieb, dort nicht vorhanden. Der Kaiser und die Liga waren über eine Hauptsache, über die Person des kaiserlichen Feldherrn, nicht einig. Aber es diente dem Zweck Gustav Adolfs diese Einigkeit, der nicht da war, voranzujagen. Er pflegte von einer katholischen Liga im Allgemeinen zu reden, als deren Mitglied er den Kaiser und den König von Polen ansah. Aus der Meinung über die Einigkeit der katholischen Fürsten folgte die Nothwendigkeit der Einigung der protestantischen Fürsten zu einheitlichem Plane, zu einer gemeinsamen Führung.

Gustav Adolf wollte diesen Plan, diese Folgerichtigkeit bringen, die Partei organisiren. Das nächste und unabwendbare Erforderniß war, daß alle sich beruhigten, daß eine Neutralität, ein Abwarten, ein Nichttheilnehmen am Kriege nicht gestattet werden konnte. Es war der Gedanke, den der König später praktisch in die Fassung der biblischen Worte kleidete: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich. Wer nicht mit mir sammelt, der zerstreuet. — Und wiederum legt die Art und Weise, wie die einzelnen Fürsten gewonnen werden sollen, Zeugnis ab von dem scharf durchdringenden Geiste dieses Mannes.

„Bei für die Berathung in Deutschland immer Tag und niemals Nacht, für die Ausführung immer Nacht und niemals Tag ist, so ist von Versammlungen nicht viel zu hoffen. Darum ist es nöthig, daß der König einen Stand nach dem anderen gewinne, und denselben besonders abschleife und also allmählig zu einer festen Grundlage gelange. Da ist Kurbrandenburg der erste.“

Wir erkennen, wie das alte Sprichwort: *divide et impera* hier in etwas veränderter Fassung wiederkehrt. Den nächst wohnenden deutschen Reichsfürsten, bei welchem der König dieß System zuerst anzuwenden hatte, den Herzog Bogislaw von Pommern, hielt er der Erwähnung nicht werth, vielmehr weil diese Worte ihm als selbstverständlich erschienen. „Dem Kurfürsten muß zunächst der Regwohn benommen werden, und dieß hat zu geschehen durch eine persönliche Zusammenkunft.“

Die Worte zeigen, wie sehr der Schwedenkönig auf die überwältigende Macht seiner Persönlichkeit vertraut. Er konnte ja seinen haltlosen Schwager, über hundert deutschen Fürsten ansetzen er und Orestiernus sich so geringschätzig wie über diesen. Eben damals laßt Orestiernus sein Urtheil über ihn in die Worte: „Er ist verachtet bei Freund und Feind.“

Aber Gustav Adolf kannte auch die Kludern. Er kannte Johann Georg von Sachsen. „Der Vorgang Frankenburgs,“ fährt er fort, „wurde für die Übrigen eine Fackel und Fohanne sein und die Brücke, über welche Kurfachsen beizukommen ist. Johann Georg ist furchtsam und veränderlich, dem Gelde und dem Vergnügen ergeben. Wenn er nicht aus seiner Furcht herausgerissen, dem Einflusse gleich furchtsamer Rathgeber entzogen wird: so ist zu besorgen, daß er eher schaden als nützen werde.“ Gustav Adolf zeichnet kann die Schritte vorana, die er

<sup>1</sup> Meier VI, 163

Scrup. Geschicht. III.

thun werde, um Johann Georg zur Vereinigung mit ihm zu drängen, in den Grundzügen so, wie sie im Jahre 1631 als thatsächlich geschehen erkennbar sind. „Wenn nicht dieses (nämlich die Vereinigung) geschieht, wird die Furcht den Kurfürsten bald hertzen, bald dorthin verhen, da er ohnehin unbeständig und völlig unfähig ist, etwas Mächtliches und Kräftiges in seinem Geiste zu erfassen.“

„Endlich ist zu bedenken,“ schließt Gustav Adolf, „daß wenn Brandenburg und Sachsen sich im Ubrigen wohl fügen, man über die Vertheilung der Kriegskosten, Pommeru ausgenommen, welches als schwedisches Land nicht belastet werden darf, mit Wimpf reden kann, um so eher, da ohnehin ihnen und ihren Ländern die Kosten an den Hals wachsen werden.“

Es fragte sich um die Mittel zum Aufzuge. Hier jedoch lag der Stein des Anstoßes. Gustav Adolf wünschte Geld von Frankreich. Der französische Gesandte Charnacé hatte darüber im Kriegslager in Preußen sein Wort gesagt. Oxenstierna und der schwedische General zu Warde redeten ihm zu, sich nach Schweden zu begeben, um sich von dem bereits zurückgekehrten Könige zu verabschieden.<sup>1</sup> Dann, meinten sie, könne dort ein guter Beschluß für die Freiheit von Deutschland gefaßt werden. — Charnacé folgte dem Rathe. Am 18. November landete er in Schweden und begab sich nach Upsala, wo der König sich befand. Das freundliche Entgegen-Kommen der schwedischen höheren Officiere dort, die Haltung Aller ihm gegenüber erweckte in ihm die Meinung, daß jener Rath in Preußen ihm auf Befehl des Königs Gustav Adolf gegeben sei.<sup>2</sup>

In der Audienz erbat sich Charnacé die Befehle Gustav Adolfs für seine Rückkehr nach Frankreich. Er fügte seine Meinung hinzu, daß ein schwedischer Gesandter in Paris Bereitwilligkeit zu einer Allianz finden werde. Gustav Adolf scheint von Charnacé selber ein Angebot erwartet zu haben. Er verhehlte nicht seinen Verdruß über einen Vorschlag, der ihm keinen Entschluß ankündigte.<sup>3</sup> Sie redeten drei Stunden lang hin und her. Endlich verlangte Gustav Adolf in erregter Weise die eigene Ansicht des Gesandten schriftlich, damit er sie seinen Rätthen vorlegen könne. Der Franzose, nicht ohne Schen, daß Gustav Adolf das Schriftstück benutzen werde, um desto vortheilhafter mit dem Kaiser abzukommen, willfahrte dennoch.

<sup>1</sup> Richelieu, mémoires V, 149.

<sup>2</sup> M. a. D. 150.

<sup>3</sup> M. a. C. 151.

In dem Schriftstücke sprach er aus, daß sein König, unterrichtet von dem guten Willen des Schwedenkönigs, für die Freiheit und die Befähigung der unterdrückten Fürsten eingutreten, ihn ermächtigt habe zu versichern, daß ein schwedischer Gesandter, mit geeigneten Vorschlägen für diesen Zweck ausgestattet, bei dem Könige von Frankreich „in einer für das Gemeinwohl der Christenheit so nützlichen Sache“ williges Gehör finden werde.<sup>1</sup>

Auf die Einreichung dieser Schrift traten die schwedischen Räte zusammen. Sie stellten dem Könige gegenüber offen heraus mit der Forderung von 1,200,000 Livres jährlich und dem Unterhalte von sechs Kriegsschiffen. Charnacé antwortete: er habe dazu keine Vollmacht; aber sein König werde alles thun, was man vernünftiger Weise von ihm wünschen könne.

Da mit Charnacé nicht weiter zu kommen war, so entschloß sich Gustav Adolf, selber einen Gesandten an Ludwig XIII zu senden. Er ernannte Carl Benier. Schon stand dieser zur Abreise bereit, am 10. December, als Gustav Adolf wieder davon gerückte. Der Cardinal Richelieu erzählt<sup>2</sup>: Gustav Adolf habe zuvor den Ausgang einer Unterhandlung abwarten wollen, die er durch den Grafen Vielte mit Wallenstein angeknüpft. Vielte sei zurückgekehrt mit der Meldung, daß der Kaiser und Wallenstein einen sehr vertheilbarten Frieden anböten, namentlich daß sie die Städte Stralsund, Rostock und Riga von Besatzung belassen wollten. — Es ist dagegen zu bemerken, daß von einer solchen Unterhandlung sich auf kaiserlicher Seite keine Spur findet.

Nach ist es der Zeitfolge nach kaum möglich. Nach der Erzählung Richelieus hat dieses Friedensangebot bei Gustav Adolf bewirkt, daß er nicht mehr einen Gesandten nach Paris schicken wollte, sondern dem rathlehrenden Charnacé an den König Ludwig XIII. die Bitte mitgab, durch seinen Gesandten im Haag mit dem schwedischen Residenten Comerau über das Bündnis zu verhandeln. Die Instruction für Comerau zu diesem Zwecke ist datirt zu Upsala, am 18/28 December<sup>3</sup>. Es ist schwer zu denken, daß zwischen dem 10. und dem 28. December Vielte von Upsala aus sich zu Wallenstein in Halberstadt begeben und von dort eine so gewichtige Antwort zurückgebracht habe. — Viel wenn immer der Irrthum in dieser Sache sein mag: so scheint doch eine Entsendung des Grafen Vielte an Wallenstein zu irgend welchem Zwecke als Thatsache übrig zu bleiben.

<sup>1</sup> S. a. C. 122.    <sup>2</sup> R. a. D. 154.    <sup>3</sup> Boiss VI, 133.



Die Instruction für Camerac enthält nichts von einem dem Schweden gemachten vortheilhaften Friedensangebot. Ihre Bedeutung dagegen besteht darin, daß sie klar vorlegt, was der Schwede dem Cardinal Richelieu gegenüber geltend machen wollte. Sie zählt seine zwölf Forderungen an den Kaiser auf: die erste verlangt die Herstellung aller Reichskirchen in den Stand wie vor dem Kriege; die zweite die Einführung aller kaiserlichen Truppen aus dem Reich usw.: mit andern Worten, jede dieser Forderungen schließt den Krieg in sich.

„Diese Forderungen,“ führt die Instruction fort, „hält der König für so billig, daß sie als das Fundament des Bündnisses zu betrachten sind.“ — „Da aber der Feind, einer solchen Herstellung abgeneigt, bisher alle Vermendung schimpflich zurückgewiesen hat: so verlangt die gemeine Wohlfahrt und die Sicherheit der Könige von Schweden und Frankreich, daß der Feind mit bewaffneter Hand dazu gezwungen werde. Zu diesem Zwecke wird der König von Schweden auf seine Kosten ein ausdauerndes Heer aufstellen. Der König von Frankreich wird zum Unterhalte des Krieges eine bestimmte Summe zahlen. Auch andere Häupter und deutsche Reichskirchen können dem Bunde beitreten, die Direction jedoch soll immer bei dem Könige von Schweden verbleiben.“

Es handelte sich dann um den Betrag des von Frankreich zu zahlenden Geldes. Camerac soll 600,000 Kronenthaler jährlich fordern, darf dann aber ablassen bis zu weniger nicht als 400,000 Reichsthalern. Für das erste Jahr, in welches der Schwedenkönig die bereits vorhandenen 4000 deutschen Reiter mit sich über nimmt, auf jeden Fall 600,000 Reichsthaler. Wenn der französische Gesandte im Namen seines Königs in diese Bedingungen willigt, so wird der Schwedenkönig im kommenden Frühling sich nach Deutschland begeben. — Mit besonderer Sorgfalt soll Camerac darüber wachen, daß, wenn er für den Schwedenkönig in dem Vertrage nicht die erste Stelle durchsetzen kann, so doch wenigstens die völlige Mängelheit des Mangels an Großen wie im Reinen.

Fürzlich entsandte Justus Adolf einen besonderen Beauftragten, den Ritter Mzsch, an die Synovia in Bauditz, um auch dort Subsidien zu erlangen.<sup>1</sup>

Es fragt sich also um das gleichzeitige Verhalten auf sächsischer Seite

<sup>1</sup> Das Contin. bei Böhring 208.

## 12. Wallenstein in Halberstadt, im Herbst 1629.

Vom September an residierte Wallenstein zu Halberstadt in dem stattlichen Commuthause, welches der Herzog Heinrich Julius zur Verwahrung seiner Wäffe erbaut hatte.<sup>1</sup> Dorthin begab sich der harsachliche Gesandte Lebzelter, dessen Bericht wir damals seinem Kurfürsten, so der Nachwelt das Verhalten Wallensteins in seinen späteren Zügen zeichnet. „S. J. W. der General halten einen gar prächtigen Hofstaat. Es ist auch die Tractation, beides an Speise und Trank, aber alle Mäßen ansehnlich und köstlich. Ihre Officiere werden reichig und wohl, auch von Monat zu Monat mit barem Gelde ausgezahlt. Dingenen wollen J. J. Wn. auch wohl bedient sein, halten scharfe Disciplin, und hat an Jeder seine gewisse Zeit zur Aufwartung. Tennen, die der evangelischen Religion zugethan, wird ganz unversindert zugelassen, die evangelischen Kirchen zu besuchen.“ — „Die auferlegte Contribution in dem Stifte Halberstadt ist sehr hoch und soll sich allein an barem Gelde jährlich über 600.000 Rthlr. belaufen, außer dem was an Hafer, Heu und Stroh bezugeben und sonst zur Fortbringung der Soldaten nützlich verwendet werden muß, also daß es den armen, ohne dies ausgezogenen Unterthanen in die Känge zu erschwingen ganz unmöglich, wie denn auf dem Lande viele Dörfer ganz öde und die Felder unbebaut liegen, auch allein in der Stadt Halberstadt bei fünfhundert und dreißig Häuser ganz unbesetzt, welche von den Soldaten vollends abgedrohen und das Holz verbrannt wird.“ In obgedachter Contribution haben J. J. Wn. zur Unterhaltung Ihrer Tadel sieben tausend Reichsthaler, und auf Ihre Pferde alle Tage ein Wispel Hafer, deren jeder zur Zeit um fünfzehn Reichsthaler bezahlt werden muß, neben einer gewissen Anzahl Heu und Stroh. Und dieses muß alle Woche gar ansehnlich und ordentlich geliefert werden.“

Die Zahlen geben Anlaß zu einem lehrreichen Vergleiche. Gustav Adolf hoffte damals von dem Königreiche Frankreich im günstigsten Falle 600,000 Rthlr. als Versteuer für seinen Einbruch in Deutschland zu erlangen, ermächtigte jedoch den Gesandten Camerat bis auf zwei Drittel dieses Betrages, also 400,000 Rthlr., abzulassen. In Wirklichkeit erhielt er später jährlich eine Million Crowen, nach dem damaligen Verhältnisse gleich 300,000 Rthlr. Wallenstein dagegen nahm von dem Stifte Halber-

<sup>1</sup> Lebzelter's Bericht bei Müchlin, Meißner II, 164 u. f. Aus den Hessischen Staatsarchive.

stalt 800,000 Rthlr. und dazu Lieferungen an Hafer, Heu und Stroh. Demgemäß mußte allem das Stift Halberstadt dem Wallenstein wirklich das Doppelte dessen entrichten, was das Königreich Frankreich nachher dem Schweden für den Krieg in Deutschland jährlich zahlte.

Es erodacht die Frage, ob Wallenstein bei diesem seinem Aufenthalte in Halberstadt in den letzten Monaten des Jahres 1629 einen bestimmten Plan verfolgte. Wir haben zur Zeit des Süderfriedens seine Ideen vom Türkenkriege zu Tilly vernommen. Es hatten keinen Bestand. Es kommt bei den Worten Wallensteins gar oft darauf an, zu fragen, an wen sie gerichtet sind. Dem Kurfürsten Kobzeiler und Anderen gegenüber,<sup>1</sup> auch bei Colalto,<sup>2</sup> ergeht sich Wallenstein in scharfen Ausdrücken gegen das Restitutions-Edict. Aber wir werden später auch Wallensteins Rath an den Kaiser vernehmen, daß möglichst viele zu restituierende Klöster zur Gründung von Jesuiten-Collegien verwendet werden mögen, und wiederum zu anderen Zeiten Ausdrücke eines ungrimmigen Hasses wider die Gesellschaft Jesu.

Auch sogar einer und derselben Persönlichkeit gegenüber wechselt Wallenstein in kurzer Zeit seine Meinung. Im Juni treibt er Colalto, bei den Spaniern darauf zu dringen, wie er selber es bei den Holländern thue, daß der Friede oder Stillstand geschlossen werde, denn „geschieht dies, so ist das Haus Oesterreich *monarcha al desperto di tutto il mondo*“.<sup>3</sup> Im November ist Wallenstein anderer Meinung.<sup>4</sup> „Ich erhalte aus Brüssel wie auch aus Holland Bericht, daß es zum Stillstande kommen wird. Das gefällt mir nicht. Es ist zwar gut für die Spanier, aber nicht für uns, denn sie werden Anderen das Kriegswort überlassen.“<sup>5</sup>

Wallenstein wechselt ferner gegenüber den Wirren in Italien. Er hatte eine kriegsräthliche Bevormundung dort nicht befürwortet.<sup>6</sup> Dennoch sprach er dann seine Vereinstüchtigkeit aus, die Führung dort zu übernehmen,<sup>7</sup> besonders eifrig nach dem Friedensschlusse von Mühlbach. Er wollte dahin Aldringen und Wallas mit sich nehmen, den J-M Colalto, dem der Kaiser das Commando in Italien zugebach, wollte er nach Trient entsenden. Der Kaiser jedoch beharrte, und Wallenstein fugte sich darin, dem Grafen Colalto, welchen der Kaiser zum Generalkommandanten

<sup>1</sup> Kobzeilers Bericht an Gualtero II. 182, 194.

<sup>2</sup> Colalto's 187, 193, 195.

<sup>3</sup> H. u. O. 144.

<sup>4</sup> H. u. O. 190.

<sup>5</sup> H. u. O. 190.

<sup>6</sup> H. u. O. 115, 116.

<sup>7</sup> H. u. O. 184 und 185.

ernannt hatte, das Commando für Italien zu befehligen, mit dem Zusatze jedoch<sup>1</sup>: „Wenn alle Requisite vorhanden, wollen wir uns auch abdann erheben und ohne Verletzung einiger Zeit dahin wenden.“ So am 23. August.

Dennoch, obwohl Wallenstein sich in dieser Weise den Oberbefehl in Italien sicher zu stellen trachtete, machte er doch gleichzeitig, ob aus sachlichen oder persönlichen Gründen, den Versuch, dem Kriege dort Gehalt zu thun. Zu diesem seinem Rathe bahnte er sich den Weg in einer eigenthümlichen Weise.

P. Ramormanni hatte, durch ein Schreiben vom 9. August, Wallenstein um Fürsorge für die katholische Religion im Norden ersucht. Wallenstein antwortete, am 29. August in entsprechender Weise, und bemühte den Kaiser, um vor dem Reichsrath, dessen Abneigung gegen den Krieg in Italien ihm nicht unbekannt sein konnte, diesen zur Sprache zu bringen. „Ich will mir,“ schreibt er, „solches Werk (der katholischen Religion) allen Heiliges anzuwenden sein lassen, und sehe die Sache in solchen terminis, daß, wenn das italienische Wesen es nicht hindert, alles wird können zur Ehre Gottes gerichtet werden, und ist nicht ohne, daß der Teufel jetzt seinen letzten und größten sforzo thun will, auf daß die Ketzer nicht restituirt werden, indem der Kaiser über seine Feinde und Rebellen triumphirt, durch dessen Hülfe der König in Spanien die Holländer hätte können zur ragione bringen. Frankreich hat große Progressen wider die Hugenotten gethan, daß in kurzem ihr totaler Sturz wäre zu hoffen gewesen. Jezund gerathen diese Potentaten an einander, und dadurch erlangen die Ketzer Mittel wieder über sich zu kommen.“ Und damit gewinnt Wallenstein den Ausgangspunct, von welchem aus er sich gegen den Krieg in Italien erklärt.

P. Ramormanni hielt dies Schreiben in Wien nicht geheim. Es gelangte an das Haupt der spanischen Partei, den Fürsten Eggenberg, so wie an die Gigue, den päpstlichen Nuntius und den Bischof von Mantua, Gesandten des Herzogs Carl von Nevers.<sup>2</sup> Wallenstein gerieth dadurch in das, wie er sagt, „größte Intrigo von der Welt“. „Die zwei Letzteren,“ schreibt er an Colloalto, „sind dadurch über die Maßen insolent geworden, so daß der Fürst (Eggenberg) deswegen bei Sr. Majestät in ein böß Concept kommen. Man wäre mit in der Seele leid, daß mein bester Freund, den ich in der Welt habe dadurch leiden thät.“

<sup>1</sup> N. a. D. 171<sup>2</sup> Kriegserden S. 84.<sup>3</sup> Schumacher 181, 186, 193

Ich habe alabald wieder dem Beichtvater geschrieben, habe lauteriert, daß es dem Gegenstheil communiciert worden ist, und (gerathen), daß man nun, darauf sie dadurch insperbirt worden sind und vernennen, daß der Kaiser seine Mittel habe, erst recht soll den Krieg prosequieren, bis man den von Rovers zum Gehorsam bringt" — „Aber," fügt er dann sogleich für Colalto hinzu, „es ist mein Ernst nicht, Rame die Sache componirt werden, so bitte ich, man thue es."

Nach sonst sprich Wallenstein dem Colalto aus, daß er absichtlich Irrthümer ausspreche. Er hat Jemandem ein Regiment Cavalerie verliehen. „Ich sage wohl, ich thue es wegen der Franzosen, aber ich thue es wegen vieler schädlichen Praktiken, die hin und wieder im Reich gesühet werden. Und wir haben nichts Bewußtes zu gewarten als einen Generalaufstand. Daß ich nach Remmingen kommen will, bezögere ich wohl, aber es ist nicht mein Ernst. Ich habe dieser Tage auch an Ihrer M. Beichtvater geschrieben und den Frieden widerrathen und viele Worte angeführt; aber es ist auch nicht mein Ernst, sondern habe es gethan zu dem Ende, auf daß der Friede desto eher erfolgen solle."<sup>1</sup>

Einige Tage früher, am 11 October, hatte jedoch Wallenstein dem Colalto die Gefahr von Frankreich her als sehr bedrohlich geschildert. „Daß sich Frankreich," schreibt er, „nicht mit aller seiner Macht herein werden solle, das glaube der Herr Bruder nicht, denn es wird ihm hier viel leichter zu kriegen sein als in Italien. Er wird wohl eine Armee nach Italien schicken, aber den größten sforzo herein werden. Denn nicht alle Rothhölzer sind ihm gewider. Die Andern sind in solcher Desperation, daß sie nicht allein, wenn Frankreich kommt, sondern, wenn der Teufel selbst käme, sich ihm würden in die Hände werfen."

Wallenstein zeichnet also von seinem Rathsholte in Halberstadt aus als besonders dringend die Gefahren eines Einbruchs von Frankreich oder von Schweden her, denn auf den Schweden, wie er wiederholt sagt, „warten Alle wie die Juden auf ihren Messias" Es ist sehr wohl möglich, daß der maßlose Krugestruß den gemarterten Menschen derartige Ausdrücke ausgepreßt hat. Ob sie so gemeint waren, wie sie gesprochen wurden, muß sich an den Thatfachen bei dem vorläufigen Einbruche des Schwedenkönigs zeigen. Jedenfalls aber fragt es sich, ob oder welche Schritte Wallenstein that, bei dieser seiner Erkenntnis der Gefahr, dem Schweden rechtzeitig zu begegnen oder ihn abzuwehren.

<sup>1</sup> 2 a. O. 190. Vom 4 November      <sup>2</sup> 2 a. O. 179

Das Eingangsthor in das Reich für den Schweden war die Stadt Straßburg. Nachdem Wallenstein die Belade von Magdeburg aufgehoben, schrieb ihm der Kaiser, am 16. October<sup>1</sup>: er habe gern vernommen, daß die Widerwärtigkeit mit Magdeburg beigelegt. Daher wolle der Kaiser ihm das Bestimmen, daß auch die übrigen mit Straßburg, und, wo dergleichen mehr vorhanden, in der Gütte beigelegt, auch alle fernere zu besorgenden Schwierigkeiten verhütet werden.

Es ist hier daran zu erinnern, wie nachdrücklich vor und nach dem Friedensschlusse von Pölib der Rath der Stadt Straßburg und mit demselben der Hansabund ihren Wunsch ausgesprochen, daß Straßburg von der schwedischen Besatzung befreit und dem Ruche und der Dania zurückgegeben würde. Wallenstein ging damals auf die Vorschläge nicht ein. Ihm diente, wie er an Colalto schrieb, die schwedische Besatzung in Straßburg zum Vorwande, noch wie vor in Pommern und der Mark Brandenburg eine starke Truppenmacht zu halten. Aber nun kam von dem Kaiser die Aufforderung, einen gütlichen Ausgleich mit Straßburg zu versuchen. Es fragt sich dabei zunächst um den damaligen Thatbestand in Straßburg.

Als bei den Beratungen Gustav Adolfs mit jenen acht vornehmsten Personen des Königreiches in Upsala, im October und November, die Stadt Straßburg zur Sprache kam, äußerte sich der König<sup>2</sup>: „Straßburg kann nicht behauptet werden ohne Entian. Denn bisher haben wir die Bürger zu Willen gehabt: fortan müssen wir die Stadt entweder mit Noth für uns sichern oder verlieren. Da dort 6000 Bürger, so kann die Stadt uns nicht anders erhalten bleiben als mit 4000 Mann Besatzung.“ — Nach der Meinung Gustav Adolfs also würden die Bürger von Straßburg eine minder starke Besatzung, welcher sie sich überlegen fühlten, selber hinausstreiben.

Anderer Wallenstein. Als im November der Gesandte Rejzster im Namen des Kurfürsten Johann Georg sich für den Herzog Bogislaw von Pommern bei Wallenstein verwandte,<sup>3</sup> antwortete dieser: „Es wäre ja zwar ganz billig, daß dieser fromme unschuldige Fürst verschont werden möchte. Bei dem jetzigen Zustande ist dies aber ganz unmöglich, und die Gefanten müssen nicht allein wegen des von dem Könige von Schweden zu besorgenden Einkalls, sondern auch wegen der verführten Straßburger gehörlich verwahrt werden. Denn diesen leichtfertigen Ge-

<sup>1</sup> Freytag'stes S. 84.      <sup>2</sup> Archiv I, 61.

<sup>3</sup> Winckel, Wallstein II, 198. Bericht vom 12. 22. November.

selben ist der Rath also gewachsen, daß sie sich auch unterstehen, das dort herum liegende Kriegsvolk ohne etwige gegebene Ursache anzugreifen. Der Bürgermeister Steunwig und alle Stralsunder insgesamt sind Erzscheine.<sup>1</sup>

Diese Worte Wallensteins über die Stadt Stralsund sind mit den gleichzeitigen des Schwedenkönigs über die Stadt unvereinbar. Man muß also wählen. Die Thatfache an sich selber, daß eine fremde Besetzung auf der Bürgerschaft einer zuvor freien Hansestadt nicht anders als schwer lasten konnte, so wie die mannigfachen Rundgebungen des Rathes von Stralsund und des Hansabundes für die Stadt an den Kaiser, legen Zeugnis ab für die Ansicht Gustav Adolfs gegen dieerzogen Wallenstein. Stralsund scharte sich nach Rethung aus dem schwedischen Joche; aber es bot sich der Stadt keine helfende Hand. Es ergab sich nicht, daß Wallenstein auf jene Rechnung des Kaisers vom October in der Sache mit Stralsund einen Schritt gethan.

Wie der Kaiser im October an Wallenstein in Betreff Stralsunds, so schrieb er zugleich an die Danja. Am 31. December antwortete die Danja mit verschiedenen Anliegen, namentlich mit der Bitte um die Aufhebung des Blochs von Stralsund.<sup>2</sup>

Die Zahl seiner Truppen gab Wallenstein selber, im Herbst 1638, dem Sachsen Lebzelter auf weit über 100,000 Mann an.<sup>3</sup> Darunter waren mitbegriffen die Abtheilungen nach Italien, nach den Niederlanden, nach Preußen. Diese letzte war so sehr angenommen und abgenommen, „daß nicht 5000 Mann mehr davon vorhanden sind“<sup>4</sup>. Nicht viel besser mochte es um die Abtheilung stehen, die aus der Belagerung mit Ehren zurückgeführt war. Aber Wallenstein wollte nun noch stärker werden. Lebzelter erfuhr<sup>5</sup> von einem höheren küniglichen Officiere, es sei die Absicht, so viele neue Werbungen vorzunehmen, daß die ganze Armee sich in Allem auf 40 Regimenter zu Fuß, jedes zu 3000 Mann, und 30 Regimenter zu Pferde, in Allem also auf 150,000 Mann erstrecken würde. Davon sollten nach Italien 50,000 Mann, die zum großen Theile bereits dort vorhanden, wider den Türken und Persien 40,000, wider den König von Schweden, wo es erforderlich, 30,000, die übrigen 30,000 aber als ein fliegendes Lager im Reich je nach Bedarf vertheilt werden. Wallenstein sprach die Ansicht aus, daß mit der Reiterrei, auch

<sup>1</sup> Kriegskarten 3. 90.    <sup>2</sup> H. a. D. 120    <sup>3</sup> Munro's 181

<sup>4</sup> Gudeke, Wallstein II, 191.

wenn er mehr als 30,000 Pferde bedürfte, gar leicht aufzunehmen sein werde; denn im Winter zuvor habe er über 24,000 Pferde unterhalten. Mit dem Fußvolke gehe es etwas schwerer daher, und müsse man also um so eifriger mit der Werbung dazu thun, auch mit dem Pausgelde ein Uebrigcs nicht anheben. Wenn in Italien Friede gemacht würde, so wolle er, wenn nicht zwei Drittel, doch die Hälfte der Armees abkassen. Was die Unterhaltung eines so mächtigen Kriegsvolkes belange, da würde es zwar, wie wohl zu erwarten, etwas schwer hergehen. man müsse aber ein Ubrigcs thun. Es wäre auch besser von dem zeitlichen Vermögen etwas in die Schanze zu schlagen als den ausländischen Völkern sich gar zum Raube zu geben.

So urtheilte Wallenstein, der nach seinem Urtheessen die Kriegslast verhängte. Anders urtheilten diejenigen, welche sie zu tragen hatten, nicht bloß über die Last, sondern auch über die Verpfungen für diese Last.

Es muß auffallen, daß Wallenstein in dieser an einen Kuriadschen gerichteten Rede den Bestand eines Heeres der Liga gar nicht einmal erwähnt. Eben damals, nachdem ein gemeinsames Schreiben der Kurfürsten von Mainz und Sachsen an den Kaiser seine Frucht gebracht,<sup>1</sup> am 11. November, entsandte Maximilian seinen Rath Wändl an den Kaiser.<sup>2</sup> Maximilian bezog sich darauf, daß er kurz zuvor, am 17. September, dem Kaiser ausführlich dargelegt, was das Heer der Liga gekostet. Nun aber sei es in Folge der Durchmärsche der Wallensteiner frey und quer durch die Länder der Ligafürsten dahin gekommen, daß sie ihr Heer nicht mehr unterhalten können. Das Heer der Liga werde nicht mehr, wie zuvor, kaiserlich genannt, sondern das Heer der katholischen Bischöfe. Deshalb erklärt der Kurfürst im eigenen und der gesammten Liga Namen, wenn es der Wille des Kaisers, daß das Bundesheer erhalten bleibe, so möge er die Verfügung treffen, daß die Quartiere der Ligatruppen mit Durchzügen nicht beschwert, oder gar kaiserliches Kriegsvolk dazu dort eingelegt und Contributionen erhoben werden. Der Kaiser suchte zu beglücken. Er erwiderte, am 21. November, daß er sich die Erhaltung des Heeres der Liga jederzeit werde anzuweisen sein lassen. „Wir erlauben uns an gehöriger Stelle solche Befehle und Anordnungen zu erlassen, damit diejenigen Ortlichkeiten, in denen sich das Heer der Liga befindet, mit künftigen Durchzügen nach äußerster Möglichkeit ver-

<sup>1</sup> M. a. O. 162. Schreiben vom 18. October und Antwort.

<sup>2</sup> Kriegsmagazin S. 86.



schont, oder aber, wenn doch die unumgängliche Nothdurft dergleichen erfordern sollte, wenigstens solche Disciplin und Ordnung gehalten werde, daß sich Niemand zu beklagen habe."

In dem kaiserlichen Schreiben wird eine Gefahr von dem Schweden her kaum gestreift, dagegen diejenige von den Generalstaaten her hervorgehoben. Es folgt die Anwendung: „Ew. E. werden reiflich erwessen, daß das Fundament der Defension allein auf die Harmonie beider Generale und ihrer Armeen gesetzt werden muß."

Wallenstein selber scheint damals ein freundlicheres Verhältnis zu der Liga angestrebt zu haben. Auf eine Rundgebung Tillys, welche dieser ihm durch Pappenheim zugehen ließ, antwortete er aus Halberstadt, am 25. October, an Pappenheim<sup>1</sup>: „Ich für meine Person will gewis an mir nichts erwinden lassen und in Allem gern gegen Kurbayern wie auch anderen katholischen Kur- und Fürsten mich accommodieren: sie müssen hingegen aber auch etlichen bösgesinnten Peuten nicht allezeit Gehör geben."

Tilly begab sich nach Halberstadt. Ihm war es ernstlich um die Herstellung der Eintracht zu thun. Er ordnete von dort aus seinen General-Commissär Huepp zu dem bevorstehenden Convente der Liga ab mit dem Auftrage,<sup>2</sup> zwischen den Ligafürsten einerseits und dem Kaiser und Wallenstein andererseits ein freundliches Verhältnis herzustellen und jedem Mißtrauen entgegen zu treten.

Es ist nicht zu ersehen, daß zwischen Tilly und Wallenstein in Halberstadt eine imminente Gefahr von dem Schweden her zur Sprache gekommen sei. Dem Markgrafen Sigismund von Brandenburg, der im Auftrage des Kurfürsten bei Wallenstein um Erleichterung der Einquartierung nachsuchte, sagte Tilly es sei dem Kurfürsten nur daran zu helfen, wenn er sich dem Kaiser gegen Schweden offen anschließe oder den Frieden mit Gustav Adolf vermittele und namentlich diesen zum Aufgeben von Stralsund bewege.<sup>3</sup> — Tilly kannte also weder den Einen, noch den Anderen. Er wußte nicht, über welchen ungeheueren Angriffsplan der Schwede sann, und eben so wenig, daß in den Berechnungen

<sup>1</sup> Metin, Wallenstein. Urk. 37.

<sup>2</sup> Gindels, Wallstein II, 202. Aus dem sächsischen Staatsarchive, nur leider nicht dem Wortlaut. <sup>3</sup> M. a. D.

des Schweden gerade die Willensschwäche, der Mangel an Entschluß bei seinem Schwager von Brandenburg ein erheblicher Factor war.

Es liegen aus jenen Tagen von Hamburg drei verschiedene Meldungen an Tilly über die Gefahr der Entwürfe des Schweden vor.<sup>1</sup> Eine derselben berichtet, daß Gustav Adolf den von Jelleneberg mit den zwischen Amten und Groningen geworbenen Truppen nach Schweden gerufen und daß die Holländer die Schiffe stellen. „Wdgt doch nicht,“ heißt es weiter, „der Herzog von Friedland durch vermeintliche Sicherheit die schönen gehaltenen Victorien wieder in Frage stellen!“ Aber es muß andererseits anerkannt werden, daß die Kunde eines bestimmten Planes nicht vorlag. Eher hätte in Wien man sich ausdenken können, wie weit die Entwürfe des Schweden gingen, weil man dort sein Schreiben vom Juli 1626 an Bethlen Gabor im Originale besah.<sup>2</sup> Aber dies Schreiben, nur über drei Jahre alt, war meistens längst vergessen.

Im September hatte der kaiserliche Rath Balmerode von seiner Sendung nach Kopenhagen aus dem Munde eines vornehmen Dänen die Aeußerung mitgebracht: „Ich habe von dem Schwedenkönige persönlich die Worte vernommen, daß, wenn er die Mittel und die Macht besäße wie der Fürst und der Kaiser, er solche Sachen vornehmen wolle, daß die ganze Welt davon sollte zu sagen wissen.“<sup>3</sup> Dagegen konnte allerdings gesagt werden, daß der Schwede die Mittel und die Macht zu einem Cossackenkriege im Großen wider den Kaiser nicht besäße. Aber die Aeußerungen Wallensteins zu Gollalto über den Schweden, daß er wie ein Messias erwartet werde, haben einen Sinn doch nur in der Voraussetzung eines großen Kriege. Da Wallenstein auf den Wunsch des Kaisers nach einem gütlichen Abkommen mit Stralsund ähnlich wie mit Magdeburg, im Spätherbst 1629 seine Schritte that, so war es seine Aufgabe in anderer Weise vorzubeugen.

Der Cardinal Richelieu erzählt, wie wir gesehen haben, von Unterhandlungen, die durch den Grafen Buellé zwischen Gustav Adolf und Wallenstein im November und December statt gefunden haben sollen. Über den von Richelieu berichteten Inhalt dieser Verhandlungen liegt von kaiserlicher Seite eine Festsetzung nicht vor. Die Angabe jedoch, daß Verhandlungen geschlossen sind, wird bekräftigt durch die Meldungen des Raimund Pallotta und des venezianischen Botschafters, beide in Wien.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Augsburger Z. Bl. Vom 15. und 26. October.

<sup>2</sup> Vgl. Bd. II. p. 49.

<sup>3</sup> Augsburger Z. Bl. Vom 19. September.

<sup>4</sup> Die Berichte bei Budek, Wallstein II. 217 u. f.

Es habe sich darum gehandelt, meinen sie, durch die Rückgabe Westenburgs an die Herzöge den Schwedenkönig zu beschwichtigen und dann Wallenstein durch ein kaiserliches Erbland zu entschädigen.

Es bedarf nicht eines Eingehens auf diese Gerüchte. Die Aeben Gustav Adolf zu seinen Rätthen haben uns gezeigt, daß für seine Entwürfe die Herstellung seiner Vettern von Westenburg keine Bedeutung hatte. Es bleibt als höchst wahrscheinlich nur, daß im December zwischen Gustav Adolf und Wallenstein Unterhandlungen gepflogen sind, deren Inhalt wir nicht kennen, als sichere Thatsache dagegen, daß am 18/18. December 1621 Gustav Adolf jene Instruktion zeichnete, welche, ohne die Möglichkeit eines Ausgleiches auch nur zu erwähnen, seinen Gesandten Camerac im Haag ermächtigte, dort mit einem französischen Gesandten über eine Beistener zu seinem Angriffskriege zu verhandeln.

Was dagegen Wallenstein im Herbst zur Abwehr des drohenden Schweden that, ergibt sich aus seinen Worten, vom 11. October, an Colalto<sup>1</sup>: „Dieweil Niemand (kein Commandirender) in Pommern ist, so habe ich wegen des Schweden den Torquato Conti in Hinterpommern geschickt.“

Für sich selber kündete Wallenstein an, im December, daß er am Morgen lebend im März das Carlsbad gebrauchen wolle.<sup>2</sup> Bis nach Neujahr blieb er noch in Halberstadt. Dann ließ er sich in einer Sänfte nach Böhmen tragen.

Damals war bereits eine Gefahr hinweg gefallen, die er bei dem Anschläge seiner Verbundenen einige Wochen zuvor hoch gerechnet hatte — diejenige vor den Türken und Bethlen Gabor. Der Gesandte Graf Rueffern war aus Constantinopel zurückgekehrt mit der Bestätigung des Friedens. Gleichzeitig, am 5. November, endete, erst 49jährig, Bethlen Gabor, dessen unruhige Thatkraft der Offensiv-Partei im Reiche manchen Dienst erwiesen, und dennoch für sich und die Seinen nichts Anderes davon getragen hatte als Raub und Verwüstung.

Nach beiden Seiten schauend blieb er, wie er gelebt, bis an sein Ende. In seinem Testamente vermachte er dem römischen Kaiser Ferdinand und dessen Sohne, dem Könige von Ungarn, je ein Pferd mit sehr köstlichem Gezeuge und 40,000 Dukaten, das Gleiche aber auch dem Sultan Murad.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> *Epist. med.* 180.<sup>2</sup> *Epist. med.* 202.<sup>3</sup> *Theatrum* E. II, 149.

## Vierzehntes Buch.

Das Jahr 1630.



•



## 1. Vorbereitung des Collegialtages von Regensburg.

Das Jahr 1630 begann mit wunderbaren Erscheinungen am Himmel und auf Erden.<sup>1</sup> Zu Nürnberg sah man im Januar nichtswie Schlachtorbnungen am Himmel, und unterschied die einzelnen Haufen. Die Professoren der Universität beobachteten und beschrieten dieses Kriegsgethimmel. Sie hörten das Rasseln der anspringenden Kürassiere. Sie sahen den schwarz düstern Rauch emporsteigen. Sie erblickten das Schwingen der Fahnen. Die Bauern hörten sogar das Kreischen der Geschütze. Ähnliche Erscheinungen am Himmel sah man zu Frankfurt a. M. in Schlesien. Dort unterschied man die Personen, die Haltung der Reiter auf den Pferden, die Wagen mit Stangen und Sturmleitern. Andere Wunder sah man in Böhmen zu Prag, in Oesterreich, in Westfalen, in Magdeburg. Zu Weismar in Hessen schwoigte ein Thüringer Soldat Blut. Zu Nürnberg, Magdeburg, Regensburg sah man drei Sonnen, umgeben von einem Ringe und einem Regenbogen.

Das Gerücht von solchen Dingen durchschlief die deutschen Länder. Auch der stärkste Geist hätte damals nicht gewagt einen Zweifel an der Bedeutsamkeit solcher Erscheinungen zu hegen, und wiederum spiegeln sich in dem Interesse, mit welchem diese Berichte aufgenommen und verbreitet wurden, die allgemeine Furcht vor den kommenden Dingen.

Und doch war noch nach keiner Seite hin offener Strug. Der Kaiser sprach wiederholt seine Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens aus. Die Realität der Dinge jedoch war, daß sich Wallenstein's Besatzungen in einer langen Reihe von der Ostsee bis nach den Alpen zogen, daß in jeder Stadt, die ihnen offen war, in jedem Hiesem, jedem Dorfe die furchtbaren Gebieter herrschten, und daß, nach dem üblichen Ausdruck, den jene Jesu dem Heiner Tacitus entlehnte, der gequälte Bürger und Landmann durch schwere Contributionen seine Anrechtenschaft täglich neu erkaufte.

<sup>1</sup> Theatrum E. II, 112.

Dazu kamen die Confiscationen der Güter derjenigen, welche sich an den verschiedenen Erhebungen wider den Kaiser in den Jahren zuvor betheiliget hatten. Auch die Fölle je nach den Ländern vertheilt sein: so errigten sie doch ganz besonders den Unmuth der Landesfürsten, die in solchen Fölleu für sich das Strafrecht beanspruchten. Es bestand ein eigener Fonds dieser Confiscationsgelder. Auf Befehl des Kaisers ward Wallenstein darauf an, im März 1630, für den General Wolf von Mansfeld 60,000 fl. für den Freiherrn Ernst von Harrach 40,000 fl. für die Kaiserin Eleonora 100,000 fl.<sup>1</sup> Ferner noch im selben Monate für den gehobnen Rath, Abt Anton von Kremsmünster, 50,000 fl.<sup>2</sup> Im Mai für den General Marradas 100,000 fl.<sup>3</sup>

In jener Zeit seiner Machtfülle ließ Wallenstein durch einen Anderen dem Kaiser eine Reihe sehr einschmeichelnder Viten vorlegen.<sup>4</sup> Eine derselben lautet: „Es sind viele Nothellen pardonuirt. Der Herzog erlaucht, daß hinfürto ohne seine Vermuthung kein Pardon ertheilt werde.“

Ungeachtet der entzündenden Aufsetzungen, die Wallenstein von Halberstadt aus im Herbst 1629 verlauscht hatte, war der Unmuth der Kurfürsten, welche keine Thatfachen der Aenderung erblauten, gegen ihn im Steigen. Alseim Casimir von Mainz hatte schon früher den Gedanken ausgesprochen, daß das einzig zweckdienliche Heilmittel die Entlassung Wallensteins sein würde, oder, wie die Worte lauten „die endliche Erledigung von dem Joche des Friedländischen Dominates.“ Der Gedanke ward zwischen ihm und Maximilian von Bayern erörtert. Noch im December 1629 traten die Deputirten der Ligafürsten zu Regensburg zusammen. Es war der Wunsch des Kurfürsten von Mainz, daß man dort einmüthig den Beschluß fasse, dem Kaiser diese Bitte auszusprechen.<sup>5</sup> Maximilian stimmte nicht zu. Er besorgte, daß, wenn, wie zu vermuthen, die Bitte ohne Erfolg bliebe, Wallenstein nur noch gewaltthätiger auftreten würde.<sup>6</sup> Dem Kurfürsten Maximilian lag dabei ein Bericht aus Prag vor, daß Wallenstein, als er dort ein kaiserliches Schreiben empfangen,<sup>7</sup> „in welchem ihm mit einer sonderlichen Subtilität etwas Weniges von Überlassung des Generalates angedeutet, mit grimmen Jorne den Hut vom Kopfe gerissen, auf den Boden geworfen

<sup>1</sup> Sämmtlich in Kriegssachen S. 87.    <sup>2</sup> H. a. O.    <sup>3</sup> H. a. O. S. 88.

<sup>4</sup> H. a. O. S. 87. Das Schriftstück trägt kein Datum.

<sup>5</sup> Das Schreiben bei Uinady, Babstsch II, 238. Vom 10. December 1629.

<sup>6</sup> H. a. O. 232. Vom 6. Januar 1630.    <sup>7</sup> H. a. O. 234.

und mit beiden Füssen darauf getritten.“ — Der Kurfürst Maximilian erwartete Heil nur von dem längst geplanten Collegialtage, der Versammlung des Kaisers und der Kurfürsten, und bot den Managern, dem das Recht der Berufung zustand, das Ausschreiben zu erlassen und zugleich dahin zu wirken, daß auch die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg sich betheiligten.

Dies war der hauptsächlichste Punkt, in welchem der Wunsch des Kaisers und namentlich Maximilians sich begegneten. Auch der Kaiser selber hatte schon vorher den Kurfürsten Kasimir Kasimir von Mainz um die Ausschreibung eines Collegialtages ersucht. Sein Bevollmächtigter in Regensburg, der Abt Anton von Freudenmünster, hatte dies mit Nachdruck zu wiederholen. „Auf daß,“ heißt es in seiner Instruction, „wir uns mit Ihren Rieden als unseren inneren und vernachsten Nächsten über des D. M. Reiches allgemeine Anliegen in persönlicher Gegenwart desto besser und vertraulicher unterreden, und mit denselben einwilligen Rath und Rath den theuren Frieden zuwenden und recht beschließen können.“

In ähnlicher Weise entgegenkommend hatte sich der Bevollmächtigte über das Fortbestehen des Herres der Liga ausgesprochen. Wie am der Wichtigkeit der Sache willen immer wiederholt werden muß, stand dem Reichsrechte gemäß, wie es die Beschlüsse des Reichstages von Speier 1570 zuletzt festgestellt, das Recht der Waffen im Reiche dem Kaiser zu, den Reichsfürsten nur mit der Erlaubnis des Kaisers. Auf Grund dieses Rechtes hatte der Bevollmächtigte in Regensburg zu erklären: „Wir wir uns den gehorsamen Kurfürsten zuvor zum öfteren erklärt und begehrt haben, daß Deru Armada wenigstens so lange, bis wir demnächst dem D. Reiche den gewünschten Frieden zuwenden haben, zur nothwendigen Rettung erhalten bleiben möge: so soll auch unser Gesandter den gehorsamen Kurfürsten nachmals aussprechen, daß wir alles dasjenige, was zur Erhaltung ihrer Armada die Nothdurft erfordert, und was uns immer möglich fallen wird, anzuordnen nicht unterlassen wollen. Auch wollen wir unserem General-Feldhauptmann den gemessenen Befehl ertheilen, daß, wie bisher beide Generale in ganzem vertraulichen Bernehmen gestanden, so dieselben auch hinfür nicht weniger bei allen Vorfällen fleißige Correspondenz pflegen.“

\* Erzbischofen II. 80. Nicht datirt.



Dies dahin nahm alles einen günstigen Verlauf. Dann kam Anderes. Der Abt Anton hatte hinzuweisen auf den Übermuth der Holländer, die nach ihren Erfolgen von Biele und Hertogenbosch immer weitere Übergriffe machten. Wenigstens müßte man die von ihnen in Besitz genommenen festen Plätze des Reiches zurückerfordern. — Die Liga dagegen hielt fest an ihren früheren Beschlüssen. Sie erklärte sich bereit und schuldig zur Defension im Falle des Angriffes der Holländer, nicht zur Offensive wider sie.

Es handelte sich ferner um Wallenstein. Der Sigatag erhob nicht, wie Anselm Cosmire von Mainz gewünscht haben würde, die Bitte um die Entlassung Wallensteins. Dennoch blatte die Bestimmung zur Genüge aus dem Beschlusse hervor, dem Herzoge von Friedland den Titel von Medlenburg einstweilen nicht zu geben, sondern die Untersuchung der Fragen, ob die Herzöge von Medlenburg der Majestät-Beleidigung schuldig, und was für ein Prozeß mit ihnen am kaiserlichen Hofe geführt worden sei, auf den Collegialtag zu verschieben.

Dagegen forderte man von dem Bevollmächtigten die Einstellung der Durchmärsche, oft kreuz und quer, und ohne Angabe des Zieles, zum unsäglichem Bedruck der Unterthanen.<sup>1</sup> — Es stand nicht in der Macht des Abtes Anton, darüber eine Zusage zu geben.

Durch den Sigatag in Regentheim, der im Januar 1630 endete, war also jedenfalls der eine feste Punkt gewonnen: der Kaiser und die vier katholischen Kurfürsten wollten beiderseits den Collegialtag. Allein zwischen ihnen stand Wallenstein.

Die Haltung der Häupter der Liga deutete mehr als je zuvor auf Kampf gegen die Person Wallensteins. Aber sie wußten, daß die Anhänger Wallsteins in der Umgebung des Kaisers an Zahl wie an Einfluß mächtig waren. Es ging die Rede, daß der Kanzler Werdenberg von Wallenstein mit großen Summen zur Bestechung ausgerüstet worden sei, daß davon der Fürst Eggenberg allein 100,000 Rthlr., Werdenberg selber 50,000 Rthlr. erhalten habe. Indessen fügt der Runtius Volkotts, der diese Gerüchte nach Rom hin mittheilte, selber hinzu, daß er über die Sache keine sichere Kunde besitze.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Hurter, Wallenstein 337. Gindely, Wallstein II, 290.

<sup>2</sup> Sein Bericht bei Gindely, Wallstein II, 287. Über Werdenberg sgl. man den Bericht Veniers bei Fiedler I, 149.

Thatsache dagegen ist, daß Pappenheim zu Gunsten Wallenstein's eintrat, nicht bei dem Kaiser, sondern bei dem Kurfürsten von Bayern. Er überlieferte, am 10. Januar, dem Kurfürsten das Original des (S. 332) vorangeführten Briefes<sup>1</sup> von Wallenstein an ihn, vom 25. October 1629. Er fügte hinzu,<sup>2</sup> daß er in dem wiederholten Zusammensein mit Wallenstein ihn nicht anders gefunden als den Worten jenes Briefes entsprechend. Pappenheim versichert, daß die Karlen Verbungen nur zur Vorsicht und zur Überwintung des Feindes geschehen. Er bethrurt. „Die Hoheit und Souveränität der deutschen Kur- und Fürsten kann, wegen des eigenen Interesses, von Niemandem höher in Acht genommen werden, als es von J. F. Gn. geschieht, insonderlich Sie diese Ehre der Souveränität so hoch schätzen, daß Sie auch das Doppelte der Einkünfte in den kaiserlichen Erblanden nicht annehmen, sondern dieser Hoheit sich theilhaftig zu machen, allem anderen Reichthum vorziehen wollen. Wobei Sie sich dann nicht einbilden, daß, was den anderen Fürsten abgehandelt oder benommen (werde), Derselben allem bleiben könne. Zudem Sie es (für) eine Sache wider Gott, die Billigkeit und die Vernunft selber halten, und mir das oftmals bethrurt haben.“ — „Daß die Erhaltung der Armada der katholischen Liga der R. M. vor allen Dingen angelegen sein müsse, dafür habe ich von keinem Menschen stattlichere Beweise und Gründe gehört.“

Die Worte Pappenheim's beweisen, welche merkwürdige Macht Wallenstein persönlich da, wo es ihm darum zu thun war, auf die Gemüther auszuüben vermochte, so sehr daß auch das Unglaubliche ihm glaubhaft wurde. Daß indessen der Bericht Pappenheim's auch bei dem Kurfürsten Maximilian eine Änderung seines Urtheiles über Wallenstein bewirkt habe, ist kaum anzunehmen.

Es war den Kurfürsten von Mainz und Bayern darum zu thun, daß zum Collegialtage sich die gesammten Kurfürsten einfänden. Anselm Casimir fragte darüber bei Johann Georg an, und es entwickelte sich daraus eine sehr lebhafteste Correspondenz.<sup>3</sup> Johann Georg lehnte ab, wie er bereits öfter sich ausgesprochen, bei dem Kriegerstuche sein Land zu verlassen. Jene zwei Kurfürsten entsandten darauf, am 7. Februar, an den Kaiser eine nachdrückliche Vorstellung, daß dem Kurfürsten von Sachsen alle Hindernisse seines Kommens beseitigt werden möchten.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Katin, Wallenstein, Urkunden S. 37.      \* H. a. O. 33.

<sup>2</sup> Reichstagsacten von 1630.      \* H. a. O.

„Im widrigen Falle erinnern wir Ew. R. W. daß sich die Sachen von der Zeit der im Reich gehaltenen kaiserlichen Armada her nun gar zu weit, ja dermaßen verlaufen, daß der ganze Status Imperii erschüttert, fast keine einzige Constitution mehr in ihrem vigore, zumal der Kurfürsten Präeminenz und Freiheit dergestalt herunter gebracht, daß sich fast Niemand, was die Dinge liegen, dabei versichert weiß, noch darauf oder auf das alte Verkommen sich verlassen kann. Demnach beorgen wir nicht ungerecht, es werde anders zu den Sachen gethan, und anstatt der Vertröstungen, welche von den Kriegsofficieren in gar keine Obacht genommen werden, solche Real-Ausstellung und Remedirung vor die Hand genommen werden müssen, durch welche maniglich greifen und sehen könne, daß Ew. R. W. an dem Allem, so obgedachter Majestät gegen die Fundamental-Geleye des Reiches vorgegangen, keinen Gefallen tragen, sondern beständig gemeint sind, das Reich und dessen Gründe bei der glüklichen Vulte zu erhalten.“ Das ganze Schriftstück ist eine Uebersetzung der nicht hart und klar ausgesprochenen Bitte um die Entlassung Wallensteins.

Das Gutachten des Reichshofraths über dies Schriftstück schälte den Kern nicht heraus. Dagegen fand es darin „etliche nachdenkliche Clauseln“. Der Kaiser jedoch entsandte, am 20 Februar, an Kurmainz die Aufforderung, zumehr den Collegialtag auszusprechen.<sup>1</sup> Anselm Casimir antwortete, daß bei der Abfertigung Johann Georgs persönlich zu erscheinen, „auf erprießliche Berrichtungen wenig Hoffnung zu machen.“<sup>2</sup> — „Dennoch, weil insonderheit diese Zusammenkunft für das einzige Mittel zur Wiederbringung des hochnothwendigen Friedens gehalten wird, welches auch Ew. R. W. von Mühlhausen im Namen des kurfürstlichen Collegii wohlmeinentlich an die Hand gegeben worden: so will ich mit der Ausfertigung länger nicht zurückhalten.“ Anselm Casimir setzte den Collegialtag an auf den 3. Juni in Regensburg.

Der Kaiser stimmte zu, am 6. März, jedoch nicht ohne Klage über die, wie der Reichshofrath es benamte, „nachdenklichen Clauseln, die uns billig zu Gemüthe gehen.“<sup>3</sup> — Denn gemäß den Beschlüssen von Mühlhausen sei ja doch die Berufung eines Collegialtages der allgemeine Wunsch

Inzwischen forderte der Kaiser direct die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen auf, sich bei dem demnachstigen Collegialtage einzufin-

<sup>1</sup> H. a. O.    <sup>2</sup> H. a. O.    <sup>3</sup> H. a. O.

finden. Georg Wilhelm, eben aus Preußen zurückgekehrt, antwortete am 16/26. März: er könne nicht kommen wegen der Devastation seines Landes, ersuche vielmehr, daß der Kurfürst zu Wallenstein den Befehl gebe, das Kriegsvolk sofort abzuführen.<sup>1</sup>

Am den Kurfürsten von Sachsen entsandte der Kaiser Adam von Waldheim. Dieser kam an in den Tagen einer kaiserlichen Hochzeit, deren Festlichkeiten nach der Weise der Zeit, ungeachtet des Kriegszustandes, dauerten vom 2 bis 19. März. Die Hochzeit währte acht Stunden.<sup>2</sup> — Johann Georg erhob vor Waldheim die Klage, daß ihm vom Kaiser gar keine Satisfaction für seine geleisteten Dienste grüße. Waldheim dagegen sagte: der Kaiser verlasse sich darauf, „daß mit Hinzuführung aller Umstände und Entschuldigungen J. K. M. persönlich in Regensburg erscheine und der Kaiser sich keines Ausbleibens zu versehen habe“. Die Worte schlugen nicht durch. Johann Georg wich aus mit Berufung auf die Klagen seiner Vettern und Verwandten von Koburg, Altenburg und Weimar über die Einquartierung und die Contributionen. Der Kaiser, hoffte er, werde es nicht dahin kommen lassen, daß die Herzöge wegen großen Mangels in Desperation gerathen.

Auf die Klage des Kaisers vom 6. März, in Betreff der „nachdenklichen Klagen“, antworteten die Kurfürsten von Mainz und Bavern am 1. April.<sup>3</sup> „Wir haben das Schreiben vom 6. März mit nicht geringer Befürzung vernommen. Denn obwohl wir des zu Mühlhausen erhobenen Wunsches nach einem Geldehaltage wohl angedenk, so wird sich doch auch befinden, daß wir die Bemerksung nie anders gerathen und vorgeschlagen als jedes Mal mit dem ausdrücklichen Insaße und Begehren, daß Sr. K. M. den so oft und vullstänig geklagten Pressuren und Exorbitanzen der kaiserlichen Kriegsofficiere und Soldaten im Reich, Idren so oft geschehenen Vertröstungen und Veripredung gemäß vorher wirklich abhelfen und alles in solchen Stand rathen wollen, daß die Kurfürsten sicher und ohne Gefahr von Land und Leuten abreisen können. Wom es sich gleichwohl, weil täglich neue Verbürungen statt finden, ferner den Kurfürsten und Bundesständen wider das gegebene Versprechen Musterplätze und Einquartierungen jagemüßet, auch die Contributionen mit strengen Executionsmitteln eingetrieben werden zur Zeit noch wenig ansehen läßt.“

<sup>1</sup> K. u. D.<sup>2</sup> K. u. D. Waldheims Bericht vom 23. März.<sup>3</sup> K. u. C.

Auf des Schreibens entsandte der Kaiser am 6 April, den Abt Anton von Krummhuber mit einer Reihe von Aufträgen an Ratzmilian.<sup>1</sup> In Betreff Wallensteins hatte er zu sagen: „Der General hat auf unseren an ihn ergangenen ersten Befehl alle neuen Verbungen tatsächlich eingestellt, und ist im Verle die alten Regimenter zu reformieren, die überzähligen Officiere abzuschießen und eine Kriegsdisciplin anzustellen, über die man sich nicht zu beklagen habe.“

Dies Mal scheint Wallenstein gefolgt zu sein. Denn am 11. April schreibt<sup>2</sup> er an Goltzto: er könne keine Truppen mehr nach Triaken schicken. „Daher im Reiche kann ich auch nichts werden lassen; denn zur Stunde bekomme ich vom Hofe Verweis deswegen, weil alle Für- und Fürsten sich opponieren. In Summa, von nöthen ist, daß man Frieden in Italien macht. Wenn dieser erfolgt, so sind alle die andern Feinde des Hauses Oesterreich im Saate.“

Es ist möglich und wahrscheinlich, daß in ähnlichen hochgehenden Worten Wallenstein sich auch nach Wien hin geäußert habe. Auch haben damals er selbst und später Viele die Thatsache, daß die Truppen Wallensteins das ganze Reich überdeckten und ansprehten, für eine Machtsstellung des Kaisers, oder gar, wie Wallensteins Worte andeuten, des Hauses Oesterreich angesehen. Anders lautete darüber, wie wir bereits vernommen haben, das Urtheil des scharf blickenden Schwedenkönigs. Ob jene Worte Wallensteins begründet waren, mußte im Reiche sich ergeben zunächst an der für den Kaiser persönlich und für sein Haus wichtigsten Frage der Wahl seines Sohnes Ferdinand, des bereits gekrönten Königs von Ungarn und von Böhmen, zum römischen Könige und Nachfolger des Kaisers.

Seit dem Tage von Mühlhausen im Herbst 1627 hatten die vier katholischen Kurfürsten in vielfacher Weise dem Kaiser ihre Wünsche auf die Entlassung Wallensteins angedeutet. Sie hatten damit kein Gehör gefunden. Es ist daher, auch ohne daß eine directe Äußerung von ihrer Seite vorliegt, nicht anzunehmen, daß sie ihrerseits sehr bereitwillig waren, jenen schmalen Wunsch des Kaisers zu erfüllen. Von Seiten der zwei nicht-katholischen Kurfürsten dagegen liegt eine bestimmte Äußerung vor. Bei einer Zusammenkunft derselben in Annaberg, zu Ostern 1630, wird als Rücksichtsur des Verhaltens ausgesprochen.<sup>3</sup> „Die Wahl

<sup>1</sup> A. v. C.<sup>2</sup> Schmidt 219.<sup>3</sup> Fehne 181.

eines römischen Königs ist das Einzige, das die evangelischen Kurfürsten noch in Händen haben. Es würde auch bei dem jetzigen beschwerlichen Zustande keine solche Capitulation, wie sie des H. Römischen Rothbursch wohl erfordere, können erhalten werden. Es möchten auch die katholischen Kurfürsten wohl gar das Edict in die Capitulation einrücken wollen und den künftigen K. König daran binden."

Die meiste Consequenz dieser Erwägungen erfuhrt der Kaiser durch einen Bericht des Berggrafen von Dohna, vom 11. April, aus Freimwalde.<sup>1</sup> „So viel ich verstehe," schreibt dieser, „erhebt der Kurfürst von Sachsen gegen das persönliche Erscheinen auf dem Collegialtage das Bedenken, und sucht es auch dem Kurfürsten von Brandenburg einzuflöszen, daß, wenn sie beide neben den Katholiken sich bei der Zusammenkunft befinden, Erw. R. M. auf die Wahl des römischen Königs dringen möchten. Wenn Sie dieselbe erhielten, so würden Sie nachher mit den Kurfürsten, als deren Affection Sie weiter nicht bedürften, im ganzen Stücke im Petreß der Kaiser und sonst, wie es Erw. R. M. gefallen würde, prozorbieren und gebahren. Durch das Nicht-Erscheinen und das Nicht-Wählen könnte dies verhütet werden."

Der Kurfürst Maximilian dagegen that, am 11. April, dem Kaiser kund, daß er nach Regensburg kommen werde, es wäre denn daß Gottes Gewalt ihn hindere.<sup>2</sup> Ähnlich Philipp Christoph von Trier und Ferdinand von Köln. Zugleich ließen bei dem Kaiser und dem Kurfürsten von Mainz die Abjogen jener zwei Kurfürsten ein, mit Berufung auf den Militärdrud. Anselm Casimir benutzte dies zu einer neuen Vorstellung bei dem Kaiser. „Dieneß nun," schrieb er am 16. April, „aus solchen Schreiben vorleget, daß beide Kurfürsten einzig und allein um der obhandenen neuen Kriegswerbungen und continerlichen Einquartierungen willen von dem persönlichen Erscheinen abgehalten werden: so eruche und bitte Erw. R. M. ich nochmals unterthänigst, insonderheit bei dem ermelleten Convente ohne die persönliche Gegenwart der zwei Kurfürsten geringe Hoffnung auf eine gute Berrichtung zu machen. Sie geruchen, vermittelst der Abschaffung der angezogenen Kriegabschwerden, Umlagerungen und neuen Werbungen, ihren Betrub so weit allergnädigst zu befrieren, damit sie zum persönlichen Erscheinen desto mehr bewegt werden."

<sup>1</sup> Reichstagsacten von 1680.

<sup>2</sup> N. a. C., wie auch das Folgende.

Übermals umhüllen diese Worte als den Kern die Bitte um die Entlassung Wallensterns vor dem Collegialtage. Nach außen hin schien noch alles friedlich zu stehen. Gustav Adolf hatte den deutschen Boden noch nicht betreten, war vielmehr gerade damals vorübergehend im Schwanken über seinen Entschluß. Es ist sehr möglich, daß der Kaiser damals durch ein Nachgeben in dem einen Hauptpunkte vieles Andere bei den Kurfürsten erreicht hätte.

Nicht von dieser Seite her trachte der Kaiser die Sachlage. Er überlieferte, am 18. April, die Ablehnung des Kurfürsten Georg Wilhelm an Wallenstern, mit den Worten „Also begehren wir es D. Vdt., daß Sie Ihre angelegen sein lassen wollen, wie hierin möglichst eine Erleichterung“ — (im Conceptione beigezeichnet) „zu desto eherer Erlangung unseres großen Intentes“ — „erfolgen möge.“

Wallenstern antwortete am 28. April, aus Karlsbad: „Nun möchte ich nichts lieber wünschen — wie ich dann an meinem Theile nicht das Geringste erwanden lassen wollte — als daß des Kurfürsten Land verschont werden könnte. Es ist aber, so lange der Friede mit Schweden nicht erfolgt, eine wahre Unmöglichkeit.“ Er habe aber dem H. R. Lotharische Comé und dem Obersten St. Julian's Mühsung anbefohlen.

Gerade über den Letzteren erhob inzwischen Georg Wilhelm schwere Klage. Er begründete, am 23. April, seine Weigerung schärfer als vorher „Wenn das ganze Reich“ schreibt er, „verzehret, alles Vermögen der Stände aufgefressen, vom Erbsen uunähig verschwendet und verpraßet, von den anderen Eigennutzigen aber durch Wechsel aus dem Reiche geschickt wird: so kann ich bei mir nicht ausdenken, was für Reputation oder Dienst Gw. R. M. von daher zu verhoffen, sondern muß es vielmehr dahin ermessen, daß Gw. R. M. hiervon Anderes nicht als lauter Undienst oder gar keine Dienste merkentlich zu erwarten haben“ — Am nächsten Tage erfolgt die besondere Klage über die hinterlassenen Officiere St. Julian's, dessen Regiment nach Mecklenburg gezogen ist. „Sie wollen einen präbendierten Rückstand von achtzehn Wochen — denn von Monaten ist keine Rede — durch die Waffen erzwungen. Das Regiment hat aber in achtzehn Monaten 300,000 Niblr. gezogen. Sie legen den Vermögenden 40 bis 50 Soldaten in die Güter. Sie fordern Müßmannen mit sechs Pferden, aber dreijährig, mit einerlei Paar, von gleicher Größe — sonst Gold. Denn Thaler nehmen sie nicht.“

Anselm Casimir hatte, am 15. April, bei dem Kaiser das Bedenken erhoben: es gehe das Gerücht, daß Wallenstein im Elßaß eine neue Armee sammle. Wenn dies, so würde Regensburg nicht mehr ein freier Ort sein. In einem Handbriebe vom 24. April verneinte der Kaiser die Thatsache. Dann kam er auf die principielle Frage des Hüßens. „Wie ich mir nichts mehr an gelegen sein lasse, als daß die angeregten Händel, insbesondere die neuen Werbungen, Durchzüge und Einlagerungen möglichst angestellt und verhütet werden mögen: so wollte ich dagegen Ew. Kdd. und den Wittkurfürsten rathlich zu bedenken anheim stellen, ob nicht bei dem gegenwärtigen, des R. R. Reiches noch wüthenden, hochgefährlichen Zustande sowohl ich als die katholischen Kurfürsten und Stände und wohl vorzuziehen und in Acht zu nehmen haben. Denn die neuen Bündnisse zeigen fast auf einen Religionskrieg. Wenn man nun in solcher Zeit den Vortheil aus der Hand lasset und dem Feinde Raub gäbe, so könnte gar leichtlich im R. R. Reiches alles in einen gefährlicheren und schlimmeren Stand gerathen als es jemals gewesen. Wodann würde es sich fragen, wie man Solches vor Gott und der Welt zu entschuldigen habe. — Im Ubrigen verlasse ich mich zu dem angegebenen Convente gänzlich auf Ew. Kdd.“

Noch bevor dies Schreiben des Kaisers an Anselm Casimir gelangte, erhoben er und Maximilian eine neue schwere Klage. Der Graf Johann von Nassau, Oberst unter Wallenstein, hatte zwei Regimenter in das Fürstbisthum Kärnten gelegt, welches, dem Kurfürsten Ferdinand gehörend, zu der Kriegscasse der Liga stuurte. Auf die Beschwerde Ferdinands wandten sich die beiden Päpste der Liga mit schärferen Worten als zuvor an den Kaiser.<sup>1</sup> „Jmar müssen wir,“ schreiben sie am 17. April, „die wider den Willen und das Gutachten der Kurfürsten des Reiches vorgehenden Werbungen Gott und der Zeit beschlen. Was aber solche überreichliche, ohne Rath und Ordnung vorgenommenen Werbungen bisher für einen Nutzen und Effect nach sich gezogen, das haben die her der Stadt Straßburg, wie auch in Polen, den Niederlanden und Italien vorgegangenen Kriegsexpeditionen bezeugt und dargethan. Wenn es aber nunmehr so weit kommen will, daß der Herzog von Friedland auch die Bundesländer mit Kriegsvolk zu belegen sich untersteht, wodurch die bisher mit so stattlichem Nutzen für Ew. R. M. und das Reich unterhaltene

<sup>1</sup> Kriegssachen S. 67



Bundesarmada endlich nothwendig gar consumiert und aufgelöst werden muß - und ferner, weil dies Sachen sind, die wir als des löblichen Bundes Directoren, wohl wissend, daß sie den kaiserlichen Intentionen zuwider, dem Herzog von Friedland nicht nachgeben noch gestatten dürfen - so haben wir nicht unterlassen sollen, diese von Ex. Edd. von Köln an uns gekommene Klage an Ew. R. W. gelangen zu lassen, mit der unterthänigsten Bitte, Sie geruhen die allergnädigste Fürsorge zu treffen, damit eine Einquartierung nicht bloß im Stifte Rüttich, sondern auch in allen Ländern der Bundesstände vermieden bleibe. Weisacht das nicht, so möchte endlich zwischen beiden Armaden Ungelegenheiten und Thätlichkeiten erweckt, und dadurch den Widerwärtigen der längst gewünschte Vortheil gegeben werden, mit ihren disegni, darin sie bereits leider mehr als zu viel Progreß gethan, vollends durchzubringen, und Ew. R. W. und Dero gehorsame assistierende Stände zu überfallen und gar zu unterdrücken."

Das Schriftstück enthielt über die Leistungen der Wallensteiner die bis dahin vielleicht ungünstigste Kritik der Regahäupter. Dem auch das Schweigen darin über die Jahre zuvor, 1626 und 1627, war berecht. Die Wirkung dieser Kritik bei dem Kaiser ward einige Tage später verschärft durch den Hinweis Maximilians, daß die Einquartierung in Rüttich den Kurfürsten Ferdinand abhalten könne, sich zum Collegialtage zu begeben.<sup>1</sup>

Der Kaiser schickte an Wallenstein den Befehl der Abhülfe.<sup>2</sup> Dieser antwortete sofort, eine Einquartierung in Rüttich sei niemals seine Absicht gewesen. Rastow habe ihm gemeldet, daß die spanischen Minister in Brüssel sie gewollt. Er übersandte seinen Gegenbefehl. Auch der Kaiser erließ einen Befehl an Rastow. Er fügte eigenhändig nach: „Ihr werdet dieser meiner Ordnung allermassen nachzukommen wissen, so lieb Euch meine Gnade ist."<sup>3</sup>

Der Zwischenfall war damit erledigt. Dennoch war das Zustandekommen des Collegialtages noch nicht durchaus gesichert. Noch vor dem Ausschreiben hatte der Rath der Stadt Regensburg sich den Log verbeten „wegen des beschwerlichen Zustandes und der Armuth der Stadt".<sup>4</sup> Auch noch im April protestirte er gegen die Aufnahme eines zahlreichen

<sup>1</sup> N. a. D. Vom 18. April.

<sup>2</sup> N. a. D. Vom 27. April.

<sup>3</sup> N. a. D. Vom 18. Mai.

<sup>4</sup> Reichstagsacten vom 1630. Vom 21. 31. December 1630.

Umfolges der Fürsten; denn ein solches „bringe Hunger und Nothzeit mit“. Über derartige Bedenken konnte man hinweg schreiten. Eine andere Besorgnis berichtete der Abt Anton von seiner Gesandtschaft in München aus, am 27. April, des Geheimnisses wegen eigenhändig.<sup>1</sup> „Euer R. M.“ schreibt er, „darf ich nicht verhalten, daß allhier des Verächts stark erschollen, wie mich denn der Kurfürst selber darüber befragt hat: der Herzog von Medlenburg beabsichtige seinen Aufenthalt in Memmingen oder der Orten zu nehmen, wozu ihm dann eine ziemliche Anzahl Soldes zu Roß und zu Fuß folgen solle. Davon wird verschiedenes discurreert. Einige deuten es aus als die Absicht einer Diversion gegen Frankreich. Andere aber wollen heraus die neue Intention erzwingen, den so hoch nothwendigen Collegialtag auf indirecte Weise, ac quasi aliud agendo, abermals zu verhindern. Weil mir nun diesen Tag des Herzogs nichts bekannt, so habe ich es an seinen Ort gestellt sein lassen müssen. Sollte aber dergleichen etwas abhanden sein, werden Ew. R. M. auch ohne gehorlaumste Maßgebung zutrag die Nothdurft bedenken und zu disponieren wissen. Denn ohne den Collegialtag würde alles ärger werden.“

Es ist nicht anzunehmen, daß Wallenstein ernstlich die Absicht gehabt habe, den Collegialtag zu verhindern. Denn es konnte ihm nicht unbekannt sein, welcher hohe Werth von beiden Seiten, sowohl des Kaisers als der Kurfürsten, auf den Collegialtag gelegt wurde. Die laudbare Absicht der Störung würde daher den Kaiser und die Kurfürsten zusammen geführt haben wider ihn.

Dazu auch ist es kaum glaublich, daß Wallenstein selber sich für so ganz sicher in seiner Stellung halten konnte. Im Anfange Mai erschien vor dem Kaiser eine kurfürstliche Gesandtschaft ausgerüstet mit einer Instruction<sup>2</sup> voll schwerer Klagen, namentlich zu Gunsten des Herzogs Boguslaw von Pommern. „Dort ist nichts als lauter Verwüstung, Hunger und Mummer und ein solches Elend, daß es ohne höchste Wehmut nicht erzählt werden kann.“ In diesem Sinne geht es weiter. Diese Klagen machten auf die Reichshofräthe bei der Berathung der Proposition für den Collegialtag einen besonderen Eindruck. Ihr Gutachten<sup>3</sup> weist hin

<sup>1</sup> H. a. D.

<sup>2</sup> Abgedruckt bei Gindels, Wallstein II, 247. Vom 24. April/4. Hal.

<sup>3</sup> Kreggeren S. 30. Nicht correct. Ein längerer Auszug bei Gindels, Wallstein II, 242.

auf die bei den Reichsfürsten liegende Beforgnis: „als ob man dieses Ortes entschlossen sei, die Reichsverfassung völlig umzukehren und eine beständige Dictatur zu errichten. Das sind Dinge, welche den Deputirten Geheimen- und Reichshofrätchen ihrer geistlichen Pflicht nach bei dieser Consultation mit Stillschweigen zu übergehen keineswegs gebühren müß. Vielmehr halten wir in unerschütterlicher Treue dafür, daß, bevor diese Meinung sich bei anderen, zumal den unschuldigen Reichsfürsten und den auswärtigen Potentaten und Völkern herum zu verbreiten, es hohe Zeit sei, an dem Orte wo es hanget und langet, dermalenst mit allem kaiserlichen Ernste durch eine wohlbedachte kaiserliche Resolution solchem Argwohn zuvorkommen. Wie im andern Falle die Hocht und Autorität Eur. K. M. merklich leiden könnte, so würden aus solcher Resolution die Kurfürsten im Werke zu erkennen haben, daß Eur. K. M. Befehlen wirklich gehorcht werde. — Derohalben |<sup>1</sup> und damit Niemand Ursache habe, hin und wieder in offenen Zeitungen dergleichen Sachen freventlicher und hochstrafwürdiger Weise zu spargen und zu calumniren, als sei das Schwert einem furioso, welcher weder Eur. K. M. gemeinere Befehle im geringsten respectire, noch etwas Anderes in Obacht nehme, sondern sich gleichsam eines absoluten Dominatus anmaßen dürfe] so wollten die getrauesten Rätthe der gehorsamsten, doch unmaßgeblichen Meinung sein, daß Eur. K. M. nach Vernehmung des von Wertheimberg, ob und was sich Eur. K. M. General auf der ihm mitgegebenen und ohne allen Zweifel unfehlbar vorgetragenen Brieffwerden, sonderlich des Kurfürsten von Sachsen, erklärt haben mag — dem General durch ein ausführliches Schreiben oder eine abermalige Schiedung zu erkennen geben möchten, daß nunmehr der kaiserliche Convent auf den 3. des künftigen Monats Jun ausgeschrieben worden, welchen Eur. K. M. in eigener Person zu besuchen entschlossen seyn. Und dieweil auf den vorbestimmten guten und glücklichen Auschlag dieses Collegialtages des ganzen Reichshausen Wohlstand Abre und Hocht beruhe: so sei es eine sonderbare hohe und unumgängliche Nothdurft, auch Eur. K. M. endliche Resolution und Befehl, daß alle Obstacle, welche zur Verhinderung oder Verwirrung solches Convents in irgend einer Weise greifen möchten, ungehört bald und zwar noch vor der zu solchem Convent bestimmten Zeit, wo

<sup>1</sup> Das in | | Eingeklammerte ist im Convente durchgestrichen. Neben der zweiten Hälfte von den Worten an „als sei das Schwert“ — sehen am Rande von Gerolshausen zwei Worte: „Drei Munde, so püet, ihm ausgelassen werden.“ — Das Anklische ist demnach dann auch auf das Folgende ausgedehnt worden.

möglich, völlig aus dem Wege geräumt, besonders aber den Beschwerden und Klagen abgeholfen werde.“ — Das Gutachten macht dann eine Reihe von Vorschlägen über die Einstellung fernerer Verbündeten usw.

Das Gutachten streift also die Frage der Entlassung Wallenstein, ohne dieselbe direct anzusprechen.

Der Kaiser jedoch trat in diesen Gedankengang nicht ein. Er hoffte durch die Verhandlungen in Danzig den gefährdeten Frieden mit Schweden herzustellen. Am 6. Mai mochte er abermals den Kurfürsten Georg Wilhelm nach Regensburg zu kommen. Wenn erst der Friede mit Schweden steht, so soll alles Krugvolk von dort abziehen.<sup>1</sup>

Kaiserin Kosimä von Mainz dagegen beharrte bei seinen Mahnungen an den Kaiser. Am 13. Mai schrieb<sup>2</sup> er: „Wenn die angesprochenen Beschwerden nicht förderlich aus dem Wege geräumt, wenn nicht die Kurfürsten, welche ohne Unterschied von dem Kriegsdirectorium über die Sachen respectirt und offendirt werden, wirklich contentirt werden sollten, so ist zu besorgen, daß die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg bei ihrer vorigen Resolution beharren und zu dem Collegialtage nicht erscheinen. In diesem Falle wird dort wenig Fruchtbares anzurichten sein.“ Desgleichen drängte Maximilian abermals in den Kaiser durch ein Schreiben vom 16. Mai. Zugleich kündigten Johann Georg und Georg Wilhelm an, am 8./16. Mai, daß sie nach Regensburg Gesandte schicken würden.<sup>3</sup>

Noch einmal wandte sich dann der Kaiser mit einem Handbrief<sup>4</sup> an Wallenstein. Auf die Meldung desselben von den in Torquato Conti und St. Juliano erlassenen Befehlen antwortete der Kaiser, am 20. Mai: „Aus den beiliegenden Abschriften ersieht, daß darauf bis emoch nichts erfolgt ist, weil J. L. zu ihrer Entschuldigung, den Collegialtag in Person zu besuchen, einzig und allein die Unmöglichkeit anführen. Dieweil nun Dr. Edd. wohlbezeugt, wie viel mir und meinem ganzen Erzhause an dem persönlichen Erscheinen Aller, also auch der genannten Kurfürsten, gelegen ist: so habe ich Ihnen diese beweglichen Schreiben hiermit vornehmlich zu dem Ende mittheilen wollen, damit Sie auf alle Mittel und Wege bedacht seien, durch welche der Kurfürst von Brandenburg Edd. aus dem Werke selbst erkennen mögen, daß ich Derselben, so viel als ohne des H. Reiches augenscheinliche Gefahr immer geschehen

<sup>1</sup> Reichstagsprot. von 1630.      <sup>2</sup> H. a. D.

<sup>3</sup> Zu Schreiben künntlich a. a. D.      <sup>4</sup> H. a. D.

kann, zu gratificiren willig und geneigt sei, also daß der Kurfürst, um sich wegen des so oft gedachten persönlichen Erscheinens zu entschuldigen, einige erhebliche Ursache nicht einwenden könne. D. Edd. thun hierin meinem Erbause von auch mir ein angenehmes, auch sehr allgemeines nützliches Werk."

Darauf antwortete Wallenstern am 29 Mai, wie folgt<sup>1</sup>: „Zum besayge ich mit Gott, daß ich nichts Liebetes wünschen möchte als Gelegenheit zu haben. Er Edd. (Georg Wilhelm) in allem allobald zu willfahren und angenehme Satisfaction zu geben. Es ist aber bei jetziger Beschaffenheit auch unmöglich, denn man hat wegen des zu besorgenden feindlichen Eintrucks des Königs von Schweden des Kriegsvolkes, welches jetzt sich der Orten herum befindet, zum höchsten von nöthen, besonders weil derselbe, wie auch der Kurfürst anführt, an unterschiedlichen Orten anzulegen Gelegenheit hat. Zu geschweigen, daß man allda sich mehr vor den Einwohnern als dem Feinde vorzusehen hat. Daraus wäre es eher billig, unterschiedliche Truppendörfer dort zu halten. Die Rothbuxst würde also erfordern, eher mehr Vell dahin zu schenken als von dort abzuführen, wenn es sich des Unterhaltes wegen thun ließe. Weil man aber das Reich zu schwerer Contribution ziehen kann, so muß man nothgedrungen die angrenzenden Länder damit beschweren. Es gelangt demnach an Ew. R. M. meine gehorsamste Bitte, in Erwägung, daß hierin nicht gänzlich des Herrn Kurfürsten Edd. Satisfaction gegeben werden könne, auch gnädigst entschuldigt halten zu wollen."

Die Anklage Wallensteins, daß seine Truppen sich mehr vor den Einwohnern, also den Brandenburgern und den Pommern, als dem Feinde vorzusehen haben, hatte er in ähnlicher Form auch bereits früher, von Osterstadt her, ausgesprochen. Die Anklage wird eben so wie die andere Frage, in welcher Weise Wallenstein gegen einen Einbruch des Schweden seine Maßregeln zur Abwehr getroffen, an den Thronen der nächsten Monate ihre Antwort finden.

Es kommt zunächst an auf den am schwersten betroffenen Herzog Bogislaw von Pommern. Nachdem er, in einem Schreiben<sup>2</sup> vom 7./17. Mai, vor dem Kaiser seine Klagen ausgeschrieben, namentlich daß er die Pässe von Warz und Strelitzhagen habe abtreten müssen, und daß Torquato

<sup>1</sup> H. a. L.      <sup>2</sup> Kriegssachen F. 50.

Wont ihm nun auch seine Stadt Stettin zu nehmen trachte, führt er fort. „Wenn ich nun in die vergangenen Zeiten zurücksehe und meiner großen Treue und Unschuld diese jetzt erzählten schweren Drangsale entgegen setze — wenn ich daneben auch die Ursachen beherzige, durch welche ein solches Unwesen wider die heilsame Reichsverfassung in mein Land gezogen — ferner wie wenig bei der vorgegangenen Friedenshandlung meiner gedacht worden: so haben Ew. R. M. allergnädigst wohl zu ermessen, in welche schwere Gedanken ich darüber öfter gerathe. Aber wie dem Allen sei, so ist doch meine angeborene Treue und aufrichtige deutsche Standhaftigkeit darum nicht gemindert, viel weniger erschollen, sondern durch Gottes Gnade werde ich mich dahin befließen, daß ich mein christliches Gewissen und Verstand salbete, und einen devoten unbescholtenen Reichsfürsten in meine Stube nehme.“

Der Kaiser schickte auch dies Schreiben an Wallenstein, und verlangte dessen Gutachten über die Besetzung von Warz und Greifenhagen.<sup>1</sup> Dann schließt er: „Und befehlen Dr. Edd., Sie wollen bei Ihrem untergebenen Kriegsofficieren die Verfügung thun, damit vermittelst guter Ordnung und Kriegsdisciplin das arme ohnedies ganz erschöpfte und verderbte Land (Pommern) über Vermögen nicht bedrängt, zuvörderst aber des Herzogs Edd. bei gutem Willen erhalten werden möge. Inmagen Sie zu thun wissen.“

Nach diesen Worten zu urtheilen hatte der Kaiser oder der Verfasser des Schreibens in seinem Namen die Tragweite und das eigentliche Ziel der Klagen Bogislavs wohl kaum erkannt.

Der Kaiser schickte die Propositionen, die er dem Collegialtag vorzuliegen gedachte, zuvor an Wallenstein, wahrscheinlich durch Werdenberg. Der Bericht<sup>2</sup> desselben lautete: „Bei den Propositionen hat der Herzog nichts zu erinnern. Ew. R. M. und Dero geheime und Reichshofräthe würden der Sache schon recht zu thun wissen.“

So auch mochte der Kaiser selbst glauben. Es wird gesagt, daß er frohen Muthes die Reise nach Regensburg antrete. In der That auch so mochten einige der bereits bestehenden Vermischungen nicht als unlösbar erscheinen. Aber es wuchsen noch neue heran. Unter diesen war der Zeit nach die erste, bereits im Februar 1630, der Sieg der Demagogie oder geradezu Oligarchie in der innerlich zermühten Stadt Magdeburg.

<sup>1</sup> R. a. C.    <sup>2</sup> R. a. C.

Stopp. Gesch. II

## 2. Wahl eines neuen Rathes in Magdeburg, im Februar 1630.

Der Friede mit Wallenstein, im October 1629, brachte der Stadt Magdeburg nicht den innern Frieden. Indem das Jarbischwischen Wallenstein wie eine Frucht des Widerstandes der Actionspartei in der Stadt erblühen, erhob dieselbe um 'o lauterer Klage über die Völligkeit des Rathes, welcher kündigt „den Kaiserlichen selber auf die Hande hätte greifen sollen.“<sup>1</sup> Es würde besser um die Stadt stehen, meinte man, wenn dieser Rath nicht wäre, sondern ein anderer gewählt würde. Diese Klagen wurden sofort nach dem Friedensschlusse vor den kaiserlichen Deputirten in Magdeburg erhoben. Das Regiment sei zu weitläufig: man müsse die Schoppen und Hundertmänner abschaffen, und einen neuen Rath erwählen, auf Maß und Gestalt, wie zu Lübeck, Hamburg und an anderen Orten dräuslich.<sup>2</sup> Die kaiserlichen Deputirten wiesen diese Beschwerden nicht unbedingt zurück. Die Grundlage der Stadtverfassung war der sogenannte große Bruch von 1530, über welchen damals Schoppen, Rathsmänner, Innungsmeister und gewählte Bürger der Stadt sich geeinigt hatten. Diese Verfassung hatte sich im Laufe der Zeiten verändert; „denn jetzo, im Jahre 1629, sitzen neun Rathsherren aus den Innungen, und vierzehn Innungsmeister, und wegen der Gemeinde, die in den Innungen nicht begriffen, sitzt ein Bürgermeister und ein Cammerer. Diese regieren ein Jahr und andere. Auf Fastnacht folgen ihnen andere Kaufmannszwangig in derselben Weise, und um das dritte Jahr auch alle. Um viertes Jahr kommen die ersten wieder zum Regimente, wofern sie, wie gemeinlich geschieht, wieder dazu erwählt werden.“<sup>3</sup> Dennoch hatte eine Vertheilung zu Gunsten der Innungen statt gefunden. „Insonderheit sind die Bäcker und Brauer hoch herein gekommen.“

Indem diese Zusammensetzung des Rathes auch den kaiserlichen Deputirten nicht als eine billige erscheinen mochte, suchten sie zu vermindern. Aber die Actionspartei forderte sofortige Änderung, der Rath dagegen hielt an seinem Rechte, bis auf die nächste Rathswahl zu Fastnacht in seinem Amte zu verharren. Die Deputirten der Kaiserlichen, ohne Vollmacht weiter einzugreifen, schickten mit der Zusage, ihren Principalen den Stand der Dinge zu berichten und mit deren Vollmacht wieder zu kommen.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Protestation des alten Rathes, vom 10. Januar 1631.

<sup>2</sup> Selbstener Bericht bei Wendt, Wallstein II, 109.

<sup>3</sup> Protestation des alten Rathes vom 10.

<sup>4</sup> Selbstener Bericht 200. Bei Wendt, Wallstein II.

Inzwischen stieg zwischen dem Rathe und einem großen Theile der Bürgerschaft der Unruhe und der Erbitterung, genährt nicht bloß von innen, sondern auch von außen. Der Friede mit Wallenstein hatte dem Kriege streben ein Ende gemacht: er hatte nicht die Freiheit des Verkehrs und des Erwerbes hergestellt, noch den Druck der Wallensteiner auf die Landbevölkerung erleichtert. Die Bürger sahen vor Augen, was da geschah. „Am 10/21 November sind zu Magdeburg durch einen Virentenant vom Regimente Albringen mit 200 Husaren 600.000 Rthlr. baaren Geldes, die man im Erstfalle von den armen Unterthanen heraus gepreßt auf der Elbe nach Hamburg abgeführt worden. Obwohl man vorgibt, daß dies Geld zu neuen Verbungen bestimmt sei, so spricht doch die Vermuthung mehr dafür, daß solches Geld etlichen vornehmen Befehlshabern zuständig, die es von Hamburg aus nach Italien und anderen Orten übermachen lassen wollen.“<sup>1</sup>

Die Wallensteinischen Officiere beschränkten sich nicht auf den directen Erwerb durch die Contribution. „Was sonst,“ berichtet<sup>2</sup> Lehzeiter dem Kurfürsten von Sachsen, die „friedländischen Befehlshaber im Erstfalle mit Erhaltung und Wiederverkaufung des Getreides und anderer Vorräthen, auch sogar des Viehes, nur wunderbare und unerhörte Raubmannschaft treiben, und wie alles einzug und allein dahin gerichtet ist, sich zu bereichern und den armen Mann gänzlich zu verderben, das ist landkundig, und es ist fast unmöglich, die seltsamen Ränke und Kunstgriffe dabei zu beschreiben.“

Die Wallensteiner kannten die Zustände in der Stadt Magdeburg. „Indem sie nunmehr einen freien Ab- und Zugang bei dieser Stadt haben, gehen sie nur Öl ins Feuer und provozieren sich dieser gewünschten Gelegenheit für sie ganz ungebührlich. So es lassen sich wohl Klagen in Discursen ganz ungescheut vernehmen, daß sie auf diesem Wege sich der Stadt eher bemächtigen wollen, als wenn sie mit 100.000 Mann davor lägen. Gewisslich also steht es um diese uralte und lobliche Stadt ganz gefährlich und ist zu besorgen, daß, wenn die Benachbarten sich nicht einmischen und diese unsere Unruhmigkeit in der Gasse belegen, es möchte unversehens zu einem Aufstande kommen, und sich die friedländische Soldatesca der einen oder der anderen Partei anhängig machen und dadurch zu ihrem Intent gelangen.“

In der Wirklichkeit konnte jede Einmischung der Wallensteiner doch nur jene Partei stärken, die am wenigsten mit ihnen sich einließen

<sup>1</sup> M. A. O. 201      <sup>2</sup> M. A. O.



wollte. „Es befanden sich unter dem gemeinen Pöbel gar Viele, die der Obrigkeit vorwerfen, sie hätte mit den Kaiserlichen als der Stadt Widersärtigen ein Unverständnis gehabt, die Bürger um ihre Freiheiten zu bringen und sie zu Leibeigenen zu machen. Und wenn sie ihrerseits sich nicht so tapfer erzeigt, wäre es allbereit um sie geschehen gewesen.“<sup>1</sup>

Von dieser Gesinnung aus handelte die Partei der Opposition. Bereits im November kam es dahin, daß sie der Obrigkeit Schatz, Steuer und andere Gebühr verweigerten, ihr weder Respekt, noch Gehorsam bezeugten. Es geschah, daß Einige unter ihnen sich ganz ungeachtet vernahmen ließen es würde nicht besser, bis man nicht den Mitgliedern des Rathes die Hülfe entzwei schlage, oder, nach böhmischen Muster, sie zum Fenster hinaus wirfe.<sup>2</sup>

Es ist merkwürdig, daß auch in diesem trüben Spiele die Generalstaaten mithielten, den Schlamas aufzurühren: es wäre dran, daß die Partei die Nachrichten von dort her zur vorgegeben. Wenn ein neuer Rath gewählt würde, hieß es in Magdeburg so würden die Generalstaaten der Stadt 50,000 Rthlr. vorschreiben. Schon seien ihre Gesandten mit dem Gelde da.<sup>3</sup>

Bedenklicher war die Betheriligung von Predigern. Boran trat, wie immer, Dr. Gilbert zu St. Ulrich.<sup>4</sup> Vor und nach seinen Predigten verließ er, und zwar, wie angenommen wurde, mit Anspielung auf den Rath, den 109 Psalm: Dixit Dominus Domino meo: sede a dextris meis, donec ponam inimicos tuos scabellum pedum tuorum. Jemand Jemand mahnte ihn ab von diesem Thun. „Wenn man mich reyt,“ entgegnete der Mann, „so lese ich nicht bloß den Psalm, sondern füge noch eine Erklärung hinzu.“ — Einer seiner Confratres, der Domprediger Sack, äußerte sich darüber später mit den Worten: eo vesaniae devenit. — Die Mehrzahl der Prediger jedoch scheint mit Dr. Gilbert gegangen zu sein.

Die spätere Schrift des Rathes sagt gerabegzu: „Ja es haben die Prediger mit allem Fleiße dazu gerathen und es befördern helfen.“<sup>5</sup>

Den Kern der Actionspartei jedoch bildeten die achtzehn Plenipotenzier, die der Rath nach dem Abschlusse des Friedens mit Wallenstein im October, nicht weder zu entlassen gewagt hatte. Indem sie blieben,

<sup>1</sup> H. a. O. 200.    <sup>2</sup> H. a. O.    <sup>3</sup> Relation 421.

<sup>4</sup> Hoffmann III, 72.    <sup>5</sup> Relation 422.

nach ihre Macht. Bevor unter ihnen tritt Hans Dertel<sup>1</sup> von Andern als ein verordneter Apotheker bezeichnet. Der Name ist fortan von dem Unglücke der Stadt untrennbar. — Die Plenipotenzier pflegten sich zu versammeln an dem Orte der Dingebankbrüder, in dem Wirthshause zur goldenen Krone, wo der von dem Rathe der Anklage und der Post nicht entlassene Schreidenorin weilte. Dort war das Rathhaus der Actionspartei. Die Plenipotenzier nahmen Adolf Marcus, früheren Syndikus der Landschaft, zu ihrem Syndikus an, und entsendeten ihn nach Lübeck. Er sollte die zur Tagfahrt versammelten Mitglieder der Hanse ersuchen, daß sie von Bundeswegen der Stadt beirathen möchten, um den inneren Streit zu ordnen und zu schlichten.<sup>2</sup> — Marcus als nicht von einer anerkannten Obrigkeit entsendet, ward nicht zu den Beratungen in Lübeck zugezogen.<sup>3</sup> Desto eifriger ward die Thätigkeit des redgewandten Mannes bei den Einzelnen.

In dem Beschlusse des Hansetages, vom 21. December 1630, ward die erste Frage, ob eine Gemischnng in die inneren Angelegenheiten der Stadt Magdeburg recht- und zweckmäßig sei, bejaht.<sup>4</sup> Demnach ward der weitere Schluß dahin gefaßt: „daß die fünf erbornen Hansestädte Lübeck, Hamburg, Bremen, Braunschweig, Hildesheim nochmals ihre Gesandten an die Stadt Magdeburg abordnen sollen, mit dem Auftrage, die vorgerissenen Handlungen wieder aufzunehmen, den gegenwärtigen Stand des öffentlichen Wehens dort kennen zu lernen, sich aus allem was zur Beschwörung angezogen wird, wohl zu informieren, und darauf in Erinnerung der in der Berathung darüber vorgegangenen Erwägungen, mit gemeinem Rathe, gutem Willen und Belieben aller Angehörigen, auch durch dienliche wohlbewegliche Jugenmüthsführung, derselbst in loco zu verordnen, zu beschließen und nach der Sache Befund ins Werk zu setzen, was ihnen als das Beste bedünket wird, ohne besondere Innovationen und neuerliche Anstellungen.“

Gegen Ende Januar 1630 traf die Deputation der Hanse in Magdeburg ein. Es war dort für die Plenipotenzier und die ganze Partei derselben leichter auf diese Deputirten der Hanse zu wirken, als auf das Directorium derselben zu Lübeck. Die spätere Schrift des alten

<sup>1</sup> Der Name steht unter dem Registe vom 16. März 1630 als der erste der Plenipotenzier.

<sup>2</sup> Hoffmann-Barthele h.      <sup>3</sup> Relation 423.

<sup>4</sup> In den Propositionen. Nach Relation 424.

Rathes laßt das ganze Verhalten der Deputirten zusammen in die Worte<sup>1</sup>: „Sie (die hanßischen Deputirten) haben, ihrer Instruction zuwider, dem alten Rath mit seiner Nothdurft nicht gehört, sondern auf der vorgenannten Personen bloßes Angeden conrivendo verhängt, daß nicht allein eine Innovation, sondern totus reipublicae inversio angestellt und zu Werke gerichtet, auch alles dem alten Rathe über den Kopf gemurmelt worden, damit derselbe, mofern er keinen Tumult in der Stadt haben wollte, friedlich sein und das Geschehen über müsse.“

In diesem späteren Berichte sagt weiter der alte Rath: „Daß ein Aufruhr vorbereitet wurde, war daraus zu spüren, daß der Prediger Dr. Gilbert am Sonntage Esto m. h. in Ausführung der Ursachen, um deren willen Regierungen verändert würden, besonders anführte: „daß dies auch durch Aufruhr geschehen könne, wovon er trenlich warnte.“ Dies wäre sonst nicht nöthigen gewesen; denn man gibt nicht ohne Ursache dem gemeinen Manne vergleichen in den Mund. Deßhalb ein ehrbarer Rath heilig ruhig geworden, hat auch über freie Rathswahl keine weitere Deliberation anstellen wollen.“<sup>2</sup>

Die hanßischen Deputirten vereinbarten mit den achtzehn Viertelherrn und den achtzehn Plenipotenzen eine neue Rathswahl. Die Zahl der Mitglieder ward auf neunundzwanzig angesetzt, die gewählt werden sollten durch achtzehn Rorherren, neun aus den Innungen und neun aus der Gemeinde.

Noch am selben Tage, dem 10. Februar, erhob der noch bestehende alte Rath vor Notar und Zeugen Protest gegen ein solches Verfahren.<sup>3</sup>

Die hanßischen Deputirten scheinen gehofft zu haben, daß die gesammte Bürgerschaft sich an der Wahl ihrer neun Rorherren betheiligen würde. „Aber man hat bemerkt, daß der vornehmsten, gelehrtesten, weisesten Leute wenige sich einstellen.“<sup>4</sup> Wie es eigentlich zugegangen war, möchte Otto Wernke, dessen Berichte die wichtigste Geschichtsquelle jener Unglückstage von Magdeburg ausmachen, selber nicht genau anzugeben.<sup>5</sup> Thatsache war, daß die neun Rorherren aus der Gemeinde, unter der Führung des Friedrich Parsch, Wirtshes zur goldenen Krone, allen Wünschen dieser Partei entsprachen.

Auf dem Rathhause legten die hanßischen Deputirten den achtzehn Rorherren einen schweren Eid auf, in den neuen Rath diejenigen Personen

<sup>1</sup> Relation 42b, fñgt als die Proclamationen.

<sup>2</sup> Aus den Proclamationen

<sup>3</sup> H. u. O.

<sup>4</sup> Wernke-Wernke 19<sup>o</sup>.

<sup>5</sup> H. u. O.

zu wählen, welche sie als die ehrlichsten, kühnsten, tüchtigsten kannten.<sup>1</sup> Dann führte man sie in das Wahllocal. Die Wahl ging so von statten, daß der Reihe nach jeder einzelne Rörherr einen Namen vorschlug, und daß dann die anderen ihre Zustimmung oder Verneinung schweigend mit Kreide auf je einen hölzernen Teller verzeichneten. „Die Rörherren,“ sagt die Protestation des alten Rathes, „sind meistens, wenige ausgenommen, gute einfältige Leute gewesen, die weder schreiben noch lesen konnten. Wie sie dann mit Nummernoth dahin zu informieren, daß sie das † Zeichen, welches Ja bedeutet, und folgender das O Zeichen, welches Nein bedeutet, zu malen vermochten.“ Beide Zeichen fanden sich auf einer Tafel an der Wand vorgezeichnet.

Die hansischen Deputirten waren bei der Wahl anwesend, oder leiteten sie, wie es schien. Sie berichteten nachher, „daß sie einhundert vier und vierzig Wahlen gethan, ferner daß sie vermerkt, daß von den Leuten, auf die sie gedacht, keiner herauskommen. Daß sie treuliche Ermahnung gethan, die geleisteten Eide zu bedenken. Es hätte aber nichts geschafft, und wenn schon gute Leute im Vorschlage gewesen, so wären paria vota gefallen.“<sup>2</sup>

Die hansischen Deputirten ahnten dabei nicht, daß in der Wirklichkeit nicht sie die Wahl, wenigstens der Hälfte der achtzehn Stimmen, geleitet, sondern ein Anderer. Jene zwei Zeichen befanden sich noch an einer anderen Stelle. „Ob zwar zur Verhütung alles Verdachtes die Rörherren von einander gesetzt, auch nichts reden, noch der vorgeschlagenen Personen halber einen Discurs anstellen dürfen, sondern mit abgemessenen Zeichen ihre Gemüthsmeinung zu erkennen geben müssen: so hat doch Einer unter denselben nicht allein mit Augenwinken, sondern auch Aufdrückung des mit Kreide gezeichneten Tellers auf das Baus des Andern Nachricht gegeben, wen sie wählen oder verwerfen sollen.“ Dieser Vorgang ward erst später aus dem Bewußtseisse eines der Betheiligten kund, und eben so der Name des Führers. Es war Friedrich Verich, Edirt zur goldenen Krone.<sup>3</sup>

Das Ergebnis war, daß unter den vierundzwanzig Mitgliedern des neuen Rathes kein Name aus dem alten Rathe sich fand, als nur der Syndikus Denhardt. Dieser jedoch lehnte die Wahl ab, eben so drei Andere. Unter den Gewählten dagegen befand sich der Ober-

<sup>1</sup> S. u. O.    <sup>2</sup> Protestationen, vgl. Melanck 427.

<sup>3</sup> Melanck 429 und Protestationen.

hauptmann Schneidewitz, das Haupt der Dungebaufrüder Dürer, nebst unter Urklage stehend, durfte nicht zugelassen werden. Es mußten also fünf Ersehwählen stattfinden. Unter den fünf Neugewählten war Otto Querte, in späteren Zeiten der berühmteste Name der Stadt Magdeburg.

Das schärfste Urtheil über die Mehrheit der Mitglieder des neuen Rathes findet sich ausgesprochen von dem Magdeburger Patruier Johann Almann, früher selber Rathsherr, im nächsten Jahre kaiserlicher Secretar in Böhmsfeld. Er sagt in einer Schrift vom Jahre 1633. „Der mehrere Theil derselben (bestand aus) Senf-, Kestel- und Dungebaufrüdern, ungelehrten, unerfahrenen, wenig achtenden, übermüthigen, alles auf Trutz und Pochen setzenden Schnarchbänjen.“

Die böhmische Deputation gauderte dem alten Rathe das Ergebnis der Wahlen mitzutheilen. Erst am nächsten Tage trat die Deputation, unter der Führung des Ritters Spiridus Bunkler, vor den versammelten alten Rath, gab die Namen der Gewählten kund, und verlangte, daß die Aufhebung dieses neuen Rathes sofort erfolge. Ihm antwortete der regierende Bürgermeister Johann Dauthe: „Die Herren Deputierten haben, auf das Ausrufen stücker Leute aus der Gemarkung, wider des regierenden Rathes Unwilligung, her sich die Wahl thun lassen. Dassel ist aber ein hohes und wichtiges Werk, von welchem der Stadt Sinn und Untergang abhängen kann, und ist weder vor Gott, noch der kaiserlichen Majestät, noch der Cambr zu verantworten. Darum bitte ich um Gottes willen mitersprechen. Ich bin mit den Personen, die bisher im Rathe gesessen, wohl zufrieden. Die Neugewählten achte ich nicht für tüchtig. Braune Häupter, die sich um die Stadt wohl verdient gemacht, sind in der Wahl übergangen, dagegen junge Leute, ohne Erfahrung, einander nahe verwandt, sind gewählt. Die Wahl ist geschehen wider den heulichen Rezej der Cambr und die Zuage der Deputation, und gereicht dem bisherigen Rathe im ganzen römischen Rathe zum Schimpfe und zur Umehr. Weil der Wahl ein novum et inauditum, so kann der regierende Rath die Zustimmung nicht auf sich nehmen, sondern ist, mit den Jarungemeistern, der Meinung, daß die Sache vor den weiteren Rath der Hundertmann zu dringen.“ Dann schlug Dauthe die Bibel auf und verlas den Ganzen des dritten Capitelis des Propheten Jesaia, die Weissagung des schweren Urtheils über die Juden wegen

\* Almann, Bericht C. II

\* Relation 426, und Freirelationen.

ihrer Sünden, und ferner die Worte: „Und will ihnen Jünglinge zu Fürsten geben, und Kindische sollen über sie herrschen.“

„Wie nun die hanfischen Deputierten,“ sagt weiter der Bericht<sup>1</sup> des alten Rathes, „verstanden, was für widerwärtige und zum Theile schlechte undienliche Leute nominirt und gewählt, haben sie sich nicht allein höchlich verwundert, sondern sind darüber auch sehr bestürzt worden.“ — Der kühneste Candidat Winkler berichtete in längerer Rede, wie alles zugegangen sei. Aber es kam auf die Frage der Befähigung an. Die Deputierten zogen sich zur besonderen Beratung zurück. Nach der Wiederkehr eröffnete Winkler dem alten Rath: sie hätten es gut gemeint, wollten sich auch ferner keine Mühe verdriessen lassen. Sie waren nicht Willens, die Verfassung der Stadt über einen Haufen zu werfen, sondern nur das verlässige Regiment in etwas zusammen zu ziehen. Wie nun die Vota gefallen, hätten sie es nicht zu ändern.“

Diese Erklärung war entscheidend. „Es hat auch der regierende Rath,“ sagt der Protest, „wenn sie anders lebendig vom Rathhause und ihrer Pflichten entlassen sein wollen, alles müssen geschehen lassen und nichts dazu reden dürfen wegen der anwesenden Rerherren, die unerhörter Weise vor die Thür getreten und das Wort also befördern lassen. Wie dann auch auf eine neue Mannier die Thür offen gelassen, vor welcher eine große Menge Volkes gestanden und sich heran gedrungen.“ Man vernahm die Worte: wenn der alte Rath nicht freiwillig abtrete, müsse man ihn herantreiben.“

Das ganze Verhalten des alten Rathes, ob redend, ob schweigend, bezweckte: „sich zu verhalten, daß sie nicht gemeint, durch irgend etwas den Handel zu approbieren und ihren Consens zu geben, sondern (sie haben) es thun müssen um Glumpis willen, auf daß sie ihrer Schlüssel los und ihrer Eide und Pflichten erlassen würden, und stellten es dahin, wie die Erwählten künftighin ihre Personen legitimieren und ihr Amt besetzen könnten — und solches alles um Verhütung Aufruhrs und Blutvergießens willen, damit etliche umgangen.“<sup>2</sup>

Die hanfische Deputation suchte auf eine andere Weise zu helfen. Wie zuvor für die Rerherren, so verfaßte sie nunmehr auch für die neuen Rathsherren einen schweren, ungewöhnlich ausführlichen Eid, der

<sup>1</sup> Relation 427.<sup>2</sup> Protokollanten<sup>3</sup> R. a. C.<sup>4</sup> R. a. D.

liegend geleitet werden mußte.<sup>1</sup> Alsdann mahnte der Elbdecker Synodus Winkler die Gewählten zum Frieden und zur Einigkeit, ferner daß sie in kaiserlicher Devotion verbleiben sollten. Wofers sie aber fortan neue Händel und Unruhe anrichteten, würden die Principale der Deputation, die Hansestädte, sich ihrer hinfort nicht mehr anschließen, sondern die Stadt Magdeburg aus dem Hansebunde ausschließen.<sup>2</sup>

Noch Eines blieb übrig, die öffentliche Übergabe des Rates der Gemeinde. Das Versprochen war, daß zu diesem Zwecke zum Beirathung geläutet, und dann in gegliebrtem Beirathung unter dem Rathshause die Namen der neuemählten Rathsherrn der Gemeinde verhängigt wurden. Winkler, im Namen der hanseischen Deputation, ersuchte den alten Rath dies zu thun. „Sie haben solches verweigert, um, wie zu Anfang und in der Mitte, also auch beim Ende dieser Handlung ihren Dissensum um so viel mehr anzuzeigen und darzuthun, und sind damit vom Rathshause geschieden.“<sup>3</sup>

Mit dem Schweigen indessen begnügte der alte Rath sich nicht. Wer er zum Beginne und in der Mitte, am 10. und 13. Februar, vor Notar und Zeugen protestiert, so auch nach dem Abschlusse am 15. Februar und wieder einige Wochen später vor dem kaiserlichen Commissar Bolmerode. Der Rath vermahnte sich darin vor Gott, im Gewissen und vor der Welt vor der R. R. Majestät, vor dem H. R. Reiche und der löblichen deutschen Hanse, dem ganzen Vorgange widersprochen und seine Befugnisse sich ausdrücklich vorbehalten zu haben.<sup>4</sup> Die Proteste sind unterzeichnet: „Bürgermeister, Rathmannen und Jungermeister.“

Die Hanseaten reisten wieder ab. Sie hatten ihrem Auftrage genügen wollen und dabei nicht durchschau, daß, durch ihren Überreiser und zugleich durch den Mangel an Kenntniss der Personen, sie hergetragen hatten, der Partei der Umwälzung zum Siege zu verhelfen. Jene ihre letzte Mahnung deutet ihre eignen Besorgnisse an. Sie hatten den Rath verändern können, dem der große Haufe die Schuld der eignen Unzufriedenheit beimaß, nicht jedoch die hauptsächlichste Ursache zu kappen vermocht, aus welcher die Unzufriedenheit entsprang: die Ernverbelosigkeit, den Druck der Wollensheimer auf Land und Stadt. Gegen diesen Druck war der neue Rath so ohnmächtig wie der alte.

<sup>1</sup> H. a. D. und Relation 430.

<sup>2</sup> H. a. D.    <sup>3</sup> H. a. D.    <sup>4</sup> H. a. D. 431.

Wenige Tage später bligte aus einer raschen Äußerung eines der neuen Rathsherrn eine Ahnung auf, wohin die Sache führen könne. Von seinem Schwiegervater, dem Brauerinnungsmeister, zu Gast geladen, saß er, nachdem ihm der Willkommenstrunk die Zunge gelöst, auf dem Brauergilbchofe mit den Worten heraus: „Wir sind nun gut schwedisch!“ — Einer seiner Kollegen fügte hinzu: „Warum habt Ihr alte Herren so regiert?“ „Vorüber die, so es mit angehört, sehr bestürzt worden.“<sup>1</sup>

Die Worte ergeben, daß in dem neuen Rathe sich eine Partei befand, welche, ungeachtet jener Mahnung der Vertreter der Hanse, mit Schweden anzuknüpfen gedachte.

### 3. Der erste Versuch der Partei des Markgrafen Christian Wilhelm in Magdeburg.

Daß bei jenen kühnen Worten: „Wir sind nun gut schwedisch“ — nur eine Partei in dem neuen Rathe von Magdeburg, und nicht der ganze neue Rath als solcher betheilig war, ergibt sich aus dem weiteren Verlaufe der Dinge. Für diesen Verlauf ist fortan die wichtigste Quelle eine Schrift von Otto Guericke, Mitgliede des neuen Rathes, über die Ereignisse von Magdeburg in jenen schweren Tagen. Die Schrift, damals nicht gedruckt, ist erst in unseren Tagen in die Öffentlichkeit gelangt.<sup>2</sup> Am Schlusse seiner Schrift sagt Guericke: „Dieses ist also der rechte wahre Verlauf mit der Eroberung dieser guten Stadt Magdeburg, welchen sich Niemand, da anders die Wahrheit soll berichtet werden, kann lassen zuwider sein.“

Daß Guericke ein warmer Patriot seiner Vaterstadt war, hat er durch die Thaten eines langen Lebens bewiesen. Daher darf an seinem guten Willen, die volle Wahrheit zu sagen, kein Zweifel erhoben werden. Andererseits war er durch seine Stellung als Mitglied des Rathes vor Anderen befähigt, die Wahrheit zu kennen. Es kann daher nur noch die Frage sein, ob von außen her die Umstände ihm ein freies Ausprechen gestatteten. Es handelt sich also um die Zeit, in welcher er sein Werk verfaßt.

Er selber gibt keine Jahreszahl an. Aber er bedient sich einmal in Betreff der Sache des Schmelzweins der Worte: „Welches alles zu

<sup>1</sup> Relation 482.

<sup>2</sup> Hoffmann, Geschichte der Belagerung u. v. von Otto v. Guericke. Magdeburg 1860.    \* H. u. O. 92.

\* H. u. O. 18. Die Bemerkung S. 91 ist demgemäß eine spätere Nachfüge.



beschreiben dieses Ortes zu weitläufig, aber den noch überbliebenen Magdeburgern nicht unnothwendig sein kann.“ — Treuen durch den Druck hervorgerufenen Worten gemäß kann die Schrift nicht sehr lange nach der Katastrophe von 1631 abgefaßt sein, also noch während der Anwesenheit der Schweden in Deutschland.

Daß diese Anwesenheit, die auch noch im Jahre 1645 die Stadt Magdeburg wieder nahe bedrohte, bei der Abfassung der Schrift einen Druck auf Quereits ausübte, liegt in der Natur der menschlichen Dinge. Dies Verhältniß wird noch klarer durch eine andere Thatsache. Nachdem schon das Werk Quereits gemäß der in Magdeburg liegenden Handschrift abgedruckt war, fand ein anderer Geschichtsforscher<sup>1</sup> in der R. Bibliothek zu Berlin ein Manuscript, welches er als den Originalbericht Quereits bezeichnet. Der Unterschied des Berliner und des Magdeburger Exemplares besteht hauptsächlich darin, daß in dem Magdeburger Exemplare eine Reihe von Stellen weggelassen sind und zwar durchweg solche, welche bei den Schweden übel vermerkt werden konnten.

Durch die Veröffentlichung auch dieser Stellen des Berliner Exemplares ist also der Originalbericht Quereits wie hergestellt. Und dennoch bleibt die Klage übrig, daß dem Patrioten Quereits nicht, wie Tacitus sagt, das seltene Glück der Zeiten zu Theil geworden, wo er in innerer und äußerer Freiheit die Wahrheit vollauf reden konnte. Es werden sich aus dem spätem Leben Quereits Äußerungen ergeben, welche andeuten, daß er über das Thun der Schweden in Betreff Magdeburgs noch klarer und bestimmter hätte reden können.

Gemäß der Ansicht Quereits war nach der Ummüßung in Magdeburg der Mittelpunkt der schwedischen Partei der Oberhauptmann Schneidewitz. Dieser und seine Anhänger, die Dungebonbrüder, hatten gehofft, daß die Ummüßung, zumal keine Wahl zum Mitgliede des neuen Rathes, ihm die Entlassung aus der Haft bringen werde. Es geschah nicht. Der neue Rath sah sich in der Nothwendigkeit, entweder bei dem angelangenen Prozeß, der von zwei kaiserlichen Juristen-Facultäten für rechtmäßig erkannt war, zu beharren und ihn auszuführen, oder dem Schneidewitz Schimpf und Schaden zu ersetzen.<sup>2</sup> Der Rath wählte das Erstere.

„Dennoch kann es wohl sein,“ fährt Quereits fort, „daß der Ober-

<sup>1</sup> Meisch-Gerdt 17<sup>o</sup>.

<sup>2</sup> Hoffmann-Quereits 18.

hauptmann auf andere Mittel mag gedacht und mit Zuneigung dieser Leute (seiner Partei) dahin geschlossen haben, daß sie den Heinrich Vöpping — der ohne daß der gemachten Schulden halber, in der Stadt nicht wohl bleiben dürfte — zum Administrator (Christian Wilhelm) auf Danzburg, also J. J. W. nach dem Verluste des Erzbisthums sich zur selben Zeit aufgehalten, wollten sich den und gute Mittel vorzuschlagen lassen, durch welche nämlich J. J. W. des Landes wieder mächtig werden könnte, in der Zuversicht, daß bei glücklichen Success auch Schwadwein seiner Captur mit Reputation entgehen, und Jedweder eine gute Winterzehrung davon tragen werde. Dies alles ist um so viel mehr dabei zu mutmaßen, daß Heinrich Vöpping unter der oft gemeldeten Dingeant-Brüderschaft der Vornehmsten einer gewesen, und sich wohl nicht ohne Ursache — da er doch ein Magdeburgischer Bürger und Rentmann, und zum Fürsten zu dienen unerfahren war — in Diensten würde begeben, auch ein solches Werk zuvor und ehe es an Rath und Obacht gebracht, mit solchen seinen Geschwägern in Weinschenken und Lustgärten wohl würde berathschlagt und ausgearbeitet haben."

Jedenfalls liegt hier das bestimmte Zeugnis vor, daß der neue Rath als solcher von einer Anknüpfung mit Christian Wilhelm keine Kunde hatte. Es kommt zunächst darauf an, die damaligen Entwürfe dieses letzteren klar zu stellen.

Nachdem dieser Fürst bis zum April 1627 dem Dänenkönige gedient, war er mit Genehmigung desselben nach Holland gegangen. Er theilte dem Prinzen von Oranien mit, daß er durch Frankreich und Italien sich nach Siebenbürgen begeben wolle, um Bethlen Gabor abzumachen in die Waffen zu bringen.<sup>1</sup> Er legte Briefe vor von dem Kaiser von Frankreich, England, Dänemark, und der Signoria von Venedig, welche sämmtlich das Unternehmen empfahlen. Auch der Prinz von Oranien hielt mit seiner Zustimmung nicht zurück, und ließ Christian Wilhelm auf einem Kriegsschiffe nach Calais bringen. Christian Wilhelm durchquerte die lange Strecke der Länder. Allein er brachte dem Bethlen Gabor nur seine Person, nicht Geld. Dennoch war sein Bemühen aussichtslos. Nachdem er sich endlich davon überzeugt, kehrte er wieder um, begab sich zu dem Schwedenkönige, dessen Frau ihm nahe verwandt war, und lag diesem mit Bitten an, ihm wieder zum Besitze des Erbsitzes zu

<sup>1</sup> Aitzema II. 264.

verschaffen.<sup>1</sup> Die Schwierigkeiten waren nicht gering. Wenn der Kaiser Herr blieb, so gehörte das Erzstift dem Erzherzoge Leopold Wilhelm. Wenn nicht, so beanspruchte der Kurfürst Johann Georg, auf Grund der Wahl des Domcapitels vom Februar 1628, das Erzstift für seinen Prinzen August. Wenn Christian Wilhelm auf die Stadt Magdeburg hoffte, so stand entgegen, daß diese ihm niemals gehuldigt hatte, also auch bei normalen Verhältnissen kaum genügt sein konnte, für ihn eine Gefahr auf sich zu nehmen.

Im December 1629 zeichnete der Schwedenkönig ein Schreiben zur Empfehlung des Markgrafen an die Stadt Magdeburg und übergab es ihm.<sup>2</sup> Christian Wilhelm verblieb jedoch in Schweden noch bis im Februar. Er gedachte noch von dort aus einen Versuch zu machen. Von Holzing aus wollte er die Stadt Magdeburg um ein Darlehen von mindestens 150,000 Rthlrn. ersuchen.<sup>3</sup> Es war ein Unglück für die Stadt, daß die Werkzeuge Christian Wilhelms sich kläger bewiesen als er, und das Gefuch nicht vordrangen. Es hätte von vorn herein die Magdeburger sehr gemacht, ihm dagegen den Weg verbaut. Die Dinge wandten sich günstiger für ihn ohne sein Zutun.

Im Februar begab sich Christian Wilhelm erst nach Rügen, von da nach Hamburg. Dort vernahm er die Nachricht von der Wendung der Dinge in Magdeburg, und zwar aus sicherster Hand. Schneidewitz, eben derselbe Mann, der vier Jahre zuvor mit Christian Wilhelm und Johann Ernst von Weimar das Einverständnis gehabt, ihnen die Stadt zu überliefern, und der nun als das intellektuelle Haupt der Dingeantbrüder die Dinge dahin geführt, wo sie standen — schickte an Christian Wilhelm den Heinrich Höppling, nicht bloß um das Geschehene zu berichten, sondern auch, um den weiteren Plan darzulegen.<sup>4</sup>

Es scheint, daß damals Christian Wilhelm seiner Wünsche und Hoffnungen nicht Maß noch Ziel gekannt habe. Er entwarf,<sup>5</sup> im April, dem Schwedenkönige einen umfassenden Plan der Aufstellung von nicht weniger als fünf Armeen. Die eine, von 30,000 Mann, wollte er selber durch Pommern und Mecklenburg an die Elbe führen usw. Die fünfte Armee von 18,000 Mann mit 30 Kriegsschiffen hatte er dem Schwedenkönige zugebach, und zwar zum Zwecke der Landung an der spanischen Küste.

<sup>1</sup> Ehrenh. 74.

<sup>2</sup> Abdruckt bei G. Drögen, Schriftstücke 180.

<sup>3</sup> Hoffmann III, 20. n. 1.

<sup>4</sup> Relation 422. Hoffmann-Quelle 18.

<sup>5</sup> Archiv I, XXIV.

Die Partei Christian Wilhelms im Rathe zu Magdeburg wußte die Sache praktischher anzufangen. Es traf sich, daß eben damals ein Rat, sich ein Anlaß zu einer Sendung darböt.

Ein ehemaliger Exerdt der Stadt, Augustus Werdenhagen, damals in Gauden wohnhaft, hatte sich etlichen Mittel und Wege vorgeschlagen, wie der Handel mit den Niederlanden gehoben werden könnt. Er bestimmte Bremen zum Orte der Betrachung. Der Vorschlag erschien der Bürgerchaft sehr annehmlich. Der Rath erwählte eine Deputation, deren Mitglieder zum Theile von Predigern empfohlen waren.<sup>1</sup> Pöpping, der von der ersten Reise zurückgekehrt war, begleitete<sup>2</sup> diese Deputation hinunter nach Hamburg. Dort trat er in den Dienst des Markgrafen Christian Wilhelm. Die Deputation bezog sich nach Bremen. Ihre Instruction lautete, daß wenn sie Werdenhagen zu Bremen nicht tröfen, sie weiter keine Kosten daran wagen, sondern heimkehren sollten. Sie fanden Werdenhagen nicht in Bremen. Er war in Hamburg. Die Magdeburger Deputirten beschloffen unter sich, ihm dahin nachzuverreisen. So nahe hier der Verdacht liegen konnte, daß Werdenhagen planmäßig sie dahin gelockt: so ist doch gegen diesen Mann der Verdacht ungegründet. Werdenhagen warnte sogar in Hamburg die Deputirten seiner Vaterstadt vor jeglichem Zwiasse mit Christian Wilhelm. Schon früher waren ähnliche Warnungen von Holland aus nach Magdeburg gekommen; denn dort, in der bewegten kaufmännischen Welt, wußte man neue Pläne der Erhaltung, des Krieges und des Friedens immer zuerst. Die Warnungen Werdenhagens indessen wurden nicht zu Horen genommen. Die Magdeburger verkehrten mit dem Markgrafen. Er lud sie ein. Doch war dabei unter diesen Magdeburgern selbst wieder ein großer Unterschied. Nur Einer von ihnen, Conrad Werhelt, aus dem Anhaltischen gebürtig, Kalvinist, wurde von Christian Wilhelm und Pöpping eines besondern Vertrauens gewürdigt. Die Anderen wußten nur zu sagen, daß sie sich allparausmen bei dem Markgrafen einen guten Mosch getrauten, und daß viele geschwe Zwiaschensprache gewiesen, die sie nicht verstanden hätten.<sup>3</sup>

Als sie sich zur Heimkehr anbaheten, gab der Markgraf ihnen den Heinrich Pöpping mit. Damit derselbe seiner Schulden wegen zu Magdeburg nicht eingekerkert würde, verschaffte er sich zuvor die Bestätigung eines

<sup>1</sup> Relation 433. <sup>2</sup> Hermann-Quere 14. Die R. stellt die Sache als abgeklart dar, nicht G. <sup>3</sup> Relation 433. <sup>4</sup> Hermann-Quere 15.

schwedischen Proviantmeistern. Die Deputierten legten dem Rathe Bericht ab über ihre Verhandlungen mit Werdenhagen wegen des Abzuges von Dort nach Holland. Zu einem Verstehe mit dem Markgrafen waren sie nicht beauftragt gewesen. Darum erwähnten sie dem Rathe gegenüber nichts von dem, was mit diesem vorgefallen.<sup>1</sup>

Denn obwohl dieser neue Rath emporgehoben war durch die Dankschreiber, und zu nicht geringem Theile ihnen zugehört: so waren doch auch diese selber nicht alle Wissende. Ja nach dem Verlaufe der Dinge scheint es, daß der conservative Zug, der auf den Rathshäusern der deutschen Städte zu wehen pflegte, auch selbst diesen neuen Rath angehaucht habe. Ein großer Theil der Mitglieder desselben, eingedenk der letzten Mahnung der hankischen Deputation, hatte nicht die Absicht, sich in weitere Neuerungen einzulassen.

Böpping als der Agent Christian Wilhelm, wogte lange nicht, sich direct an den Rath zu wenden. Er hatte zwei Schreiben bei sich, das eine jene Empfehlung für Christian Wilhelm von dem Schwedenkönige, das andere von Christian Wilhelm selber. Mit diesen Briefen eilte er geschäftig umher, bei diesem und bei jenem, ohne Wissen des Rathes.<sup>2</sup> Die eigentlich Wissenden hatten sich durch eine besondere Zusage unter einander zum Schweigen verbunden. Böpping arbeitete rastlos, bis er zwei Bürgermeister, sieben Rathsherren, fünf Prediger, in Allem nahe an dreißig Personen für seine Sache gewonnen hatte.

Nachdem erst, nachdem er drei Wochen im Stillen gewirkt, brachte sein heftig Drängen in den schwankenden Bürgermeister Brauns diesen dahin, ihn vor dem versammelten Rathe zuzulassen. Böpping überreichte jene zwei versiegelte Schreiben. Bei der Wichtigkeit der Sache hat er vor allen Dingen um die Zusage des Schwergem. Dann trat er ab.

Es handelte sich im Rathe um die principielle Frage, ob man sich auf die Sache überhaupt so weit einlassen sollte, die Schriftstücke zu verlesen.<sup>3</sup> Vor Anderen traten die beiden Rathsherren Conrad Herbold und Gospar Gumbel dafür ein. „Jezt!“ sagten sie, „stünden der Stadt solche gute Mittel bevor, durch welche sie und das ganze Christth aller Kriegsheiden entzogen und besonders wegen der Religion gesichert sein könnten. Und weil Gott durch den König von Schweden und den Administrator seiner Kirche die Rettung zusenden wolle, würde sich auch

<sup>1</sup> A. a. O. 16.    <sup>2</sup> Hoffmann-Wacht 20. Relation 433.

<sup>3</sup> Wüth-Wacht 21\*.

Keiner der Zusage des Stillischweigens entziehen dürfen: er wolle denn solche Rettung nicht annehmen, lieber es mit dem papistischen Ganzen halten und vom Gottes Wort abtreten." — „Und was sie," sagt Guericke hinzu, „dergleichen Worte, sowohl zu diesem als anderen Malen mehr geführt, so alles zu schreiben viel zu langwierig."

Als fragte sich also, ob sich in diesem neuen Rathe ein Mann von Kraft und Muth fand, der es wagte, principieel jegliches Eingehen abzulehnen. Wir haben zu bemerken, wie Guericke, ungeachtet seiner vorangedeuteten Kritik, sich selber und seine Mitgenossen rühmet.

„Dennach aber auch in Betracht, was für Beschwerden und Klagen seither ungenügend über Viele in der Stadt geführt, die gut kaiserlich sein und es mit der papistischen Seite halten sollten, und wie bald Dieser, bald Jener in solchen Verdacht gerathen — hat sich Niemand aus dem Rathe (obgleich sie wenig Sinnes und Muthes zu solchem des Pöppung Andringen gehabt) dessen weigern dürfen, daß er des Administrators J. Gn. Ansuchen und Vorschläge nicht einmal anhören und auch nicht die Verschwiegenheit angeloben wollte, zumal da ja auch durch Verschwiegenheit nichts geschlossen, noch viel weniger etwas zum Guten oder Bösen der Stadt bewirkt werden könne. Daher hat der Rath insgesamt das Silentium unter sich zu versprechen und zuzusagen nicht umgehen können."

So kam dieser Rath hinweg über die schwere Thatfache, daß schon das freiwillige Anhören der Worte eines fremden Potentaten und eines der Helonie schuldigen einheimischen Fürsten, den Hochverrath an Kaiser und Reich in sich schloß.

Am folgenden Tage erschien Pöpping wieder vor dem Rathe. Er überreichte seine Instruction, die mit dem zwei Briefen versehen wurde. Der Schwedenkönig kündigt in seinem Schreiben<sup>1</sup> an, daß er von dem Administrator rest genau erfahren, wie schwer und ger bis zum völligen Untergange die evangelische Religion und die Freiheit der Deutschen bedroht werde. Zur Abwehr dessen sei ein allgemeines Bündnis erforderlich. Er berichtet weiter, was am Unrecht von kaiserlicher Seite auch ihm widerfahren. Endlich empfiehlt er der Stadt den Markgrafen. Eine directe Aufforderung zum Bunde mit ihm selber sprach Gustav Adolf nicht aus. — Das Schreiben des Markgrafen war ein Creditiv für

Böpping, hienach auf dessen Instruction.<sup>1</sup> Diese sagte, daß der Markgraf mit Hilfe des Schwedenkönigs eine Armee im Erzstifte errichten wolle, um Land und Leute bei Religion und Freiheit zu schützen, und zu diesem Zwecke die Stadt um die Aufnahme einiges Kriegsvolkes ersuche. Er versprach, die Stadt durch das Landvolk besser besetzen zu lassen, so wie alle Streitigkeiten mit dem Domcapitel zu schlichten. „Es solle alles auf Ihrer J. W. eigene Kosten geschehen.“

Darüber ward im Rathe hin und her geredet, zu wiederholten Malen. Die Wortführer für den Antrag des Markgrafen waren wie zuvor Caspar Stenbeck und Conrad Gerhold, über deren Festigkeit und Muthsthum Andere sich beschwerten.<sup>2</sup> Böpping rügte wie zuvor von einem Rathsherrn zum anderen, und hat: „daß sich der Rath ja bald erklären und das Werk nicht ausschlagen möchte, hienachmal auf solcher Langwierigkeit und Verzögerung sowohl der Stadt als Ihrer J. W. Schaden und Verderb betruhen werde.“

Nach langen Verhandlungen beschloß der Rath einen Ausschuß zur Prüfung niederzusetzen. Es fanden sich darin Fürsprecher des Vorschlages wie Conrad Gerhold, und Gegner wie Dr. Jacob Almann zusammen. Das Gutachten<sup>3</sup> des letzteren lautet: dahin, daß der Vorschlag einer Verbindung mit Christian Wilhelm auf ungegründeten Einbildungen beruhe, das Eingehen darauf eine Unbedachtsamkeit sein würde, die eben so bald zum Ruin wie zur Erhaltung der Stadt, der Religion und Freiheit führen könne. — Das Gutachten erhielt die Mehrheit der Stimmen. Jedoch fand man die mildere Form der Ablehnung, dem Administrator die Antwort zu geben: ein ehrbarer Rath habe die Sache auf das Rathsrathen der Hansestädte gestellt.<sup>4</sup>

Der Versuch der unmerken Namen, aber rühmigen Partei, zu vermeintlich eigenem Nutzen die Stadt Magdeburg durch den Rath selber in die Falle eines fremden Bündnisses zu locken, war für dies Mal mißlungen, im Anfange Juli.

### B. Die Generalstaaten, Illyr. Wallenstein.

Die Holländer hatten, wie bereits angedeutet, ihre Erfolge von 1629 nicht auf die Ausnahme von Wesel und Hertogenbosch beschränkt.

<sup>1</sup> Hoffmann-Guerlich 21      <sup>2</sup> H. a. O. 23.      <sup>3</sup> Relation 499.

<sup>4</sup> Hoffmann-Guerlich 22

Nachdem das Hülfscorps, welches Wallenstein in die Schlacht geschickt, den wenig ehrenhaften Auszug angetreten, drängten die Holländer nach und besetzten eine Reihe von Orten innerhalb des Reichs im Bergischen und Märkischen. Eine holländische Aufstellung ergab, daß sie vom 26. October an bis zum Schluß des Jahres den Kaiserlichen und Spaniern siebenundzwanzig Ortschaften abgenommen, die meisten derselben besetzt mit 30 oder 60 Mann, andere stärker, andere gar nicht. Unter diesen Orten waren Elberfeld, Solingen, Herlode u. a.<sup>1</sup> Von holländischer Seite ward angegeben, daß man dort spanische Truppen, oder die ihnen zur Hülfe geschickten Wallenstein'ser angetroffen habe.

In der Republik ward lebhaft die Frage erwohnen, ob nicht, wie der Schwabensieger wünschte,<sup>2</sup> nunmehr die Zeit gekommen sei, offen mit dem Kaiser zu brechen. Aber die Hochmögenden wußten aus den Berichten ihres Residenten Joppus von Agram in Hamburg, daß Tilly, der in Stade weilte, eifriglich dahin trachtete, seine Kriegsherrn zu dem Bruch mit der Republik zu bewegen.<sup>3</sup> In der That meldete der Kurfürst Maximilian damals den Mitgliedern der Liga nach wie vor dringende Tilly auf den offenen Bruch mit den Generalstaaten. Demgemäßer beschloß dann der Ligatag in Wergentheim, bei der Neutralität zu verharren. In der Thatheit war es ja eine Neutralität nur in Worten, von welcher die unablässig übergriffenden Holländer den größten Vortheil zogen. Dazu lauteten die Berichte Agram's über Wallenstein, wie der Fortgang der Dinge bestätigen wird, ganz anders<sup>4</sup> als diejenigen über Tilly. In Erwägung alles dessen beschloß die Mehrheit in den Generalstaaten an dem Namen der Neutralität festzuhalten, und zum Zweck der Befestigung einer Besendung zu thun, jedoch, um ein Verwickeln darüber zu vermeiden,<sup>5</sup> nicht an den Kaiser, sondern an Tilly und an Wallenstein. Der letztere gab selbst dazu den Anlaß. Schon früher (S. 69) ist im Anlaß des Scheiterns des Neutralitäts-Planes zur Sprache gekommen, daß im Herbst 1629 der holländische Gesandte Joppus von Agram sich von Hamburg aus nach dem Haag begab, um dort die Vorschläge Wallenstein's vorzubringen. Demgemäß erschien Agram als der geeignete Verbindungslink zur Ausführung dieser Besandtschaft. Er erhielt den Auftrag, sich zu beiden Feldherren zu begeben, ihnen alle nachstehenden Meinungen über die Hochmögenden zu bezeichnen,

<sup>1</sup> Kroyß etc. 227.<sup>2</sup> Agram III, 28.<sup>3</sup> Agram II, 923.<sup>4</sup> Agram III, 28.<sup>5</sup> A. a. O. Doch zouden al te veel praets hebben



He dagegen von dem aufrichtigen Absichten und dem guten Willen derselben zu überzeugen.

Argemont trat zuerst vor Tilly, im Beginn März.<sup>1</sup> Diesen General gegenüber enthielt die Instruction<sup>2</sup> geradezu die Beschwerde: die Generalstaaten und der Prinz von Oranien haben vernommen, daß der General den Versammlern der Republik Glauben schenke, und darauf hin bei den Häuptern der Liga die Republik verdächtig und verhaßt mache, um, wenn es möglich wäre, die Waffen derselben gegen die Republik zu wenden. — Auf diese und ähnliche Reden des Holländers antwortete Tilly<sup>3</sup>: die Neutralität von Seiten der Generalstaaten besteht in Worten, nicht in Werken. Die Übergriffe der holländischen Truppen auf den Boden des Reiches seien maßlos. Dazu ruhe jeder Unzufriedene im Reich seinen Blick nach dem Haag. Er merkte: man möge die große Geduld der katholischen Reichskände nicht allzu sehr missbrauchen. Dem Könige von Schweden hätten die Generalstaaten die hohen Feste in der Villa und vor Danzig nachgesehen, damit er dadurch die Mittel zum Angriffe auf das Reich erlange. — Vergeblich versuchte der Holländer, dem Feldherrn diese Meinung auszusprechen. Beim demüthigt zu Regensburg, berichtet der Gesandte, der Kaiser und die Kurfürsten den Krieg gegen die Generalstaaten beschließen so würde das dem General und seinen Officieren nicht unlieb sein. — Nach solchen Reden schied Argemont. In seinem Berichte dagegen hob er hervor, daß er bei Tilly sehr freundlich aufgenommen und mit besonderen Ehren entlassen sei.<sup>4</sup> Der General ließ dem Gesandten durch hohe Officiere bis eine Stunde weit außerhalb der Stadt Stube des Geleite geben.

Joppius von Argemont setzte seine Reise über Halberstadt, Wittenberg, Dresden fort nach Böhmen, wo Wallenstein in Witschin wartete. Und damit gelangen wir dahin, das schon früher im Anlaß des Planes der Kontraktat berührte Verhalten Wallensteins bestimmter darzulegen.

Kurz zuvor hatte Wallenstein in einem Schreiben an die Infantin in Brüssel, vom 24. Januar 1630, sich für einen allgemeinen Krieg gegen die Republik ausgesprochen.<sup>5</sup> Darin meißelte er, daß man

<sup>1</sup> A. a. O. 31.

<sup>2</sup> Vreede, Inleiding I. Bylagen III, 68.

<sup>3</sup> Akten III, 31.      <sup>4</sup> A. a. O. 32.

<sup>5</sup> Correspondance de Wallenstein, Tilly, Pappenheim.

von Brüssel aus Waffenstillstand oder Frieden mit den Holländern habe. Beider sei doch ein gutes Einverständnis mit dem Kaiser und damit ein gemeinsamer Angriff auf die Holländer. „Dazu“ schreibt er „würde ich gern mittheilen nach meinen Kräften.“ Jedoch fügt er hinzu, daß zuvor ein Friede in Italien abgeschlossen werden müsse. Wenn dies geschehe, so gebe er sein Wort, mit 30 bis 40,000 Mann in Friesland einzutreten, und sich darum zu bemühen, daß der Kaiser die Holländer in die Knechtschaft erkläre. Die Liga werde dann mittheilen, und über alles dies der demnächstige Kurierkistentag in Regensburg entscheiden. Er stehe in Correspondenz mit Christian IV. von Dänemark, und bemühe sich, diesen König ganz und gar auf die Seite des Kaisers zu ziehen. Die Infantin möge nur den Stillstand mit den Holländern nicht beschleunigen; denn es sei begründete Aussicht da, die ganze Kraft des Reichs gegen die Holländer zu wenden.

So Wallenstein am 24. Januar. Am 23. Februar vernimmt er, daß die Holländer ihm den Joppin von Algema zusenden, um wegen der Neutralität zu trochieren.<sup>1</sup> Indem er es Collalto meldet, wiederholt er die Ansicht, daß, wenn die Strecksacke in Italien brigelegt werden könne, man es nicht unterlassen möge. „Denn viel mehr Nutzen kann beiden Majestäten geschehen, wenn man die Waffen gegen die Holländer wenden wird.“ — Er hätte gewünscht, sagt er weiter, daß von Brüssel der Jemand zu ihm geschickt werde, dem er alles mittheilen könnte. Daran sei nicht wenig gelegen; aber bisher sei Niemand gekommen.

Am 12. März traf der Holländer in Gitschen ein.<sup>2</sup> Auf die Meldung ließ Wallenstein ihn sofort durch den Oberstaatsrath Grafen Taxis und einen seiner Räte in den Palast laden, und dort sehr stattlich logieren. Am nächsten Morgen erschien bei dem Gesandten einer der Räte, um die Creditive in Empfang zu nehmen. Gleich hernach sah Algema den General, angethan mit dem Orden des goldenen Vlieses, zur Kirche fahren. Das erschien ihm auffällig und bedenklich.

Nach der Rückkehr von der Kirche schickte Wallenstein denselben Rath mit den Creditiven wieder zu Algema. Er habe sie gelesen, ließ er sagen, und mit Bekannten gesehen, daß darin weder die Hochmögenden noch der Prinz von Oranien ihm den gebührenden Titel des Herzogs

<sup>1</sup> Ottomach 211.

<sup>2</sup> Algema III, 24.

von Mecklenburg gegeben, den der Kaiser ihm verleihe und den alle Reichsfürsten anerkennen. Derartige Schreiben werde er in Zukunft nicht wieder annehmen. Er müsse den Kangel als eine Heringsköpung ansehen, und hoffe hiernächst Gelegenheit zu haben, an den Grenzen der Ost- und Provinzen seinen Verdruß darüber fühlen zu lassen. — Der Gesandte wandte zur Entschuldigung ein, daß die Häupter der Republik der inneren Vorgänge im Innern weniger kundig, auch mehr mit militärischen Angelegenheiten beschäftigt seien als mit denen des Ceremoniells. Der Herzog als ein weiser Fürst werde mehr Gewicht auf die gute Absicht dieser Befehle legen als auf einen Mangel in Formalien.

Zur bestimmten Stunde Nachmittags drei Uhr, ließ der Herzog durch ein Comité den Gesandten zur Audienz holen. Bei Befriedigung nahm dann Aghema wahr, daß Wallenstein ihm in seiner gewöhnlichen Militärkleidung entgegen trat, ohne den Orden des goldenen Vlieses. Das spanische Ehrenzeichen passte freilich sehr wenig zu der dann folgenden Unterredung der zwei Personen unter sich allein. Wir haben zur Beleuchtung derselben die Instruction<sup>1</sup> Aghemas ins Auge zu fassen.

Im Eingange jagen die Generalstaaten und der Prinz von Oranien, daß ihnen nichts lieber gewesen sei als aus dem Berichte des Gesandten vom 1. November, so wie den früheren, zu vernehmen, wie große Neigung Wallenstein für eine gute und aufrichtige Neutralität mit der Republik bezeige, und nicht wünsche mit derselben in Mistrouten zu gerathen, sondern sie in ein gutes Einverständnis mit dem Kaiser zu bringen. Der Gesandte soll darauf antworten, daß die Hochwörenden und der Prinz von Oranien immer sorgfältig gearbeitet haben, in guter Neutralität mit dem römischen Reiche zu stehen und zu bleiben.

Der Widerspruch, in welchem dieser Eingang zu den Äußerungen Wallensteins nach Brüssel und sonst, so wie zu seinem Verhalten vor seiner eigenen Umgebung steht, ist augenfällig.

Die Instruction weist weiter den Gesandten an, über alle die einzelnen Fälle Rede zu setzen, in denen man den Generalstaaten unrechtmäßige Einmischung in das Reich vorwerfe, namentlich im Verreß Ostfranklands. Darüber hatte Tilly wiederholt den Hochwörenden seine Meinung ausgesprochen. Sie waren ihm daher sehr abgeneigt. Ein besonderer Punct der Instruction hieß dem Aghema vor: er solle in

<sup>1</sup> Abgedruckt bei Vreede, Inledning I. Bylage XVIII. p. 94.

allem was er zu dem Zwecke vorzubringen wisse, das Mißtrauen zwischen den beiden Generalen zu schüren suchen.<sup>1</sup>

Die Hauptfache aber war den Generalstaaten die Freundschaft mit Wassenstein. Immer stärker werden in der Instruction die Ausdrücke, welche dargethan, daß das Angebot der Freundschaft von Wassenstein ausgegangen ist, daß die Holländer es annehmen. Es kommt also darauf an, wodurch die Freundschaft sich betheiligen soll.

Der Gesandte soll „zu versetzen geben, daß, nach den Berichten, die er über die unparteiische Befinnung des Generals und die Zuneigung desselben für den Prinzen von Oranien abgehört, die Hochwägenden annehmen, daß alles was hierzuvor geschehen“ — also, wie es scheint, der Clamarisch in die Welt — „nicht aus einer Abneigung Sr. J. Gn. selber entsprungen sey, sondern dergleichen, die mit bösen und falschen Berichten die Republik in Verdacht gebracht und der spanischen Faction und Tyrannie gedient haben. Und weiter nehmen sie an, daß die Erklärung, die S. J. G. gethan, mit dem Könige von Spanien keine Gemeinschaft in Betreff der Offsee zu begehren, in guter Treue gemeint werde, so daß also S. J. G. nicht gestatten, daß in Ihren Ländern oder denen, die unter Ihrem Commando stehen, zum Nachtheile und zur Verhinderung des Handels der Republik, durch den König von Spanien oder dessen Anhänger, eine Admiralität errichtet, Schiffe ausgerüstet oder in die Häfen zugelassen werden, die den Zweck haben könnten, die Offsee oder andere Seen und Ströme zum Nachtheile und Schaden der Republik anzußer zu machen.“

„In dieser Beziehung haben die Hochwägenden und der Prinz von Oranien gern vernommen, welche Dextertät Sr. J. Gnaden angewendet, die Neutralität zumache zu machen, die der König von Spanien lediglich zum Verderben der öffentlichen Fabel dieser Länder an der Offsee angefangen hat.“

„In Anbetracht dessen und insofern der Gesandte das Versprechen einer unverbrüchlichen Neutralität zu Wasser und zu Lande erhalten kann, soll auch er im Namen der Generalstaaten und des Prinzen von Oranien versichern, daß man nichts Anderes im Auge haben werde, als was zum Dienste und zur Zufriedenheit Sr. J. Gn. und Dero Land und Leuten gereiche.“

<sup>1</sup> H. v. O. 97. Sal noch op dat subject ende anderen, die hy sal weten voortbrengen, vanden de dissidentie ende misantelligentie, die insamen by de dese Generaals n.

Diese erste Audienz dauerte zwei Stunden. Beim Hervortreten konnte Argemba an der Haltung der im Vorzimmer herrschenden Officiere und Hofbeamten bemerken, daß die vorher stadtthündigen Gerichte von der jörnigen Stimmung des Herzogs wider ihn inzwischen sich gelegt haben mußten.<sup>1</sup>

Und doch ahnte vielleicht Niemand von diesen Persönlichkeiten, was alles gemäß der Instruction des Gesandten da zur Sprache gekommen sein mochte. Daß ein Mann, der seinen pomphaften Admiralstitel auch da noch sowohl selber führte als von Andern beanspruchte, von dem Dürer einer fremden, in dieser Beziehung geradezu feindlichen Macht, die Schmach des Lobes auf sich genommen hatte, die Sache selber zu Grunde gerichtet zu haben — dieser Gedanke kam wohl nicht in die Seele der dort anwesenden Personen.

Und eben so wenig stieg er auf in der Hofburg in Wien. Unter jenen verschiedenen Peten, die damals Wallenstein an den Kaiser bringen ließ, befand sich auch die folgende: „die Sache des Joppens ihm allein zu remittieren, mit Befehl darüber Nachforschung anzustellen und sodann Erw. L. M. zu berichten.“<sup>2</sup> Die Bitte war eine Burgschaft der Sicherheit gegen jegliche Entdeckung der Beziehungen Wallensteins zu den Generalstaaten. Wie im Jahre 1628 weder bei dem Kaiser, noch bei Philipp IV. von Spanien irgendwelche Kunde wahrzunehmen ist, warum der großartige Seeplan ins Stocken gerathen war, so auch nicht nach dieser Sendung Argemba im Jahre 1630. Die Sache blieb so stillig geheim, daß selbst im Jahre 1634, wo endlich auch vor den Augen in Wien der Nebel geriß, den Wallenstein um sich gebreitet, und wo man dann in einem „Ausführlichen und Gründlichen Berichte“ alle Anklagen wider ihn zusammen stellte — in diesem Berichte sich weder von den Beziehungen Wallensteins zu den Generalstaaten überhaupt noch insbesondere der Verrathung des großen Seeplans von 1628 eine Andeutung findet.

Damals selbst entsprach es nicht dem Interesse, weder Wallenstein, noch des Kaisers, noch der mitwissenden Generalstaaten, daß eine solche Kunde sich verbreite. Unter den Zeitgenossen gibt allen<sup>3</sup> der

<sup>1</sup> Argemba III. 33.    <sup>2</sup> Reichsprot. S. 87. Nicht darauf. Vgl. oben S. 338.

<sup>3</sup> So ist aus dem Bericht, in Argemba III, 34, über die Sendung seines Lieutenants Joppens an Wallenstein, nicht zu ersehen, daß der Rest viele Instructionen des Oberfelds gekannt habe.

kaiserliche Gesandte in Madrid, der Graf Rhevenhiller in seinen Annalen die Nachricht,<sup>1</sup> die wir (oben S. 66) vernommen haben. Aber das Werk von Rhevenhiller wurde erst um hundert Jahre später gedruckt. In den Geschichtsbüchern des siebenzehnten Jahrhunderts findet sich keine Spur einer Kunde des schändlichen Handels, der den spanisch-kaiserlichen Flottenplan gänzlich machte. Im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert fand jene Nachricht der Rhevenhiller veremzelt, ohne Stütze. Erst die Instruction vom Januar 1680, für Joppius von Nizema, die im Jahre 1856 ans Licht getreten ist,<sup>2</sup> gewährt, wie sie der Nachricht Rhevenhillers die Bestätigung verleiht, damit zugleich den urkundlichen Nachweis, wie die dem Kaiser und dem Könige von Spanien feindliche Macht der Generalstaaten das Verfabren Balkensteins mit Doms und Freude anerkannte.

In der nächsten Zusammenkunft sprach Wallenstein dem Holländer sein Misvergnügen aus über den Krieg in Italien. Er wolle dahin und sein Haupt nicht eher zur Ruhe legen, bis Friede sei. Dann jedoch erging er sich auch, ungeachtet der freundlichen Instruction des Holländers, in der ihm eigenthümlichen Nebenwelle gegen die Generalstaaten. Obwohl sie, sagte er klug und vorsichtig, so wisse er doch, wohin sie wollten. Man möge nur aufrichtig sein. Er habe noch 50,000 Mann anwerben müssen: der Kaiser habe jetzt 170,000 Mann unter den Waffen. Man wisse auch wohl, wie den Niederlanden beizukommen sei.<sup>3</sup> — Der Holländer dagegen suchte ihn persönlich zu fassen. Er wies darauf hin, daß der Plan bestehe, für den Erzherzog Leopold Wilhelm einen Administrator in die Stifter Regensburg und Halberstadt zu senden und dadurch mittelbar Wallenstein die besten Vorrathskammern zu nehmen. Nizema bemerkte, daß bei diesen Worten Wallenstein die Hand an den Degen legte. Der Holländer wies ihn ferner hin auf seine Stellung zu der Liga. Er wisse, sagte er, was umher auf dem Tage in Regensburg verhandelt worden sei. Wallenstein wechselte die Farbe. Dann jedoch sagte er: die Häupter der Liga und besonders der Kurfürst von Bayern seien wahrhafte Freunde des Kaisers. Dessen werde der bevorstehende Collegialtag zu Regensburg gutes Zeugnis geben.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Rhevenhiller XI, 146.

<sup>2</sup> Es ist bei dem Herausgeber Vreede, Inleiding I, 182 nicht ersichtlich, daß er selber sich über die Wichtigkeit dieses archaischen Fundes klar gewesen ist.

<sup>3</sup> Nizema III, 36.      <sup>4</sup> H. a. O. 37.

Nach verschiedenen Unterredungen sagte Nigema die Meinung Wallensteins von sich selber zusammen in die Worte<sup>1</sup>: „Ich bin nun auch ein Fürst des Reiches, und daher nicht bloß verpflichtet, sondern auch dabei interessiert, die Rechte, Freiheiten und Privilegien des Reiches zu erhalten. Demgemäß muß und will ich eben so sehr wie Andere Sorge dafür tragen, daß der Kaiser oder das Haus Oesterreich nicht zum absoluten Dominante im Reiche gelange, und die Kaiserkrone im Hause Oesterreich erblich mache. Ich werde eben so sorgfältig wie irgend Jemand über die deutsche Freiheit wachen, und zu diesem Zwecke mit den Vereinigten-Provinzen, jedenfalls mit dem Prinzen von Oranien, alle gute Correspondenz unterhalten.“

Was immer Wallenstein sich bei solchen Worten gedacht haben mag: eine Besorgniß, daß seine Stellung von Grund aus gefährdet sein könnte, Mißt daraus nicht hervor. — Seine Erklärung auf die Anträge des Gesandten sagte er dahin<sup>2</sup>: er sei sehr geneigt den Hochmögenden und dem Prinzen von Oranien zu willfahren, könne jedoch den Truppen ohne Befehl des Kaisers nicht einen Wegebefehl geben. Daher sei er Willens, dem Kaiser in der günstigsten Weise darüber zu berichten. Wenn dann, dem Vermuthen nach, der Kaiser ohne Besprechung mit den Kurfürsten zu Regensburg seinen Entschluß fassen wolle, und er selber, Wallenstein, so wie auch Tilly, dahin sich begeben, so wolle er zu Gunsten der gemachten Anträge alle guten Dienste aufwenden.

Ob von dieser Antwort, die Wallenstein, im März, dem holländischen Gesandten Johann von Nigema gab, der Kaiser eine Kunde erhalten haben könne, ist zu beurtheilen aus der Instruction, mit welcher der Kaiser, am 6 April, den Abt Anton von Kremsmünster an den Kurfürsten Maximilian von Bayern entsandte.<sup>3</sup> Sie lautet: „In Betreff der Holländer begehren wir allem, Mittel an die Hand zu nehmen, wie ihnen als Urhebern und Anstörern aller Unruhen und verderblichen Kriege im Reiche nothwendiger Widerstand zu thun, ihr Übermuth zu etwas gebändiget und die von ihnen dem Reiche mit Gewalt entzogenen Land und Leute wieder herzugebracht werden können.“

So zufrieden die Hochmögenden mit der Antwort Wallensteins an Nigema sein mochten, so erschien doch diejenige Tillys ihnen bedenklich.

<sup>1</sup> N. a. O. 26 Ich setze die Worte in directe Rede um.

<sup>2</sup> N. a. O. 36 <sup>3</sup> Reichstagsacten von 1630.

Mit Berufung darauf entsandeten sie, zu Anfang April, Bosbergen nach Bonn an den Kurfürsten Ferdinand, der, wie ihnen aus langer Erfahrung wohl bekannt, unter den Häuptern der Liga immer gegen den offenen Krieg mit den Holländern gestimmt hatte. Bosbergen verlangte eine bestimmte Erklärung.<sup>1</sup> In ausführlichen Schriftstücken wurden beiderseitig abermals die Beschwerden erörtert. Der Holländer vertheidigte die letzten zahlreichen Übergriffe auf dem Bergischen und Märkischen Gebiete durch den Haussch auf den Grenzortsch in die Betuwe und die Begünstigungen für die spanischen Truppen überhaupt. Der Kurfürst Ferdinand gab wiederholt die Antwort, daß er als ein Glied der Liga nicht bevollmächtigt sei, im Namen des ganzen Bundes zu reden.<sup>2</sup>

Kigema hatte in der That die Antworten Tillös richtig aufgefaßt. Nachdem jener Wunsch verlassen, erging, im Anfange April, von Wallenstein an Tillö und an Pappenheim die Meldung, daß er gegründete Hoffnung habe in Italien den Frieden hergestellt zu sehen.<sup>3</sup> Sofort erwidert Tillö: wenn das geschieht, so wäre es zu wünschen und in alle Wege gut und heilsam, daß die Waffen wider die bödgesinnten, zur Aufregung unner derviten Generalstaaten gesetzt würden. „Denn andern,“ also wiederholt Tillö seinen alten Gedanken, „ist auf einen beständigen Frieden im Reiche nimmer zu hoffen.“ Pappenheim geht in seinen Hoffnungen weiter. Er wach, meint er, daß nach Herstellung des Friedens in Italien Wallenstein Gemüth um so mehr gegen die Niederländer erregt sein werde. Pappenheim hat bereits einen Feldzugsplan entworfen. Er hat Mittel gefunden, meint er, daß binnen Jahresfrist die Holländer bezwungen und zum Gehorsam gebracht werden können. Ihre Macht zu Wasser und zu Lande werde es nicht hindern, wenn nur Wallenstein befehle.

Die Worte sind ein abermaliger Beweis, wie wenig diejenigen, welche Wallenstein genau zu kennen meinten, wie sehr ja Pappenheim eben damals dem Kurfürsten von Bayern gegenüber behauptet hatte, wo das Kadetath seiner Gedanken hinein schauten. Wallenstein hatte seinen Vertrauten. In diesem besondern Falle wußten nur die Generalstaaten, daß sie, was immer der Kaiser wollen mochte, so lange sie den persönlichen Interessen Wallensteins nicht entgegen traten, vor den kaiserlichen Truppen unter seiner Führung sich sicher fühlen durften.

<sup>1</sup> Akten III, 66.    <sup>2</sup> H. a. C. 58.

<sup>3</sup> Föcher, Wallenstein als Feldherr III, 436.



Andererseits wählten die Generalstaaten aus der Erfahrung langer Jahre, die noch so eben wieder durch das Ergebnis der Sendung Boudergens an den Kurfürsten Ferdinand von Köln bestätigt wurde, daß die Häupter der Liga, trotz der Mahnungen ihres Feldherren, vor einem offenen Kriege gegen die Republik zurückzusehen.

Dagegen ward eben damals von Seiten der Infantin in Brüssel der Wunsch laut, Tilly veridlich gegen die Generalstaaten zu verwenden. Diese Fürstin verhehlte sich nicht, daß nach den Erfolgen der Holländer im Jahre zuvor die Aussicht auf ein friedliches Abkommen noch mehr schwande, und daß sie daher genöthigt sein werde, abermals zu rüsten. Aber Philipp IV. hatte den Feldherren Ambrosius Spinola nach Italien entsendet. Sie richtete daher an den Kaiser und an den Kurfürsten Maximilian die Bitte, daß Tilly die Ausführung ihres Heeres übernehmen möge. Der Kaiser meldete,<sup>1</sup> am 23. März, zugleich dem Kurfürsten Maximilian als dem Haupte der Liga, und Tilly die Bitte der Infantin, mit seiner Empfehlung, da ja auch dort Tilly in der That für die Sache des H. R. Reiches und das Gemeinwohl desselben, für das Haus Oesterreich und das katholische Wesen im Allgemeinen kämpfe, und da seinen zum unsterblichen Ruhm gereichenden Qualitäten das Bieg davon tragen werde.

Tilly antwortete<sup>2</sup> aus Stade, am 10. April, daß er, wie immer, bereit sein werde, der Entscheidung seiner Kriegshäupter zu gehorchen. „Alein,“ fügt dann der fast Sechszehnjährige hinzu, „wollte Gott. Ich bin allerunterthänigst gebeten haben, meiner wenigen Person hierunter, in Anbetracht meines hohen Alters, ausgestandener Mühe und Arbeit, abnehmender Kräfte und Incapacität gegen den so großen, schweren und hohen Werck, in Gnaden milde zu verzeihen und zu ertheben, Ihnen agbt, weilmehr wollten gefallen lassen. Doch stelle alles Gott. Ich bin, mehrhöchstdenckter Kurfürstlichen Dt. und der katholischen Bundesstände Verglebung, Deposition und Befehl anheim, und bin ganz willig, merne wenigen Tage mit Darlegung Leibes und Blutes zu inden.“

An den Kurfürsten Maximilian hatte die Infantin ihre Bitte durch einen eigenen Gesandten gelangen lassen. Er antwortete<sup>3</sup> ihr,

<sup>1</sup> Der Schreiben bei Villermont, Tilly II, 418. Das Datum muß 28 sein, gemäß der Angabe in der Antwort Tillys.

<sup>2</sup> Reichstags-Akten von 1690. <sup>3</sup> Villermont, Tilly II, 421.

am 4. April: der Gesandte werde berichten, „aus was für wichtigen und erheblichen Ursachen und Bedenken“ die Bundesstände sich zu Wergentheim geneigt, „und zwar auch auf Ihrer R. M. Begehren und Erinnern, bei dem jetzigen im R. M. Reiche noch emporgeliebenden hochgefährlichen Kausen und Machinationen, ihre Armade auf dem Fuße zu erhalten,“ und daß sie „daraus auch den Grafen Tilly als das Haupt derselben zur Zeit nicht hinweg lassen könnten.“ Da in der Wirklichkeit im April 1629 innerhalb des Reiches alles ruhig war: so umhüllten die Worte Maximilians als ihren Kern den Gedanken, daß Tilly für den eventuellen Fall verfügbar bleiben müsse gegen Wallenstein. — Weiter bittet dann der Kurfürst die Infantin, „sich zu getulden, bis auf dem Collegialtage zu Regensburg da summa rerum gehandelt, in Friedens- oder Kriegssachen ein Eigentliches und Bestimmtes resoluert und verglichen werde.“ Dabei muß es.

#### 5. Ablehnung der spanischen Entwürfe in der Republik der Niederlande, und Bündnis mit Frankreich.

Unter dem Eindruck der Erfolge des Jahres 1629 berieten die Stände der einzelnen souveränen sieben Provinzen über die spanischen Erbietungen zum Frieden oder Endstände. Viele Stimmen waren für die Annahme, namentlich in Geldern. Daher verdient zur Charakteristik der Zeit besondere Beachtung, was für die Fortsetzung des Krieges gesagt wurde. Dies um so mehr, weil sich daraus eine Reihe von Anhaltspunkten zum Vergleiche darbietet, wie so sehr verschieden der Kriegeszustand auf Deutschland oder auf die Republik der Niederlande wirkte. Die Truppen Wallensteins, unter deren unsäglichem Drucke Deutschland verödete, betrugen, nach Gollastos Aussage im Juni 1629, reichlich 100,000 Mann. Die Republik der Niederlande hatte im Jahre 1629, wie sie zuvor, weit über 120,000 Mann unter den Waffen.<sup>1</sup> Dagegen zeigt uns die Rede eines geistlichen Edelmannes, Capellen, in der Ständerversammlung zu Zutphen, daß und wie die Republik diese Last zu tragen vermochte.<sup>2</sup>

„Ich komme für die Fortdauer des Krieges bei dahin, daß wir den Feind über den Rhein getrieben und Fuls oder Antwerpen genommen haben. Denn dann können wir durch eigene Macht uns verteidigen,

<sup>1</sup> Wagenaar b. XLII § 1    <sup>2</sup> Capellen I, 562.

während wir jetzt noch der Hilfe der Könige von Frankreich und England bedürfen, und ohne sie uns zum Frieden entschließen müssen. Die Gründe meiner Ansicht sind wie folgt. Unser Krieg ist rechtmäßig, so lange er geführt wird zur Versicherung unserer Habe, unserer Freiheit, unseres Lebens, unseres Wohlbefindens. Wir haben für alles das keine Sicherheit durch Frieden oder Stillstand von Spanien her zu erwarten, sondern nur durch unsere Waffen. Das Aushalten eines Stillstandes entspringt aus Betrug, vor dem wir uns zu hüten haben, und aus Ohnmacht, die nicht erst aus einer Darlegung der Finanzen Spaniens zu beweisen ist, sondern die aus den Thatfachen vortritt. Wir haben gesehen, daß in diesem Sommer, wo unsere Macht durch Hertogenbosch gebunden war, von jener Seite nur ein annullierendes Feldlager, ohne Geld noch andere Erfordernisse zusammen gebracht, und nichts Anderes damit ausgerichtet ist, als das platte Land zu verderben. Die Besatzung in der war, während des Verbleibens der Freunde am linken Ufer der Jissel, und befehlend, ist durch Gottes Gnade völlig verblüht. Unsere Grenzen sind durch die Annahme von Wesel und Hertogenbosch stärker als zuvor. Im Besitze derselben haben wir einen neuen Anstoß in die Behauptung nicht zu versetzen. Unser Kriegsvolk ist bisher wohl bezahlt und in guter Disziplin. Unser Kriegshaupt ist besonnen, glücklich und siegreich. Unsere Provinzen haben ihren vollen Credit. Unsere Finanzen sind zwar belastet, aber in Ordnung. Wir können sogar durch die Abkantung der außerordentlichen Truppen die Kosten verringern, und doch dabei im Stande bleiben, noch zwei oder drei Jahre offenkrieg zu führen. Die verbündeten Könige, indem sie sehen, daß wir im Kriege beharren, werden gern die Hand dazu bieten. Wir haben eine Probe erfahren, was die kaiserliche Macht bedeute, deren Vereinigung mit der spanischen wir immer am meisten gefürchtet haben. Auch zu Wasser steht es wohl um unsere Angelegenheiten. Die Dänischer sind geschwächt. Die holländischen Admiralitäten, die ostindische und namentlich die westindische Compagnie, sind in einer solchen Verfassung, daß der Feind von daher immer mehr Abbruch, unser Land großen Vortheil zu erwarten hat. Endlich hat Gott uns solche Vortheile über unsere Feinde verliehen, wie wir nie zuvor gehabt, oder, wenn wir sie aufgeben, niemals wieder erlangen würden. Darum gebührt es uns, alle Kraft aufzuwenden, um diesen Vortheil und die gelegene Zeit zur vollkommenen und sicheren Freiheit zu gelangen, recht auszunutzen.“

„Dem Könige von Spanien ist es darum zu thun, den Krieg in

Italien zu führen, um dort seine Reputation herzustellen, die durch die Aufhebung der Belagerung von Calais aus Furcht vor den französischen Waffen gelitten hat. Es ist ihm ferner darum zu thun, die westindische Compagnie, die in der Schwäche des Schutzes für seine Silberflotte das Geheimniß seines Staats entdeckt und sich den Weg gebahnt hat, ihm Westindien ertraglos zu machen, aufzulösen und unwirksam zu machen. Diese Compagnie fürchtet er noch Gehäts, mehr als den Verlust von Hertogendolsch, oder einer ganzen Provinz in den Niederlanden, und wie können durch nichts ihm mehr Abbruch thun als durch diese Compagnie. Darum dürfen wir diese Waffe nicht niederlegen, noch verrosten lassen. Sie ist die Schule unserer seefahrenden Mannschaft, der hauptsächlichste Heiler unserer Seemacht, an welcher uns wahrlich eben so viel gelegen ist als an den Waffen zu Lande. Wenn wir die Compagnie außer Thätigkeit setzen, die Kriegsschiffe der Admiralitäten auflegen: so wird die Seemannschaft zum Feinde überlauten oder selber feindlich werden, zum Schaden des Staates und des Handels. Und wer wird, nachdem einmal die Compagnie aufgelöst, dann, wenn wir wiederum die Waffen ergreifen und eine Compagnie aufrichten müssen, sein Geld dazu hergeben?" —

„Wäre der Stillstand eine Nothwendigkeit für das Land, so müßte man unwerth die Compagnie fallen lassen. Aber er ist es nicht. Spanien ist in größerer Noth und Furcht als wir. Darum stimme ich für den Krieg." — Diese Rede drang durch. Die Resolution des Landtages in Zutphen fiel aus für den Krieg.

Die Rede zeigt, welches Gewicht auf die westindische Compagnie gelegt wurde, deren Beschäftigung weniger der Handel war, als die Rauberei an Spanien und Portugal und deren Colonien. Die reiche Beute des Admirals Deen vom Jahre 1600, die man auf elf Millionen Gulden schätzte,<sup>1</sup> wirkte nach. Die Compagnie selber reichte bei den Generalstaaten eine ausführliche Darstellung ihrer gewinnreichen Thätigkeit ein.<sup>2</sup> „Wir haben erst jetzt gelernt," heißt es darin, „dem Feinde die rechten Griffe anzusetzen, wo er schwach ist. Ist es denn verstandig, daß wir nun ihn wieder zu Kräften kommen lassen sollen? Möge die Regierung den Sieg nicht zuschreiben, den Gott diesem Lande durch die Compagnie gegeben." Möge die Regierung fest vertrauen, daß dieser Sieg dauern wird zur Fortpflanzung der Ehre seines heiligen Namens und zur Erhöhung unseres lieben Vaterlandes."

<sup>1</sup> Astruc II, 518.<sup>2</sup> H. a. D. 919.<sup>3</sup> H. a. D.

So die Kaufleute und Actionäre der Compagnie. Witz ähnliche Stimmung ging durch die mittleren und niederen Schichten der Bevölkerung in allen sieben Provinzen.

Voran treten die calvinischen Prediger, namentlich in Seeland.<sup>1</sup> „Die Frage ist nicht,“ sagten sie, „ob man mit gutem Gewissen gegen den König von Spanien Krieg führen dürfte. Diese Frage ist hienklinglich entschieden durch den Spruch, daß die Obrigkeit das Schwert nicht umloßt trägt, sondern zur Strafe der Bösen, und zum Schutze der Guten, und zwar nicht bloß gegen einzelne Verbrecher, sondern auch gegen diejenigen, welche das Gemeinwohl zerrütten. Das thut der König von Spanien, und darum ist der Krieg gegen ihn gerecht gemäß dem dreizehnten Capitel des Römerbriefes des Apostels Paulus. Die Frage ist nur, ob man mit dem Kriege aufhören dürfte.“

„Diese Frage ist zu vernennen; denn der König von Spanien meint es nicht ehrlich. Es ist kein Vortheil Frieden zu suchen: im Ubrigen bleibt sein Wahlpruch, wie derjenige des Papstes: den Regern ist Treue und Glauben nicht zu halten.“

„Wir verständen essentially, daß als einer der vornehmsten Grundsätze unseres Staatswesens die Handhabung der wahren christlichen Religion zu betrachten ist. Eben diese will der König durch einen Waffenstillstand erschüttern. Er weiß, wie viele Secten hier sind, wie viele Menschen noch am Papstthum hängen. Er weiß, wie sehr die Papisten und die Remonstranten gegen unsere Religion und den Zustand unseres Landes erbittert sind. Ja sie wagen zuweilen in vertraulichen Gesprächen zu sagen, daß der König von Spanien der natürliche Herr dieser Länder sei. Der vorrige Stillstand hat uns gelehrt, wie solche Leute, unter ihnen Oldenbarnevelt und Hugo Grocius, verfahren. Alle Secten hier zu Lande rufen nach Frieden. Derelbe gibt ihnen die Mittel in die Hände zu unserer Vernichtung.“

„Sollen wir,“ fragen ferner die Geistlichen, „unserer Religionsverwandten in Dantschland verlassen, jetzt verlassen, wo der Herr uns so mercklich segnet?“

„Man sagt uns, daß Gewissenswegen man die böse Kriegshure zur Thüre bringen müsse. Wenn wir erwidern: wenn sie dann ausbricht, wird sie noch viel wüthender sein. Und wer am Ende sind die,

welche das sagen? Sind es nicht die Papisten? Sind es nicht die Monstranten, die entarteten Lutheraner, die Remoniten, welche das Palladium unseres Staates und nehmen wollen? Das ist die Art aller Feindes und Feinde der wahren Religion, daß sie alle rufen. Barmherzigkeit – wenn man zu thun hat mit Abgondierten, mit den Feinden Gottes und seiner heiligen Kirche. Haben sie dagegen mit den getreuen Dienern Gottes zu thun, den Vorsetzern der wahren Religion: dann ist es aus mit Pöbel und Barmherzigkeit. Darum weg mit dieser verkehrten Barmherzigkeit, die gleich ist derjenigen der Könige Israels, welche sich der abgöttischen Fremden erbarmten und die Propheten verfolgten! Deshalb wendet Barmherzigkeit nur den Dienern Gottes zu, welche von den Gogendörfern verfolgt werden, und sucht Gottes Ehre zu befördern in heiligem Eifer und Gottesfurcht. Der Herr wird mit Euch sein!“ –

Der holländische Zeitgenosse, der dies Artenstück der Nachwelt überliefert hat, fügt seine Kritik hinzu mit den kurzen Worten: „Es kommt auf Religion, Wort, Eud und Gelübde an: wo man Vertheil zieht aus der Frommigkeit, da ist man fromm.“<sup>1</sup> – Der Vortheil der calvinischen Prediger bestand augenscheinlich darin, mit dem Strom der Mehrheit zu schwimmen.

In den Städten der gewichtigsten Provinz jedoch, Holland, war die Stimmung schwankend, namentlich bei den vornehmeren Persönlichkeiten,<sup>2</sup> und die Rücksicht darauf hielt auch Seeland und Friesland zurück.<sup>3</sup> Man erzählte, daß der Prinz Friedrich Heinrich von Oranien sich dem Stillstande mit Spanien einigte, ja daß er schon auf dem früheren Fuße von 1609 abgeschlossen habe. Es gingen heftige Reden wider ihn.<sup>4</sup>

Das Gerücht entsprach nicht der Wahrheit. Dagegen begannen, vom December 1629 an, andere Kräfte von außen her einzukommen. Der Venezianer im Haag ließ sich verlauten, daß, im Falle die Republik im Kriege mit dem Könige Philipp IV. verharre, der König von Frankreich eine gute Summe jährlich dafür besteuern werde.<sup>5</sup> Man nahm das anfangs nicht hoch auf und meinte gar, es sei dem Könige Ludwig XIII. damit nicht Ernst. Aber auch der französische Gesandte Bezang im Haag redete in gleichen Sinne.

Unterdessen rückte, im Januar 1630, auch für die Provinz Holland die Entscheidung heran. Gemäß der Verfassung der Republik hatten nicht

<sup>1</sup> Altacma II, 928.

<sup>2</sup> Altacma III, 58.

<sup>3</sup> Capellen I, 569, 569.

<sup>4</sup> R. a. D. 469.

<sup>5</sup> R. a. D. 582.

bloß die Städte der einzelnen für sich souveränen Provinzen, sondern auch in denselben die Corporationen der Städte ihre Bein abzugeben.<sup>1</sup> Bemerkenswerth darunter ist besonders das Gutachten der Stadt Dordrecht,<sup>2</sup> welches in weitläufiger Rede ausführt, daß das Wohl der Republik die Fortsetzung des Krieges mit dem Könige von Spanien, und zugleich das Festhalten an den Beschlüssen der Synode von Dortrecht erfordert — entsprechend also dem Principe des einflussigen Prinzen Merig von Oranien, der diesen Krieg und die Lehre der Prädestination für die zwei Grundpfeiler der Republik erklärt. Ruemold sagt das Gutachten, sei die Republik mehr in Flor und Wohlfahrt, die Kirche in Ruhe und Frieden gewesen, als vor dem Stillstande von 1609. Unter diesem dagegen sei der Handel und der Erwerb zurückgegangen, und die Secte der Arminianer ausgebreitet. Mit den heftigsten Worten gegen diese, gegen die Jesuiten, gegen den König von Spanien, gegen den Kaiser — fordert das Gutachten die Fortsetzung des Krieges.

In gleichem Sinne setzte dann die Mehrheit der Städte — die Vitterschaft, Adels und Städte — der Provinz Holland ihren Beschluß.<sup>3</sup> Sie forderten mit hartem Nachdruck das Festhalten an der Synode von Dortrecht, die Ausschließung der Arminianer von allen öffentlichen Ämtern.

In diesen Gutachten kommt nur nebenher ein besonderes Wort zur Sprache, welches der holländische Zeitgenosse und Historiker Deo van Rhema in die Worte kleidet: „Die sieben Provinzen konnten mit Ehren aus dem Kriege kommen. Sie haben jedoch zumeist in Anbetracht der unterdrückten und noch Armut leidenden Völker in Deutschland darauf nicht hören wollen.“<sup>4</sup>

„Der Abbruch der Friedenshandlung mit Spanien war die Geburt eines Tractates mit Frankreich.“<sup>5</sup> So sagte man, und dennoch ging bei der Negung vornehmer Persönlichkeiten in Holland für Spanien die Sache nur langsam von Statten. Inzwischen ließen jedoch auch die Nachrichten des Jesuiten von Rhema über die Haltung Wallensteins ein, so wie diejenige Bodergens über die Abneigung Ferdinands von Köln und der Liga gegen den offenen Krieg. Demnach durften die Hochmögenden dem Reiche gegenüber verfahren wie zuvor.

Der Abschluß zog sich hin bis zum 17. Juni. Zwischen den Genemissanten und Ludwig XIII. ward ein Vertrag vereinbart als die Erneuerung des früheren von Compiegne. In dem Eingange des Ver-

<sup>1</sup> Aitama III, 84.

<sup>2</sup> H. a. C. 86.

<sup>3</sup> H. a. C. 87.

<sup>4</sup> H. a. C. II, 907.

<sup>5</sup> H. a. C. III, 84.

trages wird gesagt, daß Ludwig XIII. darin dem Beispiele seines Vaters folge und dessen Wunsch erfülle. Im ersten Artikel verpflichtet sich Ludwig XIII., sieben Jahre hindurch den Generalstaaten jährlich eine Million Eures zu zahlen, und zwar en den, auf holländisch tot een gult.<sup>1</sup> Dagegen war die hauptsächlichste Zusage von Seiten der Republik innerhalb dieser sieben Jahre mit ihren Feinden nicht Frieden schließen zu wollen sans l'avis de S. M., holländisch sonder't advys van S. M.

Die Feinde der Republik waren in dem Tractate nicht genannt; aber die Republik war nur mit dem Könige von Spanien im offenen Kriege. In andere Mächte, die Könige von Dänemark und Schweden, so wie an die Republik Venedig erging eine summarische Mittheilung des Vertrages.<sup>2</sup>

Der Cardinal Richelieu hatte also auf der Bahn seiner Kriegsführung nicht durch die Waffen, sondern mit dem Geldbeutel in der Hand, einen mächtigen Schritt vorwärts gethan. Derselbe Minister, der die Huguenotten in Frankreich durch das Ausbieten aller List und Gewalt dem Königthume von Frankreich zu unterwerfen suchte, verwendete einen guten Theil des Ertragnisses der Steuerkraft des katholischen Frankreich, um in Holland die Kriegspartei, welche das Festhalten an den Beschlüssen von Dortrecht für einen der Grundpfeiler ihres Staatswesens ansah, zu beugen gegen den König von Spanien, dessen Recht als des Erbherrn auf die Niederlande völlig gleich stand mit demjenigen Ludwigs XIII. auf Frankreich.

Zuletzt erlangte der Cardinal Richelieu zu Gunsten der Katholiken im Vertriche der Generalstaaten gar keine Concession. Während der Verhandlung über den Vertrag erbat der Gesandte eine besondere Audienz. In derselben legte er Schreiben seines Königs vor, die ihn ermächtigten, für die Katholiken in Portogenbosch um die Wiedereinnahme des öffentlichen Gottesdienstes zu ersuchen. Es ward ihm die Antwort, daß die Hochmögenden die Sache in nähere Berathung ziehen würden. Die Worte waren die übliche höflichere Form für den Abschlag.<sup>3</sup> „Man wußte wohl,“ fügt der holländische Berichterstatter hinzu, „daß der König nur als rogatus rogo, auf fremdes Ersuchen die Bitte stelle. Auch bestand er weiter nicht darauf.“

Während der Abichluß dieser Allianz, welche die Fortsetzung des

<sup>1</sup> N. a. C. 87, 92.

<sup>2</sup> N. a. C. 115.

<sup>3</sup> N. a. C. 64.



holländisch-spanischen Krieges auf sieben Jahre in sich schloß, sich hinzögerte bis zu dem Punkt, stand derjenige um das Mantuanische Erbe bereits wieder in vollen Flammen.

## 6. Der Streit um das Mantuanische Erbe in den ersten Monaten des Jahres 1630.

Im Beginn des Jahres 1630 lagerte der kaiserliche General Colalto mit seinen Truppen im Mantuanischen, der spanische General Spinola in Montferrat, der Cardinal Richelieu als alter ego des Königs zog heran mit einer französischen Armee, von der die eine Hälfte durch Savoyen, die andere durch das Dauphiné marschieren sollte.<sup>1</sup> Es fragte sich, ob der Herzog Carl Emmanuel ihm den freien Paß verstatten würde. Der Papst Urban VIII., in seinem sehnlichen Wunsche nach dem Frieden, schickte einen Legaten, Majarini, nach Lyon dem Cardinal entgegen, mit der Bitte, daß ein Stillstand als das wahre Mittel zu einem guten Frieden abgeschlossen würde.<sup>2</sup> So am 24. Januar. Richelieu weigerte. Ein Stillstand entspreche nicht dem Willen des Königs, sei auch nicht vernünftig. Als Majarini darauf den Schluß zog, daß dennoch Frankreich nicht den Frieden wolle, bestritt dies Richelieu. Frankreich, sagte er, wünsche einen schnellen und sicheren Frieden, daher ohne Stillstand vorher — Er berichtet weiter, daß Majarini, wie selber wohlgenugt für den Frieden, ihm versichert habe, daß auch Colalto und Spinola von ihren Souveränen mit aller Vollmacht dafür ausgestattet seien.<sup>3</sup>

Aus jenem Schreiben des Vaters Camormaini an den Vater Eufren, im November 1629, ergibt sich, daß in der That der Kaiser sehrwünscht, von dem Streite in Italien gütlich abzukommen. Camormaini hatte sein Schreiben auch nach Rom hind gegeben. Es scheint, daß es auf den Papst Urban VIII. nicht ohne Wirkung geblieben ist, denn, bei aller seiner Vorliebe für Ludwig XIII., sprach er doch auch aus, daß jener Vertrag von Eufra, in welchem Gorbona im Jahre zuvor hatte willigen müssen, die Reputation des Kaisers verlege, und daß das vorstige Auftreten des Gesandten Sabrau in Wien die Vermuthung erbatte habe.<sup>4</sup> Auch den übermäßigen Anmarsch eines französischen Heeres im Beginn des Jahres 1630 hatte er lieber nicht gesehen.<sup>5</sup> Wie er gekostet,

<sup>1</sup> Mémoires V, 374.    <sup>2</sup> N. a. O. 265.    <sup>3</sup> N. a. O. 266.    Ende Januar.

<sup>4</sup> Roma 252.    <sup>5</sup> N. a. O. 293.

durch die Sendung des Vexillen Majarum an Rudelien als den Führer dieses Heeres einen Stillstand zu erwirken, so vertraute er in Betreff des Kaisers auf den Zuspruch des Carmeliten Dominicus.

Bei der Bedeutung, welche dieser gottbegnadete Mönch auf seine Mitwelt geübt, namentlich am Morgen des 8. November 1620 vor Prag, ersodt dem Historiker die Aufgabe, auch der letzten Tage des hervorragenden Mannes, zugleich als eines Kulturbildes seiner Zeit zu gedenken.

Wenige Tage nachdem P. Dominicus gemäß dem Willen des Kaisers seinen Aufenthalt in der Hofburg genommen, begann er zu tränkeln, schwer und schwerer, und bald so sehr, daß man an seinem Wieder-Aufkommen verzweifeln mußte. Auf seinem Krankenlager, im Anfang Februar, erhielt er einen Brief von Tilly. Der alte General beklagte den Jammer und das Elend, welches der Krieg bisher schon über die Menschen gebracht, und noch immer mehr bringen würde, besonders wenn der Friede unter den katholischen Fürsten nicht erhalten bliebe.<sup>1</sup> Dominicus reichte dem Kaiser den Brief. Dann rühmte er an Tilly, daß dieser nicht bloß ein so vorzüglicher Held, sondern auch der allerseeligsten Jungfrau so sehr ergeben sei. Der Kaiser antwortete: er wünsche, daß er und das Reich viele Diener gleich Tilly haben möchten. Was den Frieden betreffe, namentlich in Italien, so seien er und andere katholische Fürsten Einer Meinung und Eines Verlangens mit Tilly. Und wenn seine Minister nicht den Weg und die Mittel dazu eröffneten: so werde er selber es thun.

Die Kräfte des Kranken schwanden. Doch noch einmal raffte er sich empor auf die Meldung, daß der Sohn des Grafen Buquoy, der zehn Jahre zuvor bei Prag auf seine Wahrung den Entschluß des Kampfes gefaßt, seinen Segen begehrt.<sup>2</sup> — Am nächsten Tage, dem 8. Februar, schien sogar neues Leben in Pater Dominicus wieder zu kehren. Der Kaiser und seine Familie begaben sich zu ihm. Der Vater segnete sie Alle. Dann sprach er: „Allergnädigster Herr, noch Eine dringende Bitte.“ Auf die Frage des Kaisers erfolgte die Antwort: „Den Frieden Italiens bitte ich Ew. M. herzustellen.“ Der Kaiser sagte zu.<sup>3</sup>

So schwach der Pater Dominicus bereits war, verzog sich doch der Tod noch acht Tage lang, bis zum Abende des 16. Februar. Dann

<sup>1</sup> Leben des gottseligen u. m. 739.<sup>2</sup> H. u. C. 742.<sup>3</sup> H. u. C. 746.

entschloß er im Beisein der gesamten kaiserlichen Familie und einiger Hofbeamten.<sup>1</sup> Unter diesen befanden sich, wie berichtet wird, der Graf Heinrich Wilhelm von Starbemberg aus Ober-Oesterreich. Er hatte einst zu den Rebellen gehalten, auf ihrer Seite mitgekämpft bei Prag, dann die Verzeihung des Kaisers und Hofdienst gesucht und gefunden, ohne jedoch zur Kirche zurückzukehren. Vielmehr hielt er mit Anderen seiner erstigen Partei, denen das Eintreten des Vaters Dominicus für den Entschluß zur Schlacht bei Prag nicht unbekannt geblieben war, fest an der Meinung, daß Dominicus ein Teufelskünstler und Zauberer sein müsse.<sup>2</sup> Darum beflöß sich Starbemberg, gegenwärtig zu sein bei dem Ende eines Mannes, bei welchem nach seiner Meinung ein Zeichen seiner Verdammnis sichtbar hervortreten werde. „Er beobachtete fleißig bis zum Ende. Als er aber sah, daß seiner Meinung zuwider dieser Tod also voll Gottseligkeit und Heiligkeit war, erkannte er seinen Irrthum, wurde zu dem katholischen Glauben bewegt, bekehrte sich zu demselben und wurde ein solcher Eiferer, daß er durch Beispiel und Zuspruch Viele noch sich zog.“<sup>3</sup>

Die Hochschätzung, die der Kaiser dem Lebenden erwies, schien sich durch den Tod desselben noch zu steigern, so daß man auf ihn die Worte der Schrift anwandte: *Ecce quomodo discebat cum!* — Bei dem Feichentbegängnisse von der Hofburg nach dem Carmeliter-Kloster in der Leopoldstadt, am Abend, bei Juchelrufen, unter dem Geläute aller Glocken der Stadt, schritten voran die anderen geistlichen Orden von Wien, dann die gesamten Weltgeistlichen, dann die Carmeliter, von denen acht den Sarg trugen. Es folgten die Geheimen Räte, die Kammerer und der gesamte Hof, geleitet von den kaiserlichen Herrschern. Der Kaiser und seine Familie harrten in der Carmeliter-Kirche der Ankunft des Juges. Nach der kirchlichen Feier erhielt die Leiche des P. Dominicus ihre Ruhestätte in der hohen Capelle der Carmeliter-Kirche.<sup>4</sup> — Seine Witwe hat demnach ihn geehrt als den heiligmäßigen, um die Sache der Kirche und des Reiches und namentlich um Oesterreich hoch verdienten Mann: das spätere Oesterreich schämt seiner vergessen zu haben.

Am 4. Februar hatte der Kaiser dem sterbenden Vater seine Zusage für den Frieden in Italien gegeben. Am 10. schrieb er an Wallenstein,

<sup>1</sup> H. o. O. 763.

<sup>2</sup> H. a. O. 754.

<sup>3</sup> H. a. O. 754.

<sup>4</sup> H. o. O. 760.

um dessen Gutachten einzufordern, und legte zugleich seine eigene Ansicht dar.<sup>1</sup> Der Kaiser sagt, daß er alle menschlich-möglichen Mittel angewendet, um die Differenzen in Italien durch gütliche Handlung beizulegen. „Wir haben auch der päpstlichen Heiligkeit diese unsere Gemüthsmeinung und eben so rechtsinnige, wie friedliebende Intention durch ausführliche und bewegliche Schreiben ganz vertraulich entdeckt, insonderheit aber aufrichtig zu erkennen gegeben, daß wir keineswegs gedacht der Schärfe nachzugehen, sondern vielmehr gütigst entschlossen seien: daß, wenn der Herzog von Nevers seine bezugenen Irrthümer erkennen, sich schuldiger Mäßen bemühen und der Gefahr noch deprecirten werde, wir alsdann denselben zu Gnaden wieder auf- und annehmen und des Vergangenen nicht mehr gedenken wollen.“

Demnach hing es nur vom Herzoge Carl von Nevers ab, durch einen Schritt solcher Art, wie der Kaiser als Oberlehnsherr verlangte, zum Frieden und zum ungehörten Besitze zu gelangen. Er war in der That so weit gegangen, daß er am 3. November ein unterthäniges Schreiben an den Kaiser gerichtet hatte.<sup>2</sup>

Der Kaiser berichtet daher weiter, daß „darauf auch von Seiten des Herzogs von Nevers sowohl als von den französischen Ministern, auf welche er noch vernehmlich sein Mißsehen hat, eine ganz scheunliche Veranlassung gegeben worden, als ob sie zur Suspension der Waffen und gütlichen Tractaten nicht weniger wohlgeneigt. Dennoch ist aus den jüngst eingelangten Berichten, wider unser Vermuthen, so viel zu vernehmen gewesen, daß unter diesem Scheine und Deckmantel von ihnen lediglich gesucht worden, die Zeit zu gewinnen. Denn sie (Italiener) sind nunmehr mit einer starken Armada im völligen Anzuge begriffen, haben von dem Herzoge von Savoyen bereits den Hülfs begehrt, wollen auch friedlichen Tractaten nicht Raum geben, sondern thum vielmehr feindliche Absichten kund. Daher werden wir wider unseren Willen gleichsam genöthigt, auf den äußersten Fall, wenn dergestalt alle Hoffnung des Friedens zerfallen und es zu einem Bruche dessen wir und doch zur Zeit, wie gemeldet, gar nicht, sondern eines Besseren versehen – endlich kommen sollte, auf den Dr. Pledben jüngst angebotenen nothwendigen und unverzüglichen Succurs aus Deutschland, auch sonst alle möglichen Diversions-Mittel gegen Frankreich der Hand zu greifen.“

<sup>1</sup> Kriegslacten F. 26.<sup>2</sup> Den 3. November 1699

Anders dachte der Cardinal Richelieu als Führer des französischen Heeres. Nachdem er, am 31. Januar, seinem Unterbefehlshaber, dem Marschall Crequi, seine Unterredung mit Mazarin gemeldet, fügte er hinzu, daß er von Grenoble aus ihm die Bedingungen schreiben werde, unter denen allein der König den Frieden bewilligen könne.<sup>1</sup> Wenn man darauf hin sofort zum Frieden gelangen werde, mit Sicherheit für die Zukunft, so werde er sich freuen. „Wenn nicht, so müßte man alle Kräfte anspannen, um die große Armee nicht müßig zu lassen, sondern etwas zu vollbringen, würdig der Reputation Sr. Majestät.“

Die Bedingungen, die dann Richelieu vorschrieb,<sup>2</sup> lauteten dahin: es müsse, ohne Stillstand, ein Vertrag errichtet, und wie beschlossen, sofort auch ausgeführt werden. Die Belohnung mit Mantua und Montserrat müsse unverzüglich dem Herzog Carl ertheilt werden. — Und weiter in diesem Sinne, als Schriebe der Sieger dem Besiegten das Geheiß des Friedens vor.

Diesen Bedingungen gegenüber, die den Bruch in sich schlossen, blieben die Vermittlungsversuche des päpstlichen Nuntius Bentivoglio fruchtlos. Dennoch wollte auch Richelieu nicht sofort den offenen Krieg. „Man (d. h. er selber) zog den Bruch mit dem Herzog Carl Emmanuel von Savoyen so lange wie möglich hinaus, um Zeit zu gewinnen für die Verproviantierung von Casale. Aber der schlaue Fuchs witterte die Schlinge, und suchte durch zahllose Ausflüchte, die seinem Charakter entsprachen, diese Verproviantierung, für die man auf allen Wegen arbeitete, zu verzögern und zu hindern.“<sup>3</sup> Dennoch stand dort Fuchs gegen Fuchs.

Der Kaiser konnte noch bis zu Ende Februar nicht den Gedanken fassen, daß der Bruch unvermeidlich sein werde. Am 23. Februar sprach er dem GE Colliano von dafür aus, daß er für einen solchen Fall sich mit Spinola verstanden habe.<sup>4</sup> „Aber ich kann,“ fährt er fort, „auf die erhaltenen, nichtbeglaubigten Berichte Mazarins nur doch schwerlich einbilden, daß alle Hoffnung einer friedlichen Beilegung ganz und zumal verschwunden sein, und alles nothwendig auf die Spitze gestellt werden müsse, sondern ich denke, der Cardinal Richelieu werde sich unmittelbar noch lebhafter Conditionen vernehmen lassen. Alle meine dahin abgegangenen

<sup>1</sup> Mémoires V, 387 .es conditions auxquelles seules le roi pourrait consentir la paix.

<sup>2</sup> H. d. C. 383.

<sup>3</sup> H. d. C. 411.

<sup>4</sup> Abtheilung 292.

Schreiben begnügen geringham meine herzlichste Begierde des Friedens. Um denselben leichter zu erheben, habe ich Sr. Heiligkeit meine innersten Gedanken vertraulich eröffnet. Deshalb vermenge ich, daß auch von dort her kräftige Officia zu einer billigen Beilegung mit augenscheinlichem Nachdruck eingewendet werden sollten. Euren Instructionen gemäß bin ich versichert, daß Ihr keine Gelegenheit zu demselben Zwecke zu gelassen, außer Acht lassen werdet. Wenn aber die Widerwärtigen aller Vermuth die Gewalt vorziehen und mit den Waffen in Italien eindringen wollen, so werdet auch Ihr, zufolge Euren mit dem Marschese Spinola gemachten Vergleichs, dem Feinde auf den Grenzen mit gesammter Hand tapferen Widerstand zu thun wissen, und in alle Wege daran sein, damit der Herzog von Savoyen bei Hatten unerschützt und in guter Devotion erhalten werde. Daran ist wohl das Beste gelegen."

Die Berichte Colloalto zu Ende Februar und Anfang März klangen nicht ungünstig.<sup>1</sup> Die Erklärungen des Kaisers in der Mantuanischen Sache wurden in Italien gerühmt und hochgeschätzt. Die Ankunft eines abermaligen päpstlichen Legaten stand in Aussicht. Der Kaiser gab sich der Hoffnung hin, daß bei dessen Ankunft alle Schwierigkeiten durch Unterhandlung hinweggeräumt und das ganze Werk zu erwünschtem Ende gebracht werde.<sup>2</sup> Aber der Kaiser wünschte zugleich auch den allgemeinen Frieden. Er sprach die Hoffnung aus, daß vermöge der päpstlichen Vermittelung bei der Krone Frankreich und der Republik Venedig die Versicherung erlangt werden möge: „daß sie eben so wenig in Deutschland wie anderswo keineswegs in unsere kaiserliche Regierungsgeschäfte sich einmischen, oder unseren Rebellen und Widerwärtigen Hülfe und Beistand leisten wollen." So am 11. März.

Die Hoffnung des Kaisers entsprach nicht dem Sinne des Cardinals Richelieu. Dieser legte in denselben Tagen seinem Könige alle Gründe dar, welche für den Angriff auf den Herzog von Savoyen sprachen.<sup>3</sup> Der für das französische Interesse wichtigste lautet wie folgt: „In jedem Falle, auch wenn man das allem bedrohte Casale verliert, würden doch die Eroberungen, die man an dem Herzoge von Savoyen machen konnte, ungleich mehr werth sein als was der Herzog von Mantua verliere." Nachher könne man dann diesen Herzog aus erobertem

<sup>1</sup> M. a. C. 24.

<sup>2</sup> M. a. C.

<sup>3</sup> Mémoires V, 441 et suiv.

<sup>4</sup> M. a. C. 449

spanischem Gebiete entschädigen. Demnach hatte zunächst Frankreich zu gewinnen auf Kosten seines Schützlings von Mantua.

Richelieu berichtet weiter die, wie er sagt, Listen und Künste, durch welche der Prinz von Piemont, Sohn des Herzogs Carl Emmanuel, ihn habe verleiten wollen, mit der Armee des Königs auf Gajale zu marschieren, in ein fremdes Land ohne Lebensmittel, und dort eingeschlossen zu werden zwischen die spanischen, die kaiserlichen, die sardinischen Streitkräfte.<sup>1</sup> „Aber der Cardinal,“ fährt er selber fort, „der alles kannte, was jener im Sinne hatte, seine Absichten, die Gelegenheit der Gegenden, die Nachrichten, welche er verbreitete, und den Zweck derselben, so wie auch dasjenige, was er in sich verbarg — wandte die Truppen und die Kriegsklärten des Prinzen wie seines Vaters zu ihrem eigenen Verderben.“

Am 13. März brach der Cardinal von Susa auf. Am 19. März überdritt er die Brücke der Doria. Nach der Beschreibung eines Augenzeugen<sup>2</sup> dort war er als der Oberfeldherr auch persönlich kriegerisch ausgestattet: hoch zu Roß im Harnisch und mit Federhut, mit einem Schlachtschwert an der Seite, mit zwei Pistolen am Sattelzug. Vor der Front des Herkes ließ er sein Pferd vielfach voltigieren, mit lauten Neben, daß er auf dieses Fach sich verstände.

Am 20. März sah man die französische Armee unter Richelieu vor Vineroles. Am 22. capitulierte die Stadt, drei Tage später die Citadelle.<sup>3</sup> Damit war der Schlüssel der Alpenpässe in den Händen der Franzosen, und zugleich der Krieg eröffnet.

Auf die Nachricht dessen schrieb<sup>4</sup> der Kaiser an Wallenstein, am 28. April: „Es ist nunmehr um Schutz und Defension eines mit unbilliger Gewalt überfallenen und bebrängten vornehmen getreuen Reichsfürsten, dazu um die Rettung unserer angefochtenen kaiserlichen Reputation und des H. R. Reiches Eigenthum, Land und Leute zu thun. Der Anfang ist von den Franzosen gemacht worden: daher ist es mehr denn billig, daß der Herzog von Savoyen in dieser Gefahr nicht hilflos gelassen, sondern mit der von ihm erbetenen Hülfschulfe ehestens unterstützt werde.“ Wallenstein soll daher zu den 11,000 Mann, die der Kaiser bereits abzuschicken befohlen, nach der Bitte des Herzogs noch weitere 6000 abordnen. Er soll ferner gegen Frankreich eine solche

<sup>1</sup> W. a. D. 468.    <sup>2</sup> W. a. D. 484. n. 1.    <sup>3</sup> W. a. D. 468. VI, 4.

<sup>4</sup> Ebstumsch 298.

Diversen vorzunehmen, wie er sie für das Beste und Nützlichste halten werde.<sup>1</sup> Der Kaiser dachte dabei an einen Reichskrieg gegen Frankreich.

In gleicher Weise schrieb der Kaiser an Colalto.<sup>2</sup> Und dennoch gab er auch dabei noch die Friedenshoffnung nicht auf. „Will nochmals zu Gott dem Allmächtigen hoffen.“ sagt er, „hoff, wenn man auf jener Seite den Ernst verschärfen und sehen wird, daß wir nicht weniger bereit, als resoluirt sind – der höchst erwünschte, notwendige Friede mit Reputation desto eher zu erlangen sein, und sie (die Gegner) billigmäßige Conditionen auch auszusprechen, bewegen und disponirt werden. Das würde mir allezeit lieber und angenehmer sein.“

Am selben Tage, dem 29. April, that der Kaiser dem Kurfürsten von Bayern die Beschlage kund.<sup>3</sup> „Der Cardinal Richelieu.“ schreibt er, „hat nach des Herzogs von Savoyen eigener Person und dessen Residenz Turin listiger Weise greifen lassen, vornehmlich darum, weil der Herzog sich mit ihm wider uns und das D. R. Reich nicht hat vereinigen, sondern bei uns und demselben in schuldiger Treue beständig verbleiben wollen. Daraus hat der Cardinal aus eben dieser Ursache die Stadt und Festung Pinerolo abends belagert, bis er dieselbe mit Eist und Gewalt ergriffen, also unter und des Reiches Eigenthum unzweifelhafte Rechte und Gerechtigkeiten, treue Vasallen, Land und Leute thatsächlich angegriffen. — Dennoch haben wir nicht unterlassen mögen, Ew. Erb. wie allen anderen Fürstenthümern die gegenwärtige Verfasslichkeit in Italien und Savoyen in gütlichster Wohlmeinung zu erkennen zu geben, und dieselben zu erinnern, daß allermassen wir schuldig und beauftragt, also auch entschlossen sind, alle diejenigen Mittel vorzunehmen, durch welche der Franzosen und ihrer Anhänger Nationen in Italien schließlich abgewandt werden können, damit unser und des Reiches Rechte und Gerechtigkeit erhalten bleiben.“

Der Kaiser gab sich sogar der Hoffnung hin, daß, nachdem die von dem Papste übernommene gütliche Handlung in solcher Weise zuwege gemacht, Urban VIII. ihm zutreten werde. „Für den Fall.“ schreibt er, „daß der Krieg nicht zu verhüten, haben wir Sr. Heiligkeit durch den Principe Savelli bittlich anlangen und ersuchen lassen, daß Sie der Franzosen unbilligen Vorbruch, der dem gesammten Italien zur allgemeinen Unruhe und Desolation gereichen muß, auch Ihres Theils wollen

<sup>1</sup> S. a. D. 300      <sup>2</sup> S. a. D. 306      <sup>3</sup> Antiquar. N. 13

<sup>4</sup> Schmidt's 287      Dem 29. April.



steuern und abwerben helfen, und zu dem Ende Ihre Macht mit der unternen vereinigten."

Die Bitte ward nicht erfüllt. In dem Papste Urban VIII. fand der Unmuth über den spanischen Beginn der Kriege um Mantua stärker als derjenige über den französischen Friedensbruch gegen Savoyen. Ähnlich erging es dem Kaiser bei den Kurfürsten des Reiches. Die Einbeziehung auf einen allgemeinen Reichskrieg zur Abwehr der Übergriffe Frankreichs fiel bei Maximilian nicht auf einen günstigen Boden. Er antwortete<sup>1</sup> am 16. Mai, daß er darüber mit dem Kurfürsten von Mainz vertraulichen Rath pflegen wolle. Die zwei Kurfürsten einigten sich zum Einspruch gegen eine Diversion vom Elsaß aus gegen Frankreich, weil sie einen Reichskrieg mit Frankreich nicht wollten.

Die Kriegesflamme loderte zunächst nur in Savoyen und den Ländern des unglücklichen Fürsten, der durch ein Wort an den Kaiser sie hätte abwehren können, der dagegen es vorzog dem Cardinal Richelieu zu vertrauen, nicht erkennend, daß dieser mehr Werth legte auf den sicheren Gewinn für Frankreich, als auf den möglichen Schaden des Herzogs von Mantua. Zugleich aber war der Cardinal Richelieu beflissen beizutragen, daß auch von einer anderen Seite her eine neue Kriegesflamme gegen den Kaiser sich entzünde.

Bis zum Ende des Jahres hatten die Verhandlungen zwischen dem französischen Gesandten Charnacé und Gustav Adolf nicht zum Abschlusse geführt. Die Willigkeit jedoch zum Geben auf der einen Seite, zum Annehmen auf der anderen, war da, es handelte sich nur noch um den Modus. Auch in Venedig blieben die Bemühungen des schwedischen Gesandten Niasch nicht ohne Erfolg. Je näher im Frühling 1630 die Aussicht auf den offenen Krieg in Italien rückte, desto lebhafter ward der Wunsch der Signoria in Venedig, daß der Kaiser nach allen Seiten hin verwickelt werde, und daß man darum trachten möge, den König von Schweden und die Unglückseligen um Rheine in die Waffen zu bringen."

Der Cardinal Richelieu gab diesen Wünschen bestimmteren Ausdruck. „Der Schwedenkönig," sagte er in Grenoble zu dem Bamberger Contarini, „ist bereit zum Eintritte in Deutschland. Er bedarf nur des Geldes, und auch dessen nicht einmal viel. Er verlangt jährlich

<sup>1</sup> Kriegstatten S. 83.

<sup>2</sup> Böhmer 298.

400,000 Rthlr gleich 1,200,000 Franken. Davon hat die Republik ein Drittel auf sich zu nehmen, der König zwei Drittel. Und dann verpflichten wir ihn zum Kriege im Reiche auf sechs Jahre. Das ist ein solches Geschäft.“<sup>1</sup> Der Venetianer fügte seinem Lobe der guten Absicht einige Worte des Bedenkens über die schwere Belastung der Republik bei. Richelieu dagegen fuhr heraus: „Das ist das übliche Verfahren der Republik, nicht einer Feige werth. Auch der König thut mehr als er kann und muß; denn jetzt ist die Zeit alles für alles aufzusetzen. — Um Eines jedoch bitte ich, das strengste Geheimniß. Denn was in Euerem Senate vorgeht, das weiß man aller Orten, und ich sehe nicht ab, wie Ihr jemals etwas Gutes ausrichten könnt. Es handelt sich dabei auch um mein persönliches Interesse, weil ich Cardinal bin. Ferner kann ich für die Signoria hinzufügen, daß das Geheimniß erforderlich ist in Rücksicht auf die Fürsten der Liga, welche es nicht wohl aufnehmen würden, daß Frankreich die Protestanten anreizt das Reich zu verwirren, während ich doch dies für das Beste von Allem halte, was unter den gegenwärtigen Umständen geschehen kann.“

Der Abschluß des Vertrages von Maurienne, durch welchen Frankreich und Venedig die vorgenannte Geldhülfe für den Schweden vereinbarten, verzög sich noch bis in Juli.<sup>2</sup> Nicht jedoch datirt von da an auch die Annahme von schwedischer Seite. Indem der Cardinal Richelieu bei dem Vertreter der Republik auf den Abschluß drang, gebrauchte er die Worte. „Ich habe den Willen des Königs von Schweden in meiner Hand.“<sup>3</sup>

So dachte es sich der Franzose. Etwas anders dachte es sich der Schwedenkönig.

## 7. Schwedische Verhandlungen in der ersten Hälfte des Jahres 1630.

Die Verhandlungen Gustav Adolfs mit einigen Großen seines Königreiches im Schlosse zu Upsala, im November 1629, haben uns gezeigt, daß sein Entschluß zum Offensiv-Kriege in Deutschland feststand. Die ihm fehlenden Mittel gedachte er von Frankreich zu erlangen. Als die Verhandlungen darüber mit dem Gesandten Charnacé, der dafür nicht beauftragt war, kein Ergebnis brachten, übertrug Gustav Adolf die Sache seinem Vertreter Cammerar im Haag, im December 1629. Bevor noch die Berichte über diese Vorgänge dem Cardinal Richelieu und seinem

<sup>1</sup> M. a. D. 305 un negozio sodale.    <sup>2</sup> M. a. D. 310.    <sup>3</sup> M. a. D. 307.

Könige hand wurden, entbanden sie, am 24. December 1689, an Charnacé, der sich auf der Rückreise in Dänemark befand, den Befehl, sich an dem Schwedenkönige zu begeben und mit demselben eine Allianz zu schließen, „ehrenhaft für Sr. Majestät, nützlich für dessen Verbündete und günstig in allem was möglich für die katholische Religion.“<sup>1</sup> Der König von Frankreich gab dem Charnacé den Auftrag,<sup>2</sup> dem Schwedenkönige zu sagen, daß „Sr. M., ebenso gerührt wie er von dem Jammer in Deutschland, und in ähnlicher Weise auch theilhaftig an der Eifersucht, nahe an seinen Grenzen die Macht eines Hauses emporzusehen zu sehen, welches nach einer Universal-Monarchie strebe, und dessen Herrschsucht keine andere Grenzen kenne als diejenigen eines starken und mächtigen Widerstandes“ daß also Sr. M. beizutragen wünsche, damit der Schwedenkönig eine Armee von 30,000 Mann Infanterie und 8,000 Reitern führen könne, um mit derselben die Freiheit der Fürsten u. s. w. des Reiches aufrecht zu halten.“ Das Geldangebot betrug die Hälfte jährlich dessen, was die Schweden von Charnacé verlangt hatten. Es folgte die Bedingung, daß das Besitztum der Liga, namentlich des Kurfürsten von Bayern, nicht angetastet, und daß in den mit Güte oder Gewalt eingenommenen Ortschaften der Stand der Religion nicht verändert werden dürfe, vielmehr die öffentliche Übung der katholischen Religion auch da gestattet werden solle, wo sie es früher nicht war.

Diese Bedingungen standen also in scharfem Gegensatz zu dem schwedischen Plane des unbedingten Religionskrieges.

Der Befehl erreichte den Herrn von Charnacé in Elsende, am 22. Januar. Auf die Meldung des erhaltenen Befehls zur Umkehr nach Schweden an Gustav Adolfs schickte ihm dieser der Carl Bonier entgegen, um ihn voranz zu vernehmen was Charnacé bringe.<sup>3</sup> Der Bericht Boniers hob nicht den Eifer des Schwedenkönigs. Es vergangen Wochen, bis Bonier zu Charnacé zurückkehrte, und ihn dann nach Wetterås führte, wo Gustav Adolf sich befand. Dort gab er dem Franzosen wiederholt längere Audienzen.<sup>4</sup>

Nach dem Berichte darüber von französischer Seite<sup>5</sup> malte Charnacé in berechneten Worten dem Schwedenkönige die glänzenden Aussichten aus, die seiner in diesem Kriege hatten. In Deutschland erscheine man ihn wie einen Messias. Er allein werde die Ehre, den Ruhm und den

<sup>1</sup> Richelieu, mémoires VI, 206.

<sup>2</sup> N. a. D. 397.

<sup>3</sup> N. a. D. 399.

<sup>4</sup> N. a. D. 400.

<sup>5</sup> N. a. D. 402.

Vortheil dieses Krieges haben, und der König von Frankreich nur die Befriedigung, einen besonderen Freund in der Welt hochgeehrt zu sehen, und im Glanze zu sein, wenn der Schwede die Kaiserkrone von Ost-Italien erstreben wolle, ihm dabei zu helfen. Denn zwischen ihnen beiden als weit entlegen von einander, könne Eifersucht und Mißtrauen nicht aufkommen.

Die Antworten des Schweden waren köhlte. Auf eine Einladung, sagte er, die er dem Kurfürsten von Sachsen über seine Absichten habe machen lassen, habe Johann Georg geantwortet, daß er vermöge seines Adels für den Kaiser mit aller Macht einem schwedischen Angriffe entgegenzutreten werde. Rauschend die Liga würde voran sein gegen ihn, und Tilly habe das wiederholt öffentlich erklärt. Auch dürfe man dem Könige von Dänemark nicht trauen. Charnacé suchte alle Gründe zu widerlegen. Namentlich von der Liga sei nichts zu befürchten. Das Mißtrauen der Kaiser selbstem gegen den Kaiser sei so hoch gestiegen, daß jeder Einzeln die Erniedrigung des Hauses Oesterreich wünsche. Außerdem habe der Kurfürst von Bayern noch seine besonderen Gründe, die ihn abhalten würden, dem König entgegen zu treten. „Ich sehe wohl,“ fiel lächelnd der Schwede ein, „daß der Bayer Ihnen sehr am Herzen liegt. Ich weiß, daß Sie im Namen des Königs bei ihm gewesen sind. Was er Ihnen gesagt, ist mir nicht bekannt, aber ich weiß von guter Hand und bitte es auch Ihrem Könige zu sagen, daß er Sie betrügt, und daß er sich nur so stellt mit uns gegen den Kaiser zu sein, um unsere Absichten zu erfahren und sie sogleich dem Kaiser zu hinterbringen. Zum Schluß erklärte ich Ihnen, daß alle die Vortheile, die Sie mir in Aussicht stellen, auch nicht vermögen werden, einen solchen Krieg mit einer geringen Hülfe zu unternehmen.“

Dennoch ließ dann Gustav Adolf seine Rache mit Charnacé weiter unterhandeln.<sup>1</sup> In einzelnen Punkten kam man einander näher. Charnacé gestand nämlich drei Tonnern Goldes zu. Die Schweden bewilligten die Neutralität für die Liga, versprachen auch in den genommenen Plätzen die dort bestehende Übung der katholischen Religion nach Maßgabe der Absatzgründe zu gestatten, nicht jedoch in den Orten, wo sie vorher nicht statt gefunden, damit sie nicht, wie sie sagten, ihren protestantischen Freunden Anstoß gäben. Der Zweck des Krieges solle allein die Herstellung der unterdrückten Fürsten sein.

Ungeachtet der Annäherung im Einzelnen wurde man nicht handels-  
ernig. Gustav Adolf meldete, am 17. März und wieder am 24., dem  
Ratler Oxenstierna die Urkunde, weshalb er abgedruckt.<sup>1</sup> „Erstlich,  
schreibt er, „sind drei Tonnen Geldes jährlich für uns nicht von solcher  
Bichtigkeit, daß wir darum uns auf den nutum und das arbitrium des  
Königs von Frankreich so hoch verpflichten, und auf jegliche Unterhand-  
lung mit dem Kaiser verzichten wollen. Ferner halten wir es nicht für  
rathsam, auf ein so geringes Angebot uns in einen so schweren Krieg  
zu stürzen, besonders da aus allen Reden der Franzosen heraus zu fühlen  
war, daß unsere Diversion in Deutschland ihnen dienen solle, für sich in  
Italien bessere Friedensbedingungen zu erlangen. Dann ist es ungewis,  
was von dem Dänenkönige zu erwarten. Er löst werden und trifft eine  
Reihe anderer Anstalten, die auf Krieg deuten. Dazu kommt, daß die  
Generalstaaten nicht bloß gar keine Neigung zu einem neuen Bündnisse  
beweisen, was doch im vorigen Jahre, sondern auch ungütige Beschwerden  
über unsere hohen Bölle an der Offize erheben und täglich steigern.  
Endlich sind wir mit Danzig noch nicht zum Abschlusse gelangt, und  
können nicht anders urtheilen als daß Dänemark und die Generalstaaten  
mit darunter spielen.“

„Aus allen diesen Gründen können wir zur Zeit es nicht für  
rathsam befinden, uns zu einem solchen Kriege zu verpflichten, sondern  
halten es für besser, die Verhandlungen mit den Kaiserlichen fortzu-  
spinnen.“ Dennoch befindet sich Gustav Adolf nach dem Abbruche mit  
Charnacé, in der zweiten Hälfte des Monats März in einem Zustande  
des Schwankens. — Es fragt sich daher zunächst um die von ihm er-  
wähnten Unterhandlungen mit den Kaiserlichen.

Die Blockade von Stralsund durch die Wallensteiner dauerte fort.  
Der Kaiser hatte wiederholt den Wunsch ausgesprochen, daß die Differenz  
mit Stralsund in ähnlicher Weise friedlich beigelegt werde, wie diejenige  
mit Magdeburg. Es findet sich nicht, daß Wallenstein im Jahre 1629  
einen Schritt in diesem Sinne gethan. Auch lag ja in Stralsund die  
Sache völlig anders, weil dort nicht mehr der Rath in den wichtigsten  
Fragen die Entscheidung besaß, sondern der Schwedenkönig, welcher eben  
damit seine Beziehung der Bürgerschaft überlegen gemacht hatte. Erst  
im Beginne des Jahres 1630 ließ Wallenstein durch den Obersten

<sup>1</sup> Oxenstiernas brevveveling P, 567 und 572. Ark. I, 100 und 103.

Dergleichen Unterhandlungen mit der Stadt anknüpfen. Sie konnten bei der Lage der Dinge nicht zu einem Ziele führen.

Dagegen ließ unablässig auch der Herzog Bogislaw in Wien auf eine Entscheidung drängen. Ob man in Wien von dem großen Plane des Schwedenkönigs eine eigentliche Kunde hatte, wird an dem weiteren Verfolge der Dinge und Hater entgegen treten. Jedenfalls regte sich eine Besorgnis. Der Schwede stand mit Herrsmacht in Stralsund auf dem Reichshofen, war also thätlich aggressiv. Der Kaiser hatte das Recht, Waffengewalt mit Waffengewalt zurückzuschlagen. Aber das wäre offener Krieg gewesen. Es kommt auf die eigenen Worte des Kaisers an, wie er darüber dachte.

Am 22. Januar 1630 schreibt er an Ballenstern: „Man wissen D. K. am besten, daß wegen Stralsund mit Schweden einen Krieg anzufangen und zu führen, darum vornehmlich wo nicht sehr gefährlich, doch ganz unnützlich sei, insofern wir weder Gelegenheit noch Mittel haben, an dem von ihm inne habenden Königreich und Ländern etwas zu gewinnen, wohl aber zu besorgen, daß durch ihn und seinen Anhang das Reich und unsere Erbkönigreiche und Länder in Gefahr und höchste Ungelegenheit gesetzt werden können. Hierum so haben wir Tr. Rhd. wohlmeinende Gedanken und Gutachten, bevor wir uns etwas Schließliches gegen den Herzog zu Pommeren Rhd. erklären, nochmals in Gnaden vernehmen wollen.“

In ähnlicher Weise wie der Herzog Bogislaw drängte in Wien auch die Hanse. Sie hatte, am 21. December/1. Januar, nach Wien hin die Bitte um die Aufhebung der Blockade von Stralsund eingesandt. Der Kaiser ließ dem General auch dies Schreiben zustellen, am 19. Februar, und that zugleich darüber seine Ansicht kund mit den Worten: „Wenn sich die gesammten Hansestädte gegen uns verbindlich machen und schriftlich versichern, daß nach erfolgter Abführung unserer Truppen wir uns eines feindlichen Einfalles von Schweden her oder von Andern nicht zu besorgen haben, sondern daß zugleich die schwedische Besatzung aus der Stadt abgeführt werden soll, und dann daß im anderen Falle auch sie selbst sich mit unserem Kriegsvolke zur Vertheidigung des Herzogthums Pommeren verbunden wollen: so fragt es sich, ob nicht darauf sicherlich zu vertrauen und in das Begehren der Hanse zu willigen sein mochte.“ Darüber soll Ballenstern sein Gutachten geben.

<sup>1</sup> Fragleden § 86.      <sup>2</sup> R. 1. C.

Noch bevor indessen dies Schreiben, welches, sochlich ohne Consequenz, geschicklich nur den Werth hat, die damalige Ansicht des Kaisers wieder zu geben, an Wallenstein gelangte, entstande dieser, am 20. Februar, an den Kaiser einen Bericht über einen Vorschlag des Dännekönigs.<sup>1</sup> Die Kriegseinstellungen des Schweden erregten die Besorgnis des dänischen Nachbarn. Er suchte abzuwenden. Auf seine Anfrage erhielt er von Gustav Adolf die Antwort, daß er gern die Beilegung der Mißstände sehen werde. Mit Berührung darauf schlug Christian IV., am 12/22. Januar, von Friedrücksburg aus bei Wallenstein eine gütliche Unterhandlung über Stralsund vor, und benannte Danzig als den Ort.<sup>2</sup> Wallenstein fügte seinem Berichte an den Kaiser seine Ansicht hinzu mit den Worten: „Euer K. M. Durch erfordert, wenn man die Sache zu gütlicher Composition bringen könnte, diese nicht abzulehnen.“ Er habe um sich, sagt weiter Wallenstein, keine geeignete Personlichkeit, schlage deshalb den Fürgrafen Carl Hannibal von Dohna vor.

Der Kaiser antwortete sogleich, am 25. Februar: „Wie wir unseres Ortes niemals irgend ein Mittel, das zur Beförderung des allgemeinen Wohlfandes, der Ruhe und des Friedens im Reich zuträglich und dienlich zu sein erachtet und gehalten worden, ausge schlagen haben: so nehmen wir auch dies gern an.“ Am selben Tage erging an Dohna der Auftrag sich bis Ende März in Danzig einzufinden, so wie die Vollmacht und Instruction für ihn.<sup>3</sup> In der letzteren heist es: „Demnach wir an den Angelegenheiten, welche der Stadt Stralsund von einer geraumen Zeit her zugefügt worden, niemals Gefallen getragen: so haben wir auch trübender Vaterlicher Wohlmeinung sowohl vor diesem als auch noch neuerlicher Zeit unsere Verordnung dahin gethan, damit diese schwebenden Differenzen nicht weniger als die mit der Stadt Magdeburg geschlichtet und in der Gütte gar wohl beigelegt werden mögen.“

Das Angebot von kaiserlicher Seite soll sein: Aufhebung der Blockade und Abführung des Heeres aus Pommern gegen die Abschaffung der schwedischen Besatzung in Stralsund. Der Gesandte soll weiter fragen: „was für Mittel sie alsdann uns vorschlagen, daß wir uns eines freundlichen Einfallens in das Reich von unseren Widersärtigen nicht zu besorgen oder zu gewarten haben. Weil daran sehr alles gelegen, so soll unser Gesandter diese Versicherung vor allen Dingen verlangen. Und

<sup>1</sup> K. a. L.    <sup>2</sup> K. a. D.    <sup>3</sup> K. a. D.

wes wir außer dessen sonst mit Schweden niemals in Ungutem etwas zu thun gehabt, viel weniger zu einem Kriege und Widerwilligkeit mit Wissen einige Ursache gegeben. so wollen wir uns hingegen versehen, es werde auch hinfürto haben verbleiben."

Auf die Anfrage Dohna, wie der Kaiser es mit dem Königsstiel für den Usurpator Gustav Adolf gehalten haben wolle, erhielt er am 25. März die Antwort: „Werder den Königsstiel bewilligen, als daran die gütliche Handlung verschlagen lassen."<sup>1</sup>

Auch der Kaiser theilte der Kaiserin die Instruction für Dohna mit. Sie antwortete, am 1/11 März, mit Dank für die friedlichen Intentionen. Sie meldete weiter Gustav Adolf habe ihr hand thun lassen, daß nach der Aussage kaiserlicher Officiere die Sache mit Stralsund gütlich beigelegt werden könne, und sie aufgefordert, zu diesem Zwecke sich auch an die Kurfürsten zu wenden. Sie habe dies gethan, und bitte nun den Kaiser zu beharren.<sup>2</sup>

Wie die Instruction für Dohna und die weiteren Äußerungen des Kaisers seinen Friedenswunsch unverkennbar darthun: so lassen sie andererseits ersehen, daß in Wien nur eine unbestimmte Besorgnis vor dem Schwedenkönige herrschte, nicht eine bestimmte Kunde seines Planes, wie sie den Häuptern in Varna, Venedig, dem Haag vorlag. Es geschah in denselben Tagen noch ein anderer Schritt, in welchem sich von kaiserlicher Seite nicht eine Kunde des Schweden ausgeprägt. In Anlaß des Stillstandes zwischen Schweden und Polen hatte der Kaiser an seinen Schwager von Polen die Bute gestellt, am 17 October 1629, daß das Reich und das Haus Oesterreich mit unbegriffen werde.<sup>3</sup> Sigismund III. sagte dies mit Eifer auf. Oxynterna berichtet,<sup>4</sup> am 16/26 März 1630, an Camerac, daß der König von Polen ihm durch den Kaiser, den Bischof von Lubek, bereits dreimal die betreffende Bitte ausgesprochen habe. Demnach durchschauten weder der Kaiser, noch der König von Polen, zu welchem Zwecke Frankreich und England diesen Stillstand so eifrig betrieben hatten. Im März bemühten sich um diesen Einschluß für den Kaiser und für Bayern auch der Kurfürst von Brandenburg und der Herzog von Pommern. „Es ist nicht schwer zu erkennen" schreibt spottend Oxynterna, „worauf das hinaus soll. Sie wollen Stillstand für Stralsund und haben noch Anderes im Sinne. Ich

<sup>1</sup> N. a. D. S. 87.    <sup>2</sup> N. a. D. S. 87 und 88.

<sup>3</sup> Extracte aus dem Acten ufw Nr 138.    <sup>4</sup> Röler VI, 148



glaube wohl, daß die guten Mörter und Pommern ihre Krankheit fühlen; aber sie erkennen sie nicht und wissen keine Heilmittel dagegen. Es geschieht ihnen nur häufig den Fieberkranken, daß sie von Hitze sich von einer Seite auf die andere wälzen und doch vergeblich Linderung suchen."

Das geringere Kunde jedoch in Wien von den eigentlichen Absichten des Schweden ist wunder auffällig als das Verhalten des kaiserlichen Feldherrn Wallenstein. Seine Briefe an Arnim beruht im Herbst 1627 haben gezeigt, daß er den Schwedenkönig durchschaute, daß er einen Ausbruch desselben in das Reich voraussah. Er selber hatte dann diese Gefahr gesteigert durch den unberechtigten und thörichten Angriff auf Stralsund. Er sah vor Augen, daß der Schwedenkönig die Stadt Stralsund zu einem Wasserplatze und Ausfallsthore in das Reich machte. Er erhielt im Herbst des Jahres 1629 eine Reihe von Warnungen vor dem Schweden. Er rieth unablässig ab von dem Kriege in Italien, und er konnte und mußte wissen, daß, wenn es nur von dem Kaiser abhing, der Friede dort in sicherer Aussicht stehe. Und eben damals, wo der Franzose Charnacé sich in Schweden befand, und wo die Frage nach dem Zwecke des Vorstoßes jedem Politiker nahe lag — eben damals machte sich dieser kaiserliche Feldherr aus dem bedrohten Theile des Reiches auf nach Böhmen, mit der weiteren Absicht von dort sich nach Remmungen in Schwaben zu begeben. Das Verhalten des Feldherrn, der nicht nach einem Befehle des Kaisers, sondern nach eigenem Ermessen handelte, konnte bei dem Vertrauen auf seine Einsicht in Wien eine Besorgnis vor dem Schweden nicht füren, sondern mußte sie schwächen.

Dazu nun trat für den Kaiser, vom Februar an, die Aussicht auf die Unterhandlung, welche Christian IV. mit der Zustimmung Gustav Adolfs in Danzig vorge schlagen. Vom Ende des Monats März an befand sich Tönnis in Danzig. Er wartete ab, den Monat April hindurch. Es kam kein Schwede, auch kein Däne. Dagegen umschwirren ihn Kriegsgesichte. Am 20. April meldete er<sup>1</sup>: in Danzig sage man, daß der Schwede inzwischen in Stralsund anlangen und alsbald einen Versuch auf die Insel Rügen machen werde. Am 1. Mai meldete er nach Wien, daß noch kein anderer Gesandter da, und fragte an, was zu thun.<sup>2</sup> Erst dann erfuhr er, daß auf die Anregung Wallensteins Christian IV.

<sup>1</sup> Kriegsbuch S. 87.    <sup>2</sup> H. u. D.

und Gustav Adolf den Termin bis Ende April hinauszuschieben hätten. Entschreiben hatte also Dohna sich noch zu gedulden.

Am 24. März/3. April hatte Gustav Adolf, nach dem Abbruche mit Charnacké, an Oxenstierna gemeldet, daß er schwankend geworden sei und darum die Verhandlungen mit den Kaiserlichen fortspinnen wolle. Er legt dem Kanzler die Frage vor,<sup>1</sup> ob nicht unter den Umständen, wo die Verhandlungen mit Danzig über den zu erhebenden Zoll noch nicht zum völligen Abschlusse gekommen, es eine gute Gelegenheit sei, die Stadt zu belagern.

Zur selben Zeit jedoch gingen die Schweden von Stralsund aus im Pommeren bereits thätlich vor. Jene Gerüchte, die Dohna in Danzig vernahm, waren nicht unbegründet. Am 4/14. April meldete der Oberst Kessle aus Stralsund an Oxenstierna, daß er sich einer Schanze auf der Insel Rügen bemächtigt habe.<sup>2</sup> Er versicherte weiter, daß, wenn von der Besatzung in Stralsund nur ein Paar tausend Mann zu entzihen wären, er damit sich der ganzen Insel Rügen bemächtigen würde. — In diesem Berichte Kessles zuerst tritt uns in auffallender Weise sowohl eine große Nachlässigkeit als eine geringe Kraft des Widerstandes der Wallenfleiner entgegen.

Es ist möglich und wahrscheinlich, daß die Berichte dieser Art — denn nach dem Inhalte desselben sind andere ähnliche schon vorangegangen — beigetragen haben, den Entschluß Gustav Adolfs wieder zu festigen. Demals erst war an ihn das Antwortschreiben der Kurfürsten auf seine Beschwerde vom 25. April des Jahres zuvor gelangt. Er erwiderte darauf am 7/17. April.<sup>3</sup> Er beklagte sich zuerst, daß die Kurfürsten ihm nicht den Titel gegeben, „welchem wir allein von Gott und unsern Vorfahren empfangen, nun in die zwanzig Jahre gewöhnlich erhalten, und noch bis in den Tod befähigt zu defendiren gesonnen sind“. Er beklagt sich weiter, daß die Kurfürsten seinen Wunsch, friedliche Mittel vorzuschlagen, nicht erfüllt haben. Auf die Anregung des Dänenkönigs, heißt es dann, habe er sich zu einer Friedenshandlung in Danzig verstanden; aber dort wolle man ihm gleichsam einen Dunst vor die Augen machen. Darum würden es ihm die Kurfürsten nicht verdenken, „wenn wir uns nun in andere Wege besser versehen und gewisser versichern thun wider diejenigen Abler, die uns vergangenes Jahr in Preußen angeschlossen und

<sup>1</sup> Archiv I, 104.<sup>2</sup> Archiv II, 11.<sup>3</sup> Soubots IV, 77.

alles Leid anzuthun vermeinet. Bei diesem unserm Vorhaben wollen wir dennoch stets dahin trachten, wie unsere Freundschaft allseits erhalten und dadurch nicht getrennt werden möge."

Dies alles zuerst liegt nicht eine eigentliche Kriegserklärung im Sinne des Völkerrachtes, aber doch die Absicht des Schweden, den Kaiser mit Krieg zu überziehen, offen ausgesprochen vor.

Am nächsten Tage, dem 2/12 April, meldet Gustav Adolf dieselbe Absicht seinem Kanzler Oxenstierna in Elbing, jedoch mit einem anderen Worte.<sup>1</sup> „Wol ich zur Genüge sehe, daß nunmehr, besonders seitdem ich durch die neuen Anverbanen mit vielen Kriegsvolk beauftragt bin, die deutsche Expedition notwendig vorgenommen werden muß, so habe ich auch dem Secretar Grubbe zum Berichte an Sie abgesandt."

Die Instruction für Grubbe ist umfassend, sowohl in einzelnen militärischen Fragen, als in der gesamten politischen Haltung. In der ersten Beziehung handelt es sich namentlich darum, ob Oxenstierna durch Geldzahlung es möglich machen könne, die deutschen Ritter aus Preußen nach Pommern zu entziehen. In der Erörterung des großen Planes zum Eintritte in Deutschland setzt Gustav Adolf bei dem Kaiser eine tiefere Kenntnis voraus, als sich aus dessen Instruction für Lohna und sonst ergibt. Denn diese Instruction betrifft nur Stralsund, und im Ubrigen meinte der Kaiser, wie seine Worte lauten, „in Ungutem mit dem Schweden nichts zu thun zu haben". Gustav Adolf dagegen meint, daß der Dänekönig von dem Kaiser völlig gewiss sein könne, um ihm, dem Schweden, entgegen zu treten. Er erwägt daher, ob es zweckmäßig sei, vor dem Eintritte in Deutschland von dem Dänen die Versicherung zu fordern, daß er sich nicht theiligen wolle, und ob, im Falle der Weigerung, er, der Schwede, ihn nicht für Feind erklären und sofort mit voller Kraft sich auf ihn werfen solle, während man noch mit dem Kaiser unterhandle, zumal da ja auch dann der deutsche Krieg von Dänemark aus bequemer als anderswo geführt werden könne. — Aber Gustav Adolf war doch auf den dänischen Vorschlag der Tractaten mit dem Kaiser bereitwillig eingegangen. „Diese Tractaten," sagt weiter die Denkschrift, „hat der König vornehmlich aus zwei Gründen lebhaft gesucht. Zuerst weil, wenn einmal die Tractaten angepönnen, man auch Mittel finden könne, um je nach dem Stande der Dinge mit guten

<sup>1</sup> Archiv 1, 102. Auch in Oxenstiernas brevtydning I, 577

Bedingungen ohne Willkürigkeit herauszukommen. Der andere Grund ist die Absicht, dadurch den Gegner in Ungewissheit und in seinen Vorbereitungen zum Widerstande nachlässig zu erhalten.“ — Dieser zweite Grund herrscht also von da an vor: der nach Danzig hin angesetzte Congress ist nur noch auf Täuschung berechnet. Bei diesen Entwürfen beschränkt der Blick des Schwedenkönigs sich nicht auf Deutschland, noch auf Dänemark. Er wißt, daß sein Vetter Sigismund von Polen so hinfällig wird, daß sein Leben nicht mehr lange dauern kann. Deshalb soll der Kanzler Osnisterna das Fundament zu legen suchen, daß vor Andern Gustav Adolf als Thronkandidat in Polen angesehen werde. Osnisterna soll dabei auch die Unterredungen zu Rathe geben, die der Gesandte Paul Strömburg mit dem neuen Fürsten Georg Rakoczyn von Siebenbürgen darüber gehalten. Es folgen noch eine Reihe einzelner Anweisungen. Wenn Osnisterna dadurch nicht das Ziel selbst erreiche, so werde er doch Parteilungen in Polen erregen, zur größeren Sicherheit für Schweden. — Der ganze Gehalt ist nicht eine vorüber gehende Regung bei dem Schweden, sondern wird von ihm, wie spätere Thatfachen ergeben, folgerecht festgehalten.

Indem also der Entschluß Gustav Adolfs zum Einbruch in Deutschland sich wieder kräftigte, erging an die schwedischen Agenten in Deutschland der Befehl,<sup>1</sup> die Fürsten von Mecklenburg, Pommern, Rügenburg und alle Andern im Reich, so wie die Städte Lübeck, Hamburg, Bremen, Rügenburg, Stettin und andere aufzufordern, daß sie heimlich an den Schwedenkönig den Rath und die Bitte schreiben, sich ihrer Sache anzunehmen und mit gewaffneter Macht nach Deutschland herüber zu kommen. „Ihr könnt selber wohl ermessen,“ heißt es weiter für die Agenten, „wozu solche Briefe künftighin nützlich sind, es geht uns wohl oder — was Gott verhüte — übel.“ — „Wer Ihr dürft nicht sagen, daß der König wohl dazu könne bewegen werden, wo sie Solches begehren um ihres eignen Besten willen.“

Es liegt nicht vor, daß irgend ein deutscher Fürst, oder eine Corporation, oder auch nur ein Einzelner eine Bitte an den von dem Schwedenkönig gewünschten Sinne an ihn gerichtet hat.

Eben so ließ er den Bürgermeister von Stettin, Friedeborn, auf-  
fordern: er möge die Stadt Stettin und mehrere pommersche Landstände

<sup>1</sup> Archiv II, 13.

ermahnen, daß sie schriftlich ihn um seine Überkunft bitten sollten.<sup>1</sup> — Es wird nicht berichtet, daß eine solche Mahnung, wenn anders sie geschehen ist, einen Erfolg gehabt habe.

Auch die Herzöge von Mecklenburg zeigten sich nicht willig. Im Betreff ihrer lautete die Instruction:<sup>2</sup> „Da die Herzöge von Mecklenburg sich entschuldigen, nicht irgendwelche Armeen aufstellen oder ihre Sache zur Zeit in Gefahr setzen zu können in solcher Weise, wie es der König durch die Denkschrift Behre verlangt: so sollt Ihr darauf sagen, daß dies auch nicht die Absicht des Königs gewesen ist, sondern da der König meint, daß sie sonst an allen andern Mitteln für ihre Herstellung zweifeln, so sollen sie jetzt das Äußerste mit den Waffen versuchen, nicht so sehr für ihre Personen, als daß sie die Mecklenburgischen und andere Stände dazu aufzumuntern, daß sie bei Zeiten an ihre Freiheit denken.“ — Auch dies ist nicht geschehen. Weder die Mecklenburgischen, noch andere Stände hoben damals in Waffen sich erhoben.

Unterdessen sah Dohna in Danzig, der andern Gesandten harrend. Die Instruction für Strömbe an Orensterna hat uns gezeigt, welche Absichten Gustav Adolf bei diesem Friedenscongresse hatte. Aber auch die Dänen trafen erst am 2/12 Juni ein. Sie meldeten ihre Ankunft nach Alburg an Orensterna. Er antwortete, die schwedischen Gesandten seien schon längst bereits auf der See; jedoch wisse er nicht, ob ein Unwetter sie abhalte.<sup>3</sup> — Die Antwort erschien dem Grafen Dohna wie ein Schimpf und eine unthunliche Verzögerung. Er erklärte den Dänen, wenn nicht die Schweden binnen zwei oder drei Tagen kämen, so sei er nicht gesonnen, länger zu bleiben. — Die Dänen batem ihn, noch abzuwarten: es liege ja doch der ganzen Christenheit daran. Sie fragten wieder bei Orensterna an: wer die schwedischen Commissäre seien. Orensterna erwiderte: er selbst und einige Andere, die er erwarte. Doch bitte er um die Bestimmung eines andern Ortes; denn nach Danzig getraue er sich wegen des unändigen Gebels nicht hinaus.

Auf die Antwort sprach Dohna nach Wien hin seine Ansicht aus: Orensterna wolle die Sache hinhacken bis nach der Ernte. Der Gedanke, daß inzwischen Gustav Adolf handeln werde, kommt nach den Berichten Dohnas noch sogar im Juni nicht auf. Doch hat er den Kaiser um Resolution über sein Verbleiben. Entschieden also beharrte er in Danzig.

<sup>1</sup> A. a. O. 14.<sup>2</sup> A. a. O. 15.<sup>3</sup> Fragebogen S. 68.

### 8. Schwedische Verrichtungen zum Einbruche in Deutschland.

Am 13. April *A. St.* ergingen die Befehle Gustav Adolfs an die Obersten der Reiterregimenter, sich bis zum 15. Mai *A. St.* mit ihren Truppen in den Pforten Calmar, Wetterik, Norra- und Öderlöping einzufinden.<sup>1</sup> Der gemeinsame Sammelplatz aller Truppen und Schiffe war der Hafen Wismar.<sup>2</sup> Sogleich nach Pfingsten sollte der Ausbruch stattfinden.<sup>3</sup> Zugleich sandte Oxenstierna aus Straßburg die dortigen Truppen unter dem General Teuffel.<sup>4</sup> An den Marggrafen Christian Wilhelm, der sich in Hamburg befand, erging die Mahnung, sein Miß nicht aus der Hand zu lassen, sondern sich der Stadt Magdeburg zu bemächtigen.<sup>5</sup>

Bevor Gustav Adolf von Stockholm aufbrach, berief er am 19. Mai *A. St.* die dort anwesenden Reichsstände vor sich, stellte ihnen seine fünfjährige Tochter Christina als die Erbin des Königreiches vor und nahm Abschied. Aus seiner Rede werden von einem schwedischen Historiker die folgenden Worte<sup>6</sup> angeführt: „Da wohl Mancher sich einbilden mag, daß wir diesen Krieg ohne gegebene Ursache und aufstärken so nehme ich Gott den Allerkhöchsten, in dessen Angesichte ich hier sitze, zum Zeugen, daß ich Solches nicht aus eigenem Gefallen oder Kriegeslust unternommen, sondern dazu seit mehreren Jahren auffallende Ursache habe, meist darum daß unsere unterdrückten Religionsgenossen mögen von dem papstlichen Joche befreit werden, was wir auch mit Gottes Gnade hoffen ausführen zu können.“ Noch einigen weiteren Reden an die einzelnen Stände schloß Gustav Adolf mit einem Gebete aus dem neunzigsten Psalm.

In derselben Stelle sprach vierzehn Jahre später der Kanzler Oxenstierna, der Vertraute Gustav Adolfs, die Worte<sup>7</sup>: „Kommern und die Seelüste sind gleich einer Posten für die Krone Schweden, und darin besteht unsere Sicherheit gegen den Kaiser. Das war die vornehmste Ursache, welche die selige Majestät in die Waffen brachte.“

Der Eingang jener Rede des Schwedenkönigs deutet an, daß ihm einige Misstrimmung im Lande über diesen abermaligen Krieg nicht verborgen geblieben war. Drei Tage vor jener Rede meldet Gabriel Oxenstierna<sup>8</sup> seinem Bruder, dem Kanzler: „Ich muß wohl eingestehen, daß

<sup>1</sup> Archiv I, 122.    <sup>2</sup> *E. u. O.* 132.    <sup>3</sup> *E. u. O.*    <sup>4</sup> *E. u. O.* 134.

<sup>5</sup> Geijer III, 160. Ebenfalls so hat Hr. von U. angeführte Worte nicht.

<sup>6</sup> Geijer III, 88. Sgl. *Wien* I, 348.    <sup>7</sup> *Uppsala* I, 106. Sgl. 111.

das Land von Kruten so entblößt ist, daß ein großer Theil desselben öde liegt. Ich will nicht einmal Humland nennen, wo mehr als die Hälfte ausgestorben ist. Die Armuth des Landes ist auch sehr so groß, daß die Bewohner von Ost- und West-Gothland und von Smoland sich zum Theil von Baumrinde und Fischen nähren, und es will gar nicht besser werden. Auch darf von ihrer Armuth nicht gesprochen werden, so daß es wohl zu wünschen wäre: Gott möge unser Land vor Unglück und innerer Zerstörung bewahren. Wir haben große Noth.“ Einige Wochen später schreibt derselbe Oxymerus: „Das Land ist zur Extremität gelangt, was auch vielfach seinen Grund hat, daß laut des Getreideverbotes die eine Provung der andern nicht ausbelfen darf. Gott verhüte, daß ein hartes Jahr komme in solchem Falle wäre für dieses Land das Schlimmste zu beorgen.“

Der Schwedenkönig begab sich nach Uppsakken. Dort traten vor ihn drei Gesandte des Herzogs und der Landstände von Pommern und baten um Neutralität.<sup>1</sup> Der Schwede antwortete: „Weil es nunmehr dahin gekommen, daß ich meiner eignen und der allgemeinen Sicherheit halben dem Feinde begegnen muß, so weiß ich nirgends mit besserem Zug und Recht zu landen als in Pommern. Ja ich habe genagiam Ursache, das Pommerland nicht so gar höflich und durchaus wie ein Freund zu behandeln, zumal da der Herzog und die pommernische Landschaft wie sie seit einiger Zeit mit Noth und That sich benommen, und zu der ganzen Ostsee, besonders aber Schwedens Schaden und Nachtheil sich verhalten. Solches wohl verdient und verschuldet haben.“ Er ging dann in eine Reihe von Einzelheiten ein und schloß mit der Forderung einer Erklärung, ob sie ihm, der durch Gottes Gnade ihnen helfen wolle, mit Noth und That beistehen, oder der Gegenpartei, welche sie zugleich um das zeitliche und ewige Heil zu bringen gedente, fernst anzuhängen gesinnt seien.

Die pommernischen Gesandten suchten die Anschuldigungen der Reihe nach zu widerlegen. Auf die Forderung einer Erklärung antworteten sie: Fürst und Land seien dem Kaiser mit Eidspflichten zugeban, konnten daher sich nicht in ein Bündnis wider ihn einlassen. Sie baten um Neutralität.

„Diesem Begehren,“ sagt der schwedische Bericht, „begegnete der König nervose, und remonstrirte ihnen ihren Unfug.“ — „Ich habe,“

<sup>1</sup> Usterlitz 60. Ich habe die oben erwähnte indirecte Rede in direct um, mit Änderungen.

heißt es in seiner Rede, „desto mehr Ursache an Euch mich zu rächen, je mehr Ihr erklart, dem Kaiser als Eurer höchsten Obrigkeit zu meinem Nachtheil verbunden zu sein. — Ich finde keine Ursache, in eine Neutralität für Euch zu willigen. Mag der Eine oder der Andere in Jalousie oder ungleiche Gedanken über meine Handlungen gerathen, so muß ich das geschehen lassen: doch ich aber, bei der Unbeständigkeit des gemeinen Völkels oder der angewissnen Fälle des Krieges, meine und der Meinigen notwendige Versicherung hintersehen solle, lauft aller Kriegstraison zuwider. Neutralität mag anderswo üblich sein. Wie immer dem sei, so seid doch Ihr Pommeru einiger Commiseration nicht würdig, so lange Ihr Euch vernehmen laßt, meinen Feinden zugethan und verbündlich zu sein. Dazu auch habe ich den Krieg nicht allein zur Herstellung meiner Freunde und Blutsverwandten, sondern auch zu meiner eigenen Sicherheit unternommen. Pommeru hat meine Feinde aufgenommen und legt sie noch bis auf diesen Tag, zu meinem und der Oeffen verfluchten Nachtheile. In Pommeru sind nicht allein alle feindliche Anschläge wider mich gleichwie in einer Werkstatz geschmiedet, sondern auch der Feind mit Proviant, Geld, Wettehr und anderem Kriegesgeräth wider mich und mein Königreich ausgerüstet. Darum erfordert meine und meiner Unterthanen Sicherheit, dies Land dem Feinde abzubringen und ihm solche Mittel zu benehmen. Geschieht darüber dem Herzog und den Rathsständen von Pommeru Schaden und Ungelegenheit, so habt Ihr, weil Ihr Euch das Unglück über den Hals gezogen, es Niemandem zuzumessen als Euch selbst. Jedoch trage ich mit Euch ob Eueres angestandenen Uebels ein christliches Mitleiden, und bin erbötig, wenn Ihr mir gutem Rathe folgen wollt, Euch fernet nicht zu beschweren, sondern zu erleichtern. Ihr seht jedoch ist darüber nicht etwas Gewisses zu schließen, sondern erst, wenn ich in Pommeru and zur Stelle bin.“ — Damit wurden die Gesandten entlassen.

Vom 2/12 Juni an lag die Flotte im Hafen von Elsanabben segelfertig.<sup>1</sup> Dennoch überkam dann wieder der König ein Schwanen. Er schreibt an Ogensternua<sup>2</sup>. „Unser Befehl die Dantziger nicht zu offenbieren, entspringt aus dem Grunde der Besorgtheit der Dinge hier, die ich so bestude, daß je weniger Feinde wir haben, desto besser. Denn es geht hier alles so beschwerlich zu, daß uns selber die Lust zu diesem

<sup>1</sup> Ogensternuas briefwechseling I<sup>o</sup>, 600.

<sup>2</sup> M. a. O. 612.



Kriege schwundet. Bohm wir uns umsehen, da finden wir so starke Untreue, daß wir uns nicht genug verwundern können. Officere nehmen dabem die Musterung vor und berechnen das Geld für volle Regimenter. Kommen sie an die See, so sind, statt zwölfhundert, kaum achthundert Mann im Regimente. Diejenigen, welche Mittel im Händen haben, unterschlagen. Bohm wir bilden eine Beschwerte über die andere. Wenn das Glück uns in Deutschland auch so widerwärtig wäre, daß wir dazu auch noch Schaden erlitten, so wäre die Sache nicht ohne Schwierigkeit. Deshalb erscheint es mir nicht unarathsam, daß, wenn Ihr einen rechtschaffenen Accord mit dem Kaiserlichen erlangen könnt, besonders mit dem Behalten der Stadt Stralsund für unsere Sicherheit, Ihr dies thun mögt. Wollt also die Tractaten nicht abbrechen, sondern im Gange erhalten, damit wir immer unsere Entschlüsse lassen können je nach den Umständen.“

Die schwedischen Gesandten zu dem Friedenscongresse in Danzig hatten lange auf sich warten lassen. Erst am 6/16. Jun. meldete Gustav Adolf an Oxenstierna ihre Abfertigung.<sup>1</sup> Der Titel des Schriftstücks, mit welchem sie entsendet wurden, lautete: „Instruction für die Friedenshandlung mit dem Kaiser in Danzig.“<sup>2</sup> Sie ist in zwanzig ausführlichen Artikeln so gehalten, daß sie den Stoff geboten hätte für eine Verhandlung langer Jahre. Aber die Gesandten gingen damit nicht nach Danzig, sondern nach Elbing zu Oxenstierna. Von da aus thaten sie den Dänen in Danzig kund, daß sie eben so wenig wie Oxenstierna sich nach Danzig begeben, sondern die Dänen in Elbing erwarten würden.<sup>3</sup> Die Dänen antworteten, daß ihre Bestimmung auf Danzig laute, daß sie jedoch um des Friedens willen erbotig seien, sich nach Wetzau zu begeben, einem kleinen Orte im Danziger Gebiet. Die Schweden entgegeneten, daß sie das Gebiet der Stadt Danzig nicht betreten würden. In diesem Falle blieb alle Unterhandlung stehen. Oder richtiger stehende, Oxenstierna, der aus den dänischen Berichten wußte, daß die Instruction Dohnas nicht auf die Gewährung der Stadt Stralsund für den Schwedenkönig lautete, benutzte diesen Fall, um hinzusetzen:

Nach dem noch, im Juni und Juli, scheint Dohna die Trogworte der schwedischen Entwürfe nicht erkannt zu haben. Er war eher geneigt, das hochschwebende Benehmen der Schweden ihrem Streben beizumessen:

<sup>1</sup> N. N. D. 617

<sup>2</sup> N. N. D. 668

<sup>3</sup> Augustin 2. 62.

„von den Dänen eine Submission zu extorquieren, weil zwischen beiden Nationen ein naturale odium bestehe“. — Dann jedoch schloß er seinen Bericht mit den Worten. „Da ich ohne Schaden der Reputation Car. R. M. hiet nicht verweilen kann: so bin ich mit den Dänen übereingekommen, daß wir, wenn nicht binnen drei Tagen andere Befehle eintreffen, abziehen werden.“<sup>1</sup>

Noch bevor der Kaiser, damals bereits in Regensburg, diesen Bericht erhielt, schrieb er, am 28. Juli, an Coburg: „Wiewohl kein Zweifel obwaltet, daß der Schwede nur Zeit hat gewinnen wollen: so befinden wir doch unratksam zu sein, wollten es auch ungern sehen, daß unsererseits zu einem Bruche auch des Ortes halber zuerst Ursache gegeben oder der Anfang dazu gemacht wurde. Wir wollen also auch wegen der Wahlstatt nicht difficultiren.“

Dennoch meinte selbst damals noch, gegen das Ende des Monats Juli, der Kaiser Ferdinand II., daß der Krieg mit dem Schweden vermieden werden könne, und ging, um vor Gott und der Welt frei zu bleiben von dem Vorwurfe der Schuld an einem neuen Kriege, bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit.

Und doch rollten damals schon seit Wochen die eisernen Würfel des Krieges über das schwer heimgesuchte Pommerland.

Das Schwanken Gustav Adolfs in Elfsnabben scheint nicht lange gedauert zu haben. Dagegen that er einen andern merkwürdigen Schritt. Am 9/19 Juni erließ er eine Rundmachung an das schwedische Volk, des folgenden Inhaltes.<sup>2</sup> „Der Reichstag von 1629 hat zwei Aushebungen bewilligt. Die zweite steht jetzt bevor. Indem wir aber und wohl bedenken, daß sie nicht wegen Landesnoth erforderlich, auch ohne große Beschwerde unserer Unterthanen nicht geschehen kann: so haben wir in königlicher Gnade ermogen, wie wir alle unsere getreuen Unterthanen und besonders die Landbevölkerung von der bevorstehenden Aushebung befreien könnten. Wir haben endlich für dies Mal kein besseres Mittel gefunden, als das schwedische Kriegsvolk daheim im Königreiche zu belassen und gegen die Feinde desselben eine Armee von Fremden zu führen. Weil aber der Unterhalt des fremden Volkes in Feindesland schwere Kosten erfordert, und die Mittel in unsern Händen dafür zu gering sind: so haben wir auf das Gutachten unserer Räte Einige aus der

<sup>1</sup> M. a. D. Vom 28. Juli.<sup>2</sup> M. a. D.<sup>3</sup> Arkiv I, 155.

Mitternacht, der Beschlissen, der Bürgerschaft hieher befohlen. Sie sind sämtlich der Meinung, daß es dem Volke besser und erträglicher sein werde, uns und der Krone zur Ausrüstung und zum Unterhalte der Fremden eine Summe Pfenninge oder deren Werth in Waren zu geben, als daß eine ausgehobene Mannschaft den Feinden des Königreiches unter Augen gehe. Wir haben uns dem unterthänigen Vorschlag in Gnaden so weit gefallen lassen, daß wir einige getreue Mäner ausgesendet haben, dies Allen kund zu thun.“ Der Antrag war: entweder drei Tausen Thaler oder das Äquivalent in Geld für Jeden, der in Zukunft conscriptionspflichtig werde. — Die Gründe, weshalb Gustav Adolf gewordene Mannschaft vorzog, haben wir schon früher (in Band I S. 338) kennen gelernt. Die Zahl der Truppen, mit welchen er hüber zu setzen gedachte, belief sich auf 10,000 Mann Infanterie und 2500 Reiter, unter denen also, gemäß jener Darlegung, ein verhältnismäßig geringer Theil aus National-Schweden bestand.

Für eine Reihe von Tagen blieb der Wind so ungünstig, daß die Abfahrt nicht gewagt werden konnte. Unterdessen verzehrten sich die Lebensmittel. Vom 10./20. Juni an ergingen die Forderungen Gustav Adolfs an die nah gelegenen Städte zur Lieferung von Brot und Bier.<sup>1</sup> Sie wurden täglich dringender. Am 17./27. Juni, wo die Flotte unter Olund lag, erging an die Bevölkerung dieser Insel nicht mehr eine Mahnung, sondern eine Drohung.<sup>2</sup> „Es ist mit der Noth dahin gekommen, daß wir entweder den jämmerlichen Untergang dieses Kriegsvolkes vor Augen sehen, oder nach Schweden zurückkehren müssen. Dies kann nicht geschehen ohne unseren und des Königreiches höchsten Schaden und Unreute, und würde für Euch, die Ihr zunächst sitzt und, wenn das Foll und Land früge, zuerst entgelten müßtet, zum gewissen Untergange und unvermeidlichen Verderben gereichen. Denn dies fremde unbändige Kriegsvolk würde von Überfall und Landverderben nicht wohl abgehalten sein. Es gibt keinen anderen Ausweg, als daß Ihr sammt und sonders alle Lebensmittel, die Ihr beschaffen könnt, zur Flotte bringt.“

Gegen Ende Juni wandte der Wind sich günstiger. Die schwedische Flotte hüllte die Küste und flusswärts der pommerischen Küste zu.

Gustav Adolf erließ nicht eine Kriegserklärung im völkerrechtlichen Sinne. „Mit jenem Schreiben an die Kurfürsten, vom 7./17. April“ — sagt der schwedische Historiograph Chemnitz<sup>3</sup> — „hat der König von

<sup>1</sup> Cronsteln I, 108.<sup>2</sup> Arkiv I, 157.<sup>3</sup> K. u. O.<sup>4</sup> Chemnitz 27

Schweden sich bei den Ständen des Reichs gebühlich vermahnt. Denn, so viel den Kaiser anlangt, erachtete er gegen denselben einiger feierlichen Ankündigung des Krieges nicht vor nöthig zu sein, weil er in den Schranken der Defension stand, in welchem Falle der Krieg nicht durch Herode, sondern durch die Natur und von sich selber angelegt wird. Wie dann auch der König, ehe er noch auf des Reichs Boden kommen, die Ursachen, die ihn zu diesem Kriege bewogen, öffentlich und zu Jedermanns Nachricht zu publiciren anbefohlen.“

Mit dieser Behauptung der Vertheidigung steht die Thatfache selbst des Einbruchs in das Reich in Widerspruch. Ein Anderes fehlt in dem Manifeste. Nach den Worten Gustav Adolfs zu seinen vertrauten Räthen, im November 1628, im Schlosse zu Upsala, sollte man den Ausbruch des Religionskrieges darin erwarten. Er findet sich nicht dort. Der Grund liegt in dem Verhältnisse Gustav Adolfs zu Frankreich und Venedig. Er hatte das von dorthier angebotene Geld noch nicht genommen, aber auch die Brüder es zu nehmen nicht abgebrochen. Um dieser zwei Mächte und demgemäß des Papstes willen durfte er nicht vor aller Welt den Religionskrieg proclamiren. Wie werden im Laufe der Zeit wiederholt erschein, mit welcher staunenswerthen Meisterkraft der Schwede je nach der Seite, nach welcher er sich wendet, den Religionskrieg oder den lediglich politischen Krieg heraufbesucht. Die Wirkung des ersteren beschränkt sich auf die Schweden, deren Unluabe, und auf die nicht-latholischen Deutschen, deren Leidenschaften des Hohns oder der Furcht, im Falle eines schwedischen Erfolges, sie dafür empfänglich machen würden.

Auf den Inhalt eines Manifestes einzugehen, dessen Zweck selber die Unwahrheit war, würde zu weit führen.

Über das Ganze hat reichlich ein Jahrhundert später der preussische König Friedrich II. geurtheilt mit den folgenden Worten<sup>1</sup>: *A bien considérer ces raisons, on ne les trouvera guères plus raisonnables que celles que Charles II roi d'Angleterre fit valoir pour déclarer la guerre aux Hollandais (1672). Un des principaux griefs des Anglais roulait sur ce que Mrs. de Witt avaient un portrait scandaleux dans leurs maisons. Faut-il que de pareils sujets deviennent l'origine de la ruine des provinces, et que l'espèce humaine prodigue sa vie, et repande son sang, pour satisfaire aux fantaisies et aux caprices bizarres d'un seul homme!* —

<sup>1</sup> In den Mémoires de Brandebourg

Wegenüber den Bitten des Herzogs Bogislaw von Pommern und seiner Landstände an Gustav Adolf vor seiner Abfahrt vom Elfsnabben, ist die Meinung, daß viele nicht-katholische Deutsche die Ankunft des von Niemandem gerufenen Schwedenkriigs mit Freuden begrüßt haben, nicht haltbar. Niedergedrückt durch die unsäglich Last der Wallensteinischen — man darf kaum sagen Kriegsführung, sondern Kriegesverwundung, konnten die Deutschen nicht einen neuen Krieg willkommen heißen, der zweierlei die Last verdoppeln würde, sondern ersuchten den Frieden.

Man hat die Meinung, daß dennoch Vielen die Ankunft des Schweden willkommen gewesen sei, gestützt auf die Thatfache, daß sein neuer Krieg die Durchführung des Restitutions-Edictes vereitelt hat. Die letztere Thatfache ist ungewisselt. Es erodacht daher zunächst die Aufgabe der Darlegung, wie weit die Ausführung des Restitutions-Edictes sich erstreckte, und was davon bis in das Jahr 1630 geschehen war. Der Sachlage nach tritt dabei der Nordwesten des Reiches in den Vordergrund.

## 9. Ausführung des Restitutions-Edictes, besonders im Nordwesten des Reiches.

Wenige Wochen nach dem Erlasse des Edictes, noch im März 1629, hatte der Kaiser Commissarien zur Ausführung ernannt. Für das nordwestliche Deutschland, oder genauer für den westfälischen und den niederländischen Kreis links der Elbe, bestimmte er den Fürstbischof Franz Wilhelm von Osnabrück, den Hoch- und Deutschmeister Hans Caspar von Stadion, den Reichshofrath Johann von Hye. Stadion betheiligte sich nicht nur die anderen zwei, diese jedoch so lebhaft, daß ihre Berichtigungen mehr als diejenigen in anderen Gegenden ein klares Bild der Sache geben.

Auf die Anfrage Franz Wilhelms erklärte sich Tilly „schuldig und willig, äußerstem Vermögen nach zu helfen, um diesen hochwichtigen Auftrag zur Ausführung zu bringen.“ — Der Papst über die Besetzung in Osnabrück hatte die beiden Männer nicht dauernd getrennt. Im Sommer des Jahres 1629 trug der Papst Urban VIII., zur Bezeugung seiner besonderen Achtung für Tilly, diesem auf, eine geeignete Persönlichkeit für das Bisthum Verden zu benennen. Tilly schlug Franz Wilhelm vor. Dieser zauderte. Tilly entwickelte die Gründe, welche ihn zu diesem

\* Das wie auch das Folgende, wenn nicht aus andern Quellen angeführt, nach den Acten Franz Wilhelms im Osnabrücker D. G. K.

Vorschläge bestimmt hatten, und Franz Wilhelm nahm an. „Es ist ja dem guten Willen nur um die Kirche und das Gemeinwohl ohne eigenes Interesse zu thun“ — schrieb er darüber an Ferdinand von Köln. Diese Anerkennung Franz Wilhelms für Tilly auch also auch in Bezug auf die früheren Vorgänge in der Stadt Donauwörth gelten. Papst und Kaiser bestätigten, im Januar 1630, Franz Wilhelm als Fürstbischof auch von Verden.

In Betreff der Thätigkeit dieser Commissionen bedarf es kaum der Erwähnung, daß von einer gewaltsamen Reliquienheftung, von einer Forderung dieser Art an einzelne oder viele bei den Stiftern und Mönchen nicht betheiligte Personen nicht die Rede sein kann. Die Wirksamkeit der Commissionen bezieht sich auf die Rückforderung von Gütern, welche gemäß dem Restitutions-Edikte auf Grund des Religionsfriedens von Augsburg der katholischen Kirche rechtlich zuzukommen. Die Verwendung dieser Güter fortan entspricht den Zwecken der Mission, der Wiederbegründung der Kirche durch Unterricht und Beispiel.

Die kaiserliche Instruction,<sup>1</sup> vom 27 März 1629, wies die Commissionen an, „die geistlichen Güter und Stifter denjenigen zu restituieren und einzuhändigen, denen sie vermöge der ersten Foundationen zugehörig“, und in Ermangelung eines Ausspruches, sie dem Ordinarius des Ortes zur Verwaltung für so lange zu überweisen, bis die Berechtigten sich anmelden.

Von diesem Punkte aus beginnt eine Differenz sichtbar zu werden. Im Sommer 1629 beauftragte<sup>2</sup> der Papst Urban VIII. seinen Kardinal von Wien, Ballotta, dem Kaiser zu eröffnen, daß nicht alle Kloster und Kirchen, welche zurückgestellt würden, geistlichen Personen eben derselben Orden zurückzustellen, sondern daß einige derselben den Bischöfen oder anderen geistlichen Commissären in Sequester zu geben seien, bis Seine Heiligkeit, gemäß dem Wunsche des Kaisers und den gegenwärtigen Bedürfnissen der Kirche in Deutschland, darüber entscheiden werde.

Der Auftrag entspricht dem kirchlichen Grundsatz, den eine Schrift<sup>3</sup> jener Tage in die Worte flectet: Pontifex est supremus omnium bonorum Ecclesiasticorum dispensator. — Im kaiserlichen Rathe jedoch fand dieser Gedanke Widerspruch. Als das Haupt dieses Widerstandes wird genannt der Geheimrath Anton, Abt von Freisingen, bald darauf

<sup>1</sup> Laymann 658.    <sup>2</sup> Laymann 2 von Prooemio p. 4.

<sup>3</sup> Disceptatio seu quaestio. utrum bona etc., im Beginn.

nach Kieft's Lude, Bischof von Wien. Diese Vorlesung bewog den Kaiser, am 25. October 1629, ein Schreiben an seinen Vorkaiser Savelli in Rom zu schreiben, lautend<sup>1</sup>: „Wir befehlen Euch gnädigst und ausdrücklich, sorgfältig darüber zu wachen, daß nicht irgend welche Klöster, die unter unser Obdikt fallen, oder davon abhängige Güter, von Ez. Heiligkeit, sei es durch eigenen Entschluß oder auf fremdes Begehren, einem anderen Orden als welchem sie gewidmet sind, überwiesen werden.“

Über diesen Befehl liefen viele Beschwerden sowohl von Rom als von anderen Orten aus bei dem P. Ramormanni ein. Nach langem Zaudern entschloß er sich, dem Kaiser eine schriftliche Vorstellung zu machen, mit der Bitte,<sup>2</sup> daß der Kaiser einige Räte und einige Theologen deputieren wolle, die mit ihm, dem P. Ramormanni, diese Differenz erörtern würden. Der Kaiser willfahrte, und setzte eine Commission nieder, bestehend aus sechs seiner Räte und drei Theologen.<sup>3</sup> Diese Differenz zog sich lange hin. Im Verlaufe der Dinge werden wir in einem bestimmten Falle die Ansicht des P. Ramormanni genau vernehmen.

Es war jedoch zugleich auch der lebhafteste Wunsch des Kaisers, in den Kreisen Niederösterreichs und Westfalen eine Reihe von Jesuiten-Collegien zu errichten. Am 9. Mai 1629 erging seine Aufforderung an Tilly und an Wallenstein: „anverlangt zu berichten, was für Jesuiten, Priester, und auch Frauenklöster dort vorhanden sein möchten, welche dem Benedictiner- und dem Cisterzienser-Orden zugehörig, und von Nicht-Katholiken bisher hießen, hierzu genommen und angewendet werden könnten.“<sup>4</sup>

Von besonderem Interesse ist die Antwort Wallenstein's. Es sind von ihm Äußerungen vorhanden gegen das Restitutions-Edict<sup>5</sup> und gegen die Jesuiten.<sup>6</sup> Allein bei einer Persönlichkeit wie Wallenstein darf niemals außer Acht gelassen werden, an wen er seine Rede richtet. Auf jenen Befehl des Kaisers antwortet er, am 29. Mai, aus Güttersloh<sup>7</sup>:

„Solches will ich äußerster Möglichkeit nach mir angelegen sein lassen. Denn dies ist das einzige Mittel, wodurch die katholische Religion

<sup>1</sup> Das Schreiben abgedruckt bei Laymann 660.

<sup>2</sup> Das Schreiben bei Laymann 325.

<sup>3</sup> In dem Prooemium der Schrift Ramormanni S. 11.

<sup>4</sup> Abgedruckt in dem Anhang zu Laymann 668.

<sup>5</sup> Winkler, Walstein II, 182, 189. Glumach 187, 190, 199.

<sup>6</sup> Bild 313, 314.     <sup>7</sup> Kriegsdarstellungen S. 69.

hiesigen Orte wiederum wird fortgepflanzt werden können. Diese unentbehrlichste Meinung war auch, daß Erw. R. M. neben den Collegien etliche Seminarien fundieren thäten, diemeil im Anfang solches ein gutes Mittel sein wird, daß sie (die Nicht-Katholiken) ihre Kinder dahin thun und in der katholischen Religion erziehen lassen. Denn, wenn sie diese Gelegenheit nicht hätten, sondern auf die Kinder spendieren müßten, so würden sie dieselben viel eher in die lutherische Schule geben, diemeil sie selber der Religion sind, als bei den Patres studieren lassen. Ich bitte aber ganz gehorsam, Erw. R. M. wollen nicht alle die Klöster den Orden, welchen sie zuvor gehört, einräumen; denn nachher würden Mittel zu den Foundationen mangeln, und dieses so christliche und heilige Werk würde müssen ruhmlos bleiben. Ich zweifle auch nicht, daß J. P. Heiligkeit dies billigen werden. Denn, wo die vorigen Päpste wegen Kriegsausgaben den Potentaten erlaubt haben, geistliche Güter, welche die Christenheit in wirklichem Besitze hatte, ihnen zu nehmen und den Weltlichen zu verkaufen: warum wollten sie nicht zur Rettung so vieler Seelen etliche Klöster, welche seit langer Zeit in der Regier Hand gewesen und von laien Weltlichen besessen, auf andere Ordensleute übertragen? —

In diesem Gutachten war also Wollenstein verschiedener Ansicht mit dem Kaiser, welcher principell die Klöster den alten Orden zurückgeben wollte. Sein Auftrag an Betreff der Jesuiten an den Justizhof Franz Wilhelm lautet: „Wer haben sich gut angesehen, daß in des H. Römisch Reichs für die Väter der Gesellschaft Jesu, als welche mit Haltung der Schulen, eifriger Unterweisung der Jugend, auch fleißige Übung anderer katholischen Officien, nicht geringe Frucht schafften, gewisse Orte und Plätze zur Erbauung von Collegien und Seminarien entstehen werden möchten, und erwarten darüber Bericht.“ — Der Kloster der alten Orden geschieht also hier keine Erwähnung.

Aus dem Verlaufe der Dinge ist unverkennbar, daß die Commissionen Franz Wilhelm und Ope sich mehr unter Aufsicht Wollensteins bewegten.

Nach dem Rathe Tillye begannen die zwei Commissäre ihre Thätigkeit mit den Stiftern Bremen und Verden. Sie erwählten zu ihrem Sitze die Stadt Verden an der Aller. Von dort aus erging im Anfange Novembers 1620 ihr Befehl, daß fortan ohne ihre ausdrückliche Bewilligung Niemand an die Domkirche zu Bremen, an die Collegialstifte,

<sup>1</sup> Das Hiesige ist in der ersten Ausgabe Bd. II, 461. Nr. LV



die Äbte und Klöster des Erzbisthums das Geringste entrichten dürfe. Die Mitglieder des Capitels von Bremen wurden vorgeladen, sich vor der Commission über den Besitz ihrer Pfründen auszuweisen. Aber nicht bloß die Domherren, sondern auch der Rath von Bremen ward geladen.

Man sieht, wie weit Franz Wilhelm vorgehen beabsichtigte. „Der Passautische Vertrag und der Religionstriede von Augsburg,“ sagt er, „sichern nur den reichsunmittelbaren Ständen zu, daß die vor dem Vertrage von Passau eingelegenen Güter ihnen verbleiben sollen. Daraus können Bürgermeister und Rath von Bremen sich deshalb nicht befreien, weil die Stadt Bremen fundatärer Weise nicht reichsunmittelbar ist. Bürgermeister und Rath sind schuldig unserer Pädung Folge zu leisten.“

Die Abgeordneten der Stadt begaben sich nach Stade zu Lütz. Er sah die Sache doch etwas anders an als Franz Wilhelm. Die Abgeordneten hielten ihm vor, daß die Stadt die Kirchengüter schon im Jahre 1521 eingelegen. Lütz erwiderte ihnen: es sei bekannt, daß sie im Jahre 1528 noch einen katholischen Erzbischof gehabt. — Doch sagte er in seinem Berichte an Franz Wilhelm hinzu: er bezweifelte sehr, daß in Württemberg etwas zu erreichen sei. Und Gewalt anzuwenden, trug Lütz damals Bedenken. Ähnlich hatte er noch im Juni 1629 dem Kurfürsten Ferdinand von Köln ein solches Verfahren gegen Hildesheim dringend abgerathen. Der Rath von Bremen blieb fest. Er bat die Commission, ihn mit ferneren Vorladungen zu versehen. „Wenn dagegen Jemand an uns oder an unsere Stadt Ansprüche zu haben meint,“ sagt er, „so möge er sich vermögtes Rechtes und der Ordnung des heiligen Reiches an geblühendem ordentlichem Orte melden, wo wir ihm Rede stehen werden.“

Es scheint, als habe hier die Commission den Stier bei den Hörnern gefaßt. Bei anderen Personen zur selben Zeit ging es leichter.

Johann Friedrich, der Administrator von Bremen, machte geltend, daß er nicht gewalttham eingegriffen, daß er auch Katholiken und lutherische Einrichtungen in den Klöstern geluldet. Er berief sich ferner auf die Belobungen des Kaisers wegen seiner Treue im Dänischen Kriege. Er bat für seine Lebenszeit im Besitze des Erzbisthums zu bleiben. Die Frage wurde einstweilen offen gehalten.

Von dem Bremer Domcapitel erschienen auf die Pädung im Namen der anderen vier Mitglieder, und erklärten, daß sie dem kaiserlichen Befehle des Resolutions-Dictes gehorchen würden, nur möge man sie schügen gegen den Horn der Bürger.

Nach von dem Bremer weitaus anderen und mächtigeren Capitäl, ferner von den Collegiatstiftern St. Ansgari, so wie St. Elisabeth und St. Stephan, erschienen auf wiederholte Ladung einige Mitglieder im Verden, am 9. November. Einer Meldung darüber nach Wien gemäß hatte der Rath von Bremen zuvor an sie die Mahnung gemacht: „sie möchten und sollten vor den Commissarien mit Zusage und sonst sich so verhalten, daß sie beim Rath und der Bürgerchaft Verantwortung thun könnten. Denn der Rath sei verclotert, außer der jetzigen Religion in der Stadt eine andere nicht zu gehalten.“ Der Bericht fügt hinzu: „Der Hundstus Brandwert ist noch im Haag, und es dünkt mich, er sei nicht dort wegen der staatlichen Schiffe, die eine Zeitlang den Weierstrom versperrt gehalten, und nunmehr sich zurückgezogen haben, sondern am anfragen, wie sie sich bei dieser Reformation zu verhalten, auch wessen sie im Nothfalle zu erwarten hätten. Es ist gewiß, daß die Stadt im Falle eines Angriffes auf sie lieber vom Reiche abfallen und sich zu den Generalstaaten flüchten wird. Zu solchen Extremitäten suchen die Prediger vor dem Rangein die Gemüther zu entzünden.“

Vor den kaiserlichen Commissarien indessen redeten die Mitglieder des Domcapitels nicht ganz so, wie der Rath der Stadt Bremen hinter den festen Mauern und Wällen. Das Princip des Restractions-Edictes lockten sie nicht an. Sie wandten dies ein und jenes. Franz Wilhelm verlangt, mit seinem üblichen Ausdrucke, die Accommodation. In diesem Falle stellt er das Erhalten der Prinde in Aussicht oder eine andere Versorgung. Jene wissen nicht sich zu entscheiden. Wir vernahmen Antworten wie: „Ich bin in der Augsburgerischen Confession erzogen, nicht informiert in religione.“ Auch sie berufen sich auf die Verengelage vor dem Volke. Sie urtheilen: es stehe noch nicht dem Fürstbischöfe von Osnabrück zu, sie ohne Weiteres zu entfernen. Das Capitel mochte allerdings eines der vornehmsten im Reiche sein. Mitglieder desselben waren der Herzog Friedrich von Pommern als Probst, ferner ein Herzog Adolf von Holstein, Herzog Friedrich von Holstein, ein Graf von Ostfriesland, einer von Hano, zwei dänische Prinzen u. s. w.

In besonders merkwürdiger Weise zeigte das Collegiatstift St. Ansgari in Bremen, wie die alte Zeit hineinragte in die neue. Es fanden sich dort zwölf Stiftsherren, hiebzehn Quarten, überhaupt ungefähr fast

• Kriegsauren 8. 10.

alles im alten Stande, mit den Einkünften, mit den Reuen, nur daß das Wesentliche, der katholische Gottesdienst, längst aufgehört hatte. Die eingerichteten Verzeichnisse der Güter zeigten den noch geordneten Bestand als bona toti Capitulo communia, bona obedientiae, bona portionum. Der Ton der Eingabe dieser Stiftsherren entsprach nur wenig den imperativen Mahnungen des Rathes von Bremen. Die Herren vom Capitel erzählten, daß vor hundert Jahren Einer, Namens Heinrich von Jütphen aus Brabant, in Bremen aufgetreten sei um gegen die alte Kirche zu predigen. Er habe bei den Stiftsherren wenig Beifall gefunden; aber Rath und Bürgerschaft haben die Stiftsherren gedrängt, ihm ihre Kirche einzuräumen. Das sei geschehen, und dann haben Rath und Bürgerschaft die katholischen Cerimonien und Kirchengetränke zu St. Ansgaril abgeschafft. So sei die reformirt-lutherische Religion eingeführt, und in kurzer Zeit so gewachsen, „daß unsere Vorgänger zu der Zeit sich zu derselben gleichfalls öffentlich bekannt und bekennen müssen“. Die kaiserlichen Raiser haben sie dabei geduldet. Sie hoffen, daß auch der Kaiserliche Franz Wilhelm sie dabei befohlen werde.

Der Absicht Franz Wilhelms war dies offenbar nicht. Aber man erkennt, daß das Capitel von St. Ansgaril als solches ihm die Sache nicht schwer machen würde.

In ähnlichem Zustande befanden sich im Erzstifte Bremen die Klöster. Es liegt eine ausführliche Beschreibung des adeligen Nonnenklosters Osterholz unfern der Stadt Bremen vor, das damals, wie es danach scheint, noch im Besitze aller seiner Güter war. Es wurden dort hundert Personen täglich gespeist. „Das Kirchengebäude,“ melden die Edgeordneten den Commisarien, „hat inuerlich sehr gelitten, die Menodien sind hinweg. Auf dem Chore befindet sich ein Altar nur von Brettern und Holzstäben wie ein Tisch, mit einem schlechten Vorhange. Von der alten lateinischen Bibliothek ist nichts mehr vorhanden: dagegen liegen auf den Bögen der Klosterjungfrauen zwei lutherische Psalterien. Die einzigen Bilder in der Kirche sind die von Luther und Melanchthon in voller Statue. In der Kirche und dem Kreugange stehen viele ledige Kassen, welche die Hausleute dort aufbewahren. Die Verwaltung des Klosters jedoch ist im Werge. Gewöhnlich kommen die Kinder im Alter von 4, 5 bis zu 10 Jahren, und werden etwa zwischen 20 und 30 Jahren ihres Alters eingeliefert. Bei der Einlieferung wird kein Gelübde abgelegt, nur daß die Jungfrauen der Domina und dem Convente Gehorsam zu leisten

versprochen. Nachdem werden sie zum Klare geleitet und etliche Gebete über sie gesprochen.“

Die Commissarien setzten den Inlassen Termine an zur endlichen Erklärung. Diese wurden auf die Bitten der Betroffenen verlängert, einmal, auch mehrmals. Nichts es lag nicht im Auftrage, noch im Plane Franz Wilhelms, durch solche Verlängerungen die Sache selbst verschleppen zu lassen.

In zwei Klöstern im Erzstifte, Mirkloster und Neukloster, fanden die Commissarien kaum eine andere Aenderung, als daß je ein verheiratheter Edelmann die Leitung der Verwaltung an sich genommen. Die Nonnen, etwa sechzig an der Zahl, lebten in Eridung, Regel und Ordnung des Chores nach katholischer Weise. Die Umwandlung dort war leicht. Sie bestand wesentlich darin, daß jenen zwei Vorstehern jeglicher Wtanspruch unterlagt ward. Die Nonnen blieben.

Werkwürdig war besonders die Restitution in Stade, der zweiten Stadt des Erzstiftes. Die Benedictiner erhielten dort ihr Kloster mit der Liebfrauenkirche zurück. Die Prämonstratenser waren bereits wieder im Besitze des Georgsklosters, nur die prächtige Kirche war verfallen. Ferner waren noch vorhanden die Pfarrkirche St. Willehadi, dann St. Cosma und Damian, endlich St. Bonifat. Alle diese Kirchen waren früher von den Prämonstratensern verwaltet, und darum beanspruchte der Orden sie zurück. Auf die Vermittelung Tilgus jedoch überließ er den Jesuiten die Kirche St. Willehadi. Am 25. November 1129, dem letzten Sonntage nach Pfingsten, sah man eine lange Procession von der Liebfrauenkirche mitten über den Markt nach St. Willehadi ziehen. Unter dem Geläute aller Glocken, unter dem Ambrosianischen Vorgesänge übergab der Bevollmächtigte Franz Wilhelms den Jesuiten die Schlüssel zu St. Willehadi. Für die Fundation des Ordens ward das ehemalige Nonnenkloster Neuenwalde im Erzstiftsamt Bremen angewiesen.<sup>1</sup>

Der Rath und die Bürger behielten die Nicolaskirche, die kleinste von allen. — Nun war aber noch die St. Johanniskirche da, außerhalb der Stadt. Die Verhandlungen über dieselbe gaben ein merkwürdiges Beispiel, wie sehr die Zustände in der Erinnerung der Menschen sich verbankeit hatten, wie die alte Zeit zuweilen wie spurlos untergegangen war. Die Johanniskirche ward von den Oberherren beansprucht. Der

<sup>1</sup> Das betr. originale Document der Bekehrung in der Göttheit des k. Preuss. Reichs für Niederdeutsch. Hannover 1869. S. 161 ff

Rath verneinte alles. Er wußte von nichts. Er hatte nicht einmal gehört, daß jemals ein Kloster dort gewesen sei. Es könnte scheinen, als habe der Rath es vorgezogen davon nichts wissen zu wollen; allein das vorliegende Protokoll der betreffenden Verhandlung rechtfertigt nicht eine solche Annahme. Der Rath selbst trug auf Augenblicke an. Es standen um die Kirche herum verfallene Häuser. Der Rath hatte dieselben in der Belagerung von 1628 für die englischen Soldaten hergegeben. Früher sagte er, hätten geringe Leute da gewohnt: weiter sei nichts bekannt. Die Franziskaner-Mönche dagegen wiesen auf die Umgebung, auf den Raum der nächsten Häuser, auf einem großen vermauerten Pogen nach, wo das Refectorium, wie die Anlage des Klosters gewesen sei. Der Rath beharrte ungläubig. Er trug darauf an, daß man nachgrabe, daß Fundamente es ausweisen würden. Es geschah, und man überzeugte sich. Weiter erhob sich die Frage nach dem Garten. Der Vater Guardian fügte sich darauf, daß überall und jederzeit ein Franziskanerkloster einen Garten habe, und wie derselbe der Regel nach belegen sei. Auch davon fanden sich Spuren. Die Mitglieder des Rathes erklärten verwundert: sie hätten ihre Lebzeiten davon nichts gewußt. Sie mußten, wie zu erwarten stand, die ganze Bodenfläche herausgeben.

Mitten hatten zu Stabe fortan vier Orden ihren Sitz: Jesuiten, Benedictiner, Prämonstratenser, Franziskaner, und das Kirchenwesen derselben war sofort in vollem Gange.

In Witten sind die Protokolle der Commission sehr einförmig und farblos. Es ist bemerkenswerth, daß nirgendes Gewalt angewendet, noch Widerstand geleistet wurde. Die Zustimmung erfolgt, wie das Protokoll bemerkt, sine controversa. Um so viel weniger also konnten Mitbetheiligte über die Vorgänge in Aufregung gerathen.

Ein besonderes Interesse dagegen gewährt die Verhandlung im Schoße der Commission über Magdeburg. Der Bischof Franz Wilhelm und Hye hatten sich nämlich drei andere, unter ihnen zwei Hochscholarte, beigeordnet. Am 28. Decbr. 1620 berathen sie in Halberstadt über Magdeburg. Sie befragten Wollenstein. Ihn mochte etwas bangen vor der Erneuerung eines Angriffes auf diese Stadt. Sein Gutachten rieth ab und legte die Schwierigkeiten dar. Hye bemerkt, man habe es nicht mit der Stadt sondern mit der Domkirche zu thun. Die übrigen Kirchen mögen bleiben, wie sie sind. Die zugezogenen Mitglieder der Commission dagegen konnten nicht befunden, daß in dieser Zeit etwas

Mögliches auszurichten. Die Stadt habe sich bereits einen Namen gemacht, lasse sich nicht schrecken. Franz Wilhelm erklärt: nachdem er die Meinung seiner Räte vernommen, stimme er überein mit Tillu, der auf das Beispiel Brauns hinweise. Der Instruction gemäß seien sie verpflichtet, mit den Kriegsobersten Rücksprache zu nehmen. Er ließ das ungeachtet nicht von seiner Meinung. Er wolle noch mit Wallenstern reden.

Damit schließt das Protokoll. Es scheint von dieser Commission aus weiter gegen Magdeburg kein Schritt gethan zu sein.

Es kam die Reihe an die Länder der westlichen Herzöge. Es ist zu bemerken, daß weder Christian von Lüneburg-Gelle, noch Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel einen principiellen Einwand erhoben. Christian von Lüneburg erklärte, daß die Reformation in seinem Lande notorisch vor dem Passauer Vertrage vorgenommen sei. Dies war nicht zu bestreiten. Dazu hatte er sich durch seine treue Ergebenheit für den Kaiser im bänischen Kriege hohe Verdienste erworben. Deshalb war er, abgesehen von dem Bisthume Minden, welches man ihm nicht lassen konnte, geringeren Ansehnungen ausgesetzt, als sein Vetter von Braunschweig. Friedrich Ulrich hielt entgegen, daß die Herzogin Elisabeth, die Witwe Erichs des Ältern, schon 1542 die Reformation angeordnet. Er ließ für jede einzelne Abtei, jedes Stift und jedes Kloster einen langen Bericht dessen hinzufügen, was damals damit geschehen sei. Die Commission besaßigten alle diese Erverden durch die Bemerkung Erich der Jüngere lange nach dem Passauer Vertrage, sei katholisch gewesen. Demgemäß würden sie der Restitution vornehmen. Die Liste war lang. Es fanden sich darauf zwei und dreißig Römern, Collegiatstifte und Klöster. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die Durchführung einer so bedeutenden Restitution längere Zeit erfordert hätte, als dafür der schwedische Einbruch belief.

Rehrere dieser geistlichen Stiftungen sollten mittelbar dienen zur Ausführung des großen Planes der Katholisierung dieser Gegenden. Diese konnte nur mittelbar erstrebt werden. Denn dasselbe landesherrliche Reformationsrecht, auf welches die Fürstbischöfe Franz Wilhelm in Osnabrück und Heinrich in Augsburg für ihre Reformation sich stützten, war für die Unterthanen der norddeutschen Fürsten das Bollwerk ihres Territorial-Reichthumes. Auf sie also konnte nur durch Lehre und Beispiel gewirkt werden. Und zu diesem Zwecke war Franz Wilhelm

darin überein stimmend mit jenen Worten Wallenstems an den Kaiser, sein Auge zunächst und hauptsächlich auf die Väter der Gesellschaft Jesu. Franz Wilhelm erwarf den Plan, den Kreis Niedersachsen mit einem Reihe von Jesuiten-Collegien zu überdecken, und für den Unterhalt einen Theil der restituirten gestifteten Güter, namentlich ehemaliger Frauenklöster, zu verwenden. Franz Wilhelm beschränkte sich nicht darauf. Während er, im Beginne des Jahres 1630, sich schon bei dem Kaiser angelerndlich und mit Erfolg bemühte, die Zustimmung zur Gründung einer katholischen Universität in seiner Stadt Osnabrück zu erhalten, ging ihm auch für Niedersachsen eine solche Hoffnung auf. Im Januar 1630 berichtete ihm sein Mit-Commissar Hye, daß der Rath und die Bürgerchaft der Reichsstadt Goslar, die sich in der ganzen Zeit bisher durch ihre Treue für Kaiser und Reich hervorgethan, dem Official von Halbesheim bei seiner neulichen Anwesenheit mit Erbittungen ihres Geborsamts entgegen gekommen seien. Hye fügte hinzu, daß nach seiner Ansicht Goslar ein sehr geeigneter Ort des Wirkens für die Jesuiten sein würde. Franz Wilhelm arbeitete diesen Gedanken weiter aus, zumal da die Stadt auch ferner seinen Wünschen entgegen kam, sogar im April 1630 zur Foundation eines Koborathauses für den Jesuitenorden den Kaiserhof schenkte.<sup>1</sup> Franz Wilhelm verkündete dafür in berebten Worten bei dem Kaiser das rühmliche Bezeigen der Stadt. Aus diesem Gedankengange entsprang bei Franz Wilhelm der Plan, in Goslar nicht bloß, wie schon vorher seine Absicht, ein Probations-Haus der Jesuiten zu gründen, sondern auch eine Universität als Mittelpunkt des katholisch-wissenschaftlichen Lebens in Niedersachsen. Zur Foundation dieser Universität erließ er der Abtei Wernrode im Jurementum Anhalt, damals bereits in kaiserlichem Sequester.

Der Plan reifte erst nach und nach. Das bestimmte Ansuchen des Fürstbischofs um die Universität in Goslar und die Verwendung der Abtei Wernrode zu diesem Zwecke ist erst zu Regensburg, am 13. September 1630 datirt.

Franz Wilhelm stellte dann eine Übersicht seiner Vorschläge zusammen. Sie lautet wie folgt.

„Für das zu gründende Jesuiten-Colleg zu Minden wird anzuweisen das Frauen-Collegialstift B. M. V. zu Minden, welches zur Zeit

<sup>1</sup> Das originale Document in der Zeitschrift des k. k. für Niedersachsen 1859. S. 187 u.

nach von einigen nichtkatholischen Jungfrauen bewohnt wird. Die Einkünfte belaufen sich auf 2000 Thlr.“

„Für das Collegium zu Herden ist anzuweisen das Nonnenkloster Marienst. Cisterzienser Ordens im Herzogthume Braunschweig, des Fürstbistums Hildesheim. Zur Zeit ist es noch von wenigen katholischen Frauen bewohnt, doch erregt die Meinung, daß es bereits in Anspruch genommen sei. Die Einkünfte sind ungefähr 2000 Thlr.“

„Für das Collegium zu Hameln. Die Stadt Hameln gehört theils dem Herzoge von Braunschweig, theils dem Bischofe von Hildesheim, während die geistliche Gerichtsbarkeit dem Hildesheimer Bischofe zusteht. Für dieses Colleg ist ersehen das Kloster der Regular-Canoniker des Augustiner Ordens, Namens Bistich, in der Grafschaft Schaumburg. Die Einkünfte belaufen sich auf etwa 2000 Thlr.“

„Für das Probationshaus in der Reichsstadt Goslar ist bestimmt das Nonnenkloster Wöltingerode eines Cisterzienser Ordens im Bisthum Hildesheim. Dasselbe ist bereits den Katholiken genommen. Die Einkünfte belaufen sich auf etwa 2400 Thlr. Ferner für das Noviciat eben dort das Kloster Lauenburg, auch vormalig Cisterzienser Ordens, im Fürstenthume Grubenhagen, Bisthums Hildesheim, noch in den Händen der Katholiken. Die Einkünfte werden auf 2000 Thlr. geschätzt.“

„Für die Unversität in derselben Reichsstadt Goslar einst der Residenz der Kaiser, die Königin Gertrude, früher ein Frauen-Collegiat-Institut belegen im Fürstenthume Anhalt, unter der kirchlichen Jurisdiction von Halberstadt. Die Abtei ist ein Reichsstand, zur Zeit in kaiserlichem Besitze. Die Einkünfte werden auf 4000 Reichsthaler geschätzt.“

„Für das Collegium in der Reichsstadt Nordhausen ist bestimmt das Nonnenkloster Frauensee. Man meint, es sei Cisterzienser Ordens gewesen. Jedoch ist das ungewis, und eben so ungewis, ob es zur Kempten oder Hildesheimer Diocese gehört.“ Die Einkünfte werden auf 1500 Thlr. geschätzt.“

„Für das Collegium in der Reichsstadt Mühlhausen, das in Thüringen gelegen zum oberthüringischen Kreise gehört, ist bestimmt das ehemalige Nonnenkloster Benedictiner Ordens Bräun. Es ist nicht genau, zu welcher Diocese es gehört, doch meint man, es sei die Mainische. Zur Zeit noch haben die Katholiken es inne. Die Einkünfte werden auf 2000 Thlr. geschätzt.“

\* Es gehört unter den Abt von Fulda, der eine Einwilligung gab.



„Für die Ausstattung des Collegiums zu Stade sind zwei Klöster angemessen. Das eine ist das ehemalige Nonnenkloster Cisterzienser Ordens Himmelpforten im Erzbisthum Bremen, den Händen der Katholiken bereits entzogen. Die Einkünfte werden auf 1800 Thlr. geschätzt. Das andere Kloster ist Neuenwalde, einst Benedictiner Ordens, im Erzbisthum Bremen, den Nicht-Katholiken bereits entnommen. Die Kirche und sämtliche Gebäude des Klosters liegen in Mische; jedoch sind die Güter da, deren Ertrag auf 1500 Thaler geschätzt wird.“

Der Kaiser Ferdinand übergab diese Vorschläge zur Begutachtung seinem Beichtvater, dem P. Lamormaini S. J. Das Gutachten lautet wie folgt.<sup>1</sup>

„Auf Befehl Ew. R. M. habe ich sorgfältig erwogen, was die Commissarien, der Bischof von Osnabrück und der Reichshofrath von Doe. über die Errichtung von Collegien und Noviciaten zu Minden, Verden, Hameln, Goslar, Nordhausen, Mühlhausen, so wie über eine Universität in Goslar, Ew. R. Majestät raten und in Betreff der Mittel vorschlagen.“

„Rein Katholik kann professa, daß Collegien, Noviciate, so wie irgend eine Universität in jenen Städten und auch in anderen nöthig seien, sowohl im niedersächsischen Kreise als andernwo, schon aus dem einen Beweggrunde, wenn kein anderer wäre, daß die Jugend, diese Pflanzschule der Kirche und des Staates, im katholischen Glauben und in Frömmigkeit erzogen werde, und endlich die bisher stätige Verbreitung der Häresie aufhöre.“

„Die Commissarien schlagen folgende Mittel vor: zuerst zwei Frauen-Collegiatstifte, das eine zu Verneude, das andere zu Minden, ferner ein Augustiner Frauenstift zu Bischof, schließlich drei oder vier Frauenklöster einst Cisterzienser Ordens. Wegen Verneude malten zwei Schwierigkeiten ob: die eine, daß die Abtei reichsunkinzelbar ist, wie es auch die Commissarien anerkennen. Die andere und größere besteht darin, daß die Abtei dem Grafen Wolf von Mansfeld für sein Lächterchen bereits zugesagt ist.“ Das Gutachten erörtert dann, wie mit Zustimmung des sehr frommen Grafen Mansfeld eine Entschädigung gefunden werden könne. „Wegen Bischof und des Stiftes der hl. Jungfrau zu Minden dürfte sich keine bedeutende Schwierigkeit erheben: dieses ist nicht Nonnen zugehörig, und Bischof ist in seiner Congregation.“

<sup>1</sup> Große Correspondenz, B. 26. Auch deutsch bei Meilich III, 174 u., nicht ganz genau.

„Im Betreff der Klöster welche früher Cisterzienserinnen gehörten haben, weis ich sehr wohl daß die Gesellschaft Jesu in Belgien und andernorts wie von dem Orden des hl. Benedict so auch von dem des hl. Bernhard, ansehnliche Güter erhalten hat. Dohier möchte die Gesellschaft nicht undankbar sein, um so weniger will sie jene Orden kränken. Obwohl nun der Abt von Kaiserthum, Bevollmächtigter des Cisterzienser Ordens, und der Erzabt von Passenheim, Benedictiner Ordens der Bursfeldeischen Congregation, im Beigewort des Abtes Anton von Kremsmünster, jetzigen Bischofs von Wien, sehr wohlwollend ehemalige Nonnenklöster zur Stiftung von Collegien angetragen haben, wenn nur der Orden die berühmteren Männerklöster zurück erlangten, und wenn für die bei der Restitution statt gefundenen Auslagen eine bestimmte Summe binnen einigen Jahren entrichtet würde — wie das so Ew. R. M. wiederholt vorgebracht —: so schreibt mir doch der Abt von Kaiserthum, daß er sich dessen nicht erinnere und auch keine Vollmacht dazu gehabt habe. Hieraus schließe ich, daß der Cisterzienser Orden bis jetzt dazu nicht geneigt sei. Wenn aber der Orden widerstrebt, so wird die Gesellschaft Jesu diese Angelegenheit weder bei Ew. R. M., noch viel weniger in Rom bei Sr. Heiligkeit betreiben.“

„Im Übrigen, ob es andere Mittel gibt zur Stiftung von Collegien? Ob jene Orden mit Recht oder nicht dagegen sein können? Ob nach dem Ansehen aller Nonnen, die trotz der dafelbst abgelegten Profess Anspruch auf solche Klöster hatten, dem Cisterzienser Orden das Recht brimmet, über die Klöster zu verfügen, oder ob dies Recht auf die höchste kirchliche und weltliche Gewalt übergeht? Ob andererseits die Nothwendigkeit, die Jugend durch die Gesellschaft Jesu erziehen zu lassen, so groß ist, daß Collegien und Gymnasien, auch gegen den Willen jener Orden, durch die erwähnten Mittel zu errichten seien, oder nicht? — Das Alles sind Fragen, über die ich mir kein Urtheil erlaube, sondern es dem Papse und Ew. R. Majestät anheimstelle, denen ja angegebene Juristen zur Verfügung sind.“

„Die Gesellschaft ist bereit und willig, so viel sie mit Worten stützen vermag, ohne Lohn, gemäß ihrer besonderen Institution, für Gott, für die Kirche, für die Religion, für das Seelenheil der Menschen, sich in Demuth und Geduld zu widmen und verwendet zu werden. Mögiges Essen, notwendige Kleidung und Wohnung müssen, nach dem Rechte, den Arbeitern zum Verschaffen, die ihre Mühlen in Anspruch nehmen, der Paps, die andern Kirchenfürsten, Ew. Majestät. Es ist ein Gebot

Gottes. Du sollst dem dreisenden Ochsen das Maul nicht verbinden, und, wer dem Altare dient, soll vom Altare leben. Nach katholischen Grundsätzen kann nicht geleugnet werden, daß es Fälle gibt und gegeben hat, in welchen der Papst mit dem Kaiser und der Kaiser mit dem Papste im Reiche mit gutem Gewissen Besizthümer von einem Orden auf den andern übertragen haben und übertragen können, ja sogar müssen. In ein Schreiben Ew. R. an den Fürsten Cavelli Vortraster beim D. Stuhl, vom 25 October 1629, (oben S. 418) hat sich etwas dusein Widersprechendes angeschlichen. Ich habe dies Ew. R. zu wiederholten Malen unterthänigst vorgestellt, und werde nicht aufhören, beschreiben daran zu erinnern, und so lange zu erinnern, bis Abhilfe geschafft wird so wie ich überzeugt bin, daß Ew. R. vermöge Ihrer ausgezeichneten Weisungslicht, wirksam verfügen werden, daß es geschehe."

„Was nach meiner Ansicht, Ew. R. R. in der Praxis mit gutem Gewissen thun können, ist in Kürze Folgendes. Erstlich können Ew. R. mit dem besten Gewissen bei der Instruction bedarren, welche den Commissarien zur Vollziehung des Edictes gegeben worden, nämlich daß dergleichen Nonnenklöster in Ew. R. R. Sequester genommen werden sollen. — Zweitens, damit alles glimpflich zugehe, würden nach meiner geringen Einsicht Ew. R. wohl thun, dem General des Cisterzienser Ordens zu schreiben, was der Papst und Ew. R. zur Reformation der Religion und zur Ausbesserung der Pfarren für verschiedene Gegenden Deutschlands beschlossen haben, nämlich: Verstellung der Zahl der Mönche, Veranahrung der Seminarien, Errichtung einiger Collegien und Gymnasien für die Gesellschaft Jesu. Ferner, daß es zu diesem Zwecke, außer anderen Mitteln, vielleicht nöthig sein dürfte, einige einst dem Cisterzienser Orden gehörige Klöster zu verwenden. Ew. R. würden jedoch Sorge tragen, daß die berühmtesten Männerklöster alle an den Orden zurückkehren. Weiter, daß Ew. R. der sichern Hoffnung leben, der Orden werde, auch wenn keine Annahme geschehe, die Aenderung wegen der Verstellung der katholischen Religion in christlicher Liebe willig ertragen. Und nicht bloß dies, sondern der Orden werde auch, wie Ew. R. R. and sich nach allen Rechten zu verhalten können, von dem ihm zurückgegebenen Klöstern etliche Jahre hindurch eine Summe Geldes zur Erstattung der für den Wiedergewinn aufgewendeten Kosten zahlen."

„Einer solchen gütigen Erweisung Ew. R. R. wird der vorerwähnte Prälat beifallen. Damit wird jeder Anlaß zur Entfremdung

und Verbetterung des Gemüthes hinweggenommen. Vielmehr wird er Gov. R. W. Taus sagen für die Sorgfalt um seinen Orden.“

„Empfehlen werden Gov. R. W., wie eifrig bei dem Wiedergewinne der Pfalz, dem Papste brieflich die Nothwendigkeit darthun, daß für die Erziehung der Jugend zum Glauben und zur Frömmigkeit, und für die Abwehr der Härese, in sehr vielen Städten und Provinzen Klöster hergestellt, Seminare, Collegien, Gymnasien der Gesellschaft Jesu errichtet werden. Es erscheine erforderlich, zu diesem Zwecke einige kirchliche Foundationen zu verwenden, so wie einige anfanglich für andere Orden gestifteten Klöster. Nun gelange an Gov. R. W. jener Vorschlag der landesherrlichen Commisarien, des Fürstbischöfs von Osnabrück und des Hofrathes Hge. Dennoch werde Sr. Gnade ersucht, in diese Vorschläge zu willigen und dem am kaiserlichen Hofe weilenden Ministros den Auftrag zu geben, wenn dies nicht schon geschehen ist — mit Gov. R. W. alles in derselben Art Vorkommende zu beschließen.“

„Wenn der Papst auf den Empfang des kaiserlichen Schreibens seine Zustimmung gegeben, so kann Gov. R. W. mit gutem und sicherem Gewissen mit den Mitteln welche die Commisarien vorschlagen, jeite Collegien, Recitate und eine Universität errichten.“

„Das ist es, was ich, nach Anweisung Gottes, auf die mir vorgelegten Fragen Gov. R. W. zu antworten habe.“

Diese Frage, ob ausgestorbene und dennoch zu restituierende Nonnenklöster dem Jesuiten-Orden überwiesen werden dürften, hat damals für eine Zeitlang viele Gemüther beschäftigt und eine Reihe von Streitschriften hervorgerufen.<sup>1</sup> Der geschichtliche Werth der vorstehend gegebenen Urkundenstücke besteht darin, daß sie in authentischer Weise darlegen, was von maßgebenden Persönlichkeiten erstrebt wurde. Der Nachdruck ist auf das Wort: erstrebt — zu legen. Denn wie weit man mit der Gründung von Jesuiten-Collegien bis im April 1630 gekommen war, ergibt sich aus einem Berichte des Reichshofrathes Hge vom 18.<sup>2</sup> „Den Unterhalt der introducirten Patres belangend, haben J. Ex. von Lilla und ich dabei bisher das Beste gethan und thun müssen. Denn sonst hätte Einer introducirt werden, oder introductus bleiben, und Dero allergnädigster Befehl und dabei habende gottselige Intention nicht voll-

<sup>1</sup> Die wichtigste derselben ist die *Justa Defensio* von P. Fauman S. J. Dillingae 1631.

<sup>2</sup> Kriepachter S. 97

bracht werden dürfen.“ — Er kam später, am 6. Juli, in Regensburg, mit der Bitte ein<sup>1</sup>: „doch unsere Kosten und Mühen erstattet werden mögen.“

Dazu auch lag, wie schon jenes Gutachten des Paters Komornain durchblicken läßt, das Verhältnis des Kaisers oder doch seiner Nähe zu dem päpstlichen Stuhle nicht eben and glatt. Es war den Wehrmännern, namentlich dem Bischofe Anton von Wien, der Vorwurf gemacht, daß sie der Verleihung von erledigten Kirchenplätzen in die päpstliche Jurisdiction übergriffen. Die Differenz betraf namentlich die Äbte St. Maximin in Trier und Corvey an der Rhes. Überhaupt aber ward den kaiserlichen Räten vorgeworfen, daß sie von Brüssel her die Meinung sich angeeignet: obwohl in Glaubenssachen alle Christen verpflichtet seien, der päpstlichen Autorität Folge zu leisten: so dürften doch in Sachen der Regierung der Kirche die Könige und Fürsten den päpstlichen Verfügungen entgegen treten und Widerstand leisten.

In der Hauptstadt hatte der Papst Urban VIII. den Wünschen des Kaisers willfahrt: er hatte dem Sohne des Kaisers, dem Erzherzoge Leopold Wilhelm, die Erzbischthümer Bremen und Magdeburg, so wie das Bisthum Halberstadt durch Provision verliehen. Bis auf die Stadt Magdeburg waren die zwei letzteren Kaiser in den Händen der kaiserlichen Truppen: es fehlte jedoch noch die eigentliche Besitzergreifung für den Erzherzog Leopold Wilhelm. Am 20. März 1630 ward zu diesem Zwecke eine besondere Commission ernannt,<sup>2</sup> bestehend aus Witternich, Vassenheim, Hammerle. Die Instruction geht über den früheren Administrator Christian Wilhelm hinweg. Es heißt darin: „Weder ist der jetzt Bestallte (Prinz August von Sachsen) des Erzstuhls schick, noch auch kann die Mehrzahl der Capitularen bei ihren Prälaturen und Präbenden bleiben, weniger ein Wahlrecht ausüben. Für dies Mal also wird der erzbischöfliche Stuhl durch päpstliche Provision besetzt, dem Rechte des Capitels unschädlich.“ Die Commission soll von den Kurfürsten die Huldigung einfordern. Die Contribution und die militärischen Sachen sollen zur Disposition des Generals Wallenstein verbleiben.

Ähnlich wie das Erzstift Magdeburg bis auf die Stadt von den Wallensteinern besetzt war, so bis auf die Stadt Bremen das Erzstift

<sup>1</sup> H. a. O. S. 88.

<sup>2</sup> H. a. O. S. 90. Vgl. Lutz 135.

<sup>3</sup> Feigladet J. 67.

Bremen von denen der Vize. Am 11 Februar 1630 erließ der Kaiser an den bisherigen Administrator Johann Friedrich die Aufforderung<sup>1</sup>: er möge gemäß den Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens gutwillig vom Erzbistum abtreten. Für ein Jahrgehalt auf Lebenszeit werde der Kaiser Sorge tragen — Johann Friedrich konnte sich dazu nicht entschließen, und die Sache stand hin.

Im Frühlinge ward sie im Reichshofrathe erwoogen.<sup>2</sup> Man war der Ansicht, daß der dermalige Zustand im Erzbistum Bremen unhaltbar, weil ein berechtigtes Haupt fehle. Demnach müsse das Edict durchgeführt, ein Statthalter für das Erzbistum ernannt werden. Dies könne bei der Lage der Dinge dort nur Jemand sein, „der ein Soldat, des Stiftes erfahren, dort in Autorität und Respekt ist, welche Qualitäten neben vielen anderen hochschätzlichen sich in dem General Grafen Tilly finden, der dazu um dieses Stift, welches er durch seine Waffen dem Feinde entrissen, sich hoch verdient gemacht hat“. Für die geistlichen Angelegenheiten solle als Generalvikar der Dr. Marras, zur Zeit Pfarrer zu St. Martin in Köln, ihm beigeordnet werden.

Die Absichten im Reichshofrathe mit Bremen gingen dann noch verschiedenen Richtungen sehr weit. „Es ist,“ heißt es in dem Gutachten, „sehr besser gelegener Ort zur Aufrihtung der vorgehabten und dann wohl practicablen Admiralität.“ Die Worte enthalten alles was über den je nach den Umständen hochwichtigen Plan bei diesem Anlasse gesagt wurde. Eine Andeutung einer Kunde, wie und durch wen der Plan der Admiralität an der Ostsee zu Grunde gegangen war, liegt nicht vor.

Nach der anderen Seite heißt es darin: „Die Stadt Bremen ist dem Erzbischofe als Landesfürsten unterthan, nicht Reichsstadt. Sie hat vor und nach dem Passauer Vertrage viele Kirchengüter occupiert. Also besteht das landesfürstliche Recht, die Herausgabe zu verlangen. Dazu hat die Stadt der Aufforderung der Commission nicht Folge geleistet. Endlich ist sie calvinisch.“

Das Gutachten macht dann den Vorschlag des Befehls an Tilly, „sich quovis modo der Stadt zu bemächtigen“. Die Vize werde nicht weigern dürfen, weil sie für die Durchführung des Restitutions-Edictes

<sup>1</sup> Kriegsdecten S. 66.

<sup>2</sup> Das Gutachten, in Kriegsdecten A. 10, ist nicht datirt. Es wird darin Bezug genommen auf jenes Schreiben vom 11. Februar, der kaiserliche Erzbischof dagegen noch nicht erwähnt.

1899, Geschichte. III

alle Hülfe angelobt. Auch sei die Sache nicht sonderlich schwer. „Der General Tilly redet davon wie von einem Bartel, den er zuziehen könne, wenn er wolle, gestalt er denn oben und unten allenthalben Schanzen gemacht, und noch andere, insonderheit an dem Begeßack, zu gänzlicher Sperrung der Weier jederzeit machen lassen könne, auch alle Vöſſe zu Lande namentlich besetzt habe, so daß diese Jmpre's auch ohne einiges Blutvergießen und zwar, wie der General selber dafür hält, innerhalb sechs Wochen ausgeführt werden könne.“ — „Dazu ist für Bremen kein Succurs in Aussicht. Christian IV und Hamburg sind mit einander veründelt. Küssel, weil lutherisch und zugleich vom Reformation-Geiste nicht betroffen, wird sich nicht einmischen. Der Syndicus von Bremen hat sich hier ausdrücklich verlaſſen lassen, wenn man weiter in die Stadt dränge, so werde sie lieber die Generalstaaten zu Hülfe rufen als sich kügen. Aber die Generalstaaten bemühen sich um Neutralität mit dem H. Ruche. Wollen sie der Stadt Bremen succurriren, so bringen oder zwingen sie vielmehr uns zum Bruche, und wird also das lang gewünschte Intent dadurch erreicht.“

Der Vorschlag kam nicht zur Ausführung.

Für das Fürstbisthum Minden stand die Sache insofern ähnlich wie für Bremen, daß auch dort dem Inhaber, dem Herzog Christian zu Celle, ein Jahrgeld angeboten wurde. Bitterkeit jedoch, meint des angeführte Ursachen, werde er katholisch, „zumal Er vor diesem dazu wohl geneigt.“ Von der anderen Seite war die Sachlage die, daß das Domcapitel der Domdechanten zu Münster erwählt, der Papst den Fürstbischof Franz Wilhelm durch Provision ernannt hatte. Der Reichshofrath schlug vor, daß, um weiteren Zwist zu verhüten, der Kaiser das Fürstbisthum in Sequester nehmen möge.

In Betreff des Fürstbisthums Magdeburg stellte Wallenstein, im April, unter dem besondern Vatten,<sup>1</sup> die er damals an den Kaiser bringen ließ, auch die folgende: „Da in Rom noch res integra, so möge der Kaiser dem Grafen Adam von Schwarzenberg das Bisthum Magdeburg abretagen, weil Schwarzenberg bei dem Kurfürsten Georg Wilhelm alles vermöge, und besonders weil er verhoffe, diesen Kurfürsten zur katholischen Religion zu bekehren.“ — Diesen Worten nach liegt hier also ein gemeinsames Project von Wallenstein und Schwarzenberg vor. Eine Antwort des Kaisers darauf findet sich nicht.

<sup>1</sup> Kriegstagen S. 87.

Während des Collegialtages in Regensburg versetzte der Rath Hye am Berichtnis des bis dahin Gewonnenen.<sup>1</sup> Er zählt zunächst drei Domstühle auf: Halberstadt, Verden, Bremen, die letztere mit der Bemerkung, daß darin der katholische Gottesdienst noch nicht hergestellt sei. In so weit standen aber doch Bremen und Magdeburg einander gleich. Er zählt ferner eine Reihe von Städten auf, in welchen Jesuiten oder Franciskaner, oder auch der Regel nach beide Orden zugleich, werkzaam sind: Stade, Buxtehude, Verden, Minden, Hannover, Goslar. Dann eine Reihe von Stift- und Klosterkirchen, theils restituirt, theils noch in Secuester. Es sind im Erzstift Bremen elf, im Stifte Halberstadt sieben, im Stifte Halberstadt zwei, im Fürstenthume Braunschweig dreizehn, im Fürstenthume Anhalt zwei. Der restituirten Collegialstifte in allen diesen Ländern rechnet er dreizehn, begreift aber auch darunter wieder die zwei in der Stadt Bremen, St. Margareth und St. Willibrod und Stephan, in denen der katholische Gottesdienst noch nicht hergestellt war. — Es folgt eine lange Reihe des noch zu restituirenden, im Fürstenthume Braunschweig (Wollensbüttel und Landerberg) vierundzwanzig Klöster, den Collegialstifte und vier Commenden, im Fürstenthume Künigsburg sieben Klöster und zwei Collegialstifte, in der Stadt Bremen mit St. Paul vor der Stadt fünf, im Stifte Minden sechs Klöster.

Aus dem Bericht des Commissars Hye ist nur beinahe erwähnt, in den Kreisen Niedersachsen und Westfalen ein Widerstand oder auch nur eine Erregung der Bevölkerung irgendwas nicht erschlich. Auch war so das Volk direct nicht betheiligt, sondern zunächst die Obrigkeiten, ob Fürsten, ob Stadtmagistrate, welche genommen hatten. Sie fügten sich.

Wunder glatt und leicht ging die Sache von statten bei anderen Reichsfürsten, wie Hessen-Cassel, und namentlich Württemberg. Vor dem Kloster Maulbronn erschienen, nach der Angabe des Herzogs Julius Friedrich,<sup>2</sup> reichlich tausend Mann. Nicht bloß wurde dann dieses reiche Kloster restituirt, sondern auch sofort das sog. Reformationrecht in Anwendung gebracht.<sup>3</sup> Man rechnete, daß der Herzog von Württemberg bis in 1630 zweiundzwanzig Klöster habe zurückgeben müssen, und mit der Rückgabe von noch weiteren zwölf bedroht werde.<sup>4</sup> Es wird gesagt,<sup>5</sup> daß Wollensbüttel diesem Herzog zur Prostitution erzwungen, so sogar sich in dieser Beziehung zu seiner Umgebung geäußert habe: „Alle Teufel

<sup>1</sup> Kriegerdenk B. 80, nicht datirt.    <sup>2</sup> Zepf 102.    <sup>3</sup> B. u. D. 100.

<sup>4</sup> B. u. D. 100.    <sup>5</sup> Gölbig, August Edell nro. 21.



und das höllische Feuer sollen den Pfaffen in den Magen fahren, daß sie gar keine Ruhe halten können.' Eine ausreichende Bürgschaft für diese Worte fehlt. Über die Vorgänge in Württemberg schreibt der Herzog Julius Friedrich selber, am 28. August 1630, an den Kurfürsten von Brandenburg<sup>1</sup>: „Man hat lauter Gewalt angewendet, und dieser gewaltthätigen Occupation mit gleicher Gewalt entgegen zu treten, ist für dies Mal nicht in unseren Mächten.“

Die Worte deuten an, daß wenn es von diesem Herzoge abgehangen hätte, er, um die genommenen Klöster zu behalten, bereit gewesen wäre, einen inneren deutschen Krieg um das Restitutions-Edict zu entzünden. Auch hatte er versucht, wie wir gesehen, den Kurfürsten Johann Georg zu bewegen, die nicht-latholischen Reichsfürsten zu diesem Zwecke um sich zu sammeln. Johann Georg hatte zurückgewiesen. Er wollte dem Kaiser gegenüber auch nicht den Schein der Absicht eines bewaffneten Widerstandes auf sich laden. So die Haltung des Kurfürsten Johann Georg im Jahre 1629 nach dem Erlasse des Restitutions-Edictes. Es fragt sich, ob sie auch ferner dieselbe blieb, namentlich in Betreff der Säkularisirer der Übergabe der Augsburger Confession.

#### 10. Haltung des Kurfürsten Johann Georg in Betreff der Religionsfrage, bis in das Jahr 1630.

Der Kurfürst Johann Georg hatte die Vorschläge des Herzogs Julius Friedrich von Württemberg zurückgewiesen. in Worten jedoch, die für die Öffentlichkeit bestimmt waren, bewies er nicht immer dieselbe Vorsicht, namentlich nicht in der Augsburger Angelegenheit. Die kaiserliche Entscheidung darin war dahin ausgefallen, daß, gemäß dem Vertrage der Stadt mit dem Cardinal Fürstbischof Otto von 1548, die kirchliche Jurisdiction in der Stadt dem Fürstbischofe Heinrich zustehe. Die Mahnung dieses letzteren, daß kaiserliche Entscheidungen nicht der Censur der Reichsstände unterliegen dürfen,<sup>2</sup> blieb ohne Frucht. Vielmehr scheint es, daß gerade diese Augsburger Angelegenheit, welche direct nicht unter das Restitutions-Edict fiel, mehr Ärger erregt habe als alle die einzelnen Verstellungen von Eetzern und Klöstern. Denn fast sämtliche nicht-latholische Reichsfürsten mengen sich hinein durch Zuschriften<sup>3</sup> an die Stadt oder an den Kurfürsten Johann Georg. Die Gemein-

<sup>1</sup> Zuph 108.      <sup>2</sup> Appendix relationis etc. 244.

<sup>3</sup> Sämmtlich in der Relation über das Jahr.

semität des Handelns dieses letzteren mit den Nicht-Katholiken von Augsburg zeigt sich, wie überhaupt in dem ganzen Verlaufe, so besonders darin, daß eine nachdrückliche Eingabe jener Bürger an den Rath von Augsburg,<sup>1</sup> so wie das dritte Intercessions-Schreiben<sup>2</sup> des Kurfürsten an den Kaiser, vom selben Tage datirt sind, dem 16. März 1630.

In diesem letzteren Schreiben tritt der Kurfürst persönlich voran. Er beginnt mit der böhmischen Rebellion, und hebt hervor, daß er damals dem Mißtrauen der Fürsten der Augsburgerischen Confession, welche die Ausdeutung des Sieges von Prag gegen sie selber gefährdet, immer sein kurfürstliches Wort entgegen gestellt, daß dies nimmermehr geschehen werde. Dann entwickelt er, ohne der oesterreichischen Entscheidung des Kaisers zu gedenken, welche dem Fürstbischöfe das Reformationsrecht zugesprochen hatte, seine Ansicht, daß auch für den Fürstbischöf und die Stadt Augsburg der Religionsfriede von 1555 gelten müsse, indem er jenen Vertrag von 1548, auf welchen sich die kaiserliche Entscheidung stützt, mit kurzen Worten als durch den Frieden für cassirt erklärt. Wenn nicht offen ausgesprochen, so lag doch in dieser Beweisführung verbüllt der Vorwurf, daß der Kaiser als Richter sich zur Partei gemacht. Der Schluß schloß fast drohend: der Kaiser werde „ermessen was aus dieser gegen die evangelische Pflanzerschaft zu Augsburg vorgenommenen Reformation und Execution für beschwerliche Zerstörung im Reiche erfolgen, auch was verhalten für Einigkeit und Vertrauen zwischen den Ständen beider Religionen zu hoffen, und wohl es endlich ausschlagen möchte, wenn die angeführten, so starken, unauflöblichen, ewig währenden Uncula zerissen und an den Fundamental-Gezeiten, auf denen als starken Grundbänken das ganze Reich auch dessen Feste, Macht, Zierde und Wohlstand beruhe, von übel Intentionirten dergestalt sich vergriffen werden sollte.“ — Dann jedoch klingt der Schluß wieder etwas milder aus: Johann Georg hofft, daß der Kaiser das ihm gegebene Versprechen halten werde.

Wir sehen ferner den Kurfürsten Johann Georg mit lebhaftem Eifer theilhaftig an dem literarischen Kampfe der Theologen, entsponnen an der Schrift, die unter dem Titel des evangelischen Augapfels der Kurfürst durch seine Theologen im Jahre zuvor hatte ausgehen lassen. Die herausfordernde Haltung dieser Schrift rief Erwiderungen hervor

<sup>1</sup> A. v. C. 394.    <sup>2</sup> A. v. C. 392.

Obwohl jener Titel den Proverben VII, 2 *Serva legem meam quasi pupillam oculi tui* — entnommen war, so fand doch namentlich er bei den Gegnern geringe Schonung. Die erste Gegenschrift trug den Titel: „Wer hat des Kall ins Aug geschlossen?“ — Die hursächsischen Theologen antworteten mit der Schrift: „Dillingerischer Kallberatz“, und wieder mit einer anderen: „Der neue Sturmschloßer, Oculist und Kallberatz.“ — Ein Dominicaner, Namens Pundherr, in Prag beherzigte sich an dem Wefche mit einer Schrift: „Scharfes rundes Auge auf den evangelischen Augapfel“. Ihn überholte ein hursächsischer Theologe durch die Schrift: „Ausführliche Augenwimper des scharfen runden Auges Georgs Pundherrn“. Wiederum kam aus Dillingen: „Brille auf den evangelischen Augapfel“, so wie aus Karlsruhe: „Auspäher solcher Brille“, und „Die rechten Gläser in die alte Brille“. Das Störche von Tillingen aus liehete P. Jorer S. J. mit der Schrift: „Überschlag über den staar-sichtigen und von den bösslichen Prädicanten übel gehaltenen Augapfel derrer, die sich evangelisch nennen“. Wunders scharf, vornehmst werthlosend war die Tillingen Schrift *Compositio pacis*, die den „evangelischen Augapfel“ nur streifte. Ein deutscher Auszug aus dieser Schrift ging hervor unter dem Namen: „Jungenschliger“. Endlich kam noch: „Ratholischer Oculist oder Sturmschloßer“. Nicht diesem Schriftstrome an sich selber dürfte eine Bedeutung beizumessen sein, sondern dem Antheile, den der Kurfürst Johann Georg daran nahm. „Unser gnädigster Herr“

also verstanden im Juli 1830 die hursächsischen Theologen: — „hat nicht also verschmerzen wollen, was wider den vor anderthalb Jahren unter Herrn Kurf. Durchlaucht hochst geachteten hursächsischen Kamen publicirten Augapfel des H. R. Kleines evangelischer Kurfürsten und Stände, das ist, wider die Vertheidigung der reinen unzeänderten Augsburgischen Confession und des heilwürdigen Religionstrebens, der Jesuiten und Mönche in unterschiedenen grausamen ehrenrührigen Scherzschritten und anzüglichlichen Schmähschartelen 'eventlich' zeichnetet haben.“ — Diese Probe der angeschlagenen Tonart dürfte genügen. Der Kurfürst befehlt eine neue „Hauptwerthbelegung“. „Sie (d. h. der Kurfürst) haben selbst mündlich und schriftlich den Auschlag gegeben, wor die Jeder 1790 sithren und den Jesuiten die Antwort verfertigen solle.“<sup>1</sup> Diese Verfertiger ihrerseits geben in der Vorrede die Versicherung: „Zundet sich aber etwas von Pfeffer und scharfem Salze wider Mönche, Jesuiten und

<sup>1</sup> Rosmalge uim. Hauptwerthbelegung uim. In der Vorrede f. IV.

<sup>2</sup> A. a. C. 18.

Audere istres Bischen, so hat es die unvermeidliche Nothdurft erfordert, und hat Folge müssen getrieben werden dem Befehle Gottes: Bezahlet sie wie sie auch bezahlet hat. Apoc. 18, 6.<sup>1</sup> — Es erlaubte sich an den kaisersächsischen Theologen in dieser Richtung des Wiederzahlens kein Mangel. Außer der Forrede und den Registern, beides Bücher für sich, brachten sie ihre Edition auf 770 Seiten Folio. Eine lange Reihe von den 108 Capiteln ist der Erörterung gewidmet, daß der Papst mit Recht der Antichrist genannt werde.

Daß jedoch alle diese gegen den Papst und die katholische Kirche wenig freundlichen Kundgebungen nicht von einer Neigung zum Kriege wider den Kaiser Zeugnis ablegen, ergibt sich aus dem Hinweise am Schluß auf das tägliche Gebet: „Wir unserm Kaiser, Kurfürsten und aller Obrigkeit Frieden und gutes Regiment“ u. s. w.<sup>2</sup>

Nach fehlte es nicht an direkten Kundgebungen des Kurfürsten Johans Georg in dieser Richtung. Mitglieder der Ernestinischen Linie, im Einverständnisse mit dem Landgrafen Wilhelm von Hessen-Cassel, suchten ihm für eine Vereinigung aller nicht-katholischen Fürsten gegen den Kaiser zu gewinnen, mit Hundentung auf die Hülfe der Generalstaaten und des Schwedenkönigs.<sup>3</sup> Erst Bernhard von Weimar, im Januar, dann dessen älterer Bruder Wilhelm, im Februar, erschienen zu diesem Zweck in Dresden. Der Letztere meldete dem Landgrafen: er habe zwar dessen Schreiben übergeben. „Aber der Kurfürst sieht es nicht gern, daß das Andringen mitten unter den Jesuitaten geschieht.“ Dann Johans Georg richtete seiner Tochter die Hochzeit aus mit dem Herzoge Friedrich von Holstein-Gottorp. Bisfeger äußerte sich über die Vorgänge in Dresden der schwedische Gesandte Camerac im Haag.<sup>4</sup> „Von der Dresdener Hochzeit habe ich nichts weiter in sichere Erfahrung bringen können, als daß dort Niemand an Dursch gestorben ist. Ohne Zweifel hat man bei Tafel von Niederwerfung Alexanders viel geredet; aber ob man nichters im Rathe feste Entschlüsse für diesen Zweck gefaßt, das werden freilich diejenigen besser wissen, die dabei waren. Einige meinen von dem Kurfürsten etwas hoffen zu dürfen: es wäre wirklich ein Wunder, wenn er sich aus seiner Trunksüchtigkeit einmal aufraffe.“

Dann kam nach Dresden Peter Meyer, der Agent des einstigen Administrators Christian Wilhelm. Er legte dar, daß der Schweden-

<sup>1</sup> E. u. O. Bericht p. 11.      <sup>2</sup> E. u. O. 770.

<sup>3</sup> Roussel VIII, 95. Wörte 1, 136.      <sup>4</sup> Roussel VIII, 86.

lenig zum bewerkstelligten Einkreisen in Deutschland bereit steht, wenn die beteiligten Fürsten, besonders der Kurfürst von Sachsen, sich mit ihm verbünden wollten.<sup>1</sup> Er erhielt von einem kurfürstlichen Beamten sofort die mündliche Antwort: „Se. K. M. hielten die übergebenen Punkte für überaus schwer, gefährlich und von solcher Importance, daß Sie sich auf keinen derselben erklären, noch auch schriftlich oder mündlich in etwas einlassen könnten.“

Wie jene Polemik über den „evangelischen Augapfel“, so verdienen ferner zur Befundung der Stimmung in Kurachsen eine besondere Aufmerksamkeit diejenigen Schriften, welche dort der Säkularisierer der Augsburgerischen Confession verbergungen, und der Zeitlage gemäß, auch des Visitations-Edict berührten. „Erläute Evangelische,“ heißt es da,<sup>2</sup> „hätten freilich lieber gesehen, daß der Kurfürst anstatt der Schreiber des Schwerts ergriffen und sich zu Felde gesetzt hätte, als ob dies der rechte Weg wäre, dem armen bedrängten evangelischen Deutschland auszuweichen, da man (doch) des Gegenbeispiels bisher sehr viele Exempel gesehen, was für einen schlechten Ausgang es nimmt, wenn man unter dem Prätexte der Religionsfreiheit wider die hohe Obrigkeit sich erhebt, oder den katholischen Ständen Ursache zur Gegenwehr an die Hand gibt.“

Beim Herannahen des Festes selber, 25 Juni (5 Juli) erging eine kurfürstliche Verordnung, welche „befahl, daß dieses Jubelfest drei Tage hindurch begangen, und der vorausgehende Jechennstag als Vorbereitungsfest gefeiert werden sollte. Demnach entstand für Kurachsen und für alle andern nach dem Beispiele Kurachsens sich richtenden Länder ein verhängnisvolles Fest.“ In dem Feste, mit welchem der Universitäts-Wittenberg allen evangelischen Kirchen Europas das Fest ankündigte, heißt es: „Gott habe die Untriebe des Satans vereitelt und die Confession (von Augsberg) unzerstört und außerhalb des Reiches erhalten und verbreitet, auch die Kaiser, mit Einschluß des gegenwärtig regierenden unsterblichen Ferdinands, gelehrt, daß, obwohl von böswilligen und mißfälligen Menschen gegen diese Confession alles versucht worden sei, die geheiligten Majestäten auf die deutsche Treue mehr Gewicht gelegt haben, als auf die Untriebe unruhiger Köpfe.“

Indem die Wittenberger Professoren, wie in solchen Fällen sitzlich, genau wußten, in welcher Richtung der Wind am Hofe zu Dresden

<sup>1</sup> Selbig, *Opusculi* III, 10. Im Juni 1620. <sup>2</sup> S. a. O. 21.

<sup>3</sup> A. L. Meyer IV, 20.

wehe, bestätigten ihre Heden die Besinnung des Kurfürsten Johann Georg, die aus seinen eigenen Rundgebungen spricht, daß bei der Säcularfeier der Übergabe der Augsburgerischen Confession ihm der Gedanke an ein feindseliges Aufstreten wider den Kaiser völlig fern lag. Und darum, weil ohne Johann Georg kein anderer deutscher Reichsfürst, nicht die Weimaraner, nicht der Landgraf von Hessen-Cassel, und nicht der Württemberger Herzog die Waffen zu erheben wagte, darf und muß mit Sicherheit gesagt werden, daß nicht aus einem Widerstande der deutschen Fürsten gegen das Restitutions-Edict, welches der Kaiser als der Ober Richter des Reiches nach seiner Überzeugung nicht gegen den Augsburger Religionsfrieden, sondern auf Grund desselben erlassen hatte, sich der Krieg neu entzündet hat.

In denselben Tagen aber, wo die Wittenberger Professoren in jener Weise redeten, landete an der deutschen Küste ein fremder König, der über einen Krieg in Deutschland nachgesonnen, so lange er des Denkens fähig war, der jegliche Gelegenheit dafür zu ergreifen getrachtet, der den festen Entschluß dazu gefaßt hatte im Herbst 1628, viele Monate, bevor das Restitutions-Edict erlassen war. An der Person dieses Schwedenkönigs, an dem Bewußtsein seiner Überlegenheit im Willen und Können hing der Krieg.

Was im anderen Falle erfolgte wäre, ist, weil nicht geschehen, eine müßige Frage. Aus der Thatsache eines Beispiels im kleinen Maßstabe jedoch ergibt sich, daß die Rückkehr zu der Kirche der Väter nicht so gar schwer war.

Das gesammte Haus der Grafen von Nassau sah sich für sein politisches Verhalten der letzten Jahre von der Strafe des Kaisers bedroht. Die Mitglieder desselben versammelten sich zu Dillenburg und hielten Rath, was zu thun sei, um abzuwenden. Sie wählten den jüngsten und mindest gravierten unter ihnen, dagegen begabtesten und gewandtesten, Grafen Johann Ludwig von Dabemar, zu ihrem Vertreter.<sup>1</sup> Im Juli 1629 machte er sich auf den Weg, zuerst nach Mainz. Dort hatte er schon früher den Jesuiten Jugler, auch selber einstigen Calvinisten, kennen gelernt. Von ihm erhielt Johann Ludwig Empfehlungen an P. Ramormaini in Wien. Eine der ersten Unterredungen Johann Ludwigs mit Ramormaini dauerte sieben Stunden. Es folgten weitere mit dem P. Willherm, einem Luxemburger. Verriß am Tage

<sup>1</sup> Wagner I, 360 u. Keller 104 u.

Maximilian Geburt, dem 8. September, trat Johann Ludwig öffentlich zur Kirche zurück. Die Vöthenschaft bei seiner Firmung übernahm der Kaiser. Wenige Tage später hob der Kaiser für das gesammte Haus Nassau die Anklage der Majestäts-Beleidigung auf.<sup>1</sup>

Johann Ludwig lehrte beim mit dem Anschlusse, sein Reformationsrecht in Anwendung zu bringen. Seine ganze Herrschaft bestand aus einer Stadt, einem Marktflecken und achtzehn Kirchspielen.<sup>2</sup> Er betrieb die sämmtlichen Prediger zu sich.<sup>3</sup> Er eröffnete ihnen, daß er seiner Herrscherpflicht gemäß gesonnen sei, alle seine Unterthanen zu ihrem wahren und ewigen Heile zu bringen, weil, wenn das Land, auch die Religion zugehört. Er sagte ihnen, daß sie nicht bleiben könnten wie sie seien; jedoch erbot er sich, sie alle mit bürgerlichen Aemtern, folglich mit hinreichendem Unterhalte für Weib und Kind, zu versorgen. Die Worte hatten Wirkung. „In Hadamar.“ erzählt der reformirte Prediger Keller,<sup>4</sup> „hatte am frühesten in sämmtlichen Nassauischen Landen das Licht des reinen Evangeliums geleuchtet.“ Dann berichtet er, daß im Jahre 1629 und ferner der Katholizismus eine rasche und in späteren Jahren nachhaltige Aufnahme fand. Er forscht nach den Gründen. Einen hauptsächlichsten dafür findet er in der Persönlichkeit des Grafen Johann Ludwig, der im wahren Sinne ein Vater seines Landes war, der thätigste von Allen, um den Druck des Krieges von dem armen Volke abzuwenden. So klein der Umfang seines Wirkens, so umfassend war sein väterliches Walten. „Dazu kommt noch die große Klugheit und der unermüdliche Eifer, mit welchem die Jesuiten ihr Belehrungswort zu treiben pflegten.“ „Dabei wissen sie sich die Liebe des Volkes dadurch zu erwerben, daß sie die Blatzgenossen in ihren Wohnungen besuchen, Kranken beistehen, Feinde ausöhnen“ usw. So Keller.

Welche Gründe immer man geltend machen möge: Die Thatfachen ergaben, daß in kurzer Zeit ohne Zwang und Drang Hadamar wieder katholisch war.

Von dem einzelnen Falle aus ergibt sich immer wieder der Rückschluß auf das Allgemeine. Die Menschen sind gar leicht geneigt zu meinen, daß sie das was sie kirchlich sind, der eigenen frei gemachten Überzeugung verdanken. Nur in wenigen Fällen ist dies zutreffend: der Regel nach wächst das Kind hinein in das kirchliche Leben und seine Eltern, von einer Generation zur anderen, und in dem einen Lande wie in dem anderen. Nassau-Hadamar ist katholisch, verschieden von anderen

<sup>1</sup> Keller 113.<sup>2</sup> Wagner II, 12.<sup>3</sup> Keller 117.<sup>4</sup> N. u. O. 122.

Ländern, die einst dem Hause Nassau gehörten. Warum? Weil der Graf Johann Ludwig gelebt hat. Im ehemaligen Erzdiocesan- Trier findet man hier und da einzelne Dörfer reformirter Confession. Haben etwa einst die Bewohner dieser Dörfer aus Überzeugung sich die reformirte Confession angeeignet? Nicht doch, diese Dörfer sind ehemalige pläyliche Enclaven. Die dunkelste Mischung finden wir im ehemals schwäbischen Retz, meistens oft von Dorf zu Dorf. Man hat in jedem dieser Fälle den Ausgangspunct zu suchen. Nicht nach eigener Wahl sind die Bauern dieser Dörfer hier katholisch geblieben, dort nicht-katholisch geworden, sondern nach dem Willen der einstigen Grundherren, die als reichthumstreibend, wie der damalige Ausdruck lautet, des Religionsfriedens fähig waren, also das Regal des im reformandl. beizien. Uten darum ist das einstige Baden-Baden katholisch, Baden-Durlach nicht-katholisch. Uten dasselbe gilt von den größten Ländern. Kurpfalz war rein lutherisch, mit Ausschluß jedes Katholiken oder Calvinisten, nicht darum weil jeder Kurpfälzer sich von der Wahrheit der Concordienformel überzeugt hatte, sondern weil der Kurfürst kraft seines Reformationsrechtes weder eine Pflanz noch eine calvinische Predigt duldet. Desgleichen aller Orten. Die Länder waren katholisch, lutherisch, calvinisch, je nachdem im 16. Jahrhunderte, und, zum geringeren Theile, auch noch im 17., das im reformandl. aufgelöst worden war.

## 11. Der Collegialtag in Regensburg bis zum kaiserlichen Verbrechen der Entlassung Wallenstein.

Vom Beginn des Monats Juni 1620 an schauten die Deutschen erwartungsvoll nach Regensburg, und hofften von der bevorstehenden Zusammenkunft des Kaisers mit den Kurfürsten dort die endliche Wiederkehr des Friedens. In der Correspondenz der Kurfürsten von Mainz und Bayern vorher wird die Frage erörtert, was zu thun, wenn Wallenstein sich nach Regensburg begäbe. Die Frage war müßig. Bereits am 22. April theil Wallenstein von Bohmen aus an Colloalto in Italien andere Absichten für die nächste Zukunft kund. „Ich reise jetzt gleich“ schreibt er, „ins Carlsbad, von dannen nach München, um mit dem Kurfürsten in unterschiedlichen militärischen Sachen Conferenz zu pflegen. Von dannen werde ich mich nach Remmingen legen, auf daß ich desto näher bin, nach allen Seiten des Auge zu richten.“

Bei Gelegenheit dieser Reise nach Remmingen erriethen wir, was

<sup>1</sup> Ehlmanns 219.



an Unordnelt für Wallenstein und sein Gefolge an Einem Tage gefordert wurde.<sup>1</sup> „Der Quartiermeister verlangte auf jeden Tag 2 gute Ochsen, 20 Hammel, 10 Lämmer, 4 Kalber, 1 Schwein, 2 Seiten Sied, 1 Tonne Butter,  $\frac{1}{2}$  Tonne angelagerter Butter, 1 Viertel Salz, 15 eile mit 40 junge Hühner, 4 Truthühner, 12 Gänse, 6 Schaf Hirt, 600 Rand Weißbrot, 400 Rand Roggenbrot, 3 Scheffel Weizenmehl zu Lerten, 8 Tonne Bier, 2 Eimer Rheinwein, 4 Eimer Franzwein usw. usw. bis hinab zu Kammel, Ingwer, Lorbeer, Zimmt, Reis usw.“

Diese Liste ward am Jodre zuvor aufgestellt, wo Wallenstein von Halberstadt aus sich direct nach Memmingen begeben wollte, und dem hiesigen Amtshauptmann in der Grafschaft Henneberg für den Durchzug zugestellt. Dann anderte, wie wir gesehen, Wallenstein seinen Reiseplan, und theilte zu diesem Zweck auch seinen Hofstaat. Sein Kanzler Wz mit dem einen Theile des Hofstaates, 120 schönen Reitrossen, 24 Sechsspännern und vielen Gepäckwagen, im Ganzen 600 Pferden, reiste von Halberstadt direct nach Memmingen. Wallenstein führte mit sich 17 Sechsspänner, 27 Reiter zu je 2 oder 4 Pferden, 60 Gepäckwagen und 150 Weiter.

Am 3. Juni traf Wallenstein in Nürnberg an, wo die Anzahl der Pferde seines Gefolges auf 700 angegeben wird.<sup>2</sup> Der Rath verordnete ihm, außer den üblichen Geschenken für fürstliche Personen, ein Pferd von außerordentlicher Schönheit und Güte. Die Bitte jedoch um Ermäßigung der 20,000 fl. monatlicher Contribution schlug Wallenstein ab.<sup>3</sup> — Von Nürnberg aus wandte sich Wallenstein nicht, wie er an Gallas geschrieben, nach München, sondern nach Ulm. Der Rath verordnete ihm einen silbernen Pokal und einen sammetenen Mantel voll Goldstücke, ein silbernes Handbecken mit beschriebenen Ranne zum Waschen, einen Wagen voll Wein und achtundvierzig Säcke Hafer.<sup>4</sup> Bei dem Einzuge in Memmingen war Wallenstein umgeben von einer Leibwache von 600 Mann, „deren Rinder gar viel mit Passamenten besetzt, die Wandelnere alle mit erhabenen Silber gestickt, die Hüfen an den Seiten versilbert gewesen, so daß kein Kaiser dergleichen Leibwache gehabt.“<sup>5</sup> Der Berichtserhalter behauptet weiter für gewis, daß Wallenstein für Küche und Keller jährlich über 200,000 Rthlr. verbraucht, angerechnet die Kleider, die Besoldungen und andere Ausgaben.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Der Rath bei Gesslg. Coburg Nr. 104.    <sup>2</sup> Wenz 44.    <sup>3</sup> S. a. C. 86.

<sup>4</sup> Gesslg. 106.    <sup>5</sup> So ein Bericht an die Stadt Memmingen in Regensburg, bei Gindels, Reichthum II, 266.    <sup>6</sup> S. a. C.

In denselben Tagen, wo Wallenstein Carlstadt verließ, machte auch der Kaiser sich auf den Weg von Wien nach Regensburg. Es liegt eine Meldung eines Ungenannten vor, daß Wallenstein dem Kaiser 800,000 Rthlr. für die Reise vorgekreut habe.<sup>1</sup> Derselbe Bericht meldet, daß Wallenstein sich dem Kaiser erhoben habe, mit oder wider Willen der Kurfürsten durch die Truppen alle Absichten des Kaisers durchzusetzen. Die Worte beweisen lediglich die Existenz eines gleichzeitigen Verächtes solcher Art. Später hat man die Meinung bestimmter dahin gesetzt<sup>2</sup>: Wallenstein habe vorgeschlagen, mit einem Theile der Armee die Stadt Regensburg im weiten Bogen zu umzingeln, mit dem anderen die am meisten widerstrebenden Fürsten, namentlich Bayern, zu bedrohen, und zur Wahl eines römischen Königs zu zwingen. — Allein weder ist für diese Behauptung selber jemals ein fester Anhaltspunkt erbracht, noch ist dargethan, daß die vier katholischen Kurfürsten eine Beforgnis dieser Art gehegt haben. Auf die Meldung des Ritters, vom 27. Mai,<sup>3</sup> daß er aufbreche, antworteten sie in entsprechender Weise.<sup>4</sup> Am 19. Juni traf der Kaiser in Regensburg ein, in den nächsten Tagen die vier katholischen Kurfürsten.

Johann Georg hatte noch unmittelbar vor dem Aufbruche des Kaisers aus Wien vier Gesandte mit einer Klageschrift eingeschickt, am 13./24. Mai.<sup>5</sup> Nach der Weigerung dieses Kurfürsten sich nach Regensburg zu begeben, ist diese Thatsache der zweite Schritt zur Trennung von den vier katholischen Kurfürsten, nicht bloß durch die Thatsache an sich, sondern auch durch den Inhalt der Klageschrift. Diese betrifft den Kriegebrand und das Resolutions-Edict, und zwar den ersteren so daß Johann Georg als der Wortführer der nicht-katholischen Reichsstände auftritt, gleich als träfe der Kriegebrand diese allein, oder doch härter als die katholischen. Es war also zugleich ein weiterer Schritt auf dem Wege, jene zwei völlig verschiedenen Angelegenheiten mit einander zu verschmelzen.

In Betreff des Resolutions-Edictes antwortete der Kaiser, daß er als oberster Richter des Reichs auf der Partien langwieriges Marasch nicht anders habe handeln können. In Betreff des Kriegebrandes sei der Collegialtag, zu dem er sich begeben wolle, zum Zwecke der Beratung

<sup>1</sup> M. a. D.<sup>2</sup> Nani I, 387.<sup>3</sup> Reichstagsboten von 1630.<sup>4</sup> M. a. D.<sup>5</sup> Pöndorf IV, 87. Ehrenhiller XI, 1084

darüber eunderten. Darum hoffe er, auch der Kurfürst werde, zur Befähigung seiner Gefinnung, sich dahin begeben.

Anstatt dieser Mahnung zu folgen, ließ Johann Georg durch seine Freunde dem Reichsvicekanzler Strolendorf eine neue Schrift anreichen.<sup>1</sup> Es ist schwer sich auszudenken, welchen Erfolg der Kurfürst sich davon versprechen konnte, zumal da diese Schrift beysehungt wird als die schärfste bis dahin von kaiserlicher Seite.<sup>2</sup> Zudem diese zwei Kurfürsten von Sachsen und von Brandenburg sehr bielten an ihrer Verabredung von Annaburg, im März, schickte Johann Georg nach Regensburg seine vier Gesandte: den Grafen Philipp Ernst von Mansfeld, Müling, Längel, Blandorf; der Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg die Gesandten: Eysenwand vom Woge, Georg von Ribbes, Pettrau von Phell, Köpfel.

Die kaiserliche Proposition<sup>3</sup> in Regensburg, vom 2. Juli, begann mit einem Überblick des bis dahin zwölfnährigen Kriegeszustandes. Sie hob hervor, in welcher Weise wiederholt die zum Zwecke des Friedens angelegten Deputationstage durch neues Waffengeklirr verunstaltet seien. Sie schildert, wie „der gütigste Kaiser als dieses ganzen Wesens Urheber“ immer auf diese Waffen sich verlassen, und welche Bedingungen die Kurfürsten zu Unbillbarkeiten ihm gestellt. Sie erzählt weiter, wie sehr der Kaiser seine Friedensliebe zu Füßes durch die für Christian IV. gütigen Bedingungen betätigt habe. Dann aber folgen die neuen Verwickelungen des Jahres 1629. Die Holländer haben nach ihren Erfolgen von Wesel und Hertogenborch viele namhafte dem Reiche angehörige Länder, Abzsh- und Herrschaften, auch Städte und Festungen in Besitz genommen. Von der anderen Seite her hat die Krone Schweden eine starke Armada auf den Fuß gebracht, um, wie bestimmt angegeben wird, sie auf des Reiches Boden auszuslegen. Dazu endlich kommt das italienische Unwesen. Der König von Frankreich und die Republik Venedig tragen kein Bedenken, dem Kaiser als dem Oberlehnsherrn in seiner Jurisdiction über das Reichs Lehen Fuß und Wess versprechenden, und mit gewehrter Hand dies zu behaupten.

Daher stellt der Kaiser an die getreuen Kurfürsten die Aufforderung, mögliche und nützliche Mittel zu finden und an die Hand zu geben, damit dermaleins der Universal-Friede hergestellt werde. „Es wird Jedermann dafür halten und bekennen müssen, daß, wenn die getreuen Kurfürsten und Stände mit ihrem von Gott gelegten Oberhaupte eung

<sup>1</sup> Folie III. Folio trägt der Vorname.    <sup>2</sup> R. a. C.    <sup>3</sup> Folio IV, 45.

und einmüthig zusammenzutreten und sich mit denselben in standhafter, rechtschaffener Treue vereinigen werden, daß sich das H. R. Reich deutscher Nation, ihr geliebtes Vaterland, von einigen auswärtigen Potentaten ganz nichts zu befahren haben."

Dann bringt die Proposition die speciellen Vorschläge. Im Betreff des Markgrafen würde es „Ihrer M. nicht zu verdenken sein, wenn Sie bei der bisher verspürten beständigen Widersegligkeit zunimmt die Gnadenpforte, als wenn Sie genügsame Ursache haben, dermalins vergeschlossen werden."

Ferner in Betreff der Holländer: „Dennoch Allen wohl bekannt, wasmaßen die Generalstaaten alles im Reiche entstandenen Unheils, Unruhe, Krieger und abscheulicher Rebellion, auch daraus von zwölf und mehr Jahren her erfolgten Jammers und Elendes nicht die geringsten Anstifter und Helfer iedergelt gewesen und noch sind" — so stellt der Kaiser dem Collegium der Kurfürsten anheim zu betrachten, wie dem Vorgehen der Generalstaaten auf des Reiches Boden zu begegnen sein werde.

Weiter in Betreff des Schweden: „Nachdem die R. M. die ganze Zeit ihrer schweren Regierung her mit der Krone Schweden niemals in Ungutem etwas zu thun gehabt, noch zu einigem Mißverstande oder Widerwärtigkeit ihres Wissens jemals Ursache gegeben". so will der Kaiser, auf den unversehrtten Fall des Mißlingens der Friedensabredung in Danzig, des Entschlusses der Kurfürsten gewärtig sein, wie einem feindlichen Einfall der Schweden zu begegnen.

Im Betreff der Unruhe in Italien: „Wenn der König in Frankreich von seiner unbefugten Prätension und unrechtmäßigen Suchen nicht absehen, sondern dieselbe mit Gewalt und Kriegsmacht in Italien oder auch im H. Reiche noch weiter durchbringen sollte", will der Kaiser die Meinung und das Gutachten der Kurfürsten darüber hören: „was J. M. zur Erhaltung Deroelben und des Reiches Rechte, auch der kaiserlichen Hoheit, als auch nicht weniger der Kurfürsten und Stände Land und Leute hinweder vornehmen und zu thun haben möchte."

Der letzte Punkt der Proposition betraf die Kriegerleiden, „deren etliche zwar aus Überschreitung der Krieges-Disziplin (entstanden sind), mehrentheils aber aus sehr unvernünftiger Nothwendigkeit, weil der eilfertigen andringenden Befehl anderer Gestalt nicht begegnet werden mögen, man auch zu einiger ordentlichen Contribution, oder zu anderen im Reiche gewöhnlichen Mitteln nicht gelangen können." Der Kaiser stellt also „in der Kurfürsten hochverordneten Rathschlag und Bedenken: im Falle ein

bedürftiger Fricke noch nicht zu erhalten, sondern man zu gewaffneter Gegenverfassung weiter verurtheilt würde, wie und welcher Gestalt der Krieg mit besserer Ordnung und weniger Plage der Unterthanen geführt werden könne.“

Der Wortlaut der Proposition athmet die Bestimmung eines römischen Kaisers, der im Vollbewußtsein seiner Würde und seiner Pflicht für die Gesamtheit den Frieden erstrebt.

Anderer schenken die Kurfürsten die Sache an. Dem Auge des Kaisers erschloß sich nicht, daß von ihnen, von den Kurfürsten her auf eine Willigkeit zum Eingehen auf seine Gebanten nicht zu rechnen war, hauptsächlich deshalb, weil zwischen ihm und ihnen eine Verästelte Rand, die im Namen des Kaisers nicht dieselben Ziele erstrebte wie er, sondern zunächst und vor allen Dingen diejenigen der eigenen Herrschaft und Habgier. In dem letzten Satz seiner Proposition hatte der Kaiser vortragen lassen, daß die Kriegesleiden zum geringeren Theile aus der Überschreitung der Kriegesdisciplin entflammen, zum größeren dagegen aus einer fast unvernünftigen Nothwendigkeit. Im entgegen gesetzten Verhältnisse ward die Sache von den vier katholischen Kurfürsten angelesen. Denn diese traten voran. Sie wollten nicht Noth eine bessere Ordnung im Kriegswesen verlangen, sondern auch für die Arme ein solches Haupt, das, selbst im Reiche angesehen und wohl angesehen, sich des Vertrauens der anderen Stände erfreue.<sup>1</sup> — Die Gesanten für Kurpfalz und Kurbrandenburg stimmten nicht zu. Die Ersteren wollten, so weit erkennbar, überhaupt gar keine Verpflichtung zum Unterhalte eines kaiserlichen Kriegsheeres anerkennen.<sup>2</sup> Die Brandenburger hatten noch einen besonderen Grund nicht mitzutun: die Furcht ihres Kurfürsten vor der Rache Wallensteins. Georg Wilhelm gebot ihnen,<sup>3</sup> gegen diesen kein Wort abzugeben, den Kurfürsten dagegen, besonders denen von Köln und Bayern, anzudeuten: „daß wir Solches darum thun müßten, weil wir die Arme in unserem Lande hätten und davor viel Nachtheils von des H. Generals Pld. zu befahren. Es wäre uns aber nicht zuwider, wenn J. J. in Ihrem Intent fortfahren und darauf bestehen möchten.“

<sup>1</sup> Gieseler, Geschichte II, 299. Nach dem Bruch der kur. Gesanten.

<sup>2</sup> K. u. D. Gieseler 67 ff., gibt nicht den Wortlaut an.

<sup>3</sup> Gieseler a. a. O. 271.

Nach längeren Verhandlungen einigte man sich am 16. Juli dahn, daß aus dem kurfürstlichen Collegium auf die Propositionen des Reichs eine Antwort erging, welche den Zustand des Reichs schildert wie folgt:

„Stumpf ist der Dienst und die Ehre Gottes (soß allenthalben nicht nur aus den Kirchen, sondern auch aus Mägen und Herzen der Vorne geschwunden), dagegen haben Schande und Paster so bei den alten frommen Tauschen auch nicht bekannt gewesen, überhand genommen. Die Jugend ist in einem ruchlosen und verthumlichen Weisen böser Erziehung, und steht daher die liebe Posterricht in nicht geringer Gefahr. In dem Reich ist die löbliche und herrliche Harmonie des Oberhauptes und der Glieder vermehren zerfallen, daß von dem uralten Splendor, der zu Jedermanns Verwunderung, Furcht und Schrecken erhellte, fast wenig mehr als der bloße Name übrig. Die Chanceryen und Ihrer K. M. fast vornehmste Glieder, von welchen die kaiserliche Dignität und Scepter des kaiserlichen, hoch erhabenen Standes und Gewalts herührt, die Kurfürsten, sind fast alles Ansehens und Respectes beraubt. Sie müssen sich den Kriegskommandanten unterwerfen, die des Standes halber ihnen nicht zu vergleichen sind. Um des kaiserlichen Namens willen, welchen diese Commandanten zwar stets im Munde führen, aber in der That wenig achten und achten, müssen die Kurfürsten ihrer Gewalt und Bedrohung, ihrem Ehr- und Geldgeiz weichen. Sie müssen zur Vermeidung größerer Ungelagender: viele böhmische, syrtische und schandliche Reden verschmerzen, müssen unzählige Drangsale der armen Hande und Leute, die Gott ihnen anvertraut, schuldmeigend über sich ergehen lassen. Und es kann dabei aus beiderem Willenden mit der K. Durchlaucht zu Brandenburg als einem vornehmen friedlichen Kurfürsten und Mitgliede des Reichs, nicht verschwiegen werden, wie jämmerlich und erbärmlich Deru uraltes ansehnliches Kurfürstenthum durch die eigenmächtige, übermäßige langwierige Umgestaltung, gewaltsame, unerschwingliche Entzückungen zugerichtet usw., also daß aus diesem löblichen Kurfürstenthum in kurzer Zeit bis zu vierzig Millionen Geldes erzwungen und erhoben worden welche Ihrer K. M. und dem Reich noch in andere Wege nützlicher hätten angelegt werden können. Was dabei Ihrer K. D. Personen für vielfältige Verschimpfung bequemt, wie viel verkleinerliche Reden sie dabei von den Soldaten hören müssen, wie die armen Unterthanen dabei mit Schlägen und Streichen tractiret,

Frauen und Jungfrauen geschändet, auch viele dabei gar zu Tode geschlagen worden: das ist viel zu weitläufig das Mal zu erzählen: es sollte auch dasselbe ein Stolz unerbarmet nicht hören können.“

„Wie weit es mit den übrigen Fürsten und Ständen des Reiches gekommen, ist leider am Tag; denn dieselben werden gar nicht geschiet. Es werden ihnen die Kasse, Sammel- und Musterplätze, Durchzüge und Einquartierung auch wohl durch schlechte unbekannte Commissarien nur befehlswegsweise auferlegt und angedrängt, und zugleich sind denn die militärischen Exactionen bei der Hand. Deren gebraucht man sich alsbald, anders ruht als wäre man in des Feindes Land oder seinem Eigenthum. Und obwohl der K. M. Dienst und dessen Beförderung dabei vorgeschützt wird, so wissen doch diejenigen, die es billig wissen sollten, und welchen des Reiches Dienst und Wohlfahrt am zu befördern, von Kunt wegen obliegt (davon) das Geringste nicht. Ja die Erfahrung hat es zum öftern bezeugt, daß die übermäßigen Verbürungen und daß wiederum darauf erfolgten Abhandlungen, unaußhörllicher Marsch und Rückmarsch, vielmehr zu Ihrer K. M. und des R. Reiches höchstem Unbehagen, den Angrenzenden zu unnothiger Zuleute, den Kriegsefficierten aber zum Bruchgängen und Vorthail gereicht haben.“

„Deber ist nun erfolgt, daß des R. Reiches Vermögen, Kraft und Stärke, durch welche es sich bei seinem hohen Stand und christlichen Glaubensbekennnisse gegen Türken und Heiden so viele hundert Jahre bis hieher vor allen anderen Könizreichen der Welt erhalten — großentheils consumiert, theils in fremde Länder verführt, viele vornehmte Länder und Provinzen, die eine Vormauer, Stärke und Fierde des Reiches gewesen, ganz verunkstet, verheert, mit Brand und den unerhörtesten andern Exactionen also zugrunde, daß sie keine Form und Gestalt des vorigen Standes mehr haben. Sie sind öde, ohne Einwohner, verlassen und verlaufen. Die vertriebenen armen Leute müssen der Armuth und dem bitteren Hunger, mit verzehrenden Seufzern und Thränen, hin und wieder zerstreut auf der Wasse, gleich dem uadernünftigen Vieh, verschmacht, sterben und zu Schanden gehen. Ihrer K. M. und des Reiches Kurfürsten und Stände sind bei auswärtigen Potentaten in Veracht, und will das unendliche Kriegswoll von ihnen lauterlichen Befehlen, von kainen Kurf. und Fürsten, von kainen Reichs-Constitutionen mehr hören oder wissen; es gilt ihnen alles frei und preisgegeben, und sie wollen auch nicht glauben, daß sie zu des Reiches Defension, sondern eher zu dessen Devastation bestellt.“

In dieser Weise setzt sich die Denkschrift noch weiter fort. Sie trägt dann, für den Fall daß das eigentliche Ziel der Herstellung des Friedens nach allen Seiten, sich nicht sobald erreichen lasse, nach den Wünschen der Abkömmlinge. Sie verlangt, daß nicht wie bisher, die Contributionen nach Gefallen der Kriegsführer angelegt und den Unterthanen der Reichsstände mit Gewalt und Zwang ausgepreßt, sondern bei denselben durch das Mittel der gewöhnlichen Reichs-, Kreis- oder anderer Versammlungen gütlich gesucht und erhandelt werden. Endlich folgt der wesentlichste Punkt. „Vor allem Anderem ist es nöthig, des Kaisers und Tructors halben, weil fast alles an demselben hänget, und auf dessen Verantwortung obermestete Klagen hauptsächlich beruhen, wohlbedachte gute Vorsehung zu thun, weil ohne dieselbe alle übrige Veranhaltung, sie sei auch so gut sie immer wolle, ganz vergeblich sein würde.“ Dagegen möge der Kaiser „der Armada ein solches Caput vorlegen, daß, im Reiche gesehen, ein ansehnliches Mitglied desselben sei, auch von anderen Ständen dafür gesucht und erkannt werde, zu welchem auch Kurfürsten und Stände ein gutes zuversichtliches Vertrauen haben mögen.“

Das Schriftstück erschien also als dasjenige des gesammten Rur-Collegiums. Nur waren die Gesandten von Sachsen und Brandenburg nicht zur gemeinsamen Überreichung zu bewegen.<sup>1</sup> Der Unterschied liegt vor Augen. Die vort katholischen Kurfürsten traten prinzipiell ein für die Gesammtheit aller Angehörigen des Reiches. Die Brandenburger lassen es sich gefallen, daß in der Schrift ihr Kurfürst als besonders betroffen genannt wird. Weiter thun sie nicht mit. Die Kurfürsten fügen sich darin, nicht laut zu widersprechen.<sup>2</sup> Dies jedoch keineswegs aus dem Grunde, als sei jenes Schriftstück an den Kaiser zu stark.

In jener Eingabe vom 18./20. Mai, in welcher Johann Georg für die nicht-katholischen Reichsstände einztrat, hatte er namentlich die Bedenken Pommerns, als des am schwersten bedrückten Landes hervorgehoben. Als der Schwede bereits in Pommern stand, schickte der Herzog Bogislaus dem Kaiser eine sehr ausführliche Schrift ein, betitelt: „Erschütterte Drangsale des Herzogthums Pommern, das ist kurzer und wahrhafter Bericht von der hochbedauerlichen Inconvenienz, welche im Jahre 1627 in Pommern geschehen und ganze drei Jahre das jezt continuirt,

<sup>1</sup> S. 446 62.

<sup>2</sup> „■ ■ ○“



was dem Lande dadurch für unerträgliche Ungelegenheit und Schaden zugefügt und endlich daraus erfolgt.“<sup>1</sup>

Es ist ein schauerliches, herzzerreißendes Register, diese vier und fünfzig Punkte der Klagen des Herzogs Bogislaw von Pommern. „Durch das barbarische Fassen der Krieger,“ sagt er darin, „sind die Unterthanen aller Mittel beraubt. Bereits eine geraume Zeit haben sich Viele mit Treibern, mit Rostsen von den Bäumen, mit anderen unnatürlichen Exerzen zu erhalten gesucht. Sie haben der Todten, auch ihrer eigenen Eltern Fleisch geschmeckt, und sättigten sich in jetziger Zeit mit Gras wie das Vieh. Man findet täglich reichen, die ungekochtes Kraut oder Gras im Munde haben. Ja vor zwei Monaten hat ein Weib ihr Kind schlachten, kochen und dadurch sich des Hungers erwehren wollen.“

Als eine Besonderheit treten in dieser Leidensgeschichte hervor die Tribulir-Soldaten. „Es sind,“ heißt es da, „neue und hier bevor bei ausrückenden Soldaten, welche als Freunde in die Quartiere aufgenommen worden,“ ganz unerhörte Intentionen auf die Bahn gebracht, indem anstatt der Execution Andere ausgeschickt, Tribulir-Soldaten genannt, welche denjenigen, die anvertraut worden, das Quantum für die nichtzahlenden Contribuenten zu ersehen nicht zur Execution, sondern zur Tribulation eingelegt werden. Das Officium dieser Tribulanten besteht darin, daß sie von denen, welchen sie eingelegt werden, sich mit Treiben und Säulen übermäßig tractiren lassen, denselben allerhand Plackereien auflagen und sie so lange quälen, und tribulieren und quälen müssen, bis der Rest bezahlt worden.“ Es werden dann Eingekerkerten der Tribulation angeführt, welche danach der Felle sich ausbenden möge.

Als besondere Probe des Verfahrens legte der Herzog Bogislaw dem Register seiner Klagen ein Schreiben des H<sup>M</sup> Lercus von Gomb. Der Anlaß war wie folgt. Ein Hauptmann Sebestian forderte in der Stadt Stargard Contributionen ein. Der Rath der Stadt hielt sich für berechtigt Entwendungen gegen den Betrag zu erheben, und bemerkte dem Hauptmann, daß er bei dem Kaiser und dem General Moze führen werde. Der Hauptmann berichtete es dem Feldmarschall Conti. Er erhielt zur Antwort: „Damit sie sich zu beklagen desto besser Ursache haben mögen, befehlen wir dem Herrn hiermit ernstlich, daß er jezo diese Stunde ihm alles dasjenige, was noch auf die Compagnie und den Stad wohnen thut, ungesäumt zahlen lasse, und im Uebrigsten

<sup>1</sup> Abgedr. in Theatrum E. II, 164. Abensbiller XL 1046

<sup>2</sup> H. u. O. § 15.    <sup>3</sup> Egl. 3. ed. 104

keine Anrede oder Aufschub annehmen, und sollten sie sich auch nie aus Fehde ausziehen müssen. Daß dies geschehe, darauf wollen wir uns unfehlbar verlassen. Begeben im Hauptquartier Colberg, den 24. December 1629."

Die Pommern übersetzten den wälschen Namen dieses Befehlshabers in ihr Plattdeutsch: sie nannten ihn den quaden kunter.

Indem Torquato Conti solche Befehle gab, mußte er sich sicher fühlen, sie ungestraft geben zu dürfen. Noch am 30. Juni 1630 freilich hatte der Kaiser, auf die schweren Klagen des Herzogs Bogislaw, seine Aufforderung an Wallenstein um ein Gutachten darüber geschlossen mit jenen für Bogislaw und Pommern gnädig freundlichen Worten, die wir vernommen haben. Im anderen Sinne dagegen waren die Worte gemeint, die Wallenstein, am August 1628, an Arnim geschrieben, daß er noch nicht Truppen nach Pommern eintreten lassen wolle.<sup>1</sup> In jener Klageschrift vom Sommer 1630 gab der Herzog Bogislaw die Truppen, die in Pommern gelegen, an auf 31,750 Mann zu Fuß und 7640 zu Pferde, ohne den überaus großen Troß und die Gepäcksärde. Über die militärischen Leistungen dieser Truppen gegen die Schweden werden wir das Urtheil des Herzogs Bogislaw zu seiner Zeit zu vernehmen haben.

Diese Klageschrift des Herzogs Bogislaw traf in Regensburg erst später ein; die Auführung derselben hier diente also nur dazu, die Beschwerden der Kurfürsten in jener ersten Eingabe zu bestärken. Ähnlich strömten in Regensburg die Klagen anderer Reichsstände ein.<sup>2</sup>

Bevor jedoch noch der Kaiser auf die erste Vorstellung, welche auf das Verlangen der Entlassung Wallensteins hinauskam, eine Antwort ertheilt, reichte das kurfürstliche Collegium, am 19. Juli, eine andere Schrift<sup>3</sup> ein, welche die sämtlichen Punkte der kaiserlichen Proposition in Erwägung zog. Im Betreff des Malagratien erkannte sie dessen Stürzflug an, schlug jedoch vor, daß ihm „der Weg und die Thür zur Gnade und Reconciliation nicht ganz abgeschnitten und versperrt werde".

Schärfer lautete der Widerspruch gegen den offenen Bruch mit den Generalstaaten. Die jahrenden Übergriffe derselben wurden nicht verneint. Aber eben dasselbe, behauptete die Schrift, solle auch der Krone Spanien zur Last. Daher ersucht das kurfürstliche Collegium

<sup>1</sup> Adler 1, 302<sup>2</sup> Hevenhüller XI, 1064<sup>3</sup> Fandorff IV, 48

und rathet freundlich: der Kaiser wolle vermöge seiner Autorität und Verwandtschaft es bei dem Könige von Spanien und der Infantin dahin vermitteln, daß die Kriegsverderben, Durchzüge und Einquartierungen unterblieben, auch die Unterpfalz von den Spaniern geräumt werde. Alsdann werde man Aussicht auf den Frieden von jener Seite haben. — Wir sehen also die Häupter der Liga, trotz aller Mahnungen ihres Generals Zülp und namentlich des Kaisers selber, in ihrer Unkenntnis des damals von den Generalstaaten angetragenen Charakters der Aggression, immer beharren.

Etwas anders steht es mit dem Schweden. Die Kurfürsten vernehmen gern, daß der Kaiser ihm keine Ursache zur Feindseligkeit gegeben hat. Aber in der kaiserlichen Proposition selber wird Straßburg genannt. „Hieraus erscheint abermals, wie gar beschwerlich dem Reiche fallen thut, um Sachen willen, von denen demselben nichts bewußt, in solche unverschuldete Kriegesgefahr zu gerathen, und ist eben dies derjenigen Rathschläge Effecten einer, der zu erfolgen pflegt, wenn man, unbetrachtend des H. Reiches Kurfürsten, benachbarte Potentaten offendiret. — Gleichwohl wird dazu berichtet, als sollte derjenige Succurs, welchen Ihre R. M. in Polen geschickt, hierzu nicht wenig geholffen, und die Krone (Schweden) in solche Diffidenz gesetzt haben, daß sie auch gar in die Gedanken gerathen, als wären die kaiserlichen Kriegsverderbungen, die Befestigung von Seebüden, Anstellung neuer Admiralitäten an der Ostsee, nachdem mit der Krone Danemark Friede gemacht, wider dieselbige angesehen, deswegen sie dann auch Versicherung und die Fürsten von Rostenburg zu restituieren begehren thut.“

Die Worte legen dar, daß von den Gemüthern, die der Schwedenkönig, in dem Vollbewußtsein seiner persönlichen Überlegenheit über seine Mitwelt, im Herbst 1628 seinen Rächen im Schlosse zu Upsala entwickelt hatte, jenen gefälligen Herren in Regensburg, auch nachdem sie bereits wußten, daß der Schwede im Begriffe sei, den deutschen Boden zu betreten — keine Ahnung aufging. Es ergibt sich zugleich daraus, wie wohl vorbedacht es von dem Schweden war, den Ruf des Religionskrieges, mit welchem er die nicht-katholischen Deutschen an sich locken, sie von der gemeinsamen Abwehr abhalten wollte, nicht in seine Manifeste aufzunehmen. Er hätte dadurch die Häupter der Liga wenigstens zu einiger Erkenntnis über ihn bringen können. So wie nun die Dinge lagen, prägt sich in jenen Worten der Kurfürsten die Reizung aus, auch den Anlaß zu dem schwedischen Kriege direct der Provocation Wallensteins

und also mittelbar dem Wehen-Lassen des Kaisers zugulstehen. — Dann jedoch vermerkt die Schrift, daß von demjenigen her, was im Reich vorgegangen, der Schwede irgend einen befugten Anlaß habe, das Reich feindlich anzugreifen. Die Kurfürsten bitten den Rainer, dem Schweden nochmals von seinem Vorgehen abzumahnern, wie auch sie selber ihn abmahnen wollen. Beharrte er dann dennoch bei seiner feindseligen Absicht gegen das Reich, so mössen, damit der Kaiser ihm mit aller Macht begegnen könne, die Kurfürsten und Stände dabei schuldige Hülfe und Beistand leisten.

Der schwerste Stein des Anstoßes war der Krieg in Italien. Obwohl, sagt die Schrift, Mantua und Montserrat Reichslehen sind, was Niemand verneint, so hat doch das Reich davon keinen Nutzen noch Vortheil, und es hätten sich auch noch wohl andere Mittel als Krieg finden lassen, um die Gerechtsamer des Reiches dort zu behaupten. Aber der Krieg ist da, und alle des Reiches Widerwärtige haben darauf ein besonderes Auge. Der Krieg wird geführt aus Mitteln des Reiches, so sehr, daß, was bisher unethört, der Unterhalt und die im Reich erhobenen Contributionen dem Heere in Italien nochgesandt werden. Die Kurfürsten bitten daher, der Kaiser wolle „sich die fürderliche un-rungestellte Einlegung dieses Krieges mit getrauer väterlicher Sorgfalt angelegen sein, und zumal keine Friedensmittel aus Panden lassen“

Am 20. Juli erfolgte die kaiserliche Replik<sup>1</sup> auf jene erste Antwort aus dem kurfürstlichen Collegium über das Wallensteinische Heer. Der Kaiser, sagt sie, habe immer auf strenge Justiz gehalten, und werde es ferner thun. Er werde die Vorschläge der Kurfürsten gern annehmen. Die Erfahrung aber beweiße, wie schwer auf Reichs- oder Kreislagen zu Kriegesmitteln zu gelangen. Die Schrift betont, daß der Kaiser selber das höchste Oberhaupt der Armada sei, und außer allem Zweifel von Jedermann dafür gehalten werde. „Da aber wider den jetzigen kaiserlichen Feldhauptmann in specie geklagt werden sollte, wollen J. R. M. solches willig anhören und sich darüber der Gebühr nach resolvierten.“

Da die ganze Schrift, bei aller Höflichkeit der Worte, auf die Eingabe der Kurfürsten wenig einging, so suchten diese letzten Worte dem eigentlichen Reize der kurfürstlichen Forderung völlig auszuweichen.

<sup>1</sup> Vondorp IV, 30

Und dennoch konnte dies nur so geschehen, daß eben durch jene Schlußworte den Kurfürsten der Anlaß geboten wurde, diese Forderung abermals vorzubringen, und zwar in verstärkter Weise.

Diese Duplik<sup>2</sup> erfolgte am 29. Juli.

Nach einigen höflichen und unterthönigen Eingangsworten läßt die Schrift fort: „Die Klagen bestehen darin, daß, nachdem des Reiches Feinde, der Pfalzgraf, der Pfalzstadel, der Halberstädter, der Markgraf von Brandenburg und Andere geschlagen, die Union sammt ihrer Armada dissolviert, und kein Feind fast mehr vorhanden gewesen, allererst ein Selbsthauptmann, ohne Verwissen und Einwilligung der Stände, oder auch wenigstens der Kurfürsten, dazu ohne Weisheit, mit einer so ungemessenen, absoluten Gewalt ins Reich verordnet worden, daß er alles nach eigenem Willen und Befallen dirigieren und handeln möge.“ Daraus sind dann die Konsequenzen erfolgt.

Die Pflicht der Gerechtigkeit zwingt hier die Darlegung zu unterbrechen, und den von dem Unmuth der Kurfürsten gegen Wallenstein und mittelbar gegen den Kaiser dictirten Behauptungen den Thatbestand entgegen zu stellen. Nicht nachdem die Feinde des Reiches niedergeworfen, hatte der Kaiser den Wallenstein entsendet, sondern auf die Verletzung Tillys und demgemäß der Kurfürsten von Mainz und Bayern, im April 1623, daß das Herr der Liga, dem Dänenkönige und den anderen Feinden allein nicht gewachsen, einer Hilfe bedürfe. Der Kaiser hatte Wallenstein nicht mit absoluter Gewalt ausgestattet, sondern Wallenstein, nachdem er zuerst sich von Tilly losgemacht, hatte sie nach und nach sich angemacht, und der Kaiser, unter der Einwirkung beschworener oder irre geführter Räte, die in der Macht Wallensteins die Macht des Kaisers zu erblicken vermochten, hatte geschehen lassen. Nicht auf einmal war das Unheil der verzehrenden und verärgenden Militär-Dictatur Wallensteins über das Reich gekommen, sondern Schritt vor Schritt, schlimmer als in den Jahren 1625 und 1626, im Jahre 1627, und immer steigend, nicht nach dem Willen, aber ohne den durchschlagenden Einspruch des Kaisers.

Der schwerste Nachdruck lag auf den Worten der Kurfürsten, daß Wallenstein begangen habe ohne Weisheit, mit Versprechungen, und darauf sein Verheißene angesetzt, so daß die Obersten das was sie ausgelegt, von den Unterthänen selbst wieder erheben und eindringen

müssen. Das alles ist „mit solcher Unordnung geschehen, daß mit solchem Gelde anstatt Fusses wohl vier Regimenter hätten aufgebracht werden können“.

„Dietel,“ fährt die Schrift fort, „ob es schon an ihm selbst schwer genug, ist es nicht verblieben, sondern man hat die Armada mit Generalen, Feldmarschallen überhäufet, und hat der General zu Jedermanns Verwunderung eine solche kostbare, übersehenswürdige Hofhaltung an richtigem Jense, Aufwartung, Tractament und Anderem gesucht, daß verglichen bei königlichen, ja wohl kaiserlichen Höfen nicht gesehen worden. Auch andere hohe Officiere führen einen fürstlichen Staat mit Pferden, Kutschen und Dienern, und kommt es so weit, daß sich auch wohl ein geringer Cavalier nicht scheut, ihm bis zu die dreißig, vierzig oder mehr Haupttrasse vorführen zu lassen. Diesen Überfluß nun muß das Reich und die armen Leute tragen, und erfolgt daraus, daß die Ordinanzen und Taxen ganz übermäßig und den armen Leuten unerschwinglich sollen. Das Beschwerlichste ist, daß diese Contributionen, als der armen Leute Schweiß und Blut, nicht so viel zu Ihrer K. M. Dienst oder Ruhm, als theils auf den angegebenen köstlichen Staat, theils aber zu Schenkungen und Assignationen angewendet werden. Große Summen zu vielen Tonnern Wolles werden durch Wechsel in fremde Länder geschafft, ohne jegliche Rechnung darüber. Dem gemeinen Soldaten wird jedoch davon sehr wenig zu Theil, ja sie haben wohl nicht das Brod. Daher sind sie an vielen Orten ganz nackt und bloß, auch vermaßen unwillig, daß man sich eher eines Aufstandes als großer Dienste von ihnen zu getrüben hat; ja die Drohungen gehen hin und wieder ohne Effect.“

Die Schrift führt eine Reihe weiterer Einzelheiten der Willkür in der Kriegsdirection an. „Diese gebraucht sich eines wohl höheren Gewalts im Reiche, als sich jemals irgend ein regierender römischer Kaiser angemahlt hat.“

Dagegen erkennen die Kurfürsten an: „daß so oft Ihre K. M. hierüber klagend angelangt worden, an guten, milden und gemessigen Resolutionen, scharfen und ernstlichen Verordnen und Rescripten es nicht ermangelt hat. Es hat aber der Effect daraus nicht folgen wollen, weil man sich bei dem Kriegs-Directorium des habenden Gewalts misbraucht, also daß solche kaiserliche Rescripte nicht ohne höchste Verflüchtung Ihrer K. M., zu der Stände Aemtern und auswärtiger Potentaten Ärgernis, verworfen und verachtet, und diejenigen, die solche (Rescripte) erlangt, nur desto härter und freudlicher gehalten und behandelt worden sind.“

Alles dies ist den Fundamental-Gelegenheiten zuwider. Darum „will Ihre R. M. das kurfürstliche Collegium in getreuester, auftragsmäßiger Wohlmeinung nochmals gehorsamlich ersucht haben, nachdem es in Ihrer R. M. bloßem Willen steht, solchen schweren Klagen und Beschwerden zu helfen: Sie geruhen doch die unterwerfste kaiserliche Verordnung zu thun, auf daß nach Inhalt des unterthänigsten Bedrucks, alsbald und wirklich auch noch in Gegenwart und Anwesenheit der Kurfürsten, aus dem Grunde gehalten, Ihrer R. M. höchster Respect erhalten, die so hochbeträngten Stände nach so vielen Seufzern und Flehen erquicken, und die hochlöblichen Kurfürsten sich getrösten und erfreuen mögen, daß ihre wohlgenusste traubergige Vermittlung bei Derselben statt gefunden und das Vaterland dadurch der hohen verderblichen Last entbunden werde.“

Es finden sich eine Reihe von Angaben der Beträge, welche Wallenstein und sein Kriegsheer den deutschen Ländern entnommen. Der Kurfürst von Brandenburg berechnete die Leistungen seines Landes nur an Contributionen auf 20 Millionen Gulden.<sup>1</sup> Der Herzog Pommern für dessen Land der Krieg erst im Spätherbst 1627 begann, gab die Leistungen von Pommern Stettinischen Theiles auf 10 Millionen Gulden an.<sup>2</sup> Ähnlich nach Verhältnis Andere. Nach dem Berichte des Venerablers Wemer<sup>3</sup> haben die Kurfürsten dem Kaiser den Betrag der von Wallenstein im Reich erhobenen Contributionen auf zweihundert und vierzig Millionen Rthlr angegeben. Es ist nicht ersichtlich, auf welchem Grund hin eine solche Schätzung angestellt werden konnte, zumal bei der Unordnung und der Willkür des Cassenwesens in der Wallensteinischen Armee. Die Angabe kann daher nur als eine Vermuthung betrachtet werden. Allein die Worte Wemers lassen schließen, daß die Vermuthung allgemeinen Glaubens fand, also dieselbe Wirkung übte wie eine bewiesene Thatsache.

Mit jener nachdrücklichen Schilderung des Waltens der Wallensteiners verbunden finde dem Kaiser „opferndes Kurfürsten und Stände“, also die Lüge, die Versicherung, „daß wir verhoffentlich bisher zu Jedermanns Vergnügen geschehen, auch fortan in der Erhaltung guter Disciplin bei Ihrer Armee kein Mangel erscheinen solle“ — Diese Erklärung hat nicht bloß die Bedeutung, welche die Worte unmittelbar ergeben, sondern schließt zugleich in sich die weitere, daß, was immer geschehe, die Lüge keineswegs bleiben wolle. Die Schrift führt diese Gedanken weiter aus

<sup>1</sup> Forstner bei Reuter III, 623.

<sup>2</sup> W. a. C.

<sup>3</sup> Heiser I, 149.

mit den Worten: „Wie dann Ihr R. M. wohl wissend, daß diese Armatur auf kaiserliches Begehren mit schweren Kosten der assistierenden Stände, auf die Beute gebrochen und nun in das erste Jahr erhalten, auch nach Maßgabe der vorhandenen Gefahr auf Dero kaiserliche Ermunterung jeweils vermehrt und gestärkt worden. Man hat aber dieselbe ordentlich geworden, die Obersten mit Lauf-, Kurir- und Puckergeldern versehen, und im Golde erhalten, und, was das Bornehmste, derselben einen solchen Generalissimus und Haupt vorgelegt, der ein vernünftiges und hohes Mitglied und Kurfürst des Reiches, auch zur Erhaltung der Armeen ansehnlich mit contribuiert, und desto sorgfältiger Aufsicht hat, damit unnötige, überflüssige Kosten, Bracht und Übermaß abgeschnitten, und dem Vaterlande wohl genügt und vorgestanden werde. Dessenwegen auch diesfalls der Direction halber verhoffentlich sich bisher Niemand zu beklagen Ursache gehabt, oder noch haben wird.“

Die principielle Verschiedenheit in der Errichtung des Heeres der Liga von demjenigen des Wallensteinischen, welche der Haupter desselben hier mit so starkem Nachdruck hervorheben, ist, wie bereits wiederholt bemerkt von späteren Historikern bis herab auf die neueste Zeit leider sehr oft wenig beachtet worden. Dem Principe gemäß war das Heer der Liga das nach Verhältnis best disciplinierte seiner Zeit. Dies um so mehr, da es geführt wurde von einem Manne, der in seiner Person über alle seine Untergebenen hervorragte als das Vorbild der Mäßigkeit, der Pflichttreue, der Frommigkeit.

Dennoch muß bemerkt werden, daß die kurburgischen Gesandten in Regensburg den Auftrag hatten zu sagen: die eine Armee habe es nicht besser gemacht als die andere.<sup>1</sup> „Ja es können unsere Befehlshaber gar wohl berichten, wie bisher von dem von Poppenheim in der alten Welt ist gehandelt worden.“ — Diese Instruction indeß prägt in besonderer Weise die Furcht des Kurfürsten vor der Rache Wallensteins aus, mit dem Verbote an die Gesandten, sich an der Forderung der Absetzung zu betheiligen.<sup>2</sup> Die Gesandten überschritten diese Instruction erst dann, als sie von dem Hofbeamten Grafen Georg Ludwig von Schwarzenberg vertraulich die Mittheilung erhielten, daß Wallenstein auch so auf das Besitztum des Kurfürsten ein begehliches Auge richte — Graf Georg Ludwig von Schwarzenberg war derselbe Mann, zu dessen

<sup>1</sup> Stuck, Buchs II, 269. Instruction der Gesandten.

<sup>2</sup> H. a. O., letter 272



Abberufung aus Kadel im Frühlinge 1628 Wallenstein den Kaiser gebirgen.

Ungeheuerlich haben Officiere der Liga, die sich nicht unter Tillys Augen befanden, hier und da ähnlich gehandelt wie die Wallenstreuer. Aber jene Behauptung des Kurfürsten Georg Wilhelm steht verurtheilt. Vielmehr erhob Tilly Klagen über den Nachstand seiner Officiere, so sehr daß es seinen Kriegsherren zu viel wurde. „Man sind uns zuer,“ schrieb der Kurfürst von Mainz, am 23. April 1630, an Maximilian, „die unaufhörlichen Tilly'schen Klagen nicht unbekannt. Wir können aber nicht vernehmen, daß desselben nachgesetzte Kriegsofficiere in des löblichen Bundes Diensten Schaden erleiden, sondern also auch nicht wissen, worin der geflagte Gekommangel eigentlich bestehe.“

Bewichtiger jedoch ist, daß, indem die Häupter der Liga jene schweren Klagen gegen Wallenstein vor dem Kaiser erhoben, sie ihrerseits sich sicher wissen mußten, daß ihnen für ihr Heer nicht ein ähnlicher Vorwurf zugeschrieben werden konnte. In der That ist in den Erörterungen der kaiserlichen Räte darüber auch nicht ein Versuch solcher Art zu entdecken.

Dagegen liegen andere Zeugnisse vor aus Ländern, in denen Tillys Truppen eben so lange und selbst länger standen, als diejenigen Wallensteins in Pommern. Es sind die damaligen Grafschaften Ostfriesland und Oldenburg. Die Grafen Ulrich und Anton Günther beider Länder im Nordwesten des Reiches waren dem Kaiser in gleicher Treue zugethan wie Bogislaw von Pommern. Der Graf Ulrich ging darin so weit, daß er seine Schreiben an den Kaiser datirte: „Auf Gw. R. Majestät Hauße Kurich.“

Von Eriken des Grafen Anton Günther liegt das Urtheil vor, welches mehrere Jahre später, als längst die Dinge sich gewandt, sein Biograph und Freund wie aus dem Munde des Grafen wieder sprach: „Es war das Bestreben des Grafen,“ sagt Bunselmann, „sein Gewissen gegen Gott unbesleckt, seinen Gehorsam gegen die kaiserliche Majestät anständig zu erhalten. Er hat bei dem General der Einhaltung der Disziplin sich versichern, das Volk auf den engste zusammen legen, es mit richtiger Bezahlung versehen, den Befehlshabern nach gewöhnlicher Treuegigkeit ein Stück Wildes darreichen lassen. Also hat Jeder sich mit seinem Solde befriedigen lassen und gute Ordnung gehalten. Die Einwohner sind bei ihrer Nahrung und Handbierung ruhig und sicher

\* L'ausbrücker B. I. 1.

\* Nauch.

\* Bunselmann 214, 230, 231.

verblieben, so daß auch die Wüldbahn in gutem Stande erhalten ist. Der- gleichen Truppsel würden bei dem unordentlichen Kriegeswesen an einem anderen Orte schwerlich zu finden sein.“

So der Biograph Anton Günther. Der kluge Graf streifte fortan das Schifflein seines kleinen Landes so geschickt durch die Stürme der graumollen Zeit, daß nach dem Abzuge der Tilly'schen Truppen Oldenburg von anderen Schaaren nicht wieder betreten wurde. Jedem Wandelmann später zurückblickt auf den ganzen Verlauf des Krieges, hat er völlig vergessen, oder läßt aus der Acht, daß Tillys Soldaten perst 1623<sup>1</sup> beinahe einen Monat, dann von 1627 an reichlich drei Jahre lang in diesem Lande lagerten. Es ist ihm, als sei keine Einlagerung überhaupt dort gewesen, und er, der selber alles mit erfahren, bricht in die Worte aus: „Wir saßen wie eine Hefe unter den Dornen, wie ein Apfelbaum unter den wilden Blumen. Vor unseren Thüren waren allerlei edle Früchte gleich wie in einem Lustgarten. Solches ist vom Herrn geschehen, und ist wunderbarlich vor unseren Augen.“

Es liegt dem Dichter nahe neben dem Danke gegen Gott für den Schutz des Landes seinen Herrn und Freund zu erheben und demselben Lob zu spenden, so viel er vermag. Allein es lag doch wohl nicht an dem Verlaßen des Grafen Anton Günther, daß Oldenburg nicht behandelt ward, wie Pommeren. Dieselbe Fürsorge für seine Unterthanen legte der Herzog Bogislaw von Pommeren an den Tag, freilich nur in machtlosen Eitten. Sie waren macht- und fruchtlos, nicht wegen des Wirtenden, sondern wegen des Uebelthens. Nur von dem General hing es ab, wie ein Land behandelt wurde, und nicht von dem Fürsten und der Regierung desselben.

Ostfriesland lag, bei dem Einzuge der Truppen der Liga im Jahre 1627, noch zum großen Theile ruhe in Folge der Brandenburgischen Einlagerung vom November 1622 bis Januar 1624. Auf die Beschwerde des Grafen Ulrich, daß die Contribution seinen verarmten Unterthanen zu schwer falle, beschloffen die Häupter der Liga, ihm zu diesem Zweck monatlich 5000 Reichsthaler beizusteuern. Diese Summe wurde dem Grafen zugestellt und von seinen Beamten den Officieren ausbezahlt, damit er auch daran ein Mittel habe, um diejenigen Officiere, die etwas ihre Vollmacht überschritten, im Zügel zu halten.“

<sup>1</sup> Wilsing 14.

<sup>2</sup> Man vgl. Bd. LXXV in Bd. II, 462 des ersten Theils. Jener Antiquar III, 21. Buch IV, 318 ff.

Eine kurze Charakteristik dieser ganzen mehr als dreißährigen Einlagerung der Liga-Truppen in Ostfriesland liegt vor in den Worten eines dortigen Edelmannes, der als Kind diese Zeiten schaute und darum reiche Gelegenheit hatte, auch später sich darüber zu unterrichten. Die betreffenden Worte, die er nicht für die Öffentlichkeit niedergeschrieben, sondern in seiner Familien-Chronik, lauten<sup>1</sup>: „Die wahrhaft vortreffliche beständige Disciplin der Lill'schen Soldaten gewährte einem Jeden den freien und ruhigen Besitz seines Eigenthumes. Die Wege waren sicher, Handel und Wandel ungestört. Die Soldaten befreundeten sich mit den Landleuten auf angemeine Weise. Sie gingen mit ihren Wirthen auf Feld und legten Hand an zur Arbeit.“

Wir sehen, es ist ein weiter Abstand zwischen dem Verhalten der Truppen der Liga in Oldenburg und Ostfriesland und demjenigen der Wallensteiner in Pommern. Mit Recht durften daher die vier katholischen Kurfürsten in Regensburg vor dem Kaiser diesen Unterschied im Allgemeinen geltend machen.

Die Duplik derselben, vom 29. Juli, führt die Beschwerden gegen Wallenstein noch weiter nach allen Seiten aus. Sie drängt endlich die Sache zusammen in die Worte: „Das kurfürstliche Collegium ist der beständigen Hoffnung, will auch nochmals zum inslandigten gebeten haben, Ihre K. M. werden wegen solcher weltkundigen Excesse und der verübten unjähligen Schädens, die begehrte Aenderung alsbald und nach im Anwesenheit des kurfürstlichen Collegii vor die Hand nehmen und Dero Armada einen solchen Hauptmann vorsehen, der im Reiche teutscher Nation geboren, dessen ein Stand und Mitglied sei, von Anderen dafür erkannt werde, zu welchem die Stände ein gutes Vertrauen haben, und der in seinen Verrichtungen auf des Reiches Ehungen und andere herkommene Gebräuche verweisen sei.“

Der Kaiser hatte auf die erste Schrift geantwortet, daß er eine Specialklage gegen Wallenstein willig anhören werde. Daraus ermannt zum Schlusse die Duplik: „Ew. K. Majestät werden bei sich selber hoch-

<sup>1</sup> Ulrich von Marburg, *Harburgica patra etc. Misp.* In der landeshaltischen Bibliothek zu Aurich. *Egregia sane disciplina constant rerum suarum possessionem liberam et quietam unicuique praestitit etc. Ita factum est, ut inter utroque (milites et agricolas) non vulgaris amicitia paulatim coaluerit etc.* Ich darf hinzufügen, daß viele Worte, als ich sie vor mehr als fünfzig Jahren an der genannten Stelle las, mir die häuslichste Erinnerung gegeben haben, daß Bolten Lill'sche weiter nachzuforschen, und daher der Ausgangspunkt vieler Merks geworden sind.

vernünftig erachten, nachdem der Feldhauptmann von dem ganzen R. Reich der Denatation desselben beschuldigt und vor Ervr. R. W. angeklagt worden, wie schwer und gefährlich es dem Reiche fallen würde, wenn über solches alles ihm noch die Kriegs-Direction und die Armer in Händen gelassen werden sollte, wodurch er nicht allein sich dieser schmerzlichen Action entziehen, sondern den Reichsständen, von welchen er sich offendiert zu sein erachten wird, weiter feindlich zuzusehen, und sich an denselben, auch ihrem Land und Leuten zu rächen unterstehen würde. Derowegen auch und so lange es mit ihm in diesem Stande bleibt, Niemand leichtlich wagen wird, eine Specialklage gegen ihn anzubringen. Zumal auch würde es dem kurfürstlichen Collegio nicht reputierlich sein, sich diesfalls als einen Kläger darzustellen.“

Erst am Tage nach der Überreichung dieser Schrift, am 30. Juli, traf eine französische Gesandtschaft in Regensburg ein. Sie hatte also auf den Stand der Dinge bis dahin keine Einwirkung üben können.

Die kurfürstliche Duplik vom 29. Juli drängte den Kaiser an die Alternative entweder der Entlassung Wallensteins oder des Bruches mit der Liga. In den nächsten Tagen fanden mündliche Verhandlungen statt.<sup>1</sup> Das Ergebnis derselben war das Verlangen des Kaisers: man möge ihm Zeit lassen.

Am 5. August berief der Kaiser seine künftlichen Geheimräthe zur Beratung der Sache. Das ausführliche Gutachten derselben liegt vor.<sup>2</sup> Es berichtet zuerst die Anklagen der Kurfürsten. Weiter heißt es dann: „Es ist schon vorlängst (dort) die Resolution genommen, von solchem Punkte in keiner Weise abzulassen. Wenn ihnen nicht Satisfaction gewährt wird, so steht ein gefährlicher Miß und Bruch bevor.“

Das Gutachten wirft dann zuerst die Frage auf, ob der Kaiser den General gegen die Anklagen der Kurfürsten verteidigen solle. Es sprechen dafür, sagt es, fünf Gründe. Hauptächlich der fünfte fällt geschichtlich ins Gewicht. „Bei so bewandten Sachen,“ heißt es da „ist nicht unzeitig zu besorgen, daß wenn der Herr General vernommen sollte, daß er bei Ervr. R. W. keine Rettung zu erwarten, er sich seines Volkes und des in Händen habenden Exercitus, welchen er erstmals auf seinen

<sup>1</sup> Gmüldt, *Blattstein* II, 260. Aus den Berichten der Kurfürsten und Kurbrandenburgers.

<sup>2</sup> *Wahltagbücher* von 1630. Fast ganz abgedruckt bei Gmüldt, *Blattstein* II 261 u/

Erbit auf den Fuß gebracht, dessen Oberste auch fast alle von ihm zu solchen Ehren und Würden, wie auch Geld und Gütern promovirt worden, sich gebrauchten und, anderer dergleichen offendierten, in Historien vielfältig sich befindenden Feldobersten Exempel nach, selbst vindiciren möchte.“

Die Worte tragen also die Meinung der Geheimräthe aus, daß Wallenstein möglicher Weise über das Meer verfolge nach seinem Willen. Der Gedanke, so ungemein wichtig er zur Charakteristik der Zeit, war doch wohl für den Kaiser ein sehr zweifelhafter Grund, darum für Wallenstein gegen die Kurfürsten einzutreten.<sup>1</sup>

Dies ist jedoch auch nicht der Zweck des Gutachtens, sondern es will die Sache von allen Seiten betrachten. Es folgt daher der Rath, nicht der Vertheidigung Wallensteins gegen die Kurfürsten zu unternehmen, mit einer Reihe von Gründen. Zunächst wird hingewiesen auf die vielfache Unzufriedenheit im Reiche. Besonders werden hervorgehoben „die Prälaten bei solchen Reichständen, besonders den Städten, bei denen robur Imperii, und die von so unterthänigen Ew. R. M. und der katholischen Religion feindlichen Personen regiert werden. Wenn denselben ordere hohe Stände von Kur- und Fürsten zufallen, und zumal dem Schwedenkönige das Wenigste gelingen sollte, so hätte man sich ja nicht Andern als eines hochgefährlichen Religionskrieges, in Anlaß des von Ew. R. M. gegebenen rechtmäßigen Restitutions-Krieges, endlich zu versehen. Wenn es dahin gelangen sollte, so ist ja nicht zu laugnen, daß bei der unbrüchlichen, ohne Sold erhaltenen, meist selbst der anderen Religion zugehörigen Militia und derselben vornehmen nicht-katholischen Befehlshabern, dies ohne große und mächtige Gefahr nicht abgehen würde.“

„Vornehmlich aber,“ heißt es weiter, „hat man sich vielfach höchlich zu besorgen, (daß), wenn Ew. R. M. sich dem Gutachten der Kurfürsten nicht allein nicht bequemen, sondern auch darüber die Handlungen des Generals im Einzelnen rechtfertigen, und dessen Amt gegen der Kurfürsten und Stände Rath mit Gewalt fortzusetzen lassen wollten — dadurch eine hochgefährliche Conjunction auch der Katholischen mit den Unkatholischen unvermeidlich erfolgen könnte. Dies wäre das höchste Unglück, und doch hat man sich dessen nicht erst jetzt, sondern eine gute Zeit her vernehmen

<sup>1</sup> Abentheuer XI, 1130 hat eine Vertheidigungsbrede für Wallenstein, die in maßvolle Töne übergegangen ist. Es muß bemerkt werden, daß das Gutachten der E. M. vom 6. August nicht vom Kaiser selbst, sondern von der Räte, des Kaisers nicht entsprechende, wahrscheinlich das Gegentheil, ist für den Gang der Dinge bedeutungsvoll.

lassen. Was aber die Einigung des gesammten Reichskörpers gegen das Oberhaupt für Wirkung gethan, das bezeugen die Geschichten Ludwig des Frommen, Carl des Dicken, Heinrich IV., Wenzels u. d. l."

Weiter wendet das Gutachten ein, daß eine Vertheidigung Wallenstein's die Kurfürsten nur noch mehr erbittern würde, so wie daß etliche der Klagen nicht abzuleugnen seien. „Es würde auch," heißt es weiter, „nichts Anderes daraus erfolgen, als daß die Kurfürsten und Stände in ihrem gesetzten Argwohn und mißtrauischen Gedanken nur desto mehr gestärkt wurden, gleich als sei alles was bisher geschehen, nicht allein mit Erz. R. M. Beilieben vorgegangen, sondern daß auch darunter nichts Anderes gesucht werde als das Reich von seinen Kräften zu bringen, und, wenn es völlig matt und kraftlos gemacht, demselben eine andere Form und Gestalt zu geben, aus welcher Befehlungen, wie viel Unge- mach und Unheil entstehen können, Erz. R. M. selbst höchstvernünftig zu erwägen anheim gestellt wird."

Diese Worte trafen den wundesten Punkt; denn dieser Verdacht war nach dem ganzen Verlaufe der Dinge für die katholischen Kurfürsten das stärkste Netzo. Daß der Verdacht in Betreff Wallenstein's gerechtfertigt war, folgt wie aus seinen Handlungen, so auch aus seinen eigenen früheren Worten zu dem Spanier Astorga. Daß der Verdacht in Betreff des Kaisers nicht gerechtfertigt war, ergibt sich, wie aus seinen eigenen Äußerungen zu Wallenstein selber, so aus dieser Mahnung seiner Geheimräthe an ihn. Indem sie ihn warnen vor dem Scherne des Strebens nach absoluter Herrschaft, mußten sie für sich selber überzeugt sein, daß der Kaiser ein solches Streben nicht habe.

Die Mahnung wird dann noch verstärkt durch den Hinweis, daß ein Eintreten des Kaisers für Wallenstein bei den Kurfürsten „das hochnothwendige Successionswesen am H. Reiche ins Stocken bringen", d. h. die Wahl des Königs Ferdinand von Ungarn und Böhmen zum römischen Könige verzögert werde.

Das Gutachten erörtert weiter die Frage, ob man die Beschwerden der Kurfürsten dem General zur eigenen Verantwortungustellen solle. Es verneint sie. „Denn, wenn er mit der Defension stehen bliebe, so würde es sich nicht bloß um sein Amt handeln, sondern er würde in Gefahr kommen um Leben, Ehre und Güter, was, weil die Kurfürsten unseres Erachtens, dies nicht begehren, sondern mit der Remotion allein zufrieden sind, nicht weiter an die Hand zu geben wäre."

Das Gutachten erklärt endlich sowohl die sofortige Einwilligung

in die Forderung der Kurfürsten, won die Verſägung — ſir von Extreme, zwiſchen denen ein Mittelweg gefunden werden müſſe. Dieſer Mittelweg werde ſich ergeben durch vertrauliche Unterredungen einer vom Kaiſer zu ernennenden Perſönlichkeit mit den Kurfürſten von Mainz und Bayern. Zu dieſem Zweck werden Vorſchläge und Bedingungen gemacht. Eine derselben ſtellt die Frage: „Wenn etwas aus der Motion und Abthnung des jetzigen Generals eine Gefahr entſtehen, oder derſelbe (was ihm zwar Em. R. W. nicht zutrauen) mit den Feinden an einem oder anderen Orte ſich conſungieren und das Heer nach ſich ziehen ſollte: wie ſoll dann dem zu begegnen, und wie auf ſolchen Fall ſie, die Kurfürſten, und durch welche Mittel Em. R. W. zu aſſurieren vermaßen?“

Die Thatſache, daß eine ſolche Frageſtellung beſchloſſen wurde in einer Verſammlung von Mäſſen, in welcher doch auch Wallenſtein ſeine Anhänger hatte, deutet an, weſſen Seite ihn für ſähig hielten. Die Thatſache beweist ferner abermals, daß der Zweifel beſtand, ob Wallenſtein Herr des Heeres ſei, oder der Kaiſer.

Das Gutachten beantragt endlich: der Vertrauensmann ſolle nie aus ſich ſelber den Kurfürſten die Poſſung nahe legen, daß ſie aus Affection für den Kaiſer geneigt ſein würden, den König von Ungarn zum römischen Könige zu wählen. Dann wurde für dieſen des Feldhermanns wie „ein aufſchauliches Manob die römische Krone jieren“. Endlich ſoll der Vertrauensmann zu erforſchen ſuchen, ob die Figa, wie es die Vorſchläge über die Bezahlung der Soldaten andeuten, geneigt ſein würde zu einer Vereinigung der beiden Kräten, „welches dann ein herrliches Mittel ſein würde, das D. M. Reich rechtſchaffen zu verbinden“.

Während dieſe Wallenſteinſche Frage ſchwelte, ſetzte ſich der Schriſtenwechſel des Kaiſers mit den Kurfürſten über die anderen wichtigen Differenzen fort. In einer ſehr ausführlichen Triplir<sup>1</sup> vom 7. Auguſt, vertheidigte ſich der Kaiſer gegen die ihm gemachten Vorwürfe. Er wußte ſich nicht zu erinnern, die Kurfürſten in ihrem Hoheitsrechten beeinträchtigt, noch die Verfaſſungen jarrüdgeſtellt zu haben. Auch in der Conſiſcations von Mebellingütern ſei er den Rechten der Reichsſtände nicht zu nahe getreten. Er habe fremden Potentaten keinen Zuſaß zur Heirathlichkeit gegeben. In der Prälendurziſchen Sache ſei nach dem Rechte verfahren. Er bitte um Gmngkeit der Wieder mit dem Haupte;

<sup>1</sup> Rndorp IV, 65.

denn für die auswärtigen Mächte sei die Wahrnehmung der inneren Ansehlichkeit nicht der geringste Anreiz gewesen, daß sie das Reich seit nunmehr elf Jahren nicht wieder zum Frieden haben gelangen lassen. In Betreff der Generalstaaten hebt die Schrift abermals mit Nachdruck hervor, daß es sich nicht mehr um die Neutralität handle, wo jene den Bruch offen vüllagen. Sie lehnt die Gleichstellung Spaniens mit dem Generalstaaten in Betreff des Reiches ab; denn Spanien gebe zurück was es genommen; „wo hingegen kein Exempel zu finden sein wird, daß die Generalstaaten irgend einen vornehmen Platz, den sie im wärenden Kriege occupiert, dem Reiche mit Willen abgetreten und wiederum eingeräumt hätten.“ Auch von der Unterpfalz wolle der König von Spanien seine Pandörren Erde behalten.

Mit Genugthuung dagegen hat der Kaiser die Erklärung der Kurfürsten vernommen, daß es dem Schweden nicht anstehe, sich in die Angelegenheiten des Reiches zu mischen, so wie das Erbieten, gegen denselben, falls er den Fuß auf das Reichs Boden setze, alle schuldige Hülfe und Beistand zu leisten.

Die schärfste Differenz noch außen hin zwischen dem Kaiser und den Kurfürsten war diejenige über den Krieg in Italien. Die kaiserliche Schrift, durchdringt von der Idee des römischen Kaiserthums, verfißt das Recht und die Pflicht des Kaisers, dem mit Unrecht von Frankreich angegriffenen Papsten des Reiches, dem Herzoge von Savoyen, Hülfe zu leisten. Zugleich jedoch erklärt der Kaiser sich bereit zur Friedenshandlung.

Die schließliche Antwort<sup>1</sup> der Kurfürsten, vom 12 August, zeigt, daß abermals die kaiserliche Vorlegung auf sie geringe Wirkung geübt hatte. Sie hielten fest an den zuvor aufgestellten Ansichten. In Betreff des Schweden jedoch, „dessen Postulat nunmehr zur That ausgebrochen“, wiederholten sie die vorige Erklärung, „doch daß J. R. M. den Beschwerden über das Kriegswesen vor Allem nach Inhalt des kurfürstlichen Bedenkens abhelfe und das Reich vor innerlicher Gefahr und Bedrängnis versichere,“ d. h. also Wallenstein entlasse.

Ob jene vertrauliche Unterredungen, die das Gutachten der Geheimräthe vom 3. August in Vorschlag gebracht, erfolgt sind, oder mit welchem Ergebnisse, liegt nicht vor. Dagegen betrachten die kurfürstlichen Bedenken, daß Wallenstein selber Erbittungen an den Fürsten Eggenberg ringsandt

<sup>1</sup> Rensow IV, 72.



habe.<sup>1</sup> „Der General,“ hieß es, „erkenne seine begangenen Greiffe, und es sei ihm besonders leid, die Herren Kurfürsten nicht genugsam respectirt, und sie offendirt zu haben, würde deswegen cum humilitione deprecieren und künftighen alles verbessern.“ — Er habe sich auch bereit erklärt, sagte man, das Herzogthum Mecklenburg wieder abzutreten, wenn es mit seiner Reparation und anderer wirkliches Satisfaction geschehen könne. Unter anderen dages dienlichen Orten sei die Räte gewesen vom Fürstenthume Mecklenburg. — Es ist kaum zu denken, daß dergleichen Ertheilungen auf die Häupter der Liga Eindruck gemacht haben.

Nach die Vertreter der auswärtigen Mächte suchten einzuwirken. Die Franzosen Pron de Brulart und der Kapuzierpoter Joseph redeten bei den Kurfürsten für die Forderung der Entlassung Wallenstein, der Spanier Donna bei dem Kaiser gegen dieselbe. Aus den Instructionen<sup>2</sup> der Letzteren ergibt sich, daß Michellien seinen seit Jahren befolgten Plan, die Liga von dem Kaiser loszureißen, sie mit ihm zu verfrunden, an der Angelegenheit Wallenstein durchzuführen hoffte. Er hatte schon zuvor durch den Gesandten Marcheville für die Liga eine Päcksumme von 50 000 Mann gegen die Unterdrückung durch den Kaiser in Aussicht gestellt. Dafür verlangte er: die Liga solle sich dahin einigen, daß dem Wallenstein das Commando entzogen, der Friede in Italien hergestellt werde, und die Spanier aus dem Reiche abziehen. Michellien verlangte also von der Liga dasjenige zu thun, was sie auch sich selber wollte, und nährte so ihre gute Meinung von ihm. Bei den Kurfürsten von Trier half er nach durch die Verleihung einer französischen Pension.<sup>3</sup>

Dagegen hatte der Vater Joseph den Auftrag, die etwaige Frage, ob der König von Frankreich mit Gustav Adolf im Bunde steht, absolut zu verneinen.<sup>4</sup> Dennoch verneinte der Vater Joseph diese Frage in denselben Tagen, im Sommer 1800, wo wie wir von Gustav Adolf selbst nachher vernehmen werden, der französische Gesandte Charnacé abermals bei ihm eintraf, um ihm französisches Geld anzubieten.

Es lag in jener Zeit wie ein Verhängnis auf der deutschen Nation, daß so viele ihrer Häupter hier und dort Vertrauen setzen in Personen, denen sie am wenigsten hätten trauen sollen.

<sup>1</sup> Der Bericht bei Gontels, Walstein II, 208.

<sup>2</sup> H. a. D. 200.      <sup>3</sup> H. a. D.

<sup>4</sup> H. a. D. 201.

Der spanische Herzog von Doria, der kurz vor dem Ausbruche des Kaiser's nach Regensburg in Wien angekommen war, hatte geradezu den Auftrag, den Kaiser im Bunde mit Spanien zum Bruche mit Frankreich zu bewegen.<sup>1</sup> So willig auch der Kaiser, nachdem Richelieu durch die Wegnahme von Pineroles den Krieg in Italien aufs neue entzündet, zu einem Angriffe vom Elsaß aus auf Frankreich war, so bedurfte er doch zu einem solchen Kriege vor Allem der Zustimmung der Häupter der Liga. Die erste Antwort derselben auf die Proposition des Kaiser's in Regensburg ergab zur Genüge, daß eine solche Zustimmung nicht zu erreichen stand.

Eben wegen dieses Mares wünschte Philipp IV. das Verbleiben Wallensteins im Amte. „Wie zur Zeit die Dinge liegen,“ lautet die Instruction,<sup>2</sup> vom 15. Juli, für Doria, „würde jegliche Änderung in der Überlegenheit der Waffen Wallensteins gegenüber denen der Liga schwere und unbedeutende Folgen nach sich ziehen können.“ Wir sehen, die Gesinnung des Königs von Spanien in Betreff der Liga entspricht durchaus derjenigen der Liga wider ihn. Eine Gemeinsamkeit katholischer Interessen, wie sie Gustav Adolf für seine Zwecke zu behaupten pflegte, bestand zwischen Spanien und der Liga wahrlich nicht.

Besonders merkwürdig dabei ist, daß wir nicht bei dem Kaiser Ferdinand II., so auch nicht bei dem spanischen Gesandten Doria eine Ahnung des Inhalts der Unterredung auffrieg, welche einige Monate zuvor in Gitschin Wallenstein mit dem Holländer Nigema gehalten hatte. Um so viel weniger noch wußte man in Wien, wie in Madrid von dem Pöbe, welches damals im Namen der Generalstaaten nach des Prinzen von Oranien Nigema an Wallenstein überbracht hatte — dem Pöbe für die Dextertät, mit welcher dieser vom Kaiser ernannte General des oceanischen und baltischen Meeres dem spanisch-kaiserlichen Admiralitätsplan in seinem persönlichen Interesse zunichte gemacht habe.<sup>3</sup>

In der Umgebung des Kaiser's dagegen befanden sich Personen, die bei ihm für Wallenstein eintraten: der Spanier Doria, dessen Worten die Geltung des Königs Philipp IV. bei dem Kaiser Nachdruck gab, der Fürst Eggenberg als „der beste Freund, wie Wallenstein sagt, den ich auf dieser Welt habe“ — Allen auch noch einen Anderen scheint der Kaiser zu Rathe gegeben zu haben, den P. Farnormaini. Diesem mag wenigstens

<sup>1</sup> N. a. O. 265.    <sup>2</sup> N. a. O. 263.

<sup>3</sup> Vreede, Inleiding I, Bylagen p. 97.

der König Philipp IV. den Ausschlag bei „Ramormaini“ schrieb<sup>1</sup> er drei Jahre später an seinen Gesandten Costanza, „hat alle Dinge in den gefährlichen Stand gebracht in dem sie jetzt sich befinden, dadurch daß er die Entlassung Wallensteins angetroffen und herbeigeführt hat, und wenn Ihr mit ihm redet, so habt Ihr ihm zu sagen, daß er an Allem die Schuld trage“.

Für diese Ansicht Philipps IV., daß das Wort Ramormaini den Ausschlag gegeben habe, spricht eine spätere Äußerung des Hofes von Wallenstein gegen Ramormaini, die wir zu ihrer Zeit vernehmen werden.

Als die Kurfürsten am 13. August ihre obenwähnte letzte Antwort vom 12. August dem Kaiser persönlich überreichten, stellte er ihnen die Frage, ob die Liga ihm den General Tilly überlassen wolle.<sup>2</sup> Erst wenige Wochen zuvor hatte die Infantin abermals bei dem Kaiser um die Überlassung Tillys gebeten, und am 17. Juli die Antwort erhalten,<sup>3</sup> daß die Kurfürsten unter einander die Sache überlegen würden. Indem nun der Kaiser selber für sich die Anforderung an die Kurfürsten stellte, ist anzunehmen, daß das Ersuchen der Infantin abgelehnt worden sei. Auf das Verlangen des Kaisers erklärten die Kurfürsten sich willig unter drei Bedingungen. Die erste verlangte, daß der Kaiser die so unständig gesuchte Aenderung der Kriegsdirection wirklich vornehme. Die zweite Bedingung besagte: „Weil sich bei den jetzigen Conjunctionen leicht ein Fall zutragen möchte, daß die Liga der Person des Generals Tilly zur Vertheidigung ihrer eigenen Länder, oder zu einer anderen Nothwendigkeit bedürfte, so möge der Kaiser versprechen, auf Begehren der Liga den General Tilly jederzeit zu entlassen.“ Endlich ward geltend gemacht, daß bei dem hohen Alter Tillys (von 71 Jahren) man nicht wissen könne, ob er nicht Bedenken trage, beide Stellen zu übernehmen. Der Kaiser möge daher ihn selber hören.

Principuell also hatte, am 13. August, der Kaiser nachgegeben.

Noch am selben Tage unterzeichneten die Kurfürsten in Regensburg, so wie die Gesandten für Kurpfalz und Kurbrandenburg ein Schreiben<sup>4</sup> an den Schwedenkönig, zur Antwort auf seine Beschwerden vom 7. April. Darin sagen sie: „Nachdem wir die ganze Sache fleißig

<sup>1</sup> Guden, Waldstein II, 292. Das Schreiben Philipps IV. vom 19. Sept. 1633.

<sup>2</sup> Reichstagsacten von 1630. Dgl. Hurter, Wallenstein 293.

<sup>3</sup> Villermont, Tilly II, 418.    <sup>4</sup> Sonders IV, 78.

betrachtet und erwogen, halten wir nicht dafür, daß Deru Königl.che Würde einige Ursache habe, um deren willen Dieselbe dem H. R. Reich selbstständig entgegen treten könne.“ Dann legt die Schrift den Ungrund der einzelnen Beschwerden dar. Wenn der König an dem Titel, den sie zuvor ihm gegeben, etwas vermisst habe, so sei es doch derselbe, dessen sie auch gegen andere Könige sich gebrauchten. Aus diesen Worten ergibt sich, daß die Kurfürsten dem Schwedenkönige den Titel der Regia Dignitas, nicht jedoch der Majestas gegeben haben. Der Titel der Majestät gebührte ursprünglich nur dem römischen Kaiser, nicht einem Könige, und dieser Unterschied ward im Ganztelsie des Reiches nicht bloß damals, sondern noch lange nachher festgehalten.

„Daher.“ schließt die Schrift der Kurfürsten, „wir Ein. R. Würde freundlich ermahnen, Sie wollen keineswegs Ihre Kriegsberathschaft wider das R. Reich aufstellen, noch weniger durch böse Rathschläge sich dahin verleiten lassen, denen mit Hülfe beizustehen, welche bisher Ihrer M. Majestät den schuldigen Gehorsam nicht erzeigen wollen, sondern die Wehr und Waffen, die Sie schon — was wir nicht ohne Verwunderung vernahmen — wider das H. R. Reich geführt, alsbald zurückziehen.“

Im ähnlichen Sinne war das Schreiben des Kaisers vom 18. August gehalten. Es begann mit der Beschwerde, daß der König den Boden des Reiches landrechtlich betreten, wo doch der Kaiser in Ungutem nichts mit ihm zu thun gehabt, noch zu einiger Widerwärtigkeit oder Mißverhältniß, viel weniger denn zu einer Feindseligkeit Anlaß gegeben. — Auch wenigste hätte sich doch gebühren wollen, den Krieg vorher anzukündigen, und nicht in solcher Art das Reich anzufallen. Die ganze Haltung des Schreibens prägt, wie wir später von dem Schweden selber vernahmen werden, Friedenswilligkeit vom Saten des Kaisers aus.

Bereits jedoch machte Gustav Adolf auf dem Reichsboden solche Fortschritte. Wir haben daher, bevor wir dem Gange der Dinge in Regensburg weiter folgen, auf diese Fortschritte unsere Blicke zu richten.

## 12. Die ersten Erfolge des Schwedenkönigs in Pommern.

Am Nachmittage des 17./27. Juni 1630 landete die schwedische Flotte unter Brand die Küste.<sup>1</sup> Am 24. Juni/4. Juli gelangte sie in Sicht der pommerschen Küste. Zwei Tage später erfolgte der Befehl der Landung an einer Landspitze der Insel Usedom, am Ausflusse der

<sup>1</sup> Bericht des Generals Pars Straetz, in Archiv I, 207.

Beene. Es geschah langsam und mit großer Bescheidenheit. „So hat doch,“ lautet weiter der Bericht an den Reichsrath, „Gott uns das Glück und die Gnade verliehen, daß weder ein Feind vorhanden zu sein schien, noch etwas Anderes in den Weg trat, das Anlanden und denn das Verschlagen zu verhindern. Es hat also nunmehr S. M. den Fuß auf dies Land gesetzt, und bereits ist fast alles Volk und ohne Schaden oder Widerstand ausgeführt. Wie dies wohl eine besondere Segnung Gottes ist, weil der Feind hier eine gute Gelegenheit hatte die Landung zu hindern, und sie doch nicht in Acht genommen hat: so darf man danach urtheilen, entweder daß die Führung dort unverständlich, oder daß ein besonderer Schrecken und Furcht, wie mägemers gesagt wird, über sie gekommen ist.“

Dem Anfange entsprach der Fortgang. Die drei Inseln Usedom, Wollin, Rugen, welcher letzteren sich der Oberst Rekke von Stralund aus schon zuvor bemächtigt, wurden von den Kaiserlichen „so keckerlich, ohne mercklichen Widerstand und Verlust“<sup>1</sup> aufgegeben und den Schweden zu Theil. — Unterdessen erließ Gustav Adolf an den Herzog Bogislaw in Stettin einen Drohbrieff,<sup>2</sup> wesentlich desselben Inhalts mit der Resolution, die er einige Wochen zuvor der pommerischen Gesandtschaft in Elkenabben ertheilt.

Die Mecklenburger Herzöge dagegen schickten von Rübem aus dem Könige, während er noch auf der Insel Usedom weilte, am 5/15. Juli Gesandte zur Begrüßung.<sup>3</sup> Diese entschuldigeten das Nicht-Kommen der Herzöge selbst, und überreichten dann einige Exemplare der Apologie der Herzöge, mit dem Bemerkten, daß diese Schrift in Regensburg übergeben werden solle. Sie fragten weiter um Rath, wie sich die Herzöge ferner zu verhalten. Sie baten endlich, daß der König bei den Tractaten in Danzig der Herzöge gedenken, auch sonst sie nicht verlassen wolle. — Gustav Adolf antwortete: die Sorge für die Sicherheit seines eigenen bedrohten Königreiches habe ihn hergeführt. Auch wolle er gern seinen Freunden und Verwandten helfen. Über das Nicht-Kommen der Herzöge sagte er, daß er ihre Personen bei sich nicht wohl accommodiren könne, auch nicht für rathsam halte, daß sie sich in solcher Weise „partial“ machen. lieber rathe er ihnen, die Wirkung ihrer Schrift auf dem Collegialtage abzuwarten, fürchte jedoch, daß sie nichts ausrichte. Für die Tractaten in Danzig sei er bereits ihrer eingedenk gewesen. Endlich

<sup>1</sup> Chronik 68 v.<sup>2</sup> A. u. L. 57 a.<sup>3</sup> Arkiv I, 679.

auch wollte er ihnen alle mögliche Hilfe gewähren, allein daß sie auch selber sich beflissen etwas zur Sache zu thun, wo schon alles fast zweifelt wurde. Damit entließ er die Gesandten.

Der Hergang thut dar, daß, wie die Herzöge von Mecklenburg den Schwedenkönig nicht nach Deutschland hin eingeladen haben, sie auch damals, wo er bereits auf dem Boden des Reichs stand, ihre Sache nicht an seine Waffen binden wollten, so wie daß auch der Schwede dies noch nicht forderte.

Drei Tage später erschienen vor dem Könige abermals zwei pommerische Gesandte, der Kanzler und ein Mitglied des herzoglichen Rathes, mit der Bitte um Neutralität.<sup>1</sup> Gustav Adolf schlug ab, mit dem weiteren Bescheide: er werde selbst sofort folgen, um endlich eine gewisse Resolution zu erlangen, ob man Feind oder Freund sein wolle. — Er kündigte also seinen Anmarsch auf Stettin an. Ein besonderes Motiv für ihn lag in der Beforgniß, daß im anderen Fall der F.M. Conti darin ihm zuvorkommen könne.

Über das Verhalten dieses Generals des dahin urtheilt der schwedische Augenzeuge und Historiker Chemnitz:<sup>2</sup> „Warum er die Zugänge an der See so leichtlich abandonnirt und nicht vielmehr daselbst Stand gefaßt als auf den äußersten Grenzen des Pommernlandes sich gelagert, kann man eigentlich nicht wissen.“ Er stellt dann die Vermuthung auf, daß Conti Bedenken getragen, die Armee dort zu wagen, wo sowohl die Zufuhr, als der Rückzug ihm hätte abgeschnitten werden können. — Thatsache ist, daß Conti, auf das Umsichgreifen des Obersten Leslie auf der Insel Rügen, nicht dahin sich begab, sondern von dem Herzog Bogislav die Einräumung des Passes Greifenhagen verlangte, welcher in der Capitulation von Franzburg, drei Jahre zuvor, dem Herzoge vorbehalten war. Die Einwendungen desselben verhallten.<sup>3</sup> Am 14/24 Mai rückte der Oberst Hagfeld mit 3000 Mann vor die Stadt, und stellte dem herzoglichen Commandanten Protow die Alternative des gütlichen Abzuges oder der Gewalt. Protow mit seinen 200 Mann zog ab. Wenige Tage später geschah eben dasselbe mit Garz. Im Besitze dieser zwei wichtigen Pässe, warf Conti das Auge auf Stettin. Bogislav, mit Zustimmung seiner Stände, lehnte ab.

Dennoch hatte das gering besetzte Stettin dem Nachdruck der Waffen Contis nicht widerstehen können. Um zuvorkommen, zog der

<sup>1</sup> M. a. D. 700.<sup>2</sup> Chemnitz 29.<sup>3</sup> M. a. D. 47.

Schwedenkönig, am 8/18. und 9/19., seine gesammte Infanterie bei Rosborg auf Ufsborn, so wie alle erreichbaren Oberschiffe, dort zusammen. Am Abende des 9/19. Juli erfolgte die Einküftung. Am Morgen des 10/20. Juli trieb ein günstiger Wind die Flotte stromauf, so schnell, daß der Schwede selber für die Stadt Stettin der Vete seiner Ankunft wurde. Abermals kamen Gesandte Bogislaw hervor, baten um Neutralität und Verschonung der Stadt mit einem Angriffe.<sup>1</sup> Der Schwede hielt nicht an. Mit den unterdessen ausgestiegenen Truppen rückte er näher und näher, bis er sich unter den Kanonen befand und alle Vortheile inne hatte. Dann kam, auf Verlangen des Königs, auch der Herzog selber hervor. Der Schwede trat ihm entgegen mit langer, theils freundlicher, theils drohender Rede.<sup>2</sup> Er sagte, daß „die ihm erwiesenen vielfältigen Injurien und Zunoßigungen ihm, ihm vornehmlich bezogen, die Waffen wider die Kaiserlichen zu ergreifen. Er hätte aber daneben auch seiner Glaubensgenossen große Bedrängnis und Verfolgung in Teutschland beherzigt, welchen, nach aller Möglichkeit, beiständig zu sein, und sie von dem unerträglichen Joch der Tyrannei, mit welcher sie einige Jahre her belegt gewesen, zu erretten, die christliche Liebe und sein eigenes Weissen ihn verbindlich machen thäten. Insonderheit hätte ihm gebühren und obliegen wollen, dem Herzoge in Pommern sammt dessen Land und Leuten, auch ohne einiges Fein und der Seinigen Ansehen, mit hülfreicher Hand beizuspringen, und sie von dem unermäßigsten Gewalt, von den unerhörten und schweren Pressuren und Drangsalen, darin sie summezt bei die drei Jahre gestekt, durch göttlichen Beistand zu erretten.“

Die Rede des Königs ergab, daß er sogar dem Herzog Bogislaw gegenüber, der bei sich auch nicht den Schrein eines Religionszwanges erfahren hatte, das Bestreben verfolgte, den Mißstand der Wallensteiner und die Religionsfrage in einander zu wirren. Die Rede that weiter abermals dar, daß von irgend einem Einverständnis Bogislaws oder seiner Landstände mit dem Schweden vorher nicht die Rede sein kann.

Der Herzog Bogislaw berief sich auf seine Eidspflicht für Kaiser und Reich. Er bat, wenigstens ihm mit seiner Stadt Stettin die Neutralität zu vergönnen. Der Schwede dagegen wies ihn auf einige schwache Stellen in der Befestigung der Stadt. Es werde ihm geringe Mühe kosten, meinte er, die Stadt auch wider den Willen des Herzogs in seine Gewalt zu bringen.

<sup>1</sup> Smittes Bericht in Archiv I, 701.      <sup>2</sup> Chemnitz 60.

Die Drohung schlug durch. Der Herzog Bogislaw gab nach. Die Schweden zogen in Stettin ein.

Gustav Adolf konnte nicht, das Werk zu vollenden. Noch am selben Tage, dem 10./20. Juli, ward ein Bundesvertrag<sup>1</sup> vereinbart. Jeder Wunsch, den etwa Bogislaw gemäß seiner Stellung zu Kaiser und Reich aussprechen mochte, ward in Worten berücksichtigt. Der Bund soll nur sein zur Verteidigung, mit nichts zu irgend welchem Angriffe. Das klang beruhigend für Bogislaw. Aber es folgt der Zusatz: es sei denn, daß die Erhaltung des Bündnisses dies notwendig erfordert. — Der Bund ist nicht wider Kaiser und Reich. Auch das klang friedlich. Es folgt der Zusatz, sondern vielmehr für die Erhaltung des Reiches im alten Stande und der alten Freiheit, und für den Religionsfrieden. Die Unbestimmtheit dieser Worte stellte abermals alles in die Hand der Schweden. — Der Herzog von Pommern soll alle Städte und Plätze, welche der König bereits eingenommen, oder noch ferner einnimmt, zurückhalten. Aber er soll solche Vorworte dahin stellen, welche den Schweden bei der Verteidigung an die Hand geben. Ähnlich klingen die anderen Bedingungen, deren letzte Auslegung immer bei den Schweden stand.

Der wichtigste Artikel war der vierzehnte und letzte. Der Herzog Bogislaw, kinderlos, war der letzte seines Stammes. Die Erbverehrung des Hauses Hohenzollern nach ihm war längst reichsrechtlich anerkannt, die eventuelle Erbverehrung von den Ständen gestiftet. Allen jener Artikel enthielt: wenn bei dem Tode des Herzogs Bogislaw der Kurfürst von Brandenburg das Bündnis nicht genehmigt hat, oder wenn Streitigkeiten über die Erbfolge in Pommern entstehen: so wird der König von Schweden das Land so lange in feuerfesterlichem Schutz behalten, bis der Punkt der Succession vollständig erledigt, die Kriegskosten dem Könige von dem Erbfolger, jedoch ohne Belastung Pommerns, entrichtet, und dieses Bündnis von ihm „gebührend ratifiziert und vollzogen sein wird. Alles bei gutem christlichem Glauben und Treue sonder Weidhrde.“

Am nächsten Tage, dem 11./21. Juli, hat Gustav Adolf dem Kanzler Oxenstierna den Vertrag kund und den Worten<sup>2</sup>: „Obwohl wir, damit der Feind, der in der Nähe liegt, uns nicht stören könne, dem Herzog in Allem nachgegeben und uns außerdem daß wir fortan dem Feinde hier zum Abdrucke gerathen, von der Stadt oder dem

<sup>1</sup> Vertrag mit Latine in Inventarium v. 1623.

<sup>2</sup> Arlov I. 162.



Landes bei geringen Rugen vorsehen, vielmehr alle Last auf uns genommen haben: so vermuthen wir dennoch, auf die Pänge hin der Dinge so eingerichtet zu können, daß wir keinen Nachtheil haben werden.“

Dem Herzog Bogislaw lag unterdessen die schwere Pflicht ob, das Geschehene dem Kaiser zu berichten. Es geschah am 14/24. Juli<sup>1</sup> und adermals am 24. Juli/3. August. „Als der König Gustav Adolf“ meldet er, „auf dies mein Land angelegt, hat er von denen, welche zu Defensoren auheto desto mehr worden, welche auch unter dem Scheine solcher Defension mich und die Meinigen auf den äußersten Grad ausgemergelt, und daneben mitnen Unterthanen mehrertheils ihre Wehr und Waffen, wie auch Pferde und andere Armaturen abgenommen haben — so gar schlechten Widerstand gefunden, daß E. K. M. wurde zuvorderst des Aufstehens wegen sich bemächtigt, ferner des Peenemünder Meerhafens und Ports vor Wolgast, dann auch der Insel und des ganzen Landes Usedom und der darin mit Wällen und Mauern verwahrten Stadt Usedom, ferner des Wollinischen Werders und beider Meerports Swinemünde und Döbenow, neben den dort angelegten löstbaren Schanzen, wie auch der unmaurirten Stadt Wollin, welche alle stattliche Fortwerke dieser meiner Heidenstadt Stettin sind. Und doch waren auf Hügen unterschiedliche starke wohl versicherte Schanzen, ferner der Port Peenemünde mit von ansehnlichen Laufzern oder Werken, wie denn auch Usedom, Wollin, Swine und Döbenow mit dergleichen starken Schanzen versehen, daß zu vermuthen, wenn die Defensores rechten Widerstand oder Mannhaftigkeit hätten spüren lassen, E. K. M. in so kurzer Zeit so großen Progress nicht hätte thun können. Es hat aber an der Gegenwehr gemangelt, und zwar dergestalt, daß, so bald man in obgemeldetem Lande Usedom, dann im Wollinischen Werder und in gedachten Schanzen beider Meerhäfen, von der Ankunft des schwedischen Königs etwas vernommen — alsbald und ehe denn E. K. M. herangerückt, die besagten Läger von gedachten Defensores theils ausgeplündert, theils in Brand gesteckt, hernach eilends verlassen sind. Die Waffen dagegen, welche sie wider das ausländige Kriegsvolk gebrauchen sollten, haben sie wider den elenden unbedehrten Landmann gewendet, mit Rauben, Morden, Niederhauen und dergleichen in Freuden Land unerhörten Grubelthaten, daß es abentheuerlich zu schanden, aber dennoch zum Zeugnis der Wahrheit mit genügenden Documenten hernach bekundt habet werden soll.“

<sup>1</sup> Anegedacht J. 68.

Unterdessen hatte die Nachricht des schwedischen Einbruchs in Pommern sich verbreitet. Bereits am 11./21. Juli erschien vor dem Schwedenkönige ein brandenburgischer Gesandter, Ramons Bergmann,<sup>1</sup> nicht um Protest zu erheben gegen irgend welchen Vertrag über Pommern zum Nachtheile des Kurfürsten, sondern mit der Bitte um Räumlichkeit. Er erreichte nichts. Es folgte bald ein zweiter, Wilmersdorf, dessen Unterredung mit dem Könige ausführlich vorliegt.<sup>2</sup>

Der Gesandte schlug im Namen seines Kurfürsten einen Stillstand vor, während dessen der Kurfürst die Vermittelung übernehmen würde. Zu diesem Vorschlage lächelte Gustav Adolf. Dann antwortete er, und legte dabei, wohl Niemand sonst anwesend war, seiner Rede keinen Zwang an. Bereits trat die Predigt seines Religionskrieges hier stärker hervor als gegenüber dem Herzog. „Weiß denn Sr. Edd. noch nicht, daß des Kaisers und der Seinen Intent sei, nicht eher aufzuhören, bis die evangelische Religion im Reich ganz ausgerottet werde, und daß Sr. Edd. sich nichts Anderes zu versehen haben, als daß Sie werden gezwungen werden, entweder Ihre Religion zu veräußern oder Ihre Lande zu verlassen? Meinen Sie, daß Sie mit Bitten und Flehen ein Anderes erlangen werden? Um Gottes willen bedenken Sie sich doch ein wenig und fassen *mascula consilia*. Sie sehen hier, wie wunderbarlich Gott diesen fremden Herrn, den Herzog in Pommern, welcher auch so unschuldiger Weise — indem er gar nichts verwickelt, sondern nur sein Bier in Ruhe getrunken hat — so jämmerlich um das Seine gebracht worden ist *fato quodam necessario* — denn er wohl gemütht — erreicht hat, daß er sich mit mir verglichen. Was derselbe *fato* gethan, das mag Sr. Edd. *deiberato consilio* thun. Ich kann nicht wiederum zurück: *pacta est alea, transivimus Rubiconem*. Ich suche in diesem Werke nicht das Meine, ganz seinen Gewinn, als die Sicherheit meines Königreiches: sonsten habe ich nichts davon als Unkosten, Mühe, Arbeit und Gefahr Lebens und Lebens.“

„Man hat mir Ursache genug gegeben,“ fuhr der Schwedenkönig fort „eben dergleichen Ursachen hat auch der Kurfürst. Und es wäre nunmehr Zeit, die Augen aufzumachen und von den guten Tagen sich etwas abzudrücken. Will der Kurfürst das nicht, so geht mir Quere Zerstörungen, so will ich Euch vertheiligen, und Euer Herr mag dann verbarren in seiner Thätlosigkeit, die er so sehr liebt. Was wollt Ihr sonst

<sup>1</sup> Archiv I, 701.

<sup>2</sup> S. 661g, Gustav Adolf 12. Sgl. Nitisch, Magdeburg I, 580.

mögen? Denn das sage ich Euch klar voraus: ich will von keiner Neutralität etwas wissen, noch hören. Der Kurfürst muß Freund oder Feind sein. Wenn ich an seine Grenze komme: so muß er kalt oder warm sich erklären. Hier streut Gott und der Teufel. Will der Kurfürst es mit Gott halten, wohl, so trete er zu mir: will er es lieber mit dem Teufel halten, so muß er zuvor mit mir sehn, *tertium non dabitur*, das seid gewiß. Das überbringt ihm. Der Kurfürst hat ein großes Interesse an Pommern, das will ich vertheidigen, aber mit der Bedingung, wie im Buche Ruth. Der nächste Erbe dort erhält das Land unter der Bedingung, daß er die Ruth zum Weibe nehme. So muß auch der Kurfürst diese Ruth zum Weibe nehmen: er muß sich in dieser gerechten Sache mit mir verbunden. Wo nicht, so soll er das Land nimmer bekommen."

Der zuvor angegebene Inhalt des Schlusssatzele in dem Vertrage des Schweden mit dem Herzoge Bogislaw deutet zur Genüge an, daß — trotz des Buches Ruth — der berechnigte Erbe Georg Wilhelm das Land Pommern mit dem Willen des Schweden überhaupt nicht bekommen sollte. Wir haben uns zu erinnern an das bereits angeführte Wort<sup>1</sup> des Kanzlers Oxenstierna, im Reichsrathe 1636: „Pommern und die Seeküste sind gleich einem Bastion für die Krone Schweden: das war die vornehmste Ursache, welche die selige Kaiserin in die Waffen brachte."

Dem Gedanken entsprechend gab er später seinem Sohne für die Friedenshandlung in Münster und Osnabrück die Meinung,<sup>2</sup> daß das für Schweden hauptsächlich zu erstrebende Ziel der Besitz von Pommern sei.

Der König erklärte weiter, daß er einen Frieden nicht abgeneigt „Aber daß ich jetzt, wo ich so weit durch Gottes Gnade gekommen bin, wieder hinauszugehen sollte — das kann mir Niemand rathen, auch der Kaiser selber nicht, wenn er Verstand gebrauchen will." — Er erzählte weiter. „Keine Deputierte werden nunmehr schon in Preußen sein, sollen nach Danzig sich begeben und tractiren. Ich habe meinem Kanzler schon im April eine gute Dispensation auf gutes Pergament geschrieben zugesandt, daß er auch allein hätte tractiren können. Warum hat sich der kaiserliche Gesandte nicht angemeldet?" — Wilmersdorf mochte allerdings nicht wissen, daß nicht Dohna, sondern Oxenstierna der Unterhandlung auswich, und daß überhaupt diese ganze Rede des Schweden im Widerspruche mit der Wahrheit stand.

<sup>1</sup> Geijer II, 83.

<sup>2</sup> Sieders I, 240. Vom 1. December 1644.

Einen Stillstand auf einen Monat mit Bedingungen, sagte der Schwede weiter, könne er sich gefallen lassen. Ferner: „Doch Sie Edd. sich mit interponieren, kann ich wohl leiden. Aber Sie müssen sich zugleich in Positur stellen und die Bessen zur Hand nehmen: sonst wird alles Interponieren nicht helfen. Etliche Hansestädte sind fertig, sich mit uns zu conjugieren, warten nur darauf, daß sich je ein Haupt im Meleke erst hervorthut.“ Der Schwede nannte diese Hansestädte nicht. Die Folgezeit hat dargethan, daß keine Hansestadt sich freiwillig mit ihm verbunden, und selbst das unglückliche Rostock nur durch Ueberumpelung.

— Er fuhr fort: „Was konnten die beiden Kurfürsten Sach'en und Brandenburg mit diesen Städten nicht verrichten? Sollte Gott, daß ein Mauritius da wäre!“ — Aber er selber, der Schwede, war der Mauritius des sebzehnten Jahrhunderts, der ähnlich wie derjenige des sechzehnten, im Interesse seiner Herrschaft und für das Geld fremder Mächte darauf ausging, dem alten Rinde adersmals eine Todeswunde zu schlagen.

Wilmersdorf antwortete, daß er keinen Auftrag habe von einer Verbindung der Waffen zu reden. Der König unterbroch ihn mit abermaliger Aufforderung. Jener beharrte: der König werde dem Kurfürsten nicht verzeihen, daß er lieber den Frieden erstrebe, und auch Anderen dazu rathe, zumal da die Gelegenheit doppelt günstig, sowohl durch die Neigung des Bezugsheils zum Frieden, als durch den Collegialtag. Wenn der Kurfürst die Meinung des Königs dahin überbringen möchte, könne viel Gutes geschehen. Der Schwede wich auch. Er vernahm jegliches Wort einer bestimmten Forderung, deren Einwilligung ihn gebunden hätte. Er hielt sich in allgemeinen Reden. „Gott laun das Reich wohl führen,“ sagte er weiter. „Das Reich, das ich angefangen, kann wohl in die fünfzig Jahre fortgelegt werden, und aus unserer Sicht wird Gott Leute dazu erweisen.“ — Darauf Wilmersdorf: „Es gehe, wie es wolle, so werden Land und Leute verderben.“ Er bat aufs neue um Bedingungen des Friedens. Der König: „Wenn die Untertanen in diesen Landen resistent, den Städten ihre Freiheit gelassen und ich so versichert werde, daß ich in meinen Königrsche nichts zu befahren habe: so kann ich wohl zufrieden sein. Aber was für Gewisheit und Caution dessen soll ich haben, was meint Ihr, Papier und Tinte?“ — Der Gesandte: „Solche vincula cautionis können Ew. M. haben, quia ligant homines: was auf dem Collegialtage beschlossen und rite coviert wird, das muß wohl gehalten werden.“ — Der König: „Wenn, das ist möglich: etwas

Rechts in Händen kann mich versichern, Anderes nicht. *Manus meae oculatae sunt. credunt quod vident.*" Der Gesandte: „Ein jeder Stand wird das Seine in Händen haben und festhalten. Ihre K. D. wird ihre Orte nicht ledig lassen, sondern wohl besetzen. Dergleichen werden Andere auch thun, die Randschaft des jungen Krieges wird sich in starke Verfassung setzen.“ — Der König: „Ja so lange das der Kaiser Ihnen befehlt werden heranzuziehen. Dann geben Sie es ihm wieder ein wie vorher. Möge man die Fürsten restituieren und mich zum Fürst ihrer machen, daß ich ihre Festungen bewahre. Sonsten wird nicht gehalten und ist nicht zu trauen.“ — Der Gesandte: „Weil Em. W. sich wegen des Stillstandes erklärt, daß Sie solchen wohl eingehen wollten, dergestalt daß die Wagner ihre Plätze in Pommeren antworten: so meine ich, die Wagner werden dann auch begehren, daß Em. W. vice versa die Jüngen restituieren.“ — Der König: „Nein, das werde ich nicht thun, weder eines Stillstandes, noch eines Friedens halber. Ich muß sicher sein.“ — Der Gesandte: „Em. W. könnten die Plätze so lange behalten, bis Sie sehen, daß die Kaiserlichen aus dem übrigen Nordischland ausziehen, wenn einmal dadurch ein Friede getroffen wäre.“ „Darauf,“ schloß der Bericht, „haben J. W. nichts Eigentliches geantwortet.“

In der That hatten ja die Wieden des Gesandten den Schweden an den Punkt gedrängt, wo es ihm schwer war zu antworten, ohne sich offen als Eroberer einzubekennen.

Der Gesandte machte noch einen neuen Versuch. „Weil Em. W. zutreden, daß Ihre K. D. sich interponieren möge, so mußte so Ihrer K. D. zum wenigsten die Neutralität zugelassen werden.“ Der König: „Ja so lange bis ich an Ihr Land komme. Solch Ding ist doch nicht als lauter Casus belli, die der Wind aufhebt und wegwirft. Was ist denn das für ein Ding, Neutralität? Ich verstehe es nicht.“ — Der Gesandte: „Em. W. haben es in Preußen wohl verstanden, da Sie es selber an die Hand gegeben, Ihrer K. Durchlaucht und der Stadt Danzig.“ — Der König: „Dann Kurfürsten nicht, oder wohl der Stadt Danzig, denn da war es zu meinem Vortheile.“ Er legte dar, wie die Stadt sich dabei selber im Rechte gestanden. Dennoch kam er wieder auf den Herzog von Pommeren, daß der gute Herr mit ihm wohl zufrieden wäre. Auch hätte er, der König, ihm Straßburg, Rügen, Uckermark, Wollin und Alles schon wieder gegeben. Der Herzog habe begehrt, der König wolle sein Vater sein. „Aber ich,“ sagte der Schwede, „habe geantwortet: ich wolle lieber sein Sohn sein, weil er doch keine Kinder hätte.“ — Der

Gesandte fiel ein: „Ja, Em. W., das möchte wohl sein, wenn nur Ihre M. D. Ihr Recht der Erstgeburt behrte.“ — Der König: „So das soll E. Vob. wohl behalten. Sie müssen es aber mit bedenken und nicht wie Man um einen Beel verkaufen.“

Die Unterredung hatte dem Schweden gezeigt, daß er auf eine Billigkeit seines Schwagers von Brandenburg eben so wenig rechnen dürfe, wie vorher auf diejenige Bogislava. Die schwedische Relation verzeichnet den Eindruck mit den Worten: „Der Kurfürst von Brandenburg will gut kaiserlich bleiben.“ — Dagegen hatte auch der Gesandte nichts erreicht, weder die Neutralität für Brandenburg, noch das Aussprechen von Bedingungen, auf Grund deren ein Friede hätte errichtet werden können. Jedes Wort des Schweden athmete Krieg. Die ganze Rede war eine Übertragung dessen, was er im November 1628 seinen Vertretern im Schloß zu Lipsia angekündigt, auf den deutschen Boden. Die Grundzüge dessen treten klar und scharf hervor: die absolute Direction des Krieges für den Schwedenkönig, keine Neutralität im Bereiche seiner Waffen, der Religionskrieg.

Und darum ist hier mit Nachdruck zu wiederholen, daß der schwedische Plan des Religionskrieges nicht durch das Restitutions-Edict hervorgerufen ist. Wie Gustav Adolf den Plan desselben dargelegt hatte vor dem Erlasse des Edictes, so erwähnt er gegenüber dem Gesandten des Brandenburgers des Edictes nicht. Er legt die Sache tiefer an mit jenen Worten: „Weiß denn E. Vob. noch nicht, daß des Kaisers und der Seinigen Intent sei, nicht eher aufzuhören, bis die evangelische Religion im Reiche ganz ausgerottet werde?“ — Die Frage an sich selber ist der Beweis des Gegentheils. Weil der Brandenburger Kurfürst in den bisherigen zwölf Kriegsjahren ein solches Wissen nicht erlangt hatte, so konnte auch keine Thatsache vorliegen, auf die ein solches Wissen sich gründete. Daher gab es nicht ein Wissen solcher Art, sondern nur eine Fiktion. Für den Schweden dagegen war diese Fiktion ein wesentlicher Theil seines Kriegesplanes. Indem er ankündigte, daß er unterhalb des Bereiches seiner Waffen eine Neutralität nicht dulden werde, verband sich damit unmittelbar die Absicht, innerhalb desselben Bereiches den Ausbruch des Religionskrieges zu herbeiführen oder auch, je nach den Umständen, zu erzwingen.

\* Archiv I, 705.

Der Ruf war erschollen zuerst bei jenem Treue des Fenstersturzes in Prag 1618. Er war dann aufgenommen von dem Pfalzgrafen, von Mansfeld, von dem Herzog Christian, von dem Danerfürsten. Aber es war darin ein grosser Unterschied zwischen allen die'en Verschmähten und demjenigen des Schwedenkönigs. Bei jenem war das Wort der Religion oft nur im Name, dem das Thun des Privatlebens sehr wenig entsprach. Anders bei dem Schweden. Er heiligte nicht dem Trunke, oder einer anderen augenfällig niederen Leidenschaft, geeignet ihn im Ansehen der Menschen herabzusetzen. Dagegen ging er den Gelehrten voran mit dem Beispiele der Abstinenz an dem öffentlichen Galas. Es ward bemerkt, daß er in Sattin an seinem Morgen den Predigten hörte.<sup>1</sup> Ein solches Beispiel mußte Wirkung thun, ja, bei seiner Persönlichkeit. Er stand in der vollen Kraft der jugendlichen Manneskraft, hochgewachsen, so daß in seinem Lande wenige Männer an Größe ihm gleich kamen, stattlich anzusehen, von verhältnismässigen Körperbau.<sup>2</sup> In Schweden ward kein Pferd gefunden welches ihn in der Eileerichtung zu tragen vermochte. Unzählige Kupferstücke seiner Zeit haben der Nachwelt sein Angesicht aufbewahrt, mit den scharf ausgeprägten Zügen der Energie, und doch auch wieder mit dem launeligen Kacheln, das, wenn er wollte, seine Lippen umspielte. Ein solcher Mann zog die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, auch wenn er nicht König gewesen wäre. Dazu kam der ihn umgebende Glanz der bisherigen Waffenerfolge über die Dänen, die Russen, die Polen. Es ward gesagt, daß seine Soldaten ihn verehrten nicht blos wie ihren König, sondern gleich wie ein höheres Wesen.<sup>3</sup> Um so wirklicher mußte sein Beispiel in Betreff der Religionübung sein. Dazu kamen die scharfen Gebote. Im Beginn des schwedischen Kriegsertheils Briefes heisst es<sup>4</sup>: „Welcher Vetter oder Soldat Gottes Wort, es geschehe auf was Naß oder Weis, beim Trunke oder mit nüchternem Munde, verräthet, davon lästerlich oder spöttisch redet, und dessen mit gutem Zeugen überwiegen würde der soll ohne alle Gnade am Leben gestraft werden.“ — Überhaupt gehören in der Forderung für die Religionübung die schwedischen Kriegsertheile zu den scharfften der ganzen Zeit.

Der Schwedenkönig hatte zum Beginn des Feldzuges für Schweden und für das Heer drei Vorfälle ausgesprochen, je für Juli, August

<sup>1</sup> Cronholm L. 119.    <sup>2</sup> Burgus 14.

<sup>3</sup> E a C. nam ut regem, sed quasi numen venerabantur. Burgus als Nachschick mit Augensange ist darin zuverlässig.

<sup>4</sup> Corpus juris militaris 248.



September Am 22 Juli erging seine Mahnung<sup>1</sup> an das Herz, den nächsten Tag als den Festtag mit Geduldigkeit und Aufmerksamkeit zu begreifen, so wie die Predigt zu hören, „bei des Königs Ungnade und unaussprechlicher Strafe“.

Die Meinungen der Menschen von dem Schwedenkönige wurden erhöht durch seine Erfolge in Pommern. Wo vor den Heerern Schweden die Schweden sich prügten, versuchten die kaiserlichen Truppen kaum einen Widerstand. So in Dammm und Stargard. Andere Orte wie Rastem und Barth wurden freiwillig verlassen. Der G.M. Knapphausen nahm die Stadt Belgast, und belagerte das Schloß. Gustav Adolf selbst weilte in Gertum, um unter seinen Augen die bei dahin schwach vermauerte Stadt zur Festung umgestalten zu lassen. Die frühere Besorgnis, durch den Dänen gefährdet zu werden, ließ nach. Er hatte seinen Gesandten Jegeraus<sup>2</sup> in Kopenhagen beauftragt, dem Könige darzulegen, daß ungeachtet des in Danzig angefangenen Congresses, wo doch der kaiserliche Gesandte Dohna seine Schritte that, die Jahreszeit keinen Aufschub der Expedition nach Pommern gestattet hätte. Der König Christian IV. möge sich das gefallen lassen; denn auch ihm geruche der Erfolg zum Vortheile und Nutzen. — Daneben aber ging der andere Auftrag an den Gesandten, scharf Acht zu geben, welche Vorbereitungen dort getroffen würden und welche Verbindungen geschähen. — Die Besorgnis war nicht begründet. Der Däne verhielt sich still.

Am 20/20 Juli meldete<sup>3</sup> Gustav Adolf dem Reichsrathe in Stockholm, daß der Krieg ein günstiges Aussehen gewinne. Deshalb müsse die Armee verstärkt werden, nicht jedoch mit National-Schweden, damit nicht das Land öde und unbedauert liege, sondern durch Werbung fremder Mannschaften. Darum soll „der Reichsrath mit höchstem Fleiß und Ernst betreiben, daß unsere Anordnungen über die Rekrut für die Nachbedung nicht bloß zeitig und förderlichst ausgehen, sondern auch unverzüglich für den Bedarf unserer Armee vollzogen werden.“ — Ähnlich meldet<sup>4</sup> Gustav Adolf einige Tage später an Oxenstierna, daß er mittlerweile in gutem Stande, und, wenn alles Bess. besammen, dem Feinde Abbruch zu thun vermöge. „Wir danken Gott, daß wir mit dieser Armee so viel ausgerichtet, und ihm so gute Quartiere zu verschaffen, wie in Preußen.“

<sup>1</sup> Archiv I, 103.

<sup>2</sup> R. u. D. 174.

<sup>3</sup> R. u. D. 102.

<sup>4</sup> R. u. D. 191.



Beider berichtet Gustav Adolf, daß der französische Gesandte Char-  
nacé wieder da. „Er bietet 120,000 Rthlr. für das eine Mal, und  
nicht mehr, so lange sein König in Italien verwickelt ist, nachher 400,000  
Rthlr. jährlich. Wir können uns darüber noch nicht entscheiden, und  
verlangen Euer Gutachten.“ Einige Tage später ergab<sup>1</sup> sich bei der  
Vorlage des Vertragsentwurfs, daß der Franzose den Namen seines  
Königs durchweg vorangestellt hatte. „Das gerücht,“ meinten die  
Schweden, „zum höchsten Präjudiz und zur Disreputation Sr. M. und  
des ganzen Vaterlandes.“ „Der Gesandte scheint mehr von den Je-  
suiten instruiert zu sein, um wider Sr. M. und Frankreich Intriguen  
zu erregen als einen Vertrag zu schließen.“ Tinen Erwägungen ent-  
sprechend schrieb<sup>2</sup> Gustav Adolf selber an Pabst XIII: Potius hanc  
tractationem interrumpi passi sumus quam aliquid de ea dignitate  
remitti, quam a Deo et majoribus nostris accepimus. Er konnte  
nicht glauben, daß der König von Frankreich selber ein solches Verfahren  
ihm gegenüber befohlen habe. Gustav Adolf durfte ja sicher sein, daß  
Nikolaus es dabei nicht belassen, sondern weiter kommen werde.

„Gleichzeitig verlangte Camerat als Gesandter Gustav Adolfs um Dazg  
Subsidien für ihn.“ Der König, sagte auch er, sei über das Meer  
gegangen wie über seinen Rubicon, nicht um seines Privatvermögens, sondern  
um des Gemeinwohles willen, namentlich zu Gunsten der Republik, zu  
deren Rechttheil die spanisch-kaiserliche Macht nach der Herrschaft über die  
Ostsee trachte. — Die Hochmögenden vernahmen das kuhl. Es waren  
ja erst wenige Monate verfloßen, daß sie dem kaiserlichen Feldherrn  
Wallenstein ihre Anerkennung für seine Leistungen in dieser Angelegenheit  
ausgesprochen hatten. Sie bedurften also dafür der Hilfe des Schweden  
nicht mehr. Dagegen führten ihre Kaufleute täglich schwere Klage über  
die hohen Zölle des Schweden in der Pillau und vor Danzig. Nach  
dem letzten Vertrage<sup>3</sup> mit dieser Stadt wurden dort fünfundenhalf Per-  
cent erhoben, von denen Gustav Adolf dreieinhalf erhielt, die Stadt  
Danzig zwei. Der Handel der Holländer trug also einen erheblichen  
Antheil an der Kriegseröffnung des Schweden. Im April war im  
Staatsrathe sogar der Vorschlag gemacht, die Kaufleute durch Kriegs-  
schiffe geleiten zu lassen.<sup>4</sup> Dies war der Wunsch der Provinz Holland

<sup>1</sup> H. a. D. 704.    <sup>2</sup> Kopenhagen in der H. Bibliothek zu Hannover.

<sup>3</sup> Antwerp III, 209.    <sup>4</sup> H. a. D. 108.    <sup>5</sup> H. a. D. 162.

Der Prinz von Oranien wandte den Beschluß ab, damit der Schmeck in seinem Angriffspunkte gegen den Kaiser nicht entzweit werde.

Anstatt also einer Bewilligung von Subsidien empfing Camerac als Antwort auf seine Werbung Klagen über jene Höhe. Dennoch wendeten nachher die Nachrichten über die Erfolge des Schweden die Meinung zu seinen Gunsten, so daß, bevor noch das Jahr zu Ende ging,<sup>1</sup> die Generalstaaten ihm dieselbe Summe bewilligten, wie seinen Vorgängern, dem Pfalzgrafen, dem Mansfeld, dem Dänenkönige, nämlich monatlich 50,000 fl.

### 12. Frage des Verhaltens von Wallenstein.

Die raschen Erfolge des Schweden in Pommern erregten Staunen überall. „Es ist zum Verwundern,“ schreibt<sup>2</sup> im Monate August ein beobachtender Holländer in sein Tagebuch, „daß der Kaiser, der doch Kenntnis hatte von den Rüstungen des Schweden, welche ja nicht geheim bleiben konnten, den Wallenstein mit etlichen Regimentern von dort weggezogen, um ihn nach Italien zu senden, und nicht in Pommern oder Mecklenburg eine Macht belassen hatte, ausreichend den schwedischen Einbruch abzuwehren.“

Die Verwunderung traf nicht den rechten Mann. Nicht der Kaiser verfügte über die Verwendung der Streitkräfte, sondern Wallenstein, ohne den Kaiser zu fragen. Dieser Feldherr hatte seit zwei Jahren von dem schwedischen Plane des Einbruchs in das Reich, und von der eigenen Absicht ihm entgegen zu treten, sogar mit 70,000 Mann und mehr, viel und laut geredet. Im Herbst 1629 wo die Gerüchte von jenem Plane bedrohlicher wurden, wo Wallenstein selber schreibt,<sup>3</sup> daß er „eine gute Disposition treffen müsse, weil Alle auf den Schweden warten wie auf ihren Messias“ — schickte<sup>4</sup> er nach Pommern den J. M. Torquato Conti, von dessen Habgier die Pommern viel, von dessen Anstalten zur Abwehr des Schweden sie nachher wenig zu reden mußten.

Im December 1629 fanden zwischen Gustav Adolf und Wallenstein Unterhandlungen statt, die, wie es hieß, die Rückgabe von Mecklenburg betrafen.<sup>5</sup> Die Thatsache von Verhandlungen ist, durch die Übereinstimmung verschiedener Berichte, unzweifelhaft. Nach der Angabe des

<sup>1</sup> Capellen I, 607      <sup>2</sup> N. a. D. 692

<sup>3</sup> Ebdemselb. 172      <sup>4</sup> N. a. D. 180, 189, 184.

<sup>5</sup> Winkler, Wallstein II, 217. Bericht des Minutius Volturno, und des Secretärs Nic. — Richelieu V 164.

Cardinals Michelis geschah sie durch die Sendung des Grafen Bille nach Halberstadt. Über das Object dieser Verhandlungen liegt jedoch ein weiterer Anhaltspunkt nicht vor.

Im Januar 1630 brach Wallenstein von Halberstadt südwärts auf, zunächst nach Pöddien. Am 10. Februar meldete<sup>1</sup> er von Bagen aus an Colalto, daß man täglich mehr von den Rüstungen des Schweden höre, und daß die vornehmsten Räte des Herzogs Bogislaw mit dem Könige protragten, am Truppen in Stettin einzubringen. Am 22. April meldete<sup>2</sup> er aus Straßburg: „Dahier läßt es sich zu einem friedlichen Stande nicht an; denn die Städte und alle Walcondanten liegen mit dem Schweden unter der Decke, und das macht mir viel mehr Nachdenkens als der Schwede.“ — Für solche allgemein gehaltene Anlagen gibt Wallenstein eine bestimmte Thatsache nicht an. Eben so wenig meldet er dem Colalto, welche Anstalten er zur Abwehr treffe.

Wir haben dann die dringende Bitte, vom 28. Mai, des Kaisers vorzunehmen, daß, wo ihm und seinem Hause an dem persönlichen Erscheinen der Kurfürsten in Regensburg so viel gelegen, Wallenstein dem Brandenburger die Last der Einquartierung erleichtern möge. — So war die Antwort Wallenstein's, daß dies wegen der Gefahr vor dem Schweden unmöglich, daß die Nothdurft eher erfordere, mehr Kriegsvolk dahin zu schicken als Truppen von dort abzuführen.

So Wallenstein am 29. Mai an den Kaiser. Vier Wochen später, am 28. Juni, wo schon die Wellen der Däler den fremden Eroberer herüber trugen, wo Gustav Adolf schuldig nach den Wimpeln seiner Schiffe spähte, ob nicht bald der Wind sich günstig für ihn werde zum Anlegen an die Küste von Pommern, schrieb der General, in dessen Hand der Adler die Fürsorge für den Schutz des gesamten Reiches gelegt hatte, aus Memmingen in Schwaben, an den Erzherzog Leopold die Worte: „Ich lasse jetzt auf's neue bei 15 oder 16,000 Mann nach Italien einmarschiren. Wollte Gott, daß das kaiserliche Heer nicht das ganze Reich in Desperation gebracht hätte: so könnte man das Volk aus Pommern und aus Brandenburg alles anderswärts gebrauchen und viel Gutes schaffen.“

Der Schwede brach mit 10,000 Mann Infanterie und 2500 Reitern in das Land Pommern ein, das drei Jahre lang noch an 40,000 Wallenstein'ser hatte erhalten müssen. Wallenstein meldet, am

<sup>1</sup> Jägerhof 208.

<sup>2</sup> H. 4. O. 219.

<sup>3</sup> Gmell, Wallenstein 266.

30. Juli, dem Collalto den Eindruck mit den Worten: „Der Schwede hat sich der Inseln Rügen und Usedom bemächtigt: die Pommeren halten alle mit ihm, wie nicht weniger die Märker und die Danzestädte.“ — Die Thatfachen haben gezeigt und werden ferner zeigen, daß diese Angaben der Wahrheit nicht entsprochen. Aber Wallenstein fährt fort: „Ternavato begehrt Succurs, denn er ist bei weitem dem Schweden nicht stark genug. Ich kann ihm keinen Menschen schicken. Ich sehe, daß der Schwede keinen Frieden machen will: er zieht uns nur bei der Nase um. Den Franzosen ist es Ernst, Frieden zu machen. Ich vermute, daß uns derelbige Grade der Fürtrüglichkeit sein wird. Und wenn es mit Schweden gesehet ist, so kann man den Türken angreifen. Zween Kriege werden wir nicht führen können; denn nöthiglich ist wider uns.“

Dann wie sich besinnend über die Thorheit, bei der dermaligen Lage der Dinge von einem Angriffe auf die Türken zu reden, fügt er in einem Postscripte hinzu: „Aber der Schwede macht keinen Frieden; denn er kann gewinnen, und besorgt nicht, daß er verlieren sollte.“

Und weiter berichtet<sup>a</sup> Wallenstein an Collalto, am 4. August: „Der Herzog von Pommeren ist dem Schweden weit vor Stettin entgegen gegangen, hat ihm sein Land und Leute übergeben etc. Seinem Exempel werden sechender mehr nachfolgen.“

In gleicher Weise berichtet Wallenstein an die Infantin in Brüssel. Sie hatte ihn damals um Hülfe gebitten. Er antwortet,<sup>b</sup> am 8. August: der Schwede sei in Pommeren eingebrochen, habe sich der Inseln Rügen und Wollin bemächtigt, Stettin und Stargard ohne Widerstand genommen. Dazu habe der Herzog Boguslaw dem Schwedenkönige möglichen Vorstus geleistet, ihm seinen Adel untergeben und schwören lassen. „Die Macht des Schweden nimmt zu, und es ist zu besorgen, daß er seinen Fuß weiter in das Reich und die kaiserlichen Erbländer lege.“ Auf die wiederholte Bitte erfährt die Infantin denselben Abschlag.<sup>c</sup> Wallenstein antwortet, 27. August, er müsse tausend Reiter nach Pommeren, eben so viele nach Magdeburg entsenden.

Bei diesen wiederholten Versicherungen Wallensteins für Pommeren keine Hülfe schicken zu können, drängt sich mit Nothwendigkeit die Frage auf, ob diese Behauptung des Nicht-Könnens auch von Anderen als richtig anerkannt wurde. Bis tief in den September hinein war ihm seine

<sup>a</sup> Ohamach 203.    <sup>b</sup> N. a. O. 241.

<sup>c</sup> Correspondance de Valstein et de Tilk.    <sup>d</sup> N. a. O.

Entlassung nicht officiell angekündigt. bis dahin bestand sein Oberbefehl über die gesamte kaiserliche Streitmacht in voller Kraft. Es fragt sich also, wie in dieser Zeit der Kaiser die Nicht-Entsendung einer Hülfe nach Pommern gegen den Schweden aufnahm. Im Auftrage des Kaisers schrieb,<sup>1</sup> am 6. September, der Kriegsrath Quesenberg an Wallenstein: „Es ist der K. M. berichtet worden, Ew. J. Gn. sollten für das meiste Volk nach Italien zu marschierender Ordnung ertheilt haben, so Deroselben unvermuthlich vorkommen will, weil der Schwede mit starker Macht das römische Reich in Pommern anfallt, und es deswegen eine Nothdurft dahinschickte Volk zum Succurs zu schicken.“ Der Kaiser hatte bereits andere Befehle gegeben, denen Wallenstein, wie es scheint, nicht nachgekommen war. „Man aber jetzt sparglert wird,“ fährt Quesenberg fort, „daß Ew. J. Gn. das Volk nach Italien sollten incamunieren, weil es Jhro M. desto seltsamer vorkommen, das Reich zu negligieren und wo die Gefahr größer ist.“ Quesenberg berichtet, daß er beim Kaiser anzufragen gesucht, mit der Versicherung: er wisse, daß Wallenstein ein tausend Reiter in die Eulster geschickt. „Worauf J. M. mir repliziert, daß Ew. J. Gn. von dem pfälzischen Fußvolke — weiß nicht wie viel — in Mainz hätten wollen bringen lassen gegen Pommern, hätten es aber, unwillkürlich warum, wieder zurück lassen fordern. das verständen J. M. nicht, was für Meinung das möchte haben. Wenn es also wäre, daß das Volk im Mainz noch Italien sich befände, müßte damit aufgehalten und gleich so viel nach Pommern und den Eulstern geschickt werden, als zur Defension selbiger Orten und Posten notwendig sein würde. Welche Befehlses es damit habe, wollen Ew. J. Gn. Jhro belieben lassen Jhro M. mit wenigem zu berichten, zumal J. M. ohnehin für sich selbst anstehen und nicht glauben, daß Ew. J. Gn. Italien succurriren wollten und in Pommern und den Eulstern dem Feinde alles zur Dirreption und Inhabierung frei und offen stehen lassen.“

Wenige Tage später trat die Entlassung Wallensteins in Kraft.

Weil dagegen Wallenstein jene Anklagen auf Collusion mit dem Schweden gegen den Herzog Boguslaw und die Pommern nach zwei so ganz verschiedenen Seiten ausspricht: so ist anzunehmen, daß er und seine ganze Partei sie überhaupt nach allen Seiten verbreitet haben. Darum ist es geboten, auch die Gegenseiten zu hören und überhaupt die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

<sup>1</sup> Böcker, Wallenstein u. s. 439.

Der Kurfürst Johann Georg schreibt dem Kaiser, am 24. August/  
3. September: „Daß die R. Mächtigkeith in Schweden mit so starker Kriegs-  
macht auf des Reiches Boden einen Fuß gesetzt habe ich ganz ungern  
vernommen, und anfänglich, weil mir aus der Stände Wünsche und  
Beschlagen unverborgen, welche große Anzahl von Ew. R. Majestät  
Kriegsvoll sie an den Orten unterhalten müssen, nicht wohl glauben  
konnen, sondern vielmehr dafür gehalten, daß Ew. R. M. mächtiges  
Kriegsvoll alle Pässe und Örter vermaßen würde besetzt, besetztigt und  
vertheidigt haben, daß es ihnen zu thun unmöglich.“

Schärfer als diese Ironie Johann Georgs klangen die Beschwerden  
Bogislava. Er meldet dem Kaiser, am 1/11. October, daß er auf  
seine Klagen bis dahin keine Antwort erhalten. Er habe nicht die Mittel,  
mehr Boten abzusenden. Dazu wolle es das Unglück, daß alle Posten  
vom Süden her im Continlichen Lager unter Warz aufgefangen und in  
die dritte Woche zurück behalten werden. „Ich bitte,“ fährt er fort,  
„Ew. R. M. wollen seine ungleichen Gedanken auf mich werfen, viel  
weniger ohne meine vorgehörte und wohl begründete Verantwortung  
denjenigen Glauben beimessen, welche sich unterstehen möchten, ihre un-  
verantwortliche Procedures und dadurch verursachten Rückschläge, sodann  
auch ihre bei dem ihnen anvertrauten Defensionswerke begangene schänd-  
liche Verabläumung mit eines Andern Unglücks zu beschönigen.“

Es scheint nicht, daß Bogislaw eine günstige Antwort erhalten habe.  
Am 24. October sandte er dem Kaiser jene schon vorher berührte  
Schrift ein: „Dreijährige Drangsale des Herzogthums Pommern“ usw.  
„Ich habe länger damit nicht anstehen können noch sollen,“ sagt er in  
dem Begleitstücken, „denn ich habe leider in der That befunden, daß,  
wo ich meine widerwärtigen Landesvererber bei mir im ganzen Lande  
gehabt, sie gleichsam in meinem Schoße lodert, und neben meiner ge-  
treuen Landskafft alles Vermögen bei ihnen ausgeliegt — ich demnach  
vor ihren schändlichen Calumnien und Schmähungen nicht habe gesichert  
sein können. Daber habe ich nunmehr, nachdem sich das Spiel mit  
ihnen in etwas geändert, mich um so viel mehr dessen zu vernehmen.  
Dann auch muß ich noch in einer andern Belorgnis stehen. Weil sie  
ja dieses Landes Defensores haben sein wollen, damit aber so übel um-  
gegangen sind, daß sie vor Ew. R. M. und dem H. R. Reich auch  
Jedemillenklich es mit offenen Augen nimmer zu verantworten (ver-

1 Paulus IV, 60.

2 Kriegsdienste II, 69.

3 B. 2, C

mögen) —. Je gerathe ich daher in die Besorgnis, daß sie mit meinem und meines Landes Unglück sich zu beschönigen, und ihren begangenen Irrthum oder Verbrechen damit zu bemanteln sich unterstehen möchten.

— Endlich auch ist die Proceßur und das Verhalten jener Räte also beschaffen, daß es nicht verschmerzt werden kann, sondern in gehorsamster Gehört und Zuversicht billigmäßiger Remedier Ew. R. M. als des Reichs und der Freyer ordentlichem Oberhaupt, dann auch dem hochlöblichen kaiserlichen Collegio und allen anderen löblichen Ständen des H. R. Reichs dargelegt werden muß, zuvörderst zur Nachricht, dann zur gebührenden Obacht und Abhandlung, ferner zu des erlittenen untrüglichen Schadens Erlegung, und endlich zur Verhütung ferneres Drangsal.“

Die Bitten Bogislavs hätten Gehör finden müssen in Friedenszeiten. Sie fanden es nicht in dem Kriege, dessen Brand durch das Eintreten des Schweden erst recht das gesamte Reich erfaßte. Als die Bitten Bogislavs in Regensburg eintrafen, war der hauptsächlichste Urheber der Drangsale Pommerens, Wallenstein, bereits entslassen.

Eine directe Anklage auf eine Collusion Wallensteins oder seiner Befehlshaber mit dem Schweden enthalten die Schreiben Bogislavs an den Kaiser nicht. In dem Register der vierundfünfzig Beschwerden dagegen findet sich eine Stelle, die daran streift.<sup>1</sup> „Es hat,“ heißt es da, „den Herzog nicht wenig befremdet, daß man die landeinwärts gelegenen Orte, wo keine Gefahr oder Noth war, so stark besetzt, verschanzte und verwahrte, und inmittels der äußersten Grenzen unsicherer setzen und den Feind nach seinem Willen damit schossen ließ.“ In der Wirklichkeit dienen jedoch diese Worte dem Herzog nur zur Begründung, daß er, ohne der kaiserliche Inquartierung, auf sich und die Kräfte seines Landes angewiesen, seine Grenzen besser vertheidigt haben würde.

Eine directe Anklage gegen Wallenstein ist erst später erhoben worden, nach seinem Tode, in der officiellen Schrift. „Ausführlicher und gründlicher Bericht der ufm abscheulichen Prodition“<sup>2</sup> Dort heißt es, daß im schwedischen Rathe dem Plane des Eindruckes in das Reich der Hinweis auf die kaiserliche Macht entgegen gehalten sei. „So ist er (Kustav Adolf) doch schon damals, wie aus einem glaubwürdigen Testimonium einer fürstlichen Person beigebracht, und durch allerhand gehabte heiliche Verständniß, und untergelaufene Tractaten, von dem

<sup>1</sup> Kienasteller XI. 1667.

<sup>2</sup> Im Boglme. S. 4.

gewiesenen Feldhauptmann, dem von Strubland, dergestalt versichert gewesen, daß er sich (von) daher nicht allein nichts zu befürchten, sondern noch wohl aller Widerderung und Missethätigkeit zu getrösten gehabt, also daß, wenn dieses nicht gewesen, er sich etwa nimmermehr unterstanden, eine solche Inzepsa vorzunehmen, oder des Reiches Boden anzufallen.“ Dann wird auf die Thatfachen des Verlaufs hingewiesen.

Die Anklage in diesem Berichte beruht also hauptsächlich auf dem wie es heißt „gläubwürdigen Testimonium einer kaiserlichen Person.“ Die Bemannung, welche kaiserliche Person im Jahre 1630 in eine Vereinbarung zwischen Gustav Adolf und Wallenstein eingeweiht sein und im Jahre 1634 in Wien darüber Zeugnis ablegen konnte, hat keinen weiten Spielraum. Sie beschränkt sich auf den Kärntner Christian Wilhelm, der im Mai 1631 in Magdeburg gefangen, dann nach Wien abgeführt wurde, und nachher begnadigt, dort in Genuß und Ansehen stand. Allein so glaubwürdig immer das Zeugnis Christian Wilhelms in Wien befunden worden sein mag: so verliert es in der Form, in welcher der genannte Bericht es vorträgt, wo weder der Name genannt, noch das Zeugnis in authentischer Form dargeboten wird, einen erheblichen Theil seiner Kraft.

Die geschichtliche Betrachtung hat sich auf die Thatfachen zu beschränken. Diese sind wie folgt. Nachdem Wallenstein drei Jahre lang die Gefahr eines schwedischen Einbruchs vorher gesehen und oft davon geredet, Ardet der Schwede bei seinem Einbruche, im Juni 1630, so geringe Anstalten zur Abwehr, daß der Mangel an Vorsicht auf Seiten der Gegner seinen eigenen Soldaten zum Spott, unbetheiligten Fremden zur Verwunderung gereicht. Wallenstein seinerseits erhebt gegen den Landesherrn und dessen Unterthanen die Anklage der Collusion mit dem Reichsfeinde, ohne für diese Anklage einen Beweis auch nur zu versuchen. Das Verhalten des Herzogs Bogislaus und seiner Landstände einerseits, dasjenige des Schwedenkönigs andererseits, thun dar, daß die Anklage Wallenstein nicht begründet, daß der Einbruch des Schweden nicht mit gutem Willen der ersteren geschehen ist.

Andererseits beschränken sich Bogislaus Beschwerden bei dem Kaiser über die geringen Festungen der Wallenstein's in der Abwehr nicht auf den Vorwurf der Nachlässigkeit, sondern deuten auf mehr. Diese offizielle Schrift von 1634 endlich erhebt die directe Anklage der Collusion Wallenstein mit dem Schweden.



Nun, wie immer dem sei: es fehlt den Gründern des Verdictes gegen Wallenstein in diesem Falle der durchschlagende Beweis eines solchen directen Zeugnisses, wie es für den Verrath Wallensteins in der Angelegenheit des spanisch-lauferischen Flottenplanes an der Oberfläche vorliegt.

Die Beiprächung dieser Frage hat uns hinausgeführt über die Erfolge des Schwedenkönigs bis in den Monat August. Ein wichtiger Erfolg, der ohne sein directes Zuthun ihm zu flatten kam, steht noch aus: der Sieg der Demagogen in der Stadt Magdeburg.

#### 14. Christian Wilhelm in Magdeburg.

Christian Wilhelm hatte an seinem phantastischen Plane der Aufstellung von fünf Armeen im April nicht lange festgehalten. Bereits am 3./13. Mai ermunterte er seine Anwärter dahin, sich selber der Stadt Magdeburg und des Erzstiftes zu bemächtigen. Die Antwort: Gustav Adolfs, vom 28. Mai/7. Juni, ermunterte ihn, sein Glück nicht aus der Hand zu lassen. Denn „bei unserer Ankunft wird der Feind hoffentlich so viel Werkes finden, daß er E. V. darüber vergessen, oder, da er sich um Ihnen zu begegnen theilen würde, uns zu unserem Intent gelangen lassen müßte“.

Auf diese Ermuthigung entsandte Christian Wilhelm an Gustav Adolf, kurz vor dessen Ankunft auf deutschem Boden,<sup>1</sup> einen Agenten, Namens Johana Stallman, früher Kanzler in Anhalt, dann in dänischen Diensten, einen Mann von ungemeiner Gewandtheit und Dreistigkeit.<sup>2</sup> Er steht voran unter den „ellichen calvinischen Rathgebern“, die der alte Rath in jenem späteren Vertheile als die Urheber des Unglücks bezeichnet.<sup>3</sup> Durch diesen Stallman baute Christian Wilhelm seine Pläne und Vorschläge bei Gustav Adolf in sehr kühner Weise auf.<sup>4</sup> Nicht bloß die Bewohner der Stadt Magdeburg, sagte er, sondern die ganze Bevölkerung des Erzstiftes trage nach ihm als ihrem alten Herrn ein sehrliches Verlangen. Von dort her habe er das Versprechen, daß sie alles für ihn willig hergeben wollen, wenn er nur ihnen mit einem Heere zu Hülfe komme. Er legte sogar bestimmte Rechnung vor, auf wie viele tausend Mann dort er bauen könne, die unverzüglich zu ihm treten würden. Um nun dieß auszurichten, bat er den König um Geld

<sup>1</sup> Arkiv I, 130.

<sup>2</sup> Ebermisp 74 b.

<sup>3</sup> Egl. Wittich, Ballenbürg 46.

<sup>4</sup> Relation 460.

<sup>5</sup> Ebermisp 74 b.

zur Ausrüstung von 10,000 zu Fuß und 3000 zu Pferd, dazu um Gewehr, Geschütz und Pferdgeräth. Eine solche Bitte um Geld an den Schwedenkönig, den nur der Geldmangel hinderte, die eigenen längst gehegten Pläne auszuführen, war etwas stark. Eben so auffallend waren die anderen Hoffnungen des Markgrafen. Er wolle das Pferd so zusammen bringen, sagte er, daß der Feind es nicht eher erfahre, als die Armees fertig sei. Dann wolle er nicht bloß durch Pferd, sondern 20,000 unterhalten, ohne daß der König ferner etwas beizuliefern habe. Denn die Erbkammerkassen würden alles freiwillig für ihn hergeben, dazu auch wisse er große Vorräthe der kaiserlichen Truppen.

Die Abenteuerlichkeit dieser Vorschläge und Hoffnungen ward überboten durch den Entwurf der ersten That, welche Christian Wilhelm mit dieser seiner Macht auszuführen gedachte. Es schenke ihm das Beispiel des pontischen Königs Mithridates gegen die Römer als nachahmungswürdig vorgezeichnet zu haben. Während er mit dem Heere aufbricht, sollen in einer Nacht alle Bewohner des Erzstiftes sich erheben und ihn Mann. Sie sollen sämtliche kaiserliche Officiere an allen Orten zugleich in derselben Nacht aufheben und nach Magdeburg bringen, die übrigen gemeinen Soldaten sämmtlich todt schlagen. Nicht bloß im Erzstifte Magdeburg, sondern auch im Stifte Halberstadt und in der Altmark Brandenburg müsse dasselbe geschehen, damit dort auch nicht ein einziger von des Feindes Volk lebendig verbleibe. Dann habe man freie Bahn.

Dem Könige Gustav Adolf: „erscheinen diese Projecte gar weitläufig, schlüpfrig und ungerath, ja deutlich davon zu reden, schier unmöglich zu sein“. Dennoch, weil die Hauptintention, wenn sie nur einiger Maßen anginge, eine merckliche Diversion verursachen und dem Könige trefflich zu statuen kommen würde, resolvirte er das Werk nicht allerdings auszuschlagen“. Er entließ den Stallman mit der Antwort: Geld könne er zwar nicht geben; doch möge der Markgraf sich nach Cavalieren umsehen, die auf eigenen Beutel zu werben unternehmen, und denen dann der König Erstattung zu thun bedacht sein wolle. Damit er indeß das Werk nicht mit völlig leerer Hand angreife, wolle der König ihm für 100,000 Rthlr selbstschuldiger Bürge sein.“

Dennoch trug Gustav Adolf Besorgnis vor der Hastigkeit des Markgrafen. Er gab daher dem Stallman Commission, auch andere

<sup>1</sup> Ebend. 76 A.    <sup>2</sup> N. a. D.

benachbarte Fürsten mit in das Verständnis zu ziehen. Dies ist von besonderer Wichtigkeit, weil diese Commission den Stallman in den Stand setzte, in Magdeburg und sonst als schwedischer Bevollmächtigter aufzutreten. Um den Markgrafen etwas zurückzuhalten, gab Gustav Adolf endlich den Rath, Christian Wilhelm möge um seine Absicht desto besser zu verdecken, durch eine geeignete Persönlichkeit wie etwa den holländischen Residenten in Hamburg, Joppen van Nijmegen, bei den Kaiserlichen um Pardon und ein Jahrgeld auf Lebenszeit sich bewerben.<sup>1</sup>

Dieser letzte Rath erschien dem Könige so zweckmäßig, daß er ihn noch mehreren Wochen später von Stettin aus direct an Christian Wilhelm wiederholte, mit den Worten<sup>2</sup>: „Inmittels thun E. E. ganz verständig, daß Sie Kurfürsten zu gewinnen noch bemühen, und kann nicht schaden, daß E. E. Ihren Widerwärtigen eine Nase zu drehen (sic), simulieren, als wenn Sie ernstlich Pardon suchen. Da nun die Kaiserlichen unter solchen Kuloh, ihrem Betraute nach, sich nicht einzuschleichen, and bei E. E. das arcanum auszugraben, sich unterstehen möchten.“

Zu einer solchen lang auszuspannenden Deuterei hatten weder Christian Wilhelm, noch sein unermüdlicher Verather Stallman die Geduld. Bevor dies Schreiben des Schweden einzutraf, hatten sie bereits gehandelt.

Zener Beschluß des Rathes von Magdeburg, über die durch Heinrich Popping an ihn gebrachten Anträge Christian Wilhelms des Gutachten der Hansestädte einzuholen, war gleich einer Ablenkung in milder Form. Es handelte sich jedoch um die Ausführung dieses Beschlusses. Von den zwei dazu ernannten Deputirten war der eine jener Conrad Wertheß, der im Rathe für die Anträge Christian Wilhelms eingetreten war. Er verstand sich ungern zu dieser Reise. Er zog sie hinaus. Unterdessen traf Stallman von seiner schwedischen Herse wieder in Hamburg bei Christian Wilhelm ein. Von dort aus meldete er nach Magdeburg, daß der Stand der Dinge für den König und den Markgrafen weit besser gediehen sei als zuvor. Deshalb wollte er, Stallman, in kurzem selber sich nach Magdeburg begeben und dem ehrbaren Rathe den Zustand ausführlich berichten. „Daher.“ weil man solches Andringen nicht wissen

<sup>1</sup> H. a. D. 76 2, Antenna III, 207.

<sup>2</sup> Reg. Alex. S. 40. Das Schreiben von Gustav Adolf eigenhändig unterschrieben, also das ursprüngliche Original. Im August, Jahr nicht angegeben. Man vgl. Eusebius I, 160.

<sup>3</sup> Hoffmann-Quellk. 23.

Können, ist auch die Abscheidung nach Eildes unterzusetzen.“ — Es liegt hier die Vermuthung nahe, daß Gerhold und Stallman, beide aus Anhalt stammend und demgemäß Saksiner, im Einverständnisse gehandelt haben. Der Erfolg war gewöhnlicher, als damals selbst noch die Mehrheit des neuen Rathes es sich denken mochte.

In denselben Tagen der ersten Hälfte des Monats Juli kam der Actionsparte eine andere Erregung der Bürgerschaft zu staten. Die Commisſione für die Ausführung des Restitutions-Decrets in Niederlathen und Westfalen, der Fürstlich Franz Wilhelm und der Hofrath Hye, waren im December 1629 von allen Schritten in Betreff Magdeburgs abgeſtanden. Dagegen schickte, im April 1630, der Kaiser zum Bevollmächtigten in das Erzthum, um dort die Fuldigung für seinen Sohn Leopold Wilhelm in Empfang nehmen zu lassen. Es waren der Freyherr von Metternich als Statthalter von Halberstadt, und der Rathschof-rath Hammerle.<sup>1</sup> Sie beriethen das Domcapitel und die Landstände nach Halle. Gemäß dem Religions-Edicten von Regensburg, gemäß dem Restitutions-Edict als der Ausführung dinstelben, erklärten diese Commisſionen die protestantischen Domherren für abgeſetzt. Auch der Rath von Magdeburg ward vorgeladen. Er schickte zwei Deputirte. Die kaiserlichen Commisſionen sprachen dinstelben die Erwartung aus, daß der Rath von Magdeburg die katholischen Domherren bei der Besiznahme ihrer Curien unterstützen, und sie gegen den Vöbel in Schutz nehmen werde. Der Rath wich aus. Er mußte erst die Meinung der Ränse vernehmen, erwiderte er, und werde demgemäß sich an den Kaiser wenden. Obwohl die kaiserlichen Commisſionen nicht in der Lage waren, ihren Worten irgend welchen Nachdruck zu geben, begnügten sie sich doch mit dem Festerhalten nicht. Der Rathschof-rath Hammerle ließ in der Nacht vom 6. Juli an die Thüren des Domes und der Curien ein offenes Mandat anſchlagen, welches den protestantischen Domherren auferlegte, binnen acht Tagen ihre Pränden abzutreten und alle Documente und Urkunden in die Hände des Probstes U. V. Frauen in Magdeburg abzuliefern.

Der Vorgang kam nicht als ein Act der Besonnenheit angesehen werden. Denn Hammerle hatte nicht die Mittel, den Worten Nachdruck zu geben. Zudem er nicht erwarten durfte, daß dem bei Nacht ange-schlagenen Befehle freiwillig gehorcht wurde, indem er noch gar des

<sup>1</sup> Catelina 166. Schreiben des Rathes von Magdeburg, vom 11. November 1630, an den Kaiser. Hoffmann-Querſch 46.

Kochtrudes wegen der Androhung der Reichsacht für den Ungehorsam heraufzog, setzte er das kaiserliche Ansehen auf das Spiel. Die Curien der Domherren standen an dem Neuen-Markt, der alten Domstrecke. Der Neue-Markt mit allem Zubehör umfaßte etwa ein Drittel des gesammten Areales der Stadt Magdeburg. Es ist nicht anzunehmen, daß die Mehrzahl der zwölf Prediger, vor allen die fünf, welche Böpping für den Markgrafen gewonnen hatte, in dieser Sache irgend etwas, was nach ihrer Meinung zu besprechen dienlich war, unörtet gelassen haben.

Auf dieses Vorgehen des Reichshofrathes Dänmærie beschloß der Rath, an den Kurfürsten von Sachsen, weil er wegen seines Prinzen August am Erststükke theilhaftig, durch einen Gesandten um Rath und, nach Umständen, um Schutz zu ersuchen.<sup>1</sup> Zu diesem Zwecke ward an Dr. Olfenbüchel abgelaßt. Der Schritt beweist, daß auch dem neuen Rathe als solchem noch in der Mitte Juli der Gedanke einer Verbindung mit Christian Wilhelm fern lag.

In denselben Tagen verbreitete sich das Gerücht, daß der Schwedenkönig in Pommern gelandet sei, täglich gegen die Reichlichen Fortschritte mache, und daß er erbe von Religion und Freyheit.

Diese Gerüchte bestärkten jene Melbung Stollmans. Böpping und seine Gesinnungsgenossen suchten das zu benutzen. Sie verständten<sup>2</sup> dem lauschenden Pausen: „Der König und der Markgraf hätten der Stadt solche Mittel und Wege dargeboten, daß sie allem Kriegs- und Reformationsurtheil entgegen, statt dessen mit mehr Privilegien und Landgütern begnadigt werden solle, und was dergleichen Dinge mehr gewesen.“ — Durch alles dies „wurde“ die Bürgerschaft dergestalt verblendet gemacht, daß allein diejenigen, welche sich die gethonen Vorschläge und Beremigungstractaten wohlgefallen und deren Beförderung angelegen sein lassen, beim großen Haufen Ehre und Lob davon getragen haben.<sup>3</sup>

Die günstige Gelegenheit dieser Strömung bot sich zur Bemühung dar. Böpping ritt zum dritten Male nach Hamburg. Dort erwarb und beschloß das kleine Häuflein dieser Männer, daß der Markgraf auch ohne ein Bündnis mit dem Rathe von Magdeburg, auch ohne eine Erlaubnis desselben, sich nach Magdeburg begeben müsse. Der Wirth zur goldenen Traube in Hamburg erhob gewichtige Bedenken gegen die Abreise, denn Christian Wilhelm war ihm ziemlich viel schuldig.<sup>4</sup> Der

<sup>1</sup> Hoffmann-Wurde 23.<sup>2</sup> H. a. O. 24.<sup>3</sup> Relation 434.

besorgte Mann ward beschwerdigt durch das Vergeben, daß der Markgraf nach Bremen reisen wolle, um da Geld zu holen und dann seine Schuld zu bezahlen. Also brachen sie auf: der Markgraf, Stallman, Pöpping, und ein gewisser Bore, der Oberschuldenamt genannt wird. Um nicht erkannt zu werden, ließ der Markgraf sich Haar und Bart nach der Weise eines Kaufmannes verschneiden. Am Abend des 27. Juli/6. August traten der Markgraf und Pöpping zum Wundsthorc an. Sie begaben sich nach dem Anhaltischen Hofe am Neuen-Markte, wo weder der Hauswirth noch dessen Leute den Markgrafen kannten.<sup>1</sup> Jene anderen zwei gelangten durch das Procenthor in die Stadt. Dann begab sich Stallman zum Markgrafen. Noch am selben Abend sollte beiden Schnadeborn, der als Gefangener auf Ehrenwort in der goldenen Krone weilen sollte. Die sofortige Verhaftung dieses Mannes deutet an, daß wie zuvor bei der Rathveränderung, so auch in dieser Sache bis dahin in Magdeburg er das intellectuelle Haupt des Ganzen war. -- Am andern Morgen kam dazu ein Mitglied des Rathes, Stembel. Niemand sonst wußte oder ahnte die Sache. Erst das Geplauder der Bedier des Hauses über die Verhaftung des Fremden brachte das Gerücht unter die Menge.

Am zweiten Tage nach der heimlichen Ankunft ließ Stallman, der das Amt eines schwedischen Commissars mit seinem Dienste bei dem Markgrafen vereinte, dem Rathe anfragen: er habe wegen des Königs und des Markgrafen dem Rathe etwas kund zu thun, woran dem gemeinen evangelischen Weien hochlich gelegen sei.<sup>2</sup> Zum ersten Male vernahmen wir hier dies geschickt erfundene Schlagwort, welches fortan in Magdeburg wie überall in Deutschland, dienen mußte, das schwedische Interesse zu umhüllen. -- Stallman bat um Abtendung zweier Deputirten des Rathes zu ihm. Es geschah. Stallman zeigte denselben eine königliche Vollmacht vor, nach welcher er in Deutschland die protestantischen Kurfürsten und alle anderen Reichsfürsten und Stände zum Bündnisse mit dem Schweden bewegen sollte. Wenn sich ein oder anderer Stand in ein solches Bündnis begeben würde, so ermächtigte der König den Stallman, zur Fortsetzung eines solchen Werkes in Hamburg bis zu 100,000 Rthlr zu erheben und dafür zu verwenden. Diese Vollmacht zeigte Stallman vor unter Handschrift und Siegel des Schwedenkönigs. Dann erbot er aus sich selbst und beehrte Uebersetzung seiner Worte an den Rath.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Hofmann-Quereh 24.

<sup>2</sup> H. a. C.

<sup>3</sup> H. a. C. Auch das Folgende.

„Nachdem es nunmehr durch jährliche Vertiefung dahin gebrichen, daß sich die benachbarten evangelischen Kurfürsten, Fürsten, Stände und Städte mit dem Könige zu Schweden zwar noch in großem Bedenken zu einem besondern Bündnisse vertragen haben: so möge auch die Stadt Magdeburg dem evangelischen Beken beistehen, und in gleicher Kraft stehen und liegen helfen.“

Wir müssen es dahin gestellt sein lassen, ob diese beiden Deputirten des Rathes von Magdeburg wußten oder ahnten, daß an dieser Rede Stallman auch nicht ein einziges Wort wahr sein konnte, daß damals, am 29. Juli/8. August der Schwede auf deutschem Boden seinen andern Verbliebenen hatte, als den armen Herzog Bogislaw von Pommern, den er anflammete mit eiserner Faust.

Stallman erklärte weiter die Sache mit denselben dreifachen Unwahrheit. Es sei gar kein Nothheil zu befürchten. Die Stadt solle sicher sein gegen alle Feindseligkeiten. Daß dies also, daß sie sollen die Generalstaaten, die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, die Danziger zu Bürgen gestellt werden. Dagegen hob er die Verheißung hervor neue Privilegien, neue Güter. Aber Gile thue Noth, sagte Stallman denn er müsse weiter reisen auch zu Anderen, und es stehe auf seine verfluchte Stunde Leibes- und Lebensgefahr. Darum möge der Rath sich eilig erklären.

Die Deputirten berichteten es dem Rath am nächsten Tage, dem 30. Juli/9. August. Der Rath hatte nicht die von Stallman gemischte Gile. Es ist vermehrt unverständlich, daß der Mehrheit des Rathes vorzüglich handeln wollte. Sie beschloß die Sache dem Auschuße der Fünfzig vorzutragen, und wenn dieser damit einverstanden sei, der Danie die Entscheidung zu überlassen. Mitthun schien noch keine Gefahr der Überstürzung da zu sein. So schien es; aber es fragte sich, ob diese bedächtige Mehrheit des Rathes die Versicherungen ihrer Beschlüsse noch lange behaupten würde. Nicht bloß die Frechheit und Gewandtheit Stallmans war zu fürchten, sondern auf der andern Seite die Erbitterung des großen Haufens.

Noch am selben Tage versammelte einer der Viertelherren die Andern um sich.<sup>1</sup> forberte einen Eid des Schwurens und berückte Wahres und Falsches. Er erzählte, welche günstige Anerbieten dem Rathe von dem Schwedenkönige und dem Markgrafen gemacht seien, wie dennoch der Rath diese Schreiben ein halbes Jahr lang unter sich behalten und

<sup>1</sup> Hoffmann-Quere 26. Stütz-Quere 23\*

der Gemeinde verschilt habe. Werens sei ein eigener Besondere der Fürsten in der Stadt. Der Borselscherr erhub die Frage, ob es nicht besser sei, dem Rathe die Schlüssel zu den Thoren abzufordern und selber mit dem Besonderen zu unterhandeln, damit nicht der Rath die günstige Gelegenheit verschlepp. Die Forderung erschien noch gar zu scharf. Sie wurde von der Mehrheit der Borselscherrn verworfen. Aber die Erdrückung schwoll an. Am selben Abende richtete Stallman an den Bürgermeister Georg Schmidt ein Briefchen mit dem Ersuchen, seines Ortes die Sache zu beschleunigen, „kintemal es keine Stunde, die verabsäumt würde, mit Leib und Leben bezahlen könne“<sup>1</sup>.

Am anderen Tage, dem 31 Juli/10 August, ward der Ausschuss der Fünftzig berufen. Der Rath legte seine Meinung vor. Viele Stimmen erhoben sich tadelnd, daß der Rath so lange gezögert, die Frage dieses wichtigen Bündnisses vor die Bürgererschaft zu bringen. Sie erklärten vor derselben entschuldigt sein zu wollen wegen dieser Versäumnis. Nur dem Rathe sollte die Verantwortlichkeit zu. Dennoch drang die Obrigkeit hiedmal noch durch. Auch der Ausschuss beschloß, der Fülle die Entscheidung zu überlassen. Der Rath meldete dies dem Stallman. Zugleich aber auch gingen bei diesem viele Personen, die im Schismusse waren, an und aus und erstatteten Bericht, wie die Stimmung in der Bürgererschaft ungemein günstiger sei, als im Rathe, wie da jener sich viel leichter etwas erlangen lasse, als bei diesem. Stallman nahm danach seine Maßregeln.

Stallman hat sich später, nachdem er mit dem schwedischen General Panner geschlossen war, hoch und thuret vermahnt, daß er angere diese Dinge betrieben.<sup>2</sup> Er erzählt, daß er wider seinen Willen den Markgrafen nach Magdeburg begleitet, daß er es gethan auf das Versprechen, der Fürst werde sich dort still und ruhig verhalten und günstiger Gelegenheit harren. Stallman berichtet ferner, daß der Markgraf in Magdeburg hörte die Umstände darzugi, welche sich ihm dargeboten hätten durch einige Flugschreiber des Rathes und durch den von katholischen Domherren aufgereizten Pöbel. Er erzählt, daß durch diese Umstände auch er selbst gezwungen gewesen sei, mit der Instruction des Schwedenkönigs sich bloß zu stellen und zu unterhandeln. Also habe er gethan und den Ausgang dem lieben Gott anheimgestellt.

Wie bisher, so wird auch ferner der Verfolg der Dinge zeigen, ob der Markgraf oder Stallman der intellectuelle Urheber war.

<sup>1</sup> M. u. C.

<sup>2</sup> Hoffmann-Quenck 27



Auf die Meldung des Rathes eröffnete Stallman den Abgeordneten, daß der Markgraf, bereits in der Stadt anwesend, am dem Rath das gütliche Gefallen richte, am nächsten Morgen einige Mitglieder zu ihm zu schicken, und er selber der Verhandlung beizuwohnen wolle. Der folgende Tag war am Sonntag, der 1./11. August. Der präsidirende Bürgermeister Brauns berief in aller Frühe den Rath und legte die Sache vor. Dann erhoben sich zwei hauptsächliche Anhänger des Markgrafen, Gohart Stenabel und Konrad Werhold. Sie erzählten, daß nunmehr der König von Schweden nicht allein eine mächtige Armee auf den deutschen Boden gebracht, sondern sich auch mit allen benachbarten Kurfürsten, Fürsten und Städten dergestalt verbunden hätte, daß sie den 4./14. August aufstehen und des kaiserliche oder päpstliche Kriegswill als Feinde des Gemeintheits verfolgen würden. In diesem Zwecke hätte sich auch der Administrator betheiligen, und auf dem Lande umher etwa 4000 Mann heimlich versteckt. Zugleich hätten die Herzöge von Weimar 3000 Mann in Bereitschaft. Wenn nur die Stadt Magdeburg sich wegen des Elbpasses willfährig erkläre, so sollen alle diese Truppen zusammen geführt und dadurch die Kaiserlichen aus der Mark Brandenburg gelockt werden. Alsdann habe der König von Schweden freie Bahn auf Magdeburg zu gehen, und mit den genannten Truppen die kaiserlichen zu einem Kriebskörper zu vereinigen. Wer aber zu besorgen, daß dies den Kurfürsten thue, und durch das Zögern der Stadt Magdeburg die Truppen des Administrators in die äußerste Gefahr gebracht würden: so müsse der Rath sich eilig erklären, mit in das Bündnis treten und den Posten übernehmen. Weigerte sich jedoch der Rath, so hätten der Administrator und der schwedische Ambassadeur — so betitelte Stallman selber sich — bereits alle Nachrichten, daß die Bürger es selbst thun und dem Könige den Pech eröffnen wollten. „Wie alldenn diejenigen, welche das evangelische Weis sehr gehindert, ansetzen würden, Hände Jedweden zu betahren“ -- und was dergleichen zu diesem Handel dienliche Worte unzählig mehr gewesen.“ Es ist eher wahrscheinlich, daß die zwei Rathsherren diesen lügenhaften Bericht von Stallman fertig überkommen, als ihn selbst erfunden haben. Es handelt sich um die Wirkung.

„Durch“ diese Reden haben diejenigen Mitglieder des Rathes, die ebenbüß vorzüglich dergleichen Wort gehofft sich leicht gewinnen lassen

1 Relation 490.

2 Die drei getrennt Bericht 20. Dann Writsch. Bericht 23.

3 D. a. O. 23.

Die Andern aber, und zuvörderst diejenigen, die alldemals als gut lutherisch ausgezeichnet gewesen, sind wegen androgender Gefahr abgeschreckt und gezwungen worden, so daß sie nichts mehr dagegen öffentlich reden oder erwähnen, weniger denn widersprechen dürfen. Wie ja auch noch Herr von den abgemeldeten Verschworenen, so viele ihrer mit im Ausgange geblieben, alsda vorgebracht und durchgetrieben worden, wie es den davon noch Überlebenden erinnerlich sein wird."

Der Rath beschloß eine Deputation von fünf Personen an den Markgrafen zu senden. Unter den fünf befand sich Conrad Werckh.

Die Deputirten begaben sich in die Wohnung des Markgrafen. In der Gegenwart desselben redeten sie mit Stallman hin und wieder. Es waren doch noch fernestwegs so much, wie Stallman sie wollte. Sie redeten von der kaiserlichen Hoheit und Macht, von der Erhöhung der Stadt, so daß sie ihren angefangenen Festungsbaun unfermig hoch legen lassen. Neben und Gegeneinander zogen sich hin bis zehn Uhr, ohne daß eine Einigung erfolgte. Bis dahin hatte der Markgraf die Predigt im Dome aufzuschieben beschlossen. Er lud die Deputirten ein, mit ihm zur Kirche zu gehen und dann bei ihm zu speisen. Eine Weigerung erschien unnöthig. Der Markgraf und Stallman gingen voran zum Dome, die Mitglieder des Rathes folgten. Hinzu kam drängte das Volk in diesen Haufen, voll Freude ob dieses Tages, der in ihren Augen die Morgenrothe des Friedens, das Aufhören des unglücklichen Kriegesbrudes zu verkündigen schien.<sup>1</sup> Der Domprediger Bode betrat die Kanzel, um das Evangelium dieses Tages zu verkünden. Es war aus dem 19 Kapitel des Evangelischen Lucas die Weissagung des Herrn über Jerusalem, und klangte: „Wenn du es wüßtest, so würdest du auch bedenken zu better deiner Zeit, was zu deinem Frieden dient; aber nun ist es vor deinen Augen verborgen. Denn es wird die Zeit über dich kommen, daß deine Feinde werden um dich und um deine Kinder mit der eine Wagnburg schlagen, dich belagern und an allen Orten angreifen. Und werden dich schellen und seinen Guts auf dem andern lassen, darum daß du nicht erkannt hast die Zeit, daran du hingefucht bist.“ In dem Prediger machte im Augenblicke zu dem Jubel da draußen die Abnung eines anderen Ausganges aufsteigen. Er fügte der Beilegung den Wunsch hinzu: „Gott wolle gnädig abwenden, daß dieses nicht ein böses Comen sei, daß es Magdeburg nicht ergeben möge wie einst Jerusalem.“

<sup>1</sup> Relation 434.

Auf den Markgrafen Christian Wilhelm und auf Stallman mochte das geringe Werkung thun. Sie hatten in Magdeburg nur zu gewinnen und nichts zu verlieren. Die Gelegenheit war günstig über Erwarten für den Nutzen sie. Nachdem der Bürgermeister Brauns von der Lohf des Markgrafen heimgekehrt war, trat abermals Heinrich Böpping vor ihn.<sup>1</sup> Die Sache leide gar keinen Verzug, sagte er. Deshalb sei der Markgraf gekommen, sie der gesamten Bürgerschaft vorzutragen, ersuche daher den Bürgermeister um Berufung derselben. Das Ansuchen, eine so wichtige Angelegenheit zur sofortigen Beschlußfassung vor den großen Haufen zu bringen, widerspricht allem Brauche einer Stadt des Nordens. Dennoch rechnete Stallman richtig, weil ja dieser nun Rath selber ein Beschluß des großen Heutens war. Anstatt direct abzulehnen, fand der Bürgermeister Brauns einen Mittelweg. Er ließ den Rath und den Ausschuß, zum Überflusse auch noch die achtzehn Rathsherren, zur Stunde auf das Rathhaus bescheiden. Nachdem er dann den Versammelten Bericht erstattet was am Vortage beim Markgrafen verhandelt, sollte zur Beschlußfassung geschritten werden.

Inzwischen jedoch war der nach Dresden entsandte Dr. Odenstädt zurückgekehrt<sup>2</sup> und erstattete sofort beim Rathe Bericht. Der Kurfürst lasse der Stadt Magdeburg vermelden, daß er gegen die von Witttenberg und Dönnitz im Erstzue eingeforderte Duldung bereits Schritte gethan, daß daher, nach seiner Meinung, die Stadt von der Mithforderung des Domes und der Lurien am Neuen-Markt Weiteres nicht zu besorgen habe. — Odenstädt fügte bei, daß ihn, schon reiserück, von einem kaiserlichen Rathe die Mittheilung gebracht sei der Administrator besinde sich bereits in Magdeburg. Daraus, meinte Odenstädt, sei es gar gut, daß er seine Expedition verrichtet „sintemal es nunmehr dem Kurfürsten ein fast unglaubliches Ansehen gewonnen möchte.“ Er meldete ferner, daß er am kaiserlichen Hofe von einer Allianz zwischen dem Künige von Schweden und dem Kurfürsten und anderen Reichthümern nachso vernommen habe. — Auf Grund dieses Berichtes suchten denn einige Mitglieder des Rathes darzuthun, daß die Allianz nur ein Vorhaben sei, mit welchem man die Stadt bereuen wolle. Ihnen antwortete Caspar Staudel: der Kurfürst habe ein offenes Land den kaiserlichen Truppen angesetzt, lässe darum so laut nach reden.“ „Welches auch Biele als

<sup>1</sup> Hoffmann-Querele II.

<sup>2</sup> Nach-Querele II. Den gegründeten ist die Angabe in der Relation 1630 zu kurz. — Vgl. auch Hübner, Außen Welt 10. \* Nach-Querele II.

wir ein Evangelium geglaubt, und Je und Amen dazu gesprochen haben.“ Dennoch verhielt sich der Jactien gegenüber auch der Bericht Oberstadts wirkungslos.

Nachdem sollte zum Handwerk geschritten und Beschluß gefaßt werden, wessen man sich dem Rathgrafen gegenüber zu erklären habe.<sup>1</sup> Bevor aber noch Jemand sein Gutachten kund thun oder sein Votum abgeben konnte, wurde dem Rathe die Ankunft des Administrators und des schwedischen Ambassadours Stallman gemeldet. Sie wurden in den großen Saal des Rathhauses geführt. Eben dahin begaben sich der Rath, der Aufschuß, die Viertelsherrn, um das Auftreten jener zwei Persönlichkeiten zu vernehmen. Ihr Auftreten erhielt Nachdruck durch die Zustimmung des Volkes vor dem Rathhause. Einer aus diesem Hause (schon später die Worte: „Wir sehen uns Alle beehren, daß der Herr Administrator in unserm Schutze genommen werde, wir denn an dem Tage ein sonderliches Jubiläum von männiglich in un'erer Stadt war, denn wir gedachten, unsere zeitliche Güter und Nahrung, der Handlung und also gemeine Stadt in ein gewaltiges Aufstehen zu bringen.“

Über diese Stimmung der Menge heist es bei Gurrich<sup>2</sup>: „So ist auch der Markt damals so voller Volkes gestanden, die mehrtentheils lieber sothane des Administrators Ankunft trefflich jubiliert und freubodelt, benorath weil unter sie ausge'prengt gewesen, daß auf den 6/14 August alle evangelische und protestantische Kurfürsten und Stände für Einen Mann stehen und dem Kaiserlichen oder Päpstlichen zugleich Widerstand thun würden, welches dann den gemeinen Mann dergestalt anmuthet und beherzt gemacht, daß Niemand etwas Wärriges zu diesem Werke reden, oder auch nur dessen gedenken dörften, daß die R. M. zu Schweden in Ders Schreiben an den Rath und der dem Stallman ertheilten Instruction sothane Allianz und Öffnung des Volkes noch nicht begehrt — sondern da ist allein die Klage geführt, daß noch viele la'etliche Schelme in der Stadt, die das evangelische Wesen geru hindern und die Kaiserlichen gern deroen haben wollten, denen man aber das Haus stürmen und den Hals entzwei schlagen sollte.“

Nachdem unterdessen der große Saal des Rathhauses die ganze Versammlung aufgenommen, trat Stallman zu dem Sonchus Damberdt heran, mit den Worten, daß der Markgraf und er Resolution und Antwort auf die am Morgen vorgelegten Punkte erwarteten. Dieses heftige

<sup>1</sup> Hofmann-Sachs 81    Stoltz-Sachs 21<sup>o</sup>    \* Capen bei Colvillus 60

<sup>2</sup> Stoltz-Sachs 24<sup>o</sup>

Drängen „hat den Einen und den Andern heftig befreundet“. <sup>1</sup> Rant trat zusammen und einigte sich mit Mehrheit rasch dahin, daß im Namen des Rathes und des Ausschusses der Syndikus „zu einem reserverten Aufsitzen und auf allen Fall stüthcher Communication mit den Hansesbüdern“, um einen Aufschub bitten und anhalten solle. Aber Stollman wollte gar zu wohl, daß die Hansesbüder rothen würden, ihrem eignen Beispiele zu folgen, daß also die Zustimmung in einem solchen Aufschub beruhe das Spiel verloren gehen. Er begann zu reden.

Was er vortrachte, war wesentlich dasselbe, was schon Verbold und Brandel am Morgen gesagt, nur verstärkt. <sup>2</sup> „Durch sonderbare Gnade Gottes sei der König von Schweden allbereits so weit durch den Feind gedrungen, daß er verhoffe, innerhalb weniger Tage nach Mlogdenburg zu gelangen. Derwegen sei es Ihrer M. gnädigstes Gefallen: es möge die Stadt Magdeburg zu solchem allgemeinen evangelischen Weisen alle mögliche Beförderung leisten, und zuvörderst der Verfassung des Abpaffes wegen sich unverzüglich erklären, inwiefern der gesammten considerierten evangelischen Stände Consilia und Intentionen darauf gerichtet, und wo die Stadt hierin länger säumig sein wollte, würde dadurch das ganze evangelische Rettungswerk gehindert und in Gefahr gesetzt werden.“ Es folgten Versicherungen. „Der König und der Markgraf wollen alle Kriegskosten selber tragen, Quartieren und was zum Kriege gehörig anschaffen, auch der Stadt, zu ihrer eigenen Nothwendigkeit und besserer Befestigung, 90,000 Rthlr. zahlen lassen. Ueberdies solle auch das ganze Land an der Festung arbeiten, die Stadt dagegen mit mehr Freiheiten, Privilegien, Landgütern begnadigt, dagegen alle Beschwerden abgethan werden. Der König und der Markgraf wollen die Stadt in keiner Noth lassen, sondern gegen alle Feindseligkeit und Gefahr schützen, vertheidigen und ensetzen, auch ihr deswegen beide Kurfürsten zu Sachsen und Brandenburg, die Generalstaaten und sämtliche Hansesbüder zu Bergen stellen. Allen weil die höchste Gefahr im Verzuge, und an Verlast der Zeit so viel gelegen, daß Niemand, wer es auch sei, eine einzige Stunde, ja einen Augenblick der Verzögerung mit Leib und Leben bezahlen könne, als wolle man sich an Seiten der Stadt gemüthlich und schleunig erklären, inwiefern auf den webrigen Fall Ihre J. Durchlaucht das Wort an die ganze Bürgerschaft selbst dringen und deren eckliche Meinung darüber vernehmen und anhören müsse.“

<sup>1</sup> Hoffmann-Berthe 32.      <sup>2</sup> H. u. C.

Der Vergang der Dinge hat das, daß der Dreißigsten Einkommen gegenüber dem Willen des Rathes den Rath besah, zunächst die Entfernung der zwei Fremden zu verlangen, damit der Rath in Freiheit seinen Beschluß fasse.

Der Syndikus trat zu den Personen des Rathes und des Ausschusses, um die Vota einzusammeln. Es folgte die gewöhnliche Ordnung: „Einige erörtern das und das dazu, Andere schwiegen ganz still, so daß der Syndikus nicht gewist, worin eigentlich die Meinung des Rathes und des Ausschusses bestehen sollte. Jedoch haben Einige sonderlich vor Anderen dem D. Sordani zugerufen, daß man billig bei Gottes Wort stehen müsse, und dem evangelischen Wesen zum Behen nicht umgehen könne, dem Könige und dem Herzoglichen Rath und Raths zu verstoßen und was etwa dergleichen Worte mehr dabei vorgefallen, die man unter solchem Gemurmel nicht alle hören mögen“ – „Welcher“ nun von den Anwesenden und Birreleutenden in solcher Consternation und Gegenwart des Fürsten sich nicht auf solche Weise erklären wollen – wie denn die beiden Schöppen Dr. Wittenstätt und Dr. Jacob Almann ausdrücklich zur Antwort gegeben, daß auf solche Besuche sie sich nicht erklären könnten, es auch also niemals hergebracht wäre – hat stillstehenden und diejenigen, die unter dem Schirme der Religion zur Erhaltung des Wortes Gottes das Werk so heilig truden und sich dem gemeinen Mann gleich und einem Anfang gemacht hatten, weichen und es gehen lassen müssen.“ „Also“ daß durch den Syndikus, der zwar bei diesem Handel ganz bestürzt, verblüfft und überreist gewesen, viele Relationen eingebracht und gegeben worden: zur Befriederung des allgemeinen evangelischen Wesens, und damit nicht durch das Zaudern und die Unablässigkeit der Stadt die gesammten evangelischen mit der R. M. zu Schweden verbündeten Stände in Gefahr geführt werden möchten, soll der Rath der S. M. offen stehen.“

Der Beschluß selber drückt die Mühe aus, welche gegen die Magdeburger angewendet, die Lösung, in welcher sie befangen waren. Es hatte sich noch Niemand mit dem Schweden verbündet. Zwei Tage später, am 13. August, geschwiegen im Namen der Fürsten von Sachsen und Brandenburg ihre Bevollmächtigten in Regensburg mit den katholischen Fürsten das Schreiben, welches den Eintritt des Schweden unterrichtet nannte. Wiederum aber ist sowohl aus dem Beschlusse, wie aus dem ganzen Verlaufe der Dinge die Reizung erkennbar, den von den Witten-

\* Hoffmann-Quartik 24.     \* Witten-Quartik 20\*.

\* Hier tritt wieder Hoffmann-Quartik 24 an.

sternen erlittenen Druck mit dem Beschworenen in Religionsachen zu verschmelzen. Die Darstellung Guerles ergibt nicht einmal, daß er selber jenes sein Urtheil: „unter dem Schutze der Religion“ — laut ausgesprochen gewagt habe.

Und doch auch wieder ist in dem Beschlusse des Rathes, wie ihn der Sundhus Denhardt in Worte setzt, die Bedenklichkeit, sich mit dem Schweden allzu tief einzulassen, wohl erkennbar. Der Rath von Magdeburg bewilligt dem Schweden den Paß durch die Stadt.<sup>1</sup> Von Betrug ist nicht die Rede. Es war die Aufgabe Stallmans und seiner Gehilfen, mit oder ohne Willen des Rathes dieses Zugeständnis auszuwerten. Zuerst waren er und der Markgraf mit dem Anfange zufrieden. Sie traten auf jeden Einzelnen zu und reichten ihm die Hand. Dann zogen die Beden ab, und ihnen folgte der Rath, von dessen Mitgliedern doch vielen sehr bedenklich zu Ruche sein mochte.

Hier vermuthen von einem Mitgliede der schwedischen Partei nach dem Ausgange der Worte: „Es ist zwar eine bedenkliche Sache, von dem Commissario eines ausländigen Potentaten, welcher der Matrikel des Reiches nicht einverleibt, und welchem man auf des Reiches Boden nichts gestehen will, Privilegien auszuweihen, und von dem rechten Haupte zu reissen. Aber wenn es Gott also gefällig gewesen, hätte es weder der Kaiser noch der Papst mit allen Jesuiten anstoßen können, auch deswegen seiner Allmacht anheim gestellt bleiben.“

Lange Jahre später zur Zeit der Friedenshandlung in Osnabrück kamen diese Vorgänge zwischen dem schwedischen Befehlten Salerus und dem damaligen Magdeburger Bürgermeister Otto Guerle zur Sprache.<sup>2</sup> Salerus sagte: „An Stallman ist nichts Gutes gewesen: warum hab ich ihm getraut?“ Guerle verriethe: „Stallman hat die Bürgerschaft verleitet. Derselben bogogen, welche keinem falschen Vorgehen anhe trauen wollten, sind von ihm und seinen Anhängern bei der Bürgerschaft verdächtig gemacht, als seien sie gut kaiserlich und wollten das Papstthum befördern.“

<sup>1</sup> Der schriftliche Vertrag zwischen G. u. S. mit der Stadt, vollständig bei Wuttich, Magdeburg n. v. Kabinetsche Verlagen 44<sup>o</sup>. trägt das Datum des 1. August. Es bedarf nicht des Hinweises, daß unabhgig noch am selben Tage ein so ausführlicher Doppelvertrag angeschlossen sein kann. Stallman selber verweist in seinem Berichte an G. u. S., bei Wuttich, Jassenberg 49, eine damalige schriftliche Abfassung. Wenn diese erfolgt ist, wird G. in Folge der Darstellung ruhen.

<sup>2</sup> Faa Magdeburgica bei Salerus 80. <sup>3</sup> Oppl. O. v. Guerles Bericht 44.



### 15. Stand der Dinge in Magdeburg bis zum schriftlichen Vertrage vom 27. September.

Doch ungeachtet der abgetragenen Zustimmung des Rathes vom 1/11 August der Widerstand in demselben noch keineswegs ganz gebrochen war, gewahrte Christian Wilhelm sehr bald. Am nächsten Tage, dem 2/12 August, verlangte er von dem Rathe eine der zwei sächsischen Compagnien zu je 200 Köpfen, um sein auf der Heide von Gordenen verstecktes Kriegsvolk zu holen. „Als aber hierauf im Rathe ordentlich votirt und aus Jedem Meinung vernommen worden, hat ein Theil des Rathes es ganz nicht verwilligen wollen.“<sup>1</sup> — „Derowegen man die Bürgerchaft viertelweise in ihrer Viertelherren Häuser zusammen fordern und deren Willen erkunden lassen. Wie denn bald darauf die Viertelherren im Namen ihrer unterthänigen Bürger alle nach einander diesen Schluß eingebracht, daß die Bürger mehrentheils, so viele deren gegenwärtig gewesen, dem Fürsten eine Compagnie auf vierzehn Tage abtreten, und auch zum Theile, wann es nöthig, selber mitgeben wollten.“

Der Auszug geschah. Die markgräflichen Truppen wurden nicht gefunden, oder in Bohnenrade Beute gemacht.<sup>2</sup> Die Anzahl der Truppen im Lande war gering, meist nur Saldegarden, die einer Abwehrt nicht gewachsen waren. Um so lothender war die Aussicht auf Beute. Abermals versuchte der Rath von Magdeburg dagegen ein Herz zu lassen. Er erließ am 4/14 August ein öffentliches Verbot,<sup>3</sup> daß bei Eid- und Eidsauflage kein Bürger sich vergreife an dem Eigenthume von Rößern oder anderen Unterthanen in und außerhalb der Stadt — so wie daß keiner unter dem Scheine, als sei er ein fremder Soldat, seinen bürgerlichen Stand und Beruf verlasse. Er mahnte den Eurgereid und Pflicht daran, daß Niemand fremde, unbekante Personen in die Stadt aufnehme.

Anders der Markgraf.<sup>4</sup> „Am 11/18 August ist mit öffentlichem Tummelplatz in der Stadt für den Markgrafen geworden, und in kurzer Zeit war ein ganz geringes Angeld viel Volkes zusammen gebracht, welches denn von allen Orten häufig zugekommen.“ Zugleich ließ der Markgraf durch das ganze Erzstift Patente anschlagen, anstehend zur Erhebung für ihn. Noch am selben Tage brach er auf, nach Halle zu. „Mit Hülfe“ der Rothlechte (Salzarbeiter) und anderen Bödeln gelangte

<sup>1</sup> Hoffmanns-Quartell 24. Strick Quartell 25.<sup>2</sup> H. u. O. 36.<sup>3</sup> Der Calaisfried 101.<sup>4</sup> Hoffmanns-Quartell 26.<sup>5</sup> H. u. O. 36.



er in der Nacht durch das Selbſtſteuern ohne Widerſtand in die Stadt.“ Die Kaiſerlichen zogen ſich in die Moritzburg zurück. Um ſie dort zu belagern, erhielt der Markgraf „durch Beförderung von Caſpar Stiehnbeck und auf Vermittlung der Bürgerſchaft, aus dem Zeughauſe zu Magdeburg Pulver und anderes Kriegsmaterial. Dennoch hat er das Schickſſo bald nicht gemessen mögen, bis am 16/26. Auguſt ein Geſchoß erſchallen, daß die Kaiſerlichen ſtark mit dem Entſatze beunruhigten, da denn der Markgraf mit allen den Seinen in großer Eile, die Kriegsmunition und Anderes hinter ſich laſſend, aus der Stadt Halle aufgebrochen und gen Magdeburg wieder gerückt iſt.“

Unterdeſſen war es dem Sohne des Stallmeiſters gelungen,<sup>1</sup> den Schatz eines wallenſteinſchen Oberſten in der Kirche zu Rötten aufzuſpüren. Das Geld, zum Betrage von 25,000 Rthlr., ward nach Magdeburg dem Markgrafen eingeliefert, und darauf hin gingen die Werbungen unter Schneidewein, den der Markgraf der Haft entlaſſen und zum Oberſten ernannt hatte, und Andern beſto beſſer fort.

Noch vor dem Auszuge nach Halle, am 5./15 Auguſt, berichtete Chriſtian Wilhelm dem Schwedenkönige ſeinen Erfolg in Magdeburg.<sup>2</sup> Die Willigkeit für ihn, ſagte er, ſei groß. „Weil ſie aber noch keine Apparatz zum Succurs ſehen, ſind ſie in etwas rückfällig.“ Deßhalb ſei eilender Succurs höchlich von nöthen. Von Halle aus, am 15./25. Auguſt, mahnt er übermals, namentlich um Geld für Waffen,<sup>3</sup> „weil man uns auf Credit nicht verabſolgen laſſen will.“ Zugleich erſtattete Stallmeiſter einen mehr eingehenden Bericht. Er verſetzte darin nicht, daß keineswegs alles ſo ganz glatt abgegangen ſei, und bezeichnete das Bündniß, weil vorläufig nur mündlich vereinbart, und noch der ſchriftlichen Ausfertigung harrend, als ein ſchlüpfriges.<sup>4</sup> — Guſtav Adolf jedoch, der die Meldung in dem ſo eben genommenen Schloſſe Wolgaſt empfing, ſetzte die Sache ungleich höher auf. Von dort aus ſandte er, am 16./26. Auguſt, dem Markgrafen ſeinen Glückwunſch zu der „heroischen Reſolution“ und dem geſegneten Erfolge.<sup>5</sup> „Das ſei,“ ſagte weiter der Schwedenkönig, „zweifelsohne der Stein, welcher, ohne Menſchenhände allein von Gott herabgeriſſen, das ungeheure Bild des affectierten Dominantes — der kaiſerlichen Tyrannen — in Deutſchland zernehmen

<sup>1</sup> H. a. D.      <sup>2</sup> Archiv II, 27.      <sup>3</sup> H. a. D. 21

<sup>4</sup> Bülow, Gallien 49.      <sup>5</sup> H. a. D.

sollte.“ Mit Bezug auf dieses Ereigniß von Magdeburg legt er am nächsten Tage dem Könige Oresterna den Stand seiner Angelegenheiten dar.<sup>1</sup>

„Wir haben nunmehr sowohl durch die glückliche Eroberung des Hauses Bo'gost und demgemäß Befreiung der Vorne, als durch die Besetzung der Stadt Stettin unseren Stand allhier vermehren gekundet, daß wir ein festes Fundament unserer pommerischen Expedition besitzen. Jmmer verläßt sich der Feind bei Berg täglich, hat all bereits 12000 Mann, aber in Folge von Mangel und Pest verlornt ihm viel Volkes, so daß er sich in der Defensive halten muß. Wird ihm die Zuhut von oben herunter noch erschwert, so hoffe ich, daß er leicht räumert werden soll.“

„Was nun hierzu für eine herrliche Caassen sich ereignet, ergibt sich aus dem Berichte Stallmeisters über die gütwillige Aufnahme des Administrators in Magdeburg. Es ist dadurch der Stadt eine Nothwendigkeit auferlegt, und getreu und offen zu sein. Weil wir dann solche vom Gott eröffnete Gelegenheit nicht aus den Augen, weniger diesen nobelen Platz aus den Händen lassen sollen, so haben wir unseren Hofmarschall (Direrich von Jastenberg) in höchster Eile dahin abgefertigt, des Administrators Kbd und die Stadt zu animiren, etliche Regimenter, dazu wir ihm dann ziemliche Mittel gesandt zu furniren, die Stadt und zu versichern und also ein Durchschneider allde anzuweisen, hoffen hierdurch die Länder Magdeburg, Witten, Anhalt, Wendisch und Böhmen als die rechten Vortheuer von diesen unreinen Quackern abzuscheiden, und der Erde zu versichern, dem Feinde aber eine Nothwendigkeit aufzulegen, sich der Orte zu engagiren und uns allhier desto freier handeln zu lassen, seine Streitkräfte zu distrahiren, und also den Markantenten Pakt zu geben sich zusammen zu thun, oder zum wenigsten die Contributionswand zu difficultiren in Summa der Kasse des Universal-Kaisers in Deutschland hierdurch Jener zu geben. Damit aber Solches möglich geschehen und Magdeburg manumitert werden kann, sind wir bei dem Stande unserer Angelegenheiten allhier resolvirt, ein Mann Gottes der Erde etwas näher zu rücken, in eigener Person mit einem Theile unserer Arme nach Mecklenburg zu marchiren und unter Glück auf Rostock zu versuchen, in der Hoffnung, daß dasselbe uns nicht lange bespantet werde, und (daß) wir neben andern Commoditäten, die wir

<sup>1</sup> Archiv I, 202. Oresternas Briefwechsel I<sup>o</sup>, 634. Ja gibt der Gang etwas gesammten.

davon haben können, wodurch unsern Freunden succurriren, und den Städten Humberg und Rüdol Gelegenheit geben werden sich mehr gegen uns zu eröffnen.“

Dies Schreiben stellt also den Heilmuthsplan des Schwedenkönigs für die nächste Zeit fest. Dabei tritt uns eine große Verschiedenheit dieses Planes von den Ideen Stallmans in Magdeburg entgegen. Stallman hatte geredet von der nahe bevorstehenden Ankunft des Schwedenkönigs, dem man darum den Paß eröffnen müsse. Eben dies und nicht mehr sagte auch die Antwort, die der Syndikus Tenhardt als den Beschluß des Rathes, am 1/11 August, dem Stallman ertheilt hatte. Anders Gustav Adolf. Er will „ein Diversionswerk allda anrichten“. Er will „dem Feinde die Nothwendigkeit auferlegen, sich dort zu engagiren, und uns alhier desto freier handeln zu lassen“. Demgemäß will Gustav Adolf auch die Diversion möglichst lange als Diversion erhalten. Dadurch irritirt sich die Verschiedenheit. Die in Magdeburg herrschende Partei, die den Beschluß des Passes für den Schweden durchgesetzt hat, ist dabei von der Voraussetzung und dem Wunsche ausgegangen, daß der Schwede sehr bald kommen werde. Der Schwede von seinem Standpuncte aus, welcher die Sache von Magdeburg als Diversion zu seinem Vortheile ansieht, will er demgemäß auch so lange wie möglich als Diversion erhalten. Diese Verschiedenheit ist für den Verlauf der Dinge von höchster Bedeutung.

Unterdeffen ging in Magdeburg die Sache des Markgrafen wenig vorwärts. Die Bezeugungen auf das Land hinaus dauerten fort. Aber auch dazu fehlte es an Pulver. Die Mehrheit des Rathes weigerte, den Vorrath der Stadt anzugreifen und dem Markgrafen damit die Hand zu bieten.<sup>1</sup> „Es ist dies doch von den Andern, den Förderern des Werkes angegeben und ausgedeutet worden, als geschehe es aus Vorsetz zur Verhinderung des wohlgemeinten evangelischen Besatz und zum Hohn der Person Sr. F. Gn., die doch alles ehestens wohl doppelt wider erstaten wolle. Derowegen, alles Erinnerung ausgeachtet, man dem Markgrafen zur Fortbeibung der genannten Städte und Pässe, zwar zu unterschiedlichen Malen, auf einhundert Centner Pulver aus dem Vorrathe der Stadt verabreichen müssen.“ — Die Erinnerungen, deren Quelle gedenkt, bezogen sich darauf, daß durch dies Ver-

<sup>1</sup> Müllers-Wurde 26\*.

leihen von Pulver die Stadt hauptsächlich wieder in den Krieg hinein gezogen wurde.<sup>1</sup>

Nachdem die kaiserlichen Truppen sich von der ersten Überraschung erholt hatten und mit stärkerer Macht auftraten, hatte es mit den Schweden ein Ende. Man hatte es unterlassen, bei dem Kurfürsten von Brandenburg und den Pfälzern nachzufragen,<sup>2</sup> wie es sich mit den behaupteten Stellungen verhalte.

Au den Kurfürsten von Sachsen hatte Christian Wilhelm selber sich mit der Bitte um offene Erklärung für den Schweden gewandt. Zur Antwort mahnte<sup>3</sup> ihn Johann Georg, am 17./27. August „von solchen consiliis abzulassen und diese schwer verantwortlichen Sachen einzustellen.“ Er warnte zugleich die ernstlichen Feinde vor den Umtrieben des Markgrafen. Er that den Magdeburgern kund:<sup>4</sup> „Ihr solltet euch der allerunterthänigsten gehorsamsten Devotion gegen des Kaisers Majestät und das heilige römische Reich gedärblich erweisen.“

Von außen her kam keine Ermutigung als von dem Schwedenkönige. Die Stadt schickte an ihn erst einen Bürger, der studier unter ihm gedient hatte, dann einen Absoluten Hermann Gummert,<sup>5</sup> „welcher sich versichert, daß er mit 200 Ducaten besetzt worden. Diese Rede haben unglaublichen Verstand und Fügen mitgebracht und die Bürgerschaft dadurch verführt und sicher gemacht.“ So berichtet der später von Mitgliedern des alten Rathes verfaßte Relation. Allein die Sicherheit der Antichäpfe des neuen Rathes war keineswegs sehr fest. Im Anfang September wußte man im schwedischen Hauptquartiere, daß es um die Sache des Markgrafen in Magdeburg bedenklich stand. Am 6./16. schrieb<sup>6</sup> Gu'ken Adoff aus Wolgast an Openskierna, daß er sich in Mecklenburg festsetzen wolle, sowohl der Cuartiere wegen, als auch um von da aus Magdeburg desto bequemer zu erreichen, „welches sonst wir zu befrachten, zum größten Nachtheile unserer Angelegenheiten übergehen könnte.“ Bestimmter berichtet<sup>7</sup> darüber einige Tage später, am 12./22. September, der Secretär des Königs, Lars Wnubbe, aus Stralsund an Openskierna: „Magdeburg hält sich noch, hat aber geschrien, daß, wenn nicht der König ihnen bald mit Geld und Geld zu Hülfe

<sup>1</sup> Hoffmann-Wurdt 27.    <sup>2</sup> Relation 426.

<sup>3</sup> Nachtragblätter von 1630. Bgl. Hefing, Sachsen 22.

<sup>4</sup> Hefing, Sachsen 22. 10.

<sup>5</sup> Relation 426.    <sup>6</sup> Archiv I, 217.

<sup>7</sup> Archiv II, 61. Das Schreiben des Rathes von M. liegt nicht vor.

komme, so sei es aus mit ihnen. — Welche Mittel der König finden werdt, um Magdeburg zu helfen, sehe ich noch nicht“. Wir haben also unsere Blicke zunächst nach Magdeburg selber zu richten.

Bis dahin war alle Vereinbarung der Stadt Magdeburg mit dem Schwedenkönige, namentlich jener Rathabschluß vom 1/11. August nur erst mündlich. Der Markgraf und Stadlman drangen daher unablässig darauf, daß der Vertrag auch schriftlich gemacht werde. „Denn“, sagten sie, „ehe und bevor man hierin nicht einig und alles schriftlich vollzogen wäre, könnte gegen die widerige Partei nichts weiter vorgenommen werden, sondern (sie) müßten es gedulden lassen, wie es ginge, und wäre wegen solcher Einnahme der Rath an allem bisher geschehenen Irrthum und Schaden eine Ursache, hingegen Ihre H. Gn. und deren Leute unschuldig.“

„Dennach nun“, sagt<sup>1</sup> weiter Gurrich, „der Rath und der Ausschuß in obdenührter Weise laut des Sprichwortes II gesagt dem Könige von Schweden und dem Administrator den Pakt vergünstigt und auf Einwilligung der Viertel ihnen Volk und Munition abgetreten gehabt, hat man folgender auch II sagen und sich bequemen müssen, entweder zu capitulieren oder wiederum sich auf die kaiserliche Seite zu wenden.“

Wie jene Reden des Markgrafen und Stadlman zeigen, war der Rath schwankend. Die zwei Häupter jedoch hatten ein beiderseitiges Druckmittel in der Hand. Und zwar tritt dabei wieder derselbe Mann in den Vordergrund, der vom Beginn an als das intellectuelle Haupt der Düngebandrader alle Bestrebungen gegen den alten Rath bis zum Sturze desselben geleitet und dann als einer der Ersten die Fäden der Anknüpfung mit dem Markgrafen gesponnen hatte — der Oberst Schneidewinn.

Dieser selber brachte später die Sache zur Sprache. Nachdem im Jahre 1682 der Schwedenkönig ihm eine reiche Donation versprochen, beantwortete<sup>2</sup> sich Schneidewinn öffentlich, wie er dazu gekommen. Er habe wegen der erlittenen Noth an den Rath von Magdeburg einen rechtmäßigen Anspruch auf Entschädigung gehabt. Er könne mit gutem Gewissen versichern, daß er seine Forderung so gut wie da<sup>3</sup> Geld gesichtet habe. So Schneidewinn. Es handelt sich also um die Frage, wie diese seine Forderung verwertet wurde.

<sup>1</sup> Hofmann-Gurrich 20.    Writsch-Gurrich 20<sup>a</sup>.    \* Writsch-Gurrich 20<sup>a</sup>.

<sup>2</sup> Hofmann-Gurrich 19.    \* H. u. D. 20. Dort steht irrthümlich: als Bürger.

Der alte Rath von Magdeburg hatte die vernünftliche Forderung Schneidewitz wenig geachtet. Der neue Rath dagegen, der durch Schneidewitz emporkommen war, suchte sie. Er wies gern von dieser Forderung losgehenden. Dieser Wunsch war der Punkt, an welchem, im September 1630, die drei, der Markgraf, Stallman, Schneidewitz den Fehel anlegten. Der Letztere sagt weiter in seiner Schrift: es sei dem Markgrafen und Stallman genugsam bekannt, daß sie „die allgemein nützliche Intention zu Ehren des Schwedenkönigs und zum Nutzen der evangelischen Stände bei der Stadt Magdeburg nicht haben erreichen mögen, bis er, Schneidewitz, seine Forderung nachgelassen habe“. Demnach sei ihm von Seiten des Markgrafen eine Obligation präsentiert, für welche er der Stadt einen Revers habe herausgeben müssen, „da sonst die Stadt die Verrennungs-Traktaten wohl gar hätte stecken lassen.“

Diese Worte Schneidewitz, wie sich im Verlaufe dieser Angelegenheit noch bestimmter ergeben wird, entsprechen der Wahrheit, nur mit der Einschränkung, daß auch diese Übereinkunft einstweilen nur mündlich getroffen wurde, daß jedoch sie die Vorbedingung ausmachte, ohne welche der Rath von Magdeburg nicht zu einem Abschluß kommen wollte. Der Markgraf also, der keinen Fußbreit Erbs mit Recht sein eigen nannte, versprach, im Falle der Einigung mit dem Rathe von Magdeburg, dem Schneidewitz eine Schenkungsurkunde über Landgüter bis zum Werthe von 40 oder 50 000 Rthlr. anzuhändigen, und dafür sagte Schneidewitz zu, in diesem Falle durch einen Revers die Stadt Magdeburg von seiner Forderung an sie zu entbunden.

Und dann nachdem in dieser Weise die mündliche Übereinkunft getroffen war, konnte man zur Vereinerung der Verträge schreiten, zunächst desjenigen mit dem Schwedenkönige. Die Sachlage brachte es mit sich, daß Stallman als der Ambassadeur, wie er sich nannte, des Schwedenkönigs, alles zu vermeiden trachtete, was den schwankenden und zögernen Rath von Magdeburg wieder sperrig machen konnte, und daß er darum beistimmte, was nur immer dieser Rath verlangte. Der Vertrag liegt vor in der Form eines General- und eines Specialvertrages.<sup>1</sup>

Es mag genügen, die Hauptzüge anzugeben. Der König von Schweden, heißt es dort, will die evangelische Freiheit retten; zu diesem Zwecke verbindet sich mit ihm die Stadt Magdeburg. Das Bündnis

<sup>1</sup> Der Vertrag vollständig bei Ulrich, Magdeburg usw. Archivalische Zeitschriften 18<sup>9</sup>.

ist nicht gerichtet gegen den Kaiser, nicht gegen das Reich, nicht gegen die Kurfürsten und Stände desselben, sondern nur gegen die Störer des Friedens, welche wider die Versicherungen des Kaisers die evangelischen Stände bedrängen. Der Schwedenkönig verspricht, wenn die Stadt keineswegen angegriffen wird, sich ihrer anzunehmen, sie auf seine Kosten zu schützen und in seiner Noth zu verlassen.

Wir haben namentlich diese beiden letzten Punkte ins Auge zu fassen. Gustav Adolf durfte demgemäß von der Stadt keine Geldleistungen fordern, und mußte unter allen Umständen ihr zu Hülfe kommen.

Die Stadt verpflichtet sich, den König, seine Officiere und Beamte in ihre Mauern aufzunehmen, nicht sein Heer. Dieses soll aufs Land verlegt werden, oder ein Feldlager beziehen.

Nur 500 Mann will die Stadt einnehmen; doch müssen sie auf Kosten des Königs und des Markgrafen versorgt werden.

Diese Truppen müssen, auch unter dem Befehle des Königs und des Markgrafen, der Stadt vertheidigt werden. Die Bürgerchaft hat für den Unterhalt der fremden Truppen nichts zu contrahieren. Der König darf mit Truppen durch die Stadt ziehen, doch sollen diese zur Schonung der Bürger auf einer oder zwei Schiffbrücken hinübergeführt werden.

Nachdem so der Rath, wie er meint, in den Einzelheiten für die Sicherheit der Stadt gesorgt, fügt er am Schlusse noch einmal hinzu, daß das Bündnis in keiner Weise dem freien Stande der Stadt nachtheilig sein dürfe. -- In Wahrheit, wenn es in solchen Dingen auf Worte ankomme: so hatte man sich den Umständen nach möglichst verwahrt. Denn augenscheinlich fiel nach diesen Worten die Hauptlast des Krieges dem Schwedenkönige zu, der Hauptvortheil der Stadt Magdeburg.

Man fügte dem Vertrage, der doch jedenfalls nur erst ein Entwurf war, das Datum des 1. August bei, also des Tages, an welchem Eckman das Meisterstück seiner Ueberrumpelung vollbracht. Es war ja nicht das einzige Datum in dieser Sache.

Es kam denn der Vertrag der Stadt mit dem Markgrafen zur Verhandlung. Dieser meldete<sup>1</sup> in denselben Tagen dem Kurfürsten Johann Georg von Sachsen, daß es nicht seine Absicht sei, den Ansprüchen des kaiserlichen Prinzen August auf das Erzstift zu präjudicieren. Der Prinz

<sup>1</sup> Math III, 235

August war aber gewählt, weil und nachdem Christian Wilhelm abgesetzt war. Jede Anerkennung von Ansprüchen des Bringen August durch Christian Wilhelm war mithin eine Verneinung der eigenen Ansprüche. Das hinderte Christian Wilhelm nicht, der Stadt Magdeburg gegenüber als der Landesheerr aufzutreten, der die Willkürigkeit der Stadt Magdeburg für ihn mit Verleihungen belohnen dürfte. Dennoch war der Entwurf des Vertrages, den Stallman ihm vorlegte, wohl geeignet, ihn fertig zu machen.

Im Eingange desselben heißt es: „Weil nicht zu vernennen, welche Gefahr ein ehrbarer Rath und gemeine Stadt hierdurch auf sich genommen, und gleichsam die ganze Stadt und Bürgerschaft, Reich und Rind, und alles zeitliche Vermögen nicht wenig periculiret, welches sie aus sonderbarer christlicher Liebe und Ufer für die Gewissens- und die weltliche Freiheit nicht angesehen, sondern vielmehr nach ihrer Wenigkeit das gemeine Beste befördern helfen wollen — und (weil) Ihrer Kön. M. und J. Gn. christliche Intention und Vorhaben durch dieser Stadt vornehmen situm und Voth trefflich befördert, und dieselbe gleichsam basis und fundamentum des ganzen Werkes sein möchte — so ist deshalb auch für Nütz befunden worden, daß hinwieder die gute Stadt wegen solcher ihrer redlichen und aufrichtigen Affection und geleisteter Officia, so mit keinem Gelde leichtlich zu vergleichen und zu bezahlen, eine Ergülichkeit empfunden möge. Bevorab da dies Werk dem ganzen Lande, sowohl dem ober- als nieder-sächsischen Kreise, und folglich der ganzen Christenheit zum Besten gereicht, mitangesehen auch die großen Schäden und Verluste, welche die Stadt nicht allein bei diesem schweren Kriegewesen und sechste Jahr, sondern auch lange zuvor durch harte Belagerung und Bedrückung ihrer Überwärtigen und Unbegünstigten, wie noterisch, ausgestanden und erlitten. Also haben J. J. Gn. für sich und ihre Nachkommen, durch Vermittelung des Abgesandten der Kön. M., in reiflicher Ermögung alles dessen und zu Bezeugung ihrer gegen einen E. Rath und gemeine Bürgerschaft gnädigsten Affection und Wohlwogenheit folgende Artikel und Puncte versprochen, bewilligt und zugesagt.“

Es folgt eine Reihe von dreizehn Puncten, von denen nicht wenige, sowohl nach der kirchlichen wie nach der weltlichen Seite, hinausgriffen über die Rechte eines anerkannten Landesheerrn. Der Vertrag heißt

\* Bei Witsch, Magdeburg von Archivalische Nachrichten: 53\* — August den 7. 80.



nicht bloß die gezeichnete Demolition von Theilen der Vorstädte gut, sondern überweist die gänzlichen Vorstädte Neustadt, Subenburg, St. Michael mit allen Rechten erbzugsfähiglich einem A. Rathe und gemainer Stadt Magdeburg. Er vergibt ferner alle des Piesfrauen-Klosters Güter und Einkünfte, so wie diejenigen des Klosters St. Agurten in der Altstadt nichts ausgeschlossen, an die Stadt Magdeburg. Der Vertrag trägt das Datum des 14. September A. St.

Somit kommt nach diesen Thaten die Sache zum Abschlusse gekommen zu sein. Und doch war sie es nicht. Es fehlte noch die Obligation des Markgrafen für Schneidemühl und demgemäß dem Meeres an die Stadt, also die Vorbedingung der Auswechslung der Verträge. So stand die Sache eine Reihe von Tagen hin.

Am 12. September A. St. hatte Herr Grubbe aus dem Hauptquartiere geschrieben: er sehe nicht ab, wie der König der Sache in Magdeburg helfen wolle. Gustav Adolf jedoch fand ein Mittel. Am 16. September A. St. richtete er zwei Schreiben nach Magdeburg, das eine an Christian Wilhelm,<sup>1</sup> das andere an den Rath. Das erstere beginnt mit der Meldung, daß der König eine Persönlichkeit (Jollnberg) „mit allerhand Instructionen, auch ansehnlichen Geldmitteln nach Magdeburg abgeordnet habe.“ Dann heißt es weiter: „Was uns wider unsern verzweifelnden Willen von dem versprochenen Succurs bis anhero abgehalten, das haben wir an den Rath der Stadt Magdeburg aus leicht (zu) ermessenden Ursachen specialius gelangen lassen, freundlich bittend, Ew. Edd. wollen sich solches Schreiben sofort mittheilen lassen, und sie (den Rath), wo es räthlich, wideres Ew. Edd. mehr und wohl bekannten gegen die gemeine nothleidende evangelische Sache tragenden aufrichtigen treuen Hergens und menschenmöglichen Fleißes versichern. Ew. Edd. belagend, müssen wir Ihre neben allen edlichen Cavalieren hohen und niederen Standes rühmlich nachsagen, daß Sie nicht allein Ihre Person tapfer hazardiert, sondern auch Ihre gemennnützigen Actionen mit solcher Prudenz begleitet, daß wir sowohl als die gesammte evangelische Partei, sammt beiderseits Posterität Ew. Edd. dafür allen wirklichen Dank, daran Ew. unseres Edeltes im geringsten nicht zu zweifeln, zu ewigen Zeiten schuldig sein. Jetzt sind wir gleichsam in procinctu, im Joll-Eind und Meeres secundieren will, den Feind ansehnlich zu drohieren,

<sup>1</sup> Freytag am 3. 90. Also ein Duplicit. Abgedruckt bei Hartmannstrand 117

und seine Mühe zu sparen, wie wir eine feste sedem belli an der Elbe fürderkampff formiren und einrichten, also per obliquum, nos und per directum ex causis novis emergentibus unmöglich gefallen, durch die hülfliche Hand Gottes effectuliren möchten. Allermaßen wir dann kein Ding als die wahre Unmöglichkeit, von solchem Dessen absehen soll. Wora wir nun Ewr. Fdd. hoher Balor an Verstand, Gemüth und Conrage, die wir lieber für Gottes Ehre glorios zu sterben als mit Disreputation zu leben begehrt, genugsam wissend: so haben wir kühnlich erachtet, Derselben hertut und zugesprochen. (Wir) verlassen uns demnach zu Ewr. Fdd. gänzlich. Sie werden in Ihrem großmüthigen Christlichen Vorhaben wir einem rechten Felsen geführt, unwandelbar löblich continueliren, und uns zutruuen, daß wir an unserer koniglichen Parole mit Gott nichts manquieren lassen werden."

Dies Schreiben des Königs zeigt sich also nahe verwandt mit den Worten, welche Stallman am 1/11. August geführt hatte, dabei in besonderer Weise berechnet auf die Person Christian Wilhelms.

Das gleichzeitige Schreiben des Königs an den Rath von Magdeburg liegt nicht vor. Gurrke berichtet darüber mit den folgenden Worten<sup>1</sup>: „Der König in Schweden aber, nachdem ihm dieser Zustand (des Schwandens in Magdeburg) wissend worden, hat darauf dem Rathe gar freundlich zugesprochen und insonderheit des Entschens und Succurses halber aber die Rathen gute Vertretung gethan; auch damit unterdessen das Werk in besseren Stand köme, wollten J. M. der Stadt einen erfahrenen Cavalier senden, welcher der Stadt wohl anständig sein und den vorfallenden Mangeln Rath und Hülfe verschaffen würde" usw.

Abalsh berichtet die von Mitgliedern des alten Rathes verfaßte Relation<sup>2</sup>: „Man hat auch etwa sechs Wochen hernach (nach dem 1/11. August) ein königlich-schwedisches Schreiben an den Rath und die Gemeinde hervorgebracht, darin der König ihr Vornehmen lobt und sie vermahnt standhaft zu bleiben: er wolle bei seiner Krone die Stadt königlich aufsetzen. Darauf hat der Herr Rathgraf und Stallman auf eine Capitulation gedrungen, welche auch aufgesetzt und allseits vollzogen worden, in welcher dem Rathe güldene Berge, so nicht zu gewahren, versprochen. Und ist der Stadt, welche damals sich (hätte) löswirken können, das Geld gar über die Hörner gezogen," usw.

<sup>1</sup> Gossmann-Gurrke 48.<sup>2</sup> Relation 439.

Daß diese Ansicht richtig, ergeben die Daten. Die Entwürfe der Verträge lagen vor, desjenigen mit dem Schwedenkönige unter dem falschen Datum des 1. August, desjenigen mit Christian Wilhelm unter dem Datum des 14. September.<sup>1</sup> Aber noch fehlte die Erfüllung der Vorbedingung der Schenkungsbrief für Schneidewein. Daß Christian Wilhelm am 14. September, dem Datum jenes Vertrages, ihn nicht vollzogen haben kann, ergibt sich aus einem Schreiben, welches er am 26. September/6. October an Stallman richtete.<sup>2</sup> Dasselbe bekundet, daß er vor der von Stallman ihm zubieterten Freigebigkeit mit fremdem Eigenthume doch noch etwas zurückgekehrt hat. Das Schreiben lautet nämlich wie folgt.

„Herr Abgesandter, damit es nichts an mir ermangele, was dem gemeinen Wesen erspriesslich gereichen möchte, will ich alles eingehen, unangeesehen ich mehr zusage als ich werde halten können. Mag dennoch der Kaiser, ob er gleich mein Feind, auch darin verbleiben. Wer weiß, wie lange es währt. Mag dennoch nur ins Kleine gebracht werden, will ich es vollziehen.“

Es handelt sich also um diese Schenkungsurkunde des Markgrafen an Schneidewein als den Knoten der Schlinge, in welche der neue Rath der anglückischen Stadt Magdeburg sich einfangen ließ. Sie lautet wie folgt.<sup>3</sup>

„Wir von S S Christian Wilhelm postulierter Administrator des Primat- und Erzbistums Magdeburg bekennen und urkunden hiermit: Als der königlichen M zu Schweden und unser unter unserem Commando bestellter Obrister über ein Regiment zu Fuß, und lieber getreuer Johann Schneidewein, wegen seines Arrestes, darn er von der Stadt Magdeburg etliche Jahre herzu enthalten, und wegen desjenigen, so er darüber verloren und (des) Schadens, so er an seiner Gesundheit, gutem Glimpf und Wätern genommen, hohen An- und Zuspruch zu und an gemeldete Stadt und Bürgerschaft zu haben verhofft, die Stadt hingegen ihm dessen nicht geständig zu sein vermeint gehabt, sondern solchen Zuspruch auf

<sup>1</sup> Bittich, Archivallische Beilagen 89\*

<sup>2</sup> Kriegsacien S. 89. Es scheint das Original zu sein.

<sup>3</sup> Aus dem Magdeburger Manus der Chronik Querles, von welcher ich eine eigene Abschrift besitze. Hoffmann hat in seinen Abdruck derselben diese Urkunde nicht mit aufgenommen. Sie ist dort S. 19 angeschlossen an die Schlussworte von S. 8. „bereuen müssen, mit den Worten. „deren copia folgt“. — Daß Hoffmann die Urkunde gekannt hat, sieht man in seinem Geschichtswerke über Magdeburg Bd. III, 89 n. 1

Particular-Personen verschreiben wollen, und sich solche Differenzen zu merklicher Hinderung und Nachtheil in den Vereinigungsgeschäften zwischen Ihrer Majestät, uns und gemainer Stadt erfrischt und gewachsen — daß wir um gemeiner Wohlfahrt willen und Ihrer M. zu sonderbaren Ehren, uns um Mittel geschlagen, und vorgebachtem Obristen Johann Schneidewitz (so') versprochen und zugesagt haben, getreue und versprechen hiermit und in Kraft dieses daß wir ihm, seinen Erben und Erbenknechten frei adeliche Ritter- und Lehngüter, oder sonstigen satthane Landgüter, so vor in Art und Natur solcher freien ritterlichen Lehen wollen, die von 40 bis 50 Rthlrn. werth seyen, ehester Gelegenheit und sobald wir dazu gelangen können, wirklich einräumen und zu Lehen auftragen und überreichen wollen. Wir thun auch Solches hiermit und in Kraft dieses also und dergestalt, daß er zu der ersten Begebenheit der gedachten Gelegenheit die wirkliche Inmiffion von uns suchen und erlangen soll und mag. Demit er auch um so viel mehr und besser contentirt werde, und sich des gedachten An- und Anspruchs gegen die Stadt und Bürgerschaft begeben möchte — ummahlen er uns hiermit himwiederum versprochen hat —: So versprechen wir ihm hiermit ferner, daß wir hochst ermedelter K. M. besten Fleißes und Vermögens ihm recommendiren und dieselbe dahin erbiten wollen, daß J. M. ihm nach königlicher Willde solcher seiner Recommendation, die Deroselben, uns und gemainer Sache er zu Dienste thut, fernere ergöhen. Jedoch wollen wir unseres Theils ihm hiermit nicht benommen noch geweigert haben, daß er dazwischen Personen, welche in seinem der Stadt gegebenen Meere ihm frei gelassen zu besprechen, nicht solle in Anspruch nehmen, und sich an ihnen nach rechtlicher Befugnis erholen mogen, alles getreulich und ohne alle Gefährung. Zu Urkund haben wir dieses eigenhändig unterschrieben und mit unserem Daum-Secret befestiget. So geschehen und gegeben in Magdeburg den 27. September 1630

(L. S.)

Christian Wilhelm -

Durch diese Schenkungsurkunde wurden die Verträge der Stadt Magdeburg mit dem Schwedenkönige und Christian Wilhelm perfect, also am 27. September (M. St.) 1630.

Wenigstens diesem Vertrage, der verstört zu werden schien durch die zwei Schreiben des Schwedenkönigs vom 16/26. September, meinten der Rath von Magdeburg und Christian Wilhelm festhalten zu müssen an der Versicherung des Schwedenkönigs, daß er sich bemühe zum Entsche

für sie herangekommen. Von dem Plane, welchen er dem Ranzler Oxenfierna mit den Worten gemeldet, daß er beabsichtige, „allda ein Dronschwert aufzurichten“, hatten sie noch wie vor keine Kunde.

Am 13. August hatten die Kurfürsten in Regensburg gemeinsam den Einbruch des Schweden in das Reich für undenkbar erklärt. Es geschah am selben Tage, an welchem der Kaiser ihnen seine Einwilligung kund gab, die Kriegesdirection zu ändern. Es handelte sich also auf dem Collegialtage zu Regensburg zunächst um die weitere Frage, in welcher Weise das geschehen sollte.

### 16. Weitere Verhandlungen des Kaisers und der katholischen Kurfürsten in Regensburg bis zur Entlassung Wallensteins.

In der Antwort vom 13. August hatte der Kaiser mit der Aufforderung ihm den General Liliß zu überlassen, den Kurfürsten seine Willigkeit angedeutet, eine Änderung im Kriegswesen vorzunehmen.<sup>1</sup> Am nächsten Tage, 14. August, sprach er ihnen offen aus, Wallenstein entlassen zu wollen, fragte jedoch zugleich sie über den Modus der Entlassung. Sie erwiderten am nächsten Tage: der Kaiser habe das Recht, ihn in Gnaden zu entlassen, zumal da er ja fast alljährlich um seine Dimission gebeten.

Diese letztere Ansicht der Kurfürsten dürfte thatsächlich nicht richtig sein. Ein directes Geheiß an den Kaiser um seine Entlassung hatte Wallenstein überhaupt niemals gestellt, sondern nur durch dritte Personen, namentlich seinen Schwiegervater Harrach, im Jahre 1626 zu wiederholten Malen den Hinweis auf seine Entlassung als Druckmittel für seine Wünsche geltend gemacht. Nach seiner Einigung mit dem Fürsten Eggenberg zu Brud an der Leitha, im November 1626, durch welche er völlig freie Hand erhielt, liegt ein solcher Hinweis nicht mehr vor.

In Betreff des Modus schlugen die Kurfürsten vor, daß in diesem Falle durch dritte Personen dem General angedeutet werde: er selber möge sein Amt aufkündigen, weil bei dem Zustande des Reiches der Kaiser beschloßen habe, das Generalat in anderer Weise zu bestellen. — Sie fügten weiter hinzu: „Damit aber dem Generale auch die Mittel genommen werden, sich etwa an denen zu rächen, die er an seiner Entlassung schuldig zu sein vermuteinen möchte: so wird es die höchste Nothdurft

<sup>1</sup> Reichstagsacten 1630.

sein, daß sobald ihm die Intention Sev. R. R. bekannt gemacht, ihm zugleich auch das Commando genommen werde. Darum bitten die Kurfürsten ganz unterthänig." — Endlich schlugen sie den Kurfürsten Maximilian zum Haupt des kaiserlichen Kriegsraths vor.

Das Gutachten<sup>1</sup> der kaiserlichen Räthe, vom 17. August, ging auf den ersten Vorschlag ein, vertraute Personen an den General abzusenden. Diese hätten ihm vorzustellen, mit welchem invidiösen Eifer das gesammte kurfürstliche Collegium auf seine Entlassung dringe, und daß der Kaiser bei dem jetzigen Gefahren sich von den Kurfürsten nicht absondern könne. Zudem bähete der Kaiser von dem General die gütwillige Resignation erwarte, hätten die Abgeordneten von ihm auch die Mittel zu vernehmen, die er für seine Sicherheit und Reputation vorzuschlagen habe. — Als geeignete vertraute Personen benannte das Gutachten zwei notorische Anhänger Wallenstein, Werdenberg und Cursienberg.

Dagegen genügen dem Gutachten der kaiserlichen Räthe nicht die anderen Vorschläge der Kurfürsten. Auch von daher ist bestimmter anzugeben: „wie die Veränderung mit Stumpf und ohne Verkleinerung in Betreff der Sicherheit und der Reputation des Generals vorgenommen werden möge" — Der Kaiser eignete sich das Gutachten an. Einstweilen wurden Werdenberg und Cursienberg nicht abgeschickt.

Die Antwort der kurfürstlichen Räthe lautete nicht eingehend. Der General, sagten sie, stehe unter dem Schutze des Kaisers, den die Kurfürsten nicht tranken würden. Was die Reputation betreffe, so sei er von dem Kaiser mit hohen Würden, mit Rand dergestalt bedacht, daß er wohl zufrieden sein könne.

Wichtiger war der positive Vorschlag der Kurfürsten, vom 15. August, das Commando des kaiserlichen Heeres dem Kurfürsten von Bayern zu übertragen. Gleich die erste Antwort der Kurfürsten auf das Verlangen des Kaisers, ihm Tilly zu überlassen, hatte zur Bedingung und gegeben, daß die Liga ihr eigenes Heer behalten wollte. Der Vorschlag also vom 15. August konnte nur unter dieser Bedingung aufgesetzt werden. In der Beratung der kaiserlichen Räthe am 17. August ward geltend gemacht, daß man des ungeachteter Tilly sofort entlassen könne, bevor der Schwede weitere Fortschritte mache. Andere hielten dies für noch nicht so dringend, daß nicht die Klarstellung der Kriegsdirection vorhergehen müsse. In der Hauptsache waren die Räthe sammtlich einig darin, daß

<sup>1</sup> Bgl. Gertz, Wallenstein 279. Gutsch, Wallstein II, 204.

„ohne merkliche Diffidenz, sowohl des Kurfürsten Maximilian, als der anderen katholischen Stände, aus welcher ein gänzlicher Bruch zu erwarten, der Kaiser sich dem Vorschlage der Kurfürsten nicht werde anschließen können“. „Also ist vornehmlich zu gedenken, wie dennoch bei solcher Bekathung Ew. R. M. sich sowohl der Succession am Ruche, als auch daß das summum arduum armorum und die Kriegsdirection bei Derselben verbleiben möge, gemüßsam versichern können.“ Das Ausschreiben schließt dahin: der Kaiser möge, mit solcher Anerkennung der Qualitäten des Kurfürsten von Bayern, antworten, daß er den Vorschlag vom 15. August nicht ungern vernommen, auch nicht zweifle, daß die Ausführung desselben zur Vermehrung der kaiserlichen Macht und Hohen, wie auch des Reiches Ruh und Frommen gereichen werde. Jedoch bitte der Kaiser, daß von beiden Seiten einige Räte deputirt werden, um in einer Conferenz die wichtigsten Punkte festzustellen.

Von kaiserlicher Seite stellte der Reichsvicekanzler Stralendorf die Gründe wider und für den Kurfürsten von Bayern überichtlich zusammen, am 22. August.<sup>1</sup> Darnach spricht zuerst der politische Grundsatz. Niemanden in einen solchen Stand zu setzen, daß man von seiner Discretion abhänge. Denn in den Waffen beruhe die Macht eines jeden Reiches, ohne welche dieses selbst ein bloßer Name. Die Waffen könnten ferner die Umlagenheit bieten, dem eigenen Hause die Succession am Ruche zumpenden. Endlich auch hänge an dieser Frage die Autorität des Kaisers, weil es den Schein gewinnen könne, als habe der Kaiser nicht aus freiem Entschlusse gehandelt, sondern gedrängt von den Kurfürsten.

Folgericht mußten diese Gründe zur Vernennung führen. Aber die Vernennung, frey es dagegen, könne den Bruch noch sich ziehen. Es folgten also die Gründe für den Kurfürsten. Er ist katholisch. Er steht bei der Mehrzahl der Reichsstände in gutem Ansehen und Vertrauen. Er ist im Kriegswesen wohl erfahren. Er hat sich dem Kaiser durch die That treu bewiesen, hat persönlich Gut und Blut für den Kaiser gewagt. Er ist dem Kaiser nahe verwandt, ehrt und respectirt ihn hoch. Er ist in jüngeren Jahren auf die Forderung des Angebotes der römischen Kaiserkrone nahe angekommen. Er als nächster Nachbar der kaiserlichen Erbländer gereicht zum Schutze derselben. Er steht in besonders gutem Vernehmen mit dem Kurfürsten von Sachsen. Er als Oberfeldherr wird die beiden Armeen bei allen Begehrndeten vereinen, und dadurch die

<sup>1</sup> Vgl. Gatter, Wallenstein 288.

Macht des Kaisers desto größer machen. Die Kurfürsten meinten den schwedischen Einbruch der Herausforderung Wallensteins bei. Der Schwedenkönig, meinen sie, habe das Wagnis unternommen in der Voraussetzung, daß das Reich sich des Krieges wenig annehmen werde. Sehe er aber einen solchen Feldhauptmann mit der Autorität des ganzen Reiches ihm gegenüber, so dürfte er wohl zur Bestimmung kommen und um Frieden bitten.

Die Conferenzen der beiderseitigen Mächte begannen. Vom Anfang an traten zwei Differenzpunkte in den Vordergrund. Die kaiserlichen Mächte drangen auf die Bemannung beider Armeen. Die kurfürstlichen wollten, wie es sich schon aus der ersten Antwort vom 13. August ergeben, das Heer der Liga gesondert erhalten. Sie verlangten dagegen für den Kurfürsten von Bayern als Haupt des kaiserlichen Heeres alle Befugnisse, welche Wallenstein ausübt hatte. Er habe alle höchsten Officiere ernannt, auch Feldmarschälle und Feldzeugmeister. Eben dasselbe Muth müsse auch der Kurfürst haben. Die kaiserlichen Mächte dagegen verneinten, daß die Befugnisse Wallensteins sich so weit erstreckt hätten.

Auf dem Veruche dessen bestiegte sich der Kaiser. Eine solche Uebervall, wie sie nur den Kurfürsten verlangt werde, habe Wallenstein nie beifallen. Der Kaiser wurde sie weder seinem Bruder, noch selbst dem eigenen Sohne gemäßen. Eben so ablehnend verhielt er sich gegen die andere Forderung der Liga. Zwei Körper, zwei Armeen unter einem einzigen Haupte reime sich nicht. Bei der Erörterung gerieth der Kaiser wider seine Gewohnheit in Entrüstung. „Es steht einem Zwange gleich,“ meinte er. „Im Nothfalle wird es nur an geeigneten Männern nicht fehlen.“ Doch gebot er, am 27. August, die Fortsetzung der Conferenzen.

Es liegt nahe, daß einerseits die Anhänger Wallensteins, andererseits die spanische Hofpartei diese Stimmung des Kaisers anzufachen suchten. Es findet sich gegen die Ernennung des Kurfürsten Maximilian eine Denkschrift<sup>1</sup> abgesetzt vom spanischen Standpunkte aus. Sie geht aus von der Behauptung, daß wegen der Verfassungen Spaniens für den Krieg die durchgreifenden Änderungen die Einwilligung Spaniens erforderlich sei. Sürter dann wendet sich die Schrift nicht bloß gegen den Kurfürsten von Bayern, sondern gegen die gesamte Liga. Diese, sagt sie, „wolle dem Reiche alle Macht und Freie gänzlich ausaugen, um ihren Director gewaltig zu machen“. Der Kaiser dagegen habe keinen anderen Feind, weder Frankreich, noch England, noch die Generalligaen, „so sehr

<sup>1</sup> Abgedruckt im Theatrum E. II, 200.



zu fürchten wie den Schweden, welchen es endlich nicht zu schwer sein würde, die Stände des Reiches zu übermäßigem Eande und Devotion zu bewegen, wie er dem größeren Theil der Städte in Polen gleichfalls sich verpflichtet habe“.

Damals als diese Worte geschrieben wurden, vor dem Ende des Monats August, hatte sich, außer dem übertrumpften und beschönten Rathe von Magdeburg, weder eine Stadt noch ein Reichsstand freiwillig mit dem Schwedenkönige eingelassen. Die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg hatten mit den andern, am 18. August, den Einbruch des Schweden für underechtigt erklärt. Der Erste, der ähnlich wie der Rath von Magdeburg, in der Hoffnung auf Hilfe an seinen Nachbarn, freiwillig mit dem Schweden anspann, der Landgraf Wilhelm von Hessen-Cassel, war erst auf dem Wege. Dennoch meinten in Regensburg ähnlich wie der spanische Gesandte auch Andere,<sup>1</sup> daß der Schwedenkönig als ein Fürst von geringer Macht nicht aus sich selber eine solche Kriegslast auf sich genommen haben könne, sondern in der Zuversicht auf den Beistand protestantischer Fürsten, welche unzufrieden mit dem Stande der Dinge im Reiche nach Änderung begierig wären, oder auch mit der Hilfe des Geldes fremder Mächte.

Beide Ansichten wurden in der Umgebung des Kaisers getheilt. Seine Räte traten daher, am 4. September, den kurfürstlichen gegenüber mit dem bestimmten Vorschlage, daß aus den zwei Armeen Eine gebildet werden müsse.<sup>2</sup> Denn die Dinge im Reiche seien nun in einem andern Stande als damals, wo auf die Union die Liga folgte, und die kaiserlichen Waffen daheim beschäftigt waren. Jetzt sei auf Bereinigung zu denken.

„Es ist dabei wohl in Betracht zu ziehen und die nicht unzeitige Besorgnis auszusprechen, daß nicht auch die nicht-katholischen Fürsten und Stände, wenn sie sehen, daß auch fortan unter dem Namen der katholischen Liga ein solches Heer geführt wird, auch darauf denken möchten, wie sie, zumal bei jegiger Occasion, wo sie sich von auswärtigen Potentaten mächtiger Hilfe und Assistenz zu versehen und sich gar wohl einen starken Rücken zu machen getrauen, zu einer neuen Union schreiten können. Oder, wenn sie auch nicht unter dem Vorwande der Religion eine solche Union zu Werke richten, dürften sie doch unter dem Schutze ihrer eigenen Sicherheit sich leicht in eine gefährliche und weit aussehende

<sup>1</sup> Historie in Folio III, 626.

<sup>2</sup> Reichsreglement von 1630.

Strenge-Vermahnung einlassen. Dohingegen wird, wenn die Bundesformda, mit der kaiserlichen Verbindung, Ihrer K. M. als dem höchsten Haupte untersteht, dadurch jeder Anlaß zu besonderen Vereinigungen hinweggenommen. Dazu werden diejenigen, die etwa auf solche Entwürfe ausgehen, nicht erachten können, daß J. K. M. es ihnen nicht verstaten wird.“

Damit ferner aller Reid und alle Eifersucht vermieden werde, schlugen die kaiserlichen Ränke die Gleichheit in der Bezahlung und in den Winterquartieren vor. — Sie schlossen mit den Worten. „Bei den Augsburgischen-Confessions-Bernardten wird die Eign des Verdachtet, als wolle sie in Religionsachen zugleich Partei und Executor sein, völlig erledigt, wenn J. K. M. im Reiche allein die Waffen führen. Denn es gebührt Ihrer M. als dem römischen Kaiser, das Reich in Sicherheit zu erhalten und einem Jedem zu seinem Rechte zu helfen.“

Es waren wahrhaft kaiserliche Worte, entstammend dem Bewußtsein des Rechtes und der Pflicht des Oberhauptes, und nicht minder gerechtfertigt durch die positiven Bestimmungen der Reichsverfassung. Das jus armorum im Reiche stand dem Kaiser zu, den Ständen des Reiches nur mit seiner Bewilligung.

Allein diesen kaiserlichen Worten waren der Zeit nach vorausgegangen die fünf Jahre Wallensteinischer Herrschaft, oder genauer der Ausbeutung des kaiserlichen jus armorum im Interesse weniger des Kaisers als Wallensteins. Es ist gesagt worden, daß Wallenstein dem Kaiser zum absoluten Herrn des Reiches gemacht habe oder habe machen wollen. Eine lange Reihe von Thatfachen hat uns dargethan, wie wenig der Kaiser mit Befehlen oder auch mit Bitten über Wallenstein vermochte, wenn der Befehl oder die Bitte den Vermuthungen, das heißt dem Interesse, Wallensteins nicht entsprach. Das folgenreichste Unternehmen, die Belagerung von Stralsund, hatte Wallenstein begonnen ohne die Zustimmung des Kaisers und wider dieselbe fortgesetzt. Dagegen war es dem Kaiser niemals zur völligen Klarheit gekommen, daß, so gerecht und gütig er aus sich selber zu sein strebte, das Thun Wallensteins gänzlich auf ihn, den Kaiser, in dessen Namen jener handelte. Die Götter und die Herrschsucht Wallensteins und seiner Obersten, denen er das Meiste war, hatte die Herzen der Völker dem Kaiser entfremdet, diejenigen der Fürsten mit Mißtrauen erfüllt. Und durch diesen Mißbrauch des höchsten Regales, des jus armorum, hatte Wallenstein es ihm that-

schlich verfertigt. Indem der Kaiser im Interesse der Gesamtheit es zuruckforderte, ward ihm die Forderung nicht zugestanden, und zwar nicht von der Liga.

Auf jenem ersten Punkt, die Hesorgnis des Kaisers vor der Auflösung einer neuen Union, erwiderte<sup>1</sup> die Liga, am 10. September, „Eine dergleichen neue Union oder Kriegsverfassung ist vielmehr zu besorgen, wenn die kaiserliche Liga und deren Armada dissolvirt sein würde. Denn die Katholiken würden sich alsdann die Hoffnung machen, daß, wenn sie bei dem Unterhalte der kaiserlichen Armada nur nicht mit concurrirten, dann dieselbe nicht lange bestehen, sondern bald in eine Confusion und Putrefaction, oder gangliche Dissolution gerathen und ihnen in ihrer vorhabenden neuen Union und Kriegsverfassung wenig Hinderung thun werde.“ „Man hat auch bisher bemerkt und dessen gute Nachricht, daß die Schwedischen, sowohl innerhalb als außerhalb des Reichs, jederzeit auf diese Armada wegen ihrer vielköpfigen ansehnlichen Victorien ein sonderbares Auge geworfen, und vor derselben sich gefürchtet haben. Würden sie den Bund und dessen Kriegsverfassung zertrümmert sehen, so würde die Furcht bei ihnen erlöschen, und dies würde zu allerhand neuen Practiken und Aufschlägen Anlaß geben.“

Aber der Kaiser hatte sich auf sein höchstes Regel des *per armum* betruhen. Die Liga jurirte es nicht an. Dennoch fand sie für sich einen Ausweg. „Das Bundesheer,“ sagte sie, „hat den Namen einer kaiserlichen Armada mit allergnädigstem Vorwissen und Willen geführt, ist von Ihrer K. M. selbst in Schreiben und Commissionen autorisirt, und alle vorgekommenen Impreien sind aus Ihrer K. M. besondern der Rurf. Dt. in Bayern als Bundesobersten ertheilten Befehlen und Commissionen ins Werk gestellt.“

Inzwischen häuften sich die Nachrichten von den Fortschritten des Schweden. Der Kaiser, in dem Glauben den Bedingungen der Rurfürsten auf seinen Vorschlag vom 13. August, dem General Zilly des Commando auch seines Heeres zu übergeben, durch keine Zuversicht genug geübt zu haben, stellte am 14. die Aufforderung, im Anfange September, nämlich den General, der in Regensburg weilte, zum Heere zu entsenden. Die Rurfürsten willfahrten nicht. Die Aenderung in der Kriegsdirection, sagten sie, sei noch nicht eingetreten. Wallenstein war also noch nicht bestimmt und öffentlich entsandt. Darauf ließ der Kaiser

<sup>1</sup> 3. u. L.

erinnern, am 10. September: „Die HH. Kurfürsten werden sich noch gutermahen erinnern, wiehergestalt J. R. M. auf dertelben insändigen Begheeren und Ansuchen solcher Veränderung halber sich nicht allein in Gnaden dertins rejdert, sondern es sind Dertelben auch im Werle, allen hohen Befehlshabern, welche unter des vorigen Generals Commando gewesen, nicht allein die vorgeschommene Veränderung hand zu thun, sondern auch die weiteren gemessenen Befehle zu geben.“

Weiter erheben die Kurfürsten den Einwand: Tilly werde sich zu der Entsendung nicht versiehn, bevor das Kriegswesen neu geregelt sein werde. In diesem Zwecke müsse er selber anwesend bleiben. Der Kaiser ließ antworten: zu den angetragten Conferenzen über das Kriegswesen bedürft es der Zeit. „Unverdessen, wo der General hert dergleichen Deliberationen abwarten soll, macht der Feind Fortschritte, nimmt Pläze ein, die hernach in vielen Jahren nicht zu recuperieren. Wir bezagen J. R. M. in Tillys Person nicht weniger a. s. die HH. Kurfürsten selber ihr Vertrauen legen, so zweifeln sie auch nicht, er werde sich nicht weigern, sondern aus Muth und seines mannglich bekanten herrschen Gemüthes, seines zu J. R. M. und dem gemeinen luthelichen Wesen tragenden rathschaffenen Eifers, seiner Treue und Devotion im Dienste für Gott, J. R. M. und die heilige Kirche, weder durch sein hohes Alter, noch durch eine andere Ursache, sondern allein Gottes Gewalt sich abhalten lassen.“

Die Conferenzen, sagt weiter die Antwort, können auch ohne Dertem Tillys statt finden. Er könne seine Bedenten schriftlich geben — Während der Abfassung des Schriftstückes kam die Nachricht ein, daß die Schweden, am 17./27. August, auch das Schloß Wolgast genommen. Die Worte Gustav Adolfs in Anlaß dessen über seine Stellung in Deutschland, mit besonderer Beziehung auf „die herrliche Occasion von Magdeburg“ haben uns gezeigt, wie sicher er sich dertins fühlte. Diesen Hoffnungen entsprachen die Besorgnisse des Kaisers. Das Schriftstück schließt mit der Mahnung: „Mögen die HH. Kurfürsten ihre Bedenten aufgeben! Mögen sie ohne Verzug Tilly entsenden! Sollte aber die Sache länger anstehen und Schaden erfolgen, so wollen J. R. M. verhoffen, daß Sie an ihrem hohen Amte daran nicht schuldig, sondern vor Gott und der Welt ansehn, auch inskünftig bei der werthen Posteriorität dertwegen entschuldigt sein werden.“

Die Kurfürsten gaben dem General Tilly nicht den vom Kaiser gewünschten Befehl.

An den Kaiser dagegen trat man die Nothwendigkeit heran, die längst beschlossene Entlassung der Räte Werdenberg und Cuestenberg an Wallenstein ins Werk zu setzen. Nach einer Nachricht hat Wallenstein, noch im August, versucht,<sup>1</sup> die Entlassung abzuwenden durch den Hinweis auf die starken Rückschläge für sein Heer, so wie auf seine „getruuesten und erspreichlichsten Dienste die wohl einer ausserordentlichen Recompense würdig“ -- Jedenfalls ist nicht zu bezweifeln, daß, wo er an kaiserlichen Hofe eine nicht geringe Zahl von Anhängern in hoher Stellung besaß, er über die Vorgänge in Regensburg, die man bereits zwei Monate hindurch sich hinzogen, genau unterrichtet war. Seinem Hange zur Astrologie gemäß suchte er jedoch die endliche Entscheidung in den Sternen zu lesen. Wie er für seine Meditationen jederzeit rüst um sich her die tiefste Stille forderete, so wird berichtet, daß er sich in Wemmungen gestört fand durch das Schlagen der Thurmuhr. Sie mußte still gestellt werden.

Die kaiserlichen Räte hatten für die Rissen an Wallenstein die Persönlichkeiten Werdenberg und Cuestenberg vorgeschlagen, „als die er wohl inden nöthen“.<sup>2</sup> Sie waren dazu ausgeschickt „mit allen glimpflichen Motiven“ Dennoch, „weil sie seinen Humor und Ratereiß kannten, besorgten sie ein schlechtes Auge“. Die Beforgnis ging nicht in Erfüllung. Nach ihrer Ankunft „sind sie vom Herzoge ansehnlich und hochtrachtet und höflich gehalten worden Als sie ihr Audringen mit dem besten moda, so sie erdenken können, thun wollen, ist er ihnen in die Rede gefallen -- weil er die kaiserliche Resolution vom Grafen Max von Wallenstein schon erfahren gehabt -- (hat) eine lateinische Schrift, darin seine, des Kaisers und des Kurfürsten von Bayern Naturalitäten geschrieben gestanden, von der Tafel genommen und selbst abgelesen, mit Vermelden. Ihr Herren, aus den Astris könnt Ihr selbst sagen, daß ich Euer Commission getruußt, und daß des Kurfürsten von Bayern spiritus denjenigen des Kaisers dominiert, daher kann ich dem Kaiser keine Schuld geben. Behe hat es mir, daß Ihre R. sich neuer so wenig angenommen, aber ich will Gehorsam leisten“

Diese Worte Wallensteins, welche seine Entlassung als einen Erfolg der persönlichen Feindschaft des Kurfürsten von Bayern gegen ihn darzustellen trachten, entsprechen nicht dem Schoorhalte. Nicht der Kurfürst von Bayern allein hat die Entlassung Wallensteins verlangt, sondern

<sup>1</sup> Bericht Schellers bei Stindely, Wallstein II, 204.

<sup>2</sup> Über ihren Verlauf haben wir nur den Bericht bei Schroeder XI, 1133.

eifriger vielleicht noch derjenige von Mainz, in der That aber alle vier katholische Kurfürsten.

Wie Werdenberg und Questenberg nicht ohne Bangen sich ihrer Aufgabe unterzogen hatten: so waren auch Andere auf ein weniger willfähriges Verhalten Wallensteins gefaßt gewesen. Dem scharf beobachtenden Zeitgenosse, Forstner, sagt<sup>1</sup>: „Daß der Kaiser sich den Kurfürsten, und Wallenstein sich dem Kaiser fügte, erschien einem Wunder gleich“.

Wallenstein schickte sich in die Zeit. Er entließ die Abgeordneten, die ihm die unangenehme Botschaft gebracht, mit überaus reichen Geschenken. In einem Schreiben<sup>2</sup> an den Kaiser sprach er seinen Dank aus, daß der Kaiser die Armeen ihm anvertraut. „Und obwohl zu Ihrer M. er sich unterthänigst verleben, es würde ihm solche verbleiben, wolle er doch auf dies andere Begehren Ihrer M. von dem Generalat abtreten.“ Weiter bat er, der Kaiser wolle ihn bei dem ihm für seine getreuen Dienste verheißenen Würden schützen, auch seinen Widersärtigen kein Gehör geben.

Auf dem Bericht der beiden Abgesandten erwiederten<sup>3</sup> die Kurfürsten dem Kaiser: daß Wallenstein auf den Wunsch des Kaisers sein Amt niedergelegt, sei wohlgethan und vernünftig. Die Güter, die er in den Erblanden des Kaisers besitze, möge immerhin der Kaiser ihm belassen; aber der Reichsglieder und des Fürstenthumes Medlenburg hätten die Kurfürsten sich anzunehmen. Wenn die Herzöge nicht der Reichsverfassung gemäß des Hochverrathes schuldig erfinden würden: so konnte Medlenburg dem Wallenstein nicht verbleiben. Wenn Wallenstein die Kurfürsten für seine Feinde, für seine Ankläger bei dem Kaiser halte: so leugneten sie das nicht. Sie begehrt vielmehr ihn als einen Bedrücker der Reichsfürsten dahin anzuhalten, daß er alles was er von ihren Unterthanen erkaufte, von den Gliedern des Reiches erlangt, wieder zurückgäbe und gutmachte.

Wenige Tage hernach brach Wallenstein von Remmingen auf. Sein Gefolge war wieder glänzend als auf der Hinfahrt im Mai. Damals war er in Nürnberg eingetroffen mit einem Gefolge von 150 Edelknechten, darunter 6 Personen fürstlicher Geburt, in Allem mit 700 Pferden.<sup>4</sup> Sein Comitatus im September zählte 100 Pferde.<sup>5</sup> Wie das

<sup>1</sup> Reven III 626.    <sup>2</sup> Ehrenpöller XI, 1134.

<sup>3</sup> H. a. O.    <sup>4</sup> Mart 35.    <sup>5</sup> H. a. O. 37.

erste Mal, so präsentierte ihm auch das zweite Mal der Rath von Nürnberg das übliche fürstliche Geschenk. Der Zug ging nach den Wäldern in Böhmen.

Am Zeitgenosse berichtet<sup>1</sup>. Gustav Adolf habe sich über die Kunde der Entlassung Wallensteins zum höchsten erfreut. Er habe ihm durch die Vermittelung des alten böhmischen Rebellen, Heinrich Matthias Grafen von Thurn, sein Bedauern aussprechen lassen, daß der Kaiser die treuen Dienste, die ansehnlichen Siege, die Auflegung von Gut und Blut für Scepter und Krone mit Undank vergelte. Das zu ertragen, sei einem tapferen Feldern unmöglich. Er, der König, erbitterte sich, wo er Wallenstein Lobs und Gutes erweisen könne, bei aller Gelegenheit dazu willig zu sein. — Über eine solche Verbindung damals liegt nur diese eine Angabe vor. Thatsache jedoch ist, daß im nächsten Jahre Thurn den Mittelsmann zwischen Wallenstein und Gustav Adolf machte.

### 17. Uebermalt die reichsrechtliche Frage des *jus mutuum*.

Durch die Entlassung Wallsteins hatte der Kaiser dem Verlangen der vier katholischen Kurfürsten nicht bloß mehr in Worten, sondern auch mit der That mitgesprochen. Er kam daher auf seine Forderung vom 10. September zurück: diejenige eines einheitlichen Kriegsheeres des Reiches unter ihm als Kriegsherrn. Der Kaiser hielt es um so mehr an der Zeit diese Forderung geltend zu machen, weil inzwischen von dem Kurfürsten von Sachsen her eine Rundgebung eingelaufen war, die gerade in dieser Richtung Bedenken erregen konnte. Wir haben deshalb einen Blick zurückzuwerfen auf das bisherige Verhalten der zwei Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg.

Weder der Eine, noch der Andere hatte eine Neigung zu dem Schwedenzuge. Die hochfahrenden Neben Gustav Adolfs zu dem brandenburgischen Gesandten Walmerdorf, welche Georg Wilhelm nach Dresden hin enthielt,<sup>2</sup> konnten darin kaum eine Änderung hervorbringen. Johann Georg machte überhaupt aus seinem Mißtrauen gegen den Schweden kein Hehl.<sup>3</sup> Auch wußte man im Lager desselben, wie es um diese Kurfürsten stand. Von dort aus vernahm man, vom 2/12 August, die Meldung: „Der Kurfürst von Brandenburg will gut kaiserlich bleiben. Sachsen hält nach alter Gewohnheit stille“.

<sup>1</sup> Herkenstier XI, 1136.

<sup>2</sup> Heßig, Sagen II, 12.

<sup>3</sup> Hittsch, Brandenburg 317.

<sup>4</sup> Arkiv I, 706.

In denselben Tagen berief Georg Wilhelm einige angesehenere Personen seiner Landstände.<sup>1</sup> Ihre Meinungen auszusprechen denjenigen des Kurfürsten. Er möge sagen sie, sich nicht in Vermuthung einlassen, weder mit dem Kaiser, noch mit dem Schweden, sich des Krieges weder offensiv noch defensiv theilhaftig machen, unmittelbar mit Kurland in guten Vernehmen bleiben und dort den Scrupel beseitigen, als ob man mit Schweden communicire.<sup>2</sup> Fürst und Stände waren also einig über eine Politik der Neutralität, welche zu allen Zeiten denjenigen, der sie befolgt, zur Deute des Stärkeren gemacht hat.

Es muß jedoch mit Nachdruck hervorgehoben werden, daß weder die deutschen Fürsten noch ihre Stände von den weitgreifenden Entwürfen des Schwedenkönigs eine Kunde hatten. Der Nachwelt liegen seine Reden vom November 1628 im Schloß zu Upsala vor: von den inhaltsvollen Worten, die er dort im Hochgefühl seiner persönlichen Überlegenheit gesprochen: *Si rex victor, praeda erunt* — hatten Johann Georg und Georg Wilhelm keine Kenntnis.

Das Bestreben der zwei Kurfürsten von Sachsen und von Brandenburg war ungescheitelt dahin gerichtet, ohne Krieg und ohne jegliche Verwicklung nach der einen oder der anderen Seite friedlich abzumachen. Die Kaiserin Adolt, so suchte auch Wilhelm auf sie einzurufen. Der Gesandte Charnace schlug ihnen vor zu waffnen,<sup>3</sup> zum Schein zur Abwehr gegen den Schweden, in der Wirklichkeit, um den Kaiser zu bedrohen. Sie lehnten ab. Charnace machte den weiteren Versuch, sie mit der Liga gegen den Kaiser zu einigen. Er meinte: Georg Wilhelm sei nicht abgeneigt gewesen, schwieriger jedoch Johann Georg, der lieber nur mit nicht-katholischen Fürsten gehen wolle. So die Berichte des Franzosen.

Gemäß der Verabredung von Kunsaburg hatten die zwei Kurfürsten den Collegialtag von Regensburg durch ihre Gesandten besucht. Die Instruktionen derselben waren eng bemessen. Georg Wilhelm legte den Seinigen auf:<sup>4</sup> „Sollten andere Gesandten vermuten, daß die katholischen Kurfürsten auf die Abschaffung des Herzogs von Friedland zielen und die Direction des Krieges an sich bringen wollen, so sollen sie sich dessen nicht theilhaftig machen“ usw. — Die Verwandten Johann Georgs waren angewiesen zu verlangen, daß nicht auf einem Collegialtage, sondern nur

<sup>1</sup> J. G. Dreyer II, 89. Vgl. Gaye 150.

<sup>2</sup> Mémoires de Richelieu VI, 422. Vgl. Gaye 148 u. f.

<sup>3</sup> Instruktion bei Gudeb. II, 200.



auf einem Reichstage im Beisein aller Stände des Kriegswesen geordnet werden dürfe.<sup>1</sup> Johann Georg erzwog also nicht, daß, wie er selber sich weigerte zu einem Collegialtage zu kommen, um die Verantwortlichkeit eines Reichstages bei der allgemeinen Kriegesnoth noch weniger zu denken war. Micheliu laßt das Verhalten der zwei Kurfürsten in die Worte:<sup>2</sup> „Sie verlangten allgemeine Entwaffnung, sowohl Tillys als Wallensteins“.

Im Laufe des Monats August traten die zwei Kurfürsten abermals zusammen, in Jabeltig, wie es heißt auf Betrieb des Hans Georg von Arnim.<sup>3</sup> Indem man weder von der einen Seite noch der anderen ein bestimmtes Ziel vor Augen hatte, so schied man, wie man gekommen war.

Ähnlich stand es mit den Gesandten in Regensburg. Indem sie gehemmt durch ihre Instructionen, sich an den Beschlüssen der Mehrheit der Kurfürsten nicht betheiligten, kam es dahin, daß die Mehrheit vorging auch ohne sie, und sie nur noch Zeugen und Berichterstatter dessen waren, was fast ohne ihr Zutun geschah.

Nur an Einem sehr wichtigen Acte theiligten sich im Namen der zwei Kurfürsten ihre Gesandten mit. Das Schreiben vom 13. August, in welchem das kurfürstliche Collegium dem Schwedenkönige ausspricht:<sup>4</sup> „Nachdem wir die ganze Sache fleißig betrachtet und erwogen, halten wir nicht dafür, daß Dero K. M. Würde einige Ursache habe, um welcher willen sich Dieselbe dem H. R. Reiche feindselig entgegen setzen könnte“ — ist ausgestattet mit den Namen sämtlicher Kurfürsten.

Folgerecht durfte der Kaiser annehmen, daß die zwei Kurfürsten auch in der Abwehr des Schweden mit ihm einverstanden sein würden. Er ließ an sie die Meldung ergehen, daß seine Kriegesmacht zur Vertheidigung des Reiches Obersachsen ausreiche und daß er daher von den zwei Kurfürsten desselben nur Proviant und Munition begehre.

Es ist merkwürdig, daß dies kaiserliche Begehren, welches sich wie von selbst zu verstehen scheint, für Johann Georg den Anstoß zu einer im Beginne freilich noch geringen Wendung gab. Vom Erlasse des Restitutions-Edictes an hatten einige Reichsfürsten, die durch dasselbe in ihrem Besitze schwer getroffen wurden, namentlich Julius Friedrich von Württemberg, den Kurfürsten aufgefordert, als das Haupt der protes-

<sup>1</sup> Heym 71 und dessen.

<sup>2</sup> Mémoires VI, 266.

<sup>3</sup> Selbst. Urtheil II, 24.

<sup>4</sup> Rönners IV, 78.

ständigen Reichsstände einen Convent berufen zu beraten. Johann Georg hatte abgelehnt. Damals herrschte, wenigstens innerhalb des Reichs, der Friede. Nun war auf dem Reichs Boden ein fremder König stand, dem Johann Georg selber so eben noch jegliches Recht zu diesem feindlichen Vorgehen gegen das Reich abgesprochen, weigerte er sich dem Gedanken eines solchen Conventes zu. Seine Antwort, <sup>1</sup> vom 24. August/3. September, kündigt dem Kaiser die Absicht der Berufung an. Das Schreiben ist eine sonderbare Mischung von Coposition und Devotion. Auf jene Anforderung des Kaisers gibt Johann Georg die Antwort: „Was meine Person anbelangt, bin zu Euer K. M. ich allerunterthänigst versichert, Sie werden von mir auf solche Maß, wie bisher mit einem Theile der Kurfürsten und Stände des Reichs *exemplo pane inaudito* geschehen, zu diesem oder andern Kriege Geld, Proviant und Munition zu fordern, oder meine getreue Lande mit Einquartierung zu besetzen, gar nicht gemeint sein.“ Das Schreiben führt eine lange Reihe von Gründen auf, warum Johann Georg das nicht glauben könne.

Weiter lobt Johann Georg seine dem Kaiser bewiesene Treue. Er gibt die Versicherung: „Ich will in solcher aufrichtigen Treue gegen E. K. M. und das H. R. Reich bis in meine Grube unaussprechlich verharren.“ Es folgen die wunderbaren Worte: „Dancken aber auch dem allgewaltigen Gott geben, was ihm gebührt.“ Dann erst kommt der Cardinalpunct des Schreibens. Johann Georg versichert, daß die (durch das Restitutions-Edict) beschwerten Reichsstände ihn unaufhörlich seines kaiserlichen Wortes erinnern. „So bin ich endlich bedacht nach Anleitung des Gemais meiner Vorfahren, auch mit denselben förderlichst an einen bequemen Ort zu verfügen, und in der Furcht und dem Namen Gottes über diesen schweren Punkt christliche und friedfertige Consultation zu halten, wie hoch, weil das außer keine mildere Wege eingebracht werden wollen, der äußerste Noth des geliebten Vaterlandes deutscher Nation zu verhüten, und mit unverlegtem Gewissen, Ehre und Namen es also anzugreifen und sich zu bezeigen, daß es gegen Gott, seine betrubete nachlassende Kirche und die werthe Posterität, auch gegen Ew. K. M. als das höchst geachtete Oberhaupt sicherlich zu beantworten sein moge.“

Es ist möglich, daß es dem Kurfürsten Johann Georg und den Seinen gelang, mit dem Bewußtse solche Worte sich über das eigentliche Verhältniß ihres Thuns selber zu täuschen. Dieses betraf nicht die Kirche

<sup>1</sup> H. a. D. 80.

Gottes, sondern Besitz und Herrschaft der Menschen. Johann Georg erstreckte für seinen Sohn August das Erzstift Magdeburg, welches nach den Grichen der Kirche und des Reiches dem Prinzen nicht zukam. Die Andern, welche Johann Georg um sich zu sammeln gedachte, wollten die Kirchengüter behalten, welche sie oder ihre Vorfahren unerrichtlich und gegen den klaren und bestimmten Wortlaut des Augsburger Religionsfriedens sich angeeignet, und deren Rückgabe neuerdings das Restitutions-Edict ihnen auferlegt hatte.

Es liegt demnach hier abermals klar vor Augen, daß das Edict als solches, das Gebot des obersten Richters im Reiche, das mit Unrecht Genommenes wieder zu geben — dies Edict, welches nicht einen bewaffneten Widerstand hervorgerufen hatte, nicht die Schuld trug an der Verlängerung des Krieges. Die Fürsten und Reichsfürsten — denn nur um diese und nicht um das Volk handelt es sich — waren, wenn auch murrend, auf dem Wege sich zu fügen. Dann kam der Schwede. Er kam nicht, um die deutschen Fürsten von dem Restitutions-Edicte zu befreien, sondern er kam gemäß dem Plane, den er bei sich mitgeführt und ausgebildet, so lange er zu denken vermochte, nämlich zu nehmen was er erröthen konnte — gemäß dem Plane, welchen er bereits vor Jahre zuvor selber bezeichnet hatte als denjenigen der Gründung eines novum Imperium. Das wollte der Kurfürst Johann Georg nicht. Aber er wußte, daß der Schwede gekommen war als der Feind des Kaisers und des Reiches, und hatte die völlerrechtliche Urkunde, die dem Schweden dies anstund, selber mit unterschrieben.

Und nun, wo dieser Feind des Kaisers und des Reiches auf dem deutschen Boden stand, thatigte Johann Georg dem Kaiser einerseits seine Weigerung an, den kaiserlichen Truppen irgendwie behülflich zu sein, andererseits einen Schritt, den er das haben zu thun nicht gewagt — die Berufung eines Conventes von Fürsten gegen das Restitutions-Edict, eines Conventes also, dessen Consequenzen nicht zu Gunsten des Kaisers als des obersten Richters im Reiche ausfallen konnten. Johann Georg wollte nicht sich mit dem Schweden gegen den Kaiser verbinden. Aber in seinem Schreiten finden sich die Worte: „Die Ursachen, warum die L. Würde von Schweden diese Expedition unternommen, sind mir unbekant usw.; vielleicht jedoch mag den König und andere Nachbarn der unerhörte conturbirte Zustand des Reiches, und daß die deutsche Freiheit, ungeachtet aller so oft verculirten Belege, also bedrückt, nicht wenig dazu mit bewegt haben.“ — In diesen Worten garst leicht

die Umdeutung auf, daß Johann Georg darauf ausgehen könne, die Anwesenheit des Schweden im Reich zu benutzen für sein eigenes Interesse. Es ist der Reim, der in der Fortentwicklung seiner Konsequenzen führte zur Vereinigung mit dem fremden Eroberer, dem declarirten Feinde des Kaisers und des Reiches.

Der Gedanke, daß es dahin kommen werde, lag sicherlich dem Kurfürsten Johann Georg persönlich im August 1630 noch fern. Er meinte ganz correct zu handeln. „Damit“, schloß er, „Gm. R. M. hierob nicht irgend andere Gedanken schöpfen, so habe Deroselben solches ich aus getreuem anfrichtigen Herzen hiermit zu erkennen geben wollen.“ Und dann erst kam sein, nach der Lage der Dinge, stärkster Grund. Er berief sich auf das Beispiel der Liga. Er habe glaubwürdige Nachricht, schrieb er, daß diese abermals in denselben Tagen zusammen treten werde. Es sei billig und recht, daß den anderen Ständen nicht übel zedeutet werde, was auf katholischer Seite so vielfältig vorgegangen sei.

Die Nachricht über die Liga war richtig. Die Directoren hatten einen Tag derselben auf den 1. September nach Regensburg ausgeschrieben.<sup>1</sup> Es liegt in den Umständen, daß das eigentliche Motiv der Berufung bestand in der Forderung des Kaisers beide Part zu vernehmen. Der Ligatag wies die Forderung des Kaisers zurück. Er beschloß, daß wor der Bund fortbauern, so auch dessen Armee für sich bestehen solle. — Und dies führt uns zurück auf die nochmalige Forderung des Kaisers an die Liga in Anlaß jener Ankündigung des Kurfürsten Johann Georg.

Die Antwort<sup>2</sup> des Kaisers an Johann Georg, vom 19. September, ging auf die spitzigen Worte des kurfürstlichen Schreibens nicht ein. Sie lautete wohlwollend und freundlich. Sie wieselte nicht: „der Kurfürst werde aus sich selber darauf gedenken, wenn der Schwedenkönig weiter in den oberösterreichischen Kreis eindringe und seine Macht erweitere, was für ein großes Uebel nicht allein seinen Ländern, sondern auch dem ganzen Römischen Reich zuzuwachen, und was für ein langwieriger blutiger Krieg dem allgemeinen Vaterlande zugezogen werden könne“. Der Kaiser wolle in Betreff der Ausführung des Restitutions-Edictes keine Mittel ausschlagen, wenn sie nur seinem hohen Amte, seiner Autorität und gekräfteter Pflicht nicht nachtheilig seien. Er mahnte den Kurfürsten übermald, zur

<sup>1</sup> (Schumpf) 278.<sup>2</sup> Lombay IV, 82.

Verrathung dessen nach Regensburg zu kommen. Über den Content, den Johann Georg in Aussicht gestellt, schwenkt das kaiserliche Schreiben.

Desio nachdrücklicher such der Kaiser diesen Punkt vor den Hauptern der Liga geltend machen.<sup>1</sup> Das Schreiben wies zuerst hin auf die daraus sich ergebende Gefahr eines Bündnisses der nicht-katholischen Reichsstände. Denn ging es ein auf das frühere Schreiben der katholischen Kurfürsten. Die Erfolge des Krieges, heißt es dort, verdanke man der Tapferkeit und Tugend der Felden und Befehlshaber, so wie der ordentlichen Bezahlung. Änderte sich darin nichts, so konnte es dem Soldaten gleich sein, ob er vom Kaiser oder dem Bunde unmittelbar abhänge, aus der Reichs- oder Bundeskasse bezahlt werde. Die Bundesstände selbst erkennen an, daß das kaiserliche Heer zu Grunde gehen müsse, wenn es darauf angewiesen sei, seinen Unterhalt allein von dem Nicht-Katholischen zu nehmen. Und unmöglich könne es doch ihre Meinung sein, daß ein römischer Kaiser, das Haupt des Reichs, nur dem Namen nach eine Armee haben solle, in der Wirklichkeit unbrauchbar, ohne Lebenskraft, stark nur gegen den eigenen Herrn, wenn einmal die Bezahlung mangelte, während dazwischen im Reich eine Körperlichkeit bestehe, welche durch die Kriegsanlagen, die nach Inhalt der Reichsajungen dem römischen Kaiser getreut werden sollen, im Stande sei, ihre Privat-Armee richtig zu unterhalten.

Bevor sich also der Kaiser über den Vorschlag der Kurfürsten wegen des Kriegsdirectoriats aussprache, erwartete er vor Allen ihre Erklärung darüber was für Mittel sie als zulässig für den Unterhalt der kaiserlichen Armee betrachten, im Falle daß die nicht-katholischen Stände die Zahlung verweigern, und, wie es jetzt scheint, nach dem Rußer des katholischen Bundes eine Privat-Defension anstellen, oder auch, wie Kurfürsten gethan, zuvor die Bewilligung durch einen Reichstag verlangen: ob sie meinen, daß man in solchem Falle sofort mit bewaffneter Hand einschreiten solle, und wer dann, nach ihrer Ansicht, die Execution auf sich zu nehmen habe.

Es ist glaublich, daß bei diesen Erörterungen von Seiten des Kaisers die Worte<sup>2</sup> gefallen sind: wolle man streng nach den Constitutionen des Reiches gehen, so müsse die Liga ganz aufgehoben werden. Die Worte waren richtig; aber die Liga war da, und der Kaiser hatte nicht die Macht sie aufzuheben. Entstanden als Defensibund gegen die calvinische

<sup>1</sup> Desio 98 gibt dem Tagesg. wider nicht den Wortlaut. Ich habe das kaiserliche Schreiben im R. A. Archiv nicht aufgefunden.

<sup>2</sup> H. a. D. 90.

Union, fortverhalten durch die Pflicht der Selbstvertheidigung gegen die Vortrügänger Friedrichs V., hatte dann doch die Liga, nachdem der Kaiser ein eigenes Heer errichtet, sich nicht auflösen, ihr Heer nicht entlassen dürfen aus Besorgnis vor der Eigenmacht und den Übergriffen des einen Mannes, der alle seine Willkür mit dem Namen des kaiserlichen Dienstes deckte — Wallenström. Der Mann war nun entfernt, aber damit die Frucht seines Thuns nach dieser Seite hin, das Vertrauen, nicht hinweggenommen.

So richtig also an sich selber alle die Einwürfe sein mögen, welche der Kaiser in seinem letzten Schreiben der Liga machen ließ: so ist es dennoch, wenn auch nicht zu rechtfertigen, doch zu erklären, daß und warum die Liga dem Kaiser nicht näher trat.

Denn dazu kam, daß auch die Sigasürsten eben so wenig wie der Kaiser und die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, einblitten in die weit greifenden Entwürfe des Schweden. Auch sie ahnten nichts von dem novum Imperium, das er zu gründen kam. Sie wußten nicht, mit welchem Nachdruck, welcher Schärfe er im Kreise seiner Vertrauten in Upsala den Religionskrieg gepredigt hatte. In den öffentlichen Schriften des Schweden fand sich das Wort nicht. Es hätte die Haupten der Liga schon gemacht, ihnen im voraus angedeutet, was sie erst nachher durch die Erfahrung an sich selber zu lernen hatten, daß, im Falle eines Sieges des Schweden, nicht der Kaiser, sondern sie selber die erste Beute sein würden, auf die er sich stürzte. Nach den öffentlichen Schriften des Schweden war es ja nur der Kaiser, den er suchte, nicht die Liga.

In dieser Richtung wirkte mit auf die Liga ein der französische Minister, der Cardinal Richelieu, und seine Gesandten. Den Beschluß der Liga ihr Heer gesondert zu erhalten, verzeichnete er mit der Anerkennung, daß dies der Liga das Vertrauen seines Königs erhalten werde.<sup>1</sup> In der That aber auch wollte Richelieu sich der katholischen Fürsten annähern. Der Schwede Nielson (Nicolai) beschwerte sich<sup>2</sup>, im April 1630, bei dem Venezianer Contarini in Paris, daß die Franzosen seinem Könige das Versprechen abdringen wollten, die Länder der Liga unbedrängt zu lassen, während doch gerade dies im Reiche die einzigen Länder seien, die noch Lebensunterhalt für ein Heer darbieten. Auch diese Worte deuten an voraus an, wohin Gustav Adolf, wenn er in Deutschland Erfolg hatte, seine Schritte lenken würde. — Richelieu dagegen, der von dem Gedanken

<sup>1</sup> Mémoires VI, 283<sup>2</sup> Möring 171. Sgl. 328.

ausging, sich für seine Politik des Schweden zu bedienen,<sup>1</sup> meinte daher auch in Betreff der Liga den Schweden lenken zu können. Wir haben bereits die Worte vernommen, die er in jener Zeit zu St. Jean de Maurienne sprach: „Ich habe den Willen des Schweden in meiner Hand.“ — Nach Richelieu hatte damals noch erst zu erfahren, daß er den Schweden nicht konnte, und daß dieser Schwede nicht gesonnen war, seinen Willen einem anderen Willen unterzuordnen. Die klümmerte Erfahrung freilich hatten die Fürsten der Liga dafür zu machen, daß sie dem Worte des Kardinal Richelieu Glauben geschenkt.

Jeßen wir die Sache zusammen. Die Liga verlangte die Bedingung des Kaisers, die zwei Heere in ein kaiserliches zu verschmelzen. Sie wollte ihr Heer getrennt erhalten, also nicht dem Kaiser das jus armorum völlig und bedingungslos zurückgeben, welches ihm als Oberhaupt gebührte. Die Liga demnach zuerst schmälerte das Recht des Kaisers, und ließ dadurch dem Kurfürsten Johann Georg mit dessen Abhänge den Vorwand ihrerseits es völlig zu durchbrechen. Der Kaiser dagegen trug seinen Antheil der Verschuldung an diesem Geschehe der Bande des Reiches dadurch, daß er allzu lange sein Vertrauen gesetzt in den einen Mann, dessen Maßlosigkeit ihren Schotten zurückwarf auf ihn selber.

So hoch also auch immer man die Qualitäten des Schwedenkönigs als Eroberer anschlagen mag: unabweisend eben so günstig für seine Unterwerfe waren die Zustände, in denen er die einst so herrliche Schöpfung der deutschen Heiriche und Ottone vorfand.

Nach jener Weigerung der Liga kam ihr Vorschlag, den Kurfürsten von Bayern zum Haupte des kaiserlichen Heeres zu ernennen, in Still-schweigen unter. Der Vorschlag,<sup>2</sup> dem Sohne des Kaisers, Ferdinand Römig von Ungarn das Commando des kaiserlichen Heeres zu geben, scheint sich auf die kaiserlichen Rätthe und etwa den spanischen Botschafter beschränkt zu haben. Die Sache war zum Unheil für Kaiser und Reich, völlig verfahren. Am 22 September gelangte an den Kaiser die Bitte der katholischen Kurfürsten, den Convent zu berufen.<sup>3</sup> Er antwortete<sup>4</sup> am nächsten Tage, daß doch verschiedene Angelegenheiten noch nicht erledigt seien. Wie die Heeresfrage selber, so stand damals noch offen diejenige des Friedens mit Frankreich in Italien.

<sup>1</sup> Mémoires V, 120. S. M. avait jeté ses yeux sur ce jeune prince pour essayer de s'en servir etc.    <sup>2</sup> Böhmer 307.    <sup>3</sup> Mémoires XI, 1180.

<sup>4</sup> Reichstagsacten von 1630.    <sup>5</sup> H. u. D.

# 16. Der Regensburger Friedensschluß mit Frankreich, 13. October 1630.

Durch die Besehung von Vinerois, zu Ende März, hatte der Cardinal Richelieu die Schlußen des Krieges für Oberitalien wieder eröffnet. Der Kaiser als Oberkaiser hielt sich verpflichtet, dem bedrängten Herzog Carl Emanuel von Savoyen Hülfe zu bringen. Zugleich lockerte damit die Kriegesflamme wieder empor auch in Montserrat, wo der spanische General Ambrosius Spinola die Festung Casale am Po zu erlangen hoffte, so wie in Mantua, wo der kaiserliche General Colalto den Besitz von Mantua erstrebte — also an drei Stellen zugleich.

Ruhesten, welcher durch die Besehung von Vinerois den Krieg neu entzündet hatte, vermochte nicht für Mantua eine Hülfe zu bringen. Diese Aufgabe fiel also, gemäß dem Bündnisse zwischen Frankreich und Venedig, dieser Republik zu. Der Kaiser suchte den Bruch mit ihr zu vermeiden, zumal da die seinem Sohne Ferdinand, König von Ungarn, angetraute Infantin Maria sich auf der Reise nach Wien befand. Er schrieb, am 11. Mai, an Colalto: „In allem, was dahin bedacht sein und Euch hochst besorgen, damit den Venedigern von meinstwegen, weder von Euch noch von meinem Kriegsvolke zum Unruhe und offenem Kriege die wenigste Ursache gegeben, sondern alles dahin dirigiert werde, auf daß man — da es je anders eine Möglichkeit — mit der Venediger gutem Willen den sicheren Pöß erhalte und daß man) den anderen Weg durch die Gewalt der Waffen nicht ergreife, es sei denn daß von der Venediger Seite vorher der Bruch gemacht werde.“

Auch auf Seiten der Republik war der Kriegseifer nicht starr. Ruhesten dagegen harrte unablässig an, bald ermunternd, bald spottend über die geringen Leistungen der Republik, mit dem Hinweis ferner auf die mittelbare Hülfe durch den Schweden vom Norden her.<sup>1</sup> Im Mai rückte ein venetianisches Corps unter Sagredo zum Ansatze für Mantua an. Es wurde am 30. bei Villabuena und Mottengo durch die Kaiserlichen unter Colalto völlig zerstört. Bei Peschiera an der Grenze der Republik machte es Halt.

Auf die Nachricht dieses Sieges schrieb<sup>2</sup> der Kaiser an Colalto, am 9. Juni, da nunmehr ein Succurs von Venedig her für Mantua nicht mehr zu erwarten, so möge Colalto nicht klug die Stadt als „die

<sup>1</sup> Clarendon 302.

<sup>2</sup> Der Briefe Constantins bei Mülling 200 u.

<sup>3</sup> Clarendon 303.



principale Ursache, daß ich meine Armada in Italien geschickt“, so viel scheinlich stringieren, „sondern auch zugleich zu Facilitierung der Impresa, Gewinnung der Zeit und Verhütung mehrer Ungelegenheit und Unzergesend, mit allerley dienßlichen Endt verfallenden Worten, auch Verprechung der kaiserlichen Gnade, mit derselben tractieren, auf daß sie sich ergeben, accommodiren und ihnen bei uns die Pforten der Gnade eröffnen wolle.“

Es wurden darauf durch den Bernulier von päpstlicher Seite, Magerus, dem General Colalto Friedensverträge eingebracht.<sup>1</sup> Sie erschienen sowohl ihm, als dann auch dem Kaiser exorbitant. Auf die Antwort Colaltos entschloß sich Richelieu, eine besondere Gesandtschaft an den Collegialtag in Regensburg zu schicken, wo, wie vorauszusehen war, die Kurfürsten zu den Kaiser für den Frieden in Italien dringen würden. Der Gesandte war Fern de Brissart, dem der Kapuziner Vater Joseph beigegeben war. Dieser, aus dem alten vornehmen Hause Trendelag stammend, erst Soldat, dann Kapuziner, „mehr weltweise und erfahren jedoch als seiner Profession gebührt“,<sup>2</sup> war in besonderer Weise befähigt zu einem Diplomaten, zu deren die Politik des Cardinals Richelieu bedurfte, und daher seit dem Jahre 1629 ungetrennlich von ihm. Die Vollmacht für diese Gesandtschaft war datirt vom 28. Juni.<sup>3</sup>

Während sie sich noch auf der Reise befand, erfolgte auf dem Kriegsschauplatz ein gewichtiger Schlag. „Die Stadt Mantua,<sup>4</sup> durch ihre Lage fast unannehmbar, wurde, sei es bei der Nachlässigkeit der Verteidigung oder der geringen Zahl der Besatzung, unter welcher uns auch in anderen Städten Italiens, die Vest grausam gewüthet hatte, in der Nacht des 16. Juli von den kaiserlichen Truppen (unter Wallas) mit Gewalt genommen. Mit Mühe gelang es dem Herzog von Revers, für sich und seine Frau den Rückzug in die Burg zu bedingen. Ganz Italien schauete über den Untergang der stolzen Stadt, die einst den Norden der Völkerwanderung getrogt hatte. Den Kaiser selber dauerte es des Uebels, welches er verhängt, und er sagte, daß er um der Erhaltung seiner Reputation willen, welche ja doch allem der Lohn des Sieges für ihn war, gegenüber schweren Nachtheilen in Dingen, die ihn näher betrafen dahin gedrängt wurde, daß er die Befriedung der Heimat seiner Frau unter seine Triumphe zu zählen hatte.“

<sup>1</sup> M. u. O. 304.

<sup>2</sup> Schwenckler XI, 1190.

<sup>3</sup> Friedensbullen S. 64.

<sup>4</sup> Pappus 60.

Casale dagegen, der Kern des Herzogthums Monferrat, von dem Franzosen Thoiras vertheidigt, hielt sich gegen Spinola. Es war die Aufgabe der Franzosen von Westen her dahin einzufallen zu bringen und dafür in Wäde oder mit Gewalt den Durchzug von Carl Emmanuel von Savoyen zu erlangen. In dem Ringen darum, in dem Kummer über die Verwüstung seines Landes erfuhr der alte Herzog eine Krankheit und nach wenigen Tagen der Tod, am 26. Juli. „Dieser Herzog,“ schrieb Michellier,<sup>1</sup> „der immer darauf ausging, die Länder seiner Nachbarn in Brand zu stecken, um ein Ethel davon für sich abzureißen, starb, umgeben von den Flammen des eigenen Landes.“ So scharf das Urtheil, so kann doch die Richtigkeit nicht verneint werden. Nur wurde dieser Richter, der den Splinter im Auge des Carl Emmanuel erkannte, des Balken im eigenen nicht gewahr.

Carl Emmanuel dagegen beklagte<sup>2</sup> sterbend, nicht eingedenk gewesen zu sein der letzten Mahnung seines Vaters Emmanuel Philibert, daß wenn er Land und Leute sicher und in Ruhe erhalten und dabei also sterben wolle, er sich äußerst angelegen sein lassen möge, beide Kronen, Spanien und Frankreich, in gutem Vernehmen zu erhalten, und, wenn Irrungen vorkämen, dieselbe als ein Mittler schlichten zu helfen. Carl Emmanuel hatte ja allerdings das Gegentheil gethan. Allen trotz der übermaligen Mahnung verblieb eben diese Neigung die besondere Erblande seines Hauses, denn, wie man später gesagt hat, die Geographie die Ehrlichkeit sehr schwer machte.

Bei dem Entreffen jener französischen Gesandtschaft in Regensburg, in den ersten Tagen des Monats August, war also der Stand der Dinge auf dem Kriegsschauplatz in Italien überwiegend günstig für den Kaiser. Auf das Anbringen der Gesandten antwortete er mit dem Ausdrucke seiner Bereitwilligkeit zu einem friedlichen Abkommen, und that eben dasselbe dem Papste, mit einer Beleuchtung der ganzen Sachlage, in einem ausführlichen Schreiben hand.<sup>3</sup> Auch das kaiserliche Collegium gewährte der Gesandtschaft Audienz. „Es ist nicht zu verwundern, redete der französische Gesandte zu eu, daß der König von Frankreich dem Römischen Kaiserthume, den Kurfürsten, und dem Wohlfande und der Ruhe des ganzen Deutschland mit sonderbarer Affection jederzeit getrogen gewesen, weil ihr Ursprung und Geblüte aus der vornehmsten deutschen Provinz

<sup>1</sup> Mémoires VI, 196.

<sup>2</sup> Memoires XI, 1391.

<sup>3</sup> K. u. O. 1190.

verführte, auch ihrer viele zur kaiserlichen Dignität erheben wären“, und weiter in diesem Sinne.

Auf den Friedensantrag der Gesandtschaft ernannte der Kaiser eine Commission zur Unterhandlung, unter der Führung des Abtes Anton von Kremmunster.<sup>1</sup> Sie begaben sich zu der Gesandtschaft, am 11. August. Nach einer kurzen Einleitung gab der Gesandte dem Vater Joseph als dem in dieser Sache Kundigen das Wort. P. Joseph begann mit der Versicherung, der König suche in dieser Sache allein den Frieden, der Ruhe und Versicherung der Christenheit, habe auch nie den Gedanken gehabt, in die Autorität und Jurisdiction des Kaisers einzugreifen. Er, der Vater Joseph, nehme das auf Ehre und Gewissen. Er legte dann in langer Rede den Vorgang der Dinge dar, und endete mit dem Wunsche, daß die Dinge in Italien in gütlicher Weise geschlichtet werden möchten. — Die Commission berichtete darauf dem Kaiser, obwohl die Dinge in Italien in einem günstigeren Stande als zuvor, so könne sie doch, bei dem Andrängen der Fürstbischöfe auf den Frieden, bei den mächtigen Gesandten des schwedischen Botschafters und der zunehmenden und um sich fressenden Gewalt der Holländer, keiner anderen Meinung sein, als daß diese gesuchte und gebetene Tractation nicht auszuflagen sei.

Der Kaiser stimmte zu, so jedoch daß die Unterhandlung nicht allein die Erhaltung der Unruhen in Italien bezwecke solle, sondern einen Universal-Frieden zwischen ihm und dem Könige von Frankreich, daß also zu diesem Zwecke die Gesandtschaft Vollmacht und Instruction erhalten möge. — Und damit gelangen wir an eine besonders wichtige, und doch oft verstümmelt dargestellte Angelegenheit jener Zeiten.<sup>2</sup>

Auf die Mittheilung der kaiserlichen Resolution erwiederte Cron de Brabant: ihm sei von anderen Differenzen nichts bekannt. Die Kaiserlichen bestanden. „Denn,“ sagten sie, „wenn man in Italien Frieden macht, hernach aber in Sorge stehen müßte, daß die königlichen Waffen direct oder indirect verwendet würden zu Gunsten der Feinde und Widersärtigen von Kaiser und Reich, die jetzt sind oder künftiger Zeit sich ragen möchten — so werde damit wenig gedient und die allgemeine Friedenssicherheit zwischen den kaiserlichen Mächten nicht erreicht.“

<sup>1</sup> Friedensboten S. 90. Dicht Kien schenken auch Abenschtiller XI, 1100 u. vorgelegen zu haben.

<sup>2</sup> Das Erklären der Jesuiten, namentlich von Hauptstädter Seite, im Allgemeinen würde zu weit führen. Es handelt sich um eine positive Darstellung auf Wunsch der Kien.

Darauf fiel, mit gutem Belieben des Gesandten, der P. Joseph ein: allerdings betreffe der Auftrag des Gesandten nur den Frieden in Italien. „Ihm aber, P. Joseph, sei dies zuverlässig und wohl bewußt, und könne man darauf sich verlassen, daß dem Könige nicht zuwider, sondern sehr angenehm sein würde, einen solchen, wie von uns angedeutet, allgemeinen und beständigen Frieden aufrichtig und redlich zu unterhandeln und zu schließen, indem er dabei sich versehe, ein solcher Friede werde auf alle Fälle dahin gemeint sein, die Kaiserliche M. für sich und das H. Reich, wie den König und die Krone Frankreich reciproce genugsam zu versichern. Ohne Vollmacht seien sie nicht hergekommen, allein weil, seitdem sie auf der Reise, der Stand der Dinge sich verändert, hätten sie um eine andere schriftliche ersucht, vor zehn Tagen durch einen eigenen Courier, dessen sie in kurzem gewärtig, und würden alsdann mit genugsamem, zu dieses Werkes Vollendung geeigneter Plenipotenz gekostet sein. Damit auch ihre Promptesse desto mehr erscheine und an dieser Formalität nichts ermangele, stellten sie anheim, in welchen Ausdrücken der Kaiser diese Vollmacht filiiert sehen wolle; denn sie würden am nächsten Tage wieder einen Courier entsenden. Weil aber die höchste Gefahr im Verzuge, da inzwischen Casale entweder genommen oder entsetzt werden könnte, und dies den Stand der Dinge völlig ändern würde: so bitte er seine Zeit zu verlieren, sondern auch ohne die neue Vollmacht abzuwarten, zur Verhandlung zu schreiten.“ — P. Joseph betheuerte das auf Ehre, Gewissen und Seelen Seligkeit. Der Gesandte Leon stimmte zu.

Dies geschah am 12. August. Im Verlaufe der Unterredung versicherte P. Joseph, daß der König die Festung Vinerolo und alle genommenen Plätze bona fide zurückgeben würde. Die Kaiserlichen sprachen den Wunsch aus: „Es möge Frankreich sich je eher, je besser bei Schweden interponieren, um die zu besorgenden neuen Wirren und Weiterungen abzumenden.“

Nach diesem Verlaufe prägte der Kaiser seine Stellung zu der Sache in einem Handschreiben, vom 17. August, an Colalto aus mit den Worten: „Der König von Frankreich hat einen Ambassadeur hier wegen des Friedens in Italien. Aber die gefährlichen Praktiken nehmen zu.“ Ich habe mich deswegen dahin erklärt, daß ich der allgemeinen

<sup>1</sup> Friedensacten S. 11.

<sup>2</sup> Es folgt hier im Urtexte das Wort: Schweden — dann ausgestrichen.

Christenheit zu gute nicht allein in Italien, sondern auch in Teutschland und aller Orten und Enden nicht ungeneigt bin, mit Frankreich in die Handlung eines besändigen Universaltriebens einzugehen. Es ist periculum in mora.“

Es handelte sich also darum, wie der Statthalter der französischen Politik, der Cardinal Richelieu, den Bericht des P. Joseph über die Vorgänge vom 12. August aufnahm. Am 24. und in den folgenden Tagen wurden die Antworten ausgefertigt.

Zunächst erfolgte eine Instruction für den Gesandten Beaun.<sup>1</sup> Diese sagt nur den Frieden in Italien ins Auge. Es lag bei ein Schreiben an den P. Joseph.<sup>2</sup> Dieses lautet in den wichtigeren Stellen wie folgt. „Sie empfangen beiliegend eine unbeschränkte Vollmacht den Frieden zu machen.“ — Nach einigen Hornesworten gegen Spanien, welches darauf ausgehe sich fremde Länder anzueignen, heißt es weiter: „Versichern Sie den Kurfürsten, einem Jedem in der für ihn geeigneten Weise, daß der König einen aufrichtigen und ehrlichen Frieden will. Er laun in Wahrheit die Annäherung Spaniens nicht ertragen; aber er hat keine Eifersucht gegen die gerechte Größe des Reiches. Nach seiner Ansicht besteht das wahre Wohl Deutschlands darin, von Deutschen besessen und regiert zu werden, mit Ausschluß der Spanier. Kurz der König ist derselben Ansicht mit dem Herzoge von Bayern und der katholischen Liga.“

„Belassen Sie,“ heißt es darin weiter, „dem Herzoge von Bayern, der mit Ihnen darüber geredet, und dem Fürsten Eggenberg, je nachdem es zur Sprache kommt, die Hoffnung, daß, wenn in Betreff Italiens zwischen dem Kaiser und dem Könige ein guter Friede vereinbart wird, dann der König gern seine guten Dienste bei dem Schweden anwenden will, um ihn dahin zu bringen sich der Vermunft zu fügen. Aber Sie haben sich wohl zu hüten, darüber etwas in den Vertrag aufzunehmen.“

Außer diesem Schreiben erfolgte noch ein anderes mit der Aufschrift: Pour Ezechiel seul b. i. für P. Joseph allein.<sup>3</sup> Dieses Schreiben also, in welchem Rücksicht auf gute Dienste bei dem Schweden gemacht

<sup>1</sup> Avenel III, 879.      <sup>2</sup> M. a. D. 877.

<sup>3</sup> Un pouvoir de faire la paix non limité. Diese Vollmacht selber für P. Joseph liegt nicht bei.

<sup>4</sup> M. a. D. 899.

wird, dürfte auch der Besondere kennen, nicht dies geheime Auch in diesem ist von dem Schweden die Rede, nur in etwas anderer Weise. Es betrifft den Thotestand der Dinge zu Ende August: mithin haben wir zunächst diesen kurz ins Auge zu fassen.

Aus dem Schreiben Gustav Adolfs<sup>1</sup> vom 2/12. August, an seinen Rangler Oxensterna liegt vor, daß er damals das französische Geld für den Krieg nicht angenommen, nur aus dem Grunde, wie er sagt, weil der Gesandte Charnacé in dem Vertrage den Namen des Königs von Frankreich voransetzen wollte. Der Bericht Charnacés darüber muß gleichzeitig mit demjenigen des P. Joseph über die Vorgänge in Regensburg bei Richelieu angelangt sein: denn sein geheimes Schreiben an Eschsch-Joseph bespricht diese Schwierigkeit.

Zunächst und hauptsächlich jedoch betrifft dies geheime Schreiben den Kurfürsten von Bayern und eine besondere Allianz mit ihm, deren Verhandlung schon weit vorgerückt ist. Es wissen darum nur der König, sein Vater Herzog Maximilian, der Staats-Secretär Boutillier. Der Kurfürst möge daher getrost jede Frage danach vernehmen. „Alle Gedanken, die wir in Betreff Deutschlands haben und haben wollen, bezwecken das Gemeinwohl und das besondere Interesse des Kurfürsten.“

P. Joseph soll daher sich bemühen, den geheimen Vertrag mit ihm zum Abschlusse zu bringen. Die Worte legen nicht Zwang ab für die Aufrichtigkeit des Kurfürsten von Bayern gegenüber dem Kaiser.

Dann erörtert Richelieu die Gründe des Schwedenkönigs gegen den Subsidienvertrag. Richelieu findet das Ausbannmittel, daß die Namen der Könige im ersten Artikel wegleichen und man nur sage zwischen den Königen von Frankreich und von Schweden. — Gustav Adolf hatte jedoch in der Verhinderung noch einen andern Einwand erhoben: er wollte sich an der Willkür freuen, die Frankreich ihm zu zahlen habe, den Vertrag der Republik Venedig nicht wegen lassen. Richelieu beauftragt den P. Joseph, dem Gesandten Charnacé kund zu thun, daß er über beide Schwierigkeiten hinweg kommen könne. P. Joseph soll vor Allem sich bemühen zu verhindern, daß die Kunstgriffe der Gegenseite den Schweden schon mochten. „Sollte Bayern,“ schreibt Richelieu, „unabhängig aller Erwägungen, die Sie ihm vorhalten werden, vor dem Vertrage zurückweichen, so bin ich nicht der Ansicht, daß Sie darum

<sup>1</sup> Archiv I. 704

unterlassen sollen, auf den allgemeinen Friedensvertrag einzugehen; aber in diesem Falle haben Sie die Verbindung und das Gmverständnis mit dem Schwedenkönige sorgfältig zu beobachten."

Demnach ergeben sich von Anfang an dieser Friedenshandlung in Regensburg die verschiedenen Standpunkte. Ferdinand II. als römischer Kaiser wünscht den Frieden der gesammten Christenheit, und ist seinerseits bereit, die in Italien erzwungenen Vertheile dafür hinzugeben — Michelien erteilte seinem Vertrauten unabdingte Vollmacht einen allgemeinen Frieden zu schließen. Er beauftragt ihn, vor den Kaiserlichen und dem Kurfürsten von Bayern gute Dienste bei dem Schweden für den Frieden in Aussicht zu stellen. In so weit darf auch der eigentliche Gesandte, Leon de Brulart, Wüthischer sein. — Im Abhehmen dagegen soll der Vertraute dem Kurfürsten durch Privatworteile von Kaiser und Reich loszureißen suchen und den Schwedenkönig zu seinem Angriffskriege ermuntern. Diese Aufträge stehen also mit den erstern im Wergesoge. — Der Kurfürst von Bayern erblüht und die Vgo erkennen und erstreben den allgemeinen Frieden aber ihre Belorgnis vor dem Kaiser ist damals, Ende August, durch die Aussicht auf die Entlassung Wallenstein's nicht gehoben, und sie tranken an der Unferntnis einerseits des Schweden, der sie nicht annder bedroht als den Kaiser, andererseits des Cardinals Michelien, der ihnen sagen läßt, daß er bei dem Schweden für den Frieden wirken will, und in der Wirklichkeit ihm immer auch neue Geld zum Kriege anbietet.

In einem Schreiben,<sup>1</sup> vom 5. September, des Cardinals Michelien an den Gesandten Leon de Brulart finden sich sogar die Worte „Wir haben die auftrichtige Absicht, uns mit Schweden zu befhängen, um eine wahre Ruhe in Deutschland zu begründen. Sie dürfen dies versichern, und wir werden es wahrlich daran nicht fehlen lassen."

Ob Leon de Brulart diese Versicherung dem Kurfürsten von Bayern ausgesprochen, dürfte zweifelhaft sein. Die Art von Ruhe, welche Michelien and der Schwede dem unglücklichen Deutschland zu verkaufen suchten, liegt der Rachwelt vor in dem Jammer der folgenden Jahre.

Der Kaiser ließ den Stand der Unterhandlung mit der französischen Gesandtschaft dem Kurfürsten mittheilen. Sie gaben darauf eine ausführliche Antwort, am 27. August.<sup>2</sup> Sie machten sich darin die Worte

<sup>1</sup> Avenel III, 900.

<sup>2</sup> Ganz bei Ebenenstiller XI, 1210.

des P. Joseph zu eigen, daß „der R. Würde von Frankreich Eins und Gedanke niemals gewesen, der kaiserlichen Autorität und Jurisdiction vorzugreifen, sondern vielmehr die R. Majestät neben anderen Respekten auch der nahen Verwandtschaft halber zu ehren und zu lieben, und was zu Dero Hoheit gehörig, erhalten zu helfen“ usw. Die Kurfürsten drängten auf den Frieden. Es genügt dafür, sagten sie, wenn die Krone Frankreich versprechen wolle, „den Feinden von Kaiser und Reich weder mit Rath noch mit That beizustehen, sondern vielmehr dieselben zur Gebühr und Schuldigkeit anzuweisen.“

Es lag dem Cardinal Richelieu, oder, wie er sagt,<sup>1</sup> dem Könige Ludwig XIII. sehr viel daran, daß das bereits schwer bedrängte Casale nicht in die Gewalt der Spanier gerieth; denn damit wäre die Niederlage Frankreichs in Italien vollendet. Wie aber im Beginne September die Dinge lagen, war es, wie Richelieu sich ausdrückt,<sup>2</sup> sehr schwer, ja fast unmöglich, Casale auf andere Weise zu retten als durch einen Vertrag.

In dem sehnlichen Wunsche nach dem allgemeinen Frieden, in der Hoffnung auf die Erfüllung dieses Wunsches durch Frankreich, willigte der Kaiser Ferdinand II. in den französischen Vorschlag eines Waffenstillstandes in Italien. Am 2. September entsandte<sup>3</sup> er durch den Obersten Chiefa den Befehl zum Abschlusse eines Stillstandes. Der Befehl ausgesprochen nicht dem spanischen Interesse, noch weniger dem persönlichen des Generals Spinola, welcher wußte in kurzer Frist das feste Casale zu nehmen.<sup>4</sup> Er widersprach. Er wies hin auf die ausgefangenen Briefe des Commandanten Thoiras, aus welchen die Wirkungen des Hungers und der Pest in Casale vor Augen lagen. Colalto dagegen hielt fest an dem kaiserlichen Befehle. Der Unmuth darüber erregte den spanischen General so sehr, daß er den Verstand verlor und nach wenigen Tagen starb. Bereits am 5. September meldete Colalto den Abschluß des Stillstandes auf sechs Wochen.

Am 7. September gab die französische Gesandtschaft in Regensburg ihre Zustimmung zu dem ersten Artikel, welcher den allgemeinen Frieden betraf. Er lautet: „Der allerchristlichste König verspricht, den Römischen Kaiser und des H. R. Reiches Stände, Fürstenthümer, Herr-

<sup>1</sup> Avenel III, 889, 891 und passim.

<sup>2</sup> H. a. D. 897.

<sup>3</sup> Abkmacht, 806. Bgl. Seyer 124.

<sup>4</sup> Abrenthillr XI, 1394.



schaften und Provinzen weder durch sich selbst noch durch Andere in keinerlei Weise zutheidigen, auch nicht den Rebellen und denen, die für Feinde von Kaiser und Reich erklärt sind oder noch erklärt werden, in irgend welcher Weise beizustehen.“ — Der Gesandtschaft verlangte eine entsprechende Erklärung von Seiten des Kaisers. Sie ward gegeben. Dann wurden die Abschriften des ganzen Vertrages ausgeleudet.

Damals war in Regensburg die königliche Vollmacht für den allgemeinen Frieden noch nicht eingetroffen. Die Sache ward wiederholt erörtert. P. Joseph gab, am 9. September, die Versicherung<sup>1</sup>: der König werde alles ratificiren und unterzeichnen. In der That heisst es im Protokolle der Kaiserlichen, am 14. September: „Nach diesem hat der französische Ambassadeur, damit an der Pleni-potenz sein Rangf. erschiene, ein Duplicat mit des Königs Hand unterschrieben, so ihm mit einem Courier zukommen, übergeben.“

Die Genehmigung des Kaisers über den Gang der Dinge prägt sich aus in einem Schreiben,<sup>2</sup> vom 16. September, an den General Guallo. Darin heisst es: „Wie hier mit der anwesenden Gesandtschaft die Friedens-Tractation fort und rüßig fortgesetzt wird, also wollet auch dort am kaiserlichen getreuen Hofs und Vermählungen nichts erwidern lassen, damit das erwünschte Ziel eines reputirlichen, wohlbestimmten und sicheren Friedens je eher je besser erreicht werden könne.“

Am 20. September<sup>3</sup> berichteten Leoz de Brulart und P. Joseph dem Cardinal Richelieu den Stand der Dinge in Regensburg. Sie warteten die Zeit ab und darüber hinaus, bis eine Antwort erfolgen konnte. Als bis zum 13. October eine solche nicht eintraf, handelten sie gemäß der Vollmacht, die Richelieu selber in dem früheren Schreiben vom 25. August als non limité bezeichnet, und deren Duplicat sie in Regensburg den Kaiserlichen überreicht hatten. Am 13. October unterzeichneten sie den vermittelten Friedensvertrag. Derselbe begann mit dem Hinweis auf den Papst als den Väter der allgemeinen Kirche, den gemeinsamen Vater der christlichen Fürsten, auf dessen Rathung der Kaiser und der König sich zu diesem Friedensschlusse genügt. Der erste Artikel betrugte, wie seit Wochen festgesetzt, daß der König die Feinde von Kaiser und Reich in keiner Weise unterstützen wolle, und umgekehrt

<sup>1</sup> *Si quid dedit, omnia ex ratificatione et subscriptione ipsius regis magis fore stabilienda.*

<sup>2</sup> Friedensurtheil 84.      <sup>3</sup> Avenel III, 945.

Am selben Tage zeichneten die vier katholischen Kurfürsten ein Collectivschreiben<sup>1</sup> an Ludwig XIII., mit dem Ausdrucke ihrer Freude und ihres Dankes für ihn, daß er den Collegialtag in Regensburg zu dem Zwecke beschickte, damit endlich einmal der Christenheit der sehnlichst erwünschte Friede zurückergeben werde. Sie berichten dann den Hergang der Unterhandlung. Sie schließen mit den Worten: „Was so beiderseits mit rechtschaffener Treue, aufrichtigen Sinnes, mit gebührendem Respecte sowohl von der Kaiserlichen Majestät, als Eur. Königl. Würde vereinbart ist, das — wünschen wir — wird Eur. Königl. Würde genehm halten und ratificieren.“

Der spanische Gesandte in Regensburg hatte sich, weil ohne Auftrag, der Friedenshandlung fern gehalten. In der That entsprach das Ergebnis in Betreff Italiens den Forderungen Spaniens sehr wenig. In seinem Handschreiben<sup>2</sup> an den König Philipp IV. sagt der Kaiser, daß er auf die Mahnung des Papstes, auf den Rath nicht bloß, sondern die Forderung der Kurfürsten so habe abschließen müssen, damit seine in Italien stehenden Truppen zurück gerufen und gegen den Schweden verwendet werden könnten.

Es handelt sich um die Aufnahme des Friedensschlusses von Regensburg bei dem Hofe von Frankreich. Der junge König, so eben genesen von einer schweren Krankheit, die er in Lyon durchgemacht, brach am 19. von dort nach Paris auf eben so der Cardinal Richelieu, nur auf einem anderen Wege.<sup>3</sup> Am 20. traf die Nachricht des Abschlusses von Regensburg ein. Ludwig XIII. empfing sie mit großer Freude, eben so die in Lyon zurückgebliebene Königin-Mutter, Marie von Medic. Der Staats-Secretär Bouthillier fertigte die Schreiben aus für den König an den Kaiser, an die Kurfürsten, an die Gesandtschaft in Regensburg. Es fehlte nur noch Ort und Datum. Bouthillier schickte die Schreiben an den König, der unterdessen mit dem Cardinal Richelieu wieder zusammen getroffen war, in Roanne, am 21. October.

Dort erhob der Cardinal in nachdrücklichster Weise seine Stimme gegen den Regensburger Friedensvertrag. Er selber hat später in seinen Denkwürdigkeiten seine Einwendungen zusammen gedrängt was folgt.<sup>4</sup>

„Der Friede in Regensburg mit dem Kaiser wurde von unsern Gesandten auf Bedingungen hin geschlossen, die weit entfernt waren von

<sup>1</sup> zweinisch im Theatrum E. II, 206.

<sup>2</sup> Schroeder XI, 1232.

<sup>3</sup> Avenel III, 241. Auch hier das Folgende.

<sup>4</sup> Mémoires VI, 423.

der vom Könige ihnen ertheilten Vollmacht. Dies erregte in dem Könige von Schweden und den Fürsten, die bereit standen ihm beizustehen, den Verdacht, daß der König sie verlassen wolle. Die Ursache dessen war, daß der Botschafter Herr de Leon und der P. Joseph, in Schweden gesetzt durch die Nachricht der schweren Krankheit des Königs, dem ersten Artikel beigestimmt hatten, nach welchem der König weder mit Rath noch That, noch Geld, noch Mannschaft die erklärten oder noch zu erklärenden Feinde des Kaisers und des Reiches unterstützen dürfe.<sup>1</sup>

Jeder dieser Sätze des Cardinals Richelieu steht im Widerspruch mit den Thatfachen. Die Gesandten in Regensburg konnten nicht ihre Vollmacht überschritten haben, weil Richelieu selber die von ihm geschickte Vollmacht als noch lebend bezeichnet hatte.<sup>2</sup> Die Gesandten hatten jenen am 7. September vernommen ersten Artikel am 9. September angekündigt, und darauf weder vor, noch während, noch nach der Krankheit des Königs Ludwig XIII. einen Einwand, ja vom XI. September an bis zum Abschluß am 13. October überhaupt kein Schreiben erhalten.<sup>3</sup>

Erst vom 8. October liegt eine von Ludwig XIII. gezeichnete Antwort<sup>4</sup> an Herrn de Leon vor, in welcher es in Bezug auf den ersten Artikel heisst: „In Betreff einer Einigung des Kaisers und des Königs in solcher Art daß nicht der Eine die Feinde des Andern unterstützen solle, wird der Artikel, den Sie das letzte Mal übersandt haben, nicht für annehmbar erachtet, sondern man bleibt bei demjenigen, der durch den Courier Freville Ihnen überbracht ist, welcher nicht dahin geht, daß der König mit seinen alten Verbündeten brechen solle, sondern ihn verpflichtet mit ihnen zu verhandeln, damit sie nichts gegen das Reich unternehmen. Wenn der Kaiser einen guten und anständigen Frieden und Freundschaft will, so muß er damit sich begnügen.“

So unbestimmt die Fassung dieser Worte, so war doch auch mit derselben eine Subsidie für den Offenfeldkrieg des Schweden gegen Kaiser und Reich anverwandelt. Es ist jedoch zu wiederholen, daß nach der Aussage<sup>5</sup> der Gesandtschaft bis zum 13. October überhaupt kein Schreiben gegen den ersten Artikel an sie gelangt ist.

Richelieu selber verfaßte noch am 9. October ein besonderes Schreiben für Gedeon, also für den P. Joseph allein.<sup>6</sup> Darin ist von einem Bedenken gegen den ersten Artikel des Trudens, überhaupt von diesem

<sup>1</sup> Avenel III, 577.    <sup>2</sup> H. a. O. 940.    In der Note.    <sup>3</sup> H. a. O. 932.

<sup>4</sup> H. a. O. 937.    <sup>5</sup> H. a. O. 940.    <sup>6</sup> H. a. O. 939.

Artikel nicht die Rede. Dagegen spricht Richelieu, als sei an einen allgemeinen Frieden nur gedacht. Er äußert seine Besorgnis, daß die Verhandlung in Regensburg für den Frieden in Italien keinen Nutzen, nach der anderen Seite Schaden bringe; denn Charnacé sei wegen der zwei vorerwähnten Schwierigkeiten mit dem Schweden nicht zum Abschlusse gekommen. Er, Richelieu, habe nur die Schwierigkeiten behoben und dem Charnacé die Vollmacht geschickt. „Aber Charnacé,“ heißt es weiter, „mellet den Schwedenkönig so veränderlich zu finden, daß ich befürchte, die Kunstgriffe und die Lügen, welche die Kaiserlichen ihm über Ihre Unterhandlung in Regensburg zugebracht haben, tragen die Schuld daran. Helfen Sie ab, so viel Sie können. Versuchen Sie Bayern und die anderen katholischen Fürsten des Wohlwollens von Frankreich, daß ihnen niemals fehlen wird.“

Es lag Wahrheit in jenen Worten des Cardinals Richelieu, daß in dieser Sache Kunstgriffe und Lügen thätig waren — nur waren sie nicht auf kaiserlicher Seite.

Nach dem Zusammentreffen des Cardinals mit dem Könige, am 21. October, gelang es ihm, den jungen Mann, der am Tage zuvor den Vertrag von Regensburg mit lauter Freude begrüßt hatte, in den Gegensatz umgureden.

Aber es lag ein völkerrechtlicher, formell unantastbarer Vertrag vor. Wie war davon frei zu kommen? Richelieu erwoz diese Frage.<sup>1</sup> „Entweder,“ sagt er, „müssen wir ratificieren mit einer Modification, welche die für uns unerträglichen Bedingungen in erträgliche umwandelt; oder wir müssen den Vertrag für nichtig erklären und vernünftige Friedenserbietungen machen oder endlich weder das Eine noch das Andere zur Zeit thun, sondern uns in Stand und Macht erhalten, zu thun was wir wollen.“ Der erste und der zweite Vorschlag wären gleich einem offenen Bruche des Vertrages gewesen: der dritte war der Bruch im Geheimen, der mindestens ehrenhafte. Diesen gab Richelieu den Vorzug.<sup>2</sup>

Bereits am nächsten Tage, dem 22. October, betrug Richelieu den jungen König, dem, zum Unheile der Völker, er lenkte nach seinem Willen, ein Schreiben<sup>3</sup> an den Gesandten Charnacé bei Gustav Adolf zu schreiben, dessen Inhalt in scharfem Gegensatze zu dem ersten Artikel des Vertrages

<sup>1</sup> Avenel III, 949.    <sup>2</sup> N. a. D. 952.

<sup>3</sup> Mémoires de Richelieu VI, 424.

von Regensburg nicht. Der Schwedenkönig hatte von Straßburg aus, durch zwei Schreiben,<sup>1</sup> vom 17/27 September, sowohl bei Ludwig XIII. als bei Richelieu, über die Vermächtnis des Gesandten Charnace in der Titeltrage Beschwerde geführt. „Um W.,“ sagt er darin, „haben uns für diesen Krieg in Deutschland Ihre Hilfe versprochen, aber lieber würden wir den Vertrag darüber nicht abschließen als etwas nachlassen von der Würde, die wir von Gott und unseren Vorfahren empfangen haben.“ Das Schreiben Ludwigs XIII. gebot nun dem Charnace: er solle dem Schwedenkönige und allen anderen mit Frankreich verbündeten Fürsten kund thun, daß der König sie nie verlassen, vielmehr sie nachdrücklicher als je unterstützen, daß er gewissenhaft seine alten Bündnisse halten wolle, besonders dasjenige mit dem Schwedenkönige, welchem er niemals fehlen werde. Dies um so mehr, da er den Schweden für durchaus notwendig erachte, um die Entwürfe derjenigen zu zerlegen, die kein anderes Ziel haben als den eignen Nachgenuß auf Kosten aller anderen Fürsten in Europa.

Nach Italien ergingen an die Generale die Befehle, unbestimmt um die Meldungen von Regensburg aus Locale zu entspringen.<sup>2</sup> Die Generale waren auch sich dazu genügt, und das Verhalten des Nachfolgers von Spinola, des Spontons Santa Croce, erleichterte ihnen das Werk, ohne daß es darüber zu einem Treffen kam.<sup>3</sup>

Nach Regensburg hin wählte Richelieu das Verfahren eines scharfen Tadeln für Herrn de Leon. Ludwig XIII. unterschrieb, am 22 October, ein langes Schreiben,<sup>4</sup> welches dem Gesandten alle seine Verstöße verhält. Und doch finden sich darin über den wichtigsten Artikel des Vertrages nur die Worte: „Durch den ersten Artikel würden Sie mich um alle meine Verbündete bringen, weil ich sie in der That preisgeben müßte, und das Vertrauen verscherzen, das sie in mich setzen dürfen.“ — „Es ist in dem Vertrage fast keine Zeile“ heißt es weiter, „an der nicht etwas auszusetzen wäre.“ Deshalb erhält Leon den Auftrag alle seine Kraft anzubieten, um dem Kaiser begreiflich zu machen, wie möglich es für die Christenheit sei, diese Angelegenheit mit Vernunft und Gerechtigkeit zu handeln. — Von den gleichzeitigen ernannten Bemühungen bei dem Schweden erhielt Herr de Leon keine Kunde — Aus den Mienen dieses Gesandten konnte also auch der Kaiser nicht erkennen, was sich dahinter verbarg.

<sup>1</sup> Esgbrecht bei Jacq. II, Buchung 96.      <sup>2</sup> Avenel III, 261 et suiv.

<sup>3</sup> Abensflur XI, 1506.      <sup>4</sup> Avenel III, 262.

Nachdem der junge König eine Reihe solcher Schreiben unterschrieben, selber vielleicht nicht ermessend, welchen Jammer seine Wetterwendigkeit über seine Mitmenschen bringen würde, eilte er nach der Vorschrift der Ärzte weiter nach Bern, um Wohlgefühle der wieder erlangten Gesundheit singend und lachend.<sup>1</sup>

Nach dem ersten Plane des Cardinals Richelieu sollte auch an die Kurfürsten geschrieben und in geschickter Weise ihnen zu erkennen gegeben werden, daß Herr von Bern sich nicht genug gehütel und seine Vollmacht überschritten habe.<sup>2</sup> Es ist kaum anzunehmen, daß dies geschehen sei; denn es wird sich ergeben, daß einige Monate später der französisch-schwedische Vertrag von Bärwalde die Kurfürsten ähnlich übertrachte wie den Kaiser.

Der Cardinal Richelieu erzählt in seinen Denkwürdigkeiten,<sup>3</sup> daß der Kaiser, wider seine Gewohnheit der Schwergamtheit, in Regensburg mit dem Vater Joseph über ihn, Richelieu, lange geredet und ihm großem Lob gezollt habe. Man habe ihn, dem Kaiser, über Richelieu nachtheilige Eindrücke zu machen gesucht, aber er, der Kaiser, halte ihn für einen rechtschaffenen Mann, weil er seinem Könige getreu diene, und der Kaiser lebe der Hoffnung, im Berner mit dem Könige durch die Vermittelung des Cardinals noch große Dinge auszurichten.

Bei diesem Berichte verschweigt Richelieu, daß dem Kaiser in Regensburg noch nicht klar sein konnte, welches Spiel eben damals Richelieu mit dem kaum erst geschlossenen Friedensvertrage trieb.

Dennoch ist es möglich, daß noch in Regensburg von Andern des Doppelspiels des Richelieu wenn nicht durchsahnt, doch geahnt wurde. Als die französische Gesandtschaft ihre Abschiedsbesuche machte und der P. Joseph zu diesem Zweck auch bei Tilly erschien, ließ der General noch üblicher Weise ihn durch seine Edelleute die Treppe hinunter geleiten.<sup>4</sup> Einer von diesen Edel-leuten, etwas angetrunken, richtete an den Kapuziner die Frage, ob er P. Joseph sei. Auf die bejahende Antwort fuhr jener heraus: „Ihr seid mir ein Kapuziner! Deren Beruf ist Frieden und Ruhe in der Christenheit zu stiften. Ihr aber seid derjenige, der zwischen den katholischen Fürsten als dem Kaiser und beiden Königen von Spanien und Frankreich Krieg und Völkervergessenheit aufrichtet: dessen Ihr Euch ins Herz hauen schämen solltet.“ — Auf den Bericht darüber

<sup>1</sup> N. a. O. 942.<sup>2</sup> N. a. O. 962.<sup>3</sup> Mémoires VI, 377.<sup>4</sup> Stanspiller XI, 1234.

ließ Liliß den unberufenen Stöner zum Profoß bringen und in Eisen schlagen. „Dennoch hat es der Vater für einen angeführten Affront gehalten und es sich nicht ausreden lassen wollen, und derothalben mit großem Disgusto abgereist.“

Daß aus dem trunkenen Munde die Wahrheit gesprochen war, mochte damals in Regensburg noch wenigen einleuchten.

## 19. Verhandlungen in Regensburg über das Restitutions-Edict.

Auf die bis dahin heftigste Beschwerdeschrift, vom 24. August/ 2. September, des Kurfürsten Johann Georg über das Restitutions-Edict, hatte der Kaiser, am 19. September, begütigend geantwortet,<sup>1</sup> daß er in Betreff der Ausführung einen Vorschlag von Mitteln und Wegen, die seinem kaiserlichen Amte, seiner Autorität und theuer beschwerenen Pflicht nicht zuwider, nicht allein gutwillig anhören, sondern auch, dem allgemeinen Wesen zum Besten, mit Rath der Kurfürsten, sich ihnen bequemen werde. Er forderte daher nochmals den Kurfürsten auf, selber nach Regensburg zu kommen. Johann Georg kam nicht. In Bezug darauf hat man gesagt, daß er und Georg Wilhelm von Brandenburg darin eintig waren, daß in keinem Falle Religionsachen von dem kurfürstlichen Collegium durch Mehrheitsbeschlüsse entschieden werden dürften. Wir sehen hier die in jenen Zeiten immer wiederkehrende Verwischung der Begriffe. Das Restitutions-Edict handelte von der Rückgabe von Besitz und Herrschaft und nur erst mittelbar, vermöge des Principes, welches aus der Kirchenspaltung geboren war, von der Religion.

Das Restitutions-Edict war von dem Kaiser kraft seines Amtes als Oberhaupt des Reiches verkündet: es konnte mithin keineswegs in hieser Weise als ein Gegenstand der Berathung dem Collegialtage in Regensburg vorgelegt werden. Eben so wenig konnte von den katholischen Kurfürsten, die es in voller Rechtsbefähigung anerkannten, eine Berathung darüber angeregt werden. Der Kurfürst Johann Georg machte von der ihm vom Kaiser eröffneten Aussicht keinen Gebrauch.

Dagegen benutzte sein Schwiegersohn, der Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt, den gegebenen Anlaß, um, wenn möglich, eine Verständigung herbeizuführen. Georg, der würdige Sohn seines Vaters

<sup>1</sup> Denker IV, 83

Adwalg, war wie dieser Mann bereit, was es galt, für den Frieden des Vaterlandes thätig zu sein, und willig, dafür den Spott auf sich zu nehmen, der ihm wie dem Vater von der Aggressor-Partei reichlich zu Theil wurde. In seinem Dienste stand als Kanzler jener Anton Wolf von Todtenwart, der als Syndikus der Stadt Straßburg im Jahre 1621 den Aichaffenharter Vertrag für die Reichsklöster vermittelt hatte. Der Landgraf Georg war zu einer Vermittelung in Betreff des Restitutions-Edictes besonders geeignet, weil er, seines Erinnerns,<sup>1</sup> kein Bisthum oder Kloster besaß, welches gemäß dem Edicte in Anspruch genommen werden konnte.

Es ist möglich, daß der Landgraf sich mit dem Kurfürsten von Mainz verständigt hatte, einen Schritt in der Sache zu thun.<sup>2</sup> Ob die Verständigung noch weiter gegangen sei, wird sich an den Thatfachen ergeben. Der Landgraf ließ dem Kurfürsten eine Denkschrift einreichen, nicht in seinem Namen, sondern als Priarschrift.<sup>3</sup> Wahrscheinlich ist sie von dem Kanzler Wolf verfaßt. Sie beginnt mit der Bitte, daß zunächst alle Executionen eingestellt werden mögen, damit zur so leichter eine gütliche Vermittelung erfolgen könne.

Das Princip des Restitutions-Edictes wird in der Schrift nicht angefochten. Sie sucht nur mildere Bedingungen zu erlangen. Die Frage der Zugehörigkeit zur Augsburgerischen Confession soll nur bei den Reichsfürsten stehen, welche die Concordienformel anerkennen. Die Schrift bittet, daß die Zeit der Erlaubnis zum Behalten mittelbarer Klöster nicht mit dem Passauer Vertrage von 1552 abgeschlossen werde, sondern bis zum Religionsfrieden von Augsburg sich erstrecke, also bis zum 25. September 1555. Die Schrift steht vollaus auf dem Boden des *jus reformatum*. „Weil im Religionsfrieden die *facultas mutandae religionis* auf die *jurisdictionem territorialem* gegründet ist, so würde den Evangelischen beschwerlich sein, daß sie in die Mediat-Klöster, welche in ihrem Territorio liegen, eine andere Religion als die ihrige einführen lassen sollten.“ Darum schlägt die Schrift vor, derartige Klöster von den Landesfürsten verwalten zu lassen, welche die Einkünfte den betreffenden Orden ausleihen würden.

Die Schrift enthält fünf und dreißig Punkte solcher Art, fügt jedoch dann unter dem Namen von Nebenpunkten noch einige sehr wichtige nach. Den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, wie auch dem Hause

<sup>1</sup> Ronsard IV, 106 u. unten.    <sup>2</sup> Ruch 166 n. 2.    <sup>3</sup> Ronsard ed. Ronsard IV, 106 u. Auch in Th. E. II, 218. Rosenkeller XI, 1108.



Hessen, sollen sämtliche Stücker und Klöster auf fünfzig Jahre belassen werden, und dann erst soll für etwaige Ansprüche der Rechtswege offen stehen. Dem Bräutigam August von Sachsen sollen für seinen Anspruch auf das Erzstift Magdeburg einige Runder, oder ein Deputat, zur Entschädigung gegeben werden.

Auf diesen Vorschlägen des Landgrafen Georg war ein stark mitwirkendes Motiv das Bestreben, es nicht dahin kommen zu lassen, daß der in dem Schreiben des Kurfürsten Johann Georg vom 24. August/3. September, in Aussicht gestellte evangelische Concordia sich verwirklichte. Der Landgraf war der hauptsächlichste Vertreter des reichstreuen Lutherthums. Daß der schwankende Kurfürst Johann Georg sich zu jenem Schreiben hatte bewegen lassen, war ein Erfolg derjenigen Reichsfürsten, in welchen die Wünsche und Hoffnungen der einstigen Unionopfer wieder lebendig wurden. Der Landgraf hegte die Beforgnis, daß ein Fortschreiten auf diesem Wege die calvinische Richtung zur Herrschaft bringen würde. Er war ein entschiedener Gegner des Calvinismus, nicht bloß in Betreff der aggressiven Tendenzen desselben gegen das Reich, sondern namentlich auch wegen der eigenen Erfahrungen seines Hauses an dem Stammvater Moriz von Hessen-Kassel. Darum suchte er vorzubeugen und dies erschien möglich, wenn er diejenige Persönlichkeit zurückgewann, die durch ihre Machstellung und die Tradition des Hauses als das Haupt der Lutheraner im Reich dastand, seinen Schwiegervater Johann Georg. Auf diesen sind alle die hundertbreitigen Vorschläge berechnet, die der Landgraf der Liga einreichte, namentlich der erste, daß die Frage der Zugehörigkeit zur Augsburgerischen Confession nur bei den Reichständen stehen solle, welche die Concordienformel anerkennen. Überhaupt war in den Vorschlägen das sachliche wie das persönliche Interesse des Kurfürsten Johann Georg so wohl gewahrt, daß der Landgraf hoffen durfte, wenn nur die Liga einging, die Brücke zur Versöhnung und Bereinigung abent zu haben.

Die Hoffnung des Landgrafen Georg auf die Liga ging nicht in Erfüllung. Seine Vorschläge waren bei Kurmainz eingebracht als eine Privatchrift.<sup>1</sup> Am 19/29. October übergab der mainzische Ranzler Wecon ein Antwort, ebenfalls in der Form einer Privatchrift.<sup>2</sup> Es beginnt wie folgt.

<sup>1</sup> Das Protokoll bei Rosenberg IV, 108. Bei Adlerwetter 206 ist es eine Schrift des kaiserlichen Käfers. <sup>2</sup> Rosenberg IV, 108.

„Vor allen Dingen wird als gewis und richtig vorausgesetzt und einmal für immer ausbedungen, daß man auf latholischer Seite nicht gemeint, durch einige gültige Conferenz oder Compositionshandlung, wenn schon dieselbe ihren Fortgang gewinnen sollte, von demjenigen, was in dem so hoch betheuerten Religionsfrieden einmal verglichen und versichert ist, im wenigsten abzuweichen, oder sich auch dessen, so demselben zuwider den Katholiken entzogen worden ist, zu begeben, sondern daselbe vielmehr zu suchen und zu erlangen, auch besagtem Religionsfrieden nach allem seinem Inhalte treu und fest zu imhoeriren, denselben bei der bevorstehenden Unterhandlung in Allem und Jedem pro norma et regula zu halten, des gänglichen Versehens, man werde auf Seiten der Augsburgerischen-Confessions-Verwandten eines gleichmäßigen Vorhabens, Sinnes und Willens, und den Katholiken ein Anderes und Rechttes zugumuthen keineswegs gedacht sein.“

Dieser Umgang verkündete also das Festhalten am Buchstaben des Rechts. Eben darum berichteten die kurfürstlichen Gesandten heim,<sup>1</sup> daß aus den Vorschlägen „das vielgerühmte friedfertige Gemüth der Katholischen nicht wohl zu spüren sei“. Ähnlich verhielt es sich mit den einzelnen Artikeln. Der erste derselben lautete: „Die Distinction der Augsburgerischen Confessions-Verwandten und der andern Unkatholischen kann Niemandem anders als einem römischen Kaiser gebühren.“ - Der Satz zerstückte die Absicht des Landgrafen Georg, durch die Überweisung dieser Distinction an den Kurfürsten Johann Georg diesem ein Zusammengehen mit der calvinischen Partei der Reichsfürsten zu erschweren oder unmöglich zu machen.

Es bedarf nicht des Eingehens auf weitere Artikel der Antwort. Das Angegebene genügt zu dem Beweise, daß sie dem wohl überlegten Plane des Landgrafen für den inneren Frieden des Reiches wenig entgegen kam.

Dagegen könnte man geneigt sein in dieser Antwort das strenge Festhalten am Rechtsprincipe anzuerkennen, welches nicht sich beugt vor irgend welcher Zweckmäßigkeit. Und doch kommt auch ein anderer Punkt vor. „Nachdem,“ lautet die Stelle, „alle Artikel verglichen und zur Richtigkeit gebracht worden sind ufm., sollen Ratsochsen und Ratbrundenberg, ungehindert des Edictes und dieser Vergleichung jedoch sonst im Übrigen demselben unabträchtig — bei allen ihren nachhabenden

<sup>1</sup> Tzsch 163

Säktern und Mördern, gar keine ausgenommen, wenn auch dieselben sammt und sonders immediat und nach dem Passauer Vertrag und Religionsfrieden eingezoget worden wären, von Dato mit Verlöblich dieses Vergleiches an noch 40 Jahre verbleiben" usw. — Demnach sollte zu Wünschen von Kurfürsten und Kurbraundenburg die Zweckmäßigkeit das Nicht durchbrechen. Und daraus entsprang folgeraht die Frage, wenn im Betreff dieser zwei Haupter der Zweckmäßigkeit so viel vermocht, warum dann nicht auch etwas in Bezug auf andere?

Dem es lagen doch Mahnungen zu einiger Hochguthzucht auch für andere Haupter nahe genug. Vom Jesuitenkurze in Prag an hatte jeder Friedensbrecher den Ruf des Religionskrieges erhoben. Das Schwert der Liga hatte sie niedergeschlagen, Einen nach dem Andern. Aber die Kluge des Religionskrieges verstummt nicht. Sie war wie eine Fodra, der immer zum Kopfe wuchsen. Der Donaukönig hatte abermals diesen Ruf erhoben für den Treberungskrieg, den er im Seide stehender Mächte unternehmen. Es war, namentlich im Kreise Niederösterreich, in freier Erwartung, wie viele Menschen er mit seinem Rufe befehrt, welches mögliche Unheil er dadurch angerichtet hatte. Dann war auch über ihn das Schwert Längs und, in Folge dessen, auch das einzige Wallenstein gekommen, und hatte ihn gezwungen, im Eubester Frieden seine Tugte des Religionskrieges in Gräbungen zu begraben. Es erfolgte das Restitutions-Edict als die reife Frucht einer langen Reihe von Siegen. Schon vorher hatte mehr als einer der Heerführer seine Besorgnis ausgesprochen, daß das Edict abermals zum Rufe des Religionskrieges Anlaß geben könne. Innerhalb des Reiches hatte sich diese Gefahr bis dahin nicht verwirklicht. Aber nun stand ein fremder Krieg auf des Reiches Boden. Die Liga mochte immerhin nicht wissen von seinen Mekten zwei Jahre zuvor im Schlosse zu Upsala, in welchen er seinen Vertrauten den Plan des Religionskrieges im Reiche bis zur Vernichtung der Katholiken darlegte. Auch aus seiner Kriegesankündigung war ein solcher Plan nicht zu erkennen, noch zu erröthen. Und dennoch mußte man nach den zahlreichen Rundgebungen des Schweden, so daheim wie in Polen und Preußen und auch bereits in Bommern, mit Wahr-Heimlichkeit voraussetzen, daß er abermals, wie seine Vorgänger, das Schlagwort des Religionskrieges für sich ausbaiten werde. Es kam also für die Eyscherten darauf an, ihm den Boden für dies Schlagwort so weit möglich zu nehmen. Es fand bei ihnen zu diesem Zwecke die dargebotene Hand des Landgrafen Oertz zu ergriffen, die es freudensiefrigen, todes thätigen Muth durch

das Eingehen auf seine Vorschläge völlig zu gewinnen und durch ihn den schwankenden Kurfürsten Johann Georg und mit ihm die eigentlich lutherische Partei sich zu sichern.

Die Liga nahm nicht an, und dennoch auch verwarf sie nicht. Der mainzische Kanzler Gerson eröffnete, am 20/30. October, dem Festen-Draufschützer, daß seine Bräutigam bereit seien zu einer glücklichen Tageliedt, und schlug zu diesem Zweck die Stadt Frankfurt a/M. vor, als den Tag den 3. Februar 1631. Als oberrath Aufschub, wo die Natur der Dinge schleuniges Handeln gebot.

In Anlaß jenes Vorschlages des Landgrafen Georg betrafte<sup>1</sup> ein bayerischer Fiktor der inneren Zeiten, daß Maximilian später oft schwere Klage geführt über diejenigen, die in Regensburg letzten trüblichen Rathschlägen entgegen getreten seien. Danach ist anzunehmen, daß einige Doppelte der Liga, vermodet durch die Erfolge langer Jahre, in diesem Sinne geredet haben.<sup>2</sup> Jedenfalls war es nicht Tilly, welcher vielmehr damals auf dem Gipfel seiner Ehren sich nicht scheute über die Befreiung des menschlichen Willens, sondern eindringlich zum Frieden mahnte.<sup>3</sup>

Bei Maximilian und Tilly mochte für ein Entgegen-Kommen in die Wege fallen ihre gemeinsame Kunde von der Verschwendung des inneren Hutes der Liga. Diese hatte eine starke Defensivkraft darum entwickelt, weil jene zwei energische Männer an der Spitze standen, weil sie dachten und handelten für die Vielen, die um Schatten jener beiden sicher wohnten. Denken wir uns die Liga ohne diese beiden Männer, ohne Maximilian von Bayern und Tilly. So sehen wir eine Schaar von Bischöfen, Äbten, Abtissinnen, alle mit dem Wunsch und der Bitte der Sicherheit für sich, für ihre Erbsen, ihre Kotten, viele von ihnen indessen auch mit diesem Wunsch, dagegen ohne Gemeinnutz, ohne Opferwilligkeit für das Ganze. Das ist der Eindruck, welchen die vortragenden Briefe jener beiden, ihre Berichte machen.<sup>4</sup> Auf dem Tage zu Regensburg hatten Tillys dringende Beschwerden es durchgesetzt, daß die Liga fortan für 20.000 Rhein das Geld aus der Bundescasse bewilligte und zwar einstimmig. So stand es auf dem Papiere. Als die nächsten Termine waren angelegt der Sonntag Jacobus und Oftern 1630. Am 16. März führte der Kurfürst Maximilian von Bayern bei Mainz schwere Klage, daß von den rheinischen Bundesglüdern noch gar nichts zur Cassa gekommen sei. Der

<sup>1</sup> Adreiter 210.    <sup>2</sup> H. a. D. 209.    <sup>3</sup> H. a. D.

<sup>4</sup> Beilage LXVI zur ersten Ausgabe. Bd. II, 462

Bund war getheilt in diese Zweige: den oberländischen und den rheinischen. Der Director des oberländischen war Maximilian, der Director des rheinischen der Ratzer Fürst. Der oberländische Zweig gehörte dem Andrängen Maximilians und zahlte, wie er mußte und sollte. Die Stimmen des rheinischen fand desgleichen Entschuldigung bei dem Haupte. Es ist bereits erwähnt (S. 460), wie Anselm Casimir sich äußerte. Die Klagen Tillys wurden auch hier zu viel. Man sah doch, daß die Officiere desselben nicht Noth litten, daß sie sogar Güter konnten. Man meinte, es müsse doch so schlimm nicht sein. Wohl manchem dieser geistlichen Herren, der sich des Verlustes seiner Gründe nur noch deshalb erfreute, weil seit zwölf Jahren Tillys Arm sich schützend über ihn streckte, mochte der Feldherr erscheinen wie ein alter ununter zunehmender Murrekopf, und die Kriegskasse desselben wie ein Such, das niemals sich füllte. Man wurde des ewigen Zahlens müde. Die vergangenen Gefahren wurden vergessen, die neuen nicht erkannt. Man hielt sich für sicher, auch wenn man wohl einmal einige Monate im Nothstande sei. Dafür ja, also mochte ein jeder Einzelne für sich meinen, zahlten die anderen. Jeder des Bundes um so prompter und bereitwilliger.

Die Häupter der Liga hatten sehr bald zu erfahren, daß das Huld-Engelken, Huld-Ausweichen vor dem Vorschlage des Landgrafen Georg ihre Stellung gegen einen schärferen Angriff nicht gesichert hatte. Am 20/30. October hatte der hertmannysche Kanzler den Vorschlag zu einem Compositionstage in Frankfurt auf den 3. Februar verläutet. Eine Woche später, am 27. October/6. November, trafen eine Anzahl von Gesandten bei Karmatz eine Denkschrift ein.<sup>1</sup> Die Gesandten bezeichnen sich als die fürstlich sächsischen der Herren Altenburg, Weimar, Coburg, Eisenach, ferner die der Fürsten und Stände des fränkischen und des schwäbischen Kreises, dann die fürstlich Braunschweigischen und Hesse-Casselischen, endlich diejenigen der freien Reichs- und Hansestädte. Schon die Namen Weimar und Hesse-Cassel deuten eine Bestimmung an, grundverschieden von denjenigen des Landgrafen Georg. Ihre Principale, sagen die Gesandten in der Denkschrift, hab der Zuversicht gewesen, durch diesen Convent von dem grundverderblichen Kriegswesen und dem niemals erhörten Procediren der Ausübung des Restriction-Edictes befreit zu werden. Da sie nun die Resolutionen, welche darüber gefaßt, bisher nicht

<sup>1</sup> Kucharp IV, 109

vernehmen mögen, dagegen die Nachricht erfahren, daß der Ausbruch des Conventes bevorstehe: so richteten sie an den Kurfürsten von Mainz nochmals den Wunsch: „E. Kurf. Gn. ufm. wolle noch vor dem Ausbruche durch Deroelben höchst vermögende und vielgeltende Vermittelung die Sachen dahin richten und bringen, daß nicht allein sowohl auferz Gnaden, Herrschaften, Obere und Committenten, als auch andere getreu, gehorsame Stände von den fast in unzählbare Millionen sich belaufenden unaussprechlichen Kriegespressuren, Drangsalen und Dienstverleiten, welche sie bisher wider alle Reichs- und Kreisverfassung ohne einige Proportion, Maß und Ziel ausgeübt, einstens allerdings erleichtert werden, sondern auch (daß) diejenigen Kloster, Stifter, Kirchen und geistliche Güter, welche den gehorsamen evangelischen Fürsten und Ständen durch die ungewöhnlichen Executions-Proceduren mit beschlossener Hand und auch sonst entzogen, denselben alsbald wieder eingehändigt, und dergleichen inskünftig durchaus eingeführt verbleibe.“ Die Schrift fügt weiter hinzu, daß dieses hochwichtige Werk nicht durch Privat-Discurse zu erheben sei, sondern durch Zusammenordnung von beiderseits freundliebenden Kurfürsten und Ständen. — In diesem letzten Satze tritt die Gegenstellung dieser Partei gegen die Bemühungen des Landgrafen Georg stark genug angedeutet hervor.

Es sagt zugleich vor Augen, wie viel ungünstiger die Stellung der Liga gegenüber dieser Forderung war als zuvor gegenüber der Privatschrift des Landgrafen Georg, die von einem nicht-katholischen Fürsten die principielle Anerkennung des Restitutions-Edictes ihnen entgegen trug.

Ungeachtet der höflichen Worte für den Kurfürsten von Mainz persönlich ist doch aus der — man darf sagen — imperativen Haltung dieser Schrift das Grollen eines aufsteigenden Gewitters bereits vornehmbar. Bemerkenswerth ist besonders das zunehmende Bestreben, den von den Wallensteinern erlittenen Klagschmerz und die Beschwerden über das Restitutions-Edict auf dieselbe Stufe zu stellen und in einander zu mengen. Und doch gab es ganze Länder wie Pommern und die sächsischen Herzogthümer, die, von den Wallensteinern hart mitgenommen, vom Restitutions-Edict gar nicht oder kaum verührt wurden. Andererseits haben die Berichte der Commission für die Ausführung des Edictes in Niederlothien und Westfalen dargethan, daß diese Ausführung nirgends auf thörichten Widerstand stieß, also auch einer Waffengewalt nicht bedurfte. Das Vermengen war daher zugleich absichtlich und nachtheil.

Die Denkschrift der Gesandten war an Rumaing gerichtet. Am 12. November, noch am Tage des Aufbruchs, erfolgte die Antwort im Namen aller vier anwesenden Kurfürsten.<sup>1</sup> Ihr Bestreben bei diesem Convente, sagen sie, sei mit demjenigen des Kaisers dahin gerichtet gewesen, den Frieden des Reiches herzustellen. Dieses Bestreben aber sei durchkreuzt durch den feindseligen Einbruch des Schwedenkönigs in das Reich. Dennoch habe man sich über Mittel verglichen, die hoffentlich den künftlichen Ständen die Kriegeslast erleichtern würden. — Über das Resolutions-Edict und dessen Inhalt, so wie über den Augsburger Religionsfrieden, „als welcher aller Tractaten und Handlungen Kern und Richtschnur sein soll“, können sich die Kurfürsten in urgrund eine Disputation nicht erlauben. Damit dagegen die Gesandten das zu Frieden und Einigkeit geneigte Gemüth der Kurfürsten verspüren, seien sie erbötig, alle ihre Religionsverwandten dahin zu vermögen, daß über die geflagten Excesse in der Ausführung des Edictes, und besonders über die Vorschläge, die als ein Privat-Discurs hier und da mitgetheilt worden, gütliche Unterhandlung gepflogen werden solle. Zu diesem Zwecke mögen die fürstlichen Principale der Gesandten zum 8. Februar in Frankfurt a/M. entweder selber erscheinen, oder ihre Bevollmächtigten abordnen. Die vier Kurfürsten wollen den Kaiser ersuchen, daß von Dato an bis zu Ende Februar des nächsten Jahres eine fernere Execution des Edictes nicht statt finden möge.

Diese Resolution traf zusammen mit dem Schlusse des Collegialtages in Regensburg. Wir haben uns zu wenden zu den anderen Ergebnissen desselben.

## 20. Schluß des Collegialtages zu Regensburg.

Von den Hoffnungen, mit denen der Kaiser sich auf den Weg zum Collegialtage nach Regensburg begeben, waren wenige in Erfüllung gegangen. Damals stand die Andauer des inneren Friedens im Reiche in Aussicht. Aber gleichzeitig schon trugen die Bellen der Ostsee den König herüber, der diese Aussicht durchkreuzte, wenn auch die ganze Gefährlichkeit dieses Mannes noch von Wenigen oder kaum erkannt wurde.

Der Kaiser hatte dem Collegialtage fünf Propositionen vorlegen lassen, in der Hoffnung auf die Erledigung derselben in seinem Sinne. Die Kurfürsten dagegen drängten eine andere Angelegenheit in den Vorder-

<sup>1</sup> H. a. C. 110

grund — ihre Forderung Wollenstein zu entlassen. Nach langem schwerem Kampfe gab der Kaiser nach, nicht aus Überzeugung von der Genußschädlichkeit dieses Mannes für das Reich, für ihn selber und sein Haus, sondern aus Ehem vor dem Vortriebe mit den Kurfürsten.

Werfen wir unseren Blick auf die kaiserlichen Propositionen in Regensburg. Voran in der Reihenfolge steht diejenige über die Angelegenheit des Pfalzgrafen Friedrich. Nach einer anleitenden Übersicht des ganzen Krieges, dessen „Uranheber“ der Pfalzgraf, stellt die Proposition an die Kurfürsten die Anfrage, ob nunmehr, bei der beendigten Widerstandlichkeit, dem Pfalzgrafen die Gnadenbüße zu schließen.

Der König Carl I. von England schickte zu Gunsten seines Schwagers Friedrich V. einen Gesandten nach Regensburg, Austruther, den der päpstliche Rath Nussdorf zur Seite stand. Sie überreichten dem Kaiser und den Kurfürsten je ein Handschreiben Friedrichs.<sup>1</sup> In demjenigen an den Kaiser findet sich die Bitte: „Ew. R. Majestät geruchen allergnädigst das was vor diesem zu Dero Willen eint geschehen sein mag, der damals von Andern dazu verleiteten Jugend überlich zu gute zu halten.“ — Zeigt sich hier zum ersten Male bei Friedrich eine Erkenntnis seines Unrechtes, so heißt es dagegen in dem Schreiben an die Kurfürsten: „Es ist Ew. Edd. und dem ganzen Reiche bekannt, daß ich nunmehr in die acht Jahre lang mich keiner Waffen zu weihen nochwendigen Defension gebraucht, sondern die Wege der Gütte allen anderen vorgezogen habe.“

Es fanden Unterhandlungen statt. Wiederum aber hult darn, wie einst Digby in Wien, Austruther den englischen Standpunkt fest, daß zuerst der Kaiser sich über die Restitution des Pfalzgrafen zu erklären habe. Der Kaiser mit der Zustimmung der Kurfürsten, verwarf diese Forderung als eine Verletzung der rechten Ordnung.<sup>2</sup> Die Gesandtschaft erhielt den Bescheid, daß, wenn Friedrich sich zuvor den zu Wulffenhausen ihm vorgeschriebenen Bedingungen füge, der Kaiser ihn der Reichsacht entlassen und aus der zur Zeit von Spaniern besetzten Pfalz ihn ein kaiserliches Entkommen anweisen werde. Weiter gedieh die Sache nicht.

Dagegen hatte Friedrich eben damals wieder die Erfahrung zu machen, welchen Verlaß er an den Freunden hatte, die so lange Jahre

<sup>1</sup> Pander IV, 46 ff.

<sup>2</sup> Darstellung an den Kaiser bei Pander V, 672, an die Kurfürsten eben dort 29.

<sup>3</sup> H. a. O. 101.



ihn und seine Sache für ihre Zwecke benutzt hatten. Carl I. erliehte den Frieden mit Spanien. Aber zwischen ihm und der Republik der Niederlande bestand der Vertrag von Southampton von 1625, dessen hauptsächlichster Zweck, nach englischer Auffassung, die Herstellung der Flak war.<sup>1</sup> Carl I. ließ durch seinen Geheften, den Ritter Bone, den Generalkonstul die Aufforderung zugehen, daß, bevor sie in ihrer Unterhandlung des Stillstandes mit Spanien fertiggingen, sie sich über ihr Verhalten zu dem Vertrage von Southampton in bestimmter Weise zu erklären hätten, Ende 1629.

Den Hochmögenden war in den letzten für sie so besonders glücklichen Jahren der Ruck sehr gestiegen. In ihrer Antwort,<sup>2</sup> vom 5. Februar, sprachen sie ihre Bereitwilligkeit aus an dem Vertrage von Southampton festzuhalten, und sagten hingu: die Unterhandlung eines Stillstandes sei zwar von spanischer Seite angeboten, jedoch von den Hochmögenden noch niemals in Beratung genommen. — Döher hatte vielleicht bis dahin die Republik noch nie geredet.

Ein kundiger Hollander jener Zeit stellt den Gang der Dinge dar wie folgt.<sup>3</sup> „Der gute König (von England) dachte man würde ohne ihn weder zum Frieden noch zum Stillstande gelangen können. Allein man achtete dessen so wenig, daß man ihm zur Genüge den Weg zeigte, allein und für sich besonders mit Spanien zu handeln. Es war vorausgesehen, daß es dazu kommen würde. Und die Hochmögenden sahen das nicht ungern, weil das ihnen die Aussicht eröffnete, befreit zu werden von der lästigen Bedrängung Karpfals herzustellen.“ — Auf jene Erklärung der Bereitwilligkeit an dem Vertrage von Southampton festzuhalten, antwortete Bone am 26. Februar: der hauptsächlichste Zweck desselben sei die Herstellung der Karpfal; darüber erwarte der König von der Republik eine entsprechende Erklärung.

Die Hochmögenden hatten damit keine Gile. Beim Abschiede am 10. Mai erinnerte Bone daran, daß er die Erklärung noch nicht erhalten habe. Indem es den Hochmögenden klar vorlag, daß es nicht in der Macht Spaniens stehe, durch einen Friedensvertrag die Karpfal herzustellen, England aber in der Zwangslage sich befinde, den Frieden mit Spanien zu schließen so wie so, antworteten sie, daß sie dem Ver-

<sup>1</sup> Arzema III, 111.

<sup>2</sup> H. a. O. 112. dat de Treves handeling wel van wegen Spaguen aangeboden, maar noch niet by haer Ho. Mog. in delibetatie was ghenomen.

<sup>3</sup> H. a. O.

frage von Southampton auch ferner getreu nachleben würden, insoweit auch der König es thue.

Im August hörte Bane zurück nach dem Haag.<sup>1</sup> Er eröffnete, daß Carl I. mit Spanien sich in Friedenshandlung befinde, und daß Spanien guten Willen habe auch zum Frieden oder Stillstande mit den Generalstaaten. — Diese beharrten bei ihrer früheren Antwort. Im November sagte Bane abermals dar,<sup>2</sup> daß der Friedenshandel mit Spanien vorrücke, er dagegen von der Republik eine bestimmte Antwort noch nicht erhalten habe.

Die Holländer antworteten ausweichend. Im Anfange December eröffnete Bane seine Absicht der Heimkehr. Die Generalstaaten ließen ihm eine ungewöhnlich schwere goldene Kette zustellen.

Unterdessen war der Friede zwischen England und Spanien bereits am 15. November in Madrid geschlossen, und am 15. December dort verkündet.<sup>3</sup> Der 30. Artikel hielt den Generalstaaten den Beitritt offen. Sie machten davon, wie nach ihrem erneuten Bündnisse mit Frankreich vorauszusehen, keinen Gebrauch. Beiderseitig ward der römische Kaiser in den Frieden eingeschlossen. Der Name des Vizegrafen Friedrich, der einst dem Vertrage von Southampton und dann im December 1625 der Haager Allianz zum Vorworte gedient hatte, wird in den 34 Friedensartikeln nicht genannt. Der König Carl I. schrieb an die Generalstaaten eine Entschuldigung<sup>4</sup> für seinen Friedensschluß, ohne auch dabei seinen Schwager zu benennen. Er berief sich auf l'exigence pressante de nos affaires. — Die Holländer, die ja vorausgesehen, wohin die Sache führen würde, nahmen es ihm nicht übel. Vielmehr waren sie froh, auf diese Weise frei genommen zu sein von der, wie sie es nannten, penibelen Bedingung der Herstellung des Vizegrafen. Eine Woche von Jahren hatte der Name Friedrichs den Hochmögenden die nützlichen Dienste geleistet, daß sie unter diesem Namen den Rausfeld und den Christman und Andere als Brandfackeln in das Reich schickten, um durch den inneren Krieg desselben für sich desto sicherer zu sein. Diese Zeit war vorbei. Der Name Friedrichs war verbraucht. Nützlicher war fortan zu dem gleichen Zwecke der Schwede.

Wie dagegen von Anfang des Krieges an, ungeachtet aller Mahnungen des Generals Tilly, die Liga nicht zur Gnüge erkannt hatte,

<sup>1</sup> H. a. D. 300.      <sup>2</sup> H. a. D. 302.

<sup>3</sup> H. a. D. 304.      <sup>4</sup> H. a. D. 316.

daß im Haag hauptsächlich sich das Gedächtniß befand, welches das Krieges-  
feuer in Deutschland schürte: so sehen wir sie auch auf dem Collegial-  
tage in Regensburg abermals sich ablehnend verhalten gegen die kaiser-  
liche Proposition, daß den geschehenen Übergriffen der Holländer mit  
Rachdruck gewehrt werden müsse. Die Abneigung der Häuser der Liga  
gegen Spanien, ihre geringe Willigkeit irgend etwas zu thun, was der  
spanischen Politik zu gute kommen könnte, war auch hier ein unwirkender  
Factor. Andererseits hatte gerade derjenige Fürst der Liga, der auch  
während des Friedens mehr als andere von den Übergriffen der Hol-  
länder zu leiden hatte, der Kurfürst Ferdinand von Köln, immer am  
lautesten seine Stimme gegen den offenen Krieg erhoben. Im Bezug  
darauf schrieb<sup>1</sup> ein Augenzeuge der Vorgänge in Regensburg: „Alle  
Häuser der Liga, und voran der Kurfürst von Köln gegen jeglichen  
Frieden, wie immer beschaffen, dem offenen Kriege mit den General-  
staaten vor“ — Formell betraf sich die Liga gegen die Forderung des  
Kaisers darauf, daß ein früherer Reichstag dem niederländischen Kriege  
gegenüber die Neutralität beschloffen, und dieser Beschluß nur durch einen  
Reichstag wieder geändert werden könne.

In der Voraussicht, daß von Regensburg aus gegen die Holländer  
nichts geschehen werde, versuchte Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg  
den Weg der Güte. Er traf im Haag ein, mit stattlichem Gefolge,  
am 19. Juli.<sup>2</sup> Er legte den Generalstaaten den Stand seiner Differenz  
mit Kurtrankenburg über das Erbe des Herzogs Johann Wilhelm der  
Rin 8. März 1629 vor zwischen ihm und dem Kurfürsten Georg  
Wilhelm ein Theilungsvertrag errichtet, welchem gemäß dem Herzog  
die Option zustand. Er erklärte nun, daß er seine Wahl getroffen, daß  
er Elsenz und Jülich für sich nehme und Berg dem Kurfürsten über-  
lasse. Er ersuchte dann die Generalstaaten um Abführung ihrer Truppen  
aus diesen Ländern.

Dem Hochwiegenden war diese Eröffnung nicht genehm.<sup>3</sup> Der  
Herzog war ein sehr fähiger, einsichtiger Mann, ungemein höflich, so  
daß alle Regierungsacten durch seine Hände gingen. Er Redete sich  
spanisch, trug den Orden des goldenen Vlieses, war über die Maßen  
höflich und gewinnend im Umgange mit Fremden. Ende deste mehr

<sup>1</sup> Jörssner bei Pater II, 824

<sup>2</sup> Astruc III, 271. Der Schriftsteller von dort hat auch danach bei Sen-  
corp IV, 116 zif. <sup>3</sup> Astruc III, 272.

was hy hier suspect.<sup>1</sup> — Daher wollten die Hochmögenden ihn nicht in Cleve zum Hochhern. Sie wollten lieber, daß er in Düsselдорff bliebe, also die Wahl getauscht würde.

Es wurden darüber eine Reihe von Schriften gewechselt. Die Hochmögenden setzten, wie bisher immer in dieser Angelegenheit, endlich ihren Willen durch. Am 26. August<sup>2</sup> erklärte Wolfgang Wilhelm, daß er nachgebe und dem Kurfürsten von Brandenburg das Land Cleve belasse.

Auf die Bitte Wolfgang Wilhelms um Abführung der Truppen aus den Ländern Jülich, Cleve, Berg erklärten sich die Generalstaaten bereit, wenn zuvor auch die Infantin, der Kaiser, die Liga für sich diese Zusage abgeben und ausführen würden. Die Infantin ihrerseits gab dieselbe Erklärung, wenn gleichzeitig auch die Generalstaaten ihre Truppen abführten. Nur Jülich, Orton, Sutarth wollte sie behalten. Auf weitere Vorstellung war sie bereit, auch diese drei Plätze zu räumen, wenn gleichzeitig die Holländer Bevel, Emmerich, Nees zurückgäben.<sup>3</sup> — Eine entsprechende Erklärung<sup>4</sup> gaben am 4. November die Häupter der Liga in Regensburg, am 9. der Kaiser.<sup>5</sup> — Da, wie in solchen Fällen üblich, von keiner Seite her der Anfang gemacht wurde, verblieb alles beim Alten.

Wie jurist in der Sache Wallenstein, dann in der italienischen Friedensangelegenheit, ferner in der Frage der Abwehr der Holländer, so trägt auch sonst der Collegialtag in Regensburg vielfach das Gepräge der Unzufriedenheit, des Gegenjages wider die kaiserliche Regierung.<sup>6</sup> Besonders treten hervor die Beschwerden über die Consecationen der Güter derjenigen Welken, die rüst den Fahnen des Marsfeld, des Durlochers, Christians des Lollen gefolgt waren. Viele Reichsfürsten hatten den Einwand erhoben, daß in Folge des Weiden-Kassens der früheren Kaiser und durch die lange Gewöhnung dies Recht des Fiskus ihnen gebühre. Ferdinand II. ließ das nicht gelten. Wir haben wiederholt von Wallenstein vernommen, daß der Kaiser diese Weidenkühr ihm zur Belohnung der Officiere zugesandt hatte. Besonders gefährdet war der kaiserliche Commislar Wolf Rudolf von Cssa,<sup>7</sup> dessen scharfer Blick jedes Vergehen dieser Art auszuspähen verstand. Am 27. September

<sup>1</sup> H. u. O.      <sup>2</sup> Das Datum ergibt sich aus der Antwort der Generalstaaten vom 26. August bei Altsema III. 289: eergisteren.

<sup>3</sup> H. u. O. 202.      <sup>4</sup> H. u. O.      <sup>5</sup> H. u. O. 200      <sup>6</sup> Man vgl. die ganze Haltung des Ortes von Jortner, bei Schut III, 616 u.      <sup>7</sup> Pappas 41.

legten die Kurfürsten in Regensburg Hürsproche ein für Mitglieder der schwäbischen Ritterschaft, die, anfangs durch ihre Verbungen verletzt, dann doch den Abberufungs-Mandaten Folge geleistet hatten.<sup>1</sup>

Zu Hinblick auf das Verfahren überhaupt sagt ein dem Kaiser nicht wohlgefälliger Zeitgenosse<sup>2</sup>: „Keine Handlung des Kaisers ist ihm so übel genommen worden, wie diese Maßregel der Confiscationen.“ Er führt weiter aus, daß dieses an sich selber harte Verfahren noch härter erscheine durch die Habgier der Minister. In seiner freundseligen Stimmung schildert er dieselben wie folgt. „Nachdem diese Oarpen des Hofes Böhmen, Mähren, beide Osterreich mit ihren Griffen besudelt, und unter dem Vorwande des Verbrechens der Majestäts-Beleidigung und verbotener Religionsübung eine beslagenwerthe Schaar von Edel-leuten aus ihren Erbgütern hinzugeschrieben, wehren sie bei nicht genüßter Wer ihre Krallen, um zu unserer Schande auch die Güter im Heude zu verwickeln. Ihre Begehrlichkeiten ward gesteigert durch das Gesehehn-Können des Kaisers, welcher, seinen Ministern gefolgt, dem Bösen desto geringere Schen einflößt, je losender diesem der Gewinn erschien. Daß derartige Mißden geführt wurden, dazu hatte Indulz gegeben eine kund gewordene Äußerung Werdenbergs, die Güter der fränkischen Ritterschaft seien den Mitgliedern des geheimen Rathes überwieien zur Bezahlung für die seit vielen Jahren rückständige Bezahlung und zum Lohn ihrer Mühen und ihrer Treue.“

Der Kaiser war mit dem schelichen Wunsche nach Regensburg gekommen, daß durch die Wahl seines Sohnes zum römischen Könige die Excession seinem Hause verbleibe. Vor allem haben seine Witten vorher an Wallenstein um die Entloftung Brandenburgs von dem Striegel-drucke und gezeigt, welchen Werth er darauf legte. Es mag dem Kaiser damals nicht klar geworden sein, daß gerade das Wolten dieses selbst Wannes, den er für unentbehrlich hielt, hauptsächlich beirrug, ihm wie so manches Andere, auch diese Aussicht zu verscherzen. Von den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg haben wir vernommen, daß das hauptsächlichste Motiv für sie sich nicht nach Regensburg zu begeben, bestand in ihrer Besorgnis vor der Aufforderung zur Wahl. Dennoch scheint die Umgebung des Kaisers an der Hoffnung des Gelingens noch lange festgehalten zu haben. Es verlaute,<sup>3</sup> daß ein poetisch begabter

<sup>1</sup> Reichstagsacten von 1630.

<sup>2</sup> Schütz III, 428.

<sup>3</sup> Freyher bei Schütz III, 427.

Erst am letzten Abend ist unbekannt, auf die Wahl Herdmanns III. ein Wochel in Nürnberg habe drucken lassen.

In Regensburg drängten die Erörterungen über die Entloftung Wollenshaus für längere Zeit alles Andere zurück. Erst am 23. August, wo Streclendorf sein Gutachten für die Ernennung des Kurfürsten von Bayern zum Nachfolger abgab, finden sich darin die Worte, daß „man nur die Successionsfrage aperte betreiben könne“. Allem die Ernennung erfolgte nicht, und darum ward auch die Successionsfrage nicht offen betrieben. Dagegen erzählt man, daß Eygenberg, gütlichmüthig wie er war, die Kurfürsten und die Verwandten beriet, in ihren Wohnungen aufzusuchen. Er wies in seinen Reden hin auf die wankende, mancherlei Brandbecken unterworfenen Verfassung des Reichs. Er legte Hervorhebung an an die Liebe zum Vaterlande, dessen Wohl einen guten Nachfolger erfordere. Er schilderte die Uebelstände eines Interregnums. Er machte die Verdienste des kaiserlichen Reichs geltend, die Befähigung des Königs Ferdinand. — Die Kurfürsten antworteten mit wohlklingenden Reden, mit höchstem Danke für die kaiserliche Sorgfalt um das Gemeinwohl. Aber sie hielten die Reichsverfassungen entgegen. Nach der goldenen Bulle müsse ein Wahltag anberaumt zu diesem Zwecke angesetzt werden. Auch komme viel an auf die genaue Kunde der Sachlage: diese erfordere Zeit und reiche Berathung. Ferner bestimme die goldene Bulle Frankfurt zum Wahlort. Endlich auch dürfe man nicht einen Anstoßpunkt für Wägen geben, als sei die Wahl nicht nach freiem Willen der Kurfürsten erfolgt, sondern unter dem Zwänge der umgebenden laienlichen Mächte. — Auf diese Weise gelang es den Kurfürsten mit kluger Vorsicht hinauszuschieben, was sie nicht offen abschlagen wollten.

Bei Johann Georg hatte Eysenberg durch den Gesandten Militz die Wahlsache direct angeregt. Johann Georg antwortete am 27. September/7. October mit einem Schreiben\* an den Kaiser, welches mit langem Vortischwasse über die Noth der Zeit seine Reizung umhüllte.

Es erscheint wie eine Rückschlussschlußung, daß die Parteien tätig waren, in Weggaburg die Rastern zu fernen. Am 30. September

<sup>1</sup> *Swartz, The Columbia GEO*, at 57.

\* Hofrath bei Punkt 11, 627. P. war in Wageröthung anwesend. In dem Nachstehenden sage ich ihm. Die Gesez einer künftigen Einwirkung durch P. Jolech ist so zu erklären und überlegt — bei Punkt 181 — daß es so für überflüssig halte sie zu beweisen.

• **Rechtsanwältinnen von VMD.**

erging der Befehl des Kaisers an den Rath von Nürnberg, die Reichs-  
kleinodien nach Regensburg zu schaffen.<sup>1</sup> Am 12. October fand die  
friedliche Handlung statt.

Unterdessen zogen sich zwischen den kaiserlichen und den kurfürst-  
lichen Räten die Erörterungen über die gegen den Schweden zu ent-  
sendende Kriegesmacht lange hin. Zu diesem Hörgen mag beigetragen  
haben die Hoffnung, gestützt auf das Schreiben des Kurfürsten vom  
13. August und auf das kaiserliche vom 18. August, daß mit dem Schweden  
dennoch friedlich abzukommen sein werde. Bei jenen Beratungen war  
von besonderer Wichtigkeit die Frage, wie das kaiserliche Heer besetzen  
sollte, wenn nicht nach der bisherigen Wallensteinischen Weise. Am  
4. October machten die kurfürstlichen Räte den Vorschlag, daß die Mittel  
von den Kreistagen zu bewilligen seien.<sup>2</sup> Man schlug die Kosten für  
ein Heer von 24,000 Mann an auf jährlich 6 Millionen Gulden, also  
den Mann im Durchschnitte auf 100 Gulden jährlich. Es war also  
der Wunsch und die Absicht, dem Systeme Wallenstein ein Ende zu  
machen, und dasjenige der Liga, die Hälfte der Kosten aus der Bundes-  
casse zu zahlen, auch für das kaiserliche Heer zu Grunde zu legen. Nach  
einem kaiserlichen Beschlusse sollte fortan die kaiserliche Armee aus  
40,000 Mann bestehen, diejenige der Liga aus 20,000.<sup>3</sup>

Erst gegen Ende October traf die Antwort des Schweden ein,  
welche keine Hoffnung einer friedlichen Beilegung übrig ließ.

Demgemäß konnte nun endlich auch mit Tilly über die Annahme  
des Oberbefehls definitiv verhandelt werden. Es geschah durch den  
Grafen Trautmannsdorf und den Kriegsrath Quisberg.<sup>4</sup> Man wußte,  
daß der einundfiebenzigjährige Mann nicht sehr geneigt war. Der  
Venetianer Benier, der in Regensburg mit ihm in persönlichen Be-  
ziehungen stand, sagt<sup>5</sup> von ihm: „Im vorgerückten Alter stehend, war  
er abgehärtet und von kräftiger Constitution. Es war seine Absicht sich  
zurückzuziehen, um in Ruhe seine Tage zu endigen.“ Es findet sich  
auch die Nachricht, daß er gedacht habe, sich in ein Kloster zu begeben.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> E. u. O. Adressen Nr. 212.    <sup>2</sup> Reichstagsprotokoll von 1630.

<sup>3</sup> Reichstagsprotokoll von 1630.

<sup>4</sup> Ferner 96 gibt dazu das Datum des 8. November, als nach kaiserlichen  
Berichten.    <sup>5</sup> Zitiert I, 164.

<sup>6</sup> Parival, abrégé de l'h. de ce siècle de fer. Bruxelles 1806 p. 24.

Dieses Verdict tritt auch im nächsten Jahre wieder auf. Eine bestimmte Äußerung in dieser Richtung liegt nicht vor.

Wie immer dem sei, die Aufforderung muthete dem Greife eine schwere Last, ein großes Opfer zu, und zwar nicht bloß in Betreff der Führung an sich. Wenn er das Commando nach der kaiserlichen Truppen übernahm, war es die unvermeidliche Consequenz, daß er zugleich ein Erbfeind des Hasses der mißhandelten Menschen gegen seinen Vorgänger antrat. Den bisher Wallensteinischen Obersten dagegen, die ein Jeder in seiner Art dem Führer nachgeahmt und hinabgeblickt hatten auf das minder vornehme Pöbel der Kaja, konnte die Aussicht auf die Leitung durch die feste Hand Lillys kaum zusagen. Er durfte auf ihre Willigkeit nicht so rechnen wie auf die der Seinigen. Unblich stellte ihm die Aufforderung die dornige Aufgabe, zwei verschiedene Kriegsherren zu haben, deren Interessen nicht immer zusammen fielen, und von denen doch weder der Eine noch der Andere ihn ausrüstete mit der discretionären Gewalt, die Wallenstein im eigenen Interesse so oft sich genehmigt, und die dagegen Lilly als demjenigen, der selbstlos nur für der Sache lebte, gebührt hatte. Um dieser Sache willen jedoch brachte Lilly das Opfer seiner Person und nahm an.

In dem Abschiede<sup>1</sup> des Collegialtages sagt der Kaiser, daß die Kurfürsten ihm den Rath gegeben, zur Vermeidung der bisher verspürten Ungelegenheit und Unordnung die Mittel zur Kriegsführung bei den Kreistagen zu suchen. Zu diesem Zweck habe er Commissionen ernannt „Inzwischen aber, und bis solche Bewilligung erlangt werde, haben die kaiserlichschreibenden Fürsten nicht unterlassen, durch besondere Patente den gesammten Ständen den gegenwärtigen Zustand des Reiches zu erklären zu geben und um Continuirung der mitleidlichen Hülfe zu ermahnen.“ Der Kaiser verspricht dafür gute Kriegesdisciplin. Er schließt mit dem Appell: „Es versehen sich J. K. M. hingegen zu den gütterzigen Kurfürsten und Ständen des Reiches: sie als Glieder und treue Stände werden Ihrer M. (als) ihrem Haupte mit Rath und That ihrem äußersten Vermögen nach gütwillig beizubringen, werden ferret, wenn je kein anderes Mittel zum Frieden zu gelangen, sich nicht entgegen sein lassen, ihr und des H. Reiches Freunde, wo immer dieselben zu finden, zu verfolgen und zu dämpfen. Denn die Erfahrung hat bisher mehr als genugsam mit sich gebracht, daß alles Unheil, darin das

<sup>1</sup> Rnders IV 101.



H. Reich bisher aus einem Krieg in den anderen gestürzt, mehr aus Controvenz und Zusehen als aus der Feinde Macht gelassen.“

So wahr diese Worte an sich sein mochten, so fragte es sich, ob dieser Appell an den guten Willen noch allem was in den letzten fünf Jahren vorgegangen war, noch Gehör finden würde. „Das Ende des Collegialtages war,“ sagt ein scharf blickender Zeitgenosse, „daß zwar die Bünden des H. R. Reiches offen lagen, jedoch keine Heilung dafür gefunden wurde.“ — Dagegen stand seit Monaten schon auf dem Boden des Reiches der fremde König, der mit scharfem Blicke diese Bünden er-  
spähete und mit geschickter Hand nicht sie zu heilen, sondern ihr die Zwecke seiner Habsier und seiner Herrschsucht weiter aufzureißen suchte.

### 21. Kaiser Karls Kriegsplan im Herbst 1630.

Am 17/27. August, nach dem Erfolge Christian Wilhelm in Magdeburg, hatte der Schwedenkönig vom Schlosse Wolgast aus seinem Rangler den Kriegsplan der nächsten Zeit dargelegt. Torquato Conti in dem besetzten Lager zu Breitenhagen und Garz war nicht stark genug zu einer Offensiv-Bewegung. Dazu litten seine Truppen an Mangel und Krankheit. In der Voraussicht daher daß bei der herannahenden Winterzeit diese Übelstände an sich selber ausreichen würden, den Gegner völlig lahm zu legen, war der Schwedenkönig nicht Willens sich dort zu engagieren, sondern zog vor, nach Mecklenburg hinein, wo die kaiserlichen Truppen gering an Zahl, sich auszubreiten und die ganze Gegend in seine Gewalt zu bringen.<sup>1</sup> Er überließ das Commando über die Truppen in und um Stettin dem J. M. Horn und begab sich mit der größeren Macht nach Stralsund, im Anfange September.

Unterdessen ward von den kaiserlichen Truppen eine grausige Kriegesthat an der Stadt Bayreuth verübt. Die Stadt sollte dem kaiserlichen Obersten Wey Kontributionen entrichten, die über ihre Kräfte gingen. Da sie es nicht vermochte, ließ Wey durch drei Compagnien die achtzehn vornehmsten Bürger aus der Stadt holen, und nach Garz und Lager führen. Im Anfange September kamen ein paar schwedische Compagnien und besetzten den Ort, der durch eine so geringe Zahl nicht vertheidigt werden konnte. Am 7. September traf Wey mit 3000 Mann vor der Stadt ein. Unverweilt ließ man Sturm. Die Haufen dringen ein, und es beginnt, was man mit richtigem Namen benannt hat: die

Fappus 53. <sup>1</sup> Chrensch 78.

Schlächtere! von Pasewalk. Es ist eine der unfeglichsten Bluttthaten dieses Krieges. Als nichts zu morden und zu rauben übrig war, ließ Wg die Flammen empor lodern, gebot zu schüren, und erwiderte den bittenden Officieren: er habe sich hoch verschworen, darum müsse alles brennen bis in den Grund.<sup>1</sup>

Es ist zu beachten, daß der Berichtstatter, der als Bürger von Pasewalk und Augenzeuge das grauenhafte Ereignis erzählt, nichts weiß von einem Religionsfanatismus der Bürger und Mörder. Sie erkennen ihn als eingestrichelte Teufel. Und freilich erwidern sie einem Geistlichen, der sie an ihre Christenpflicht erinnert: „Was sollten wir Christen sein? Wir sind lebendige Teufel und auch keine Teufel.“

Bei diesem Anlasse erfahren wir daß nicht bloß in dem Kurfürsten Johann Georg und in dem Herzoge Bogislas von Pomern sich Bewunderung regte über das Benehmen der Wallensteiner bei der Überhast und der Handlung des Schweden. Das Stöhnen war allgemein in der ganzen Bevölkerung des Landes. „Die Stadt Pasewalk hatte keine Schuld,“ sagt der Bürger Loper. „Denn die Kaiserlichen haben sie, wie vorher alle Seerorten, gutwillig verlassen, und dem Schweden Thür und Thor aufgemacht.“<sup>2</sup>

Auch die schwedischen Schiffe sammelten sich bei Stralsund, denn der Plan des Schweden war auf eine mecklenburgische Seefahrt<sup>3</sup> gerichtet, Rostock oder Wismar. Der Wind jedoch war andauernd entgegen. Nach zehn Tagen vergeblichem Warten, am 21. September/1 October, gab der König den Plan auf und marschirte zu Lande nach Damgarten, wo die Dietrich Pomern und Mecklenburg vor einander standen, überschritt unter einigen Verfechten die Grenze und nahm den Paf von Ribnitz.<sup>4</sup>

Von dort aus erließ er, am 28. September/8 October, an Rander<sup>5</sup> an die Städte und Unterthanen von Mecklenburg. Mit Bewunderung, sagt er darin, habe er vernommen, daß sie wider Gottes ausdrückliches Gebot, wider ihre Pflicht gegen ihren Fürsten und das Vaterland, bevorab aber gegen die allein selbige ewigkeithliche Gewinne, abgefallen und zum Theile gar in Wallensteins Dienste getreten seien. Darum fordert er die Mäxte auf, sich so gut wie möglich bewaffnet im

<sup>1</sup> Lauenz Paswalckenau, daß ist Histor von der zu Pasewalk in Pomern also Beschafft ist der Pomersche Bürger Christian Loper.

<sup>2</sup> H. u. D. 12.    <sup>3</sup> Chronik 81.

<sup>4</sup> Die schwedischen Geschichtschreiber jetz sind über die Vorgänge sehr unrichtig.

<sup>5</sup> Vollständig im Inventarium Suecicæ 269.

schwedischen Lager einzustellen, alle Anhänger Wallensteins aber die für ihn Commanda, Namen und Titel führen, in das schwedische Lager zu bringen, oder todt zu schlagen, oder zu vertreiben. Er fordert nicht bloß: er drohe, und zwar mit den Worten. „Wenn Ihr denn nicht nachkommet, wenn Ihr Euer Wohlleben, Eure Habe und Güter mehr respectirt und liebt, als Eure Pflicht, Ehre und Seligkeit. So wollen wir Euch als Feindselige, Treulose, Abtrünnige, ja ärgere Feinde und Verächter Gottes, als die Widerwärtigen selbst, mit Feuer und Schwert verfolgen und bestrafen.“

Wie die Pommeren dem fremden Könige nicht entgegen gekommen waren, so nicht die Medlenburger. Sie thaten nichts freiwillig. Dem Medlenburger erschien im schwedischen Lager.

Eine ähnliche Aufforderung erhielt der Schwede an die Stadt Rostock besonders. Die Kaiserlichen kamen zuvor, und brachten eine Verstärkung der Belagerung in Rostock ein. Dazu schickte Torquato Conti dem Obersten Capelli mehrere Regimenter zu Hülfe. Gustav Adolf mußte sich überzeugen, daß zunächst in Medlenburg nicht viel auszurichten war.

Unterdessen war das kaiserliche Schreiben vom 18. August zum zweiten Male an ihn gelangt. Der ersten Ausfertigung hatte der Schwede die Annahme wegen nicht genügenden Titels verweigert. Bevor er das Schreiben beantwortete, legte er, noch von Mühsal aus, am 8./18. October, an der ihm eigenthümlichen Redeweise dem Kanzler Oxenstierna und zugleich dem schwedischen Reichsrathe seine Meinung über den Stand der Dinge dar.<sup>1</sup>

„Aus welchen hochwichtigen Ursachen und Umständen wir zu diesem Kriege gekommen sind, thut nicht noth Euch gegenüber, Herr Kanzler, zu wiederholen, weil Ihr ja zuvor mit uns genug erwogen und befunden habt, daß die Sicherheit des Vaterlandes gegen die Gränznähe unserer Feinde nicht auf andere Weise und zu mehr gelagerter Zeit in Acht genommen werden könne, als daß wir, wie geschehen, unsere Waffen hinüber tragen würden. Uns steht nunmehr zu bedenken, wie der Krieg in solcher Weise geführt werden möge, daß wir das gewünschte Ziel, die Sicherheit des Vaterlandes, erreichen. In Bezug darauf erblicken wir noch solche Gelegenheiten und Vortheile, daß, wenn uns nur die Mittel zur Ausführung unserer Absichten zu Gebote stünden, dieser Krieg, mit Gottes gnädigem Verstande, vermuthlich binnen kurzer Zeit einen guten Ausgang gewonnen kann.“

<sup>1</sup> Archiv I, 235. Oxenstiernas brevvechling I<sup>o</sup>, 453.

Wir haben keinen Zweifel, Ihr werdet uns und darüber einig sein, daß die Absicht des Hauses Oesterreich dahin zielt, das ganze Deutschland unter sich zu zwingen und ihm eine andere Form zu geben, so wir zugleich, daß das Haus Oesterreich mit sich selber darüber einig ist, die evangelische Religion in Deutschland völlig auszuretten und anstatt derselben die päpstliche Lehre wieder zu pflanzen. Auch wissen wir wohl, daß Ihr unsere und des Vaterlandes so wie der gesammten Nachbarschaft davon abhängende Gefahr gar Wenige erwidert, wir das alles so verstehen und zum Öfteren erörtert ist. Dennoch<sup>1</sup> nehmen wir nun einigermaßen wahr, sowohl aus einem Schreiben der Kurfürsten als besonders demjenigen des Kaisers — welches jetzt in einer solchen Form an uns gelangt, daß wir zur Ablehnung keine Ursache haben — daß sowohl der Kaiser als auch die Reichsstände zu einem Vergleich mit uns neigen, und gern sehen, daß sie dieses Krieges ledig werden möchten. Gleichwohl weil wir aus demselben Schreiben gar Wenige ersehen können, daß uns bei dem Stande der Dinge keine andere Friedensbedingung vorge schlagen wird, als daß wir, ohne alle weitere Gewähr für unsere und unserer Nachbarn Sicherheit, und auf unsere frühere Ungewissheit zurückgehen, und alles was wir hier mit schwerer Mühe und Unkosten gewonnen, verlassen sollen: so können wir es nicht für vernünftig halten, uns in einen so unverträglichen Record einzulassen. Denn, wenn wir in solcher Art von hier gingen, würde ein so fruchtloser Abzug mit schweren Kosten anstatt der Sicherheit eine Gefahr für uns bereiten und eine große Re-putation verurachen, auch endlich unseren Feinden den Vorteil ge- währen, nachher in Deutschland ohne weiteren Widerstand alles nach ihren Wünschen und Absichten zu unterdrücken, zugleich uns und die Krone Schweden anzugreifen, ferner so wie jetzt mit dem Reformieren an allen Orten in Hüte und mit Gewalt fortzufahren, und darauf alle ihre Gedanken zu richten. Wir sind daher der Meinung, keinen anderen Vergleich mit unseren Feinden eingehen zu können, als daß über ganz Deutschland ein neuer Religionsfriede festgestellt und bestätigt, auch unsere Freunde und Nachbarn in den früheren Stand wieder eingesetzt werden, so daß durch ihre Sicherheit auch wir daher aus sicher fühlen mögen. Zu diesem Ziele sehen wir keinen andern Weg noch Mittel, als daß

<sup>1</sup> Sa ändrak Vi sagorledes upprendera, både at Churfurstarnes och erikannerhgen kejsarens bref, att kejsaren så val som romerska Riks ständerne till en Dräkning med Oss inlämnade, och gärna se, att de detta kriget quite varda måtte.

mit dem Kaiser selber etwas näher anrücken, und zugleich die Geistlichkeit, die auf seiner Seite steht, des Krieges überdrüssig machen. Denn, wenn es gelänge, daß wir an die Erbländer des Kaisers kommen könnten und ihm seine eigenen Mittel benähmen, so hätten wir dadurch auch die Gelegenheit und den Vortheil, ihm die Contributionen abzuschneiden, die er jetzt zum Unterhalte seiner Armeen von unseren umliegenden Religionsverwandten auspreßt. Demnach würde die ganze Kriegslast sich auf ihn und die papistische Geistlichkeit abwälzen. Dann glaubten wir gewis, daß wir sowohl für uns als für unsere Religions-Verwandte sehr bald solche Friedensbedingungen erlangen könnten, von denen wir Uthe haben wurden.“

„Um nun das ins Werk zu richten, haben wir erwogen und dafür gehalten, das beste und bewährteste Mittel werde sein, uns für den nächsten Frühling so stark zu machen, daß wir fünf verschiedene Armeen errichten und sie in der folgenden Reise gebrauchen können. Erstlich daß wir mit einer Armee unter unserer eigenen Führung diese Länder, die wir bereits inne haben, und die Gesandte mit Sicherheit behaupten. Ferner daß Herr Gustav Horn und Herr Lauris mit zwei Armeen unsere Herrschaft am Oberstrome aufrecht halten, und zugleich ihr Bestes thun, um die Mark Brandenburg in Devotion zu bringen, dann nach Schlefien vorzudringen und dort in des Kaisers eigenem Lande Fuß zu fassen. Die dritte Armee aufzurichten haben wir nun gute Gelegenheit mit Magdeburg, wo der Administrator bereits 3000 Mann zu Fuß und einige hundert Reiter beisammen hat. Damit hofft er uns die Elbe zu sichern, so wie auch mit Juthen unserer eigenen Armeen, die wir jederzeit mit der seinigen vereinen können, den zwei Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg Kraft zu machen und Gelegenheit zu geben, mit uns zusammen etwas Gutes auszurichten. Zu der fünften Armee macht uns Aussicht der Erzbischof, das Stift und die Stadt Bremen, wie auch die Städte Braunschweig, Hildesheim u. a., die alle uns geneigt, zu diesem Zwecke mit Dr. Salmas heimlich correspondieren und allein darauf warten, daß wir ihnen etwas Kriegeswill gelenden, auf welches sie sich stützen können. Zu diesem Zwecke wollen wir dahin bestimmen Hamilton mit den 10.000 Engländern und Schotten, die er für uns werden will, woge dem Vernehmen nach er auch von dem Könige von England jetzt unterstützt wird. Auch meinen wir dazu durch den Obersten Leslie, den wir dem Hamilton beordnen wollen, vier Regimenter zu Fuß und 1000 Reiter werben zu lassen, welche Truppen sich an der Weser festsetzen, auch, so weit möglich, den Feind auf seiner Seite aufstellen sollen.“

„Mit diesen fünf Armeen, welche wir je nach Gelegenheit und der Haltung des Feindes allezeit nach allen Orten hin auszuheben zu verwenden gedenken, dürfen wir gewis vermuthen, den Feind dergestalt abzumatten, daß bald in ganz Deutschland nur eine Stimme und ein Ruf nach Frieden gehört werden und die Bereitschaft sich kund geben soll, uns, unseren Freunden und Religionsverwandten Satisfaction zu geben. Da die Kräfte des Feindes, obwohl im Effectivstand viel geringer, dennoch auf vollständige Regimenter und Regimentsstäbe bezahlt wird, was eine sehr große Summe Geldes erfordert, so kann — nachdem durch unsere Erfolge in Pommern und Mecklenburg ihm bereits ein Theil der Mittel entzogen ist und vermuthlich nun ferner noch mehr ihm entzogen wird — er auf die Dauer die Bezahlung schwerlich beschaffen, zumal da die Wirklichkeit auf dem Collegialtage sich gegen fernere Contributionen bereits unwillig hat vernehmen lassen.“

„Außerdem ist auch noch zu bedenken, obwohl man darauf nicht fest bauen kann, daß große Reiche, die an einander gränzen, einander nicht lange in Ruhe zu lassen pflegen. Daher kann es leicht geschehen, daß das R. Reich, während wir diesen Krieg etwas hindalten, mit den Türken verwickelt werden möchte. Denn alle Nachrichten besagen, daß, obwohl die Türken in Wien guten Erfolg haben, sie doch nach jener Seite hin mehr zum Frieden neigen, und man meint, daß, sobald sie dort etwas zur Ruhe gelangt, sie nach der anderen Seite hin nicht zaudern, sondern das R. Reich mit Krieg anfallen werden. Alles dies zusammen könnte eine große Veränderung bewirken, und vermuthlich uns um so eher zu einem erträglichen Accord verhalten.“

„Dies ist unser Plan, welchen wir, mit Gottes Hülfe, hoffen uns Werk zu sehen, wenn wir nur die besagten Armeen zeitig auf die Weite zu bringen und unseres Credits so weit mächtig zu bleiben vermögen, daß wir die nächsten Monate aushalten. Von Eurer Seite her ist es uns besonders darum zu thun, daß Ihr im Winter die fehlenden Regimenter werbt, so wie auch daß Ihr mit einer Tonne Goldes zum wenigsten uns zu Hülfe kommt. Demgemäß wollen wir hoffen, daß, wenn wir aus Schweden einige Hülfe dazu erlangen, unser Plan zu des Vaterlandes Nutzen und Vortheil glücklich vor sich gehen könne. An Euch stellen wir dies Gebren, daß Ihr den ganzen Plan überlegt und Euer Gutachten darüber uns baldigst mittheilt.“

Besonders wichtig in diesem Schreiben ist die Anerkennung des Schweden, daß der Kaiser ihm, nachdem er ohne völkerrechtlichen Grund

mit Reich eingebrochen, dennoch wieder den Frieden angeboten habe, und daß er das Anerkennen nicht annehme, weil er das bereits Erlangte nicht wieder aufgeben wolle. Von diesem Punkte aus entwickelt sich die Darlegung zu einer Standrede, entsprechend derjenigen um zwei Jahre zuvor im Schlosse zu Upsala. — Der ganze Inhalt der Schrift deutet an, daß sie noch mehr auf den Reichsrath in Stockholm bemessen war, als auf Oxenstierna persönlich. Die Abschrift, die nach Stockholm erging, schloß mit einem abermaligen Appell an des Vaterlandes Nutzen, Ruhm, Ruhe und Sicherheit.<sup>1</sup>

Die Antwort<sup>2</sup> des Kanzlers, die sich bis zum 2/12. November verzog, war ein Echo, welches die Rede des Königs überbot. Sie begann mit den Worten: „Ich will meine Ansicht kurz zusammen drängen. Alle gute Worte des Kaisers und der Liga sind betrügerisch. Damit haben sie alle evangelische Kurfürsten, Fürsten und Stände verblendet, ihnen die Waffen aus den Händen genommen, bis sie ihrer aller mächtig wurden und nun aller Verheißungen ungeachtet mit allgemeiner Verfolgung vorgehen. Was man an Andern mistilligt, darf man nicht auch sich selber zuziehen. Besser vom fremden Schaden lernen als vom eigenen. Ich bemerke zwar, daß der Kaiser gute Worte gibt, und nach der Lage der Dinge höflich genug schreibt. Aber der Brief hat viel im Hinterhalte und einen harten Knoten. Daß er sich beleidigender Worte enthält, geschieht, nach meiner Ansicht, zu dem Zwecke, damit er den Ausgang der französischen Tractaten und des italienischen Krieges ersehe, und danach Krieg oder Frieden mit Ew. Majestät mache. Deshalb halte ich auch unterthänigst dafür, daß in gleicher Weise der Kaiser von Ew. Majestät, um des Urtheils der Welt willen, mit guten Worten tractiert werde, daß dagegen, weil man weiß, daß bei jener Partei weder Ehrlichkeit noch Aufrichtigkeit, Ew. Majestät allein an Gott und die Waffen gedenke, und Mittel suche, dem Feinde mit der Zeit einen ehrliehen Frieden abzu-zwingen.“

Langt bevor dieser Rath Oxenstiernas an Gustav Adolf gelangte, hatte dieser noch von Hübner aus, am 21. October/1. November, an den Kaiser so wie an die Kurfürsten seine Antworten<sup>3</sup> erlassen, nicht im Sinne jenes Rathes der guten Worte. Der römische Kaiser galt bei aller Welt als der höchste weltliche Herr der Christenheit, dem alle Könige

<sup>1</sup> W. e. O. 286.      <sup>2</sup> Archiv II, 91

<sup>3</sup> Pendorp IV, 83 ff. Im lateinischen Original bei Hammarstrand 102.

den Titel der Majestät gaben, während sie von ihm denjenigen der Serenitas und Dilectio Vestra empfangen. Gustav Adolf redete den Kaiser an mit Dilectio Vestra. Wie in dieser unerhörten Form der Rede an den römischen Kaiser die Absicht der Beleidigung unverkennbar hervortritt, so in dem ganzen Inhalte der Schrift und den Redewendungen, die darauf hinausgehen, daß der Kaiser in seiner Abmahnung vom 18. August wider besseres Wissen gesprochen. Ähnlich, wenn auch minder offensichtlich beleidigend, ist der Ton des Schreibens an die Kurfürsten. Der Maßstab für die Gesinnung des Schweden liegt in jenen seinen eigenen Worten an Oxenstierna „Aus den Schreiben der Kurfürsten und besonders des Kaisers nehmen wir wahr, daß sowohl der Kaiser als auch die Reichsstände zu einem Vergleiche mit uns neigen, und gern sähen, daß sie diesen Krieges ledig werden möchten.“ Er allem also, nach diesem eigenen Geständnisse, wollte den Krieg. Davor fallen alle Anklagen, die als Vorwände für seinen Krieg dienen sollen, als nichtig zu Boden.

Dagegen wird in diesem Schreiben an den Kaiser und die Kurfürsten abermals nicht derjenige Vorwand ausgesprochen der dem Könige Gustav Adolf damals bei den Schweden als der wichtigste Factor diente, und bei den nichtkatholischen Deutschen dienen sollte — der Vorwand des Religionskrieges. Man muß sagen: dienen sollte. Denn, so lange der Schwede nicht auf einem namhaften Erfolg sich stützte, that dieser Ruf keine Wirkung.

Diesem weit aussehenden Angriffsplane des Schweden gegenüber fragt es sich um seine Mittel.

## 22. Mittel und Bundesgenossen für Gustav Adolf im Herbst 1630.

Am 22. September/2. October stellte der Secretär des Schwedenkönigs, Lars Brubbe, auf dessen Befehl für den Kanzler Oxenstierna, das, wie er sagt, Credit und Debet der Kriegsmittel zusammen.<sup>1</sup> „Das Credit,“ schreibt er, „ruht zum großen Theile auf Livland, woher jedoch mit Ausnahme von 15,000 Tonnen Brot, die mit einigem Hafer und 4000 Tonnen Getreide hier eingetroffen sind — nichts mehr angekommen ist, oder mit Zuversicht erwartet werden darf. Nur daß die 1000 Last Roggen nach Hamburg geliefert werden müssen. Das ist also ein harter Abschlag. Von Schweden her ist in Allem hieher gesandt nicht über 30,000 Rthlr. Man hofft, daß die Aushebungssteuer noch etwas aus-

<sup>1</sup> Archiv II, 54.



tragen werde. Das russische Getreide, welches nach Holland verkauft ist, hat uns sehr gute Dienste gethan. Von den 20,000 Mithren dafür ist ein Theil bereits angekommen. Dazu fügen sich 200,000 Mithr., welche die pommerischen Stände in Stettin bewilligt haben, die Hälfte zu Richards, ein Viertel zu Wartim, und den Rest im Mai und Juni. Ferner hat Stralsund eine Contribution von 30,000 Mithren bewilligt, und mit Consent des Herzogs eine Anleihe von 100,000 Mithren gegen Pfandschaft. Mehr ist hier im Lande kaum zu erwarten. — Der König hat auch Zoll gelegt auf das Getreide in Schweden, und gestattet es im Herbst zu verschiffen, zu einem Reichsthaler für die Tonne Roggen und zwei Viertel für die Tonne Gerste. Jeder drei Thaler Kupfer gegen einen Reichsthaler. Ferner ist auch die Getreideansuhr in Vindland gestattet, die Last Roggen zu 30 Mithr. und die Last Gerste zu 17 Reichsthalern. Von diesen Einnahmen erwartet der König für den Herbst einen guten Ertrag. Von Ewer Gnaden, wenn Sie der Kitterel entledigt sind, macht der König sich für den Winter Hoffnung auf einen Ertrag von 60,000 Mithren. — Das ist, so viel mir wissend, alles. Wenn die schwedischen Anwartsungen, und besonders die Aushebungssteuer, dem Könige zu rechter Zeit zu gute kommen, so konnten, mit Gottes Hilfe, die Dinge vor sich gehen, besonders wenn man mit der Erweiterung der Winterquartiere auch mehr Mittel suchen könnte."

Das waren die wirklichen oder gehofften Einnahmen, mit welchen der Schwedenkönig seinen Krieg begann. Von diesen Beträgen wurden dem Hofmarschall Dietrich von Falkenberg durch Wechsel auf Hamburg 50,000 Mithr angewiesen, demselben „das Magdeburgische Wesen zu beginnen".<sup>1</sup> Die Persönlichkeit dieses Falkenberg ist fortan für eine Reihe von Monaten in der Geschichte des deutschen Kriegesammer's eine der thätigsten und wichtigsten. Gustav Adolf spricht ihm in dem Patente,<sup>2</sup> mit welchem er, auf die Nachricht der Erfolge Stallmans in Magdeburg, am 16./26 August ihn von Stettin aus dahin entsandte, ganz besonderes Vertrauen aus. Er ernennet dem Falkenberg darin zu seinem Legaten: „also daß er uns und gemeiner Wohlthat zum Besten, mit einem oder mehreren Reichständern, kraft habender Special-Creditse, oder, in deren Ermangelung, (kraft) dieser unserer Vollmacht handeln, und mit deren Vorstus und Zuthun eine oder mehr Armeen auf die Beine bringen, darüber von ansehnlichen General-Officiere constituieren, und folgendes

<sup>1</sup> Archiv II, 54. Urkunde an Czernbura.

<sup>2</sup> G. Zetzlitz, Schriftk. 192.

denselben bis zu unserer Abforderung bewohnen, und mit Rath und That assistiren solle.“ —

Die Worte zeigen, daß Gustav Adolf für seinen Plan von fünf Armeeen, den er damals dem Königl. Czenkern ausstellte, in Betreff derjenigen an der Elbe und der Weser namentlich von der Thätigkeit Jalkenbergs einen Erfolg hoffte. Durch ihn gedachte der Schwede einen abermaligen Versuch auch bei dem Kurfürsten Johann Georg zu machen, und stattete ihn zu diesem Zwecke mit einem Special-Creditiv<sup>1</sup> aus. Jalkenberg gelangte jedoch nicht nach Dresden. Sein eigentliches Ziel war Magdeburg, welches er doch auch nur auf dem Umwege über Kladitz und Hamburg, wo er die für ihn angewiesenen Gelder zu erheben hatte, erreichen konnte. Auch in Hamburg jedoch fand Jalkenberg Gelegenheit für die Zwecke Gustav Adolf's zu wirken durch seine Unterredungen mit dem hessen-casselschen Gesandten Hermann Wolf.

Sie kannten einander bereits vom Jahre zuvor. Blicken wir also dahin zurück. Im Haag hatten im September 1624 einander getroffen der Herzog Bernhard von Weimar, der Landgraf Wilhelm von Hessen-Cassel, Dietrich von Jalkenberg<sup>2</sup>. Der Erstere war, ungeachtet seiner jungen Jahre, unablässig dem Kriege gewidmet, unter dem Durlacher, unter Mansfeld, unter Christian, dann unter dem Dänenkönige, bis dessen Niederlage den jungen Herzog zwang, ein gutes Abkommen zu suchen. Am 4. März 1628 stellte Wallenstein ihm eine Urkunde aus,<sup>3</sup> lautend: „Nachdem Herzog Bernhard auf unsere Ermahnung und Warnung sich alldald von der R. Würde zu Dänemark abgewendet, Deroelben Kriegsdienst verlassen, und sich in Ihrer R. M. unseres allergnädigsten Herrn Devotion wiederum begeben, auch festiglich versprochen und gelobt weder im Kriegsdienste, noch sonst in der R. M. Feinden Diensten sich ferner gebrauchen zu lassen, sondern in Ihrer R. M. treuer Devotion allerdings jederzeit zu verbleiben, und um Verdon zeitlich angehalten: Als haben wir vermöge der von R. M. uns gegebenen vollkommenlichen Gewalt obgedachte S. E. Herzog Bernhard in der R. M. Schutz und Schirm wieder aufgenommen.“

Bernhards Begriffe von Recht und Ehre standen auf gleicher Höhe mit demjenigen seines Bruders Wilhelm. In der Noth baten sie um Verzeihung, und hatten, dadurch sicher gestellt, einer günstigen Gelegenheit

<sup>1</sup> W. a. D. 16.<sup>2</sup> Rommel VIII, 81<sup>3</sup> W. a. D. I, 393. n. 2.

zur neuen Rebellion. Einweilen begab Herzog Bernhard sich nach Holland, um dort weiter den Krieg zu lernen.

Die Unterredungen der genannten drei Häupter im Haag betrafen, wie es heißt, „die Rettung des bedrängten Vaterlandes“. Ein Ergebnis derselben liegt nicht vor. Rathloser wurden jedoch die Unterredungen, als im November die Stiefmutter des Landgrafen Wilhelm, Juliana, ihren Diener Hermann Wolf nach dem Haag schickte, um bei dem Prinzen Friedrich Heinrich von Oranien für ein schwedisch-niederländisches Bündnis zu reden. Er kam nicht zur günstigen Stunde. Die Generalstaaten waren dem Schweden damals durchaus nicht geneigt. Der Prinz Friedrich Heinrich rief ab ihm zu vertrauen: nur auf die Generalstaaten könne die Landgräfin sich verlassen.

Anders lautete die Rede Jullenberg's. „Alle patriotischen Bemühungen des Landgrafen Moriz,“ sagte er, „sind gescheitert, weil der Kaiser seine Pflichten hintangesetzt und das Reich zerrüttet habe. Gustav Adolf, aufgereizt durch Wallensteins gefährliche Nachbarschaft, und entschlossen, Gottes Sache zu führen, muß vorsichtig und siegreich, werde Dessen nicht im Stiche lassen, sondern die Niedertracht der unterdrückten Stände mit aufnehmen. Die Generalstaaten aber, als gute Kaufleute gewohnt ihre Ausgaben zu berechnen, würden entweder gar keine besondere Handlung für dies Jülichhaus unternehmen, oder, was sie erobern, auch behalten. Sobald der Schwedenkrieg die Niederlande gegen Spanien unterstüge, werde auch die von der Landgräfin Juliana mit Recht gewünschte Verbindung zwischen den Generalstaaten und Gustav Adolf nicht ausbleiben.“ — Es folgt, also noch im November 1629, die Aufforderung, „Jetzt, wo noch Religion und Land gerettet werden könne, komme es darauf an, bei Gustav Adolf den Preis des ersten Zutritts, demnachst des Sieges, zu erwerben. Wenn dieser Preis in den benachbarten Helfern und Freunden der Pfaffen bestehe, so werde weder Kur-sachsen noch Plessen-Darmstadt es hindern.“

Man erwäge die Tragweite dieser Worte. Der Vertreter eines fremden Königs, dem auf des Reiches Boden kein Recht zusteht, macht einem Reichsfürsten Anträge der Felsonie, und hält für den Wettlauf in dieser Felsonie das Eigenthum anderer Reichsfürsten als Köder vor.

Es kam im Herbst 1629 im Haag zwischen Jullenberg und Hermann Wolf nicht zu irgend welchem Abschlusse. Nur die Erörterungen

\* Roman VIII, 81.

\* H. a. O. 82. So die Worte bei Roman.

Haßbergers konnte Wolf daherum betrachten. Sie eröffneten dem Landgrafen günstige Ausichten auf eine bessere Lage, als in welcher er damals sich befand.

Denn in denselben Tagen, als schon die Bellen der Officiere den schwedischen Eroberer nach Deutschland herüber tragen, reichten die Räthe des Landgrafen Wilhelm ihm einen Bericht ein über seine Einnahme und Ausgabe.<sup>1</sup> Die Einnahme, sagen sie, beläuft sich höchstens auf 150,000 fl. Davon nehmen die Pensionen der Gläubiger zwei Drittel hinweg, der Landgraf Moriz 20,000, die Mütter und die Schwestern 10,000. Es kommen dazu die Verandtschaften, die Raths- und Kriestkosten, so daß die Ausgaben die Einnahmen schon weit übersteigen, bevor noch ein einziger Heller für den fürstlichen Unterhalt selbst ausgelegt ist. Verschwendungswahet ist kein einziger Ausgabeposten beschränkt. Die vorigen Diener sind beibehalten, und neue dazu angenommen. Es sind viele Pferde und Hunde gekauft. Die Ausgaben für die kostbare Jagerei und Fasnerei sind gestiegen. In Küche und Keller ist nichts gespart. Die Folge davon ist, daß die Gläubiger nicht bezahlt werden, nur daß der Landgraf Moriz ein wenig es erlangt haben mag. Die Diener sind ohne Sold. Der fürstliche Haushalt ist ver schuldet überaus und der Betrag dieser Schulden steigt jährlich um 100,000 fl. Bisher haben die Officiere des Haus- und Hofwefens noch in etwas Credit gehabt. Derselbe aber ist nunmehr aus jenen Gründen sowohl dabem, als auswärts ganz gefallen. Die Constante des nächsten Jahres sind schon im Voraus verzehrt. Dazu drängen die Gläubiger. Der Landgraf Moriz hat am Reichskammergerichte den Proceß wegen Auszahlung seiner Pension gewonnen. Andere Gläubiger haben gleichfalls Klage erheben, auch die Mütter und die Schwestern haben sich schon an den kaiserlichen Hof gewandt, um durch diesen ihr Deputat zu erlangen. Eine Menge solcher schimpflichen Prozesse stehen bevor wegen Nichtzahlung oder wegen verweizerten Rechten. Die Diener seufzen und klagen mit Weinen.

Der Landgraf Wilhelm erwoz in dieser seiner Lage den Gedanken des Verzichtes auf die Regierung. Die Räthe baten ihn: er möge es nicht thun. Sie schlugen Mittel und Wege vor, durch welche sich ein geregelter, geordneter Haushalt einführen und diese Schuld von einigen Tausen Geldes abtragen laste. Verbrießlich entgegnete Wilhelm: „Es sind nicht Tausen Geldes, es handelt sich um Millionen.“

<sup>1</sup> Zeitschrift für deutsche Geschichte. Bd. IV 124 ff.

Während er so überlegte, schlug die Nachricht von der Landung des Schweden an sein Ohr. Sie eröffnete eine andere Aussicht. Auch der Dänikenig hatte seiner Zeit den Religionskrieg proclamirt, alle Besitz jedoch sich selber allein vorbehalten. Der Schwede dagegen begann mit Erbitterungen. Unter der Fahne des Religionskrieges also dachte der Landgraf Wilhelm hoffen, seiner Schulden los zu werden und das Eigentum seiner geistlichen Nachbarn zu nehmen. Demgemäß setzte er seinen Entschluß im Sinne der Erbitterungen Falkenbergs dem Jahre zuvor. Er that sich mit der Stiefmutter Juliane, die eben noch ihn der dem Kaiser verlegt, und einem Bruder<sup>1</sup> „im Namen der H. Dreieinigkeit mit Herz und Mund zusammen, da Gustav Wolf ihrem nahen Blutsfreunde, dessen königliches und ritterliches Amt es sei, die Ehre Gottes und unerschütterlich bebrängte christliche Mitglieder zu verteidigen, Schutz und Hülfe zu suchen“. Zu diesem Zwecke entsandten sie an den Schwedenkönig jenen Hermann Wolf, der im Jahre zuvor ihnen die Aufforderungen Falkenbergs überbracht hatte.

Im October 1630, auf der Reise nach Stettin traf Wolf in Hamburg übermals seinen Landmann Falkenberg. Die Rede desselben gung höher als zuvor. Jetzt wo der König selber noch in großer Noth stehe, reiche ein bloßes Verteidigungsband nicht mehr hin.<sup>2</sup> Der Landgraf müsse zur Selbsthülfe greifen, die Contribution verweigern, die eingelagerten Truppen anordnen, die ganze Mannschaft seines Landes bewaffnen. — Wolf hielt die Gefohren entgegen, die abgeneigte Stimmung der Ritter- und Landchaft. Falkenberg ließ solche Gründe nicht gelten. „Jetzt“ sagte er, „wo alles zu verlieren oder zu gewinnen ist, wo man gerechte Noth nehmen und sich an den Vätern der Pfaffen erholen kann, kommt es auf einen männlichen Entschluß an. Denn sollte der König, von Allen verlassen, geschlagen oder zu einem ungünstigen Frieden gezwungen werden, dann kann auch das Fürstenthum Hessen der ewigen Dienstbarkeit, dem Verluste seiner Religion und seiner Festungen nicht entgehen. Siegt aber der König und vertreibt er seine Feinde ohne Danks und Abrechung des Landgrafen, so wird er auch dessen Land behandeln wie Pommeren, wird sich mit Gewalt Quartier machen, die Mannschaft, die sich nicht unterstellt, erschlagen, und Schimpf und Verantwortung denen zuschieben, die ihn im Stiche lassen.“

Die Rede Falkenbergs ist ein gerechtes Zeugnis nicht bloß in

<sup>1</sup> Die folgenden Worte bei Roussel VII., 92.

<sup>2</sup> H. u. O. 81.

Betreff der Verheißungen und Drohungen für die Zukunft, sondern mehr noch in Bezug auf das in Pommeren Geschehene. Demgemäß hatten alle Drangsale, welche die Pommeren von den Wallensteinern erlitten, sie nicht willig gemacht für den fremden Eroberer. Dieser verdankte, was er dort in Händen hatte, nur seiner Macht und Gewalt. Dahn ist also auch die von ihm nach Schweden hin erwähnte Bewilligung der Landstände von 200,000 Rthlrn zu rechnen.

Der Gesandte Wolf vermutete die Möglichkeit, das hessische Volk zum Aufstande zu bewegen. Dennoch kam er in etwas entgegen.<sup>1</sup> Es sei, sagte er, in Hessen ein entschlossener Wagemuth. Dieser habe schon 1626 das ihm sehr ergebene Landvolk auf die Beine gebracht, den Einkwartierten die Hälle gebrochen, und bei dieser Gelegenheit Wege und Stege kennen gelernt. Dieser Mann solle unter dem Vorwande des Widerstehens gegen die Contribution einen Handel anfangen, andere verzweifelte Werke an sich ziehen, sich, unter dem Vorgeben eines landgräflichen Befehles, der Feste Spangenberg bemächtigen, den Emquartierten den Garaus machen und sich dort bis zum weiteren Ausbruche behaupten — Holfenberg sollte diesem Vorschlage durch den Ausruf: Par Dieu — seinen Beifall, und das, sobald der Landgraf Wilhelm diesen Plan billige, den betreffenden Mann zu einer geheimen Unterredung ihm nach Magdeburg zu senden.

Der hessische Gesandte begab sich weiter nach Stettin zu dem Schwedenkönige.<sup>2</sup> Gustav Adolf sprach mit starkem Lobe für die Großmuthigkeit der Landgrafen von Hessen-Kassel seinen Dank dafür aus, „daß sie seinen Beistand suchten und dadurch die Rechtmäßigkeit seiner Waffenerhebung und seine christliche und gottselige Absicht erkannten.“ An diesem Hessen Wolf fand Gustav Adolf, wie es scheint, den ersten Deutschen, der auf die Rede vom Religionskriege willig klangte. Demgemäß konnte der Schwede darin sich frei ergehen.<sup>3</sup> „Nach einer kurzen Ermahnung des guten Kaisers, mit dem er für seine Person nichts zu schaffen gehabt, der ihn aber nicht im Frieden lassen wolle, setzte er hinzu: der Feind mache sich Hoffnung, ihn selber beim Recognosciren oder einer anderen Gelegenheit zu ertappen, um damit dem Kriege ein Loch zu geben. Das höre er gern, weil Gott diejenigen, die ihren Glauben auf ein so baufälliges Fundament setzen, gewis strafen werde. Aber Gottes Sache habe ein weit besseres Fundament als der Feind meine,

<sup>1</sup> H. u. D. 92. n. 106.<sup>2</sup> H. u. D. 92.<sup>3</sup> H. u. D. 94. n. 107.

und stünde nicht auf Eines Menschen Leben oder Tod. Er, der König Gustav Adolf, habe zu Gott ein so festes Vertrauen, wie Abraham bei der Verheißung seines Samens, und glaube gewiss, daß, falls der Feind ihn aus der Welt schaffe und andere Mittel fehlten, zur Erlösung seiner Kirche der Allmächtige aus seiner Asche selbst einen andern Heiler erwecken werde.“ — Diese Probe der Medeweise des fremden Königs dürfte genügen.

Es kam auf die Realität der Dinge an. Auf das Ersuchen der Landgrafen von Hessen-Kassel um Verstand antwortete Gustav Adolf mit dem Versprechen sie nicht zu verlassen, zugleich jedoch auch mit seinen Bedingungen.<sup>1</sup> Hessen sei ein gebirgiges, an festen Häusern reiches Land, wezu, wie er höre, nicht bloß Kassel und Jüchenhausen, sondern auch andere Bergfriden wie Spangenberg, Friedenthal, Hainhausen und Pleiße gehörten. Der Landgraf sei im Stande, noch andere der allgemeinen Sache wohl zugewandte Herren und Städte, wie Wilhelm und Bernhard von Weimar und andere, in Bewegung zu bringen. Wenn ihm also der Landgraf jene Bergfriden und das ebenhin gewis zu Grunde gehende Land zu Kauf- und Waffenplätzen eröffne, und jene evangelische Stände mit oder neben ihm zu einer heilsamen Verbindung, zu einer Herrschaft von etwa zehn tausend Mann zusammen bringe, so mache er, der König, sich anheischig, mit dem Landgrafen und dessen Freunden ein beständiges Bündnis zu schließen.

Aber das Bündnis mußte, der Natur der Dinge nach, offenso sein wider den Kaiser, dem der Landgraf durch den Hulbigungs Eid verpflichtet war. Das offene Aussprechen der Felsene, die darin sich kund geben würde, war dem Hessen Wolf doch noch zu bedenklich.<sup>2</sup> Der Secretär des Königs, Sadler, suchte dieses Bedenken zu entkräften. Der Kaiser, sagte er, den Reichshänden durch seine Capitulation gleichmäßig vermandt, habe diese Verfassungsurkunde vielfältig gebrochen, und durch die Verletzung des Religionsfriedens die Evangelischen in Verderbnis des Leibes und der Seele gestürzt. Dadurch seien die Pflichten der Reichshände gegen das Reichsoberhaupt gelöst und ihr Gewissen rein. — Dem Verathe nach scheint es, daß die Reden des königlichen Secretärs auf den Hessen Wolf überzeugend gewirkt haben.

Am 6/10. November ward der Entwurf eines Vertrages vereinbert. Darin verbürgte der König im voraus die Forderungen, welche

<sup>1</sup> H. a. D. 92.    <sup>2</sup> H. a. D. 99. n. 112.

seine Bundesgenossen mit ihren eigenen Truppen in den Ländern der Liga machen würden. Der Kesse erwählte für sich außer Herzogthum Pfalz, Hoya, das Lüneburger und die manuzischen und kölischen Enclaven.<sup>1</sup> Wie dem Schweden dagegen hier zum ersten Male die Gelegenheit sich bot, im Voraus deutsche Länder nach seinem Ermessen zu verschenden, so auch die andere, die Anerkennung des Principes durchzusetzen, welches einen wesentlichen Bestandtheil des Planes von Upsala im Jahre 1628 ausmacht: der absoluten Direction des Krieges.

Wir sehen also die Wiederholung des Gedankens der alten Fabel, nach welcher einige andere Thiere mit dem Löwen zusammen jagen gehen. Die endliche Theilung der Beute steht bei dem Löwen. — Das Bündnis blieb damals noch Entwurf. Der Landgraf Wilhelm jag vor, den Verlauf der Dinge abzuwarten.

Ähnlich verhielt sich ein anderer Reichsfürst, der damals mit dem Schweden in Verbindung trat, der Herzog Georg zu Braunschweig und Lüneburg. Als der jüngste einer Reihe von Brüdern dennoch von diesen selbst zum Stammhalter des Hauses bestimmt, hatte der Herzog als Oberst erst im dänischen Dienste gestanden, dann unter Wallenstein Befestigung angenommen. Im Juni 1630 hat Herzog Georg<sup>2</sup> — „Mazel die Widerwärtigen auf des Reiches Boden gedämpft und also in unserem geliebten Vaterlande der Sache teutscher Nation nimmehr geholfen“ — den Kaiser um seinen Abschied. Die Bewährung erfolgte durch Wallenstein's Antwort aus Remmingen, vom 26. Juli.<sup>3</sup>

In der Wirklichkeit mochte ein anderes Motiv zu diesem Wunsche der Entlassung stark beigetragen haben. Dem Herzoge Friedrich Ulrich zu Braunschweig-Lüneburg war eben damals eine bedeutende Einbuße angelündigt, nicht durch das Restitutions-Edict, sondern durch einen Spruch des Reichskammergerichtes. Einhundert Jahre zuvor hatten die welfischen Herzöge Heinrich der Jüngere und Erich der Ältere die Reichsacht des Kaisers Carl V. über den Fürstbischof von Hildesheim vollstreckt. Unter dem Namen des Erlasses für ihre Kriegskosten behielten die Herzöge den größeren Theil des Landes, das sogenannte große Stift, und beließen dem Fürstbischöfe nur das kleine Stift. Der Kaiser Carl V. belohnte sie damit, verwies jedoch die Rechtsfrage an das Reichskammergericht. So standen die Sachen lange hin. Die Kaiser noch einander ertheilten die Belehnung. Endlich erfolgte am 17. December 1629 der

<sup>1</sup> H. u. D. 98 u. 114.<sup>2</sup> B. v. Dahn I, 204.<sup>3</sup> H. u. D. 595



Spruch des Reichskammergerichtes,<sup>1</sup> lautend auf die Rückgabe des großen Stiftes an den Fürstbischof, damals Ferdinand von Köln.

Der Spruch traf den Herzog Friedrich Ulrich. Aber dieser war der letzte vom Mannesstamme der Braunschweigischen Linie. Die Anwartschaft auf sein Erbe stand der Küniburger Linie zu, also zu nicht geringem Theile dem von seinen Brüdern zum Stammhalter designierten Herzoge Georg. Er war mit dem Urtheile sehr unzufrieden. Er fand für diesen seinen Verdruß nicht die Zustimmung seines älteren Bruders, des Herzogs Christian in Lelle, welcher der eigenen Linie des Hauses der Küniburger, in dieser Sache gar keine Rechte zugestand.<sup>2</sup> Dennoch ist der Reihenfolge der Thatfachen nach mit Grund anzunehmen, daß dieser Verdruß in dem Herzoge Georg den Wunsch erregt hat, das was das Recht des Reiches ihm versagte, durch das Schwert zu gewinnen. Er knüpfte mit dem Schweden durch dessen Minister Salbus in Hamburg Unterhandlungen an. Und doch suchte auch er dabei dem Vorwurfe der Felonie zu entkommen. Er bedang sich aus, nicht verpflichtet zu werden, wider das römische Reich deutscher Nation zu künden, noch auch einen rechtmäßigen Stand desselben zu beleidigen. Der Schwede willigte in diese Bedingung, und stellte dem Herzoge ein Patent mit derselben aus, am 26. October, 5. November 1630,<sup>3</sup> verlangte aber als Auskunftsamtzel die Unterchrift eines Vicerödes. Da der Herzog sich bis tief in das nächste Jahr zu derselben nicht verstand, gelangte auch dieses Bündnis bis dahin nicht zur Kraft.

Die Aufforderungen Jalkanbergs an die Herzöge von Mecklenburg, die er in Küdes traf, hatten keinen Erfolg.<sup>4</sup> Dagegen fand sich dort der junge Herzog Franz Carl von Sachsen-Weimburg, der zuvor unter dem Dänen gedient, dann wie Bernhard von Weimar nach dem Küdeser Frieden Begnadigung erhalten hatte, bereitwillig für Schweden. Er nahm Werbe-Patente von Jalkanberg an, ging jedoch dann im eigenen Namen vor. Nachdem er einige hundert Mann zusammen gebracht, nahm er im Namen des Königs von Schweden die festen Plätze Boitzenburg, Lauenburg, Neuhaus an der Elbe in Besiz.<sup>5</sup> Es war der Plan dadurch für die Schweden den Weg von der Unterelbe nach Magdeburg offen zu halten. Allein unterdessen rückte Pappenheim mit einigen tausend

<sup>1</sup> Heumann II, 602.      <sup>2</sup> B. b. Dedn I, 299.

<sup>3</sup> B. a. C. 107 des Kienstüch.      <sup>4</sup> Witsch, Jalkanberg 57. Bericht des J.

<sup>5</sup> Bericht Pappenheims, vom 27. October, an Lllly, fol. 101.

Wann an der Elbe herunter Franz Carl sich jene festen Plätze suchen, und suchte Zuflucht bei seinem Bruder August in Magdeburg, das, mitten im See gelegen, Sicherheit zu versprechen schien. Auch dahin folgte Pappenheim. Er gestattete eine Viertelstunde Bedenkzeit. Franz Carl, der die gemächte Frist zur Flucht zu benutzen hoffte, ward auf dem Wasser gefangen und dann von Pappenheim, mit Zusicherung des Lebens, nach Stade gebracht. Dieser Plan Jallenburgs war also mißlungen.

Er hatte von Hamburg aus für den Plan der fünf Armeen Gustav Adolfs, nämlich derjenigen an der Elbe, seine Zübler noch weiter ausgedehnt, namentlich noch Johann Friedrich, bisherigen Administrator des Erzstiftes Bremen. So gern Johann Friedrich der Consequenz des Restitutions-Edictes sich zu entziehen wünschte, hatten doch die Bemühungen Jallenburgs bei ihm noch keinen Erfolg. Jallenburgs Meinung darüber hegt vor in seiner Mitteilung an Gustav Adolf, vom 3/13. October: „Er (Johann Friedrich) magt aus großer Furcht weder mir noch dem Kaiser zu antworten.“

Demnach getrauen für Gustav Adolf in den Herbstmonaten alle andere Ausichten auf Bündnisse im Reich. Es blieben ihm nur das erzwingende des Sommerhertzogs Bogislaw, und das durch die Arglist Stallmans und Schandewins gewonnene des verhärteten Rathes der Stadt Magdeburg. Es war die hauptsächlich Aufgabe Jallenburgs, dasselbe festzuhalten und auszunutzen. Von Hamburg aus machte er sich auf den Weg dahin, „in Kaufmannsgeßell, ohne einigen Jungen, zu Zeiten zu Fuß, dann mit einem Bauernwogn, wie es die Gelegenheit erforderte.“ In der Frühe des 19/29. October erreichte er sein Ziel. Noch am selben Tage entsandte er an den Schwedenkönig die Nachricht<sup>1</sup> seiner Ankunft mit dem Bemerken: „daß die Sachen hier so schlimm nicht stehen wie man wohl vorziet.“ — Bevor wir indessen diesen Stand der Dinge in Magdeburg am Spätherste 1630 näher erunden, haben wir uns zurückzuwenden in das schwedische Hauptquartier selber.

Gustav Adolf hatte also im Herbst 1630 von Deutschland aus eine Hilfe für seinen Krieg nicht zu hoffen. Auch die Nachrichten aus Schweden lauteten nicht ermutigend für ihn. „Wir können,“ schreibt Gabriel Oxenstierna, ein Bruder des Reichskanzlers, „keine anderen

<sup>1</sup> *Blatt*, Jallenberg 55.

<sup>2</sup> *M. u. D.* 63.

<sup>3</sup> *Archiv* 21, 57.

<sup>4</sup> *Gronholm* I, 178.

Mittel erdenken, um dem Könige zu assistiren. Wendet man sich an den Adelsstand so findet man gar wenige, die etwas vermögen. Der geistliche Stand ist dergestalt beschwert, daß er nicht noch mehr beschwert werden darf. Ähnlich steht es mit der Bürgerschaft. Die Bauern haben fast nichts mehr zu essen. Obgleich wir gewünscht hätten Sr Majestät bessere Berichte geben zu können, so haben wir doch für rathloser gehalten, so wie dem Könige nützlicher und unserem Lande besser mittheilend, ihm die Wahrheit kund zu thun, als mit allen Vorschlägen zu kommen und Sr. M. in Dero Entwürfen irre zu führen. Obgleich ich weiß, daß dies nicht wohl aufgenommen werden wird, müssen wir uns doch mit dem guten Gewissen trösten, so wie damit, daß Sr. M. das Unvermögen der Unterthanen kennt, und zwar so gut wie wir, ja zum Theile besser. Zu wünschen wäre es, daß irgend ein Tractat vorgeschlagen würde, durch den dies wenigstens zu billigen Friedensbedingungen gelangen könnte; denn dies thut in Wahrheit noth.“

Im October erwog Gustav Adolf den Plan sich selber zur Beschaffung von Mitteln nach Schweden zu begeben. Er befragte darüber den Kanzler Oxenstierna. Dieser antwortete: „Indem ich das Wort betrachte, welches Sr. M. in Deutschland auf sich genommen, dessen Beschwerde, Gewicht und Umstände, sehe ich unter den Dienern Euer. M. keinen, der die Last der Verrichtung zu tragen vermöchte, der die Vergabung dazu befähigt, oder Autorität genug bei der Gegenpartei, bei den Vertheidigten oder den Soldaten. Es ist alles noch im Werden, nichts befestigt, keine sicheren Mittel vorrätzig. Wenn Euer. M. die Hand abziehen, so fürchte ich, daß in Ihrer Abwesenheit alles darunter und dorkder gehen werde.“ — Oxenstierna führt dies weiter in einer Weise aus, die augenscheinlich darthut, daß nach seiner Überzeugung nur an der Persönlichkeit des Gustav Adolf der Krieg hing.

Auf diesem jedoch lastete schwer der Druck des Geldmangels. Aus der Zeit seiner Anwesenheit im Lager berichtet<sup>1</sup> der Hesse Wolf, daß damals Gustav Adolf den Soldaten, denen übrigens an Commisbrot, Schuhen und Kleidern nichts abgehen dürfte, viel zu gute halte, sobald sie nur die Bürger nicht über Order beschwerten. „Er zieht den Hut vor ihnen ab, nennt sie Brüder, ermahnt sie wegen mangelnder Zahlung zur Geduld. Er verspricht ihnen, wenn sie sich männlich halten, gute

<sup>1</sup> Ark v II, 73.<sup>2</sup> Roumel VIII, 101 n. 120

Quartiere, läßt sich von ihnen borgen und, wenn es hoch kommt, Rensseur König nennen, hört es auch wohl an, daß es mit dem Dickkopf oder Schmerbause lauter Aufschneideret sei, weiß ihnen mit Pöcken und Scherzen darauf zu begegnen, so daß ich von ihnen selbst gehört habe, daß, wenn sie nur Brot und Schuhe hätten, sie solchen tapferen und victorischen König nicht verlassen könnten, sondern ihm dienen mußten."

Ungünstiger lautet die Meinung des schwedischen Obersten Benckisius, vom 9/19. November.<sup>1</sup> „Unter Vell, das vor Stettin liegt, ist alles ruiniert. Die Polländer und Rurländer begehren ihren Abbruch, wollen dem Könige ihren Rest schenken. In Summa, es ist alles sehr schwierig, und man weiß keine Mittel, wo die Winter über zu lassen. In Pommern ist gar nichts. Im Mecklenburgischen ist nunmehr auch das Cavall'sche Corps schon angekommen, und von dort her kommt uns das Brot auch abgeschmitten. Ich halte wohl dafür: hatten wir nicht angefangen, wir würden es lassen."

Ähnlich mochten auch viele Andere urtheilen, die in den Zusammenhang der Dinge nicht tiefer einbuhren, oder die, wie der Kaiser und die Kurfürsten in Regensburg, damals glaubten, daß der Cardinal Richelieu und sein König den so eben zu Regensburg geschlossenen Friedensvertrag, in dessen erstem Artikel sie gelobten, den Feinden des Kaisers nicht zu helfen auch halten würden. Sie ahnten nicht, daß bereits am 12. October Ludwig XIII. seinen Gesandten Charnacé ermächtigte,<sup>2</sup> dem Schwedenkönige zu erklären, daß Ludwig XIII. ihn nie verlassen, sondern, wie der Ausdruck lautet, gewissenhaft seine alten Allianzen und besonders diejenige mit dem Schwedenkönige erfüllen werde. — Gustav Adolf war also für seinen Krieg des französischen Geldes sicher.

Dazu kam eine andere Aussicht. Im Laufe des Sommers legte sich in Folge des schwedischen Ausbruchs in das Reich der Farn der Holländer über seine hohen Feste in der Vellau und vor Danzig. Im Haag leuchtete ein, daß er für die verdeckte Krugführung der Hochmögenden gegen den Kaiser und das Reich, für die Forterhaltung des Brandes dort ein eben so nützliches Werkzeug sei, wie einer seiner Vorgänger. Demnach mußte auch die Regierung, ihm die in solchen Fällen hergebrachte Summe von monatlich 50,000 fl. zu gewähren.<sup>3</sup> — Bereits

<sup>1</sup> Es ist Ernst u I, 172

<sup>2</sup> Richelieu, mémoires VI, 376, 426

<sup>3</sup> Antenna III, 211 Capellen I, 593, 607

im Spätherbste 1630 war Gustav Adolf wie das französische so auch das holländische Gedulde tüchtig.<sup>1</sup> Es kam also für ihn zunächst darauf an, aus seinen Ruten durch den Winter zu kommen.

Er hatte von seinem Verlushe auf Mecklenburg ablassen müssen. „Aber,“ schreibt er, „die Quartiere, die wir inne haben, reichen nicht, besonders wenn noch die erwarteten Reiter aus Preußen dazu kommen. Vorpommern ist ruinirt, gänzlich, der stärkste Theil noch in Feindes Händen. In Hinterpommern sieht es auch nicht wohl aus. Wir können uns aber nicht ausbreiten, ohne ein Treffen zu liefern, und eben so wenig auch Magdeburg erreichen, woran uns doch gar sehr liegt. Also haben wir uns in Gottes Namen resolvirt, mit der Armee, die wir jetzt haben, eine Gelegenheit zu suchen, um den bei Gartz liegenden Feind zum Treffen zu zwingen.“ So Gustav Adolf am 28 October/2 November. Fortan stand dieser Entschluß fest, und die Dispositionen der nächsten Zeit waren auf die Ausführung desselben berechnet. Die Truppen marchirten auf Gartz.<sup>2</sup> Einige Tage später, am 6/16. November, bestimmte der König die Stadt Possewitz zum Sammelplatze.<sup>3</sup>

Unterdessen hatte das Commando in Gartz gewechselt. An die Stelle von Torquato Conti war Schaumburg gekommen, der Vertrauensmann Wallensteds in den Tagen des Friedensschlusses von Lübeck. Nach seiner Ankunft hatte Schaumburg, am 20/30. November, einem Freunde Bericht ab über den Befund.<sup>4</sup> „Neuam Herrn zu berichten,“ heist es da, „daß ich Gottlob dieser Tage in Pommern glücklich angelangt bin, habe ich aus gutem, zu ihm habendem Vertrauen nicht unterlassen wollen. Also habe ich alles in einem so ädeln und erger Stande befunden, daß davon nicht genugsam zu schreiben; denn die Soldaten, sowohl zu Fuß als zu Fuß, sind so elend, verarmt, krank, nackt und bloß, daß ich meine Tage Argeres nicht gesehen. Sie haben nichts zu leben, und ganz Pommern ist so schrecklich zugerothet, daß auf viele Meilen Weges einige lebendige Seele, zu geschweigen etlicher Unterhalt für Menschen oder Vieh nicht zu finden ist. Dadurch sind diese Zeit allein bei der Meuterei aus Mangel an Foutage etliche 100. ja 1000 Pferde gestorben, oder also zugerothet worden, daß sie nicht mehr zu gebrauchen und es ein Elend anzusehen ist. Wenn nicht anderswärts her, etwa aus dem Herbe, schleunige Hülfe kommt, sehe ich kein Mittel, wie diese Arme erhalten werden

<sup>1</sup> Houmlet VIII, 102. n. 121.      <sup>2</sup> Archiv I, 240, 246.

<sup>3</sup> H. a. O. 241.      <sup>4</sup> H. a. O. 251.      <sup>5</sup> Archiv II, 131

laun, sondern es muß alles nothwendig zu Grunde gehen. Wenn dies geschähe, würden unsere Widersacher und die Herren von der Elze in die Jauchz lachen und froh sein, daß ihre Intention, damit sie lange umgegangen sind und noch umgehen, was Werr gerichtet würde. — Sonst ist der Feind stark, und alles Vell, so in Preußen gelegen, ihm zukommen. Es lagert um Golberg herum auf dem Lande. Von dieser Seite her kann man nichts gegen sie tentieren, indem fürs erste auf die ganze Armee für nicht mehr als elf Tage lang Proviant vorhanden. Es sind auch die Regimenter zu Fuß also schwach, daß unter 8 oder 9 Regimentern nicht wohl 200 oder 300 gesunde Mann zu finden, die man gegen den Feind gebrauchen kann. Zudem ist auch eine grimmige Kälte, daß es einem Menschen kaum bei Tage sich im Felde aufzuhalten möglich ist, geschweige denn einem ohne dies abgerissenen Soldaten bei der Nacht. Dasjenige Vell, das aus dem Reiche hieher commandiert, ist nicht angekommen. Ich liege also hier, muß zusehen, und weiß nichts anzufangen, noch zu helfen.“

Das Schreiben Schaumburgs gereth in die Hände der Schweden. Der Inhalt konnte den Entschluß zum Angriffe auf Gatz nur kräftigen.

Dennoch sagte Gustav Adolf auch die Möglichkeit eines Umschlages ins Auge. Von Stettin aus, wohin er sich Mitte November begab, schrieb er, am 21 November/1 December, an die schwedischen Obersten in Stralsund, Bülse, Rönning, Soop.<sup>1</sup> „Wir haben Euch früher vermehrt, allen Muth und alle Sorge zu tragen, daß die Stadt Stralsund und auch der Kronen Schweden erhalten bleibe. Ihr wißt, was und wie und dem Vaterlande daran gelegen ist. Zur Zeit nun sind die Dinge so beschaffen, daß wir zur Erhaltung unserer Armee unvermeidlich ein Treffen suchen müssen. Die Aussichten sind günstig; aber der Ausgang steht in Gottes Hand. Daher werdet Ihr, wenn uns etwas zuzukommen ließe, um so nachdrücklicher sein, die Stadt Stralsund für uns und die Kronen Schweden zu bewahren. Zu diesem Zwecke begehren wir, daß Ihr Euch bemüht, unsere Besatzung dort so stark wie möglich zu conservieren und besonders unsere Füsse und die schwedischen Reiter darin wohl zu unterhalten, damit Ihr mit der Gnade Gottes und ihrem Bestande die Stadt gegen alle Feindseligkeiten, die von außen oder von innen Euch aufstossen möchten, bewahren könnt. Ist nach Eurer Ansicht die Besatzung zu schwach, so könnt Ihr aus Pommern, fernere auch aus Rübemig die

<sup>1</sup> Arkiv I, 269.

Wärmigkeit heranziehen. Damit aber die Bürger in der Stadt darüber keinen Argwohn schöfen, so läßt Ihr die Truppen noch aneinander in kleinen Abtheilungen konniren lassen." — Dennoch mußte Gustav Adolf sehr wohl, daß er die Stadt Stralsund nicht mehr mit gutem Willen der Bürgererschaft besetzt. Und darum ersieht es sich, hier nochmals auf den Verlauf der Sache von Stralsund zurück zu blicken.

Der Ausdruck dieser Besorgnis des Schweden wendet sich zurück gegen Wallenstein. Er hatte erst die Stadt Stralsund dahin getrieben, daß sie meinte die angebotene schwedische Hälfte nicht ablehnen zu dürfen. Dem Herofte 1628 an, wo der Reichsrat zum Herrn antwortete, namentlich dann zur Zeit des Elbender Friedens, hatte der Rath von Stralsund und für ihn die Danzstädte wiederholt kund gethan, daß die Stadt willig sein würde, das schwedische Joch wieder abzuschütteln. Wallenstein hatte darauf nicht gehört. Daraus banten die Schweden in Stralsund seinem Zwecke. „Unter dem Prätexte derer von Stralsund," schreibt er, im Mai 1629, an Gollasta, „werden wir das Volk in Pommern und der Mark Brandenburg halten." Die Verschuldung Wallensteins an Stralsund ist daher eine doppelte: zuerst indem er sie durch sein Vornehen und Drohen dem Schweden zutrieb, dann indem er da, wo sie, zur Erkenntnis gekommen, sich nach Befreiung sehnte, jegliche Andeutung dessen zurückwies, um die Anwesenheit der Schweden in Stralsund für die Folge seiner Herrschaft weiter zu benutzen.

Und selbst dann noch, als schon der Schwedenübergang mit starker Macht in Pommern stand, hielt er sich der Stadt Stralsund nur dann sicher, wenn seine Belagerung dort ausreichend und zuverlässig war, jegliche Auflehnung der Bürger im Keime zu erdrücken.

Bevor Gustav Adolf den Winterfeldzug unternahm, sprach er noch einmal, am 4/14. December, aus Wollnow, in einem eigenhändigen Schreiben<sup>1</sup> sich vertraulich dem Königl. Ogenfneren aus. Dieser hatte auf den Plan der fünf Armeen für das nächste Jahr geantwortet, wesentlich mit dem Nachweise im Einzelnen, daß dafür die Mittel nicht reichen würden.<sup>2</sup> Darauf schreibt Gustav Adolf, wie folgt. „Ich habe Eueren Rath für den Feldzug des nächsten Jahres erhalten. Ich sehe

<sup>1</sup> Skizzen 182.

<sup>2</sup> Öfversigt af skriftet och brefväxling etc. 1<sup>a</sup>, 606. Darüber Eigenhändig. Im Arkiv till upplysning etc. habe ich das Schreiben nicht gefunden. Götz III, 174 hat einen Auszug.

<sup>3</sup> Arkiv II, 77. Vom 31. October/10. November.

deraus Eurem Traur für mich und des Vaterland. Der es erlebt, wird den Ausgang der Dinge schauen, und die Nachkommen werden Euren Rath preisen, besonders wenn Ihr Euerem heilsamen Rathe den bei Euch betrachteten Fleiß und Eifer die Sachen durchzusetzen hinzusetzt. Es wäre zu wünschen, daß sich Mehrere fänden, die mit derselben Bescheidensart, Traur und Besorgtheit die Dinge bedächten und behandeln: ohne Zweifel würde es dann um das Königreichs Dienst, um alle unsere Freiheit und Wohlthat besser stehen. Aber wir Gott keine Waden vertheilen antheilt, so sind auch um un'rer Sünden willen bei den Menschen verschiedene Fehler, welche ich bei einem Theile in den Angelegenheiten des Königreichs so stark befinde, daß ich an dem guten Ausgange der Dinge oft verzweifeln möchte, wenn nicht Gott vom Himmel zu Zeiten Rath schickte, wo man sonst keinen erblüht. Wirkt bescheid und erwidert nicht in Eurer Arbeit zu meinen und des Königreichs Dienste, besonders Euren Rath in Betreff des Kornhandels auszuführen. Ich hatte bereits den Gedanken aufgegeben, von einem solchen Mittel Hilfe zu erwarten, nicht weil ich den Nutzen nicht wußte, sondern weil ich Niemanden kannte, der nicht selber das Recht für sich nähme und mir die Syren beziehe. Aber seitdem ich Euch diese Sache anvertraut, freue ich mich und hoffe von daher eine starke Stütze für die schwere Bürde, die ich nun tragen muß. Gott, auf den wir alles un'res Vertrauen setzen, helfe uns durch den Winter, dann, hoffe ich, wird durch Euren Fleiß und Eure Sorgfalt der Sommer auch leichter werden. Gott, der bisher uns ohne Ungemach den guten Fortgang gewinnen lassen, wolle verhüten, daß unsere gerechte Sache abliegen und einen guten Ausgang erhalten möge, seinem allerheiligsten Namen zur Ehre, seiner heiligen Kirche zum Frieden und zur zeitlichen und ewigen Seligkeit."

„Unsern Stand hier möchte ich Euch wohl darlegen; aber meine Hand, die von der Verwundung bei Turschan Heil geworden, läßt das nicht wohl zu. Wissen jedoch, daß der Feind schwach an Infanterie und eben so an Cavallerie, dennoch in Betreff der Quartiere vor uns großen Vortheil hat, weil das gesammte Deutschland seinem Raube unterworfen ist. Ich sammle meine Truppen hier am Strom, mit der Absicht, den Feind bald in seinen Quartieren anzugreifen. Und obwohl die Sache gut und gerecht, so ist doch um der Sünden willen der Ausgang ungewiß, wie auch das Menschenleben. Darum ermahne ich Euch und bitte um Abriß wollen, daß, wenn nicht alles nach unserem Willen geht, Ihr doch



nicht nachlassen wollet. Wenn Kadetten und der Meinigen Wohlfahrt laßet Euch muß bester befohlen sein, und handelt an mir und den Meinigen so wie Ihr wollt, daß Gott an Euch und den Euringen thue, wie ich auch thun will an Euch und den Euringen, wenn ich noch Gottes Verleihung so lange erhalten bleibe, daß Ihr meiner in solcher Art bedürftet. Gedenket meiner, der ich nun an die zwanzig Jahre mit vieler Mühe, aber — gelobt sei Gott — mit vieler Ehre unserm Vaterlande vergebunden bin, der ich auch das Vaterland und alle dessen treue Bewohner geliebt und geehrt, und für dessen Ehre meinen Leib, mein Gut und gute Tage eingezetzt, und in der Welt keinen anderen Schatz gesucht habe, als den Pflichten des Standes zu genügen, in dem mich Gott hat lassen geboren werden. Die Weirüben sind um meinetwillen, wenn mir etwas Widriges zufließt, und sonst in mancher Beziehung, des Mitleids würdig, verblieben Geschlechtes, die Wäuter unbetrachten, die Tochter ein unzuladiges Kind, elend, wenn sie herrschen sollen, und in Gefahr, wenn Kadere über sie herrschen. Die natürliche *erogyn* zwingt mir diese Geilen aus der Feder, Euch gegenüber, da Ihr von Gott mir als das Besten gegeben seid, manche schwere Dinge zu beleuchten, richtig vorzubereiten und durchzuführen. Doch das sowohl als Leib und Seele und alles was Gott mir gegeben, befehle ich in seinem heiligen Willen unzweifelhaft in der Welt das Beste hoffend und nach diesem Leben Frieden, Freude, Seligkeit. Dasselbe wünsche ich Euch zu seiner Zeit, und verbleibe, so lange ich lebe, Euch günstig und wohl zugethan.“

Dieser persönliche Erguß des Schwedenkönigs steht mitten inne zwischen dänischen Schreiben vom 2/12. und vom 3/13. December. Er mußet die Nachwelt an wie der Versuch einer Selbstcharakteristik unter dem Druck der Ahnung eines schlimmen Ausgangs. Der Versuch entbehret jedoch der richtigen Selbsterkenntnis. Daß diese dem Schwedenkönige nicht unmerklich fremd war, hat er selber dargezogen in jenen früheren Briefen an Czaristerns über die Antwort an den Kaiser, in jenen Worten, daß der Kaiser gern den Frieden wolle, nicht er. In seinen eigenen Augen also trug nicht der Kaiser, sondern er die Schuld an der Fortdauer des unendlichen Jammers.

Eben so wenig war ihm unbekannt, was zunächst die Vornehmen von seinem Kriege hielten. Noch am Tage vor der Abfassung dieses Briefes war ihm das vor Augen getreten. Ein schwedischer Bericht<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Inventarium S. 272 b.

meldet darüber: „Sonntags den 3. December tritt der König zu dem Fürsten auf das Schloß, horte allda die Predigt, und blieb hernach den ganzen Tag und die halbe Nacht bei dem Fürsten, erzeugte sich gar lustig und sagte unter Anderem: er spürte in Vielem, daß man ihn nicht gern sähe, da er doch bestreben ankam, die Bedrängten eines (so!) zu ergehen, und getraute (sich) nächst Gott etwas Gutes auszurichten. Er achtete aber der Mißgönnner nicht, sondern vertraute seinem Gotte und guter Sache.“

Jener Gedanke an die Zukunft seiner Frau und seiner Tochter, wenn ihm ein Unglück widerfahre, preßt dem Schwedenkönige schmerzliche Klagen aus. Er vergaß dabei, daß wie er für die Seinigen, eben so auch für die Andern die Millionen der Watten und Väter fühlten, über die er, nicht gezwungen, nicht zur Abwehr, sondern nach eigenem freiem Willen, um zu nehmen, was nicht sein war, seinen Krieg zu bringen kam.

Der Brief ist also eine Selbstcharakteristik des Schweden, die eben dadurch zur Wahrheit wird, daß einige wahre Züge fehlen. —

Mit dieser Offensiv, die der Schwedenkönig im December 1630 ankündigt, beginnt eine neue Phase des Krieges. Darum haben wir, bevor wir ihm auf diesem Wege folgen, uns zurückzuwenden zu dem damaligen Stande des, wie der Schwede von Anfang an es benannt, Diversionswerkes von Magdeburg, so wie zu der Haltung des gewichtigsten Reichsfürsten, Johann Georg von Kurlachsen.

### 23. Falkenberg und Magdeburg im November des Jahres 1630.

Am 19/29 October in der Frühe des Morgens betrat der von Gustav Adolf als sein Legat gesendete Hofmarschall Dietrich von Falkenberg die Stadt Magdeburg. Dort hatte sich, ungeachtet der Verträge vom September, die Lage der Dinge in der letzten Zeit für die schwedische Sache nicht günstiger gestaltet.

Denn seit jenen Reden, mit welchen Stallman am 1/11. August den großen Haufen beschört, mochte doch nicht Wenigen die Erkenntnis der Nichtigkeit derselben aufgegangen sein. Es hatte nicht eine allgemeine Erhebung der Protestanten statt gefunden. Es konnte nicht verborgen bleiben, daß die Stadt Magdeburg allein im Reiche sich einem fremden Könige willig erzeigt, wenn auch, wie die Worte des Vertrages lauteten, in beschränkter Weise. Man erfuhr, daß weder die benachbarten Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, noch die Hansestädte die

Vorgänge in Magdeburg befügten. Es traf ein, was der Pfarrer Sym-  
bicus Wulfer in Anloß der Ummüzung im März vorhergesagt, daß bei  
Erregung neuer Händel in Magdeburg der Bund der Hanse sich fern  
um die Stadt nicht kümmern werde. Die Kurfürsten und die Hanse  
wagerten auf ihrem Gebiete jegliche Rettung der Magdeburg. Sie  
unterlagten und hinderten die Ausrüstung der für die Stadt gekauften  
Munition. Man erkannte, daß der Markgraf, der den Krieg auf eigene  
Kosten führen wollte, kein anderes Geld und keine anderen Kriegsmittel  
hatte, als was er auf den Plünderungszügen gesammelt brachte. Das  
hörte bald auf, namentlich seitdem er einige empfindliche Niederlagen  
erlitten. Das Kriegsgeld ward nicht mehr bezahlt. Auch erhielt es kein  
Brot. Dennoch wollten die Soldaten leben. Die Bürgerschaft von  
Magdeburg war vertragsgemäß berechtigt nichts zu zahlen, und hielt fest  
an diesem Vertrage: alle nahmen es die Soldaten des Markgrafen von  
den unglücklichen, noch übrigen Bewohnern der Vorstadt und des um-  
liegenden Landes, und vertheten das was sie nahmen, in unheimlichem  
Exzess.<sup>1</sup> Die Plünderung der Stadt Magdeburg begann nicht erst  
durch die kaiserlichen Truppen, sondern durch diejenigen des Markgrafen,  
weil vor diesen, vor dem Obersten Schenckendorff, kein Landmann sich  
mehr nach der Stadt getraute. Die Soldaten brachen das Holzwerk des  
Klosters Berge ab bis auf die Mauern, und verkauften es in die Stadt  
Magdeburg. Der Markgraf suchte Geld zu schaffen, nicht aus Kosten  
der Bürger von Magdeburg, welche sichhielten an dem Vertrage, sondern  
Anderer. Es war früher Gold und Silber in die Stadt geschickt und  
den wohlhabenden Anwohnern des Neuen-Marktes in Verwahrung  
gegeben. Diese wurden durch Fideslosigkeit genöthigt alles ihnen anver-  
traute Gut als Anleihe herzugeben.

Dennoch wollte das alles nicht erlösen noch reichen. Unmuth,  
Zorn und Mißtrauen keimten empor. Selbst die Weiblichen begannen  
zu werden. Und freilich hatten sie noch einen besondern Kummer.<sup>2</sup>  
Der neue Rath nahm ihnen gegenüber nicht bloß Gemüthspehen bed  
alten an, er ging darüber hinaus. Früher hatten die Mitglieder des  
Rathes im dritten Jahre gewechselt, nun waren sie lebenslänglich. Fühlten  
sie daher um so sicherer. Auf Hochzeiten, auf Gastgeboten und Begräb-  
nissen setzten und setzten sich die Weiber des neuen Rathes über die  
Prediger. Dann gingen diese wieder davon und ließen sich veranzen:

<sup>1</sup> Hoffmann-Quelle 42. Relation 439. Strauß 340.

<sup>2</sup> Hoffmann-Quelle 42. Vgl. Witzel-Quelle 21.

„Daden wir sie hinaus gebeten, so können wir sie auch wieder herunter bitten.“ Mehrere der Gefassten vergaben, was sie früher für das Bündnis gesprochen. Mehr als hatten sie jemals gegen dasselbe gesprochen, widigten sie die Widerwärtigkeiten dem neuen Rathe zu. Das konnte davon, sagten sie, weil der Rath nicht dem Beispiele des Königs David gefolgt sei. Der Magistrat habe nicht zuvor nach Davids Beispiele den Herrn unseres Worts, oder an dessen Statt seine Diener das Trinistertum, gefragt noch mit zu Rathe gezogen. Dem Markgrafen und dem Stallman ward bei solchen Äußerungen der theologischen Demagogen gar nicht wohl zu Muth. Man suchte diese zu begütigen. Man brachte ihnen häufig neue Berichte. Der Markgraf lud sie zu seiner Tafel, schickte ihnen Vieh und andere Dinge, die von Klöstern und Mönchen herangebracht wurden: Butter, Käse, Schwanen und dergleichen, damit sie das Volk fleißig vermehren. Auch wurden ihnen Pfünden und Canonicate der Domherren in Aussicht gestellt. „So ward das Erel in etwas gefüllt und diesen Widerspenstigen also das Maul gestopft.“

Unterdessen waren die Nachrichten über die Vorgänge in Magdeburg nach Weingenburg am den Kaiser gelangt. Der Reichsvizekanzler Stralendorf machte, auf Veranlassung des Kriegsrathes Wolmerode, ein kaiserliches Rathe den Vorschlag<sup>1</sup>: „Da die Fortsetzung in Magdeburg für den Versuch einer Herstellung Erfolg hoffen lasse, so möge der Magdeburger Patriarch Johann Almann, damals kaiserlicher Stiftenamman, den Auftrag erhalten sich in Magdeburg zu begeben, mit Befehl und Instruction, daß alles was daselbst tumultuarisch verändert, wieder in den vorigen Stand gesetzt, die Ausgewanderten zurückberufen, die Missethäter auf der R. M. Befehl in Haft genommen, der Administrator Christian Wilhelm selber, wo es nicht bereits zuvor geschehen, aus der Stadt geschafft, oder an die R. M. herausgegeben werde.“

Der Vorschlag Stralendorfs war offenbar auf die Nachrechnung begründet, daß sich bis dahin in Magdeburg kein Mann von Kraft und Ansehen gefunden, geeignet die Führerschaft der nicht geringen kaiserlichen Partei zu übernehmen und dadurch dem Verwarrt ein Ende zu machen. Dennoch erhielt dieser Vorschlag im kaiserlichen Rathe nicht die Zustimmung. Dagegen erließ der Kaiser, am 24. September, eine Mahnung<sup>2</sup>:

<sup>1</sup> Der Vorschlag, nicht datirt, in Kriegsdienste 3. 84.

<sup>2</sup> Hofmann-Buchh. 43. Hofmann II., 84. Die Antwort des Rathes bei Carstius 137.

an die Stadt. Mit Befremden, sagt er darin, habe er vernommen, daß der Rath dem Markgrafen, der heimlich in die Stadt geschlichen und dann öffentlich als Administrator aufgetreten sei, zu seiner höchsten Absicht Vorſchub geleistet. Jedoch wiſſe der Kaiſer, daß dies nur von etlichen Mitgliedern geſchehen, die Warnung der Beſtändigen dagegen von dem tumultuierenden Hauſen nicht angehört ſei. Er ermahne die Stadt und gebiete ihr erſtlich, ſich des genannten Markgrafen ſerner nicht anzunehmen, ſondern ihn als einen Reichsfeind aus ihren Mauern zu ſchaffen. Alsdann werde der Kaiſer der Stadt in Gnaden gewogen bleiben.

Das Schreiben, welches der Sachſe nach, erſt nach dem Abſchlusse der ſchriftlichen Verträge eintraf, ſetzte den Rath, „der zur ſelben Zeit ſeiner nicht mehr mächtig war“, <sup>1</sup> in nicht geringe Verlegenheit. Er zog die Antwort hin. Aber nach herkömmlicher Weiſe war das Schreiben gerichtet an Rathsmannen und Junungemeiſter. Die Letzteren verlangten, daß entweder der Rath antworte, oder ihnen die Antwort zulasse. Demnach trug der Rath dem Syndikus Denhardt auf, die Antwort aufzuſehen. Dieſer jedoch verlangte zuvor die Gründe zu wiſſen, die den Rath bewogen, ſich in das Bündniß mit dem Schwedenkönige und dem Markgrafen einzulaſſen. — So war der Stand der Dinge, als Falkenberg eintraf.

Der Bericht, den dann ſofort Stallman mündlich ihm und ſchriftlich dem Könige abſtattete, konnte demnach für die ſchwediſche Partei nicht günſtig lauten. Falkenberg jedoch fügte hinzu: „Ich will das Schreiben des Herrn Stallman gleichwohl ſo weit ſtimulieren, daß die Sachen ſo ſchlumm nicht ſtehen, wie man wohl vergibt, was ich doch beſſer als nun, wo ich erſt angekommen, binnen weniger Zeit werde ſehen und ſpüren. Meines Theils verſühre ich, Gut und Blut und alles ungeſpart ſein zu laſſen, (um) den Ort nach Vermögen zu defendieren.“ — Die Worte ſind inhaltsſchwer. Falkenberg ſchildert dann die militäriſche Macht der Kaiſerlichen im Erzſtifte als zur Zeit noch gering, höchſtens 4000 Mann.

Die Entwicklung der Dinge in Magdeburg bis dahin hat ſich uns an den Thatſachen dargeſtellt. Dennoch erſcheint es wegen der großen Tragweite, welche das Trauerſpiel von Magdeburg für die Welt wie für die Nachwelt gehabt hat, gerathen und zweckmäßig, bei dem

<sup>1</sup> Moritz Queritz bei Hoffmann-Guentz 44. Bgl. Bülow-Guentz 31<sup>a</sup>.

<sup>2</sup> Archiv II, 67.

Begunne der Thätigkeit Jallenberg's in Magdeburg noch einmal in kurzen Zügen klar zu stellen, daß der Standpunct, von welchem aus der Schwedenkönig und seine Leute die Magdeburger Angelegenheiten betrachteten, und derjenige, von welchem aus die in Magdeburg herrschende Partei in das Bündnis eingegangen, nicht derselbe war. Vielmehr mochte eine große Verschiedenheit ob. Der Schwedenkönig begründete von Beginn an die Magdeburger Sache vor seinen Vertrauten als ein Diversionswerk zu seinen Gunsten. Wie er das verstand, hat er, nach dem Falle von Magdeburg, vor der Welt ausführlicher darlegen lassen. Erst dann also werden wir die schwedische Rede und die Gegenseite des Magdeburger Patrioten zu vernehmen haben. Zunächst haben wir dem Laufe der Thatfachen zu folgen.

Der schwedische Ambassadeur Stallman hatte den schwankenden, seiner selbst nicht mächtigen Rath von Magdeburg in einen Bündnis-Vertrag hinein geredet, welcher, im vollen Gegensatze zu dem Gedanken eines Diversionswerkes stehend, weitläufig überwiegende Vorteile des Bündnisses der Stadt zuwies, überwiegende Kosten dagegen dem Schwedenkönige, indem er namentlich ihm den schleunigen Anmarsch zum Entsatze der Stadt zur Pflicht machte.

Gustav Adolf hatte in Stettin den Vertrag gut geheißen, das heißt doch wohl nur erst im Allgemeinen. Nun aber, vom 19./29. October an, war Jallenberg als der Legat des Königs in der Stadt. Stallman legte ihm den Vertrag vor. Jallenberg meldet<sup>1</sup> darüber, am 3./12. November: „In der Capitulation ist des Königs Vortheil nicht wahrgenommen, alle onera aber ihm hingenommen. Mit Stallman habe ich darüber ernst geredet. Er entschuldigt sich mit *genio nationis*, welches denn, so viel ich bisher vermerkt, keine geringe Exuse.“

Das Gewicht dieser Entschuldigung des Stallman mochte der Jallenberg täglich und stündlich steigen. Jede Forderung an den Rath und Bürgerschaft „ließ wider die Verheißung, daß die Stadt mit dem Kriege nichts zu thun haben, auch nichts beschließen sollte, sondern daß der König und der Marquis die Kosten verschaffen würden.“<sup>2</sup> — „Magistratus“, meldet<sup>3</sup> Jallenberg dem Könige, „hilft mir keinen Thalers werth. Die Stadt weiß uns nichts zu Willen.“ Man verfiel ihm keinen Rathschlag zur Werbung. „Es verhält sich demnach alles dergestalt, daß ich nicht sehe, wie ohne sonderliche Gnade Gottes wir lange bestehen können.“<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Entschlüsse des Schreibens bei Damm 346 und Müntz, Jallenberg 72.

<sup>2</sup> Relation 440. <sup>3</sup> Müntz, Jallenberg 72. <sup>4</sup> M. a. O. 77

Schon damals gleich mögen die Worte gefallen sein, die man Falkenberg zuschreibt<sup>1</sup>: wenn er die Beschaffenheit der Dinge vorher so gewußt wie er sie befand, sollten ihn zwölf Pferde nicht herangebracht haben.

Aber er war nun da. Er hatte, wie er meldet, seine Sätze an Stallman.<sup>2</sup> „Dieser hilft freulich und ist bei den Besten wohl gesittet. Ich müßte wahrlich ohne Stallman in civilibus nicht durchzukommen.“ — Mit dem Rathe Stallmans also kam Falkenberg zu dem Entschlusse, nicht von dem Rathe von Magdeburg zur Erleichterung des Königs Änderungen des Vertrages zu verlangen, und dadurch alles in Frage zu stellen, sondern auf dem Wege fortzuzugeln, den Stallman vorgezeichnet. „Ich bin eriolvert,“ schreibt<sup>3</sup> Falkenberg dem Könige, „alles einzugehen, was nur immer thutlich, damit ich Jedermanns Wunsch gewinne. Denn es ist leicht zu sehen, was an diesem Orte gelegen, und wie hoch derselbe den Feind uncommodiert, dieweil für ihn unmöglich ist, den Krug in Weissenburg zu führen, wo er dessen Voh nicht offen hat: darum er denn billig in Acht zu nehmen.“

Bevor Falkenberg mit dem Rathe von Magdeburg sich definitiv einigen konnte, mußte er sein Credit und seine Vollmacht abwarten, die auf einem anderen Wege nach Magdeburg gelangten. Nachdem sie eingetroffen, trat er vor den versammelten Rath, um sie zu überreichen.<sup>4</sup> Er versicherte, daß der König sich mit allem Fleiße bemühe, die Stadt sobald wie möglich zu entsetzen. Dies habe der König ihm nicht blos mit hochbedeutlichen Worten bekräftigt, sondern auch zuletzt gesagt: er hoffe noch wohl eher an die Stadt zu kommen als Falkenberg. Daß es nun aber so bald noch nicht geschehen, wolle man nicht dem Könige, sondern der Ungelogenheit der Zeit zumessen, und unterdessen nicht Hände und Füße sinken lassen, zumal da es ja mit der Stadt annoch ein solcher Zustand, daß der König nicht nöthig habe, seine Armeen in Gefahr zu setzen. Er, Falkenberg, erbielte sich für seine Person, das gemeine Wesen und den Kriegszustand sich getreulich und fleißig angelegen sein zu lassen.

Es folgte der für das Wesen der Dinge wichtigste Act. Falkenberg ratificirte im Namen des Königs mit Hand und Siegel die von Stallman mit der Stadt abgeschlossenen Capitalationen, die, wie Falkenberg gewußt und gesagt hatte, alle Lasten dem Könige, allen Vortheil

<sup>1</sup> Melanck 442.    <sup>2</sup> Dittmar 351.    <sup>3</sup> Ströb, Falkenberg 79.

<sup>4</sup> Das Schreiben vom 12. November an Dittmar, Falkenberg 72. n. 1.

<sup>5</sup> Hoffmann-Quere 46, und Müllh-Quere 22\*.

der Stadt jureiren. — Dennoch würde es nicht richtig sein, die Verantwortlichkeit für den Vertrag mit dem Stollman beizumessen, sondern sie lastet mit der gleichen Schwere wie auf Stollman, auch auf Jollenberg und dem Könige Gustav Adolf.

Das Verhalten aller dieser drei Männer gegenüber Magdeburg regelt sich vom Beginn an nach demselben Principe, nämlich die Häupter der Stadt durch den verzögerten Gewinn auf fremde Seiten zu locken, und zugleich über die wirkliche Lage der Dinge im Unklaren zu erhalten. Dafür diente namentlich der Hinweis auf die nahe bevorstehende Ankunft des Königs. Handelschluß durch diesen Hinweis hatte Stollman, am 1/11 August, den großen Rauten von Magdeburg für seinen Antrag gewonnen. Daß es so geschehen war, wiederholte der Markgraf Christian Wilhelm eben damals dem Könige ausdrücklich. Zudem er in einem Schreiben, im November, auf schleuniger Entschluß dringt, sagt er hinzu: „Zudem auch solches der Vertrag mit der Stadt Magdeburg, dem aufgerichteten Buchstaben nach, requiriert und erfordert; denn anderer Gestalt solcher Contract nicht eingegangen wäre.“ — Jollenberg hatte der Notification des Vertrages noch seine Versicherungen vor dem Rathe der Stadt hinzugefügt. Gustav Adolf selber hatte damals bereits in fünf verschiedenen Schreiben dem Markgrafen nach dessen Worten versichert<sup>1</sup>: „daß Wir. M. mit innerhalb kurzen zu assistiren kommen wollen.“

Die spätere Verteidigung des Königs nach dem Falle von Magdeburg bemerkt<sup>2</sup> dagegen: „Obwohl die Königl. Majestät der Stadt ihren königlichen Success ausdrücklich versprochen, so ist doch allen kriegsverständigen und sonst klugen vernünftigen Leuten besser wissend, daß solche Promesse und Obligate nach einem jeden Willkür, oder menschenmöglichem Freier und nicht so absurde und pöbelle zu verstehen, daß die Königl. Majestät hinter solche Zusagen, sich auf ihren königlichen Senat vergeblich periclitieren, und damit die gute Stadt so wenig entsetzen, als mit sich gewis über einen Stein werfen sollten.“ — Die Feindseligkeit, deren diese Worte die Häupter von Magdeburg anklagen, ist unproletisch. Aber die Thatsache dieser Feindseligkeit entlastet nicht denjenigen, welcher in wahrheitswidriger Weise sie zu sein Interesse auszubringen sucht. In welcher Weise das bis dahin geschehen war, liegt an den Thatsachen vor. In welcher Weise das ferner geschah, wird in die letzte Stunde, wird an den ferneren Ereignissen sich ergeben.

<sup>1</sup> Archiv II, 110    <sup>2</sup> M. a. C. 117    <sup>3</sup> Augen und wahrheitsgetreue Bericht etc., bei Schickel 100 u.



Dieser beschändige Planes auf die nahe bevorstehende Ankunft des Schwedenkönigs war das eine hauptsächlichste Mittel der Täuschung. Ein anderes war das Unterlassen einer Geldforderung an die Stadt Magdeburg. Stallman hatte in den Vertrag gesetzt: „S. Kön. M. haben dem Rathe und gemeiner Stadt gnädigst versprochen und zugesagt, thun auch solches hiermit und kraft dieses, sich derselben ufm. königlich anzu-nehmen, zu mit göttlicher Hülfe ohne der Stadt Kosten und Spesen auf solchen Auszug, möglichst zu schützen und zu besondern, in keiner Noth zu verlassen“ usw. — Nicht also schien nach diesen Worten die Stadt dem Könige, sondern der König der Stadt zu dienen. Eine Geldforderung des Königs an die Stadt würde den Schleier dieser Verblendung, in welcher die in Magdeburg dominierende Partei sich befand, gerissen, ihr die Aufforderung nahe gelegt haben, sich über sich selber und die Wirklichkeit klar zu werden. Dies ist nicht geschehen. Weder berichtet Gurrick, der Mitglied des Rathes war, von einer solchen Geldforderung Jastnbergs an den Rath, noch enthält eins der Schreiben, die Gustav Adolf an Christian Wehlem, an Jastenberg, oder direct an die Stadt währte, eine Andeutung solcher Art. Dennoch kann die nach dem Untergange der Stadt in jenem „hitzigen und wahrhaftigen Verichte“ des Schwedenkönigs erhobene Anklage, daß die Stadt auf alles Ermahnen und Sollicitiren kein Geld habe vorstrecken wollen, mit der Wahrheit nicht bestehen.

Das dritte hauptsächlichste Mittel für die Durchführung des Planes, welchen Stallman ersehen, Jastenberg und der König sich angereignet hatten, nämlich den Rath und die Bürgerschaft von Magdeburg nicht zur Klarheit über sich selber kommen zu lassen, zeichnet der Magdeburger Patriot Gurrick mit den folgenden Worten: „Damit der Rath und die Bürgerschaft desto eher und mehr überredet und das Werk der Intention noch durchgetrieben werden könnte, hat man wieder angefangen, Redungen, welche entweder die Sache als sehr gefährlich ansehen, und dafür halten, daß, wenn es nicht ginge, wir es gehen sollte, die Stadt dadurch zum Untergange geführt werden könne, oder die sonst dem Wesen und den Worten nicht trauen, noch auch in eine solche fremde Allianz mit einem auswendigen Potentaten willigen wollten, bei männiglich anzudeuten und also verächtlich zu machen, gleich als ob sie dem evangelischen Wesen zumider dasselbe gern hindern, vom Evangelio abtreten und sich auf der Papisten Seite stehen wollten. Daraus wurde ferner die Consequenz

• Würtz. Zeitschr. 42°

gezogen, daß solche Leute die Kaiserlichen und den Feind begünstigten, proditores und Verräther der Stadt wären.“ — „Mit dergleichen Neben sind die Beförderer dieses schwedisch-magdeburgischen Defens die ganze Zeit her in der Stadt umgegangen, (haben damit) auch noch bis zur Stunde der Erstürmung und Eroberung continuirret und damit die Gegenpartei niedergehalten und unterdrückt.“ — Die Worte erscheinen wie eine Selbstverteidigung Guericke's, warum er, dessen Lacer Bild, wenigstens zuletzt, zur vollen Erkenntnis der Lage kam, nicht mit härterem Nachdruck gegen die kisten Stallmans und Jalkenberg's eingetreten war.

Nicht im Einverständnisse mit diesen zwei, so wie ohne Kunde des Planes des Königs, die Stadt Magdeburg als Duerfionswerf zu gebrauchen, war der Markgraf Christian Wilhelm. Er drängte daher bei Gustav Adolf unablässig auf den verkündigten Entsch. Nach der Ankunft Jalkenberg's legte er dafür dem Schwedenkönig eine Reihe von Gründen dar,<sup>1</sup> unter ihnen zunächst den, daß nur um dieses Versprechens willen die Stadt in den Vertrag eingegangen, ferner einen anderen Grund, der ihn persönlich sehr nahe betraf. „In Wahrheit,“ schreibt er, „wird ein schlimmer Succurs höchst nothwendig sein, wenn man anders die Stadt Magdeburg, an welchem Pässe Eur. W., wie Dero Edd. selbst wissen, bestig viel gelegen, nicht aus Händen lassen, und (der Bürgerschaft) Ursache geben wollte zu anderen andrigen Webanden und Expunctionen, (nämlich) mit dem Feinde sich zu vergleichen und mich auf solchen Fall gar heraus abfolgen zu lassen, weil ihnen, auf den Fall, daß ihnen belieben wollte, sich von der Sache abzumachen und mich herauszugeben, um der Kaiserlichen W. sich zu accommodiren — der Partein mit allerhand großen Promissen vom kaiserlichen Hote anerboden werden will, allbereit anjeto noch — wie die Worte klingen — die Thür der Nothen weit offen stünde. — Da aber sie, die Stadt Magdeburg, den geringsten Succurs verspürte, so würde sie zu solchen Mitteln in Nothwendigkeit nicht schreiten, sondern alles dabei thun, was ihnen nur menschlich und möglich wäre.“ Wir sehen hier in Christian Wilhelm seine Besorgnis der Auslieferung lebendig, die auch später wiederholt sich kund gibt.

Wie indessen damals, im November, die Dinge lagen, behielt doch die schwedische Richtung im Rathe die Oberhand. Auf jene Mahnung

<sup>1</sup> Archiv II, 117. Das Datum, 1636, November, stimmt dasjenige des Originals zu sein.

des Kaisers, vom 24. September, einigte man sich endlich, am 10./20. November, zu einer Antwort,<sup>1</sup> in welcher sich die Unklarheit, die Verwirrung der Begriffe dieses Rathes von Magdeburg in klarer Weise wieder spiegelt.

Darauf erzählt der Rath ausführlich, wie getreu die Stadt früher immer dem Kaiser gewesen, und dafür manches Lob erhalten habe. Er berichtet weiter, daß die Stadt nun sechs Jahre nach einander unter dem Kriegerdrucke geseufzt. Er wiederholt die Erzählung aller Plagen und Qualen der Wollenteiler. Der Rath spricht dem Kaiser Dank aus für die verschiedenen gnädigsten Resolutionen, auch noch für diejenige vom 27. Februar 1630. Von da an jedoch beginnen die Klagen gegen den Versuch, das Restitutions-Edict im Erststufte durchzuführen. Das Schreiben stellt die Sache dar, als sei die Restitution des Domcapitels ein Einbruch in die Rechte der Stadt. Durch die Forderung an das Domcapitel, heißt es da, die Häuser am Ramm-Markte mit Zubehör zurückzugeben, habe die Commission indirect fast den dritten Theil der Stadt zur katholischen Religion ziehen wollen. Aber der Ramm-Markt mit Zubehör unterstand in keiner Weise der Jurisdiction des Rathes der Stadt. — Das Schreiben berichtet dann über Drohungen ungenannter Personen, die dabei statt gehabt haben sollen. Und dies bahnt den Weg zur Antwort auf die Mahnung des Kaisers, den Wollenteiler aus der Stadt zu schaffen.

„Es konnte auch vielleicht sein,“ sagt der Rath, „weil gleich im selben Monate Juli, wie dieses vergegangen, J. J. Da der Herr Administrator alhier angelangt, daß durch solche Anordnung, wegen vor-gehabter und vor Augen schwebender Reformation, die Gemüther der so hoch bestürzten Bürgerchaft nicht weniger alterirt sein möchten. Demnach da ihnen so vieler vornehmen Lande und Städte traurige Exempla, welche die Gedanken und Herzen der Menschen stutzig zu machen und zu verändern pflegen, ein sehr großes Nachdenken erweckt. Wenn dann, allergnädigster Kaiser und Herr, Ch. R. M. aus diesem unserm allerunterthänigsten Berichte und angehefteter Beschwörung allergnädigst vernehmen, welchergestalt, und zwar aus dem Rathe unwillkürlich J. J. Da der Herr Administrator in dieser Stadt angelangt, sich mit Kriegesvöll zu Röß und Fuß an Provision und dergleichen gelöst gemacht, und daher Dieselben anzuschaffen in unserer Macht nicht steht, dabei aber Ch. R. M.

<sup>1</sup> Calvisius 167.

allergnädigst bestanden, wie Deroelben so stelsältigen allergnädigsten Versicherungen und Befehlen, auch gerathen Willen und Meinung, so wie des D. Ulrichs heilsamen Ordnungen schnurstracks zuwider, nicht allein andere ewangelische Stände des Reiches, sondern auch wir und gemeine Stadt und Bürgerchaft nun in die sechs Jahre und noch dauf diese Stunde aufs härteste gedrückt und verfolgt werden zu u. s. m. Als gelangt an Ih. K. M. unser unterthänigstes und gehorsamstes Bitten, Sie geruhen uns dieses jetzigen Unwesens halber, und was dabei notwendig vorgenommen werden muß, allergnädigst mittheilend zu halten, auch zu mehrerer Anwendung desselben die allergnädigste Verfügung thun zu lassen, damit solche hochbedauerliche Drangsal und Bedrängung in Religions- und Profanachen dermalens abgeschafft, der von allen gehorsamen Ständen so lang mit sehnlichen Bitten gewünschter edle Friede im D. Reiche wieder gestiftet und aufgerichtet werde" u. s. m.

Der Wortschwall, der in gleicher Weise sich noch weiter fortzieht, legt zugleich die Unanfruchtbarkeit und die Rathlosigkeit des Rathes von Magdeburg zu Tage. Er redet im Königsstule der Unterwürfigkeit unter das Oberhaupt des Reiches, aber weder seines Vertrages mit Christian Wilhelm auf fremde Kosten, noch des Schweden und des schwedischen Bündnisses, gedenkt er mit einem Worte. Er hofft dagegen von dem Kaiser die Herstellung des Friedens, den nicht der Kaiser gebrochen, sondern der Schwede, des Friedens fern, den auch dann noch der Kaiser angeboten, der Schwede abgelehnt hatte, derselbe Schwede, der, militärisch, wannoch Herr in Magdeburg war. Der Rath, der an solchen Schriftsinn an seine höchste Obrigkeit absandte, mußte unvermeidlich auch fern von da her zur Beile werden für den Stärkeren, der da mußte was er wollte.

Ein solcher Mann war Falkenberg, auf den noch seinen bisherigen Leistungen im Dienste des Schweden in ganz besonderer Weise das von Gustav Adolf oft gebrauchte Wort<sup>1</sup> Anwendung fand „Eines rechtgeschaffenen Capitäns Hund darf nicht wissen, was er im Schilde führt.“ Es war ein großer Unterschied zwischen dem Markgrafen Christian Wilhelm und Falkenberg. Jener, unter dessen Namen die Sache begonnen hatte, war die vorgehobene Figur, hinter welcher Stallman stand, redend und handelnd Falkenberg, mit Stallman als Berater, trat in Wort und That selber voran.

<sup>1</sup> Langenius II, 228.

Es bot sich ihm bald die Gelegenheit seine Energie zu beweisen. Es ward ihm kund, daß unter den im Namen des Markgrafen geworbenen Reitern sich Wensteri rege.<sup>1</sup> „Sie wollten ohne Befehl mit fliegenden Cornetten ins Feld ziehen.“ „Wie ich dessen gewahr geworden und J. J. Wn. davon avisiret, ist mit Dero Belieben für gut befunden worden sie zu strafen. Den also mit 1500 Musketieren in ihr Quartier gerückt und habe sie, ehe sie auskommen können, (bezwungen), in Wallens den zehnten Mann hängen zu lassen. Da ich aber vernommen, daß mehr Schuld an den Officieren lag, und sie alle zu Strafe trohen, ist es dabet verblieben, und nun thun sie wieder Alle ihr Offizium.“

Der Beifolge nach war dieser Vorfall der Ursach, daß der Markgraf von dem Commando über die Truppen gütwillig und stillschweigend ganz zurücktrat, und nur seine Leihcompagnie von 250 Mann sich vorbehalt.<sup>2</sup> In dieser Willigkeit mochte sein Mangel an Geld und Credit beitragen. Er selber schreibt<sup>3</sup> an Gustav Adolf, im November: „Der Rath, weil sie sehen, daß man nichts gegen den Feind ausrichten kann, und gleichsam alles verloren halten, will mir nichts ums Geld, viel weniger auf Borg verabsolgen lassen.“

Falkenberg selber, da der Rath nichts hergab, hatte mit dem Credit des Königs Gustav Adolf. Er meldet, am 12/22. November, daß er 25,000 Thaler bekommen, diese jedoch fast ganz für Verbegelder verbraucht habe. Er bittet um einen Monatslohn für die Truppen, deren Gesamtzahl er am 23. November 2 St. auf 1600 Mann zu Fuß und 500 Reiter angibt. Er berichtet mit Dank, daß seine kleinen Wechsel auf Hamburg acceptirt worden. Es sind Beträge von 300 und weniger Thalern.<sup>4</sup> „In der Stadt ist Getreide genug, Ich muß aber alles kaufen.“ — „Man findet alhier,“ sagt er weiter, „genugsamen Vorrath, eine Armee von 30,000 Mann auf etliche Monate zu verproviantieren.“<sup>5</sup>

Falkenberg hatte noch ein anderes Mittel, auf dem Credit des Ehrendenkungs, sich Geld zu verschaffen, nämlich durch Anleihen bei einzelnen Bürgern.<sup>6</sup> „Damit er mit seinen Rechnungen vorzukommen könnte, hat er vorgegeben, daß in Hamburg Gelder vorhanden wären, und (daß) allen, die dem Könige und ihm Gold, Silber, Eisen verstrecken würden, ein Wechsel gegeben werden solle, auf welchen sie künftig in Hamburg die Zahlung erhalten würden. Der Stadtkammerer Oswald Matthias

<sup>1</sup> Bericht vom 12. November, bei Dittmer 250.    <sup>2</sup> Hoffmann-Barthe 47

<sup>3</sup> Archiv II, 124.    <sup>4</sup> Dittmer 250.    <sup>5</sup> E. u. O. 262.

<sup>6</sup> Relation 440.

ließ sich gebrauchen, die Gelder, auch Gold und Silber einzunehmen und Wechselgeld auszugeben. Demselben trugen sie nun fleißig zu, insbesondere die Geldwechsler und zum Theil Drucker, welche die Sache dahin getrieben hatten. Es geschah in der Meinung, daß wenn zu die Stadt überginge, sie das Ihrige in Hamburg haben könnten.\*

Anderer indessen verzichteten noch nicht auf die Hoffnung eines glücklichen Abkommens. Auf die Anregung einiger Bürger von Magdeburg wurden noch im November in den Hansestädten Lübeck und Braunschweig Angehörte der Vermittelung in Magdeburg entsendet.<sup>1</sup> „Ich war anfangs,“ meldet Falkenberg, zu Ende November, „darob arg erschrocken, habe aber nun, damit der gemeine Mann wenig davon anfaßt würde, die Vorschlässe aus dem Ministerio dazu gezogen, ihnen die Gefahr remonstrirt und sie bewogen, in öffentlichen Concionen die Adhäsion solcher Leute höchlich zu widerstehen. Ich habe es auch dem gemeinen Mann in Braunschweig kund gethan, mochte nur, daß es auch zu Lübeck geschehe.“ — Es ergibt sich nicht, daß die Absicht zur That geworden ist.

„Mit dem Succurs,“ fügt endlich Falkenberg hinzu, „muß aber geacht werden“. Es ist zum ersten Male, daß wir von ihm dem Schwedenkönige gegenüber direct diese Mahnung vernehmen.

Dennoch waren im November die Streitkräfte von kaiserlicher Seite im Erzstift noch so gering, daß Falkenberg aggressiv vorgehen konnte, seinerseits, wie er sagt, aus Noth. „Aus Noth,“ schreibt<sup>2</sup> er, „sind wir am 20./30. gegen den Feind anmarschirt, und haben die Stadt Neubaldensleben eingenommen, in welcher der Feind ein Getreidemagazin errichtet, mit der Absicht sich dicht vor die Stadt in die Dörfer zu legen, in denen schon die Quartiere ausgeheilt waren. Er wird das nun bleiben lassen müssen. Ich bin gesonnen, Neubaldensleben zu halten, habe dort 600 Musketiere und 200 Reiter unter dem Obersten Schreidenwein. Der Ort ist auch so beschaffen, daß sie sich bei der Winterzeit wohl wehren können.“

## 24. Falkenberg und Magdeburg im December 1630.

Am 26. November erhob sich am Nachmittage ein so grausamer und erschrecklicher Sturmwind, daß bejglenden der Windstengedanken nicht erhört war.<sup>3</sup> In Magdeburg warf der Sturm von den höchsten und

<sup>1</sup> Dittmar 166. Cronheim I, 326.    <sup>2</sup> H. a. D. 252.

<sup>3</sup> Hoffmann-Gierck 49. Relation 437. Am ausführlichsten bei Arlandierius 83.

besten Stuckhertenpigen weit herüber, die nur zu St. Johana mit Blei gedeckt, und eine zu St. Katharina, dergleichen auf St. Annenkirchen, und in der Subenburg. Der Sturm warf die noch stehenden Pfeiler um, die erst einen Steinern, damals schon gebrochenen Gang vom Bischofshofe aus in den Dom getragen hatten.<sup>1</sup> Er entriß im Vorabie des Domes den klagen Jungfrauen die Lampen. „Viele Verschuldigte machten sich daraus die Rechnung: es würde sonder Zweifel der Stadt ein großes Unglück angedröhet.“<sup>2</sup> — „Derwegen“ heißt es in der spätern Schrift<sup>3</sup> des alten Rathes von Magdeburg, „die halbsittigen Räubersführer und eigennütigen, unverständigen, anführerischen Köpfe solches billig hätten in gute Acht nehmen, sich darnach richten und Gott in der Formirthe fallen lassen. Aber die Prediger haben die Leute halbsittig und sicher gemacht, und insonderheit Dr. Gilbertus (hat) gepredigt, daß es Gnadenzeichen wären.“

Um dieselbe Stunde hielt Tilly Kriegsrath zu Dorneln an der Elbe. Denn so lange hatten sich, wie wir früher gesehen, die Differenzen und Erörterungen des Collegialtages zu Regensburg hingezogen, daß erst im November der Aufbruch von da erfolgt war. Im Kriegsrathe auf dem neuen Rathhause in Dorneln ward die Frage erwogen, was zu thun sei gegen Magdeburg, das den Diener eines fremden Königs und Reichsfreundes in seine Mauern aufgenommen. Da brach das Wetter herein, in den Wirkungen heftiger als in Magdeburg, weil der Sturm das Bofferrad an der Pulvermühle antrieb, mit solcher Gewalt, daß es Feuer fing und der Pulvernorrath aufklog. Der Feldherr, es für ein Erdbeben haltend, sprang auf von seinem Sitze, warf sich auf die Knie und betete laut. Die Generale und Obersten folgten seinem Beispiele. — Dann erörterten sie weiter die Frage. Pappenheim meinte, 4000 Mann würden hinreichen. Tilly war ihm darauf hin, daß er hier nicht mit österreichischen Bauern zu thun habe, sondern daß starke Mälle und hohe Mauern ihm entgegen stünden.<sup>4</sup> Pappenheim zog mit 6000 Mann in das Grästel. Bevor er aufbrach, declarirte ihn Tilly im Namen der Liga zum General-Feldmarschall des Bundesheeres.<sup>5</sup>

Die nächste Aufgabe für Pappenheim war Reubaldensleben. „Das Glück hat mir so wohl gewollt,“ schreibt er am 21. December, „daß

<sup>1</sup> Brandt 45 u. 1.    <sup>2</sup> Arandhaeus 84.    <sup>3</sup> Relation 437

<sup>4</sup> Heinricher VIII, 174, 175.

<sup>5</sup> S. 108. Schreiben Pappenheims vom 5. 15. December.

ich mit einem Auszuge von 2000 Mann zu Fuß und etlichen hundert Pferden zu gutem Anfange noch bei diesen trauen kalten Wetter, schier wider menschliches Verhoffen, die Stadt Neubaldensleben, die ganz in einem Dorack gelegen, mit doppeltem Graben, Wall und Mouren wohl versehen, durch die Hülfe Gottes, neben dem Herrn General-Wachmeister von der Herrien, in vier Tagen mit ordentlichen Approchen eingenommen.“ Schneidewitz und seine Officiere wurden freil gelassen gegen das eidlische Versprechen, nicht wider gegen den Kaiser zu dienen.

Das Verhalten Schneidewitzs fand bei Falkenberg scharfen Tadel. „So guter Vorrath,“ meldet<sup>1</sup> er am 6/16. December dem Könige, „in Baldensleben gewesen, und obgleich die eingelegte Belagerung fast eben so stark wie der belagernde Feind, und ich hoffte, Ob Schneidewitz werde sich darin als ein redlicher Soldat halten, so erfahre ich doch durch einige Soldaten, die entronnen, in vergangener Nacht, daß der Oberst gestern Morgen Accord geschlossen, und also das gute Volk dem Feinde ganz und gar in den Rücken gelegt.“ Zugleich kündigt er die Absicht an ein Kriegsgericht zu halten. Schneidewitz begehrt einen Paß, um sich zu verantworten.<sup>2</sup> Dann jedoch entliet er, und schickte auch nicht einmal eine schriftliche Vertheidigung ein. Darauf ließ Falkenberg ihn dreimal mit öffentlichem Trommelschlage vorladen, und dann ihm als Zeugnig Ehre und Güter aussprechen.<sup>3</sup> Seine bei dem Wasturthe Parck in der goldenen Krone liegende fahrende Habe ward inventarisiert.<sup>4</sup> Auch ward Parck genöthigt, die bei ihm verwahrte Besatzung des Schneidewitz zum Obersten, so wie den von Christian Wilhelm ihm ausgestellten Expectanzbrief vom 27 September an Statuten auszubändigen. Dennoch werden wir diesen Ob Schneidewitz wieder antreffen bei dem Schwedenkönige, der ihm die in Magdeburg geleisteten Dienste nicht vergaß.

Auch Tilly war auf einen längeren Widerstand von Neubaldensleben gefaßt gewesen. „Se. Excellenz“ meldet<sup>5</sup> Pappenheim, „haben die Sache so schwer befunden, daß sie sich selber in der Person dahin bemühen wollen, sind aber von uns allbereit in der Stadt empfangen worden“. — „Darauf sind sie gleich den andern Tag mit demselben Volke vor Magdeburg gerückt, haben fleißig recognoscirt und uns nächst an die Stadt logirt, daß sich also die Magdeburger dieselb (nicht

<sup>1</sup> Dittmer 366.      <sup>2</sup> N. a. C.

<sup>3</sup> Hoffmann-Saunders 49.      <sup>4</sup> Protocolla Magdeburgensia.

<sup>5</sup> Bei Geh 109. Vom 23 December



der Elbe wenig mehr zu getrüben, es sei denn daß sie eine von unseren Quartieren angreifen und aufschlagen, was ihnen aber, ob Gott will, wohl verboten sein soll.“

Indem aber nun die Kaiserlichen die Vorstädte berührten, war es für Falkenberg um so mehr wünschenswerth, daß seine Truppen in der Altstadt Quartier erhielten. „Er hat den Rath und gemeine Stadt ersucht, ob nicht die Bürgerschaft die (zur Werbung) ankommenden Soldaten in ihre Häuser einnehmen, und mit dem schickten Erwerb versehen möchten, den Unterhalt oder Sold wolle er selbst verschaffen.“<sup>1</sup> — „Es haben aber, obgleich ein Theil sehr dazu gerathen, die Risiken von der Stadt daran nicht verwilligen, noch dem Tunge trauen wollen.“ In Anlaß dieses Verlangens verzeichnet die von Mitgliedern des früheren Raths von Magdeburg verfaßte Schrift: „Es waren doch der Markgraf und Falkenberg so vorsichtig, daß, wenn etwas Neues begehrt wurde, man allemal am Neuen-Merke in den vornehmsten Höfen und Häusern Anstalt machte für des Königs Quartier, als wenn er in zwei oder drei Tagen mit der Armee folgen werde.“ — Dennoch verzog sich die Einwilligung in die Forderung Falkenbergs, 600 Mann in die Altstadt aufzunehmen, bis tief in den Januar 1631.<sup>2</sup>

Es war nicht die Absicht Tillys gegen die Stadt Magdeburg sofort mit Gewalt vorzugehen. Er versuchte zunächst den Weg der Güte. Von Halberstadt aus schrieb er, am 29. December, an den Rath von Magdeburg eine nachdrückliche Mahnung.<sup>3</sup> „Er würde nichts lieber sehen, schreibt er, als daß diese erschöpften Länder nach den schweren Kriegen endlich zur Ruhe kommen. Darum ermahne er die Stadt im Namen des Kaisers ernstlich, im eignen wohlmeinend, abzulassen von unverantwortlichen Thätlichkeiten, zu denen sie sich durch die Überredung friedhöfiger Leute habe verleiten lassen. „Denn Ihr habt zu irgend einer Widerseghabkeit nicht die allergeringste Ursache.“ — „Wenn Ihr diese unsere wohlmeinende Ermahnung bei Euch nicht fruchten noch gelten laßt, so könnt Ihr das bei den benachbarten Kurfürsten und Ständen, deren Länder und Unterthanen dadurch so erbärmlich bedrückt und zu Grunde gerichtet werden, keineswegs verantworten, und habt für Euch

<sup>1</sup> Hoffmann-Sensle 47.    <sup>2</sup> Melation 441.

<sup>3</sup> Stettin'scher Bericht vom 19. Januar 1631, bei Zitzmar 260  
Lettstus 167.

selber endlich und unzweifelhaft nichts Anderes zu erwarten als Ruin und der Euerigen totalen Ruin, Verberb und Untergang. Das sehen wir gleichsam vor Augen. Denn so ist es allen denen ergangen, die sich der M. M. Majestät als ihrer von Gott geordneten höchsten Obrigkeit bisher widersetzt haben" — In entsprechender Weise schrieb Tilly am selben Tage an den Markgrafen.

Das damalige Verhalten des Markgrafen fordert hier zuerst in besonderer Weise unsere Aufmerksamkeit. Wenige Wochen zuvor hatte Falkenberg an Kaiser Adolf über ihn in wenig günstiger Weise berichtet.<sup>1</sup> „Er hat bei der Gemeinde allem favor verloren, ist gar nicht geeignet,“ heute an sich zu geben, schadet viel dem gemeinen Wesen.“ Und weiter: „Der Administrator hat nicht Einen Thaler mehr, auch in langer Zeit nicht gehabt.“ — „Er hat keines Groschenwerth Uebel.“ — Nun nach dem Eintreffen jener zwei Schreiben Tillys vom 19/29. December, meldet Falkenberg „Der Fürst ist constanti animo, wird, das Schreiben Tillys masculine beantworten.“

Diese Verschiedenheit der Urtheile Falkenbergs über Christian Wilhelm binnen so kurzer Zeit legt die Vermuthung nahe, daß inzwischen etwas Besonderes vorgegangen sein müsse. So war es in der That. Der Markgraf Christian Wilhelm war zu Ende December nicht mehr so geldarm wie im Anfang, sondern hatte mittlerweile Gelegenheit gefunden, sich Geld und Geldwerth zu verschaffen. Es fragt sich also: woher?

Daß der Markgraf vom Beginn seines Auftretens in Magdeburg aus dem Dome genommen, was für ihn verwendbar war, blieb damals gleich nicht unbekannt. „Er hat,“ sagt ein Bericht,<sup>2</sup> „Geld aus dem Dome und aller Winkeln zusammen gesucht.“ Bestimmter redet davon das Tagebuch des Predigers Krause.<sup>3</sup> „Im Dome wurden alle Secreta visitirt, in Begräbnissen mit Haken und Nadeln, in Capellen, was da war an Silber und Gold, wurde herausgenommen. Zuerst machte man es gar zu laut mit dem Graben und Nachsuchen, daß Jedermann in der Stadt davon wußte. Hernach wurde etwas heimlicher damit umgegangen. Ein Schloßer mußte immer mit dabei sein. Die custodes im Dome wurden abgeschafft ein einziger wurde behalten, der hoch vereidigt wurde, et admittebatur ad ista secretiora. Viel Gold wurde

<sup>1</sup> Bei Dietmar 364.     <sup>2</sup> Im Texte steht „geschlo“.

<sup>3</sup> Relation 488.     <sup>4</sup> Freuk 366.

vermuthet.“ — Es handelt sich also darum, diese allgemeinen Angaben genauer festzustellen.

Am 9/10. December erließ<sup>1</sup> der Markgraf an den kaiserlichen Gerichtsmann von Dren-, Woud- und Albensteden, den er zum Notar ernannt, den folgenden Befehl: „Demnach wir jüngsthin aus sonderbaren bedenklichen Ursachen etwas in unserer Domkirche alhier von verwahrten Weibden aufzuheben den Anfang machen lassen, auch selbigem Werk in Person beigewohnt, wir aber ferner sothanem Aufheben persönlich täglich beglaubeten, durch andere hochnothwendige Verhinderungen abgehalten werden. Als befehlen wir Euch hiermit gnedigst, daß Ihr Euch als hierzu ordentlicher Weise requirirter Notar mit Jungen zusammen thut von allen Rüstern die Schlüssel zu der Kirche so lange abfordert, und Einem allem in Gemadsam gebot, und ihnen allerorts hart anbietet, keinem einzigen Menschen, der Vermeidung unserer höchsten Anzude und Strafe, hiervon etwas zu erlauben, ferner daß Ihr dem bemeldeten Aufheben an den Orten, wo alldereits angelangen, bewohnt, den Maurer oder andere Arbeiter solches im Scheitern zu halten, verweigert, und damit es schnelligst vollendet werde, zum Heile ermahnt. Und daß Ihr, sobald Ihr entweder eine eiserne oder hölzerne Thür oder sonst etwas am Gewölbe oder etwas Werkstückes von Brettern oder Boden befunden werdet, mit fernereem gewaltsamem Arbeiten inne haltet, und so wohl wohl Acht hebt, daß die Wände, so sich erdigenen möchten, keineswegs und im geringsten nicht erschüttert werden, sondern uns solches zu unserer anderweilen Verordnung unterschuldigst hinterbringt und berichtet.“

Demgemäß wurden die zugezogenen Personen in der Mästermögerei erst mit einem schweren Eide bekräftet. Dann begann man zu graben hinter dem Altar im Boden des Chores. Über die Hälfte desselben ward aufgewühlt, dennoch nichts gefunden. Auf den Bericht dessen gebot der Markgraf, in der Guther weiter zu arbeiten. Dies war das feste Gewölbe<sup>2</sup> — im Dome von Magdeburg doppelt, die alte und die neue — wo in katholisch-kirchlicher Zeit diejenigen werthvollen Geräthe und Gewänder aufbewahrt wurden, die nicht zum täglichen Gebrauch erforderlich waren. Als auch dort das Graben erfolglos blieb, gebot Christian Wilhelm „alle Kisten und Käben dort zu eröffnen, und was darin an Silber, Gold, Silber, Kleinodien vorhanden sein würde, zu seinen Händen kundlich zu überbringen. Damit haben wir am 21. December (N. St.) den Anfang gemacht.“

<sup>1</sup> Das Folgende aus Protocolla M.    <sup>2</sup> Bandt 77

Diese Ausbeute war reichlich. In der Testamentslade einer Familie von Platen fand sich „eine goldene Kette von 220 Gliedern, so ohne das daran hangende Gewicht fünf Pfund und achtundzwanzig Loth“. Es werden eine lange Reihe anderer Gegenstände aufgezählt, auch deutsches Geld in Hohenlohn und Thaler. Es kommt ein Kasten vor mit 4000 Stück Reichthalern in vier Bentein, dann 620 Stück rheinische Goldgulden in einem Bentein. Es scheint daraus hervorzugehen, daß die Kister nicht bloß zur Bewahrung kirchlicher Gegenstände diente. Christian Wilhelm fügte seiner Empfangsbestätigung die Worte bei, „Es thun wir nicht allein solches hiermit und kraft dieses bekräftigen, bemeldete andere Diner darüber gebühlich quittieren, sondern wollen sie auch vor Jedermannliches An- und Aufbruch gnädigst schützen und vertheidigen, und sie als solchergestalt bestands schadlos halten. Alles getrennt und ohne Gefährde.“

Am Kleinschrein erkannten sich in einer eichenen Kade: Caput Sancti Mauriti, diadema Ottonis Imperatoris, ein goldener Ring mit Edelsteinen, ein Crucifix mit Edelsteinen, einbeutel mit Spangen und Ringen.“ Ferner fanden sich sechs Antependien „in Gold- und Silberstick“. Überhaupt war die Beute an kirchlichen Paramenten so reichlich, daß mit Wahrscheinlichkeit angenommen werden darf: es habe, nachdem der katholische Gottesdienst im Dome seit Jahrzehnten verstummt, dennoch vor Christian Wilhelm kein Sacrilegium im großen Stile statt gefunden.

Man ging dabei langsam und sicher zu Werke so daß dieser Einbruch sich hinzog bis in den Monat März. Aber schon die ersten Tage hatten das Ergebnis gebracht, daß die Meldungen Jallenberg's über die Weidarmuth des Markgrafen fortan verstummen.

Dagegen künfte Jallenberg einen anderen Mann, den Vater Colonus, Propst des Liebfrauenklosters. Die Begegnung der zwei Männer ist von einem Augenzeugen derselben eingehend dargestellt.<sup>1</sup> Wir haben also, bevor wir Jallenberg's Bericht darüber an Gustav Adolf vernehmen, hier die Charakteristik der Sachlage und der handelnden Personen besonders wichtigen Unterredung zu folgen.

Von Ende October an wurden die Prämonstratenser-Mönche im Liebfrauenkloster, nur an der Zahl, von Soldaten bewacht. „Am 26. December/5. Januar Abends zwischen acht und neun Uhr erschien Jallenberg mit einigen Dienern im Kloster. Er stürzte in das Zimmer.

<sup>1</sup> Geschichte 261.

wo noch einige Votres sich befanden, und viel überlaut. „Wo ist der Schelm, der Verräther Sylvius?“ — Dieser trat aus einem Verstecke im Zimmer hervor, und wollte dem Fremden, den er nicht kannte, die Hand bieten. Jellenberg dagegen sagte: „Bist du der Schelm, der Sylvius, der verräth die Stadt zu verrathen und die Bürger schmerzhaft und aufreißend zu machen? Ich gebe keinem solchen Schelm die Hand.“ — Sylvius antwortete ruhig: „Das bin ich nicht. Ich bin zwar der Sylvius, aber nicht ein solcher, wie mich der Herr nennt. Ich bin ein Mensch und eine treuer Better, aber kein Schelm und kein Verräther, bin auch solchen Leuten niemals günstig noch hold gewesen.“ — „Was?“ rief Jellenberg, „hast du nicht wollen ein Verräther der Stadt sein und die Bürger verurtheilen und aufhängen? Du hast crimen laesae Majestatis begangen.“ „Dem ist nicht also,“ sagte Sylvius: „das wird mir keiner nachtragen, auch nicht beweisen können, daß ich das gethan habe.“ — „Ich will es beweisen,“ erwiderte Jellenberg, „und tamquam privatum.“ — „Denn sie redeten bald lateinisch, bald französisch, bald deutsch zu einander — aber Dich mit Recht agieren, und mein officium mitler Weile einem Anderen resignieren.“ — Darauf Herr Sylvius antwortete: „Das mag der Herr thun, aber er wird nicht beweisen können, daß ich ein solcher bin, oder verrätherischer Hand gehandelt habe.“ — „Was?“ rief Jellenberg, „hast Du nicht gesagt, daß J. Ken N. nicht herher kommen und die Stadt nicht entsetzen kann?“ — „Das habe ich gesagt,“ versetzte Sylvius, „aber relativ. Und wenn habe ich es gesagt? Dem Regimentschultheiß, welchen der Markgraf zu mir geschickt, und keinem Andern. Durch ihn habe ich mich Sr. J. M. sagen lassen, wenn sie mich wollen lassen aus der Stadt verrufen, so wollte ich mich bemühen und den Jhrer M. R. Majestät so viel zuwege bringen, daß sie mochten bei Deroelben wieder versetzt werden und zu Gnaden kommen. Denn der römische Kaiser ist ein so gütiger und gnädiger Herr, daß er auch mehr Andern pardonnirt und sie wieder zu Gnaden angenommen.“

„Die Jellenberg dies hörte, daß Sylvius dem Markgrafen diesen Vorschlag gemacht und auf Frieden und lauterliche Gnade gedacht, fragte ihn Jörn noch mehr. Er warf öftersmals mit den Worten Schelm und Verräther um sich, und sagte, daß Sylvius auch ein Dieb sei. Hierauf ward auch dieser endlich entzündet und sagte: „Ich bin kein Dieb. Was habe ich gestohlen?“ Und stand vor ihm unerschrocken. Jellenberg sagte: „Du hast die Geheimnisse oder Melanzen des Rordert hantirt ge-  
roben.“ — „Das habe ich nicht gethan“, antwortete Sylvius: „die sind

schon zwei Jahre zuvor hinweg geführt, ehe denn ich allhier gekommen bin. Frage der Herr die darum in dieser Stadt, die auf Befehl des Rathes dahin gewesen sind. Ich habe keine Schuld daran, und der Herr darf es mir nicht verwerfen.' — Hallenberg warf bei dieser starken Rede noch hitziger. Er suchte seinen Degen, sprechend, Solmus solle schmelzen, oder er wolle ihm den Degen über den Kopf hauen. Darauf Solmus: 'Das mag der Herr thun, wenn er dessen Zug und Recht hat.' — Und stand vor ihm unerschrocken, den Streich erwartend, mit den Worten: 'Habeo potentatem in corpus meum, non autem in animam.' Hallenberg schlug nicht zu, sondern sagte: er wolle ihn, Solmus, seinem Verdienste nach lassen aus dem Fenster hängen, und, wenn er seinen Fenster haben könne, selber ihn hinaus hängen. — 'Ehe,' erwiderte lachend Solmus, desto rühmlicher wird es mir sein, wenn ich solchen hartlichen Fenster habe wie der Herr ist.' — Hallenberg erwiderte: 'Wie redest Du so stolz? Wirst Du meiner noch spotten? Werst Du auch, mit wem Du redest?' Solmus: 'Ich spotte nicht: was weiß ich, wer der Herr ist? Ich habe wohl mit andern Personen geredet, so mit Ihrer Kaiserlichen M., und andern Fürsten und Herren; aber sie haben nicht mich so gehalten wie der Herr thut.' — Hallenberg, schnaufend vor lauter Grimm und Zorn, hielt ein wenig still und schritt im Zimmer auf und nieder. Solmus gedachte unterdessen an den Spruch Christi: Dum steteritis ante reges et principes, nolite praemeditari, qualiter respondeatis dabitur enim vobis in illa hora quid loquamini. — Als er dabei von seinen Knechten, die alles mit anhörten, insgeheim verstand, daß es der Hofmarschall Hallenberg war, daß er gar ehrbar und demüthig um Verzeihung, er habe nicht gewußt, daß der Herr Ihrer Kön. M. von Schweden Hofmarschall sei: wenn er das im Anfange gewußt, würde er sich wohl anders erzeigt haben. Hallenberg zögerte daher verzeihen, daß er so stark geantwortet, weil er es aus Unwissenheit gethan. Aber die umstehenden Diener Hallenbergs lachten heimlich mit einander, so lange diese Acten wahrte. Und die wachhabenden Soldaten sagten nachmal: wenn Herr Solmus erschrocken gewesen wäre und nicht zu antworten gewacht hätte, so wäre er nicht ohne Schaden davon gekommen denn Hallenberg habe nur Ursache an ihm gehabt die des Todes schuldig wäre. Hallenberg aber wie er des Solvi constantium und ihn unerschrocken gesehen, und daß er (doch dabei) sich demüthigte, ließ etwas von seinem Zorne sinken. Und sagte, er solle sich blühen, er und die Anderen Alle, daß sie mit keinem

Bürger redeten, auch kein Schreiben ausrichteten: geschähe es, so würden sie gewißlich alle gehängt werden. Wie nun Herr Sylvius merkte, daß der grumme Löwe ein wenig besänftigt war, fing er an und sagte: „*Illustris ac nobilissime Domine, ego sane miror, quod Dominatio Vestra talem suspicionem de me habuerit et ita mecum egerit, qui sum homo simplex et sincerus.*“ Jallenberg antwortete: „*Quid? Tu non es simplex, sed duplex, triplex, quadruplex, quintuplex, imo sextuplex!*“ — Dominus Sylvius dicebat subridens: „*Ey non sum, sed Illustris Dominationis Vestrae servus obediens.*“ — Et in illa hora facti sunt amici sicuti Pilatus et Herodes. Und weiter sagte Sylvius: „Ich weiß, wenn J Kön. M. allhier wäre, Sie würden uns letig lassen. Denn es ist ja keine Ursache, warum wir allhier so müssen gefangen sein.“ — „Ja,“ sagte Jallenberg, „wie meinst Du das? Si fortassis ita esset captivus, sicuti Tu es?“ — „Non,“ dicebat D. Sylvius, „sic non puto.“ Et jocabantur verbis inter se post seria. Und Jallenberg gab ihm endlich die Hand, und ließ ihn sein Häublein aufsetzen. Und also ging er von dannen, um neun Uhr, hinab in die Kirche, zu sehen wie es allda beschaffen. Und wie er bemerkte, daß Chor und Grotta also destruiert und daß man neu zu bauen angefangen, war er nicht wohl zufrieden. Er verbot noch ernstlicher, daß D. Sylvius und die Andern sich hüten sollten mit einem Bürger zu reden, viel weniger zu schreiben, oder er wolle sie in der Wahrheit alle hängen lassen. „Oho,“ sagte Herr Sylvius, „das wird der Herr nicht thun: denn wir wollen ihm keine Ursache geben.“ — Also ist er hinweg gegangen und nicht wieder ins Kloster gekommen.“

Wir sehen hier zwei Männer auf einander treffen, ähnlich an Klarheit des Verstandes, wie an Kraft des Willens, in beiderlei Beziehung damals vielleicht die bedeutendsten Persönlichkeiten in Magdeburg, und dabei doch so grundverschieden in ihren Zielen. Die Frage, welche der Natur der Dinge nach seit Wochen die Seele Jallenberg's erfüllten mußte, ob der König Gustav Adolf ihm in Magdeburg Entlass bringen könne, war ihm gegenüber hier, vielleicht zum ersten Male, offen verneint. Und doch hatte er dann, anstatt strafen oder sich rächen zu dürfen, vor der moralischen Überlegenheit dieses Mönches zurückweichen, sich mit einer Drohung begnügen müssen. In jedem Falle mußte der Unterredung die Nachwirkung hinterlassen, daß auch in Jallenberg bei der Erwägung jener Remstrage der Gedanke der Verneinung derselben stärker emporschwoll. Er

hatte zum ersten Male auf die Beschleunigung des Succurses gedrungen im November, wo die Anzahl der kaiserlichen Truppen im Erststufte noch gering. Der Succurs war nicht erfolgt. Nun führte Lillj die kaiserliche Armee heran.

Jallenberg's eigener Bericht an den König Gustav Adolf über diese Unternehmung lautet wie folgt:<sup>1</sup> „Drei gefangene Mönche haben wir hier. Der Eine, Namens Sylvius, hat dieser Tage dem Fürsten Mittel zum Ausgleich vorschlagen lassen, und Hals und Hand zum Pande gelegt: der König werde seinen Entschluß bringen. Ich werde sie daher besser als vorher bewachen lassen.“ Nach einer anderen Mittheilung gehörten dazu noch die Worte:<sup>2</sup> „Vater Sylvius ist ein Ergbube. — Wenn er sich (wieder) etwas Ähnliches erlaubt, will ich vor dem ganzen Convent ein Urtheil über ihn fällen und die Schuldigen aus den Fenstern hängen lassen.“

Zu der Erregung Jallenberg's in diesen Tagen mochte mitwirken die Wahrnehmung des Eindruckes, welche nur zwei Schreiben Lillj's vom 19/29. December in Magdeburg machten. Wir haben von ihm vernommen, daß der Markgraf, dem neue Mittel zu Wehrt standen, sich dadurch nicht entzuthigen ließ. Anders redet dasselbe Schreiben<sup>3</sup> Jallenberg's über die Anderen. „Die Stimmung“ schreibt er, „hat sich in Folge der zwei Schreiben Lillj's sehr geändert. Auch die Wohlgekommenen sind abet disponirt und keimüthig: sie klagen, der Succurs bleibe zu lange aus. Bürgermeister Kuhlwein“ — der den Vertrag mit Stallman unterzeichnet hatte — „ist ganz verändert, macht öffentlich Profection kaiserlich zu sein. Wenn er darin weiter geht, will ich einem solchen Verfahren contramuniren. Ich kann auf so vielen Verstand von dem gemeinen Manne rechnen.“ — Wir sehen also auch hier die Übereinstimmung Jallenberg's mit Stallman in der Wahl der Mittel, so wie auch seine Voraussetzung des Gutherigseins dieser Mittel bei dem Schwedenkönige.

Um die Jahreswende von 1630 auf 1631 stand es also um die schwedische Sache in Magdeburg nicht günstig, oder, wie Jallenberg später sich ausdrückt,<sup>4</sup> geradezu schlimm. Es fand sich jedoch in Magdeburg keine Persönlichkeit, die mit dem Verufe auch die Kraft und den Willen vereinigt hätte, dem Wirrsale der schwedischen Herrschaft ein Ende zu machen.

<sup>1</sup> Dietmar 369<sup>2</sup> H. u. O. n. 2<sup>3</sup> H. u. O. 368.<sup>4</sup> H. u. O. 369



Jedenfalls aber nahm die Frage der Dinge in Magdeburg die ganze Kraft Jallenberg's in Anspruch. Er war dahin gekommen mit dem Auftrage und mit der Hoffnung, auch bei Anderen, namentlich bei dem Kurfürsten Johann Georg, für das schwedische Interesse zu wirken.<sup>1</sup> Er kam bald zu der Ansicht, daß er dies Anderen überlassen müsse.

## 25. Der Kurfürst Johann Georg in den letzten Monaten des Jahres 1630.

Vom April 1629 an hatte Gustav Adolf durch verschiedene Briete und Sendungen mit dem Kurfürsten Johann Georg angelnüpfen gesucht.<sup>2</sup> Die Haltung der Schriftstücke selbst läßt erkennen, daß Johann Georg sich auf nichts eingelassen hat. Der Gedanke gegen das Oberhaupt des Reiches die Waffen zu ergreifen, lag ihm noch fern. Dennoch enthielt jenes Schreiben vom 24. August/3. September in welchem Johann Georg ankündigt, mit anderen nicht-katholischen Ständen zusammen treten zu wollen, um über den Frieden des Reiches zu berathen, den Keim einer Parteilichkeit, um so mehr, da das Schreiben mit dem Hinweise schloß: es dürfe den anderen Ständen nicht übel gedeutet werden, was bei den katholischen Ständen so vielfach vorgegangen sei. — Ihr haben geschrieben, daß darauf der Kaiser die katholischen Kurfürsten in Regensburg auf die Gefahr hinwies, daß eine neue Union entstehen könne, und um dieser Gefahr willen die Vermählung beider Priere verlangte, also die Herstellung des alleinigen kaiserlichen *jus armorum* im Reiche. Die Liga hatte abgelehnt.

In jener Ankündigung Johann Georgs lag nicht die Absicht einer Annäherung an den Schweden. Und doch war der Eindruck derselben derartig, daß man auf schwedischer Seite ihn in die Worte fiedete.<sup>3</sup> „Von Schweden beginnt man nunmehr bessere Hoffnung zu haben. Es will verlauten, daß der Kurfürst ganz resoliert sei, neben Brandenburg sich in Vertheidigungsstand zu setzen, nachdem ihm vor der Execution des kaiserlichen Edictes grauen thut.“ Aus vertraulichen Mittheilungen eines Bismarckschen Rathes, Sigmund Prauser, erfuhr Jallenberg noch in Lützen, am 31. August/10. September, Näheres und Bestimmteres und berichtete es dem Schwedenkönige.<sup>4</sup> Prauser lehrte damals zurück aus

<sup>1</sup> H. a. O. 361. Brief, Jallenberg 313.

<sup>2</sup> H. Drogen, Schriftstück 1 u. <sup>3</sup> Brief, Jallenberg 313.

<sup>4</sup> Der Bericht bei Bittich, Jallenberg 316.

dem Haag, wohin er von dem Kurfürsten geschickt war, um die Generalstaaten mit den Prinzen von Oranien zu sondiren, ob sie gesinnt wären bei dem gemeinen Wesen etwas zu thun. „Derselbe hat auch den Auftrag gehabt, Allen und Jedem, die etwas Kurlachens Meinung von dem gemeinen Wesen zu vernehmen suchten, gänzlich zu versichern, daß er nichts Anderes als eine gute Gelegenheit erwarte, daß er mit Recht und Billigkeit sich an dem Kaiser rächen möchte. Bisher wäre ihm keine rechtmäßige Ursache gegeben, hätte daher auch nichts thun können. Würden aber die Geistlichen mit dem Restitutions-Edikte fortfahren, so wolle er sein Bestes nicht sparen.“

Wenn die Worte dieses Agenten Heusner den Gesinnungen Johann Georgs wirklich entsprachen, so würden allerdings diese wenig vereinbar sein mit den Versicherungen der aufrichtigen Traue, die Johann Georg wie früher so auch noch für längere Zeit an den Kaiser zu richten pflegte.

Weiter eröffnete Heusner dem Jallenberg, daß am Hofe in Dresden über den Schwedenkönig vielfältige Discurse gingen, darunter auch über die Gründe, derenwegen der Kurfürst ihm nicht trauen dürfe. „Besonders,“ wieder Jallenberg, „sien es diese. Man wisse nicht, was für Fundamente Ew. Kön. M. haben, und müsse deswegen sehen, ob das also beschaffen, daß darauf zu bauen wäre. Auch wäre die Intention Ew. R. M. bisher noch verborgen. Man wisse nicht, ob sie pro libertate Germaniae oder contra wäre, allieweil Ew. Kön. M. mit Niemandem darüber aus dem Grunde communicirt. Denn was früher durch den Secretär Gadler angebracht, habe dem Kurfürsten nicht im Geringsten Gehörge gethan. Es sei daher höchst nöthig, sich vor allen Dingen erst dessen zu informieren. Ferner habe man ein Exempel der Absichten Ew. Kön. M. an Kurlandenburg; denn Ew. Kön. M. hätten dem Kurfürsten ohne alle Ursache sein Land verderbt, und noch etliche der vornehmsten Plätze dazu eingenommen. Dies könnte ebenmäßig Anderen in Deutschland widerfahren, im Falle man ohne mehrere Versicherung Ew. R. M. assistierte.“

Obwohl diese Einwürfe gegen ein Vertrauen auf den Schwedenkönig gerichtet waren, so ging doch zugleich daraus hervor, daß am Hofe zu Dresden die bei dem Eintritte eines fremden Eroberers in das Reich nächste und wichtigste Frage, diejenige der Absicht desselben, nicht zur Erörterung gekommen war.

Es wird denn noch ein anderer Gedanke ausgesprochen mit den Worten. „Er hat gleichwohl daneben bekannt, Gr. Kön. M. wären das einzigste Subiectum, so er sehe, dadurch die gemeine Sache restituirt werden könnte“ — Das erste Wort: „Er“ scheint sich sowohl auf Dronner als auf den Kurfürsten beziehen zu können, und es ist kaum anzunehmen, daß der zu Rand und Reuten nach dem Kaiser mächtigste Reichthümer seiner Zeit damals sie gesprochen habe.

Das Vertrauen Falkenbergs auf einen Entschluß Johann Georgs zu Gunsten des Schweden war gering. Dennoch ging er dann auf den Vorschlag Dronners aus, daß der König den Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar bei dem Kurfürsten beglaubigen und verwenden möge.<sup>1</sup> Auf die Meldung war Gustav Adolf sofort bereit. Er unterzeichnete das Creditiv zu Straßburg, am 14/24 September, und gab zugleich dem Kurfürsten Nachricht.<sup>2</sup> Indem er das Creditiv an Falkenberg zur Übermittlung entsandte, fügte er hinzu<sup>3</sup>: „Wir befehlen gnädigst, E. Knechten den Herzog zu informieren, daß Sie Kurfürstens Edd. auf unsere königliche Barole versichern wollen, daß wir in keinem Wege suchen, das Römische Reich in seiner Form und Libertät im allergeringsten zu kränken oder zu schwächen.“ — Anders lautete der Plan, den Gustav Adolf zwei Jahre zuvor im Schlosse zu Upsala seinen geheimen Räten entworfen hatte, und der seinen Höhepunkt erreichte in den Worten: Si rex victor, praeceda erunt. Und für jene königliche Barole, vom September 1630, sollte ein Mann eintreten, der eben durch diese Verwendung im Dienste des fremden Königs den Rath auf sich lud, die eigene dem Kaiser gegebene Barole, für die er die Entlassung aus der Gefangenschaft erlangt, nicht gehalten zu haben!

Von einem Erfolge des Herzogs von Weimar bei Johann Georg ist dennoch nichts ersichtlich. Dieser blieb einer Verbindung mit dem Schweden andauernd abgeneigt, so sehr daß er seinem Stallmeister Laube, der in Beziehung mit Falkenberg stand, in Betreff der Correspondenz mit demselben, am 13. December den bestimmten Befehl gab<sup>4</sup>: „Wollet damit in Ruhe stehen.“

Dagegen spann er den Gedanken weiter, den er am 24. August / 2. September dem Kaiser gemeldet, die protestantischen Reichsfürsten zu

<sup>1</sup> N. u. D. 317.    <sup>2</sup> U. Dronner, Schriftstücke 18.

<sup>3</sup> Winkler, Falkenberg 317.    <sup>4</sup> N. u. D. 320 n. 2

einem Comente zu berufen. Zunächst lob er seine Landstände noch Lützen<sup>1</sup> im October. Er zeichnete eine Reihe von Fragen auf, welche bestimmter als jenes Schreiben an den Kaiser, erkennen lassen, in welcher Richtung sich die Gedanken des Kurfürsten und seiner Umgebung bewegten. Sie lauten wie folgt: „Ob ein Kaiserthum eines evangelischen Condotes zu erlassen? — Was daran zu proponieren? — Wenn dann ein oder anderer evangelischer Stand bei uns Hülfe sucht, weil bei Kaiserlicher M in Mühe nichts zu erhalten: wie man in solchem Falle die Sachen angreifen wolle, damit man nicht an seinen Pflichten mangle oder denselben zuwider thät? — Weil bekannt, daß unter Sohn August durch ordentliche Wahl zum Erzbischof von Magdeburg postuliert: wie es anzugreifen ihn dabei zu behaupten? Wenn die katholischen Stände eine gütliche Handlung vorschlugen, wie wir genugsam versichert sein könnten? — Ob wir auf solche gütliche Handlung mit Ausschluß anderer lutherischen Stände mit gutem Gewissen ohne Verweis eingehen könnten? — Wenn thatsache Gewalt gegen uns verübt werden sollte wie wir uns dagegen schütten und auf was Weis zu solchem Schutze zu gelangen? — Weil der Winter vor der Thüre, und also wegen Occupierung der Winterquartiere unser Land sich abermals vor schädlichen Durchzügen zu besorgen: wie denselben am flüchtigsten durchzuarbeiten? — Im Fall Kaiserliche M an uns begehren mochte, mit Hülfe an Munition, Geld und Proviant beizuspringen: wie über vorher allbereits gethane Entschuldigung wir uns ferner excusieren können? — Weil die Gefahr noch hin und wieder sich sehr groß erweist, auch in unserer Nachbarschaft neuerlich ein großes Feuer ausgegangen, wor daher eine ansehnliche Anzahl Volkes zu Noth und Fuß bedürfen, um unsere Grenzen zu verwehren: wie und durch was Mittel dazu zu gelangen? — Und weil schließlich auch in alle Wege dazu Geld nöthig: woher solches zu nehmen und wie durch practischerliche Mittel bei Zeiten desfalls eine ansehnliche Summe in Vorrath beschafft werden möchte?“ —

Johann Georg verhielt sich damals, wie wir gesehen haben, ablehnend gegen ein Bündnis mit dem Schweden. Dagegen liegt vor Augen, daß seine dieser Erwägungen den fremden König als Feind bezeichnet, nicht wenige dagegen, wenn auch nur erst eventuell, den Kaiser.

<sup>1</sup> Theatrum E. II, 270.

<sup>2</sup> Vgl. auch denselben in Kriegsacten S. 80. Nicht blos der Abschied in Theatrum E. noch etwas ab.

Die sächsischen Landstände gingen auf die Gedanken des Kurfürsten ein. Der Convent ward angesetzt auf den Monat December, die Verhandlungen wurden ausgesetzt.<sup>1</sup>

Inzwischen jedoch übte die Thätigkeit des Schwiegerohnes von Johann Georg, des Landgrafen Georg, im Regensburg ihre Wirkung. Es war ihm nicht gelungen, die Häupter der Liga zur Annahme seiner Vorschläge zu bewegen, die darauf zielten, bei principeller Anerkennung des Restitutions-Edictes, dennoch dem scharf lutherischen Kurfürsten Johann Georg die alleinige Führerschaft auf nicht-lutherischer Seite zuzuwenden. Dagegen hatte er doch das erreicht, daß die Häupter der Liga sich, am 30 October zu einem Compöthonslage in Frankfurt auf den 3. Februar bereit erklärten. Die scharfe Denkschrift, die dann am 6. November eine Reihe von fürstlichen Orlandten der Kurmainz einreichten, hatte weiter bewirkt, daß noch am letzten Tage die Häupter der Liga sich bereit erklärten, den Kaiser zu ersuchen, daß bis zu Ende Februar eine fernere Execution des Restitutions-Edictes nicht stattfinden möge.

Es fragte sich also, welche Wirkung dies Entgegen-Kommen von Seiten der Liga auf den Kurfürsten Johann Georg uben, vor allen Dingen, ob es ihn bewegen würde, den Plan eines Conventes der protestantischen Reichsstände fallen zu lassen.

Am Gulachten, vom 4. December, seiner angeesehensten Räte sprach sich in diesem Sinne aus.<sup>2</sup> Vor dem Frankfurter Compöthonsstage, sagte er, könne doch der Convent nicht mehr zu Stande kommen, diesen aber hinauszuschieben sei gar nicht rathsam, weil dann die Liga ihr Versprechen, bei dem Kaiser die Suspension der Execution zu erwirken, zurücknehmen würde. Da die Ligafürsten einzig und allein, um den Convent der nicht-lutherischen Reichsstände zu verhindern, sich zu einer Tractation verstanden hätten, könne diese, wenn jener Convent doch abgehalten würde und zu extremen Schritten führte, sich leicht ganz zerfallen. Da die Ligafürsten sich jetzt so entgegen kommend zeigten, sei es durchaus nicht nothig, sogar sehr gefährlich, von der ungewissen, betrüblichen Frage zu reden was geschehen solle, wenn die Häupter der Liga sich nicht billig finden ließen — oder wohl gar, wie manche protestantische Fürsten offenbar wünschten, sich in Kriegsverfassung zu setzen.

<sup>1</sup> Theatrum R. II, 271.

<sup>2</sup> Seite 171. Obwohl S. nicht den Wortlaut gibt, liegen doch unzweifelhaft Dreyer'se Worte zu Grunde.

Und man könne leicht denken, was für wunderbare, weit ansehende und bigige Consilia bei dem evangelischen Convente zum Vorschein kommen würden. — Der Beschluß nach hatten bei diesem letzten Tage die Räte die lutherischen Brüder im Auge.

Dazu traf dann in Dresden ein Schreiben des Landgrafen Georg ein,<sup>1</sup> welches dringend bat, daß zu dem Frankfurter Compositionstage kein calvinischer Reichsständ zugewogen werden möge. Es wird also darin vorausgesetzt, was jenes Gutachten anrät, daß bei der Beschluß der Kurfürst den Convent nicht berufen werde. Bestimmter noch als in dem Gutachten der Räte prägt sich bei dem Landgrafen Ludwig die Besorgnis vor derjenigen Partei aus, die zu den Waffen dringen werde, nämlich den Calvinisten, d. i. dem Landgrafen Wilhelm von Hessen-Cassel. Vielleicht war es dem Landgrafen Georg nicht mehr unbekant, daß sein Stammvater bereits mit dem fremden Könige angeknüpft hatte.

Daß Johann Georg schwankte, ergibt sich aus seinem Bunde, mit dem Landgrafen Georg Hülfsprache zu nehmen. Dieser versicherte, zu Hause nicht abkommen zu können.<sup>2</sup> Daß diese Hülfsprache unerblieb, zog schwere Folgen nach sich.

Johann Georg vertröstete die vorwärts drängenden Fürsten auf eine Veredlung mit dem Brandenburgischen Kurfürsten Georg Wilhelm. Gegen Ende December kamen sie in Annaburg zusammen. Die hessisch-lutherischen Räte legten ihr Gutachten vor. Der brandenburgische Kanzler von Wöhl antwortete ihnen in folgender Weise<sup>3</sup>:

„Es kommt vor Allem darauf an, was man von dem Frankfurter Compositionstage zu halten habe. Wemem gn. Kurfürsten erscheint derselbe nicht wenig verhasst, nur zu dem Zwecke bestimmt, die Evangelischen zu überzeilen oder doch ihren Convent zu hindertreiben: bloß über die Exzeße will man unterhandeln, das Edict würde also dadurch noch bestätigt werden. Gleichwohl ist der Kurfürst im Principe nicht gegen den Compositionstag. In den von Sturmeins vorgeschlagenen Termin aber ist man in keiner Weise gebunden. Man kann sehr wohl einen Aufschub verlangen, und dabei bitten, daß inzwischen keine Exactionen vorgenommen werden. Wollen die Häupter der Liga davon nichts wissen, so geben sie selber zu, daß es ihnen kein rechter Ernst mit der

<sup>1</sup> H. a. C. 172.    <sup>2</sup> H. a. C. 172.

<sup>3</sup> H. a. C. 174. Die Worte Wöhlens wörtlich, nur mit wenigen stilistischen Änderungen.

Vergleichung ist. Dafür haben es S. R. Durchlaucht zu Brandenburg wohl jederzeit gehalten und halten es noch."

„Unter allen Umständen aber muß man noch vor dem Frankfurter Tage die Versammlung der evangelischen Stände berufen; denn in ihrem Hölle der man der Feig gegenüber treten ohne vorher sich gerüstet zu haben. Am meisten wird es die Tractaten fördern, wenn sie dort sehen, daß man entschlossen ist, wider ungesetzliche Gewalt sich zu schützen, und zu dem Ende der gegenwärtigen Occasionen, des Schweden, der Generalstaaten Waffen, sich zu gebrauchen. Der König von Schweden hat ein großes Auge auf diesen convent. Er wird nicht allein, weitem dieser gute Intentionen verfolgt, ihn dann animieren, sondern auch im widrigen Falle zu besseren Bedanken bewegen, weil er sonst, wenn er bei den Evangelischen gar keine Resolutionen spüren sollte, sich in Ungewissheit befindet, wie er sich künftig seiner Victorien gebrauchen möchte. Sollte ihm aber etwas Widerliches begegnen und er entweder geschlagen oder zu einem Verord gerüstet werden, und wäre alsdann von den Evangelischen kein Schluß gemacht, so kann man aus dem was bisher vorgegangen, schließen, was die Evangelischen alsdann zu erwarten haben. Daß man sich der schwedischen *consiliorum* theilhaftig machen soll — das kann S. R. Durchlaucht zu Brandenburg nicht tathen. Daß man sich aber der Zeit und der Gelegenheit zu des gemeinen Beieus Bestem bedient, steht Niemandem zu verwehren. Die kaiserlichen Vorfahren haben es mit großem Nutzen gethan. Die Katholiken gebrauchen sich ihrer Victorien zu ihrem Nutzen noch täglich wie will es denn Unrecht heißen, wenn auch die Evangelischen zu ihrer Conservation dergleichen thun? Müdernde sind viele gute Gelegenheiten im Reich aus Händen gelassen — sollte man auch diese vorüber gehen, so möchte hernach, wie es die Katholiken selber dafür halten, wohl Keiner mehr übrig sein, dem verfallenen evangelischen Wesen wieder aufzuhelfen." — „Rechnet man ohne vorherige Beschlußfassung zum Compensationsstage, so ist dieser schlimmer als das Uebel selbst, denn dieses schafft nur einen factischen Zustand; was aber dort beschloffen wird, kann nimmermehr abgeändert werden."

Die Rede legt einen auffallend raschen Fortschritt in der Auflösung und Verwirrung der Rechtsbegriffe dar. Noch am 18. August haben die drei Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg die Erklärung mitunterzeichnet, die den Einbruch des Schweden in das Reich für rechtmäßig erklärt. In dieser Rede handelt es sich nicht mehr wohl um eine

Abwehr des fremden Königs, sondern vielmehr um eine Ausnutzung seiner Siege für die Zwecke der Partei. Aber diese Partei existiert noch nicht einmal als geschlossener sie soll durch einen Convent erst geschaffen werden, und zwar dann unter dem Namen der Religion, des sogenannten evangelischen Wesens. Das Alles entsprach dem Interesse des Schweden so sehr, daß er selber seine Sache in Annaburg kaum besser hätte führen können, als es durch den Brandenburgischen Kanzler Wöge geschah. Dieser hatte bereits die Mahnung vergessen, die einige Monate zuvor der Gefasste Wilmersdorf von dem Schweden heimgebracht, daß dieser innerhalb des Verrathes seiner Waffen eine Neutralität nicht dulden, für sich die absolute Direction des Krieges fordern werde. Wöge meinte die Erfolge des Schweden für Brandenburg und die gesamte Partei auszunutzen, den Schweden als Werkzeug gebrauchen zu können. Anders dachte es sich der Schwede.

Die Rede des Brandenburger Kanzlers Wöge gab auch bei dem Kurfürsten Johann Georg und den Räten, die ihn nach Annaburg begleitet, den Ausschlag. Er wollte, erwiderte der Kurfürst, mit der Frankfurter Tagfahrt nichts zu schaffen haben.<sup>1</sup> Der Convent sei den evangelischen Ständen versprochen: diese Zusage müsse gehalten werden. — Nach Dresden zurückgekehrt, mußte er dennoch die Abmahnung der anderen Räte, ihren Hinweis auf jenes frühere Gutachten vernehmen. Die Abmahnung schlug nicht durch.<sup>2</sup> „Ungeachtet alles dessen haben 3 R. Durchlaucht das Conclufum wiederholt: es solle der Convent ehestens angeschrieben werden: es müsse eine Wirksamkeit haben sein und nicht nur bloß auf dem Papiere stehen des hätten sie sich erklärt, da wir alle veramten: davon könnten sie nicht weichen.“

Man verständigte sich von Dresden aus mit Berlin über die Vernehmung des Conventes auf den 6 Februar 1631 nach Leipzig. Noch vor dem Schlusse des Jahres (N. St.) gingen die Ladungen an die protestantischen Reichsstände aus. Nachdem dies geschehen, erstattete Johann Georg auch dem Kaiser Bericht,<sup>3</sup> am 3. 13. Januar 1631. Er beginnt damit, daß er „nicht ohne Befürzung erfahren müssen, daß die Execution des Ertrages nichts desto weniger fast täglich zugenommen, imgleichen die unerträglichen und un N. M. Kunde unerhörten Kriegopressuren, und was denselben anhangig, noch gewachsen.“ — „Nachdem

<sup>1</sup> N. a. C. 175

<sup>2</sup> N. a. C. 176

<sup>3</sup> Kriegskarten 7 91











**HOME USE  
CIRCULATION DEPARTMENT  
MAIN LIBRARY**

This book is due on the last date stamped below.  
1-month loans may be renewed by calling 642-3405.  
6-month loans may be recharged by bringing books  
to Circulation Desk.

Renewals and recharges may be made 4 days prior  
to due date.

**ALL BOOKS ARE SUBJECT TO RECALL 7 DAYS  
AFTER DATE CHECKED OUT.**

**DAVIS  
INTERLIBRARY LOAN**

**AUG 18 1975**

**AUG 11 1983 76**

**rec'd circ. FEB 17 1983**

LD21—A—40m—42.74  
(S2700L) \*

General Library  
University of California  
Berkeley

Klopp, O.  
Der dreissigjährige  
Krieg.

KE  
v.3:1

115070  
D 258.  
K6  
v.3:1

UNIVERSITY

U. C. BERKELEY LIBRARIES



C051130448



